

This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

#### Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + Refrain from automated querying Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

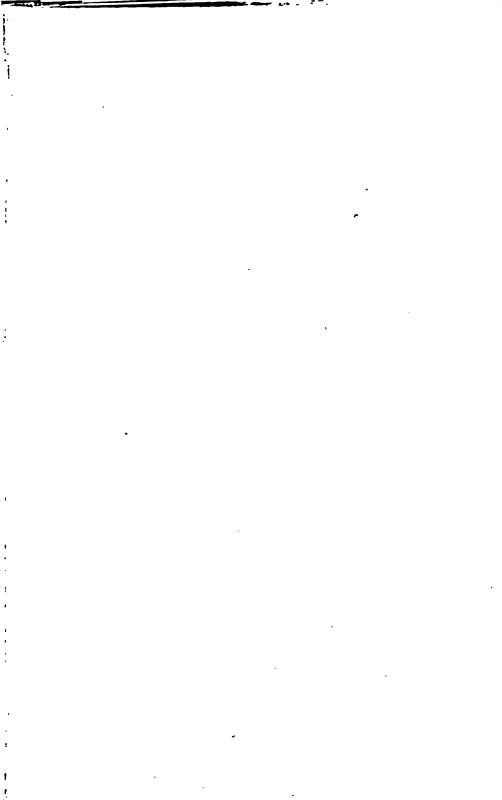
#### **About Google Book Search**

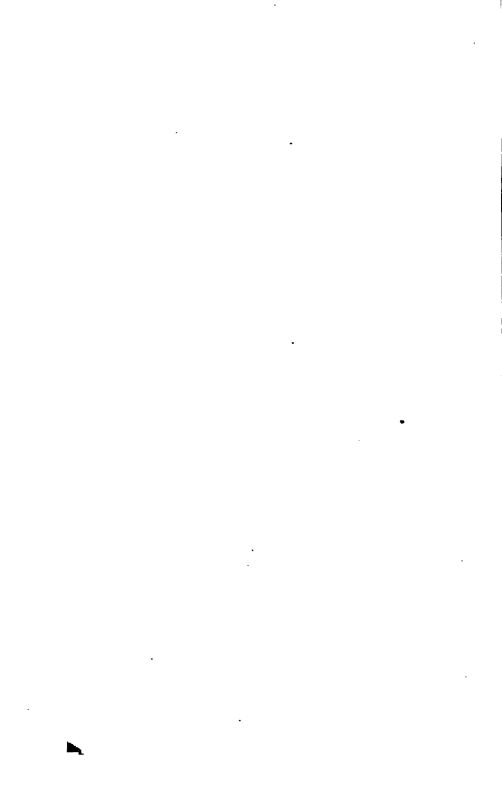
Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/



L.L.

Austria 100 G50





### Sammlung

nod

## Civilrechtlichen Entscheidungen

bes

k. k. oberften Gerichtshofes.

Berausgegeben

nod

Dr. Julius Glaser, Dr. Joseph Unger

Joseph v. Walther.

Sechfter Sand.
(Mit fpftematifchem Regifter für Banb 1—6.)
3 weite Anflage.

Bien.

Fruck und Verlag von Carl Gerold's John: 1877.



## Sammlung

bon

# Civilrechtlichen Entscheidungen

bes

k. k. oberften Gerichtshofes.

Perausgegeben

nod

Dr. Julius Glafer, Dr. Joseph Unger

unb

Joseph v. Walther.

Sechfter Sand. (Mit fpftematischem Register für Banb 1-4.)



M SM S

#### Porwort.

Der vorliegende Band enthält die bis einschließlich 1869 veröffentlichten Entscheidungen des obersten Gerichtshofes aus den Jahren 1867 und 1868 und — im Nachtrag — aus früheren Jahren mit Ausnahme jener Judicate, die mit seither abrogirten Gesehen in Berbindung stehen.

Der Band ift mit dem Regifter der einschlägigen und citirten Gesetzftellen und dem spftematischen Regifter für alle sechs Bande versehen.

Wien, im September 1876.

Die Berausgeber.



#### 1867.

#### Mr. 2714.

Herstellung bes ersten halben Beweises burch zwei bedenkliche Zeugen.

Entsch. v. 3. Jänner 1867, Rr. 10562 (Bestätigung des das Urth. des B. G. Laa v. 19. März 1865, Nr. 2405, abändernden Urtheils des O. L. G. Wien v. 16. Nov. 1865, Nr. 17269). G. Z. 1867, Nr. 18.

In der Rechtssache des A wider B kam es auf den Umstand an, ob B für die Schuld eines Dritten als Bürge und Zahler einzetreten sei, wosür Kläger den Zeugenbeweis durch seine beiden Brüder — der ganz zu seinen Gunsten aussiel — und den Erfüllungseid anbot und eventuell dem B den Haupteid auftrug. Die er ste Instanzließ letzteren zu und berücksichtigte die Aussagen der beiden Zeugen, als nach §§. 142 und 144 a. G. D. unzulässig, nicht. Allein die zweite Instanz erkannte auf den Erfüllungseid des Klägers; denn durch die übereinstimmende eidliche Aussage der Zeugen, deren Glaubwürdigkeit auf keine Weise erschüttert ist, wird im Sinne der §§. 137 und 144 a. G. D. zu Gunsten des Klägers mindestens ein halber Beweis erbracht, welcher durch seinen Erfüllungseid ergänzt werden kann. Deshalb war auf letzteren, und nicht auf den eventuell aufgetragenen Haupteid, der nur in Ermanglung anderer Beweise als subssidiarisches Beweismittel zulässig erscheint, zu erkennen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte letteres Urtheil. Grund e: Obgleich beibe Zeugen nach §. 142 lit. a a. G. D. bedenklich sind, so erklärt boch ber §. 137 a. G. D., baß mehrere — also auch nur brei — solche Zeugen einen vollständigen Beweis zu erbringen geeignet sind, und ber §. 141 erklärt sogar einen verwerflichen Zeugen als zulässig zur Ergänzung bes Beweiss. Es wäre baher inconsequent, anzunehmen, daß durch zwei bebenkliche Zeugen nicht auch ein halber Beweis herbeigeschafft werden könne, zumal wenn kein anderer Grund ihrer Bedenklichkeit als jener ihrer Berwandtschaft mit dem Zeugen-

führer beftebt.

#### Mr. 2715.

Nener Fall von Besitztörung — oder Erneuerung des durch Urtheil untersagten Eingriffes?

Entich. v. 3. Jänner 1867, Rr. 10874 (Beft. bes bas Decr. bes B. G. Krzeszowice v. 24. Juli 1864, Rr. 989, abanb. Decr. bes O. L. G. Krafan v. 24. Mai 1865, Rr. 2667). G. H. S. 1867, S. 450.

Nachbem durch rechtsträftige Entscheidung in possessorio summariissimo der Kirche A gegen den Gutsbesitzer B der klägerische Besitzeiner Hutweide anerkannt, die Besitzstrung des Beklagten durch eigenmächtiges Setzen von Weidenbäumen in dem Weidegrundstück sestzen von Weidenbäumen in dem Weidegrundstück sestzellt und demselben die Beseitigung der Bäume und die Enthaltung von künftiger Besitzstrung dei Strase von 50 fl. aufgetragen worden war, ließ B die Weidenbäume wegräumen, jedoch gleich darauf 29 Stücke von seinem Bieh auf das Grundstück zur Weide treiben. Durch diese Handlung sah die Klägerin sich veranlaßt, gegen B im Wege der Execution der vorerwähnten Entscheidung auf Berhängung der angedorbeten Geldstrase und Erlassung des Weideverbots unter Bedrohung mit einer neuen Strase anzutragen. Das Gericht erster Instanz hat diesem Gesuche nach vorgängiger Berhandlung der Parteien stattgegeben.

In Uebereinstimmung mit dem D. L. G. hat der oberste Gerichtshof die Kirche in der Erwägung abgewiesen, daß durch die voraufgegangene Entscheidung in possessorio summariissimo die Kirche A
nicht im ausschließlichen Besitz des Grundstücks geschützt wurde; daß
damals die Besitzstörung in dem Pslanzen von Weidenbäumen bestand;
daß die Klägerin selbst den Weiderechtsbesitz des Beklagten nicht in Abrede stellt und die Frage nach der Zahl der Biehstücke, die B aufzutreiben berechtigt ist, nicht in possessorio summariissimo, sondern
im ordentsichen Rechtswege zu entscheiden ist.

#### Mr. 2716.

Berführung unter nicht erfüllter Zusage ber Che; Umfang bes Entschädigungsanspruches.

Entich, b. 3. Jänner 1867, Rr. 11124 (Best, des Urth. der Pratur Triest v. 25. Februar 1866, Rr. 3931, Aband. des Urth. des O. L. E. Triest v. 11. Juli 1866, Rr. 3154). G. H. 1867, S. 323.

Das Klagbegehren ber A gegen ben B, welcher strafgerichtlich ber Bersührung berselben unter ber nicht erfüllten Zusage ber Scheschuldig erklärt worden war, um Zahlung von 200 fl. als Schabensersat für den Berlust ihrer Bersorgung durch eine andere Heirat und den Nachtheil an ihrer Shre wurde in erster Instanz abgewiesen und dieses Erkenntniß vom obersten Gerichtshofe in der Erwägung bestätigt, daß der vom Richter erster Instanz ausgestellte Grundsat, wonach der

Mägerin für die verlorene Ehre oder die verminderte Aussicht auf Berechelichung kein Auspruch gebührt, durch den §. 1328 a. b. G. B. vollkommen gerechtsertigt ist, welcher im Nachhange zu den über das Recht zur Entschädigung im 30. Hauptstillt des II. Theiles des a. b. G. B. aufgestellten allgemeinen Regeln und in Anwendung derselben auf specielle Arten von Beschädigungen eben die Bersührung einer Frauensperson zum Gegenstande nimmt und für diesen speciellen Fall eine besondere Anordnung trifft, worin der gesammte vom Bersührer zu ersehende Schaden klar und deutlich bestimmt ist, ohne daß in demselben von Entschädigung für die verlorene Ehre oder verminderte Heiratsausssicht eine Rede ist; daß somit die diesen Auspruch abweisende Entscheidung des Gerichtes erster Instanz sowohl dem Buchstaden wie dem Geiste der Gesetzgebung entspricht.

#### Mr. 2717.

Auslegung bes Bersprechens, "bis" zu einem gewissen Tage nicht Execution zu führen.

Entsch. v. 3. Jänner 1867, Nr. 33 (Best. bes bas Decr. bes H. G. Wien v. 30. Oct. 1866, Nr. 135857, aband. Derr. bes O. L. G. Wien v. 13. Nav. 1866, Nr. 20527). G. Z. 1867, Nr. 15, G. H. 20567, S. 79.

A, ein Wechselgläubiger bes B, hatte biesem gegenüber - um ihn nicht zur Eröffnung bes Ausgleichsverfahrens zu zwingen — fich schriftlich verpflichtet, "bag er mit der Executionsführung bis 28. Geptember warten werbe". Am 28. September ward nun bie Pfanbung vorgenommen, beren Giltigfeit bie erfte Inftang aus folgenben Gründen anerkannte: Es muß ausgesprochen werben, bag nach grammatischer Anslegung bes Wortes "bis" fowie nach allgemeinem Sprachgebrauche basselbe eine erclusive Bebeutung hat, somit im gegebenen Falle ber 28. September exclusive gemeint war (f. beutsches Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm, II. Bb., G. 42). Aber felbft wenn man annimmt, daß die Auslegung ber Bebeutung bieses Wörtchens eine zweifelhafte ware, so ift nach ben allgemeinen juribischen Grundfätzen, insbesondere nach den Bestimmungen des a. b. G. B. anzunehmen, daß im Zweifel bei vorliegenbem Falle bie ftrengere Interpretation zu Gunften bes Executionsführers eintreten muffe. Die Analogie ber §§. 484 und 915 a. b. G. B., bann ber im ganzen Gefete fich burchziehenbe Grundfat ber größtmöglichen Freiheit bes Eigenthums (Eigenthum hier im weiteren Sinne genommen) fprechen bafür. Durch die Zahlungsauflage hat nämlich A bas Recht erlangt, nach brei Tagen nach erfolgter Zustellung berfelben mit ber Execution voraugeben: Bon biefem feinem gefetlichen Rechte gur Executionsführung ift nun A freiwillig auf einige Zeit abgeftanben, er bat somit auf fein Recht bis zu einem gewiffen Beitraume verzichtet. Es muß bemnach im Zweifel bie ftrengere Auslegung ju feinen Gunften ftattfinben, und baber ausgesprochen werben, bag mit Eintritt bes 28. September, reip. mit Ablauf bes 27. September fein gefetliches Recht jur Erecutioneführung wieber auflebte. Uebrigens muß auch noch weiters bemerkt werben, daß selbst nach ben Angaben bes Executen bas Ruwarten bes Executionswerbers als ein unentgeltliches angesehen werben muß, benn die von ihm versprochene Bergutung ber bem Ersteren rechtsfraftig zuerkannten Gerichtstoften und Provision tann boch nicht als ein Entgelt angesehen werben; es tritt somit jedenfalls bie Bestimmung bes g. 915 a. b. G. B. qu Gunften bes A in Anwendung. Das D. L. G. erklärte bie Execution als nicht zu Recht bestehenb. Diese Entscheibung beruht auf ber Erwägung, daß ber in ber Erklärung bes A bezeichnete 28. September 1866 als Endtermin bes Zuwartens mit ber vom Schuldner beabsichtigten Ausgleichung aufzufassen und die Versicherung. "bis 28. September 1866 feine Execution ju fuhren", babin ju verfteben ift, daß A nicht länger als bis 28. September mit ber Erecution innehalten wollte. Diefe Auslegung rechtfertigt fich burch ben Sprachgebrauch, indem A ja nicht fagen wollte, wann er "nämlich am 28. September" wieder Erecution ju führen berechtigt fein follte, fondern ausbrüden wollte, wie lange er fich ber Executionsführung enthalte; wenn er also zu biefem Enbe ben 28. September nannte, so ift biefer Tag in ber Zeit, burch welche er bie Executionsführung unterlaffen will, begriffen; ber im §. 915 a. b. G. B. vorausgesette "Aweifel" ift nicht vorhanden, ba gur Auslegung jener ftreitigen Stelle ber Sprachgebrauch ju Gebote fteht, mahrend ber §. 915 nur Anwendung hat, wenn anbere Silfemittel ber Auslegung mangeln.

Auf den Recurs des A wurde die obergerichtliche Entscheidung in dritter Instanz bestätigt, und zwar aus den obergerichtlichen Gründen und in der Erwägung, daß im allgemeinen Sprachgebrauche die Bedeutung des Bortes "bis" nicht festgestellt, daher häusig durch Beifügung der Borte "einschließlich" oder "ausschließlich" oder ein anderes näher bestimmt wird, was im vorliegenden Falle aber nicht geschah; daß weiters die Absicht der Contrahenten offenbar dahin ging, das Zustandesommen des Ausgleiches zu erleichtern, und deshalb mit der Erecution zuzuswarten, daher die Auslegung gegen den Recurrenten zu geschehen hat.

#### Mr. 2718.

Anfangspunkt ber Frist zum Ansuchen um Wiedereinsetzung wegen schlechter Bertretung.

Die Restitutioneklage bes A wiber B megen schlechter Bertretung mar barauf gegründet, baß sein Rechtsanwalt bie zwei Saupteibe, welche

Entsch. v. 4. Jänner 1867, Rr. 11181 (Beft. bes Urth. bes B. G. Boitsberg v. 31. Dec. 1865, Rr. 8018, Aband. bes Urth. bes D. L. G. Graz v. 29. Mai 1866, Rr. 5556). G. H. 1867, S. 403.

bas D. L. G. in ber Procegentscheidung, voneinander gesondert, bem A aufgetragen hatte, in ber GibeBantretung in einer GibeBformel vereinigte und A, bem fein Gewiffen nur bie Leiftung bes einen Gibes gestattete, ben angetretenen Cumulativeid nicht abschwören tonnte. Dem in erfter Instanz wegen Berfpatung abgewiesenen Rlagebegehren bat bas D. L. G. stattgegeben und die Rechtzeitigkeit bes Anbringens ber Restitutioneklage bamit motivirt, bag A bie Abschrift bes über bie Eibestagfahrt errichteten Brotofolles vom 31. Dai, aus welchem erft sowohl er, wie sein neuer Bertreter von bem Inhalte ber von feinem vorigen Rechtsfreunde verfaßten Eibesformel und von ber von ihm selbst bei ber Tagfahrt abgegebenen Erklärung sich die erforderliche Ueberzeugung verschaffen konnte, ba ber in Erledigung bes Protokolles erlaffene gerichtliche Bescheib vom 4. Juni (bes Inhalts: bag A ben ibm aufgetragenen Eid nach ber von ibm vorgelegten Formel nicht abgelegt habe) barüber teine Aufflärung gab - erft am 14. Juli erhalten hat, mithin die am 20. Juli überreichte Restitutionsklage rechtzeitig angebracht mar, und bag für A, einen Bauersmann, bie Restitutionsfrist nur von bem Tage an berechnet werben tann, an welchem er von bem Berfeben bes früheren Rechtsfreundes und von ber von bemielben verfaumten Frift jum Recurs gegen ben Beicheid vom 4. Juni durch die Aufklärungen seines bermaligen Bertreters Renntnig empfangen bat.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas erstgerichtliche Urtheil. Grunde: Abgesehen bavon, daß die Anführung bes A, die Abschrift bes Protofolles vom 31. Mai erft am 14. Juli erhalten zu haben, bei dem derselben entgegensetten Widerspruch des B nicht für mahr angenommen werden fann und bag ibm, ber bei ber Tagfahrt jugegen gewesen ift und bas Prototoll unterzeichnet bat, ber Inhalt besselben ohnehin icon bekannt mar, - ift die Frage, mann er die ermahnte Abschrift empfangen habe, nicht entscheibend. Denn nach bem Sofbecrete vom 19. December 1801, J. G. S. Mr. 545, ift die 14tägige Frift jum Ansuchen um bie Restitution wegen schlechter Bertretung von bem Tage zu berechnen, an welchem ber verkurzten Bartei die betreffenbe Berordnung ober bas Urtheil bekannt geworden ift. Als biefe Berordnung tann aber bier nur ber in Erledigung bes Gibestagfatungsprototolles vom 31. Mai ergangene gerichtliche Bescheid vom 4. Juni angesehen werben, und diesen Bescheib erhielt A, zufolge feiner eigenen Angabe, von seinem früheren Anwalte am 3. Juli nebst allen Schriften und ber Bemertung: "Ihr habt verloren, weil Ihr nicht geschworen habt." Demnach mar A bereits am 3. Juli in Kenntnig gesett, bag ihm bas Gericht die Trennung ber in ber Antretung in Giner Formel vereinigten zwei Haupteibe nicht gestattet und die von ihm bei ber Tagfahrt angebotene Ablegung bes Ginen biefer Saupteibe allein nicht zugelaffen hat; er war aber baburch auch bavon bereits in Renntnig gesett, baf sein Bertreter unterlaffen batte, gegen ben bie Streitsache

zu seinem Rachtheile befinitiv entscheibenden Bescheid vom 4. Juni zu recurriren. Seine trothdem erst am 20. Juli angebrachte Restitutionsklage war daher verspätet.

#### Mr. 2719.

Beweiskraft strafgerichtlicher Erkenntnisse: Unzulässigkeit bes Gegenbeweises.

Entich. v. 4. Jänner 1867, Rr. 11142 (Beft. bes bas Urth. bes B. G. Scheibbs v. 23. März 1866, Rr. 392, aband. Urth. bes D. L. G. Wien v. 29. Angust 1866, Rr. 13331). G. H. 1867, S. 184.

Mit Abanderung bes Interlocuts, womit die erfte Instanz im Brocef bes A wider ben wegen forperlicher Berletung besselben ftrafgerichtlich verurtheilten B pto. Zahlung ber Beilungstoften, bes entgangenen Gewinnes und eines Schmerzengelbes auf ben Beugenbeweis ertannt batte, burch welchen ber Betlagte ben im Strafverfahren erbrachten Beweis ber forperlichen Berletung entfraften wollte, - murbe vom D. L. G. bem Rlagbegehren sofort stattgegeben und biefes Ertenntnig vom oberften Gerichtshofe aus folgenden Gründen beftätigt : Das ber Rlage beigelegte strafgerichtliche Urtheil (welches nebst ber strafrechtlichen Berurtheilung bes B die Berweisung ber Ersagansprüche bes A auf ben Civilrechtsweg enthält) ift eine öffentliche Urfunde, bie nach &. 111 a. G. D. ben vollständigen, gerichtsordnungsmäßigen Beweis für alle thatfächlichen Umftanbe liefert, welche in bemfelben als erwiesen angenommen find, und zwar so lange, bis bas Urtheil burch ein neues strafgerichtliches Ertenntnif aufgehoben ober abgeanbert wird. Der Ausspruch bes D. L. G., bag bie ben Rlaggrund bilbenbe förperliche Berletzung bes A burch B bereits bewiesen fei und bag biefer Beweis burch einen Gegenbeweis im Civilverfahren nicht entfraftet werben könne, ift baber gerechtfertigt und folglich auch gemäß §. 1325 a. b. G. B. bie obergerichtliche Zuerkennung ber Forberungen tes Rlägers rechtlich begründet.

#### Mr. 2720.

Bersprechen einer jährlichen Mäklergebühr: Berjährungsfrist. Entsch. v. 4. Jänner 1867, Rr. 11201 (Best. des Urth. des B. G. Brody v. 26. Dec. 1865, Rr. 538, Aband. des Urth. des D. L. G. Lemberg v. 4. August 1866, Rr. 16985). G. H. 1887, S. 95.

In ber am 3. Juli 1864 angestellten Klage bes A gegen B pto. Zahlung von 4676 fl. wurde angeführt: Der Beklagte habe sich verspflichtet, bem Kläger, falls berfelbe burch seine Berwendung bie Ueber-

laffung ber Spedition ter vom Handlungsbaus C aus Deröfterreich bezogenen Sensen an ben Beklagten zu Stande brächte, bafür jährlich, so lange ber Beflagte biese Spedition zu besorgen haben werbe, 1000 fl. ju gablen. Der Bemühung bes Rlagers fei es gelungen, bem Beflagten bei ber Firma C bie Spedition zu verschaffen, indem dieselbe im Jahre 1851 durch Contract die Berfrachtung dem B übertrug, der fie durch 61/6 Jahre bis Mary 1858 beforgte. Auf die versprochene Belohnung, welche zu 1000 fl. per Jahr berechnet, für ben erwähnten Zeitraum fich auf 6500 fl. belief, babe B bem Kläger eine Anzahlung von nur 1824 fl. geleiftet, weshalb um Berurtheilung bes B jur Bablung bes Reftes gebeten werbe. Der Betlagte ftellte vor Allem in Abrebe, bag er bem Kläger für beffen Bermittlung ben Lohn von 1000 fl. jährlich versprochen habe, worüber bieser ihm ben Saupteib auftrug, und wenbete, hievon abgesehen, gegen die Rlage die Triennalverjährung nach S. 1480 a. b. G. B. ein, welche schon im März 1861 vollendet gewesen sei, weil die Spedition burch ben Beklagten im Marg 1858 aufhörte und zur nämlichen Beit nach §. 1156 a. b. G. B. ber gange

Lobn zur Rablung fällig mar.

Gegen die Auficht bes D. L. G., welches die Berjährungseinrede ausschloß und auf den vorerwähnten Saupteid erkannte, murbe in erster und dritter Instanz die Rlage unbedingt abgewiesen. Grunde ber britten Instang: Bare es auch richtig, bag B fich burch Bertrag verpflichtet hat, bem A für die Bermittlung und bas Zustandebringen des zwischen B und der Firma C im Jahre 1851 abgemachten Sbeditionsgeschäftes einen Lohn jahrlicher 1000 fl. fo lange ju geben, als B biefes Speditionsgeschäft besorgen wirb, so konnte ber Lettere jur Rablung bes von A als Lohnerudftand angesprochenen Betrages bennoch nicht verurtheilt werben, weil - nachbem bie Dienstleistung bes A mit bem Abschluß bes Bertrages zwischen B und ber Firma C über bas Speditionsgeschäft ihr Ende erreicht hat und A mahrend ber Dauer ber Beforgung ber Speditionen burch ben B bemfelben feine weiteren Dienste zu leisten hatte - Die ihm für seine einmalige Mühewaltung von B auf eine unbestimmte Zeitbauer, so lange nämlich biefer bas Speditionsgeschäft beforgen wird, versprochenen Remuncrationen von 1000 fl. jährlich offenbar nicht als einzelne Raten einer Gesammtlohnsforderung, da eine solche in einem bestimmten Betrage gar nicht ftipulirt worben ift, angesehen werden tonnen, sondern ihrer Natur nach fich als durch Bertrag bedungene jährliche Renten darstellen, ale solche aber zur Zeit ber Rlaganstellung nach §. 1480 a. b. G. B. burch Berjährung bereits erloschen waren, ba bie Sperition bes B, nach ber Anführung bes Klägere felbst, im Marg 1858 aufgehört hat, mithin an bemselben Tage die lette Jahrebrente von 1000 fl. fällig geworden war, ber Rlager aber bie Rlage erft im Juli 1864, also lange nach Berstreichung bes im citirten Baragraphe festgesetten Berjährungstermines von 3 Jahren angebracht hat.

#### 9dr. 2721.

Zuständigkeit zur Bewilligung des ersten Grades der auf eine Liegenschaft auf Grund eines Strafurtheils geführten Execution.

Entid. v. 4. Janner 1867, Rr. 11336 (Anibeb. ber gleich förmigen Decr. bes B. G. Bilin v. 18. Inni 1866, Rr. 3900, and bes D. L. G. Prag v. 24. Oct. 1866, Rr. 22107). G. H. S. 1867, S. 283.

Das von A beim B. G. Bilin, als Personalgericht bes B, gegen benselben angebrachte Gesuch um executive Eintragung des Pfandrechtes an einem Grundstücke des Bezirkes Teplitz zur Sicherstellung der durch ein Strasurtheil dem A gegen B zuerkannten Schadenersatsforderung von 100 fl. wurde von beiden Untergerichten mit Berusung auf §. 49 J. N. lit C, wonach der Bollzug der begehrten Execution dem B. G.

Teplit als forum rei sitae zukomme, a limine abgewiesen.

In Erwägung, daß die dem A zuerkannte Entschädigung eine dem B persönlich obliegende Leistung, demnach die Bewilligung des 1. Executionsschrittes zur Hereinbringung dieser Forderung gemäß §. 69 1. alinea und §. 13 3. N. bei dem Gerichte des Wohnstes des Schuldners anzusuchen ist; daß die Bewilligung des 1. Executionsgrades von dem Bollzuge desselben und von den weiteren Executionsgraden nach dem citirten §. 69 2. und 3. alinea genau unterschieden werden muß, wenn es sich, wie hier, um die Ausstührung eines Actes der Realgerichtsbarkeit handelt, wegen welcher der das Pfandrecht beswilligende Personalrichter des Schuldners nach §§. 9—11 3. N. sich an das zuständige Realgericht zu wenden hat, — wurde vom obersten Gerichtshofe mit Aushebung der untergerichtlichen Entscheidungen dem B. G. Bilin ausgetragen, daß es als das zuständige Personalgericht des B das Gesuch des A meritorisch ersedige.

#### Mr. 2722.

Besitsftörung durch Execution des in einem Besitsstörungssproces vor Jahren erwirkten Erkenntnisses? — Berechnung der Frist zur Besitsstörungsklage im Falle wiederholter Störungen.

Entich. v. 4. Jänner 1867, Rr. 11362 (Aband. ber gleichförmigen Ertenutnisse bes B. G. Schludenan v. 10. Sept. 1866, Rr. 2408, und bes D. L. G. Prag v. 5. Nov. 1866, Rr. 34856). G. Z. 1867, Rr. 26.

Die A ist Bächterin eines Grundstücke, bas ber Gemeinde H gehört. Sie hatte in dieser Eigenschaft schon im Jahre 1864 an der Grenze des Grundstückes einen Zaun errichtet; B, welcher hiedurch

im Befite einer Fußsteig-Servitut gestört marb, erwirtte gegen bie A am 18. Muguft 1864 ein Befitftorunge-Ertenntnig. Bierauf fanben awifden ihm und ber Gemeinde, sowie ber A Bergleicheverhandlungen statt und wie lettere behaupten und die unteren Instanzen annahmen, ward in Folge beffen mit feiner Buftimmung ber Baun fo regulirt, bak ein Fuffteig offen blieb. Tropbem erwirkte er auf Grund jenes Ertenntniffes von 1864 am 5. Dai 1866 einen Executionsbescheib. fraft beffen er vor bem 9. Mai 1866 ben Zaun wegräumte. Als ber Raun wieber errichtet warb, erwirfte B einen neuen Erecutionsbescheib ddo. 5. Juni 1866, schritt aber erst ben 14. Juli 1866 gur Begräumung. Dagegen brachten nun A und bie Gemeinde am 17. Juli 1866 Die Befitftorungetlage ein, welcher Die beiben unteren Instanzen stattgaben, weil fie annahmen, bag bie Rläger burch bie leste Errichtung bes Zaunes "neuerlich in ben factifchen Befit besfelben und ber eingefriedeten Grundparcelle gelangt und, da bie Störung in biefem Befite erft am 14. Juli erfolgte, Die Rlage auch

rechtzeitig eingebracht worben fei".

Der oberfte Berichtshof wies bie Rlage ab und bemertte barüber : "Es wird von ben Rlagern jugestanben, daß ber Beflagte ben Baun beteits vor bem 9. Mai 1866 wegräumte und ihn, nachdem die A ihn wieber errichtet, abermale gerftorte; fie befinden fich fomit bereits seit dem 9. Mai 1866 nicht mehr im ruhigen factischen Besitze biefes Baunes und es ift baber bie erft am 17. Juli 1866 überreichte Befitftorungetlage nach &. 2 ber t. Berordnung vom 27. October 1849, R. G. Bl. 3. 12, offenbar verfpatet. Aber auch abgeseben von biefem Formalgebrechen, ift erwiefen, bag ber Getlagte bie Begraumung bes Baunes nicht eigenmächtig, fonbern zufolge ber ihm mit ben gerichtlichen Executionsbescheiben ertheilten Bewilligung por= genommen hat. Rachbem nun ber §. 339 a. b. G. B. nur bie eigenmächtige Störung bes Befites unterfagt und bie t. Berordnung bom 27. October 1849, 3. 12, nur jum 3mede bat, gegen eine folde eigenmächtige Störung Die richterliche Bilfe zu leiften, fo ift vorliegende Befitftorungetlage offenbar ungegründet. Es ift vielmebr ben Rlagern obgelegen, wenn fie behaupten zu tonnen glauben, bag bas Executionerecht bes B burch einen bem Erlenntniffe v. 3. 1864 nachgefolgten Bergleich erloschen sei, fich nach Borfchrift bes hof-becretes vom 22. Juni 1836, 3. G. S. 3. 145, zu benehmen."

#### 97r. 2723.

Beweiskraft des Taufscheines hinfichtlich der Anerkennung der außerehelichen Baterschaft.

Entsch. v. 9. Jänner 1867, Rr. 11536 (Best. ber gleichförmigen Urth. bes B. G. Marburg v. 29. Jänner 1866, Rr. 15051, und bes D. L. G. Graz v. 22. Angust 1867, Rr. 8875). G. Z. 1868, Rr. 79.

Maria A flagte auf Anertennung ihres gefetlichen Erbrechtes nach M, weil ber Erblaffer ihr unebelicher Bater gewesen und fle per subsequens matrimonium beefelben mit ihrer Mutter N ale ehellches Rind legitimirt worden fei. Die erfte Inftanz erkannte nach bem Rlagbegehren. In ben Erunden wird gefagt, daß es fich bier um ben Beweis ber Batericaft nicht nach bem §. 163, fonbern nach bem §. 164 a. b. G. B. handelt; daß in Gemäßheit ber §§. 111 und 112 a. G. D. burch ben Tanfichein als erwiesen zu halten sei, bag ber Erblaffer in Folge feiner por bem mit ber Führung bes Geburts. buches betrauten Seelsorger in Gegenwart zweier Zeugen abgegebenen Erflarung als Bater ber unebelich geborenen Rlagerin eingeschrieben worben fei; und bag angenommen werden muffe, biefe Ginfchreibung fei nicht blos in Folge Angabe ber Mutter bes Rlagers erfolgt, weil fie fonft burch ben Matrifelführer gar nicht batte jugelaffen werben burfen, ein gesetwidriges Borgeben bes letteren aber nicht vorausgefest werben tann, fonbern burch bie Beflagten batte nachgemiefen werben muffen. Auch fei bie Einwilligung bes unehelichen Baters zu biefer Eintragung nach Borschrift ber Hoftanzleidecrete vom 21. October 1813 (Bol. G. S. Frang I. 41. Bb. Nr. 49), und vom 27. Juni 1835 (Bol. G. G. Ferb. I. 63. Bb. Rr. 97, J. G. S. Mr. 44), burd welches lettere ber Bestimmung bes &. 164 a. b. S. B. berogirt murbe, bargethan und burch ben Tranungefchein bie Berebelichung bes M mit ber N erwiesen. Das D. L. G. bestätigte bas erftgerichtliche Erfenntnig.

Der oberste Gerichtshof verwarf die a. v. Revisionsbeschwerbe ber Bestagten, und zwar in der Erwägung, daß der Tausschein als eine öffentliche Urkunde vollen Glauben verdient und somit als bewiesen erscheint, daß M sich in Gegenwart zweier Zeugen als Bater der von N am 14. April 1824 unehelich geborenen Maria A, der hentigen Klägerin, erklärte; daß dies im Tausbuche nach Borschrift des Hossagleidecretes vom 21. October 1813 und 27. Juni 1835 eingetragen wurde; daß dadurch der Anordnung des §. 164 a. b. G. B. entsprochen wurde, und, da zwischen dem unehelichen Erzeuger und der unehelichen Mutter am 15. Februar 1833 die She zu Stande sam, nach §. 161 a. b. G. B. die gedachte Maria A als ehelich erzeugt zu gesten hat; und daß die gegen die Giltigkeit des Tausscheines erhobenen Einwendungen nicht berückstigt werden können, weil nicht im Wege der Einwendungen die angebliche Ordnungs-

widrigkeit zur Geltung zu bringen ift, zumal es fich um ein Taufbuch handelt, wobei zunächft ben abministrativen Behörben ein bindenber Ausspruch zusteht.

#### Mr. 2724.

Girirung eines exequirbaren Wechsels an den Aussteller: Geltendmachung von Einreden gegen den Giratar im Oppositions-Brocek.

Entich. v. 15. Jänner 1867, Rr. 11478 (Best. bes bas Arth. bes H. E. Wien v. 24. April 1866, Rr. 38907, abanb. Urth. bes O. L. G. Wien v. 18. Februar 1866, Rr. 14972). G. Z. 1867, Rr. 25.

Auf Grund eines von B an eigene Ordre ausgestellten, von A acceptirten Wechsels war dieser auf Alage des Giratars C rechtstäftig zur Zahlung verurtheilt worden. Darauf girirte C seine Farberung wieder an B, welcher Execution führte; gegen diesen brachte nun A die Oppositionsklage ein, worin er geltend machte, daß er den Wechsel nur aus Gefälligkeit für B, ohne Baluta, acceptirt habe, demnach B zur Einlösung desselben ohne Regreß gegen ihn verpflichtet war. B entgegnete, daß die nun angeführte und von ihm geleugnete Thatsache der Zahlungsauflage vorhergegangen, nicht ihr nachgefolgt, also nicht zur Begründung der Oppositionsklage geeignet sei. Die erste Instanz wies den Kläger hauptsächlich aus dem eben angeführten Grunde ab.

Die zweite und britte Inftang aber machten bie Entscheidung bom Baupteibe barüber abhängig, baf A bem B bas Accept nur zu bem Enbe, bamit biefer fich Gelb barauf verschaffe, und gegen bie Bufage übergeben habe, baß B für beffen Ginlofung forgen werbe. Die Grunbe gingen im Befentlichen babin: Dem Zahlungsauftrage ift Die Thatlache nachgefolgt, bag Derjenige, ju beffen Gunften er erflog (C), jurudgetreten ift, und auftatt besfelben ein Dritter, B, bie Bechfelforberung geltenb macht. Demnach tann A jene Ginwendungen, bie ihm unmittelbar gegen B gufteben, biefem entgegenfeten. Denn ein Erfenntniß — ber Bablungeauftrag — formalifirt bas Recht nur zwischen ben Parteien, in beren Sache es erging. Es ift baber bie Abtretung eines formalifirten Rechtes auf feinen Fall mit ber Birtung ftatthaft, bag ber Schuldner von ber Einwendung, Die er gegen ben neuen Gläubiger (Executionsführer) hat, ausgeschloffen fei. Die gegentheilige Anficht wurde babin führen, daß B eine Forberung erworben hatte, bie gegen jebe noch fo triftige Einwendung, Die bem A zustunde, geschützt mare, die er aber früher nicht anbringen konnte; bag alfo burch eine einseitige Sandlung bes C und B, welch' letterer überbies, wenn bie Einwendung bes A gegrundet ift, in bojem Glauben ware, diesem jede Bertheibigung abgeschnitten wurde. Bubem ift ber Uebergang ber Rechte bes C an B durch Giro, also in wechselrechtelicher Form, erfolgt, und B hat diese so Wechselversahrens geltend gemacht.

#### Mr. 2725.

Executive Feilbietung von Liegenschaften, auf welchen eine sibeicommissarische Substitution haftet: Entbehrlichkeit der Berständigung der Substituten. Unzulässigfeit der Ergreifung von Rechtsmitteln durch einen der Substituten im Interesse der anderen.

Entsch. v. 16. Jänner 1867, Rr. 11584 (Best. bes bas Decr. bes L. G. Wien v. 18. Oct. 1866, Rr. 63666, aufhebenben Decr. bes D. L. G. Wien v. 13. Rov. 1866, Rr. 20588). G. H. S. 1868, S. 199.

Bei der im Grundbuche dem B zugeschriebenen Realität ift die fibeicommiffarische Substitution bes C fur Die eine Balfte, bes D und E für die andere Balfte und die Substitution ber Rinder bes D und E für die Balfte ber letteren grundbucherlich ausgezeichnet. Auf Einschreiten bes A gegen B murbe bie executive Feilbietung ber Liegen= fcaft bewilligt, jedoch bie Ausschreibung ber brei Termine einigen ber Substituten bes D nicht zugestellt. Aus Diefem Grunde überreichte F, einer von ben verständigten Gubstituten bes D, beim Erecution &gerichte bas Gesuch, bag es nach Hofvecret vom 31. August 1792, 3. S. S. Nr. 43, von ber Berfteigerung fein Abtommen erhalte, mogegen ber Erecutioneführer A ben Antrag ftellte, bag bie nicht verständigten Substituten von bem (noch ausstehenden) 3. Reilbietungstermine in Renntnig gefet und in bem befagten Termine bie Berfteigerung abgehalten werbe. Das Gericht erfter Inftang ging auf biefen Antrag nicht ein, fonbern entschieb, bag es von ber Feilbietung abzutommen habe. Auf ben Recurs bes A murbe vom D. L. G. bie Ausschreibung eines neuen Termines jur 3. Feilbietung in ber Erwägung angeordnet, bag bie Rinder bes D weber Gläubiger ber Liegenschaft noch überhaupt bei Lebzeiten bes in ber Substitution ihnen vorangehenden D bermalen bei ber Realität intereffirt find, folglich bie Berftanbigung berfelben bon ber Feilbietungsausichreibung gar nicht geboten war.

Den von F ergriffenen Revisionsrecurs hat ber oberfte Gerichtshof mit Bezugnahme auf die obergerichtlichen Motive und in ber weiteren Erwägung abgewiesen, daß ber Recurrent zur Bertretung

ber anderen Substituten bes D gar nicht berufen ift.

#### Nr. 2726.

Schulberlag behufs Sistirung ber Execution unter Borbehalt. Entig. v. 29. Jänner 1867, Rr. 490 (Best. des das Decr. des L. G. Ling v. 8. Rov. 1866, Rr. 10808, anshebenden Decr. des D. L. G. Wien v. 11, Dec. 1866, Rr. 22345). G. H. 1867, S. 192.

Nachdem bem A burch Urtheil bie gegen B eingeklagte Wechselforberung unter ber Bedingung eines von bem Bertretungeleifter bes Rlagers abzuschwörenben Gibes zuerkannt, ber Gib abgelegt und barauf von A gegen ben Schuldner bie Mobiliarexecution bis ju ber Bewilligung ber Feilbietung geführt worben mar, beponirte B, um bie Bornahme ber Berfteigerung hintanzuhalten, bei Bericht ben Betrag bes Bechfels und ber Nebengebühren mit bem Borbehalte, bag bas Depositum erft nach Schlug bes von ihm gegen ben Bertretungsleifter bes Rlagers wegen Betruges burch Ablegung eines falfchen Eibes anhängig gemachten Strafproceffes, je nach bem Ausgange besfelben, bem A auszufolgen fei, und bat um einftweilige Giftirung ber Feilbietung, welche von ber erften Instanz unter Berftanbigung beiber Theile bewilligt murbe. Nun begehrte A bie Ausfolgung des Depofitums, murbe aber bom Gerichte erfter Inftang mit hinweisung auf ben ermahnten Borbehalt bes B abgewiesen. Auf feinen Recurs hat bas D. L. G. biefen Befcheib aufgehoben und ber erften Inftang bie Erledigung bes Gesuches bes A mit Abstandnahme von bem besagten Abweisungsgrunde aufgetragen, weil bie vom Executen B bei Bericht beponirte Baarfchaft fich als ein Bermögen besselben barftellt, welches bes Executions führer greifen barf, ohne bag ein Borbehalt bes Schuldners feine Execution hemmt; und weil bas Anbringen bes Executen, daß er wegen eines in der burgerlichen Rechtssache an ihm verübten Betruges die Anzeige bei bem Strafgerichte gemacht habe, Die Sistirung ber Durchführung ber Execution auf Die beponirte Baaricaft umsoweniger ju rechtfertigen vermag, als auf jenes An= bringen bes Erecuten beim Mangel ber Bebingungen bes Sofbecretes vom 6. März 1821, 3. G. S. Nr. 1743, nicht einmal die Sistirung ber civilrechtlichen Berhandlung ber Streitfache hatte erfolgen konnen und ein Berbot nach g. 283 a. G. D. vom Executen nicht erwirkt worben ift.

In Erwägung, daß durch ben voraufgegangenen Bescheid ber ersten Instanz lediglich beide Parteien von der bis auf Beiteres erfolgten Sistiumg der executiven Mobilienfeilbietung verständigt, keineswegs aber die Suspension aller ferneren Executivschritte im Sinne des Hosvecretes vom 6. März 1821, Nr. 1743, wegen einer strafgerichtlichen Anzeige des Executen ausgesprochen wurde; daß zur Anordnung einer solchen Suspension auch nicht die gesetzlichen Bedingungen dargethan worden sind, und mit Bezugnahme auf die übrigen Gründe des D. L. G. hat der oberste Gerichtshof die Berordnung desselben bestätigt.

#### Mr. 2727.

Bestreitung der ehelichen Geburt auf Grund der Reise des Kindes: Kunstbesund vorüber auf Grund der unbeschworenen Aussage der Hebaume.

Entsch, v. 31. Jänner 1867, Rr. 98 (Best. bes Urth. bes B. G. Mistelbach v. 24. Oct. 1865, Rr. 3811, Aband. bes Urth. bes O. L. G. Wien v. 11. Juli 1866, Rr. 10226). G. Z. 1968, Rr. 69.

Die eheliche Geburt eines Rindes wurde mittelft Rlage von bem Chegatten ber Mutter aus bem Grunde bestritten, weil bie Trauung am 27. Janner 1863, Die erfte Beiwohnung am 3. Februar 1863 und die Geburt bes Kindes schon am 9. October 1863 stattgefunden habe und weil bie am 11. Februar 1864 vernommenen Runftverftanbigen unter Bezugnahme auf die Aussage ber bei ber Beburt anwesenden Bebamme ihr Gutachten babin abgegeben hatten, bas Rind sei ein vollfommen ausgetragenes und habe wenigstens 270 bis 280 Tage im Mutterleibe fein muffen, fo bag es bestimmt vor bem 27. Janner 1863 erzeugt murbe. Die Mutter bes Rindes gestand felbft ben vor bem 27. Janner 1863 stattgefundenen Beischlaf mit einem Dritten, welcher geichfalls geständig war. - Das Gericht erfter Inftang ertannte auf Abweifung bes Rlagers. Das D. &. G. entschied aus folgenden Grunden nach dem Rlagbegehren: Es ift zu untersuchen, ob ber Rlager burch ben vorgelegten Runftbefund bie Unmöglichkeit ber von ihm erfolgten Zeugung erhartet hat. Das Rinb ift am 9. October 1863 geboren. Um 27. Janner 1863 bat Rlager mit seiner Gattin sich verehelicht. Ginen früheren vom Rlager mit berfelben gepflogenen Beifdlaf bat, wie icon ermabnt, ber Betlagte gegen ben Widerspruch bes Rlagers nicht bargethan. Bom Tage ber Berebelichung, rudfichtlich ber Zeugung bis jum Tage ber Geburt waren baber 254 Tage verftrichen. Run haben bie Runftverftanbigen erklart, bag bas Rind jur Beit feiner Geburt ein volltommen reifes war, bag basselbe von ber Mutter burch bie volle Schmangericaft getragen wurde und die Dauer ber regelmäßigen Schwangerschaft 280 ober boch 270 Tage beträgt, sowie endlich, daß ein nur 8 Monate. 8 Tage, b. i. 248 (rücksichtlich 251—252) Tage altes Kind als nicht volltommen reif zu bezeichnen ift. hieraus läßt fich nun mit Bestimmtheit folgern, bag biefes Rind nicht vom Rlager herruhren tonne, ba von seiner erft am Tage ber Berebelichung ftattgehabten Beiwohnung bis jur Geburt bes Rinbes nur 254 Tage verlaufen find, welche Annahme bann um fo gegrundeter ericheinen murbe, wenn Rlager, wie er zu beweisen fich erboten hat, wirklich erft am 3. Februar 1863 ber Sattin bas erfte Dal beigewohnt batte. Diefes fachkundige Gutachten läßt sich nicht burch die hinweisung barauf, dag ber Runftbefund erst am 11. Februar 1864 vorgenommen wurde, mabrent bie Geburt bes Rindes icon am 9. October 1863 erfolgte, und bag basselbe fich auf Angaben ber Bebamme bezieht, entfraften, ba es eben nur Sache ber Sachtundigen ift, Die jur Abgabe bee Gutachtene erforberlichen thatsachlichen Erfahrungen zu sammeln, zu würdigen und barauf bei bem Butachten Rudficht ju nehmen, ohne bag beshalb bas Gutachten felbft, wenn es nur fonft ben gefetlichen Anforderungen entspricht, an Glaubwardigfeit verliert, und gilt bies bier umsomehr, als processualifc bie Thatfache, welche bie Bebamme ben Sachverftandigen beftätigt haben foll, als unwahr feineswegs bargethan marb. Das Ontachten mar baber aus biefem Grunde nicht unbestimmt ober unficher; ber Betlagte batte beim Runftbefunde felbft Belegenheit gefunden, ben Begenftand burch entsprechenbe Fragestellung auftlaren ju laffen. Diefer Befund macht baber nach &. 200 a. G. D. einen vollständigen Beweis. Die in bem hofdecrete vom 21. September 1822, J. G. Sr. 1895, enthaltene Berfugung bezieht fich aber gleichfalls nur auf Berftellung bes Beweifes burch bie mebicinische Facultat ober Profefforen ber Beilfunde als Sachverständige und lantet allgemein, ba es sowohl für Civil- als Straffachen ergangen Daburch aber murbe bas hofbecret vom 27. Februar 1784, 3. S. S. Dr. 249, welches eine Ueberschau für ungulaffig erklart, teinesmegs aufgehoben ober modificirt. Der vom Beflagten beantragte Beweis burch bie medicinische Facultät aber mare feinem Wefen nach nichts als eine Ueberichau, wodurch bas vorliegende Butachten als irrig und unrichtig fich berausstellen foll, mas bemnach unftatthaft ericeint. Es mußte baber bem Rlagbegebren ftattgegeben werben.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas erftgerichtliche Urtheil. Grunde: Der wesentlichfte Umftand, worauf ber Rlager bie von ihm zu beweisende Unmöglichkeit ber Zeugung ftuste, ift die von ihm behauptete und burch ben Runftbefund erhartete vollfommene Reife bes Rinbes jur Beit ber Geburt. Allein wenn erwogen wirb, bag ber Befund erft vier Monate nach ber Geburt aufgenommen murbe, mahrend welcher Frift naturgemäß große Beranderungen an einem Reugeborenen vorgeben und die Rennzeichen einer etwaigen Frühgeburt ober ber Reife gang vertilgt ober wesentlich verandert werben; bag bas Gutachten ber Experten fich ausbrudlich nur auf bie Ungaben ber allein bei ber Entbindung gegenwärtigen — Bebamme flütt, daß bie Beschaffenheit bes Rindes jene eines ausgetragenen mar; bag bie Ausfage einer einzigen Berfon nicht beweismachend ift, bier aber biefelbe auch nicht in ben Acten liegt, nicht beeidet ift und bie Bebamme bei ber Aufnahme bes Runftbefundes auch nicht gegenwärtig mar: fo tann burch die Expertise ber Beweis, bag bas Rind vor bem 27. Jänner erzongt worben und somit ber Rlager beffen Bater nicht sei, nicht als

erbracht angeseben werben.

#### Mr. 2728.

#### Anzahlung ober Angeld?

Entich. v. 31. Janner 1867, Rr. 777 (Beft, bes bas Urth, bes H. G. Wien v. 25. Sept. 1866, Rr. 96831, aband. Urth. bes D. L. G. Wien v. 12. Dec. 1866, Rr. 19915). G. H. 1867, S. 347.

Der Zahlungsauftrag, welchen A, Aussteller eines von B und C am 26. August 1865 acceptirten Bechsels per 350 fl. erwirft hatte, wurde auf die Einwendungen ber Beklagten in erster Instanz auf-

gehoben, in zweiter Inftanz aufrecht erhalten.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bie Entscheidung bes D. L. G. in ber Erwägung, bag ber Rlagwechsel unbestritten fich auf die 350 fl. bezieht, welche in bem Bertrage vom 26. August 1865 erwähnt find, womit B feine Fabrit bem A vertauft hat; bag biefe von A bem B bamals gezahlten 350 fl., sowohl im besagten Bertrage wie auch in einem Briefe bes B an A von bemfelben Tage als eine a conto-Rablung bezeichnet find und bemnach nur als eine von ihm geleistete Theilzahlung bes Raufpreifes ber Fabrit - nicht, wie bie Beflagten behaupten, als ein von A entrichtetes Angeld — betrachtet werben tonnen; bag ber Bertauf ber Fabrit unbestrittenermagen rudgangig geworben und bamit ber rechtliche Grund jur Bablung eines Theiles bes Raufschillings hinweggefallen ift; bag, selbst wenn bie von A bem B gezahlten 350 fl. ein Angelb maren, Die Burudbehaltung berfelben von B (welcher bas Recht hiezu eben in Anspruch nimmt und im Bereine mit bem mitbeklagten C beshalb ben rechtlichen Bestand ber eingeklagten Bechfelforberung bestreitet) bennoch gefetlich ungegrundet ware, weil ber Raufvertrag mit Zustimmung beiber Contrabenten aufgelöft murbe, mithin Die Frage, mer baran Schuld trage, morauf es bei ber Buertennung bes Angelbes nach §. 908 a. b. G. B. antommt, bier uneutscheibend ift; bag folglich bas Ertenntnig bes D. L. G. ber Sachlage und bem Gefete entspricht.

#### Nr. 2729.

Beweiskraft bes auf Grund einer Anordnung der Berwaltungsbehörde in das Geburtsbuch aufgenommenen Bermerkes der legitimatio per subsequens matrimonium.

Entich. v. 5. Februar 1867, Rr. 11432 (Aband. der gleich förmigen Urth. bes L. G. Graz v. 6. Mai 1866, Rr. 2836, und des O. L. G. Graz v. 22. August 1866, Rr. 8228). G. Z. 1867, Rr. 25. G. H. 1867, S. 370.

A ftut feine Rlage auf Anerkennung seines gesetslichen Erbrechtes nach M auf eine Berfügung ber Statthalterei, womit verordnet wurde, es sei im Taufbuche anzumerken, daß A durch nachgefolgte She

feiner Mutter L mit M legitimirt sei, beziehungsweise auf bie ent= fprechende Ausfertigung bes Auszuges aus bem Taufbuche. - Die beiden unteren Inftangen erflarten diefen Rachweis für ungenugenb. Die erfte Inftang bemertte barüber: Der Erlag ber politifchen Beborbe trifft feine für die Brivatrechte ber Barteien maggebende Ent= fceibung; eine folche tann nur burch bie juftanbigen Berichte erfolgen. Es mag bahingestellt bleiben, ob bie burch bie politischen Beborben verfügte Eintragung bes Namens bes Baters eines unehelich geborenen Rindes in bas Taufbuch ben bestehenden Befegen entspreche, welche biefe Eintragung immer von ber ausbrudlichen Einwilligung bes Batere (g. 164 a. b. G. B.) abbangig machen (Bat. vom 16. October 1787, 3. G. S. Nr. 733; Hofbecret v. 20. Februar 1784, Bol. G. S. Josef II., 4. Bb. Nr. 113; Hitzb. v. 21. October 1813, Bol. G. S. Frang I., 41. Bb. Nr. 49; vom 19. Februar 1820, Rr. 1650; Sffgb. v. 27. Juni 1835, Rr. 44 ber 3. G. G.); es mag babingestellt bleiben, ob die politische Beborbe berechtigt fei, eine Legitimation burch nachgefolgte Che auch bann auszusprechen, wenn bas Taufbuch ben Namen bes Baters bes unehelich geborenen Rindes nicht enthält, und wenn baber biefe Legitimation nicht ohneweiters aus ber Bergleichung ber Daten bes Tauf- und Traubuches ent= nommen werben tann (Hitzb. v. 27. April 1820, Rr. 11776); gewiß ift, bag burch berlei Berfügungen ber politifchen Behörben, welche blos in bem Auffichterechte berfelben über bie Führung ber Tauf= und Trauungsmatrifel ihre Begrundung und Begrenzung finden, ber richterlichen Beurtheilung und Entscheidung über Die einschlägigen Brivat= rechtsverhaltniffe nicht vorgegriffen werden fann. Es mogen bie Erbebungen, auf welche fich in bem Statthalterei-Erlaffe bezogen wirb, bon was immer für einer Art gewesen sein, so war boch nicht bie · politische Behörde, sondern nur der competente Richter dazu berufen, über die Frage, ob M als Bater des Rindes der L rechtlich an= gufeben fei, rechtegiltig zu entscheiben. Bei ber entgegengefetten Auffaffung murben nicht bie gesetlichen Beweisregeln ber a. G. D., sondern bas Bonoplacitum einer an feine ftrenge Beweisnorm gebunbenen Behörde in einer privatrechtlichen Brajudicialfrage maggebend erscheinen. Der Taufschein tann baber ale Beweismittel in bem gegenwärtigen Rechtsftreite für bie Baterschaft bes M nicht benütt werden.

Der oberste Gerichtshof hat beide Urtheile abgeändert und dem Begehren des Klägers stattgegeben, mit nachstehender Begründung: Das Geburtszeugniß erscheint im Sinne des letten Absates des Hitzb. v. 27. April 1820, Nr. 11776, und 12. August 1830, Nr. 18471, formell ganz correct, und ergänzt durch die beigebrachte, von der Stattbalterei im Einvernehmen mit dem Ordinariate, also von den vermöge der bestehenden Borschriften zur Richtigstellung der Pfarrbücher competenten Behörden, erlassene Berordnung als eine öffentliche beweisstätigte Urkunde über die Thatsache, daß gemäß gepslogener amtlicher

Erhebungen außer Zweifel gestellt wurde, daß das fragliche Rind von M als das eigene anerkannt und sosort durch die Trauung desselben mit der Mutter legitimirt worden war. Solche Urkunden können durch den bloßen Widerspruch eines Dritten nicht entkräftet werden, und wer sie im Rechtswege bestreiten will, muß sich auf gründliche Gegenbeweise stützen, was die Geklagte nicht that.

#### Nr. 2730.

Unmittelbare Haftung bes Abvocaten für die Gebühren für die Einschaltung der in Sachen seines Clienten erlassenen Ebicte.

Entich, v. 5. Februar 1867, Nr. 602 (Beft, der Decr. des L. G. Krafan v. 28. Mai 1866, Nr. 9402, und des O. L. G. Krafan v. 30. Oct. 1866, Nr. 10126). G. Z. 1867, Nr. 27. G. H. 1867, S. 129.

Gegen ben Abvocaten Dr. A murbe die tarmeise Eintreibung von ausständigen Infertionsgebühren für in Rechtsftreiten mehrerer feiner Clienten erlaffene Spicte, beren Bablung ibm bereits vor mehreren Jahren rechtsfräftig aufgetragen worben ift, angeordnet, weil ber 21bvocat für die im Rechtoftreite feines Clienten aufgelaufenen Infertionstoften gegen Borbehalt bes Regreffes an ben Danbanten ju haften habe, und weil, nachbem bie Ebictetoften meift fcon bei ber Rlage erwachsen find, nicht anzunehmen ift, daß derfelbe bei Uebernahme ber Angelegenheit und beim Empfang bes Borfcuffes nicht barauf Rudficht genommen haben folle, sowie es auch zweifelhaft bleibt, ob er nicht bei ber Schlugrechnung biefe Roften einbezogen habe. -Den hiegegen eingebrachten Recurs erlebigte bas D. L. G. aus bem Grunde abweislich, weil tein gefetlicher Grund vorhanden ift, . bezüglich ber in einem Rechtsftreite aufgelaufenen Bebühren gegen bie Bartei, welche ihren Bertreter bei Bericht bestellt hat, unmittelbar mit Execution aufzutreten.

Auf a. o. Revisionsrecurs bes Dr. A fand ber oberfte Gerichtshof ben Recurrenten auf die berufenen untergerichtlichen Enticheidungen

und beren Begrunbung ju verweisen.

#### Mr. 2731.

Hemmung der Execution wegen Einleitung der Disciplinaruntersuchung über die Intervention eines Notars bei dem der Klage zu Grunde liegenden Rechtsgeschäfte.

Entig, v. 5. Rebruar 1867, Rr. 826 (Best. des das Decr. des B. G. Sambor v. 28. Oct. 1865, Rr. 5797, aushebenden Decretes des O. R. G. Lemberg v. 22. Oct. 1866, Rr. 33194). Zeitschr. f. d. österr. Rotariat 1867, Rr. 26.

#### .... . 2732 semi

Einseitige Aenverinig der urtheilsmäßigen Gibesformel.

Enisch, v. 6. Februar 1867, Nr. 452 (Best, des Urth, des L. G. Wien v. 18. April 1866, Nr. 81717, Adund. des Urth. des D. L. G. Wien v. 7. Nov. 1866, Nr. 17429/j G. J. 1868, Nr. 70.

Nach dem Urtheil hotze per Sellagte B den ihm ausgetragenen

Saupteib ju ichmaren, bag ibm ber Rlager & gewiffe Baaren per 310 fl. 93 fr. nicht retournirt habe. Bei ber Gibesgblegung fügfe ber Delat ber Gibesformel noch bie Worte hingu: "bag ich wenigstens Diefe Baaren vom Gegner nicht juruderhalten habe". Begen biefes Beisates murbe vom Gericht erfter Instanz ber Gid als nicht abgelegt erklärt. Das D. L. G. fällte bie entgegengesette Entscheibung aus ben nachstehenden Gründen: B hatte ben ihm aufgetragenen referiblen Saupteid babin abzulegen, bag feines Biffens und Erinnerns ihm der Gegner die in dem Conto der Rlage angesetten Bagren per 310 fl. 93 fr. nicht retournirt habe. Diefen Gio hat B auch wirflich in Preugen abgelegt. Der von ihm gemachte Nachfange , bag ich wenigftenst biefe Baaren vom Gegner nicht zurückerhalten, habe", ist bei Beurtheilung ber Frage, ob der Gid abgelegt: murbe, nicht zu berudfichtigen, weil er nicht jur Gibesformel gehört und ein willfürlicher Bufat ju perfelben bas bereits Befdworene nicht ju anbern ober aufauheben vermag. Sollte aus einem berlei Nachfate zu entnehmen fein, daß ein falicher Eid abgelegt wurde, so mußte, Die bezügliche Beurtheilfing bem Strafrichter überlaffen werben; bem Civilrichter bingegen steht, es, nicht zu, die rechtlichen Folgen eines wirflich abgelegten Gives blos beshalb, weil ber Schwörende bei ber Gibesablegung Borte, Die in der Eidesformel nicht enthalten waren, diefer Formel noch angefügt, und ebenfalls beschworen bat, für pufgehoben gu enffaren.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas erstrichterliche Urtheil. Grunde: Die Frage, ich ber entscheibenbe Saupteid als von bem Geflagten abgelegt zu befrachten fei, murbe; von ber erften Instanz mit Recht berneint, weil ber Beklagte burch ben jum Gibesfate,, bag ibm ver Rlager Die Waaren per 310 ff. 93 fr, nicht retournirt habe, ge-, machten Beifat, bag er wenigstens biese Baare nicht zuruderhalten, habe, beutlich zu erkennen gegehen hat . bag fer gegadezu und ohne, Ginfchrantung ben Gib, wie er im Urtheile formulirt ift, abzulegen fich nicht getraute. Nicht blos läßt bas Bort "wenigstens" icon eine, Einschränfung erkennen, sondern es liegt auch am Tage, daß ber Betlagte burch jenen Bufat die Doglichfeit einer fattgefundenen Retournirung gnerkannte, indem er seinen Widerspruch ausdrücklich auf Die Thatfache, ob er die Waaren erhalten habe, beidrankte. Sowie der Geklagte in dem vorausgegangenen Processes Die wom Rlager behauptete Retournirung widerfprach, ohne beizuffigen, bag er fie blos reshalb miterfpreche, weil er bie Baare nicht erhalten habe, fo mußte

er nun auch die Folge seines unbeschränkten Widerspruches sich gefallen lassen und den ihm über die widersprochene Retournirung aufgetragenen Haupteid ohne weitere Umschreibung ablegen. Dies hat er aber nicht gethan, sondern den Eid mit einer Beschränkung abgelegt, vermöge welcher eine wirklich stattgesundene Retournirung gar nicht ausgeschlossen erscheint, und der Geklagte allenfalls schon darum, weil er etwa die Annahme der retournirten Baaren verweigerte, zur Ablegung sich berechtigt halten konnte. Es war demnach das erstgerichtsliche Urtheil zu bestätigen.

#### Mr. 2733.

#### Anerkennungsvertrag.

Entich. v. 6. Februar 1867, Nr. 798 (Best. ber Urth. bes K. G. Robigno v. 9. Juni 1866, Nr. 1398, und bes O. L. G. Triest v. 10. Oct. 1866, Nr. 4347). Gazz. d. Trib. 1867, Nr. 11. G. Z. 1871, Nr. 21.

Die Rlage ber Bermaltung ber Rirche A wiber bie Concurs, maffe bes B pto. Liquibhaltung von 2043 fl. grundete fich auf bie von B ausgestellte Urfunde vom 20. Juni 1861, bes Inhalts, bag die Mutter des B 2043 fl., womit ein Grundzins der Rirche abgelöst worden war, von berfelben als Darleben erhalten habe und B, als ihr Erbe, fich als Schuldner biefes Betrages betennt und beffen Bablung verfpricht. Der Bertreter ber Concuremaffe leugnete Die Bingabe bes Darlebens an die M und bestritt die rechtliche Birkfamkeit ber in ber Urfunde enthaltenen Schulbanerkennung bes B, welche berfelbe nur ale Erbe ber M ohne causa debendi ber Lettern und in ber irrigen Meinung ausgestellt habe, bag bie M in ber That bas angebliche Darleben fculbe. Darauf replicirte bie Rlagerin, bag B felbst - in feiner beklagterfeits nicht bestrittenen Eigenschaft als Rammerer bes Rirchenvermögens - bas von ber Ablojung bes Grundginerechtes ber Rirche berrubrenbe Belb in Empfang genommen und für fich verwendet und beshalb die producirte Schuldurfunde ausgestellt habe, und trug jum Beweis barüber ben Haupteid Der Concuremaffevertreter stellte biefe neuen Anführungen in Abrebe, verwahrte sich gegen bie hiermit versuchte Begrundung ber Rlage burch ein anderes Fundament und trug zum Beweis ber von ihm bereits vorgebrachten exceptio non numeratæ pecuniæ ber Rlägerin ben Baupteib auf.

Beide Untergerichte haben dem Alagbegehren unbedingt stattgegeben — das D. L. G. mit folgender Begründung: Die von der Klägerin producirte Urkunde ist mit allen gesetzlichen Erfordernissen für die Giltigkeit derselben versehen und enthält auch die causa debendi, welche darin besteht, daß die Kirche das Geld durch ihre Berwaltung bei ber M angelegt und bag B bie bier mitentstanbene Schuld feiner Mutter als ihr Erbe anertannt bat. Jebenfalls ergibt bie Urfunde, baf B für bie barin bezeichnete Gelbsumme fich ale ben Schuldner ber Rirche betennen wollte und mit bem Berfprechen ber Berginfung und Rurudaahlung bes Capitale ale Schuldner fich befannte: und ba B jur Beit ber Ausstellung bes Documents bereits sui juris mar. fo ift und bleibt feine Erflarung rechtsverbindlich, gleichviel ob bie Schuld bamale nicht liquid und bestreitbar gewesen ift, ob in ber That seine Mutter bas von ihm eingehobene Gelb als Darleben ber Rirche (burch ibn) empfangen, ober ob er es für fich felbft verwendet bat. Durch bie vollbeweisenbe Urfunbe ift bie Schulbanerkennung bes B und beffen Schuldubernahme festgestellt und dies genügt gur Bertheilung bes Uebernehmers refp. feiner Concursmaffe. Die vorae= brachte exceptio non numeratæ pecuniæ ist unzulässig, weil in ber Urfunde nicht angeführt ift, bag jur Zeit ihrer Errichtung bas Gelb zugezählt wurde. B als Schuldübernehmer tonnte nur in bem Falle von ber Bahlung freigesprochen werben, wenn beflagterfeits ber Beweis erbracht worben mare, bag B, ale er bie Urfunde ausstellte, fich in einem Brrthum befand und getäuscht wurde; allein barauf lautet nicht ber beklagterseits aufgetragene Saupteib, welcher somit unentscheibenb ift. fo wie ber von ber Rlagerin aufgetragene Saupteib unnöthig mar, Da ibr die vollbeweisende Urfunde jur Seite ftebt, folglich ein meiterer Beweis nicht oblag.

Der oberfte Gerichtshof verwarf bie a. o. Revisionsbeschwerbe bes Concuremaffevertretere. Grunde: Es ift unbestritten, bak bas in ber Urfunde bezeichnete Grundzinsrecht ber Rirche A abgeloft morben ift und bak die Kirche die Ablöfungefumme nicht befist, fernere bag B ber Rammerer bes Rirchenvermögens war und ihm als foldem bie Ablöfung und die Rablung bes Lofegelbe nicht unbefannt fein konnte. Benn baber ber Bfarrer ber Rirche, nachdem er in ben über bie Berwaltung bes Rirchenvermögens geführten Buchern ben Richteingang Diefes Gelbes festgestellt batte, bafur von B fic beffen Schuldbetenntnig in ber vorermannten Urfunde ausstellen ließ, fo mar biefes Befenntnig rechtswirtsam, mas immer für eine causa debendi barin angegeben Der Bfarrer hatte burchaus fein Intereffe, nachzuforichen, ob bas aus ber Ablösung bezogene Gelb in ber That ber Mutter bes B bargelieben morben fei, ba B ale Bermalter bes Rirchenvermogens für bas Gelb verantwortlich blieb, mochte er mas immer für eine causa debendi in der Urkunde angegeben haben, und in keinem Falle ben Umftand, bag bie barin angeführte causa falfch ift, ju jeinem Bortheile ausbeuten barf. Da somit ber flagerischerseits gur Feststellung ber mabren causa aufgetragene Saupteid überfluffig und bie gegnerische Anfechtung bes Rlaganspruche gesetlich nicht begrundet ift, fo mußte Die Reviftonebeichwerbe verworfen merben.

#### Mr. 2734.

Anfrechterhaltung des beabsichtigten schriftlichen Testamentes als mündliches. Ungiltigkeit des Testamentes wegen Irrthums im Beweggrund.

Entich. v. 6. Februar 1867, Nr. 879 (Beft. bes das Urth. des B. G. Schärbing v. 30. März 1866, Nr. 859, abänd. Urth. des O. L. G. Wien v. 7. Nov. 1866, Nr. 17156). G. Z. 1867, Nr. 39. Gazz. d. Trib. 1867, Nr. 20.

M, österreichischer Staatsangehöriger, ließ in Bapern einen Notar rufen und erklärte vor fünf Zeugen, daß er seinen unehelichen Sohn A zum Erben einsetze. Der Notar war der irrigen Meinung, daß nach österreichischem Rechte eine solche Erbeinsetzung nicht giltig wäre. Hierauf tam ein schriftliches Testament zu Stande, worin derselbe, weil er seinen Sohn nicht zum Erben einsten könne", seinen Bruder B mit der Bitte einsetze, jenem die Hälfte des Nachlasses zukommen zu lassen. A soch nun das schriftliche Testament an und nahm das Alleinerbrecht in Anspruch. Diesem Begehren ward von den beiben

boberen Inflanzen fattgegeben.

Grunde ber zweiten Inftang: Die vernommenen Beugen fagen einstimmig aus, baf vor ihnen M, nachdem ber baverische Notar herbeigeholt worden war, um den letten Willen besselben aufzunehmen, geäußert habe, er wolle feinen unehelichen Sohn (ben Rlager) als Saupterben einsetzen. Dienach hatte M feinen letten Willen in einer mit ben Formlichfeiten bes 'a. b. G. B. jufummentreffenben Beife (§§. 585, 586 a. b. G. B.) münblich bahin erklärt, daß ber Rläger Alleinerbe fein folle, und biefe Erbeinsetzung ift nach öfterreichischen, hiebei zur Anwendung tommenden Gesetzen giltig. Der Erblaffer bat fich fobann burch bie Bebenten bes baberifden Notars gegen' bie Biltigfeit ber Erbseinsenung eines außerehelichen Gohnes nach öfterreichischen Befeten irre machen laffen und lediglich wegen biefes Berthums in bem unmittelbar barauf verfagten ichriftlichen Testamente bie Getlagten zu Erben eingesett; biefe Erbeeinsetzung ift nun nach bem 2. Absat bes &. 572 a. b. G. B. ungiltig, weil diefer Wille einzig und allem auf bem irrigen Beweggrunde, daß bie ju Gunften bes A gemachte Erbseinsetzung unwirksam fei, ober boch einer Bestreitung unterliegen Da nun bas fdriftliche Testament, beziehungsweise fonnte, beruhte. Die dasselbe bilbende Erbseinsetzung ber Geklagten - als burch Irtthum hervorgerufen - mithin ale ungiltig fich' barftellt,' fo fteht bie munbliche Willenserflarung, nach welcher ber Rlager Erbe fein foll, in Kraft, ba ein fruberes Teftament nur burch ein fpateres giltiges Teftament aufgehoben wird (§. 713 a. b. G. B.).

Grunbe ber britten Instang: In Erwägung, bag M, nachbem ber baberifche Notar geholt worben war, um feinen letten Billen aufzunehmen, laut ber einstimmigen Aussagen ber Zeugen ben

bestimmten Billen änßerte, er wolle seinem unehelichen Sohne A sein ganzes Bermögen hinterlassen, daher seinen letten Willen in einer mit allen Förmlichleiten eines mündlichen Testamentes versehenen Weise tundgegeben hat, bevor der schriftliche Aufsat versaßt wurde; in Erwägung', daß das, D. L. G. in seinen Gründen schon erschöhfend darstellte, wie der Erblasser lediglich wegen eines Irrehumes in dem unmittelbar darunf versaßten schriftlichen Testamente die Beklagten zu Erben einsetzt und in diesem Irrehum blos sich mit demselben Aussatze einverstanden erklärte, hat der oberste Gerichts-hof das obergerichtliche Urtheil zu bestätigen gefunden.

#### Nr. 2735.

Paternitäts- und Alimentationsklage: Unabhängigkeit des Ausspruchs über die Baterschaft von der Zuerkennung der Alimente. Unstatthaftigkeit des Regresauspruchs der alimentirenden Mutter gegen den unehelichen Bater.

Entsch, v. 6: Februar 1867, Nr. 891 (theilweise Best. des Urth. des B. G. Gewitsch v. 28, Mai 1866, Nr. 2473, und des Urth. des D. L. G. Brünn v. 18. Sept. 1866, Nr. 8944). G. H. 1867, S. 174.

Bon der Mutter und dem Vormund des unehelichen Kindes A wurde B 1. auf Anerkennung der Baterschaft, 2. auf den der Mutter zu leistenden Ersat der von ihr bestrittenen Erziehungskössten und 3. auf Zahlung der Alimente dis zur Selbsterhaltungsschigkeit des Kindes belangt. Nach vorgängiger Aufnahme des Beweises durch Sachverständige über die behandtete Erwerdsunfähigkeit des A, welche aber das Gegentheil ergab, wurde das Klagdegehren in erst er Instanz vollständig abgewiesen. Das D. L. G. hat dieses Artheil in Punkt 3 des Petits bestätigt, in den Punkten 1 und 2 aber dahin abgeändert, daß, imter der Bedingung der durch Haupteide erbrachten Beweise des Beischlafs während der kritischen Zeit und der von der Mutter bestirttenen Verpstegung des Kindes, B für den Bater dessetben zu halten und schuldig sei, der Mutter die Kosten der bisherigen Alismentation zu ersehen.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte ad 1 bas obergerichtliche, ad 2 bas erfigerichtliche Urtheil. Gründe: Das Gericht erster Instanz hat bas Klagbegehren in Bunkt 1 blos deshalb abgewiesen, weil die anderen Klagansprüche — jener ad 2 in Folge der von dem Gericht angenommenen Berjährung nach §. 1480 a. b. G. B. — nicht zu Recht bestehen. Allein nur aus diesem Grunde durste der durch Haupteid angetragene Beweis der Baterschaft des Beklagten nicht ausgesichlossen und das Begehren um Anerkennung derselben nicht abgewiesen

werden, da die Baterschaft bes Beklagten auch ohne dessen Berpstichzung zu irgend einer Zahlung vorhanden sein kann. In diesem Punkte mußte daher das obergerichtliche Urtheil bestätigt werden. Dagegen war das Begehren der Mutter um Ersat der von ihr dem Kinde veradreichten Alimente unbedingt zu verwerfen, weil im Sinne der SS. 166, 167 und 171 a. b. G. B. die Berbindlichkeit zu Berpstegung und Bersorgung des unehelichen Kindes beiden Elterntheilen obliegt und wenn daher die Mutter der ihr obliegenden Berbindlichkeit freiwillig nachkommt, sie für die Erfüllung desselben einen Ersat zu sordern nicht berechtigt ist.

#### Mr. 2736.

Nichtigkeit bes im ordentlichen Verfahren ergangenen, die Einrede der Nichtzuständigkeit verwerfenden und zugleich in der Hauptsache entscheidenden Urtheils erster Instanz. Nichstigkeit des abändernden Urtheils zweiter Instanz.

Entich. v. 12. Februar 1867, Rr. 97 (Aufheb. der Urth. des L. G. Gutenftein v. 10. April 1866, Rr. 188, und des O. L. G. Wien v. 24. Oct. 1866, Rr. 16219). G. Z. 1867, Rr. 46.

Im orbentlichen munblichen Berfahren mar rechtzeitig bie Ginrebe ber Incompeteng erhoben, tropbem aber auch in ber Sache verhandelt worden. Die erfte Inftang verwarf bann mit einem Urtheil bie ermabnte Einrebe und entschied jugleich in ber Sache. Die zweite Instang ertfarte bie Einrebe ber Incompeteng für begründet und unterließ baber, in ber Sache ju entscheiben. Der oberfte Gerichtshof bat beibe Urtheile aufgehoben und ber ersten Instanz aufgetragen, mit ber Entscheidung über bie Incompetengfrage ordnungemäßig vorzugeben und zwar "in Erwägung, bag es fich vorliegend um eine im förmlichen mundlichen Berfahren geschloffene Streitsache handelt, bei welcher die Einwendung des ungehörigen Gerichteftanbes rechtzeitig und ausbrücklich erhoben und im Berlaufe ber Berhandlung wiederholt betont worben ift; bag in einem fo gearteten Streite nach bem beftebenden Gefete bie prajudicielle Frage ber Competenz bes angegangenen Richters burch vorläufiges Urtheil entschieden werben mußte, ohne in einen Ausspruch bezüglich ber hauptfache einzugeben; bag bemnach bas Urtheil ber erften Inftang fich als offenbar gefehwibrig und nichtig barftellt und bag folglich in zweiter Inftang bon einer Ubanderung nicht bie Rede fein tonnte, ebensowenig aber mit Uebergehung bes erften Richters bas D. L. G. nachhelfend über bie eingewendete Incompeteng eine erfte Enticheidung gu fallen berufen mar."

#### Nr. 2737.

Hemmung ber Execution wegen einer Oppositioneklage: Unwiederbringlichkeit bes Schabens.

Entich. v. 12. Februar 1867, Rr. 528 (Beft. des Decr. des S. G. Wien v. 12. Rov. 1866, Rr. 141816, Abanb. des Decr. des D. L. G. Wien v. 11. Dec. 1866, Rr. 22205). G. Z. 1867, Rr. 26.

Bei Einbringung der Alage des A, worin geltend gemacht war, es sei das Executionsrecht des B durch einen nachfolgenden Bergleich erloschen, ward zugleich um Einstellung der angeordneten executiven Schätzung gebeten. Diesem in erster Instanz abzewiesenen Gesuche gab die zweite Instanz Folge in Erwägung, daß einerseits durch die beigebrachte Bergleichsurkunde vom 3. November 1863 auszewiesen ist, daß dieselbe dem betreffenden Erkenntnisse nachgesolgt und bei Erwirkung der auf Grund dieses Erkenntnisses angesuchten grundbücherlichen Einverleibung und in dem Ansuchen um Schätzung der Umstand des getroffenen Ausgleiches verschwiegen worden ist, mithin die Erfordernisse des Hoschecketes vom 22. Juni 1836, J. G. S. Nr. 145, vorhanden sind; sobald diese aber ausgewiesen werden, es nach eben diesem Gesetze weiter nicht darauf ansommt, ob durch den Erecutionsact, welcher sistirt werden soll, dem opponirenden Erecuten ein unwiederbringlicher Nachtheil zugefügt werde oder nicht.

Der oberste Gerichtshof bestätigte ben erstrichterlichen Besscheid, weil die einschlägige Berfügung mit Rücksicht auf den Sinn und Zwed des Justig-Hofdecretes vom 22. Juni 1836, J. G. S. Nr. 145, und auf die analoge Bestimmung des §. 3 des Hofdecretes vom 29. Mai 1845, J. G. S. Nr. 889, sich als gerechtsertigt

darftellt.

#### Mr. 2738.

#### Raufvertrag ober Glücksvertrag?

Entich. v. 12. Februar 1867, Ar. 552 (Best. des das Urth. des B. G. Lavis v. 30. Oct. 1866, Ar. 4184, abänd. Urth. des O. L. G. Junsbrud vom 27. Nov. 1866, Ar. 3299). G. H. H. S. 1867, S. 295.

Nach ber Anführung des Klägers A wäre von ihm und B folgender Bertrag geschlossen worden: Die Enten des A, die B durch Steinwürfe tödten werde, sollen Eigenthum des B sein; er aber hat für jeden Steinwurf gegen die Enten dem A 3 kr. zu zahlen. B habe zwei Enten getödtet und sei 5 fl. für die Steinwürse schuldig geworden. Das Gericht erster Instanz betrachtete das Uebereinkommen als einen Kausvertrag und verurtheilte den B unter der Bedingung des durch Haupteid hergestellten Beweises der klägerischen Ansührungen zur Zahlung der begehrten 5 fl. Das D. L. G. wies den Kläger unbedingt ab.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas Erfenntnig ber zweiten Inftang. Grunde: In bem Bertrag tonnte nur ein bem Scheibenschießen abnliches Spiel erblidt werben, wo ber Schupe für bas Recht, einen ober mehrere Schuffe in bie Scheibe gu thun, einen bestimmten Preis gablt und bamit die Hoffnung auf eine Pramie ("Beft") ober auf einen ergiebigen Lobn feiner Tuchtigfeit ("Gewinnft") tauft. A bestimmte bie Enten als Pramie und speculirte auf einen geringern Grad von Geschicklichkeit bes B im Steinwerfen, refp. barauf, bag bie von B riefirte Gelbsumme größer fein werbe, ale ber Gelbwerth ber von ihm gefobteten Enten. Allein abgesehen bavon, bag bier, mo lebende Enten bie Zielscheibe waren, ber Handel in eine tabelnswerthe Thierqualerei ausarten tonnte und baber jur Grundlage ber Berfolgung civilrechtlicher Ansprüche fich wenig eignet, ergibt fich aus bem Bertrag ber Charafter eines Spiels ober Wette, aus ber für ben Gewinner A, ba er fich mit bem Berfprechen ber Bablung tes Wettbreises von Seite bes B begnügt hat, nach ben §§. 1271 und 1272 a. b. G. B. ein Rlagrecht barauf nicht entstanden ift.

# nr. 2739.

Behandlung von Simultan-Hppotheken bei executiver Beräußerung.

Entich. v. 12. Februar 1867, Nr. 747 (Best. des das Decr. des B. G. Tamsweg v. 26. Oct. 1866, Nr. 1442, aband. Decr. des D. L. G. Wien v. 18. Dec. 1866, Nr. 22828). G. Z. 1867, Nr. 59.

Es gelangten 10 Realitäten zur executiven Feilbietung, auf welchen simultan zwei Stiftungscapitalien per je 600 fl. haften. Gemäß ben Feilbietungsbedingniffen wurden vorerft bie Realitäten einzeln versteigert mit bem Borbehalte, bag, wenn bienach, bei bem Bersuche ber Feilbietung aller 10 Realitäten zusammengenommen, fich ein boberes Meistgebot ergeben wurde, ale bie Summe ber fite bie einzelnen Objecte erzielten Meiftgebote, ber Gesammtrealitätencompler bemjenigen zugeschlagen werben sollte, welcher biefes höhere Angebot filt ben Gesammtcomplex gestellt hat. Nach Ausrufung bes Gesammtcomplexes wurde berseibe bemaufolge bem B um bas Deiftgebot von 6980 fl. jugefchlagen, weil basfelbe bober mar, ale bie Summe ber filt die einzelnen Realitäten erzielten Angebote. Darauf erflätte B, einige Theile bes Gesammtcomplexes für C erstanden zu haben. In bem Meifigebotsvertheilungs-Erkenntniffe bat bas B. G. Tamsmeg auf jebe einzelne bet 10 Realitäten je einen betreffenben Theilbetrag von ben beiben simultan haftenben Stiftungscapitalien gewiesen, mit ber Bestimmung, daß die bei ben einzelnen Realitäten nicht angewiesenen Beträge ohneweiters geloscht werben konnen. Auf ben von ber

Finanzprocuratur im Interesse ber Stiftungen ergrissenen Recurs hat das D. L. G. das erstrichterliche Erkenntniß dahin abgeändert, daß die darin enthaltene Bestimmung, wonach die nicht angewiesenen Theilbeträge bei den einzelnen Realitäten vor Rückzahlung der beiden Simultansatsforderungen ohneweiters gelöscht werden können, auf diese Forderungen keinen Bezug habe; denn die Betthellung der Simultanposten auf die einzelnen Realitäten ist eine ibeale, welche nur geschieht, um zu ersehen, wie viel von dem auf die einzelnen Realitäten entsallenden Theilerlöse die überigen Satzsäubiget, welche kein Simultanpsandrecht für sich haben, erhalten: Die Bertheilung kann aber ohne Einwilligung des Simultanpsandrechtes nur Pfandrechte für einzelne Theilbeträge treten.

Auf ben von dem Ersteher B ergriffenen Revisionsrecurs hat der oberste Gerichtshof die obersandesgrichtliche Entscheidung bestätigt in Erwägung, daß vermöge der Natur des Psandrechtes jeder einzelne Theil des der Hypothel unterworsenen Gütercompleres für die ganze Schuld haftet; daß durch den Umstand, daß der Recurrent, nachdem ihm als Meistdieter der ganze Gütercompler zugeschlagen worden war, erklärte, einige Theile hiedon für C um einen zwischen ihnen sestgeigen Theil des Gesammtpreises erstanden zu haben, der Umfang des Pfandrechtes der Stiftungen seine Schmälerung erseiden kann, und daß der Ersteher B ebenso wie C, der übrigens sich nicht beschwerte, als in Gesellschaft eingetretene Ersteher des Gütercompleres nach den Bestimmungen des S. 328 a. G. D. die Hypothesarlasten, soweit sich der Preis erstrecht, zu übernehmen haben und ihnen ansheimgestellt bleiben muß, für die Bahrung, ihres gegensaitigen Interesses zu sorgen, ohne daß, hiedurch, die Stellung der Satzsläußiger berührt wird.

Mr. 2740.

Hemmung der Execution wegen einer Exscindirungsklage: Boraussetzungen der Cantionspflicht.

Entig. v. 12. Februar 1867, Rr. 1228 (Best. des das Becr. S. G. Bien v. 27. Nov. 1866, Rr. 147970, aband. Decr. bes Q. L. G. Wien v. 11. Dec. 1866, Rd. 22824); G. H. 1867, E. 146.

Mit Borlage einer notariell legalistrten Kaufsurkunde belangte der Käufer A den B wegen Exscippirung det in der Urkunde bezeichneten Mobilien aus der vom Beslagten gegen seinen Schuldner C, b. i. den Berkäufer der Mobilien un A, auf dieselben geführten Execution und begehrte die einstweilige Suspension der executiven Berssteigerung, welche von dem Gericht erster Instanz nur gegen Cautionsleistung des A bewilligt wurde, weil es aus dem Pertrag

bie Ibentität ber barin bezeichneten Gegenstände mit den in der Execution gezogenen Mobilien nicht entnehmen konnte. — Das D. L. G. beseitigte auf den Recurs des A den Auftrag zur Cautionsleistung in der Erwägung, daß der Inhalt der vom Recurrenten produciten, notariell beglaubigten Urkunde in Betreff der nach derselben von A gekauften Sachen mit dem Executionsprotokoll in einer Weise überseinstimmt, welche die Identität der Gegenstände, deren Exscindirung begehrt wurde, mit den in Execution gezogenen Effecten füglich nicht bezweiseln läßt, und daß übrigens die Frage nach der Identität ohnehin der Entscheidung des Exscindirungsprocesses vorbehalten bleibt.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Decret ber zweiten Insstanz, weil im Sinne des Hosberetes vom 29. Mai 1845, J. G. S. Nr. 889, zur unbedingten Bewilligung der Sistirung einer executiven Beräußerung eine Urfunde genügen muß, welche im Allgemeinen als eine hinreichende Bescheinigung betrachtet werden kann, ohne daß der Richter dabei auch noch mit der Prüfung von Einwendungen sich zu befassen hat, die etwa in Betreff des inneren Wesens der Sache erboben werden könnten.

### Mr. 2741.

Uebernahme eines Findelfindes in unentgeltliche Pflege: Unstatthaftigkeit eines Ersatzanspruchs gegen den unehelichen Bater. Entsch. v. 13. Februar 1867, Nr. 523 (Best. des das Urth. des B. G. Josesstadt in Wien v. 15. Angust 1866, Nr. 7697, aband. Urth. des D. L. G. Wien v. 21. Nov. 1866, Nr. 17827). G. H. 1867, S. 171.

Die A hatte ein Finbelfind von bem Findelhaus in die Pflege übernommen, ohne fich von ber Anstalt für bie Pflegekoften einen Erfat versprechen zu laffen, und belangte nach mehrjähriger Berpflegung besselben (vom 10. Lebensjahr bes Rinbes an) ben B als Bater auf Erfat ber von ihr bestrittenen Alimente. Der Beklagte bekannte fich zur Baterschaft; er bestritt aber ben von ber A auf §. 1042 a. b. G. B. gegründeten Erfaganfpruch. — Bon ber erften Inftang wurde ber Rlägerin statt ber geforberten 511 fl. ber Betrag von 115 fl. zuerkannt. Das D. L. G. hat aus ben folgenden Gründen bas Rlagbegehren vollständig abgewiesen: Nach ihrer eigenen Anführung hat bie Rlägerin ohne Aufforderung von irgend welcher Seite, mithin ans freiem Antrieb bas Rind von ber t. t. Findelanstalt in ihre unentgeltliche Pflege übernommen, und es ist von ihr nicht behauptet worben, baß an ben Beklagten bamals von irgend einer Seite die Forberung gestellt wurde, bas Rind in seine Pflege ju nehmen. Es ift baber nicht nachgewiesen, daß fie für ben Betlagten und anstatt besselben,

als Berpflichteten, die Pflegekosten bestritten hat. Nur wenn dargethan wäre, daß zur Zeit, als die Klägerin das Kind übernahm, von der Anstalt in keiner Weise mehr für dasselbe vorgesorgt worden wäre, daß von diesem Zeitpunkt an die Pflicht des Erzeugers zur Erhaltung des Kindes an Stelle der Findelanstalt ausledte, könnte die Rlägerin nach §. 1042 a. b. G. B. von dem Beklagten Ersat fordern. Dies ist aber nicht der Fall, sondern es muß angenommen werden, daß die Klägerin das Kind nur aus Humanität zu sich nahm und pflegte, wosür ühr aber kein Ersat gebührt.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte die Entscheidung ber zweiten Instanz mit Bezugnahme auf die Gründe berselben und in weiterer Erwägung, daß die Klägerin das Kind von der Anstalt in unentzgeltliche Pflege übernommen und, da für dasselbe auch nach dem 10. Lebensjahr von der Findelanstalt zu forgen war, eine dem unehelichen Bater obliegende Pflicht zur Berpflegung des Kindes nicht

nachgewiesen bat.

### Mr. 2742.

Eintritt bes Berzugs im Fall einer bedingten Zahlungszeit. Entsch. v. 18. Februar 1867, Rr. 748 (Abänd. des das Urth. des B. G. Ried v. 17. Angust 1866, Rr. 5058, abänd. Urth. des D. L. G. Wien v. 14. Rov. 1866, Rr. 17344). G. Z. 1867, Rr. 80.

Auf bem Besithum ber B haftet für bie A beren väterlicher Erbtheil, ber ihr, sobald fie fich verebelicht hat, auszugahlen ift. Die Berheiratung ber A erfolgte am 1. August 1864 und zwar wie sie - jedoch erft in ber Revisionsschrift - angab, in Anwesenheit ber B. Anfange December 1864 begehrte ber Gatte ber A von ber B bie Bablung und beruhigte fich babei, ale biefe fagte, fle muffe erft Belber eintreiben und werbe bann gablen. Die Bablung bes Capitals erfolgte fpater. Run verlangte bie A mittelft Rlage noch Berjuges zinfen. Die erfte Instanz sprach ihr auch die Zinfen vom 1. August 1864 gu. Grunde: Rach Inhalt ber intabulirten Schuldurfunde mar bas Capital bei ber Berehelichung ber Rlägerin fogleich auszuzahlen. Die Beklagte wenbete nicht ein, bag ihr ber Beitpuntt ber Berebelichung nicht rechtzeitig befannt geworben ift; bemnach erscheint bie von ihr vorgebrachte spätere Einmahnung der Rlägerin irrelevant, weil ber Grundfat: dies interpellat pro homine auch in unfer Gefet aufgenommen worben ift. §. 1334 (a. b. G. B.). Das Obergericht bagegen verurtheilte bie Geflagte zur Berichtigung ber Binfen blos bom 1. December 1864 an, und nur bann, wenn die Rlägerin ben ihr gurfidgeschobenen Saupteib, bag ihr Satte Anfangs December 1864 mit ber verspäteten Bahlung bes Capitale nicht vorbehaltlos fich einverstanden erklärte, sondern Rinfen in Anspruch nahm, antritt und ber Sib burch ihren Gatten (als Bertretungsleifter) abgelegt wird. Gründe: "Wenngleich die Zahlungszeit auf die Berehelichung der Rlägerin bestimmt wurde, so erscheint, die Geklagte doch erst dann im Bersammisse, wenn sie von der erfolgten Berehelichung in Kenntniß geseht und von ihr die Zahlung begehrt wurde, weil sie keine Berbindlichteit hatte, sich um die Berehelichung der Klägerin zu kummern, daher abwarten konnte, die diese van ihrem Permissivrechte Gebrauch machen wird, was erst Ansangs December 1864 geschat. Die Berbindlichkeit der Geklagten, vom 1, December 1864 an Zinsen zu zahlen, soll entsallen sein, weil der Gatte der Klägerin, als ihr Bevollmächtigter, sich mit einem Ausschabe der Zahlung einverstanden erklärte, also eine Zahlungsfrist gewährte. Allein die Klägerin gibt ein solches Einverständniß nur mit der Beschränkung zu, daß Zinsen bezahlt werden, und hat diese Bedingung zu erweisen, weshalb auf den darüber ausgetragenen Haupteid abgegangen wurde."

Die britte Instanz sprach ber Rlägerin die Zinsen vom 1. Des cember 1864 an unbedingt ju. Grunde: Die Rlagerin mar unftreitig berechtigt, sobald fie fich verebelicht hatte, was am 1. August 1864 geschah, von ber Geklagten bas Capital zu verlangen. aber biefe Berfallzeit teine im Boraus bestimmte, fonbern eine qufällige mar, fo lag es in ber Natur ber Sache, bag bie Rlagerin Die Bellagte, unter Befamitgabe bes Ereigniffes, von welchem bie Fälligkeit abhing, zur Zahlung zu mahnen hatte, was fie erst Anfangs December 1864 that; es tritt baber die Berpflichtung ber Geklagten gur Entrichtung ber Bogerungezinsen erft mit 1. December 1864 ein (§. 1334 a. b. G. B.), und fonnen felbe umsoweniger vom 1. August 1864 an querkannt werden, als in erster Instang gar nicht behauptet murbe, daß die Geflagte von der Berehelichung der Rlägerin und bem biesfälligen Tage Renninig gehabt habe. War aber bie Rlagerin befugt, vom 1. December 1864 an 4 % Binfen gu begehren, so hat sie nicht nöthig gehabt, dieses ihr bereits erwachsene Recht noch eigens fich vorzubehalten, ale fie, rudfichtlich ihr Gatte, im December 1864 ber Betlagten noch einige Beit zuwarten zu wollen erklarte, und erscheint ber in zweiter Inftang barüber zugelaffene Saupteib unentscheibenb. . . . .

# : 9tr. 2743.

Unterschied des Separationsrechts vom Recht auf Sicherstellung des Legats: Unzusäffigkeit der Forderung einer bestimmten Urt der Sicherstellung.

Entich. v. 13. Februar 1867, Rr. 1158 (Best. des das Derr. des S. G. Wien v. 23. Rov. 1866, Rr. 128024, aband. Deer. des O. L. G. Wien v. 18. Dec. 1866, Rr. 22587). G. H. S. 1867, S. 166.

Bahrend ber Abhandlung ber Berlaffenfchaft bes M murbe von bem im Teftament mit einem Gelbvermachtnig 12.000 fl. bebachten

A gegen ben Nachlaßerben B bie Absonderung des Legats von dem Bermögen des Letteren in der Form des Erlags von 12.000 fl. bei Gericht, zur Sicherstellung des Bermächtniffanspruchs begehrt und in erster Instanz diesem Gesuch durch die Ertheilung des Deponirungs-

auftrages an ben B ftattgegeben.

Das D. L. G. und ber oberfte Gerichtshof hingegen haben bas Gesuch bes A zurudgemiesen, Grunde ber britten Inftang: Obwohl ber §. 812 a. b. G. B. und ber §. 161 bes Patents bom 9. Angust 1854, R. G. Bl. Rr. 208, ben Bermachtnignehmern Sicherstellung gegen ben Erben einraumen, fo ift boch bie Art ber Sicherstellung in bem einen und in bem andern Falle verfchieben; inbem nach §. 812 a. b. G. B. bem Erben ber Befit bes Rachlaffes gang entzogen, nach &. 161 bes Batents vom 9. Auguft 1854 ibm nur Die Berbindlichfeit ju gesetlicher Sicherstellung (§. 1373 a. b. G. B.) aufgelegt wird. Bon bem Rechtsmittel bes §. 812 a. b. G. B. hat nun A feinen Gebrauch gemacht, ba er nicht bie Absorberung bes gangen Rachlaffes, nicht einmal eines mirtlich vorhandenen bestimmten Theiles besselben, fonbern ben Erlag bes Betrags feiner Forberung begehrte. Rach bem S. 161 bes citirten Batentes aber ift biefes Begehren nicht gulaffig, ba berfelbe ben Legatar nur ermächtigt, gefetliche Sicherftellung ju forbern, wobei bie Babl ber Art ber Sicherstellung bem Erben frei gegeben und biefer teineswegs verpflichtet ift, Die Gicherheit burch Erlag von baarem Belb au leiften.

# Rr. 2744.

Einfluß des Todes einer Partei auf den von ihr abzulegenden Eid.

Entsch. v. 19. Februar 1867, Nr. 100 (Best. des Decr. des B. G. Ling v. 4. Oct. 1866, Nr. 9217, Aband. des Decr. des O. L. G. Wien v. 18. Rov. 1866, Nr. 20488). G. Z. 1867, Nr. 64.

In einer Straffache hatte M eine eibliche Aussage abgelegt und später in der seinem Advocaten in einem damit zusammenhängenden Eivilproces ertheilten Information sich auf jene Aussage berusen. Als später M starb, baten die Erben, daß ein Eid, den er abzulegen hatte, sür geschworen angesehen werden möge. Die erste Instanz ging (bedingt) auf dieses Ansuchen ein, die zweite dagegen wies es sosort zurück, weil der Inhalt der Information viel zu allgemein und die Beziehung auf das Strasprotosoll viel zu vag und unbestimmt laute, und weil auch der Inhalt des Strasprotosolles nicht derart genau mit der Eidesaussage übereinstimme, um die Insormation nach §§. 412 und 414 a. G. D. als eine hinreichende Legitimation zu einer solchen Eidesaustragung ansehen zu können.

Der oberste Gerichtshof hat jedoch die Entscheidung ber ersten Instanz aufrecht erhalten, weil die strafgerichtliche Aussage des M in ihrer Besenheit mit klarem und unzweiselhaftem Bort auführt, daß M jene Menge Gerste um die augegebenen Preise abgeliesert habe; weil M bei seiner Bernehmung sich zum Side über die Richtigkeit seiner Aussage erboten und diesen Sid nach der für Strassachen vorgeschriebenen Form auch wirklich abzelegt hat; weil der Client bei Ertheilung der Insormation an den Rechtsfreund sich allerdings noch auf ein anderes Schriststud beziehen kann; weil die Insormation des M sich auch wirklich auf seine vorausgegangene gerichtliche Bernehmung bezieht und der Gegner nicht dargethan hat, daß noch eine andere Bernehmung bes M stattgesunden habe, worauf er sich hätte beziehen können.

### 9tr. 2745.

Bestreitung ber ehelichen Geburt: Kraftlosigkeit bes Geständnisses ber Chefrau.

Entich. v. 19. Februar 1867, Rr. 525 (Best. ber Urth. bes B. G. Haag v. 22. Juni 1866, Rr. 1784 und des D. L. G. Wien v. 10. October 1866, Rr. 16725). G. H. 1867, S. 244.

A bestritt bie ebeliche Geburt bes von feiner Gattin gur Belt gebrachten Rintes gegen ben Curator besfelben, indem er auführte, seiner Frau, mit ber er übrigens fortan in gemeinsamer Saushaltung lebte, seit brei Jahren, von ber Beburt bes Rinbes gurudgerechnet, nicht mehr beigewohnt ju haben, und bafür ben Reugenbeweis burch feine Gattin und burch eine britte Berfon, ber fie biefe negative Thatfache mitgetheilt batte, und feinen Erfüllungseid anbot. A wurde in allen Inftangen mit ber Rlage abgewiefen. Grunde ber britten Inftang: Die angebotene Bengenschaft ber Gattin, beren außergerichtliches Geftandnig nicht als abminiculirend in Anschlag zu bringen ift, weil es zulest immer nur auf ber Angabe berfelben Berfon bernht, mare im Grunde nichts mehr und nichts Anderes als bas isolirte Geftandnig eines Chebruche ju Gunften bes Chemannes, um bem Rind bie Rechte ber ebelichen Geburt ju entziehen, welchem aber ber Beift bes &. 158 a. b. B. B. bie Rraft eines halben Beweifes nicht beilegen will.

#### Mr. 2746.

Grenzen ber Haftung einer Gesellschaft für das Berschulden ihrer Beamten.

Entich. v. 20. Februar 1866, Rr. 11847 (Best. bes das Urth. bes H. G. Wien v. 9. März 1866, Rr. 22081, abundernden Urth. bes O. L. G. Wien v. 8. August 1866, Rr. 10567). G. H. 1867, S. 205.

Durch ben beim Borbeifahren eines Donaudampfschiffes entstanbenen Bellenschlag verungluckte eine vor Anter liegende Cfaike, deren Eigenthümer die Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft mit der auf die §§. 1297 und 1315 a. b. G. B. gegründeten Schabenersatzetlage belangte, weil, wie er anführte, das Unglück daraus entstanden ift, daß der Capitan des Dampsers vorschriftswidrig mit voller Kraft vorbeifuhr.

Der oberfte Gerichtshof wies ben Rlager ab. Grunde: Rach bem &. 1315 a. b. B. B. haftet zwar Derjenige, welcher einen Anberen gur Ausführung eines bestimmten Geschäfts ober einer bestimmten Gattung ober Art von Geschäften bestellt, für beffen Tuchtigkeit in ber Richtung, bag er für ben Schaben verantwortlich bleibt, ber einem Dritten aus ber in Folge ber Untuchtigfeit bes Bestellten mangelhaften ober fehlerhaften Berrichtung bes Beschäftes zugeht; und es fteht bies auch im Gintlang mit ben Grunbfaten ber §§. 1294 und 1297, wornach ber Besteller bei ber Answahl ber Berfon für ein Beschäft, mit beffen Berrichtung auch Gefahr für Die Rechte Dritter verbunden ift, fich unter Unwendung mindeftens bes gewöhnlichen Grades von Fleiß und Aufmertfamteit mit ber Brufung, ob ber Bestellte bie Eigenschaften habe, um bas Geschäft ohne Beschädigung ober nabe Befährbung britter Berfonen verrichten ju konnen, befaffen und von dem Dasein bieser Eigenschaften sich überzeugen muß. Dagegen ift ber Befteller für ben Schaben nicht verantwortlich, ben ein Dritter burch ein Berfeben erleibet, welches die mit ber Berrichtung bes Geschäfts betraute und bagu tüchtige Person bei einem befonberen, vom Besteller nicht vorberausehenben Anlag begangen bat, soweit nicht im öffentlichen Interesse burch specielle Borfdriften Ausnahmen festgesett find. Rach biefen allgemeinen Regeln ift beim Mangel von hier anwendbaren Ausnahmebestimmungen ber gegenwartige Broceg zu enticheiben. Die Donau-Dampfichifffahrts-Befellschaft bat bei ber Aufnahme ihres Capitans die einschlägigen gesetzlichen Borfdriften beobachtet; baber tann ihr bie Bestellung ober Beibehaltung eines untuchtigen Schiffeführers im Sinne und mit ber Birtung bes &. 1315 a. b. G. B. nicht jur Laft gelegt werben. Befondere Befete aber, welche ihr in biefer Beziehung eine noch weiter reichende Berantwortlichfeit aufburben, bestehen nicht. Durch die im Regierungsbecrete vom 20. Mai 1846, Rr. 26808, Brov. G. S. für

Riederöfterreich, 28. Bb., Rr. 97 (welches ber Gefellicaft porfdreibt. ihren Schiffsführern an befehlen und barüber ju machen, bag fie, fo lang burch ben Bellenichlag Gefahr für ein Anderschiff berbeigeführt werben fonnte, bie Rraft ber Dafdine entsprechend magigen ober nothigenfalls gang außer Thatigfeit fegen) enthaltene Sinweifung auf ben 3. Abidnitt ber Donau-Strompolizei-Boridrift vom 24. December 1827, Brov. G. S. für Rieberofterreich, 10. Bb., Rr. 62, wurde eine bier anwendbare erceptionelle Baftungepflicht nicht ausgesprochen, weil einerfeits barin vorzugsweise und namentlich auf bie Straf bestimmungen ber Strompolizei Borfcbrift vom Jahre 1827 und anbererfeits im §. 27 bes ermabnten Abiconittes aur Beurtheilung ber Erfappflicht fur bie Beschäbigung einer Brivatvartei an ber Berfon ober bem Bermogen ausbelidlich und lediglich auf bie vom Civilrichter zu beobachtenben Bestimmungen bes a. b. G. B. bingewiesen ift. Da nun vom Rlager nicht behauptet, viel weniger bargethan wurde, bag bie beflagte Gefellichaft an ber erforberlichen Ertheilung ober Ginicarfung bes obigen Befehles ober an ber ihr vorgeschriebenen Ueberwachung, so weit diese in der Möglichkeit gelegen war, es habe fehlen laffen, fo mußte fie freigesprochen werben.

## Mr. 2747.

Uebernahme von Satposten durch den Käufer: Haftung desselben gegenüber dem die Hypothekargläubiger befriedigenden Bersonalschuldner. Unzuläffigkeit des Haupteides über Thatumstände, welche durch einen vom Deferenten angerufenen Zeugen in Abrede gestellt sind.

Suisch, v. 26, Februar 1867, Rr. 779 (Beft, des Urth, des Q. G. Weis v. 25, April 1866, Rr. 1057, Aband, des Urth, des L. G. Wien v. 17, Oct. 1866, Rr. 14012). G. Z. 1867, Rr. 41,

A war Personalschuldner für drei Beträge zu 320 fl., 380 fl. und 149 fl., welche auch auf seinem Grundstüde pfandrechtlich sichergestellt waren. Das Grundstüd wechselte mehrmals den Bestiger; endlich erstand es die B bei einer zwangsweisen Feilbietung und es wurden ihr jene drei Pfandschulden zur Bezahlung zugewiesen. Da sie jedoch nicht zahlte und inzwischen das Grundstüd weiter veräuserte, ward A zur Zahlung angehalten, und nun belangte dieser auf Grund des §. 1042 die B auf Ersat der vonkihm gezahlten Betrüge. Bezüglich einer der drei Sathosten, der zu 380 fl., hatte A den angeblich bezahlten Gläubiger als Zeugen eingeführt und seinen Ersülungseid angeboten, außerdem aber über die Thatsache der Zahlung an diesen Zeugen der Beklagten den Hanpteid ausgetragen. Mit dem

biefe Saspoft betreffenden Theil bes Rlagebegehrens marb Rläger icon in erfter Inftang abgewiesen, weil, ba ber angerufene Benge bie gu beweisende Thatface in Abrede gestellt habe, ber Erfüllungseid nicht julaffig fei und noch weniger ber Saupteib über bas ber Beflagten unbetannte Factum jugelaffen werden tonne. Im Uebrigen ward dem Rlagbegehren theils bedingt, theils unbedingt ftattgegeben. Die zweite Inftang bagegen wies basselbe ganglich ab aus folgenben Grunben: Rlager führt an, bag er fein Saus, auf welchem bie Forberungen, und gwar mit 320 fl., 380 fl. und 149 fl. grundbucherlich einverleibt waren, im Tauschwege an H übergeben und hierbei "biese Sppotheken an H übertragen babe". Wenn nun biefe Sapposten fpater ju Berluft geriethen, und Rlager als Berfonaliculbner ju beren Bablung angehalten murbe, flunde ihm mohl gegen H, welcher fich ihm gegenüber jur Bablung biefer Sapposten verpflichtet haben foll, nicht aber gegen bie Geflagte ein Rlagrecht zu, ba biefe bas Sppothetarhaus erft im Erecutionewege nach H an fich gebracht, bem Rlager gegenüber feine Berpflichtungen übernommen bat und zu bemfelben in gar tein Bertrageverhältnig getreten ift. Infofern Rlager weiter anführt, Die Be-Clagte babe laut Meistgebot-Liquibirungsprotofoll vom 28. April 1854 unter feiner Intervention bie gebachten Saspoften auf Abrechnung von ihrem Meiftgebote gur Bablung übernommen, fo ift weber aus biefer Angabe, noch aus bem Prototolle felbft zu entnehmen, in welcher Eigenschaft Rlager bei biefer Meiftgebotsliguibirung intervenirte und welche Rechte er hierdurch gegen die Geklagte erworben haben foll. Endlich tann von einer Anwendung bes &. 1042 a. b. G. B. teine Rebe fei, weil nach ben eigenen Anführungen bes Rlagers Die Berichtigung ber Sapposten ber Bellagten nicht aus bem Befete, fonbern nur ans einem Bertrageverhältnik obgelegen mare. Da nun Rlager ben Bestand eines solchen amischen ihm und ber Geklagten nicht nachgewiesen bat, erscheint sein Rlagbegehren wiber die Beklagte unbegründet.

Auf Reviston des Klägers erkannte der oberste Gerichtshof in Uebereinstimmung mit dem erstrichterlichen Urtheile. Die Motivirung lautet im Wesentlichen wie solgt: Die Geklagte hat als Meistbieterin am 9. März 1854 das zum executiven Berkauf gebrachte
Gasthaus erstanden und war demnach verpstichtet, das Meistgebot von
5405 fl. längstens binnen 5 Monaten zu entrichten oder sich mit den
bezüglichen Gläubigern abzustinden. (§§. 2 und 3 der Licitationsbedingnisse.) Als auf die eine oder die andere Art zu besriedigende
Gläubiger wurden ihr im Bescheide des B. G. Ottensheim vom
28. April 1854 auch die der Satposten per 380 fl., 320 fl. und
149 fl., alle sammt Rebengebühren, bezeichnet und sie som
B. G. angewiesen, statt des Personalschuldners, d. i. des Klägers
bieselben aus dem von ihr zu leistenden Kauspreise abzusertigen,
wodurch der Bersonalschuldner von seiner Berbindlichkeit diesen gegen-

über befreit worben ware. Sie hat ihre diesfällige Pflicht nicht erfüllt, sondern der Kläger an ihrer statt, indem er nach seiner Behauptung obige drei Bosten zahlte, daher berechtigt erscheint, für diesen Auswand, welchen gesehlich die Geklagte hätte machen sollen, den Ersat von ihr zu begehren (§. 1042 a. b. G. B.). Der Eigenthümer der dritten Forderung per 380 fl., M, hat jedoch entschieden und eidlich in Abrede gestellt, daß er mit dieser Forderung vom Kläger befriedigt worden sei. Aus diesem Grunde kann, da schon ein halber Beweis für das Gegentheil vorliegt, auf den über die Zahlung aufgetragenen Haupteid nicht mehr erkannt werden.

### Nr. 2748.

Actio confessoria: Erwerb der Servitut: ne luminibus officiatur.

Entich. v. 27. Februar 1867, Rr. 1010 (Beft. bes bas lirth. bes L. G. Brag v. 27. März 1866, Rr. 6787, abanbernben lirth. bes O. L. G. Prag v. 4. Sept. 1866, Rr. 17078). G. H. 1867, S. 415.

Die confessorische Rlage bes Besitzers bes Saufes A wiber ben Befiger bes Rachbarhaufes B pto. Anerkennung eines Fenfterrechtes wurde vom oberften Gerichtshofe aus folgenden Granden abgewiefen : Da es sich um die im §. 476 a. b. S. B. sub Rr. 10 bezeichnete Servitut, b. i. um bas Recht handelt, in Folge beffen ber Befiger . von B verpflichtet mare, bem berrichenben Bebaube A Licht, Luft und Ausficht nicht zu benehmen, fo hatte ber Rlager auf ben Biberfpruch bes Beflagten bie Erwerbung bes bezüglichen Unterfagungsrechtes zu beweisen. Rur burch bas 30jabrige Befteben ber Fenfter im Baufe A (worüber bie erfte Inftang ben Reugenbeweis gulieft) bat ber Rlager ben Befit bes Unterfagungerechtes nicht erworben, wenngleich ber Besiter von B jur Beit, ale bas Baus A'erbaut wurde, gegen bas Ausbrechen ber fraglichen Fenfter teinen Ginfpruch erhoben hat. Denn bas Eigenthum bes Letteren an bem Saufe B, als bie Befngniß, bamit nach Billfur ju fcalten und Jeben bavon auszuschließen (§. 354 a. b. G. B.), unterliegt nach §. 1459 a. b. G. B. nicht ber Berjahrung; und erft wenn ein Anderer bie Ausubung eines folden Rechtes unterfagt ober ben Berechtigten baran binbert, beginnt auf Seite bes Erfteren ber Befit bes Unterfagungerechtes gegen bie Freiheit bee Letteren mit bem Beitpunfte, in welchem biefer bem Berbot ober ber hinberung fich fügt. Durch die in ber Maner bes Baufes A gelaffenen Fenfteröffnungen, beren Befeitigung ober Bermauerung zu forbern ber Besitzer von B überdies gar nicht in ber Lage war, ift alfo bas Recht bes Letteren, feinen Baugrund langs ber Mauer bes Saufes A beliebig ju benuten, ihm nicht verloren

gegangen. Deshalb und in weiterer Erwägung, daß seit der nach der Anführung des Rlägers einmal — im Jahre 1844 — stattgefundenen Untersagung des von B projectirten Baues auf dem erwähnten Baugrund (worüber die erste Instanz gleichfalls den Zeugendeweis zugelassen hatte) bis zur Klage im Jahre 1865 die 30jährige Ersthungszeit nicht verstrichen ist, mußte das den Rläger sosort abweisende Urtheil der zweiten Instanz bestätigt werden.

#### Mr. 2749.

Hemmung ber Execution wegen einer noch vor bem Bfanbungsbescheibe zugestellten Exscindirungsklage.

Entid. v. 27. Februar 1867, Rr. 1465 (Beft, bes bas Derr. bes B. G. Urfahr v. 16. Rov. 1866, Rr. 6286, anfhebenben Decr. bes D. L. G. Wien v. 11. Dec. 1866, Rr. 22689). G. H. 1887, S. 198. (Rach ben Acten erganzt.)

Der Rechtsfreund bes A hatte in Erfahrung gebracht, bag bem B gegen ben Schuldner C bie executive Mobilienpfanbung bewilligt worden war, und überreichte nun fur A gegen B bie Rlage um Erfeindirung ber in Execution gezogenen Sachen und gleichzeitig bas Befuch um Siftirung ber Bfanbung. Die er fte Inftang erlebigte biefe Eingaben burch aufrechte Berbeicheibung ber Rlage und burch bie Bewilligung ber Aufschiebung bes Bollzuges ber Pfandung und es wurden beibe Berordnungen ben Barteien noch vor bem Bfandungebefcheibe zugestellt. Auf ben Recurs bes B gegen bie Siftitung ber Bfandung bat bas D. L. G. Die begugliche Berordnung bes Gerichtes erfter Inftang aufgehoben und bemfelben bie unverweilte Bornahme ber Bfandung aufgetragen, weil bas Sofbecret vom 29. Dai 1845, 3. S. S. Nr. 889, nur bie Siftirung ber weiteren Erecutionsfcritte, insofern badurch bem Erscindenten ein unwiederbringlicher Rachtheil jugefügt würde, gestattet, mas bei ber Bfandung nicht ber Rall ift, teren Aufschiebung vielmehr die Durchführung bes Anspruches bes Executionsführers gefährben tonnte. In Folge biefer Berordnung wurde bie Pfandung fofort vollzogen. Dagegen recurrirte A mit ber Bitte um Aufhebung ber obergerichtlichen Berfügung, welche foon beehalb ungefeslich fei, weil barin bie unverweilte Bornahme ber Pfanbung, alfo noch bor tem Gintritte ber Rechtefraft berfelben, aufgetragen murbe.

Der oberfte Gerichtshof verwarf ben Recurs bes A in Erwägung, bag bie im §. 3 bes hofbecretes vom 29. Mai 1845, Rr. 889, vorgefehenen Bebingungen ber Suspenston bes Bollzuges ber bewilligten Pfandung nicht vorlagen, und jedenfalls die erftgerichtliche Anorduung ber Sistirung bes Bollzuges eines erft fpater ausgefertigten und zu-

gestellten Pfandungsbeicheides gegen die Ordnung des Berfahrens verstieß; baß nach den Hofdereten vom 7. April 1785, Rr. 405 und 2. März 1799, Rr. 459 der 3. G. S. wegen des gegen eine Berordnung ergriffenen Recurses in der Regel mit dem Bollzuge derstehen nicht inne zu halten ist, umsoweniger also wegen des Offenstehens der Frist zu dem noch nicht überreichten Recurs; und daß hinreichend wichtige Gründe zur Anordnung einer Ausnahme von dieser Regel in dem gegenwärtigen Falle dem D. L. G. nicht vorlagen.

# 98r. 2750.

Sicherstellung ber Berlaffenschaftsgebühren.

Entich, v. 27. Februar 1867, Rr. 1581 (Best. ber Decr. bes B. G. Alsergrund in Wien b. 6. Jänner 1867, Rr 260 und bes O. L. G. Wien bom 22. Jänner 1867, Rr. 1122). G. H. 1867, S. 251.

Gegen die untergerichtlichen Berordnungen, womit gelegentlich ber Aufnahme des Todfalles der M dem Erben zur Sicherstellung der Rachlaßgebühren des Staates nach §. 72 des Patentes vom 9. Februar 1850, R. G. Bl. Nr. 50, und §. 43 des Geses vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208, der Erlag einer Grundentlastungs-Obligation von 1000 fl. von den Werthpapieren der Berlassenschaft aufgetragen wurde, ergriff der Erbe den Recurs, worin er geltend machte, daß der Erlag zur Sicherstellung nur bei einer für den Staatsschap vorhandenen Gesahr gesordert werden könne, welcher Fall hier nicht eintrete, da weder die Berstorbene noch Recurrent verschuldet sei, und daß unter allen Umständen nicht der Erlag einer Obligation von 1000 fl. ihm ausgetragen werden durfte, weil die Staatsgebühr von dem in Kleidern, Wäsche und 150.000 fl. Grundentlastungs-Obligationen bestehenden Nachlaß nur 407 fl. betragen werde.

Der oberste Gerichtshof verwarf ben Recurs, weil die Sicherstellung ber Berlassenschaftsgebühren von dem Geses ohne Unterschied, ob deren Zahlung auch ohne Sicherstellung zu erwarten wäre, vorgeschrieben ist, somit der Borgang des Abhandlungsgerichtes, welches auf die möglichen Folgen einer Unterlassung es nicht ankommen lassen will, nicht in Beschwerde gezogen und von dem Gerichte die Begründung seines Borganges durch hinweisung auf eine im concreten Falle obwaltende besondere Gesahr nicht gesordert, und in der erst im Revisionsrecurs (nicht schon in dem Appellationszuge) angesochtenen Höhe des sicherzustellenden Betrages eine die Ergreisung des außerordentslichen Rechtsmittels rechtsertigende Geseswidrigkeit oder offenbare Ungerechtigkeit nicht gesunden werden kann.

### Mr. 2751.

Execution auf eine nicht intabulirte Liegenschaft.

Entich. v. 5. Marz 1867, Rr. 1462 (Ansbebung ber gleichförmigen Decr. bes B. G. Jarbanom v. 29. Rov. 1865, Rr. 1194 nud bes O. L. G. Kralan v. 24. April 1866, Rr. 5056). G. H. 5. 1867, S. 274.

Das Gesuch bes A um executive pfandweise Beschreibung bes augeblich seinem Schuldner gehörigen, im Grundbuche nicht eingetragenen Grundstüdes X wurde vom Gerichte erster Instanz abgewiesen, weil 1. durch gerichtliche Contestation nicht erhärtet ist, daß das Grundstüd teinen Tabulartörper bilbet, und 2. teine glaubwürdige Bescheinigung dafür beigebracht wurde, daß der Execut das Grundstüd wirklich besitzt. Aus den gleichen Motiven verwarf das D. L. G.

ben Recurs bes A gegen ben erftgerichtlichen Befcheib.

In Erwägung, daß nach ben §§. 411 und 453 westgalizische G. D. ber Executionssührer lediglich jene Güter des Schuldners namhaft zu machen hat, aus denen er seine Befriedigung zu holen Billens ist; daß demnach die Rachweisung in dem Executionsgesuche, daß der Schuldner auch Eigenthümer oder im Besitze derselben sei, nicht ersordert wird, indem in Betreff dieser Umstände, erst wenn desfalls bei dem Bollzuge der Execution von dem Executen oder einem Dritten Sinwendungen vorgebracht werden, das weitere gesehliche Amt zu handeln ist, hat der oberste Gerichtshof auf den Recurs des A mit Ausbedung der untergerichtlichen Bescheide die gesemäßige Exeledigung des Executionsgesuches unter Abstandnahme von den vorerwähnten Abweisungsgründen verordnet.

## Mr. 2752.

Anbringung des Gesuches um Pränotation eines nicht rechtsfräftigen Zahlungsbefehles beim Realrichter.

Entich. v. 5. März 1967, Rr. 1759 (Best. des Derr. des B. G. Möbling v. 29. Oct. 1866, Nr. 9480, Aband. des Derr. des O. L. G. Wien v. 11. Dec. 1866, Nr. 22496). G. Z. 1867, Nr. 42. G. H. 1867, S. 201.

A hatte wider B auf Grund einer vollen Glauben verbienenden Urfunde den Zahlungsanftrag nach Maßgabe der Ministerialverordnung vom 18. Juli 1859, R. G. Bl. Nr. 130, erwirkt, und begehrte nun bei der Realinstanz auf Grund desselben die Einverleibung des bedingten Pfandrechtes auf Realitäten des B. Auf den Recurs des B gegen den bewilligenden Bescheid der ersten Instanz, worin er hervorhob, daß ein solcher Zahlungsbesehl ein gerichtliches Erkenntniß sei, bessen Pränotirung vor erfolgter Rechtstraft nach §. 259 a. G. D. nur bei dem Erkenntnißrichter angesucht werden

tönne, daß aber dieser auf seine Einweudungen das schriftliche Bersahren, mnt Bezug auf S. 6 der obigen Berordnung und rückssichtlich S. 3 derselben, eingeleitet, somit den Zahlungsbefehl wieder aufgehoben habe, wies das Obergericht das Gesuch ab, da die Pränotirung eines Erkenntnisses, als welches auch die Zahlungsauflage erscheint, nach S. 259 der a. G. O. nur beim Erkenntnisrichter augesucht werden darf.

Der oberfte Gerichtshof bagegen bestätigte ben erstgerichtlichen Bescheid. Denn es steht nichts im Bege, daß die Pranotirung auf Grund des Bahlungsbesehles, als einer glaubwürdigen Urfunde, auch bei der Realinstanz angesucht werde, da fle ohnehin gerechtsertigt und dabei die Rechtstraft des Bahlungbesehles ausgewiesen werden muß.

## Mr. 2753.

Unzulässigkeit der executiven Pfändung einer Zeitschrift als solcher.

Entich. v. 5. Mars 1867, Rr. 1791 (Beft. ber gleichfärmigen Decr. bes H. G. Wien v. 2. Jänner 1867, Rr. 161266 und bes O. L. G. Wien v. 15. Jänner 1867, Rr. 740). G. 3. 1867, Rr. 29.

A hatte wider B, ben Eigenthumer einer täglich erscheinenben Reitschrift, eine Forberung von 2000 fl. Da er jur Bahlung biefer Sould feitens bes B nicht gelangen tonnte, fuchte er junachft bie executive Sequestration ber bem B gehörigen Beitschrift an. Diefe murbe bewilligt, jedoch mit bem Bemerten, bag bereits eine Sequeftration verhängt fei. - Run suchte A, ber im sonftigen Bermögen bes B feine Dedung fand, um die executive Bfandung ber bem B eigenthumlichen Beitschrift an, und bezeichnete fie im Befuche mit bem Ramen, ben jebes ihrer Blatter tragt. Die erfte Inftang wies bas Befuch megen Unbestimmtheit und Allgemeinheit bes Begehrens gurud. Die zweite Inftanz bestätigte biefe Abweisung, weil bas Pfanbrecht nicht an forperlichen Sachen, Die ber Amtebiener bei ber Bornahme ber Bfandung feben und beschreiben tann, fondern an Rechten erworben werben foll. Diefe Rechte genan ju bezeichnen, ift Sache bes Executionsführers, ba einerfeits bie Bulaffigfeit ber Execution und bie Art ber Bollziehung erft beurtheilt werben tann, wenn eine Darftellung biefer Rechte bem Richter vorliegt, andererfeits es behufs ber weiteren Executionsschritte nothwendig ift, bag bie gepfanbeten Rechte genan beschrieben feien, Die Anfertigung einer folden Befchreibung aber nicht bem Amtebiener beim Bollzuge überlaffen werben fann. In bem biegegen ergriffenen Revistonscurse murbe betont, bag nicht Rechte bes Gegners auf oder an der in Frage ftebenben Beitschrift

in Execution gezogen werben, Die Absicht vielmehr babin gebe, Diefe Reitschrift felbft, bie mit ihrem allerorts befannten Ramen bezeichnet wurde und die als "Eigenthum" bes Gegners angegeben ericheint, in Bfand zu nehmen. Es gebe an Brefproducten ein Eigenthum, und ber Umftand, daß es an ihnen ein Eigenthum überhaupt geben tann und gibt, ftelle fie in bie Reibe ber forperlichen Sachen, mache fie ju res quasi corporales. In dem Sinne bewillige man auch die ere= cutive Sequeftration von periodifchen Beitfdriften, taufe und verlaufe, verpfanbe und verpachte fie mit voller Rechtewirtfamteit. Es fei richtig, bag ber Raufer einer periobischen Beitschrift mit bem von ibm erlauften Objecte nur unter ber Boraussebung einer fortbauernben Mübewaltung von seiner Seite ein Beschäft machen tann; es sei aber eben fo richtig, bag er in bem Falle nur ein vielleicht im beften Bange befindliches Beichaft fortzusen bat, und ber mit ber Grunbung eines neuen Beschäftes verbundenen Schwierigkeiten überhoben ift, bag er ein Geschäft fortset, welches einen allbefannten Ramen führt und die sowohl mühevolle als auch toftspielige Bekanntmachung seines Bestandes entbebren tann. Bolle man aber als Gläubiger eines folden Unternehmens in Diefe Lage verfest werben, bann tonne man wohl nicht Rechte in Bfand nehmen, Die dem Unternehmer bem Eigenthumer - gegen fein Unternehmen - fein Gigenthum aufteben; man mußte vielmehr bas Unternehmen felbft in Pfand nehmen, ebenso wie man bei sonftigen Eigenthumsobjecten nicht Die bem Eigenthumer' baran guftebenben Rechte, fonbern Die Gache felbft pfandet. Sandle es fich aber um ben Bolljug einer Bfandung, wie Die von der recurrirenden Firma angesuchte, fo habe es auch hiemit teine weiteren Schwierigfeiten, als Die einer fonftigen Bfandung. Der Berichtsvollzieher werbe eben ben im Pfanbungegefuche angegebenen Ramen ber zu pfanbenben Beitschrift in bas von ihm zu verfaffenbe Bergeichnig ber gepfandeten Objecte einstellen und hierdurch bas biesfällige Pfandobject gewiß eben fo gut, wo nicht beffer bezeichnet und beschrieben baben, als in bem Falle geschieht, wo er einen politirten Raften ober eine Barnitur, bestehend aus einem Canapee und feche Stublen ins Bfandprototoll einschreibt. Berbe bann auf Grund einer berartigen Pfanbfpecification ein weiterer Executionsidritt angesucht, fo wird wohl auch in ben weitesten Rreifen fein Zweifel barüber walten tonnen, mas geschätt ober feilgeboten werden foll, wenn die mit ihrem Ramen bezeichnete Zeitschrift als Object biefer Executionsacte angegeben werbe.

Der oberfte Berichtshof fand aus ben in ben unteren Juftangen

angegebenen Grunden ben Recurs ju verwerfen.

## Mr. 2754.

Umfang des executiven Pfandrechtes: Pränotationskosten? Entsch. v. 5. März 1867, Rr. 1802 (Best. des das Decr. des H. G. Brag v. 27. August 1866, Rr. 55520, abändernden Decr. des D. L. G. Brag vom 27. Rav. 1866, Rr. 28580). G. Z. 1867, Rr. 65. G. H. 1867, E. 311.

Auf Grund eines Urtheils, wodurch die erwirkte Pranotation für gerechtfertigt erklärt ward, bewilligte die erste Instanz die Einverleibung des executiven Pfandrechtes zur hereindringung der Capitalsschuld und der Pranotationskoften. Die zweite Instanz schloß letztere aus, weil der Gesuchstellen, die Pranotation als Sicherstellungsmittel im eigenen Interesse erwirkt hat, ein richterlicher Spruch über die Berbindlichkeit zum Ersatze der hierauf sich beziehenden Kosten nicht vorliegt und zur gerichtlichen Abzustirung dieser Kosten von Seite des Handelsgerichtes aus Anlaß des eingebrachten Executionsgesuches kein Grund vorhanden war, umsoweniger, als die in Rede stehende Pränotation bei einer anderen Behörde erwirkt worden ist".

Lettere Entscheidung murbe mit Bezugnahme auf beren Moti-

# Mr. 2755.

Gesetsliches Pfandrecht an den invectis und illatis: Erwerb und Dauer.

Entsch, v. 13. März 1867, Rr. 336 (Best. bes Urth. bes H. G. Bien v. 5. Juni 1866, Rr. 37194, Aband. bes Urth. bes D. L. G. Wien v. 9. Oct. 1866, Rr. 13614). G. H. 1867, S. 334.

Die Rlage bes A gegen bie Concursmaffe bes B pto. Liquid. haltung einer Miethzinsforberung und Zuertennung bes Bfanbrechtes nach §. 1101 a. b. G. B. an mehreren in bas Concurevermogen einbezogenen Mobilien für bie Miethzineforderung murbe vom oberften Gerichtshofe in Uebereinstimmung mit ber erften Inftanz aus folgenben. ben Sachberhalt ergebenden Grunden abgewiesen: Die Beftätigung bes erfigerichtlichen Urtheils ftust fich auf die Betrachtung, bag zwar nach bem Juftighofbecrete vom 10. April 1837, 3. G. G. Rr. 189, bas im &. 1101 a. b. G. B. bem Bermiether eingeräumte Bfanbrecht an ben Ginrichtungestuden und ber Fahrnig bes Miethers icon burch beren Einbringung in die vermiethete Wohnung begrundet wird und bag nach bem Juftighofbecrete v. 5. Rov. 1819, J. G. S. Rr. 1621, und bem hoftangleibecrete v. 13. April 1826, Rr. 10201, Diefes Bfandrecht bem Bermiether Rraft bes Gefetes, unabhangig von ber in biefen Bofbecreten berührten Befdreibung, gufteht, Die nur ein Mittel gur Reststellung ber Dbiecte bes Bfanbrechtes fein foll; bag aber bie

Birtfamteit bes Pfanbrechtes nach ben Borten bes Gefetes burch bas Borhandensein ber Fahrnig in ben gemietheten Raumen gur Zeit ter Binsforderungeflage bebingt ift, woran burch bie Eröffnung bes Concurses über bas Bermogen bes Miethers nichts geanbert wirb; bag bie Sperre und Inventur bes Concursvermögens bei ber Concureeröffnung unter gewiffen Umftanben zwar die in ben citirten Bofbecreten von 1819 und 1826 vorgesehene Beschreibung ber in Die Miethräume eingebrachten Fahrnig, woran der Bermiether fein gefetliches Bfanbrecht geltend machen will, nicht aber bie Bedingung ber überreichten Binetlage zu erfeten vermag; bag bas gefetliche Pfanbrecht bes Bermiethers als erlofden zu betrachten ift, wenn bie eingebrachte Sabenif aus welch' immer für einem Anlag vor ber Ueberreichung ber Rlage wieber weggebracht worben ift; bag im vorliegenben Falle die in ben Diethrämmen befindlichen Baaren und Ginrichtungsftude (nach ber im Dai 1864 erfolgten Concurseröffnung) in ben erften Tagen bes Septentbers burd Berfteigerung veräußert und ben Erftebern ausgefolgt worben find, bie Diethzinstlage aber erft am 21. September, alfo nach wieder erlofchenem Bfandrechte, überreicht murbe; bag ber &. 1101 a. b. . B. bem Bermiether bas gefetliche Bfanbrecht nicht auch an bem Gelbe einraumt, welches vor ber Rlage aus ber Beraugerung ber eingebrachten Fahrnig gelöft worben ift; baß burch bie bom Concuremaffe-Bertreter bem A gewährte Biebereinsetzung gegen bie verfaumte Aumelbungefrift nur ein proceffugles Recht eingeräumt, nicht aber eine Fiction geschaffen murbe, vermöge welcher bie Rlage in jeber Beziehung als vor ber Berauferung ber in Rebe ftebenben Sachen angebracht zu behandeln und ber Bertretung ber übrigen Concursglaubiger bie materiell rechtliche Einwendung bes jur Beit ber Rlaganftellung wieber erlofchenen Bfanbrechtes entzogen mare, umfoweniger als bet Creditorenausschuf, welcher ben Concursmaffe-Bertreter gur Bewilligung ber Restitution ermachtigte, bagegen ausbrudlich fich verwahrt bat.

# Nr. 2756.

Alimente pro praeterito. Berjährungsfrift.

Entich. v. 13. März 1867, Nr. 1856 (Beft. des das Urth. des B. G. Weper v. 20. August 1866, Nr. 2403, aband. Urth. des O. L. G. Wien v. 28. Nov. 1866, Nr. 17700). G. H. S. 1867, E. 200.

Begen die Rlage bes A um Erfas ber für bas meheliche Rind bes Beflagten B burch 17 Jahre beftrittenen Alimente erhob ber Beklagte mit Berufung auf ben &. 1489 a. b. B. bie Einwendung ber Berjährung ber feit langer als 3 Jahre, von ber Rlage gurild, ausstehenben Alimentenforderung. Diefe Ginrebe murbe in ameiter und britter Inftang abgewiefen, weil es fich hier nicht um einen Erfas aus

bem Rechtsgrunde einer Beschädigung, sondern um den Ersat eines vom Rläger bestrittenen Auswandes handelt, welchen nach dem Gesete ber Beklagte selbst hätte machen muffen, ein solcher Auspruch aber nur der allgemeinen Berjährung unterliegt.

# Mr. 2757.

Executions-Brivilegium ber Bobencrebitanstalt.

Enisch, v. 13. März 1867, Rr. 1949 (Best. ber gleichförmigen Decreie des B. G. Marburg v. 27. Oct. 1866, Rr. 18067, und des O. L. G. Graz v. 15. Jänner 1867, Rr. 510). G. H. 1867, S. 391.

In ber Immobiliar-Execution bes A gegen B hat bas Gericht ben von A seinem Feilbietungegesuche beigelegten Entwurf bes Licitationsebicts ber t. f. priv. allgemeinen öfterr. Bobencrebitanftalt, als Sangläubigerin ber Liegenschaft, in Gemägheit ihrer mit Ministerialerlaß vom 1. Inni 1864, R. G. Bl. Rr. 49, fundgemachten Statuten jur Borlage ihrer etwaigen Berfteigerungsbedingniffe mitgetheilt. Die Bobencreditanftalt überreichte die von ihr verlangten Bebingniffe. wovon Rr. 4 babin lautete, bag ber Erfteber gleichzeitig mit seinem Befuche um Anberanmung ber Tagfahrt gur Anmelbung ber Anibruche auf das Meistgebot die Befriedigung ber Forberung der Bobencreditanstalt, so weit fie in bas Meiftgebot fällt, ober bas mit ibr baruber getroffene Uebereintommen nachzuweisen habe. Bon beiben Untergerichten wurde diefe Bestimmung ale unftatthaft erklart und beshalb ber Anftalt ibr Entwurf jur Berbefferung jurudgestellt. Dagegen recurrirte bie Bobencrebitanftalt und machte geltenb, bag ihre Statuten ben 3med haben, durch die darin jugestandenen Begunftigungen Die ichnelle Bereinbringung ihrer Forderungen mit Umgehung ber allgemeinen gesetlichen Borfchriften ju ermöglichen, bag nach g. 122 berfelben bas Gericht die von ber Anstalt vorgelegten Licitationsbedingniffe nur wenn baburch bas Intereffe vorausgehender Glaubiger gefährbet murbe, abandern burfe, dag bie ber lebung aller Creditanstalten entsprechende Festsehung Rr. 4 von ben Berichten bisher niemals beanständet murbe und auch nicht gegen bas Befes verftoge, welches die Befriedigung eines Gläubigers von ber Deiftgebotevertheilung nicht als unftatthaft bezeichne.

In Erwägung, daß die in den Statuten der Bodencreditanstalt tarativ aufgeführten Begünstigungen derselben vom Richter im Interesse der Anstalt nicht vermehrt werden darfen; daß die von derselben sub Nr. 4 vorgelegte Bestimmung in dem besagten Privilegium nicht enthalten ist; daß eine solche für den Ersteher lästige Bedingung das Meistgebot verringern, somit die Interessen anderer Gläubiger des Executen und diesen selbst beeinträchtigen könnte; und daß vor ein-

getretener Rechtstraft ber Meiftgebotsvertheilung, insbesondere mit Rückicht auf die gesehlichen Borzugsposten und die Rebenforderungen der intabulirten Gläubiger gar nicht einmal bekannt sein kann, ob die Forderung der Bodencreditanstalt durch das Meistgebot gedeckt sei — hat der oberfte Gerichtshof den Recurs verworfen.

## Mr. 2758.

Actio negatoria: Erwerb ber servitus viae. Entich v. 14. Mär; 1867, Rr. 1812 (Beft. bes das Urth. bes B. G. Mauertirchen v. 23. Juli 1866, Rr. 2651, aband. Urth. bes D. L. G. Wien v. 28. Rav. 1866, Rr. 17760). G. H. 1867, S. 270.

Gegen die Regatorienklage bes A pto. Untersagung bes Fahrens über bas Grunbftud bes Rlagers wendete ber Betlagte B ein: 1. bag ju feinem Grundstüde, welches auch er bom Auctor bes Rlagers gefauft batte, bie Bufahrt nur nber bie Barcelle bes Letteren möglich sei; 2. daß beim Abschluß seines Raufes ber Berkaufer ihm die Fahrt über bie Barcelle, welche bamals bem Rlager noch nicht vertanft mar, vorgewiesen und jugesichert habe, und daß ber Rläger von biefem jugestandenen Fahrtrechte, beffen Aufnahme in dem fdriftlichen Raufvertrage bes Beflagten nur aus einem Berfeben unterblieben fei, bei ber Errichtung seines Bertrages wußte, ober nach ben vorhandenen Umftanden wiffen mußte. In Folge bes flagerifchen Biberfpruches murbe von B ad 1 ber Beweis burch Sachverftanbige angeboten und ad 2 bem Rlager ber Saupteib aufgetragen. Das Gericht erfter Inftang erkannte auf ben Sachfunbigen-Beweis; bas D. L. G. unb ber oberfte Berichtshof erfannten fofort und unbedingt nach bem Rlagbegehren. Grunde ber britten Inftang: Der Umftand, bag ber Beflagte feinen anbern Fahrweg, als jenen über bie Parcelle bes Rlagers, benuten tann, um ju feinem Grundftude ju tommen, vermag für fich allein nicht, ibm bas Recht biefes Fahrweges zu verschaffen und bat auch nicht bie Folge, daß ber Rlager mahrnehmen mußte, bag bem Bellagten ein folches Recht zustehe, umsoweniger, ba es möglich mar, bag ein anberer Rachbar über fein Grundftud bem Beflagten bie Bufahrt eingeraumt und er bennoch nur bon ber zugleich vom Rlager ibm jugeftanbenen und wegen ber Rurge bes Weges ibm gunftigeren Befugnig Gebrauch gemacht hatte. Ferner murbe er bie Folge ber Unvorsichtigfeit bes Antaufes eines Grundftudes ohne Bufahrt fich felbft jugufchreiben haben, ohne bag ber Rlager beshalb fich eine Dienstbarkeit gefallen laffen muß. Auf ben Saupteid, bag bem Rtager bei feinem Raufe (von wem?) befannt gegeben murbe, bag bem Betlagten bas Fahrtrecht eingeraumt worben mar, tonnte beim Beftanbe bes &. 887 a. b. G. B. nicht erfannt werben, weil biefe Mittheilung nur ein munblicher Bufat jum fdriftlichen Bertrage gewesen mare.

# Nr. 2759.

Wette: Selbstverständliche Verpflichtung des Wettenden zur Vornahme der Thätigkeit, um deren Erfolg gewettet ist. Entsch. v. 14. März 1867, Nr. 1522 (Best. des das Urth. des B. G. Alserund in Wien v. 8. Insi 1866, Nr. 10528, abändernden Urth. des D. L. G. Wien v. 7. Nov. 1866, Nr. 16917). G. H. 1867, S. 181. (Rach den Acten berichtigt.)

In der Klage bes A mider die Mitalieder bes Comité bes Wiener Trabwettfahrens wegen Burudgabe eines vom Rläger erlegten Bettpreifes von 500 fl. wurde angeführt: Am 19. Darz, bem Borabend bes Trabwettfahrens, babe B die ihm als Brafes bes Comité vom Rlager angebotene Bette, bag er mit feinem Pferbe ben Sieger im Trabwettfahren überholen werbe, angenommen; dabei sei festgeset worden, daß die Wette als nicht geschloffen gelten foll, wenn ber Rläger am 20. März zur bestimmten Stunde auf dem Rennplate fich nicht einfindet, und bag an jenem Tage noch vor Beginn bes Trabmettfabrens ber Bettbreis ber Bellagten erlegt werben muß. Rlager fei am 20. Marg auf bem Rennplate nicht erfcbienen und ebenfowenia bas Bettgelb ber Beflagten erlegt worben. Da mithin sowohl wegen bes Eintrittes ber beigefesten auflofenben Bedingung als auch wegen bes unterbliebenen Erlages bes Bettpreifes ber Beflagten eine verbindliche Bette gar nicht ju Stande tam, fo fei ber Rlager berechtigt, bie Burudgabe bes von ihm erlegten Bettgelbes ju forbern. Beflagterfeits murbe bie Berabrebung ber vom Rlager bezeichneten Resolutiv= bedingung geleugnet und angeführt: Es sei bei dem Eingehen der Wette vielmehr festgeset worben, bag bie Bette auch bann giltig fein folle, wenn der Rlager aus was immer für einem Grunde überhaupt nicht fahren werbe; bas Bettgelb ber Beklagten sei aber am 20. März por Beginn bes Trabwettfahrens richtig erlegt worden: ba nun ber Rlager an jenem Tage vom Rennplage weggeblieben, alfo nicht gefahren sei, so babe er die für ihn verbindliche Bette verloren und könne sein Bettgelb nicht jurudforbern. Der Rlager wibersprach biefen Anführungen ber Gegner, und es wurden nun von beiben Parteien folgende referible Saupteibe einander aufgetragen : Bom Rlager 1. über Die Festienung, dag die Bette als nicht gefchloffen gelten foll, wenn er auf bem Rennplage nicht erscheint; von ben Beflagten 2. über ben Erlag ihres Wettgelbes und 3. über die Abrede, daß die Wette vom Rlager verloren sei, wenn er nicht fährt. Die erfte Instanz entfchieb: Es wird auf ben Magerifden Beweis burch ben Saupteid 1 erkannt und im Falle seines Gelingens bem Rlagbegehren ftattgegeben; im Falle bes Miglingens biefes Beweifes wird auf ben Beweis ber Beklagten burch ben Haupteib 2 erkannt und wenn berselbe nicht bergeftellt wird, ebenfo bem Rlagbegehren ftattgegeben; im Falle ber Berftellung bes Bemeifes burch ben Saupteib 2 wird auf ben Bemeis ber Beflagten burch ben Saupteid 3 erfannt und, wenn berfelbe

miglingt, auch wieber bem Rlagbegebren flattgegeben. Grunde: Bird die Festjepung ber Resolutivbebingung mittelft bes Saupteibes 1 bewiesen, fo ift, bei nicht bestrittenem Eintritte berfelben, Die Bette gar nicht zu Stande gelommen, mithin bem Rlager nach &. 1435 a. b. G. B. ber von ihm erlegte Wettpreis jurudguftellen. Das Bleiche gilt, wenn biefer Beweis awar nicht erbracht, andererfeits aber and nicht ber Erlag bes Bettgelbes ber Beflagten burch ben Saupteid 2' bemiesen wird, weil in Diesem Falle Die Bette gwar gu Stande getommen, allein nach §. 1271 a. b. G. B. nicht verbindlich ift. Wird aber von bem Rlager mit bem Saupteibe 1 die Beisepung ber Resolutivbedingung nicht bewiesen, dagegen von den Bellagten mittelft bes Banpteibes 2 ber Beweis bes Erlages ihres Wettgelbes bergestellt, fo tommt es barauf noch an, ob bie von ben Letteren angeführte Abrebe getroffen murbe, bag bie Bette auch bann gelten foll, wenn ber Rlager aus mas immer für einem Grunde nicht fahren wird, und ift berfelbe jur Burudforderung feines Bettgeldes berechtigt, wenn die Beklagten biefe Abrede burch den Saupteid 3 nicht beweisen.

Auf bie Appellation ber Betlagten, bie fich wegen ber Bulaffung bes Baupteibes 3 beschwerten, murbe vom D. L. G. biefer Eib aus folgenden Grunden beseitigt: Rach dem erftgerichtlichen Urtheile foll es auf biefen Saupteid erft bann antommen, wenn nach bem Ergebniß ber Beweisführung burch bie beiben anberen Saupteibe bie vom Rlager bezeichnete Resolutivbebingung nicht gefest und ber Bettpreis von den Beklagten erlegt worden ift. hiemit ift aber die Giltigkeit ber Wette für beibe Theile festgestellt und in Berbindung mit bem Bugeftandnig bes Rlagers, die Wettfahrt nicht unternommen zu haben, beffen Sachfälligfeit entschieben, ohne bag es hiezu noch eines Beweifes ber Bellagten bebarf; und es ift gang gleichgiltig, bag und welche weiteren Bedingungen, unter beneu bie Bette auch noch nicht giltig fein foll, gefest worden fein mogen, ba bie Giltigfeit derfelben ohnehin bereits feststeht. Der im Saupteibe 3 ermabnte Umftand mare nur in ber Beife von Bichtigfeit, wenn ber Rlager bas Gegentheil bavon, wenn nämlich er angeführt hatte, bag für ben fall, bag er aus was immer für einem Grunde nicht fahren follte, Die Ungiltigkeit ber Bette bedungen worben fei, weil biefe Abrebe eine weitere, bie Bette gu Gunften bes ibre Ungiltigfeit behauptenben Rlagers auflosenbe Bebingung (außer ber im Saupteibe 1 bezeichneten Resolutivbedingung seines Begbleibens vom Rennplate) enthalten wurde. Diefer Umftand wurde aber von bem Rlager nicht angebracht und in ber Anführung ber Beklagten, welche burch ben Saupteib 3 erhartet werben foll, ift bie Festfetung einer folden Resolutivbedingung nicht enthalten. Diefer Baupteib mar baber, weil für beibe Streittheile unenticheibend, auf die Appellation ber Bellagten an beseitigen.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas Urtheil bes D. E. G. aus beffen Grunben und in ber ferneren Erwägung, bag in einer

Bette, beren Entscheidung von der Thätigkeit des einen oder der beiden Bettenden abhängt, Jeder von ihnen selbstverständlich die Berpssichtung auf sich nimmt, seine Thätigkeit — sofern nicht etwa ein unüberwindliches Hinderniß dazwischen kommt — eintreten zu lassen, widrigens die Bette für ihn als verloren gilt und nicht blos unentschieden bleibt; daß sonst es ganz im Belieden eines Paciscenten läge, die Birkung des Bertrages zu vereiteln (§. 914 a. b. S. B.); daß es mithin der Festschung der im Haupteide 3 bezeichneten Bedingung und dieses Haupteides nicht bedurfte und übrigens vom Rläger gar nicht behauptet wurde, daß die in der Bette übernommene Thätigkeit ihm unmöglich geworden sei.

## Mr. 2760.

Rechtskraft des Bescheides, womit die Klage aufrecht erledigt wird. Folgen der Berletzung der über Rechnungsbemängelungen ertheilten Borschriften: Rullität? Stellung der Rechtsmittels Instanz zu einem das Klagbegehren aus formellen Gründen abweisenden Urtheile.

Entig. v. 14. März 1867, Kr. 1568 (Beft. bes das Urth. des L. E. Wien v. 27. Juni 1866, Kr. 26499, anshebenden Decr. des O. L. G. Wien vom 19. Dec. 1866, Kr. 17693). G. Z. 1867, Kr. 76.

In einem fünf Rechnungen umfaffenden Rechnungsproceffe warb ber Rläger nach durchgeführter Berhandlung deshalb von der ersten Instanz abgewiesen, weil er der Borschrift des §. 102 a. G. D. zuwider nicht jeden Mangel besonders mit fortlausenden Rummern gestellt, sondern jede der gelegten fünf Administrationsrechnungen als

einen abgesonderten Mangel im Sanzen bingestellt batte.

Das D. L. G. hob hingegen das erstrichterliche Erkenntniß auf und verordnete dem Landesgerichte in der Hauptsache selbst meritorisch zu erkennen. Die obergerichtlichen Entscheidungsgründe waren solgende: Rach Inhalt des erstrichterlichen Urtheils wurde dem Klagbegehren nicht stattgegeben; ein Ausspruch, welcher darauf hindeutet, daß das Landesgericht in die Hauptsache selbst eingegangen ist, und das gestellte Klagbegehren in seiner Totalität für ungegründet erkannt hat. Aus den Entscheidungsgründen aber erhellt, daß die Abweisung nur deschalb erfolgt ist, weil Kläger der Borschrift des §. 102 a. G. D. entzgegen in der Bemängelungstlage jede der gelegten fünf Administrationsrechnungen als einen abgesonderten Mangel im Ganzen hingestellt und mit Ausnahme zweier Einnahmeposten sich damit begnügt hat, lediglich sämmtliche Einnahme- und Ausgabeposten der einzelnen Abministrationsrechnungen zu widersprechen, und weil se nach dem Ergebnisse

ber von bem Rlager und bem Geflagten über einzelne Ginnahme- und Ausgabeposten ber gelegten Rechnungen angebotenen Beweise mittelft Beugen und burch Saupteib bie Bifferanfage ber einzelnen Mangel wefentlich verandert werden mußten, ber Rlager aber in ber Rlage barauf feine Rudficht genommen bat, bas Gericht nicht berechtigt und verpflichtet ift, bas Rlagpetit abzuändern, und bas Rlagbegehren bemnach unbestimmt ift und an Formgebrechen leibet. 3mar fprechen fich Die Entscheidungegrunde auch über Die Beweistraft ber lediglich bebufe ber erhöhten Ginnahme einer Rechnung beigebrachten Binefassion und bes über bie icon früher an ben Bellagten geschehene Berichtigung ber Steuern und fonstigen Auslagen bem Betlagten aufgetragenen Saupteibes aus, allein es tann nicht angenommen werben, bag bas Lanbesgericht bamit bie meritorische Abweisung bes Rlagers begrunden wollte, weil biefe Beweise fich nur auf einzelne Ginnahmeund Ausgabeposten beziehen und baber nur biefe baburch berührt werben, und weil and bie Schluferorterung ber Entscheibungegrunde zeigt, daß diese Auseinandersetzung nur bazu bient, ben wahrgenommenen formellen Mangel bes unbestimmten Rlagbegehrens zu beweisen, und weil überhaupt bann, wenn eine Rlage aus formellen Gründen abgewiesen wird, in die Sauptsache einzugeben ebenso unerlaubt als überflüffig mare. Es mußte baber angenommen werben, baf bie eben ermabuten Erörterungen nur bagu bienen follten, die Abweisung wegen Formgebrechen bes weiteren zu begründen. Das behauptete Gebrechen ber nicht nach Borfdrift bes &. 102 ber a. G. D. bezeichneten Mangel bestand icon jur Beit ber Ueberreichung ber Rlage. Gleiches gilt, insoweit bas &. G. weiters ber Anficht ift, bag bas Rlagbegehren unbestimmt ift und bag in ber Rlage auf Die burch die beiberfeitig angeführten Beweise ftattfindenden Menderungen ber Bifferanfage ber einzelnen Mängel teine Rudficht genommen wurde. Rach §. 14 ber a. G. D., nach Hofb. v. 6. Oct. 1783, J. G. S. Nr. 197, und Dofb. v. 31. Det. 1785. 3. G. E. Mr. 489. aber ift jebe Rlage, welche gegen die Borfdrift ber Berichtsorbnung, somit auch gegen bie Borfdrift bes §. 102 ber a. G. D. verfagt ift, gurudjumeifen, rudfichtlich jur Berbefferung gurudjuftellen. Dat aber bas betreffenbe Gericht ungeachtet bes obwaltenden formellen Mangels eine Rlage aufrecht erledigt, und bat es bamit felbft erklart, bag es eben ein formelles Gebrechen gar nicht gefunden habe, und haben ferners auch bie Parteien, rudfichtlich auch ber Gegentheil burch Unterlaffung bes gegen bie Annahme ber Rlage gulaffigen Rechtsmittels bes Recurfes fich ber richterlichen Anschauung gefügt, so barf weber bas Gericht felbst bei ber Endentscheidung auf Diesen Mangel zurudtommen, und zwar ohne Unterschied, ob berfelbe Gegenstand ber Erörterung im Broceffe gewesen ift ober nicht, noch ift ber Gegentheil berechtigt, bas übergangene Bebrechen als Einwendung, welche ihrer Natur nach ftets nur auf bas angesprochene Recht felbst fich beziehen tann, im Processe,

noch aber als Rullitätsgrund gegen bas gefcopfte Urtheil felbft vorzubringen, und nur bem Gerichte zweiter und britter Inftang ift bas Befugnig eingeraumt, beshalb bie Rullitat bes Erfenntniffes und bes Berfahrens felbft, und zwar in jenen Fällen auszusprechen, wo ber Mangel eine von Amtewegen ju rugende Rullität begrunben würbe. Der vorliegende erftrichterliche Ausspruch verftokt somit gegen Die gefetlichen Bestimmungen, infoweit felber aus obigen Grunden bie meritorifde Abweifung ber Rlage enthält, obicon bie gerfigten Formgebrechen felbft bann, wenn felbe von Seite bes urtheilenben Gerichtes noch rechtswirtsam batten in Betracht tommen tonnen, nur Die gefetliche Folge haben tonnten, bag bas Urtheil und Berfahren aufzuheben und die Rudftellung ber Rlage anzuordnen war. Und insoweit bas Landesgericht, nachbem es burch Annahme ber Rlage und bas Rechtsträftigwerben biefer Annahme felbst gebunden ift, biefe Auftanbe bei ber Urtheileschöpfung nicht mehr erheben, und in ber Sache felbft bas Berfahren nicht mehr annulliren tonnte, mas eigentlich nach Inhalt ber Entscheidungsgrunde geschah, insoweit bemnach ber Bortlaut bes Urtheils mit ben Entscheibungsgrunden, worin bas Meritorifche bes Processes gar nicht erörtert war, im Biberfpruche fteht und bas &. G. somit meritorisch noch nicht gesprochen bat, mußte nach &. 265 ber a. G. D. bas nur im Appellationsmege angefochtene Urtheil behoben und bem 2. G. aufgetragen werben, in bie Bauptfache felbst einzugeben und barüber zu entscheiben, und zwar umfomehr, ale bie gerügten Dangel eigentlich gar nicht besteben ober unwesentlich find, und baber tein gefetlicher Grund obwaltet, um von Amtswegen mit bem Ausspruche über bie Rullität bes Berfahrens von hier aus vorzugeben, und bie Frage weiters, ob zugleich auch bas Begehren auf Bahlung bes Rechnungsguthabens von bem Rlager in biefem Broceffe gestellt werben tonnte, bei bem Umstande, als bas 2. S. nach ben Entscheidungsgrunden biefe Frage bejaht bat, und nur ber Rlager bie Appellation ergriff, erft feinerzeit, wenn etwa ber fpater ju fcopfenbe meritorifche Ausspruch angefochten werben follte, por biefem Berichte gur Entscheibung gelangen fann. Der Rlager bat allerbings unterlaffen, Die Mangel mit fortlaufenden Bablen zu bezeichnen, allein bies ift bier von nur geringem und nicht wefentlichem Belange, und bat weber bie Ueberficht erfcwert, noch tann bies beim Endausspruche ju Untlarbeit und Ungutommlichfeiten führen. fowie ber ertennenbe Richter felbft erforberlichen Falles, wie baufig in ahnlichen Proceffen geschieht, Die leichtere Ueberficht burch Beifügung von Bablen berftellen tann. Der Rlager bat weitere überall ben Grund bes gestellten Mangels angegeben, und bort, mo ihn nach seiner Ansicht die Beweiseslaft traf, auch die Beweise beigebracht. Db feine diesfällige Ansicht richtig ift ober nicht, und ob die Beweise genügen und vollständig find, gebort jur Enticheibung in ber hanptfache. Der Rlager bat weiter bezüglich ber einzelnen ber bemangelten,

bochft einfachen Rechnungen ein orbentliches Begehren gestellt, und ba er alle Ausgaberoften in ihrer Totalität in Abrede gestellt bat, fo tann auch barans feine Untlarbeit entfteben, bag er bie Bemanglung ber Ausgabepoften nur als einen Mangel bingeftellt bat. Die weitere Anforderung aber, bag ber Rlager in ber Rlage fcon barauf batte Rudficht nehmen follen, bag burch bie erft in ben Gapfdriften von bem Rlager und bem Getlagten angebotenen Beweife mittelft Beugen und Baupteid bie Bifferanfage ber einzelnen Mängel geanbert werben, fann mit Grund mohl nicht gestellt werben. Mus ben Procegforiften erhellt endlich, bag beibe Streittheile eben nur Beweife gur Erbartung ihrer Angaben beigebracht haben. Bon bem Refultate biefer Beweisführung und beziehungemeife von ber Bulaffung ober Bermerfung ber Beweife wird abhangen, ob bas Rlagbegehren gang, theilmeise ober gar nicht ftattfindet, und je nachdem wird allerdings ber Richter ben Ausspruch entweber mit Beibehaltung ober Menberung bes Rlagbegehrens zu icoppfen und zu formuliren haben, wozu er nach bem Bejete eben berufen ift. Der Rlager aber hatte bas Begehren nur einmal zu ftellen; basselbe theilweise zu restringiren ift Aberhaupt nicht nothwendig, basselbe aber zu andern ift geradezu unzuläffig.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die ober gerichtliche Entscheidung. Gründe: Der erste Richter hat in den Gründen zu seinem Urtheile erklärt, wegen bloßet Formgebrechen den Kläger abweisen zu muffen, rudsichtlich in eine Beurtheilung der Sache selbst nicht eingehen zu können. Run hat aber das D. L. G. in seinen Gründen gezeigt, daß diese Formgebrechen keineswegs derart sind, die Beurtheilung der Sache zu hindern und den Weg angedeutet, wie dies geschehen könne; es ist daher nicht nöthig, wie der Revisionswerber zu glauben scheint, das Bersahren selbst aufzuheben und ein neues anzuordnen. Auch ist die Behauptung des Recurrenten, daß eine zur Cassirung des Urtheils hinreichende Nullität schon in einer Ordnungswidrigkeit des Bersahrens, nicht auch des Urtheils bestehen könne, ganz unrichtig, wie die Fälle einer sehlerhaften Bestung des Gerichtes einer Bessangenheit desselben, des Uebergehens eines Theiles des Parteibesgehens u. s. zeigen.

Mr. 2761.

Störung im Besithe einer Servitut burch bloges Berbot ber Ausibung berselben?

Entig. v. 19. März 1867, Rr. 2194 (Best. ber gleichförmigen Erkenntnisse B. G. Schludenan v. 8. Rov. 1866, Rr. 3015 und des D. L. G. Prag v. 28. Dec. 1866, Rr. 28414). G. Z. 1867, Rr. 44.

B, auf beffen jum Saufe Rr. 119 gehörigen Bege A, ber Befiger bes Saufes Rr. 117, burch 13 Jahre gefahren war, verbot

viesem die fernere Benützung des Weges, unter Androhung "anderer Maßregeln" bei Fortdauer derselben. A stellte nun die Besitztürungs-klage an, welche die unteren Instanzen aus dem Grunde abwiesen, weil A dem Bormanne B's eine Erklärung ausgestellt hatte, in der anerkannt ift, daß ihm das Recht des Besahrens jenes Weges nur

auf Wiberruf eingeräumt fei.

Der oberfte Berichtshof bestätigte biefe Entscheidungen mit folgender Motivirung: Benn auch von ber vorliegenden Erflarung gang abgesehen und angenommen wird, daß fich ber Rläger am 14. August 1866 im Befite bes Rechtes befunden habe, auf bem hinter bem Saufe bes Geklagten Rr. 119 in Schludenau befindlichen Fahrwege au fahren, fo ift boch feine Störung biefes Befiges nachgewiefen; benn ber Rlager hat felbft nicht behauptet, daß er je vom Geflagten in ber Benützung biefes Beges gehindert murbe. Er ift vielmehr am 14. August, und auch, wie vom Geflagten in ber Duplit angeführt murbe, und wegen unterlaffenen Biberfpruches bes Rlagers (welcher feine weitere Rebe ober Schrift erstattete) als mahr angenommen werben muß, noch im September 1866 unangefochten bort gefahren. Wenn ber Geflagte am 14. August 1866 gegen ben Rlager ober feinen Bediensteten auch ertlärt haben follte, bag von nun an bas Fahren auf feinem (bes Betlagten) Bege bei Rr. 119 verboten fei, und wenn es nicht aufhöre, fo werbe er andere Magregeln ergreifen, fo erhellt baraus noch leine Störung im Befite bes Fahrweges, indem in biefer Erklarung nur ber Sinn liegt, bag ber Geflagte im Falle ber Fortfegung bes Fahrens von Seite bes Rlagers Mittel jum Schute feiner Rechte ergreifen wolle. Es ift aber bamit noch nicht erklart, daß biefe Mittel folche fein werben, Die vom Gefese verboten find und die ben Rlager auf ungesetliche Beife im Fahren hindern werben, noch weniger aber ift eine wirkliche hinderung im Fahren eingetreten. Der Fall einer Besithftorung liegt baber nicht vor.

# 9dr. 2762.

Rang ber Pfanbrechte an gerichtliche Depositen.

Entig. v. 20. März 1867, Rr. 1218 (Best. bes bas Urth. bes L. G. Aralan v. 29. Mai 1866, Rr. 9283, abändernden Urth. bes O. L. G. Aralan vom 18. Oct. 1866, Rr. 18757). G. H. 1867, S. 395.

Für C verwahrt bas Areisgericht Tarnow die Baarschaft von 29.000 fl., welche von C bem A abgetreten, andererseits aber von B, einem Gläubiger des C, mit Berbot belegt und in Execution gezogen wurde. A machte nun mittelft Klage gegen B bas Borrecht auf dieses Depositum geltend und wurde von dem obersten Gerichtshofe aus solgenden Gründen abgewiesen. Die Procegentscheidung hängt davon

ab, ob zur Beit, ale bie gerichtlichen Berordnungen ber Anmerkung ber Berbots- und Erecutionsrechte bes B bei bem Depositum ber Depositencaffe bes R. G. Tarnow gutamen, C noch Eigenthumer bes Depositums ober bas Eigenthum bavon bereits auf A übergegangen war. Diefe Frage muß im ersteren Ginne beantwortet werben. Denn A hat durch die Cession ber Baarschaft ddo. 10. April 1859 nur ein perfonliches Recht gegen feinen Autor C, nicht aber bas gegen jeben Dritten wirffame Eigenthum an berfelben erworben. Nach §. 425 a. b. G. B. ift zur Eigenthumsübertragung nebft bem Titel auch eine echte Erwerbungsart erforberlich, die bei Mobilien in ber rechtlichen Uebergabe und Uebernahme befteht, und es gibt fein Befet, bas von biefer Bestimmung bes citirten Baragraphen für bie Erwerbung bes Eigenthums burch Bertrag an einer im gerichtlichen Depositenamt vermahrten Sache eine Anenahme ftatuirt. Gine echte Erwerbungeart jur Beit ber Unmerfung ber Rechte bes B tommt bem Rlager A nicht zu ftatten, weil zu jener Zeit die Baarschaft ihm weber forperlich bon Band ju Band, mas bier gar nicht thunlich gemefen, noch fymbolisch burch Zeichen übergeben mar, ba er felbst nicht einmal behauptet, baß ibm C bie fein Eigenthum beweisenden Urfunden behandigt babe. Auch in ben Depositenbuchern mar ju jener Beit die Uebertragung bes Eigenthums auf ben Rlager noch nicht angemertt, baber mit ber Baaricaft tein Mertmal verbunden, woraus ber Uebergang bes Eigenthums auf ibn zu ertennen gewesen mare. Allerdings hatte ber Rlager Die von C ibm ausgestellte Ceffionsurfunde bem R. G. Tarnow noch vor bem Gintreffen ber gerichtlichen Berordnungen gur Anmertung ber Rechte bes B überreicht. Allein Die Ueberreichung ber Ceffions. urfunde bei bem Depositengericht tann einer rechtlichen Uebergabe und Uebernahme bes Depositums nicht gleich gestellt und fann ber Rlager nicht von biefem Zeitpuntte an ale ber Eigenthumer ber Baaricaft betrachtet werben, umsoweniger, ba die Ueberreichung nicht vom Cebenten C, fondern vom Rlager allein geschehen ift. Diese Un= schauung wird übrigens auch burch bas positive Gefes, namentlich burch bie Bestimmung bes &. 6 ber Justigministerial-Berordnung vom 9. Mai 1860, R. G. Bl. Mr. 125 unterstüßt, worin ber Grundsas flar ausgesprochen ift, daß ber Partei, welche Die gerichtliche Executions-Berordnung bezüglich einer in öffentlicher Caffe liegenden Baarfchaft erwirft hat, daß diefer Berordnung entsprechende Recht vom Beitpunite ber an bie Caffe geschehenen Buftellung berfelben an guftebt. Benn baber felbst bas gerichtlich jugesprochene Recht an einer in öffentlicher Caffe vermahrten Baarichaft Dritten gegenüber erft von jenem Zeitpunkte an wirtfam ift, fo tann um fo minber ben burch Bertrag ohne Intervertion bes Richters erworbenen Rechten an caffamagig verwahrten Sachen ber Borrang von einem früheren Zeitpunft an quaeftanben merben.

# Mr. 2763.

# Gemeinsamfeit von Bertrageurfunden.

Entid. v. 20. Marz 1867, Rr. 1479 (Aband. ber gleichfärmigen Decr. bes 2. G. Czernowit v. 31. Anguft 1865, Rr. 21148 und bes O. L. G. Lemberg v. 9. Oct. 1866, Rr. 25523). G. B. 1868, Rr. 70.

C verlaufte bem B eine ihm durch Erbschaft zugefallene Realität um 1200 fl., ein Drittel fogleich, ben Reft in zwei Raten gablbar, bezüglich berer bedungen mar, daß C bem B binnen einer bestimmten Frift einen noch weiteren Ausweis über bas Erbrecht behandige, wibrigens ber Raufer B bie letten zwei Raten nicht zu gablen brauche. Dem B murbe auch auf Grund bes Raufvertrages Die Realität eingeantwortet. C cedirte die obigen zwei Raufschillingeraten an A und Diefer bat nun auf Grundlage ber Ceffton, bann bes in ben Abhandlungeacten bes Erblaffere aufbewahrten Raufvertrages zwifden C und B um Einverleibung bes bedingten Bfandrechtes fur Die rud. ftanbigen Rauffdillingeraten. Beibe Untergerichte ichlugen bas Begehren ab, weil ber Driginaltaufvertrag weder vom Bittfteller, noch. von beffen Dachthaber, fonbern von einem Dritten bei Bericht niebergelegt worden ift, ohne beffen Geftattung fein Gebrauch bavon gemacht werben tann, ba nach §. 175 bes taiferlichen Batentes vom 9. August 1854, R. G. Bl. Rr. 208, von berlei Urfunden nur ben Betheiligten Ginficht und Abschriften ju gemahren find; weil bas Gericht bie Originalurtunde im Ramen bee Erlegere B aufbewahrt und C ben nachträglichen Erbrechtsansweis nicht urfundlich geliefert bat.

Der oberste Gerichtshof bewisligte die Pränotation. Grunde: Die Berkaufsurkunde bildet für die beiden Contrahenten, daher auch sür ihre Rechtsnehmer ein instrumentum commune, auf das sie sich in allen Fällen berusen können und A ist eben der Rechtnehmer von C (§. 1394 a. b. G. B.); er kann daher auch ohne Zustimmung des B von dieser Urkunde Gebrauch machen. Die Frage aber, ob C dem B den bedungenen Erbrechtsausweis geliesert habe, ob daher der Anspruch des Branotanten auf den Kausschlingsrest ein unbedingter und unbeschränkter sei oder nicht, ist nicht vom Tabularrichter zu prüsen, sondern dem Justissicirungsproces vorbehalten; genug, daß A eine Urkunde beibringt oder auf das bei Gericht liegende Original derselben sich berust, woraus unter gewissen, von ihm auf dem gehörigen Wege zu erweisenden Bedingungen für ihn ein Forderungsrecht erwächt.

#### Mr. 2764.

Gerichtsstand bes Bertrages: Annahme einer ben Zahlungsort bestimmenden Factura.

Entid. v. 20. März 1867, Nr. 1607 (Best. der gleichförmigen Urth. des A. G. Reichenberg v. 17. Juli 1866, Nr. 4218 und des O. L. G. Prag vom 27. Nov. 1806, Nr. 28588). G. H. 1807, S. 279.

Der Klage bes A pto. Zahlung bes Raufpreises für gelieferte Baaren wurde vom Beklagten B die Einwendung der Incompetenz bes angerusenen Gerichtes in Reichenberg entgegengesetzt und der Anführung bes A, daß die Zahlung des Kauspreises ausdrücklich in besagter Stadt bedungen worden sei (§. 43 J. N.), widersprochen.

Der oberste Gerichtshof hat diese Einrede aus den folgenden Gründen abgewiesen: Der Borschrift des §. 43 3. R., wonach das forum contractus nur dann als begründet anzusehen ist, wenn der Ort, wo die Zahlung geleistet oder eine andere Berbindlichkeit erfüllt werden soll, in einem Bertrag ausdrücklich bestimmt worden ist, wurde im vorliegenden Falle vollkommen dadurch entsprochen, daß, wie beiderseits unbestritten ist, der A seiner Factura die Worte "Zahlbar in Reichenberg" beigesetzt und B die mit dieser ausdrücklich en Bestimmung des Zahlungsortes versehene Factura nebst der ihm zugesandten Waare angenommen hat, da bei dieser Sachlage nicht behauptet werden kann, daß das Uebereinkommen der Contrahenten auf den Zahlungsort nur ein stillschweigendes gewesen sei.

# Mr. 2765.

Unstatthaftigkeit eines Berbotes auf Forderungen an den Berbotswerber.

Enisch, v. 27. März 1867, Rr. 2588 (Best. des das Decr. des B. G. Gerungs v. 17. Oct. 1866, Rr. 1578, abändernden Decr. des O. L. G. Wien v. 20. Rov. 1866, Rr. 20906). G. H. 1867, S. 300.

Dem A, welcher in Folge gerichtlichen Bergleiches ber B 692 fl. ju zahlen hatte, war diese hinwieder 669 fl. schuldig. Da die B außer ihrer Forderung gegen A kein Bermögen besitzt, so begehrte A für seine Forderung unter Borlage der nöthigen Beweisurkunden das Berbot auf die für B bei ihm liegenden 692 fl., welches in er ster Instanz nach den §§. 283 und 284 a. G. D. bewilligt, von dem D. L. G. hingegen verweigert wurde, weil nach §. 283 a. G. D. der Gläubiger nur die in Händen eines Dritten besindlichen Güter seines Schuldners mit Berbot belegen kann, die der B geschuldete Summe Geldes aber noch in den Händen des A ist und weil der

Lestere auch nicht nachgewiesen bat, baß er mit seiner Freiderung gegen die B wegen Mangels auferer dimänglicher Zahlungsmittel in Gefahr ftebe.

Der Necmes bes A, worm berfelbe geitent machte, daß bas Griet im §. 283 a. G. D. mit bem Worte "Dritter" nur eine vom Schultner verichierene Berfon bezeichnen und nur die Unguläffigsteit bes Berbotes auf die in händen bes Schultners sellch befindlichen fabrenden Guter andemen, nicht aber bes Erforderniß, daß der Insaber biefer Enter auch eine vom Glündiger verichiebem Berfon sei, ausfirrechen wollte, wurde vom oberften Gerichtsbefe mit Berweifung auf die Mertide ber preiten Infang verwerfen.

#### Mr. 2766.

Berbannis ber Curatelbeborbe ju bem in Ungarn befindlichen undeweglichen Bermögen bes Curanden.

Smid. u. 28. Mir; 1867, Ar. 1390 (Beit. det Berr. det C. 2. G. Wien u. 11. Ber. 1867, Ar. 21534), G. Z. 1867, Ar. 54.

Erem Entanten bes Biener 2. G., welcher fowohl in ben beuriden ale in ben ungariiden Kronlandern ein bedentenbes Bermögen befist, waren radfidud ber erfteren ein Enrater, rudfichtlich ber lepieren ber Bater bes Curanten ju Bermigeneverwaltern bestellt worten. Da ter Bater über bie Ginfunfte aus bem ungarfichen Bermigen bem Biener 2. G. feine regelmäßigen Rechnungen legte, Die Leberfid: über bie Gefammtvermögensachabrung fobm erichwert, wenn midt numbalid mar, io fab fic das öfterreichtide D. E. E. aus. Anlig eines falles, in welchem ber Curator ben Berfauf gewiffer bierlantiger Bermogenebeftanttheile jur Tilgung einer Soult an Die L. L. priv. Rationalbant beautragt, und ber Bater gegen bie bieffällige Erletigung ben Recurs ergriffen batte, bestimmt, bas &. G. ju beauftragen, bag biefes ben Bater jur Legung von Ausweisen über bie Ginfunite ans bem angariiden Bermogen aufforbere, weil tiefe jur Eritenzbaltung bes Bermigent bes Enranden nothig feien. Das C. E. G. ftuste fich bei tiefer Aufforderung auf bas hofbecret vom 30. 3ul: 1785, 3. G. S. Rr. 448; allein ber Anfgeforberte brachte bagegen ben Recurs ein, in welchem er fich gwar bereit ertierte, ixmmarifche Andwerte ju legen, jugleich aber geltenb machte, men fenne folde Answeise nicht als eine Schuldigkeit von ihm verlangen, ba er von ber Rechnungslegung über bas Bermogen feines Sehnes nad ungeriiden Beiegen beireit fei.

Der oberfit Gerichtshof bielt jedoch die Aufforderung aufrecht und zwar in der Erwägung, daß in dem beauftändeten Absahe des oberlandes-geruchtlichen Erlaffes nicht ansgesprochen erscheint, daß der Recurrent verrelichtet sei voer werde, dem L. G. Wien über die Berwaltung

bes bem Curanden angefallenen, in Ungarn gelegenen Bermögens Rechnung zu legen; in Erwägung, daß andererseits, wenn ein Curand in verschiedenen Provinzen Güter besitzt, welche von verschiedenen Bersonen und unter der Aufsicht verschiedener Gerichte verwaltet werden, die Ratur der Sache es mit sich bringt, daß jenes Gericht, welchem die Person des Curanden untersteht, auch von den Eintünsten, welche demselben aus dem in einer anderen Provinz befindlichen Bermögen zusließen, Renntniß nehme, und in Erwägung, daß unter den gegebenen Berhältnissen und insbesondere in Andetracht der Berschiedenheit der Berhandlung der Sache nach den Gesehen des Königreiches Ungarn eine unmittelbare Aufsorderung an den Recurrenten selbst als das kürzeste und geeignetste Mittel sich darstellte, wodurch sich berselbe in seinen Rechten, soweit sie die Berwaltung der Güter in Ungarn betressen, noch nicht für verletzt betrachten kann.

#### Mr. 2767.

Bordussetzungen des Zeugenbeweises zum ewigen Gedächtnisse; Bescheinigung der Gefahr.

Entich. v. 28. März 1807, Rr. 2475 (Best. des das Decr. des B. G. Sechsbans v. 12. Dec. 1866, Rr. 27005, abund. Decr. des D. L. G. Wien v. 15. Jänner 1867, Rr. 261). G. Z. 1867, Rr. 64.

Um eine für bie Entscheidung wichtige Zeugenschaft burch ben Tob bes Beugen nicht zu verlieren, ftellte ber Rlager ben Antrag auf Bernehmung bes Beugen jum emigen Gebachtniffe und begrundete fein Gesuch mit einem Krantheitszeugniffe, in welchem bestätigt war, baß ber ju vernehmende Benge einen apoplettischen Babitus habe, und mit bem hinweise auf die oberftgerichtliche Entscheidung vom 28. Sept. 1859, 3. 10638 (Dr. 876 biefer Samml.), in welcher ber Rechtsfas zum Ansbrude gebracht wird, daß bei der Frage der Zeugenvernehmung in perpetuam rei memoriam jur Darthuung ber Besorgnig, bag ein tauglicher Zeuge entgebe, ein ftrenger Beweis gesetlich nicht geforbert werbe. Die erfte Inftang wies bas Gefuch in ber Ermagung ab, "daß burch bas beigebrachte arztliche Beugniß, falls es überhaupt zur Befcheinigung genligent anzusehen ift, nur bargethan würde, bag ber Zeuge einen apoplektischen Habitus, b. i. eine schlaghafte Rorpers beschaffenheit, und öftere an Schlaganfällen erlitten habe, nicht aber, bag berselbe franklich fei; und in ber ferneren Erwägung, bag zwar ber g. 179 a. G. D. und bas Hofbecret vom 27. Sept. 1784, 3. G. Sr. 341, teinen ftrengen Beweis, wohl aber forbert, bag ber bie Beugenabhörung beantragenbe Streittheil mit Grund beforge, ber Zeuge könnte ihm entgehen, ein folder Grund aber eben nicht bargethan wirb." Das D. L. G. bewilligte bas Gesuch, "weil nach dem Bortlante und Geifte des g. 179 a. G. D. durch das ärztliche Zeugniß hinlänglich bescheinigt wird, daß im Berlaufe der Zeit der

Beuge bem Beugenführer entgeben tonne."

Den bagegen erhobenen Revisionsrecurs verwarf ber oberfte Gerichtshof "in Anbetracht, bag die in Frage stehende Zeugenschaft immerhin von Einfluß auf die Beurtheilung der vom Zeugenführer ausgeregten Streitsache sein tann, und daß zur Annahme der im §. 179 a. G.D. vorgesehenen Besorgniß auch Bahrscheinlichteitsgrunde genügen."

## 9tr. 2768.

Unzulässigkeit des Ansuchens um executive Feilbietung einer bem Executionsführer bereits executiv eingeantworteten Forberung.

Entig. v. 2. April 1867, Rr. 2005 (Aband. ber gleichförmigen Derr. bes o. G. Wien v. 20. Der. 1866, Rr. 157342, und bes D. L. G. Wien v. 22. Januer 1867, Rr. 1075). G. B. 1867, Rr. 55. G. o. 1867, G. 407.

Rachdem A die executive Einantwortung einer seinem Schuldner B zustehenden, im Grundbuche einverleibten Rentensorderung und die Intabulation der Zahlungsauflage mit der Birkung des ersten Executionsgrades erlangt hatte, bat er um die Schähung und (gegenüber der Concursmasse des inzwischen in Gaut verfallenen Schuldners) um die executive Feilbietung der Rente. Diesem Ansuchen gaben die beiden

unteren Inftangen ftatt.

Der oberfte Gerichtshof bagegen wies bas Feilbietungs. begehren ans folgenden Brunden jurud: Durch die vom Glaubiger am 24. Juli 1866 begehrte und am 26. besselben Monates bewilligte executive Ginantwortung der jährlichen Rente von 600 fl. selbst hat er biefe nach Maßgabe seiner Forberung an Zahlungestatt übernommen; er murbe baburch Eigenthumer bes Rentenbeauges bis jum Belaufe feiner Forberung, und eine Execution gegen fic felbst ift ungulässig. Gine Execution, nachdem Die Ginantwortung erfolgt ift, stellt fich umsoweniger als zulässig bar, als bie Rente per 600 fl. jur Dedung des Gläubigers nach &. 349 a. G. D. hinreicht; daß ber Gläubiger bas executive Bfanbrecht erwirfte, berechtigt nicht zur abgesonderten Fortsetzung ber Execution, weil Die Bfanbrechteeinverleibung nur jum Behufe und jur Sicherung bes aus ber Einantwortung erwachsenen Rechtes geschah; baß gegen bie bewilligte Schätzung eine Ginsprache nicht erhoben wurde, verfangt nichts. weil, wie früher gejagt murbe, Die Executionsführung bes Glaubigers gegen fich felbst auf bas ihm bereits Behörige ungesetlich ift und ein nichtiger Act ju weiteren Rechtsfolgerungen nicht geeignet fein tann.

#### Mr. 2769.

Constitutum debiti alieni. Zwangscurs. Zinsenverjährung. Entig. v. 3. April 1867, Nr. 1386 (Best. des Urth. des L. G. Arakan v. 10. April 1866, Nr. 3488, Abänd. des Urth. des D. L. G. Arakan v. 29. August 1866, Nr. 12524). G. Z. 1869, Nr. 3.

Die A flagte wider B auf Zahlung von 28.000 fl. poln. Cour. Silber-Bahr. ober 7000 fl. ö. 2B. in flingenber Munge fammt ben rudftanbigen Zinfen - aus bem Titel ber von bemfelben erfolgten Uebernahme eines von seinem Bater contrabirten Darlebens - und . führte zur Begrundung ihres Anspruches Folgendes an: B habe vor bem Bevollmächtigten ber Rlägerin im Jahre 1855 erflart, er werbe bie Sould feines Baters M in Courant-Silbermunge fammt ben rudftanbigen Binfen entrichten; berfelbe babe fpater auch noch vor ber A felbft, nach bem Jahre 1856 die Erklärung abgegeben, diefe Schuld abtragen zu wollen, wenn selbe in bem Erlose ber aub Rr. . . . . ju Rrafau gelegenen Realität feine Bebedung finden murbe. Es mar nämlich auf Grund bes von ber Rlägerin wiber die liegende Maffe bes ursprünglichen Schuldners M erwirften Rablungsauftrages bie executive Einverleibung ber Summe von 28.000 fl. poln. Courant Silber-Babrung im Laftenstande ber ermabnten Realität vorgenommen worben; ber gebachte Betrag tonnte jedoch, wiewohl für liquid anertannt, aus bem Rauficbillinge bes mittlerweile veräußerten Bfandobjectes nicht bezahlt merben. Der Beklagte ftellte in Abrebe, por bem Manbatar ber A irgend welche Erklarung abgegeben zu baben, räumte aber ein, er habe biefelbe vor ber A, jeboch mit bem Beifate gemacht: Die Bahlung aus freien Studen, ohne eine Berbindlichfeit auf fich zu nehmen, sobald er nur bei Caffe fein werbe, leiften zu wollen. Er behanptete ferner, bag er fich ausdrudlich gegen die Bablung ber Binfen vermahrt habe; eventuell wendete er die Berjahrung ber alteren als breijabrigen bis jum Rlagtage verfallenen Binfen ein. Das Bericht erfter Inftang ertannte, baf B bas Capital entweber in poln, Courant Gilber-Währung ober in öfterreichischen Bantnoten, 1 fl. ö. 2B. mit 4 fl. polnisch gerechnet, unbedingt; und die innerhalb ber brei bem Rlagtage vorangegangenen Jahre verfallenen Binfen unter ber Bedingung zu gablen schuldig fei, daß burch ben Sanpteib bie vor bem Manbatar ber A erfolgte Erflarung bes Geflagten, die Rlagfumme fammt Binfen gablen zu wollen, bewiesen werbe. Das D. L. G. anberte bagegen Die erftgerichtliche Enticheidung ab, indem es die Zahlungspflicht sowohl rudfichtlich des Capitales als auch ber mahrend ber brei bem Rlagtage vorgegangenen Jahre verfallenen Binfen bon bem feitens ber erft en Inftang jugelaffenen Saupteide abhängig machte, und zwar in Erwägung, bag ein Berfprechen, die Schuld freiwillig, ohne eine Berbindlichfeit auf fich ju nehmen, jablen ju wollen, feine Obligation begründen

fonne; bezüglich ber Baluta murbe ber Ausspruch bes erften Richters

bestätigt.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bie Entscheidung ber erften Inftang vollinhaltlich aus nachftebenben Grunben: Die Rlage gegen B ftust fic auf bie von ihm abgegebene Erklarung, er wolle bas von seinem Bater aufgenommene Darleben von 28.000 fl. poln. ber Rlagerin A bezahlen, welche Erflarung zur Begrundung bes Anspruches ber Rlage nach &. 1345 a. b. G. B. genügt, weil in biefer Befetesftelle bie Errichtung einer ichriftlichen Urfunde nicht erforbert wird, wie bies g. B. S. 943 a. b. G. B. vorschreibt. Die Liquibitat ber Darlebensforberung von 28.000 fl. poln. an M wurde nicht beftritten und ericheint ale, mittelft bes Bablungsauftrages, bewiefen. Der Beklagte gibt felbst in ber Ginrebe zu, er habe ber A erklart, daß er die gedachte Summe, wenn biefelbe aus ber Sppothet ber sub Rr. . . . ju Rrafau gelegenen Realität nicht befriedigt werden wurde, freiwillig, wiewohl ohne irgend eine Berbindlichfeit in biefer Beziehung auf fich ju nehmen, nur bem Andenten feines Batere gu Ehren, gablen wolle, fobalb er Beld haben merbe, melde Erflarung, ohne bag angefichts eines folden Beftanbniffes irgend welche Beweisführung nothwendig mare, bem Beflagten im Ginne bes g. 1345 a. b. G. B. bie Bflicht jur Bablung auferlegt. Auf Grund bes feiner Erflärung bingugefügten Beifapes: er wolle bezahlen, wenn er Gelb haben werbe, tann fich ber Beflagte biefer Berbindlichkeit nicht entfolagen, benn es wird bei jebem eine Bablung Berfprechenben ber Befit von Bahlungsmitteln vorausgesett; ben Befit letterer tann man alfo nicht ale eine Bebingung, beren Erfüllung erft von ber Rlagerin bewiesen werben mußte, betrachten. Durch bie Borte: "freiwillig, ohne eine Berbindlichkeit zu übernehmen", ist bas Rlagrecht ber A nicht entfraftet worben, weil ber Beklagte, ber, wiewohl ibm bie Rablung ber Summe von 28.000 fl. poln. nicht oblag, bem Anbenten feines Baters ju Ehren, freiwillig ju gablen fich anbeifchig machte, gerabe burch biefes freiwillige Berfprechen fich verpflichtet bat. Daß aber die Rlagforderung aus dem Erlofe der ermähnten Realität nicht befriedigt wurde, bat die Rlägerin in ber Rlage bargethan, es mußte daher ber Beflagte jur Zahlung bes Capitales von 28.000 fl. poln. oder 7000 fl. ö. 28. unbedingt verurtheilt werden. Was die Bahrung anbelangt, in welcher bie Zahlung gefchehen foll, fo tann ber Schulbner nicht angehalten werben, die Summe von 28.000 fl. poln. ausschließlich in Gilber ju leiften, sonbern es muß ihm freifteben, Diefen Betrag entweder in Silbermunge ober in öfterreichischen Bantnoten, 1 fl. ö. 2B. mit 4 fl. poln. gerechnet, ju entrichten, benn bie in Arafau gangbar gewesene polnische Bahrung, in welcher bas Darleben geschloffen wurde, ift in einem Theile ber öfterreichischen Monarchie ausgegeben worben, tann alfo nicht als eine ausländische, fondern nur als inländische Silbermabrung betrachtet werben, ftatt beren

ber Glänbiger die Noten der österreichischen Nationalbant, wenn der Schuldner mit benselben zahlen will, nach ihrem Nominalwerthe anzunehmen verpstichtet ist im Sinne des taiserlichen Patentes vom 2. Juni 1848, 3. S. S. Nr. 1157. Zur Zahlung der Zinsen tönnte der Beklagte auch nur auf Grund seiner abgegebenen Erklärung verurtheilt werden, und da er diese Erklärung bestreitet, die Klägerin aber behauptet und durch den Haupteid beweisen will, er habe ihrem Machthaber die Zahlung sowohl des Capitales als der Zinsen zugessagt, so mußte in Betreff der Zinsen auf den Haupteid erkannt werden. Die Einwendung der Berjährung, welche der Beklagte den älteren als dreizährigen Zinsen nicht bewiesen hat, die Berjährung gegen B unterbrochen zu haben und die gegen den ursprünglichen Schuldner M vorgenommenen Erecutionsschritte die Unterbrechung der Berjährung gegen den Intercedenten B an und für sich nicht bewirft haben.

## Mr. 2770.

Behandlung von Forderungen der in Gütergemeinschaft lebenden Gattin beim Concurs über das Bermögen des Gatten.

Entsch. v. 3. April 1867, Rr. 2026 (Best. der Urth. bes B. G. Weitra v. 3. Juni 1866, Rr. 1186, und des D. A. G. Wien v. 5. September 1866, Rr. 13946). G. H. Bien v. 5. 151.

Gegen die Rlage ber A wider die Concursmaffe ihres Chegatten B pto. Liquibhaltung einer mit Schuldschein vom Jahre 1864 verbrieften und bei ber bem Eribar geborigen Balfte bes Baufes X intabulirten Darlebensforberung von 1765 fl. wendete ber Concursmaffevertreter bie von ben Chegatten in ben Chepacten vom Jahre 1862 errichtete allgemeine Gütergemeinschaft ein. Die Rlägerin wurde in allen Inftanzen abgewiesen. Grunde ber britten Inftang: Bei bem Bestande ber allgemeinen Gutergemeinschaft, vermöge welcher nun nach eröffnetem Concurs über bas Bermogen bes Chemannes bas gemeinschaftliche Bermögen wie beim Tobe zu theilen (§. 1262 a. b. G. B.), mithin von bemfelben vor ber Theilung alle Schulben ohne Ausnahme abzuziehen waren (g. 1285), stellte fich die angemelbete Forberung ber Rlägerin zugleich als eine von dem gemeinschaftlichen Bermögen abzugiebende Schuld bar, fo bag fie nur im Falle eines verbleibenden Reftes vom Gemeinschaftsvermögen - aus bem in ber Rlage nicht geltenb gemachten Titel ber Gutergemeinschaft eine Berandzahlung ansprechen tann. Es läßt fich nicht behaupten: Die Rlagerin babe fich nur gefallen ju laffen, bag ihr Untheil an bem

Rest des Gemeinschaftsvermögens durch den Abzug ihrer Forderung verhältnismäßig sich vermindere, und es sei, insoserne sie Glänbigerin ihres Shegatten ist, ihre Concurrenz mit den übrigen Concursgländigern dadurch nicht ausgeschlossen; denn da jest die Gütergemeinschaft in Folge der Concurseröffnung ihre gesehliche Wirtsamkeit äußert, ist die Forderung ebenso wie die Schuld als eine gemeinschaftliche anzusehen, so daß eine die andere aushebt. Auch liegt in der Ausstellung des Schuldscheines vom Jahre 1864 durchaus keine Ausbedung der früher errichteten allgemeinen Gütergemeinschaft, da das Bestehen einer in der Regel nur auf den Todessall verstandenen allgemeinen Gütergemeinschaft die einseitige Contrahirung und Erstüllung von Berpslichtungen ja nicht ausschließt, wenn auch dann, im Todessalle oder in dem gleiche Wirtung habenden Concurssalle, alle Activen und Bassien als gemeinschaftliche zu behandeln sind.

### Mr. 2771.

Rlage ber in Gütergemeinschaft lebenden Gattin gegen die Concursmasse auf Anerkennung ihres Eigenthumes an Mobilien.

Entich. v. 3. April 1867, Rr. 2027 (Best. ber Urth. des B. G. Weitra v. 8. Juni 1866, Rr. 1186, und des O. L. G. Wien v. 5. Sept. 1866, Rr. 13947). G. H. 1868, S. 151.

Gegen bie Rlage ber A wider die Concursmasse ihres Chegatten B pto. Anerkennung des Eigenthums an Mobilien, welche in die Masse eingezogen worden waren, wendete der Concursmassertreter die von den Shegatten errichtete allgemeine Gütergemeinschaft ein. Die Rlägerin wurde in allen Instanzen abgewiesen. Gründe der dritten Instanz: Bei dem Bestehen der allgemeinen Gütergemeinschaft kann die Rlägerin nach S. 1262 a. d. G. B. die in die Gemeinschaft mitgebrachten Fahrnisse nicht als ihr Alleineigenthum aus der Concursmasse des Chemannes fordern, sondern sie hat nur aus dem der Klage nicht zu Grunde gelegten Titel der Gütergemeinschaft — den Anspruch auf Theilung des Restes, der nach Abzug aller von ihr oder ihrem Gatten gemachten Schulden von dem Gemeinschaftsvermögen übrig bleiben mag.

### Mr. 2772.

Legitimation des Curator absentis zur Alagbeantwortung vor der Sdictalvorladung.

Entich. v. 8. April 1867, Rr. 2670 (Aband. der gleich förmigen Detr. des h. G. Trieft v. 15. Jänner 1867, Rr. 808, und des D. L. G. Trieft v. 6. Februar 1867, Rr. 488). Gazz. d. Trib. 1867, Rr. 10. G. Z. 1868, Rr. 34.

Auf die beim Pandelsgerichte Trieft angebrachte Bechselklage bes A gegen ben nach Angabe bes Rlagers in Benedig anfaffigen B wurde ber Bablungsauftrag erlaffen, nach hofbecret vom 11. Dai 1833, 3. G. Sr. 2612, bas Gericht bes Wohnortes bes Beflagten um die Buftellung ber Bablungsauflage angegangen und für benfelben ein Curator bestellt, welcher innerhalb ber gefetlichen Frift von brei Tagen (g. 7 bes Gefetes vom 25. Janner 1850, R. G. Bl. Dr. 52, über ben Bechselproceg), ohne bas Gintreffen ber Bescheini. gung ber Buftellung an ben Beflagten abzuwarten, für ihn bie Ginwendungen gegen ben Bablungsauftrag anbrachte. Seine Eingabe wurde von beiben Untergerichten a limine gurudgewiesen, weil nach bem Befen ber im Ginne bes citirten hofbecretes ibm übertragenen Curatel von einer activen Bertheibigung bes Beklagten, wie fie mit ben angebrachten Einwendungen beabsichtigt ift, fo lang nicht bie Rebe sein tann, als weber bie Bustellung ber Rlage an ben Letteren ausgewiesen, noch ber im citirten Sofbecrete bezeichnete Fall feiner ebictalen Borlabung eingetreten ift.

Bom oberften Gerichtshofe wurde mit Abanderung diefer Bersordnungen dem Gerichte erster Instanz die Erledigung des Anbringens des Curators mit Abstandnahme von dem erwähnten Abweissungsgrunde aufgetragen, weil das Gericht sich von Amtswegen nicht auf die Beurtheilung einzulassen hatte, ob der für den Beklagten bestellte Curator zur Ueberreichung der Einwendungen befugt war.

## Mr. 2773.

Mandatsverfahren: Bewilligung der executiven Feilbietung auf Grund der zur Sicherstellung vorgenommenen Pfändung und Schätzung.

Entich. v. 9. April 1867, Rr. 2723 (Best. ber gleichförmigen Decr. bes A. G. Spalato v. 24. Rov. 1866, Rr. 4758, und bes O. L. G. Zara vom 12. Jänner 1867, Rr. 128). G. H. 1867, G. 311.

In Folge ber Einwendungen, welche B gegen ben auf bie Rlage bes A pto. 4000 fl. ibm ertheilten Bahlungsbefehl vorbrachte,

begehrte und erwirkte A die sicherstellungsweise Pfändung und Schätzung bes Hauses bes B und begehrte, nachdem der Zahlungsbesehl durch rechtskräftiges Urtheil bestätigt worden war, die executive Feilbietung des Hauses, welche von beiden Untergerichten auf Grund des Urtheils und der vorausgegangenen Executionsschritte (provisorische Pfändung und Schätzung) nach den §§. 396, 426, 428, 429 west. G. D. bewilligt wurde. Dagegen ergriff B den Revissonsrecurs, worin er geltend machte, daß A mit der sicherstellungsweisen Pfändung und Schätzung das pignus praetorium an dem Hause nicht erworben habe und daher nicht sofort zur executiven Feilbietung schreiten könne.

In Erwägung, daß die nach §. 7 ber kaiferl. Berordnung vom 21. Mai 1855, R. G. Bl. Rr. 95, dem Gläubiger auf den Zahlungsbefehl zur Sicherstellung bewilligte Execution mittelst Pfändung und Schätzung, oder, wenn der Kläger bereits das Pfandrecht hat, mittelst der Schätzung, eben auch eine Execution ist und von der im 31. Capitel der westg. G. D. normirten Execution zur Realistrung einer Forderung sich nur darin unterscheidet, daß sie wirtungslos wird und nicht mehr fortgesetzt werden kann, wenn durch gerichtliche Entscheidung erkannt wurde, daß es von dem Zahlungsbesehle abzustommen habe, und mit Bezugnahme auf die Motive der Untergerichte, hat der oberste Gerichtshof den Recurs verworfen.

## Mr. 2774.

Nichteinrechnung der Ferialtage in die Frist zur Appellations= beschwerde.

Entich. v. 9. April 1867, Rr. 2783 (Aband. der gleichförmigen Derr. bes B. G. der inneren Stadt Wien v. 16. Jänner 1867, Rr. 3299, und bes D. L. G. Wien v. 12. Februar 1867, Rr. 2719). G. Z. 1868, Rr. 69.

## Mr. 2775.

Mandatsproces wider den noch nicht als Eigenthümer einsgetragenen Erben des Pfandschuldners.

Entich. v. 9. April 1867, Rr. 2896 (Beft. des das Decr. des L. G. Wien v. 28. Dec. 1866, Rr. 18005, aband. Decr. des Q. L. G. Wien v. 5. Februar 1867, Rr. 1918). G. 3. 1867, Rr. 68.

A suchte gegen B, ben Erben seines Pfanbichuldners M, um bie Bahlungsauflage an und berief fich barauf, bag bas verpfanbete Gut bem B speciell eingeantwortet sei. Die erste Instanz beschieb bie Spothekarklage um bie Einrebe und verweigerte ben Bahlungs.

auftrag, weil ber Umftand, daß ber Beklagte berzeit bucherlicher Eigenthumer bes Supothetarhaufes fei, nicht nachgewiesen ift. Die ameite Inftang erließ jeboch benfelben in ber Ermagung, bag bie Rlage wider den Saticuldner und rücksichtlich beffen Erben gerichtet ift, daber ber Nachweis ber Eigenthumseinverleibung für ben Erben auf bie Bfanbfache nicht erforberlich mar.

Der oberfte Berichtshof bestätigte die lettere Enticheibung in ber Erwägung, bag ber Nachweis ber Ginverleibung bes Eigenthumsrechtes bes Erben auf bas Pfandgut burch die Einantwortung und ben Brundbuchsauszug, beibes öffentliche Urfunden, genügend bargethan ift, wonach nur ber Erbe B allein jum Befite bes Saufes, um welches

ber verftorbene M noch vergewährt ift, berechtigt erscheint.

### Mr. 2776.

Relicitation: Anspruch bes Executen auf bas ganze bei ber ersten Feilbietung erzielte Meistgebot.

Eutsch. v. 9. April 1867, Rr. 2899 (Best. bes bas Decret bes B. G. Scheibbs v. 2. Juni 1866, Rr. 2615, abund. Decr. bes D. L. G. Wien v. 12. Februar 1867, Nr. 2428). G. 3. 1867, Nr. 68.

A hatte bei ber executiven Feilbietung Die Realität bes B um 2600 fl. erstanden, war jedoch mit den Zahlungen des Breises im Rudftanbe geblieben, und bei ber barauf vorgenommenen Relicitation wurde diefelbe Realität nur um 2300 fl. an Mann gebracht. Doch reichten die von A früher geleifteten Zahlungen bin, um alle Sboothekargläubiger zu befriedigen; ja es erübrigten noch circa 100 fl. Die erfte Inftang wies felbe bei ber Bertheilung bes Rauffdillings bem A ju. Denn biefe 100 fl. feien tein Babium, fonbern eine Raufschillingerate, welche nicht als verfallen angesehen werben tonne; "fie wurden nach Befriedigung ber Sangläubiger erübrigt", gebühren baber nicht bem Executen, sondern bem früheren Erfteber auf feine Ratengablung. Die zweite Inftang erfannte aber, bag biefe 100 fl. bem Executen zukommen. Denn A hat die ganze Differenz zwischen seinem Meiftgebote und dem späteren geringeren Meiftgebote mit 300 fl. dem Executen als gewesenen Eigenthümer ber veräußerten Realität zu verguten, baber auch ben nach Berwendung bes Betrages von 200 fl. ber von ihm geleifteten Bahlung jur Abfertigung ber Spothefarglänbiger bleibenden Reft Diefer Differeng von 300 mit 100 fl.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte Diefe Entscheidung in Anbetracht, bag jur Dedung bes Musfalles per 300 fl. von bem erften Deiftgebote auch noch diefe nach Abfertigung ber Saggläubiger er-

übrigten 100 fl. in Anfpruch genommen werben muffen.

### Mr. 2777.

Unzulässigkeit der Befriedigung des Hypothekarglänbigers ans der für das abgebrannte Haus von der Versicherungsanskalt geleisteten Entschädigung.

Entich. v. 10. April 1867, Rr. 2918 (Beft. des das Decret bes B. G. Rönigswarth v. 16. Oct. 1866, Rr. 4122, aband. Decr. des O. L. G. Prag v. 7. Jänner 1867, Rr. 29418). G. Z. 1867, Rr. 72.

Für das abgebrannte Haus des A wurde von einer Berficherungegefellichaft ber Betrag von 500 fl. gerichtlich erlegt. Der Glaubiger B bat um Bebachtnahme auf feine Pfanbforberung an A von 140 fl.; Letterer aber erklärte, er laffe fich baburch in ber Erhebung bes Entschädigungsbetrages inicht beirren und bat um Erfolglaffung ber 500 fl. Das Bezirkgericht willfahrte biefem Begehren und wies ben B mit seinem Gesuche ab, weil biefes ein Berbot involvire und unftatthaft fei. Die zweite Inftanz verweigerte bagegen bie Erfolglaffung, indem ein folder Entschädigungsbetrag nur jum Aufbau ber abgebrannten Realität verwendet werben barf, A aber baburch, bag er bei ber gerichtlich geschehenen Berechnung und Bertheilung bes Entschäbigungsbetrages unter mehrere seiner Glanbiger seine Zustimmung biezu gegeben, bentlich an ben Tag gelegt hat, bag er biefe Entschäbigungesumme nicht jum Aufbau feines abgebrannten Baufes ju verwenden gedenke, mas auch vom Bezirksgerichte bestätigt wird, baber ohne vorläufige Rustimmung ber Affecuranganstalt eine andere als bie ftatutenmäßige Berwendung ber Eutschädigungesumme unguläffig ift, und endlich auch mehreren Gläubigern gerichtliche Berbote auf biefe Summe bewilligt worden find, welche noch aufrecht bestehen, obwohl fie nach bem Sofbecrete v. 18. Juli 1828, 3. G. S. Rr. 2354. batten nicht bewilligt werben follen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte biese Berweigerung, weil bie von ben Affecuranzanstalten geleisteten Brandschabenvergütungen nach ber in bem (burch bas Hosbeck. v. 18. Juli 1828, J. G. S. Rr. 2354, ben Gerichtsbehörden zur Rachachtung bekanntgemachten) Hoffanzleiderete vom 5. Juni 1828, ausgesprochenen a. h. Absicht unsehlbar ihrem Zwede gemäß zur herstellung ber beschäbigten Gebäube verzwendet werden sollen.

## Mr. 2778.

Besithftung: Stillschweigende Dulbung ber Besithacte? Entich. v. 16. April 1867, Rr. 2921 (Best. bes Decr. bes B. G. Pobersam v. 26. Oct. 1866, Rr. 8784, Aband. des Decr. des D. L. G. Prag vom 19. Dec. 1866, Rr. 29891). G. H. 1867, S. 803.

Der Rlage bes A wider B wegen Störung im Befit bes Fahrweges auf dem Grundftud bes Betlagten durch bas Ziehen eines bie

Fahrt verhindernden Grabens wurde vom oberften Gerichtshof aus folgenben Grunden ftattgegeben: Der Umftand, bag A und fein Auctor feit vielen Jahren über bas feld bes B fuhren, ift pon mebreren Reugen bestätigt und biemit bewiesen worden, bag ber Rlager fich in ber factischen Ausübung bes Fahrens befand. Wenn nun ber Beklagte in Abrede ftellt, bavon Renntnig gehabt zu haben, fo ift einerseits nicht anzunehmen, daß, mas fo viele andere Leute im gemeinsamen Bohnort ber Streittheile gefehen haben, ihm allein verborgen geblieben fein foll, und andererfeits ift bies icon beshalb unmöglich. weil bas Befahren eines Felbes offenbare Spuren binterläßt, Die von ibm, ale Gigenthumer beefelben, nicht unbemertt bleiben tonnten, menn er auch beim Fahren selbst nicht zugegen war, zumal ba, wie ein Benge aussagte, fogar über bie Saat gefahren murbe. Es muß baber angenommen werben, bag B burch eine Reibe von Jahren bas Fahren bes A ftillschweigend geduldet bat, durch welche Duldung ber Lettere in ben Befit bes Fahrtrechtes getommen ift.

#### Mr. 2779.

Hemmung ber Execution wegen einem Dritten brobenden unwiederbringlichen Nachtheils.

Entich. v. 16. April 1867, Rr. 8948 (Beft. bes Decr. bes H. G. Bien v. 14. März 1867, Rr. 25724, Aband. bes Decr. bes O. L. G. Wien v. 26. März 1867, Rr. 5400). G. Z. 1867, Rr. 70. G. H. H. 5. 810.

B hatte wegen Bechselforberungen wiber bie Concursmaffe bes C in Fortfepung ber Execution Die Bewilligung jur Feilbietung einer Bechselforderung des C an den Acceptanten A von 960 Ducaten Der Lettere überreichte nun eine Rlage wiber B und bie Concursmaffe bes C um Aufhebung, mittlerweile Sistirung ber Feilbietung, weil laut Empfangscheinen bes C über 3000 fl. und 2000 fl. ber Wechsel per 960 Ducaten schon bezahlt sei, ja C noch weitere 350 fl. erhalten habe, burch bie Bornahme ber Feibietung aber ibm die Geltendmachung biefer Bahlungen erschwert und er Chicanen aus-Das D. G. bewilligte Die Siftirung gegen eine Caution von 1000 fl.; die zweite Inftang aber verweigerte biefelbe. Denn burch bie beabsichtigte Beräußerung ber Forberung bes C an A, welche Beraugerung allerdings jur Folge hatte, bag ber Erfteber ftatt Des C flagbar auftreten wurde, brobt bem A fein anderer Nachtheil, als ber ihm bevorstünde, wenn C ober beffen Concuremaffe, ober ber Bfandgläubiger B bie Forberung aus bem Bechsel geltend machte. In jebem biefer Falle ftunde bem A gu, feine Ginmenbungen gegen ben Beftand ber Forberung anzubringen; wenn er aber burch allfällige

Schritte bes Klägers, um Sicherstellung für die eingeklagte Forderung zu erlangen, in irgend einer Beise Schaden erlitte, so ist dieses kein Schaden, ber ihm durch die Executionsführung von Seite des B zuginge, da der Nachtheil derselbe ist, ob C, beziehungsweise beffen Concursmasse, oder ob der in die Rechte der letzteren tretende Ersteher klagdar auftritt. Auf diesen Fall paßt daher, da die Einwendungen des A nicht beirrt werden, sowie seine Lage im Processe nicht verändert wird, es mag C, der ja noch keineswegs erklärt hat, daß seine Forderung an A erloschen sei, oder der Eesteher als Kläger auftreten, mithin sein Recht durch die Executionssührung selbst nicht gekränkt ist, der zweite Sat des Art. 3 des Hospecretes vom 29. Mai 1845, J. G. S. Nr. 889, nicht.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte jedoch die erstgerichtliche Siftirung ber Feilbietung, weil die gesetlichen Bedingungen einer solchen
mit Rudsicht auf die beigebrachten Behelfe und den Erlag einer Caution, dann auf die größeren Schwierigkeiten, welche für A mit der Geltendmachung seines Anspruches auf Rudstellung des Wechsels, bei
beffen Uebergang in die hande eines britten Erstehers, immerhin verbunden sein könnten, als genügend erfüllt anzusehen sind.

## Mr. 2780.

Executivproceß auf Grund eines friegsgerichtlichen Urtheils. Entsch. v. 16. April 1867, Rr. 3128 (Best. des Decr. des L. G. Weien vom 15. Jänner 1867, Rr. 2315, Aband. des Decr. des D. L. G. Weien vom 12. Februar 1867, Rr. 2987). G. Z. 1867, Rr. 69.

A belangte ben gewesenen Officier B auf Zahlung von 700 fl., gestüht auf den beglaubigten Auszug eines friegsgerichtlichen Urtheils, worin ihm, A, diese 700 fl. zuerkannt, und auch die Clausel "kundgemacht und vollzogen" enthalten war. Die erste Instanz ordnete hierüber eine Tagsahung nach §. 298 a. G. D. — wie gebeten — an; die zweite aber verordnete, blos mit Anderaumung einer Tagsahung nach §. 16 a. G. D. vorzugehen in der Erwägung, "daß die der Forderung zu Grunde liegende Urtunde in Beziehung ihrer äußeren Form nicht die Einleitung des Executionsversahrens rechtsertigt".

Auf Revisionsrecurs bes Klägers, welcher in biefer Begründung ben Umstand vermißte, in welcher Richtung die äußere Form der öffentlichen Urkunde mangelhaft sei, bestätigte der oberste Gerichtshof den Bescheid erster Instanz, weil die Beilage der Klage sich als eine von einer hiezu berechtigten öffentlichen Behörde, dem Militärgerichte, ausgestellte Beurkundung eines dem A durch ein als vollziehbar ernärtes kriegsgerichtliches Urtheil zuerkannten Ersapanspruches darstellt,

in ber äußeren Form diefer Urfunde kein der Einleitung der im §. 298 a. G. D. und in dem Hofder. v. 7. Mai 1839, 3. G. Rr. 358, vorgesehenen Berfahrungsart entgegenstehendes Gebrechen gefunden werden kann, und auch bei Einleitung dieser Berfahrungsart die hinsichtlich des Rechtsbestandes des Ersatzuspruches dem Geklagten etwa zu Gebote stehenden Einwendungen geltend gemacht werden können.

### Mr. 2781.

Legitimation des Vertretungsleisters zur Einlegung von Rechtsemitteln für die Bertretenen. Behandlung einer auf verschiedenen idealen Theilen des feilgebotenen Grundstückes in verschiedener Reihung sichergestellten Forderung.

Entich. v. 16. April 1867, Rr. 3159 (Aufbeb. der gleichförmigen Decr. des B. G. Stepr v. 3. Dec. 1866, Rr. 7004 und des O. L. G. Wien bom 12. Februar 1867, Rr. 1538). G. H. 1867, S. 239.

Auf bem im Erecutionswege verfauften Bauerngut ber Cheleute D und E haftet feit 1864 eine Sappost von 800 fl., die von bem ursprünglichen Gläubiger auf A und von diesem auf B burd Ceffion grundbücherlich überging. Auf bem nämlichen Gut haftet eine Forberung bes C von 1300 fl. und zwar feit 1863 nur auf ber Eigenthumehalfte bee D, feit 1865 aber auf ber gangen Liegenschaft. Bei ber Meiftgebotsvertheilung murbe vom Bericht erfter Inftang C mit feiner Forderung vor bem B auf ben gangen Raufschilling angewiesen. In Folge beffen ging B mit einem Theilbetrag feiner Forterung leer aus, ben er nicht verloren haben murbe, wenn C mit einer Forderung vor ihm nur auf die dem Gutsantheil des Erecuten D entsprechende Balfte bes Meiftgebotes angewiesen worben mare. Diefe Bertheilung nun mar ber Grund bes von A als Cebent und Bertretungsleifter bes B bagegen angebrachten Recurfes, welchen bas D. L. G. aus bem formellen Grund ber bem A mangelnden Legis timation jur Ergreifung bes Rechtsmittels und aus meritorischen Gründen vermarf.

In Erwägung, daß A, insoferne er als Cebent des B bemselben die Bertretung leistet, nicht als zur Ergreifung des Appellationsrecurses gegen die angesochtene Meistgebotsvertheilung unberechtigt
anzusehen war; baß bei einer verschiedenen Belastung der zwei Hälften
einer im Executionswege versteigerten Liegenschaft der auf der einen
hälfte in der Priorität stehende Bsandläubiger allerdings mit seiner ganzen Forderung aus dieser Hälfte sich zahlhaft machen kann, dies
aber selbstverständlich nur so weit möglich ist, als diese Hälfte, resp.
die Hälfte des Kauspreises, dazu hinreicht; daß es hiernach nicht

angeht, bei der Bertheilung des Meistgebotes für das Bauerngut der Sheleute D und E der nur auf der Gutshälfte des D der Satpost des B grundbücherlich vorangehenden Forderung des C den Borrang anch auf der Gutshälfte der E einzuräumen; daß vielmehr eine dem Tabularstand entsprechende Bertheilung des Meistgebotes nur durch die Theilung des ganzen Kausschilungs in zwei Hälften und durch Busweisung jeder Hälfte nach Maßgabe der Rangordnung der auf der ganzen Liegenschaft oder nur auf der einen oder der anderen Hälfte des Gutes haftenden Forderungen erzielt werden kann, hat der oberste Gerichtshof auf den a. o. Revisionsrecurs des A dem Gerichte erster Instanz aufgetragen, mit Beachtung des Umstandes, daß die Satpost des C nur auf der einen Hälfte der im Executionswege veräußerten Liegenschaft der Forderung des B im Grundbuch vorgeht, ein neues Meistgebotsvertheilungs-Erkenntniß zu schöpfen.

## Nr. 2782.

Bauernerbfolge: Fortbestand ber bie Befriedigung der Miterben erleichternden Bestimmungen nach Aushebung des Unterthänigkeitsverbandes.

Entich. v. 17. April 1867, Rr. 2094 (Best. bes Urth. bes B. G. Mogita v. 31. Dec. 1865, Rr. 2950, Aband. bes Urth. bes D. L. G. Arafan vom 10. Oct. 1866, Rr. 11547). G. H. 1868, S. 243.

Der Bormund ber A belangte beren Schwester B, welcher nach ter Bauernerbsolge bie Austicalwirthschaft ihres gemeinschaftlichen Baters gegen Bestiedigung ber A mit ihrem Erbtheilsanspruch eingeantwortet worden war, auf sosortigen Erlag des gerichtlich auf 402 fl. sestigestellten Betrages der Erbportion der A bei der Waisencasse. Das Gericht erster Instanz verurtheilte die B zum Erlag, jedoch mit Bewilligung von Raten nach §. 3 des Patentes vom 3. April 1787, J. G. S. Nr. 658. Das D. L. G. hingegen condemnirte die B zum sosortigen Erlag der vollen Klagsumme, weil die dem Grunderben in dem früheren Gesetze eingeräumte Berechtigung zur fristenweisen Auszahlung der Miterben nur ein Zugeständniß an den mit Urbarialleistungen vielsach beschwerten Grundbestitz gewesen sei und zur Zeit, wo die Urbariallasten längst aufgehoben sind, eine solche Bevorzugung des Grunderben nicht mehr gerechtsertigt und eine Unsgerechtigkeit gegen die Miterben sein würde.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas erfig erichtliche Ertenntniß und bemertte gegen bie obergerichtliche Motivirung, bag ungeachter bes aufgehobenen Unterthänigfeitsverbandes, die auf die Erbfolge in Rusticalguter und insbesondere auf Befriedigung der Miterben
burch ben Stammerben bezugnehmende Borfcrift aufrecht erhalten und

durch die Ministerialverordnung vom 2. November 1855, Rr. 1 bes R. G. Bl. vom Jahre 1856 sogar erst ausdrücklich auf das Krakauer Gebiet ausgebehnt worden ist.

#### Mr. 2783.

Meffenstiftung: Verpflichtung bes Besitzers eines mit einer solchen belasteten Grundstückes zur Zahlung ohne Nachweis ber Persolvirung ber Meffen.

Entsch. v. 17. April 1867, Rr. 2602 (Best. des das Urth. des L. G. Wien v. 8. Angust 1866, Rr. 46408, abanb. Urth. des O. L. G. Wien vom 12. Dec. 1866, Rr. 20488). G. H. 1867, S. 298.

Bur Ausführung einer lettwilligen Deffenftiftung bes Berrschaftsbesitzers M hatte beffen Erbe N bie Stiftungsurfunde bes Inhaltes, bag bei ber Berrichaft ein emiges Capital von 1000 fl. verbleiben und bavon bie jahrlichen 5 % Binfen gur Lefung von zwei Meffen in jeder Boche verwendet und bem Berfolventen ausgezahlt werben follen, errichten und auf ber Berrichaft intabuliren laffen. Mit biefer Laft erwarb B bas berrichaftliche Gut und nachbem er in Concurs gerathen mar, murbe von bem bifcoflichen Ordinariat im Jahre 1865 bie Anmelbungeklage mit ber Bitte überreicht, bag bas Stiftungecapital per 1000 fl. nebst ben seit 4. Februar 1862 ausstehenden Binfen unter Location in ber zweiten Claffe als liquid erflart werbe. Das Gericht erfter Inftang gab bem Rlagbegebren nur fur bas Capital ftatt, weil bie vom Concursmaffevertreter abgeleugnete Berfolvirung ber Meffen feit 1862 von bem Rlager nicht bewiesen wurde. Das D. L. G. hingegen liquidirte aus folgenden Grunden auch ben Binfenanspruch: Die Berpflichtung jur Bablung ber Binfen auf Seite bes Befiters ber bafür verpfandeten Berrichaft ift eine unbedingte und tann von ihm ohne Bewilligung ber mit ber Aufrechthaltung ber Stiftung betrauten Beborbe nicht abgelehnt werben. Er hat bafür eine Gegenleiftung nicht zu forbern, weil bie Berfolvirung ber Deffen nicht für ibn, sonbern bem Stifter gilt. Ift aber Die Deffenlefung nicht eine bem Befiger ber Bfanbfache gebabrenbe Gegenleiftung, fo hat er fein Recht, ben Beweis ber Berfolvirung an forbern. Dag Diefelbe nach ber Intention bes Stiftere ftattfinbe, ift Sache bes mit ber Sorge fur bie Erfullung betrauten Orbinariates, welches fich barüber nicht bei dem Bfanbichuldner, fondern bei ber competenten Rirchenbehörbe auszuweisen bat.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas Urtheil bes D. L. G. mit Bezugnahme auf die Grunde besselben und in weiterer Erwäsgung, bag bie Bersolvirung ber Meffen und beren Zahlung von ber

vorläufigen Zinsenabstattung, jedoch für den Pfandschuldner selbst nur mit analoger Anwendung des §. 709 a. b. G. B., nicht resolutiv, sondern nur suspensiv bedingt war, weil er sich sonst durch einen Zinsenrücktand von der ferneren Entrichtung der Zinsen im Widerspruch mit der Stiftungsurfunde und offenbar widerrechtlich befreit haben würde.

### Mr. 2784.

Haftung des Berwahrers für das ihm entweudete Depositum? Entig. v. 17. April 1867, Kr. 2846 (Best. des Urth. des B. G. Fradisch v. 28. Dec. 1866, Kr. 13371, Aband. des Urth. des D. L. G. Brünn vom 6. Februar 1867, Kr. 1339). G. Z. 1867, Kr. 71.

A hatte bem Uhrmacher B im Sommer 1866 eine Uhr gur Reparatur übergeben und belangte ibn auf Erfan bes Berthes berfelben, weil fie bem B gestohlen worben fei. Diefer entgegnete, bag bie Uhr ichon fertig, aber von A nicht abgebolt worben mar. als brei preugische Soldaten als Raufluftige in fein Gewölbe tamen, beren einer, als er, B, fich um noch andere Uhren zu holen, in das Rebengimmer entfernt, ungeachtet ber Anwesenheit feiner Gattin und feines Lehrjungen die Uhr des A entwendete und die Flucht ergriff, auch, obichon er verfolgt murbe, boch entfam und fpater nicht mehr ausgeforicht werben fonnte. Die erfte Inftang wies ben Rlager ab, aus folgenden Grunden: "In Anbetracht ber vorliegenden Umftande muß bie Entwendung ber fraglichen Uhr bezüglich bes B, welcher bier neben feiner Eigenschaft ale Bestellter ju einer Arbeit auch ale Bermahrer anzusehen ift, ale ein bloger Bufall angesehen werben, indem bieraus hervorgeht, daß er die Pflichten, die ihm als Bermahrer ber Uhr oblagen, erfüllt, die jur Sicherung biefes Objectes vor Schaben nothige gewöhnliche Sorgfalt - benn eine außergewöhnliche wird vom Gefete nicht verlangt - an ben Tag gelegt hat. Nach &. 964 a. b. G. B. haftet ber Bermahrer bem hinterleger blos für ben burch Die Unterlaffung ber pflichtmäßigen Obforge verurfachten Schaben, aber nicht für ben Bufall." Die zweite Inftanz ertannte auf Erfatpflicht des B. "Denn, ba er die reparirte Uhr bort aufhangte, wo sich gewöhnlich die Reparaturuhren befinden, und da sie ihm von Diesem Orte, ungeachtet seine Chegattin und ber Lehrjunge im Bimmer anwesend waren, entwendet murbe, fo geht baraus bervor, bag fie ohne allen Berichluß in einem Zimmer aufgehangt mar, in welches ben Leuten ber Butritt gestattet gewesen ift und bag bei gang gewöhnlichen Fabigfeiten erfannt werben fann, daß eine Entwendung besonders bann leicht möglich ift, wenn fich ber Deifter felbft aus bem Bermahrungsorte entfernt. Gine folde Bermahrungsart einer golbenen, daher werthvolleren Uhr kann nicht eine forgfältige genannt werben, und dies umsoweniger, als der Geklagte selbst anführt, es sei bloßer Zufall, daß die feindlichen Soldaten gerade die Uhr des Rlägers in die Sande bekommen haben und sie eben so gut eine andere hatten entwenden können, somit selbst zugibt, daß eine Ent-

wendung leicht eintreten fonnte."

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas erftrichterliche Urtheil: "Für den Geflagten streitet nämlich nach §. 1296 a. b. G. B. Die Bermuthung, daß ber Schaben bes Rlagers ohne fein Berfculben entstanden sei, und wenn ihm auch nach g. 1298 a. b. G. B. ber Beweis obliegt, daß ihm tein Berfculden gur Laft falle, weil er an ber Erfüllung seiner vertragemäßigen Berbindlichkeit gehindert ift, fo bat boch felbst ber Rlager ein anderes Berfculben bes Beflagten nicht behauptet, als ben Mangel ber pflichtmäßigen Obsorge für die Uhr, weil er fie nicht einschloß. Bierin liegt aber tein Berfculben bes Beflagten, welcher als Bermahrer ber ibm anvertrauten Tafchenuhr nach &. 964 a. b. G. B. nur aus ber Unterlaffung ber pflicht= magigen Obforge, nicht aber für ben Bufall haftend ift. Er war nicht verpflichtet, fie unter befonderen Berfchluß zu nehmen, ba ibm fein Arbeitszimmer hinlangliche Sicherheit bot, umsomehr, als seine Gattin und fein Lehrjunge fich bort befanden. Es tann ihm baber nicht als Berschulden angerechnet werden, wenn er die Uhr bes Rlagers neben ben anderen Uhren in feinem Zimmer aufhangte, wie es bei jedem Uhrmacher üblich ift. Der Schaben, welcher blos burch Aufall entstand, trifft baber ben Rlager."

## Mr. 2785.

Einfluß der Appellation gegen ein durch mehrere Eide bebingtes Urtheil auf den Antritt der nicht ausdrücklich in Beschwerde gezogenen Eide.

Entich. v. 24. April 1867, Rr. 8368 (Aband. bes bas Decr. bes S. G. Wien v. 22. Juli 1866, Rr. 18711, aband. Decr. bes O. L. G. Wien v. 19. Marz 1867, Rr. 4908). G. Z. 1867, Rr. 70.

In der Rechtssache des A wider B hatte die erste Instanz über sieben Puntte, darunter bei sechs auf dem Rläger aufgetragene, rudsschiedbare Haupteide erkannt. Dieser überreichte die Appellationsanmeldung und Beschwerde, weil er durch den ganzen Inhalt des Urtheils sich beschwert fühle und führte die letztere in Bezug auf 3 der sieben Puntte und bezüglich der Gerichtstosten aus. Die zweite Instanz anderte in zwei Puntten die Haupteide ab, ließ vier Puntte, die durch Haupteide zu beweisen waren, unberührt, bestätigte den ersten

Bunkt und bestimmte eine Frift von brei Tagen nach Rechtstraft bes Ertenntniffes zur Antretung blos ber zwei abgeanderten Sampteibe. Am fünften Tage nach ber Zustellung des obergerichtlichen Urtheils trat ber Beflagte B bie vier Saupteibe bezüglich ber unberührt belaffenen, somit für rechtsträftig gehaltenen Buntte als ftillschweigenb jurudgeschoben an, worüber Die erfte Inftang eine Tagfagung jur Brufung ber Gibesformeln, und als Rlager feinerfeits am 9. Tage nach ber Urtheilszustellung, als nach Rechtstraft besselben, Die Gibe bezüglich aller sechs Buntte antrat, gleichfalls eine Tagfanung — obne weiteren Beifat - anordnete. Die zweite Inftang verordnete, beibe Gefuche als verspatet angebracht jurudzuweisen. "Denn nach §. 258 a. G. D. foll in bem Falle, wenn bas Urtheil mehrere Bunfte entbalt, ber Appellationswerber jene flar ausbruden, wodurch er befcwert gu fein glaubt; jene aber, wiber welche er fich nicht ausbrücklich beschwert bat, erwachsen in Rechtstraft und können nicht mehr abgeanbert werben. Rachbem nun A in feiner Befdwerbeführung gegen bas Urtheil bes S. G. Die Bunfte besselben, burch welche er fich befowert erachtete, ausbrudlich angeführt und als folche nur brei (und bie Berichtetoften) bezeichnet bat, jo ift biefes Urtheil in ben übrigen vier Buntten bereits mit Ablauf ber Appellationsfrift in Rechtstraft ermachsen und find teshalb auch biefe Bunfte in bem, feither gleichfalls bereits rechtsträftig geworbenen obergerichtlichen Urtheile ausbrudlich als unberührt gelaffen bezeichnet worden. Demnach maren bie in ben vier Abfagen fententionirten Saupteibe, nach ber biefem erftrichterlichen Urtheile beigefügten Borfdrift, von bem Rlager binnen brei Tagen nach Rechtsfraft bes Urtheils angutreten ober gurudguichieben, mibrigens fie als ftillichweigend gurudgeschoben gu betrachten maren; und ebenfo batte ber Beflagte biefe Baupteibe, ale gurudgeicoben, binnen ben nächsten brei Tagen anzutreten, wibrigens bas Birerfpiel beffen, mas er zu beschworen hatte, für mahr zu halten und er zu biefem Beweife nicht mehr zuzulaffen war."

Auf Revisionsrecurs des Beklagten hat der oberste Gerichtshof die Entscheidung zweiter Instanz, soweit damit die Sidesantretungen beider Streittheile für verspätet erklärt wurden, behoben, dagegen, sosen damit das Sidesantretungsgesuch des Geklagten, B, zurückgewiesen wurde, bestätigt. "Da nämlich zwar der §. 258 a. G. D. die oberwähnte Borschrift enthält, dagegen aber das Hosvect. v. 15. Jänner 1787, J. G. S. Nr. 621, lit. kk, die Appellationsanmeldung als das Wesentliche des Appellationszuges und die Aussührung derselben — die Beschwerden — als entbehrlich bezeichnet, konnte Kläger nicht voraussesen, das D. L. G. werde bei seiner allgemein gehaltenen Appellationsanmeldung jene Bunkte des erstrichterlichen Urtheils, bezüsslich deren sie nicht ausgeführt wurde, unberührt lassen, daher eine Rechtskraft des dem ganzen Inhalte nach angesochtenen Urtheils in den vier Bunkten nicht annehmen, somit auch nicht die diessälligen

Eibe sogleich und vor herabgelangter obergerichtlicher Entscheidung antreten. Lettere wurde beiden Theilen am 16. Februar 1867 zugestellt, daher die am 25. Februar überreichte Eidesantretung des Rlägers keineswegs verspätet war und mit Recht angenommen wurde, während das Eidesantretungsgesuch des Geklagten, überreicht am 21. Februar, vor Ablauf der dem Gegner zustehenden Frist verfrüht war, demnach als solches schon in erster Instanz hätte zurückgewiesen werden sollen. Durch gegenwärtige Entscheidung ist übrigens Recurrent B nicht schlechter gestellt als durch jene zweiter Instanz, vielemehr günstiger, da Kläger nun die Eide in den obigen vier Bunkten ablegen muß, während nach der obergerichtlichen Erledigung er durch das Bersäumniß des Geklagten von der Ablegung derselben befreit geworden wäre."

### Mr. 2786.

Hemmung ber Execution wegen Einleitung bes strafgerichtlichen Verfahrens.

Entich. v. 24. April 1867, Rr. 8418 (Best. bes Decr. des B. G. Hallein v. 21. Februar 1867, Rr. 79, Aband. bes Decr. des D. L. G. Wien vom 24. Marz 1867, Rr. 4392). G. H. 1867, S. 275.

Auf das beim forum cognitionis angebrachte Gesuch des Beklagten B um Einleitung des strafzerichtlichen Bersahrens gegen den Rläger A wegen Betrug durch Meineid und um Suspendirung des Eintrittes der civilrechtlichen Folgen des Urtheils, wodurch dem Klagbegehren unter der Bedingung der Sidesleistung des Rlägers statgegeben worden war, die zur strafgerichtlichen Entscheidung, wurde von dem Gerichte die Anzeige des Berbrechens dem competenten Strafrichter abgetreten und die nachgesuchte Suspension der civilgerichtlichen Schritte nach Hospecret vom 6. März 1821, 3. G. S. Nr. 1743, verordnet. Das D. L. G. verweigerte die Sistirung, weil nach der Bestimmung des citirten Hospecretes in dem Falle, wo es sich um die Execution handelt, die strafgerichtliche Anzeige keinen aufschiebenden Einsluß zu üben vermöge.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte die erst gerichtliche Entscheidung, in Erwägung, daß das hofder. v. 6. Marz 1821, Rr. 1743, zwar nur von folchen Anzeigungen eines Berbrechens spricht, die vor der Klage oder im Laufe des Processes vorkommen; daß aber hieraus die Nichtanwendbarkeit desselben auf das Bollstreckungsversahren nicht gefolgert werden kann, weil es, nach seinem Eingang, nur auf die Anfrage hinsichtlich der während des Processes vorkommenden Indicien eines Berbrechens erlassen wurde und daher unmittelbar nur diese Anfrage zu beantworten hatte; daß, wenn das Gesetz in Betreff eines Ansverage, bessen Bestand bei ftrasgerichtlicher Feststellung eines Ber-

brechens entfallen würde, das Civilversahren schon in dem noch nicht unmittelbar zur Realistrung des Anspruches führenden Stadium der Berhandlung und Entscheidung sistiren läßt, nicht abzusehen ist, warum die Sistirung nicht umsomehr sich auf das Executionsversahren erstreden soll; und daß nach der vom Civilrichter der ersten Instanz versügten Borlage der Eriminalanzeige bei dem Strafgerichte nur mehr der Ausspruch des letzteren für die Entscheidung der Frage maßgebend sein kann, ob nämlich der den Zahlungsauspruch des Klägers A begründende Haupteid als giltig abgelegt zu betrachten sei.

## Mr. 2787.

Rangordnung der gesetlichen Pfandrechte verschiedener Bermietber.

Entich v. 25. April 1867, Rr. 2943 (Best. bes Decr. bes B. G. Mariahilf in Wien v. 29. Dec. 1866, Rr. 20242, Aband. bes Decr. bes D. L. G. Wien v. 19. Februar 1867, Rr. 2878). G. J. 1867, Rr. 53. G. H. 1867, S. 222.

A hatte die Bfandbeschreibung ber Fahrniffe seines Miethers C ermirft, und als biefer in bas Saus bes B überfiebelte, ermirfte ber Lettere gleichfalls die Pfandbeschreibung. Auf Betreiben bes A marb bann bie fahrende Sabe bes Schuldners vertauft und nun widerfeste fich B ber Erfolglaffung bes Erlofes an A, indem er fich barauf berief, daß die Effecten zulett in seinem Saufe sich befanden. Die erfte Inftang entschied fur A, Die zweite fur B. Denn - fo lautete Die Begründung des Obergerichtes - A bat die Bebauptung des B. bak berfelbe ben C megen Bablung bes ichulbigen Miethzinses per 91 fl. 50 fr. belangt habe, und bag zur Dedung bes letteren bie veräußerten Effecten bes C feit bem 2. Februar 1866, an welchem Tage berfelbe in fein Saus jog, ale Pfand fur ben Diethzins gedient haben, nicht widersprochen. A hat ferner weber behauptet noch bargethan, bag B bon bem an ben veräugerten Effecten bes C früher erworbenen erecutiven Bfanbrechte bes Bittstellers Renntnig batte ober baben tonnte. Derfelbe hat auch von bem Rechte ber Transferirung biefer Möbel teinen Gebranch gemacht, sondern diefelben in Bermahrung bes C belaffen. Da nun bem Bermiether einer Bohnung jur Gicherftellung bes Miethzinses nach §. 1101 a. b. G. B., hofbecr. v. 13. April 1826, Nr. 10201, und vom 10. April 1837, J. G. S. Nr. 189, bas gesetliche Pfanbrecht auch an jenen Sachen zusteht, welche bem Miether von einem Dritten anvertraut murben, als eine anvertraute Sache fic aber auch die obermabnten von A fruber gepfandeten Effecten bes C barftellen, - ba ferner nach bem obcitirten Sofbecrete bom 10. April 1837 bas gefesliche Bfanbrecht bes Bermiethers von bem Beitpuntte ber Ginbringung ber Fahrniffe in Die gemiethete Bohnung

beginnt und auch gegen jene Glänbiger des Miethers geltend gemacht werden kann, welche bereits früher Pfandrechte an der eingebrachten Fahrniß erworben haben, so mußte der Bittsteller, da der Bermiether B in die vom ersteren angesuchte Erfolglaffung des diesfälligen Feilbietungserlöses nicht allein nicht gewilligt, sondern vielmehr selbst seine Ansprüche hierauf erhoben hat — mit seinem Erfolglaffungs-

begebren abgewiesen merben.

Der oberste Gerichtshof bestätigte jedoch den exstrich ter lich en Bescheid in Erwägung, daß das gesetzliche Pfandrecht des Bermiethers für die Miethzinssorberung von dem Zeitpunkte der Einbringung der Effecten in die gemiethete Wohnung wirksam und durch die gerichtliche Beschreibung unbedingt auf den beschriebenen Effecten sixiet wird, und daß demnach, wo mehrere auf demselben privilegirten Titel beruhende Pfandrechtsansprüche concurriren, lediglich die Priorität der Wirksamkeit des in Rede stehenden Rechtes entscheidet.

## Mr. 2788.

Zustellung der gerichtlichen, das Aerar betreffenden Miethund Pachtaufkundungen an die Finanzprocuratur.

Entig. v. 30. April 1867, Rr. 3572 (Best. des Decr. des B. G. Alosternendurg v. 18. Jänner 1867, Rr. 244, Aband. des Decr. des O. L. G. Wien v. 26. Februar 1867, Rr. 3714). G. H. 1867, S. 342.

Rachbem die gerichtliche Eingabe, womit das Stift Rlosterneuburg der n. ö. Statthalterei für die n. ö. Landesbau-Direction die Bachtung eines Steinbruches auffündigte, dem Statthalter am 8. Februar 1866 mit dem gerichtlichen Bescheid zugestellt worden war, wurde von der Finanzprocuratur in Bertretung des t. t. Aerars im Jänner 1867 gegen das Stift die Rlage pto. Unwirksamkeit der Auffündigung überreicht, vom Gerichte erst er Instanz aufrecht verbeschieden, vom D. L. G. hingegen abgewiesen, weil die Zustellung der Kündigung bereits am 8. Februar 1866 geschehen, mithin die Rlage nach §. 6 der Berordnung vom 16. Nov. 1858, R. G. Bl. Nr. 213, verspätet angebracht worden ist.

Auf den Revisionsrecurs der Finanzprocuratur, worin fle sich auf die Justigm.-Berordn. vom 29. Dec. 1857, Rr. 22484, berief, wurde vom obersten Gerichtshose der Bescheid der erst en Instanz bestätigt, weil nach dieser Berordnung die Zustellung aller gerichtlichen Erledigungen in Streitsachen, die das t. t. Aerar oder die demselben gleichgehaltenen Fonde betreffen, nicht an die Administrativbehörde, sondern an die Finanzprocuratur zu vollziehen ist, mithin die, nach der Bitte des ausstündigenden Stiftes selbst, an die Statthalterei erfolgte Zustellung der Kündigung der Annahme der Ansechungsklage der Recurrentin nicht im Bege kebt.

### Mr. 2789.

## Executivproceß: Schuldschein.

Entich. v. 30. April 1867, Rr. 3638 (Beft. des das Decr. des L. G. Wien v. 15. Jänner 1867, Rr. 2077, aband. Decr. des D. L. G. Wien v. 26. Februar 1867, Rr. 3508). G. H. 1867, S. 235.

Auf die Klage des A pto. Zahlung von 1500 fl., welche mit dem vom Beklagten geschriebenen und unterschriebenen, die hingabe des Capitales von 1500 fl. bestätigenden und das Bersprechen der Berzinsung und Zurüdzahlung enthaltenden Briefe instruirt war, wurde in er ster Instanz die vom Kläger begehrte Einleitung des Executivprocesses aus dem Grunde verweigert, weil in dem Briefe nicht ausdrücklich das Rechtsgeschäft als Darleben bezeichnet ist.

Der oberste Gerichshof verordnete die Einkeitung des Executioprocesses, weil in dem Briese, der mit der äußeren Förmlichkeit eines für ein Darlehen ausgestellten Schuldscheines versehen ist, der Rechtstitel zwar nicht ausdrücklich mit dem Borte "Darlehen", wohl aber dadurch als ein solches bezeichnet wurde, daß die darin enthaltenen Bestimmungen vollständig dem im §. 983 a. b. G. B. ausgestellten Begriff des Darlehens entsprechen.

## Nr. 2790.

Bestandvertrag über ein radicirtes Wirthsgewerbe: Pacht ober Miethe?

Entich. v. 1. Mai 1867, Nr. 3266 (Best. des das Urth. des B. G. Melnit v. 12. Nov. 1866, Nr. 9432, abänd. Urth. des O. A. G. Prag v. 4. Februar 1867, Nr. 30853). G. Z. 1867, Nr. 73.

A hatte von B eine auf bessen hause radicirte Birthsgerechtigteit sammt ben zum Betriebe berselben und seiner Wohnung nöthigen Räumlichkeiten in Bestand genommen, welche ihm von Letzterem am 26. August zur Räumung bis 30. September gekündet wurde. B wendete ein, daß die Inbestanduahme der radicirten Besugnis des Ausschankes und der Gastnahrung ein Pachtvertrag sei, daher zusalge §. 2 c der kaiserl. Berordn. v. 16. Nov. 1858, N. G. Bl. Nr. 213, ihm nicht blos 5 Wochen, sondern 6 Monate vor der verlangten Räumung gekündet werden müsse; dann daß die vertragsmäßige dreijährige Pachtzeit noch nicht abgelausen sei. Die erste Instanz machte die Giltigkeit der Ausstündigung von dem Beweise durch Haupteid über eine bedungene dreijährige Bestandbauer abhängig, und erklärte das obwaltende Rechtsverhältniß als jenes der Miethe, weil, obschon das Recht, die Schant- und Gastnahrung zu betreiben, in Bestand gegeben

wurde, diefes boch nicht mit Fleiß und Arbeit verbunden, und jum Bebrauche ber in Bestand gegebenen Objecte eine weitere Bearbeitung, b. i. Umanberung berfelben nicht nothwendig ift. Das Obergericht ertlärte die Auftundigung für unwirtsam. "Denn bei bem vorliegenben Bestandverhältniffe mar die Ausübung ber Gastnahrung bie Sauptfache, und die hiezu überlaffenen Localitäten muffen blos als ein Augebor, ohne welches bie Sauptfache nicht benütt werben tann, angeseben werben. Da jeboch bie Ausübung einer Gaftnahrung ftete Dubewaltung und Fleiß forbert, fo ftellt fich bas vorftebenbe Bestandverbaltniß gemäß &. 1091 a. b. G. B. nicht als eine bloge Miethe von Sauslocalitäten, fonbern als ein Bacht beraus, mas bei Birthebaufern auch icon bem allgemeinen Sprachgebrauche entspricht, weshalb jedenfalls die in §. 2 e ober faiferl. Berordn, vom 16. Rov. 1858. R. G. Bl. Nr. 213, bestimmte Rundigungsfrist von 6 Mongten ein= gutreten hatte, welcher jedoch von B in feinem Ründigungsgesuche nicht entsprochen worben ift."

Der oberfte Gerichtshof fand im vorliegenden Rechtsgeschäfte einen Pachtvertrag, weil die Ausübung des Gewerbes ber Gaftnahrung ganz unmöglich ware, wenn der Wirth teinen Fleiß und teine Mühe

anwenbet, um feine Bafte gufrieden ju ftellen.

## Mr. 2791.

Haftung bes Notars für den durch die unterlassene Protest= erhebung herbeigeführten Berlust des Regresprechtes des Wechselinhabers gegen die Bormanner.

Entich. b. 7. Mai 1867, Rr. 3435 (Abanb. ber gleichförmigen Urth. bes B. G. Olmüt b. 2. Sept. 1866, Rr. 9550, und bes O. L. G. Brünn v. 30. Jänner 1867, Rr. 809). G. Z. 1868, Rr. 103.

A klagte wider den Rotar B auf Zahlung des Bechselbetrages von 265 fl., weil der Beklagte die Protestlevirung bei einem Bechsel unterlassen hatte und hiedurch die Regrestrechte verloren gingen. Nach durchgesührtem Bersahren, in welchem der Beklagte die Falscheit des Acceptes einwendete, erkannten beide Untergerichte auf Abweisung des Begehrens. In den Gründen wurde gesagt, daß der Beklagte allerdings gestand, den am 12. April 1864 fälligen Klagwechsel am 14. April 1864 Mittags zur Protestlevirung erhalten zu haben; daß der Notar nicht besingt war, entgegen dem erhaltenen Auftrage die Protestlevirung aus was immer für Gründen zu unterlassen und daß der Beklagte durch Bernachlässigung seiner Pslicht dem Kläger insoferne ersappslichtig wurde, als dieser durch den Entgang des Regrestrechtes zu Schaden kam. Kläger müsse aber beweisen, daß er bei Aufrecht-

haltung bes Regregrechtes von ben in biefem Falle Regregpflichtigen auch wirklich ben Wechselbetrag eingebracht haben wurde, weil er nun im Falle ber Möglichkeit einer Befriedigung ale Beschäbigter angefeben werben tann. Diefer Rachweis wurde jedoch nicht geliefert. Denn C, welcher erwiesenermagen ben mit bem falfden Accepte feiner Battin versehenen Bechsel weiter begab, ift sofort flüchtig geworben und befitt nach bem Geftanbniffe bes Rlagers fein Bermogen. Der Traffant D hat allerbings bas jur Bablung bes Bechfels nothige Bermögen, und wenn auch bem Rlager nicht zugemuthet werden tann, gegen ihn bie Bereicherungetlage nach Art. 83 ber 2B. D. anguftrengen, weil Rlager ben Bechsel burch Giro bes E an fich brachte und Rlager felbft angibt, bag er die Berhaltniffe nicht tenne, in welchen D jum Bechsel ftebe, fo hatte er boch, ba ber Beflagte bie Echtheit ber Fertigung bes D auf bem Bechfel wibersprochen, Die Echtheit biefer Fertigung, von welcher die Bahlungspflicht bes D bedingt ift, ju erweisen, weil er nur unter biefer Boraussetung von bem Beflagten, ber bie Regregnahme vereitelte, eine Entschädigung zu forbern berechtigt ware. Diefer Beweis lag jebenfalls bem Rlager ob, weil aus ben §§. 133 und 134 a. G. D. flar hervorgeht, bag bie Behauptung ber Unechtheit einer Unterschrift teine Ginwendung, fonbern ein Biberfpruch ift, und Jener, ber aus ber Echtheit berfelben ein Recht ableitet, felbe ju beweifen bat. Diefen Beweis hat aber Rlager nicht angeboten, baber jene Gertigung auch nicht als echt anzuseben und bie Bablungeverpflichtung bee D nicht bargethan ift. Der unmittelbare Bormann E ist Cribar und zahlungsunfähig. Bur Rlage gegen bie Acceptanten mar ber Protest nicht nothwendig und murbe Rlager fachfällig, weil ihre Unterschrift falich mar.

Der oberfte Berichtshof bat mit Abanderung beiber Urtheile ben Beflagten gur Bahlung bes Bechfelbetrages verurtheilt aus folgenben Grunden: Beibe Inftangen haben anertannt, bag ber beflagte Notar durch die Bernachlässigung seiner Pflicht insoferne ersaspflichtig wurde, als Rlager Daburch einen Schaben erlitten bat. Rach Art. 41 2B. D. ift aber zweifellos, bag ber Rlager burch bie Unterlaffung ber Brotestlevirung bes Regregrechtes verluftig murbe. Der Schabe ift somit der Berluft des Regregrechtes. Auf dem Bechsel erscheinen drei Giranten: C, D und E. Da Rlager mit feiner Rlage gegen bie Acceptanten fachfällig murbe, fo mare Rlager, wenn ber Broteft von bem Betlagten, feiner Bflicht gemäß, erhoben worben mare, in ber Lage gewesen, bas Regregrecht gegen obige brei Giranten geltenb ju machen. Der Beflagte ift somit verpflichtet, ben Schaben bes Rlagers. ben er burch die Unmöglichkeit, seine Regregrechte gegen die brei Giranten geltenb ju machen, erleibet, ju erfeten. Um von biefer. Erfat. pflicht frei zu fein, lag bem Betlagten ob, nachzuweisen, bag Rlager burch ben Berluft ber Regregrechte feinen Schaben erlitten, b. i. ju erweisen, daß Rlager von ben Giranten eine Bahlung im Regreftwege

nicht erhalten hätte. Diese Beweislast liegt bem Geklagten ob, weil ber Berlust ber Regreßrechte burch sein Berschlben herbeigeführt wurde, er somit erweisen muß, daß dieses Regreßrecht keinen Werth habe, wenn er von der Ersapflicht losgesprochen werden soll. Diesen Rachweis hat Beklagter jedoch nicht geliesert, wenngleich die derzeitige Zahlungsunfähigkeit des C anerkannt wurde, da Beklagter nicht nachgewiesen hat, daß eine Zahlung von D und E nicht zu erhalten gewesen war und nicht zu erhalten sein wird, welcher Beweis durch die vom Beklagten behauptete Unechtheit des Giro des D und des später gegen E ausgesprochenen Concurses keineswegs hergestellt ist, da es nicht unmöglich, daß dessenungeachtet eine Zahlung erfolgt wäre oder erfolgen würde. Es enthält daher der den Kläger abweisende Ausspruch der Untergerichte eine offenbare Ungerechtigkeit, weshalb dem a. d. Redissonsbegehren stattgegeben wurde.

### Mr. 2792.

Manbatsversahren ad praestandum factum. Einleitung besselben auf Grund eines bei Gericht liegenden Protokolles. Entsch. v. 7. Mai 1967, Nr. 3799 (Best. des Decr. des B. G. Raab vom 30. Jänner 1867, Nr. 229, Abänd. des Decr. des O. L. G. Wien v. 2. April 1867, Nr. 5057). G. Z. 1867, Nr. 71.

A belangte ben Miterben B mit Manbateklage auf Legung ber Rechnung über bie von ihm burch 4 Monate geführte Berwaltung. ber Berlaffenschafterealität, auf Grund eines bei ber Berlaffenschaftsabhandlungsbehörde aufgenommenen, bei bem Gerichte - verwahrten Prototolles in Bezug auf die Uebernahme bes Bauerngutes, worin B fich verpflichtete, bis einschließlich 6. Janner 1867 bie Rechnung gu legen. Die erfte Inftang erließ an B ben Auftrag gur Rechnungslegung binnen vierzehn Tagen unter Anbrohung ber Execution. Dagegen recurirte B. "Denn bie §§. 1, 2, 3, 6 und 7 ber Juftigm.» Berordn. v. 18. Juli 1859, R. G. Bl. Mr. 130, zeigen, bag bas Mandatsverfahren, baber auch ber Zahlungsbefehl, nur bei Geldforberungen, nicht aber bei anderen Rechtsaufprüchen ftatthabe, weil barin nur von Forberungen, Saupt- und Nebengebühren, von Capital und Binfen, von Bablungsbefehl, von Forberungen, Binfen und barem Belbe gesprochen wirb. Die zweite Inftang bob biefen Auftrag auf, "weil die Urfunde, auf welche bas Rlagbegehren gestütt ift, nicht in . Urfdrift der Rlage beigelegt wurde, überhaupt teine folche öffentliche Urfunde ift, beren ber g. 1 lit. a ber Juftigm. Berordn. v. 18. Juli 1859 erwähnt und aus berfelben auch bas Recht bes Rlagers, Rechnung an forbern, nicht mit Beftimmtheit erhellt."

Der ober fte Gerichtshof bestätigte ben erstrichterlichen Auftrag, weil im §. 1 ber angeführten Ministerialverordnung, mit Bezug auf die taiser. Berordnung vom 21. Mai 1855, R. G. Bl. Nr. 95, eigentlich nur das für Notariatsurfunden bestimmte beschleunigte Bersahren auch auf die daselbst genannten anderen Urkunden ausgedehnt wurde, in letzterer Berordnung die Erfüllung aller persönlichen Berbindlichteiten den Gegenstand dieses Bersahrens bildet, auch im §. 1412 a. b. G. B. die Zahlung "als Leistung bessenden was man zu leisten schuldig ist" bezeichnet wird; weil ferner das bei Gericht in Abhandungssachen ausgenommene Protosoll allerdings eine öffentliche Urkunde, das Original dort ausbewahrt ist und der Geklagte darin ganz deutlich zur Erstattung der Rechnung sich verpslichtet hat.

## Mr. 2793.

Regreß des wegen der Staatsgebühr für frühere Uebertragungen eines Grundstückes in Anspruch genommenen Besitzers gegen seine Bormanner.

Enifch. v. 7. Mai 1867, Kr. 3800 (Best. des das Decr. des B. G. Alosternendurg v. 24. Dec. 1866, Kr. 5462, aband. Decr. des D. L. G. Wien vom 12. März 1867, Kr. 4401). G. Z. 1867, Kr. 51.

B hatte am 1. September 1865 ein Baus in Wien an C vertauscht und babei bedungen, daß C bie Staatsgebühr von dem Tauschgeschäfte ju tragen habe. C vertauschte bas Baus am 4. September 1865 an A, beffen Eigenthumsrecht auch im Grundbuche einverleibt wurde. Die von bem Taufchvertrage ddo. 1. September 1865 gwifchen C und B mit 2838 fl. 75 fr. bemeffene Staatsgebühr murbe weber von C noch von B, sondern von A als bermaligem Eigenthumer bes vertauschten Saufes eingefordert und wider ihn auf dem letteren pränotirt. A suchte nun seinerseits ben Regreß, und zwar nicht bei C, fonbern bei B ale bem gefetlich für bie Uebertragungegebühr Daftenben und begehrte unter Borlage ber beiben Taufchvertrage, bes Bablungsauftrages und einer öffentlichen Urfunde über bie miber ibn vollzogene Branotirung die Superprangtirung feiner angeblichen Regreß. forberung pr. 2838 fl. 75 fr. fammt Rebengebuhren an B auf einer für diesen haftenden Sappost. Das Bezirksgericht bewilligte auf Grund bes taxamtlichen Rahlungsanftrages bie Branotirung fo wie gebeten. Das D. L. G. verordnete die Abweisung berfelben. "Denn", fagen bie Grunbe, "burch ben Bablungsauftrag ift ber Beftanb einer Forberung an die Recurrenten teineswegs bargethan, und nicht einmal bie Leiftung, für welche ber Erfan geforbert wirb, erwiefen; es tann baber biefer Auftrag nicht als eine einen halben Beweis machenbe Urtunbe

angesehen werben, baher bie gefetlichen Erforderniffe gur Pfanbrechts-

pränotirung mangeln."

Der oberste Gerichtshof hat ben gegen biese Entscheidung überreichten Revisionsrecurs jurudgewiesen, "weil eine Regreßsorberung
für ben Recurrenten jedenfalls erst durch die nicht nachgewiesene Bahlung der auf seinem Hause in Wien pränotirten Forderung einer Uebertragungsgebühr per 2838 fl. 75 fr. entstehen würde, und in dem von ihm selbst beigebrachten Bertrage vom 1. September 1865 B als derjenige bezeichnet ist, welcher jene Uebertragungsgebühr eigentlich zu bezahlen hätte.

## Mr. 2794.

Unzuläffigkeit ber Einleitung bes Executivprocesses auf Grund einer blos mit dem Familieunamen des Schuldners unterschriebenen Urkunde.

Entich. v. 7. Mai 1867, Rr. 3812 (Beft. bes bas Decr. bes B. G. ber inneren Stadt Wien v. 23. Februar 1867, Rr. 5941, abanb. Decr. bes D. L. G. Wien v. 20. März 1867, Rr. 4819). G. Z. 1867, Rr. 55.

Ein Gesuch um Einleitung bes Erecutivprocesses auf Grund einer blos mit bem Familiennamen bes Schuldners unterschriebenen Urkunde wurde von den beiden höheren Instanzen abgewiesen, von der britten in der Erwägung, daß der Name, wodurch ein Mensch von den anderen unterschieden wird, in seinem Zunamen und Bornamen besteht, mithin unter Unterschrift oder Fertigung die Beisetzung des Bor- und Zunamens verstanden werden muß.

# Nr. 2795.

Oppositionsklage, gestützt auf den Nachweis der im Hauptproceß gar nicht behaupteten Unechtheit einer Urkunde.

Entich. v. 8. Mai 1867, Rr. 3238 (Best. bes das Urth. des L. G. Brünn v. 2. Nov. 1866, Rr. 15448, aband. Urth. bes O. L. G. Brünn v. 29. Jänner 1867, Rr. 802). G. Z. 1867, Rr. 80.

A bat am 21. September 1865 wider B um Erkenntniß, seine, bes A, Unterschrift auf dem Wechsel vom 20. August 1862 per 300 fl. sei unecht und die von B wider ihn am 14. März 1865 diesfalls erwirkte Execution aufzuheben, weil durch das strasgerichtliche Urtheil vom 17. August 1865 ein gewisser C wegen Fälschung seiner —

bes A - Unterfdrift auf obigem Bechfel bes Berbrechens bes Betruges foulbig ertannt und er, Rlager, bezüglich ber Richtigerklarung bes Bedfels und feiner Erfaganfpruche auf ben Rechtsmeg vermiefen worben mar. Die erfte Inftang wies ben Rlager ab. erfte Buntt feines Begehrens, nämlich ber Ausspruch ber Unechtheit feiner Unterschrift, ift icon burch bas Strafgericht erfolgt und bebarf keiner weiteren Bestätigung. Was aber die Aufhebung ber Execution betrifft, fo fpricht bas Strafurtbeil nicht aus, ob ber von C gefälfcte Bechfel berjenige fei, auf beffen Grund bie Bablungsauflage ermirtt murbe. Wenn aber auch biefe Ibentitat burch Saupteib erwiesen werben könnte, so ware baraus noch nicht auf die Ungiltigkeit ber Erecution ju ichließen. Denn abgesehen babon, bag aus ber gepflogenen Berhandlung nicht zu entnehmen ift, ob Rlager als Acceptant, als Aussteller ober als Girant auf bem Bechsel gefertigt erscheine und daß nach ben Bestimmungen ber Art. 75 und 76 ber Bechselordnung nicht jede Unechtheit ber Unterschrift eines Bechselverpflichteten ben Bechsel ungiltig macht, so ift bie Bablungsauflage bereits rechtsträftig geworben und ber Rlager mußte bereits bei beren Buftellung gewußt haben, ob feine Fertigung auf bem Bechfel echt fei ober nicht. War fie unecht und er bat beffenungeachtet bie Bablungsauflage in Rechtstraft erwachsen laffen, so ftebt ibm gegenwärtig nicht mehr bas Recht zu, die Erecutionsacte anzusechten, ba auch nach. 8. 1432 a. b. G. B. nicht einmal eine bereits geschehene Rablung, bon welcher ber Rahler wußte, bag er fie nicht foulbig fei, jurudgeforbert werben tann. Das vom Rlager berufene Sofbecret vom 22. Juni 1836, J. G. S. Rr. 145, spricht gerade gegen ibn, indem bie bom Strafgerichte ausgesprochene Falfdung bes Bechsels teineswegs als eine ber Zahlungsauflage nachgefolgte Thatfache aufzufaffen ift, weil fie bereits vor Erlaffung ber Zahlungsauflage bestand, und nur ber gerichtliche Ausspruch ber Falfdung ihr nachfolgte; biefer nachgefolgte Ausspruch ift bermalen insofern unentscheibenb, als baburch bie bom Beflagten rechtsfraftig erworbenen Erecutionsrechte nicht mehr beirrt werben fonnen. Die zweite Inftang machte bie Bewilligung bes Rlagbegehrens von bem Beweise burch Saupteid über bie erwähnte Ibentität bes Bechfels abbangig. Die Grunde gingen babin: Das ftrafgerichtliche Erfenntnig vom 17. August 1865 ftellt fich im Sinne bes hofbecretes vom 22. Juni 1836, Dr. 145, allerdings als eine ber Zahlungsauflage nachgefolgte Thatfache, woburch bas Ereentionerecht bee B erlofchen ift, bar. Dasfelbe hatte and bann, wenn bie Falfdung bes Bechfels von A im Bege ber Ginmenbungen geltenb gemacht worben mare, gemäß Sofbecretes vom 6. Mar, 1821, 3. S. S. Rr. 1743, nicht umgangen werben tonnen, sonbern ber Schöpfung bes Civilurtheils vorausgeben muffen, und hatte mit Rücksicht auf den Art. 4, Absat 5, und die Art. 12 und 21 ber 28. D. Die Aufhebung ber Zahlungsauflage gur Folge gehabt, gleich.

viel in welcher Eigenschaft sie gegen A erging. Es tann ihm nun beshalb, weil er dieselbe in Rechtstraft erwachsen ließ, nicht benommen werden, auf Grund des strafgerichtlichen Ertenntnisses die Aufbebung der Execution zu begehren und stellt sich daher die Klage als eine nach dem Hosbecrete vom 22. Juni 1836, J. G. Rr. 145, zu-läffige Oppositionsklage dar.

Auf bie Revisionsbeschwerbe bes B, welcher hervorhob, bag bas ftrafgerichtliche Ertenntnig eigentlich nur ein fpater jum Borfchein getommenes Beweismittel, bie ber Bablungsauflage vorhergegangene Fälschung aber eine icon por ber letteren bestandene Thatfache fei, welche baber im Wege ber Einwendungen hatte ihm entgegengeset werben sollen, und bag er burch Unterlaffung berfelben bebeutenbe und gegen ben Falfcher uneinbringliche Executionstoften batte, bestätigte ber oberfte Berichtshof bas obergerichtliche Urtheil. Grunde: "Durch ben Zahlungsauftrag hat ber bamalige Rlager B fein neues materielles Recht erlangt, fonbern es murbe nur jenes Recht, welches ihm als Wechselinhaber gegen die Wechselverpflichteten zusteht, gerichtlich anerkannt und die Bebingung erfüllt, welche bas Befet anordnet, um mit richterlicher Silfe jene Forberung von dem Berpflichteten einbringlich zu machen. Das Forberungsrecht bes Rlagers ift nach wie por an ben Bechfel gebunden. Entfällt ber lettere, fo tann auf Grund ber Bablungsauflage allein bie Zahlung nicht mehr begehrt werben. Der Bahlungsauftrag liegt awar nicht vor, und ift auch nicht angegeben, in welcher Eigenfcaft A auf bem Bechfel erscheint; allein es ift felbstverftanblich, bag bie Bablungsauflage nur babin lauten tonnte, bag A als Aussteller ober als Acceptant ober als Girant bes Wechsels jur Bahlung verpflichtet fei. Run ift aber burch bas ftrafgerichtliche Urtheil erwiefen, baß feine Unterschrift auf bem Wechsel - beffen Ibentität vorausgefest - ein Falsum fei, bag er somit weber Acceptant, noch Ausfteller, noch Girant, überhaupt tein Bechfelverpflichteter ift. Es entfällt baber die Boraussetzung, auf Grund welcher der Zahlungsauftrag erlaffen wurde, und somit auch die Wirffamteit besfelben gegen A und die auf Grund berfelben erwirfte Erecution. Unzweifelhaft mare ber Bablungsauftrag nicht erfloffen ober im Civilproceffe behoben worben, wenn bem Civilrichter bie ftrafgerichtliche Entscheibung betannt gewesen mare. Da nun bas civilgerichtliche Ertenntnig tein neues materielles Recht ichafft, fonbern nur gur Durchführung eines foon bestandenen materiellen Rechtes bient, ein foldes aber nicht vorhanden ift, so muß ber Richter auch die Ungiltigkeit dieser unter unrichtigen Boraussemungen erfolgten Entscheibungen aussprechen und tann nicht bie richterliche Silfe jur Durchfesung nicht bestebenber Rechte gewähren. Unter biefen Umftanben ift es nuentscheibenb, bag A bie Einbringung von Ginwendungen gegen ben Bablungsauftrag unterließ, weil bieburch nur proceffualifche Folgen entfteben, die barin besteben, bag bie Angaben bes Rlagers für mahr gehalten werben und

ber Zahlungsauftrag rechtswirksam wird, an dem materiellen Rechtsverhältnisse aber dadurch keine Aenderung eintritt. Der Nachweis,
daß ein materielles Recht nicht besteht und dem B gegen A aus dem
fraglichen Bechsel auch früher nicht zustand, wurde durch das strafgerichtliche Erkenntniß erst hergestellt und da dieses letztere dem Zahlungsauftrage nachsolgte, ist auch das Hosbecret vom 22. Juni 1836,
3. S. Kr. 145, anwendbar.

### Mr. 2796.

Behandlung der Dienstbotenlöhne bei der Meistgebotsvertheilung.

Entich. v. 8. Mai 1867, Mr. 3801 (Beft. des das Decr. des B. G. Aremsmünfter v. 2. Juni 1866, Mr. 1555, abund. Decr. des D. L. G. Wien vom 21. Angust 1866, Mr. 15447). G. H. 1867, S. 226.

In ber Bertheilung bes Meiftgebotes auf ein im Executionswege verfauftes Bauerngut wurden von der ersten Instanz rückftändige Dienstbotenlöhne für Arbeiten, die zur Bewirthschaftung des Gutes verrichtet worden waren, vor den Tabulargläubigern gesett. Das D. L. G. entschied, daß bei der executiven Meistgebotsvertheilung nur die landesfürstlichen Steuern und die ihnen gleichgestellten Giebigkeiten als Borzugsposten zu behandeln sind, Dienstbotenlöhne aber den Steuern nicht gleichgestellt werden.

Der oberfte Gerichtshof traf biefelbe Entscheidung mit Bezugnahme auf die Motivirung bes D. L. G.

## Mr. 2797.

Umfang ber ber Abhandlungsbehörde zukommenden Prüfung von Erbserklärungen.

Entig. v. 14. Mai 1867, Rr. 3808 (Beft. des Decr. des L. G. Wica von 15. Jänner 1867, Rr. 2877, Aband. des Decr. des D. L. G. Wien von 26. Februar 1867, Rr. 3282). G. Z. 1867, Rr. 62.

Die Erblafferin M verfügte lettwillig: "sollte sich ein Beiwandter meines Mannes melben, der sich ebenfalls schreibt von G., so soll er mit Erbe sein". Anf Grund bieses Testamentes und der Behauptung, er sei ein Berwandter des verstorbenen Chemannes der Erblasserill Andreas v. G., überreichte ein gewiffer Alois G. eine Erbserklärung, welche von der ersten Justanz angenommen, von dem Obergerichte aber ans solgenden Gründen a limine zurückgewiesen wurde: "Bur Geltenbmachung eines Erbrechtes aus biefer lettwilligen Anordnung zu bem Nachlaffe ber M wird nicht nur die Berwandtschaft mit Andreas von G., sondern noch der weitere Umftand erforbert, baß ber Bermanbte bes Anberas v. G. fich ebenfalls "von G." schreibe. Wenn nun auch die Frage, ob der Erbansprecher wirklich Bermanbter bes Anderas v. G. fei, nicht fcon bei ber Erbeerflarung au erörtern und ju entscheiben ift, fo geht boch icon aus ben eigenen Angaben biefes Erbansprechers unzweifelhaft hervor, daß berfelbe fich nicht "von G." fcreibt, und bag fonach berfelbe ein folcher Bermanbter bes Anbreas v. G. nicht ift, welchen bie Erblafferin in ihrer lettwilligen Anordnung jum Miterbrechte berufen hat. Da nun Alois B. in feiner Erbeertlarung fein Erbrecht zu ber Berlaffenschaft ber M lediglich auf die angeführte lettwillige Anordnung berfelben ftust, ein Erbrecht aus bem Titel ber gefetlichen Erbfolge aber umfoweniger in Anspruch nimmt, als er eine Berwandtichaft mit ber M überhaust nicht behanptet, und ba bie Borfdrift bes &. 122 bes Befetes v. 9. Angust 1854, R. G. Bl. Rr. 208, wornach jede in ber vorgeschriebenen Form ausgestellte Erbserflarung von bem Gerichte angenehmen ift und ber Beweis bes Erbrechtstitels and nachtraglich beigebracht werben tann, boch nur babin zu versteben ift, bag ein zur Begrundung ber Erbeerflarung genugender Erbrechtstitel fich wenigftens ans ben eigenen Angaben ber Partei ergeben muß, mas aber bier gewiß nicht ber Fall ift, fo mußte bie angebrachte Erbeertlarung als an einer Annahme und weiteren Berhandlung offenbar nicht geeignet gurudgewiesen werben."

Der oberfte Gerichtshof gab bem Revisionsrecurse bes Alois G. statt und bestätigte die Entscheidung bes L. G. "in der Erwägung, daß nach S. 122 des Gesets v. 9. August 1854, R. G. Bl. Rr. 208, jede in der vorgeschriebenen Form ausgestellte Erbserklärung anzunehmen ift, jene des Recurrenten sich auf die lettwillige Anordnung der M stütt, und über die Frage, wie die gestellte Bedingung an verstehen sei, nicht ohneweiters abgesprochen werden kann".

# Mr. 2798.

Pfändung zur Sicherstellung gegen einen Nachlaß, während bes Zuges ber Gläubigerconvocation bewilligt.

Entig. v. 14. Mai 1867, Rr. 4098 (Beft. bes Decr. bes R. G. Jungbunglau v. 7. Rub. 1806, Rr. 9118, Ablub. bes Decr. bes O. L. G. Prag vom 29. Dec. 1806, Rr. 28774). G. J. 1867, Rr. 75. Zeitigr. f. b. Roturiat 1867, Rr. 45.

A erwirtte gegen ben Rachlaß bes B bie Pfanbung zur Sicherftellung. Dagegen recurrirte ber für ben Rachlaß bes B bestellte

Curator, weil von ber Abhandlungsbeborbe noch vor der Bfandungsbewilligung, auf fein Ansuchen Die Ebicte jur Ginberufung ber Berlaffenschaftsgläubiger maren ausgefertigt morben, ber Anmelbungstermin nicht abgelaufen fei, baber ju Folge &. 813 a. b. G. B. jebe Execution bes Rachlaffes fich als ungulaffig barftelle. Die ameite Instanz gab biefer Beschwerbe statt und bob bie Bfanbungebewilligung auf. "Denn bie Einberufung ber Berlaffenschaftegläubiger muß eine folche Wirfung haben, bag beren 3med nicht burch Berfugungen eines anderen Berichtes aufgehoben werbe. Diefes wurde gefcheben, wenn ungeachtet bes Ebictes Executionsacte gegen bie Berlaffenschaft bon einem anderen Berichte in Bollaug gefett werben burften. Es macht bie Sache nicht anders, bag es fich um eine wechselgerichtliche Erecution zur Sicherstellung banbelt; benn sobalb ber Eurator ber Berlaffenicaft bes Bechfeliculbners bie Bilfe ber Abhandlungsbeborbe nach §. 813 a. b. G. B. anruft, muß fich auch ber Bechfelglaubiger biefer im 8. 813 ausgebrudten Bestimmung fügen, weil bas Bechfelgefes ben Bestimmungen bes a. b. G. B. über bie Berlaffenschaftsabhandlungspflege nicht berogirt, folglich alle biefe scheinbar mit einander collidirenden Gefete fo ausgelegt und erfaßt werben muffen, daß fie mit und nebeneinander bestehen können, ohne einen Biderspruch au enthalten. Diegu tommt noch, daß ber g. 8 ber Justigministerial-Berordnung vom 25. Janner 1850, R. G. Bl. Rr. 52, und bie Ministerialverordnung vom 19. April 1855, R. G. Bl. Nr. 75, teinen anberen Zwed verfolgen, als bem Bechselgläubiger eine Sicherftellung gegen allfällige Berfuche bes Bechfelfdulbners, fein Bermogen au vertuschen, au verschaffen. Diese Nothwendigkeit entfällt bei einer Berlaffenschaft, die burch einen Curator beforgt wird, weil biefer bezüglich ber ihm anvertrauten Berwaltung ber Abhandlungsbehörde verantwortlich ift, sobin bei ibm ber 3med bes vorbezogenen Gefetes nicht eintritt, einem Gefete aber nach &. 6 a. b. G. B. fein anderer Berftand beigelegt werben barf, als welcher aus ber eigenthumlichen Bebeutung ber Borte ... und aus ber flaren Absicht bes Gefetgebers bervorlenchtet. Diefe Abficht leuchtet aus bem Schluffate bes §. 814 a. b. G. B. bervor, wornach ben Gläubigern, Die fich nicht gemelbet haben, tein anderer Anspruch auf ben Nachlaß zusteht, als infofern ihnen ein Bfanbrecht gebührt, worans aber folgt, daß die Birtung bes Convocationsedictes die ift, bak tein neues Bfanbrecht erworben werben tann, weil im gegentheiligen Falle bas, mas bas Befet burch bie Einberufung ber Gläubiger erreicht wiffen will, gerabe vereitelt werben wurbe.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bie erstrichterliche Entscheidung. Grunde: Der §. 813 a. b. G. B. raumt bem Erben
ober Berlaffenschaftscurator, welcher die Einberufung ber Glänbiger
angesucht hat, nur das Recht ein, bis nach Ablauf des Aumeldungstermines mit beren Befriedigung inne zu halten, entzieht somit

viesen nur das Recht, ihre Befriedigung, d. i. die Zahlung, zu sorbern, keineswegs aber verbietet er ihnen, Sicherstellung burch Execution, Pränotirung u. s. w. zu verlangen. Der Zwed des obigen Geses geht auch — wie §. 815 zeigt — nur dahin, dem Erben es möglich zu machen, mit Sicherheit die Berichtigung der Schulden der Berlaffenschaft und der Bermächtnisse vorzunehmen, was natürlich die im §. 814 erwähnte Wirkung nach sich zieht, daß Glänbigern, welche sich nicht meldeten, dann, wenn die Berlaffenschaft durch die Bezahlung der angemeldeten Forderungen erschöpft worden ist, kein weiterer Anspruch zusteht, als insofern ihnen etwa ein Pfandrecht gebührt, woraus aber nicht gefolgert werden kann, daß die Erwerbung eines neuen Pfandrechtes unzulässig sei.

## Mr. 2799.

Unzulässigfeit bes gegen einen Schiederichter nach Bernichtung seines Spruches gerichteten Begehrens auf Schöpfung eines neuen.

Entich, v. 15. Mai 1867, Rr. 2825 (Beft. des Urth. des R. G. Stauislau v. 27. August 1866, Rr. 14529, Aband. des Urth. des D. L. G. Lemberg v. 9. Jänner 1867, Rr. 41117). G. Z. 1868, Rr. 23.

A und C batten mittelft Compromiffes gur Schlichtung ihrer gegenseitigen Streitigkeiten anläglich ber Bachtung ber Guter X ben B als Schieberichter ernannt, welcher Lettere bas Schiebsamt ausubte und bas Laubum fällte; basfelbe murbe aber mit Enticheibung bes oberften Gerichtshofes aus bem Grunde als nichtig aufgehoben, weil ber Schieberichter, gegen ben Inhalt ber ihm vorgeschriebenen Brocedurregeln, Die Streittheile perfonlich nicht einvernahm, fonbern fich blos mit beren fdriftlichen Angaben begnugte. A flagte fonach ben Schiebsrichter B auf Fallung eines neuen Schiebsurtheils unter Beobachtung ber ihm im Compromiffe vorgezeichneten Ordnung. Das Rlagbegehren murbe baburch begrunbet, bag ber Schieberichter mittelft bes Compromiffes und rudfictlich burch Annahme bes Schiebsamtes ben compromittirenben Parteien gegenüber bie Berpflichtung übernahm, Die ibm anvertraute Enticheibung ber fraglichen Streitigfeiten au fallen; bag bas Compromif, wie ein anderer Bertrag, ben gefestichen Rormen aber Die Bertrage unterworfen fei, wonach im Falle, als ein Contrabent ben Bertrag gar nicht, ober nicht auf die bedungene Beise erfüllt, ber andere Contrabent nicht berechtigt ift, vom Bertrage abzusteben, sonbern nur bie genane Erfüllung bes Bertrages zu forbern (8. 919 a. b. G. B.); bag bemnach ungeachtet ber erfolgten Aufhebung bes gefällten Schiebsurtheils die Competenz und Berpflichtung des Schiedsrichters zur Fällung eines neuen Landums nicht aufgehört habe, zumal es schon aus der Natur eines jeden Compromisses fließt, daß die schiedseichterliche Thätigkeit so lange zu dauern habe, die der Streit sinal entschieden sei. — Das Gericht erster Instanz erkannte gegen das

Rlagbegebren ; bas D. 2. G. nach bemfelben.

Der oberfte Berichtshof bestätigte bas Urtheil ber erft en Inftang ans folgenden Gründen: Der vom Belangten über bie Bachterfase gefällte Schiedsfpruch wurde mit Urtheil bes oberften Berichtsbofes aus bem Grunde für null und nichtig erflart, weil ber Schieberichter Die ihm von ben Barteien vorgeschriebene Procedur nicht eingehalten und burch Außerachtlaffung ber festgefesten Bestimmungen Die ibm ertheilte Macht überschritten hat. Da nun in bem Falle ber Richtigfeit bes Schiedsspruches ben Barteien gemäß 88. 363 und 364 weftgal. G. D. nichts anderes übrig bleibt, als ben Rechtsftreit bei bem orbentlichen Richter anhängig ju machen und alfo auszuführen, als ob bie Sache bor einem Schiederichter nie mare verhandelt worben, fo tann auch ber Schieberichter auf bas einseitige Ginschreiten eines Streittheiles ohne feine und bes anderen Streittheiles Buftimmung jur fallung eines neuen Schieberichterfpruches nicht mehr verpflichtet werben, jumal bie Bestimmung bes &. 919 a. b. B. auf ben vorliegenden Fall mit hinblid auf die speciellen Anordnungen ber Gerichtsorbnung fiber ben Compromigvertrag feine Anwendung finbet. Es mußte bemnach bas erstrichterliche Urtheil bestätigt werben.

# Mr. 2800.

Haftung bes Unternehmers einer Babeanstalt für bas ben Babenben Entwenbete?

Entid. v. 16. Mai 1867, Rr. 3637 (Beft. des das Urth, des B. G. Leapoll-fadt in Wien v. 27. Rou. 1866, Rr. 21457, aband. Urth. des O. L. G. Bien v. 26. März 1867, Rr. 23286). G. Z. 1867, Rr. 50.

A begründete eine Schabenersattage gegen die Dianabad. Gefellschaft mit folgender Anfährung: Er habe eine Babetarte gelöst und sich mit seinem Freunde C in die ihnen vom Babediener gemeinsam zugewiesene Cabine Rr. 18 begeben, woselbst sie Beide ihre Kleidungsstäde und er insbesondere seine goldene Uhr und Kette im Werthe von 72 fl. hinterlegten. Er habe sodann die Cabine vor C verlassen, sei auch nach diesem aus dem Bade gedommen. C habe jedoch die Thure durch Zuschlagen gesperrt und dieselbe bei der Rudtunft aus dem Bade offen gesunden. Eine sosvetige Untersuchung habe für C den Abgang eines Portemonnaies mit 19 fl., für ihn, A, den

Abgang ber Uhr und Rette ergeben. Die erfte Inftang erachtete bie Rlage für zulässig und begründete bies wie folgt: "Da burch bas Geftandnig ber geklagten Unternehmung nachgewiesen ift, bag bie Andeibecabinen im Dianabab burch bloges Buschlagen verschliegbar find, bag bie jum Deffnen ber fo geschloffenen Cabinen erforberlichen Schluffel fich ansichlieglich in Banben ber Bebiensteten ber Anftalt befinden und bag die Babegafte, ba ihnen teine Schluffel behandigt werben, wegen Deffnung ber Cabinen jederzeit an die Bediensteten ber Anftalt fich zu wenben haben, tritt biefelbe bem Babegaft gegenüber, bem fie burch ihre Bebienfteten eine Antleidecabine anweift, gemäß &g. 863 und 957 a. b. G. B. in bas Berhaltnig eines Berwahrers ber von bemfelben in ber Cabine hinterlegten Begenstände. Werben burch ben zugelaffenen Saupteib bie vom Rlager angeführten Thatumftande erwiesen, so erscheint ber Rlaganspruch im Gesetze gegrundet. Denn Die Bauptpflicht bes Bermahrers besteht barin, Die in seine Obsorge genommenen Gegenstände forgsam zu verwahren und bem hinterleger auf fein Berlangen gurudzustellen; und will bie geklagte Gefellichaft fich biefer Bertragspflicht ober ber aus ber Richterfüllung berfelben resultirenben Erfappflicht entschlagen, fo bat fie ben Beweis zu führen, daß ihr die Rudftellung ohne ihr Berschulben unmöglich geworden sei. Ein solcher Beweis wurde jedoch von der Gefellicaft weber bergeftellt noch angeboten. Auch ber burch ben vorliegenden Ginftellungsbeschluß bes Strafgerichtes nachgewiesene Umftand, daß die dem Rläger abhanden getommenen Sachen entwendet worben find, tann bie Getlagte von ber im §. 964 a. b. G. B. auferlegten Erfaspflicht nicht befreien. Denn einerseits befreit nicht jebe widerrechtliche Sandlung Dritter von biefer Erfaspflicht, sonbern wer eine folche, welche felbft burch Anwendung ber pflichtmäßigen Obsorge nicht hintangehalten zu werden vermag, während die geklagte Gefellschaft es unterlaffen bat, gemäß g. 1298 a. b. G. B. and nur einen Anhaltspuntt bafur ju liefern, bag bie Entwendung ber abhanden gefommenen Gegenstände lediglich in einer fich als unverfoulbeter Bufall barftellenben wiberrechtlichen Banblung britter Berfonen ihren Grund habe; und andererfeits ift burch ben Ginftellungsbeschluß noch teineswegs bargethan, bag es bie wiberrechtliche Bandlung einer britten von ber Unternehmung und beren Bebienfteten berichiebenen Berson mar, burch welche bie Rüdstellung bes verwahrten Ontes numöglich murbe." Das D. L. G. fant in bem Berbaltnig bes Babegaftes jur Gefellichaft überhaupt feinen Bermahrungsvertrag und wies baber bie Rlage ab. "Der behauptete Bermahrungsvertrag" - befagen die Motive - "tann als gefchloffen nicht angefeben werben. Denn ber Bermahrungsvertrag ift feiner Ratur nach ein Realvertrag und bebarf zu seinem Buftanbetommen ber wirklichen Mebergabe und lebernahme ber ju vermahrenden Sache; eine blos shmbolifche Uebergabe im Ginne bes g. 427 a. b. G. B. und eine folde Uebernahme, welche erft aus concludenten Sandlungen nach 8. 863 a. b. G. B. abgeleitet werben foll, genugen jur Conftituirung eines Bermahrungsvertrages in Bezug auf bewegliche Sachen, wie folche hier in Frage fteben, nicht. Es fprechen für ben Rlager aber auch die Bestimmungen ber §§. 970 und 1316 a. b. G. B. nicht. Denn abgesehen bavon, bag biefe Baragraphen nur Aus-nahmsbestimmungen gegenüber von Birthen, Schiffern und Fuhrleuten enthalten, fest &. 970 gleichfalls bie forperliche Uebergabe voraus, mahrend §. 1316 bestimmt, bag obige Geschäftsleute nur jenen Schaben verantworten, welchen ihre eigenen ober bie von ibnen jugewiesenen Dienstpersonen an ben übernommenen Sachen verurfacht haben. Da nun von bem Rlager bie Effecten ber Gefellichaft ober einem ihrer Diener factisch nicht übergeben, von ber letteren also auch nicht übernommen worben find, und ber Rlager nicht einmal behauptet bat, bag ber Schaben burch bie Bebienfteten ber Anftalt jugefügt murbe, fo tann von einem Rechte jur Rlage nicht bie Rebe fein."

Auf Revision bes Alägers hat der oberste Gerichtshof den Tenor des Urtheils der zweiten Instanz bestätigt. Die Gründe weichen indeß nicht unwesentlich von der Motivirung der zweiten Instanz ab. Es heißt darin: "Benn auch bei der im Dianabad bestehenden Einrichtung die geklagte Gesellschaft als für einen durch Fahrlässisseit ihrer Organe ermöglichten Berlust der durch Hinterlegung in den dazu bestimmten Cabinen stillschweigend zur Obsorge übergebenen Effecten verantwortlich angesehen werden könnte, so erscheint doch im vorliegenden Falle ein solches Berschulden nicht erweislich, weil Aläger diese Cadine nicht allein benützt hat, und die Behauptung, worüber der erste Richter den Haupteid zuzelassen hat, Wort sur Wort richtig sein könnte, ohne daß dadurch die Möglichkeit eines ohne Berschulden der Organe der Badeanstalt ersolgten Hindwegsommens ausgeschlossen wäre."

# Mr. 2801.

Berhältniß bes inländischen Richters zu dem um die Execution seines Erkenntnisses angegangenen ausländischen Gerichte.

Entsch. v. 16. Mai 1867, Rr. 4064 (Best. ber Decrete bes H. E. Wien v. 16. März 1867, Rr. 25981 und bes O. L. E. Wien v. 9. April 1867, Rr. 6217). G. H. 1867, E. 348.

Rachdem bie Pratur Oftiglia (im Benetianischen) auf Requifition bes . B. Bien bie bem A wiber B in Oftiglia bewilligte

executive Mobilienpfandung vollzogen hatte, murbe bort über B ber Concurs eröffnet und von der befagten Bratur ber Bollaug ber Schatung, um welche fie bas S. G. auf Einschreiten bes A ersuchte, aus bem Grunde abgelehnt, weil nach bem italienischen Befete ber Execution extra concursum nicht die Ausbehnung, wie in Desterreich, gegeben fei, und bie Schapung namentlich nicht icon auf Grund ber borgangigen gerichtlichen Bfanbbefdreibung bewilligt werben tonne. Bon biefer Ablehnung murbe A in erfter Inftang ohne Beiteres verständigt. Dagegen recurrirte er an bas D. L. G., welches ihn mit bem Bebenten abmies, bag weber bas S. G. noch bas D. L. G. fich mit bem ausländischen Gericht in Erörterungen barüber einzulaffen habe, welche Befete für bas lettere gelten und wie fie ausjulegen find, fonbern bag es Sache ber Bartei fei, wenn fie bie Beigerung ber Bratur Oftiglia ale ben bortigen Gefeten mibersprechend anfieht, die Beschwerbe bagegen an bem geborigen Orte anzubringen.

Der Revisionsrecurs bes A, worin er anbrachte, daß ihm die Beschwerdeschurung bei dem Appellationsgericht in Benedig wenig helsen würde, und die Berwendung auf diplomatischem Bege begehrte, wurde vom obersten Gerichte verworsen, weil die Beigerung der Pratur Oftiglia nicht auf Außerachtlassung der in Betreff der Execution diesseitiger Urtheile für die italienischen Gerichte bestehenden Berdindlichteit, sondern auf der Auslegung der dortigen Geses über die Zulässigeit der Execution extra concursum beruht, wogegen der Recurrent nur im dortigen Instanzenzuge Abhilse sinden kann.

## Mr. 2802.

Nichtzuständigkeit der städtisch belegirten Bezirkgerichte für Berbandlungen über die Amortisation von Brivaturkunden.

Entsch. v. 21. Mai 1867, Rr. 4065 (Ansheb. ber gleichförmigen Decr. bes R. G. Wiener Reuftabt v. 18. März 1867, Nr. 978 und bes O. L. G. Wien v. 9. April 1867, Rr. 5662). G. Z. 1868, Rr. 16.

Die Erben ber in ber Stadt X wohnhaft gewesenen M baten bei dem daselbst besindlichen Gerichtshose um Einleitung der Amortistrung einer zu Gunsten der Erblasserin lautenden Privat-Schuldurkunde siber 2000 st. Das Gesuch wurde von beiden Untergerichten a limino abgewiesen, weil nach §. 32 der I. N. das Amortisationsversahren bezüglich der fraglichen Urkunde ausdrücklich den Bezirksgerichten übertragen ist, somit gerade nach dem von den Recurrenten bezogenen §. 12 I. N. die Gerichtsbarkeit des Gerichtshoses auf den engeren Sprengel beschränkt ist und die nur auf das Bersahren in Streitsachen Bezug nehmenden Bestimmungen der §§. 14 und 15

3. N. hier nicht maßgebend erscheinen. Es ift zu bemerken, daß die Bittsteller früher beim städt.-bel. B. G. in X diesfalls eingeschritten

maren, und auch biefes fich für incompetent erflart hatte.

Der oberste Gerichtshof verordnete die Annahme und gesetliche Erledigung bes Amortistrungsgesuches. Die Begrundung ging im Wefentlichen bahin, daß zufolge bes §. 12 3. R., bes organischen Befetes vom 10. Janner 1853, R. G. Bl. Rr. 10 (D §. 6), und ber Gefeteberläuterung vom 2. October 1854, R. G. Bl. Rr. 253, bie gesammte Gerichtsbarkeit in erfter Inftang von ben Gerichtshöfen in dem ganzen Umfreise des Stadt- ober Ortsgebietes ihres Umfreises auszunden ift; bag nur jene Geschäfte bavon ausgenommen und ben ftabt.-bel. B. G. - welche biefe Benennung im Gegenfage ju ben Begirtsämtern als Berichten haben - jugewiesen find, Die im g. 12 burch Berufung ber §§. 15, 37 u. f. w. bezeichnet werben, bag aber barunter ber §. 32 3. M. über bie Amortistrungen nicht erscheint, baß im felben ber Ausbrud: "ftabtifch-belegirtes Bezirtegericht", wie er fonft in ben §§. 46, 55, 77, 83 und 92 immer insbesonbere beigesett ift, nicht vortommt; bag bemnach im §. 32 nur bas B. . im Allgemeinen, b. h. bas orbentliche Gericht bes Begirkes ober Ortes verstanden werben tann, welches orbentliche Gericht bort, wo ein Gerichtshof besteht, nach ben eben aufgestellten Grundfagen und Regeln für die Bewohner ber Stadt und feines bazu gehörigen Umtreifes oder engeren Ortsgebietes diefer Gerichtshof felbst ift.

## Nr. 2803.

Zuständigkeit der Handelsgerichte für Klagen aus Handelsgeschäften wider eine Verlassenschaft.

Eutsch. v. 28. Mai 1867, Rr. 4305 (Aband. der gleichförmigen Decr. des H. G. Wien v. 4. April 1867, Rr. 32875 und des O. L. G. Wien v. 24. April 1867, Rr. 7217). G. 3. 1867, Rr. 74.

A, welcher bem B jum Betriebe seiner Fabrit Robstoffe geliefert hatte, überreichte auf Grund bes zwischen ihnen geschloffenen Bertrages wider die Berlassenschaft bes B zu Handen seiner erklärten Universalerbin eine Klage auf Gestattung der Einsicht der Gewerbsbücher und auf Zahlung mehrerer Beträge beim H. G. Dieses wies die Klage als nicht dahin gehörig zurud, "da nach S. 37 der I. N. vom 20. November 1852, R. G. Bl. Rr. 251, Klagen, welche Berlassenschaftsschulden zum Gegenstande haben, so lange die Einantwortung des Nachlasses nicht ersolgt ist, bei der Abhandlungsbehörde angebracht werden mussen, welche das H. G. nicht ist". Die zweite Instanz bestätigte tiese Abweisung, "weil die Klage nicht

gegen die angeblich bei dem H. G. protokollirte Fabrikssirma, sondern gegen die Berlassenschaft des B und rücksichtlich gegen dessen Erbin gerichtet ist, und daher zusolge §§. 37 und 58 J. N. — welche durch die Borschrift des Art. 271 Handelsgesehes, und rücksichtlich §. 38 des Einführungsgesehes zum H. G. B. nicht ausgehoben wurden — selbst dann, wenn das der Klage zum Grunde liegende Geschäft auf Seite des Geklagten als ein Handelsgeschäft anzusehen

ift, bas B. G. nicht als competent erscheint."

Der oberste Gerichtshof hat in Abanberung dieser Entscheidungen die Annahme der Rlage durch das H. G. verordnet. "Denn nach S. 1 des Handelsgeses berogirt selbes allen auf Gegenstände diese Gesess sich beziehenden Berordnungen, und das Geschäft, auf welches die Klage sich stütt, ist nach Art. 271 des Handelsgesetes ein Handelsgeschäft, daher zusolge S. 38 des Einführungsgesetes zum H. G. B. das H. G. im Rechtsstreite darüber zuständig. Ferner ist der J. 37 der J. N., welcher die Klagen gegen eine Berlassenschaft vor geschehener Einantwortung an die Abhandlungsbehörde weist, daselbst im zweiten Hauptstüde in der ersten Abtheilung über den persönlichen Gerichtsstand enthalten, wurde daher irrig auf den in der dritten Abtheilung, welcher von der Handels- und Seegerichtsbarkeit handelt, erwähnten Causalgerichtsstand angewendet, durch welche irrige Gesepesanwendung die Abänderung der gleichsörmigen Entscheidungen sich rechtsertigt."

# Mr. 2804.

Behandlung von rückftändigen Vermögensübertragungsgebühren bei der Meistgebotsvertheilung: Berechnung der Frist für die sachliche Haftung.

Enifch. v. 28. Mai 1867, Rr. 4891 (Best. bes bas Decr. bes B. G. Hallein v. 9. Februar 1867, Rr. 906, aband. Decr. bes D. L. G. Wien v. 2. April 1867, Rr. 5948). G. H. 5. 58.

Bei ber Bertheilung bes Meistgebotes für eine executiv verkaufte Realität nahm die erste Instanz am 9. Februar 1867 "die Raufgebuhr aus dem Bertrage ddo. 29. Jänner 1859" unter die Borzugsposten auf. Dagegen beschwerte sich jener Hopothelargläubiger, welcher durch den Betrag dieser Gebühr an seiner Forderung Abbruch erlitt, weil jene Gebühr, als weit über drei Jahre aushaftend, erst nach allen Tabulargläubigern zu classisciren sei. Die zweite Instanz verordnete auch dieses, denn "gedachte Forderung genießt, als vom Jahre 1859 herrührend, nicht jenes Borzugsrecht, welches berselben in erster Instanz gegeben wurde". Im Revisionsrecurse wurde

ermähnt, daß die fragliche Gebühr erst am 6. Februar 1867 bemeissen und der Zahlungsauftrag am 7. desselben Monats dem Ersteher der Realität war zugestellt worden, so daß zusolge der Berordnung des Finanzwinisteriums vom 3. Mai 1850, R. G. Bl. Nr. 181, III, 14, das Borzugsrecht derselben erst binnen drei Jahren von dem Tage der Zustellung (7. Februar 1867) erlösche, also noch immer aufrecht bestehe.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bie obergerichtliche Enticheibung. Denn es tann unter ben im bezogenen Abfate III, 14 ermabnten Steuerpflichtigen mit Bezug auf bas Batent vom 9. Februar 1850. R. G. Bl. Rr. 50, boch junachft nur Jener verftanben werben, ber bie steuerbare Sandlung unternommen bat, also bier ber Bertanfer und ber Räufer, welche ben biesfälligen Bertrag vom 29. Januer 1859 schloffen, gegen die aber seit 18. März 1859, wo dem Steueramte bie barauf gegrundete Befipanfdreibungeverorbnung jur Gebubrenbemeffung zugestellt wurde, feine Bemeffung ber Gebühr erfolgte, baber auch gar tein Rahlungsauftrag erlaffen murbe, ba Beibes erft acht Jahre fpater und nicht gegen bie urfprunglich Bahlungepflichtigen, sonbern gegen ben Erfteber ber Realität, baber nur vermöge bes gefetlichen Pfanbrechtes erfolgte, welches aber gufolge obigem Abfat III, 14 binnen brei Jahren erlifcht, wenn nicht bie Gebuhr in ben öffentlichen Buchern ersichtlich gemacht worben ift, was im vorliegenden Falle nicht geschah. Dat nun entweder bas Gericht - wie ber Bertreter bes Aerars behauptet - es unterlaffen, im Jahre 1859 ben Raufact zur Gebührenbemeffung bem Steueramte mitzutheilen (mas jeboch erfteres unter Borlegung bes biesfälligen Ruftellungsbogens vom 18. Darg 1859 in Abrebe ftellt) ober bas Steueramt felbft überfeben, bie Bemeffung vorzunehmen und ben Bablungsauftrag an die unmittelbar Berpflichteten ju erlaffen, fo tann nicht ftatt berfelben nach Berlauf von acht Jahren eine britte Berfon unmittelbar in Anspruch genommen, rudfictlich ein Spothetarglaubiger gur Bahlung ber Gebühr angehalten werben, jumal biefes nicht einmal bann gefcheben burfte, wenn fogleich im Jahre 1859 ein Bablungebefehl geschöpft und ber Partei jugeftellt, jeboch bie Erfichtlichmachung im öffentlichen Buche nicht bewertstelligt worben mare. Auch wurde fonft bas Inftitut ber öffentlichen Bucher an Bertrauenswürdigkeit verlieren, wenn man ungeachtet bes Stanbes besfelben boch in Rachtheil tommen tonnte, falls - sei es auch vor noch so langer Zeit - eine Beborbe ein Ueberseben begangen bat.

### Mr. 2805.

Mieth= ober Pachtvertrag? Gesetsliches Pfandrecht des Be= standgebers.

Entsch. v. 4. Inui 1867, Rr. 4085 (Best. der Urth. des B. G. Hernals v. 5. Jänner 1867, Rr. 26849, und des D. L. G. Wien v. 13. Murz 1867, Rr. 3079). G. Z. 1867, Rr. 62.

B hatte bem C fein Grundstud ju bem Zwede in Beftand gegeben, bamit Letterer auf bemfelben ein hölgernes Theater errichte. A, ein Gläubiger von C, führte gegen biefes, einen Gegenstand bes Grundbuches nicht bilbende Theater Execution; boch wiberfeste fich B ber Erfolglaffung bes Meifigebotes an A, indem er für Zinsrückftanbe fein gefetliches Pfanbrecht als Beftanbgeber geltenb machte. Dagegen bestritt A beffen Bfanbrecht, inbem er fich auf ben Wortlaut bes 8. 1101 bes a. b. G. B. berief und bervorbob, baf biefe Gefetesstelle teineswege, wie die Gegenseite behaupte, jebem Bestandgeber ein vom Tage der Illation wirkfames gefetliches Pfandrecht an den invectis und illatis einräume, sondern genau sowohl bie Subjecte, welchen bas Brivilegium zustehe, als auch die Objecte, auf welche fich das gesetzliche Bfanbrecht erftrede, fpecificire; bag Ausnahmen, mogu bie Berfügung bes genannten Baragraphen gebore, ftreng auszulegen find und bag somit felbst bann, wenn über bie Tragweite bes &. 1101 bes a. b. G. B. ein Zweifel bestände, bem Begner, weil er einen leeren Bartengrund jur Erbauung eines Theaters in Bestand gegeben hat, also offenbar als Berpachter anzusehen ift, fein gesepliches Bfanbrecht an bem Theater nebst Requisiten zugestanden werden tonne, indem ein foldes Pandrecht bem Berpachter eines Grundftudes nur an bem auf bem Bachtaute vorhandenen Bieh und den Birthichaftsgerathichaften und den barauf noch befindlichen Früchten zustehe. Schließlich murbe noch barauf hingewiesen, bag bie biefem Befese ju Grunde liegende legislatorifche Absicht nur babin gebe, ben Bestandgebern bei ben gewöhnlichen Arten von Bestandverträgen aus national-öfonomischen und social-polizeilichen Rudfichten eine besondere Sicherheit einzuräumen. Die erfte Inftang entichieb, bag B "ale Berpachter bes Grundes, auf welchem bas Theater erbaut ift, bezüglich seiner Bachtforderung das Pfandrecht an ben eingebrachten Wirthschaftsgeräthschaften habe, worunter im weiteren Sinne nicht blos die ju einer Landwirthschaft, sondern überhaupt die ju einer wirthichaftlichen Unternehmung gehörigen Berathichaften verftanben werben muffen; bag eben bas Theatergebande felbft und bie Darin befindlichen Effecten unter biefen Begriff fallen, bag B biefes gesetliche Pfanbrecht auch burch bie angesuchte und ganz gesetmäßig bewilligte pfandweise Beschreibung geltend machte". Die zweite Inftang entichied ju Gunften bee B aus folgenben Grunben : "Der fragtiche Bestandvertrag ift als Miethvertrag zu betrachten, weil barin Grundftude jum Behufe ber Aufftellung eines Theaters in Beftand

gegeben wurden und baber bie Grundftude nicht als ertragsfäbiges Dbject betrachtet maren, sondern in einer Beife benutt werden follten, welche eine unmittelbare Anwendung von Fleiß und Dube ausgefoloffen hat. Allerdings erforberte bas gebaute Theater eine Dabemaltung, mas aber belanglos bleibt, weil nicht bas aufgeführte Bebaube, fonbern ber Grund Gegenstand bes Bertrages war und ein folder nach Umftanben fich auch ohne Bearbeitung gebrauchen läßt. Der &. 1101 bes a. b. G. B. gewährt nun bem Bermiether einer Bohnung ein gesehliches Pfanbrecht an ben eingebrachten Einrichtungsftuden, welche jur Beit ber Rlage noch barin befindlich find. Inbem bas Gefes bier ben Ausbrud "Bohnung" gebraucht, wollte es eben bie gewöhnlichen Falle berühren und unbestritten, erftredt fich bas bezeichnete Recht bes Bermiethers auch auf alle anderen Localitaten, welche gur Aufnahme von Effecten und Gerathichaften bestimmt find, ebenso wie unter bem Ausbrude: "Ginrichtungeftude und Fahrniffe" jebe bewegliche Sache verftanben fein foll, welche eben in jenen Localitäten untergebracht wirb. Diefe Anschauung ftust fich auf bie Betrachtung, bag bie offenbare Abficht bes Gefengebers: bem Beftanb. geber von Realitäten wegen ber mit benfelben verbundenen Laften eine besondere Barantie zu verschaffen, nicht erfüllt mare, wenn bie im & 1101 bes a. b. G. B. gebrauchten Worte im eingeschräntten Sinne genommen wurden. Der gleiche Grund macht fich in bem vorliegenben Ralle geltenb, mo ein freier Blas jur Aufftellung eines industriellen Unternehmens vermiethet mar, und ebenfo, wie bei ber Bermiethung eines Sofraumes, eines Gartens bas gefetliche Pfandrecht fich auf alle bafelbft eingebrachten Fabrniffe erftreden murbe, muß basfelbe für jene beweglichen Sachen wirtfam fein, welche eben auf bem freien Plage fich befinden. Uebrigens fteht bas im bezeich. neten Gefete gewährte Privilegium nicht vereinzelt, ba auch in anberen Fällen und neuestens burch bie Banbelsgefete mehrfach ein gesetliches Pfanbrecht verlieben ift, weshalb bie Regel, bag Musnahmsbestimmungen ftrenge auszulegen find, bei biefer Enticheibung nicht beirrt." In bem gegen bie obergerichtliche Enticheibung eingebrachten Revisionerecurse murbe junachft betont, bag biefer Recurs nicht als gegen gleichlautenbe Entscheidungen gerichtet betrachtet werben tonne, weil die beiden Untergerichte in ber Motivirung von gerabezu entgegengesetten Standpunkten ausgeben. Es wurde ferner hervorgehoben, bag jur Ausbanung bes Theaters auf bem fraglichen Grunbstude Fleiß und Dabe aufgewendet werben mußte, bag es fich also nicht um einen Miethvertrag banble; bag ber §. 1101 bes a. b. G. B. beshalb, weil auch andere Befete Pfandrecht ex lege einräumen, noch nicht aufhöre, ein Ausnahmsgeset ju bilben, und bag endlich tein Grund abzusehen mare, warum ber Gefetgeber nach ber Anschauung des Obergerichtes gerade bem Bermiether ein binfichtlich ber Objecte gang unbeschränftes Bfanbrecht einraumen wollte, mahrend er bas Pfanbrecht bes Berpachters auf

bestimmte Begenstände beidrantte.

Der oberste Gerichtshof fand jedoch diesem Recurse keine Folge zu geben, in der Erwägung, daß die im §. 1091 des a. b. G. B. gemachte Unterscheidung zwischen Mieth- und Bachtvertrag so auszulegen ist, daß jeder Bestandvertrag sich in die eine oder andere Art reihen läßt; daß bei dieser Unterscheidung die unmittelbare Gesbrauchsbestimmung in's Auge zu fassen ist, und daß im vorliegenden Falle die Grundsläche in Bestand gegeben wurde, nicht zur fruchtbringenden Bearbeitung des Bodens selbst, sondern zum Gebrauche berselben als Raum, um daselbst eine Erwerbsunternehmung zu errichten, deren Betrieb erst zur Einbringung eines Gewinnes zu besnützen war; daß demnach unter Festhaltung der Aussalfung des Obergerichtes in den gleichsörmigen untergerichtlichen Entscheidungen eine Berletzung des Gesetzes nicht gefunden werden konnte.

#### Mr. 2806.

Abgrenzung best streitigen Verfahrens vom nichtstreitigen: Aufstellung eines Verwalters einer gemeinsamen Sache.

Entich. v. 4. Juni 1867, Rr. 4777 (Best. des Decr. des B. G. Hernals v. 12. März 1867, Rr. 8754, Aband. des Decr. des D. L. G. Wien vom 24. April 1867, Rr. 7065). G. Z. 1868, Rr. 52. G. H. 1867, S. 295.

Die A, Miteigenthumerin von zwei Baufern, bat in einem Besuche um Anordnung einer Tagsatzung zur Einvernehmung ihres Gatten B, bes Mitbefigere ber Saufer über einen gemeinschaftlich aufzustellenben Berwalter berfelben, eventuell, falls teine Ginigung erzielt wurde, gemäß §. 836 a. b. G. B. um Bestellung eines Berwaltere biefer beiben Baufer. Bei ber auf biefes Gesuch angeordneten Tagfapung wurde eine Einigung ber Parteien nicht erzielt und bie Gesuchstellerin wurde nun von ber erften Inftang angewiesen, ihre Anspruche im orbentlichen Rechtswege, b. h. mittelft Rlage, geltend zu machen. Das D. 2. G. bat auf ben Recurs ber A bie erstgerichtliche Entscheibung babin abgeandert, daß die Aufstellung eines Bermaltere ber Baufer bewilligt, jur Babl eines folden die Einvernehmung beiber Theile veranlagt und für ben Fall, als ein Einverständnig nicht erzielt werben follte, biesfalls mit ber gerichtlichen Bestellung eines gemeinschaftlichen Bermaltere vorgegangen werbe; benn es handle fich hier um die Berwaltung von Sachen, woran beiben Theilen gleiche Eigenthumerechte aufteben, baber um Ausführung ber gefetlichen Bestimmung bes §. 836 a. b. B. Biebei fei meber über ein ftreitiges Rechtsverhaltnig ju enticheiben, noch ein Beweisverfahren nothwendig, baber bie Durch.

führung eines Rechtsstreites nicht erforberlich (§§. 2 und 7 bes Gefetes vom 9. August 1854 über das Berfahren außer Streitsachen) und erscheine, da es sich eben um die Berwaltung handelt, die Einschreitung und Berfügung um so dringlicher, weil es sich um eine provisorische Maßregel zum Schute des Eigenthumes handle und hiedurch das gleiche Recht für beide Theile gewahrt werde, indem aus dem früheren Zugeständnisse der Berwaltung durch den Ehegatten für benselben noch keineswegs das Recht erwachsen sei, gegen den ausdrücklich ausgesprochenen Willen seiner Gattin für sie die Berwaltung

fortzuseten.

Der oberfte Berichtshof bestätigte ben erftrichterlichen Bescheid in Erwägung, daß es sich nicht lediglich um die im §. 836 bes a. b. G. B. vorgesehene, eventuell burch ben Richter zu tref. fende Bahl ber Berson eines Berwalters einer gemeinschaftlichen Sache, fondern erft um die Entscheidung ber Frage handelt, ob die A, nachdem fie bie Chescheidung beabsichtigt und beswegen ihrem Gattten B bie Bermaltung ihres Bermogens zu entziehen erflart bat, berechtigt fei, ju begehren, bag für bie Baufer, an beren Miteigenthum fie geschrieben ftebt, im Intereffe beiber Chegatten eine britte Berfon als Bermalter aufgestellt werbe; bag über bie Frage ber unbedingten ober bedingten Berpflichtung eines Theilhabers jur Gestattung einer wichtigen Beranderung, welche jur befferen Benutung einer gemeinschaftlichen Sache vorgeschlagen wird, wohl gleichmäßig wie im g. 836, auch im g. 835 a. b. G. B. ber Richter jur Entscheidung berufen erscheint, bag es fich aber babei und namentlich auch im vorliegenden Falle um bie Enticheidung einer Rechtsfrage handelt, wobei nicht lediglich bas Borliegen einer Gemeinschaft bes Eigenthumes genügt, sonbern noch einschlägige besondere Berhaltniffe von Einfluß fein tonnen, beren Untersuchung nicht von Amtemegen vorzunehmen ift; daß nach ben §§. 108 und 117 des a. b. B., wenn bei einer Chescheibung Streitigfeiten vortommen, welche fich auf die Absonderung des Bermogens ober auf andere Forderungen und Gegenforberungen beziehen, bei bem Mangel ber Erzielung eines Bergleiches bie Barteien (mit alleiniger Ausnahme bes im officiofen Bege für Gattin und Rinder inzwischen zu bestimmenden Unterhaltes) auf bas orbentliche Rechtsverfahren zu verweisen find; bag wegen ber flaren Analogie biefe Borfdrift auch auf ben vorliegenben Fall ber beabsichtigten Ginleitung ber Chescheidung Anwendung findet; bag jur Anordnung einer Sequestration im Sinne ber allgemeinen Berichtes ordnung die gesetlichen Bedingungen nicht nachgewiesen find.

### Mr. 2807.

Behandlung rückftändiger Bermögensübertragungsgebühren bei der Meistgebotsvertheilung: Unwirksamkeit der nach Ablauf der dreijährigen Berjährungsfrist erwirkten Intabulation.

Entid. v. 5. Juni 1867, Rr. 4707 (Best. der gleichförmigen Decr. des B. G. Hernals v. 15. März 1867, Rr. 27828, und des O. L. G. Wien v. 24. April 1867, Rr. 7813). G. Z. 1867, Rr. 58.

Bei ber am 15. Marg 1867 gepflogenen Berhandlung über bie Bertheilung bes Meiftgebotes einer Realität begehrte bas Merar Die Berichtigung eines Reftes von 65 fl. einer Bermögensübertragungsgebühr als Borzugspoft, bezüglich welcher Gebühr ber Bahlungsauftrag ber zahlungspflichtigen Bartei zwar icon am 4. Juli 1862 zugestellt, jeboch berfelben später noch die Frift bis Georgi 1864 ertheilt, und am 12. September 1866 (also vor ber am 8. November 1866 ftattgefundenen Feilbietung) bie Einverleibung auf die Realität mar erwirkt worden, fo daß mit Rudficht auf ben von Georgi 1864 beginnenben Berlauf ber breijährigen Berjährungszeit, bann bie burch bie Einverleibung geschehene Unterbrechung ber Berjahrung, wenn man icon ben Ablauf ber breijährigen Frift annehmen wollte, bas Borrecht bes Aerars gewahrt fei. Das Aerar berief fich babei auf die Ministerialverordnung vom 3. Mai 1850, R. G. Bl. Rr. 181, Abfat III, 14, und S. 11 bes Gesetzes vom 13. December 1862, R. G. Bl. Rr. 89, wonach bas Borrecht ber Gebühren erft nach Ablauf ber gur Berichtigung berfelben offenstehenden Frift zu erlöschen bat, bann, bag bas Befugnig ber Beborben, Termine jur Bablung zu ertheilen, bem Rechte bes Aerars nicht abträglich fein tann. — Alle brei Instanzen erkannten bem Merar bas Borrecht nicht zu. Die erfte Instanz, weil bas Borrecht bereits mit 4. Juli 1865 verjährt mar, welche Berjährung burch die gegebene Bahlungefrist nicht unterbrochen wurde, indem baburch die Rechte ber Sagglaubiger beeintrachtigt murben; bie zweite Inftanz in ber Erwägung, bag nach g. 11 bes Gefetes vom 13. December 1862 bie gefesliche und nicht die verlängerte Frift maggebend ift, burch bas Einverstandniß ber Gebührenbehörbe mit bem Schuldner ben Rechten ber Gläubiger nicht entgegengetreten werben tann und auch die Einverleibung erft nach eingetretener Berjahrung angefucht murbe.

Der oberfte Gerichtshof stütte sich auf Nachstehendes: Zugegebenermaßen ift ber gebührenpflichtigen Partei ber Auftrag zur Zahkung jener Summe, beren Rest die 65 fl. bilben, am 20. Mai 1862 zugestellt worden, wonach das gesetzliche Borrecht der Gebühr am 20. Mai 1865 verjährt war (Ministerialverordnung vom 3. Mai 1850, Rr. 181, III, 14) und die Berjährung nicht erst mit der bis Georgi 1864 von der Finanzbehörde erweiterten Frist begonnen hat, da bas Befet vom 13. December 1862, Rr. 89, im g. 11 bestimmt, bag bas Borrecht in bem Falle, mo bas Befet - also nicht eine Beborbe - Friften gur Entrichtung ber Gebuhr gegeben bat, erft nach brei Jahren vom Berlaufe ber betreffenben gefeslichen - nicht wie im Recurse gesagt wirb, ber ertheilten ober erweiterten Frift au erloschen bat. Auch mare es mit bem Bertrauen, welches bie öffentlichen Bücher genießen follen, nicht vereinbar, wenn Gebühren, Die über brei Jahre ober noch langer rudftandig find, jum Rachtheile ber Gläubiger ein Borrecht genießen follten, weil bem Bablungepflichtigen noch weitere Friften gegeben werben, von benen Die Glaubiger teine Renntnig haben, Die vielmehr vermöge bes Beitpunttes bes Entftebene ber Bebuhr felbe für langft berichtigt, ober boch beren Borrecht für erlofchen halten muffen. Die am 12. September 1866 geschehene Einverleibung ber Gebühr tonnte boch eine bereits am 20. Mai 1865 eingetretene Berjährung nicht unterbrechen und bas icon verlorene Borrecht wieder aufleben machen. Enblich mag bas Buwarten bes Aerars fein Recht bem Schulbner gegenüber nicht beeintrachtigen, wohl aber tann biefes im Berbaltniffe ju ben Sypothetarglaubigern ebenfo gefcheben, wie es bei letteren ber Fall ift, wenn fie bem Schulbner Friften über bie Berjahrungszeit binaus jugefteben.

### Mr. 2808.

Nichterecutive Einverleibung auf Grund eines Schiedsspruches.

Entich. v. 6. Juni 1867, Rr. 4548 (Beft. des Decr. des L. G. Lemberg v. 27. Jänner 1866, Rr. 62150, Aband. des Decr. des D. L. G. Lemberg v. 10. August 1866, Rr. 15545). G. Z. 1867, Rr. 83.

A hatte mit B das Uebereinkommen getroffen, ihre Streitigkeit einem Schiedsgerichte zu unterziehen und B in diesem Uebereinkommen bereits bewilligt, daß die aus dem kinftigen Schiedsspruche für A sich etwa ergebenden Rechte auf seine Realität einverleibt werden können. Als nun ein solcher Spruch zu Gunsten des A ersolgt war, bat dieser bei der Realinstanz um Intabulation oder doch Bränotirung der ihm zuerkannten Ansprüche. Die erste Instanz dewilligte auf Grund des Compromisvertrages und des schiedsgerichtlichen Urtheiles blos die Bränotirung, weil die Intabulation der im schiedsrichterlichen Bergleiche seitens des Beingeräumten Hypothet auf Grundlage des Urtheils begehrt wird, welches aber, wenn dessen Arecution nicht dom zuständigen Richter bewilligt wurde, keine tabularsähige Urtunde ist und die Intabulirung nicht zulässig macht. Die zweite Instanz bewilligte die Einverleibung: denn B hat anticipativ in der Compromisverschreibung die Intabulirung der in Rede stehenden aus

bem Schiedsspruche für ben Bittsteller sich ergebenden Rechte bewilligt, baber eine neuerliche Aufsandung nicht mehr nöthig war; es hat somit Bittsteller die Intabulation dieser Rechte nicht im Wege ber Execution bes Schiedsspruches, sondern zur Sicherstellung berselben, mithin ganz

gegrundet, bei ber Realbeborbe angesucht.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung der ersten Instanz. Gründ e: B hat das Begehren um Intabulation nicht im Executionswege bei dem zuständigen Executionsrichter, sondern nur im Sicherstellungswege dei der Realinstanz angesucht: in dem Sicherstellungswege aber kann ein Schiedsspruch nach den Bestimmungen der §§. 432 und 435 a. b. G. B., dann nach Analogie des Hosbecretes vom 24. Dec. 1798, J. G. S. Nr. 446, als eine intabulationsfähige Urkunde nicht angesehen werden. Die Intabulationsclausel in der Compromisverschreibung selbst entspricht den Ansorderungen des §. 435 a. b. G. B. keineswegs, weil in derselben die zu intabulirenden Rechte und Berbindlichkeiten speciell nicht bezeichnet sind und im Borhinein nicht bezeichnet werden konnten.

#### Mr. 2809.

Fortbestehen des ganzen Ausgedings nach dem Tode eines der berechtigten Chegatten.

Entich. v. 14. Juni 1867, Rr. 4552 (Best. des Urth. des B. G. Gabel v. 29. Dec. 1866, Rr. 3382, Aband. des Urth. des O. L. G. Prag v. 2. April 1867, Rr. 6793). G. H. 1867, S. 383.

Die Sheleute A hatten ihr Gut mit Borbehalt eines Ausgebings verkauft und der Käufer in der Bertragsurkunde sich verspstichtet, dem A und seiner Gattin das lebenslängliche Ausgeding (Bohnung und Naturalien) za leisten. Das Gut, worauf das Ausgeding sicherstellt wurde, überging auf den B und nach dem Tode des Shegarten A belangte seine Witwe den B auf Leistung des ganzen Naturalien-Ausgedings.

Mit Abanberung bes obergerichtlichen Urtheils, worin ber Rlägerin nur die Hälfte ber Naturalien zuerkannt wurde, hat der oberste Gerichtshof dem Klagbegehren vollständig stattgegeben in Erwägung, daß das Wort "lebenslänglich" im Kaufvertrage auf das ganze Ausgeding bezogen werden muß, da für das Naturalien-Ausgeding ein anderer Zeitraum nicht festgesetzt ist, von einer Berringerung des Gesammtansgedings im Falle des Todes eines Chetheiles im Bertrage keine Erwähnung gemacht ist und eine Halbirung desselben in dem besagten Falle nur dann eintreten könnte, wenn sie im Bertrage ausbrücklich bestimmt worden wäre, zumal die Hälfte des für zwei

Bersonen bemessenn Ausgedings nicht immer zur Berpstegung Giner Person hinreicht, welche boch bei Festsetzung eines Ausgedings durch Rausvertrag stets bezweckt ist, da dasselbe einen Theil des Raufpreises vertritt.

### Mr. 2810.

Einbringung rückftandiger Bermögenstübertragungsgebühren burch Execution gegen ben späteren Exwerber bes Gutes.

Entid. v. 14. Juni 1867, Rr. 4622 (Abaub. ber gleichförmigen Derr. bes B. G. Bettan v. 25. Rov. 1866, Rr. 13350, und bes O. L. G. Graz v. 5. Februar 1867, Rr. 1451). G. Z. 1867, Rr. 84. G. H. 1867, S. 404.

Die C hatte ein liegendes Gut erworben und es ergingen an fie im Juni 1865 und im Janner 1866 bie Auftrage jur Bablung ber Uebertragungegebühr. Che biefe erfolgte, vertaufte bie C ihr Gut an B und nun richtete die Finangprocuratur gegen diesen ein Gesuch um Einverleibung bes erecutiven Bfanbrechtes. Die erfte und zweite Inftang folugen bas Gesuch ab; Die erfte, weil nach Borfdrift bes Ministerialerlaffes vom 27. December 1859, R. G. Bl. Rr. 236, wenn es fich um Geltendmachung ber im §. 72 bes Patentes vom 9. Februar 1850, R. G. Bl. Nr. 50, und im Abs. III, 14 der Min. Bbg. vom 3. Mai 1850, R. G. Bl. Rr. 181, ausgesprochenen Haftung der bezüglichen Gache für die Gebühr handelt, nicht nur Die Befuche um Eintragung ber Bablungsauflage gegen ben bucherlich eingetragenen Gigenthumer ber ju belaftenben Sache mit ber ausbrudlichen Bezeichnung als Befiger ber haftungspflichtigen Guter gu richten find und ebenfo ber biefer Berfon guguftellenbe Rablungsauftrag ju lauten hat; bag aber bie bem Gesuche allegirten Bahlungsauftrage nur gegen C und nicht gegen B als Befiper bes haftungspflichtigen Gutes lauten. Das Obergericht bezog sich auf diese Gründe und fligte bei, daß der Ministerial-Erlag vom 27. December 1859, Rr. 236, ausbrücklich vorschreibt, bag ber bem grundbücherlich eingetragenen Gigenthumer anzustellende Bahlungeauftrag mit ber Bezeichnung: "als Befiger bes haftungspflichtigen Gutes" ju lauten habe, mas auch foon barans hervorgeht, bag, bevor gegen den vom perfönlich Berpflichteten verschiedenen Befiger des Gutes die Einverleibung des executiven Pfandrechtes erwirft werben fann, bemfelben ber Bablungsauftrag jugeftellt und rechtsträftig geworben sein muß und hieffir bie vom Gefete ausgesprocene Saftung, welche obnehin mabrend ber Dauer ber ben Uebertragungsgebühren eingeräumten Briorität unbeiert bleibt, nicht genügt.

Auf ben außerorbentlichen Revisionsrecurs ber Finangprocuratur bewilligte ber oberfte Berichtshof Die gebetene executive Einverleibung, "weil derlei Gebühren zufolge §. 72 des Patentes vom 9. Februar 1850, Dr. 50, auf ber Sache haften, in Gemäßheit ber Ministerial-Berordnung vom 3. Mai 1850, Nr. 181, auf die Dauer von brei Jahren vor allen anderen darauf erfichtlichen Forberungen ein Borrecht haben, bemnach im Sinne bes g. 443 a. b. G. B. auf jeben weiteren Eigenthumer ber bamit behafteten Sache übergeben; die fraglichen Gebühren zu einer Zeit entstanden find, wo C bie haftungspflichtige Sache noch felbft befeffen bat, baber bie Bablungsauftrage gegen fie gefetlich erlaffen murben und in Rechtstraft erwachsen find; weil ferner bie Finanzprocuratur ihr barauf gestüttes Erecutionsgesuch auch gegen B als neuen Eigenthumer ber Realität gerichtet, somit auch dem Ministerialerlaffe vom 27. December 1859, Rr. 236, traft beffen folche Gefuche gegen ben jeweiligen Eigenthümer gerichtet fein, aber beswegen nicht auch die Bahlungsauflagen auf feinen Ramen lauten muffen, volltommen entsprochen hat."

### Mr. 2811.

Executive Feilbietung eines gemeinschaftlichen Gutes: Unsgiltigkeit des Actes gegenüber einem der Miteigenthümer.

Entsch. v. 18. Juni 1867, Nr. 5249 (Best. des das Decr. des L. G. Wien v. 5. März 1867, Nr. 11439, abänd. Decr. des O. L. G. Wien v. 18. April 1867, Nr. 6833). G. Z. 1867, Nr. 78. G. H. 1867, S. 388.

Es wurde am 26. Februar 1867 die den Seleinten Karl und Anna B gehörige Realität feilgeboten, von A erstanden, vom Gerichtshose aber in Erledigung des Feildietungsprotokolles "bei dem Umstande, als über das Bermögen des Karl B bei demselben Landesgerichte am 23. Februar 1867 der Concurs eröffnet worden war, die obige Feildietung der zur Hälfte dem Karl B gehörigen Realität als nicht zu Recht bestehend erklärt". Das O. L. G. hob auf Recurs des Erstehers diesen Bescheid, insoweit damit anch die in Ansehung der der Anna B gehörigen Hälfte vorgenommene Feildietung als nicht zu Recht bestehend erklärt wurde, auf, da ohne Einschreiten der betheiligten Parteien zu einem solchen Ausspruche leine Beranlassung vorlag, übrigens es keinem Anstande unterliegen kann, den auf diese Haushälfte entsallenden Antheil des Weistgebotes zu ermitteln, auch kein Grund vorliegt, die in Ansehung dieser Realitätenhälfte vollzogene Erecution als rechtsunwirksam zu erklären.

Dagegen ergriff Unna B ben Recurs, welchen ber oberfte Be-

richtshof aus ben obergerichtlichen Grunden verwarf.

### Nr. 2812.

Reformatio in pejus bezüglich des Ausspruches über die Broceskosten.

Entig. v. 25. Juni 1867, Nr. 4971 (theilweise Best. und Aband. der Urth. der Brätur Rovigus v. 30. Jäuner 1867, Nr. 168 und des O. L. G. Eriest v. 27. März 1867, Nr. 910). Gazz. d. Trib. 1868, Nr. 38 u. 34. G. Z. 1871, Nr. 17.

In einem Proces hatte die erste Instanz der Beklagten einen Erfüllungseid und einen Haupteid aufgetragen, dieselbe, wenn sie den einen oder den anderen Eid schwört, klagfrei gesprochen und zugleich dem Ersat der Procestoften ihr zuerkannt, in dem Falle aber, daß sie keinen der Eide ableistet, dem Klagbegehren stattgegeben und die Beklagte zum Ersat der Procestosten verurtheilt. Auf die nur dom Kläger ergriffene Appellation beseitigte das D. L. G. den Ersüllungseid, sprach aber zugleich für alle Fälle die Compensation der erstgerichtlichen Procestosten aus. Dagegen ergriffen beide Parteien die Redissonsbeschwerde: Die Beklagte wegen Eliminirung des in erster Instanz alternativ zugelassenen Ersüllungseides; der Kläger mit der Bitte um Zuerkennung des Ersates der erstgerichtlichen Procestosten bei Nichtablegung des der Beklagten ausgetragenen Haupteides.

Der oberste Gerichtshof hat, mit Berwerfung ber Beschwerbe ber Beklagten, jener bes Klägers in ber Erwägung stattgegeben, daß bas D. L. G., indem es, der Appellation des Klägers entsprechend, ben in erster Instanz alternativ zugelassenen Ersüllungseid der Gegnerin beseitigte, die Lage, in welche der Kläger in Betreff der Processtosten durch das im Kostenpunkte unangesochten gebliebene Urtheil des ersten Richters gesetzt worden war, nicht mehr zu seinem Nach-

theile abandern burfte.

# Nr. 2813.

Unzulässigkeit der Executionssührung auf das feilgebotene, aber dem Ersteher noch nicht zugeschriebene Gut durch Gläubiger des bisherigen Besitzers.

Entig. v. 25. Juni 1867, Rr. 5247 (Abanb. ber gleichförmigen Derr. bes B. G. Riofternenburg v. 12. Februar 1867, Rr. 591 und bes O. L. G. Bien v. 24. April 1867, Rr. 7881). G. B. 1868, Rr. 20.

B erstand bei ber im Jahre 1861 stattgefundenen executiven Beräußerung das bem C gehörige Grundstud, erwirkte aber die Einverleibung seines Eigenthumsrechtes erst im Juli 1864, hatte auch von der in den Licitationsbedingniffen dem Ersteher eingeräumten Befugniß, seine Rechte aus dem Feilbietungsprototolle sogleich auf der

Realität ficherstellen zu laffen, feinen Gebrauch gemacht. Mittlerweile war schon im Jahre 1863 bem Gläubiger A bes noch immer als Eigenthumer im Grundbuche erfcheinenden C bie Branotirung und am 18. Februar 1864 - also por ber Befitanschreibung bes A vom Juli 1864 - Die executive Einverleibung bes Bfanbrechtes für eine Forberung an C, sohin auch am 2. April 1864 die executive Schätzung bes Grundes bewilligt worben. Darauf begehrte A in einem wider feinen Bersonalschuldner C und ben neuen Grundeigenthumer B gerichteten Besuche Die executive Feilbietung bes Grundes, welchem Gefuche in erfter und zweiter Inftang ftattgegeben murbe, von letterer mit ber Motivirung, bag bie Unterlaffung ber grundbucherlichen Einverleibung bes Licitationsprotofolles bem B jur Laft fällt; bag bie Pranotirung icon jur Beit ber Bergemahrung haftete und nur im Rechtswege bie Lofdung berfelben burchgeführt werben tann und überhaupt bie Bewilligung ber Feilbietung burch ben §. 6 ber faiferl. Berordnung vom 19. September 1860, R. G. Bl. Rr. 212, gerechtfertigt ericeint.

Der oberfte Gerichtshof anderte diese Entscheidungen ab und verweigerte Die Feilbietung. Denn ber fragliche Grund ift bereits im Juni 1861 im Wege ber erecutiven Feilbietung von B ale Deiftbieter erftanben worben. Als folder batte er nur bie Berpflichtung übernommen, die auf selben haftenben Schulden nach Maggabe bes Meiftgebotes zu berichtigen, und A fonnte burch bie nach ber Feilbietung erwirtte Branotirung nur Rechte auf bas Deiftgebot, fofern er nicht icon bezahlt mar, feineswegs aber auf neuerliche Reilbietung - außer bem nicht als vorhanden behaupteten Falle der Richtzuhaltung der Licitationsbedingniffe — erlangen. Bei der entgegengefesten Anficht würde man auf die Inconsequenzen gerathen, daß Riemand mit Sicherheit auf ein Reale mitbieten tonnte, indem es anderen Gläubigern bes Executen immerbin möglich bliebe, ein Bfandrecht baran zu erwirfen, bevor ber Ersteber feine Rechte grundbucherlich ficherstellen tann; ferner, bag ein erst nach ber Feilbietung eintretender Bfandgläubiger ju feiner Befriedigung tommen tonnte, mabrend manche vor ber Feilbietung icon bestandene Glaubiger megen Ungulänglichkeit bes Raufpreifes leer ausgingen. Es mare baber in ber neuerlichen Feilbietung ein offenbares Unrecht gegen B gelegen.

# Nr. 2814.

Abänderung der im Urtheile festgesetzten Sidesformel: Eutsch. v. 25. Juni 1867, Nr. 5368 (Best. des Decr. des L. G. Brünn v. 19. März 1867, Nr. 2496, Abänd. des Decr. des O. L. G. Brünn v. 8. Mai 1867, Nr. 4954). G. H. 1867, S. 335.

Der Haupteib, wovon die Berurtheilung bes Beflagten B gur Bahlung von 469 fl. an ben Rläger A abhängig gemacht war, lautete

bahin, daß B bem A für getaufte Baaren einen Rest von 469 fl. schuldig geblieben sei, und wurde dem A stillschweigend zurückgeschoben. Bei der auf die Eidesantretung desselben angeordneten Tagsahrt erNärte A, nach genanerer Durchsicht seiner Bücher gesunden zu haben, daß der Schuldrest des B nur 457 fl. beträgt und stellte das Begehren, zur Beschwörung dieser kleineren Summe zugelassen zu werden. Dagegen protestirte B, und die contradictorische Berhandlung wurde vom Gerichte erster Instanz durch Bewilligung der Bitte des A er-

ledigt, mogegen das D. L. G. Diefelbe abwies.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte ben erftgerichtlichen Befcheib mit bem Rufate, bag in Folge ber Aenberung ber Gibesformel ber im Urtheile bedingt zuerkannte Betrag um 12 fl. vermindert wird. Grunde: Die von A beantragte Faffung bes Saupteides nimmt Ginflug nur auf die Bobe ber Schuld bes B und bezwedt eine Berichtigung ber in ber Rlage enthaltenen Berechnung biefer Schuld, begiebentlich bes ber Rlage beigeschloffenen Buchauszuges. Die Berichtigung eines Rechnungsfehlers fann jedoch mit Rudficht auf §. 1388 a. b. G. B. felbst nach gefälltem Urtheile nicht verwehrt werden. Durch biefe Menberung ber Gibesjormel wird auch fein Rachtheil für B, vielmehr ber Bortheil berbeigeführt, baß fich feine Schuld an A um 12 fl. vermindert, mas als nothwendige Folge ber Aenderung in ber richterlichen Entscheidung auszudrücken mar. Durch die gefetlice Borfdrift (g. 205 a. G. D. und Sofbecret vom 17. Juli 1787, 3. G. Rr. 607, über ben gurudgefcobenen Saupteid, worauf fic bas D. L. G. in feiner Motivirung bezog), bag ber Eib fo abgelegt werben muß, wie er im Urtheile aufgetragen ift, ift nicht auch Die Unftatthaftigfeit jeder Berichtigung ber Formel nach bem ergangenen Urtheil, wenn ber Begner bamit nicht einverftanben mare, ausgesprochen; fie ift vielmehr gulaffig, wenn - wie bier - aus ber Bernehmung bes Gegnere offenbar wirb, bag bie beantragte Menberung bas Befen bes Processes in ber Rechtsfrage gar nicht berührt und bem Rechte bes Gegnere in feiner Beife abtraglich ift, ba es mit bem wirklichen Rechte nicht im Einklange fteben wurde, ben Berluft bes Proceffes darauf zu verhängen, daß die Partei einen Rebenumftand nicht zu beschwören vermag, beffen Unrichtigfeit von ibr erft nachträglich ertannt murbe und ber fich ohne Beeinträchtigung ber Gegenpartei aus ber Gibesformel befeitigen läßt.

#### Mr. 2815.

Widerruf der bereits erfolgten Annahme der Erbserklärung durch das Gericht. Einfluß der einem Mönche ertheilten Dispensation auf bessen Erbrecht.

Enisch. v. 3. Juli 1867, Rr. 5384 (Best. ber gleichförmigen Detr. bes L. G. Brünn v. 12. Murz 1867, Rr. 1406, und bes O. L. G. Brünn v. 7. Mai 1867, Rr. 4186). G. H. 1867, Rr. 377.

Die vom Abhandlungsgerichte erft angenommene Erbeerklarung bes A zum Nachlaß bes ohne Testament verstorbenen M wurde auf ben von ben anderen Successionsberechtigten erbrachten Nachweis, baß A Benedictinermönch ist, zurückgewiesen und dieser Erlaß vom D. L. G. bestätigt.

A ergriff ben Revisionsrecurs, welchen ber oberste Gerichtshof verwarf. Gründe: In formeller Beziehung tann in der Ansicht ber Untergerichte, daß die Abhandlungsbehörde berechtigt sei, ihre frühere Erledigung der Erbserklärung des A, resp. die Annahme berselben, in Folge des gelieserten Beweises seiner Erbunfähigkeit, wieder aufzuheben und die Erbserklärung zurückzuweisen, eine Nichtigkeit oder offenbare Ungerechtigkeit nicht erkannt werden, umsoweniger, als die erste Erledigung in Folge mangelhafter Nachweise und der Berschweigung von Thatsachen ergangen war und der Stand der Angelegenheit durch die Ergänzung der Erbserklärung wesentlich geändert worden ist. In morito: Benedictiner-Ordenspriester unterliegen dem Amortisationsgesetze und sind geradezu erbunfähig. Den Ordensobern steht aber nicht das Recht zu, Dispensationen von den geltenden Staatsgesetzen zu ertheilen.

### Mr. 2816.

Ablegung bes einer Gesellschaft auferlegten Eibes nach Auflösung berselben burch einen ber Gesellschafter.

Entig. v. 3. Juli 1867, Rr. 5501 (Best. bes das Decr. des S. G. Wien v. 19. April 1867, Rr. 26078, aband. Decr. des O. L. G. Wien v. 14. Mai 1867, Rr. 8758). G. Z. 1867, Rr. 79.

In einem Rechtsstreite, den A und C als gewesene Gesellschafter der aufgelösten Firma C & Comp. wider B führten, tam es auf den von "den Rlägern" abzulegenden Schätzungseid an. Sie traten ihn mit dem Bemerken an, daß A benselben schwören werde, warüber eine Berhandlung eingeleitet wurde, in welcher B gektend machte, daß Beide, A und C, den Eid angeboten, die Gerichte zweiter und britter Justanz auf den Eid ber Rläger, also Beider, erkannt

baben, die Rläger nicht mehr als Firma, die bereits erloschen war, einschritten, daß ber Betrag bes Schabens ihnen Beiben befannt fein mußte und bag A nicht auch fur C fcworen tonne. Die erfte Inftang entschieb, bag beibe Rlager gur Ablegung bes Gibes gu erfcheinen haben in Erwägung, bag einerfeits zwar beibe Rlager ben Coapungeeib rechtzeitig angetreten baben, bag jeboch bas Ertenntnig ausbrudlich befagt, bie Rlager haben ben Schapungseib abzulegen, und daß im vorliegenden Falle physische Bersonen als Rlager einschreiten, biefelben nicht als öffentliche Gefellschafter flagen, und bag in ben Sapschriften nirgends gefagt wird, bag ber Eid, ju welchem fich vielmehr beibe Rlager ausbrudlich erboten haben, nur von Ginem aus ihnen, speciell von A, abzulegen fei. Die zweite Inftang ertannte : ber Schapungeeib fei bem Gesuche gemäß von A allein abaulegen. Denn im Erkenntniffe wird ber fragliche Gib ben Rlagern nur collectiv vorbehalten, ohne bag barin bas Bort : "Beibe" angeführt und ohne daß die Person, welche den Gid abzulegen hat, benannt ericheint. Die Anslegung biefes Erkenntniffes babin, bag beibe Rlager ben obigen Schapungseid abzulegen haben, ericheint nicht gerechtfertigt, vielmehr muß es ale binreichend und bem Sinne und Beifte bes Erfenntniffes entsprechend angesehen werben, bag ber Eib von A allein abgelegt wird, weil ber ju fcmörende Schätzungseib fich auf Thatfachen bezieht, welche in die Beit der zwischen beiben Rlagern bestandenen Sandelsgesellschaft fallen, und weil jeder ber beiben Kläger die lettere zu vertreten berechtigt war.

Der oberste Gerichtshof bestätigte bie obergerichtliche Entscheisbung. "Denn sowohl nach Inhalt ber Wierklage ber A und C, wie ber früheren Klage bes B gegen Beibe, "als gewesene öffentliche Gesellschafter ber Firma C & Comp. ", haben biese gemeinschaftlich und in letterwähnter Eigenschaft bas bem Rechtsstreite zu Grunde liegende Geschäft mit B geschloffen. Seine durchgehends an C & Comp. oder an A gerichteten Briefe zeigen, daß er nur mit der Firma, und insbesondere mit A persönlich den Bertrag abschloß. Es ist demnach jeder der beiben gewesenen öffentlichen Gesellschafter, namentlich aber A berechtigt, den Betrag des den beiden Mitgliedern obiger Gesellschaft zugegangenen Schadens schadens schadens seise zu beschwören.

### Mr. 2817.

Berhandlung in possessorio summariissimo über unbefugte Ausdehnung der Servitut?

Entich. v. 3. Juli 1867, Rr. 5505 (Beft. ber gleichförmigen Decr. bes B. G. Rovigno v. 25. Jänner 1867, Rr. 842 und bes O. L. G. Trieft v. 18. März 1867, Rr. 719). Ganz. d. Trib. 1867, Rr. 23 und 24. G. 3. 1871, Rr. 18.

Auf die Rlage bes B gegen A war in possessorio summariissimo entschieden worben, baf A ben B im Befite bes Rechtes, einen großen

Bottich ("una mastella grande"), ber zwei Brunneneimer hielt, täglich mit Baffer von ber Cifterne bes A gu fullen, geftort und biefen Bafferbezug bem B ohne ferneren Wiberftand zu gestatten habe. Als nun B, ber sein Recht auf die letztwillige Anordnung bes Antors bes A grundete, anfing, fich beefelben in ausgiebigerem Dage gu bebienen, indem er täglich einen größeren, bier Gimer haltenben Bottich füllte, wurde er von A wegen biefer Ueberschreitung in possessorio summariissimo belangt. Das Gericht erfter Inftanz wies bie Rlage ab, weil die Frage nach bem größeren ober fleineren Umfange ber Dienftbarteit, bie B nach bem voraufgegangenen gerichtlichen Erfenntnik thatfachlich besitt, außer bem Bereiche bes possessorium summariissimum liegt, folglich bier nicht zu entscheiben ift. Das D. L. G. bestätigte biefes Ertenntnig und bemertte in feinen Motiven, bag B, indem er täglich einen großen Bottich Baffer aus ber Cifterne bes A icopft, von bem in ber lettwilligen Berfügung ibm eingeräumten und vom Richter im vorigen Proces ihm zuerkannten Recht Gebrauch macht; dag ber Maximalgehalt bes Bottichs, ben er füllen barf, nicht im gegenwärtigen poffefforischen Streit zu entscheiben ift, und bag bie Thatfache, bag B burch bas Schöpfen einer Baffermenge, welche bem' Behalt eines Gefäges von ber in ber Rlage bezeichneten Große entfprach, seine bisherige Ausübung bes Bafferbezuges ausgebehnt und somit ben Befit bes Rlagers gestort hat, weber aus ben Acten fich ergibt, noch burch ben vom Rlager angetragenen Beugenbeweis feftguftellen mare, wenn auch die Zeugen feine besfallfigen Anführungen vollständig bestätigten.

# Mr. 2818.

Nichtigkeit eines gerichtlichen Vergleiches wegen der beim Abschluß und der Intimirung desselben vom Gerichte begangenen Formfehler.

Entich. v. 4. Juli 1867, Rr. 4804 (Aufbeb. ber gleichförmigen Urth. bes B. G. Arzeszowice v. 30. Sept. 1865, Rr. 580, und bes D. L. G. Aratan v. 11. Sept. 1866, Rr. 10008). G. H. 1868, S. 117.

Auf die Klage des A wider B pto. Zurücktellung eines Grundsstädes tam noch vor der Einrede ein gerichtlicher Bergleich zu Stande, wonach in dem Falle, daß von drei namhaft gemachten Zeugen zwei die Behauptung des B, das Grundstüd von A gekauft zu haben, bestätigen werden, dasselbe dem B verbleiben — im entgegengesetzen Falle aber B zur Heransgabe des Grundstüdes verpstichtet sein soll. Das Ergebniß des Zeugenverhöres war dem Kläger günstig, welcher nun im Erecutionswege die Herausgabe der Liegenschaft begehrte. Der bewilligende Besicheid des Gerichtes erster Instanz wurde im Recurswege cassitt und

bem Gerichte die Fällung eines Urtheils aufgetragen, weil der Bergleich auf einen Beweis durch Zeugen einem Interlocut gleichzustellen, mithin der Gerichtsordnung gemäß ein Endurtheil zu schöpfen sei. Diesem Auftrage entsprechend entschied das Gericht über die Klage des A, welche zum Bergleiche geführt hatte, durch Urtheil zu Gunften des Klägers und das D. L. G. bestätigte auf die Appellation des B

biefe Enticheibung.

Dagegen richtete B bie außerorbentliche Revisionsbeschwerbe an ben oberften Gerichtshof, welcher in Ermägung, daß bas über ben Bergleich ber Parteien errichtete Protofoll gegen bie Borfdrift bes &. 247 ber Geschäftsorbnung für die Gerichte vom 3. Deci 1853, R. G. Bl. Mr. 81, ohne Beigiehung eines beeibeten Schrifts führers anfgenommen murbe; bag beffen Inhalt auch nicht bie Beobachtung ber im §. 193 ebenbort enthaltenen Borfchrift ergibt, wonach bas verbindliche Erflärungen ber Barteien enthaltenbe Brototoll vorläufig vorzulefen mar; daß laut ber vorliegenden Ucten ben Barteien nur die Ginfichtnahme von bem Bergleichsprototoll und bie Erhebung von Abschriften beefelben freigestellt und somit bie Borfcrift bes hofbecretes vom 18. Juni 1813, 3. G. G. Rr. 1054, außer Acht gelaffen murbe, gemäß welcher bei Erledigung bes über einen gerichtlichen Bergleich aufgenommenen Brototolles ber an bie Barteien auszufertigenben Berftanbigung ber Inhalt bes Bergleiches wörtlich einzuschalten ift; bag ber in Rebe fiebenbe Bergleich wegen biefer bie Richtigfeit besselben begrundenden Gebrechen nicht geeignet ift, bie Grundlage richterlicher Entscheidungen gu bilben - Die Urtheile ber erften und zweiten Inftang und bas gange Berfahren, mit Ausnahme bes auf Die Rlage erlaffenen Befcheibes und bes Bengenverhörsprotofolles, aufgehoben und bem Berichte er fter Inftang aufgetragen bat, jur Erstattung ber Ginrebe eine neue Tagfahrt auszuschreiben und bas weitere gesetliche Umt zu handeln.

# Nr. 2819.

Unspruch eines vorzeitig entlaffenen Lohnarbeiters auf Entschädigung?

Entich. v. 4. Juli 1867, Rr. 5341 (Best. bes bas Urth. bes B. G. Kindberg v. 30. März 1867, Rr. 2068, abänd. Urth. bes O. L. G. Graz nam 7. Mai 1867, Rr. 4098). G. H. 1867, S. 396.

B, in der Eisengewertschaft C als Exmeister für ein Jahr — vom 25. Juli 1862 bis dahin 1863 — angestellt, führte au, daß er am 2. Mai 1863 wegen Einschräntung des Betriebes aus dem Dienst entlassen wurde und daß die Gewertschaft nach §. 79 der Gewerbeordnung vom 20. Pecember 1859, R. G. Bl. Nr. 227, in

Folge biefer vorzeitigen und ohne gefetlichen Grund (§. 78 ebenbort) geschehenen Entlaffung ibm jur Bablung ber bedungenen Bochenlöhne vom 2. Dai bis 25. Juli 1863 und bes Relutums ber pertragemäßigen freien Roft und Wohnung fur benfelben Beitraum verpflichtet sei. A, welchem B seinen Anspruch cebirt bat, belangte nun mit bem Cebenten als Bertretungsleister bie Gewerkschaft auf Rablung ber Entichabigungeforberung im Betrage von 180 fl., nämlich: für 12 Bochen Lohn a 10 fl., 120 fl., und für 12 Bochen Roft und Wohnung 60 fl. Die Beklagte wenbete ein: B habe, ba er nach ber Restringirung bes Betriebes im Janner 1863 (burch Auflaffung eines Genfenhammere) ale fog. Rramrichter verwendet wurde und biefe Beschäftigung ihm nicht zusagte, ben Dienst freiwillig verlaffen, womit jeber Erfapanfpruch entfallen fei. Das Thatfachliche biefer Ginmenbung wurde, bis auf ben Umftand ber freiwilligen Aufgabe bes Dienstes, von B zugestanden, welcher auf feiner Anführung beharrte, von ber Gewertichaft entlaffen worben ju fein, und jum Beweis beffen berfelben ben haupteib auftrug. Die erfte Inftang ertannte auf Diefen haupteid und auf ben Schapungseid bes B, dag ihm burch bie Dienftentlaffung ein Schaben von 60 fl. an feinem Lobne erwachsen fei, und verurtheilte, unter ber Bedingung biefer Beweise, Die Bewerticaft bem Ceffionar A jur Zahlung bes auf 60 fl. für Lohn und auf 39 fl. für Roft und Wohnung, gufammen 99 fl., berabgefesten Rlaganspruche. Bom D. L. G. murbe bie Rlage unbebingt abgewiefen, weil in ben Fallen ber §§. 79 bie 81 ber citirten Bewerbeordnung bie Grundfate bes a. b. G. B. über Schadenerfat jur Anwendung ju bringen feien, mithin bem Rlager ber Beweis oblag, bag er einen Schaben erlitten habe, ju beffen Bergutung Die Bewertichaft berpflichtet mare. Nun habe er meber angeführt noch bewiesen, bag er burd bie Dienstentlaffung von Seite ber Bellagten am 2. Dai 1863 (welche baber auch unentideibenb ift) beschädigt worben fei; wenn ber Rlager, wie er behauptet, weber Lohn noch Roft und Wohnung betommen bat, fo liege barin teine Beschäbigung, weil er auch teine Arbeit geleiftet hat.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der zweiten Instanz. Gründe: Der Rläger, resp. sein Bertretungsleister und Cedent B hat selbst zugestanden, daß bereits im Jänner 1863 ein Seusenhammer der Gewerkschaft aufgelassen wurde und bei Entlassung von 16 daran beschäftigten Arbeitern dasselbe Schicksal auch ihn als Exmeister getroffen haben würde, wenn ihm nicht die Stelle eines Kramrichters angetragen worden wäre. Dagegen habe er später protestirt und in Folge dessen sei er am 2. Mai 1863 entlassen worden. Durch diese Angabe in Uebereinstimmung mit den anderen Beweisen ist sestgessellt, daß B mit der Auslassung des Breithammerbetriebes, in welchem er als Esmeister angestellt war, das Erlöschen seines ursprünglichen Dienstverhältnisses nach §. 81 der Gewerbeordnung

selbst anerkannt, bas neue Dienstverhältniß als Kramrichter in letter Zeit abgelehnt, hiermit seine Entlassung selbst herbeigeführt und, ba er zur weiteren Fortsetzung ber ihm obgelegenen Arbeiten nicht mehr bereit war, nach §. 1155 a. b. G. B. jeden Anspruch auf Entschädigung eigenwillig verwirkt hat. Deshalb und auch mit Bezugnahme auf die Motive des D. L. G. wurde die Entscheidung der zweiten Instanz aufrecht erhalten.

#### 9tr. 2820.

Irrige Angabe einer gesetzten Nummer in dem Lottozettel. Entsch. v. 9. Juli 1867, Nr. 5413 (Best. des das Urth. der Brütur Triest v. 21. Jänner 1867, Nr. 171, aband. Urth. des D. L. G. Triest v. 17. Abril 1867, Nr. 1431). Gazz. dei Trib. 1867, Nr. 19. G. Z. 1868, Nr. 40.

Die laut Einlagichein in ber Lottocollectur bes B gefeten Bahlen 10, 14, 47 murben gezogen. A, welchem ber Ginfeger gegen seinerzeitige Ausfolgung ber Bewinnsthälfte ben Schein cebirt hatte, melbete fich in ber Collectur um die Ausgahlung bes Terno per 144 fl., die ihm aber verweigert wurde, weil die Bahlen auf dem Einlagidein mit jenen ber Driginallifte nicht ftimmten; Lottopatent vom 13. März 1813, §. 4 (Polit. G. S. Franz I. 40. Bb. Nr. 27). Er belangte nun ben Collectanten B auf Bablung ber befagten Summe ale Schabenerfat (§§. 1294 und 1295 a. b. G. B.). Gegen ben von A producirten Ginlagichein berief fich ber Beflagte auf ben bavon abweichenden Eintrag in die Originalliste und auf ben citirten §. 4 bes Lottopatents, gemäß welchem "immer nur nach bem Inhalt ber Driginalliften allein entschieden und jedes Borgeben ber Barteien, als waren andere Bahlen gespielt worben, nicht beachtet werben tann". Der Rlager replicirte, bag mit biefer Borfchrift nur bas Berhaltnig zwischen bem Ginfeter und bem öffentlichen Aerar getroffen werbe: ber Einseger habe allerbings bas Spiel verloren, wenn gwar fein Einlagschein, nicht aber bie Originalliste bie gezogenen Bablen aufzeigt; handelt es fich aber um bie Entichabigung fur bas verlorene Spiel, Die ber Befiger eines folden Einlagideines von bem Collectanten anspricht, so beweise, umgekehrt, ber Einlagichein und nicht bie Driginallifte. Subfibiarifd erbot fich ber Rlager jum Beugenbeweis durch feinen Auctor und Cebenten, ber aber bie Thatfache, bag bie im Ginlagichein notirten Bablen von ihm gefest murben, nicht zu bestätigen vermochte - und trug folieglich bem Betlagten über ben nämlichen Umftand ben unrudichiebbaren Saupteib auf. Das Bericht erfter Inftang, welches ben B jur Bablung ber Balfte ber Rlagfumme verurtheilte, hielt bafür, bag, bem Collectanten gegenüber. bas Spiel auf die brei gezogenen Bablen burch ben Ginlagsschein vollständig bewiesen und ber bavon abweichende Bahleneintrag in ber Driginallifte auf eine Unachtfamkeit bes Collectanten gurudzuführen fei, beren Folgen aber er nicht allein, fonbern ber Rlager mitzutragen habe, weil ein Berfchulben auch feinem Auctor jur Laft falle, welcher bie im &. 4 bes Lottopatentes hervorgehobene Borficht, "Bebacht zu nehmen, bag Alles richtig in bie Driginallisten eingetragen werbe, und fich bas gange Spiel nach gefchehener Registrirung gurudfagen zu laffen", nicht beobachtet habe, weshalb ber Rlager mit bem Beflagten ben Schaben verhältnigmäßig, und awar, ba fich bas Berhältniß anders nicht bestimmen laffe, zu gleichen Theilen tragen muffe (§. 1304 a. b. G. B.). — Bom D. L. G. wurde die Rlage aus ben folgenden Gründen gang abgewiesen: Rach bem &. 4 bes Lotto= patentes muffen bie gemahlten Bablen, fo wie fie ber Spieler anfagt, in die jum Amtegebrauch aufzubemahrenden Originalliften eingetragen werben. Rach &. 5 macht ber bem Spieler auszuhandigenbe Einlagidein nur für ben eingesetten Betrag einen Beweis: es find barin außerbem die Collecturnummern, Tag und Ort ber Ziehung und bas erfte und lette Marginal, unter welchem bas Spiel in bie Driginallifte eingetragen murbe, nicht aber auch bie gespielten Bahlen ju vermerten. Wenn baber ein Lotto-Ginlagichein gleichwohl auch ben Bermert ber gespielten Bablen enthält, fo tonnen biefe Bablen nur von ber Originalliste babin übertragen, und wenn ber Einlagschein und die Originalliste barin von einander abweichen, fo tann ber Berftog nur bei ber Ueberfdreibung begangen worben fein, mithin ber Einlagschein bafür, bag die barauf vermertten Bahlen bie vom Spieler gesetten find, feinen Beweis geben. Demnach mußte ber Rlager feine Anführung, bag bie gezogenen Bahlen 10, 14 und 47 gespielt murben, auf eine andere Art, ale burch ben Ginlagichein, beweifen. Der bafür angetragene Beugenbeweis miglang ibm aber und ber irreferible Schiebseid ift ungulaffig, weil die bamit ju beweisenbe Behauptung, ohne irgendwie unterftust ju fein, vielmehr burch bie mit bem Charafter einer öffentlichen Urfunde befleibete Driginalliste wiberlegt wirb.

Auf die Revisionsbeschwerde des Klägers, worin für die erstgerichtliche Entscheidung ein Präzudiz der dritten Instanz (Entscheidung vom 20. September 1859, Rr. 10548; siehe Rr. 863 der gegenwärtigen Sammlung) angerusen wurde, bestätigte der oberste Gerichtshof das Urtheil des D. L. G. mit Bezugnahme auf dessen Motivirung und mit Hinzusügung der nachstehenden Erwägungen: Um seine Schadenersatssorderung zu begründen, mußte der Kläger auf den Widerspruch des Beklagten vor Allem beweisen, daß sein Auctor auf die im Einlagschein vermerkten Zahlen in der That gespielt hat. Mit dem Einlagschein selbst konnte er diesen Beweis nicht erbringen, weil nach den SS. 4 und 17 des Lottopatentes

ber Eintrag in die Originalliste ausschließlich seststellt, welches Spiel gemacht worden sei, alle auf das Spiel bezüglichen Fragen "nur nach Inhalt der Originallisten allein" zu entscheiden sind und der Ginlagsschein, als eine bloße Abschrift, nicht beweist, daß die darin notirten Zahlen gesetzt wurden. Da nun auch der mit dem Zeugniß des Anctors des Aversuchte Beweis dieses Umstandes ihm missungen ist, so entfällt die Annahme einer vom Kläger erlittenen Beschädigung und damit der rechtliche Grund seines Ersatzauspruches. Was endlich die in der Revisionsbeschwerde citirte oberstgerichtliche Entscheidung anbetrifft, so beruhte dieselbe auf einem andern Thatbestand und wurde für ein anderes Kronland (Benezien) mit Zugrundelegung des in demselben geltenden Gesetzes (Patent vom 22. Juni 1817 und Instruction vom 27. September 1817) getroffen, welches von den hier angerusenen Borschriften abweicht.

#### Mr. 2821.

Bücherliche Belastung eines Grundstückes mit dem Berbot ber Berschuldung und dem Gebot der Abtretung.

Entich. v. 9. Juli 1867, Kr. 5712 (Best. der gleichstemigen Decr. des B. G. Czaslan v. 5. April 1867, Kr. 2718 und des O. L. G. Prag v. 28. Mai 1867, Kr. 14635). G. H. 1867, S. 366.

Das Eigenthum an ber Liegenschaft X ift für bie B im Grundbuch mit ber Beschränfung eingetragen, daß fle biefelbe ohne Bustimmung ihres Baters nicht verschulden barf und einem ihrer Rinber erfter ober zweiter Che abtreten muß. Das Gefuch eines Glaubigers ber B um Einverleibung bes executiven Bfanbrechtes an ber besagten Liegenschaft murbe von beiben Untergerichten abgewiesen und ber bagegen ergriffene Revisionerecurs vom oberften Berichtshof verworfen, weil ein Schuldner zwar nicht burch eine von ihm felbft ausgebende Erklärung, die eigene Realität nicht zu verschulden, seinen Gläubigern bas Recht entziehen tann fich aus berfelben zahlhaft zu machen; bagegen wenn bie Realitat icon mit bem Berbot ber Berschuldung erworben wird, diese Beschränfung, an welche angleich Rechte britter Berfonen gefnupft find, gleich jeder anderen grund. bucherlichen Belaftung gewahrt werben muß; im vorliegenden Falle aber bie B, außerbem bag ibr bas Berbot ber Bericulbung obne Einwilligung ihres Baters auferlegt ift, jugleich verpflichtet ift, Die Realität einem ihrer Rinder ans erfter ober zweiter Che zu binterlaffen, mithin ihre Rinder an ber Sache ohne weitere Ginfchulbung bereits ein eventuelles Eigenthum erworben haben, bas ihnen burch bie Executionsführung bes Recurrenten nicht entzogen werben barf.

#### Mr. 2822.

Bebingte Verurtheilung bes Pfandnehmers zur Rückstellung ber Pfandsache gegen Tilgung der Pfandschuld.

Entich. v. 10. Inli 1867, Rr. 4436 (Best. bes bas Urtheil bes B. G. Kratan v. 15. Juni 1866, Rr. 7806, aband. Urth. bes D. L. G. Aratan v. 11. Dec. 1866, Rr. 7065). G. H. 1868, S. 139.

Auf die Klage des A wider B pto. Zurücktellung von verpfändeten Mobilien, welche in erster Instanz unbedingt aus dem Grunde abgewiesen worden war, weil A die Schuld von 100 fl., für welche er die Sachen verpfändete, weder dem B zurückgezahlt, noch bei Gericht niedergesegt hatte, wurde B vom obersten Gerichts-hose zur Zurückgabe der Pfandsachen gegen Zahlung der Schuld von Seite des A verurtheilt, weil mit der Tilgung der Schuld, wofür das Pfand gegeben worden, auch das Pfandrecht erlischt und der Pfandinhaber nicht befugt ist, das Pfand vorzuenthalten (§§. 469 und 471 a. b. G. B.).

### Nr. 2823.

# Aufforderungsproceß: Berühmung?

Eutsch. v. 10. Juli 1867, Rr. 4447 (Best. des Urth. des H. G. G. Wien v. 4. Der. 1866, Rr. 149588, Aband. des Urth. des O. L. G. Wien v. 10. April 1867, Rr. 4000). G. Z. 1868, Rr. 4.

Der Caffenfabritant B war mit A in offener Gefellichaft geftanben, und hatte nach Auflösung berfelben mit ihm noch mehrere Befchaftsangelegenheiten ju ordnen. Bu biefem Ende richtete B an seinen gewesenen Compagnon ein Schreiben, worin er ihm betannt gab, bag er noch eine Forberung auf Erfat ber Balfte ber Reparaturkoften zweier Caffen im Betrage von 56 fl. und 82 fl. 10 fr. ju ftellen babe, weshalb er ibm Diefelben gutbuchen wolle. Diefes Schreiben nahm A jum Anlaffe, gegen B eine Aufforderungetlage jur Darthung ber barin enthaltenen Berühmung mit einem Forberungsanspruche einzubringen und bas Begebren auf Ausführung biefes Rechtes bei sonstiger Auflegung bes ewigen Stillschweigens zu ftellen. Das Gericht erster Instanz wies ben A ab. Das D. L. G. gab bagegen bem Rlagbegehren ftatt, weil in bem Briefe nach feinem flaren Inhalte an ben Abreffaten eine Forberung gestellt werbe, umb wenn in demfelben auch fein Begehren auf fogleiche Bahlung enthalten fei, fo habe fich ber Brieffteller boch burch bie verlangte Ontbuchung und Berechnung eines bestimmten Forberungsrechtes gerühmt; es ftebe baber bem Rlager nach &. 66 a. G. D. bas Recht gu, ben Getlagten gur Ausführung biefes Rechtes aufzuforbern. Wenn es auch richtig ift, bag fich ber Geflagte biefes Rechtes nur gegen ben Rlager und nicht gegen

andere Bersonen gerühmt hat, wie der §. 66 a. G. D. zu fordern scheint, da es daselbst heißt: "Wenn Jemand sich gerühmt hat, daß ihm wider einen Dritten ein Recht gebühre 2c.", so bediene sich das Gesetz in vielen Fällen (§§. 22, 364, 1093 a. b. G. B.) dieses Ausdruckes, wo es eigentlich den Gegner darunter versteht, da nicht der undetheiligte Dritte, sondern eben nur Derzenige, wider welchen der Anspruch behauptet wird, sich hiedurch beunruhigt sühlt, weshalb das Gesetz auch nur diesen schutze.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bagegen bas Erfenntnig ber erften Inftang aus folgenden Grunden: Das Rechtsmittel ber Aufforberungeflage ift nach ber ausbrudlich beigefügten Bezeichnung : provocatio ex lege diffamari aus bem gemeinen Processe in Die öfterreicisische Civilprocefordnung aufgenommen worden und bat ben Cous wider eine benachtheiligende Rechtsberühmung jum Gegenstande, b. h. gegen Acte, wodurch Jemand fich jum Ruhme und jur Befcwerbe eines Dritten ben Beftanb eines Rlagerechtes auf eine Beife behauptet, daß biese Behauptung felbst ober die Art berfelben dem Dritten jum Rachtheile gereicht, feinen Rechtefreis beengt ober gefährdet. Eine folche Berühmung tann aber in bem von B an A gerichteten Briefe, welcher Die Mittheilung enthält, bag zwei aus ber gemeinschaftlichen Beschäftsperiode gelieferte Caffen gur unentgeltlichen Reparatur übernommen werben mußten, und worin bie Roften ber Reparatur mit bem Ersuchen befanntgegeben werben, Die Balfte berfelben bem B gutzuschreiben, nach bem gemeinen Berftanbe ber Borte in ihrem Zusammenhange und nach ber Natur ter Berhältniffe nicht gefunden werben. Auch muß jebe Ausnahme von ber Regel, bag es Bebermann freiftehe, seine allfälligen Anspruche an andere Bersonen früher oder später oder auch gar nicht im gerichtlichen Wege geltend ju machen, ftrenge bewiefen werben (Sofbecr. vom 15. Janner 1787, 3. G. S. Rr. 621, lit. c.c). Eine folche Ausnahme ift aber bier nicht vorhanden.

# Nr. 2824.

# Deffentliche Urfunde?

Entich. v. 10. Juli 1867, Rr. 5095 (Best. bes bas Urtheil bes B. G. Arzeszowice v. 8. Juni 1866, Ar. 1592, abaub. Urth. bes O. A. G. Aratan v. 20. Rov. 1866, Rr. 13486). G. H. 1868, S. 13.

Die volljährig gewordenen Kinder und Erben bes im Jahre 1841 verstorbenen M belangten ihren Stiefvater B auf Herausgabe ber väterlichen Grundwirthschaft, welche nach bem Tode bes M dem Beklagten von der Herrschaft zur Berwaltung für die damals noch minderjährigen Rläger übergeben worden sei. Zum Beweis für diefes

von B abgeleugnete Berhältnig producirten bie Rläger bas von N als Repräsentant ber Berrichaft ausgestellte Zeugnig bes Inhaltes : bag in bem berricaftlichen, von bem Beneralotonomen verfagten Inventar ber Unterthansleiftungen im Jahre 1842 bei ber ftreitigen Grundwirthschaft die Anmerkung ftebe, bag B die Bitwe bes M geheiratet bat und bie Wirthschaft für beffen Rinber verwaltet. Gegen bie Anficht ber erften Inftang, welche biefem Reugniffe Beweistraft beilegte, baben bie Obergerichte bie Rlager abgewiesen, weil - nach ben oberfigerichtlichen Motiven - jenes Beugnig lediglich ale ein Brivatzeugnig betrachtet werben muß, ba, wenn auch beffen Aussteller N wirklich als Dominicalreprafentant angesehen wird, die von ibm bezeugte Anmertung blos in einem ju Bunften ber Berrichaft verfaften Bergeichnig ber bauerlichen Giebigkeiten, mithin in einer Urfunde aufgenommen murbe, welche ohne Intervention ber Berpflichteten, namentlich bes Beflagten B, errichtet worben mar, baber über bie Besityverhaltniffe bes Letteren nicht entscheiben fann.

#### 97r. 2825.

Unzuläffigkeit der Würdigung der gegen eine bereits einverleibte Notariatsurkunde geltend gemachten Richtigkeitsgründe durch die Tabularbehörde.

Entich. v. 16. Juli 1867, Rr. 5956 (Beft. ber Decr. bes D. L. G. Brag v. 2. März 1867, Rr. 4924 und bes D. L. G. Brag v. 24. April 1867, Rr. 10445). Zeitschr. f. b. öfterr. Notariat 1869, Rr. 1.

Die C hat am 21. Marg 1860 mit ihren beiben Göhnen A und B einen Bertrag abgeschloffen, laut welchem fie bas Eigenthum ber Berrichaft X ihrem Sohne A abtrat und bas Bfanbrecht für eine jährliche Rente per 2400 fl. für fich barauf landtäflich ficherstellte. Ueber biefen Abtretungsvertrag wurde am nämlichen Tage eine Notariatourfunde aufgenommen und auf Grund berfelben bas stipulirte Eigenthume= und Pfanbrecht auf bem Gute X intabulirt. Darauf begehrte A beim 2. G. Brag ale Tabularinstanz unter Namhaftmachung mehrerer geringfügigen Formgebrechen ber Notariatenrtunbe, Die Unwirtsamerklarung berfelben, ferner die Lofdung bes für ibn intabulirten Eigenthums an ber Berrichaft, fowie bes für bie Leibrente ber C per 2400 fl. einverleibten Bfanbrechtes, endlich unter Beibringung eines anderen blos zwischen ihm und der C am 19. März 1860 abgeschloffenen Bertrages, Die Einverleibung bes Eigenthumsrechtes an der herrschaft für fich und bes Bfandrechtes ber C für eine Leibrente von nur 600 fl. jahrlich. Das L. G. hat in Erwägung, daß die Unwirksamteit einer Notariatsurfunde nur a) mittelft einer Rlage auf Ungiltigkeit ober b) als Folge einer Disciplinarverhandlung bes eingetretenen Notars (§§. 172 und 175 ber Notariatsordnung vom 21. Mai 1855, R. G. Bl. Rr. 94) oder endlich o) durch den Abschluß eines neuen Bertrages herbeigeführt werden kann (§. 920 a. b. G. B.); daß zum Ausspruche der Unwirksamkeit des zu löschenden Bertrages nach a und b das L. G. als Tabularbehörde nicht competent ist und der nunmehr zur Einverleibung vorgelegte Bertrag vom 19. März 1860 nach §. 920 a. b. G. B. als ein den intabulirten Bertrag aushebender Act nicht angesehen werden kann, weil er vor der Errichtung desselben und ohne den B abgeschlossen wurde,

bas Befuch bes A jurudgewiefen.

Das D. L. G. bestätigte biefe Entscheidung und ber oberfte Gerichtshof verwarf ben a. o. Revisionsrecurs bes A aus folgenben Grunden: Wenn auch bas Gefuch bes Recurrenten in erfter Linie auf Unwirksamerklärung bes Notariatsactes vom 21. März 1860, mit welchem ber zwischen C, als Besitzerin ber Berrichaft X und ihrem Sohne A mit Zuziehung bes zweiten Sohnes B über Diese Herrschaft bereits geschloffen gemejene, in Originalausfertigung beigebrachte und biesem Notariatsacte beigeschloffene Brivatabtretungevertrag bes nam= lichen Datume zu einer öffentlichen Urfunde erhoben murbe, wegen bes bei biefem Rotariatsacte eingetretenen Gebrechens bes &. 50, lit. d R. D. gerichtet erscheint, so ift biefes Gesuch bennoch nach feiner Wesenheit und eigentlichen Tenbeng ein Tabulargesuch, weil in bemfelben weiters um bie landtäfliche Lofdung ber auf Grund ber gebachten Urfunde intabulirten Gigenthume= und Pfandrechte, und bann, unter Beibringung einer anberen zwischen C und A ohne Bugiebung bes B über biefelbe Berricaft X errichteten Abtretungsurfunde von wesentlich verschiedenem Inhalt und von bem früheren Datum, 19. März 1860, um Intabulation ber in biefer zweiten Urkunde stipulirten Eigenthums= und Bfandrechte gebeten murbe. Es mußte fobin biefes Befuch vom 2. G. als Tabularbehörde jedenfalls in Berhandlung genommen und in Bezug auf die erfte Bitte wegen Unwirksamerklarung bes erwähnten Notariatsactes, welche Amtshandlung nicht in ben Bereich ber Tabularbehörbe gebort, abgewiefen werben. Insoweit übrigens in biefer Bitte bie Anzeige von einem bie Ungiltigfeit bes Motariateactes begrundeten Gebrechen besfelben enthalten ift, murbe von bem D. L. G., unverweilt nach erlangter Renntnig bem L. G., jeboch felbstverständlich in feiner Eigenschaft als Gerichtshof erfter Inftanz, die Amtehandlung nach §. 40 und 167 R. D. aufgetragen, beren Refultat feinerzeit ben Intereffenten befannt gegeben merben wird. Sollte nach biefem Resultate auch wirklich ber Notariatsact vom 21. März 1860 für unwirtsam erffart werben, so murbe bieburch ber rechtsförmlich und mit allen gefetlichen Erforberniffen abgeichloffene und langft rechtefraftig intabulirte Abtretungevertrag vom 21. Marg 1860 feineswegs feine Rechtsgiltigfeit, fondern nach §. 4 und 50 R. D. nur seine Eigenschaft als öffentliche Urkunde verlieren, und barum kann auch barin, daß der begehrten Löschung der auf Grund dieses Abtretungsvertrages bewilligten Eigenthums- und Pfanderechts-Einverleibung, bann der auf Grund des älteren, von dem Bertrag vom 21. März 1860 wesentlich abweichenden und die durch letzteren bereits erworbenen Rechte verletzenden Abtretungsvertrages vom 19. März 1860 begehrten Intabulation des Eigenthumes und Pfandrechtes nicht frattgegeben wurde, eine Nichtigkeit ober Ungerechtigkeit nicht erblickt werden.

#### Mr. 2826.

Mandatsproceß: Unerstreckbarkeit der Frist zur Einwendung gegen den Zahlungsbefehl.

Entic. v. 17. Juli 1867, Rr. 6115 (Aband. ber gleichförmigen Decr. bes B. G. Freiberg v. 19. März 1867, Rr. 830 und bes O. L. G. Brunn v. 30. April 1867, Rr. 4567). G. H. 1867, S. 406.

Der oberste Gerichtshof hat das in offener Frist angebrachte Gesuch des B um Erweiterung des Termines zum Anbringen der Einwendungen gegen den auf die Klage des A ihm ertheilten Zahlungsbesehl a limine abgewiesen. Gründe: Der Zahlungsbesehl wird mit der Androhung der Execution erlassen, welcher nach §. 5 der taiserl. Berordnung vom 21. Mai 1855, R. G. Bl. Kr. 95, und §. 3 der J. M. B. vom 18. Juli 1859, R. G. Bl. Kr. 130, nur mittelst der binnen 14 Tagen anzubringenden Einwendungen begegnet werden kann. Nach Ablauf dieser Frist erwächst der Zahlungsauftrag in Rechtskraft; die Erweiterung der Frist ist gesehlich unstathaft und das darauf gerichtete Gesuch von Amtswegen zurückzuweisen.

## Mr. 2827.

Berbindung der Abweisung des Fristgesuches mit der Ansordnung der Tagfahrt zur Acteninrotulirung.

Entig. v. 23. Juli 1867, Rr. 6071 (Best. des Decr. des R. G. Olmütz v. 26. April 1867, Rr. 2925, Aband. des Decr. des D. L. G. Brünn v. 21. Mai 1867, Rr. 5284). G. H. 1867, S. 377.

#### Nr. 2828.

Entschäbigung bes Curator ad actum burch Denjenigen, auf bessen Berlangen er bestellt wurde.

Entig. v. 28. Juli 1867, Rr. 6333 (Best. bes Decr. bes H. G. Wien v. 9. April 1867, Rr. 169461, Abanb. bes Decr. bes D. L. G. Wien vom 21. Mai 1867, Rr. 8852). G. Z. 1867, Rr. 72.

Abvocat A wurde auf Ansuchen ber B in seiner Eigenschaft als Substitut bes verftorbenen Bertretere eines vorlangft aufgehobenen Concurfes jum Curator ad actum mit ber Beisung bestellt, über eine von ber B ber Concursmaffe gezahlte und nicht ordnungsgemäß quittirte Summe Die orbentliche Lofdungeerflarung auszustellen. Dr. A fertigte bie Löschungserklarung aus, legte fie bem Gerichte, welches ben Auftrag ertheilt hatte und ehemals bie Concursbehörde mar, jur Genehmigung vor und bat, ber B bie Berichtigung feiner verzeichneten Expensen aufzutragen. Die erfte Inftang genehmigte bie porgelegte Lofdungeerflarung und trug die Erpenfen ber B jur Berichtigung auf. Diefe recurrirte gegen ben ertheilten Auftrag. Die zweite Instanz hob ben angefochtenen Theil bes Bescheibes auf, "weil die Ausstellung einer intabulationsfähigen Quittung nach 88. 1369 und 1426 a. b. G. B. ju ben Obliegenheiten bes befriedigten Gläubigers gehört und ber Curator bie Bergütung für feine Mühewaltung nur von ber Partei, für welche er als Bertreter bestellt wurde, in Anspruch nehmen tann". Siegegen recurrirte Dr. A und bemerfte, bag all' bas, mas etwa bom befriedigten Gläubiger gelten kann, von ihm im gegebenen Falle nicht gilt, ba er keines von Beiben fei. Da er ferner ale Curator ad actum bestellt murbe, gebe es auch nicht an, ihn mit seinen Expensen an Die Partei ju weisen, zu beren Bertretung er bestellt worden sei, ba bies eben nicht geschehen sei. Zweifellos habe er jeboch im Interesse ber B gearbeitet, Die burch ihre Sorglofigfeit bei ber feinerzeit erfolgten Rablung ber fraglichen Summe Die jest nothwendige Ausstellung einer Löschungserflarung veranlagte, beren Roften an Stempeln ic. nunmehr mobl fie, nicht aber er, Dr. A, ju tragen habe.

Der oberste Gerichtshof bestätigte bie erftrichterliche Entsicheidung "in Erwägung, daß im vorliegenden Falle die nachträgliche Löschungserklärung durch die anstandslose Annahme der früheren unsvollftändigen Quittung von Seite der Zahlerin B veranlaßt wurde, sie daher die Folgen zu tragen hat, und daß übrigens die Bestellung des Dr. A als Curator ad actum blos im Interesse der Löschungswerberin erfolgte, dieser sohin jedenfalls obliegt, die Rosten vorzusschiegen, vorbehaltlich des eventuellen Regresses an der Gegenpartei".

### Mr. 2829.

Unentgeltliche Zuruckgabe bes Pfandes im Sinne bes §. 485 St. G.

Entich, v. 30. Juli 1867, Rr. 6051 (Beft. bes bas Urth. bes B. G. Ling v. 26. Dec. 1866, Rr. 12597, abund. Urth. bes O. L. G. Wien v. 16. April 1867, Rr. 3456). G. H. 1867, S. 1867, S. 346.

A wurde von dem Strafrichter wegen ber im §. 485 St. G. bezeichneten Uebertretung gur unentgeltlichen Burudgabe ber angenommenen Pfanber verurtheilt, und murbe von bem Strafrichter feinem Souldner B ber Berfatichein jurudgeftellt, welchen biefer bem A für bas Darleben verpfanbet hatte. Run belangte A ben B auf Burudablung bes Darlebens per 12 fl., wogegen ber Beflagte einwenbete, bag er in Folge ber Berurtheilung bes Rlagers gur unentgeltlichen Burudftellung ber Pfanter, jur Bablung ber eingeflagten Forberung nicht mehr verpflichtet fei. Das Gericht erfter Instanz erkannte aus folgenden Grunden auf Abweisung bes A: Bei ber Redaction bes &. 485 St. G., welcher bem früheren, vor bem a. b. G. B. verfagten Strafgesete vom Jahre 1803 fremt mar, muß ber Gefetgeber bie Bestimmungen bes a. b. G. B. vor Augen gehabt haben. Sollte baber bem nach §. 485 St. B. Strafbaren ber Fortbestand seiner Forberung nach Restitution ber Bfanbfache an ben Schuldner gesichert bleiben, so durfte er im Sinne bes §. 467 a. b. G. B. nur jur Burudftellung mit Borbehalt ober jur Burudftellung ichlechtmeg verpflichtet werben. Der im §. 485 St. G. ge= brauchte Ausbrud "unentgeltliche" Burudgabe ift baber im Begen= fate jur entgeltlichen Burudftellung nach g. 469 a. b. G. B. (Bablung ber Schuld gegen Rudftellung bes Bfanbes) mit Sinblid auf ben §. 864 ebenbort fo auszulegen, bag ber Pfanbnehmer gur Restitution verpflichtet sein foll, ohne irgend eine Leistung von dem Berpfander fordern zu können. Sonft mußte bem g. 485 St. G. bie gezwungene Deutung gegeben werben, bag ber Gläubiger bas Bfand vorläufig ohne Entgelt jurudzustellen habe - eine Auslegung, für die jeder Anhaltspunkt fehlt, zumal der g. 485 auf die Wiederholung ber Uebertretung als Strafe auch ben Erlag bes auf bas Bfand geliebenen Betrages fest, welche Strafe aber nach §8. 240 und 241 St. S., als eine Gelbftrafe, nicht bem Berpfanber, fonbern bem Armenfond zufällt. Das D. L. G. verurtheilte ben B nach bem Rlagbegehren und motivirte feine entgegengefeste Auslegung bes 8. 485 St. G. in folgender Beise: Die Anordnung, daß der Bfandnehmer auch fein Forderungsrecht aus bem Darlebensvertrage verliert, ift im g. 485 St. G. nicht enthalten und barf baraus umsoweniger abgeleitet werben, als eine folde Ableitung geradezu gegen ben §. 1447 a. b. S. B. verftogen murbe. Die erftgerichtliche Interpretation bee 8. 485 murbe auch ju einem Biberfpruch mit ber Bestimmung bes

§. 241 St. G. führen, wonach Gelbstrafen jedesmal bem Armenfond verfallen, mahrend bei diefer Auslegung ber Berluft ber Forberung für ben Gläubiger ju Gunften bes Schuldners eintrate. Die Unhaltbarteit biefer Auslegung ergibt fich auch baraus, bag ber §. 485 nur eine Uebertretung jum Begenstand bat, worauf bie Befetgebung gewiß nicht eine ftrengere Strafe verhängen wollte, als auf bas Bergeben bes Buchers, bas im Batent vom 2. Dec. 1803, 3. G. S. Nr. 640, nicht mit ber Strafe bes gangen Berluftes bes Unspruches auf bas gegebene Darleiben bebrobt ift. Rach bem Befagten und mit Rudfichtnahme auf Die accefforische Ratur Des Bjandvertrages, der neben dem Darlebensvertrag besteht und nach §. 1343 a. b. G. B. bem Gläubiger ein neues Recht; auf Befriedigung aus ber Pfanbfache, einraumt, tann unter ber "unentgeltlichen" Burudstellung bes Bfanbes nach &. 485 St. G. eben nur bie Aufhebung bes Pfandvertrages, niemals aber auch jene bes Darlebensgeschäftes ober gar ber Berluft bes Darlebens verftanden werben.

In Ermägung, daß im Gefete, §. 485 St. G., ber Berluft ber mit bem Pfande versicherten Forderung ausbrudlich nicht ausgesprochen und erft auf ben zweiten Uebertretungsfall die Strafe des Erlages des geliehenen Betrages verhängt ift, und mit Bezugnahme auf die Motivirung des D. L. G. bestätigte der oberfte Gerichtshof

bas Urtheil ber zweiten Inftang.

# Mr. 2830.

Relicitation, erwirkt wider den Curator ad actum des versstorbenen durch Erben vertretenen Erstehers und aufrechtserhalten gegenüber der Concursmasse desselben. Berzicht des Gläubigers auf das Recht, die Relicitation zu begehren.

Entich, v. 31. Inii 1867, Rr. 6151 (Best. des das Decr. des L. G. Wien v. 31. Dec. 1866, Rr. 76105, aband. Decr. des O. L. G. Wien v. 10. April 1867, Rr. 4143). G. Z. 1868, Rr. 3.

A hatte am 29. Mai 1855 bie Theaterrealitäten in . . . im Wege ber executiven Bersteigerung als Meistbieter erstanden und hatte den Licitationsbedingnissen zusolge das Meistbot in zwei Raten erlegen sollen. Dieser Berpstichtung kam jedoch A nicht nach, sondern ließ sich von den einzelnen Satzsläubigern sogenannte Liegenlassungserstärungen ausstellen, ohne jedoch in der Folge die Zinsen dieser von ihm zur Zahlung übernommenen Satzsosten bezahlt zu haben. Im Jahre 1865 starb A, der die dahin die erstandenen Realitäten inne hatte und benutzte, und es schritt sohin die Satzsläubigerin B gegen den für die Berlassenschaft des A bestellten Curator um die

Relicitation ber von A erstandenen Realitäten, die demfelben noch nicht eingeantwortet maren, ein. Auf Ausbleiben bes Berlaffenschaftscurators bon ber jur Ausweisung ber Erfullung ber Feilbietungsbedingniffe angeordneten Tagfatung murbe bie gebachte Relicitation von bem Gerichte erfter Inftang bewilligt. Balb barauf murbe über ben Rachlag bes A ber Concurs eröffnet und bie Relicitationsbewilligung wurde mit Abmeisung ber von bem A'ichen Concursmaffevertreter bagegen eingebrachten Recurse in beiben boberen Inftangen bestätigt. Der A'iche Concursmaffevertreter brachte außerbem gegen die B eine Oppositionstlage ein, worin bas Begehren um Erfenntnig gestellt murbe : "Es finde Die fragliche Relicitation nicht ftatt", benn 1. fei für die A'iche Berlaffenfcaft mit Umgebung ber gefetlichen Erben ein Curator ad actum bestellt worben, es lagen angenommene Erbeerflarungen por und es fei fonach bie Curatelsbestellung null und nichtig: 2. babe A bereits im Jahre 1862 einen Raufschillingsausweis erstattet, worüber bie Berhandlung noch nicht beenbet sei, Die Relicitation tonne aber erft bann bewilligt werben, bis entschieden fei, daß die Licitationsbedingniffe nicht erfullt feien; 3. ftebe ber phofifche Befit und Genug ber zu relicitirenben Realitäten ber Concuremaffe gu, Die Relicitation mare baber eine feparate, unguläffige Execution gegen die Concuremaffe; endlich 4. seien die Bedingniffe ber geklagten Blaubigerin gegenüber jedenfalls als erfüllt anzusehen, benn der Rechtsvorganger ber B, nämlich C, habe mit ber Erflarung vom 10. November 1855 bem Ersteber nicht nur eine Bahlungefrift von einem Jahre eingeräumt, fondern habe fich auch einverstanden ertlärt, daß bie erstandenen Realitäten bem A gerichtlich eingeantwortet und grundbücherlich jugefdrieben werben. Das Recht ber B, bie Bieberversteigerung ju begehren, fei alfo burch biefe Erflarung erlofchen. - Das Gericht erfter Inftang erfannte: Die früher bewilligte Relicitation finbe nicht ftatt. Grunde: Da bas im §. 388 a. S. D. normirte Recht bes Glaubigers, Die Relicitation ju begehren, fich nicht auf ein Urtheil ober Bergleich, sonbern auf ben Act bes Erftehers grundet, fo muß nach Analogie bes ofd. v. 22. Juni 1836, 3. G. S. Nr. 145, bem Ersteher bas Recht eingeräumt werben, jeberzeit die Aufhebung ber bewilligten Relicitation zu begebren, wenn er barzuthun vermag, bag bas fragliche Recht bes Gläubigers burch ein ber geschloffenen Feilbietung nachfolgenbes Factum erloschen ift. Rlager flust nun fein Begehren auf Die von C ausgestellte Erflarung, worin diefer bem Ersteher bas Capital per 6000 fl. auf ein Jahr als Darleben beläßt und einwilligt, bag bie erstandenen Realitäten bem A eingeantwortet und grundbücherlich jugefdrieben werben. In Diefer unbedingten Ginwilligung bes Glaubigers und in ber Annahme bes A als Berfonaliculbner liegt eine Anertennung bes Gläubigers, bag er fich mit bem Erfteber über bie bem Lesteren nach §. 339 a. S. D. obliegenden Berbindlichkeiten geeinigt habe, somit eine Ber-

zichtleiftung auf bas Recht, bem Erfteber wegen Richterfullung ber Licitationsbedingniffe die Uebergabe der Realität zu verweigern, daber auch ein Bergicht auf bas Recht, die Relicitation zu begehren. obige Erklärung grundbücherlich einverleibt murbe, fo tann die B als Rechtsnachfolgerin bes C auch von biefem Rechte teinen Gebrauch mehr machen. - Das D. L. G. erfannte: Dem Rlagbegebren werbe nicht fattgegeben und finbe bemnach bie Relicitation fatt. Grunde: Die Relicitation stellt sich als ein Act ber Execution gegen ben faumigen Ersteber bar und will ber Lettere Die verhängte Erecution von fich abwenden, fo fteht ibm, vermag er nicht ben Gläubiger nach S. 338 a. G. D. ju befriedigen, nur jenes Rechtsmittel ju, welches bas Hfb. v. 22. Juni 1836, Nr. 145, bezeichnet. Das Recht bes Satgläubigere, die Relicitation zu begehren, grundet sich nicht auf ben Act ber Erstehung, wenn selbe auch natürlich eine nothwendige Boraussetzung fur ben Gintritt Diefes Rechtes bilbet, welches vielmehr in ber Richterfüllung ber Feilbietungsbedingniffe feinen Brund hat und burch ben erwirkten Executionsbescheib, nämlich bie Relicitationsbewilligung feinen gefetlichen Ausbrud findet. Diefer Befcheid liegt bier bor und an benfelben muffen jene Forberungen gefnupft werben, welche bas citirte Sofbecret gieht. Die bem Rlagbegebren ju Grunde liegenden Thatsachen find aber biefem Bescheibe nicht nachgefolgt, fonbern lange vorbergegangen, es bebarf baber nicht beren Gewicht ju erörtern, weil biefelben nichts entscheiben tonnen. Alle jene Grunde aber, welche in ber Berhandlung gegen die Buläffigkeit ber Relicitation auch abgesehen von der Urfunde des C sich geltend machen, haben bereits damals ihre Biberlegung gefunden, ale bie Bieberverfteigerung von den Gerichten bewilligt murbe . . . Da nun die Rlage gur Begrundung bes Begehrens fich auf Thatfachen bezieht, welche in eine Beit fallen, wo bas Relicitationsrecht ber Geflagten noch gar nicht bestand, mußte biefelbe abgewiesen werben.

Der oberste Gerichtshof bestätigte biese Entscheidung, weil 1. die Relicitation noch vor der Concurseröffnung bewilligt wurde, die Realitäten von A noch nicht eigenthümlich erworden worden, mithin, wenngleich A nach den Feilbietungsbedingnissen sofort nach geschlossener Feilbietung das Recht zum physischen Beste und Genusse erlangen sollte, noch nicht ein in seine Concursmasse gehöriges Bermögen geworden sind und deshalb deren Relicitation teineswegs als eine Separaterecution gegen die Concursmasse angesehen werden kann; weil 2. der Borgang, zusolge dessen sie Berlassenschaft des A ein Curator bestellt wurde, bereits im Recurswege, durch frühere oberstgerichtliche Entscheidung aufrecht erhalten und durch dieselbe die auch gegenüber der A'schen Concursmasse eingetretene Rechtstraft des landesgerichtlichen Relicitationsbescheides ausgesprochen worden ist; weil 3. der von A überreichte Kausschliches angebrachten Resicitations-

gesuches bereits erfolgte genehmigenbe Erledigung besselben nicht nachgewiesen werben tonnte, vielmehr mehrere Glaubiger bagegen Unftanbe erhoben, nicht als Nachweis ber Erfüllung ber Feilbietungsbedingniffe und inebefondere der Einhaltung der bedungenen Bablungefriften gelten und überhaupt die Ginreichung eines blogen Deiftgebotevertheilungsentwurfes, ohne jene Rachweife, ben Erfteber von ber im S. 338 a. G. D. bezeichneten Folge ber Bablungeversaumnig nicht befreien tann; weil 4. die Erklarung des C vom 10. November 1855 eigentlich nur bas Bugeftanbnig einer Zahlungsfrift bis 10. November 1856 enthält, baraus aber und aus feiner Buftimmung jur Intabulation bes A ein Bergicht auf bas Recht (g. 338 a. G. D.), bei verfaumter Bablung die Relicitation zu begehren, umfoweniger gefolgert werben fann, ale C für biefen Fall bie fofortige Ginforberung bes Capitals ohne Auffündigung fich vorbehalten hat; weil diese grundbucherlich eingetragene Erklarung auch die B, als Nachfolgerin bes C, in dem Recht, die Relicitation zu fordern, nicht beschränken konnte; weil an ber besagten Erklärung auch burch ben von C mit A am 7. Februar 1857 gefchloffenen Bertrag nichts geandert, fonbern nur bie Rablungsfrift nochmals, allein mit ben gleichen Borbehalten gegen bas Berfaumnig berfelben erweitert wurde; und weil endlich auch nach ber für ben Theilbetrag per 3000 fl. von bem gangen Capital am 11. April 1859 ausgestellten Ceffion und refp. ber von A beigefesten Agnoscirungeertlarung für ben Fall ber nicht punttlichen Binfenzahlung die allfogleiche Fälligfeit biefes Capitaltheilbetrages bedungen worben ift, - wonach benn, bei bem mangelnden Beweis einer bie Berechtigung ber B jum Relicitationsbegehren ausschließenden Thatfache einerseits und ber Erfüllung ber bem A obgelegenen Bablungs= verbindlichkeiten andererseits, Die Bewilligung ber Relicitation als unftatthaft nicht erfannt werben fann.

# Mr. 2831.

Gerichtliche Bestimmung ber bem Sequester gebührenden Entlohnung in nichtstreitigem Berfahren.

Entich. v. 6. August 1867, Rr. 6170 (Best. des Decr. des R. G. Rzeszow v. 11. Mai 1866, Rr. 151, theilweise Aband. des Decr. des D. L. G. Krafan v. 20. Rov. 1866, Rr. 11674). G. Z. 1867, Rr. 95.

Einige Erben hatten gegen Miterben die Sequestration eines bebeutenden in den Rachlaß gehörigen Gutes auf ihre Gesahr und Kosten erwirkt. Nach deren Beendigung bat der Sequester um Bestimmung der Berlohnung seiner Mühewaltung und der Auslagen — die er aber nicht specificirte — mit hinweisung auf den gunstigen

Erfolg bei bem Bruttoerträgniffe von ungefahr 14.000 fl., wovon bem Rachlaffe die Balfte ale Reinertrag blieb, und auf die Daner ber Sequestration von 500 Tagen. Die Sequestrationswerber beftritten feine Leiftungen und verlangten, bag er im orbentlichen Rechtswege wie ein Bevollmächtigter - bem er zufolge g. 1004 a. b. G. B. gleich zu achten sei - seine Forberungen ausweife und geltenb mache. Die erfte und zweite Inftang gingen jedoch mit ber Bestimmung ber Berlohnung vor, welche bie erfte ju 10% bes Reinertrages mit 700 fl., die zweite a 2 fl. für jeben Tag ber Dauer ber Sequeftration mit 1000 fl. bemaß, und zwar in ber Erwägung, bag bem Sequefter für bie Befchafteführung eine Berlohnung, wenn er fich berfelben nicht ausbrudlich begeben hat, gebühre, bie vom Berichte, welches die Sequestration übertragen bat, mit Ausschluß bes weitläufigen und langwierigen proceffnalifden Berfahrens zu bestimmen sei, indem fonft wohl schwerlich Jemand fich zur Uebernahme ber Sequeftration entschließen konnte, wodurch die Juftigpflege in ihrem ordnungemäßigen Bange jum Rachtheile ber rechtsuchenden Barteien aufgehalten werben mußte. Beibe Barteien ergriffen ben Reviftonerecurs, ber fowohl auf Seite bes Sequesters, welcher einen größeren, als ben in ber zweiten Inftang icon erhöhten Betrag in Anspruch nahm, ale auch auf Seite ber Erben, fofern fie neuerdings bie Berweifung bee Sequeftere auf ben Rechtsweg begehrten, ein außerorbentlicher war.

Der oberfte Berichtshof verwarf beibe außerorbentlichen Recurfe, sowie ben orbentlichen Recurs ber Erben, Die fich auch gegen bie vom Obergerichte vorgenommene Erböhung ber Riffer beschwert hatten, und bestätigte bie Enticheidung ber erften Inftang mit Borbehalt bes Rechtsweges für ben Sequester, falls er mehr als bie 700 fl. aussprechen ju tonne glaube. "Denn es tann in ber Beftimmung ber Berlohnung mit 700 fl. eine offenbare Ungerechtigkeit in keiner Beziehung gefunden werben, nämlich weber bem Sequester gegenüber, ba gar feine naberen Umftanbe über feine Leiftungen als Sequester porliegen, welche Anhaltspunkte für eine bobere Summe bieten murben, noch foviel es die Sequestrationswerber betrifft, weil icon nach ber Ratur ber Sache bei ber Sequeftration eines Gutes, bie über 16 Monate bauerte, bie ferner ein Bruttoerträgnig von 14.000 fl. und einen Reinertrag von 7000 fl. ergab, eine Bergutung von 700 fl. nicht als überfpannt, viel weniger als offenbar

ungerecht betrachtet werben fann."

#### Mr. 2832.

Fristerweiterung mit Rücksicht auf den Zeitpunkt der Recognoscirungstagfahrt.

Entich. v. 6. August 1867, Rr. 6605 (Best. des die Decr. des L. G. Wien v. 3. Mai 1867, Rr. 24222 und 24229, aband. Decr. des O. L. G. Wien v. 12. Juni 1867, Rr. 10374). G. H. 1867, S. 399.

Am 30. April überreichte ber Rläger A bas Gefuch um Anordnung ber Acteninrotulirunge-Tagfahrt, wegen ber mit 29. April verftrichenen Einredefrift. Ebenfalls am 30. April murbe vom Beflagten B ein Gefuch um Frifterweiterung gur Ginrede angebracht. Uebrigens batte B am 13. April bie Recognoscirung ber Originalien ber Rlagebeilagen begehrt und war hiezu auf ben 2. Dai bie Tagfahrt anberaumt worben, nach beren Abhaltung bas Gericht erfter Inftang gur Erlebigung ber obigen zwei Befuche fcritt, inbem es das Gesnch des A pto. Acteninrotulirung bewilligte und das Friftgefuch bes B ab- und auf ben Inrotulirungsbescheib wies. Bom D. L. G. hingegen murbe bas Gefuch bes A jurudgewiesen und auf jenes bes B eine weitere Ginrebefrift von acht Tagen bewilligt, weil B bie Recognoscirung ber Rlagebeilagen orbnungegemäß angefucht hat, barüber bie Tagfagung festgefest und auch abgehalten wurde, vorher aber bie Erftattung ber Einrebe wohl nicht erfolgen fonnte.

Auf ben Recurs bes A, welcher die Bracluston der Einredefrist durch die Ueberreichung seines Gesuches um die Acteninrotulirung urgirte, hat der oberste Gerichtshof den Bescheid bes D. L. G. aus bessen Gründen und zur Bermeidung eines Restitutionsprocesses zu bestätigen besunden.

# Mr. 2833.

Unzuläfsigkeit bes in ber Syndicatsbeschwerbe gestellten Besehrens auf Ungiltigerklärung einer richterlichen Berfügung. Entsch. v. 6. August 1867, Rr. 6657 (Ausb. des Erkenntnisses des O. L. G. Rrakan v. 30. Mai 1866, Rr. 3192). G. Z. 1869, Rr. 87.

Das Bezirlsgericht in Arzeszowice erlaubte, die dem minderjährigen A angefallene Rachlagwirthschaft X — nur auf einseitiges
Begehren der Mutter und Bormünderin, ohne daß das Gesuch vom Mitvormunde mitgesertigt oder von ihm das Gutachten abverlangt worden wäre (§. 213 a. b. G. B.) — aus freier Hand zu verkaufen, und genehmigte selbst den diesfalls abgeschlossenen Kausvertrag, ohne ihn nach Borschrift des §. 83 J. N. dem zuständigen Gerichtshose zur Genehmigung vorzulegen. Nach erreichter Großjährigkeit überreichte A eine Sundicatsbeschwerbe wider das Bezirksgericht und begehrte, daß die Genehmigungsclausel des Bezirksgerichtes, sowie die ertheilte Bewilligung zum Berkause seiner Realität behoben und eine neuerliche Berhandlung vorgenommen werde. Das D. L. G. erkannte, daß das Bezirksgericht und rücksichtlich der Bezirksrichter B für diesen gesetzwidrigen Borgang dann, wenn ein hieraus entstandener Schaben erwiesen sein wird, verantwortlich sei, und verordnete, den dem Azugefügten Schaben ziffermäßig nachzuweisen.

Der oberfte Gerichtshof bat bie obergerichtliche Enticheibung aufgehoben, ben A mit feiner Spnbicatsbeschwerbe abgewiesen und ibm freigestellt, Die Ungiltigfeiteerflarung bes gwifden ber Borminberin und bem Räufer über bie Nachlagrealität in X gefchloffenen und vom Bezirlegerichte genehmigten Raufvertrages im ordentlichen Rechtswege zu begehren. Grunbe: Die Syndicatebeichwerbe ift awar als folde bezeichnet, es geht jeboch ihr Begehren nicht babin, bag bas Bezirkegericht aus Anlag bes gesetwidrigen Borganges bei ber Approbation biefes Raufvertrages für verantwortlich erflart werbe, fondern fie ftrebt blos an, bag bie Benehmigungeclaufel bes Begirtegerichtes, sowie bie ertheilte Bewilligung jum Bertaufe ber Realität behoben werbe. Da nun die faiferl. Berordnung vom 12. Marg 1859, R. G. Bl. Nr. 46, voraussest, bag ber Erfat bes Schabens, ber einer Bartei aus einer pflichtwidrigen Amtsbandlung zugeht, gegen bas im Berfdulben befindliche Gericht begehrt merbe, Die Aufhebung eines Bertrages aber und fobin auch bes in Rebe ftebenben Raufvertrages, nur im orbentlichen Rechtswege Blat greifen tann, fo mußte bie Syndicatebeschwerbe mit bem Beifugen jurudgewiesen werben, bag ce bem Befcwerbeführer freifteht, im orbentlichen Rechtswege bie Aufhebung bes Raufvertrages ju begehren.

# Mr. 2834.

Borlage der Handelsbücher in einem wegen eines gemeinrechtlichen Anspruches und nicht vor dem Handelsgerichte geführten Processe.

Entsch, v. 6. Angust 1867, Rr. 6670 (Best. des Decr. des B. G. Bottenftein v. 28. Februar 1867, Rr. 678, Abaud. des Decr. des D. L. G. Wien v. 9. April 1867, Rr. 6013). G. H. 1867, S. 450.

A bestritt mit ber Paulianischen Rlage die von seinem Schuldner C ber Beklagten B gemachte Schenkung, mit Bezugnahme auf seine Handelsbücher, aus benen sich die Forderungen gegen C ergeben. Run verlangte die B, gestütt auf den Art. 37 des Handelsgesetzbuches, die Borlage der Handelsbücher, welche vom Gericht erster Instanz dem Kläger verordnet wurde, wogegen das D. L. G. das

Begehren ber B wegen Unanwenbbarteit ber citirten Specialbestimmung bes hanbelsgesehes in bem nicht beim hanbelsgerichte stattsinbenben über einen gemeinrechtlichen Rlaganspruch geführten Berfahren abwies.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bie erstgerichtliche Berordnung, weil die Klage bes A boch junächst sich barauf gründet, baß er gegen den Geschenigeber Forderungen habe, zu deren Beweis er sich eben auf die Handelsbucher berief.

### Mr. 2835.

Bestreitung der ehelichen Geburt eines posthumen, mehrere Jahre alten Kindes durch die Mutter: Unzulässigkeit der Abweisung der Klage a limine.

Entich. v. 6. August 1867, Rr. 6814 (Aband. ber gleich förmigen Deer. bes B. G. Hernals v. 22. Mai 1867, Rr. 10604 und bes D. L. G. Wien v. 18. Juni 1867, Rr. 10841). G. Z. 1867, Rr. 95.

Die A brachte im Mai 1867 eine Klage gegen ben Bormund ihres im Jahre 1854 geborenen Kindes B ein, worin sie geltend machte, B sei zwar acht Monate nach dem Tode ihres ersten Gatten geboren, es sei jedoch ihr jetziger Gatte der Bater ihres Kindes. Die beiden unteren Instanzen wiesen diese Klage sosort zurück, weil die im §. 159 a. b. G. B. erwähnte Frist abgelaufen sei und weil der Mutter kein Recht zustehe, die eheliche Geburt ihres Kindes zu bestreiten.

Der oberste Gerichtshof änderte diese Eutscheidung ab und versordnete die Annahme und gesetzmäßige Erledigung der Klage, "weil nach Hosb. v. 6. Oct. 1783, J. G. S. Nr. 197, b, dann Resolution v. 31. Oct. 1785, J. G. S. Nr. 489, t, der Richter sich nicht von Amtswegen in das Innere einer Klage einzulassen, daher auch nicht von Amtswegen schon über die Klage auszusprechen hat, ob die Frist zu derselben etwa verstrichen und ob der Kläger zur Anbringung berselben berechtigt sei".

# Mr. 2836.

Rechtskraft bes Executionsbescheibes ungeachtet mangelhafter Zustellung bes die Grundlage der Execution bilbenden Spruches.

Entsch. v. 7. August 1867, Rr. 6735 (Best. bes bas Decr. bes S. G. Wien v. 7. Juni 1867, Rr. 41474, ausheb. Decr. bes O. L. G. Wien v. 18. Juni 1867, Rr. 10843). G. H. 1867, E. 326.

A begehrte gegen B bie Unnullirung ber von bem Letteren wiber ihn erwirften Executionsacte, bie bis gur Bewilligung ber

Schulbhaft vorgeschritten waren, indem er nachwies, daß die wechselgerichtlichen Zahlungsauflagen, welche zum Executionsverfahren geführt hatten, ihm niemals zugestellt wurden und somit nicht rechts-

fraftig geworden maren.

Der oberste Gerichtshof wies ben A mit seinem Gesuch ab, weil er ben von B auf Grund ber Zahlungsauflagen erwirkten und ausgewiesenermaßen bem A zu eigenen handen zugestellten Bescheid, womit dem B die executive Mobilienpfändung und Schätzung bewilligt wurde, in Rechtstraft treten ließ und dadnrch, sowie durch das, sant der von ihm mitunterzeichneten Pfändungsrelation, mit dem B getroffenen Uebereintommen, daß die im Executionsversahren eines anderen Släubigers, C, wider ihn aufgenommene Schätzung derselben Mobilien auch für die Execution des A zu gelten habe, die Rechtsbeständigkeit der erwähnten Zahlungsauflagen und der Executionssssung auf Grund berselben bereits anerkannt hat.

### Mr. 2837.

Behandlung bes zur Sicherstellung einer Rente einverleibten Capitales bei ber Meistgebotsvertheilung: Unzulässigkeit selbständiger Pfändung dieses Bedeckungscapitales.

Entsch, v. 18. Augnst 1867, Rr. 6604 (Best. bes bas Decr. bes L. G. Bien v. 81. Dec. 1866, Rr. 33285, aband. Decr. bes O. L. G. Wien vom 5. Juni 1867, Rr. 8397). G. 3. 1867, Rr. 98.

Für die Z war auf bem Baufe ber X eine lebenslängliche Rente durch Einverleibung eines Capitales von 3000 fl. sichergestellt. A, ein Glaubiger ber Baubeigenthumerin, ermirfte "bie executive Pfändung und Einantwortung biefes Bededungecapitale", worauf jedoch bei ber executiven Feilbietung bes Saufes, sowie bei ber Meistgebotsvertheilung feine Rudficht genommen marb. Bielmehr marb bas Capital von 3000 fl. Niemand zugewiesen. Runmehr richtete A gegen bie ber Z unmittelbar folgenbe Pfandgläubigerin B ein Gefuch "um Ertenntniß, bag nach bem feinerzeitigen Ableben ber Rentenbezieherin Z Die 3000 fl. ibm zuzuweisen feien". Die erfte Inftang entschied zu seinen Bunften. Grunbe: "Das fragliche Capital bilbet gwar einen Theil bes Raufschillings und mare nicht ber X auszugahlen, fonbern gur Befriedigung ber Sangläubiger nach ihrer Rangordnung zu verwenden, wenn Niemand von benfelben ein Borrecht auf Befriedigung aus Diefer Boft erworben hatte. Diefes ift aber ber fall bei A, welcher in Folge bes am 1. September 1864 erworbenen executiven Bjandrechtes an diefer Boft aus berfelben und awar por allen übrigen biefer Sappoft nachstehenben Gläubigern be.

friedigt werben muß, jumal er nachträglich beim Banbelsgerichte auch bie executive Einantwortung ber Sappost erwirlte. Diefe Sappost bilbet zubem nach §8. 469, 526 und 1446 a. b. G. B. fo lange ein selbständiges Rechtsobject, als fie nicht gelöscht worden ift, baber auf biefelbe von Jebermann felbständig Rechte erworben werben tonnen, die bei Auszahlung der betreffenden Sappost berucksichtigt werden muffen (§. 455 a. b. G. B.)." Die zweite und britte Inftang wiefen ben A ab. Die Grunbe ber britten Inftang maren: "bag bas fragliche Capital feineswegs als eine ju Gunften ber X haftenbe Sappost anzusehen ift, indem es laut Grundbuchsextract nicht zu beren Gunften constituirt, fonbern vielmehr bas Bfanbrecht für ein Capital von 3000 fl. jur Sicherftellung ber ber Z gebührenben jabrlichen Rente fur bie Z einverleibt morben ift: bak biernach biefes Bebedungscapital nur als ein behufs ber Sicherstellung bes Rentenbezugerechtes ber Z ber freien Berfügung ber Realitätseigenthumerin entzogener Theil bes Realitätenwerthes angefeben werben tann, welcher einen Theil bes Raufschillings für bas verfteigerte Saus bilbet, und alfo, nach Erlofchen bes Rentenbezugerechtes ber Z, nicht ber ehemaligen Eigenthumerin bes Saufes auszuzahlen, sondern zur Befriedigung ber aus bem Deiftgebotserlofe zu berichtigenden Korberungen ber Bfanbgläubiger ber Realität zu verwenden ift".

### Mr. 2838.

Hennung ber Execution auf Verlangen bes Strafgerichtes. Entich. v. 18. August 1867, Nr. 6998 (Best. bes Decr. bes A. G. Leitmeris v. 23. April 1867, Nr. 2189 und bes O. L. G. Prag v. 4. Juni 1867, Nr. 14399). G. Z. 1867, Nr. 96.

Auf Ansuchen bes A, gegen welchen eine executive Feilbietung bewilligt war, bewilligte bas Strafgericht, bas mit ber Untersuchung über einen in bem gegen A geführten Processe vom Bertretungsleister bes Gegners B abgelegten, angeblich falschen Eid besaßt war, die Einstellung der Execution. Das D. L. G. verwarf den dagegen ergriffenen Recurs des B aus solgenden Gründen: Wenngleich das Hospecret vom 6. März 1821, J. G. S. Nr. 1743, den Civilrichter zur Sistirung des Bersahrens dis zur Entscheidung der Sache, nicht aber auch zur Sistirung der Execution ermächtigt, so gilt dieses nicht in gleichem Waße von dem Untersuchungs- oder Strafgerichte, zumal dieses nach den §§. 352, 361 und 431 St. B. D. auch über die privatrechtlichen Folgen einer strafbaren Handlung zu erkennen hat. Wird im vorliegenden Falle erkannt, daß ein falscher Parteieid geschworen worden ist, so muß der Strafrichter auch den Eid in civil-rechtlicher Beziehung für nicht abgelegt erklären und damit auch die

auf Grund diefer Boraussetzung eingeleitete Execution annulliren, wobet es keinen Unterschied macht, daß ein Bertretungsleister den Eid abgelegt hat; und es läßt somit das obcitirte Hosdecret in Bezug auf Einstellung der bis zum dritten Grade gelangten Execution bis zur rechtskräftigen Entscheidung über das Strasversahren für den Strasverichter eine analoge Anwendung und Entscheidung allerdings zu.

Der oberste Gerichtshof hielt gleichfalls das Strafgericht berechtigt, da es siber den von dem Beschuldigten zu leistenden Schadenersat zu erkennen hat, diejenigen Borkehrungen zu treffen, welche geeignet sind, den Schaden, welcher aus der strafbaren Handlung entstehen würde, zu verhindern, zumal für die Einstellung der Execution in einem solchen Falle der nämliche Grund spricht, aus welchem nachdem Hospecrete vom 6. März 1821, Nr. 1743, wegen vorhandener Berdachtsgründe einer nach dem Strafgesehe strafbaren Handlung mit dem civilgerichtlichen Bersahren innegehalten werden soll, und weil die Strafbehörde in ihrem Requisitionsschreiben an das Civilgericht wegen Sistirung der Feilbietung ausgesprochen hat, daß C des Berbrechens des Betruges durch Ablegung eines falschen Eides dringend verdächtig sei, der Meineid des freiwilligen Bertretungsleisters aber dem falschen Parteieide und nicht blos einer falschen Zeugenaussage gleichgestellt werden muß.

## Mr. 2839.

Novation burch Geben und Nehmen eines Wechsels.

Entich. v. 14. August 1867, Nr. 7076 (Best. des Arth. des H. E. Frag v. 22. Rov. 1866, Nr. 4838, Abänd. des Urth. des D. L. G. Prag v. 17. April 1867, Nr. 6202). G. H. S. 1867, S. 422.

Der vom Beklagten angebrachten Einrebe, daß die klägerische Forderung des Rauspreises für Waaren in Folge der Uebergabe eines Wechselacceptes des Beklagten an den Kläger erloschen sei, wurde vom obersten Gerichtshofe stattgegeben und demnach das Klagbegehren abgewiesen, weil mit dem Geben und Nehmen des Wechsels eine Novation der Forderung durch Umänderung des Rechtsgrundes herbeigeführt worden ist, welcher bei der Wechselsorung im Wechsel selbst liegt.

#### Mr. 2840.

Gerichtsstand des Bertrages: Begründung desselben durch Annahme der erst nach der Waarensendung überschickten, den Zahlungsort angebenden Factura.

Entsch. v. 22. August 1967, Rr. 7106 (Best. bes das Urth. bes H. G. Wien v. 8. Mürz 1967, Rr. 8352, aband. Urth. bes D. L. G. Wien vom 13. Juni 1967, Rr. 8241). G. J. 1968, Rr. 6.

In einer bei bem Hanbelsgerichte zu Wien als forum contractus anhängig gemachten Rechtssache wurde ber erhobenen exceptio fori von dem Gerichte erster Instanz stattgegeben, weil der Geklagte die die Zahlung in Wien bedingende Factura erst nach Empfang der Baaren, um deren Bezahlung es sich handelte, erhalten hatte. Das D. L. G. erkannte auf den vom Kläger ausgetragenen Haupteid über

ben Empfang ber Factura und ber Baaren.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas obergerichtliche Erfenntnig mit Beschräntung bes Saupteires auf ben Empfang ber Factura. Grunde: Wenn ber Beflagte ben Brief mit ber bie Bablung in Bien bedingenden Factura vom 30. März 1866 wirklich erhalten bat, so mußte bie unbeanständete Unnahme biefer Factura als ein flillichweigendes Einverftandnig mit ber Bedingung bes Bablungs. ortes Wien, auch wenn biefe Bedingnig nicht ichon bei ber Baarenbestellung, fonbern erft nachträglich bei ber Bufenbung ber bestellten Baare gemacht wurde, und selbst dann gelten, wenn wirklich die Factura bem Geflagten erft fpater als Die facturirte Baare juge= tommen mare; benn in bem einen wie in bem anderen Falle mare ber Geklagte berechtigt und in ber Lage gewesen, falls er sich biefer Bebingung nicht fügen wollte, bem Rlager bie Baare ju retourniren ober gur Disposition gu ftellen, und batte er etwa, noch bevor er bie von bem Rlager eben mit ber Factura befanntgegebenen Bertaufe= bedingungen tannte, bereits mit ber Baare verfügt, fo mußte umfomehr angenommen werden, daß er fich ben in ber erft zu gewärtigenden Factura enthaltenen Berkaufsbedingungen im Borbinein unterworfen haben. Demzusolge erscheint ber vom Obergerichte zugelassene Haupt= eib, ungeachtet er ben Umftanb nicht enthält, ob ber Beflagte bie besagte Kactura vor ober bei Empfang der Waare erhalten babe. noch immer entscheibend. Soweit aber ber vom Obergerichte zugelaffene Daupteid auch auf ben von bem Geklagten widersprochenen Empfang ber Baare gerichtet ift, tonnte ber Beweis biefes Umftanbes für bie Entscheidung ber Competenzfrage nicht als nothwendig, und mußte vielmehr die Ausbehnung des Eides auch auf biefen Umftend als ber Entscheidung ber Sauptsache vorgreifend erfannt werben. gemäß murbe bas obergerichtliche Urtheil, soweit es die Statthaftigteit ber exceptio fori bavon abbangig macht, daß ber Beflagte ben Nichtempfang der Factura zu beschwören vermag, bestätigt, die Eidesformel aber bem Gefagten gemäß abgeanbert.

#### Mr. 2841.

Execution zur Sicherstellung im Manbatsproceß: Pfändung und Sequestration bes dem Executionsführer bereits verpfändeten Gutes.

Entich. v. 22. August 1867, Rr. 7314 (Best. bes Decr. bes B. G. Große enzersborf v. 9. Mai 1867, Rr. 1816, Aband. bes Decr. bes O. L. G. Wien v. 2. Juli 1867, Rr. 11588. G. H. 1867, S. 439.

Im Zuge bes Berfahrens über ben Recurs bes B gegen ben von A ertheilten Auftrag zur Zahlung eines mit Hoppothek versicherten Capitals begehrte A zur Sicherstellung bie Einverleibung bes executiven Pfandrechtes auf ber verpfändeten Liegenschaft und die executive Sesquestration berfelben.

Der oberfte Berichtshof bewilligte bas Befuch. Grunbe: Der gegen einen Bablungsbefehl ergriffene Recurs bat nach &. 3 ber Berordnung bom 18. Juli 1859, R. G. Bl. Rr. 130, in Betreff ber Ertheilung der Execution jur Sicherstellung teine aufschiebende Birtung. Rach &. 4 ebenbort tonnen jur Gicherftellung Die Executionsarten: Bfanbung, Schatung und Sequestration gleichzeitig ftattfinden und bas in letterem Baragraph für ben Fall, als bie eingeflagte Forberung bereits mit einem Bfand verfichert mare, ftatuirte Erforberniß, daß bie Ungulänglichkeit Diefes Pfandes glaubwürdig bargethan werben muß, tann nur von bem Fall verftanden werben, mo der Gläubiger ein weiteres Pfand erlangen will, weil kein Grund abzuseben ift, marum ber ein Bfand icon besitzende Gläubiger ein beschränkteres Executionsrecht haben und von dem Anspruch auf Schätzung ber Pfanbfache, die im §. 7 ber faif. Berordnung vom 21. Mai 1855, R. G. Bl. Mr. 95, ausbrudlich für zuläffig erflart ift, und, bei nachgewiesenem Bedurfnig einer ergiebigeren Sicherftellung, auf bie Sequestration berfelben ausgeschloffen fein foll.

# Nr. 2842.

Berhältniß ber Wiebereinsetzung wegen schlechter Bertretung zu ber wegen versäumter Frist. Rechtskraft ber die Wiebereinsetzung versagenden Entscheidung.

Eutsch. v. 23. Angust 1867, Mr. 5767 (Best. des Urth. des B. G. Zdannef v. 20. Rov. 1866, Rr. 4272, Aband. des Urth. des S. E. G. Brünn vom 17. April 1867, Mr. 4177). G. Z. 1867, Mr. 99.

A hatte in einem Rechtsstreite wider B, in welchem ihn ein Rotar vertrat, einen Gid abzulegen. Der Notar versaumte die Frift und das Begehren um Restitution dagegen ward abgewiesen. Runmehr verlangte A Restitution wegen schlechter Bertretung. Die erste Instanz verweigerte dieselbe, weil nur schlechte Bertretung durch einen Advocaten einen Restitutionsgrund bilde; die zweite war hierin der entgegengesetten Ansicht und gewährte die Wiedereinsehung mit Anwendung der Borschriften des Hosbect. vom 6. October 1785, Kr. 477, Patents vom 1. Juli 1790, Kr. 31 und Hospect. vom 19. December 1801, Kr. 545 der J. G. S. auf den Fall notarieller Parteien-

vertretung.

Der oberfte Gerichtsbof bestätigte bas erftrichterliche Ertenntnig. Grande: Dbige brei hofbecrete fprechen nicht fur bie Bewilligung ber gebetenen Restitution, weil es sich hier lediglich um die Berfaumung einer Fallfrift handelt. Für biefen Fall aber ift bie Biebereinsetzung in ben vorigen Stand nach Beisung bes &. 372 lit. a a. G. D. angufuchen, und es tann biefe Berfaumung nicht auch als ein Grund angeführt werben, bie Restitution wegen mangelhafter Bertretung angufuchen, ba für erftere eine besondere gesetliche Borfdrift besteht, und bie mangelhafte Bertretung im Falle ber letteren Restitution nur auf bas Meritum bes Rechtsftreites fich bezieht, wohin die unterlassene Anbietung eines Beweises, unterlassene Borbringung von Einwendungen u. dgl. gehört. Es müßte sonst auch jebe Restitution zur Erftattung einer Sasschrift, jebe Rechtfertigung bes Ausbleibens von einer Tagfapung, fobald bie betreffenbe Partei von einem Rechtsfreunde vertreten war, Anlaß zur Restitution wegen manaelhafter rechtsfreundlicher Bertretung geben, mas aber ben Borforiften ber a. G. D. jumiberlaufen wurde. Mit bem Anfuchen um Biebereinsetzung in ben vorigen Stand wegen unverschulbeter Berfaumung ber Cibesantretungsfrift murbe aber jugeftanbenermagen ber Rlager bereits rechtstraftig abgewiesen, und er tann jest bieses Restitutionsbegehren unter ber gerichtsorbnungswidrigen Form ber Restitution wegen mangelhafter rechtsfreundlicher Bertretung nicht nochmale anbringen.

## Mr. 2843.

Borgang bei Benützung eines neuen Zeugen statt eines Berftorbenen.

Enisch. v. 28. August 1867, Rr. 7459 (Aband. der Decr. des B. G. Zwittan b. 21. Mai 1867, Rr. 2418 und des D. L. G. Britan v. 9. Juli 1867, Rr. 7005). G. H. 1868, S. 39.

Auf das in erfter Instanz ohne Beiteres bewilligte Gesuch des A um Zulaffung eines anderen Zeugen an Stelle des im Beiurtheil benannten, inzwischen verstorbenen Zeugen, hat das D. L. G., in Erwägung, daß zufolge Patents vom 13. September 1787, J. G.

Rr. 719 und ber hofbecrete vom 5. Juni 1795, Rr. 234, 18. Ceptember 1844, Nr. 830 und 13. Februar 1845, Nr. 868 der J. G. S. in dem vorliegenden Falle nach den Grundfaten der Restitution in ben vorigen Stand gur Beibringung neuer Beweismittel gu verfahren

ift, ben A ab- und auf bie citirten Borfdriften gewiesen.

Auf ben Recurs bes A verordnete ber oberfte Gerichtshof ber erften Inftang bie Enticheibung über beffen Befuch nach vorgangiger Anbörung beiber Barteien. Grunbe: Das Sofbecr. v. 18. September 1844, Nr. 839, erläutert ben g. 221 ber westgal. Gerichtsordnung, welcher aber nur vorschreibt, bag auf Gesuche, wie bas vorliegende bes A, Tagfatung anzuordnen und nach Bernehmung ber Parteien barüber zu entscheiben (alfo bas Gesuch weber a limine abzumeifen, noch fofort zu bewilligen) ift, ohne auf eine Wiedereinsetzung ob noviter reperts, die icon ein Endurtheil voraussest, binguweifen.

### Mr. 2844.

Beweislast hinsichtlich ber Echtheit von Urfunden.

Entich. v. 28. August 1867, Rr. 7506 (Best. der gleichförmigen Urth. des B. G. Brannan v. 1. Mai 1866, Rr. 1066 und des D. L. G. Wien vom 10. Oct. 1866, Rr. 15408). G. Z. 1868, Rr. 7.

Bur Begründung ber Rlage auf Nichtigkeit einer angeblich von bem Rlager bem Beflagten ausgestellten Schentungeurlunde, auf Grundlage welcher ber lettere bereits eine früher bem Rlager geborig gemefene Sappoft grundbücherlich erworben hatte, behauptete ber Rlager, bag die Urfunde unecht, unterschoben, von ihm weber ausgestellt, noch unterschrieben worben fei. Dies murbe vom Geflagten einfach miterfprochen und ba vom Rlager Beweife für feine Behauptung nicht beigebracht murben, fo ftritt man fich lediglich barüber, ob Rlager bie Unechtbeit ober Beflagter bie Echtheit ber bestrittenen Urfunde zu beweisen habe. Das Gericht erfter Inftang mar der erfteren Ansicht und wies ben Kläger ab. Das D. L. G. bestätigte biefes Urtheil aus nachfolgenden Grunden: Durch Die bestrittene Schenfungsurtunde, auf beren Grund bas Eigenthumsrecht bezüglich eines Betrages von 300 fl. für ben Beflagten einverleibt worben ift, murbe Letterer zweifellos und auch unbeftritten im Sinne bes Gefetes Eigenthumer Diefes Betrages. Derfelbe ift in feinem Gigenthume gu founten, und wenn ber Rlager heute behanptet, bag bie Goentungs urtunde unecht und baber ungiltig fei, muß er barüber ben Beweis führen; ber Geflagte bat gegenwärtig nicht mehr bie Berpflichtung, Die Echtheit der Urfunde ju erweisen, weil er auf Grund berfelben bereits bas Eigenthumsrecht erworben hat, und weil eben beshalb Die Urfunde auch gar nicht mehr als Beweismittel in biesem Broceffe vorkommt, weshalb ber §. 133 ber a. G. D. hier burchaus nicht anwendbar ift. Wollte ber Rläger die Ungiltigkeit der Schenkung constatiren, so mußte er solche Thatsachen anführen und selbe sofort auch erweisen, welche nach dem 17. Hauptstude des II. Theils des a. b. G. B. den Bertrag ungiltig machen; es stand dem Rläger auch bevor, die Unechtheit seiner Unterschrift darzuthun; denn diezenigen, welche auf Grund der Urkunde bereits das Eigenthumsrecht erworben haben, haben diesfalls keine Beweiseslaft.

Der oberfte Gerichtshof theilte bie Anficht ber unteren Gerichte. Die Grunde feines Erfenntniffes lauteten: Dem außerorbentlichen Revisionsbegebren bes Rlagers murbe aus ben bereits von bem D. L. G. entwidelten Grunden feine Folge gegeben, jumal nach &. 104 ber a. G. D. berjenige, welcher eine Thatfache anführt, schuldig ift, folde ju erweifen. Da nun ber Rlager fein Rlagrecht auf Die Behauptung grundet, bag bie fragliche Schenfungeurfunde unecht und unterschoben fei, fo ift auch jebenfalls bem Rlager obgelegen, ben Beweis feiner Behauptung herzustellen. Rachbem er benfelben nicht erbracht hat und feine Berufung auf ben §. 133 ber a. G. D. offenbar unrichtig ift, weil biefe Befetesftelle ben fall bor Augen bat, bag Jemand eine Urfunde beibringt, aus welcher er ein Recht für fich ableitet, biefer Fall aber hier nicht eintritt, weil nicht ber Beflagte, fonbern ber Rlager bie Schenfungeurfunde beigebracht bat, ber Geflagte baber auch nicht ben Beweis ihrer Echtheit zu liefern verpflichtet ift, fo ift bie Abweifung bes Rlagers gang gefemußig erfolgt.

## Nr. 2845.

Unzulässigkeit der Prüfung der Rechtskraft des wegen einer Bermögensübertragungsgebühr ergangenen Auftrages durch die Grundbuchsbehörde.

Entich. v. 28. August 1867, Rr. 7508 (Best. der gleichförmigen Decr. des B. G. Hernals v. 8. Mai 1867, Rr. 8980 und des D. L. G. Wien vom 9. Juli 1867, Rr. 12282). G. H. 1867, E. 371.

Das Steueramt hernals begehrte auf Grund eines an B erlaffenen Auftrags zur Zahlung einer Eigenthumsübertragungsgebühr von 451 fl., welcher mit der vom besagten Steueramt beigesetzen Bestätigung der Rechtstraft versehen war, die Intabulation des executiven Pfandrechts bei dem hans des B. Das Gesuch wurde von beiden Untergerichten bewilligt, vom D. L. G. mit Berufung auf die vorerwähnte amtliche Bestätigung der Rechtstraft der Zahlungsauflage. Dagegen recurrirte B, weil er gegen den Zahlungsauftrag den Recurs ergriffen hatte und darüber noch nicht die Erledigung ersolgt ift,

mithin ber Zahlungsauftrag die Rechtstraft nicht bestritten habe und baher nach ber Justizministerialverordnung vom 13. December 1852, R. G. Bl. Nr. 256, die begehrte Intabulation nicht bewilligt werden burfte.

Der oberste Gerichtshof verwarf ben Recurs, weil mit Rudsichtnahme auf bas Motiv bes D. L. G. und bei dem Umstande, daß
bie vom Geset vorgeschriebenen Ersordernisse der Intabulation vorhanden waren, und daß die Grundbuchsbehörde auf die Prüfung
ber Richtigkeit der steueramtlichen Bestätigung der Rechtstraft des
Zahlungsauftrags sich nicht einlassen kann, sondern der Recurrent sich
diessalls an die Finanzbehörde zu wenden hatte, in den angesochtenen Entscheidungen der Untergerichte eine offenbare Ungerechtigkeit nicht
zu erblicken ist.

#### Mr. 2846.

Bermuthete Bollmacht des zum Berkauf Bestellten zum Empfang der Zahlung.

Entig. v. 3. Sept. 1867, Nr. 7698 (Beft. bes Urth. bes H. G. Prag vom 18. April 1867, Nr. 1838, Abänd. bes Urth. bes O. L. G. Prag vom 8. Juli 1867, Nr. 11806). G. Z. 1868, Nr. 10.

A begehrte von B die Zahlung einer Restschuld per 50 fl. Der Betlagte wendete bie einem Labendiener bes Rlagers geleiftete Bahlung ein. Der Kläger wibersprach biese Bahlung und bas Manbat bes Ladendieners jum Gelbempfange, wogegen Beklagter erinnerte, bag bie Geftattung bes Bertaufes von Baaren nach §. 1030 a. b. 3. B. ber Bermuthung Raum gebe, bag bas bagu bestellte Individuum auch zur Empfangnahme ber Zahlung bevollmächtigt mar. Das Gericht erfter Instanz erkannte auf ben bem Rlager über bie Rablung aufgetragenen Saupteib. Das D. L. G. verurtheilte ben Be-Klagten unbedingt nach dem Rlagbegehren, weil eine gesetliche Bermuthung für die Bevollmächtigung bes vom Beflagten nicht naber bezeichneten Labendieners bes Klägers zur Annahme ber Bahlung nicht streitet und vielmehr nach §. 1008 a. b. G. B. eine besondere Bollmacht erforbert wird, welche aber bier nicht vorliegt, indem Beklagter gar nicht behauptet, daß das in Rebe stehende Individuum mit ber Berwaltung bes Rauflabens bes Rlagers betrant, ober bag bemselben vom Kläger der Waarenverkauf gestattet worden war (§§. 1027 und 1030 a. b. G. B.) und baber bie Bablung, wenn fie auch flattgefunden hatte, nicht als eine giltige und rechtswirtsame angesehen werben fann (g. 1424 a. b. S. B.).

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas Urtheil ber erften Inftang, weil ber vom erften Richter zugelaffene Gib allerbings entschenb

erscheint, indem zu vermuthen ist, daß ein Individuum, welches zum Berkaufe von Waaren bestellt ist, auch berechtigt sei, Geld in Empfang zu nehmen, und weil Kläger um so minder einen Grund hat, sich gegen die Sideszulassung zu beschweren, als dadurch die Entscheidung seinem eigenen Gewissen übertragen wird, nachdem er selbst vorher sie brieflich dem Gewissen des Beklagten überlassen hatte.

## Nr. 2847.

Benennung neuer Zeugen statt der schon vor dem Interstocut verstorbenen; Stellung des Antrages nach Ablauf der Beweisantretungsfrist.

Entsch. v. 5. Sept. 1867, Nr. 7375 (Best. des das Decr. des B. G. Hallein v. 18. April 1867, Nr. 285, aband. Decr. des O. L. G. Wien v. 16. Juli 1867, Nr. 8501). G. H. 1868, S. 158.

Durch bas bem Kläger am 24. November 1866 zugestellte Beiurtheil vom 20. October war berselbe zu einem Zeugenbeweis zugelassen worben, ben er am 9. December antrat. Der mit ber Zeugenvorladung beauftragte Gerichtsbiener machte die Anzeige bes bereits im Jahre 1862 eingetretenen Todes von zwei ber abzubörenden Zeugen, an beren Stelle nun der hiervon am 17. December verständigte Kläger mit Gesuch vom 27. December andere Zeugen namhaft machte und deren Bernehmung begehrte. Der Beslagte protestirte dagegen, weil die Zeugen, an deren Stelle der Kläger die neuen Zeugen seigen will, nicht "in der Zwischenzeit" (§. 221 westgal. G. O.), sondern bereits vor dem Interlocut verstorben waren und weil, davon abgesehen, der Kläger die Zulassung der substituirten Zeugen erst nach Berstreichung der Beweisantretungsfrist begehrt hat (§. 221 westgal. G. O.).

Der oberste Gerichtshof hat diese Einwendungen abgewiesen und das Gesuch des Klägers bewilligt, und zwar in Erwägung, daß es nach dem Geiste des §. 221 westgal. G. D. wohl nur darauf ansommen kann, ob die durch das Beiurtheil zugelassenen Zeugen vor ihrer Abhörung verstorben sind, und daß die Beweisantretungsfrift, innerhalb der die Zulassung anderer Zeugen begehrt werden soll, selbstverständlich nur von dem Zeitpunkt, in welchem der Tod der durch das Interlocut zugelassenen Zeugen der Partei bekannt wurde, berechnet und als dieser Zeitpunkt hier nur der Tag der Zustellung

bes Beicheibes bom 17. December angefeben merben tann,

## Mr. 2848.

Bora ussehungen ber provisorischen Sequestration bes Streitobjectes.

Entich. v. 5. Sept. 1867, Rr. 7839 (Best. bes bas Decr. bes B. G. Rennstirchen v. 24. Mai 1867, Rr. 2236, aband. Decr. bes O. L. G. Wien vom 10. Juli 1867, Rr. 11820). G. H. 1867, S. 159.

Das grundbücherlich bem verftorbenen M und feiner Chefrau B zugeschriebene Gangleben Rr. 34 zu X foll laut Chepacten und Testament bes M nach beffen Tob gegen Zahlung von 3000 fl. und Leiftung bes Ausgebings an die Bitme, bem A gufallen. Bon ber Bitme murbe bie ermahnte Berfügung angefochten, und bor ber Entfceibung biefes Broceffes begehrte A bie provisorifche Sequestration bes von ber B bewirthichafteten Ganglebens unter Anführung, bag fie turch Bolgichlag ten Werth ber Liegenschaft fomalert. Die in erfter Inftang mit Berufung auf §. 347 a. b. G. B., §. 127 bes Batents vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208, und §. 293 a. G. D., gegen Caution bewilligte Sequestration murbe vom D. L. G. abgeschlagen und ber oberfte Berichtshof bestätigte bie obergerichtliche Berordnung, in ber Erwägung, daß ber vom §. 127 (Abf. 1) bes Batente vom 9. August 1854 vorausgesette Fall bier nicht vorliegt, weil es fich nicht um bas Erbrecht jum Nachlaffe bes M, fonbern um bas auf bie Chepacte geftutte Recht bes A gur Uebernahme bes Sequestrationsobjects gegen hinauszahlung von 3000 fl. und Leiftung bes Ausgebings an bie Witme handelt; bag ber §. 292 a. G. D. außer Anwendung bleibt, weil bort vorausgefest ift, bag tein Theil fich im Befit befindet, hier aber Die Witme im thatfachlichen Besit und fogar Miteigenthumerin ber Liegenschaft ift: baß endlich ber Sequestrationswerber auch nicht, wie ber §. 293 a. G. D. voraussest, als Rlager Die ju jequestrirende Liegenschaft in Anspruch genommen, noch bie Befahr bes Entgange ober ber Entwerthung nachgewiesen bat.

## Mr. 2849.

Execution auf eine Staatsobligation, wegen welcher die Amortifirung eingeleitet ift.

Entsch. v. 12. Sept. 1867, Rr. 7774 (Best. ber gleichförmigen Decr. bes H. Bien v. 15. Juli 1867, Rr. 66364 und bes D. L. G. Wien v. 6. Angust 1867, Rr. 14018). G. B. 1867, Rr. 98. G. H. 1868, S. 74.

A erfuhr, daß sein Schuldner B um die Amortisirung einer Nationalanlehens-Obligation angesucht habe, und erwirkte die gerichtliche Pfändung dieser Obligation durch Bormerkung bei der Staats-

schulbencaffe, bamit feinerzeit bie neue Obligation nicht an ben Souldner ausgefolgt werbe. Run fuchte er aber anch um die erecutive Feilbietung ber Obligation und als biefe nicht bewilligt marb. um Die executive Schatung ber Anspruche an, welche feinem Schuldner auf die in ber Amortifirung begriffene Obligation gufteben. Die erfte Inftang wies ihn biermit neuerlich gurud, weil bie Bfanbung nicht auf diese eventuellen Ansprüche, sondern auf die zu amortifirende Obligation felbft und rudfichtlich auf bie nach burchgeführter Amortifirung an beren Stelle tretenbe neue Obligation bewilligt murbe; überdies auch ein eventueller Anspruch, als berzeit noch nicht beftebend, fein Object ber Execution fein tonne. Auch ftebe bie bier angestrebte Executionsführung mit ber für bie Execution von Staats. fouldverfdreibungen bestehenden gefetlichen Borfdrift (Sofbect. vom 24. Janner 1844, 3. G. S. Nr. 778) im Wiberspruche. Das D. 2. B. wies ben gegen biefen Befcheid ergriffenen Recurs gurud, weil ber Recurrent nicht zu behaupten vermag, bag zu Bunften feines Schuldners bermalen ein Anspruch auf Ausfolgung einer neuen Obligation und neuer Coupons besteht, welcher erst bann eintritt, wenn bie Bedingungen gur befinitiven Amortifirung vorhanden find. Diele hat aber Recurrent nicht nachgewiesen, und ift es auch ungewiß, ob biefelben je eintreten werben. Der Schuldner bat baber bermalen nur eine hoffnung, neue Coupons und eine neue Obligation au erlangen. Dieje hoffnung mar aber nicht Gegenstand ber Bfanbung: auch fehlen alle Unhaltspunfte ju ihrer Schätzung und Feilbietung. Der Recurrent hat durch die Bormerfung feines Pfandrechtes bei ber Staatsiculbencaffe alle berzeit möglichen Erecutionerechte erlangt und erft wenn die neue Obligation ausgefertigt fein wird, mag er zufolge bes ihm baran gutommenden Pfanbrechtes fich aus bem Bertaufe berfelben gablhaft machen; bermal aber liegt fein weiterer Begenftanb vor, ber von bemfelben gepfandet, geschätt und feilgeboten werben fonnte.

Den gegen biefe gleichlautenden Enticheidungen der beiden erftrichterlichen Instanzen ergriffenen außerordentlichen Revisionsrecurs
wies der oberfte Gerichtshof als gang unbegründet jurud.

# Mr. 2850.

Berurtheilung zum Ersatz ber Kosten bes vor der ersten Tagsahrt durch Rücktritt von der Klage beendeten Bersahrens. Entsch. v. 12. Sept. 1867, Kr. 7929 (Aush. der gleichförmigen Decr. des B. G. Biellis v. 27. Mai 1867, Kr. 3816 und des O. L. G. Brünn v. 3. Juli 1867, Kr. 7076). G. H. 1868, S. 416.

Das Gesuch bes B um Zuerkennung bes Ersages ber burch bie Besithtorungstlage bes A ihm verursachten Koften wurde von beiben

Untergerichten ab- und B auf den ordentlichen Rechtsweg gewiesen, weil A noch vor dem Berhandlungstag von der Rlage gurud-

getreten mar.

Der oberste Gerichtshof hat mit Aushebung ber untergerichtlichen Decrete bem Gerichte erster Instanz ausgetragen, im Nachhang
zu seinem Bescheid, womit es ben Rüdtritt bes A von der Rlage
ben Parteien kundgegeben hat, über den Rostenersatzanspruch des B
zu entscheiden, weil dem Beklagten auch in dem Falle, wenn der
Rläger noch vor der Tagsahrt zurücktrat, Kosten erwachsen sein können, deren Ersatz dem Letzteren nach §. 399 a. G. D. obliegt
und deren Liquidirung nicht erst zum Gegenstand einer besonderen
Rlagesührung zu machen ist.

## Mr. 2851.

# Roften ber Eidesablegung.

Entig. v. 12. Sept. 1867, Nr. 7945 (Best. bes Decr. bes B. G. Schwechat v. 23. März 1867, Nr. 1451, Aband. des Decr. bes D. L. G. Wien vom 16. Juli 1867, Nr. 12597). G. Z. 1808, Nr. 7.

## Mr. 2852.

Rangordnung der Kosten der Relicitation.

Entig. v. 12. Sept. 1867, Rr. 7990 (Abanb. ber gleichförmigen Decr. bes B. G. Alosternenburg v. 17. Inni 1867, Rr. 1560 und bes O. L. G. Wien v. 30. Juli 1867, Rr. 13665). G. Z. 1868, Rr. 13. G. H. 1868, E. 44.

A hatte bie executive Feilbietung einer Liegenschaft erwirft und babei in bie Bebingungen aufgenommen, bag, falls ber Erfteber bie Rablungefriften nicht einhalten wurbe, fein Babium zu Gunften ber Dypothekargläubiger verfallen fein und die Relicitation auf beffen Roften und Befahr erfolgen folle. Beil ber Erfteber wirklich außer bem Babium nichts am Meistigebote berichtigte, erwirkte A bic Relicis tation und bat nach beren Bollzug um Bestimmung und Erfolglaffung ber Roften ber Relicitation, indem auf feine Forderung an Capital nichts entfalle. Es wurden bie anderen Gläubiger vernommen, von benen zwei fich ber Erfolglaffung wiberfetten, weil bas Babium in ben Bedingungen ausbrudlich ben Spothetarglaubigern war jugewiesen worben, Die Relicitation auf Roften bes Erftebers ju geschehen batte, baber biefe Roften nicht aus ber Executionsmaffe beftritten werben burfen, fondern A fich diesfalls an ben Erfteher halten muffe. Die erfte Instanz wies bas Gesuch ab wegen ber obigen von ihm ausgegangenen Licitationsbedingniffe bezüglich bes Babiums und ber Relicitationskosten, und weil es Sache bes A gewesen wäre, die Bedingungen berart festzuseten, daß vor Allem die Relicitationskosten aus dem verfallenen Badium zu berichtigen seien; weil endlich Bittssteller auf den §. 1037 a. b. G. B. sich nicht berufen kann, indem er mit der Relicitation kein fremdes Geschäft, auch nicht um den Ruten eines Dritten zu befördern, und dei dem ungünstigen Aussfalle der Relicitation auch nicht zum klaren überwiegenden Bortheile geführt hat. — Das D. L. G. bestätigte diese Entscheidung, weil der Bertheilung der Executionsmasse, welche als Ein Act von der Realinstanz zu versügen ist, die Liquidirung der einzelnen Forderungen voranzugehen hat, daher nicht auf Einschreiten eines einzelnen Gläubigers, dessen Forderung noch nicht liquidirt ist, mit einer Exsolglassung aus der Executionsmasse vorgegangen werden kann, übrigens dem A vorbehalten bleibt, seine vermeintlichen Ansprüche bei der Berbandlung über die Bertheilung des Weistgebotes zur Geltung zu bringen.

Der oberfte Berichtshof verordnete bie Liquidirung und Erfolglaffung obiger Roften. Denn 1. ift die Relicitation nur eine Erneuerung ber früheren Feilbietung und, sowie biefe, bas nothwendige Mittel, um die Bfanbfache jur Befriedigung ber Glaubiger geeignet au machen. 2. Die biesfälligen Roften find baber folche, welche jeber Blanbiger nach bem Gefete hatte machen muffen, um jur Bablung feiner Forberung ju gelangen, weshalb in Bemagheit bes §. 1040 a. b. G. B. und bes Sib. vom 19. Nov. 1839, 3. G. S. Nr. 388, biefe Roften vor allen anderen Forberungen aus bem Raufpreise gu aablen find. 3. Das erledigte Babium ift nur ein Theil bes bei ber Relicitation erzielten Deiftgebotes, tann baber allerdings für bie Roften ber Feilbietung in Anspruch genommen werben. 4. Der Umfand, baf in ben Bebingungen ber erften Reilbietung bie Bebingung. bag bie Roften einer etwaigen Relicitation por Allem aus bem Babium au berichtigen feien, nicht erscheint, ift gang unentscheibend, weil nach bem Obigen bas Babium nur ein Theil bes Raufschillings ift, aus bem A vor Allem fich wegen gebachter Roften erholen tann. 5. hat berfelbe burch bie Bestimmung, bag bas Babium ju Gunften ber Spothetargläubiger verfalle und Die Relicitation auf Roften bes früheren Erftebere erfolgen murbe - welch' letteres fich von felbft verfteht (g. 338 a. G. D.) - feineswegs auf fein Recht, biefe Roften aus bem zu erzielenben neuen Erlofe zu erhalten, verzichtet. und obiger Berfall tann wohl nur babin verftanden werben, bag nicht ber faumige Erfteber, wenn bei ber neuen Feilbietung ein gleicher ober noch boberer Breis als ber von ibm zu zahlende erzielt wurde, einen Ansbruch auf bas Babium haben, fonbern bag biefes jum neuen Meiftgebote hinzugefchlagen werben folle. 6. Endlich find alle Intereffenten bereits vernommen worden und braucht Bittfteller nicht auf eine neuerliche Berhandlung mit felben gewiesen zu werben.

## Mr. 2853.

Unzuläffigkeit ber Bestellung einer Hopothek an einer fiteis commissarischen Substitution.

Entsch, v. 12. Sept. 1867, Nr. 8043 (Best. der Decr. des L. G. Wien v. 21. Mai 1867, Nr. 27366, und des O. L. G. Wien v. 23. Juli 1867, Nr. 12941). G. Z. 1867, Nr. 94.

M hat seinen Bruber als Erben eingesett und zwei Reffen bemfelben fibeicommiffarifch substituirt. Die Erbichaft murbe bem Fibuciar eingeantwortet und bas Testament bes M jur Sicherftellung bes Restitutionsanspruches ber Nacherben im Grundbuche bei ben Liegenschaften bes Nachlaffes eingetragen. B, einer ber fibeicommiffarifchen Erben, welchem A Crebit bis ju 30.000 fl. eröffnet batte, bestellte nun bemselben für diese Summe eine Spothet an feinem einverleibten "eventuellen" Substitutionerecht und A begehrte unter Borlage ber Bfanbbestellungeurfunde bie Gintragung im Grundbuche, melde von beiten Untergerichten aus tem Grunde verweigert murbe, "weil bie blos eventuellen Uniprude, welche bem B aus ber haftenben Substitution möglicherweise zutommen tonnen, berzeit fein Begenstand einer grundbücherlichen Belaftung find". Dagegen ergriff A ben Revisionerccure, in welchem er ausführte, 1. bag mit bem Erbicaftsantritt tes Fiduciars bie Bebingung, unter ber B jur Erbichaft (nach:) berufen wurde, erfüllt, daß fomit bermalen beffen Erbrecht ein zwar betagtes (bis jum Tobe bes Kibuciars binausgeschobenes) und infofern funftiges, allein ein unbedingtes, feftes und vererbliches Recht und, soweit es burch ben Gintrag bereits fichergestellt ift, sogar ein gegenwärtiges Recht fei; 2. bag, felbft wenn bas Substitutions. recht bes B ein noch bedingtes, ein eventuelles Recht in biefem Sinne ware, basselbe nichtsbestoweniger Gegenstand privatrechtlichen Berkehrs und barum einer giltigen Berpfändung fahig fei (§. 448 a. b. 3. 3.).

Der oberfte Gerichtshof verwarf ben Recurs, weil die Ansprüche bes B aus ber von M lettwillig angeordneten Substitution erft mit bem wirklichen Eintritt des Substitutionsfalles zur rechtlichen Existenz gelangen können, der Substitutionsfall aber noch nicht eingetreten ist, mithin die angesochtenen Entscheidungen der Untergerichte als voll-

tommen gefetlich ertannt werben muffen.

## Mr. 2854.

Zuständigkeit zur Bornahme ber Bergleichsversuche vor ber Ehescheidung.

Entsch, v. 12. Sept. 1867, Rr. 8045 (Best. ber gleichförmigen Derr. bes L. G. Wien v. 18. Juni 1867, Rr. 32351, und bes O. L. G. Wien vom 23. Inli 1867, Rr. 13245). G. Z. 1868, Rr. 8.

Eine in Jaroslau wohnhafte Ifraelitin brachte gegen ihren in Wien wohnhaften Gatten auf Grundlage eines Zeugniffes bes Rabbinere von Jaroslau, in welchem bestätigt murbe, bag er fie fruchtlos ermahnt habe, von ber beabsichtigten Scheidung von ihrem Satten abzusteben, bei bem Wiener L. G. eine Rlage mit ber Bitte ein, ju erfennen, die Scheidung von Tifch und Bett zwischen ben Cheleuten finde ftatt. Alle brei Inftangen haben bas Gefuch a limine abgewiefen. Grunde bes oberften Gerichtshofes: Die nach Beifung bes 5. 132 des a. b. G. B. hier in Unwendung tommenden allgemeinen Borfchriften fur eine Scheidung von Tifch und Bett lauten in ben 88. 104 bis 110 a. b. G. B. babin, bag ber Richter ein barauf bezügliches Befuch nicht annehmen barf, wenn ihm nicht bas Beugniß bes Geelforgere über ben breimaligen Bergleicheverfuch vorliegt, wonach erft (§. 107) bas Bericht feine Amtethatigfeit ju beginnen bat; bas beigebrachte Beugniß ift aber nicht von bem Geelforger in Bien, ber nach bem Bohnorte bes Gatten auch für Die Gattin ber guftanbige ift, ausgestellt, und enthalt nicht bie Bestätigung, bag bie Berfuche ju brei verschiedenen Dalen gemacht murben und fruchtlos blieben.

## Mr. 2855.

Cession des Restitutionsanspruches des sideicommissarischen Substituten vor Eintritt des Substitutionsfalles: Umfang derfelben.

Entich. v. 18. Sept. 1867, Rr. 6388 (theilweise Aband, ber Urth. des L. G. Riagensurt v. 6. Rov. 1866, Rr. 7415 und des O. L. G. Graz v. 2. Mai 1867, Rr. 4523). G. H. 1868, S. 11.

Die M setzte die N als Erbin ihres Bermögens mit der Berbindlichkeit ein, dasselbe nach ihrem Tode dem B und seinem Sohne zu hinterlassen. Die M starb im Jahre 1857; darauf cedirte B der A alle Rechte, die ihm aus dem Testamente der M zustanden. Sodann starb der Sohn bes B und endlich die N. Nun trat die A mit einer Klage gegen B auf Zahlung von 6000 fl. als Ersas für die ihr cedirten Erbrechte auf, weil er die ganze durch den Tod seines Sohnes ihm allein angesallene, rücksichtlich zugewachsene Berlassenschaft in Besitz

genommen und barüber anderweitig verfügt, selbe aber ben Werth von 6000 fl. gehabt habe. B bestritt die Giltigkeit der Cession, da ber §. 879, Punkt 4 des a. b. G. B. jeden Bertrag als ungiltig erklärt, wodurch eine Erbschaft, die man von einer dritten Person hofft, noch bei Lebzeiten derselben veräußert wird; jedoch wendete er nicht ein, daß er nur seine und nicht auch seines Sohnes Erbrechte abgetreten habe. Das Gericht erster Instanz erkannte nach dem

Rlagbegehren, welches vom D. L. G. abgewiesen murbe.

Der oberfte Berichtshof verurtheilte ben Beflagten gur Bahlung bon 3000 fl., b. i. bie Salfte ber Rlagfumme. Grunde: Ein Recht auf die Berlaffenschaft ber M ift bem Geflagten allerdings icon burch ben Tod berfelben erwachsen und somit angefallen, nämlich nach SS. 608 und 613 a. b. G. B. bas Recht, von ber eingeseten Erbin N zu verlangen, bag biefe bie ihm von ber Erblafferin gugebachte Salfte ihres nachlaffes nach §§. 504, 507 und 508 a. b. 3. B. in ber Substang ungefchmälert hinterlaffe. Der Bellagte fonnte amar mit ber ibm jugebachten Bermögenshälfte bei Lebenszeit ber N nicht verfügen, nichts bavon veräugern ober verpfanden; aber bas ibm icon burch ben Tob ber M angefallene, wenngleich burch bas Borfterben ber Fibuciarerbin bedingte und beshalb hinfictlich ber Realifirbarteit ungewiffe Recht tonnte er, fowie es ibm guftand, gleich jebem anberen Rechte nach §. 878 a. b. G. B. auf Die Rlägerin burch Ceffion übertragen; benn es murbe baburch nichts Unmögliches, nichts Unerlaubtes jugesichert. Der Fall bes &. 879, Buntt 4, tritt bier nicht ein, benn es banbelte fich bei ber Ceffton nicht um eine Erbichaft, bie ber Beflagte von ber bamale noch am Leben gemefenen Fiduciarerbin N hoffte, sondern um das ihm angefallene Erbrecht nach ber bereits verftorbenen M, an welchem Rechte N nichts anbern tonnte. Es liegt in biefer Ceffion ein nach &. 1267 a. b. G. B. giltiger Boffnungstauf, und es ichließt auch ber &. 1278 ben Bertauf eines angefallenen, wenngleich bedingten und beshalb noch ungewiffen Erbrechtes nicht aus. Da nun Geflagter ber Rlagerin Die Geltenbmachung diefes ihr abgetretenen, burch ben erfolgten Tob ber N gur Rraft gelangten Erbrechtes baburch vereitelt bat, bag er basfelbe für feine Berfon geltend machte, ift bie Rlagerin nach §8. 919, 932, 1294, 1295 und 1324 a. b. G. B. berechtigt, Schabenersat und volle Genugthuung ju forbern. Es fonnte aber ber Rlagerin als ber ihr gebührende Erfat nur die Balfte bes angesprochenen Betrages zuerkannt werden, weil der Geklagte der Klägerin nur das ihm aus bem Testamente ber M zustebende Erbrecht abgetreten, rudfichtlich verlauft bat, Diefes aber bamale nur in bem eventuellen Rechte auf bie Balfte bes Substitutionevermögens bestand, und bas ibm nach bem Befete zutommenbe Buwacherecht auf Die feinem Sohne ebenfalls substitutioneweise jugebachte Bermögenehalfte erft burch ben bor bem Ableben ber Fibuciarerben erfolgten Tob bes Gobnes als entstanben

und angefallen betrachtet werden kann, indem der Sohn vor dem Ableben der Fiduciarerbin über das ihm als Substitionserben zugedachte eventuelle Erbrecht verfügen, allenfalls zu Gunsten der Fiduciarerbin darauf verzichten konnte, hingegen dem Geklagten eine Verfügung mit diesem Rechte des Sohnes vor dessen Ableben, solglich zur Zeit der Teisson, nicht zustand. In diese Unterscheidung des Erbrechtes des Geklagten von jenem seines Sohnes mußte, ungeachtet der Geklagte in dieser Beziehung keine specielle Einwendung in der Verhandlung gemacht hat, dennoch eingegangen werden, weil hiezu schon seine Opposition gegen den Anspruch der Klägerin auf einen Schadenerstat überhaupt und gegen den angesprochenen Betrag insbesondere Veranlassung gibt.

### Mr. 2856.

Gerichtsstand bes Fiscus. Gerichtsstand bes Vertrages: Bersprechen ber Einsendung an den eventuellen Cessionar?

Entsch. v. 18. Sept. 1867, Nr. 7502 (Best. des Urth. des L. G. Wien v. 28. Dec. 1866, Nr. 73863, Aband. des Urth. des O. L. G. Wien vom 21. Mai 1867, Nr. 8876). G. Z. 1867, Nr. 92. G. H. 1808, S. 44.

Im Jahre 1859 hatte bie damalige f. t. Statthaltereiabtheilung in Bregburg mit C einen Lieferungevertrag abgefchloffen, und fich verpflichtet, bem C nach erfolgter Lieferung Certificate über Die Bobe ber entstandenen Forderung auszustellen. Das gefcah benn auch, und murben bem C Certificate mit Angabe ber Biffer und Rechtsgrunbe ber Forderung und bes Bahlungsbetrages übergeben; auch mard bem C in ben Certificaten bas Ceffionerecht mit bem Beifate eingeraumt, "baß berfelbe im Ceffionsfalle anzuzeigen habe, an wen ber Forberungsbetrag einzusenden sein wird". A, Ceffionar bes C, erhob nun auf Grund ber ihm abgetretenen Certificate gegen ben Fiecus bei bem 2. G. Wien Rlage auf Bahlung und begrundete Die Competeng vornehmlich mit bem Binweise auf bas in ben Certificaten gegebene Einsendungsversprechen und sein Domicil in Wien. Die erfte Inftang erklarte fich incompetent, Die zweite entschied im entgegengeseten Sinne. "Benn ber Fiecus aus ben Certificaten", beigt es in ben Motiven, "überhaupt und namentlich gemäß ber Ceffion bem Rlager verpflichtet mare, so murbe er auch schuldig fein, bemselben ben Betrag einzusenben, ba ber Rlager ja eben, bem Schlugfage ber Certificate gemäß, als Ceffionar bes C ben Anspruch macht, bag ihm ber Betrag eingefandt, bas beißt, ba er in Bien wohnt, nach Bien gefandt, beziehungsweise in Bien ausbezahlt werde. Es greift baber ber Gerichteftand bes g. 43 3. N. Plat, indem Diefer Baragraph nicht forbert, bag ber Rahlungsort ausbrudlich benannt werbe,

sondern es nach demselben genügt, daß der Zahlungsort im Bertrage ausdrücklich bestimmt wurde. Die Bezeichnung des Zahlungsortes tann aber auch in anderer Art als durch Benennung des Ortes erfolgen, wenn, wie im vorliegenden Falle, die Einsendung des Betrages an den Cessionar zu geschehen hat, wo also der jeweilige Wohnort des Letzteren als der ausdrücklich bestimmte Zahlungsort sich darstellt."

Bom oberften Berichtshofe murbe bas Urtheil bes erften Richters wieber bergestellt. In ben Grunden wird bervorgehoben: "Rlager fucht bie Buftanbigfeit bes Biener &. G. bamit ju begrunben, bag jebe Forberung wiber ben Fiscus an bem Sauptfige ber Finangverwaltung eingeklagt werben tonne, und bag überdies in bem vorliegenden Falle die Bahlung an feinem Wohnfite in Wien ausbrudlich jugefichert worben fei. Beber bas Gine noch bas Anbere ift richtig; im Sinne bes g. 23 ber J. R. ift bie Finangprocuratur in Wien zur Bertretung bes Fiscus binfichtlich ber nicht in ihrem Sprengel und für beffen Beburfniffe eingegangenen Berbindlichfeiten nicht berufen. Rlager macht eine von einer ungarischen Berwaltungsbeborbe übernommene Bahlungeverbindlichfeit geltenb; biefe Beborbe hat fich aber weber in bem mit C abgefcoloffenen Bertrage, noch fonft wo jur Bablung in Bien verpflichtet, und nur in ben über einzelne Lieferungen ausgestellten, Die Bahlung in bestimmten Terminen aufichernben und im Ceffionswege bem Rlager angefommenen Certificaten bie Ginfendung an ben allfälligen Ceffionar in Aussicht gestellt, wobei zwar bie Befanntgebung bes Ceffionars als Bedingung ber Einsendung bes Betrages an ihn aufgestellt erscheint, ohne bag man beshalb bie Zahlung an einem bestimmten Orte ober etwa an jebem Orte, wo ber allfällige Ceffionar fie munichen wurbe, als ausbrudlich bedungen ober vereinbart ansehen tann."

## Mr. 2857.

Zeugniß von Beamten über dienstliche Wahrnehmungen: Polizeiliche Ansgleichsverhandlungen.

Entich, v. 19. Sept. 1867, Rr. 5962 (Beft. des das Urth. des L. G. Wien v. 31. Juli 1866, Rr. 42085, aband. Urth. des O. L. G. Wien v. 27. Februar 1867, Rr. 23282). G. Z. 1868, Rr. 20.

In einer Rechtsfache hatte die Rlägerin ben Zeugenbeweis burch zwei Bolizeicommiffare über eine Berhandlung angeboten, welche zwischen ben streitenden Barteien mit Beziehung auf den streitigen Gegenstand vor dem Polizeicommissariat war gepflogen worden. Das Gericht erster Inftanz hielt den Beweis für irrelevant und erkannte sofort auf Abweisung ber Rlage. Die Rlägerin appellirte und bestand auf Zulaffung bes Beweises, wogegen ber Beklagte in der Appellationseinrede geltend machte, daß die bezeichneten Commissäre als Zeugen nicht vernommen werden können, weil deren Aussagen die Berletzung eines Amtsgeheimnisses in sich schließen würden. — Das D. L. G.

ertannte auf ben Beugenbeweis.

Der oberfte Berichtshof bestätigte bie obergerichtliche Entideis bung. Grunde: Das Sfb. vom 8. Marg 1791, Rr. 123 3. G. S., ichlieft nur bie Reugenschaft von Gerichtspersonen über jenes aus, was ihnen in ihrem Amte bes Dienstes halber vor Gericht befannt geworben ift und worüber fle ben Gib ber Berichwiegenheit abgelegt haben, und bem Sfb. vom 29. November 1808, Rr. 38.084, rud. fichtlich vom 2. Marg 1825, Rr. 8197 (welches von ber t. t. allgemeinen Softammer an bie Unterbeborben ihres Berwaltungszweiges erlaffen worben ift), tann füglich nicht ber ausgebehnte Ginn beigelegt werben, bag es unterfagt fein foll, Organe einer Boligeis beborbe in einer ftreitigen Barteiangelegenheit, binfichtlich welcher nur jum Brede eines Ausgleicheversuches eine polizeibeborbliche Ingereng ftattfinden tonnte, als Beugen vor Bericht über ben nämlichen Begenftand und in ber Sache berfelben Parteien, beren Streit bafelbft porgebracht murbe, jum Behufe ber gerichtlichen Enticheibung ju vernehmen, ba boch biefen Parteien gegenüber es fein Amtegebeimnig fein tann, mas zwischen ihnen felbft vor ber Polizeibehörde vorfiel.

## Mr. 2858.

Competenz des Gerichtshofes erster Instanz zur Genehmigung des Berkauses von Liegeuschaften einer Minderjährigen zugefallenen Erbschaft.

Entich. v. 19. Sept. 1867, Rr. 8148 (Anthebung des Beichinsses des L. G. Salzburg v. 24. August 1867, Rr. 8150). G. H. 1868, S. 38.

Der Beschluß bes L. G. Salzburg, womit die vom B. G. Sallein als Abhandlungsgericht nach §. 83 J. R. angesuchte Genehmigung des Berkauses von Liegenschaften einer minderjährigen Erbin angefallenen Berlaffenschaft aus dem Grunde abgelehnt wurde, weil es sich um die Beräußerung von Immobilien einer Berlaffenschaft, nicht der Pupillen handelt, wurde vom Präsidenten des L. G. suspendirt und vom D. L. G. nach §. 172 der Geschäftsordnung vom 3. Mai 1853, R. G. Bl. Nr. 81, dem obersten Gerichtshose vorgelegt, welcher in Erwägung, daß die Bestimmung des §. 83 J. N., welche die Genehmigung der Beräußerung undeweglicher Sachen der Ründel und Pslegbeschlenen dem Gerichtshose erster Instanz vor-

behalt, auf ber Boraussetzung ber höheren Bichtigkeit einer folchen Angelegenheit beruht und baber mit ber angeordneten Ingereng bes Berichtshofes erfter Inftang nur eine noch größere Burgichaft für bie forgfältige Bahrung jener Berfonen bezwedt; bag aber biefes Intereffe in gleichem Dag berührt erscheint, mag es fich um ben Bertauf von Immobilien, Die Mündeln oder Bflegebefohlenen eigenthumlich gehören, ober von Liegenschaften handeln, die ihnen bereits erblich angefallen und nur noch nicht eingeantwortet und grundbucherlich jugefdrieben find, weil auch bas angefallene Erbrecht ichon ein Dbject bes Erbenvermögens ift, und bag es fich hier auch nicht um einen bom Erblaffer angeordneten ober burch bringende Rahlungen ober zur Bermeidung eines offenbaren Nachtheils nöthigen, sondern um einen um bes Bortheils willen beantragten Bertauf handelt, mitbin auch nicht die Boraussetzungen bes &. 145 bes Befetes vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208, eintreten, - ben Befchluß bes L. G. aufgehoben und bem L. G. Die Entscheidung über ben Bertaufeantrag aufgetragen bat.

#### Mr. 2859.

Abgrenzung bes Wirkungsfreises ber Gerichte und ber Berwaltungsbehörben: Klage einer Eisenbahngesellschaft gegen eine andere auf Nichtigerklärung ber Concession wegen Berletzung eines ber ersteren ertheilten Brivilegiums.

Entsch. v. 24. Sept. 1867, Nr. 6815 (Best. bes Decr. bes L. G. Wien v. 17. April 1867, Nr. 20787, Aband. bes Decr. bes D. L. G. Wien v. 5. Juni 1867, Nr. 9305). G. Z. 1867, Nr. 87. G. H. 1867, S. 386. Gazz. dei Trib. 1867, Nr. 23.

Mit der Concessionsurkunde vom 1. December 1866 (R. G. Bl. vom Jahre 1867, Nr. 6) wurde von Sr. Majestät auf Grundlage des kais. Batentes vom 20. September 1865, R. G. Bl. Nr. 89, der k. k. priv. österr. Staatseisenbahn-Gesellichaft das Recht zum Bau und Betrieb mehrerer in 1 bis 4 des §. 1 der Urkunde bezeichneten Locomotiv-Eisenbahnen ertheilt, die Dauer derselben mit Ueberschreitung des im §. 7 der Berordnung des Handelsministeriums vom 14. September 1854, R. G. Bl. Nr. 238 (betreffend die Ertheilung von Concessionen für Privat-Eisenbahnbauten) stritten Termines von 90 Jahren, auf 99 Jahre sestigest, die Befreiung von der Einkommensteuer auf zehn Jahre bewilligt und der Jahresbetrag, welcher zur Berzinsung und Amortisation der zur Ausbringung des Bahnanlagecapitals emittirten Obligationen nothwendig ist, von der Staatsverwaltung garantirt. Die a. pr. Kaiser Ferdinands-Nordbahn-

Befellichaft, ihre Rechte burch biefe Concession und zwar ber im §. 1 ber Urfunde sub 1 und 2 (1. Berlangerung ber füboftlichen Staatsbahn von Marchegg über Stadlau gur Ginmundung in ben Bien-Raaber Bahnhof; 2. von Stablau über Gugenbrunn, Bolfereborf. Diftelbach, Laa, Frifchau bis jur Einmundung in Die Brunn-Roffiger Bahn) angeführten Linien als gefährbet und beeintrachtigt, ben Bau jener Babnen ale einen Gingriff in ihr ausichliegliches Brivilegium betrachtend, belangte nun mit Rlage vom 11. April 1867 Die Staatseisenbahn-Befellicatt und bas t. f. Staatsarar und begehrte bas richterliche Erkenntniß; I. Die ber Staatsbabn-Befellicaft ertheilte Bewilligung jum Bau ber im &. 1 ber Concessionsurfunde vom 1. December 1866, sub 1 und 2 bezeichneten Gifenbahnen fei, soweit durch dieselben in ihrem Busammenhange eine Locomotiveifenbahnverbiudung a) von Wien mit Brunn und b) von bem Buntte ber Norbbahn, wo biefe von ber neuen Gifenbahn burchschnitten wird, mit Brunn hergestellt werden foll, nicht ju Recht bestebend und ber Raifer Ferdinands Nordbahn gegenüber rechtsunmirtfam; es fei bemnach II. Die Staateeisenbahn-Gesellschaft jum Bau und Betriebe einer Locomotiveifenbahn von Bien über Stadlau, Gugenbrunn, Bolfers. borf, Mistelbach, Laa, Frischau bie jur Einmundung in Die Brunn-Roffiger Bahn nicht berechtigt; III. wenn Die Staateifenbahn- Befellfcaft beffenungeachtet eine folche Babn berftellt, fei Diefelbe ju Gunften ber Raifer Ferdinands-Nordbahn ju confisciren, beziehungsweise in bas Eigenthum ber letteren verfallen und IV. im Falle ber nicht berechtigten Berftellung einer folden Babn feien Die Staatseifenbahn-Befellfcaft und bas Staatearar in solidum fculbig, ber Raifer Ferdinands= Nordbahn allen baraus und aus bem Bahnbetriebe erwachsenen, ermeislichen Schaben ju erfegen. Diefe Rlage murbe in Ermagung, baß die Ertheilung von Privilegien, rudfichtlich Concessionen ein Ausfluß ber gefengebenben Bewalt ift, Berichte aber auf Rechteunwirffamteit ober Burudnahme eines Actes ber gefengebenden Bemalt au ertennen in Sinblid auf &. 1 a. b. G. B. nicht befugt find, von ber erften Inftang megen Unguftandigfeit bes Gerichtes a limine abgewiesen. - Auf ben Recurs ber Rlägerin hat bas D. L. G. ben Befcheib ber erften Inftang aufgehoben und berfelben aufgetragen, Die Rlage mit Abstandnahme von obigem Abweisungegrunde ber G. D. gemäß an erledigen. Diese Berordnung murbe bamit motivirt, bag nach &. 1 ber 3. R. eine gerichtliche Rlage obne vorgangige gerichtsordnungsmäßige Berhandlung von Amtemegen nur bei offenbarer Incompeten; abzuweisen ift, Die gegenwärtige Rlage und ihr Begehren im Gangen nur die privatrechtliche Rudwirtung ber ber beklagten Gifenbahngefell= icaft ertheilten Concession und ber Ausführung berselben auf Die von ber Rlagerin aus ihrem Brivilegium von 1836 bergeleiteten Rechte jum Gegenstand bat, in diefer Richtung aber - Collision privatrechtlicher Intereffen - eine offenbare Incompeteng nicht vorliegt.

Der oberfte Berichtsbof bestätigte ben erftgerichtlichen Befcheid in Erwägung, baß bas Begehren ber Klage in erster Linie babin gerichtet ift, bag bie in ber Concessioneurfunde vom 1. December 1866 ertheilte Bewilligung u. f. w. (wie in I ber vorbin angeführten Rlagbitte) als nicht ju Recht bestehend und ber Rlagerin gegenüber als rechtsunwirtfam erflart werbe und bemgemäß bie betlagte Gifenbabn-Befellicaft jum Bau und Betriebe u. f. w. (fiebe II bes Betite) nicht berechtigt fei, daß jedoch nach §. 2 bes Gifenbahn-Conceffionsgefetes vom 14. September 1854, R. G. Bl. Dr. 238, Die Conceffion ber Babnanlage von Gr. Majeftat ertheilt wirb, wie benn auch bie ber beklagten Bahngesellichaft ertheilte Conceffionsurfunde vom 1. December 1866, Rr. 6 bes R. G. Bl. von 1867, ein von Sr. Majeftat auf Grundlage bes a. h. Batentes vom 20. September 1865, R. G. Bl. Rr. 89, erlaffenes, in ber für bie Runbmachung von Gefeten vorgeschriebenen Art verlautbartes Gefet ift; bag ber Rechtsbestand und Die Rechtswirffamteit eines Actes ber gefengebenben Gewalt fein Gegenstand civilrechtlicher Berbandlung und Enticheibung fein und mithin ber beflagten Gefellichaft bas ihr burch bie ermabnte Conceffioneurfunde im Bege ber Gefengebung quertannte Recht gum Bau und Betriebe ber barin bezeichneten Bahnlinien burch eine gerichtliche Entscheidung nicht aberfannt werden tann; daß aber auch bie Frage ber Bereinbarteit ber Concessionsurtunde mit bem Brivilegium ber Rlagerin fich ebenso im Sinne ber §g. 6 und 13 bes Eifenbahn Conceffionegefepes vom 14. September 1854, Rr. 238, wie im Sinne bes hoftangleibecretes vom 26. Rov. 1842, Rr. 657, und bes Juft. hofbecretes vom 9. Juli 1845, Rr. 896 3. S. C., ber Entscheidung bes Civilrichtere entzieht; bag bie mit ber Conceffionsurtunde ertheilte Bewilligung ju ben barin bezeichneten Bahn-bauten die im administrativen Bege (§. 6 bes Gefetes vom 14. September 1854) vorhergegangene Erörterung ber in Bezug auf bas Privilegium ber Rlägerin obwaltenben Berhaltniffe voraussett und bie Bereinbarteit ber Concession mit biesem Brivilegium in Folge ber wirklich flattgefundenen Concessionsertheilung als bereits im abministrativen Bege anertannt und entschieden betrachtet werben muß; bag bas aub III gestellte Betit fich nur ale ein Ausflug bes Begehrens um bas Ertenntnig auf Rechtsunwirffamteit ber Concession barftellt und als folder teinen Gegenstand felbftanbiger Austragung im Civilrechtswege bilben fann; bag endlich basselbe auch von bem sub IV begehrten Ausspruch über Die Golidarverbindlichkeit ber Beflagten jum Schabenerfage gilt, ein bestimmter Erfaganfpruch überhanpt nicht gestellt murbe und eine Erfappflicht im Grundfas über bie vorliegende Rlage im gerichtlichen Bege nicht ansgesprochen werben tann, ba bie Boransfepung eines folden Ausspruches, nämlich die Ungiltigfeit ber Concession vom 1. December 1866, im Bege biefer Rlage nicht feftauftellen ift.

#### Mr. 2860.

Außerordentlicher Recurs gegen die gleichförmige unterrichterliche Abweisung eines Gesuches um Intabulation: Rückwirkende Kraft der aufrechten Erledigung desselben.

Entich. v. 24. Sept. 1867, Rr. 7054 (Best. des das Urth. des L. G. Lemberg v. 28. Mugust 1866, Rr. 38682, aband. Urth. des O. L. G. Lemberg v. 2. April 1867, Rr. 43200). G. Z. 1868, Rr. 1.

#### Nr. 2861.

Unzuläfsigkeit einer besonderen Verhandlung über die Legung von Neuerungen in der Schlufschrift.

Entich. v. 25. Sept. 1867, Rr. 8461 (Best. des das Decr. des H. Edien v. 17. Juli 1867, Rr. 68008, aband. Decr. des O. L. G. Wien v. 6. Angust 1867, Rr. 13936). G. Z. 1868, Rr. 27.

In einer Rechtsfache wurde mit der Schutzichrift das Gesuch um Bulassung der darin vorgebrachten Neuerungen überreicht. Das Gericht erster Instanz, von der Ansicht ausgehend, es habe nicht ohne Bernehmung des Geklagten zu entscheiden, ob die in der Schlußsschrift gebrachten Neuerungen und Beweismittel lediglich zur Entsträftung der in der Duplik vorkommenden Neuerungen dienen oder nicht, bestimmte eine Tagsatung zur Anhörung des Gegners. Bom D. L. G. wurde bas Gesuch sofort abgewiesen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte ben Erlas bes D. L. G., weil die Andringung von Reuerungen in der Schlußschrift nach §. 57 der a. G. D., sofern solche unmittelbar zur Entkräftung der in der Duplit beigebrachten Neuerungen dienen, ohne Legungsansuchen, außerdem aber gar nicht gestattet, das Legungsgesuch also entweder überstüssig oder gesetzlich unstatthaft ist und das Gericht den Beruf nicht hat, über ein gesetzlich unstatthaftes Begehren, sei es um den Biberspruch oder etwa um die Beistimmung des Gegners zu vernehmen, eine Berhandlung einzuleiten.

#### Nr. 2862.

Juristische Natur ber "Nachbarschaften" in Käruten. Besitzstörungsklage des Pächters der gemeinschaftlichen Sache gegen Miteigenthümer, welche am Vertragsabschluß nicht theilgenommen hatten.

Entsch, b. 3. Sept. 1867, Nr. 7351 (Best. ber Ertenntnisse bes B. G. Rötschach b. 16. Februar 1867, Nr. 122, und bes D. L. G. Graz b. 19. Juni 1867, Nr. 5024). G. Z. 1867, Nr. 86\*).

Die Alpe "Miforia" gehört einer "Nachbarfchaft", welche aus 87 Mitgliedern besteht. Solches Nachbarschaftseigenthum wird nicht als Gemeindegut, sondern als Brivateigenthum der Mitglieder ber Nachbarschaft angesehen. Die Benützung jener Alpe bestand in ber Regel barin, bag jedes Mitglied zur Alpenzeit eine entsprechenbe Anzahl Bieh auf die Alpe trieb; einige Male murbe die Alpe auch an Dritte verpachtet, und eine folche Berpachtung bat namentlich in ben Funfziger Jahren ftattgefunden. Nachbem nun in ben Gecheziger Jahren Die einzelnen Mitglieber Die Alpe wieber felbft benütt und ihr Bieh jährlich aufgetrieben hatten, schloffen im Jahre 1865 42 Mitglieder mit zwei Italienern einen neuen Bachtvertrag. Ihre Berechtigung leiteten fie daraus ab, daß ben Bertrag biefelbe Gemeinbereprafentang unterschrieben habe, welche ben früheren Bachtvertrag abgeschloffen hatte, bann baraus, bag bie Stimmen ber Miteigenthumer nach bem Berhältniffe ber von ihnen beseffenen gangen, halben und Drittelhäuser zu berechnen feien, bei welcher Berechnung fich eine Mehrheit für ben Bertrageabichluß ergab. Da indef bie Gegenpartei ben Bertrag nicht anerkannte und die Alpe weiter benütte, tam es ju einer Besithtorungetlage, welche Die Bachter gegen fie anftellten. Beide Untergerichte erkannten nach bem Rlagbegehren. Das Gericht erfter Inftang ftutte fich barauf, bag bie Rlager burch ben Bachtvertrag in ben Befit bes Rechtes gelangten, Die Alpe, welche laut Grundbuchauszuges ein gemeinschaftliches Eigenthum ber Burgerschaft ju Mauthen ift, ausschließend zu gebrauchen und zu benüten, in welchem Besite sie in Gemäßbeit ber Berordnung vom 27. October 1849, R. G. Bl. Nr. 12, vorderhand insolange geschützt werben mußten, ale bas Bachtverhaltnig bauert, umfomehr, weil bie Rlager eingestandenermaßen im Monate Mai 1866 in ber gepachteten Alpe jur Berbefferung ber Beibe geschwentet, an ben Alpenhutten und Stallungen ber Alpe verschiebene Aufbefferungen vorgenommen und baber factisch auch Besitrechte ausgeübt baben; bag ber Abschluß bes Pachtvertrages durch die Kundmachung ddo. 10. März 1866 mit bem Bemerten jur allgemeinen Renntnig gebracht murbe, bag biefer

<sup>\*)</sup> Aus Berfeben bier, ftatt nach Rr. 2845, eingereiht.

Bachtvertrag in ber Gemeinbefanglei zur Ginficht aufliege; baß die Geflagten nicht in Abrede ftellen, bas Bieb erft am 25. Dai 1866, alfo nach ber geschehenen Rundmachung bes Bachtvertrages auf bie Alpe getrieben zu haben, und Diefer Biehauftrieb baber als eine Befit = ftorung ericeint, weil es bem Geflagten nur bevorftand, Die Giltigfeit bes Bachtvertrages anzusechten; bag alle ihre heutigen Einwendungen gegen ben aufrechten Beftanb bes Bachtvertrages hier nicht am Blate find, weil biefe Frage nur im orbentlichen Rechtemege zwischen ben hentigen Geflagten und ihren Mitburgern, welche Die Berpachtung vorgenommen haben, auszutragen ift; bag nach &. 5 ber faiferl. Berordnung vom 27. October 1849 es vorliegend nur auf die Erörterung und auf ben Beweis ber Thatfache bes letten factifchen Besitsstandes und über Die erfolgte Störung ankommt. Das D. L. G. fügte noch bei, daß die von den Klägern auf der Misoria-Alpe ausgeubfen Befipacte von ben Geflagten nicht widerfprochen worden find und bag ber Bachtvertrag vom Jahre 1865, auf beffen Grundlage bie Befithandlungen ausgeübt worden find, von berfelben Gemeindevorstehung abgeschloffen worben ift, welche factifch und ohne Beanftanbigung einen früheren Bachtvertrag abgefchloffen bat, und bag baber in biefer Beziehung eine offenbare Rechtsungiltigfeit, welche bie Rlage als unstatthaft erscheinen ließe, nicht vorliegt.

Der oberfte Gerichtshof verwarf ben Recurs ber Betlagten und

bezog fich auf die vorstehende Begründung der Untergerichte.

## Mr. 2863.

Behaudlung der Ausgedinge bei der Meistgebotsvertheilung. Entsch. v. 26. Sept. 1867, Nr. 8238 (Best. des Decr. des B. G. Ried v. 15. Juni 1867, Nr. 2583, Abänd. des Decr. des D. L. G. Wien vom 28. Juli 1867, Nr. 18263). G. Z. 1868, Nr. 11. G. H. S. 1868, S. 251.

In ben Bedingnissen zur Feilbietung einer Realität wurde bestimmt, daß der Ersteher das auf derselben haftende Ausgeding der Eheleute A in Natur zu entrichten habe, so weit sich das Meistgebot erstredt. Die erste Instanz fand, daß der auf das Ausgeding noch entfallende Rest des Rausschlings mit 1900 fl. den bereits mit 2900 fl. ermittelten Capitalswerth des Ausgedinges nicht deckt, und entschied, daß der Ersteher zwar das ganze Ausgedinges nicht deckt, und entschied, daß der Ersteher zwar das ganze Ausgeding zu entrichten habe, dasgedinges die fünspercentigen Interessen der Werth des jährlichen Ausgedinges die fünspercentigen Interessen des Kausschlings übersteige, von diesem Capitalsreste, als seiner Schuld, in Abzug zu bringen. Dagegen beschwerte sich der dem Ausgedinge im Grundbuchsstande zunächt folgende Hypothekargläubiger B, und die zweite Instanz entschied, daß die Auszugsberechtigten mit dem durch den Erlös nicht gedeckten Theile

bes Capitalewerthes ihres Ausgebinges zu Berluft geben und ber Reft tes Erlofes (alfo 1900 fl.) nach bem feinerzeitigen Erlofden bes Ausjuges bem B, ale junachft folgendem Sagglaubiger, jufalle. Grunde: Nach &. 328 a. G. D. bat ber Meistbietenbe Die auf bem erfauften Gute haftenben Schulden nur nach Maggabe ber Bulaffigfeit bes Dleiftgebotes zu übernehmen, und muffen fich auch bie Catglaubiger, welche nicht gang zum Buge tommen, einen verhaltnigmäßigen Abjug gefallen laffen. Diefe allgemeine Regel findet auch bei ben Auszugeberechtigten ftatt, beren ausgemitteltes Reluitionscapital nur theilmeise im Meiftgebote feine Dedung findet, und zwar bier umfomehr, ale im &. 5 ber Licitationsbedingniffe ausbrudlich festgefest warb, bag ber Ersteber ben auf bem Gute baftenben Auszug zwar in natura, jedoch nur nach Maggabe bes Meiftgebotes und Grundbuchstandes ju übernehmen habe, jo wie, bag bas jum Behufe ber Liquidirung bes Auszuges ermittelte Capital nach Ableben ber Auszügler fogleich ben bierauf angewiesenen Glaubigern auszuzahlen fei; endlich liegt auch ein Wiberspruch barin, einerseits auszusprechen, bak ter Naturalauszug theilweise zu Berluft gebe, und andererseits boch wieder beffen Erganzung und zwar zum Nachtheile bes nachfolgenden Sangläubigere ju verfügen.

Der oberfte Berichtshof bestätigte bas Meiftgebotsvertheilungs-Erfenntnig erfter Juftang. Grunde: Daraus, bag auch bie Musgebinger, wenn bas Meistgebot nicht ausreicht, fich mit bem, nach ber Priorität bes jur Sicherstellung ihres Auszuges haftenben Bfanbrechtes. barauf entfallenden Meiftgeboterefte begnügen muffen, folgt mobl, baß fie mit dem unbebedten Refte ihrer capitalifirten Forberung, also mit 1000 fl. ju Berlufte geben, und nur fo lange, als ber Deiftgebotsreft von 1900 fl. bagu ausreicht, ben Auszug forbern konnen, teines. wegs aber, bag ber jur Dedung ihrer Oppothetarforberung verbleibende Meiftgebotereft nicht bagu verwendet merden burfe, fie fo lange als möglich ben fichergestellten Anszug in natura genießen ju laffen, mas bei dem Umftande, als der Jahreswerth bes Auszuges 145 fl. beträgt, Die Spercentigen Binfen von 1900 fl. aber nur auf 95 fl. jahrlich fich belaufen, eben nur auf die Art möglich ift, bag ber jahrliche Abgang bem Capitale entnommen wird, baber auch bie im §. 5 ber Licitationsbedingniffe vorgesehene Berauszahlung bes Capitals an bie hierauf angewiesenen Gläubiger umsomehr nur von bem nach Erlöschen ber Auszugsverbindlichkeit noch vorhandenen Capitale gu verstehen ift, als ja nach bemfelben &. 5 ber Ersteher ben vollen Muszug in natura zu leiften bat, babei aber zur Abrechnung vom Dleiftgebote befugt ift, welche Abrechnung, foweit fich ber Jahreswerth nicht mit ben fünfpercentigen Binfen bes Ablösungecapitale compenfirt, selbstverständlich von biefem Capitale geschehen muß.

### Mr. 2864.

Abgrenzung des Wirkungstreises der Gerichte und Verwaltungsbehörden: Wafferzufluß zu Mühlen.

Entich. v. 2. October 1867, Rr. 8626 (Anfheb. bes bas Decr. bes B. G. Ravelsbach v. 1. März 1867, Rr. 962, aufbeb. Decr. bes O. L. G. Wien v. 3. Juli 1867, Rr. 11904). G. Z. 1868, Rr. 12. G. H. 1868, S. 146.

Die Grundbefiger A belangten ben Müller B wegen Besithftörung, weil der Lettere auf einer zwischen ihren Wiesen gelegenen Mulde, fowie auf ihren Wiefen felbst Erbaushebungen vornehmen, Graben ziehen, bas Erbreich auf ihre Wiefen auswerfen ließ und baburch ihnen eigenmächtig bas Baffer ableitete und ihre Biefen beschädigte. Das Bericht erfter Inftang erfannte in morito. Auf ben Recurs bes Beflagten bob bas D. g. G. bas Berfahren und Erfenntnig auf und wies ben Gegenstand an die politische Beborde in der Ermägung, bag es fich barum handle, inwieweit ber Geflagte ale Dublenbefiger jum fortbauernden Genuffe bee Mühlmaffere bie ihm als Befitftorung angeschuldete Sandlung unternehmen tonnte, und bie Entscheidung biefer Streitigkeiten nach Min. Bog. vom 7. Juli 1860, R. G. Bl. Nr. 172, jur Competenz ber politischen Beborbe gebort.

Der oberste Gerichtshof bagegen trug bem D. L. G. auf, in bie Sache felbft, ale gur Berhandlung im Rechtemege geeignet, einjugeben, weil die Rlage fich nicht auf eine jum Nachtheile des Müllers vorgenommene Aenderung bes Gerinnes, sondern auf eine angeblich bon ihm eigenmächtig auf bem Grunde ber Rläger vorgenommene Aufgrabung und Erweiterung von Quellen grundet, um fich mehr Baffer ju verschaffen, ale er bisher ju feinem Bertbetriebe befaß, baber zur Berhandlung im Rechtswege gebort.

## Mr. 2865.

Behandlung von Servituten bei der executiven Feilbietung bes dienenden Grundstückes.

Entich. v. 2. October 1867, Rr. 8659 (Beit. bes bas Decr. bes L. G. Graz v. 7. Juni 1867, Rr. 8509, abanb. Decr. bes O. L. G. Graz v. 17. Juli 1867, Rr. 7545). G. Z. 1868, Rr. 1.

Auf einer Realität war die Dienstbarkeit des Nichthöherbauens zwar nicht im Besitz-, wohl aber im Lastenstande und dort am ersten Plate einverleibt. Schon bei Bewilligung der executiven Schätzung wurde bem bamit betrauten Beamten verordnet, auf biefe Dienstbarfeit Bedacht zu nehmen; boch war in dem Schätzungsprotokolle nicht insbesondere bemerkt, ob und bag biefer Beifung entsprochen worden fei. Der Erfteber ber Realitat A bat nun, ben Gervituteberechtigten

B mit seinem Anspruche, bag bie Servitut auf ber Realität belaffen werbe, auf ben orbentlichen Rechtsweg ju weisen, weil die Dienst= barteit nicht im Befig-, fonbern nur im Laftenstande ausgezeichnet, bei ber Schätzung ber Realität und in ben Licitationsbebingniffen nicht berücksichtigt, baber nur ihr zu ermittelnder Berth bei ber Meiftbotvertheilung ju liquidiren und ju beachten fei. - Die erfte Inftang gab biefem Rlagbegebren ftatt. Grunbe: Es tann bie bei ber Berhandlung über bie Bertheilung bes Meifigebotes geforberte Aufrechterhaltung ber Servitut in natura auf Diefe Berhandlung nicht ausgesprochen werden. Rach &. 328 u. ff. ber a. G. D., Sfb. vom 11. August 1827, 3. G. E. Rr. 2300, und 15. Janner 1787. 3. S. S. Nr. 621, lit. s, find fur bie Bestimmung berjenigen Laften, welche ber Ersteher ju übernehmen bat, nur Die Licitationsbedingniffe und bas Schäpungeprototoll maggebend. B ift von ber auf biefen Grundlagen bewilligten erecutiven Feilbietung verftanbigt worben, und bat insbesondere gegen die Licitationsbedingniffe teine Ginfprache erboben. In benselben ift ber Borbebalt ber Uebernahme ber Servitut nicht gemacht; laut bes Schätzungsprotofolles ift bie nur im Laftenstande erfichtlich gemachte Servitut bei ber Werthbestimmung ber Realität nicht berudfichtigt. Es fann baber ber von B erft aus Anlag ber Meifigebotevertheilung erhobene Anspruch auf Belaffung ber Servitut in ber vorliegenden Berhandlung nicht weiter beachtet werben. - Die ameite Instang bat in ber Ermagung, bag bie Servitut auf ber Realität am erften Blage haftet, fomit weber ber Befiger ber Reglität, noch einer ber Satgläubiger, noch ber Räufer ber Reglität berechtigt ift zu verlangen, bag bie Realität fervitutefrei veraugert werbe, und ber Servituteberechtigte fich mit ber Ablofung feines Rechtes im Gelb begnuge; bag Gervituten mit bem Befite ber Realität auf jeden Besitnachfolger übergeben, somit auch auf ben Erfteber, wenn bie Licitationsbedingniffe biesfalls teine Ausnahme enthalten, mas vorliegend nicht ber Fall ift; bag im g. 1 ber Bebingniffe auf Die gerichtliche Schätzung bingewiesen ift, babei aber laut Prototolle bie Schätmanner ausbrudlich angewiesen murben, ben Werth der Realität mit Berudfichtigung ber barauf haftenben fraglichen Gervitut zu erheben; bag die Außerachtlaffung biefer Beifung aus bem Schatungsprototolle nicht erhellt; bag felbe, fowie die Nichtberudfichtigung ber Servitut bei ber Schapung überhaupt, bem Berechtigten nicht nachtheilig fein fonnte; bag B fich im Befige bes Rechtes befindet, baber jur Darthuung besselben im orbentlichen Rechtswege nicht aufgeforbert werben tann, vielmehr Derjenige, welcher bie Erlöschung bes Tabularrechtes behauptet, biefe gegen ben Befiter beweifen muß, - ben Erfteber A mit feinem Begehren abgewiesen.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte biefe Entscheidung mit Be-

bie Eintragung ber fraglichen Servitut im Lastenstande, anstatt im Besithstande, ihre Haftung auf ber Realität nicht beiert, bann wegen obiger Beisung an die Sachverständigen bezüglich der Schätzung, und weil ber abgegebene Befund keinen Anhaltsgrund zu der Annahme bietet, daß sie selbe unbeachtet gelaffen haben.

#### Nr. 2866.

# Grundlage bes Executivprocesses.

Entich. v. 3. October 1867, Rr. 8687 (Best. bes das Decr. bes H. G. Wien v. 7. Juni 1867, Rr. 58990, abund. Decr. bes O. L. G. Wien v. 30. Juli 1867, Rr. 18511). G. Z. 1868, Rr. 6.

Die Chegatten B hatten sich genöthigt gesehen, ihre Zahlungen einzustellen und trasen mit einem Comité ihrer Gläubiger ein Ueberseinkommen, wonach sich letzteres verpslichtete, sämmtlichen Gläubigern der obgenannten Ehegatten 25 Berc. ihrer ausgewiesenen Forderungen zu bezahlen, wogegen der gesammte Activstand der Schuldner in ihr Eigensthum überging. Auf Grund dieses Uebereinkommens belangte nun A, ein Gläubiger der Ehegatten, das Gläubigercomité auf Zahlung von 25 Perc. seiner Wechselsorberung per 2000 st. mit der Bitte um Einleitung des Executionsversahrens nach §. 298 a. G. D. und Host. vom 7. Mai 1839, J. G. S. Nr. 358, welchem Begehren von Seite des Gerichtes erst er Instanz entsprochen wurde, wogegen das D. L. G. die Einleitung des Bersahrens nach §. 16 a. G. D. verordnete.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung der zweiten Instanz, weil weder in dem Uebereinkommen noch sonst beurkundet ist, daß unter den es annehmenden Gläubigern auch der damalige Bestiger des Wechsels (Bormann des Klägers) begriffen sei, vielmehr in der Klage selbst angesührt ist, daß derselbe von dem Uebereinkommen keine Kenntniß batte und der Wechsel nicht vorgewiesen wurde.

## Mr. 2867.

Weiterverpfändung einer in der Junehabung. des Verpfänders belassenen Sache: Priorität des Pfandrechtes.

Entsch, v. 9. October 1867, Nr. 7742 (Best. bes Urth. bes B. G. Troppau v. 30. April 1867, Nr. 3280, Aband. des Urth. bes O. L. G. Brünn vom 12. Juni 1867, Nr. 6071). G. Z. 1868, Nr. 9.

A hatte wider X im December 1864 bas executive Pfandrecht an einem Bagen erwirkt. X, in beffen Inhabung berfelbe war belaffen worben, übergab ihn im Jänner 1865 bem Sattler B zur Reparatur,

und als er in ber Folge von B auf Bablung einer Gelbsumme belangt wurde, folog er mit bemfelben im Darg 1865 einen gerichtlichen Bergleich, in welchem er ihm, "bas erfte gerichtliche Pfanbrecht an bem Bagen einräumte". Diefer murbe fpater erecutiv vertauft und nun begehrte A wiber B bas Erkenntnig, bag ibm ein befferes Bfandrecht an bem Bagen zustehe, ba er ihn um brei Monate früher als B in executive Bfanbung gezogen habe. Der Geflagte B beftritt in ber Berhandlung die Ibentitat bes von ibm gur Feilbietung gebrachten Wagens mit bem von A gepfandeten, worüber Letterer ben Baupteid auftrug. — Das Gericht erfter Inftang wies ben Rläger ab in ber Ermagung, bag bie Ibentitat bes Wagens burch ben geführten Beugenbeweis nicht bargethan fei, und felbft wenn biefes ber Fall ware, bod bem Begehren ber Rlage nicht ftattgegeben werben tonne, weil ber Geklagte von X auf eine rebliche und entgeltliche Art in ben Befit bes Bagens gelangte, beffen Berwahrung bem X vom Rlager anvertraut mar, mithin ber Geflagte jufolge §g. 456, 367, 322 und 324 a. b. G. B. in feinem Befige geschütt werben muffe, monach ber haupteib, als irrelevant, entfalle. - Das D. L. G. erfannte auf ben Saupteib. Grunbe: Es murbe vom Geflagten felbft nicht ber Schutz feines Pfanbrechtes aus ben SS. 456 und 367 a. b. 3. B. in Anspruch genommen. Auch banbeln biefe Baragraphen nur von ber Gigenthumetlage, nicht von ber Geltendmachung bes Bfandrechtes gegen einen anderen Pfandbesitzer; Die §§. 322 und 324 binbern aber nicht, bas bingliche Bfanbrecht gegen ben Besitzer ber Sache geltenb zu machen.

Im Revisionszuge, worin erst der Geklagte sich auf die §§. 456 und 367 a. b. G. B. berief, wurde das erstrichterliche Erkenntniß bestätigt in der Erwägung, daß der Kläger den Wagen in dem Bessitze des X ließ, also ihm denselben anvertraute; daß demnach Kläger in Semäßheit der §§. 456 und 367 a. b. G. B. selbst in dem Falle, als X den Wagen dem Geklagten eigenthümlich überlassen hätte, ihn nicht würde haben zurücksordern können; daß er serner sogar, wenn er Eigenthümer des Wagens und nicht blos Pfandgläusdiger bezüglich desselben gewesen wäre, den redlichen Pfandinhaber B hätte schadlos halten, nämlich dessen Forderung berichtigen oder sein Pfand sahren lassen müssen; daß aus diesen Gründen und in analloger Anwendung obiger §§. 456 und 367 a. b. G. B. er mit

feinem Bfanbrechte jenem bes Geflagten nachsteben muß.

#### Mr. 2868.

Besitsstörungsproces: Unzulässigkeit bes Recurses gegen bie Cassirung bes erstrichterlichen Erkenntnisses.

Entich. v. 9. October 1867, Rr. 8840, G. 5. 1868, G. 7.

Der Recurs gegen die obergerichtliche Berordnung, wodurch die Ferstgerichtliche Entscheidung eines Beststörungsstreites aufgehoben und die Ergänzung des Berfahrens und sodann die Fällung eines neuen Erkenntnisses aufgetragen worden ist, wurde vom obersten Gerichtshose nach §. 16 des Gesets vom 27. October 1849, R. G. Bl.
Rr. 12 (Ausschließung des Recurses gegen richterliche Berfügungen im Zuge des Berfahrens) als unzulässig erklärt und abgewiesen.

### Nr. 2869.

Bollftreckung des richterlichen Auftrages zur Rücklehr in die eheliche Gemeinschaft.

Entich. v. 9. October 1867, Rr. 8888 (Beft. ber gleichförmigen Decr. bes L. G. Wien v. 5. Juli 1867, Rr. 36629, und bes D. L. G. Wien vom 13. August 1867, Rr. 14711). G. Z. 1868, Rr. 19. G. H. 1868, S. 16.

Dit obergerichtlich bestätigtem Bescheib hatte bas Gericht erft er Inftang ber in Galigien fich aufhaltenden Gattin bes A bie Rudfehr in ben Wohnsit ihres Chegatten ju Wien jur Fortfetung ber ehelichen Gemeinschaft binnen 14 Tagen bei sonstigen Zwangsmagregeln aufgetragen. Demnach fcritt A um zwangeweise Ueberbringung feiner Chegattin nach Wien "auf geeignetem Wege" ein, wurde jedoch mit bem Beifugen gurudgewiesen, bag er bie Art und Beife ber auf feine Roften ju verfügenden zwangemeisen Ueberbringung feiner Chegattin gehörig zu beantragen und zugleich ben erforberlichen Baarbetrag gur Beftreitung ber Roften ber gwangsweisen Ueberbringung feiner Chegattin und ber Rudreife bes Ueberbringers beim Expedite ju erlegen habe. Sohin bat A in einem neuerlichen Gesuche um Beranlaffung ber Ueberbringung feiner Gattin in feinen bierortigen Bohnfite mittelft gebundener Marfcbroute unter bem Erlage von 17 fl. ö. 28. für eine Gifenbahnfahrfarte britter Claffe. Das Gericht erfter Inftang wies jedoch auch biefes Befuch gurud, weil fich bie beantragte Executionsmaßregel als fein gerichtsordnungsmäßiges Executionsmittel barftellt. In bem bagegen ergriffenen Recurse begehrte ber Gatte nun= mehr bie Anordnung ber Bieberbringung feiner Chegattin im amtlichen Bege und burch bie ber Beborbe im öffentlichen Intereffe gu Gebote ftebenden Zwangsmittel, wie g. B. im Requisitionswege burch Beranlaffung ber Ginlieferung, fei es mittelft gebundener Marichroute, sei es unter Escortirung ober in sonstiger bem amtlichen Berfahren entsprechender Beise. Doch bestätigte das D. L. G. ben erstrichter-

lichen Beideib aus beffen Grunben.

Der oberste Gerichtshof war gleichfalls ber Ansicht ber Untergerichte, weil auch in Angelegenheiten ber Bersonenrechte ber Ehegatten (insoweit nicht ausbrücklich eine Ansnahme sestgeset ist, was aber für den vorliegenden Fall nach dem Wortlante und Sinne der §§. 92 und 93 des a. b. G. B. und den Bestimmungen des Gesetzes vom 9. Angust 1854, R. G. Bl. Rr. 208, nicht eintritt) der Civilrichter nur auf Ansuchen des Theiles, welcher sich in seinen Rechten für gestäuft erachtet, und soweit dieses Ansuchen reicht, vorzugehen hat und dabei nur solche Zwangsmittel begehrt werden können, welche im Bereiche der Amtswirtsamkeit des Civilrichters liegen.

## Mr. 2870.

Nichtberechtigung ber Notariatskammer zum Recurse gegen in einer speciellen Angelegenheit ergangene richterliche Entscheidungen.

Entich. v. 9. October 1867, Rr. 8889 (Best. der Decr. des L. G. Wien v. 23. Juli 1867, Rr. 37966, und des O. L. G. Wien v. 21. Angust 1867, Rr. 14972). G. Z. 1868, Rr. 8. G. H. 1867, S. 427.

Mit ber Errichtung ber Inventur über bas ansehnliche Bermögen bes A wurde vom Erbschaftsgerichte in Wien ausnahmsweise ein Gerichtsbeamter, anstatt des Notars der Borstadt Josefstadt, betraut, der als Gerichtscommissär zu sungiren hatte. Dagegen erhob der Notar Einsprache, die vom Gerichte nicht berücksichtigt wurde, und beshalb sand sich die Notariatstammer veranlaßt, dagegen eine Borskellung, eventuell den Recurs anzubringen, welcher vom D. L. G. zurückgewiesen wurde, weil die Berordnung vom 7. Mai 1860, R. G. Bl. Nr. 120, im §. 1 nur vorschreibt, was für die Besorgung der daselbst bezeichneten Geschäfte als Regel zu gelten habe, in einzelnen Fällen jedoch, aus Gründen der Zweckmäßigkeit und namentlich da, wo es sich um einheitliche Besorgung eines größeren Operates handelt, allerdings eine Ausnahme von dieser Regel stattsinden kann, und die Beurtheilung der Zweckmäßigkeit dem Gerichte, welches die Abgesordneten zu bestellen hat, überlassen werden nuß.

Den bagegen ergriffenen Revisionsrecurs hat ber oberste Gerichtshof als unberechtigt zurückgewiesen, und zwar in Erwägung, daß es sich um die Beschwerbe eines Notars gegen eine richterliche Berstigung in einem speciellen Falle handelt, in welchem die Rotariatstammer für den Notar im Necurswege einzuschreiten nicht berechtigt war, und daß, wenn die Notariatstammer vermeinte, eine Erläuterung.

bes §. 1 ber Min.-Bbg. vom 7. Mai 1860, R. G. Bl. Nr. 120, im authentischen Bege zu erwirken, ihr obgelegen wäre, ihr Einschreiten an bas Justigministerium zu richten.

#### Mr. 2871.

Berzugs= ober Bertragszinsen? Anerkennungsvertrag. — Benutzung einer erst im Laufe des Processes ausgestellten Urstunde zur Begründung des schon früher erhobenen Auspruches. Entsch. v. 10. October 1867, Rr. 6811 (Best. des Urth. des H. G. Wien v. 8. Februar 1867, Rr. 6873, Aband. des Urth. des D. L. G. Wien v. 22. Juni 1867, Rr. 6181). G. Z. 1867, Rr. 102.

A hatte im März 1866 ben Sensenwerksbesitzer B auf Rahlung rudftandigen Liedlohnes sammt 6 percentigen Berzugszinsen vom 6. Februar 1866 an belangt. Im Laufe bes Brocesses brachte er eine am 28. Juni 1866 ausgestellte Erflarung bes B bei, worin feine Forberung ale bis 1. Janner 1866 aufgelaufen anerkannt und beren 5-percentige Berginfung zugefagt wirb. In ber Hauptsache marb bie Forberung bem Rlager zuerkannt; Die erfte Inftanz fprach ibm außer= bem 5 Percent Intereffen vom 6. Februar an ju, indem fle fich einerseits an die producirte Urfunde, andererseits an den im Rlagbegehren bezeichneten dies a quo bielt. Die zweite Inftang erfannte nur auf 4 Percent Berginfung vom Rlagtage (28. Marz). Sie bemerkt barüber: "Die beigebrachte Erklärung tann nur als ein Schulbgeständnig, feineswegs aber als eine Urfunde berücksichtigt werben, burch welche ber Rlager neue Bertragerechte erworben bat, inbem bie Rlage auf ben ursprünglichen Lohnvertrag gegründet ift, und eine Aenberung bes Rlagrechtes nach §. 49 a. G. D. ungulaffig mare. Der Geklagte wurde baber gwar mit Recht gur Rahlung bes eingestanbenen Schulbreftes verurtheilt, aber von biefem Schulbrefte tonnten bie Berguge: zinfen nur vom Rlagtage und nach &. 995 a. b. G. B. nur mit 4 Bercent berechnet werben, weil die Rlage nicht auf die Urfunde gegrundet war und ber Rlager seinen Rechtstitel nicht veranbern Durfte."

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bagegen die Entscheidung ber ersten Instanz. "Denn in der Urfunde hat der Geklagte einbekannt, bem Rläger den Betrag von 975 fl. 28 fr. an rückständigem Lohn bis 1. Jänner 1866 aufrecht schuldig zu sein, und versprochen, denselben mit 5 Bercent zu verzinsen. Wenn nun gleich der Rläger den in der Rlage gestellten Zinsenanspruch nicht auf das erst später in der Erklärung vom 28. Juni 1866 gemachte Zinsenspruch nur als

auf bas Gesetz gegründet betrachtet werden kann, so muß doch die vom Geklagten erst mährend des Processes ausgestellte Schulderklärung ihre rechtliche Wirkung haben und daher auch in Ansehung der zugessicherten 5 Percent Zinsen zur Geltung kommen, und kann darin keine Aenderung des Klagrechtes erkannt werden, wenn der Kläger erst durch eine im Laufe des Processes ausgestellte Urkunde nachweist, daß der Geklagte auch seine Berpflichtung zur Berzinsung des rückständigen Lohnbetrages anerkannt und die Höhe derselben mit 5 Percent zugessichert hat. Hienach rechtsertigt sich die Zuerkennung der Zinsen dom 6. Februar 1866, weil der Geklagte seine Berpflichtung hiezu schon vom 1. Jänner 1866 an erkannt hat.

### Mr. 2872.

Abgrenzung bes Procegverfahrens vom officiosen.

Entid. v. 10. October 1867, Nr. 8069 (Aband. ber gleichförmigen Detr. bes B. G. Marburg v. 17. April 1867, Nr. 4538, und bes O. L. G. Graz v. 29. Mai 1867, Nr. 5648). G. S. 1868, S. 146.

In erster Instanz war die grundbücherliche Löschung einer Satsforderung in Folge der vorgelegten den Löschungsconsens enthaltenden Duittung des ursprünglichen Gläubigers A bewilligt und vollzogen worden, trot der bereits intabulirten Cesson der Forderung an die minderjährige B. Der Berstoß wurde entdeckt und vom Gerichte dem Bormunde der Cessonarin mitgetheilt, der nun gegen die erstgerichtsliche Löschungsbewilligung und Bollziehung den Recurs ergriff, allein vom D. L. G. damit abgewiesen wurde, weil es sich um die Giltigsteit der Einverleibung der Extabulationsquittung des A handelt, worzüber, da hiebei auch die Rechte der späteren Satzläubiger bei der verpfändeten Liegenschaft in Frage stehen, nur im ordentlichen Processwege entschieden werden kann.

In Erwägung, daß der die Löschung bewilligende Bescheid nach dem schon damals ersichtlichen Tabularstande offenbar unrichtig war; daß derselbe wegen der unterbliebenen Zustellung an den Bormund der B niemals in Rechtstraft treten konnte, der Bormund aber, nachdem er amtlich davon in Kenntniß gesett worden, mit Rücksicht auf den Zeitpunkt dieser Berständigung rechtzeitig gegen die Löschungsbewilligung den Appellationsrecurs angebracht und darin um die Bernichtung der Löschung und Hersellung des früheren Tabularstandes gebeten hat; daß den Gerichten von Amtswegen die Sorge für die Richtigkeit der öffentlichen Bücher obliegt, hat der oberste Gerichtshof auf den Redissonsrecurs des B'schen Bormundes die Löschungsbewilligung cassist und die Wiedereintragung der gelöschten Satsorderung bewilligt.

#### Mr. 2873.

Amtliche Meistgebotsvertheilung bei ber Mobiliarexecution.

Entsch, v. 10. October 1867, Rr. 8541 und 8542 (Best. ber die Decr. bes L. G. Wien vom 18. Juni 1867, Rr. 33401, und vom 28. Juni 1867, Rr. 34752, aband. Decr. bes O. L. G. Wien v. 23. Juli 1867, Rr. 18247 und 13248). G. Z. 1868, Rr. 10. G. H. 1868, S. 206.

Die A erwirkte im Februar 1867 wider C bei bem L. G. in Wien bie executive Pfandung, sohin auch die Schätzung und Feilbietung seines beweglichen Bermögens, worauf sie, als einzige Bfandgläubigerin, am 22. Juni 1867 um Erfolglaffung bes erzielten und deponirten Erloses bat. Allein fieben Tage vorher hatte die B ein Gefuch eingebracht, worin fie um Tagfatungsanordnung jur Bertheilung besselben Meiftgebotes und um bas Ertenntnig bat, bag berfelbe ihr gebühre, weil fie wiber C beim Banbelsgerichte wegen einer Bechfelforderung bereits im Janner 1863 Diefelben Effecten in Pfanbung gezogen habe. Das Gericht erfter Inftanz bewilligte bie Erfolglaffung an A, jedoch in hinblid auf bie über bas Gefuch ber B nach §. 16 a. G. D. angeordnete Tagfahrt erft nach Rechtsfraft ber Erfolglaffungebewilligung. Gegen beibe Berordnungen beschwerbe fich B, und zwar, mas die Tagfatung nach &. 16 betrifft, weil bei Bertheilung bee Feilbietungeerlofes auch für bewegliche Sachen von Amtewegen und nicht nach &. 16 a. G. D. vorzugehen sei; bezüglich ber Erfolglaffungebewilligung aber, weil fie bamale bem Berichte icon als Pfandgläubigerin bekannt war, baber vor ordnungsmäßiger Bertheilung bes Erloses berfelbe nicht zu erfolgen mar. Das D. L. G. hat auf ben erften Recurs eine Berhandlung über bie Pfanbrechtspriorität und hienach ju pflegenbe Bertheilung bes Meiftgebotes berordnet, ba tein gesetlicher Grund vorbanden ift, Die Raufscillings= vertheilung im Falle einer Mobiliarezecution nach anderen Grundfagen vorzunehmen, als bies für ben Fall einer Realitätenfeilbietung vorgeschrieben ift, vielmehr bie Frage, welchem von mehreren Pfandgläubigern die Priorität gebühre und wie der Raufschilling zu vertheilen sei, stets nur im amtlichen Wege zu verhandeln und zu entscheiben ift. Auch bem zweiten Recurse wurde babin ftattgegeben, bag über bas Erfolglaffungsgesuch ber A zugleich mit jenem ber B zu verhandeln und zu entscheiben sei, aus ben beim erften Recurse angegebenen Grunden. Run ergriff A gegen beibe Erlaffe ben Recurs an ben oberften Gerichtshof: Die Berfugung einer amtlichen Bertheilung bes Erlofes fei bei Mobilien in feinem Befese begrundet und höchstens bort julaffig, wo die Executionen bei einer und berfelben Behörde - nicht wie hier bei bem L. G. und bei dem \$. G. - bann auf biefelben Effecten geführt worben, mas bier nicht ber Fall fei. Die von ihr vorgenommene Pfanbung erscheine als bie einzige; bas L. G. könne weber über bie Ibentität ber

mit einem Zwischenraume mehrerer Jahre von B und von ihr bei verschiedenen Behörden gepfändeten Gegenstände und ebensowenig über ben Rechts- und Fortbestand der Forderung der B entscheiden. Endlich gabe bei Immobilien das Grundbuch Anhaltspunkte für Priorität und Identität, die hier fehlen.

Der oberfte Gerichtshof hat die beiden obergerichtlichen Entfcheidungen mit Berufung auf die bafür geltend gemachten Gründe
bestätigt.

### Mr. 2874.

Aufforderung wegen eines Baues ober wegen Berühmung? Unzulässigkeit der Entscheidung hierüber ex primo decreto. Entsch. v. 10. October 1867, Ar. 8779 (Best. des Decr. des B. G. St. 35hann v. 27. Inli 1867, Ar. 1629, Aband. des Decr. des D. L. G. Wien v. 27. Angust 1867, Ar. 15476). G. H. 1868, S. 7 und S. 420.

Bei ber Commission, welche nach §. 72 westg. G. D. in ber Bauangelegenheit bes A abgehalten wurde, erhob die Gemeinde B Einsprache gegen ben von A beabsichtigten Zuban, indem sie das Eigenthum an der Bauarea gestend machte. Hierauf überreichte A nach §. 73 westg. G. D. die Aufsorderungstlage gegen B, welche in erster Instanz aufrecht verbeschieden, vom D. L. G. aber a limine zurückgewiesen wurde, weil dieselbe zwar auf den §. 73 westg. G. D. gegründet und als "Bauaufsorderungstlage" angebracht wurde, allein der Sache nach auf den §§. 61 und 64 ebendort (Provocation ex lege diffamari) beruhe, da die aufgesorderte Gemeinde das Eigenthum an dem von A angekausten Baugrund in Anspruch nimmt.

Der oberste Gerichtshof bestätigte ben erstgerichtlichen Bescheib in Erwägung, baß die Klage als Bauaussorberungsklage mit bem ber Borschrift bes §. 73 westg. G. D. entsprechenden Petit angebracht worden ift und bei beren Erledigung nicht schon von Amtswegen über die Zulässigkeit ber Aufforderung abgesprochen werben burfte.

#### Mr. 2875.

Execution zur Sicherstellung von Aerarialforberungen. Entich. v. 10. October 1867, Rr. 8993 (Aband. der gleichförmigen Derrdes B. G. Leopoldftadt in Wien v. 6. August 1867, Rr. 15974, und des O. 2. G. Wien v. 20. August 1867, Rr. 15045). G. 3. 1867, Rr. 92.

Ein Gesuch ber Finanzprocuratur um Pfanbung ber Caution eines Manthbachtere jur Sicherftellung von ausstebenben Zinfen für bie

Miethe bes ärarischen Begmanthgebäubes wurde von ben unteren Instanzen zurückgewiesen mit der Begründung, "daß sich dieses Executionsgesuch auf eine Miethzinssorberung gründe, welche zum gerichtlichen Berfahren sich eignet"; daß daher dem gestellten Begehren gemäß Hosbecret v. 18. September 1786, 3. G. S. Nr. 577 und Hospecret v. 24. October 1806, 3. G. Nr. 789, nicht statzgegeben werden könne.

Dagegen bewilligte ber oberste Gerichtshof auf Grund ber vorgelegten Note ber Finanzbezirksdirection zur einstweiligen Sicherstellung bes aushaftenden Miethzinses die Pfändung der Mauthpacht-caution des B "in der Erwägung, daß nach dem klaren Wortlaute des Hosbecretes v. 18. September 1786, I. G. Rr. 577, dem Fiscalamte auf die bloße Borlegung der von Seite der betreffenden Administrativbehörde ergangenen Verordnung die Sicherstellung des Aerars durch die gesehlichen Sicherstellungsmittel, worunter auch die sicherstellungsweise Pfändung gehört, bewilligt werden kann, und daß in dem Hospecrete v. 24. October 1806, J. G. Kr. 789, nur hinsichtlich der Nothwendigkeit der Justiscirung zwischen zum gerichtlichen Versahren geeigneten und nicht geeigneten Forderungen untersichieden wird."

## Mr. 2876.

Beitpunkt für die Berechnung des Intereffe im Falle späterer Unmöglichkeit ber im Urtheil auferlegten Leistung.

Entich. v. 11. October 1867, Nr. 7547 (Best, bes das Urth. des B. G. Tetschen v. 30. April 1867, Nr. 1538, aband. Urth. des O. L. G. Prag v. 18. Juni 1867, Nr. 16549). G. Z. 1868, Nr. 3. G. H. 1868, S. 31.

Im Jahre 1866 begehrten A und B bie gerichtliche Bollftredung bes am 18. Juni 1865 in Rechtsfraft getretenen Urtheils, vermöge beffen C ale Bertaufer ihnen 6 Dofen, ben Centner bes lebendig gewogenen Ochsen mit 14 fl. 25 fr. berechnet, ju liefern hatte, und da am 18. Juli 1865 - bem jur zwangsweisen Abnahme ber Dofen bestimmten Tage - Thiere biefer Gattung bei C nicht gefunden murben, fo belangten ihn bie Raufer A und B auf Burudgabe bes Angelbes per 18 fl. und auf Schabenerfat, reip. auf Bahlung weiterer 132 fl., indem fie bas Durchschnittsgewicht eines Dofen mit 11 Centner und die Differeng zwischen bem urtheilsmagigen Fleischwerth bes Centners (14 fl. 25 fr.) und bem boberen, 212 ber für die amangsweise Abnahme bestimmten Zeit mit 2 fl. berechneten. Rach ber Anführung bes Beflagten aber, worüber er ben Rlagern ben Saupteib auftrug, batte er fie icon am 18. Juli 1865 brieflich verftanbigt, bag er gur fofortigen Uebergabe ber Dofen bereit fei mb biefelbe am 20. Juli vollziehen werbe. Da nun biefer Antrag von Seite ber Rlager unberudfichtigt blieb, einer von ihnen, wie C behauptet, fogar ibm positiv erklarte, bag er bie Ochsen nicht übernehmen wolle, fo begehrte C, von ber Rlage freigesprochen au merben. Ueber bie Berechnung ber Rlager murbe ein Sachbefund anfgenommen, welcher als bas Durchschnittsgewicht eines Ochsen 111/2 Ctr. ale Differeng bes Rleischwerthes 75 fr. per Ctr., mithin einen Betrag von 51 fl. 75 fr. ergab, und jur Bablung biefer Summe anftatt ber geforberten 132 fl., fowie jur Burudftellung bes Angelbes murbe C in erfter Inftang verurtheilt. - Das D. 2. G. war ber Anficht, baf bie von ben Rlagern begehrte Cumme von 132 fl. lediglich ein lucrum cessans berfelben barftelle, auf beffen Erfat fie feinen Anfpruch baben, bak fie nur ben Erfat bes damnum emergens forbern tonnten, babei aber nachzuweisen gehabt hatten, worin basselbe bestebe und wie boch es fich belaufe, und ohne folden Rachweis nicht mehr als bie Bablung bes boppelten Betrages ber gegebenen arrha für ben Fall verlangen können, als bas Unterbleiben ber Bertragserfüllung nicht von ihnen felbst verschuldet murbe. Demzufolge erfannte bas Dbergericht, unter Bestätigung ber erftgerichtlichen Berurtheilung bes C jur Rudstellung bes einfachen Angelbes per 18 fl. auf ben obigen negativen Saupteib ber Rlager, conbemnirte ben Bellagten für ben Fall ber Ableiftung bes Gibes auf weitere 18 fl. und entband ihn unbedingt von jeder anderen Bablungspflicht.

Diefes Urtheil murbe mit Berwerfung ber Revisionsbeschwerbe ter Rlager vom oberften Gerichtshofe, jeboch aus ben nachftebenben Gründen bestätigt: Die Rlager begehren ale Entschädigung ben Betrag, welcher fich aus ber Bergleichung bes Raufpreifes mit bem Berthe am Tage ber erfolglos versuchten Execution ale Differeng ergibt. Diefer Tag ift aber nicht entscheibenb, weil beffen Bahl fur bie Execution ein Bufall ift, welchen Derjenige tragen muß, in beffen Bermögen er fich ereignet bat (g. 1311 a. b. G. B.). Die Rlager haben nur bas Recht (§. 919), ben Erfat bes Schabens ju forbern, welcher ihnen baburch jugefügt murbe, bag ber Betlagte feiner Bertragepflicht gur gefete ober vertragemäßig bestimmten Beit nicht nachtam, weshalb ber Erfat nur nach jenen Berhältniffen beurtheilt werben fann, welche ju ber ermähnten Zeit bestanben haben. Dies ergibt fich gang unzweifelhaft aus &. 1323, wonach, um ben Erfat bes verurfacten Schabens zu leiften, Alles in ben vorigen Stanb gurudverfett, ober, wenn bies nicht thunlich, ber Schätzungswerth vergutet werben muß. Rach ihrer eigenen Angabe tauften bie Rläger am 13. August 1854 die Ochsen jum Preise von 14 fl. 25 fr. per Centner; Die Lieferungefrift murbe im Proceffe nicht bezeichnet, muß aber jebenfalls jur Zeit ber Rlage, worüber ber frühere Proces geführt murbe, icon verftrichen gewesen sein, ba fonft bie Rlager bamale fein Rlagrecht gehabt hatten. Wenn nun beispielsweise ber 27. August 1864 ber bestimmte Lieferungstag gewesen mare, so murbe nach g. 1323 als Entschätigung ber Schätzungswerth ber Dofen von biefem Tage nach Abzug bes bedungenen Raufpreifes berfelben zu gablen fein. Selbft wenn aber bavon abgefehen murbe, bag bas voraufgegangene Urtheil nur ben Beftand ber Bertragspflicht ausspricht und bie gericht= liche Silfe jur Durchsetzung berfelben veranlagt, und wenn bie barin bem Betlagten gefeste Frift als ber eigentliche Zeitpuntt ber gefculbeten Leiftung angenommen wurde, fo mare immer noch ber vierzehnte Tag a dato ber Buftellung bes Urtheils ber Tag, nach welchem bie Entschädigungspflicht beurtheilt werben mußte. Belde Differeng aber amifchen bem Raufpreis ber Thiere und ihrem Werth gur vertragsund gur urtheilemäßigen Beit ber Lieferung bestanden babe, murbe von ben Rlagern nicht nachgewiesen, noch bas Besteben eines folden Unterschiedes auch nur behauptet. Auf bie Breisbiffereng, Die gur Beit ber versuchten Execution - beinabe 11 Monate nach bem lett= ermahnten Zeitpunkt - bestand, baben sie beshalb kein Recht, weil fie felbst burch bie von ihnen veranlagte Bergogerung ber Erecution biefe Differeng ober minbeftens bie Erhöhung berfelben berbeigeführt haben, ihre eigene Sandlung aber bem Gegner nicht jum Rachtheil gereichen barf, umfoweniger ale, wie icon gefagt, Die Festfesung bes Tages jur Execution als ein Bufall anguseben ift. Demnach mußte bas bem Beklagten gunftigere Urtheil ber zweiten Inftang bestätigt merben.

### Mr. 2877.

Beweislast bei ber actio negatoria.

Eutsch. v. 11. October 1867, Nr. 7879 (Best. bes das Urth. bes B. G. Frankenmarkt v. 81. Dec. 1866, Nr. 4835, aband. Urth. bes O. L. G. Wien v. 29. Mai 1867, Nr. 8057). G. Z. 1868, Nr. 21.

Es wurde wegen Anmaßung des Fahrrechtes Klage geführt und von dem Grundeigenthümer die Bitte gestellt, dem Geklagten die weitere Austidung des Fahrens bei Bönfall zu untersagen. Kläger berief sich darauf, daß grundbücherlich keine Servitut ausgezeichnet sei, wogegen sich Geklagter darauf stützte, daß er laut eines vorausgegangenen im Besitztrungsstreite ergangenen Erkenntnisses im sactischen Besitz der Servitut sei, und daß er dieselbe durch Bertrag und Erstung erworden habe. In letzterer Beziehung wurde der Zeugenbeweis angeboten. Das Gericht erster Instanz wies den Kläger ab. Hingegen erkannte das D. L. G. auf den Zeugenbeweis über Bertrag und Erstung.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas obergerichtliche Urtheil ans folgenden Gründen: Da felbst bei der Eigenthumstlage der Rläger nur sein Eigenthum und nicht auch den Richtbestand eines Besitz= rechtes bes Inhabers zu beweisen braucht, können auch bei der nega= torischen Servitutsklage die §§. 323 und 324 a. b. G. B. nicht bahin verstanden werden, daß der Kläger etwas Mehreres als eine seine Eigenthumsrecht beschränkende Servitutsausübung zu beweisen habe, wonach sich diese Ausübung von selbst als eine Anmaßung darstellt, sobald der Geklagte die rechtliche Erwerbung nicht zu erweisen vermag. Der Geklagte kann sich also in dem vorliegenden Falle gegen die Zulassung der ihm vom kläger streitig gemachten Servitut umsoweniger mit Grund beschweren, als er ja selbst nicht bestreiten kann, daß die Parcellen, an welchen ihm die Servitut zustehen soll, dem Kläger gehören, und als er selbst nicht behauptet, daß sein angebliches Fahrrecht irgendwo in einem Grundbuche ausgezeichnet sei.

#### Mr. 2878.

Summarisches Verfahren. Zuruckschiebung bes Eibes über bie Echtheit einer Urkunde.

Entich. v. 11. October 1867, Rr. 8860 (Beft. der Urth. des R. G. Stanislan v. 30. Jänner 1867, Rr. 922 und des D. L. G. Lemberg v. 11. Juli 1867, Rr. 20883). G. Z. 1868, Rr. 61. G. H. 1867, S. 434.

A erwirkte gegen die ruhende Berlassenschaft des verstorbenen Wechselacceptanten B den Zahlungsauftrag und, da der ad actum bestellte Eurator in den Einwendungen die Echtheit des Acceptes in Abrede stellte, trug ihm der Aläger roplicando den Haupteid darüber auf, welchen der Eurator in die Duplik zurückschod. Beide Untergerichte erkannten anf den zurückgeschodenen Eid des Alägers, wogegen

berfelbe bie a. o. Revisionsbeschwerbe ergriff.

Der oberste Gerichshof verwarf die Beschwerbe. Gründe: Die Behauptung des Rägers, daß der Eid vom Eurator ohne weiteres abzulegen und nicht zurücksiebbar sei, ist schon den Schlußsat des S. 37 des Gesess über den summarischen Civilproces und die darin enthaltene Bezugnahme auf den J. 36 widerlegt. Da nun hier Umstände vorliegen, woraus geschlossen werden dars, daß der Rläger in der Lage war, von der Echteit des Bechsels sich Ueberzeugung zu verschaffen, weil er mit dem Aussteller und Indospanten an Einem Orte sich befindet, und dies auch in seinem Interesse lag, so kann in den Entscheidungen der Untergerichte, die ihm die Leistung des Sides auslegen, eine Geseswidrigkeit nicht gesunden werden, und zwar umso minder, als er gegen die in der Duplik erfolgte Zurücksiedung des Eides nichts eingewendet hatte.

#### Mr. 2879.

## Irreferibler Haupteid.

Entich, v. 15. October 1867, Rr. 8067 (Best. bes Urth. bes B. G. Anittelfeld v. 26. Juni 1866, Rr. 259, Abünd. bes Urth. bes O. L. G. Graz v. 27. März 1867, Rr. 2314). G. Z. 1867, Rr. 100.

A grundete eine Rlage gegen bie Erben bes B auf die Bebauptung, er habe bem B zwei Ballen Baare geliefert. Die Be-Magten gaben nur die Lieferung eines Ballens zu, da B ben Empfang bes zweiten immer in Abrebe gestellt habe. A trug nun ben Bellagten ben irreferiblen Saupteid auf, indem er fich barauf berief, bag fein Sandlungsreisender bas Beschäft abichlog und er felbft bei ber Ablieferung nicht augegen gewesen sei. - Die erfte Inftang wies ben Rlager ab. weil sein Beugenbeweis nicht zu feinen Gunften ausgefallen, ber unrudiciebbare Sanpteid aber unguläffig fei, indem fein Umftand erwiefen fei, worans entnommen werben tonnte, bag ben Getlagten über bie Richtigkeit ober Unrichtigkeit ber fraglichen Thatfache aus Eigenem etwas befannt fei, ber fragliche Ballen felbft nicht im Buchauszuge bes Rlagers angeführt erscheint, Die eine Erbin angibt, bag B felbft ben Empfang biefes Ballens ftets in Abrede gestellt habe, und ben Geflagten burch bie Befdmorung ber Richtablieferung besselben ein Gewissenszwang auferlegt werben würde. — Die zweite Instanz erkannte auf biesen Haupteib, weil Umstände vorliegen, welche bem Rlager bie Möglichkeit ber referiblen Auftragung bes haupteibes abschneiben und seine Behanptung mahrscheinlich machen, wenn man erwägt, bag ber Rlager felbst ben Ballen bem B nicht übergeben hat; bag beffen Uebergabe an B durch die Zeugenanssagen in hobem Grabe mahricheinlich wirb; bag bie Getlagten in ber Berhandlung gar nicht geltend machten, nicht in ber Lage gewesen zu sein, von bem zu beschwörenben Factum eine Renntnik zu erhalten, ja vielmehr burch ben Widerspruch biefes Factums und burch bie Behauptung, bag ber Erblaffer ben Empfang bes Ballens ftets in Abrebe ftellte, ju erfennen gaben, bag fie burch bie Unterrebung mit bem Erblaffer Renntnig von dem fraglichen Gegenstand erhalten haben; daß endlich die Geklagten, als Erben bes B, benfelben repräsentiren und in eigenem Namen Proces führen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte bas erstrichterliche Urtheil. Gründe: Rach hofbecr. v. 26. April 1842, J. G. S. Nr. 610, muß, um auf einen unrüdschiebbaren Haupteid erkennen zu können, Derjenige, welcher ben Haupteid aufträgt, barthun, baß er biesen Haupteid abzulegen außer Stande sei. Sohin hat der Richter zu beurtheilen, ob es nachgewiesen oder wahrscheinlich sei, daß der Delat Kenntniß von der Thatsache habe, welcher Nachweis um so unerläglicher ist, wenn der Haupteid Erben über Handlungen des Erblassers aufgetragen werden soll, indem schon an und für sich die Wahrscheinlichkeit, daß

sie Renntnig von diefen Sandlungen haben, geringer ift, als wenn Jemand über von ibm felbft vorgenommene Bandlungen ber Gib aufgetragen wirb. Mangelt jene Bahricheinlichkeit, und ergibt fich vielmehr bas Gegentheil, fo fann Jenem, bem ber Gib aufgetragen wirb, bas Recht, felben jurudjufchieben, nicht baburch entzogen werben, bag ihm ber Saupteib, wenn auch mit bem Beisate seines Biffens und Erinnerns, unrudiciebbar auferlegt wird; benn er ift bann in gleicher Lage mit Demjenigen, ber ben Gib aufträgt, und es ift fein Grund vorhanden, biefen vor feinem Begner ju begunftigen, ba ja Demjenigen, ber eine Thatfache behaupten will, es auch obliegt, fic rechtzeitig mit ben erforberlichen Beweismitteln zu verfeben. Im porliegenden Falle nun muß ber Rlager jebenfalls in ber Lage fein, Die angegebene Baarenlieferung zu beschwören, baber icon beshalb ein unrudichiebbarer Gib nicht gerechtfertigt mare. Benn er nun auch bei Uebergabe bes Ballens an B nicht gegenwärtig mar und fie nicht beschwören tann, fo mare es ibm boch leicht gewesen, fich einen Beweis über ben Empfang besfelben ju verschaffen, ba B erft langer als ein Jahr nach biefer behaupteten Uebergabe gestorben ift. Es wurde ferner nicht nachgewiesen, bag bie Geklagten Renntnig somobl von der Uebergabe der Waare als auch von dem Abschluffe des Raufgeschäftes haben, ober bag biefes auch nur mahrscheindlich fei. Biel= mehr erflärte Juliana B, bag ihr Gatte immer behauptete, ben ftreitigen Ballen nicht erhalten zu haben. Die anberen zwei Mitgeflagten befanden fich aber nicht in folden Beziehungen gu B, die es ihnen auch nur möglich gemacht hatten, Renntnig von ben Befchaften besfelben fich zu verschaffen, boch wird auch ihnen bie Ablegung bes Eibes mit bem auferlegt, bag, wenn fle ben Gib nicht ablegen, bas Begentheil beffen, mas fie zu beichoren hatten, für mabr gehalten werben wurde. Es ericheint baber unzuläffig, ben Geflagten ben unrudiciebbaren Saupteib aufzutragen, und ba Rlager feinen anberen gesetlichen vollständigen Beweis beigebracht bat, fo ift bas erftrichterliche Urtheil auf Abweisung feines Begehrens begrundet.

## Nr. 2880.

Unzulässigkeit ber Ablegung bes von einem seither verstorbenen Streitgenossen angebotenen Erfüllungseides durch einen Anderen.

Entich. v. 15. Octaber 1967, Rr. 8139 (Best. des das Urth. der Brütur Imoldi d. 29. Mai 1866, Rr. 1152, aband. Urth. des O. L. G. Zara d. 17. Jänner 1867, Rr. 121). G. H. 1868, S. 187.

In ber Rechtsfache bes A gegen B und Genoffen pto. Deransgabe von Liegenichaften hatte bas Gericht erfter Inftang bem Ragbegehren unbedingt stattgegeben, wogegen das D. L. G. auf einen Erfüllungseid des Erstbeklagten B erkannte. Run ergriffen die Mitbeklagten die a. o. Revisionsbeschwerde mit der Bitte, daß bei dem inzwischen eingetretenen Tod des B einer von ihnen ("uno chiunque") zu dem Eid zugelassen werde, indem die in der Formel des Ersfüllungseides enthaltenen Umstände alle Beklagte berühren und ihnen Allen bekannt seien und dei der stattgesundenen gemeinschaftlichen Bertheidigung angenommen werden müsse, daß den (ausdrücklich nur von B angetragenen) Erfüllungseid auch die übrigen Beklagten ansgeboten haben.

In Erwägung, daß nach der klaren Bestimmung des §. 286 westgal. G. D. der Erfüllungseid nur jenem Streittheil aufgetragen werden kann, der ihn angeboten hat; daß im vorliegenden Proces nur der Beklagte B sich erboten hat, die in den Weisartikeln der Duplik angesührten Umftände mit seinem Erfüllungseid zu bestätigen, wurde vom oberften Gerichtshofe die Revisionsbeschwerde verworfen.

### Nr. 2881.

Abweisung der Mage a limine wegen Mangels der Ermächtigung der Obervormundschaft.

Entich, v. 15. October 1867, Nr. 8677 (Best. des Decr. des B. G. Hernals v. 11. Juli 1867, Nr. 14186, Aband. des Decr. des O. L. G. Wien vom 20. August 1867, Nr. 14984). G. Z. 1868, Nr. 51.

Der Bormund ber minberjährigen A klagte im Jahre 1867 unter Bertretungsleiftung ber C, Mutter ber A, wiber ben aufzuftellenden Curator gur Bertheibigung ber ehelichen Geburt und B, Gatten ber C, auf Erkenntnig, "bas von C am 30. April 1854, acht Monate nach bem Tobe ihres erften Gatten M geborne und in ben Taufmatriken auf beffen Namen eingetragene Rind A fei von bem am 1. September 1853 verftorbenen M nicht gezeugt worben, es fei bie gefetliche Bermuthung ber bon M erfolgten Zeugung für ent= fraftet zu halten, bagegen fei biefes Rind von bem Geflagten B mit C, verwitweten Frau bes M, außer ber Che gezeugt und burch beren am 27. November 1854 nachgefolgte Che legitimirt worden; basselbe sei in ben Taufmatriken als burch bie nachgefolgte Che legitimirtes Rind bes B und ber C einzutragen, und ber Geklagte B schuldig, bieses Rind als fein nunmehr eheliches anzuerkennen und in die beantragte Menberung ber Taufmatriten ju willigen. Die Rlage murbe in erster Inftang a limine gurudgewiesen, weil bas gestellte Rlagbegehren gefete wibrig erfcheine, ba g. 159 a. b. B. ben Erben bie Beftreitung ber ehelichen Geburt eines innerhalb bes im §. 138 a. b. B. bestimmten Zeitraumes geborenen Kindes nur binnen drei Monaten nach dem Tode des Mannes gestattet und nach Berstreichung dieser Frist gegen die Bermuthung der ehelichen Seburt ein Segenbeweis nicht mehr geführt werden darf, und weil überdies der Bormund gemäß §. 233 a. b. S. B. zur Führung eines Rechtsstreites von der Bichtigkeit des vorliegenden die obervormundsschaftliche Legitimation unter allen Umständen beizubringen gehabt hätte. Das D. L. S. verordnete die gerichtsordnungsmäßige Erledigung der Klage in Erwägung, daß die Frage, wem und in welcher Zeit das diesssällige Bestreitungsrecht zustehe, nicht im Borhinein zu entscheiden ist, da der Richter nach Hospeck. v. 6. October 1783, 3. S. S. Nr. 197, im Zuge des Bersahrens nicht in das Innere der Schriften einzugehen hat und weil die maugelnde pslegschaftsbehörbliche Ermächtigung zur

Streitführung nachträglich beigebracht werben fann.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bie von Seite ber erften Inftang von Amtewegen erfolgte Burudweifung ber Rlage jeboch lebiglich wegen bes Mangels ber obervormunbschaftlichen Rlagsermächtigung, und zwar in Erwägung, bag zwar nach lit. b bes hofbeer. vom 6. October 1783, 3. 197, und lit. t ber Resolution vom 31. October 1785, 3. G. E. Dr. 489, nicht im Boraus in bie Beurtheilung bes Inneren ber Rlage einzugeben mare, bag aber jebenfalls ohne vorläufige Beibringung ber obervormunbicaftlichen Ermachtigung gur porliegenben Rlage bie Ginleitung einer Streitverhandlung nicht angeordnet werden fonnte und die Berweisung auf eine nachträgliche Beibringung bier nicht am Blate mare, weil es fich bei ber Rlage, welche nun ber Bormund im Namen ber minberjährigen A anzuftrengen gebenft, außer bem bamit verbundenen außerorbentlichen Roftenpunkte um bie Rechte ber ehelichen Geburt, in beren formellen Befige fich A befindet und bie von bem Bormunde für tiefelbe anfgegeben werben wollen, um Fragen bes Berfonen- und Familienrechtes und bes gebührenben Civilftanbes, mithin um Ungelegenheiten von fo bober Bichtigkeit handelt, bag bei beren Behandlung und Berfolgung ber Bormund die Ginholung ber Beijungen ber Bormunbichaftebeborbe im Ginne bes g. 233 a. b. G. B. nicht umgeben burfte.

# Mr. 2882.

Unbedingte Berpflichtung bes Restitutionswerbers zum Ersatze ber Kosten bes Restitutionsversahrens.

Entich. v. 15. October 1867, Rr. 8991 (Best, des das Decr. des B. G. Landuraße in Wien v. 18. Juli 1867, Rr. 3806, aband. Decr. des O. L. G. Wien v. 13. August 1867, Rr. 14800). G. Z. 1867, Rr. 103.

Ein wider die B auf Betreiben des A ergangenes Contumacialurtheil ward auf ihre Appellations- und Rullitätsbeschwerbe nuter Anordnung neuer Berhandlung aufgehoben. Inzwischen aber hatte die B auch bei der ersten Instanz um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, beziehungsweise Rechtsertigung ihres Ausbleidens von der Berhandlung angesucht. Die über dieses Restitutionsgesuch gepflogene Berhandlung erklärte der erste Richter, ohne sich über den Ersas der Rosten derselben auszusprechen, als durch die Aushebung des Contumacialurtheils ersebigt. A beschwerte sich nun darüber, daß die B nicht zum Kostenersas verurtheilt worden sei. Die zweite Instanzsprach dem A diese Kosten, welche die erste Instanz zu bestimmen habe, zu, weil die B nach Patent vom 1. Juli 1790, J. G. S. Rr. 31, Abs. 1, in jedem Falle dieselben zu ersezen habe, und hieran der Umstand, daß das Wiedereinsetzungsbegehren durch die Aushebung des Urtheils gegenstandlos geworden ist, keine Aenderung zu bewirken vermag.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte biefe Entscheidung aus ben

barin enthaltenen Gründen.

### Mr. 2883.

Nachträgliche Abänderung der Erbserklärung.

Entig. v. 15. October 1867, Rr. 9121 (Best. ber gleichförmigen Decr. bes L. G. Wien v. 10. Mai 1867, Rr. 25903 und bes O. L. G. Wien vom 2. Juli 1867, Rr. 11582). G. Z. 1868, Rr. 9.

Ein Erblaffer hatte mehrere lettwillige Anordnungen binterlaffen, welche nicht febr beutlich waren. Seine beiben Tochter A und B überreichten im October und November 1866 ihre Erbeerklarungen auf Grund ber gesetlichen Erbfolge, und B überreichte im April 1867 "im Nachhange ju ihrer Erbeerflarung aus bem Gefete, unter Berufung auf eine letiwillige Anordnung, rudfictlich Teftament, welches bisher irrigerweise für ein Cobicill angeseben murbe", Die Erbserklärung aus biefem Testamente. Das Gericht erfter Inftang nahm felbe, sowie bie früheren beiben Erbeerklarungen an, verfügte aber megen bes Biberfpruches ber neuen Erbeerflarung ber B mit jener ihrer Schwester bie Bernehmung barüber, welche von beiben als Rlagerin aufzutreten habe. Dagegen beschwerte fich A, weil biefe neue Erbeerklarung ber B ein nach §. 806 a. b. G. B. unzuläffiger Biberruf ihrer früheren aus bem Gefete, Die gefetliche Erbfolge als bei bem vorliegenden Todesfalle eingetreten icon vom Gerichte anerkannt, die berufene letwillige Erklärung ihrem Inhalte nach kein Teftament sei, und ber in ber neuen Erbeerflarung, minbeftene ftillschweigend, enthaltene Biberruf ber früheren ihr bie aus felber ichon ermachfenen Rechte nicht benehmen tonne. Das D. L. G. gab Diefem Recnrfe teine Folge, weil es fich hier weber um ben Biberruf einer Erbserflärung, noch um eine Abanberung einer unbebingten Erbeerflarung in eine bedingte, fondern nur um eine Umanderung des Erbrechte: titels handelt, worauf die Borfchrift bes &. 806 a. b. G. B. feine Anwendung findet, und weil über ben Rechtsbestand und bie Auslegung ber ber Erbeerflarung ju Grunde liegenden lettwilligen Anordnung im officiofen Wege nicht abgesprochen werden tann.

Der oberfte Berichtshof hat ben von A bagegen ergriffenen außerordentlichen Recurs aus ben Grunden bes Dbergerichtes und in ber Erwägung verworfen, bag burch bie frühere Erbeerflarung ber B aus bem Gefete Die A noch teine Rechte gegen Erftere erworben hat, da auf Grund berfelben teine Erbetheilung, Ginantwortung ober fonstige bie Berlaffenschaft betreffenbe Berfügung erfolat ift.

## Nr. 2884.

Testamentarische Einsetzung der "Erben". Wiberstreit des im Abhandlungswege festgestellten Inhaltes bes mündlichen Testamentes mit dem später im Brocestwege ermittelten.

Entig. v. 16. October 1867, Rr. 7298 (Aband. ber gleichförmigen Arth. ber Prätur Spalato v. 31. Dec. 1865, Rr. 9308 und bes O. L. G. Zara v. 4. April 1867, Rr. 1224). G. H. 1868, S. 196.

Nach Inhalt bes vom Abhandlungsgericht im Jahre 1856 burch bie Bernehmung ber brei Beugen erhobenen Nuncupativtestaments binterließ M fein Bermogen feinen "Erben". Die nachften Berwandten bes M find bie Rinder von zwei Brüdern besselben. A, Die Tochter bes einen Brubers bes Testators, trat gegen B und beffen fünf Geschwister, die seche Kinder des anderen Bruders des M. klagend auf und begehrte 1. bie Richtigerklarung bes Testaments, 2. Die Eröffnung ber gefetlichen Erbfolge und auf Grund berfelben bie Zuerkennung ber Nachlaghälfte als Erbtheil. Der Beweis ber Blöbfinnigfeit bes M jur Beit ber lentwilligen Berfligung, worauf Die Rlagerin bas Begehren ad 1 grundete, murde von ihr nicht er-Die Betlagten, welche bie Theilung ber Berlaffenschaft nach Röpfen in Anspruch nahmen und biesen Anspruch auch dem Testament gegenüber sicherstellen wollten, brachten vor, bag M ausbrudlich Die gleiche Theilung mit ben in ber Teftamenteerhebung nicht angeführten Borten: "mein Bermögen foll unter meinen Erben vertheilt werben und jedem von ihnen ein gleicher Antheil zufallen" angeorbnet habe, und erboten fich jum Beweis biefes Beifapes burch bie Testamentezeugen, welcher zugelaffen wurde und zu ihren Bunften ansfiel. Run handelte es fich um die Frage: ob das im Abhand. lungsweg erhobene Testament, oder das im Proces, acht Jahre später, von benfelben Beugen bestätigte Testament mit bem vorerwähnten

wichtigen Zusatz ber gleichen Theilung nach Köpfen Geltung haben soll. Das Erstere behauptete die Klägerin und bestand auf ihrer Forderung der Hälfte der Berlassenschaft, welche ihr — abgesehen von der wegen des Blödsinnes des Erblassers angesochtenen Giltigeteit seiner Berfügungen — nach dem im Abhandlungsweg sestgestellten Testamentsinhalt auch ex tostamento gebühre, wogegen die Beslagten die im Proceswege ermittelte Erstärung des Testators und darauf hin die Theilung nach Köpsen, somit die Beschränkung der Klägerin auf 1/7 der Berlassenschaft geltend machten. — Beide Untergerichte haben das ad 1 gestellte Klagbegehren abgewiesen und ad 2 ersannt, das die Erbsolge nach dem Inhalt des im Proceswege sestgestellten Testaments eintrete, somit der Klägerin nur 1/7 des Rachlasses zusomme.

In Folge ber Revisionebeschwerbe ber A murbe vom oberften Berichtshofe bie Biltigfeit bes im Abhandlungswege erhobenen Runcupativteftamente ausgesprochen und berfelben bie Balfte ber Berlaffenschaft als Erbtheil zuerkannt. Grunbe: Bor Allem muß in hinblid auf ben Inhalt ber Erbeerflarungen ber Barteien, bes die Rlägerin jur Testamentsanfechtung auf ben Rechtsweg verweisenden Bescheibes bes Abhandlungsgerichtes und bes bemgemäß gefaßten Rlagbegehrens ad 1 bemertt werben, bag nur bie im Beugenvernehmungsprotofoll vom Jahre 1856 enthaltene, nach §. 586 a. b. G. B. rechtsfraftig geworbene Willenserflarung bes Teftators M bie Grundlage und ben Gegenstand bes gegenwärtigen Processes bildete und bilden konnte. Die Beklagten haben bei der Aufnahme jener Zeugenaussagen, obgleich nach &. 66 bes Befetes vom 9. August 1854, R. G. Bl. Dr. 208, hiezu berechtigt, die Stellung besonderer ju befferer Auftlärung bienender Fragen an bie Zeugen nicht vorgefdlagen und noch im Brocef, im Beginn ihrer Ginrebe, fowohl bie Regelmäßigfeit bes Beugenverhörsprotofolls als auch bie Beweisfraft der bamals prototollirten Zeugenaussagen für ben mahren Teftamenteinhalt anerkannt. Erft, als fie in ihrer Bertheibigung bei bem ftreitigen Buntt ber Erbtheilung angefommen waren, begannen fle von der Auslaffung der Borte "jedem der Erben ein gleicher Antheil" Erwähnung zu machen, ohne jeboch im gangen Broceft auch nur anguführen, mann, bon mem und wie bie Entbedung ber Auslaffung jener Borte gemacht worben fei, ba fie nur - in ber Duplit - im Allgemeinen und in zweideutiger Beife bemerkt haben, bag Die Bengen, von dem entstandenen Streit in Renntnig gefett (burch wen ?), bie Unvollständigkeit ber Aufnahme ihres Berhors andeuteten. Es ift ferner bemerkenswerth, daß die Angaben ber Beklagten über Die mabre Urfache ber behaupteten Auslaffung jener Worte unbestimmt und schwantenb find; in ber Einrede: Auslaffung in Folge eines entfouldbaren Berfebens (weffen?) - in ber Duplit: Man wüßte nicht, in Folge welcher Combination die Worte von ben Zeugen ober von

bem Berhörerichter übergangen murben - in ber Begenichlugrebe, Appellations. und Revisionseinrebe: Ungenauigfeit und Dberflächlichfeit ber Beugenaufnahme und ungenugenbe Renntnig bes bamit betrauten Richtere. Diefe Behauptung, gegenüber bem gangen Inhalt bes mit vollfter Regelmäßigkeit und Genauigkeit aufgenommenen Prototolls, ift jebenfalls febr gewagt und tonnte feinesfalls burch bie Ausfage ber Testamentszeugen allein über ben Beisartitel 1 ber Duplit ohne irgend eine Bestätigung von Seite ber bei ber Proto. tollbaufnahme gegenwärtig gemefenen Berichtsperfonen als rechtlich conftatirt angenommen werben, umsoweniger, ba bie Beklagten noch in ber Einrebe ausbritdlich erflart hatten, bag bie Borte, welche bie testamentarische Berfügung bilben, wörtlich in illirischer Sprache im Prototoll vom Jahre 1856 aufgenommen und so bezeichnend find, daß ein Gebächtniffehler bei ben wenige Tage nach ber Testamenteerrich= tung verhörten Bengen nicht angenommen werben fann. Umftanbe find offenbar geeignet, tie Glaubwürdigfeit ber biesbezuglichen Anführungen ber Beklagten, sowie ber biefelben bestätigenben Ausfagen ber Zeugen in bem Brotofoll ber späteren Beweisaufnahme in bebeutenbem Dag abzuschmachen. Wenn nun noch weiter erwogen wird, daß bei dem in einen wesentlichen Buntt vorhandenen Biberspruch ber früheren ober späteren Zeugenaussagen ben ersteren in Betreff ber Beweisftarte ohne Beiteres ber Borgug eingeraumt werben muß, weil fie, abgefeben von ber im Befet ausbrudlich ihnen zugesprochenen Beweistraft, turge Zeit nach ber Billenserflärung bes Teftatore abgelegt wurden und bie von ben Beugen fpontan, ohne Suggestivfragen, nach eigenem Biffen mit voller Freiheit gegebene umftanbliche und zusammenhängenbe Erzählung bes Borganges und Mittheilung bes Bortlautes bes Testaments nebst bem Bufas, bag ber Erblaffer nichts Anberes gefagt habe, enthalten, mogegen bie acht Jahre fpater abgegebenen Erflarungen ber nämlichen Beugen eine bloge Bejahung, refp. Bieberholung ber im Beisartitel 1 ber Duplit angeführten und ihnen gur Beantwortung vorgehaltenen Umftanbe find; daß es fich nicht — wie die Beklagten behaupten — um bie Erläuterung und Auftlarung unbeutlicher und unbestimmter Meuferungen des Teftators, fonbern um einen wesentlichen, bas Dag ber Erbportionen jum Nachtheil ber Rlägerin verandernben Testamentszusat hanbelt, baber benn auch bie von ben Beflagten behauptete partielle Unrichtigfeit, refp. Ungiltigfeit bes früher abgelegten Beugniffes und ber entsprechenden Anordnung bes Teftators von ihnen auf bem Bege ber Rlage hatte geltenb gemacht werben muffen (§. 67 bes Gefetes vom 9. August 1854, Rr. 208), - fo muß man jum Solug tommen, bag bei ber Enticheibung bes vorliegenden Proceffes nur bie im Prototoll vom Jahre 1856 fefigeftellte Anordnung bes Teftatore ohne Berückfichtigung bes im Brotofoll ber fpateren Beweisaufnahme angeführten Teftamentegufages als einzige Grundlage

ver Erbseinantwortung, sowie der Erbstheilung zu gelten hat. Diese Anordnung nun enthält die Erbseinsetzung jener Personen, denen der Nachlaß nach den Regeln der gesetzlichen Erbsolge zugefallen wäre, nach welchen aber (§. 736 a. b. S. B.) die Klägerin als einziger Rachkömmling des einen Bruders des Testators zur Hälfte und die Beklagten zusammen, als Descendenten des zweiten Bruders, zur anderen Hälfte der Erbschaft berufen sind, gerade so wie der Nachlaß auch dann zu theilen wäre (§. 559 a. b. S.), wenn der Testator die Klägerin und die Beklagten namentlich als Erben eingesetz hätte.

#### Mr. 2885.

Berbot auf die Brandschadensvergütung für ein bereits in Execution gezogenes Gut?

Entsch. v. 17. October 1867, Kr. 8245 (Best. bes bas Decr. bes B. G. Mured v. 81. Mai 1867, Kr. 2827, aband. Decr. bes O. L. G. Graz vom 8. Insi 1867, Kr. 7082). G. H. 1867, S. 451.

Das Berbotsgesuch bes A gegen B war in folgender Beife begründet: Auf der Liegenschaft des B, deren executive Berfteigerung bem A bewilligt und ausgeschrieben, allein noch nicht abgehalten worden ift, find bie gegen Feuer verficherten Birthichaftegebäude abgebrannt. Obgleich nun nach Sfb. v. 18. Juli 1828, 3. G. S. Rr. 2354, Die Brandschabensvergutungen von bem Berbot ju bem Enbe befreit find, damit fie ihrer Bestimmung jur Bieberberftellung ber Bebaube nicht entzogen und insbesonbere nicht bie Pfandglaubiger in ihren Rechten verfürzt werben, fo liegt andererseits bei B bie Befahr nabe, daß er ben Bergütungsbetrag, fatt jum Bieberaufbau, für fich verwenden und auch bag bei ber Berfteigerung ber burch ben Brand im Werth gefunkenen Liegenschaft ein kleineres Meiftgebot erzielt werben tonnte. Es murbe baber bei Richtbewilligung bes Berbots auf die Brandichabensvergutungsforberung gerabe eintreten, mas bas citirte Gefet verhuten will. Da mithin bie Borausfetung, unter welcher die Befreiung ber Berficherungspramie vom Berbot gerecht= fertigt ift, hier nicht eintrifft, fo ift bas Befuch bes A um Bemilligung bes Berbots auf biefelbe gefetlich julaffig. Das Gericht erfter Inftanz bewilligte bas Berbot; bas D. L. G. verweigerte basselbe.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bie Entscheidung ber zweiten Inftanz "mit hinweisung auf ben klaren Wortlaut des hie vom 18. Juli 1828, J. G. S. Nr. 2354, welches die Belegung ber Feneraffecuranzprämien mit gerichtlichem Berbot unbedingt und aus-

nahmslos als unguläffig ertlart".

#### Mr. 2886.

Execution bes Besitsftörungserkenntnisses gegenüber einer anderen Form ber Besitsstörung.

Entich. v. 17. October 1867, Rr. 9151 (Beft. des Decr. des B. G. Braunan v. 15. Juli 1857, Rr. 1808, Abänd. des Decr. des O. L. G. Wien nom 18. August 1867, Rr. 14666). G. H. S. 1868, S. 217.

Nachbem in possessorio summariissimo rechtsfräftig entschieben worben war, bag ber Beflagte B burch bas Einschlagen von Stangen in seinem Biesenland ben Rlager A in ber (baburch behinderten) Ausübung, resp. im Besit eines Fahrmeges gestört, die Stangen gu befeitigen und bei fonftiger Strafe von 10 fl. jeber Befitftorung burch bas Einschlagen von Stangen fich ju enthalten habe, trat A gegen ibn im Erecutionsweg auf, indem er anführte, daß B zwar bie Stangen entfernt, jedoch bafur ben Sahrweg an bem auf einem Anger bes Beflagten gelegenen Enbe besfelben abgegraben und bas Fahren neuerdings fast unmöglich gemacht habe, und beshalb nach §. 309 a. G. D. bas Begehren anbrachte, bag bem B aufgetragen werbe, bei sonftiger Gelbstrafe von 20 fl. bie Fahrwegstelle wieber in ben porigen Stand ju verfeten, wibrigens ber Executionsführer berechtigt fein foll, biefelbe, gegen Erfas ber betreffenden Roften burch B. felbit berguftellen. Auf Diefes Gefuch murbe ber gerichtliche Augenschein abgehalten, babei von ben Parteien formlich verhandelt und fobann, obne Aufnahme ber vom Bellagten angebotenen Beweise burch Beugen und Sachverständige, bem Begehren bes A vollständig stattgegeben. Das D. L. G. hat bas Gefuch bes A gurudgemiefen, weil - abgesehen bavon, bag bas voraufgegangene Besitftorungsertenninig von einem Fahrmeg bes A burch bas Wiefenland bes B, bas Gefuch bes A hingegen von bem Fahrweg burch einen neben jenem Wiefenland gelegenen Anger bes B handelt - in bem Erfenntnig bie Befis ftorung als burch bas Ginfchlagen von Stangen auf bem Fahrmeg verübt und nur das Einschlagen von Stangen ale Executionsfall bezeichnet, mithin die jest incriminirte Sandlung anderer Art eine neue Befitftorung ift, wegen welcher nicht bas Erecutionegefuch, fondern eine neue Befitftorungeflage anzubringen und nach vorgangiger Berhandlung zu entscheiben mar, und weil ferner bier, wo bem B burch bas Erkenntnig bie Entfernung ber Stangen als bie von ibm Bu leiftende Arbeit aufgetragen, von ihm aber auch fcon ausgeführt worben ift, ber im &. 309 a. G. D. ermahnte Fall ber Execution gar nicht vorliegt.

In Erwägung, daß A burch das Erkenntniß überhaupt im Befit bes Rechtes, über das Wiefenland des B zu fahren, geschützt und dem Letteren jede Störung dieses Besitzes untersagt wurde; daß in Folge des Geständnisses des B in der Berhandlung, daß der jetzt abgegrabene Fahrweg über seinen Anger berselbe sei, um den es sich im

Befitzstörungserkenntnisse handelte, eine neue Rlage auf Anerkennung des Besitzes und Berbot der Störung nicht nöthig war, sondern A allerdings im Executionswege die richterliche Hilfe zur Beseitigung der neuen, wenngleich anders gearteten Besitzstörung anrusen durste; daß zwar eine Executionsverordnung nur nach vorgängiger Feststellung der neuen Besitzstörung zusässig, die letztere aber durch den gerichtlichen Augenschein, für welchen es nach der Sachlage der in der kais. Berordnung vom 27. October 1849, R. G. Bl. Nr. 12, dem richterlichen Ermessen anheimgegebenen Beiziehung von Experten nicht bedurfte, hinlänglich constatiet; daß somit die Herstellung des früheren Standes dem Beklagten, bei sonstiger Bewirkung der Herstellung auf seine Kosten, mit Recht auferlegt wurde, und nur nehstbei die Androhung einer Gelbstrase nicht zusässigig war — hat der oberste Gerichtshof den erstgerichtlichen Bescheid mit Eliminirung der Androhung der Gelbbuse bestätigt.

### Mr. 2887.

Uebergabe eines Fibeicommisses bei Lebzeiten des Besitzers an den Nachsolger; officioses Einschreiten der Fideicommisse behörde nach dem Tode des ersteren. Rückwirkung von Proceszesen.

Eutich. v. 22. October 1867, Rr. 8831 (Best. bes Decr. bes K. G. Ragusa v. 8. Juni 1867, Rr. 1117 und bes O. L. G. Zara v. 24. Juli 1867, Rr. 8090). G. H. 1868, S. 25.

Durch die gleichförmigen Berordnungen der Untergerichte wurde dem A als Nachfolger des verstorbenen M im Besitz eines Fideiscommisses die Borlage seiner Erklärung, das Fideicommiss anzutreten, sowie der Nachweise seines Successionsrechtes ausgetragen, weil, wenn auch M durch Bertrag den Besitz des Fideicommisses inter vivos dem A überlassen durfte und durch die Berfügung des Stifters berechtigt war, den Nachfolger in dem Fideicommis zu bestimmen, nach seinem Tode doch nur das Gericht berusen ist, die Giltigkeit der Nachfolge anzuerkennen und durch die Einantwortung das Recht des Nachfolgers als gesehlich zu bezeichnen; §. 797 a. b. G. B., §. 82 J. N., §. 26 und 226 des Gesets vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208.

Der bagegen ergriffene a. o. Recurs, worin A ben früher angeführten Umstand, daß ihm sein Bater M noch bei Lebzeit den Besit des Fideicommisses überlassen hatte, neuerdings geltend machte und gegen die Anwendung der J. N. vom Jahre 1852 und des Patents vom 9. August 1854 sich nach §. 5 a. b. G. B. wegen des vor ihrer Promusgation erfolgten Todes des M verwahrte, wurde vom sbersten Gerichtshose mit Bezugnahme auf die Motive der Untergerichte

und in der ferneren Erwägung verworfen, daß die Borschrift des §. 5 a. b. S. 28. auf Gesetze, welche die Gerichtsbarkeit und das gerichtliche Berfahren normiren, keinen Einfluß hat.

### Mr. 2888.

Berweisung der Ansprüche des Erbauers eines Hauses auf dem in Execution gezogenen Grunde auf abgesonderten Proces.

Entis. v. 22. October 1867, Rr. 9138 (Best. der Decr. des B. G. Enbogen v. 8. Juni 1867, Rr. 3763 und des O. L. G. Prag, v. 6. Anguk 1867, Rr. 21871). G. H. 1868, S. 45.

Im Executionsweg hatten beibe Untergerichte bem B bie Feilbietung ber Bauernwirthschaft seines Schuldners C und ber barauf erbauten Ziegelhütte bewilligt. A, ber intabulirte Bächter ber Liegenschaft, ergriff ben a. v. Recurs gegen die Einbeziehung der Ziegelhütte in die Bersteigerungsbewilligung, weil dieselbe von ihm auf der nur zur Errichtung einer Ziegelbrennerei gepachteten Realität erbaut wurde und daber sein Eigenthum sei.

Der Recurs wurde vom obersten Gerichtshof aus folgenden Gründen verworfen: Die Ziegelhütte sammt Brennerei ist auf Grundstüden erbaut, die einen integrirenden Bestandtheil des in Execution gezogenen Gutes bilden, auf welches dem A nur Pachtrechte zustehen. Welche Rechte ihm daraus zukommen, daß, wie er ansührt, die Ziegelshütte und der Brennosen von ihm mit eigenen Mitteln erbaut worden sind, kann nicht auf dem Weg dieses Recurses, sondern muß auf dem ordentlichen Rechtsweg entschieden werden.

## Nr. 2889.

Anfang ber Frist zur Besitsstörungsklage: Zeit des Holzschlages ober der Wegführung?

Entich. v. 22. October 1867, Rr. 9222 (Best. bes bas Decr. ber Prätur Bergine v. 22. Mai 1867, Rr. 2172, aband. Decr. bes O. L. G. Junsbrud v. 17. Juli 1867, Rr. 2006). G. Z. 1867, Rr. 101.

In ber zweiten Halfte Novembers 1866 belangte A ben B in possessorio summariissimo wegen eigenmächtigen Holzschlags in bem vom Rläger beseffenen Walbe und führte an, daß der Holzschlag im besagten Monat November geschehen sei. In der Streitverhandlung stellte sich jedoch heraus, daß B das Holz bereits im September 1866

geschlagen, im November aber basselbe gesammelt und aus bem Walde weggeführt habe. Die erste Instanz hielt sich nun an das letztere Kactum und verwarf die Einwendung des B, daß die Klage mit Kücksicht auf den Zeitpunkt des Holzschlages nach dem Gesetze über das possessorium summariissimum verspätet sei. Bom D. L. G. wurde dieser Einrede stattgegeben und darum die Klage abgewiesen.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bie lettere Entscheidung, weil bie Besitsftörung icon im ersten Augenblide (primo momento) bes

Bolgichlages erfolgt fei.

### Mr. 2890.

# Erbfolge in Bauerngüter.

Entig. v. 28. October 1867, Rr. 8940 (theilmeise Best. bes Decr. bes B. G. Kalwanja v. 29. Rov. 1865, Rr. 1982, Abanb. bes Decr. bes O. L. G. Krafan v. 24. Mai 1867, Rr. 5770). G. H. 1868, S. 365.

Der Besitzer eines Bauerngutes hinterließ ben Sohn M, die Tochter N und die Witwe O. M hinterließ den Sohn P; N ben Sohn A. P starb und nach ihm die Witwe O des Bauernguts-besitzers mit hinterlassung des Sohnes B aus der zweiten Ehe, die sie eingegangen hatte. — Bom D. L. G. wurde das Bauerngut dem B eingeantwortet. Gründe: Da M, der einzige Sohn des Gutsbesitzers, denselben überlebte, somit zur Uebernahme des Gutes nach den Borschriften über die Bauernerbsolge berechtigt war, so überging sein Recht nach dessen Tod auf seinen Sohn P, nach dem Tode des P auf dessen Großmutter O und von dieser auf ihren Sohn B.

Der oberste Gerichtshof hat das Bauerngut dem A zugewiesen, weil, nachdem der Sohn des Bauerngutsbesitzers und auch deffen Sohn gestorben sind, das Gut gemäß der Vorschriften über die Bauernerbfolge der Tochter des Gutsbesitzers, resp. ihrem Sohne A

zufiel.

## Mr. 2891.

Kosten ber wiederholten Ankundigung der Amortisirung einer Satpost: Befreiung des Richters von der Ersatpsslicht aus Rücksicht auf den Gerichtsgebrauch.

Entich. v. 23. October 1867, Rr. 9229 (Aband. bes Decr. bes O. L. G. Bien v. 27. Angust 1867, Rr. 15481). G. Z. 1868, Rr. 18.

Auf bas Gefuch um Amortifirung einer indebite haftenben Sappoft hatte bas Gericht erfter Inftanz nach abgelaufener Ebictalfrift bas Amortifirungserkenntnig burch Einschaltung eines neuerlichen

Sbictes in die Zeitung bekannt gemacht. Der Amortistrungswerber erachtete die Aussertigung bes zweiten Stictes für überflüssig und bat, bas Gericht zur Zahlung ber Insertionstoften zu verhalten. Das D. L. G verurtheilte ben schuldtragenden Beamten zur Zahlung ber Insertionstoften, weil eine solche Jusertion im Geses nicht be-

grunbet fei.

Auf ben Recurs besselben hat der oberste Gerichtshof in Erwägung, daß es zwar durch kein Gesetz vorgeschrieben und auch auf keine Beise nothwendig oder selbstverständlich ift, das Erkenntniß über die Amortistrung einer alten Satpost durch ein Edict kundzumachen und dieses den Zeitungsblättern einzuschalten, daß aber bei dem Umstande, als diese Kundmachung auf einem bisher an mehreren Orten beobachteten Gerichtsgebrauche beruht, mithin dieselbe zwar im Recurswege zu beheben war, aber nicht als eine den Richter ersatpssichtig machende Gesetzwidzeit angesehen werden kann, die obergerichtliche Berfällung in den Kostenersat beseitigt.

### Mr. 2892.

Besitsstörungeklage: Berechnung bes tempus scientiae.

Entig. b. 23. October 1867, Rr. 9230 (Best. bes bas Erkenntniß bes B. G. Arfahr b. 1. August 1867, Rr. 4192, abanb. Erkenntniffes bes O. L. G. Wien b. 10. Sept. 1867, Rr. 16789). G. B. 1867, Rr. 160.

A belangte ben B wegen Besithftorung, welche biefer in einem bem A gehörigen Balbtheile burch Streurechen begangen habe. Der Beflagte machte geltenb, bag er bereits burch funf Jahre im Befite bes Streurechens fich befinde, Rlager es einmal unterfagen wollte, und auf ben Borhalt, bag er ja, ale Geflagter ibm bas Bauerngut abkanfte, bas Recht bes Streusammelns in bem fraglichen nicht mitvertauften Balbarunde ibm eingeräumt babe, wieder bavon abgegangen fei. Rlager ftellte bie vom Geflagten behaupteten früheren Sandlungen, fowie bag er bavon Renntnig gehabt habe, in Abrede. Die Beugen bestätigten bie mehrjährige Ausübung bes Streurechens, und ber Sobn bes Rlagers auch, bag er vor ein paar Jahren die von ihm babei betretenen Leute bes Geflagten um ihre Befugnig bagu befragt, aber mit ber von ihnen ertheilten Antwort fich begnügt habe. Die erften beiben Inftanzen nahmen auch ben factischen Besit bes Geklagten als von ben Beugen bestätigt an; boch gab bie erfte ber Befitftorungetlage in ber Erwägung ftatt, "bag burch bie Beugenausfagen nicht bargethan ift und ber Geflagte auch nicht zu erweisen fich erboten bat, bag A von ber burch fünf Sabre fortgefesten Musubung bes Streubezuges 30 Tage por Einreichung ber gegenwärtigen Rlage Renntnig batte". Die zweite Inftang wies ben Rlager ab und ber oberfte Gerichtshof bestätigte die Entscheidung ber zweiten Instanz in der Erwägung, "daß der §. 2 ber k. Bbg. v. 27. Oct. 1849, R. G. Bl. Nr. 12, der Natur der Sache nach sich nicht dahin ausbehnen läßt, daß der Kläger Besthandlungen des Geklagten, die vor mehr als 30 Tagen, ja wie hier der Fall ist, vor mehreren Jahren stattsanden, aus Anlaß einer neuerlichen solchen rechtzeitig beanständeten Handlung deshalb, weil ihm angeblich diese früheren Handlungen nicht bekannt wurden, bestreiten, und so bezüglich derselben eine Besitztrung geltend machen könne. Zudem handelt es sich hier nur um das letzte vom Geklagten vorgenommene Streurechen und seinen blos factischen Besth, der in diesem Berfahren zu schützen ist".

### Mr. 2893.

Boraussetzungen des Erwerbes der servitus ne luminibus officiatur durch Erstzung.

Entig. v. 24. October 1867, Rr. 8192 (Best. ber Urth. bes B. G. Datigits v. 28. Oct. 1866, Rr. 3370 und bes O. L. G. Brünn v. 27. Marz 1867 Rr. 3398). G. H. 1867, S. 245.

Die Klage, womit A gegen seinen Hausnachbar B consessorisch bie negative Servitut von Licht und Luft (§. 476 a. b. G. B. Nr. 10) geltend machte, war auf die durch Zeugen bestätigte Thatsache gegründet, daß in einer Rammer seines Hauses während der ganzen mehr als 30 Jahre umsassenden Zeit seines Bestiges ein Fenster auf den Hofraum des Bestlagten geöffnet war und ist, durch welches die Rammer Licht und Luft empfängt, und daß durch die vom Bestlagten beabsichtigte Verbauung des Hoses der Rammer Licht und Luft besnommen wird.

Das Begehren wurde in allen Instanzen abgewiesen. Gründe ber britten Instanz: Das Ausbrechen eines Fensters im eigenen Haus und in der eigenen Mauer ist eine Handlung, wozu der Eigenthumer ohneweiters berechtigt erscheint; allein sie involvirt nicht die Ausübung eines Besitzes auf fremdem Grund und Boden. Es konnte daher der Rläger A dad urch nicht in den Besitz einer Servitut an dem Nachbarhaus kommen; dies wäre nur dann geschehen, wenn der Rläger — was aber von ihm nicht einmal behauptet wurde — sich der Berbauung des Fensters von Seite des Besitzers des Nachbarhauses widersetzt und dieser dem Berbote sich gestägt hätte.

#### Mr. 2894.

# Pignus irregulare. Deductio.

Enifch. v. 24. October 1867, Rr. 8554 (Best. ber gleichförmigen Urth. bes L. G. Wien v. 11. Januer 1867, Rr. 61980, und bes O. L. G. Wien v. 10. Juli 1867, Rr. 8725). G. H. 1868, S. 198.

In ber Rlage bes Berpächters A gegen bie Concursmaffe bes Bachters B pto. Liquidhaltung bes Pachtzinsausstandes wurde vom Rlager bas Erloschensein ber Gegenforberung auf Rudftellung bes ihm von B jur Sicherstellung ber Erfaganspruche für etwaige Beichabigung ber Bachtfache jugezählten verzinslichen Cautionscapitals per 300 fl. burch Compensation mit einem gleichen Betrage bes Bachtzinsausstandes geltend gemacht und ber Reft bes letteren angemelbet. Es handelt sich in dem Broces um die Frage nach der Zulässigkeit ber Compensation, gegen die ber Bertreter ber Concuremaffe einwendete: 1. daß die Caution fein Darleben, fondern ein Depositum irregulare, somit nach g. 1440 a. b. G. B. fein Gegenstand ber Compensation sei; 2. daß biefelbe, wenn nicht als Depositum irregulare, boch wenigstens als eine Bfanbfache anzuseben, baber ebenfalls nach dem citirten Paragraph von der Compensation ausgeschloffen fei; 3. daß in der Bestimmung ber Caution: lediglich jur Sicherstellung gegen Beschädigungen, bas ftillschweigende Berbot ber Berwendung gur Sicherstellung ober Rahlung (mittelft ber Compensation) anderer Forderungen, mithin felbft eine vertragemäßige Ausschließung ber Compenfation liege.

In allen brei Inftangen murben biefe Ginmenbungen gurudgewiesen, und zwar vom oberften Berichtshofe aus folgenden Grunden: Nach dem Schlußsaße des S. 1440 a. b. G. B. find nur eigenmächtig entlehnte ober in Berwahrung genommene Stude tein Gegenstand ber Compensation. Unter biese Bestimmung tann aber bie in Rebe stehende Caution nicht subsumirt werden. Denn laut des Pachtvertrages hat ber Cavent B von A fich die 6 % ige Berginfung bes ihm bingegebenen Cautionsbetrages ausbedungen und dadurch demfelben ben Gebrauch und bie freie Berfügung damit eingeräumt, indem die bem A auferlegte Berginfungspflicht nothwendig einen von ihm aus bem Cautionsgelbe zu ziehenden Nugen voraussett, ber bei verbrauchbaren Sachen eben nur burch beren Berwenbung erzielt werben kann (§. 301 a b. G. B.). Allerdings schließt ber Pfandvertrag über bewegliche Sachen (Bandpfand) einen Bermahrungsvertrag in fich, wodurch ber Empfänger weber Eigenthum noch Beste ober ein Gebraucherecht an ber Sache erwirbt (§§. 459, 1369, 958 a. b. G. B.); allein nach ber klaren Bestimmung bes &. 959 a. b. G. B. hebt bas Uebereintommen, welches bem Uebernehmer einer verbrauchbaren Sache ben Gebrauch berfelben einräumt, die wefentlichen Qualitäten bes Berwahrungevertrages auf, und es entsteht in biefem Falle ein Darlebens-

vertrag. Demnach ift bamit, daß icon bei ber Singabe ber Caution Die 6 % ige Berginfung bedungen murbe, icon urfprünglich ein Darlebensvertrag, nicht ein Bermahrungsvertrag zu Stande gefommen, und, ba nach ben §8. 459 und 1372 a. b. G. B. bem Gläubiger ber Bebrauch bee Sauptpfandes eingeräumt werden tann, ber Bestimmung ber Caution : fur etwaige Beschädigung ber Bachtsache ju haften, nur Die Birtung beizulegen, daß A, obgleich verpflichtet Die Cautionsfumme als ein ibm gegebenes Darleben bem Caventen gurudzugablen. ju feiner Sicherstellung berechtigt fein foll, feine etwaige Erfatforberung gegen ben Bachter wegen Beschädigung bes Bachtobiectes fich von bem jurudjugablenden Darlebenevertrage abzurechnen. hiemit widerlegen fich bie ad 1 und 2 vorgebrachten Ginwendungen bes Concursmaffevertreters; Die lettere umfomehr, als felbft nach bem Bortlaut des Schlußsages vom §. 1440 a. b. G. B. die Compensation einer in baarem Gelbe bestellten Caution mit einer Schuld bes Bestellers an bem Empfänger nicht als ausgeschloffen angesehen werben tann. Aber auch bie britte Einwendung findet im Gefagten ihre Biberlegung, weil, sobald die hier zur Frage stehende Caution überhaupt nur bie rechtliche Ratur eines Darlebens bat, bie Bulaffigfeit ber Compensation ber Bachtzinsforberung bes A mit biefer feiner Darlebensiculb nicht mehr in Frage gestellt werben tann.

### Mr. 2895.

Mandatsproceß: Boraussetzungen ber Sequestration ber bem Executionsführer bereits verpfändeten Liegenschaft.

Entich. v. 29. October 1867, Nr. 9516 (Beft. bes Decr. bes B. G. Grein v. 13. August 1867, Nr. 2068, Aband. bes Decr. bes O. L. G. Wien v. 3. Sept. 1867, Nr. 16222). G. Z. 1867, Nr. 99. G. H. S. 1868, S. 246.

Auf Grund eines gegen B erwirkten und von diesem angefochtenen Zahlungsbefehls wurde dem A die in erster Instanz verweigerte Execution zur Sicherstellung mittelst Pfändung und Schätzung
ber Mobilien und Sequestration einer dem A bereits verpfändeten
Liegenschaft des Schuldners vom D. L. G. bewilligt und bemerkt, daß
ungeachtet dieser Hypothet der Gläubiger zur begehrten Execution
berechtigt sei, weil die Unzulänglichkeit seines Pfandes durch die gegen
ben Schuldner für eine andere Forderung bereits bewilligte Sequestration der nämlichen Liegenschaft nachgewiesen erscheine (§. 4 der
3. M. B. v. 18. Juli 1859, R. G. Bl. Nr. 130).

Der oberfte Gerichtshof, bei welchem A Recurs einlegte, tonnte bas in zweiter Inftanz angeführte Motiv ber Unzulänglichkeit ber Spoothet aus bem proceffualischen Grund nicht gelten laffen, weil ber Behelf bafür: die Bescheinigung ber von anderer Seite bereits erwirkten Sequestration bes verpfändeten Grundstücks, von der Partei nicht mit dem Executionsgesuche, sondern erst im Recusversahren vorgelegt worden war. Run entstand aber die Frage nach dem Sinne des §. 4 der oben citirten Berordnung, ob nämlich gemäß dieser Borschrift durch die Unzulänglichkeit des dem Gläubiger schon bestellten Pfandes nicht nur die Zulässigkeit der Pfändung sonstigen Bermögens des Schuldners, sondern auch die Zulässigkeit der Sequestration der bereits verpfändeten Sache bedingt sei? Der oberste Gerichtshof entschied sich für die letztere Interpretation und bestätigte demnach den erstgerichtlichen Bescheid auch in dem Punkte der Abweisung des anzgebrachten Sequestrationsgesuchs.

#### Mr. 2896.

Einfluß des Zeitpunktes der Verständigung vom Erlag der actorischen Caution auf die Frist zur Einrede?

Entich. v. 29. October 1867, Rr. 9640 (Best. der Decr. des L. G. Wien v. 2. August 1867, Rr. 42099 und des O. L. G. Wien v. 3. Sept. 1867, Rr. 15896). G. Z. 1867, Rr. 97.

Auf die Rlage des A gegen B begehrte der Letztere, daß der Rlager jur Leiftung ber actorischen Caution angehalten werbe, und A. hiezu beauftragt, erlegte bei Gericht 100 fl. als Caution, wovon ber Beklagte am 19. Juni 1867, zu einer Zeit, wo die ihm mittelst Rlagbescheid bestimmte dreißigtägige Frist zur Ginrede bereits verstrichen war, verständigt murbe. Auf Grund bes abgelaufenen Einredeter= mines begehrte nun ber Rlager Die Anberaumung einer Tagfahrt gur Acteninrotulirung, und ber Beflagte ergriff gegen bie bewilligenben Berordnungen beiber Untergerichte ben a. o. Revifionsrecurs, worin er anführte: Die zweite Instang anerkenne in ihren Motiven, bag er bis jum 19. Juni, als bem Tage ber gerichtlichen Berftandigung, vom Cautionserlage bes Rlagers nicht verpflichtet mar, fich in bas Berfahren einzulaffen, bis dahin also ein Friftgesuch für seine Ginrebe nicht anzubringen brauchte. An jenem Tage fei aber ber ihm burch ben Rlagbescheib gefeste Einrebetermin langft, und zwar ohne fein Berfculben verftrichen gewesen und die G. D. bestimme nicht, daß diese Frift mit bem Tage ber Berftandigung vom Erlage von selbst wieder ju laufen beginne; fie mußte vielmehr von Reuem gegeben werben. Rur gesehliche Friften beginnen und endigen, ohne bag ber Richter es ausspricht; die richterliche Frift beginne aber nur, wenn ber Richter fie festgefest bat.

Der oberfie Gerichtshof verwarf ben Recurs aus folgenben Grunden: Rachdem mit Befcheib vom 3. Dai ausgesprochen worben

mar, daß ber Rläger binnen 14 Tagen die Caution per 100 fl., bei fonftiger Berechtigung bes Beklagten jum Ruderlage ber Rlage ju beponiren habe, folgte von felbst und bedurfte es teines weiteren gerichtlichen Ausspruches, bag mit bem Cautionverlage bie Rlagfache als anhängig geworben zu betrachten und für ben Beflagten bie Bflicht, Rebe und Antwort barauf zu geben, eingetreten mar. Die Erlagsanzeige, welche ber Rlager am 6. Juni bei Bericht überreichte, mar fogar vom Bertreter bes Beklagten mitgefertigt. Derfelbe mar baber, vom Erlage in Renntnig gefest, in ber Lage, Die Erweiterung ber ursprünglich bestimmten, inzwischen verftrichenen Einrebefrift ju bewirten, um ber Praclufton biefer Satidrift vorzubeugen, und war biezu aber auch verpflichtet, weil ber die Berhandlung einleitenbe Rlagbescheib niemals aufgehoben worben, sondern nur beffen Birtfamteit bis jum Cautionserlage aufgeschoben mar und bem Rlager, um feine Rlage in Berhandlung ju fegen, weiter nichts oblag ale bie Erfüllung ber ihm gefetten Bedingung bes Cautionserlages.

#### Mr. 2897.

## Beweisthema im Paternitätsproceg.

Entich. v. 30. October 1867, Nr. 7174 (theilweise Aband. der gleich örmigen Urth. des B. G. Karlsbad v. 14. April 1866, Nr. 2460 und des O. L. G. Prag v. 26. Rov. 1866, Nr. 19693). G. H. 1868, S. 210.

In dem Paternitätsproceß der Mutter und des Bormundes ber außerehelich geborenen A wider die Erben des angeblichen Baters B formulirten die Kläger den nach §. 163 a. b. G. B. von ihnen der Gegenpartei aufgetragenen Haupteid in folgender Art: Es sei ihres Biffens und Erinnerns nicht wahr, daß im December 1853 die Mutter dem B fleischlichen Umgang gestattet und er ihr sleischlich beigewohnt habe. Beibe Untergerichte erkannten auf den Haupteid nur über die Gestattung des Beischlases von Seite der Mutter, — das D. L. G. mit der Motivirung, daß die "Gestattung" des Beischlases den vollzogenen Beischlas in sich saßt, zumal die Klägerin selbst im Proceß ausdrücklich erklärt hat, es sei mit "den sleischlichen Umgang gestattet zu haben" gesagt, daß B ihr beigewohnt habe.

In Folge ber a. o. Revisionsbeschwerde ber Beklagten wurde vom oberften Gerichtshofe ber Saupteid nach ber vollständigen auch ben Umstand ber Beiwohnung von Seite bes B umfassenen Formel ber Rläger, und zwar in der Erwägung aufgetragen, daß es hier nicht barauf antommen tann, was die Klägerin unter bem Ausdrucke ber Gestattung des sleischlichen Umganges sich vorstelle, sondern daß der streng gesetliche Beweis der wirklich stattgesundenen Beiwohnung unerlästlich ift, weshalb die Untergerichte nicht berechtigt waren, aus dem von ihr selbst formulirten Eid den letzteren Umstand wegzulaffen.

#### Mr. 2898.

## Telegraphische Recursanmelbung.

Entich, v. 30. October 1867, Rr. 8289 (Anfheb. des Decr. des D. L. G. Lemberg v. 9. Mai 1867, Rr. 12669). G. 3. 1868, Rr. 8. G. H. 1867, E. 457. Zeitschr. f. d. Rotariat 1868, Rr. 8.

Gegen ben Bescheib bes Gerichtes erster Instanz, wodurch in einem Bechselrechtsproces ber Eib bes A für nicht abgeschworen erstärt wurde, melbete bessen Abvocat im telegraphischen Wege ben Recurs an, welcher dem D. L. G. vorgelegt, jedoch von diesem zurudgewiesen wurde, da der Recurs keine gerichtsordnungsmäßig

eingebrachte Eingabe fei.

Der oberfte Gerichtshof bat die Entscheidung bes D. L. G. aufgehoben und ihm aufgetragen, auf bas Recurstelegramm in ber Sache felbft zu erfennen, weil in §. 12 bes 3. DR. E. v. 25. Janner 1850, R. G. Bl. Rr. 52, gur Einbringung ber Recurse in Bechfelsachen ausnahmsweise sehr abgefürzte Friften angeordnet find; weil jeber Bartei freiftebt, ihre Befdwerbe obne jebe nabere Ausführung auf bie bloke Anmelbung bes Recurfes zu beschränten, und eine folde Anmelbung, welche nur einfach ju überreichen und bem Gegentheile nicht juguftellen ift, auch mittelft eines Telegrammes gefchehen tann, mas jur Ginhaltung ber im Bechfelverfahren febr abgefürzten Friften, jur ficheren Bintanhaltung aller bei ber Boftbeforberung allenfalls verbundenen Bergögerungen fich als geeignet barftellt; weil bas Institut bes Staatstelegraphen zur Bermittlung von Anzeigen, Dittheilungen und Eingaben ber Brivaten an bie t. f. Behörden nirgends ausgeschloffen ift; weil bas vorliegende Telegramm als eine folche Eingabe bei bem Bericht erfter Inftang behandelt, ordnungemäßig erhibirt und ber weiteren inftructionsmäßigen Berbandlung bei Gericht unterzogen worben ift; übrigens eine gang gleiche, bem Inhalte, bem Begehren und bem Abgange jeder Ausführung ober Begrundung nach mit bem fraglichen Telegramm volltommen übereinstimmenbe fdriftliche Eingabe ber Bartei ober felbst eine munbliche Anmelbung berfelben zu einer gleich beschränkten Prototollirung ihrer blogen Recursanmelbung nicht batte gurudgewiesen werben tonnen, fonbern zweifellos als Grundlage einer Recurserledigung in boberer Inftang batte angesehen werden muffen; und endlich, weil in ber blogen Abweichung von ber gewöhnlichen form einer gerichtlichen Gingabe ber Berluft bes materiellen Rechtes feine beruhigende Begrundung findet.

#### Nr. 2899.

Einfluß ber vom Producten nicht geltend gemachten Berwerflichkeit eines Zeugen.

Entic. b. 30. October 1867, Rr. 8487 (Best. des Urth. des B. G. Cilli v. 30. Mai 1867, Rr. 4873, Aband. des Urth. des O. L. G. Graz vom 6. August 1867, Rr. 7810). G. Ş. 1868, S. 21.

Der oberste Gerichtshof erkannte, daß auf die Berwerflichkeit ber im §. 141 a. G. D. erwähnten Zeugen nicht von Amtswegen, sondern erst in Folge der Einwendung des Gegners Rücksicht zu nehmen ist und daß die Aussage solcher Zeugen, deren Berwerflichkeit nicht eingewendet wurde, den halben Beweis herzustellen vermag, welcher nach §. 212 ebendort durch den Erfüllungseid erganzt werden kann.

### Mr. 2900.

Zuständigkeit des für alle aus einem Bertragsverhältniß erswachsenden Streitigkeiten bestellten Gerichtes für Aufforderungsklagen wegen Berühmung.

Entich. v. 30. October 1867, Rr. 8691 (Aband. ber gleichförmigen Urth. bes L. G. Wien v. 26. März 1867, Rr. 9164, und bes O. L. G. Wien v. 24. Inli 1868, Rr. 13306). G. H. 1867, S. 456.

In dem Bertrag, womit A dem B jur Errichtung einer Rübenjuderfabrit mehrere Grundftude vertaufte, bem B bie Lieferung ber Rüben von seinen anderen Felbern versprach, ferners bem Räufer bie freie Benutung bes Baches X und beffen beliebige Leitung einraumte und fich jur orbentlichen Berftellung und Inftanbhaltung bes Baches in seinem Rinnfal und ben Zuleitungsgräben verpflichtete, wurde ber Wiener Banbels- und Bewerbefammer als Schiebsgericht bie endgiltige, nicht weiter anfechtbare Entscheidung in allen ben Bertrag, beffen Auslegung und Erfüllung betreffenben Fallen eingeraumt (Art. 16). Ale nun jur Berbstgeit B ben A brieflich interpellirte, ob A für bie Berforgung ber Fabrit mit Baffer burch Sperrung bes Teiches noch feine Berfugung getroffen habe, nachbem ihm bereits bor 13 Tagen befannt gegeben worben, bag man am 20. September mit ber Campagne beginnen wolle, - belangte A ben B aus Anlag biefes Briefes mit ber Anfforberungeflage ex lege diffamari, bamit berfelbe feine angeblichen Bafferbezugerechte ausführe. Der beim &. G. Bien angebrachten Rlage feste B mit Berufung auf ben Art. 16 bes Bertrages bie exc. declinat. fori entgegen, welche von beiben Untergerichten abgewiesen murbe. Grunbe ber zweiten Inftang: Das im Art. 16 bes Bertrages enthaltene Compromig tann nur auf Die

Streitigkeiten über die Auslegung und Erfüllung des Bertrages, nicht auch auf andere Streitigkeiten bezogen werden, am wenigsten auf den gegenwärtigen Proces, da es schon im Begriff des Aufforderungs-streites ex logo diffamari liegt, daß das Recht, dessen sich der Gegner gerühmt haben soll, noch nicht als wirklich zu betrachten und vorerst eben nur die Thatsache der Berühmung Gegenstand der Berhandlung ift, somit das ein existentes Recht voraussetzende Compromis mit diesem Rechtsstreit nichts zu schaffen hat, welcher vor dem ordent-

lichen Richter auszutragen ift.

Der oberfte Gerichtshof hat ber Einwendung ber Gerichtsincompetenz flattgegeben und in seinen Motiven bemertt: Die Frage. ob bem Aufgeforberten nach bem citirten Bertrag, bem Aufforberer gegenüber, Bafferbezugerechte zuftehen, betrifft bie Auslegung und Erfüllung jenes Bertrages und ift nach Art. 16 ausschlieflich ber Entscheidung bes Schiedsgerichtes ber Biener Sanbelstammer vorbehalten, ba ber Art. 12 bes Bertrages, worin A bem B bie Gelber jum Rübenbau vertaufte und fich jur Ablieferung bes jahrlichen Ergeugniffes feiner eigenen Rubenfelber ibm verpflichtete, befonbere Beftimmungen über Die beiberfeitigen Bafferbezugerechte enthalt. Die Aufforderungstlage bes A muß eben, als auf die Ausführung biefer Bafferrechte bee B gerichtet, angesehen werben, weil nach bem Inhalt berfelben und bes beigelegten, bie Provocation veranlaffenden Briefes bes Aufgeforberten es fich bei ber angeblichen Berkhmung gerube um bas jum Betrieb ber Rübenzuderfabrit nothige Baffer banbelte, und A. wenn er ben B wegen ber Berühmung mit anberen Bafferbequasrechten aufforbern wollte, bies in ber Aufforberungeflage batte ausbruden muffen. Db aber bas im Urt. 12 bes Bertrages flipulirte Bafferbezugerecht fich nur auf bas Bewäffer bes Baches X beziebe, ift eben auch Begenftand ber Auslegung bes Bertrages und nur von bem vertragemäßigen Schiedegericht ift ber Streit zu entscheiben, ob und wie weit ein Bafferbezugerecht bes Anfgeforberten beftebe. Demnach mußte gemäß §. 31 ber 3. R. (über ben Gerichteftanb ber Anfforberungsflage) ber exc. decl. fori bes Brovocirten Folge gegeben werben.

## Mr. **2901**.

Anspruch auf Schmerzengelb wegen Nothzüchtigung.

Entich. v. 30. October 1867, Rr. 9291 (Best. des das Urtheil des B. C. Baben v. 10. Dec. 1886, Rr. 9294, aband. Urth. des O. L. G. Wien vom 17. Inli 1867, Rr. 5674). G. S. 1868, S. 202.

Das Rlagebegehren bes Bormunbes ber minberjährigen A wiber B um Bahlung von 100 fl. als Schmerzengelb für bie Leiben, welche

bie A in Folge ber vom Beklagten an ihr verübten Nothzucht auszustehen hatte, wurde in erster Inftanz abgewiesen, in zweiter

Inftang jugelaffen.

Der oberfte Berichtshof bestätigte bas Urtheil ber ameiten Inftang. Grunde: Wenn bas D. E. G. bem Rlageanspruch ftattgegeben hat, ungeachtet bag bas Schmerzengeld nach ber Ausführung ber Rlage für bie von ber A in breimonatlicher Arantheit erlittenen Schmerzen begehrt wurde und jene Rrantheit überhaupt nicht und insbefondere nicht als bie Folge ber geschlechtlichen Digbrauchung bes Rindes burch B bargethan ift, fo tann barin gleichwohl nicht (wie ber Beklagte in ber Revisionsbeschwerbe meint) eine Ueberschreitung bes Rlagebegebrens erfannt werben. Denn immer bleibt ber erhobene Anspruch auf ben geschlechtlichen Digbrauch von Seite bes Betlagten geftüst und hat bie bem Dabden baburch verurfachten Schmerzen jum Gegenstand, mogen fie nun feine Sandlung felbft begleitet haben ober bie golge einer baburch berbeigeführten Rrantheit gewefen fein. Es ift aber weiters auch gang gerechtfertigt, bag bas D. L. G. bem Anfbruch, auch abgefeben von ber behaupteten Rrantheit, ftattgegeben bat. Denn zur Rablung eines ben Umftanden angemeffenen Schmerzengelbes ift nach &. 1325 a. b. G. B. Jeber verpflichtet, ber einen Anbern am Rorper verlett. Dag bie jur Zeit ber Rothjuchtigung erft acht Jahre alte A baburch an ihrem Rorber eine, wenn auch nur leichte Berlepung erlitten bat, ift burch ben bom Beflagten felbft borgelegten gerichtearztlichen Befund festgestellt und bag ber von einem Erwachsenen an einem achtjährigen Mabchen unternommene, nach bem citirten Befund mit Burudlaffung ertennbarer Spuren vollzogene Beifolaf bem migbranchten Rind Schmerzen verurfacht haben muffe, ift eine ebenfo natürliche, in ber Entwidlung bes menfchlichen Rörpers begrundete Annahme, als es gewiß ift, daß in einem folchen Falle nicht ber Grab bes forperlichen Leidens allein, fondern auch ber Schaben ber fcon im Rinbesalter gerftorten Unbefledtheit für bie Benrtheilung bes Anspruches auf Schmerzengelb als maggebend angefeben werben muß.

## Mr. 2902.

Berühmung burch Aufnahme einer Bestimmung in einem zwischen bem Aufforderer und dem Aufgeforderten geschlossenen Bergleich?

Entig. v. 31. October 1867, Nr. 7274 (Best. bes bas Urth. bes B. E. Bedgarze v. 16. März 1866, Nr. 641, abaub. Urth. bes O. L. G. Arafan v. 13. März 1867, Nr. 408). G. H. 1868, S. 108.

Der in possessorio summariissimo geführte Besitzstreit um bie zwischen zwei Baufern befindliche Plante wurde burch gerichtlichen

Bergleich ausgetragen, in welchem ber Rläger A fich bas Eigenthumsrecht an einem Theil tes jene häufer trennenden hofraumes vorbehielt. Diesen Borbehalt als Berühmung qualificirend, belangte ihn ber Beklagte B mit ber Aufforderungsklage ox logo diffamari, über welche verhandelt und in erster Instanz erkannt wurde, daß die

Aufforderung statt habe.

In Uebereinstimmung mit dem D. L. G. entschied der oberste Gerichtshof, daß die Aufforderung unstatthaft sei. Gründe: Die Borbehaltung des Eigenthums in dem Bergleich ift nicht im Sinne des S. 61 westg. G. D. eine Berühmung des A, welche den B berechtigt, ihn zur Ausstührung des vorbehaltenen Rechtes aufzusordern, weil der Borbehalt als auf Grund des im Bergleich zwischen beiden Barteien getroffenen Uebereinsommens darin aufgenommen angesehen werden muß und überdies der Bergleich auch einen ähnlichen Rechts-vorbehalt des B enthält.

### Mr. 2903.

Boraussetzungen der Berechtigung des Verpächters zur Aufhebung des Pachtvertrages.

Entich, v. 81. October 1867, Rr. 7876 (Best. ber gleichförmigen Urth. bes B. G. Ung.-Hradisch v. 31. Dec. 1866, Rr. 10359, und bes O. L. G. Brünn v. 12. Juni 1867, Rr. 4416). G. H. 1868, S. 181.

Der Rlage bes Bachtere A gegen ben Berpachter B pto. Erfüllung bes bezüglich einer Mühle mit 16 Mahlgangen geschloffenen Bachtvertrages burch Uebergabe ber Bachtobjecte in brauchbarem Stand nach vorläufiger Berrichtung ber Duble von 12 auf 16 Dablgange. refp. Berftellung ber Betriebsfähigfeit von vier unbrauchbaren Gangen. murbe vom oberften Berichtshof in Uebereinstimmung mit ben Untergerichten aus folgenden Gründen ftattgegeben: Die Berbachtung ber Duble mit 16 Dablgangen und allem Bugebor auf brei Jahre vom 9. November 1864 bis Ende October 1867 - ift burch bie producirte Bertrageurfunde festgestellt, und es handelt fich nur um bie Untersuchung, ob ber beklagte Berpachter berechtigt ift, bie Bertragserfüllung, Die Uebergabe ber Bachtfachen ju berweigern. Sein Hauptgrund für diefe Berechtigung besteht barin , bag er gur Uebergabe bereit gewesen, daß aber A bie Uebernahme ver-weigert habe und daher selbst vertragebrüchig geworben fei. 216 am 6. Marg 1865 beibe Contrabenten zu ber wegen eingetretener Hinderniffe bis zu diesem Tage verschobenen Uebergabe fich zusammenfanden, erklärte A zur Uebernahme fich bereit, wenn das Bachtobject in gutem Buftand übergeben murbe, ba er burch ben Bertrag verpflichtet fei, es ebenfalls in gutem Buftant gurudguftellen; bei tem

mangelhaften, ben gewöhnlichen Bebrauch ausschließenben Stanb ber Mühle verweigerte er aber die Uebernahme. Siebei mar A in seinem Recht, weil nach §. 1096 a. b. G. B. ber Berpachter zur Uebergabe im brauchbaren Zustand verpflichtet ift, wie andererseits der Bächter Die Sache in gutem Ruftand ju erhalten bat (mas auch im Bacht= vertrag ausbrudlich ftipulirt murbe), mithin bas Befet beiben Theilen gleiche Berbindlichfeiten auferlegt, ba bie Ausbrude "brauchbar" und "gut" als gleichbedeutend anzunehmen find. Der Rlager hatte vollen Grund, ben mangelhaften Buftand ber Mühle, welcher ihre Ertragefähigkeit nothwendig vermindern mußte, durch Sachtundige erheben zu laffen. Der am 12. Mai und 30. Juni 1865 aufgenommene Sachbefund, um welchen er icon am 12. Marz bei Bericht nachgesucht hatte, ergab in mehrfacher Beziehung ben ichabhaften Buftanb ber Bachtobjecte, insbesondere, daß von 16 Mahlgangen nur 12 brauch. bar maren und 3 von ben letteren wegen Schabhaftigfeit bes Triebwertes nur mit Befahr betrieben werden tonnten. Die Ginmendung bes Beklagten, bag bieses Ergebniß bes Sachbefundes nicht auf ben jur Uebergabe bestimmten Tag jurudbezogen werben tonne, verbient feine Berudfichtigung, weil ber bazwischen liegende Zeitraum zu turg ift, ale bag bie in ju ftarter Abnutung und Bolgfaulnig begrundeten Bebrechen in bemfelben entftanden fein tonnten und weil bie Müble in biefer Zwischenzeit in Banben bes Berpachters mar, ber bafür zu forgen hatte, bag ber Buftand ber Bachtfache nicht verschlechtert werbe. Der Rläger hatte sonach burch feine Ablehnung ber Uebernahme bis jur Berftellung bee Pachtobjectes in gutem, brauchbarem Buftand ben Bertrag nicht gebrochen, umsoweniger, als ber Beklagte an bem zur Uebernahme bestimmten 6. Marz felbst erklart hatte, bag erst bas Resultat bes Befundes abzumarten fei; und ber Lettere mar baburch nicht berechtigt, feinerseits vom Berlag abzugeben und - wie es gefchehen - Die Mühle einem Dritten ju verpachten. Ginen zweiten Grund für fein angebliches Recht jur Lofung bes Pachtvertrages fest ber Beklagte in Die von A verfaumte Bahlung bes Bachtzinfes. Run ift im Bertrage allerdings bem Berpachter bas Recht eingeräumt, ben Bertrag aufzulösen, wenn ber Bachter binnen vier Bochen nach verftrichenem Berfallstermin ben Bins nicht gezahlt bat; allein biefe Festfenung findet bier teine Anwendung, weil ber Bachter gur Binegablung por Antritt ber Bachtung nicht verpflichtet ift, ber Berpachter aber gegen ibn bie Erfüllung bes Bertrages nicht eingetlagt bat. Go lange ber Lettere gegen ben Bachter fein Urtheil auf beffen Berpflichtung jur Uebernahme ber Muble (bie wie jede andere vertragemäßige Berpflichtung eingeflagt werden muß) erwirft hat, hat er auch feinen Unfpruch auf einen Bachtzins für ben Genug ber Mühle, welcher für ben Bachter noch nicht begonnen bat.

### Nr. 2904.

Unterbrechung ber Berjährung einer Forberung burch Gins verleibung ber Erbeinantwortungsurfunde?

Entigh, v. 31. October 1867, Rr. 8163 (Best. bes Urth. bes B. G. Selban v. 7. März 1866, Rr. 4398, Abanb, bes Urth. bes O. L. G. Prag vom 18. Febr. 1867, Rr. 4551). G. Z. 1868, Rr. 11. G. H. 1868, S. 3.

A, ale Erbin bes ursprünglichen Gläubigere M, verlangte von ber B mit ber Sppothefarklage bie Bezahlung ber Forberung. Betlagte feste bem Begehren Die Ginwendung ber Berjahrung entgegen, ba bie fragliche Sappost icon im Jahre 1824 einverleibt und von Riemandem die Rahlung je gefordert murbe. Dagegen erinnerte A, bag ihr bie Sappoft im Wege ber Berlaffenschaftsabhandlung eingeantwortet murbe und bag im Jahre 1847 bie Einverleibung bes Einantwortungsbecretes und barnach die Unterbrechung ber Berjährung ftattgefunden habe. Das Gericht erfter Inftang erfannte auf Abweijung bes Begehrens. Das D. L. G. erfannte nach bemfelben, weil im Bertrauen auf die öffentlichen Bucher bei ber Abhandlungepflege die Uebertragung ber Sappost auf die heutige Rlagerin, ale Erbin bes urfprünglichen Gläubigers erfolgte, und weil burch bie Intabulirung ber im Abhandlungswege erlaffenen Einantwortungsurtunde umfomehr auf die Unterbrechung ber Berjahrung gefchloffen werben muffe, ale bie Anfechtung biefer Intabulation von ber Be-Klagten unterlaffen wurde, worin offenbar eine Anerkennung bes Beftanbes ber Sappoft und bes bezüglichen Rechtes ber Rlagerin von Seite ber Schuldnerin liege.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas Urtheil ber erften Grunbe: Da bie Sappost feit bem Jahre 1824, alfo feit mehr als 30 Jahren haftet, muß biefelbe allerdings nach 8. 1479 a. b. G. B., welcher bie Berjährung ausbrudlich auch für ben öffentlichen Buchern einverleibte Rechte gestattet, als verjährt angefeben und bas Begehren abgewiesen werben, weil bie Rlagerin eine Unterbrechung biefer Berjahrung nicht bargethan hat. Dag bie Ginantwortung ber Sappoft an bie Rlagerin im Berlagabhanblungemege und die Intabulation biefes Einantwortungsbecretes im Sinne bes 8. 1497 a. b. G. B. ale eine Unterbrechung ber Berjahrung nicht betrachtet werben tann, ift wohl unzweifelhaft, ba biefelbe weber als eine Rlage, noch ale eine Anerkennung bes Rechtes von Seite ber Schuldnerin gelten tann, letteres beshalb nicht, weil burch biefe Uebertragung ber Saspost von M an feine Erben eine Anforderung an die Schulbnerin nicht gestellt murbe, biefe gegen die Uebertragung überhaupt noch gar nichts einwenden fonnte, zumal damals im Jahre 1847 die Forderung noch nicht verjährt war. Auf den g. 1500 a. b. . B. tann fich aber bie Rlagerin nicht berufen, ba fle nur im Berlaffenschaftswege ale Erbin bes M in ben Befit ber Sappoft gelangt ift.

#### Mr. 2905.

# Anerkennung als Berpflichtungsgrund.

Entich. v. 31. October 1867, Nr. 9232 (Best. bes das Urth. bes B. G. Emichow v. 31. Dec. 1866, Nr. 11213, aband. Urth. bes O. L. G. Prag v. 28. Mai 1867, Nr. 13079). G. H. 1868, S. 207.

A als ber burch bie Erbschaftseinantwortung legitimirte Erbe bes M, belangte ben B als grundbucherlichen Eigenthumer ber Realität X mit ber Sppothefarklage auf Bablung einer Satforberung von 399 fl. unter Borlage bes Grundbuchbertractes, wonach bie Anerfennung der Forderung des M (von Seite eines früheren Befiters ber Liegenschaft) "auf Grund einer einverleibt fein sollenben aber nicht eingetragenen Obligation" im Grundbuch ausgezeichnet ift. Bon bem bamaligen Eigenthumer ift bie Realität in Folge von Ranfen erft auf C und bann auf ben Beklagten grundbucherlich übergegangen. Der Beklagte bestritt ben Anspruch 1. weil ein Rechtstitel fur bie eingeklagte Forberung nicht besteht und biefe felbst gar nicht intabulirt ift: 2. wegen ber ju Banben bes M geleifteten Bahlung. In erfter Instanz murbe die Rlage unbedingt abgewiesen. Das D. L. G. abfolvirte ben Beflagten nur für ben Fall, als er mittelft bes bem Rläger aufgetragenen Baupteibes bie Bablung an ben vom Rlager beerbten M beweisen murbe.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bie Entscheidung ber ameiten Inftang und bemerkte in seinen Motiven zu ber ad 1 vorgebrachten Einwendung bes Beflagten, bag biefelbe unbegrundet mar. Denn obgleich die ursprüngliche Obligation nicht mehr vorhanden und im Grundbuch nicht eingetragen ift, fo werben biefe Mangel boch baburch erfest, bag im Grundbuch bie Anertennung ber Richtigfeit ber eingeklagten Forberung ansgezeichnet ift. C, ber Besiter ber Realitat bor bem Bellagten, hat in feinem Raufcontract die baran haftenbem Schulben gur Bahlung übernommen und im Bertrag ift babei ausbrudlich die sub Nr. . . . auf die Realität für M versicherte Forberung von 399 fl. genannt. Mit ber bucherlich ausgezeichneten Anertennung ber Schuld ift baber auch ein Rechtstitel für biefelbe vorhanden und ber Betlagte als Rachfolger bes C im Befitz ber Realität hat nach &. 443 a. b. G. B. Die Pflicht jur Rablung, ohne bag es eines weiteren Beweifes für ben rechtmäßigen Urfprung ber Schuld bedarf.

#### Mr. 2906.

Einfluß der Streitgenossenschrift auf das Schickfal des Haupteides.

Entich, v. 31. October 1867, Nr. 9488 (Beft. bes das Decr. bes B. G. Geras v. 28. Juli 1867, Nr. 2203, aband. Decr. des O. L. G. Wien vom 3. Sept. 1867, Nr. 15920). G. H. 1868, S. 146.

Bon ben zwei Streitgenoffen A und B überreichte nur ber A bie Untretung bes im Urtheil beiden Genoffen (referibel) aufgetragenen Haupteides und wurde in erster Instanz a limine abgewiesen, "weil ber Eid so abgelegt werden muß, wie er aufgetragen wurde und A allein ben Eid angetreten hat".

In Uebereinstimmung mit ber zweiten Instanz verordnete ber oberfte Gerichtshof die aufrechte Berbescheidung der Eidesantretung, weil nirgends vorgeschrieben ist, daß Streitgenossen den ihnen aufgetragenen Haupteid mit berselben Eingabe antreten muffen, und weil selbst bei schon vorhandener Gewisheit, daß ein Genosse ben Bichters ift, die Eidesantretung des anderen Genossen von Amtswegen abzuweisen und ohne Weiteres zu entscheiden, ob und inwieserne die Eidesleistung auch nur des Einen der Genossen genügen könne.

Nr. 2907.

Mandatsproceß: Zeitpunkt, in welchem die Execution zur Sicherstellung beginnen kann.

Entich. v. 5. Nov. 1867, Rr. 9781 (Beft. ber gleichförmigen Decr. bes A. G. Arems v. 10. Sept. 1867, Rr. 1661, und des O. R. G. Wien v. 24. Sept. 1867, Rr. 17458). G. B. 1868, Rr. 14.

B hatte als Meistbieter die Einhebung der Berzehrungssteuer gepachtet, war aber mit einem Bachtschillinge im Rückfande, weshalb das Aerar auf Grund des als öffentliche Urkunde zu betrachtenden Licitationsprotokolles um Erlassung des Zahlungsauftrages und grundbücherliche Einverleibung des executiven Pfandrechtes auf die Realität des B zur Sicherstellung des obigen Rückfandes bat. Der Zahlungsauftrag wurde erlassen, die gebetene Einverleibung aber in allen drei Instanzen verweigert; von der erst en auf Grund des §. 7 der kais. Berordnung vom 21. Mai 1855, R. G. Bl. Nr. 95, und des §. 1 der Min.=Bbg. v. 18. Juli 1859, R. G. Bl. Nr. 130; von der zweiten, weil nach diesem §. 1 auf die Klage die Bestimmungen der Bbg. vom 21. Mai 1855 anzuwenden sind, nach §. 7 derselben aber die Execution zur Sicherstellung erst nach Ablauf der im Zahlungsbesehle sestgeseten Frist zu bewilligen ist, und der Ministerial-

erlaß vom 18. Juli 1859 diesfalls eine andere Bestimmung nicht enthält; von der dritten endlich (bei welcher im Recursweg hervorgehoben worden war, daß der §. 7 der Berordnung von 1855 durch den §. 4 jener vom Jahre 1859 eine Aenderung erlitten habe, indem letterer die Execution ohne Beschränkung durch eine Frist zuläßt; dann daß dem Schuldner sonst, gegen die Absicht des Geseges, Zeit gelassen werde, das zur Deckung des Gläubigers geeignete Vermögen dei Seite zu schaffen), weil die den gleichsörmigen Entscheidungen der Untergerichte zu Grunde gelegte Aussassing des Sinnes der §§. 4 und 5 der Ministerialverordnung v. 18. Juli 1859, in Verbindung mit dem Eingange und dem §. 1 tieser Verordnung, und mit dem §. 7 der Verordnung v. 21. Mai 1855 dem Wortsaute dieser Gesegksstellen in ihrem Zusammenhange entspricht, und auch in der in Wirksamseitsscheiden analogen Erläuterung des Instigministeriums vom 19. April 1855, R. G. Bl. Nr. 75, ihre Rechtsertigung sindet.

#### nr. 2908.

Executive Feilbietung einer Liegenschaft: Entscheibung über bie Rangordnung ber Zinfen von Amtswegen.

Entich. v. 5. Nov. 1867, Nr. 9971 (Beft. bes Decr. bes B. G. Starlenbach v. 23. Dec. 1866, Nr. 3449, Aband. bes Decr. bes D. L. G. Brag vom 25. April 1867, Nr. 10651). G. Z. 1867, Nr. 105.

Bei ber Bertheilung bes Mitgebotes einer Realität wurden bem A nur die seit brei Jahren rudftanbigen Zinsen in der Rangordnung bes Capitales zugewiesen, wiewohl ber Schuldner ihm viel langer ausstehende liquidirt hatte. Auf Recurs bes A hat Die zweite Inftang ihm auch die alteren Binfen in ber Rangordnung bes Capitale que gesprochen, weil dieselben bei ber Zuweisungeverhandlung liquidirt maren und bagegen eine Einwendung nicht erhoben wurde, und weil ber Richter gefetlich nicht berechtigt fei, eine Forberung von ber Buweifung auszuschließen, welche von ben betheiligten Parteien nicht beanstandet worben ift. Dagegen beschwerte fich ber spätere Gläubiger B, welcher bei ber Buweisungsverhandlung nicht erschienen war. Er machte geltenb, daß der Richter allerdings befugt war, auch ohne durch ihn auf Beobachtung bes &. 437 a. G. D. und bes &. 18 ber Concurs. ordnung aufmerkfam gemacht zu werben, bieselben anzuwenden und von Amtewegen bie Binfen bezüglich ber ihnen gebuhrenben Rangordnung auf bas gefesliche Dag jurudzuführen.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bie erftrichterliche Entscheidung, weil die auf brei Jahre beschränkte Zahlungsanweisung ber Binsen in der Rangordnung des Capitales der geseslichen Bestimmung bes §. 18 Concursordnung spricht, welche auch bei Deiftgebotvertheilungen außer dem Concurse zu beobachten ift und vom Richter von Amtswegen beobachtet werden muß.

#### Mr. 2909.

Gesetsliches Pfandrecht des Bestandgebers: Boraussenungen der Wirksamkeit desselben.

Entich, v. 6. Rav. 1867, Rr. 8721 (Beft. bes Urth. bes H. G. Wien vom 12. Februar 1867, Rr. 159816, Aband. bes Urth. bes D. L. G. Wien vom 3. Juli 1867, Rr. 5852). G. Z. 1867, Rr. 104. Zeitschr. f. d. öfterr. Rotariat 1868, Rr. 50.

Auf Betreiben bes A ward am 23. April 1866 bas Mobilar bes X executiv feilgeboten. Bor Beginn ber Feilbietung erschien aber B, ber Eigenthumer bes von X bewohnten Saufes, und melbete eine auf die Zeit vom 1. Mai bis 1. Nov. 1866 entfallende Miethzins= forberung per 250 fl. bei bem Gerichtscommiffar an, mas jur Folge batte, daß von dem erzielten Feilbietungserlofe ein Betrag von 250 fl. ausgeschieben, jur Sicherftellung bes obigen Miethzinfes zu Gericht erlegt und A angewiesen wurde, sein vermeintliches Borzugerecht bierauf gegen ben Bermiether im orbentlichen Rechtswege anszutragen. Dies gefcah benn auch, und bie erfte Inftang wies ben Rlager mit seinem Begehren ab. — Dagegen gab bas D. L. G. bemselben ftatt und begrundete biefes Ertenntnig bamit, bag bas gefesliche Bfanbrecht bes Bermiethers nach g. 1101 a. b. G. B. zwar schon burch bie Einbringung ber Einrichtungestude in Die Wohnung gur Erifteng gelange, und bon biefem Beitpuntte an auch gegen jene Blaubiger bes Miethmannes geltenb gemacht werben tonne, welche an ben eingebrachten Gegenftanben ein Pfanbrecht erwarben, bevor noch bie Bind. flage von bem Bermiether eingebracht wurde (Sofbecr. v. 10. April 1837, J. G. S. Nr. 189), wonach bas Pfanbrecht bes Geklagten allerbings begrundet erscheine, und sei basselbe auch nicht baburch alterirt worden, daß die Pfandobjecte ohne sein Berschulden durch die von einem Dritten barauf geführte Erecution veräußert und aus ber Bohnung weggebracht worden find. Allein Die Birtfamfeit bes Bfandrechtes des Bermiethers sei nach dem Wortlante des g. 1101 a. b. B. B. auch an eine zweite Bebingung gebnuben, nämlich an jene, bag ber Bermiether fein gefesliches Pfanbrecht auch jur Geltung gebracht habe. Dies habe nach bem Inhalte bes obigen Paragraphen mittelft ber Zinstlage ju geschehen. Als folche toune aber die Anmelbung ber Binetlage bei bem Feilbietungscommiffar nicht angefeben werben, wie bies das bereits erwähnte Hofdecret v. 10. April 1837 und noch beutlicher jenes v. 5. Rovember 1819, J. G. S. Nr. 1621, ansgesprochen habe. Durch die Richteinbringung diefer Rlage ift baber bas bem Geklagten zugestandene gesehliche Pfandrecht erloschen und mußte somit bem Begehren des Rlägers auf Erfolglaffung der erlegten

250 fl. ftattgegeben werben.

Der oberfte Berichtshof beftätigte bas Ertenntnig ber erften Instang mit folgender Begründung: "Gleich dem erften Richter anerfennt auch bas D. L. G., bag bas bem Bermiether eingeraumte Bfanbrecht icon burch die Einbringung ber Ginrichtungsftude in bie Bobnung begründet werbe. Im Biberfpruche biemit fteht aber bie Behauptung, bag jur Birtfamteit biefes Bfanbrechtes vorerft noch bie Binetlage bee Bermiethere erforberlich fei. Dies enthalt auch bas Bofbecr. v. 5. Nov. 1819 nicht, fondern es murbe in bemfelben nur Die Frage bejahend entichieben, ob es bem Bermiether geftattet fei. nach Gintlagung bes rudftanbigen Miethzinfes fogleich Die gerichtliche Beschreibung ber in ber gemietheten Wohnung befindlichen Fahrniffe zu verlangen, bamit fich ber Bermiether ben Beweis verschaffen tonne, welche Fahrniffe jur Beit ber Rlage vorhanden waren, und baburch eine Berichleppung berfelben verhindere. Im vorliegenden Falle mar aber für ben Geflagten bie Binotlage und. bas Ansuchen um Befchreibung ber Fahrniffe entbehrlich, weil ihm burch bie in ber Wohnung bes Bermiethers vorgenommene Feilbietung ber eingebrachten Fahrniffe Belegenheit gegeben mar, mittelft Anmelbung feiner eben rudftanbig geworbenen Binsforberung und burch Rudhaltung bes an die Stelle ber Sahrniffe getretenen Deiftgebotes fein icon mit ber Einbringung berfelben wirkfam geworbenes, mithin bem executiven Pfanbrechte bes Rlagers vorgebendes gesetliches Pfanbrecht in einer Art geltend ju machen, in welcher etwas gefetlich Ungulaffiges nicht gefunden merben fann."

## Mr. 2910.

Feilbietungsbedingnisse: Befreiung des Executionsführers vom Erlag der Caution; Sicherstellung pünktlicher Zahlung der Zinsen der Satzcapitalien; Nichtberücksichtigung von erst im Recurse vorgeschlagenen Bedingungen.

Entich, v. 6. Rov. 1867, Rr. 9578 (theilweise Best. des Decr. des B. G. Smichow v. 27. Februar 1867, Rr. 2857, theilweise Aband. des Decr. des D. L. G. Prag v. 14. Mai 1867, Rr. 18150). G. H. 1868, S. 171. (Rach den Acten ergänzt.)

Gegen bie vom Executionsführer A vorgelegten und vom Gericht genehmigten Bedingniffe ber bem A bewilligten Berfteigerung bes feiner Schuldnerin B jur Hälfte gehörigen Gutes recurrirte ber Sabglanbiger C mit ber Bitte: 1. baraus die Befreiung des A vom Erlag bes Babiums bis zur höhe seiner Forberung für ben Fall seines Mitbietens zu beseitigen, und 2. Die Berpflichtung bes Erstehers zum gerichtlichen Erlag — von 6 zu 6 Monaten — ber Zinsen ber Satsorberungen für Rechnung ber Gläubiger in ben Bedingniffen aufzunehmen. Das D. L. G. hat bem Recurs nach beiben

Richtungen ftattgegeben.

Auf den Revisionsrecurs des A und der B hat der oberfte Gerichtshof die ad 2 begehrte Aufnahme verweigert, weil die fragliche Bedingung nicht vom Executioneführer beantragt murbe und nicht von ber Art ift, bag ber Richter von Amtswegen barauf Rudficht zu nehmen bat, mithin bas Gericht erfter Inftang feinen Grund batte, fie im Ebict aufzunehmen, und auf ben von einem Gläubiger erft in zweiter Inftang gestellten Antrag Die Aufnahme einer neuen Bebingung nicht ftattfinden fann. Dagegen murbe vom oberften Gerichtehof bie obergerichtliche Beseitigung ber Befreiung bes Erecutionsführers A vom Erlag bes Babiums aufrecht erhalten, weil bie Forberung besselben nur bann bie Stelle bes Babiums vertreten tann, wenn fie genugenbe Sicherheit bafur bietet, mas aber hier nicht ber Fall ift, indem bie Forberung bes A nur auf ber Gutshälfte ber B verfichert, bas gange But auf 51.489 fl. geschätt ift und ber Boft bes A auf ber gangen Liegenschaft fichergestellte Forberungen. im Betrage von 30.000 fl. porangeben, und weil auch nicht bas fur A nebst seiner Forberung barauf verficherte Ausgebing besfalls in Betracht tommen tann, ba basselbe in Naturalleiftungen besteht, beren Werth nicht erhoben ift und folglich die Stelle bes Babiums nicht zu vertreten vermag.

# Mr. 2911.

Execution auf Bensionen von Sparcassebeamten.

Entsch. v. 6. Rov. 1867, Nr. 9680 (theilweise Aband. ber Decr. bes B. G. Renhans v. 18. Mai 1867, Nr. 3325 und bes O. L. G. Prag v. 23. Juli 1867, Nr. 20158). G. H. 1868, S. 2.

Das bem A in erster Instanz voll bewilligte, in zweiter Instanz verweigerte Berbot auf die von der B, Witwe eines Beamten der Sparcasse zu X, zu beziehende jährliche Gnadenpension wurde vom obersten Gerichtshof für die Hälfte der Bezüge bewilligt, weil die Sparcasse zu X nach ihren genehmigten Statuten als eine gemeinnützige Anstalt anzusehen ist, deren Beamte mithin in die Rategorie der Gemeindebeamten gehören, die in Bezug auf Berbote durch das Hospiect. v. 3. April 1838, J. G. Mr. 262, den Staatsbeamten gleichgestellt sind, folglich die der B ausgesetzte Bension nach Hospiect. vom 16. Jänner 1786, J. G. S. Mr. 518, nur zur Hälfte mit Berbot belegt werden darf.

#### Mr. 2912.

Rechtstraft bes eine actio confessoria abweisenden Urtheils. Entsch. v. 12. Nov. 1867, Nr. 9544 (Best. des das Decr. des B. G. Stehr v. 7. August 1867, Nr. 5069, aband. Decr. des D. L. G. Wien vom 8. Sept. 1867, Nr. 16085). G. Z. 1868, Nr. 13.

A belangte bie Cheleute B, weil sie burch Berwehrung bes von mehreren Beugen bestätigten langjährigen Bezuges bes Baffers aus ihren Brunnen seinen Befit geftort hatten. Die Geklagten wendeten ein, daß A fie auf Anerkennung ihres Rechtes jum Bezuge biefes Baffere belangt habe, aber mit rechtefraftigem Urtheile fachfällig geworben fei, weshalb fle feinen nun ale unrechtmäßig erklarten Befit nicht mehr zu achten brauchen. A entgegnete, bag biefes nur ber Fall ware, wenn bie Begner mit einer von ihnen ausgegangenen negatorifden Servitutetlage obgefiegt batten. Das Bericht erfter Inftang gab ber Befitftörungetlage auf Grund bes factifden Befitftanbes fatt, weil die von den Geklagten beigebrachten Urtheile erster und zweiter Inftang bem Rlager nur bas Recht aus ber Dienstbarkeit bes Bafferbezuges absprechen, mabrent bie vorliegende Rlage ben Schut im gestörten Befite bes Rechtes, bas Baffer vom Brunnen ber Be-Magten zu holen, ausspricht, somit obige Urtheile auf biesen Rechtsftreit teinen Ginflug haben. Das D. L. G. wies ben Rlager ab, in ber Erwägung, bag fein factifder Befit burch bie Urtheile ein offenbar unrechtmäßiger geworben ift, ba Rlager mit bem in Anspruch genommenen Rechte auf Benütung bes Brunnens ber Cheleute B abgewiesen murbe, er bas angesprochene Recht nicht zu behaupten vermochte, somit urtheilsmäßig erfannt vorliegt, bag fein Befit bes Rechtes entbehrt, bemnach unrechtmäßig ift (g. 316 a. b. G. B.) und nicht weiter geschütt werben barf; daß nicht mehr bie Thatsache bes letten factifchen Befitftanbes nach bem erften Abfate bes §. 5 ber taiferl. Berordnung v. 27. Detober 1849, R. G. Bl. Rr. 12, entscheibet, weil fcon ber im zweiten Abfate bafelbft ermahnte orbentliche Broceg über ben Titel bes Befiges burchgeführt und ju Ungunften bes Rlagers (factifchen Befiters) ausgefallen ift.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bie obergerichtliche Ent-

fdeibung mit Bezugnahme auf beren Begrunbung.

## Mr. 2913.

Besithstörungsproceß: Kosten ber Beiziehung eines Abvocaten. Entsch. v. 12. Rov. 1867, Rr. 9717 (theilweise Best. des Decr. des B. G. Frendenthal v. 9. August 1867, Rr. 3618, Aband. des Decr. des D. L. G. Brunn v. 18. Sept. 1867, Rr. 9756). G. H. 1868, S. 3.

Das D. L. G. enthob ben in possessorio summariissimo unters legenen Beklagten von bem Erfat ber in erster Inftang bem Rläger zuerkannten Kosten ber Bertretung durch einen Abvocaten, weil der Sachfällige nur zum Ersatz jener Kosten verurtheilt werden könne, die der Gegner zur Procefführung nothwendig auswenden mußte, in dem vorliegenden Falle aber, wo der Richter von Amtswegen den Streitgegenstand zu erörtern und in das Klare zu setzen hatte, die Beizziehung eines Rechtsfreundes für den Kläger entbehrlich war.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bie erstgerichtliche Entscheibung, weil bie Parteien auch in Besitzstörungsstreitigseiten berechtigt find, sich eines Rechtsfreundes zu bedienen, und das Gesetz für derartige Streitigseiten keine Ausnahme von der allgemeinen Regel der a. G. D. statuirt, wonach der in den Ersatz der Gerichtskoften versfällte Streittheil. auch die Kosten der Abvocatenvertretung zu erssessen bat.

## Mr. 2914.

Meistgebotsvertheilung: Zeitpunkt, bis zu welchem bem Pfandsgläubiger bie Zinsen gebühren.

Entich. v. 12. Nov. 1867, Nr. 10154 (Best. der gleichfürmigen Decr. des B. G. Romstan v. 28. Dec. 1866, Nr. 8869 und des O. L. G. Prag vom 16. Juli 1867, Nr. 15788). G. Z. 1868, Nr. 19. G. H. 1868, S. 18.

Auf einer executiv veräußerten Realität haftete ein Ausgebing, beffen capitalifirter Werth burch bas Deiftgebot gebedt mar und Unfangs einer nachträglichen Bertheilung, wenn burd Erlofden bes Ausgebinge berfelbe für bie nachfolgenben Blaubiger verfügbar murbe, vorbehalten, bann aber auf Beschwerbe eines Gläubigers gleich für obigen Zeitpunkt ben fpateren Glaubigern jugewiesen murbe und zwar jebem mit feinem Capitale, aber nur mit ben bis zum Feilbietungstage berechneten Intereffen. Dagegen beschwerte fich einer biefer Gläubiger und verlangte, bag ihm auch die vom Feilbietungstage bis zu jenem, wo bas Ausgebinge fein Enbe erreicht, entfallenben Intereffen jugewiesen werben, soweit ber Raufschilling reicht, weil berfelbe als Surrogat ber Spothet für fein Capital fammt Intereffen hafte. — Seine Ginfprache wurde in erfter Inftang nicht berudfichtigt, weil die Intereffen bes Bebedungscapitals burch ben Ausgebinger bis zu seinem Lebensenbe bezogen und neuerliche Intereffen für bie Glänbiger erft vom Tage bes Erlöfchens biefes Ausgebinges wieber fluffig werben. - Das D. L. G. entichieb ebenfo. Granbe: Dit bem Augenblide bes Bertaufes einer Realität tritt an beren Stelle ber Rauffchilling und es haben bie Tabularglanbiger bas Recht, ju forbern, daß diefer Rauffdilling nach ber im Augenblide bes erecntiven Bertaufes bestandenen bucherlichen Rangordnung vertheilt werbe, daß ihnen baber bas Capital und die verficherten Rebengebithren, insbesondere die in diesem Zeitpunkte rückftändigen unverjährten Zinsen aus dem Kaufschillinge zugewiesen werden. Dieses bereits erwordenen Rechtes können die Tabulargläubiger durch den Berlauf der Zeit nicht mehr verlustig werden, was aber offendar theilweise der Fall wäre, wenn vorliegend die Bertheilung des Ausgedings-Bedeckungs-capitals dis zu dem Zeitpunkte der Freiwerdung desselben verschoben und dann in der vom Recurrenten begehrten Art vorgenommen würde. Daß bei der sogleichen eventuellen Bertheilung unter die nächstsigenden Gläubiger diese die Interessen für die Zeit vom Feilbietungstage dis zum Tage der Freiwerdung des Capitals verlieren, ist wohl richtig; allein dieser Berlust ist eben nur eine Folge des executiven Bertauses der Realität und des Umstandes, daß der Kaufschilling wegen des vorhergehenden Ausgedinges zur sogleichen Bestriedigung dieser Gläubiger nicht hinreicht.

Der oberste Gerichtshof verwarf ben vom Gläubiger ergriffenen anßerordentlichen Revisionsrecurs, weil das Meistgebot durch das Ausgeding erschöpft ist, daher der nachfolgende Gläubiger während des Beitraumes, in welchem diese Bertheilung in Wirtsamteit ist, also so lange der Ausgedinger lebt, so zu betrachten ist, als ob derselbe leer ausgegangen wäre, indem ein Fond zur Befriedigung des Recurrenten, als nächsten Gläubigers, mit seiner Forderung an Capital und Zinsen bermal nicht vorhanden ist, daher sein Forderungsrecht bezüglich des Meistgebotes während dieser Zeit unwirksam ist und erst mit der

Freiwerbung bes Deiftgebotereftes wieber auflebt.

# Mr. 2915.

Beräußerung von Waaren bei beiben Contrabenten bekannter Ueberschuldung des Berkäusers. Uebernahme einer Dotalschuld des Letteren.

Enifch. v. 18. Nov. 1867, Nr. 6462 (Beft. bes Urth. bes L. G. Graz vom 17. August 1866, Nr. 10267, Aband. bes Urth. bes O. L. G. Graz vom 26. Februar 1867, Nr. 1541). G. Z. 1868, Nr. 17.

A belangte die Ausgleichsrepräsentanz des B auf Anerkennung seines Sigenthums an einem in die Inventur der Ausgleichsmasse eindezogenen Waarenlager, welches er drei Wochen vor Eröffnung des Ausgleichsversahrens um 8000 fl. von B gelauft hatte, und auf Ausstolgung desselben, eventuell, wenn die Waaren nicht mehr vorhanden wären, auf Zahlung von 8000 fl. als Schadenersatz. Laut der über das Kanfgeschäft errichteten Urkunde wurde ein Theil des erwähnten Kauspreises im Betrage von 5000 fl. durch die Forderungen des A gegen B beglichen; für den Rest von 2500 fl. übernahm

A bie Bahlung ber Dotalforberung gleichen Betrage, welche bie Gattin bes B an diefen zu ftelleu hatte. Diefes Begehren murbe in erfter Inftang unter ber Bebingung jugelaffen, bag ber Rlager theils burch feinen Erfüllungseib, theils burch Saupteibe bie von Seite bes B vor Einleitung bes Ausgleichsverfahrens an ihn erfolgte fymbolische Uebergabe bes Baarenlagers beweise, und - bas Eventualbegehren anlangend - ben Werth ber Baaren mit feinem Schatungseib auf 8000 fl. veranschlage. Bom D. L. G. wurde bie beklagterfeits mittelft Saupteibes angebotene Beweisführung barüber zugelaffen, bag B bei Abichliegung bes Raufvertrages bas eine Ueberschuldung im Betrage von 12130 fl. ergebende Berzeichniß feiner Activen und Baffiven bem A eingehändigt und hiermit bemfelben von feiner bamals bereits eingetretenen Infolveng Renntnig gegeben babe, und 1. für ben Fall ber Erbringung biefes Beweises bas Rlagebegebren verworfen, 2. für ben entgegengefesten Fall unter ber Bedingung ber in erfter Inftang jugelaffenen Beweise burch Erfüllungs- und Saupteib bem Rlager bas Eigenthum an bem Baarenlager querfannt und bie Ausgleichsmaffe verurtheilt, bem Rlager bagegen, bag er 2500 fl., b. i. ben Betrag ber von ihm übernommenen Dotaliculb bes B bei Gericht nieberlegt, die Baaren auszufolgen, 3. für den Fall, daß die Baaren in natura nicht mehr vorhanden waren, Die Ausgleichsmaffe unter ben in 2. erwähnten Boraussenungen und unter ber Bebingung bes in erfter Inftang bem Rlager auferlegten Schapungeeibes gur Rablung von 5500 fl. fatt ber begehrten 8000 fl. condemnirt.

Der oberfte Berichtshof beftätigte bas erftgerichtliche Urtheil ans folgenden Gründen: Ad 1 ift bas D. L. G. ber Meinung, baf, wenn bem Rlager burch bie Ginfichtnahme von bem Bermögensverzeichniffe bes B bie Ueberschuldung bes Letteren um 12.130 fl. befannt geworben mar. ber Tags barauf geschloffene Raufvertrag als über ein unerlaubtes Object abgeschloffen, nach &. 878 a. b. G. B. ale ungiltig und wirfungelos angefeben werben muffe. Diefe Anficht ift aber eine irrige. Die Beurtheilung, ob ein Bertrag nach dem Strafgefete ungiltig fei, obliegt ben Strafgerichten. Bon biefen murbe aber ber Raufvertrag nicht nur nicht als ungiltig erklart, fonbern auf bie an bas Strafgericht ju Grag erfolgte Mittheilung ber vorliegenden Brocegacten bat basselbe bem Civilgerichte eröffnet, daß es bie barauf gegrundete Anzeige wegen Berbrechens bes Betruges verworfen babe. Allerdings murbe B burch Urtheil bes genannten Strafgerichtes und in zweiter Instanz vom D. L. G. bes nach &. 486, lit. e und g St. G. ftrafbaren Bergebens ber verfdulbeten Criba für foulbig ertannt; allein ber in Frage stehende Raufvertrag wurde, wenngleich in ben Entfceibungegrunden erwähnt, in die Berurtheilung nicht einbezogen. Der Civilrichter hat baber bie Giltigfeit biefes Beschäftes nur nach ben Civilgeseten zu untersuchen. Rach ben letteren nun tann bie perfonliche Fabigfeit bes B, ben Bertrag ju ichließen, nicht bezweifelt

werben, ba bie Eröffnung bes Ausgleichsverfahrens erft nach Schliegung bes Bertrages stattgefunden bat. Nach bem Civilgeset mar aber bie barin versprochene Leiftung im Sinne bes &. 878 a. b. B. 29. auch möglich. Daß fie physifch unmöglich gewesen fei, murbe im Broceg nicht behauptet, und daß ein solcher Rauf nicht stattfinden dürfe, ist in feinem Civilgefete ausgesprochen. Es fteht vielmehr jedem Glaubiger frei, felbst bei bestimmter Renntnig von ber Ueberschuldung und ber Rablungeunfabigfeit feines Schuldners, jum offenbaren Nachtheil ber anderen Glaubiger, für feine Forberung, fogar mit Bilfe bes Richters, fich Bahlung ober Dedung zu verschaffen. Auch Räufe, Die ein gablungsunfähiger Schuldner por Eröffnung bes Concurfes ober bes Ausgleichsverfahrens geschloffen bat, find aus dem Grunde feiner Rablungeunfähigfeit allein nicht ungiltig. Dasfelbe gilt auch von feinen Berkaufen an einen Glaubiger, und ob hiebei ber Glaubiger aus Gewinnsucht handelte, bleibt gleichgiltig, insofern biefe etwa nicht von einem besonderen Befet, wie g. B. vom &. 934 a. b. B. (laesio enormis) ine Muge gefaßt wirb. Im vorliegenden Falle wurden aber bie vom Rlager um 8000 fl. angefauften Baaren gerichtlich nur auf 7381 fl. geschätzt und ichließlich nur um 6024 fl. vertauft. Dag aber (wie bas D. L. G. annimme) auch Buchforberungen bes B im Betrage von 1300 fl. in bem Bertauf miteingeschloffen maren, miderftreitet bem Inhalt ber Bertragsurfunde und murbe in anderer Beise nicht bargetban. Ad 2 begrundet bas D. L. G. feinen Ausspruch damit, bag bie Gattin bes B ibre Dotalforberung nur im Falle ber Gintragung berfelben in bas Sanbelsregister - welche aber in Abrede gestellt worben fei - und niemale alteren Sandelsgläubigern gegenüber ju rechtlicher Beltung bringen tonnte, bag ber Rlager Die übernommene Bablung biefer Forberung noch nicht geleistet habe und burch ben gerichtlichen Erlag bee Forberungebetrages per 2500 fl. allen Beth eiligten bie Beltendmachung ihrer Rechte auf benfelben gewahrt bleiben muffe. Auch biefe Unficht ift unrichtig: Die Giltigfeit Des Rauf vertrages vorausgescht, burften ber Berfaufer und Raufer allerdinge festfepen, daß ein Theil des Rauficbillings einer britten Berfon zu gablen fei, gleichviel ob biefelbe gegen ben Bertaufer einen unbestreitbaren Titel auf ben bestimmten Betrag bereits bejag ober nicht. Glauben nun andere Berfonen ein Recht barauf zu haben, fo mogen fie es auf bem Wege ber Erecution ober burch vorsichtsweise Rechtsmittel, g. B. Berbot gegen bie Gattin bes Bertaufere burchfeten; es besteht aber tein Befet, wonach in einem Rechtsftreit britter Berfonen, welche von ihr verschieben find, die gerichtliche Deposition Diefes Raufschilli ngstheiles aus ben Grunden bes D. L. G. begehrt und verfügt w erben könnte. Ad 3 hat bas D. L. G. bie eventuelle Ersassorberung bes Rlagers um bie vorermabnten 2500 fl. aus bem Grunde berabgemindert, weil ber Rlager bisber nur 5500 fl. bes Raufschillings verausgabt habe und baber fein Schaden fich auch nur auf Diefen le teren Betrag belaufe. Allein ber Kläger übernahm im Kaufvertrag auf Rechnung bes Kaufpreises von 8000 fl. die Dotalforderung der Gattin bes Berkäufers in sein Zahlungsversprechen; wenn er den Betrag derselben bisher noch nicht gezahlt hat, so fann er in jedem Augenblid auf bessen Zahlung belangt, seine Schuld kann auch von den Gläubigern der Gattin des Berkäusers und, wie die oberlandesgerichtlichen Gründe aussichen, von jenen des letzteren in Anspruch genommen werden. Durch das oberlandesgerichtliche Urtheil wird ihm das Ersatzecht in Betreff dieser 2500 fl. abgesprochen, während er, wie eben bemerkt wurde, andererseits von der Zahlung derselben doch nicht entbunden wird. Diesen Erwägungen zusolge wurde das obergerichtliche Urtheil in allen von dem erstgerichtlichen Erkenntnisse abweichenden Punkten abgeändert und die Entscheidung der ersten Instanz bestätigt.

### Mr. 2916.

Execution zur Sicherstellung von Aerarialforderungen.

Entich. v. 18. Rov. 1867, Rr. 10129 (Beft. bes Decr. bes B. G. Hernals v. 31. Juli 1867, Rr. 15723, Aband. bes Decr. bes D. L. G. Wien v. 29. Angust 1867, Rr. 11767). G. Z. 1868, Rr. 17. G. H. 1968, S. 215.

Bur Sicherstellung einer Ersatsorberung des allgemeinen Krankenhauses zu Wien gegen die Berlassenschaft des B begehrte die Finanzprocuratur in Bertretung des Krankenhaussonds die Einverleibung des Pfandrechtes an den Liegenschaften des Nachlasses und außerdem Berbot und sicherstellungsweise Bsändung von deponirten Werthpapieren und Barschaften des Berstorbenen. Das Gesuch war lediglich auf das demselben beigeschlossene Decret der n.-ö. Statthalterei gegründet, womit die Finanzprocuratur beauftragt wurde, die einstweisige Sicherstellung der Ersatsorderung in dem "von der Staatsbuchhaltung ermittelten" Betrag von 7468 fl. 29½ fr. in der oben erwähnten Weise zu bewirken. Das in erster Instanz bewilligte Begehren wurde vom D. L. G. abgewiesen wegen Mangels einer die Ersatsorderung beweisenden Urkunde, wosür das vorgelegte Statthaltereidecret nicht angesehen werden könne.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte ben erstgerichtlichen Bescheib mit Berufung auf die gesehliche Bestimmung in lit. o des Hofdect.

pom 18. September 1786, 3. G. Sr. 577\*).

<sup>\*)</sup> Sie lautet: Dem Fiscalamt könne auch in Folge bes §. 298 a. G. D. vor erfolgtem richterlichen Urtheil eine Execution nicht bewilligt werden; die Sicherheit des Aerariums aber könne auch ohne Ergreifung einer Execution durch die in der a. G. D. vorgesehenen Bege der Berbote, Sequestrationen, Arreste und anderweitigen Sicherstellungsmittel geschehen, zu deren Erwirkung sich das Fiscalamt lediglich durch Darthung hangender Inquisitionen oder durch Borlegung der Berordnungen der Hof- und Länderstellen zu legitimiren habe.

#### 9dr. 2917.

Bindication einer durch polizeiliches Einschreiten aus dem Besit bes Klägers in den Besit des Geklagten übergegangenen Sache.

Entsch. v. 14. Rov. 1867, Rr. 8249 (Best. bes Urth. bes B. G. Röbling v. 5. April 1867, Rr. 571, Abanb. bes Urth. bes O. L. G. Wien vom 24. Juli 1867, Rr. 9083). G. Z. 1868, Rr. 5.

Auf die Reclamation ber B wurde von ber Bolizeibeborbe ein feit feche Monaten von ihr vermigter Sund bem Befiger besfelben A abgenommen und ihr übergeben, worauf A fie auf Berausgabe bes Thieres ober Rablung seines Werthes per 30 fl. belangte. Daß ber hund burch feche Monate - bis jur Abnahme besfelben von Seite ber Beborbe — im Befite bes Rlagers gewesen fei, ift unbestritten. Der Rläger will nun bas Thier im beiläufigen Alter von brei Monaten, also neun Monate vor ber Abnahme von X jum Geschent erhalten haben und berief fich, unter Anbietung bes Erfallungseides, auf bas Zeugnig bes X, welches in ber That mit seiner Angabe übereinstimmt. Der Beklagten bingegen fteben bie Aussagen ber Beugen Y und Z gur Seite, bes Inhaltes, bag fie ben Bund als ein noch gang fleines Thier von Y jum Geschent betommen, und burch anderthalb Jahre, bis er ihr — vor fechs Monaten — entwendet murbe, befeffen habe. Der Berfuch, bas gegenwärtige Alter bes hundes burch einen Sachbefund festzustellen, scheiterte an ber ganglichen Unbeftimmtheit bes Gutachtens ber Experten. Die erfte Inftang wies ben Rläger ab, weil seinem Titel ein gleich starker auf Seite ber Beflagten gegenüberftebe und bemnach ber lesteren fraft bes Befiges ber Boraug gebühre (88. 373 und 374 a. b. G. B.). Das D. L. G. entichieb zu Gunften bes Rlagers und bemertte in feinen Motiven: "Da bei ben einander entgegenstehenden Beweisen beider Barteien das Eigenthum auf feiner Seite als erwiesen angesehen werben tonne, fo muffe auf ben letten Befit jurudgegangen und fonach bas Recht bes Rlagers, welcher ben hund zulett feche Monate hindurch befeffen, als bas ftartere Recht anerkannt werben, und bies umsomehr, ba er nach g. 323 a. b. G. B. nicht einmal zur Angabe feines Titels verpflichtet mar, feine Stellung im Proceg als Befiger, burch bie unberechtigte Abnahme bes Sunbes nicht verrudt werben fonnte und Diefem Befiger gegenüber bie Beflagte irgend ein ftarteres Recht nicht bargethan babe."

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas Urtheil ber ersten Inftanz. Gründe: Mit Bezugnahme auf bie erstgerichtlichen, auf §. 372 a. b. G. B. gestütten Entscheidungsgründe und in der Erwägung, daß die Beklagte durch die Aussagen ihrer Zeugen vollständig bewiesen hat, denfelben Hund, welcher dem Rläger am 15. Jänner d. 3. abgenommen und ihr übergeben wurde, bereits anderthalb Jahre

vorher als ein Geschenk bes Y besessen und seit 6—7 Monaten vermißt zu haben, seit welcher Zeit sich das Thier im Besitze des Klägers besunden hatte; daß in die Untersuchung der Frage: ob und inwiesern es in der Besugniß der Sicherheitsbehörde gelegen war, den Hund dem Kläger abzunehmen und die Beklagte wieder in dessen Lessen, hier nicht eingegangen werden kann, daß der Kläger das der letzteren abhanden gekommene Thier um dieselbe Zeit, da es von ihr vermißt wurde, als Geschenk, somit ohne Entgelt und nicht auf eine Art, die ihn nach §. 367 a. b. G. B. gegen den Eigenthums-anspruch der Beklagten schützt, überkommen hatte, konnte seinem Begehren um Rückstellung des Hundes oder Zahlung des Werthes nicht stattgegeben werden.

## Mr. 2918.

Nichtaushebung der Processosten ungeachtet der Herabsetzung des vom Kläger in Anspruch genommenen Betrages.

Entich. v. 19. Nov. 1867, Nr. 9226, (Best. des das Urth. des B. G. Sterzing v. 27. Mai 1867, Nr. 1608, aband. Urth. des O. L. G. Junsbrud vom 20. August 1867, Nr. 2800). G. Z. 1868, Nr. 9.

## Mr. 2919.

Novation: Umwandlung einer Dotalschuld in eine Wechselschuld. Entsch. v. 19. Nov. 1867, Nr. 9246 (Best. der gleichsörmigen Urth. des B. G. Gonobis v. 15. August 1866, Nr. 4079, und des D. L. G. Graz vom 22. Mai 1867, Nr. 3878). G. Z. 1868, Nr. 5. Zeitschr. f. d. österr. Notariat 1868, Nr. 29.

Gegen die Klage der A wider die Concursmasse ihres Gatten B puncto Liquiderklärung einer Forderung von 5000 fl. als Dotalsorderung wurde vom Concursmassevertreter eingewendet, daß dieselbe
nach ihrer Entstehung durch ein zwischen den Parteien zu Stande
gekommenes Wechselgeschäft novirt worden sei. Beide Untergerichte,
dieser Einwendung stattgebend, erkannten auf Liquidität der Forderung
als Wechselsorderung und der oberste Gerichtshof verwarf aus den
nachstehenden Gründen die a. o. Revisionsbeschwerde der Klägerin:
Da durch die Angaben der Klägerin selbst und die nicht beanständeten
Aussagen der Zeugen erwiesen ist, daß bei ihrer Berehelichung mit
B nicht sie selbst, sondern ihr Bater als dritte Person dem B
4000 fl. daar und nachträglich noch zwei Staatsobligationen im
unwidersprochenen Werthe von je 500 fl., zusammen also 5000 fl. als
Deiratsgut übergeben, demnach B in Gewässheit des §. 1227 a. b.

S. B. daran bereits das vollständige Eigenthum, sie aber nach §. 1229 ebendort nur einen bedingten Anspruch darauf erworben und selbst diesen Anspruch einverständlich mit B in Folge des — von ihr an eigene Ordre auf B gezogenen und von ihm zur undedingten Zahlung angenommenen — Bechsels in ein unbedingtes Bechselrecht umgeändert, auf diese Beise aber nach den §§. 1376, 1377 und 1379 a. b. S. B. mit der Uebernahme der Zahlungsverdindlichkeit von Seite ihres Chegatten der Rechtsgrund und Hauptzgegenstand der Forderung selbst verwechselt und dadurch unter Behebung ihres früheren Anspruches auf das Heiratsgut mit ihm einen Neuerungsvertrag allerdings selbst begründet hat, so mußte ihr Revisionsbegehren verworsen werden.

## Mr. 2920.

Mobiliarpfändung: Amtliche Erhebung des Umstandes, ob die gepfändeten Sachen im Besitze des Executen sich besinden. Entsch. v. 19. Nov. 1867, Nr. 9506 (Best. des das Decr. des H. G. Prag v. 30. März 1867, Nr. 20101, ausbeb. Decr. des D. L. G. Prag vom 17. Juni 1867, Nr. 16929). G. Z. 1868, Nr. 53.

Auf Ansuchen ber A murbe wegen einer restlichen Bechselforberung von 1900 fl. wiber Frang B sen. Die executive Bfanbung bes bem Schuldner geborigen Mobiliarvermogens bewilligt. Begen ben Bollzug ber Pfandung beschwerte fich Franz B jun. und beffen Chefrau, weil fle Befiger ber Birthichaft Rr. 68 in X feien, gepfanbete Begenftanbe, namlich zwei Wirthichaftsmagen, feche Rube und ein Baar Bferde jum Fundus ber ermabnten Wirthschaft gehören und ungebührlich gepfandet murben, und, ungeachtet bie Befchmerbeführer gegen die Bornahme der Bfandung Berwahrung einlegten, der Amts= biener es unterließ, bie vorgeschriebene Instruction einzuholen und bie Eigenthumsausweise ber Beschwerbeführer im Pfandungsprototolle anzumerten. Nach vorgängiger Erhebung bes Thatbestandes verordnete bas D. L. G. die Abhaltung einer Tagfatung, jur Bernehmung fammtlicher Intereffenten, nämlich ber Exequentin, bes Executen, ber beiben Beichwerbeführer, unter ben Folgen bes §. 18 bes Wefenes über ben summarischen Proceg behufe Erhebung bes Umftanbes, ob Die gepfandeten Wegenstande im Befipe bes Erecuten fich befinden, und ob fie ein ihm gehöriges Mobiliarvermögen find, ober ob fie ein Theil bes fundus instructus ber Wirthschaft Dr. 68 in X feien, als beren bücherlicher Befiger Frang B jun. und beffen Chefrau vorgeforieben find, und sobann die ber Sachlage angemeffene Berfügung bezüglich bes Bfanbungsactes, weil, wie es aus ben vorgelegten Acten erhellt, im Orte X zwei Individuen Namens Franz B, nämlich Franz B Bater und Franz B Sohn sich befinden; weil als bücher- licher Besiger der Wirthschaft Nr. 68 in X, wo auch die gepfändeten Gegenstände vorgesunden wurden, Franz B jun. und bessen Ehefrau vorgeschrieben sind und weil wegen dieses Umstandes und vermöge der Eigenschaft der gepfändeten Objecte es zweiselhaft erzicheint, ob diese Gegenstände ein im Besige des Executen Franz B son. besindliches Mobiliarvermögen oder ein Theil des kundus instructus der genannten Wirthschaft seien, und weil es endlich die Sache der um die Vornahme der Pjändung requirirten Vollzugsbehörde ist, dassu Sorge zu tragen, daß diese dem Gesetze gemäß vollzogen werde.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte Die Berordnung bes D. L. G. mit Festhaltung ber oberlandesgerichtlichen Grunde und in Ermägung. baf bie Bestimmungen tes hofbecr. vom 29. Mai 1845, 3. G. G. Mr. 889, auf ben vorliegenden Fall nicht Anwendung finden, indem es hier nicht constatirt erscheint, bag bie gepfanbeten Begenftanbe bei ber Bornahme ber Execution im Befite bes Schuldners angetroffen murben und vielmehr bie Gigenschaft berfelben barauf binmeift, bag bie ber Bfandung unterzogenen Objecte zu bem fundus instructus ber Birthichaft geboren, in beren Befit fich ber Cobn tee Schuldners Frang B jun. und feine Gattin befinden; bag Frang B jun. icon bei ber Bornahme ber Bfandung feinen Befit binfichtlich ber fraglichen Gegenstände geltend gemacht hat, und bag ungeachtet ber Erbebung biefes Anspruches von Seite eines Dritten und ohne Gin= bolnng ber entsprechenben gerichtlichen Entscheidung über ben Erecutionsstand bie Bfanbung sofort vollzogen worden ift; bag baber bei bem bestehenten Zweifel über ben Umftant, ob bie in bie Bfanbung einbezogenen Gegenstände zur Zeit ihrer Bornahme ale im Befige bes Schuldners ober einer britten Perjon befindlich anzusehen find, die gerichtliche Erhebung und Entscheidung barüber im Sinne ber obergerichtlichen Berfugung fich allerdinge ale vollfommen gefeslich gerechtfertigt barftellt.

## Mr. 2921.

Form der Verhandlung über die behauptete Erlöschung eines Executionsrechtes.

Entich. v. 19. Nov. 1867, Nr. 10026 (Best. bes bas Decret bes B. G. Karolinenthal v. 2, Juni 1867, Nr. 6650, aband. Decr. bes O. L. G. Prag v. 19. August 1867, Nr. 22796). G. Z. 1868, Nr. 62.

Das Gesuch bes B um Ausbebung ber bem A bewilligten Execution wegen inzwischen geleisteter Zahlung wurde vom Gerichte

erster Instanz abgewiesen, weil es nicht angebe, ohne vorliegende und nebenher gehende Rlage wegen Behebung der Execution auf bas

Siftirungsgesuch bie Ginftellung ber Erecution ju verfügen.

Diefer Abweisungsgrund wurde von dem obersten Gerichtshof als unstatthaft erklärt, weil der Richter nach Borschrift des Hofbecretes vom 22. Juni 1836, J. G. Nr. 145, in dem Falle, als der Execut durch vollkommen beweisende Urkunden das von seinem Gegner verschwiegene spätere Factum, kraft welchem sein Executionsrecht erloschen ist, darzuthun vermöchte, auch ohne eine förmliche Klage über ein mit der gedachten Urkunde belegtes Gesuch nach gepslogener Bernehmung der Parteien durch Bescheid zu erkennen hat, ob es von der ferneren Execution abzusommen habe oder nicht.

### Mr. 2922.

Bertretungsbefugniß ber Rotare im Proceg.

Entsch, v. 19. Nor. 1867, Nr. 10314 (theilweise Aband, ber Decr. bes B. G. Dobersberg v. 28. August 1867, Nr. 1756 und bes O. L. G. Wien vom 10. Sept. 1867, Nr. 16143). Zeitschr. f. b. öfterr. Notariat 1868, Nr. 29.

Der oberfte Gerichtshof hat aus Anlag ber von bem Notar A als Mandatar überreichten Rlage ber M'ichen Erben, welche von beiben Untergerichten wegen unterlaffener namentlicher Anführung ber Rlager und weil ber ale ihr Generalbevollmächtigter einschreitenbe Notar von ber Parteienvertretung ausgeschloffen fei, a limine abgewiesen worden mar, erklart, bag bie Abmeisung mobl burch ben erften, nicht aber auch burch ben zweiten Grund gerechtfertigt fei, weil ben Notaren bie Parteienvertretung in Streitsachen burch bie bestehenben Borfdriften nicht unbedingt, fondern nur insoferne unterfagt ift, als fie in ben Fällen, mo Die Parteien eines Rechtsfreundes fich bedienen muffen, für Dieselben nicht einschreiten burfen und überhaupt aus ber Parteienvertretung fein Erwerbsgeschäft machen follen, bier aber, wo es fich um einen munblich vor einem Richter auf bem flachen Lande zu führenden Proceg handelt, Die Bugiehung eines Abvocaten nicht nothwendig und auch nicht ersichtlich ift, daß ber Notar A, welcher bie Bollmacht ber gerftreut mobnenden M'ichen Erben jur Abhandlungepflege erhalten bat, aus ber Barteienvertretung ein Beidaft madt.

### Mr. 2923.

Competenz für Alagen auf Erfüllung bes über eine Liegen=
ichaft geschloffenen Kaufvertrages.

Entich. v. 19. Rov. 1867, Rr. 10849 (Best. des Decr. des B. G. Wiener-Renstadt v. 19. August 1867, Rr. 8296, Aband. des Decr. des D. L. G. Wien v. 17. Sept. 1867, Rr. 16715). G. H. 1868, S. 55 und 105.

A wurde von dem D. L. G. mit seiner beim forum rei sitae angestellten Klage gegen B auf Herausgabe eines von B ihm vertauften Hauses und Sewährung der bücherlichen Anschreibung gegen Zahlung des vom Kläger noch geschulbeten Kaufschillingsrestes abund an die Personalinstanz des Beklagten gewiesen, weil mit der Klage die Uebergabe in den bücherlichen Bests und die Ausstellung der hiezu erforderlichen Urkunde, somit nur eine Leistung von dem Bestlagten gesordert wird (§§. 49—52 J. R.).

Der oberste Gerichtshof bestätigte die aufrechte Rlagverbescheibung der ersten Instanz, weil die Klage die Erlangung eines dinglichen Rechtes an einem unbeweglichen Gut zum Gegenstande hat und bemnach die Borschrift des S. 52 3. R. zur Anwendung kommt.

## Mr. 2924.

Auslegung eines Vertrages: Verpfändung von Sapposten mit ber Bedingung, daß die Afterpfandschuld nur nach Flüssig= machung der Hauptforderung zu zahlen sei.

Eutsch, v. 20. Nov. 1867, Nr. 7503 (Best. des das Urth. des H. G. Wien v. 28. Dec. 1866, Nr. 154682, aband. Urth. des O. L. G. Wien v. 21. Mai 1867, Nr. 5216). G. Z. 1868, Nr. 2.

A hatte für B mehrere Zahlungen geleistet, und Letterer mit Urkunde v. 9. Februar 1865 ihm zu seiner Sicherheit für seine diesfällige Forderung von 12.000 fl. das Pfandrecht an mehreren zu
seinen, des B, Gunsten auf einem Hause pfandweise einverleibten
Forderungen eingeräumt, jedoch zur Zahlung der 12.000 fl. sich erst
dann verpflichtet, wenn gedachte Satsorderungen durch Feilbietung
des erwähnten Hauses flüssig würden, wobei er es sich jedoch angelegen sein lassen werde, die Feilbietung möglichst zu befördern. Auf
Grund dieser Urkunde belangte A am 24. August 1865 den B auf
Erwirkung der erwähnten Feilbietung binnen einer vom Gerichte zu
bestimmenden Frist, und — bei fruchtloser Berstreichung derselben —
auf Zahlung der 12.000 fl. selbst. Er sührte dabei an, daß am
9. Februar 1865 schon die von einem Dritten erwirkte executive Feilbietung des Hauses im Zuge war, Geklagter aber, statt sie zu beför-

bern, fie vielmehr verzögert habe, indem er bei felber - 26. Mai 1865 - ben Executionsführer, ber zugleich Raufluftiger mar, bewog, Die Feilbietung verschieben ju laffen. 3m Berfolge ber Berhandlung brachte er auch an, daß fur B auf ber einen Salfte bes Saufes ein vertragemäßiges, auf ber zweiten ein executives Pfanbrecht bafte, somit B in ber Lage fei, felbst bie Feilbietung ju Stande ju bringen. B entgegnete, bag er ben Executionsführer jum Absteben von ber britten Feilbietung berebete, weil felber nur ein febr geringes Unbot ale einziger Raufer machen wollte, bei welchem bie bem A verpfanbeten Forberungen gang leer ausgegangen maren; bag auch bisher fich teine Belegenheit bot, im Bege eines freiwilligen ober gwangweisen Bertaufes einen folden Erlos zu erzielen, bag biefe Forberungen berichtigt werden können, was boch durch die Urkunde v. 9. Februar 1865 beabsichtigt gemefen fei; bag er nur versprochen babe, bie Beförberung ber Feilbietung fich angelegen fein ju laffen, nicht aber lettere ju bewirken; endlich bag Rlager keine Bahlung begebren tonne, fo lange bie Forberungen nicht fluffig geworben feien. Die erfte Inftang wies ben Rlager ab. Grunde: Der Bertrag muß nach &. 914 a. b. G. B. babin ausgelegt werben, bag ber Getlagte jebenfalls nur eine Feilbietung bes Baufes ju beforbern batte, moburch bie fraglichen Sasposten fluffig gemacht, nämlich ausbezahlt werben ; benn bierauf mar boch bie flare Absicht ber Compaciscenten gerichtet. Eine Feilbietung berbeizuführen, wodurch die Sapposten leer ausgeben würden, lag gewiß nicht in ber Abficht ber vertragichließenben Theile. Soon beshalb tann nicht nach §. 904 a. b. G. B. jur Bestimmung einer richterlichen Grift gur Bewirtung ber Feilbietung überhaupt geschritten werben. Wenn aber auch jener Erklarung biefer Sinn nicht beizulegen mare, so will ber Rlager mittelft feines Begebrens erwirken, bag ber Beklagte nicht blos angehalten merbe, bie Bornahme ber Feilbietung, fonbern lettere felbft berbeiguführen. Dagu hat aber ber Beflagte in feiner Schulberflarung fich feineswege berpflichtet, fonbern nur fein Beftreben erflart, Die Feilbietung ju beförbern. Das Rlagebegehren ift baber in biefer Richtung feinesfalls bem Bertrage entsprechend gestellt und tonnte nach §. 904 a. b. G. B. jur Bewirtung ber Feilbietung fein Auftrag ertheilt werben. Auch ber zweite Theil bes Rlagbegehrens ift nicht in ber Schulderflarung begründet, nachdem nach berfelben bie Bablung jebenfalls erft bann geleiftet werben foll, wenn bie verpfandeten Satposten burch Feilbietung bes Saufes fluffig werben. Der Bablungstermin tann bemnach erft nach ftattgefundener Feilbietung eintreten. Das D. E. G. verurtbeilte ben B. binnen acht Monaten Die executive Feilbietung zu bemirten, ober nach fruchtlosem Berftreichen biefer Frift bie 12.000 fl. ju gablen.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas Urtheil ber zweiten Inftanz. Grunde: Unbestrittenermaßen hatte ber Rläger von bem

Geflagten bereits am 9. Februar 1865 ben Betrag von 12.000 fl. ju fordern, worüber biefer ibm bie ber Rlage angeschloffene Urtunde ausstellte. Bei biefem Sachverhalte fann ber Ginn ber letteren nur babin aufgefaßt werben, bag Rläger bem Betlagten gegen Berpfanbung ber Satforberungen besfelben mit ber Zahlung noch zuwarten wolle, bis berfelbe burch bie Feilbietung bes ihm verpfandeten Saufes etma zu Rahlungsmitteln gelange, welche Feilbietung bamals im Buge mar und welche ber Geflagte zu beforbern versprach. Man fann baber nicht annehmen, daß ber Rläger es barauf antommen laffen wollte, bag bie Feilbietung und somit ber Zeitpunkt, wo er Bahlung begehren konnte, gang bem Belieben bes Geklagten ober bem Bufalle ber Erecutionsführung eines Dritten anheimgestellt bleibe, sonbern ber Geflagte hatte fich zu verwenden, bag es zur Feilbietung tomme, Die er burch seine theils executiv einverleibten, theils pfandrechtlich haftenben Forberungen berbeiführen fonnte, und feine Erflarung vom 9. Februar 1865 ift babin auszulegen, bag er fogleich ober minbeftens in einer vom Gerichte ju bestimmenden Frift (§. 904 a. b. G. B.) bas Saus zur Feilbietung bringen wolle. Thut er biefes nicht, fo ift er bee Bahlungsaufschubes, welcher ibm burch Buwarten mit ber richtigen Forderung bis zur Realifirung feiner Sappoften burch Feilbietung bes Saufes gemahrt murbe, verluftig und er bie Bablung ohne Beiteres ju leiften schuldig. Auch die von ber zweiten Inftang bemeffene Frift fand ber oberfte Berichtshof gang entsprechenb.

## Mr. 2925.

Collision des gesetzlichen Pfandrechtes des Bestandgebers mit anderen Pfandrechten: Nachträgliche Ausbehnung des ersteren auf von einem Dritten in der Wohnung des Miethers gespfändete Sachen.

Entsch. v. 20. Nov. 1867, Nr. 9554 (Best. des das Decr. des B. G. Lemberg v. 17. Dec. 1866, Nr. 25681, aband. Decr. des O. L. G. Lemberg vom 22. Juni 1867, Nr. 14380). G. H. 1868, S. 142.

A, welcher gelegentlich ber leberreichung seiner Miethzinsklage gegen C die Beschreibung von einem Theil der in der Wohnung des Miethers besindlichen Mobilien erwirkt hatte, begehrte einige Zeit nachber, während bes Zinsprocesses, dem B gegenüber, die Ausdehnung seines gesehlichen Pfandrechtes auf die früher nicht beschriebenen Fahrnisstude bes C, welche B noch vor Anstellung der Zinsklage des A für seine Forderung gegen C im Executionswege gepfändet und in des Letteren Berwahrung gelassen hatte, und die Einräumung des Borzuges seines gesehlichen Pfandrechtes vor dem prätorischen des B.

Das Gericht erster Instanz fand den Beweis des Umstandes, daß diese Mobilien zur Zeit der Ueberreichung der Zinsklage des A in der Wohnung des C vorhanden waren, dadurch hergestellt, daß laut des Protosolles über die auf Anstehen des B vollzogene Pfändung dieselben dem sortan in der Wohnung des A verbliebenen C in Gewahrsam gelassen worden waren, und bewilligte demnach das Gesuch des A, welches vom D. L. G. abgewiesen wurde.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheitung, weil bieselbe, ba überhaupt nicht vorliegt und namentlich aus dem Protofolle der für B vollzogenen Pfändung nicht erhellt, resp. geschlossen werden darf, daß die für B gepfändeten Sachen zur Zeit der Zinsklage des A in der Wohnung des C sich befanden, durch §. 1101 a. b. G. B. und das Hosbert. v. 5. Nov. 1819, J. G. S. Rr. 1621, gerechtsertigt ist.

## Mr. 2926.

Haftung ber Babeanstalt für bem Babegaste widerfahrene Entwendungen.

Entig. v. 21. Nov. 1867, Nr. 9154 (Best. des das Urth. des B. G. Landstraße in Wien v. 12. Juli 1867, Nr. 11194, aband. Urth. des D. L. G. Wien v. 4. Sept. 1867, Nr. 14948). G. Z. 1868, Nr. 58.

A flagte miter bie Actiengesellschaft einer Babeanstalt auf Rablung von 80 fl. 40 fr. als Schabenerfat für eine ihm aus bem versperrten Raftchen ber Babecabine entwendete Uhr und Belbbaarfchaft. Bur Rechtfertigung feines Unspruches führte ber Rlager an, baß eine in ber Babeanstalt angeschlagene gebrudte Aufforderung bie Babegafte erinnere, fie follen ihre Werthfachen in dem Raftchen ber Austleidecabine versperren und den Schluffel entweder felbst bewahren ober bem Babebiener geben; bag in jeber Cabine zwei berlei Raftchen vorbanden feien, welche mit einem Schluffel aufgesperrt werden fonnen, und daß bei ber Rudtehr aus bem Babe Die obigen Werthgegenstände fammt dem zweiten in der Cabine gewesenen Badegafte verfcmunben feien. Die Betlagte wiberfprach ein Berfculden und bemertte, baf bas Berhaltnif blos als Miethe, und bie in bas Raftchen hinterlegten Sachen nicht als jur Obsorge in die Bermahrung ber Anstalt übergeben anzusehen seien; daß bie §§. 964, 966 und 970 a. b. B. B. bier nicht anwentbar und eine blos symbolische ober ftillichmeigente Uebergabe, intem eine physische Uebergabe mohl möglich war, nicht genügend fei; bag burch bie Empfangnahme bes Schluffels noch feine Saftung von ter Auftalt für Sachen übernommen werbe, bie gar nicht gefehen werben; bag bie in ben Cabinen angeheftete Runtmachung blos eine Barnung por freiem Liegenlaffen ber Berth-

fachen und tas Anerbieten fei, bem Babegafte eine Berlegenheit megen bes Schluffels zu ersparen; bag in ber Bleichartigfeit ber Schluffel tein Berichulben liege und nicht bewiesen fei, bag eben baburch ber Schabe entstanden fei, indem bie Aufsberrung bes Raftchens auch mit einem anderen Berfzeuge als bem Schluffel bes zweiten Babegaftes bewirkt worden sein könne, und daß überhaupt bas hineinlegen ber verfciebenen Werthfachen mit nichts bargethan ift. - Das Gericht erfter Inftang hat bas Begehren abgewiesen, weil ein Bermahrungevertrag nicht vorliege und auch ber Beweis fehle, bag gerabe baraus, bag ber ameite Babegaft mit bem Schluffel zu feinem Raftchen auch jenes bes Rlagers auf- und zusperren fonnte, ber Chabe bes Rlagers entftanben fei, und es auch nicht als ein Berfdulben ber betlagten Gefellichaft angesehen werben tonne, bag fie nicht jebes Raftchen mit einem ohne ein ungewöhnliches hilfemittel nicht aufsperrbaren Schloffe verfah ober bie Raftchen britten Personen gang unzugänglich machte; weil also nicht bargethan fei, bag ber Schabe burch bie Urt bes Berfcbluffes ent= ftanb und bie Bflicht bes Scharenerfages nur baburch bebingt fei, bag ber Schabe aus bem Berichulben ber Beflagten entiprungen fei, welches jedoch hier nicht vorliege. — Das D. L. G. hat den Ersas von bem Beweise burch ben gurudgeschobenen Saupteid über Die Binterlegung und Beriperrung ber Effecten und Uebergabe bes Schluffels an ben Diener, bann vom Schatungseibe abbangig gemacht, inbem ein Bermahrungevertrag und Berfchulden angenommen und hervorgehoben murbe, bag in Folge ber obigen Rundmachung amischen bem Babegafte und ber Babeanstalt ein Bermahrungspertrag, und amar nicht nur bezüglich bes Schluffels, fonbern auch bezüglich ber mit bemselben verschloffenen Sachen zu Stande tomme (957 a. b. B.), und zwar letteres beshalb, weil es als allgemein verftanblich angenommen werben muffe, bag Jeber, ber ben Schluffel eines verschloffenen Raumes einem anderen jur Bermahrung übergibt, hieburch auch bie verschloffenen Sachen felbst zur Obsorge übergeben will und weil auch bei Bermahrungevertragen, mit Rudficht auf (§. 966 a. b. G. B. eine symbolische Uebergabe gestattet fei; daß baber bie bellagte Besellschaft nach &. 964 a. b. G. B. und nach ber unverkennbaren Analogie bes S. 970 a. b. B. B. für jeden burch Bernachläffigung ber pflichtmäßigen Obforge bem Babegafte zugegangenen Schaben haftet; bag eine folche Bernachläffigung barin ertannt werben muffe, baf bie beiben in einer Cabine befindlichen Raftden mit bemfelben Schluffel geöffnet werben konnen, da die Anstalt dafür Sorge ju tragen hat, bag ber Babegaft, wenn er ber Aufforberung nachtommt. mit voller Beruhigung feine Sachen im Raftchen gurudlaffen tonne, und fonft ber 3med, ju welchem bie Rafichen bestimmt find, gang vereitelt wird, und wenn auch bie Babeanftalt nicht verpflichtet ift, für jeben Babegaft feuer- und einbruchfichere Caffetten mit finnreich conftruirten Schluffeln zu bestellen, boch mobl foviel geforbert werben tann, daß die beiben Rasten einer und berfelben Cabine nicht mit bem gleichen Schlosse versehen seien; daß baber auf ben obigen haupt- und Schätzungseid erkannt werben mußte.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas Urtheil bes D. L. G.

aus beffen Grunden.

### Mr. 2927.

# Verführung zu außerehelichem Beischlaf?

Entsch. v. 21. Nov. 1867, Nr. 9876 (Best. des das Urth. des A. G. Andolphswerth v. 19. Juni 1866, Nr. 168, aband. Urth. des D. L. G. Graz v. 15. Mai 1867, Nr. 4546). G. Z. 1868, Nr. 60.

Die A klagte wider B auf Anerkennung der Baterschaft, Alimentation und Ersat der Entbindungs-, Wochenbetts- und Krankheitskosten. — Das Gericht er ster Instanz erkannte bedingt nach dem Begehren. — Das D. L. G. hat das Begehren hinsichtlich der Entbindungs-, Wochenbetts- und Krankheitskosten unbedingt abgewiesen, weil
nach S. 1328 a. b. G. B. nur Derjenige, welcher eine Weibsperson
versührt, die Kosten der Entbindung und des Wochenbettes zu bezahlen habe, und nach den obwaltenden Umständen sich keineswegs
annehmen lasse, daß der Beklagte die Klägerin zum Beischlaf verführt, d. h. durch Bersprechungen und Vorspiegelungen verleitet habe.

Der oberste Gerichtshof bestätigte bas obergerichtliche Urtheil, weil die Rlägerin selbst ben Umstand angegeben hat, daß sie am Abende ber vom Beklagten angeblich mit ihr gepflogenen sleischlichen Beiwohnung, nach dem Abgehen der übrigen Gäste und nach der Entfernung der Kellnerin mit ihm eigenwillig allein im Gastzimmer verblieben war, und weil sie die vom Beklagten vorgebrachte Einwendung, daß sie schon früher ein uneheliches Kind geboren, stillschweigend anserkannt hat, daher unter solchen Berhältnissen von einer Berführung der Klägerin im Sinne des §. 1328 a. b. G. B. und von einer davon abgeseiteten Zahlungsverpslichtung des Beklagten keine Rede sein kann.

#### Mr. 2928.

Außergerichtliches Geständniß: Erklärung vor der Nachlaß= abhandlungsbehörde.

Entich. v. 21. Nov. 1867, Rr. 9396 (Beft. bes das Urth. bes B. G. Laibach v. 5. Juli 1867, Nr. 10188, aband. Urth. des O. L. G. Graz v. 28. Angust 1867, Nr. 9297). G. H. 1868, Nr. 50.

A, Uebernehmerin ber Berlaffenschaft bes M, belangte bie B als Uebernehmerin ber Berlaffenschaft bes N auf Zahlung bes aus

bem Beichafteverfehre ber beiben Erblaffer für ben M verbliebenen Guthabens von 150 fl. Bum Beweise ber Forberung murbe von ber A 1. bas gerichtliche Protofoll ber N'ichen Berlagabhanblung producirt, worin die Erflarung ber B, daß fie ber A bie 150 fl. foulbig fei, enthalten ift, und 2. berfelben ber Saupteib barüber aufgetragen, baß fie in einem Gefprach mit ber Rlagerin eingestand, ibr einen Rechnungsfalbo von 150 fl. schuldig zu sein und beffen Rablung versprach. Die erfte Inftang erblidte in bem Beleg ad 1 ben vollen Beweis ber Rlagforberung und verurtheilte bie B ohne Beiteres gur Bahlung, weil das durch das Abhandlungsprototoll als öffentliche Urtunde außer Zweifel gestellte Geständnig ber B von ihr auf Befragen bes Abhandlungerichtere abgelegt murbe, welcher besfalls ein Intereffe hatte, bie Bahrheit ju erfahren, ba er ben Schulbeuftand ber Berlaffenschaft tennen mußte, um bie reine Berlaffenschaft au entgiffern, mithin bas Bestandnig ber B alle gefestichen Erforberniffe eines außergerichtlichen (g. 110 a. G. D.) an fich bat. Das D. L. G. begnugte fich nicht bamit, weil nur bas über Thatfachen, nicht aber bas über ein Schuloverhältnig abgelegte Beftandnig beweistraftig fei und ertannte auf ben vorbin ad 2 angeführten Saupteib.

In Uebereinstimmung mit ber Ansicht bes D. L. G. bestätigte

ber oberfte Gerichtshof bas Urtheil ber zweiten Inftang.

## Mr. 2929.

Faffung bes Haupteides über den Erbschaftsantritt ber be-

Entig. v. 26. Rov. 1867, Nr. 7586 (Best. des das Urth. des B. G. Novigno v. 9. Februar 1867, Nr. 60, aband. Urth. des O. L. G. Ericst v. 9. Mai 1867, Nr. 1401). Gaze. d. Trib. 1868, Nr. 13. G. Z. 1868, Nr. 15.

A, Gläubiger des verstorbenen M, belangte die sechs Kinder und die Witwe des Berstorbenen auf Zahlung seiner Forderung, und trug ihnen, da sie den Erbschaftsantritt leugneten, den rückschäebbaren Haupteid darüber auf, "daß die Erbschaft des M mit Eingabe vom 1. December 1855 von den sechs belangten Kindern zu gleichen Theilen angetreten worden sei, und daß mit derselben Eingabe die Witwe des M den Rutgenuß des sechsten Theiles der Erbschaft auf Grund der gesetzlichen Nachfolge angenommen habe". Auf diesen Eid erkannte die erste Instanz und verurtheilte die Beklagten bedingt zur Zahlung, wogegen das D. L. G. mit Beseitigung des Eides die Klage unbedingt abwies.

Der oberfte Gerichtehof bestätigte bas Urtheil ber zweiten Inftang. Grunde: Benn auch fur ben Gintritt ber in ben §§. 801 und 802 a. b. G. B. bezeichneten Folgen ber Erbserklärung bie Annahme berselten von Seite des Richters nicht als nothwendig angesehen und durch ben vom Kläger aufgetragenen Haupteid die Thatsache der von den Beklagten vor dem zuständigen Abhandlungsgerichte abgegebenen Erbserklärung zur Berlassenschaft des M erweislich sein würde, so wäre damit noch immer nicht bewiesen, daß die Beklagten den Berstorbenen vorstellen, weil aus ihrer angeblichen Erbserklärung snach der Fassung des Haupteides) nicht zu entnehmen ist, ob diesselbe mit den Erfordernissen der §§. 799 und 800 a. b. G. B. versehen war, ohne welche sie nach §. 122 des Gesetzes v. 9. August 1854 vom Richter hatte zurückgewiesen werden müssen.

## Mr. 2930.

Berbot: Unzulässigkeit bes Nachweises ber Forberung burch Zengen. Bescheinigung ber Gefahr.

Entig. v. 26. Nov. 1867, Nr. 10466 (Best. des das Decr. des B. G. Cilli v. 3. Sept. 1867, Nr. 8977, abänd. Decr. des O. L. G. Graz v. 24. Sept. 1867, Nr. 10981). G. Z. 1868, Nr. 30.

A hatte ben B auf Zahlung eines Kausschliungs belangt, und bie in Folge Beiurtheils vernommenen zwei Zeugen hatten die Anerkennung der Forderung des A durch B bestätigt. Nun bat A um Berbot auf eine dem B bei einem Dritten zustehende Forderung, weil B nicht in der Provinz wohnhaft sei und außer dieser Forderung kein Bermögen besitze, welches Berbot in erster Instanz ohne Weiteres bewilligt wurde, in zweiter jedoch nur gegen Caution, in der Erwägung, daß der Berbotswerber keine seine fragliche Forderung ausweisenden Urkunden beigebracht hat, indem Zeugenverhöre, worüber erst das Enderkenntniß erfolgt, selbstverständlich als solche nicht anzusehen sind, demnach eine bedingungslose Bewilligung gesetzlich nicht gerechtsertigt werden kann.

Der oberste Gerichtshof bestätigte biese Entscheibung, ba bas Geset im §. 284 a. G. D. zur Bewilligung bes Berbotes bie Beibringung von Urkunden sorbert, welche die Forderung vollständig beweisen, dieser Borschrift des Gesetes durch die vorgelegten Zeugenaussagen nicht entsprochen, übrigens aber auch der Bedingung des §. 283 a. G. D. durch die bloße Angabe, daß der Schuldner kein zur Berichtigung der eingeklagten Forderung hinlängliches Bermögen bestie, mit Rücksicht auf das Hospeck. v. 15. Jänner 1789, J. G. S.

Mr. 954, nicht genügt ift.

## Mr. 2931.

Berantwortlichkeit bes Richters für gesetwidrige Entscheidungen, welche der Betheiligte nicht angesochten bat?

Entich. v. 26. Nov. 1867, Nr. 10568 (Aufheb. bes Decr. bes D. L. G. Zara v. 26. Sept. 1867, Nr. 3987). G. Z. 1868, Nr. 15.

In einem summarisch verhandelten Rechtsstreit trug der Rläger dem Beklagten einen reseriblen Haupteid auf; der Delat unterließ, sich zu erklären, ob er den Eid annehme oder zurücksiebe. Anstatt nach §. 36 des Gesetze über den summarischen Civilproceß nur auf den Eid des Delaten zu erkennen, behandelte das Gericht erster Instanz in seinem Urtheil den Eid als rücksiebbar. Auf die Appellation des Beklagten wurde vom D. L. G. das klägerischerseits nicht angesochtene Urtheil mit Berufung auf den citirten §. 36 ausgehoben, dem Gericht erster Instanz die Fällung eines neuen Erkenntnisses ausgetragen und nach §. 345 westgal. G. D. der Ersat der den Parteien durch die Berzögerung verursachten Schäden und Unkosten auferlegt.

Begen biefen letten Buntt recurrirte bas Bericht erfter Instanz an den oberften Gerichtshof, welcher die Berfällung besselben jum Schaden= und Roftenersat in ber Erwägung beseitigte, bag burch Die irrige Anwendung des Gesetzes an sich noch nicht jenes offenbare Berichulben begrundet wird, welches im §. 345 weftgal. G. D. vorausgesett ift, um bem Richter ben Schaben= und Roftenersat auftragen ju muffen; bag nach S. 3 ber faif. Berordn. b. 12. Marg 1859, R. S. Bl. Nr. 46, ber Richter für Entscheidungen in Barteisachen, in welchen die Beschädigten durch Rechtsmittel den erlittenen Nachtheil selbst hatten abwenden oder deffen Gutmachung bewirken können, nicht verantwortlich ist; daß ber vom D. L. G. angeführte Rullitätegrund in ber erftgerichtlich bem Beflagten eingeräumten Befugniß zur Burudichiebung bes ihm aufgetragenen haupteibes besteht, ber Rläger aber in ber Lage mar, burch Ergreifung ber Appellation ben Gegner biefer Befugniß zu entkleiden, mithin, ba er es bei bem erstgerichtlichen Erkenntniffe bewenben ließ, ber Richter bafur nicht gur Berantwortung gezogen werben burfte.

## Mr. 2932.

Movation einer Liedlohnsforderung: Einfluß auf die Competenz. Entsch. v. 26. Nov. 1867, Rr. 10006 (Ausheb. des Decr. des D. L. G. Junsbrud v. 1. August 1867, Rr. 2235). G. Z. 1868, Rr. 16. G. H. 1868, S. 91.

A belangte seinen vormaligen Dienstherrn B auf Zahlung von 40 fl. Aus der Streitverhandlung ergab fich, bag ber Bellagte,

welcher ben Kläger für 51/g Monate als Dienstboten aufgenommen batte, nach Berlauf von 40 Tagen feit bem Gintritt bes A bemfelben ben Antrag machte, einen Gulben für jeben Tag ber abgelaufenen Dienft= zeit zu gablen, wenn er bereit mare, fofort aus bem Dienfte gu treten und bag ber Rlager Tags barauf ohne Beiteres bas Saus feines Dienstgebers verließ. Diefer Sachverhalt liegt bem Rlag= anspruch bes A jum Grunde. Das Gericht erfter Inftang ertannte nach bem Rlagbegehren unter ber Bebingung, bag ber Rlager mit bem Erfüllungseid beschwöre, vom Beflagten nach 40 Tagen mit bem Berfprechen ber Zahlung von 1 fl. per Tag für bie in feinem Dienft zugebrachte Zeit verabschiebet worden zu sein. Auf die Appellation bes Beklagten murbe vom D. L. G. mit Berufung auf Die proviforifche Dienstbotenordnung für Tirol und Borarlberg, vom 14. März 1857 (Landesregierungeblatt für Tirol und Borarlberg II. Abthei= lung, Rr. 6), §. 41, wonach "Streitigkeiten zwischen Dienstgebern und Dienstboten, welche aus bem Dienstverhaltniffe ober bem Lobnvertrage bergeleitet und mabrend bes Beftanbes bes Dienftverhaltniffes ober wenigstens vor Ablauf von 30 Tagen, feit bas Dienst= verhaltnig aufgebort bat, angebracht werben, von ber politifchen Beborbe ju verhandeln und ju enticheiden find, und nur Streitigfeiten, bie nach Berlauf biefer Frift erhoben merben, gur orbentlichen Amtebandlung ber Gerichtsbeborben geboren", - bie bereits am 22. Tage nach bem Dienstaustritt bes A angebrachte Rlage unter Aufhebung bes erftgerichtlichen Urtheils und bes gangen Streitverfahrens ab- und ber Rlager angewiesen, seine Anspruche por ber auftandigen Gemeinbebehörde geltend zu machen.

In Erwägung jedoch, daß die von A begehrten 40 fl. nicht eine reine Liedlohnsforderung, sondern die Gelbsumme darstellen, welche der Beklagte angeblich opfern wollte, um sich sofort des Klägers als Dienstdoten zu entledigen, daß demnach die angebrachte Klage sich nicht auf einen Lohnvertrag gründet und folglich auch nicht der Norm des §. 41 der citirten Dienstdotenordnung zu unterstellen ist, sondern zur Competenz der Gerichtsbehörde gehört — hat der oberste Gerichtshof auf den Recurs des Klägers — in Uebereinstimmung mit der über die Competenzfrage eingeholten Ansicht des Ministeriums des Innern — den obergerichtlichen Erlaß aufgehoben und der zweiten Instanz die meritorische Procesentscheidung aufgetragen.

#### Mr. 2933.

Erfat bes burch eine Sequestration zugefügten Schabens.

Enisch, v. 27. Nov. 1867, Rr. 9701 (Aband. der Urth. des B. G. Ausstein v. 25. März 1867, Rr. 72 und des D. L. G. Junsbrud v. 4. Juli 1867, Rr. 1636). G. Z. 1868, Rr. 29.

B hatte wider A eine Rlage angebracht, weil berfelbe ibn burch Eingriffe in einen von ihm factisch benütten Steinbruch in feinem Besite gestört batte, babei obgestegt und, weil A fortfubr. baselbst Steine zu brechen und fich zuzueignen, auch bie Sequestration bes Steinbruches und ber noch vorhandenen Steine erwirft. Bugleich hatte er mit Rlage bie Anerkennung feines ausschließlichen Rechtes bes Steinbrechens begehrt, womit er zwar in erfter und zweiter Instang obsiegte, jeboch in britter Instang sachfällig murbe. Nun belangte A ben B auf Erfat bes Schabens, welcher ibm burch bie Sequestration, die fich jest als nicht im Rechte begrundet barftelle, zugefügt wurde, und bes entgangenen Gewinnes. - Die erfte Instanz erkannte auf mehrere Beweise zur Ermittelung bes Schabens. — Das D. 2. G. verurtheilte ben B ohne Beiteres jum Schabenerfas. Grunde: Die Sequestration murbe nicht im Sinne bes §. 387 wefigal. (§. 292 a.) G. D., wegen ftreitigen factischen Befites, ber ja im Befitftorungeverfahren bereits bem B jugefprochen mar, fonbern im Ginne bes §. 388 weftgal. (§. 293 a.) G. D. bewilligt, indem B bamale mit Rlage bae ju jener Beit von bem beutigen Rläger befeffene Steinbruchsrecht felbst in Anspruch nahm. Während Die Sequestration aus bem §. 387 gegen ben unterlegenen Sequestrationewerber feinen Anspruch auf Schabenerfat begrunbet, weil, fo lang ber Befit, ber baburch momentan beiden Theilen entzogen wird, ftreitig ift, auch tein Theil auf bie aus bem ruhigen Befit allein entspringenden Bortheile Anspruch bat, wird durch die Sequeftration nach &. 388 Derjenige, ber im Befite ber fequeftrirten Sache fich befand und - nach bem Ausspruche bes fpater erfochtenen Ertenntniffes - baran wirklich Eigenthumsrecht bat, bes Benuffes berfelben mabrend ber Dauer biefer Dagregel beraubt. In biefem Sinne fpricht auch bas Gefet im gebachten Paragraph felbft bas Recht bes Geklagten jum Schabenersape, im Falle als ber Sequeftrationswerber in ber Hauptsache unterliegt, aus und es tann ber S. 1305 a. b. G. B., welcher anordnet, bag Derjenige, ber innerhalb ber gefetlichen Schranten von feinem Rechte Gebrauch macht, ben für einen anderen baraus entspringenben Rachtheil nicht zu verantworten habe, nicht für bie entgegengesette Anficht geltend gemacht werben, welche nur bei einem Bericulben bes Sequestrationsmerbers. b. b. beim Bewußtsein bes Unrechts feiner Anspruche im Momente, als er bie Sequestration anjuchte, bas Schabenersatrecht jugesteben wollte. Denn ber burch bas rechtsfraftige Urtheil begrundete Rechts-

fpruch wirft nach allgemeinen und im burgerlichen Gefethuche an vielen Stellen, j. B. SS. 338, 824, 1334 ac. ausbrudlich anerfannten Grundfagen auf ben Zeitpunkt bes begonnenen Rechtsftreites in ber Art gurud, bag bas mit Urtheil ab- ober augesprochene Recht bereits jur Beit ber Rlaganstellung bestand ober nicht bestand und ber fpater unterliegende Rlager fich nicht in ben rechtlichen Schranten bewegte, wenn er, obgleich noch im Stadium bes ftreitigen Rechtes, burch eine Sequestration ben fpater als rechtlich ertannten Befit bes Gegners unterbrach. War aber bie Sanblung eine widerrechtliche und willfürliche, wie bei bem auf Bewilligung ber Sequestration gerichteten ausbrudlichen Begehren nicht gezweifelt werden fann, fo folgt icon, abgesehen vom g. 388 weftgal. G. D., die Schabenersapflicht aus den §g. 1294 und 1306 a. b. G. B.; und die Frage, ob bei Anstellung ber ber Sequestration ju Grunde liegenden Rlage ber bezügliche Rlager feines Unrechtes fich bewuft mar ober nicht, ift nur für ben Umfang ber Schabenerfappflicht, ob blos Schabloshaltung ober Genugthuung, je nach bem Umfange bes dolus ober ber culpa geleiftet werben muß, entscheibenb. Die Ersappflicht bes B mar baber auf ben wirklichen Schaben zu beschränten, ba bem Geklagten, zu beffen Bunften im Sauptstreite bas erft- und zweitrichterliche Urtheil erfloß, sicher tein, wenn auch noch fo geringer Grad bee dolus gur Laft gelegt werben fann.

Auf die a. o. Revisionsbeschwerbe bes B wies ber oberfte Berichtshof bas Rlagbegehren gang gurud aus folgenden Grunden: Dem B ift awar im summarifchen Befithtorungeftreite ber factifche Befit bes Steinbruches zuerfannt worben; aber er mar, insoweit es fich um bas Recht felbft ober um ein ftarferes Recht jum Befit bes Steinbruches handelte, genothigt, im orbentlichen Brocegwege aufzutreten, mas er that. Das Recht felbft jum Befit bes Steinbruches war baber zwischen ben Parteien ftreitig. Durch bas eigenmächtige Bebahren bes Rlagers mit ben Steinen mabrend bes Befipftorungsproceffes und burch die Befeitigung von Steinen trop ber Androhung von Zwangsmaßregeln fab B fich veranlagt, bie Sequestration bes Steinbruches und ber icon gebrochenen Steine zu begehren, Die ibm auch nach §g. 387 und 388 westaal. G. D. bewilligt murbe. Nach beffen Abweisung im ermabnten petitorifden Rechtsftreit erhebt nun ber Rlager Anspruche auf Schabenerfat, bie rechtlich nicht begrundet sind, es mag die Sequestration nach &. 387 ober nach &. 388 westgal. B. D. verhängt worden fein. Rach &. 387 ift vom Schabenersat = anspruch gegen ben im Proceg unterliegenben Sequestranten überhaupt nicht die Rebe und mas ben S. 388 anbetrifft, fo fann ber Beklagte jum Erfat bes entgangenen Gewinnes beswegen nicht verurtbeilt werben, weil ibm boswillige Brocefführung gegen ben Rlager im Ginne bes g. 1324 a. b. G. B. nicht gur Laft fallt, ba ibm bie gleichförmigen Entscheidungen ber erften und zweiten Inftang gur

Seite stehen und die Sequestration ihm von beiden Untergerichten bewilligt wurde, und weil andererseits, wenn etwa der Sequester seine Pflichten nach §. 392 westgal. G. D. irgendwie vernachlässigt hat, dem Beklagten bessalls kein Verschulden zur Last gelegt werden und deshalb dem Kläger ein Schadenersatzanspruch um so minder zustehen kann, als derselbe nach §§. 392 und 393 westg. G. D. auf die Verwaltung des Sequesters Einfluß zu nehmen berechtigt war.

## Mr. 2934.

Wiedereinsetzung wegen Verschuldens des Vertreters: Unterlassung der Heranziehung eines Vertretungsleisters.

Entich. v. 27. Nov. 1867, Nr. 9958 (Best. bes bas Decr. bes H. G. Wien v. 14. Juni 1867, Nr. 159490, aband. Decr. bes D. L. G. Wien v. 14. Aug. 1867, Nr. 12473). G. H. 1868, S. 74.

In dem Proceg ber Firma A wider bas Speditionshaus B wegen Erfat bes Werthes von Frachtgutern murbe auf ben bem beflagten Saus aufgetragenen und von einem offenen Befellichafter besfelben negativ abzuschwörenben Saupteib erfannt, bag bie Frachtguter bem C zur Spedition an die Firma A übergeben worben feien. Begen biefes Urtheil begehrte nun bas bellagte haus wegen mangel= hafter Bertretung burch feinen Abvocaten die Restitution zu bem Ende, damit die Ableiftung bes sententionirten Baupteides burch ben C geftattet werbe, welcher von bem beklagten Saus - erft in feiner Beweiseinrebe - als Bertretungsleister im Broceg angezeigt worben mar. - Die erfte Inftang verweigerte bie Restitution vornehmlich aus bem Grunde, weil ber Rechtsfreund bes Saufes B, indem er fich an bie besfalls mangelhafte Information feines Clienten hielt, feinen Unlag zu weiterer Nachforschung haben konnte, ob C bie Frachtaliter empfangen habe und baber ben verspäteten Eintritt bes C als Bertretungsleifter bes Beklagten nicht verschuldet hat. - Das D. L. G. bewilligte bie Restitution.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung der zweiten Instanz, weil bei der im Absat 2 des Patentes vom 1. Juli 1790, 3. G. S. Nr. 31, dem Richter eingeräumten freien Beurtheilung des Grundes oder Ungrundes der von der Partei wegen Benehmens ihres Rechtsfreundes begehrten Wiedereinsetzung nicht außer Betracht gelassen werden tann, daß die Erörterung und Feststellung der processentscheidenden Thatsachen und die Ausmittlung der zu Gebot stehenden Beweismittel nicht von der rechtsunkundigen Partei zu erwarten, sondern die Ausgabe ihres Rechtsfreundes ist, welcher somit sich nicht auf ihre Insormation beschränken darf, vielmehr selbst die Sache nach jenen Richtungen zu untersuchen und die Insormationsaufnahme dar-

nach einzurichten hat, weshalb im vorliegenden Falle es weniger bem Bericulben bes Speditionshaufes B als einem Berfaumnig feines Abvocaten beizumeffen ift, daß bezüglich bes wesentlichen Umftanbes, ob die in Berluft gerathenen Frachtguter bem C übergeben murben, von der Bertretungeleistung burch ten Letteren nicht zur gehörigen Beit und am gehörigen Orte Gebrauch gemacht murbe; weil ferner nicht außer Betracht gelaffen werben fann, bag, wenn auch bie flagenbe Firma A nicht mehr in der Lage war, im Proces über die von B erft in ber Beweiseinrebe angebrachte Bertretungsleiftung bes C fich ju äußern und andere Beweismittel für ihre Rlaganführung vorzubringen, andererseits bie Bulaffung bes C zur Abschwörung bes fententionirten Saupteides fie nicht hindert, von bem im §. 231 a. S. D. und im Hofterr. v. 30. October 1788, 3. S. S. Nr. 911, bezeichneten Rechtsmittel Gebrauch zu machen, falls fie, um ber Gidesleiftung burch C zu begegnen, Beweismittel für bas Begentheil beffen, mas C beschwören foll, beigubringen vermag.

## Mr. 2935.

Unzuläffigkeit bes Anfpruches auf Schmerzengeld bei Mißhand= lungen, die keine Berletung bewirkten.

Entich. v. 27. Nov. 1867, Mr. 10367 (Best. bes das Urth. bes B. G. Arnuica v. 9. März 1866, Mr. 3218, aband. Urth. des C. L. G. Kratan v. 31. Oct. 1866, Mr. 16904). G. Z. 1868, Mr. 50.

Die A wurde von B thätlich mißhandelt. Diese Mighandlung hatte jedoch keine Berletzung am Körper zur Folge, und wurde baher B vom Strafgericht nicht der Uebertretung gegen die körperliche Sicherbeit, sondern nur der Uebertretung gegen die Sicherheit der Ehre nach §. 496 St. G. schuldig erkannt. — Nichtsdeskoweniger klagte die A wider B auf Zahlung eines Schwerzengeldes. — Das Gericht erster Instanz hat gegen den Schätzungseid der A dem Begehren stattgegeben, welches in zweiter Instanz unbedingt abgewiesen wurde.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das obergerichtliche Urtheil aus solgenden Gründen: Der §. 1325 a. b. G. B. sett eine solche Beschädigung voraus, wodurch eine Berletzung am Körper erfolgt ist und wo zugleich Rosten aus Anlaß der heilung erwachsen sind, was nothwendigerweise voraussetz, daß die Berletzung eine den Gesundbeitszustand benachtheiligende sein müsse, in welchem Falle der Ersat der heilungskosten, dann des entgangenen Berdienstes, endlich ein den Umständen angemessenes Schmerzengeld gefordert werden kann. hieraus ergibt es sich, daß das Schmerzengeld nicht anlästlich jeder geringsfügigen Gewaltanwendung gegen eine Person gesordert werden kann.

Nachdem nun gemäß des Strafurtheils die Uebertretung nach §. 496 St. G. als bestehend angenommen und der Beklagte berselben für schnldig gehalten und wider ihn blos die Strafe des 24stündigen Arrestes verhängt worden ist; nachdem hiernach die Mißhandlung, welche Beklagter zugesteht, nur eine geringfügige gewesen ist, welche nicht einwal Merkmale zurückgelassen haben konnte, da die Berurtheilung sonst nach einem anderen Paragraph des St. G. B. hätte Platzgreisen müssen; nachdem endlich durchaus keine Umstände geboten sind, aus welchen sich der Grad der von der Klägerin erlittenen Schmerzen ermessen ließe, so ist von dem D. L. G. ganz gegründet ihre Abweisung mit dem angesprochenen Schmerzengelde erfolgt.

## Nr. 2936.

Einfluß der Verpachtung der ganzen Sache auf eine frühere Verpachtung eines Theiles berfelben.

Entsch. v. 27. Nov. 1867, Nr. 10746 (Ansheb. der Urth. des B. G. Wieben in Wien v. 19. Oct. 1867, Nr. 21994 und des O. L. G. Wien v. 6. Nov. 1867, Nr. 20306). G. H. 1868, S. 242.

C hatte in feinem Saufe bie Birthebauslocalitäten bem B und barauf bas gange haus bem A verpachtet, welcher nun bem B ben mit C gefchloffenen Bestanbvertrag auffundigte. Gegen bie Runbigung erhob B die Einwendung, daß C unter ber - bisber erfüllten -Bedingung ber punttlichen Binszahlung versprochen habe, ihm niemals zu fündigen. — Das Gericht erfter Inftang erhielt die Ründigung aufrecht. Grunbe: Durch die Berpachtung bes gangen Saufes an A bat biefer bas volle Gebraucherecht baran, mithin auch bas Recht erworben, ben im Saufe befindlichen Barteien in ber gefetlichen Frift aufzufündigen. Als Bachter bes gangen Saufes ericheint A, mas Diefes fein Gebraucherecht anbetrifft, ale neuer Befiger und beshalb fommt der g. 1120 a. b. G. B. per analogiam hier zur Anwendung, fo bag B bas ihm gegen C zustehenbe Bachterrecht, ba es in bem Grundbuch nicht eingetragen ift, bem A gegenüber nicht geltenb machen tann. - Das D. E. G. erfannte auf ben Ruderlag ber Auffunbigung megen mangelnder Legitimation bes A zur Ründigung, weil nach §. 1120 a. b. B. B einem neuen Besiter ber Bestanbfache nur bann gu weichen batte, wenn biefelbe ibm nicht nur veräußert, fonbern auch übergeben worden ift, von A jedoch die an ihn geschehene Uebergabe bes Saufes nicht einmal behauptet murbe.

Auf die Revisionsbeschwerde des A, worin er unter Anderem gegen die obergerichtliche Begrundung vorbrachte, daß B im Proces ben Mangel des Auffündigungsrechtes gar nicht eingewendet habe, wurde vom oberften Gerichtsbofe in Erwägung, daß durch die Berpachtung des ganzen C'schen Hauses auch das Kündigungsrecht an A übergegangen ist; daß aber C kein unbeschränkteres Kündigungsrecht, als ihm selbst zustand, auf A übertragen konnte, mit Aushebung der untergerichtlichen Urtheile die Ergänzung des (summarischen) Bersahrens durch Aufnahme des Zeugenbeweises über das angebliche Bersprechen des C, nicht zu kündigen, und sodann die Fällung eines neuen Urtheils angeordnet.

## Mr. 2937.

# Emancipatio Saxonica.

Entich. v. 3. Dec. 1867, Rr. 10595 (Best. der Decr. des B. G. Bödlabrud v. 20. Sept. 1867, Rr. 3981 und des D. L. G. Wien v. 22. Oct. 1867, Rr. 19487). G. H. 1868, S. 100.

3m Schlugartifel bes ichriftlichen Bertrages, mit welchem ber 21jabrige A unter Intervention feines Baters ein Baus faufte, erflarte ber Lettere, bag er bem minberjahrigen Sohne und Raufer bie Führung einer eigenen Saushaltung gestatte. Darauf begehrte A bie Intabulation feines Eigenthumes an bem Baus, welche aber von allen brei Instanzen wegen Mangels ber curatelgerichtlichen Bertragsgenehmigung verweigert murbe. In ben oberftgerichtlichen Motiven heißt es: Der Sinn ber Schlußbestimmung bes §. 174 a. b. B. B. ("wenn ber Bater . . . bie Guhrung einer eigenen Baushaltung gestattet") ift ber, bag Derjenige, welcher nach gurudgelegtem 20. Lebensjahre mit Gestattung feines Baters eine eigene Saushaltung führt, als felbständiger, von ber Leitung bes Baters unabhängiger Führer eines eigenen Bauswefens, auch ohne Intervention bes Berichtes und ohne ausbruckliche und besondere Emancipation für ausgetreten aus ber vaterlichen Gewalt und für befähigt zu betrachten ift, giltige Berpflichtungen ohne bie nach §. 152 a. b. G. B. außerdem erforberte Einwilligung bes Baters, refp. bes Berichtes ju übernehmen. Der Schlufartifel ber vorgelegten Urfunde enthält aber in seiner Befenbeit bie ausbrudliche Entlaffung bes A aus ber vaterlichen Gewalt jum Behufe ber unabhängigen enbgiltigen Abichliegung eines Raufvertrages über ein Baus, in welchem ber Sohn eine felbständige Birthichaft erft zu errichten und zu führen batte.

## 9dr. 2938.

Executivproceß: Beibringung ber Originalurkunde als Voraussetzung ber Sicherstellungsexecution.

Entich. v. 3. Dec. 1867, Nr. 10784 (Best. des Decr. des L. G. Wien vom 20. Sept. 1867, Nr. 41746, aband. Decr. des D. L. G. Wien v. 15. Oct. 1867, Nr. 18700). G. H. 1868, S. 188 und 208.

Bei ber auf die Klage bes A wider B pto. Zablung von 1692 fl. nach §. 298 a. G. D. und Hofbert. vom 7. Mai 1839, J. G. S. Nr. 358, abgehaltenen Tagfahrt begehrte A die Execution zur Sicherstellung, ohne das Original der sein Klagrecht begründenden Urkunde nach ausdrücklichem Berlangen des B produciren zu können. In erster Instanz wurde das Gesuch des A mit Bezugnahme auf die Rechtstraft des den Executivproces einleitenden Klagbescheides bewilligt, wogegen das D. L. G. den Kläger zur Zeit abwies, weil die Abschrift der Urkunde zwar zur Einleitung des Executivprocesses hinreichte, nicht aber zur Bewilligung der begehrten Execution genügt, wenn — wie hier — der Gegner auf die Vorlage der Urschrift dringt.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte tie obergerichtliche Berordnung aus beren Grunten.

## Nr. 2939.

Pfändung von Objecten, welche ber Käufer in tem Gewahrsam des Executen belassen bat.

Entich. v. 4. Dec. 1867, Nr. 9146 (Best. ber Urth. bes B. G. Bödlabrud v. 21. Februar 1867, Nr. 683 und bes D. L. G. Wien v. 27. August 1867, Nr. 13284). G. H. 1868, S. 71.

Die Rlage bes A wider B wegen Unwirksamkeit der dem Beklagten, als Gläubiger des C, bewilligten und vollzogenen executiven Pfändung von Mobilien gründete sich auf die Anführung des Klägers, die Mobilien vor der Executionssührung von C gekauft und demselben zur Benutzung in der Innehabung belassen zu haben. A wurde von beiden Untergerichten abgewiesen wegen des auf den Widerspruch des B von ihm nicht erbrachten Beweises des noch vor der Pfändung erworbenen Eigenthums.

Der oberste Gerichtshof bestätigte biese Entscheidungen mit Bezugnahme auf die untergerichtlichen Motive und in weiterer Erwägung, daß A, sowie er nach §. 367 a. b. G. B. in Betreff ber von B gepfändeten Fahrniß nicht die Eigenthumsklage erheben könnte, weil er sie dem Executen C anvertraut hat, auch nicht zur Klage auf Unwirksamkeit der daran vollzogenen Pfändung berechtigt ist, weil ter §. 456 a. b. G. B. diese Klage mit Beziehung auf den §. 367 aussichließt.

## Mr. 2940

Erwerb einer Hypothekarforderung im Vertrauen auf das öffentliche Buch

Entich. v. 4. Dec. 1867, Rr. 9302 (Best. ber Urth. bes B. G. Urfahr vom 15. April 1867, Rr. 2215 und bes O. L. G. Wien v. 28. August 1867, Rr. 12800). G. H. 1868, E. 116. (Rach ben Ucten ergänzt.)

Eine Satforderung bes C gegen B murbe im Erecutionsmege feilgeboten, von A erstanden, bemfelben eingeantwortet und beffen Intabulation vollzogen. hierauf belangte A ben B mit ber perfonlichen Rlage um Bablung ber Forderung. Der Beflagte wendete bagegen ein: 1. bie von ihm noch bem C geleiftete Bablung von 300 fl. auf Abichlag ber Schuld und 2. im Compensationswege eine Begen: forderung an C von 342 fl. aus Zahlungen, Die bem C oblagen und au beffen Stelle von B geleiftet wurden. Bon beiden Untergerichten wurde mit Abweisung ber vorgebrachten Einwendung bem Rlagbegehren vollständig fattgegeben. Dagegen ergriff B die a. o. Revisionebefdwerbe, welche vom oberften Berichtshofe aus folgenben Brunben verworfen murbe: Ad 1. Gine Gappost tann in ihrem vollen Betrag gegen ben Satglaubiger in Erecution gezogen, gerichtlich verfauft und erstanden werden, fo lang fich aus bem öffentlichen Buch nicht ergibt, bag biefelbe gang ober theilmeife cebirt, gang ober theilmeife in Folge geleisteter Bablung wirklich gelofcht worden ift. Der Beflagte mußte nun aber zugestehen und ift auch burch ben vom Rlager producirten Grundbuchsertract ausgewiesen, daß die feilgebotene und bon bem Letteren erstandene Forderung weber gang noch jum Theil gelöscht mar, ja bag bie bem Beflagten vom B. G. Urfahr ein Jahr por ber Feibietung bewilligte Branotation ber Lojdung eines Betrages von 300 fl. im Grundbuch nicht eingetragen worben ift, baber auch von bem Erfteber ber Forberung Diefe Branotation aus bem Grundbuche nicht entnommen werben tonnte. Wenn nun ber Beflagte erachtet, biefen Mangel badurch befeitigen ju tonnen, bag er fich auf ben Ministerialerlag v. 29. October 1852, R. G. Bl. Nr. 219, beruft, wonach die wortliche Eintragung ber Bescheide in das öffentliche Buch nicht nothwendig ift, und bag bem Ersteher obgelegen mare, ben bie Branotation bewilligenden Beicheid in ber Urfundensammlung einzufeben, fo findet feine Ausführung in bem citirten Befet felbft ibre Biberlegung, ba S. 1 beefelben erflart, bag bie Umftande, bie nach S. 4 ber (baburch erläuterten) faiferl, Berord, v. 16. März 1851, R. G. Bl. Dr. 67, jur Bollständigfeit bes Bescheibes gehören, in bas öffentliche Buch einzutragen find, zu biefen Umftanden aber bie, wenn auch nur bedingte Bewilligung einer Lofdung ficher gebort. Maggebend für Bebermann bleibt übrigens nur ber Stand bes öffentlichen Buches und Riemant ift verpflichtet, in ber Urfundensammlung nachzuforichen, ob aus ben bort aufbemahrten Beicheiben Rechte fich ergeben, Die im

Grundbuch nicht ericbienen. Auch ber Richter tonnte bei ber Fällung feines Urtheils nicht bie Branotation ber Lofdung annehmen, ba biefelbe aus bem ihm vorgelegten Grundbuchsertract fich nicht ergab. Wenn ber Beklagte überdies behauptete, daß bem Rlager die Theilgablung befannt gewesen sei, daß er somit die feilgebotene Forberung nicht in gutem Glauben erstanden habe, fo mar auf biefe Anführung fein Bedacht zu nehmen, weil fie ber Betlagte gegen ben Wiberfpruch bes Rlagers nicht bewiesen bat. Ad 2. Die Gegenforberung von 342 fl. tann ber Betlagte nur gegen C geltend machen und mit berfelben nur eine Forberung bes C compensiren; bie eingeklagte Forberung gebort aber bem Rlager A, welchem fie nach Erlag feines Deiftgebotes ausbrudlich laftenfrei eingeantwortet worben ift. Das Compensationsrecht bes Beflagten mar bei ber verfteigerten Sappoft amar pranotirt, allein biefe Bormertung tann nur bie Birfung haben, bag ber Betlagte feinen Anspruch auf ben Betrag, um welchen bie Saspoft veräugert worben ift, geltend machen tann; er tann aber nicht bie Bablung mittelft Compensation - aus einer Sache forbern, aus ber er eine Rablung zu beanspruchen überhaupt nicht mehr berechtigt ift.

### Nr. 2941.

Executivproces zur Einbringung einer zur Zeit ber Klage noch nicht fälligen Forberung.

Entich. v. 4. Dec. 1867, Rr. 10650 (Best. bes Decr. bes B. G. ber inneren Stadt Wien v. 23. Angust 1867, Rr. 25864, Aband. bes Decr. bes O. L. G. Bien v. 1. October 1867, Rr. 17871). G. H. 1868, S. 143.

In der Klage des A wider B pto. Zahlung von 420 fl., die B laut des vorgelegten Schuldscheines nach vorgängiger vierteljähriger Auffündigung versprochen hat, war das Begehren auf Zahlung binnen 3 Monaten und 14 Tagen gestellt, da die Klage selbst erst die bedungene Auffündigung enthielt, und wurde vom Kläger die Einleitung des Executionsprocesses nach §. 298 a. G. D. und Hösecr. v. 7. Mai 1839, J. G. S. Nr. 358, angesucht. Das Gericht erster Instanz verbeschied aber die Klage nach §. 16 a. G. D. wegen nicht eingetretener Fälligkeit der Forderung. Das D. L. G. gab dem Gesuch ves Klägers statt, weil bei dem Umstand, daß der in dem Betit bezeichnete Zahlungstermin der im Schuldschein bedungenen Kündigungsfrist entspricht, es eines weiteren Nachweises für die Fälligkeit der eingeklagten Forderung nicht bedarf.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte ben erstrichterlichen Bescheid, weil, wenn ber Fall zur Einleitung bes Executionsprocesses geeignet sein soll, bem Rläger eventuell die Execution zur Sicherstellung mußte bewilligt werben können, welche aber bei ber noch nicht eingetretenen

Fälligfeit ber Forberung nicht julaffig mare.

### Mr. 2942.

Bedingtes Rentenlegat: Sicherstellung besselben.

Entich. v. 10. Dec. 1867, Rr. 9316 (Best. des das Urth. der Brätur Bergine v. 26. Dec. 1866, Rr. 3295, aband. Urth. des O. L. G. Junsbrud vom 21. Mai 1867, Rr. 1443). G. Z. 1868, Rr. 21.

M sette seinen Sohn B zum Universalerben ein und bedachte seine minderjährige und taubstumme Nichte A mit einem Rentenlegate jährlicher 10 fl. für den Fall, daß sie B aus seinem Hause entsernen würde. Auf Grund dieser lettwilligen Berfügung belangte der Bertreter der Legatarin, welche fortan im Hause des Erben lebt, den Letteren auf Sicherstellung des Rentenlegates oder des der Rente

entsprechenben Capitalbetrages von 200 fl.

In Uebereinstimmung mit bem D. E. G. hat ber oberfte Gerichtshof bem in erster Inftang abgewiesenen Rlagbegehren in ber Ermägung ftattgegeben, bag bas von M feiner minderjährigen, taubflummen Richte A zugebachte Legat jährlicher 10 fl. auf ben Fall eingeschränkt ift, wenn fein Erbe fie aus bem Saufe entfernen wollte, bag biefe Einschränfung bei ber Ungewißheit, ob ber gefeste Fall eintreten werbe, nach &. 704 a. b. B. als eine Bedingung angufeben ift, von beren Eintritt bie Birtfamteit bes Legates abbangt, bag auch bedingte Rechte und Forberungen Gegenstand ber Sicherstellung find und barauf umsomehr hier Bedacht zu nehmen ift, wo es sich um bas Intereffe einer minberjährigen Berfon banbelt, beren Bermogen ficherzustellen nach &. 236 a. b. G. B. eine besondere Bflicht bes Bormundes ift, bag ber Fall, auf welchen bas Bermachtnig eingeschränft wurde, leicht eintreten fann und ber Legatarin im Laufe ber Beit burch Beranderungen in ber Berfon bes junachft verpflichteten Beflagten ober in feinem Bermogen bie Mittel gur Sicherstellung entgeben konnten, mithin bie Borficht gebietet, feine Beit biefur gu perfaumen.

## Mr. 2943.

Unzuläfsigkeit der Bewilligung der Mobiliarexecution ohne Beftimmung des Ortes, wo dieselbe zu vollziehen sei.

Entich. v. 10. Dec. 1867, Rr. 10988 (Beft. ber gleichförmigen Decr. bes H. Brag v. 16. Sept. 1867, Rr. 52492 und bes O. L. G. Prag vom 14. Oct. 1867, Rr. 29274). G. H. 1868, S. 327.

In bem Erecutionsgesuch bes A gegen seinen Schuldner B wurde angeführt, daß bem Gläubiger die Bollstredung der rechtsträftigen Wechselgahlungsauflage an dem Bermögen des B bisher beshalb unmöglich gewesen sei, weil der weder Immobilien noch in-

tabulirte Forberungen besitzende Schutoner fortmabrend in Geschäften umbermanbere und fein bewegliches Bermögen, barunter Beld in bebeutenber Summe, mit fich führe. Bei biefer Sachlage ftellte A bie Bitte, ihm die executive Bfanbung, Schätzung und Transferirung bes Mobiliarvermögens bes B mit bem Beifane zu bewilligen, bag biefe Execution auf jedesmaliges perfonliches Ginfchreiten bes Executions. führers beim Begirtegerichte bes jeweiligen Aufenthaltsortes bes B gu vollziehen fei. — Beibe Untergerichte haben bas Befuch als gerichtsordnungswidrig abgewiesen, worauf A ben Revisionsrecurs ergriff, worin er ben untergerichtlichen Abweisungsgrund, bag nämlich ber von ihm beantragte Mobus ber Erecution im Gefet nicht normirt ift, bamit befampfte, bag bie von ihm in obiger Beife begehrte Execution immer eine Mobiliarexecution bleibe und, wenn auch ber besondere Fall, in bem er fich befindet, nicht ausbrudlich normirt ift, boch die allgemeinen Grundfate gelten und es gestattet fein muffe, ben Schuldner, welcher ftete in ber Belt umbermanbert, burch bas Gericht bes Ortes, wo man ihn eben findet, jur Bahlung ju zwingen.

Der oberste Gerichtshof verwarf ben Recurs, weil nach ben SS. 69 und 10 3. N. die vom competenten Richter ertheilte Bewilligung des ersten Executionsgrades von einem anderen Gericht nur auf Ansuchen des ersteren in Bollzug geset werden kann und es daher unzulässig ist, dem Executionssührer zu überlaffen, durch sein persönliches Einschreiten die Bollziehung der Execution bei einem anderen Gerichte zu bewirfen.

# Nr. 2944.

Einflußlosigkeit des strafrichterlichen Erkenutnisses auf das zwischen britten Bersonen bestehende Rechtsverhältniß.

Entich. v. 12. Dec. 1867, Rr. 8911 (Beft. ber gleichförmigen Urth. bes L. G. Ling v. 27. Dec. 1866, Rr. 11875 und bes D. L. G. Wien v. 19. März 1867, Rr. 4001). G. H. 1868, S. 174.

Die A, durch Borspiegelungen der C getäuscht, gestattete derselben, ihren, ter A, Namen als Accept auf einen Wechsel zu setzen und verssprach — gegen die von der C gemachte Zusage der Zahlung des Wechselbetrages — daß sie weder die Schtheit der Unterschrift bei der Präsentation des Wechsels und der Protestlevirung bestreiten, noch gegen die Zahlungsaussage Sinwendungen erheben werde. Der nach dieser Abrede von der C mit der Unterschrift der A versehene Wechsel per 500 fl. sam in die Hand des B, der ihn zur Berkallszeit der A präsentirte, Mangels Zahlung protestiren ließ, sodann gegen die A und den Aussteller den Zahlungsbesehl und im Executionsweg die Sinantwortung eines intabulirten Zinsenbezugsrechtes der A erwirkte.

Nach diesen Ereignissen wurde die C in Eximinaluntersuchung gezogen und in dem Strasurtheil der Wechsel als von ihr gefälscht erklärt und deshalb die C des Berbrechens des Betruges für schuldig erkannt und zur Zahlung eines Entschädigungsbetrages von 500 fl. an die Erben des B als Sigenthümer des salschen Wechsels verfällt. Nun wurden die Erben des B von der A mit einer Klage belangt, worin sie um das Ersenntniß dat, daß das für die Berlassenschaft des B mit dem obigen executiven Einantwortungsbescheid erworbene Zinsensbezugsrecht in Folge des gegen die C gefällten Strasurtheils wieder ersoschen und die Beklagten schuldig seien, die die nun eincasseren

Intereffen per 507 fl. ber Rlagerin berauszugeben.

Die Rlage murbe in allen Instangen abgewiesen. Grunbe ber britten Inftang: Der Strafrichter ift berufen, über Rechteverhaltniffe, die zwischen bem Berurtheilten und anderen Personen in Folge bes Berbrechens eingetreten find, nicht aber über Rechtsverhaltniffe gwischen britten Bersonen zu sprechen. 3m vorliegenden Falle bat benn auch ber Strafrichter über bas Berbaltnig amifchen ber A und bem B, welche beibe von ber C getäuscht worden sind, weber birect noch inbirect einen Ausspruch gethan und wenn er erkannt bat, bag bie C ben Erben bes B wegen ber Kalidung bes Wechfels, ber bamals von ben Bersonen, gegen welche bie Zahlungsauflage und bie Execution erwirft wurden, noch nicht eingelöft ober fonft falbirt war, für 500 fl. erfappflichtig fei, fo folgt baraus nicht, bag bie besagten Erben bie Rechte aufzugeben baben, welche ihnen aus bem Berhalten ber A bei ber Prafentation bes Bechiels und gegenüber ber Bechielflage, bem Bahlungsbefehl und ber barauf eingeleiteten Execution erwachsen maren. Bur Oppositionsklage im Sinne bes Hofbecretes v. 22. Juni 1836, 3. G. G. Nr. 145, murbe bie A, nachbem fie burch biefes Berhalten bie Bahlungspflicht gegen bie Bechselinhaber selbstverftandlich auf fich gelaben hat, nur bann berechtigt fein, wenn fie barguthun vermöchte, bak bie Erben bes B in Folge bes Strafurtheils aus bem Bermogen bes C bereits befriedigt worden feien, was aber nicht ber Fall ift; und die Befriedigung berfelben aus bem Bermogen ber A hat nur ju Folge, daß fie jur Beit tein Executionsrecht mehr gegen bie verurtheilte C haben und bag die A ihren Regreß an der C zu nehmen hat, wozu ein besonderer Ausspruch bes Strafrichters nicht nöthig war.

# Nr. 2945.

Wohnungsrecht als Ausgebing; subjectiver Umfang desselben. Entsch. v. 12. Dec. 1867, Nr. 9917 (Best. des Urth. des B. E. Unterstralovic v. 14. Oct. 1866, Nr. 5974, Aband. des Urth. des O. A. E. Brag v. 29. April 1867, Nr. 8358). E. Z. 1868, Nr. 43.

Die A klagte wiber B auf Räumung ber Wohnung in ihrem Sause Rr. 17 in X. Der Beklagte vertheibigte sich bamit, baß

die C, welcher das Wohnungsrecht im befagten haus als Ausgeding zusteht, seine Frau geworden sei. Das Gericht exfter Instanz erkannte

nach bem Rlagbegehren, bas D. L. G. gegen basfelbe.

Der oberfte Berichtshof bestätigte bas Urtheil ber erften Instang aus folgenben Grunden: Beibe Theile find barin einig, bag nur für Die Gattin bes Beflagten, C, ein Wohnungerecht als Ausgeding auf ber Birthichaft Rr. 17 in X haftet. Diefes Bohnungerecht ift feiner Natur nach eine perfonliche Servitut, welche fich nur auf ben Bebarf bes Bebrauchsberechtigten erstredt und nicht ausgebehnt werben barf (§8. 484, 505 und 506 a. b. G. B.). Dag biefe Grundfase bes a. b. G. B. auf ein Wohnungsausgeding bei bauerlichen Realitäten feine Anwendung haben follen, ift in feinem Gefete ertlart worben. Es liegt aber dies auch nicht in der Absicht deffen, der für eine Bitme bem Grundbefiter beren Duldung in ihrer bieberigen Bobnung aufburbet, bag bem Grundbefiger hieburch auch bie Dulbung ihres allfälligen fünftigen Gatten ober vielleicht gar noch ihrer Rinder auferlegt werben wolle, indem ja für ben Fall einer Biederverebelichung ber Witme bie natürliche und im Gefete gegrundete Borquefepung besteht, bag fie bann in feine, nicht aber ber Gatte in ihre Bohnung giebe. Aus ber Bieberverehelichung ber Bitme C tann baber für ihren Batten (ben Beflagten) nicht gefolgert werben, bag auch er ein Wohnungerecht bei ber Wirthschaft Dr. 17 in X habe; der &. 506 a. b. G. B. steht einer folden Forderung geradezu entgegen, und in bem vorliegenden Falle ift zu einer folden Folgerung umfoweniger Grund vorbanden, als von ber Rlägerin behauptet und vom Beflagten gar nicht widersprochen wurde, daß letterer in X felbft eine Chaluppe besite, folglich fur ibn teine Nothwendigkeit besteben tann, gerade in Dr. 17 gu wohnen. Der Umftand, daß er fcon viele Jahre mit feiner bamaligen Gattin in bem Saufe Rr. 17 wohnt, entscheibet ju feinen Gunften nichts, weil feine Gattin früber Die Borwirthschaft auf bem Grund Dr. 17 führte und fonach aus Diefem Grunde bort mobnte; biefes Berbaltnig bat fic aber geanbert, seitbem die Wirthschaft Dr. 17 in X ber Rlagerin als erbeerklarten Erbin ihrer Tochter executiv übergeben worden ift. Geit Diefer Beit tann nur bie Gattin bes Beklagten fich ihres Wohnungsausgebingsrechtes bedienen, wenn fie bies in ihrem Intereffe findet; aber ihr Gatte (ber Betlagte) bat tein Recht, ebenfalls in Diefem Saufe gu wohnen, wodurch offenbar eine ber Rlagerin beschwerlichere Gervitut geschaffen murbe, als ibr obliegt.

#### Mr. 2946.

Abbestellung einer übertragenen Lieferung: Ersatzauspruch bes Lieferauten.

Entsch. v. 12. Dec. 1867, Mr. 10288 (Best. des das Urth. des B. G. Brag v. 21. Mai 1867, Mr. 24559, abänd. Urth. des O. L. G. Brag v. 21. August 1867, Nr. 19477). G. Z. 1868, Mr. 25.

A flagte wider B auf Rahlung von 110 fl. 60 fr. als Entschädigung für bie zu spat abgesagte Lieferung von bestellten 6000 Batrontafcentaftden. In ber Rlage murbe angeführt, bag ber Betlagte am 25. Juni 1866 eine Bestellung von 6000 Stud folder Raftden bei bem Rlager gemacht und fich verpflichtet habe, für jebes gelieferte Stud 11 fr. zu bezahlen, bag die Lieferung bis 15. Juli 1866 vollendet fein mußte, bag ber Rlager, um biefe Lieferung zu ermöglichen, bas nothige Material an Bolg, Leinwand und Drabtstiften im Gefammttoftenbetrage von 96 fl. getauft und zugleich Arbeiter aufgenommen habe, bag ber Betlagte am 2. Juli 1866 bie Lieferung eingestellt und im August 1866 nur 250 Stude mit 10 fr. per Stud übernommen, die weitere Abnahme jedoch verweigert habe. In ber Einrebe murbe eingewendet, bag bie Ginftellung biefer Lieferung blos aus bem Grunde geschehen sei, weil wegen ber brobenben und fodann eingetretenen feindlichen Invasion ber Beflagte Die Abgabe ber Batron: taschenkaftchen an bas Merar nicht bewerfstelligen konnte. — Das Bericht erfter Inftang bat ben Rlager mit feinem Begehren abgewiesen, weil ber Beklagte allerbings berechtigt mar, bie Abbestellung ber Arbeit zu machen. Denn wenn auch die für die Nordarmee ungludliche Schlacht von Roniggras erft am 3. Juli 1866 gefchlagen wurde, waren boch fcon die Breugen fruber tief in Bohmen eingebrungen und es ift notorisch, bag schon Enbe Juni 1866 auf höhere Beisung die t. t. Magazine aus Brag entfernt wurden und rag man auf ber Gifenbahn Brag-Wien meber öffentliches noch Brivatgut mit Sicherheit aufgeben tonnte, weshalb auch bie im Briefe vom 2. Juli 1866 befolgte Abbestellungevorsicht ale geboten erschien; es findet baber ber g. 1311 a. b. G. B. auf ben Beflagten und ben Rlager seine Anwendung, ba sich ber Bufall, b. i. bie preußische Invasion und in Folge beffen bie Richteinhaltung bes Bertrages in bem Bermogen beiber Theile ereignete, indem auch bem Beflagten ber mit ber Ablieferung an bas Merar verbunbene Bortbeil entging. - Das D. L. G. hat gegen Beweis bes Schabens burch Saupt, und Schätzungseid bem Rlagbegehren ftattgegeben.

Der oberste Gerichtshof bestätigte bas obergerichtliche Urtheil aus folgenden Grunden: Die vorliegende Rlage ift eine nach den Grundstäten bes a. b. G. B. zu beurtheilende Entschädigungsklage. Der Beklagte gesteht, daß er bei dem Rläger 6000 Stud Patrontaschentästigen bestellt und diese Bestellung später, bis auf übernommene

250 Stücke, widerrusen habe. Der Aläger behauptet nun, daß er blos zu dem Zwecke dieser Ansertigung Material gekauft, vorbereitet und mehrere Arbeiter damit auch einige Tage beschäftigt habe und will den Preis des Materials, die Auslagen für die Arbeiter und die eigene Müherwaltung von dem vertragsbrüchigen Gegner ersest haben. Sein Anspruch ist im §. 919 a. G. b. B. gegründet, da in solchen Fällen der schuldlose Theil auch mit dem Ersage allein sich begnügen kann. Der Beklagte will sich von dieser Ersagleistung zwar dadurch befreien, daß er ansührt, nur durch Zusall, die seinbliche Invasion, an der Bertragsersüllung verhindert worden zu sein. Allein die Folgen des Zusalls hat nicht der Kläger zu tragen, da sür ihn insbesondere der Grund gleichgiltig ist, der den Beklagten zur Bestellung veranlaßte — abgesehen von der weiteren Frage, ob der Beklagte nicht vom k. k. Aerar Ersag begehrt hat, oder zu fordern berechtigt war.

## Nr. 2947.

Anspruch ber geschiedenen Gattin auf Alimentation im Falle ber Aufhebung ber Chepacten.

Entich. v. 17. Dec. 1867, Rr. 10426 (Aband. der gleichförmigen Urth. des B. G. Blansto v. 30. März 1867, Rr. 4565, und des O. L. G. Brünn v. 31. Juli 1867, Rr. 7173). G. H. 1868, S. 138.

Dit Abanderung ber untergerichtlichen Urtheile, wodurch bie Rlage der ohne ihr Berschulden geschiedenen A wider ihren Chegatten B 1. um Aufhebung ber Chepacte und Restitution bes Beirats= gutes; 2. um Bahlung ber Alimente im erften Buntte jugelaffen, im zweiten Puntte aber mit Berujung auf ben §. 1264 a. b. B., welcher ben Anspruch bes geschiebenen schulblofen Chetheils auf Unterhalt alternativ neben jenem auf die Aufhebung der Chepacte gestellt habe, abgewiesen worben mar, hat ber oberfte Berichtshof ben Sachfundigenbeweis über bas Jahreseinkommen bes Beklagten zugelaffen. Grunde: Die untergerichtliche Auslegung bes Schlugiates bes §. 1264 a. b. G. B. muß als offenbar unrichtig bezeichnet werden in hinblid auf ben &. 91 a. b. G. B., welcher ben Ehemann im All= gemeinen verpflichtet, ber Gattin ben anftanbigen Unterhalt zu verichaffen, von welcher Berpflichtung er auch nicht feiner gefchiebenen Gattin gegenüber, wenn fie an ber Scheidung foulblos ift, burch fein Berichulben enthoben werben fann, und im Binblid auf bas Bofbecr. v. 4. Mai 1841, J. G. S. Nr. 531, wonach felbst bei ber durch beiberfeitiges Berichulben herbeigeführten Cheicheidung bem Richter überlaffen ift, auf Unfteben ber Battin mit Berudfichtigung aller Berhältniffe und ber für fie fprechenden Billigfeitegrunde ausnahmsmeife

ben anständigen Unterhalt ihr zuzusprechen, weshalb von dem Anspruch auf die den Umständen angemessenen Alimente um so minder die an der Scheidung schuldlose Gattin ausgeschlossen sein kann. Da nun im vorliegenden Fall die Kosten des Unterhaltes der Rlägerin durch die Zinsen ihres Heiratsgutes offendar nicht gedeckt sind und von Seite des Beklagten nicht einmal angeführt wurde, daß sie noch ein anderes Bermögen oder für ihre Lebenszeit ein sicheres Einkommen besite, so kann es sich nur mehr um das Ansmaß des Zuschusses handeln, den sie für ihren Unterhalt nöthig hat und der Beklagte nach §. 91 zu leisten verpflichtet ist, und in dieser Richtung ist der Sachbefund relevant, den sie zur Feststellung des Einkommens des Beklagten angeboten hat.

## Mr. 2948.

Ipso jure Berpflichtung zur Zahlung der Urtheilszinsen.

Entid. v. 17. Der. 1867, Rr. 10470 (Best. ber gleichförmigen Derr. bes L. G. Laibach v. 15. Jänner 1867, Rr. 282, nub bes O. L. G. Graz vom 27. August 1867, Rr. 9685). G. Z. 1868, Rr. 122.

Auf Grund eines Urtheils, welches den Beklagten die Zahlung einer Capitalschuld binnen 14 Tagen auferlegte, wurde dem Rläger im Executionswege das Pfandrecht nicht nur für diese Forderung, sondern auch für die Morazinsen von der Zeit der eingetretenen Rechtstraft des Urtheils an in allen drei Instanzen bewilligt, obgleich die Berpflichtung der Beklagten zur Zahlung solcher Zinsen für den Fall der Mora darin nicht ausdrücklich ausgesprochen war, weil — nach den vom D. L. G. angeführten und vom obersten Gerichtshose gebilligten Motiven — die Berpflichtung der Executen zur Zahlung der Berzugszinsen Folge ihrer Saumsal und der §§. 1338 und 1334 a. b. G. B. ist".

# Mr. 2949.

Anhaltung bes Deferenten zur Beibringung ber bei ber Ablegung bes Haupteibes burch ben Delaten vorzuzeigenben Gegenstände.

Entich, u. 17. Der. 1867, Rr. 11677 (Best. bes das Decret des H. G. Wien v. 28. Sept. 1867, Rr. 89560, abind. Decr. des O. L. G. Wien v. 22. Oct. 1867, Fr. 19132). G. H. 1868, S. 126.

Bur Entscheidung ber Rechtssache bes A gegen B pto. Zahlung von 178 Thir. wurde bem Kläger ber Haupteib aufgetragen, baß bas Glajer, Unger n. Bulther Entsch. VI.

Erzmufter, welches bem im Proceg aufgenommenen Sachbefund gu Grunde gelegt murbe, nicht basfelbe mar, welches ber Baarenbeftellung ju Grunde lag. Auf bie Gibesantretung bes A wurde jur Abschwörung Tagfahrt angeordnet und dem B ber — im Recurewege vom D. L. G. bestätigte und baburch rechtsträftig geworbene - Auftrag ertheilt, bas in feinen Banben befindliche Bergleichungsmufter jur Borweifung an ben Rlager vorzulegen, bei fonftigem Gintritt ber gesetlichen Folgen ber Beweisbehinderung. Da B fich beffen weigerte, ftellte A bas Gefuch um executive Abnahme bes Musters von bemfelben mit bem Beifate, bag wibrigenfalls fein Gib für abgelegt zu halten fei. - Bom Gerichte erfter Inftang murbe bie Abuahme bes Muftere ohne ben erwähnten Beifat verordnet und auf ben Bericht bes Gerichtsbieners von ber Erfolglofigfeit ber Execution Tagfahrt jur Berhandlung barüber ausgeschrieben, ob ber Gib für abgeschworen ju halten fei. — Auf ben Recurs bes A gegen biefen Tagfapungsbescheid hat das D. L. G. in Erwägung, daß der Beklagte bereits rechtsträftig jur Borlage bes Erzmuftere behufe ber Borweifung an ben Schwörenben verpflichtet, Diefer Berpflichtung trop wiederholter Aufforberung nicht nachgetommen ift und bag ber Rlager ben fententionirten Eid angetreten bat, mithin jur Ablegung besselben bereit ift und nur durch die Weigerung bes Gegners baran verhindert wirb, - bem Beklagten bie Borlage bes Mufters bei Gericht mit einer neuen Frift von 14 Tagen und mit bem Beifape aufgetragen, bag im widrigen Falle ber fententionirte und vom Rlager angetretene Saupteib für abgeschworen zu halten ift.

Mit Bezugnahme auf biefe Motivirung bestätigte ber oberfte

Gerichtshof die Berordnung ber zweiten Inftang.

# Mr. **2950**.

Benützung der Satschriften und ihrer Beilagen zur Instruirung eines Incidenzstreites.

Entig. v. 17. Dec. 1867, Rr. 11207 (Best. des das Decr. des B. G. Straftonis v. 7. Angust 1867, Rr. 5663, aband. Decr. des O. L. G. Prag vom 22. Oct. 1867, Rr. 26639). G. H. 1868, S. 85.

In dem Proces des A wider B und Genoffen pto. eiblicher Angabe eines Nachlagvermögens tam es in Folge des Gesuches des Rlägers um Borlage von Handelsbuchern darüber zu einem Incidenzstreit, nach deffen Abschluß der Läger bei der Acteneinlegung zum Behuse der Entscheidung des Zwischenstreites das Begehren stellte, daß den Acten das bei Gericht aufbewahrte Triplicat seiner im Gesuche um die Borlage der Handelsbucher als Beilage A bezeichneten Rlage beigelegt werde. Dagegen protestirten die Betlagten, weil die Rlage

bem Sesuche um Borlegung ber Hanbelsbücher nicht wirklich beigeschloffen war und weil das bei Gericht hinterlegte Klagtriplicat nur die Bestimmung habe, den nachbenannten Beklagten, denen nur ein Rubrum der Klage zugestellt worden, die Einsichtnahme von der Klagschrift zu gewähren. — Die erste Instanz gab dieser Einsprache statt, wogegen das D. L. G. die Legung des Klagtriplicats zu den Acten des Incidenzstreites bewilligte, weil keine Borschrift besteht, welche verordnet, daß die bereits einmal mitgetheilten Sapschriften des Hauptprocesses bei vorkommenden Incidenzstreiten noch einmal mitzutheilen seien.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte Die obergerichtliche Entschei-

bung aus beren Grunben.

### Mr. 2951.

Berpflichtung des unehelichen Baters zur Alimentationsleiftung während der Verpflegung des Kindes im Findelhause. Entsch. v. 18. Dec. 1867, Rr. 9301 (Best. des Urth. des L. G. Wien vom 15. Mai 1866, Rr. 24830, Aband. des Urth. des D. L. G. Wien v. 2. April 1867, Rr. 2898). G. H. 1868, S. 223.

Die Klage bes Curators und ber Mutter bes in ber Finbelanstalt unentgeltlich untergebrachten Kindes A gegen bessen unehelichen Bater B um Zahlung der Alimente wurde vom D. E. G. nur mit ber Beschränkung zugelassen, daß der Beklagte den Alimentationsbetrag erst von dem Tage des Austrittes des Kindes aus der Ber-

pflegung ber Finbelanstalt an ju gablen habe.

Der oberste Gerichtshof condemnirte den B zur Zahlung von Alimenten (mit Herabsehung des in der Klage dafür angesprochenen Maßes) anch für die Zeit des Aufenthaltes des Kindes im Findelhaus. Gründe: Der Umstand, daß das Kind in der Berpstegung der Findelanstalt ist, kann seinen Erzeuger nicht von aller und jeder Pflicht zu einem Beitrage für dessen Alimentation befreien, weil durch jene Berpstegung nur für das Allernothwendigste gesorgt, der Bater aber nach seinen Bermögenskräften verbunden ist, Mittel beizuschaffen, um Nahrung, Bekleidung, sonstige Pflege und Erziehung des Kindes möglichst und so zu verbessern, wie es den gegebenen Berhältnissen angemessen spiechen, was durch unmittelbare Anschaffung oder durch Gaben an die Pflegeeltern von Seite des Bertreters des Kindes geschehen kann. Deshalb wurde dem Beklagten auch für die Zeit der Berpstegung im Findelhaus die Leistung eines Ergänzungsbeitrages auferlegt.

#### Mr. 2952.

Aufforderung bei einem Baue: Borgang bei Auferlegung bes ewigen Stillschweigens.

Entich, v. 18. Dec. 1867, Rr. 11114 (Best. des das Decr. der Brütur Sebenico v. 8. Juni 1867, Rr. 2795, aband. Decr. des O. L. G. Zara vom 18. Sept. 1867, Rr. 3898). G. Z. 1868, Rr. 60.

Mit Rlage forberte A ben B und Genoffen auf jur Geltenbmachung ihrer vermeinten Rechte gegen ben vorgelegten Entwurf eines neuen Baues bei fonftiger Auflage bes ewigen Stillfdweigens. Diefe Rlage wurde aufrecht erledigt; ba jedoch die Aufgeforderten berfelben mit keiner gerichtlichen Gingabe begegneten, überreichte ber Rläger ein Gefuch, worin er bas Begehren ftellte, bag bem Beklagten bas ewige Stillschweigen auferlegt und ihm gestattet werbe, ben neuen Bau nach bem beigebrachten Blane auszuführen. — Das Gericht erfter Inftang hat sofort diesem Begehren ftattgegeben. - Das D. L. G. hat bagegen ben erftrichterlichen Befcheib als gerichtsorbnungswidrig aufgehoben und bas Befuch jurudgewiesen, weil nach Ueberreichung ber Aufforberungeflage bei einer bezwedten neuen Bauführung bas in einem folchen Streite einzuleitenbe Berfahren basselbe ift, welches burch ben §. 73 weftg. G. D. in bem Broceffe wegen Berühmung vorgeschrieben wird; weil fur ben Fall, als von Seite bes Aufgeforberten über bie Aufforberungeflage innerhalb ber gefetlichen Frift weber eine Beantwortung auf Die Rlage, noch Die Oppositionstlage wider den neuen Bau überreicht wird, dem Aufforderer die Bflicht obliegt, vorher die Inrotulirung ber Acten zu verlangen, über welche erft ber Richter fein Erkenntniß zu fällen bat; weil bas Gefuch bes A, womit begehrt murbe, daß fofort ber Begenpartei bas emige Stillichweigen auferlegt werbe, fich nach &. 67 westg. G. D. als unzuläffig barftellt, indem biefem Begehren nicht bas Ansuchen um Inrotulirung ber Acten vorausgeschickt worben war, und weil beshalb ber erftrichterliche Befcheib in feinem Befen eine gegen bie Beftimmungen bes ermahnten §. 67 weftg. S. D. verftogenbe Erlebigung enthielt und baher als gerichtsordnungswidrig zu beheben mar. — In bem Revisionsrecurse wurde von A bagegen bemerkt, daß in bem Rlagebescheibe nicht, wie im g. 64 westg. G. D. vorgeschrieben ift, ber Beifat gemacht murbe, daß ber Beklagte ju gewärtigen habe, daß ihm fonft bas ewige Stillfdweigen auferlegt werbe, fonbern gerabewegs und ausbrücklich entschieben murbe, bag, im Falle bes Ausbleibens ber Beantwortung, ben Bellagten bas ewige Stillschweigen auferlegt werben würbe; daß baher das Gefuch bes Recurrenten als ein Erecutionsgesuch zu betrachten und ohne vorläufige Inrotulirung gu bewilligen war, und daß jedenfalls das Gefuch nicht batte zurückgewiesen, sondern eine Tagfatung jur Acteninrotulirung batte angeordnet werben follen.

Der oberfte Gerichtshof verwarf mit Beziehung auf ben klare u Wortlaut ber §§, 67 und 73 ber westg. G. D. ben Revisionsrecur & als ungegrundet.

### Mr. 2953.

Uebernahme einer Hppothekarschuld. Perfönliche Haftung bes Uebernehmers.

Entsch. v. 19. Dec. 1867, Rr. 8016 (Best. bes das Urth. bes L. G. Wien v. 5. Oct. 1866, Rr. 5081, abänd. Urth. bes O. L. G. Wien v. 18. März 1867, Rr. 1771). G. Z. 1868, Rr. 25. G. H. 1868, S. 201.

C hatte ber A für seine Schulb von 15000 fl. einige Liegensschaften verpfändet, die er später dem M verlaufte. In dem Raufvertrag übernahm M auf Rechnung des Rauspreises alle auf den Liegenschaften intabulirten Schulden. Nach seinem Tode belangte nun die A die Erben des Letzteren mit der persönlichen Alage auf Zahlung ihrer Forderung von 15000 fl. Im Zuge des Processes producirte sie auch eine von C nach Anstellung der Klage ausgestellte Urkunde, worin ihr dieser seine durch den Rausvertrag, in Betress der Uebernahme der besagten Schuld von 15000 fl. von Seite des Merworbenen Rechte gegen die Berlassenschaft des Letzteren cedirte.
In erster Instanz wurden die Beklassen nicht als persönliche Schuldner, sondern nur als Eigenthümer der Pfandsachen zur Zahlung veruntheilt; wogegen das D. L. G. die persönliche Zahlungspflicht der

Bellagten ausiprad.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas Urtheil ber zweiten Justang in Erwägung, daß, wenn auch ber neue Gigenthumer einer unbeweglichen Sache nach ben 88. 443, 447 und 466 a. b. G. B. für die barauf eingetragenen Laften in der Regel nur mit der Pfandsache zu haften hat, Diese im Geset ausgesprochene beschränkte Haftung burch Bertrag erweitert werben barf, wie dies im vorliegenben Falle eben gefcheben ift, wo ber Ranfer ber verpfandeten Liegenfchaften mit Buftimmung bes Bertaufere bie für bie Rlagerin barauf eingetragene Schuld auf Rechnung bes Raufpreifes übernommen bat, weshalb benn auch nicht mehr die vorbin citirten Befete, fonbern ber g. 1345 und die im britten Theil, zweites Sauptftud bes a. b. G. B. enthaltenen Borfdriften über bie Affignation, beziehentlich Ceffion gur Anwendung gu bringen find; daß die Einwilligung ber Rlagerin ale Affignatarin, refp. Ceffionarin zu ber burch bie erwähnten Er-Marungen bes Raufers und Berfanfere feftgeftellten Umanberung ber Recte und Berbindlichkeiten burch bie Anftellung und ben Inhalt ihrer Rlage Billichmeigenb (g. 868 a. b. G. B.) erklart und ertheilt wurde: bag eine nachträgliche Einwilligung ju einer unvollftanbigen, Assignation nicht nur nicht unzulästig, sontern vom Geset (§. 1402 bis 1404 und ff.) vorgesehen und übrigens durch kein Geset vorgeschrieben ist, daß die Berständigung des Assignatars gleichzeitig mit der zwischen dem Assignanten und dem Assignaten getroffenen liebereinkunft, und zwar nur mittelst der letteren erfolgen müsse; daß die rechtserzeugende Erklärung im Bertrage selbst und keineswegs in der Rlage liegt, welche blos die Einwilligung der Assignatarin zu der bereits durch den Bertrag sestgestellten unvollständigen Assignation darthut; daß bei dieser Sachlage und da anderentheils nicht vorkommt, daß inzwischen, nämlich bis zur Erhebung der Rlage, die Schuld des Assignaten an den Assignanten oder die Schuld des Lettern an die Rlägerin getilgt oder die von der Rlägerin noch nicht angenommene Assignation widerrusen worden ist, die obergerichtliche Entscheidung als im Geset (§§. 1395, 1396, 1408, 1409 a. b. G. B.) gegründet erkannt werden mußte.

### Mr. 2954.

Hereditatis petitio partiaria: Legitimation des Klägers. Entig. v. 19. Dec. 1867, Rr. 10011 (Best. des das Urth. der Brütur Montona v. 30. Rov. 1865, Rr. 3815, abänd. Urth. des D. L. S. Trick vom. 1. Mai 1867, Rr. 1654). G. Z. 1868, Rr. 24.

Als gesetliche Alleinerbin eines Theilerben ber Berlaffenschaft bes M belangte bie A bie übrigen Miterben mit ber Rlage auf Anerkennung ihres Theilerbrechtes, Theilung ber Berlaffenschaft und Berausgabe ber in Folge ber Theilung auf ihre Bortion fallenben Erbschaftssachen. Die Beklagten wendeten ein , daß die Rlagerin die Erbschaft ihres Auctors nicht angetreten habe und bag fie nicht im Befite ber Berlaffenschaft bes M feien; in letterer Beziehung erbot fich bie Rlagerin jum Beweis burch Beugen, beffen Aufnahme im Brocef auch erfolgte, und burch ihren Erfallungseib. - Die erfte Inftang erfannte nach bem Rlagbegebren unter ber Bebingung bes Erfüllungseibes ber Rlagerin und erflarte in ben Motiven bie beflagterseits erhobene Einwendung bes mangelnden Erbschaftsantrittes daburch als beseitigt, daß die Rlägerin, indem fle die Erbschaftstlage anftellte, ber Borfdrift ber §g. 799 und 800 a. b. G. B. Gentige geleiftet habe. — Das D. L. G. wies bie Rlage ab aus folgenden Granden: Die Rlage bezwecht Theilung einer gemeinsamen Erbichaft. Für bie Theilung gemeinschaftlicher Sachen gilt bie im g. 827 a. b. G. B. aufgestellte allgemeine Regel, bag berjenige, welcher einen Antheil an benfelben anspricht, sein Recht zu beweifen bat. Ber bie Theilung einer gemeinsamen Erbschaft forbert, muß bemnach vor Allem ben Beweis führen, daß fein Erbrecht anertannt worden fei. Denn jur

Erlangung des Erbschaftsbesitzes genügt nicht der bloße Titel, sondern es ist auch die gesetzliche Erwerbungsart ersorderlich; mit anderen Worten: der Erbberechtigte muß zuvörderst die Erbserklärung andringen, die Berbindlichkeiten, welche ihm als Erben obliegen, erfüllen und die Einantwortung erwirken, §§. 797 und 819 a. b. G. B. Die beklagterseits erhobene Einwendung des mangelnden Erbschaftsantrittes war daher gegründet und mußte zur Abweisung der Kläger führen.

Der oberfie Gerichtshof bestätigte bas Urtheil ber zweiten In-ftanz mit Berufung auf die von berfelben hinausgegebenen Gründe.

### Mr. 2955.

Cefsion einer Forberung nach quittirter Tilgung berselben. Entsch. v. 19. Dec. 1867, Rr. 10668 (Best. der gleichförmigen Urth. des B. G. Iglan v. 5. März 1867, Rr. 2108, nnd des D. L. G. Brünn vom 3. Sept. 1867, Rr. 9258). G. Z. 1868, Rr. 81.

A belangte ben B auf Zahlung von 600 fl., welchen Betrag biefer im Jahre 1847 ben Sheleuten C als Kaufschillingsrest schuldig geblieben war und die Letzteren sim December 1865 dem A cedirt hatten. B wendete ein, daß er schon im April 1854 den Cheleuten C laut Quittung die 600 fl. berichtigt habe und auf Grund derselben im Jänner 1866 auch das Pfandrecht von seiner Realität gelösst worden war. Darauf bestritt A die Schtheit der Quittung und wendete zugleich ein, daß sie keinesfalls den Cheleuten C vorgelesen und ihr Inhalt von selben verstanden worden sei, worüber er diese Scheleute als Zeugen sührte und dem B den unrücksiebbaren Haupteid auftrug.

Der Rlager wurde in allen brei Inftanzen abgewiesen, im Befentlichen ans folgenden Grunden: Als Ceffionar ber Cheleute C muß Rläger nach §g. 1394, 1395 und 1396 a. b. G. B. fich alle Einwendungen, welche gegen biefelben bem B zustehen, gefallen, alfo auch bie Quittung gegen fich gelten laffen. Da er bie Cebenten bem Streite nicht als Bertretungsleifter beigezogen bat, in welchem Falle Diefe berechtigt gewesen maren, bie Echtheit ber Quittung gu bestreiten, mas fle aber nicht gethan, ift bie Quittung gegen Die Cheleute C für beweiswirtend angufeben. Der Anftand wegen bes angeblichen Borganges bei Ausstellung ber Omittung batte auch von ben Cheleuten C erhoben werben follen und tann ber Beweis bierüber burch bieselben — welche bem Rlager als Ceffionar für die Forderung haften, baber an bem Ansgange bes Rechtsftreites betheiligt find — ebenfowenig wie jener burd unrudichiebbaren Baupteib jugelaffen werben, ba ber Rlager letteren, wenn er bie Cheleute C als Bertretungsleifter beigezogen batte, rudichiebbar auftragen fonnte. Bollte man enblich

ben Geklagten als Spothekarschuldner betrachten, weil die Löschung ber 600 fl. erst nach der Cession an A und deren Intabulirung ersolgte, B also wenigstens mit der Pfandsache zu haften habe und Rläger die Forderung etwa nur im Bertrauen auf die öffentlichen Bücher erward, so war doch zur Zeit der Einbringung der Klage die Forderung bereits rechtsträftig gelöscht, wonach der Geklagte auch als Bestiger der Pfandsache nicht zur Zahlung angehalten werden kann.

### Mr. 2956.

Rangordnung der Eintragung von Modificationen einer bereits grundbücherlich sichergestellten Berpstichtung, durch welche die Last vergrößert wird.

Entig. v. 23. Der. 1867, Rr. 11231 (Mband. ber gleichförmigen Berr. bes L. G. Ling v. 12, Sept. 1867, Rr. 8086, und bes O. L. E. Wien v. 22, Oct. 1867, Rr. 19826). G. 3. 1868, Rr. 38.

Für A haftete auf bem Haufe bes B eine in vierteljährigen Raten nachhinein zu entrichtenbe Rente von 350 fl. jahrlich. Er traf mit B bas Uebereintommen, bag B felbe von nun an in gleichen Raten, jedoch im vorhinein bezahlen folle und bat um grundbucherliche Einverleibung bes Pfanbrechtes fur biefes Uebereintommen bei ber bezüglichen Bfanbrechtsbeftellung. - Das Gericht erfter Inftang foling bas Befuch ab, weil es außer bem 3wede ber öffentlichen Bucher über unbewegliche Sachen liegt, Menberungen von urfprange lichen Bertragsmobalitäten, bie ein bingliches Recht gar nicht berühren, jur bucherlichen Eintragung ju bringen, welche Eintragung jur rechtlichen Giltigkeit bes Menberungsvertrages offenbar nicht nothig ift, mahrend andererfeits, foll anders bas Inftitut ber öffentlichen Bucher für bie nothwendig bamit verlnüpften Eintragungen burch Saufung unnöthiger Gintragungen bie Ueberfichtlichfeit und Berlaglichfeit nicht verlieren und so eher bas Gegentheil von ber bamit angestrebten Rechtsficherheit für bingliche Rechte an unbeweglichen Gutern berbeiführen, jede für eine Rechtserwerbung, Mönderung oder Aufhebung nicht nothige Eintragung, mit Ansnahme jener, worüber besondere Borfdriften, wie bie taif. Berordn. v. 12. Anguft 1851, R. G. Bl. Mr. 184, und bie Min. Bbg. v. 19. September 1850, R. G. Bl. Rr. 212, bestehen, ferne zu halten find. - Die gweite Inftang beflätigte biefe Abmeifung aus bem Grunbe, weil bie Anszeichnung ber Menberung ber ursprünglichen Bertragebeftimmung im Grundbuche ad loeum ber Sappost ohne Buftimmung ber allfälligen späteren Sanglaubiger nicht ftattfinben tann.

Der oberfte Gerichtshof bewilligte bie Einverleibung nicht mit ber Briorität bes bereits bestehenben Bfaubrechtes, sonbern als nene

Belastung in der Erwägung, daß durch die gedachte Berpstichtung des B zur Borauszahlung der Rente die ursprünglich eingegangene Berbindlicheit erschwert wurde; daß auch für die so erschwerte Zahlungsverdindlicheit und bezüglich für die Erfüllung dieser erschwerenden Zahlungsmodalität ein auch jeden Nachfolger im Besitze bindendes Pfandrecht bestellt werden konnte und auch ausdrücklich bestellt wurde; daß demnach die gänzliche Abweisung des Gesuches auf einer irrigen Auffassung der Sach- und Rechtsverhältnisse beruht und gegen das Geset verstößt; daß aber andererseits, ohne hier in die Frage, inwiesern allenfalls mittlerweile auf die Realität versicherte Gläubiger dadurch berührt werden können, einzugehen, die neue Belastung nicht in der Priorität des früher erwirkten Pfandrechtes, sondern nur nach Raßgabe der Zeit der Einbringung dieses Gesuches eingeräumt werden konnte.

#### Mr. 2957.

Sequestration ber verpfändeten Liegenschaft zur Sicherstellung während des Appellationszuges.

Entig. v. 28. Dec. 1867, Nr. 11483 (Best. bes Decr. bes B. G. Ebreichsborf v. 1. Juli 1867, Nr. 2466, Abünd. des Decr. bes D. L. G. Wien v. 8. Sept. 1867, Nr. 14151). G. Z. 1868, Nr. 29.

A erwirfte wiber bie Cheleute B ein Urtheil auf Bahlung von 400 fl., Intereffen eines auf ihrer Realität verficherten Capitales von 8000 fl., und auf Grund besfelben bei bem Umftanbe, bag bie Bellagten bie Appellation ergriffen hatten, auch bie Sequestration ber einzuerntenben Relbfruchte gur Sicherftellung ber 400 fl., welche jeboch auf ben Recurs ber Cheleute B in zweiter Inftang behoben murbe, weil bei ber vorliegenden Appellation berfelben in Betreff ber Sicherftellung nur bie §§. 259 und 260 a. G. D., bann bie §§. 4 und 8 ber Min.-Bbg. v. 18. Juli 1859, R. G. Bl. Rr. 130, maßgebend erscheinen, barnach aber bie Sicherstellung mabrent bes Appellationsjuges nur bann platgreift, wenn felbe nach Beschaffenheit ber Streitface nothwendig erfcheint und bei burch Supothet fichergeftellten Forberungen insbesondere bie Ungulänglichkeit ber Sppothet glaubwürdig burgethan worben ift, A aber in letterer Richtung, obicon nach Inhalt ber Acten bie Forberung burch Supothet fichergestellt ift, biefes Umftanbes im Sequeftrationsgesuche nicht einmal erwähnenb, gar teine Rachweisung geliefert hat und überhaupt auch nicht sonft erhellt, bag er nach Beschaffenheit ber Streitsache einer folden Sicherstellung beburfe.

Der oberste Gerichtshof bestätigte ben erstrichterlichen, die Sequestration bewilligenden Bescheid in der Erwägung, daß der §. 4 der Min.-Bog. vom 18. Juli 1859, Rr. 130, die Execution zur Sicherstellung auf das Bermögen des Geklagten durch Sequestration der gepfändeten beweglichen oder unbeweglichen Sachen zuläßt, worunter die dem Gläubiger bereits verpfändeten Sachen zu verstehen stud, zumal sonst das Wort "gepfändet" und der Nachsat dieses §. 4 — wonach die Execution bedingungsweise auch auf andere, als die bereits zum Pfande bestellten Sachen zulässig ist — überflüssig wären.

#### Mr. 2958.

Unzulässigkeit executiver Einantwortung ber verfallenden Dieth-

Entich. v. 28. Dec. 1867, Rr. 11487 (Best, ber gleichförmigen Decr. des L. Einz v. 28. Oct. 1867, Rr. 9890 und des O. L. G. Wien v. 19. Rov. 1867, Rr. 21283). G. Z. 1868, Rr. 36.

Für eine Bechselsorberung von 300 fl. begehrte A gegen B bie executive Einantwortung der zu Lichtmeß 1868 bei gewissen speciell bezeichneten Miethparteien in den angegebenen Beträgen verfallenden Miethzinse von dem Hause des B, und wurde in allen Instanzen abgewiesen. Die Motive des obersten Gerichtshoses lauten, daß auf die Executionssührung auf schwebende Erträgnisse eines Zinshauses nicht der §. 321, sondern der §. 320 a. G. D. Anwendung sindet, indem einerseits solche Erträgnisse nur im Wege der Berwaltung des undeweglichen Gutes und gegen Erfüllung der dem Bermiether obliegenden Berbindlichseiten zu erzielen sind und andererseits nach dem Ho. v. 12. October 1790, I. S. S. Rr. 63, der auf schwebende Erträgnisse einer Realität Execution sührende Gländiger sein Recht nur insoweit geltend machen kann, als nach Abzug der Interessen der auf derselben mit Hopothet versicherten Capitalien etwas übrig bleibt.

### Mr. 2959.

# Confession als Perhorrescenzgrund?

Entsch, v. 30. Dec. 1867, Rr. 11014 (Beft. ber gleichförmigen Decr. bes Generalconsniates in Butaren v. 21. Mai 1867, Rr. 5158 und bes O. & G. Bien v. 28. August 1867, Rr. 18845). G. 3. 1868, Rr. 37. Ganz. dei Trib. 1868, Rr. 20.

In der beim öfterreichischen Generalconsulate in Butarest zwischen einem Privaten und einem katholischen Aloster anhängigen Rechts-sache pto. 860 Biaster war ein Iraelit zum Mitgliede des diesfälligen Commissionsgerichtes bestellt worden. Dagegen ergriff der Gegner des Alosters den Recurs, welcher vom öfterreichischen D. L. G. abgewiesen wurde.

Der oberfte Berichtehof beftätigte bie unterrichterlichen Entscheibungen, weil Recurrent gar feinen Umftand angeführt bat, welcher ben jum Commissionsmitgliebe berufenen Ifraeliten für bie Entscheis bung ber vorftebenben Rechtsfache nach bem Befete und insbesonbere nach bem §. 52 bes faif. Patentes v. 3. Mai 1853, R. G. Bl. Nr. 81 als befangen erscheinen ließe. Die Religion biefes Commifftonerichters tann gegen ihn als Berhorrescenzgrund nicht geltend gemacht werben, ba nach ber amtlichen Bestätigung ber t. t. Agentie in Butareft bei bem bortigen Consulargerichte seit Jahren auch Ifraeliten als Commiffionsmitalieder in allen Rechtsangelegenheiten, ohne Rudficht auf bie Nationalität ober bas Glaubensbefenntnig ber Streittheile bestellt ju werben pflegen und biefe Gepflogenheit einem Anstande umfominber unterliegen tann, ale Ifraeliten aus bem Sanbeleftanbe auch bei ben t. t. Banbels gerichten und ben Banbelssenaten ber t. t. Gerichtshofe erfter Inftong im Inlande ju Beifigern mit entscheibenber Stimme ernaunt wert en tonnen und beren mehrere auch wirklich icon ernannt worben finb.

### Nr. 2960.

Haftung bes Executen für seine executiv eingeantwortete Forberung.

Entsch. v. 30. Dec. 1867, Rr. 11431 (Best. des Decr. des H. E. Wien v. 22. Oct. 1867, Rr. 95054, Aband, des Decr. des O. L. E. Wien vom 20. Rov. 1867, Rr. 20907). E. Z. 1868, Rr. 24.

Rachbem B gegen seinen Schuldner A für eine Forberung von 91 fl. 50 fr. bie executive Mobilienpfanbung erwirft hatte, ließ er fich im Executionswege bis jum Betrage feiner Forberung ben Bermachtniganspruch auf 300 fl. in Metalliques einantworten, welcher bem A gegen ben Erben ber M'ichen Berlaffenichaft auftanb. Der Erbe, von B außergerichtlich um die Zahlung angegangen, verweigerte biefelbe, indem er behauptete, bag die Legatsforberung bes A mit Gegenforberungen ber Berlaffenschaft compenfirt fei. In Folge beffen griff B auf die fruber eingeleitete Mobilienerecution gurud und begehrte die Feilbietung ber gepfändeten Sachen, die ihm bewilligt wurde. Dagegen trat nun A wider ihn klagend auf und ftellte bas Begehren, daß bas Executionsrecht bes B burch die an ihn erfolgte Einantwortung ber Legatsforberung bes A als erloschen erklärt werbe. In erfter Inftang wurde bem Rlagbegehren ftattgegeben. Das D. 2. G. wies ben Rlager ab mit Berufung auf ben g. 319 a. G. D., beffen Boraussehung: bag bie bem Executionsführer eingeantwortete Forberung "ftreitig gemacht wirb", nicht blos in ben Fallen, wo bie eingeantwortete Forberung burch richterliches Urtheil als nicht bestebenb

erklärt worden ift, oder mindestens der Executionsstührer dieselbe gegen den neuen Schuldner eingeklagt und dieser auf den Streit sich eingelassen hat, sondern auch dann eintrete, wenn der Cessus außergerichtlich erklärt, die Forderung nicht anzuerkennen, die angebliche Schuld nicht zahlen zu wollen. Da nun eine folche außergerichtliche Berweigerung und Bestreitung der Forderung von Seite des Schuldners vorliegt, so muß das Rlagbegehren zusolge §. 319 a. G. D. zurückgewiesen werden, ganz abgesehren zusolge §. 319 a. G. D. zurückgewiesen werden, ganz abgesehren davon, daß in keinem Falle das Executionsrecht des B als für immer erloschen, sondern nur als die zur Entscheidung des von ihm gegen den Cessus eingeleiteten Processes und dies zur Durchsührung der Execution gegen den letzteren außer

Birffamteit gefest erffart werben tonnte.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas erstgerichtliche Ertenntnif aus folgenben Grunden: Aus ben §g. 314, 317-319 a. G. D. geht hervor, bag ber Glaubiger, ber fich eine Forberung bes Be-Magten einantworten läßt, Diefelbe "an Bablungoftatt" (8. 314) annimmt, baber wie ein Ceffionar als Gigenthum übernimmt, bag ber Bellagte nur gleich einem Cebenten bafur haftet (88. 317 und 318) und bag nur, wenn bie Forberung ftreitig gemacht wird ober ber Gläubiger nach erwirtter Pfanbung bei feinem neuen Schulbner nicht hinlängliche Bebeckung und Befriedigung findet, jener auf andere Guter seines erften Schuldners greifen barf (g. 319). Die Borte "ftreitig gemacht wirb" tonnen aber nur in bem Ginne verftanben werben, bag ber Executionsführer bei ber Bereinbringung ber eingeantworteten Forberung gang ober jum Theile fachfällig geworben, alfe bie Forberung gang ober jum Theile illiquid ift, mas auch bie gleich barauf ermabnte gang ober theilmeife ohne Erfolg geführte Execution gegen ben neuen Schulbner ertennen lagt. Auch wurde fonft bie Beftimmung bes g. 317 a. G. D., welche ben Executen von ber Baftung für die Richtigfeit ber Forberung loszählt, wenn biefelbe bestritten wird und ber Erecutioneffibrer von ibm nicht bie Bertretung ansucht - mas somit ale seine Bflicht bezeichnet wirb - gang wirfungelos fein.

# Mr. 2961.

Berpflichtung bes fibeicommissarischen Erben zur neuerlichen Entrichtung ber frommen Gebühren.

Entig, v. 30. Dec. 1867, Rr. 11618 (Beft. ber gleichförmigen Decr. bes B. G. ber inneren Stadt Wien v. 18. August 1867, Rr. 23060 und bes D. L. G. Wien v. 22. Oct. 1867, Rr. 19416). G. 3. 1868, Pr. 37. Zeitichr. f. b. östere. Assariat 1868, Rr. 22. G. H. 1868, G. 122.

Aus Anlag bes Tobes bes Fiduciarerben hatte bie Abhandlungsbeborbe ben fibeicommiffarischen Erben bie Berichtigung ber frommen Gebühren von dem Substitutionsvermögen aufgetragen. Dagegen ergriffen biefe ben Recurs, welchem bas D. L. G. teine

Folge gab.

Der oberste Gerichtshof bestätigte bie untergerichtlichen Entscheidungen, weil es für die Berpstichtung zur Entrichtung der frommen Gebühren teinen Unterschied macht, ob der Erbe den Nachlaß in Folge einer von einem früheren Bestiger dieses Bermögens über die Nachsolge voraus getroffenen Bestiger dieses Bermögens über die Nachsolge voraus getroffenen Bestigenmung erlangt; weil auch bei der Succession in ein Substitutionsvermögen wieder eine Beränderung in dem Eigenthume und ein neuer Erbfall eintritt, die frommen Gebühren im Sinne der bestehenden Gesetz von jedem Erdfalle insbesondere zu bezahlen sind, und hienach die nach dem Tode des Erdlassers durch den Fiduciarerben hinsichtlich des Substitutionsvermögens geschehene Bezahlung der frommen Gebühren die Substitutionserben nicht von der Berpflichtung befreien konnte, auch ihrerseits von dem erst in Folge des Todes des Fiduciarerben an sie gelangenden Nachslasse die frommen Gebühren zu entrichten.

# 1868.

### Mr. 2962.

Fortsetzung und Beendigung der Ersitzung einer Servitut gegen den grundbücherlichen Singularsuccessor.

Entig. vom 8, Jänner 1868, Rr. 10572 (Beft. ber Urtheile bes B. G. Frankenmarkt vom 31. Dec. 1866, Rr. 3809 und bes O. L. G. Wien v. 13. August 1867, Rr. 11601). G. Z. 1868, Rr. 26.

Dit ber im Jahre 1863 angestellten negatorischen Servitutellage belangte die feit 1850 in Folge Raufes im Grundbuche ftebende Eigenthumerin ber Liegenicaft A bie grundbücherlichen Eigenthumer ber Grundstüde B, C, D und E wegen unbefugter Ausübung bes nicht intabulirten Sahrtrechtes über bie Liegenschaft. Die Beflagten vertheibigten fich mit ber Einrebe ber Erfitzung (§. 1498 a. b. G. B.) und erbrachten burch Beugen ben Beweis, bag von ihnen und ihren Befitsvorfahren bas Fahrtrecht feit 1824 bis 1863 ununterbrochen ausgefibt und von ber Rlägerin im Jahre 1850 bei ber Errichtung ihres Raufes bem Bertaufer und bem bamaligen Befiger bes Grunbftudes B, welche fie aufmertfam machten, bag bem Letteren fo wie ben Befipern ber Barcellen C. D und E bas Fahrtrecht über bie Liegenschaft A bieber eingeräumt worden fei, die Erklärung abgegeben wurde, bag fle auch bamit einverstanden fei und wie es früher mit bem Fahrtrecht gehalten worden, es auch künftig sein soll. Die Rlägerin führte bagegen an, daß die Beklagten, seit sie die Liegenschaft besitzt, jedesmal um die Erlaubniß darüber zu fahren fich beworben haben und nur in Folge ihrer aus Gefälligfeit gegebenen Buftimmung gefahren feien; fie vermochte aber nicht ben mittelft Beugen angebotenen Beweis biefer von ben Gegnern geleugneten Thatfache herzustellen. — Bon beiben Untergerichten wurde auf Grund ber obenermahnten Einrebe ber Beklagten bas Rlagbegehren abgewiesen und vom oberften Gerichtshofe bie bagegen ergriffene a. o. Revistonsbeschwerbe ber Rlägerin verworfen. Motive ber britten Inftang: In Erwägung, bag bie Bestimmung bes &. 1500 a. b. G. B. nur bezwectt, ben reblichen Erwerber (Singularfucceffor), welcher eine unbewegliche Sache im Bertrauen auf bas öffentliche Buch als freies, unbelaftetes Gigenthum an fich gebracht bat, vor bem Rachtheil zu bewahren, ber für ibn entftanbe, wenn ein burch Erfitung ober Berjahrung erworbenes, in bas öffentliche Buch noch nicht eingetragenes Recht, mithin ein blos perfonlicher Anspruch gegen ihn geltenb gemacht werben wollte; bag aber bie Borausfegung und ber 3wed biefer Borfdrift bann nicht eintritt, wenn es fich um die Fortfepung einer bereits begonnenen Erfitung gegen ben neuen Erwerber banbelt, welcher von ber bisberigen Ausübung bes Rechtes, beffen Erfigung in Frage ftebt, Renntnig bat, weil er in einem folden Falle vermoge biefer Renntnig Die Erfitung zu unterbrechen in ber Lage ift; bag bie Behauptung ber Beflagten, daß beim Abichlug bes Raufes im Jahre 1850 nicht nur bie Plagerin von bem Bertaufer und bem Borfahren bes Erftbetlagten im Befite ber Barcelle B auf bas von ben Befitern ber Barcellen B. C, D und E bis babin ausgeubte Fahrtrecht aufmertsam gemacht wurde, sonbern fogar fich bamit einverftanben erklärte, burch bie auf Antrag ber Beklagten vernommenen Beugen bestätigt worben ift und ber Umftand, daß fie von bem Fahren ber Bellagten über ihr Grundftud mahrent ber Beriobe ihres (ber Rlagerin) Befiges Renntniß batte, auch aus ben Aussagen ber Beugen ber Rlägerin hervorgebt; und bag burch ihre Beugen ein vollständiger Beweis barüber, baf fie ben Beklagten nur bittweife und aus Gefälligkeit bas Fahren über ibr Grundftud gestattet habe, nicht hergestellt worden ift, fonnte ein Grund jur Abanberung ber gleichformigen Ertenntniffe ber Untergerichte nicht gefunben werben.

### Mr. 2963.

Unwirksamkeit der einseitigen nachträglichen Genehmigung eines von der Obervormundschaftsbehörde verworfenen Bertrages seitens des großjährig Gewordenen.

Enisch, v. 8. Jänner 1868, Nr. 11657 (Abänd, der Urth, des B. G. Tüffer v. 8. Nov. 1866, Nr. 3369 und des O. L. G. Graz v. 15. Mai 1867, Nr. 5085). G. Z. 1868, Nr. 35.

Im Jahre 1856 hatte A mit seinem minberjährigen Sohne B burch einen für benselben bestellten Curator einen Berkaussvertrag über seine Realität mit Borbehalt ber Genehmigung ber Curatelsbehörde geschloffen, welche Genehmigung zwar angesucht, aber vom Gerichte verweigert wurde. Im Februar 1864 setzte ber mittlerweile großjährig gewordene B dem Bertrage seine Genehmigung bei und erwirkte die grundbücherliche Einverleibung seines Eigenthumsrechtes, wovon sein Bater verständigt wurde, ohne bagegen gleich einen Schritt

ju machen. Erft ein volles Jahr barnach begehrte A mit Rlage bie Ungiltigerklarung bes Bertrages und ber barauf gegründeten Gigenthumbeinverleibung, weil ber obercuratorifd nicht genehmigte Bertrag burd bie einseitige Erflarung bes Gobnes nicht jur Beltung gelangen tonnte. Der Bellagte B berief fich auf die Rechtstraft ber Ginverleibung und barauf, baf er noch vor berfelben bem Bater ben Driginalvertrag jurudgeben wollte, biefer aber ibn anwies, bie Urfunde zu behalten: benn bas, mas er, ber Bater, gemacht habe, foll gemacht bleiben. was aber ber Rlager wiberfprach. - Die erfte Inftang gab bem Rlagbegebren ftatt in ber Erwägung, bag nach ben §§. 152, 233, 244 und 865 a. b. G. B. Minberjahrige mohl burch einseitige Bertrage Rechte erwerben, teineswegs aber ohne Benehmigung bes Berichtes zweiseitig verbindliche Bertrage abschließen tonnen: baf ber Bertrag vom Jahre 1856 bie obercuratorifche Genehmigung nicht erhielt, somit rechtsungiltig ift, §. 865; enblich bag ber Bertragsnachtrag vom Februar 1864 nur eine Willensäuferung bes Geflagten enthält, bag er als Eigenberechtigter mit bem Bertrage einverftanben fei. biefe einseitige Ertlarung aber feineswegs geeignet ift, ben rechtsungiltigen Bertrag wirtsam ju machen, &. 861. - Das Obergericht wies ben Rlager ab. Grunbe: Die unbestrittenen Thatumftanbe und insbesondere bas Stillschweigen bes Rlägers zu ber ihm bekannts geworbenen Intabulation bes Raufvertrages laffen feinen Zweifel barüber, bag er gegen bie vom Beklagten nach beffen Großjährigfeit erfolgte Annahme bes nicht gurudgezogenen Bertragsanerbietens und gegen bie Wirffamteit bes Bertrages feine Ginfprache erheben, bag er vielmehr biefen Bertrag als giltig und wirtfam betrachten wollte. (§. 863 a. b. G. B.)

Der oberfte Gerichtshof machte jeboch bie Sachfälligkeit bes Beflagten von bem Saupteibe über bie von ber Gigenthumseinverleibung bes Sobnes bemielben bom Bater gemachte Meugerung abbangig, letterer moge nur ben Originalvertrag behalten, es folle babei bleiben. Grunbe: In Ermagung, bag ber Rlager in Gemagheit bes 8. 865 a. b. G. B. fo lange, bis bie Genehmigung ber Curatelsbehörde erfolgt, allerdings vom Bertrage nicht gurudtreten tonnte, bag biefe Benehmigung aber ausbrüdlich verweigert murbe und bag ber Rläger hierauf im Ginne bes erwähnten Baragraphen aus obigem Bertrage nicht länger in Saftung blieb und ber mittlerweile großjabrige Beklagte burch feine Beitritteerklarung vom Februar 1864 Die erloschene Berbindlichkeit bes Rlagers nicht mehr aufleben machen tonnte, tann ber Bertrag und Diese Erklarung als zu Recht bestehend nicht angesehen werben, es mare benn, bag ber Rlager nachträglich extlart hatte, noch an fein im Bertrage gegebenes Berfprechen gebunben fein zu wollen. Der haupteib ift bestimmt, eine folde nadträgliche Erflarung ju erweisen und wurde baber auf selben erfannt.

#### Mr. 2964.

Unstatthaftigkeit ber Klage auf Rechnungslegung seitens bes Erben bes geschäftsführenben Gesellschafters gegen ben überslebenben Gesellschafter.

Eutsch. v. 9. Jänner 1868, Rr. 10381 (Best. bes das Urth. bes Consulargerichtes in Busarest v. 8. Nov. 1866, Rr. 13308, aband. Urth. bes O. L. G. Wien v. 4. Sept. 1867, Rr. 15738). G. H. 1868, S. 214.

B hatte mit Bertrag vom 1. November 1853 ben A zur Führung seines Geschäftes gegen Antheil am Gewinn aufgenommen. Nach bem Tobe bes A trat bessen Tochter und Erbin gegen B klagend auf, indem sie für den Berstorbenen aus der Geschäftsperiode vom 1. November 1853 bis zum Tode des A (Ende December 1854) noch einen Gewinnsantheil in Anspruch nahm und beshalb den B auf Ablage

ber Rechnung belangte.

Der oberfte Gerichtshof ertannte auf Abweisung ber Rlage. Grunde: Die Rechnungslegung fest begrifflich auf Seite bes biegu Berpflichteten bie Berwaltung eines fremben ober eines gemeinschaftlichen Bermögens voraus und ift bies in Ansehung bes letteren in ben §8. 837 und 1198 a. b. G. B. gang beutlich ansgesprochen. Das im &. 1206 a. b. G. B. bem Erben eines verftorbenen Socius, mit welchem die Gesellschaft nicht fortgesett wird, eingeraumte Recht, bie Rechnungen bis jum Tobe bes Erblaffers ju forbern, fteht bemfelben, wie jebem anderen Socius, nach &. 1198 a. b. B. nur gegen jenen Gefellichafter zu, ber bie Berwaltung bes Gefellichaftsvermögens beforgt hat, sowie ber Erbe felbft, nach §. 1206 a. b. S. B., ben anderen Gefellichaftern zur Rechnungsablage nur insoweit verpflichtet fein tann, als fein Erblaffer bie Berwaltung ber Societät geführt bat. Sieraus ergibt fich bie Unftatthaftigfeit bes Begehrens ber Rlagerin auf Rechnungsablage von Seite bes Betlagten für eine Beit, in welcher nicht ber lettere, fonbern ihr Bater ber Gefcafts. führer und vielmehr biefer bem Beflagten gur Rechnungslegung verpflichtet war. Glaubt aber bie Rlagerin als Erbin ihres Baters noch einen Geminnsantheil forbern zu tonnen, fo mar bie Rlage auf Rechnungslegung hiefar nicht ber richtige Beg, ba B ale Inhaber bes Beschäftes offenbar nicht angehalten werben tann, über bie Beftion feines Gefchaftsführers Rechnung ju legen, und bie Rlagerin als Erbin bes A nicht mehr Rechte hat als A felbst, ber zu einem folchen Unfpruch gegen B niemals berechtigt gewesen mare.

#### Mr. 2965.

Berechtigung des Testamentsexecutors zur Abhandlungspflege trot der hiezu erfolgten Bevollmächtigung eines Anderen seitens des Erben.

Entig. v. 9. Junner 1868, Nr. 11674 (Best. ber Decr. bes L. G. Wien v. 8. Oct. 1867, Nr. 55299 und vom 11. Oct. 1867, Nr. 55968, Ausbeb. bes Decr. bes O. L. G. Wien v. 12. Rov. 1867, Nr. 20657). G. Z. 1868, Nr. 63. G. H. 1868, S. 91. Gerichisbote 1868, Nr. 8.

M hatte in feinem Testamente feine Gattin zur Universalerbin bestimmt, feine Rinber und Entel auf ben Pflichttheil gefest, im § 8 ben Abvocaten A mit ber Abhandlungspflege betraut und ihn zum Teftamentserecutor bestellt. Die Witme bes M überreichte bei ber Abbanblungsbeborbe ein Gefuch mit einer Generalvollmacht, in welcher fie ben Notar B als ihren Machthaber bestellte, und gleichzeitig burch benfelben bie Erbeerklarung. Einige Tage nachher murbe Dr. A vom Gerichte als testamentarijch ernannter Abhandlungspfleger und Testamentsvollftreder bestellt, und beffen Anzeige, bag er bas Amt bes Abhandlungspflegers und Teftamentserecutors übernehme, mit bem Bebeuten zur Renntnig genommen, bag er zwar nach &. 8 bes Teftaments als zur Abhandlungspflege nach biefem Erblaffer berufen und berechtigt anerkannt werbe, er jeboch biefe Abhandlung im Einverftanbniffe mit ber Testamentserbin und rudfichtlich mit ihrem ansgewiesenen Machthaber, bem Rotar B, ju pflegen und baber bie betreffenden Eingaben von bemfelben mitfertigen zu laffen habe. — Gegen biefe Bescheibe überreichte bie Erbin burch ben Rotar B ben Recure und bas D. L. G. hob bie unterrichterlichen Befcheibe in ber Erwägung auf, bag ber &. 8 bes Testaments nicht als ein Auftrag an ben Erben aufgefaßt werben fann, bie Abhaublung bes Rachlaffes burch Dr. A pflegen ju laffen, ale bloger Bunfc aber für ben Erben nicht verbindlich ift, bag bie Berechtigung eines Dritten, bie jur Befinnehmung ber Erbichaft nothigen gerichtlichen Ginfdreitungen für ben Erben zu machen, jebenfalls eine Bevollmachtigung von Seite bes Erben vorausset und von ber Erbin zur Abhandlungspflege nach ihrem Gatten mittelft vorgelegter Bollmacht ber Rotar B berufen worben ift; bag baber Dr. A von bem Berichte weber als Abbandlungspfleger zu bestellen mar, noch auch als zur Abhandlungspflege berechtigt angesehen werben tann.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte hingegen die erstrichterlichen Bescheide. Denn, so lautete die Begründung, wenngleich dem Abhandlungsgericht die von der Testamentserdin dem Notar B ertheilte Bollmacht zu ihrer Bertretung in dieser Berlassenschaftsangelegenheit und zu allen behufs der Berlassenschaftsabhandlung ersorderlichen Einschreitungen und Bersügungen ausgewiesen worden ist, und wenngleich es einem eigenberechtigten Erben nicht verwahrt werden kann, sich in

ber Berlaffenschaftsabhandlung und in allen bamit im Busammenbange ftebenben Angelegenheiten burch einen Bevollmachtigten feiner Babl vertreten ju laffen, fo tann boch bamit, bag bie Erbin für fich einen Bevollmächtigten bestellt hat, Die ausbrückliche Testamentsbestimmung, aufolge welcher ber Erblaffer mit ber Abbandlungepflege seines Nachlasses ben Dr. A betraut hat, nicht als beseitigt angeseben werben, weil die Abhandlungspflege nicht ausschließlich nur bas Intereffe ber Teftamenteerbin, fonbern auch bie Intereffen anberer Betheiligten, als welche bier insbesondere bie auf ben Bflichttheil beschränften Rinder und Entel bes Erblaffere ericheinen, berfihrt, und weil vorausguseten ift, daß ber Erblaffer zu ber im Absate 8 bes Testaments getroffenen Bestimmung feine befonderen Grunde gehabt habe, über welche bas Gericht nicht einfach hinweggeben tann. Der Testamentserbin bleibt es fobin völlig unbenommen, in Allem, was bei bem Berlaffenicafteabhandlungegeschäfte ibre Berfon und ibr Intereffe betrifft, fich burch ihren Bevollmächtigten vertreten und benfelben für fie handeln zu laffen; fie kann aber nicht als berechtigt angesehen werben, die bom Erblaffer nach feinem ausbrudlich ausgesprochenen Willen beabsichtigte Ingerenz bes Dr. A bei ber Abhandlungspflege ju befeitigen. Da nun bie mittelft ber erftgerichtlichen Befcheibe getroffenen Berfügungen biefen Befichtepuntten volltommen entfprechen, so erscheint beren Aufhebung burch bas D. L. G. nicht gerechtfertigt und find biefelben vielmehr aufrecht zu erhalten.

### Mr. 2966.

Selbstverständliche Berpflichtung des Käusers zur Bezahlung des Capitalswerthes der von ihm auf Rechnung des Kausschillungs mit einem capitalisirten Werthe zur Zahlung übersnommenen wiederkehrenden Leistungen nach Beendigung dersselben. Directer Anspruch des Gläubigers gegen den Schuldsübernehmer.

Entich, v. 10. Jänner 1868, Rr. 10552 (Best. des Urth. des L. G. Wien v. 15. Jänner 1867, Rr. 74630, Aband. des Urth. des D. L. G. Wien v. 14. Juli 1867, Rr. 10250). G. B. 1868, Rr. 82. Gerichtsbote 1868, Rr. 4.

Die Erben ber A belangten die Erbin des B auf Zahlung von 1422 fl. auf Grund folgender Anführungen: Mit Bertrag vom 9. August 1838 habe die A ihr Haus um 2475 fl. an die C vertauft. Die Käuferin habe von diesem Kaufschlinge einen Theilbetrag von 1422 fl. nicht bezahlt, welcher als Bedeckungscapital für das der M gebührende, auf diesem Hause haftende Fruchtnießungsrecht von

einem Capitale per 622 fl. 'and für bas ebenba haftenbe unentgelt= liche, mit bem Jahresbetrage von 40 fl. reluirte Bohnungerecht von bem Raufschillinge in ber Art in Abrechnung gebracht murbe, bag beffen Bezahlung erft bei Ableben ber M erfolgen folle. Desgleichen babe bie C beim Beitervertaufe biefes Saufes von bem im Bertrage ddo. 8. Februar 1842 stipulirten Raufschillinge ben Theilbetrag von 1673 fl. nicht bezahlt erhalten, sondern der Räufer B habe die Rablungspflicht bezüglich biefes Betrages, wovon ber Theilbetrag von 1422 fl. bas obgebachte Bebedungscapital bilbete, als Gelbfichulbner und Rahler übernommen. Diefe Berpflichtung fei auf die Beflagte übergegangen, welcher, als bedingt erklarte Erbin, ber Nachlag bes B eingeantwortet worben sei. Nachbem nun die M gestorben und baburch bas mit beren Fruchtgenug belaftete Bebedungscapital, refp. bie noch unberechtigte Raufschillingereftforberung per 1422 fl. frei geworben ift, fo fei bie Getlagte jur Bablung berfelben an bie Rlager als Erben ber ursprunglichen Bertauferin verpflichtet. Die Betlagte producirte einen Grundbuchsextract, aus welchem hervorging, bag auf bem fraglichen Saufe lediglich die perfonlichen Servituten bes Fruchtgenuffes von bem Betrage per 622 fl. und ber Bohnung für bie M einverleibt erscheinen, baber biese Servituten burch ben Tob ber M erlofden feien. Ein Bebedungscapital erfcheine alfo grundbucherlich nicht einverleibt. Es murbe ferner eingewendet, bag bie Bebauptungen ber Rlager bezüglich ber beiben Ranfvertrage burch ben Bortlaut berfelben wiberlegt werben. In bem erften Bertrage von 1838 beiße es ausbrudlich, bag bie Rauferin C ben Raufpreis berart berechne, bag fie a) ben gedachten Fruchtgenug und bas Bohnungsrecht ber M bis jum Ableben berfelben als Schuldnerin und Rahlerin übernehme, und bie Bertauferin ertlart fich in Anfehung bes Raufschillings für volltommen befriedigt und ertheilt ohneweiters bie Auffandung. Die Abficht ber Contrabenten, baf bie Rauferin noch anferbem bie capitalifirten Berthe biefer jabrlichen Leistungen nach beren Aufhören gablen folle, sei also burch ben Inhalt bes Bertrages ausgeschloffen. Dasfelbe gelte von bem amifchen ber C und bem B gefchloffenen Bertrage, worin erklart wirb, bag ber gange Laufschilling burch Uebernahme obiger Servituten und burch sonstige Bahlung gehörig ausgewiefen fei. Auch hierin tomme tein Borbehalt ber Bertauferin auf weitere Rablungen por. Die eingellagte Forberung eriftire baber nicht und dies habe bas Landesgericht bereits anertamt, indem es in einem - von der Geflagten allegirten - Befcheibe bas Anfinnen ber Gellagten, bei ber Abhandlung nach B bie nunmehr gegen fie als Erbin eingeflagten Capitalswerthe ber gebachten Gervituten als Berlaffenicaftspafftbum m behandeln, auf Grund ber vorgelegten Bebelfe abgewiesen bat. Die Bellagte wendete ferner ein, daß die eingeflagte Forberung, felbft wenn fie beftunde, von ben Rlagern nur gegen bie C geltend gemacht werben tonne, benn fie - Die B -

ftebe mit ersteren in gar teinem Rechtsverhaltniffe, fie fei nicht mehr Besitzerin bes fraglichen Hauses und ber Bertrag ber C mit B, weldem weber bie Rlager noch ihre Rechtsvorfahren beigetreten feien, ericheine ben Rlagern gegenüber als ein Geschäft zwischen britten Berfonen, aus welchem die Rlager feine Rechte ableiten konnen. Endlich wurde eingewendet, daß bie Geflagte als bedingt erklärte Erbin nur quoad vires hereditatis haften wurde, baber bas unbebingt lautenbe Rlagebegehren eine pluris petitio enthalte. — Das Gericht erfter Inftang verurtheilte bie Beklagte unbedingt und unbeidrankt gur Rablung bes eingeklagten Betrages. Die Grunde lauten im Wefentlichen folgenbermagen: Die Ginwendung, bag bie C nach bem Ableben ber M jur Bablung ber bei ber Bezahlung bes Raufschillings in Anschlag gebrachten Betrage laut Inhalt bes Raufvertrages nicht verpflichtet war, fei unbegrundet. Laut biefes Bertrages murben bie jahrlichen Leiftungen an die M nicht als solche jur Zahlung übernommen, sonbern jenes Capital, von welchem ber Fruchtgenug, b. i. ber Binfenbezug ber M gebührte, in Anschlag gebracht und bas Wohnungerecht burch bie Abrechnung eines auf bie jahrlichen Leistungen bezugnehmenden, giffermäßig ausgemittelten Capitale von bem Raufschillinge mit diesem in ein birectes Berhaltnig berart gestellt, daß sich bie jahrlichen Leiftungen als entsprechenbes Mequivalent für bie Richtjahlnug biefes Theiles bes Raufschillings burch jene Zeit herausstellten, während welcher die Leiftungen stattfanden. Daraus ergibt fich von felbft die Berechtigung bes Bertaufere, Die volle Bablung bes Raufpreises bann zu begehren, sobald jene Leiftungen wegfielen. Da nun eine Urfunde in ihrem Busammenhange aufgefaßt werben muß, fo fann auch ber Abfat bes Bertrages von 1838, worin es beißt: "Nachdem ber gange Raufschilling burch Uebernahme ber auf bem Baufe haftenben Gate und sonstigen Einverleibungen, bann burch Bablung bes Raufschillingereftes bereits vollkommen berichtigt ift, fo ac.", nur in Gemagheit ber obenermannten Befchrantungen erflart werben, und ift bie Folgerung ber Geflagten, daß nach beffen Inhalt jede weitere Bablung eines Raufschillingereftes entfalle, unrichtig. Chenfo unbegrundet ift bie weitere Einwendung, bag B biefe an die C ju ftellende Rlagordnung jur Bahlung nicht übernommen Es ift wohl richtig, bag in biefem zweiten Bertrage Diefe Forberungen giffermäßig und speciell nicht erwähnt werben. Allein ber Räufer übernimmt in biefem Bertrage bie auf bem ertauften Saufe haftenden Sapposten im Betrage von 1673 fl., somit auch die bierauf einverleibten Forderungen hinfichtlich bes ber M gebührenden Frucht= genuß- und Wohnungerechtes, ba über biefe Leiftungen im Bertrage eine anderweitige Bestimmung nicht getroffen murbe. Ebenfo felbftverständlich ift, daß biefe Forberungen in jenem Betrage eingerechnet worden find, in welchem Diefelben bamale ju Bunften ber früheren Ranfer bestanden haben. Ungerechtfertigt ift auch die Ginmendung, bag

bie Rlager, refp. beren Rechtsvorganger aus ben beiben Bertragen, als zwischen anderen Bersonen gefchloffen, teine Rechte ableiten tonnen, ba boch unbestritten in benfelben Bereinbarungen getroffen worden, welche auf biefe Forberungen britter Berfonen Bezug nehmen, folglich bie Rechtssphare biefer britten Berfonen berührten, indem burch biefe Bertrage junachst die C, sobin aber B als Schuldner bezüglich biefer Forberungen beigetreten, somit ben Forberungsberechtigten selbstverftanblic verpflichtet worben find. Für bie Entscheidung endlich ift ber Umstand, bag in bem Rlagbegehren ber Beifat, die Geflagte habe nur nach Daggabe bes Nachlaffes zu zahlen, nicht gemacht worden ift, ganz unwesentlich, ba fich biefe Befdrantung aus bem Inhalt ber Rlage von felbft ergibt. - Das D. L. G. ertannte auf gangliche Abweifung bes Rlagbegehrens aus folgenden Grunden: Das Recht ber Rlager, Die eingeklagten Capitalsbeträge nach bem Tobe ber Servitutsberechtigten M ju forbern, tann nicht gegen bie heutige Geflagte geltenb gemacht werben, benn ber erfte ber beiben Bertrage wurde zwischen ber A, alfo ber Rechtsvorfahrin ber Rlager einerseits und zwischen ber C anbererfeits geschloffen. Im zweiten Bertrage bat mobl B bie Berpflichtung gur fortmahrenden Leiftung bes Fruchtgenuffes als Selbfichulbner und Babler übernommen; ba jeboch bie frühere Bertauferin A ober beren Erben biefer Bablungsubernahme nicht beiftimmten, fo tam baburch nur eine unvollständige Affignation ju Stande, welche für biefe nrsprüngliche Bertauferin nicht wirtsam ift (g. 1402 a. b. G. B.). Dem fteht nicht entgegen, bag ber zweite Bertrag, wenngleich nicht unter Intervention ber fruberen Bertauferin gefchloffen, bennoch ihre Rechtsiphare berühre; benn febr baufig baben Bertrage einen indirecten Einfluß auf britte Berfonen, ohne bag biefen bieburch aber auch icon beshalb Rechte gegen bie Bertragichließenben ermachfen wurden; jubem wurde aber burch biefen Bertrag bas Rechtsverhaltnig ber fruberen Berfäuferin zu ber C nicht im Minbesten beirrt ober geanbert, blieb vielmehr gang basselbe. Auch bie Annahme, bag bie C und B burch biefen Bertrag Solibarmiticulbner geworben maren, erscheint ganz unrichtig, benn eine Solibarverbindlichkeit tann nur in ben im Befete ausbrudlich bestimmten Fällen angenommen werben, ein folder tritt aber bier nicht ein.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bagegen bas erstrichterliche Urtheil. In ben Grünben, in welchen zunächst die beiden Berträge im Sinne der erstrichterlichen Motive interpretirt werden, heißt es sohin:
.... Es steht also dem Rlaganspruche durchaus nicht entgegen, daß in dem ersten Bertrag nicht ausdrüdlich gesagt wurde, daß die Räuferin nach dem Tode der M den inzwischen unbezahlt geblieben en Raufschillingsbetrag per 1422 fl. der Bertäuferin anszuzahlen habe, da sich ja dies aus der Einrechnung in den Raufschilling und aus der Berpflichtung des Räufers, den ganzen Raufschilling zu zahlen, von selbst ergibt und es einer ausdrücklichen Erklärung vielmehr dann

bedurft hatte, wenn eine Bergichtleiftung ber Rauferin auf biefen Raufschillingsbetrag stattfinden, und die Räuferin blos baburch, daß fie für bie Lebensbauer ber M 5 Bercent von 1422 fl. gabite, von ber Capitalidulb befreit sein follte, mas auch ber C gar nicht einfiel, ba fle fich fonft nicht im zweiten Bertrage unter ben Sapposten per 1673 fl. auch jene 1422 fl. in ben Rauffcbilling hatte einrechnen laffen. Auch bie weitere Einwendung, daß bie A ans bem zweiten Bertrage tein Forberungsrecht wiber B erworben habe, weil biefer Bertrag nur von ber C mit B abgeschloffen wurde, ift unftichhältig, weil die Bahlungeverpflichtung ja im Intereffe ber A bem B auferlegt und von ihm übernommen, und biese Affignation burch beren Beltenbmachung von Seite ber Rlager eine vollständige geworben ift. Endlich bedurfte es im Urtheile auch nicht bes Beisages, bag bie Geklagte nur als Erbin bes B nach Zulänglichkeit ber Berlaffenschaft zu gablen schuldig sei, ba biefe Bulanglichkeit aus ber vorliegenben Rachlagnachweisung fich ergibt und bas hervortommen weiterer Baffiven von ben Geflagten nicht behauptet murbe.

#### Mr. 2967.

Summarisches Berfahren: Unzulässigkeit des dem Curator irreferibel aufgetragenen Gides über ein ihm fremdes Factum.

Entich. v. 10. Jänner 1868, Rr. 11411 (Best. des das Urth. des L. G. Jungbunglan v. 14. Angust 1867, Rr. 5782, abaud. Urth. des D. L. G. Prag v. 22. Oct. 1867, Rr. 25486). G. H. 1868, Rr. 190.

In bem summarisch verhandelten Proces des Wechselinhabers A wider die Berlaffenschaft des Giranten B erkannte die erfte Instanz auf den unrudschiebbar dem Curator der Berlaffenschaft aufgetragenen Haupteid, daß er die Unterschrift des B auf dem Wechsel für unecht halte. Das D. L. G. beseitigte den Eid und verwarf ohne Weiteres

bas Rlagbegehren.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das Urtheil der zweiten Instanz, weil die im Justizhosdecret vom 26. April 1842, J. G. S. Rr. 610, nomirte, ausnahmsweise und der richterlichen Beurtheilung anheimgegebene Zulässigeit eines unrückschaeren Haupteides sedenfalls auf der Boraussezung beruht, daß der Delat nach den vorliegenden Umständen von der Wahrheit oder Unwahrheit der damit zu beweisenden Thatsache Kenntniß haben kann, mithin hier, wo diese Boraussezung nicht eintritt, da der Nachlageurator von der Echtheit der Unterschrift des verstorbenen B auf dem Wechsel eigene Kenntniß und Ersahrung nicht wohl haben kann, die Delation des irreferiblen Haupteides an denselben unstatthaft war.

#### 9tr. 2968.

Summarisches Verfahren: Unzulässigkeit bes bem Curator referibel aufgetragenen Haupteibes über ein ihm frembes Factum.

Entich. v. 10. Jänuer 1868, Rr. 11478 (Best. bes das Urth. des Q. G. Jungbunglan vom 10. April 1867, Rr. 2768, abänd. Urth. des D. L. G. Brag v. 29. Oct. 1867, Rr. 15322). G. H. 1868, S. 58.

A, ale Verlaffenschaftecurator nach M, flagte wiber B auf Bahlung bes Wechselbetrages per 165 fl. fammt Unhang. Der Beflagte fette bem Rlaganspruche bie Einwendung entgegen, bag er bie angeklagte Wechselforberung bem M noch bei beffen Lebzeiten begablt babe. Bur Erweisung biefer Behauptung bat Betlagter über bas angeführte, vom flagenden Curator ber Berlaffenschaft aber wiberfprochene Factum ber angeblich geleifteten Bahlung bem Curator ben rudichiebbaren Saupteib aufzutragen. - Das Gericht erfter Inftang bat ben Bablungsauftrag bebingt aufrecht erhalten, wenn ber Rlager ben ihm aufgetragenen Saupteib babin ablegt: "es fei nach seinem besten Wiffen und Bewiffen nicht mahr, bag ber Beklagte ben Betrag von 165 fl. dem M noch bei Lebzeiten bezahlt habe"; weil bie Bestimmungen ber §§. 32 und 36 bes Befetes über ben fummarifden Civilproceg im vorliegenden Falle für anwendbar und bie Eibesauftragung für ftatthaft angesehen murbe. — Dagegen bat bas D. L. G. ben Bahlungeauftrag unbedingt aufrecht erhalten und bem Rlagbegebren ftattgegeben, weil (fo bie Grunde) bie fragliche Eibesauftragung nach §. 207 a. G. D. unftatthaft fei, indem ber Delat nicht im eigenen Namen, fonbern für bie Berlaffenschaft eines Berftorbenen, beffen Erben im Broceffe als Streittheil nicht fungiren, ben Proces führt und ihm ber Saupteib über frembe Sandlungen nicht aufgetragen und er auch nicht angehalten werben fann, ben ihm ordnungewibrig aufgetragenen Saupteid bem Begner gurudguichieben und hieburch die Entscheidung ber Rechtsfache in beffen Bande ju legen; weil die §g. 32 und 36 des Gefetes über ben Summarproces im vorliegenden Falle feine Unwendung finden, ba burch biefe Baragraphen die Bestimmung bes &. 207 ber a. G. D. nicht aufgehoben wurde, fonbern felbe nur die Unnahme ober Burudichiebung folder Saupteibe betreffen, beren Auftragung nach bem Befete julaffig erfceint, mas rudfictlich bes bier in Rere ftebenben Baupteibes nicht ber Rall ift; weil mithin bas angebotene Beweismittel bes Baupteibes im gegenwärtigen Streite nicht anwendbar und ber Beffagte andere Beweismittel über bie geleiftete Bahlung nicht beigebracht hat.

Der oberfite Gerichtshof bestätigte bas obergerichtliche Urtheil aus folgenden Gründen: Der Beklagte hat teinen gerichtsordnungsmäßigen Beweis über bie von ibm behauptete Zahlung bes Klagwechfels an-

geboten. Der tem Berlassenschaftscurator rückschiebbar ausgetragene Haupteid ist nach §. 207 a. G. D. unzulässig, weil der Eurator nicht im eigenen Namen Proceß sührt, und weil ihm über fremde Handlungen, von denen er keine Renntniß hat, kein Haupteid aufgetragen werden kann, da er offenbar nicht im Stande ist, dieselben eidlich zu negiren. Es bliebe ihm daher nichts anderes übrig, als den Haupteid dem Gegner zurückzuschieben und dadurch den Erfolg des Processes in dessen Hand zu legen. Da der Beklagte einen anderen Beweis über die angeblich geleistete Zahlung nicht andot und der angeblich schon bezahlte Wechsel noch immer in Händen des Klägers ist, obzeich nach Art. 39 W. D. ihm bei der Zahlung der Wechsel einzuhändigen war, so mußte das obergerichtliche Urtheil bestätigt werden.

### Mr. 2969.

# Actio negatoria.

Entsch. v. 10. Jänner 1868, Rr. 11539 (Best. des Urth. des G. B. Schwarztostelet v. 22. Jänner 1867, Rr. 423, Aband. des Urth. des D. L. G. Brag v. 12. Juni 1867, Rr. 12874). G. H. 1868, S. 139.

A, Eigenthümer einer grundbücherlich mit feiner Servitut belafteten Wiefe, belangte seinen Nachbar B mit ber negatorischen Rlage, weil berfelbe beim Umadern seines Felbes mit bem Pfluge auf Die

Biefe bes Rlagere fahrt und barauf umtehrt. .

Der oberfte Gerichtshof hat ber Rlage aus folgenden Grunden stattgegeben: Rach bem Ergebniß ber Streitverbandlung und nach bem Anbringen bes Beflagten felbft muß angenommen werben, bag berfelbe und feine Befitvorfahren bas Umtehren mit Bjerben auf ber Biefe bes Rlagers, obicon fie es burch viele Jahre factifch ausübten, niemals als ein Recht, bie Gestattung bes Umtehrens vom Rlager niemals als eine Schuldigfeit geforbert haben; wenn baber ber Rlager bas Umtehren gestattete, fo tann es feinerseits nur aus nachbarlicher Befälligfeit geschehen sein. Da somit ber Beweis fehlt, bag ber Beflagte burch bas Wenben bes Pfluges auf ber Wiefe bes Rlagers von einem Recht Bebrauch gemacht habe und baburch in ben Befit ber Servitut gekommen fei, fo tann beim Abgang biefes erften und wichtigften Erforderniffes ber Erwerbung mittelft ber Erfitung von terfelben feine Rebe fein, um fo minber, ba bie vernommenen Zeugen eben auch nur bas factische Einfahren bes Beklagten und feines Borgangers und Umwenden bes Pfluges ju brei verschiedenen Beiten, obne bag hieraus auf die ununterbrochene Ausübung eines Rechtes geschloffen werben tonnte, und felbft biefes factifche Ginfahren und Ummenben nur für Zeitpuntte (vor 25, vor nicht gang 30 Jahren) bestätigten, feit welchen bis jur Rtaganstellung 30 Jahre nicht verftrichen maren.

### Mr. 2970.

Wirkfamkeit mündlicher Abreden neben der Bertragsvunktation. Entich. v. 14. Jänner 1868, Rr. 11584 (Beft. bes das Urth. bes G. B. Graz v. 20. August 1866, Rr. 9943, abänd. Urth. des O. L. G. Graz vom 21. März 1867, Rr. 2681). G. H. S. 1868, S. 170.

Durch Bertragspunktation hat die Rlägerin A bem Beklagten B ihr Baus und die gange Fahrnig, wie fie liegt und fteht, mit Ausnahme eines Raftens und eines aufgerichteten Bettes, überlaffen. Sofort nach ber Errichtung ber Bunttation ift aber von ben Contrabenten munblich bas llebereinkommen getroffen worben, bag ber A bie lebenslängliche Benützung ber übrigen Ginrichtungsftude porbehalten bleibe, und barauf grundete fie bie Rlage auf beren Berausgabe, welche in erfter Inftang wegen bes Biberfpruches amifchen ber mundlichen Abrede und bem Inhalte ber Bunktation nach §. 887

a. b. S. B. abgewiesen murbe.

In Ermagung, bag nach ber Ausfage ber Beugen ber Rlagerin bie von ihr ausbrudlich verlangte Aufnahme bes obermahnten Borbehaltes in ber Bertragspunktation nur beshalb unterblieben ift, weil B beffen Buhaltung ausbrudlich verfprochen und barum bie Einschaltung besfelben in ber Bunftation für überfluffig erklart batte; baß bei biefer Sachlage ber Beklagte, ohne wort- und vertragsbrüchig au werben, ber übernommenen Berbindlichkeiten fich nicht entziehen und jur Beschönigung eines folden Bertragebruches auf ben §. 887 a. b. B. fich umfoweniger berufen tann, ale bier über ben verabrebeten Rauf ober Bertauf nicht eine formliche Bertragsurtunde im Sinne bes &. 884 a. b. G. B., sondern blos eine Bunktation, b. i. ein Auffan über bie Sauptpuntte errichtet worben ift, ber insbesonbere in Beziehung auf bas Quantum und Quale bes mitvertauften beweglichen Bermögens und auf ben Zeitpunkt und die Art ber Uebergabe fic ale ludenhaft zeigt - baber benn auch ben gleichzeitig getroffenen munblichen Reftfetungen über von ber Bunftation nicht berührte Rebenpuntte Die Rechtsgiltigfeit und Birffamteit nicht abgefprocen werben fann, bat ber oberfte Gerichtshof bas bem Rlagbegebren ftattgebente Urtheil ber zweiten Inftang bestätigt.

# Mr. 2971.

Besitzstörungsproceß: Legitimation bes Klägers.

Entich. v. 14. Jänner 1868, Nr. 198 (Best. bes bas Decr. bes B. G. Böhmisch-Leipa v. 15. Sept. 1867, Nr. 4895, aband. Decr. bes O. L. G. Brag v. 6. Nov. 1867, Nr. 28880). G. H. 1868, S. 134.

A belangte im eigenen Ramen ben B in possessorio summariissimo wegen Störung im Befit einer Biegelei, welche A auf bem Grundftud ber M errichtet und im Betrieb hatte. Der Beklagte wiberfprach ber Anführung bes Rlagers, bag berfelbe bie Biegelei in eigenem Ramen und für seine Rechnung betreibe, und machte geltend, bag bie Biegelei vielmehr ber M gehore und für ihre Rechnung vom Rlager als ihrem Mandatar betrieben werbe. A vermochte biefem Biberfpruch entgegen feine Behauptung nicht ju beweifen, sowie umgefehrt auch nicht von B bas flagerifcherfeits abgeleugnete Manbateverhaltnig bes A jur M in Betreff ber Riegelei bargethan murbe. Außer ber Einwendung, ber bem Rlager, als blogem Inhaber fehlenden Sachlegitimation, brachte ber Beflagte ben weiteren Einwand vor, bag nach bem plötlichen Tobe ber ohne Teftament verftorbenen M, welcher ben Rläger zu einer bringenben Beschäftereife veranlagte, bie nicht unbebeutenbe Berlaffenschaft und befonders bie Grofe ber Liegenschaft, auf welcher die Ziegelei errichtet ift, im Intereffe ber Erbicaft eine schnelle Berfügung erheischten, und bak, ba eine Erbeerflarung noch nicht eingereicht mar und Die Succeffionsberechtigten größtentheils fogar unbefannt find, vom Abhandlungegericht (bei welchem auch ber Besithftorungsproceg anhangig murbe) in feiner, bes Bellagten, Berfon ein Berlaffenschaftscurator und ibm - ba es befannt gewesen, bag mit ber benachbarten Gifenbahnunternehmung Biegellieferungen contrabirt worben waren - bie Abwidlung biefes Befchaftes, bie Empfangnahme ber Belber und bie Rechnungsablage jur befonderen Bflicht gemacht worden fei. - In erfter Inftang murben beibe Ginmenbungen, sowohl die des Mangels der Sachlegitimation des Rlagers, als ber bas Mertmal ber Eigenmacht in feinem Sanbeln ansschließenben Stellung bes Beflagten als Berlaffenicaftscurator für gegrundet ertannt und beshalb bie Rlage abgewiesen. — Das D. L. G. hat bem Rlagbegehren aus folgenden Grunden ftattgegeben: Das Rlagfactum, nämlich bie Errichtung ber Biegelei burch ben Rlager auf bem Grundftud und mit Buftimmung feiner Manbantin M und ber Betrieb berfelben burch ibn wurde vom Beflagten jugestanden und ift biemit feftgestellt, bag ber Rlager im letten factifchen Befite ber Biegelei war; benn barans, bag er ber Manbatar ber M gewesen ift und bie Biegelei mit ihrer Zustimmung auf ihrem Grund erbaut und betrieben hat, folgt nicht, daß er hiebei nur als Mandatar gehandelt habe. Der lettere Umftand mare übrigens auch gar nicht entscheibend, weil in bem Befitftorungeftreit bie Abficht, Die Sache als Die feinige gu behalten, nicht nachzuweisen ift, ba es eben nur auf Die factische Ausübung ber Befitrechte antommt und ebenfowenig jum Schute bes factischen Besitzes bas Recht jum Besitze und bie Echtheit bes Besitzes nachgewiesen werben muß, indem gemäß g. 339 a. b. G. B. Niemand befugt ift, ben Besit, er mag von mas immer für einer Beschaffenbeit fein, eigenmächtig zu ftoren. Ebenjo ift auch bie Storung bes Befiges bes Rlagers burch ben Betlagten conftatirt. Denn ber Beflagte hat gestanden, in Abwesenheit bes Rlagers Die Berwaltung ber Biegelei übernommen, ben Raufpreis für 9000 Stud Biegel eincaffirt, Arbeiter entlassen und bezahlt, und über die für die Ziegelei angekauften Bierde berart verfügt zu haben, daß er damit Fuhren

nach feiner Unordnung verrichten ließ.

"Mit Festhaltung ber aus ben flaren Bestimmungen bes §. 5 bes Gefetes über bas Berfahren in Befitftorungeftreitigfeiten und bes &. 339 a. b. B. abgeleiteten Enticheibungsgrunde bes D. L. G. und in ber Ermägung, bag, nachdem vom Beflagten weber behauptet noch bemiefen murbe, bag ibm fpeciell bie Bermaltung ber ftreitigen Biegelei mit entsprechenber Ginführung in ben Befit berfelben vom Gericht übertragen und ber bezügliche richterliche Erlag bem Rläger als anerfannt bisherigem factifchen Befiger ber Biegelei zugeftellt worben fei, ber Lettere gegen bie Störung, beziehungsweife Ent= ziehung biefes Befites nur im Ginne ber taif. Bbg. v. 27. October 1849, R. G. Bl. Nr. 12, und nicht auf bem Recurswege fich schützen tonnte; bag übrigens bie Erörterung und Entscheidung ber Fragen: ob ber Klager blos als Bevollmachtigter gehandelt, ob unt wiefern er fein Mandat überschritten habe, ob basselbe erloschen fei und ob ihm überhaupt Befit - ober Gigenthumerechte an ber Biegelei gufteben, feinen Wegenstand bes vorliegenden Befitftorungeftreites bilben tonnten", - hat ber oberfte Gerichtshof bas Ertenntnig ber zweiten Inftang bestätigt.

### Mr. 2972.

Lebensversicherung: Verschweigung einer nicht lebensgefähr= lichen Krankheit.

Eutsch, v. 15. Jänuer 1868, Nr. 10836 (Best. des Urth. des H. G. Wien vom 25. Sept. 1867, Nr. 11728). G. H. 1868, Nr. 207.

Die Rlage ber Erben bes A wider die Lebensversicherungsanstalt B auf Zahlung der Bersicherungssumme wurde vom obersten Gerichtshose mit Abweisung der Einwendung, daß A an der Harnröhre-Berengung (strictura urothrae), in Folge welcher er starb, bereits vor dem Abschluß des Bersicherungsvertrages gelitten und davon beim Abschluß keine Erwähnung gemacht habe, zugelassen, weis in den Fragen der Versicherungsaustalt die strictura urothrae nicht speciell genannt und dieselbe von den Sachverständigen nicht im Allgemeinen, sondern nur beim Hinzutritt anderer Umstände als eine lebensgesährliche Krantheit bezeichnet worden ist.

#### Mr. 2973.

Wechselschuld: exceptionsweise Geltendmachung der causa promittendi.

Entsch. v. 15. Jänner 1868, Rr. 10999 (Best. bes das Urth. bes L. G. Biener-Renstadt vom 12. Juni 1867, Rr. 424, aband. Urth. bes D. L. G. Wien v. 23. Oct. 1867, Rr. 17235). G. H. 1868, S. 180.

Segen die Rlage des Bechselausstellers pto. Zahlung von 170 fl. brachte der beklagte Acceptant die Einwendung vor, daß dem Wechselgeschäft eine Spielschuld zu Grunde liege, mithin der Kläger nach §§. 1271 und 1272 a. b. S. B. die Wechselsumme einzuklagen nicht berechtigt sei. — Dieser in erster Instanz unter Annahme der durch das Wechselsgeschäft bewirkten Novation abgewiesenen Einrede wurde vom D. L. G. unter der Bedingung des vom Beklagten über die ein-

gewendete Thatfache abzulegenden Saupteides ftattgegeben.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas Urtheil ber zweiten Instanz in Erwägung, daß nach ber in ber Berhandlung festgestellten Sachlage bas Entfteben bes vom Betlagten acceptirten Bechfels auf ein vom Rlager bemfelben gegebenes Darleben jurudguführen ift, burch bie Acceptation eines Wechfels über ein empfangenes Darleben aber ber Rechtsgrund und Hauptgegenstand ber Forberung bes Darleibers bem Anleiber gegenüber nicht als veranbert und bie aus bem Darleben entstandene Berbindlichfeit bes Letteren bem Erfteren gegenüber nicht als in eine neue und andere übergangen anzusehen, vielmehr die Acceptation bes Wechsels nach ihrer mahren Beschaffenheit nur ale bie Ausstellung einer Schuldurtunde über bie Darlebensfoulb, burd welche Urtunde ber Schuldner ber Bechfelftrenge unterworfen werben foll, aufzufaffen ift; bag, wenn bie eingeflagte Summe eine Spielfdulb ift, bas bem Rlager fobann mangelnbe Rlagrecht (§§. 1271 und 1272 a. b. G. B.) auch durch bas Uebereinkommen, Die Spielfdulb als ein Darleben ju conftituiren, nicht begrunbet merben fonnte.

# Mr. 2974.

Unzuläffigkeit solcher Neuerungen in der Schlußschrift, welche nicht zur Entkräftung von Neuerungen in der Duplik dienen.

Enisch, v. 15. Jänner 1868, Rr. 51 (Best. des Urth. des H. G. Wien vom 30. Juli 1867, Rr. 71024, Aband. des Urth. des O. L. Eden vom 20. Rav. 1867, Rr. 16335). G. Z. 1868, Rr. 28.

A begehrte wider B bie Bewilligung zur Legung von Renerungen in ber Schlufichrift, jedoch, wie er angab, nur vorsichtsweise, da sie eigentlich blod zur Widerlegung ber von B in seiner Duplit angeführten neuen Umftanbe bienen follten. B wiberfprach biefes und verweigerte bie Legung. - Die erfte Inftang wies bas Begehren bes A ab. Grunde: Der §. 57 a. G. D. fcreibt ausbrudlich vor, bag in ber Schlugfchrift nur folche neue Umftanbe und Beweismittel angebracht werben tonnen, welche gur Entfraftung ber Reuerungen ber Duplit bienen, und bies bat seinen Grund barin, bag bie Barteien in ben früheren Schriften Gelegenheit genng hatten, Die Streitsache erschöpfend ju besprechen, sowie bag ber Schriftenwechsel mit ber Begenschlugichrift jedenfalls endigen muß, weshalb in ber Schlufidrift teine neuen Erörterungen fattfinden burfen. - Die ameite Inftang gab bem Begehren bes Rlagers gegen Ablegung bes Gibes ftatt, bag er bie neuen Umftanbe und Beweismittel in ber Rlage und Replit nicht gefliffentlich verschwiegen habe. Grunbe: Es tann aus ber Anordnung bes §. 57 a. G. D., bag in ber Schlugschrift einzig und allein nur folche neue Umftanbe und Beweismittel angebracht werben burfen, welche unmittelbar gur Entfraftung ber in ber Duplit beigebrachten Renerungen gehörig find, nur gefolgert werben, bag Rlager jur Anbringung folder Umftanbe und Beweismittel feine befonbere Bewilligung benöthigt. Reineswegs läßt fich aber aus obiger Borfdrift folgern, bag es bem Rlager nicht gestattet sei, in seiner Schlufschrift mit Legungsbewilligung auch andere neue Umftande und Beweismittel anzubringen und bie Bewilligung ju beren Legung ju erwirten. Es ergibt vielmehr aus ber Bergleichung bes g. 57 mit ben §g. 53, 54 und 55 a. G. D., baß für bie Schlugichrift bes Rlagers teine andere Rorm bestimmt murbe, als welche für bie Duplit bes Betlagten gilt. Denn gleichwie biefem letteren gegen Erweifung ber nicht gefliffentlichen Berschweigung Neuerungen in ber Duplit gestattet find und nur für biefen Rall bem Rlager bie Ginbringung einer Schlugschrift zugeftanben wird, fo muß bies auch bei ber Schlufichrift bes Rlagers, auf welche ber Geflagte noch bie Begenfolugidrift erftatten tann, Anwendung finden und als im Ginne bes &. 57 a. G. D. gelegen betrachtet Es tann nämlich vom Befete nicht beabsichtigt fein, Die Streittheile in ihrem Rechtsstreite bei Geltendmachung und Anbringung ihrer Behelfe au beschränken, vielmehr wird burch bie angeordneten Beidrantungen nur bezwedt, über jebe neue Anbringung eines Theiles bem Begner auch bie Möglichteit einer Entgegnung ju wahren. hieraus wird auch erflärlich, warum in ber ben ichriftlichen Rechtsftreit unbedingt abichließenden Gegenschlußschrift die Anbringung nener Umftande und Beweismittel unter feinerlei Bormand gestattet ift.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas erstrichterliche abweisliche Urtheil aus folgenden Gründen: Wenn die neuen Umstände und Behelfe, welche der Kläger anzubringen beabsichtigt, blos, wie er behauptet, zur Widerlegung der in der Duplit enthaltenen Reuerungen dienen — worüber das Gericht bei Entscheidung der Hauptsache felbft zu urtheilen haben wird - fo bedarf es zur Beibringung berfelben obnehin feiner befonderen Bewilligung; wenn es aber andere Reuerungen find, fo burfen fie unter teinem Bormande in ber Schlußfdrift angebracht werben. Denn fcon nach &. 3 a. G. D. foll ber Rlager in ber Rlage bas Factum, aus welchem er fein Recht berleitet, vollständig und mit allen Umftanben, welche gur Bemahrung feines Rechtes bienlich fein tonnen, alfo auch mit ben erforberlichen Beweisen anbringen. Ferner untersagen bie §§. 47 und 53 a. G. O. bie Anführung anderer Umftande ober Bebelfe in ber Replit und Duplit, als jener, welcher einerfeits zur Wiberlegung bes Factums und ber Einwendungen, die in der Einrede vorgekommen find, andererfeite jur Entfraftung ber Neuerungen ber Replit bienen follen. Bon biefer Borfdrift wird zwar eine Ausnahme in ben §g. 48 und 54 babin gestattet, bag unter besonderen Boraussenungen auch in ber Replit und Duplit andere Reuerungen zugelaffen werben. aber erklart ber §. 57 a. G. D. gang tategorifd, bag in ber Schlufe forift einzig und allein folche neue Umftanbe und Beweismittel vom Rlager angebracht werben tonnen, welche unmittelbar zur Entfraftung ber in ber Duplit angebrachten Neuerungen geborig find, bann bag in ber Gegenschlufichrift unter teinerlei Bormand Die Beibringung neuer Umftande und Beweismittel ju geftatten ift. Rachbem bas Berbot, andere als die obermabnten Reuerungen in ber Schlukidrift aufzunehmen, fo bestimmt ausgebrudt ift, nachbem es bem Gefengeber boch, wenn es feine Abficht gewesen mare, fo nabe gelegen batte, eine Anenahme, wie fie in ben §§. 48 und 54 für Replit und Duplit gemacht murbe, auch fur bie Schlufichrift auszusprechen, jo tann von einer analogen Anwendung biefer Annahme auf Die Schlufichrift teine Rebe fein, und zwar um fo minber, als fie fonft auch auf bie Gegenidlukidrift confequenterweise ausgebebnt werben müßte, um bem Betlagten bie Bertheibigung gegen bie Reuerungen ber Schluffdrift nicht zu benehmen und bas Ende fchriftlicher und anderer nicht fummarifd, alfo nicht mit Beichleunigung verhandelter Broceffe nicht abzuseben mare.

# Mr. 2975.

Sistirung ber Feilbietung während ber Berhandlung über die Restitution zur Appellation.

Entich. v. 15. Jänner 1868, Rr. 260 (Best. bes das Decr. bes B. G. Arzeszowice v. 26, März 1867, Rr. 787, abanb. Decr. bes O. L. G. Aratan v. 8. Oct. 1867, Rr. 10960). G. H. 1868, S. 208.

Das Gesuch bes Beklagten B um Siftirung ber vom Rlager A auf Grund eines Urtheils eingeleiteten executiven Berfteigerung einer

Liegenschaft bis zur Entscheidung über die von B begehrte Restitution gegen die ihm verstrichene Frist zur Appellation gegen das besagte Urtheil wurde vom obersten Gerichtshof in der Erwägung bewilligt, daß, falls die begehrte Restitution zugelassen werden sollte, das von A ersochtene Urtheil noch nicht rechtsträftig sein würde und aus der dessen ungeachtet stattsindenden Bersteigerung der Realität für den Restitutionswerber ein unwiederbringlicher Nachtheil sich ergeben könnte.

#### Mr. 2976.

Berpflegung der Schwester durch den Bruder: Ausschluß der Forderung auf Rückerstattung wegen der causa pietatis.

Entich. v. 21. Jänner 1868, Rr. 11361 (Best. bes bas Urth. bes L. G. Wien v. 4. Inni 1867, Rr. 28992, abänd. Urth. des O. L. G. Wien vom 2. Oct. 1867, Rr. 14382). G. Z. 1868, Rr. 28. Gerichtsbote 1868, Rr. 5.

A hatte feine großjährige, ein eigenes Bermogen beftpenbe Schwester B nach bem Tobe ber beiberfeitigen Mutter bis ju ihrer Berheiratung burch brei Jahre volltommen verpflegt. Bon einem Entgelt war wohl feine Rebe gewesen; bie B fagte jeboch öfter, wie A behauptete und burch ben Eib zu erweifen fich erbot, bag fie fich mit ihm wegen biefer Berpflegung icon verrechnen werbe. Rach Berlauf von 16 Jahren klagte A auf Zahlung von 1096 ft. als bas fikt feine Leiftungen noch ausstebenbe Entgelt. Die B wenbete ein, bag fie ihrem Bruber bie Dienfte einer Baushalterin mabrend ber Beit ihrer Berpflegung burch ibn geleistet und bieburch bie ihr geworbene Berpflegung volltommen vergolten babe. Sie wiberfprad übrigens bie bezüglich ber zugefagten Berrechnung von ihrem Bruber aufgestellte Behauptung. A ftellte bie Saushaltungsbienfte in Abrebe. — Das Bericht erfter Inftang machte bie Sachfalligfeit ber Beflagten in quali von bem haupteide barüber abhangig, bag fie bie Gefcafte einer Baushälterin beforgt habe, in quanto von bem feitens bes Rlagers eventuell abzulegenden Schatungseibe. Die Grunde lauten: Der Forberung für die ber Getlagten burch brei Jahre gemahrte volle Berpflegung wird bie Einwendung entgegengefest, bag bie Geflagte mabrend biefer brei Jahre bie Fubrung bes Bauswefens bes Rlagees übernommen und flatt einer Birthichafterin feine Birthichaft beforgt babe, wofür fie felbftverftanblich Roft und Bohnung genog und nur tein Entgelt für biefe Leiftung beanspruchte, weil es ihr Bruber mar, beffen Birthichaft fie leitete. Diese Behauptung will bie Gettagte burch ben haupteib erweifen. Der haupteib ftellt fich allerbings als entscheibenb bar, weil, wenn biefe Behanptung erwiesen wirb, bie Leiftung bes Rlagers burch bie Gegenleiftung ber Geflagten, wogu

teine gesetzliche Berpflichtung für fie bestand, aufgewogen wird, inbem ber Rlager einer fremben Birthichafterin ebenfalls Roft und Bobmung batte gemahren und bochftwahrscheinlich fogar noch ein Entgelt in baarem Gelbe, einen Lohn, hatte leiften muffen, und wenn biefer Beweis ber Begenleiftung ber Getlagten nicht bergestellt wirb, bie biesfällige Forberung bes Rlagers erwiefen ift, nachbem berfelben bie Einwendung ber Berjahrung nicht entgegengefest wird und bie Beflagte zugibt, bag fle bom Rlager burch brei Jahre bie Berpflegung genoffen bat, wozu für ihn ebenfalls teine gefetliche Berpflichtung bestand. Es wurde bemaufolge auf biefen entfcheibenben Saupteib ertannt und ber biesfällige Anfpruch bes Rlagers von ber Richther= stellung biefes Beweises abbangig gemacht: nut wurde aus ber Gibesformel ber Umftanb, bag Beflagte auf Erfuchen bes Rlagers feine Birthichaft beforgte, hinweggelaffen, weil felbftverftanblich gegen feinen Billen bies nicht hatte geschehen konnen. - In ameiter Inftang wurde Rlager abgewiesen aus folgenben Gründen: Bas ben Anspruch bes Rlagers für die ber Getlagten geleiftete Berpflegung anbelangt, fo hat Rlager ben Rechtstitel biefer Forberung in ber Rlage nicht angegeben und in ber gangen Berhandlung nicht behauptet, bag er fich von der Geklagten für biefe Berpflegung ein Entgelt ausbrudlich ober ftillichweigend bedungen habe. Wenn nun auch Schentungen in ber Regel nicht vermuthet werben, fo fprechen boch im vorliegenben Falle alle Umftanbe baffir, bag bie Berpflegung vom Rlager ohne Rudfict auf Zahlung geleiftet wurde. Denn bie Streittheile find Geschwifter, fie verblieben nach dem Tobe ber beiberseitigen Mutter in gemeinsamer Sanshaltung, Geflagte bat in berfelben, wie Rlager in der Replit felbst zugibt, benn boch einige Dienste geleistet und Rläger hat weber mabrend ber breifahrigen Leistung ber Berbflegung. noch auch nach Aufhören bes Beisammenwohnens bis nun burch einen 15jährigen Zeitraum einen Anspruch gegen bie Geklagte erhoben. Rlager felbft war nicht im Stanbe, in ber Rlage einen Rechtsgrund anguführen, und erft in ber Replit will er biefelbe als eine Entschädigungsflage barftellen, als welche fie fich nicht barftellt, ba ber Gemuß ber Berpflegung nicht als eine Schabenguftigung angefeben werben tann. Es ift bemnach ber Anfpruch bes Rlagers für Berpflegung wegen Mangels bes Rechtsgrundes abzuweisen, wodurch bie Beweisführung über bie bas Entgelt barftellenben Dienftleiftungen ber Geflagten entfällt. Die Berfallung bes Rlagers in Die Gerichtstoften wird verfügt, weil berfelbe vom erften Richter für ben Fall feiner Sachfälligfeit jum Roftenerfate verurtheilt murbe, Rlager bagegen fic nicht beschwert hat und er in zweiter Inftanz unbedingt sachfällig wirb. In ben Reviftonsbeschwerben bemertte Rlager, bag eine Leiftung, in Betreff beren bie Empfängerin felbft eine Berrechnung anbot und bie fie fcon vergolten haben will, nicht als unentgeltliche vermuthet werben tonne, bag ibm nur bie Anführung bes Factums, nicht auch bes Rechtstitels, aus bem er sich ein Recht ableitet, obliege, und daß es Sache des Richters sei, den Anspruch unter das Gefetz zu subsumiren. Uebrigens stützte sich seine Rlage auf §. 1042 a. b. G. B.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas Urtheil ber zweiten Inftanz aus folgenden Grunden: Rlager gefteht, daß für die Berpflegung, welche bie Geklagte in ben Jahren 1848 - 1851 in feinem Saufe genoß, ein Entgelt nicht ausbrudlich bedungen mar; ein folches tann aber nach §. 863 a. b. G. B. auch nicht als stillschweigend bedungen angesehen werben, ba es an solchen Sandlungen fehlt, welche mit Ueberlegung aller Umftanbe feinen vernünftigen Grund übrig laffen würben, baran ju zweifeln, bag bie Getlagte mit bem Rlager über Bezahlung ber Berpflegung einverstanden gemefen fei. Aber auch auf die Bestimmung bes §. 1042 a. b. G. B. fann Rlager feinen Bahlungsanfpruch nicht ftuben; benn wenn bie Beflagte auch nicht icon als Schwefter unentgeltliche Berpflegung vom Rlager forbern tounte, fo tonnte boch Rlager auf jebes anbere Entgelt, welches icon auch in ber von ihm zugegebenen Berwendung ber Geflagten und in bem Borhanbensein einer bie verftorbene Mutter einigermaßen erfetenben fo naben Berwandten im Baufe gefunden werben muß, verzichten, welcher Bergicht unter biefen Umftanben als ffillschweigend geschehen nach &. 863 a. b. 38. umsomehr anzunehmen ift, ale Rlager hienach bie Bezahlung ber Berpflegung burch bie Betlagte nicht als etwas Selbstverftanbliches betrachten tonnte, fonbern ale einer ausbrudlichen Befprechung Beburfenbes ertemmen mußte und es ihm erft, nachdem bie Betlagte langft fein Baus verlaffen bat, beigefallen ift, einen folden Anspruch au ftellen.

## Mr. 2977.

Pfändung zur Sicherstellung mahrend des Appellationszuges. Entig. v. 21. Jänner 1868, Rr. 558 (Abund. der gleichförmigen Decr. des H. G. Wien v. 25. Rov. 1867, Rr. 110284 und des D. L. G. Wien v. 10. Dec. 1867, Rr. 22006). G. H. G. 1868, S. 1808, Rr. 41 und Rr. 58.

A hatte wider B ein Urtheil auf Zahlung von 3000 fl. erwirkt, sind da B die Appellation bagegen ergriffen hatte, um sicherstellungs-weise Pfändung gebeten. Die er ste und die zweite Instanz verweigerten dieselbe, weil das Hosbecret vom 18. April 1785, J. G. S. Rr. 409, erklärt, daß die im §. 259 a. G. D. der obstegenden Partei eingeräumte Besugniß, Sicherstellung zu verlangen, auf die Ergreifung der gerichtlichen Pfändung nicht verstanden werden kann und dieses Hosbecret durch den §. 12 der Minist. Berordg. v. 18. Inli

1859, R. G. Bl. Nr. 130 (Mandatsverfahren), hinfichtlich bes vorliegenden, auf ein Raufgeschäft fich beziehenden Falles nicht auf-

gehoben erscheint.

Der oberfte Gerichtshof bewilligte jedoch bie Bfandung in ber Erwägung, bag bie Bestimmung bes g. 259 a. G. D. nur bie Execution auf Bahlung ober Erfüllung ber im Urtheile festgefesten Berbindlichteit ausschließt, jeboch ben in erfter Inftang obsiegenben Theil eine Sicherstellung zu begehren berechtigt und ben Richter auf Anlangen biefe ju ertheilen anweifet, worunter nichts Anberes, als eben eine ficherstellungeweise Execution verftanben werben tann, wie bies auch aus ber gleichmäßigen Bestimmung bes &. 339 ber weftgal. G. D. zu entnehmen ift; bag die Bestimmungen bes Bofbecretes vom 18. April 1785, 3. G. S. Rr. 409, nach welchem bie gerichtliche Pfandung, weil fie ein wirklicher Executionsschritt ift, unter ter im &. 259 a. G. D. vorbehaltenen Sicherftellung nicht verstanden werben follte, burch §. 3 ber J. M. B. vom 18. Juli 1859, R. G. Bl. Rr. 130, als außer Kraft gefet angefeben werben muß, weil nach letterem Baragraph bie ficherftellungsweife Execution allerdings burch Pfanbung bes Bermogens bes Beklagten geführt werben tann, und biefe Anordnung gemäß &. 12 ber citirten 3. DR. B. in allen Fällen, in welchen nach ber Gerichtsordnung mabrend eines ichwebenden Broceffes Die Execution gur Sicherftellung als provisorifder Bortebrung bis gur rechtsträftigen Entscheidung ber Sauptfache julaffig ift, und folglich auch im Fall bes 8. 259 3. D. Anwendung ju finden bat, ba es fich auch bort um eine proviforifche Bortebrung jur Giderftellung bis jur rechtetraftigen Enticheibung banbelt.

# Mr. 2978.

Umfang der Bollmacht: Bebeutung der Formel "Saldirt". Entsch. v. 22. Jänner 1868, Rr. 11191 (Best. des das Urth. des H. G. Wien v. 18. Juni 1867, Rr. 48962, abänd. Urth. des O. L. G. Wien v. 30. Oct. 1867, Rr. 19252). G. Z. 1868, Rr. 49.

Aus ber Bergleichsmasse des Bäders A waren mehreren Glänbigern die Forderungen desselben und rücksicht der Ausgleichsmasse selbst, welche bessen Geschäft sortgesetzt hatte, an Zahlungsstatt überlassen worden. Diese belangte nun den B auf Zahlung eines Schuldzestes von 150 fl. B wendete ein, daß er alle Monate mit dem, zuzgestandenermaßen von dem Comité der Bergleichsmasse zur Empfangnahme der außenstehenden Forderungen und Saldirung der Rechnungen bevollmächtigten C sich verrechnet und dieser die letzte, 500 fl. betragende Monatsrechnung des Comité mit den Worten: "Mit

350 fl. falbirt" unterfertigt, somit bie gangliche Abfertigung ber Bergleichsmaffe anertannt habe, weil er, Geflagter, ihm 350 fl. baar, bann aber einen Schulbschein bes A über 300 fl., noch giltig mit 150 fl., behandigt habe, ben A, welcher bas von ber Daffe betriebene Geschäft leitete, ihm für einen Borfchuß zu biesem Betriebe ansgestellt batte. Die Rlager bestritten vorzuglich bie Befugnif bes C. eine folde Sould bes A anzuerkennen, behaupteten, bag felber mit obigen Worten nur ben Empfang bes baaren Gelbes beftätigen wollte und felbe mit ausbrudlichem Borbehalt ber vom Comité einzuholenben Genehmigung beigefest habe, wortiber fle ihm ben Saupteib auftrugen. - Die erfte Inftang erfannte ben Rlagern bie 150 fl. qu. Brunbe: Benngleich ber einfache Beifat "Salbirt" in ber taufmannifden Sprace bie vollftanbige Begleichung ber Rechnung ausbrudt, fo ift boch ber Schlug berechtigt, bag C burch ben Beifas "Mit 350 fl. falbirt" fagen wollte, bag eben nur biefer Betrag baar bezahlt murbe, ba fonft biefer Beifat gang überfluffig mare und er, C. fich begnugt batte, wie auf ben übrigen Rechnungen blos bas Bort "falbirt" beiguseten. Dies folieft gwar nicht ans, bag aus anderen Banblungen bes C ober bes Comité ber Ginn biefer Galbirung babin ausgelegt werben fonnte, bag bamit boch bie gamaliche Berichtigung ber Forberung bestätigt werben follte. Allein folde hanblungen liegen nicht bor, und ber Geflagte hat auch nicht bargethan, bağ bie Schuld bes A jugleich eine Schuld ber Ausgleichsmaffe ift, ober bag bas Comité in beren Abrechnung gewilligt babe, baber Getlagter zu beren Compensation berechtigt fei. - Das Obergericht ertannte aus folgenben Grünben auf Abweifung ber Rlager: Da biefelben zugeben, bag C mit ber Eincafftrung ihrer Forberungen beauftragt war, fo muß er nach Art. 47 bes Banbelegefeses auch für berechtigt gehalten werben, bie biesfälligen Rechnungen im Ramen bes Abministrationscomité ju falbiren. Auch Die Art und Beife, wie er bie lette Rechnung salbirte, entspricht ber Sachlage, weil C auf ben im Anguft 1865 bestanbenen Forberung breft nur einen i Betrag von 350 fl. erhielt, ber Reft aber mit einem ihm an Bablungsfatt übergebenen Soulbicheine bes A beglichen wurde, ju beffen Annahme an Bablungeftatt C umsomehr für berechtigt gehalten werben muß, als bie Ridftellung besfelben an ben Geflagten augefanbenermaßen seither nicht erfolgte, und baber nach §. 863 a. b. S. B. angenommen werben muß, daß auch das Administrationscomité mit biefer Rahlungsmobalität einverstanden war.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bieses abweisliche Erkenntniß. Grunbe: C war zur Eincassirung ber Gelber und Salbirung ber Rechnungen aus bem Bädergeschäfte bestellt, und baburch nach ber Ratur bes Geschäftes auch berechtigt, die Rechnungen zu prüfen und anzuerkennen. hat er nun bieses im August 1865 gethan, babei einen Schulbschein bes A, noch giltig mit 150 fl., über einen vom

Geklagten dem A geleisteten Borschuß an Zahlungsstatt angenommen und durch die dazu gemachte Zahlung von 350 st. die Forderung der Bergleichsmasse für getilgt erklärt, so muß die Masse, rücksichtlich müssen die Rläger es sich gefallen lassen, zumal da C sich dabei den Schuldschein des A aushändigen ließ. Auf die Behauptung der Kläger, daß C diesen Schuldschein nur mit dem Borbehalte der nachträglichen Genehmigung von Seite des Comité an Zahlungsstatt angenommen habe, kann kein Bedacht genommen werden, weil die Saldirungssormel des C einen solchen Borbehalt nicht entnehmen läßt, vielmehr ganz unbedingt lautet.

#### Hr. 2979.

Exceptio non adimpleti contractus. Fortlauf der Zinsen tros mora accipiendi.

Entich. v. 23. Jänner 1868, Rr. 528 (theilweise Best. des Urth. des B. G. Zuaim v. 20. Juni 1867, Rr. 5582, theilweise Aband. des Urth. des O. L. G. Brünn v. 2. Oct. 1867, Rr. 9919). G. H. 1868, S. 333.

A hatte im Jahre 1860 burch munblichen Bertrag bem B einen Ader vertauft und ber Raufer mar einen Raufschillingerest ichuldig geblieben, ben er nach getroffener Uebereintunft vom 1. Dai 1860 an mit 5 Bercent zu verzinfen und nach vorgängiger vierteljähriger Anftundigung bem A ju gablen hatte. Rachbem B von bem Bertaufer in ben phofischen Befit bes Grundftudes gejett, Die Auffundigung bes Rauffdillingereftes erfolgt und bem B im Ceptember 1865 augestellt worben mar, belangte ibn A im Mai 1866 auf Bablung tiefer gefündigten Schuld und ber funfpercentigen Intereffen auf 3 Jahre bon ber Rlage gurudgerechnet. Dagegen machte B bie Einwendungen : 1. baß A felbft noch nicht als Eigenthumer bes Aders in bem Grundbuch eingetragen und bag von ihm die Musfertigung ber verabrebeten fdriftlichen und intabulationsfähigen Raufeurtunde verweigert murbe; 2. baf A bie Annahme bes im Jahre 1861 ihm angebotenen Rauficillingereftes abgelehnt und baburch ben Anfpruch auf Binfen verloren habe. — Der in erfter Inftang gur Beit abgewiesenen Rlage murbe vom D. 2. G. fattgegeben.

Der oberfte Gerichtshof hat in Betreff ber Capitalsschuld bas erstgerichtliche, in Ansehung ber Zinsenschuld bas obergerichtliche Urtheil
bestätigt. Gründe: Wenn auch die eingeklagte Hauptforderung an
sich richtig und, nur vom Standpunkt der Austkändigung betrachtet,
auch fällig erscheint, so ist doch zugegeben, daß der Beklagte noch
nicht als Eigenthümer des erkauften Acers im Grundbuche steht und
daß ihm die zur Intabulation nöthige Urkunde noch nicht ausgesertigt
wurde, mithin berselbe das Eigenthum der gekauften Sache noch

nicht erworben hat. Bie aber ber Räufer zur Zahlung bes Raufgelbes, fo ift auch ber Bertäufer nach §. 1061 a. b. G. B. zur gefetlichen Uebergabe bes Raufgegenftanbes, alfo bier gur grundbucherlichen Gigenthumenbertragung an ben Raufer und jur Ausstellung ber nach ben §8. 431 und 435 a. b. . biezu erforberlichen Urtunde verpflichtet. Bon biefer Pflicht ift ber Rlager baburch, bag nach feiner Anführung - bie Fälligfeit ber Rauffdillingereftforberung nicht von ber Anschreibung bes Beflagten an bie Gemahr abhangig gemacht murbe, und bag ber Rlager felbft nur phofifcher Befiter bes Grundftudes mar und feinen Befit auf ben Betlagten übertrug, beshalb nicht entbunden, weil die grundbücherliche Eigenthumsübertragung im Fall bes Raufes einer Liegenschaft ein nach bem Befete felbftverständlicher Act ber Uebergabe und es Sache bes Rlagers ift, fic in die Lage ju fegen, bamit er biefer Berpflichtung nachtommen tonne. bie ihm burch bie vom Betlagten unterlaffene Ginfichtnahme vom Grundbuch nicht erlaffen murbe, fo wenig, als beffen theilweife Bahlung bes Raufschillings und bas Angebot (im Jahre 1861) bes Rauficbillingereftes ale ein Bergicht bes Beflagten auf fein Recht binfichtlich ber grundbücherlichen Uebergabe angesehen werben fann. Bur Beit, wo ber Rlager biefe Berbinblichfeit noch nicht erfullt bat, ift er somit nach &. 1052 a. b. G. B. jur Forberung bes Raufschillingsrestes nicht berechtigt, umsominder, da der Beklagte noch Befahr läuft, bag bie gefaufte Realitat obne fein Biffen und gegen feinen Billen belaftet wird. Dit bem Binfenanfpruch tann aber ber Rlager nicht hinausgeschoben werben, weil ber Gegner in bem phpfifchen Befit und Genug bes Grunbftudes bas Mequivalent ber Binfen hat und burch bie - feinerfeits behauptete - Beigerung bes Rlagers, bas Raufgelb anzunehmen, ohne ben gerichtlichen Erlag besfelben bon ber Berginfungepflicht nicht enthoben murbe.

# Mr. 2980.

# Streitanmertung im Depositenbuch?

Entid. v. 28. Jänner 1868, Rr. 764 (Beft. bes bas Derr. bes R. G. Stanislan v. 26. Juni 1867, Rr. 9109, aband. Derr. bes O. L. G. Lemberg v. 5. Rov. 1867, Rr. 82363). G. H. 1868, E. 826.

A hatte mit ber Rlage gegen B ben Altersvorzug seines Pfandrechtes an ben von B in Execution gezogenen Mobilien bes beiberseitigen Schuldners C geltend gemacht und das Erkenntniß begehrt,
baß ber bei Gericht beponirte Erlös aus ber auf Anstehen bes B
vollzogenen Feilbietung ber Mobilien per 224 fl. zur Befriedigung
seiner Forderung an C zu verwenden sei. Auf Grund dieser Alage
begehrte A gegen B die Streitanmerkung im Depositienbuch, welche
in erster Instanz bewilligt, vom D. L. G. hingegen in der Erwägung

abgeschlagen wurde, das Streitanmertungen nach ber 3. M. B. vom 19. Sept. 1860, R. G. Bl. Nr. 212, nur bei Tabulartörpern zuläffig, und berlei Anmertungen in Depositenbüchern dem Geset fremd nud auch wirtungslos sind. Dagegen recurrirte A, indem er beim Mangel eines die vorliegende Frage direct entscheidenden Gesetz die Anwendung des Hosver. v. 29. August 1818, J. G. S. Nr. 1488, und der oben citirten Berordnung vom 19. Sept. 1860, R. G. Bl. Nr. 212, per analogiam in Anspruch nahm.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bie Berordnung der zweiten Instanz aus den Gründen derselben mit dem Zusaß, daß A auch nicht in seiner Rlage den Nachweis des angeblich vor B erworbenen

Pfanbrechtes beigebracht bat.

#### Nr. 2981.

Stillschweigend vereinbarte Ruckfehr zum schriftlichen Verfahren im Uppellatiouszuge, nach Annahme des summarischen Berfahrens für die Verhandlung in erster Instanz.

. Entich, v. 28. Jänner 1868, Rr. 850 (Aufheb. des Decr. des D. L. G. Graz v. 8. Dec. 1867, Rr. 18657). G. Z. 1868, Rr. 77.

Auf bie Rlage ber A gegen B murbe bas munbliche Berfahren eingeleitet; die Berhandlung jedoch in Folge bes bei ber erften Tagfahrt getroffenen Uebereintommens nach ben Borfdriften bes Summarverfahrens durchgeführt. Gegen das Urtheil appellirte die A am zwölften Tage nach Buftellung besselben; es wurden die mit ber Unmelbung verbundenen Appellationsbeschwerben bem Begentheile um bie binnen vierzehn Tagen ju erftattenbe Ginrebe jugefertigt und lettere rechtzeitig überreicht. Erft in biefem Stabium murbe vom Gerichte bie Bereinbarung auf bas Summarverfahren wieber berudfichtigt und beshalb ohne Anordnung einer Inrotulirungstagfahrt bie Borlage ber Acten an bie höhere Inftang verfügt. hierüber erflog bas Decret bes D. 2. G., womit in Erwägung, bag in ber vorliegenben Streitsache einverftanblich fummarifc verfahren wurde, bag im Summarverfahren nach g. 44 bes Gesetzes über basselbe bie Appellation binnen acht Tagen anzumelben ift; bag bierfalls bie Appellationsanmelbung erft am zwölften Tage, fobin verfpatet überreicht murbe; bag im Summarverfahren verspätete Appellationsanmelbungen nicht nach hofbecr. vom 11. September 1784, J. G. S. Nr. 335, sondern nach g. 48 bes Gesetzes über das summarische Berfahren zu behandeln, d. h. von Amtswegen zu verwerfen find, - bie Appellation ber Rlager von Amtswegen verworfen wurde.

Der oberfte Gerichtshof hat bem bagegen ergriffenen Recurfe in Erwägung, bag in ber Appellationsmelbung und Befchwerbe bie Rlägerin ausdrücklich das Begehren stellte, daß dieselben dem Gegner um die Appellationseinrede zugesertigt und nach Invotulirung der Acten dem Obergerichte vorgelegt werden möchten; daß diesem Begehren gemäß der Beklagte die Appellationseinrede, ohne die mindeste Einwendung zu erheben, mit dem Begehren überreichte, selbe der Gegnerin zur Einsicht und seinerzeit dem Obergerichte zur meritorischen Entsicheidung vorzulegen; daß dadurch beide Theile genügend zu erkennen gaben, daß sie sich in diesem zum ordentlichen Bersahren geeigneten Rechtsstreit nur für die Hauptverhandlung erster Instanz auf das Summarversahren verglichen haben wollten und daß in der höheren Instanz das ordentliche Bersahren einzutreten habe, — stattgegeben und dem Obergerichte unter Aushebung seiner Berordnung ausgetragen, in der Streitsache meritorisch zu entscheiden.

#### Mr. 2982.

Haupteid: subsidiäre Natur besselben. Wissen bes Delaten vom Gegenstande besselben.

Entsch, v. 4. Februar 1868, Rr. 986 (Best. des das Arth. des H. E. Bien v. 2. Juli 1867, Rr. 56685, aband. Urth. des D. L. G. Wien v. 20. Nov. 1867, Rr. 16331). G. H. 1868, S. 26.

Die Gattin bes Executen A belangte ben Executionsführer B auf Anerkennung ihres Gigenthumsrechtes bezüglich gemiffer in Execution gezogener Effecten und trug bem Letteren ben referiblen Saupteid barüber auf, bag fie biefe Effecten vor 20 Jahren von einem gewiffen Tifchler gekauft habe. Das Gericht erfter Instanz wies Die Rlägerin ab, indem es ben Saupteid als blos subsidures Beweismittel im porliegenden Falle für unzuläffig erklarte, weil Rlagerin ben Beweis burch ben Tijder ale Beugen und ben Erfüllungseib anzuführen unterlaffen batte. - Das D. L. G. ertannte auf ben Sanpteib. Grunbe: Es mußte bem Ermeffen ber Rlagerin anbeimgeftellt bleiben, ob fie ben bezeichneten Tifchler ale Beugen bes von ihr behaupteten Raufes bezüglich ber in Rebe ftebenben Ginrichtungsstude führen wollte; baraus, bag fie es nicht gethan, folgt nicht, bag ihre Behauptung unwahr fei, ba es ja auch möglich ift, bag ber Beuge an ben Rauf fich nicht erinnert. Es war baber auf ben Saupteib ju ertennen, ben bie Rlägerin bem Geflagten aufträgt, indem fie ihre Behauptung als nicht erwiefen ansehen will, wenn Geflagter feines Biffens und Erinnerne ju beschwören vermag, bag jener Rauf nicht ftattgefunden habe. Diefer Eid ift julaffig, ba bem Geflagten ja gestattet ift, feines Biffens und Erinnerns ju ichwören.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas obergerichtliche Ertenntniß aus nachstebenten Grunten: Das obergerichtliche Urtheil wurde be-

stätigt, weil ber Beweis burch ben Haupteib nach ber Resolution vom 31. October 1785, 3. G. S. Rr. 489, lit. ggg, auch bann angeboten werden kann, wenn die Partei, welche ihn anbietet, kein anderes Beweismittel hat und weil nach §. 207 a. G. D. bemjenigen, welcher im eigenen Namen Proces führt, der Haupteid sowohl über eigene als über fremde Handlungen aufgetragen werden kann und zur Zulassung einer solchen Sidesauftragung nicht erforderlich ist, daß der Delat von dem Umstande, über welchen ihm der Haupteid aufgetragen wird, aus eigener Wahrnehmung und Ersahrung Kenntniß erlangt haben müsse, es vielmehr genügt, wenn nur nicht erhellt, daß der Haupteid einen Umstand betrifft, welcher sich überhaupt für andere Bersonen der Wöglichkeit, davon Kenntniß zu erlangen, entzieht, was von dem Umstande, über welchen das Obergericht den rückschebaren Haupteid zugelassen har, nicht behauptet werden kann.

## Mr. 2983.

Unstatthaftigkeit der Ersatlage statt der Klage auf Erfüllung. Entsch. v. 5. Februar 1868, Rr. 176 (Best. des Urth. des B. G. Anruan v. 31. Juli 1867, Nr. 4817, Aband. des Urth. des O. L. G. Brag vom 30. Oct. 1867, Rr. 27880). G. H. H. 1868, S. 178.

Die Rlage ber A gegen B puncto Zahlung von 400 fl. als Erfat für bie vertragswidrige Ginstellung der Berköstigung ihres jum Beklagten in die Lehre gegebenen Sohnes murbe vom oberften Berichtebofe aus folgenden Grunden abgewiesen: Wenn bie Rlagerin beshalb, weil - wie fie anführt - ber Beklagte B ihren Sohn außerbem, bag er ibn in ben erften zwei Jahren nur fparlich unterrichtete, nämlich mehr jum Rinberwarten als jum Sandwert anbielt, bei Beginn bes britten Jahres bie Roft ju geben fich geweigert bat und baburch bie Rlagerin genothigt worben ift, ben Gobn meggunehmen und einem anderen Deifter in bie Lehre zu geben, wo fie aber bie Roft fcon burch acht Wochen bestreiten mußte und noch burch weitere 44 Bochen werbe bestreiten muffen - fich in ihrem Bertragerecht verfürzt fab, fo batte fie nach ber ausbrudlichen Rorm bes & 919 a. b. G. B. ben Sohn bei dem B belaffen und ben Letteren auf genaue Erfullung feiner vertragemäßigen Berbindlichkeit, namentlich auf Berabreichung ber Roft an ihren Gohn mahrend bes britten Lebrjahres und für Die Beit vom Beginn bes britten Lehrjahres an, in ber fle ihren Gobn angeblich felbft vertöftigen mußte, auf Erfas bes ihr hierans entstandenen Schabens belangen follen. Da fie nun von biefem allein ihr zufommenden Recht feinen Gebrauch gemacht hat und B bie Roft mahrend bes britten Lebrjahres au beftreiten offenbar nur unter ber Borausjegung verpflichtet mar, bag

ihr Sohn in seiner Lehre blieb und im Gewerbe und haushalte ihm hilfe leistete, so war die Ersatlage ber A ungegründet und ganz verfehlt.

#### Mr. 2984.

Miethvertrag: Zeitabschnitt, für welchen ber Miethzins als festgesett anzusehen ist.

Entsch. v. 5. Hebrnar 1868, Rr. 682 (Best. des das Urth. des B. G. Rendau in Wien v. 26. Sept. 1867, Rr. 4941, abaud. Urth. des D. L. G. Wien v. 4. Dec. 1867, Rr. 19620). G. Z. 1868, Rr. 47.

A hatte bem B in ber Hauptstrafe einer meift von Juduftriellen bewohnten Borftadt Biens eine Localität, bestehend aus einem Gewölbe mit Thur und Fenfter auf die Sauptstraße, Sandgewölbe, Altoven und Rimmer mit zwei Fenstern gegen ben Dof bes Saufes, nebst Boben vermiethet, und belangte ibn auf Rablung bes vierte ljährigen Binfes von 225 fl. B entgegnete, bag er obige Raumlichkeit um ben Jahresgins von 225 fl. in Bestand genommen und zwar von bem Bevollmächtigten C bes Rlagers, welchem Letteren er nur bas Angelb gegeben habe, ohne über ben Betrag bes Binfes mit ihm ju fprechen. Rlager berief fich auf bie Binefastion, wonach ber spatere Miether 900 fl. jahrlich zahlte, wovon bie Steuer fcon ben vom Geflagten behaupteten Bine überfleige; bann barauf, bag Geflagter bas Locale für anderthalb Monate um 120 fl. in Aftermiethe gab; er trug endlich bem Getlagten ben Saupteib auf, bag biefer ibn um bie Bobe bes Binfes frug, welche er mit 225 fl. vierteljährig angab. Ein vernommener Beuge bestätigte bie obige Aftermiethe fur 120 fl. burch feche Bochen und von amei Sachverftanbigen murbe ber angemeffene Berth bes Locales von einem auf 600 fl., vom zweiten auf 750 fl. jahrlich geschätt, Bereinzelte Beugen gaben auch Umftanbe an, welche mahricheinlich machten, daß bem Geflagten die 225 fl. als vier tel jähriger Bins befannt gegeben murben. - Die erfte Inftang verurtheilte ben B unbedingt jur Bahlung von 56 fl. 25 fr. (ein Biertel von 225 fl. als ganzjährigem Zins) und zur Zahlung bes Reftes unter ber Bebingung bes von A burch ben obigen haupteib erbrachten Beweises. - Die zweite Inftang bat bem A bie vollen 225 fl. unbebingt zuerfaunt. Grunde: Beibe Theile find barin einig, bag biefer Betrag als Rins genaunt worben fei, und es banbelt fich nur barum, ob er als gange ober vierteljähriger Binsbetrag angufeben fei. Benn nun erwogen wirb, bag felbft ber Gettagte nicht behauptet, daß der obige Betrag ausdrudlich als gangjahriger Bins genannt wurde, vielmehr zwei Bengen bestimmt aussagten, bag berfelbe ale vierteljähriger Ains bezeichnet wurde; bak bie Sachtunbigen

eine viel höhere Summe als ganz entsprechenden Jahreszins erklärten und dem Geklagten selbst, als Geschäftsmann, bekannt sein mußte, daß ein großes Gassengewölb mit den Rebenräumen an einer sehr besuchten Straße in Wien wohl nicht ganzjährig um 225 fl. vermiethet zu werden psiegt; daß endlich in den Wiener Borstädten die vierteljährigen Zinstermine als die Regel bestehen, so kann wohl nicht bezweiselt werden, daß mit dem erwähnten Betrag, wenn auch die Zeitdauer, für die derselbe begehrt wurde, nicht ausdrücklich ausgesprochen worden wäre, nur der vierteljährige Zins gemeint sein kounte. Es bedurste daher nicht des in erster Instanz zugelassenen Saupteides.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas Urtheil ber zweiten Inftang. Rach ben Motiven berfelben ift es für ben vorliegenben Rall nnenticeibend, ob ber Zeitraum ausbrudlich genannt murbe ober nicht, weil ber Geflagte nicht annehmen tonnte, bag ber Bins von 225 fl. für ein volles Jahr zu verfteben fei, und wenn vom Rlager biefe Summe als Jahreszins bezeichnet worben mare, Diefes bem Beklagten als ein offenbarer Irrthum batte auffallen und er nach g. 875 a. b. G. B. in gleicher Beife, wie wenn ber Rlager von ihm felbft in ben Brrthum geführt worben mare, hatte behandelt und beshalb jur Bablung ber 225 fl. ale Quartalgine angehalten werben muffen. Angerbem wird in ben oberfigerichtlichen Enticheibungsgrunden auf ben großen Umfang bes Miethobjectes, auf ben Umftanb, bag ber Beflagte in beffen unmittelbarer Rabe ein Beichaft betrieb und beshalb bie Unangemeffenheit eines Jahresmiethzinfes von nur 225 fl. ibm nicht entgeben fonnte, sowie auf die gegen feine Behauptung fprechenben Rengenaussagen bingemiefen.

# Nr. 2985.

Gesetliches Pfandrecht bes Bermiethers.

Entid. v. 5. Februar 1868, Rr. 1018 (Aband. der gleich förmigen Decr. bes &. G. Wien v. 10. Dec. 1867, Rr. 82294, und bes O. L. G. Bien v. 30. Dec. 1867, Rr. 23774). G. &. 1868, S. 121. G. &. 1868, Rr. 82.

A hatte gegen C am 21. Juli 1866 die executive Pfändung der dem Letzteren gehörigen Mobilien erwirkt und war am 11. und 12. October 1866 die executive Feilbietung derselben vorgenommen worden. B hingegen, der Eigenthümer des Hauses, in welchem C wohnte, hatte für den am 1. November 1866 fällig werdenden Miethzins schon am 26. September 1866 eine Prioritätsklage überreicht, am 6. October 1866 die vorläusige Sistirung der Transferirung angesucht, bei der in seinem Hause vorgenommenen Feilbietung sein Pfandrecht geltend gemacht, sodann die gerichtliche Depositirung des

Feilbietungserlöses per 931 fl. 37 fr. und die depositenamtliche Anmerkung seines Auspruches erwirkt; schließlich wurde ihm auf seine Zinsklage vom 3. November 1866 mit Urtheil vom 6. December 1866 die Miethzinssorderung per 1865 fl. zuerkannt. Run begehrte A die Ausfolgung der 931 fl. 37 fr., welche von beiden Untergerichten bewilligt wurde, weil nach der ausdrücklichen Bestimmung des §. 1101 a. b. G. B. das gesetzliche Pfandrecht sich nur auf jene Einrichtungsstücke und Fahrnisse bezieht, welche zur Zeit der Klage noch darin besindlich sind, im vorliegenden Falle aber die Effecten, an denen das Pfandrecht gestend gemacht werden will, schon vor Einbringung der Klage executiv verkauft waren und daher an denselben das Pfand-

recht nicht wirtfam geworben ift.

Der oberfte Gerichtshof bat ben A mit feinem Begebren abgewiesen, und zwar in Erwägung, bag, wie mit bem hofb. bom 10. April 1837, J. G. S. Nr. 189, ausbrücklich erklart wurde, bas bem Bermiether im §. 1101 a. b. G. B. eingeraumte Bfanb. recht icon burch ibie Ginbringung ber Ginrichtungeftude und Fahrniffe begrundet und baburch von biefem Beitpuntte auch gegen jene Gläubiger bes Miethers wirtfam wird, welche an ben eingebrachten Gegenständen, bevor ber Bermiether die Zinstlage überreicht und die pfandweise Beschreibung anjucht, ein Pfandrecht erlangen; bag es bienach ber Binstlage und ber pfandweisen Beschreibung nur insoferne bebarf, als bas gefetliche Bfanbrecht in ein von bem Borbanbenfein ber eingebrachten Gegenftanbe in ber vermietheten Localität unabbangiges verwandelt werden will; bak bas gefenliche Bfanbrecht bes Bermiethers nicht blos jur Gicherstellung bes bereits fälligen, fonbern auch jenes Miehzinfes, für beffen funftige Entrichtung ber Miether haftet, ihm eingeräumt fein muß, ba ja §. 1101 bes a. b. B., ungeachtet nach &. 1100 a. b. G. B. ber Miethzins ohne besondere Berabredung nachhinein zu bezahlen ift, boch teine Ginichrantung entbalt und die Sicherheit auch fonft leicht illuforifch mare; bag bienach bem Eigenthumer bes Saufes zur Sicherstellung bes am 1. November 1866 fälligen Miethzinses an den von C dort eingebrachten Fahrniffen ein, fo lange fie fich bort befanden, auch ohne Rinstlage und pfandmeise Beidreibung wirtfames Pfanbrecht juftand, welches burch bas erft nach ber Einbringung, am 21. Juli 1866, von A erworbene executive Bfanbrecht und die von A erwirfte, am 11. und 12. October 1866 vorgenommene executive Reilbietung nicht unwirffam wurde, ba Die Fahruiffe bis jur Feilbietung in ben gemietheten Localitäten waren und B bas ihm an ben von A gepfanbeten Fahruiffen zustebenbe frühere gesetliche Pfandrecht schon mit ber Prioritätstlage vom 26. Sept. 1866 verfolgte, am 6. Detober 1866 Die vorläufige Siftirung ber Trausfertrung ansuchte, bei ber im Miethhause vorgenommenen Feilbietung fein Pfanbrecht geltenb machte, fobann bie gerichtliche Depofitirung bes Feilbietungeerlofes und die bepositenamtliche Anmertung feines Anspruches erwirkte und auf seine Zinsklage vom 3. November 1866 auch mit Urtheil vom 6. December 1866 die Miethzinsforderung per 1865 st. zuerkannt erhielt; daß es sonach zur Birksamerhaltung des gesetzlichen Pfandrechtes des Bermiethers an den ohnehin bekannten und aus den vermietheten Localitäten dis zur Feilbietung nicht hinweggekommenen Fahrnissen, an deren Stelle der Feilbietungserlöß per 931 fl. 37 fr. trat, einer früheren Zinsklage und pfandweisen Beschreibung nicht bedurfte, mithin ohne offendare Ungerechtigkeit dem A die Erfolglassung des Feilbietungserlöses per 931 fl. 37 fr. nicht bewilligt werden konnte.

#### Mr. 2986.

Einrechnung bes Vorausempfanges in ben testamentarisch zus gewiesenen Pflichttheil.

Enifch. v. 11. Februar 1868, Mr. 566 (Best. des Urth. des B. G. Roberedo v. 9. Juli 1867, Mr. 4968, Aband. des Urth. des D. L. G. Junsbrud v. 80. Oct. 1867, Mr. 2851). G. H. 1868, E. 218, Gazz. d. Trib. 1868, Mr. 18 und 19.

Gegen die Rlage des von seinem Bater M testamentarisch auf den Pflichttheil beschränkten A wider den testamentarischen Universalerben B auf herausgabe des Geldwerthes des Pflichttheiles machte der Bestlagte die Anrechnung des den Pflichttheil erschöpsenden und sogar überskeigenden Betrages geltend, welchen der Rläger von dem Erblasser zur Ausstatung und Gründung einer Haushaltung bereits empfangen hat.

Diefer Einwendung bes Beklagten bat ber oberfte Gerichtshof in ber Erwägung flattgegeben, bag, wenn man bie §§. 774, 787 und 788 a. b. G. B., Die blos vom Pflichttheil und ber Anrechnung 2mm Bflichttheil banbeln und bie 88. 790-792, welche im Gegentheil die Anrechmung bei ber teftamentarifchen und gefehlichen Erbfolge jum Gegenftand haben, miteinander vergleicht und im Bufammenhang betrachtet, es fich wohl nicht bezweifeln läßt, bag bie im &. 788 a. b. G. B. ben Rinbern und Enteln bes Erblaffers auferlegte, ausnahmelufe Pflicht ber Anrechnung jum Pflichttheil auch bann eintrete, wenn - wie bier - ber Erblaffer testamentarifc einem Cohn blos ben Bflichtbeil und zwar mit ansbrücklicher Bezeichnung als Pflichttheil hinterlaffen hat, und bag bie Bestimmung bes g. 790 a. b. G. B. mer in bem gang verschiebenen Falle einer teftamentarischen Erbeeinfesning Antbenbung finben Binne, wenn namlich bem Rinbe ein in Begiebung auf bas Game bestimmter Theil ber in weture zu theilenben Berlaffenschaft zugebacht und basfelbe nicht auf feinen Bflichtibeil eingefcräaft worden ift.

#### Mr. 2987.

Wegfall der Abhandlungspflege bei einer den gefammten Nachlaß erschöpfenden Schenfung auf den Todesfall.

Entich. v. 11. Februar 1868, Rr. 1184 (Antheb. ber gleichförmigen Decr. bes B. G. Renban in Wien v. 9. Oct. 1867, Rr. 11512, und bes D. L. G. Wien v. 19. Nov. 1867, Rr. 20950). G. B. 1868, Rr. 57.

Der am 15. Juni 1867 verstorbene M hinterließ zwei am Todestage ausgestellte lette Billenserklarungen, nämlich einen Scheufungevertrag auf ben Tobesfall und ein Teftament. In bem erfteren, welcher mit ben Erforderniffen bes g. 956 a. b. G. B. verfeben mar, ichentte er gemiffe genau bezeichnete Gegenstande ber A und in bem Testamente feste er biefelbe gur Univerfalerbin ein, inbem er gleichzeitig seine Mutter B auf den Pflichttheil beschräntte. Wie sich später berausstellte, bestand bie Berlaffenicaft lediglich aus ben gefchentten Effecten. Die Abhandlungsbehörde trug nach §. 29 bes faiferlichen Batentes vom 9. August 1854, R. G. Bl. Rr. 208, bem Rotar Die Bflege ber Abhandlung auf. In bem am 20. Juli 1867 in ber Rotariatstanglei anfgenommenen Abbanblungsprotofoll bat bie A im Einverständniß mit ber B um Burudleitung ber Abhandlung an bas Gericht, weil nach ihrer Anficht gar teine Abhandlung zu pflegen fei, Da Erblaffer mit ber Schentungeurfunde über fein gefammtes Bermögen verfügt habe, biefe Schenfung Die Erforderniffe bes g. 956 a. b. B. befite, alfo fein Berlaffenschaftevermögen vorhanden und bie Abhandlung armuthshalber abzuthun fei. Der Rotar legte ben Act bem Gerichte vor, welches ibm jedoch benfelben mit bem erneuerten Auftrag gurudftellte, ungeachtet biefer Einwendung Die Abbandlung zu pflegen. — Das D. L. G. bestätigte Diefe Berfügung, weil abgefeben bavon, bag ber Erblaffer außer bet Schentungenrtunde auf ben Tobesfall noch eine weitere lestwillige Anordnung hinterlaffen bat, ber Zeitpunkt ber Uebergabe bes ben Gegenstand bes obigen Schenfungevertrages bilbenben Bermögens erft mit bem Tobe bes Erblaffere eingetreten ift, baber fich auch letteres als ein Nachlagvermögen barftellt, meldes ber Abbandlung nach Borfdrift bes Befepes vom 9. August 1854, R. G. Bl. Rr. 208, ju nuterziehen ift.

Dagegen wurde vom obersten Gerichtshofe ber Abhandlungsbehörbe verordnet, ihren dem Rotar ertheilten Auftrag zur Berlassenschaftsabhandlungspflege, soweit sich dieser Auftrag auf das in dem Schenkungsvertrage auf den Todesfall vom 15. Inni 1867 bezeichnete Bermögen bezieht, zurüczunehmen und auf das von der Geschulznehmerin im Einverständnisse mit der Pflichttheilberechtigten in dem Protosolle vom 20. Inli 1867 gestellte Ansuchen um Abthunug des Berlassenschandlungsgeschäftes wegen Abganges eines der Berlassenschandlung zu unterziehenden Bermögens, das weiters Geeignete zu verfügen. Denn, so heißt es in dem bezüglichen Decrete,

es liegt ein zwischen bem verstorbenen M und ber A am 15. Juni 1867 abgeschloffener, mit Beachtung ber vorgeschriebenen Formlichteiten ausgefertigter Schenfungevertrag vor, nach beffen Inhalt M bie barin aufgeführten Bermögensgegenstände ber A auf feinen Tobesfall geichenft, fic bes Rechtes bes Wiberrufes biefer Schenfung ausbrudlich begeben, ber Beschenfnehmerin barüber bie fdriftliche Urtunbe ausgebanbigt, und bie lettere biefe Schenfung angunehmen erflart bat. Eine mit biefen Erforberniffen ju Stanbe getommene Schenfung auf ben Tobesfall bat nach &. 956 a. b. G. B. Die rechtliche Ratur und Birtung eines Bertrages, beffen vollständige Erfüllung zwar erft mit bem Tobe bes Schenkenben, bann aber auch icon mit ber unmittelbaren Birtung eintritt, bag bas auf ben Tobesfall geschenfte, mittelft ber bem Befchentten eingehandigten fcriftlichen Urfunde bereits übergebene und von bem Befchentten angenommene Bermogen mit bem eingetretenen Tobe bes Befchentgebers nicht mehr als ein ber Berlaffenschaftsabhandlung zu unterziehendes Nachlagvermögen bes Letteren angesehen werden tann, sondern als ein mit dem Tobe des Beschentgebers vom Gefchentnehmer erworbenes und in beffen Gigenthum übergegangenes Bermögen betrachtet werben muß, in Unsehung beffen es einer gerichtlichen Berhandlung jum 3mede ber Rachmeijung bes Rechtsanspruchs und Uebergabe in ben rechtlichen Befit (g. 797 a. b. B.) nicht mehr bedarf und hinfichtlich beffen in Abficht auf Die aus Anlag ber Bermögensübertragung zu entrichtenbe Staatsgebuhr lebiglich nach Borfcvift bes Gebuhrengefetes (§. 59, Gefet vom 9. Febr. 1850, R. G. Bl. Dr. 50) vorzugeben ift. Bezüglich bes in ber gebachten Schenfung auf ben Tobesfall ber A jugebachten Bermögens hat baber eine Berlaffenschaftsabhandlung nicht einzutreten, und ob wegen Abganges eines anderweitigen Bermogens ber Fall ber Abthnung bes Tobesfalles porbanben fei, bleibt ber Enticheibung bes Berichtes erfter Inftang überlaffen.

### Mr. 2988.

Bestellung einer Servitut an einem im Miteigenthum befindlichen Grundstück. Berbücherung berselben auf den Quoten.

Entich. v. 11. Februar 1868, Rr. 1195 (Aband. ber gleichförmigen Decr. bes B. G. Baben v. 3. Sept. 1867, Rr. 6201, und bes D. L. G. Bien v. 4. Dec. 1867, Rr. 22011). G. 3. 1868, Rr. 48.

In bem fchriftlichen Bertrage, womit A bas haus bes B taufte, war ibm von B und beffen Frau C bie Servitut bes Bafferbezuge aus tem Brunnen bes anftofenben, bem B und ber C geborigen Saufes bestellt und fpater von B bie Bewilligung jur Intabulation ber Servitut auf ber bem B geborigen Saushalfte ertheilt worben. A begehrte nun die Intabulation ber Dienstbarteit auf ber Saushälfte bes B und beren Branotation auf ber Salfte ber C. -Das Gericht erfter Inftang wies bas Gefuch gurud, weil Grundbienftbarteiten untheilbare Rechte find (g. 485 a. b. G. B.), baber nicht an ibeellen Theilen einer Realität erworben werben tonnen, burch bie Einverleibung ber gebachten Grundbienftbarteit auf ber Salfte bes B und Pranotirung auf jener ber C biefelbe nur an ber erfteren Salfte erworben murbe (&§. 431 und 445 a. b. G. B.), somit eine Theilung biefes Rechtes eintrate, wobei ber Umftand, bag B bie Einverleibung eines auf bem gangen Grundftude auszunbenben Gerbituterechtes auf feine Balfte bewilligt bat, irrelevant erfceint, ba ber Gigenthumer eines Antheiles lediglich in Ansehung biefes Antheiles Berfügungsrechte bat (g. 829 a. b. G. B.). - Das D. L. G. bestätigte biefe Abweifung, weil es fich um eine Grundbienftbarteit handelt, welche auf ber gangen Realität ausgeübt werben foll und untheilbar ift; weil beshalb bie Einverleibung und Branotirung unr auf die gange Realitat und nicht auch lediglich auf aliquote Theile erfolgen und bewilligt werten fann, weil im vorliegenben falle A nur bie Einwilligung bes Miteigenthumers B jur Ginverleibung auf ben ihm angehörigen Realitätenantbeil nachgemiesen bat, und weil andererfeits auch nur bie Branotirung ber Servitut auf ben ber C geborigen Realitatenantheil begehrt worden ift.

Der oberste Gerichtshof hat das Gesuch bewilligt. Gründe: In dem mit den Erfordernissen einer vollen Glanben verdienenden Urkunde versehenen Kausvertrage haben B und C dem A das Recht des Wasserbejunges aus ihrem Brunnen eingeränmt. B hat noch insbesondere später in die Einverleibung desselben auf seine Hälfte des Hauses gewilligt, und bei der glandwürrigen Form des Bertrages kann auch kein Anstand obwalten, daß nach §§. 438 und 445 a. b. G. B. dieses Recht auf der der C eigenthümlichen Hälfte desselben bedingt einverleibt werde, wodurch keineswegs eine nach §. 485 a. b. G. B. unzulässige Beränderung oder Theilung der Servitut selbst

berbeigeführt wirb.

#### Mr. 2989.

Beweis zum ewigen Gebächtniß: Beweisaufnahme währenb bes Recurszuges; Unzulässigkeit nachträglicher Vernehmung über besondere Fragestücke.

Entid. v. 11. Februar 1868, Rr. 1319 (Best, bes das Decr. bes B. G. Enns v. 4. Rov. 1867, Rr. 2109, aband. Decr. bes O. L. G. Wien vom 17. Dec. 1867, Rr. 23004). G. Z. 1868, Rr. 64.

In einer Rechtsfache war auf Einschreiten des Geklagten vom Gerichte erst er Instanz der Beweis zum ewigen Gedächtniß zugelassen und zur Abhörung der Zeugen Tagsatung auf den 12. August bestimmt worden, ohne den Kläger, welchem die Weisartikel am 3. August zugestellt wurden, vorher zu vernehmen. Dieser überreichte am 9. August den Recurs gegen die Bewilligung und gleichzeitig ein Erstreckungsgesuch. Ersterer wurde dem D. L. G. vorgelegt, setzteres auf die protofollarisch ausgenommene negative Aenserung des Geklagten zurückgewiesen und Kläger hievon am 12. August verständigt. Da teine besonderen Fragestücke einlangten, ersolgte die Bernehmung der Zeugen am 12. August über die Weisartikel und die allgemeinen Fragestücke. Darauf solgte die obergerichtliche Abweisung des vorerwähnten Recurses des Klägers und nun überreichte er beim Procehgerichte die besonderen Fragestücke mit der Bitte um nachträgliche Bernehmung der Zeugen über dieselben.

Diefes in erfter Inftang bewilligte Gefuch murbe vom D. 2. B. und vom oberften Berichtshof abgewiesen. Brunte ber britten Inftang: In bem vorliegenden Falle find bem Rlager bie Beisartitel zur Berfaffung ber Fragestude icon am 3. August 1867, alfo neun Tage vor ber auf ben 12. August 1867 anberaumten Beugenabhörung jugeftellt worben; in einem folden Falle ift aber nach ber flaren Anordnung bes §. 181 ber a. G. D. nach Borfdrift bes por= hergehenden Capitels, also auch nach g. 151 zu verfahren, welcher ausbrudlich bestimmt, daß bei Richteinlegung ber abgeforberten Fragestude solche bann nicht mehr anzunehmen sinb; es kommt auch nach bem Hofber. vom 15. October 1802, J. G. S. Nr. 579, nicht barauf an, ob bie Beugenabhörung ohne Bernehmung bes Gegentheils bewilligt murbe, fondern nur barauf, ob bem Begentheile bie Beisartitel gur Berfaffung ber Fragestude jugestellt wurden, und wenn auch bie Abweisung bes Recurses gegen bie Bewilligung ber Beugenabhörung erft am 11. September 1867 erfolgt ift und bie Abweisung bes mit biefem Recurfe am 9. August 1867 überreichten Erftredungsgefuches bem Bertreter bes Recurrenten erft am Tage und gur Stunde ber Beugenabhörung jugeftellt murbe, fo mar er boch icon fruber in ber Lage, seine besonderen Fragestude vorzulegen, und muß es sich selbst auschreiben, wenn er ungeachtet ber Zweifelhaftigfeit bes Erfolges feines Recurfes und Erftredungsgesuches die Ginlegung von Fragefluden unterließ und baburch bes Rechtes bazu verluftig murbe.

#### 9dr. **2990**.

Unbedenklichkeit des Zeugen, der mit beiden Parteien verwandt ist.

Entsch, v. 12. Februar 1868, Nr. 203 (Best. des das Urth. des H. G. Wien v. 5. April 1867, Nr. 21890, aband. Urth. des D. L. G. Wien v. 9. Oct. 1867, Nr. 12671). G. Z. 1868, Nr. 45.

In einer Rechtssache zwischen zwei Brübern erkannte bas Gericht er ster Instanz, obwohl ber von bem Kläger burch einen dritten Bruder geführte Zeugenbeweis zu Gunsten des Zeugenführers ausgefallen war, nicht auf den Erfüllungseid des Klägers über das Beweisthema, sondern auf den bem Geklagten eventuell aufgetragenen Haupteid. — Bom D. L. G. hingegen wurde der Erfüllungseid zugelassen; denn, so heißt es in den Gründen, da dieser Zeuge ein leiblicher Bruder des Klägers und des Geklagten ist, so kann in diesem Berwandtschaftsverhältnisse kein Bedenklichkeitsgrund gesunden werden, und da auch weder eine dem Geklagten seinbselige Gesinnung noch ein sonstiges Interesse des Zeugen an dem Ausgange des Processes erwiesen der Liegt, so sieht der Zulassung des Klägers zum Erfüllungseid kein Hinderniß entgegen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheidung, weil es boch selbstverständlich ift, daß ein Umstand, welcher den Zeugen als dem Zeugenführer geneigt ansehen läßt, alle Bedeutung verliert, wenn vermöge dieses Umstandes eine gleiche Geneigtheit für ben Gegner des Zeugenführers anzunehmen wäre; der Zeuge also in Beziehung auf das Berwandtschaftsverhältniß nicht gerade als zu Gunsten des Klägers besangen angesehen werden kann, sonst ein Bedenklichkeitsgrund nicht vorliegt und baher durch seine Aussage eine

erfte halbe Brobe bergeftellt ift.

# Nr. 2991.

Borgeben der Eigenberechtigung seitens eines unter verlängerter Bormundschaft stehenden Bolljährigen bei Abschluß von Rechtsgeschäften.

Entsch. v. 12. Februar 1868, Rr. 332 (Best. des das Urth. des L. G. Wien v. 30. April 1867, Rr. 16378, aband. Urth. des D. L. G. Wien v. 21. August 1867, Rr. 12980). G. Z. 1868, Rr. 27.

A begründete seine Rlage gegen ben Bater und gesetzlichen Bertreter bes B auf Rudstellung von Rleibern, Gemalben und Bechseln, eventuell auf Bergütung bes Schadens per 3385 fl. mit solgendem Sachverhalte: Im November 1864 sei C, welchen er seit

lange tenne, in fein, bes A, Geschäftslocal mit ber Anfrage gefommen, ob er, A, nicht Willens fei, fertige Baare gegen ein in Rurgem fälliges Bechselaccept bes B, Sohn bes reichen D, im Betrage per 3000 fl. zu verkaufen? A erwiderte, er habe nicht so viel fertige Baare, fei jeboch nicht abgeneigt, fich in ein Gefchaft einzulaffen. Tage barauf fei B mit C bei A erfcbienen und babe von biefem mit Beziehung auf bas Boransgegangene fertige Rleiber im Facturenwerthe per 900 fl., Delgemälbe im Preise von 100 fl., zwei Wechsel bes C per 1800 fl. getauft, für fich Rleiber im Berthe von 200 fl. bestellt und jur Dedung biefer Besammticulb bem Rlager A fein Accept per 3000 fl. gegeben. Er, A, habe umsoweniger Anstand genommen, bas Beichaft abzuschliegen, ale er fich noch borber burch verfonliche Einsicht bes Grundbuchsftandes von ber Babrbeit ber Angabe bes B, Eigenthumer eines fast laftenfreien Biener Borftabthaufes zu fein, überzeugt hatte. Bur Berfallszeit 1865 habe B ben Bechsel per 3000 fl. nicht eingeloft und bem A erklart, ber Bechsel fei ungiltig, weil er, B, jur Zeit ber Acceptirung, obicon 31 Jahre alt, boch wegen Berichwendung unter Curatel gestanden fei. Anf feine Betheuerung, er fei nunmehr gerichtlich für eigenberechtigt erklart und werbe nachstens ben Erbtbeil nach feiner Mutter bebeben und bie Forberung Des A fammt allen Rebengebubren berichtigen, bestellte er nunmehr bei A Rleidungeftude jum eigenen Bebrauch, welche ibm ber gläubige A im Werthe von 214 fl. auch lieferte. Auch stellte B jest gegen Rudgabe bes Bechsels per 3000 fl. bem A eine Urfunde aus, in welcher er, auf feine nunmehrige Großfährigfeit binweisenb, und ben Rechtstitel feiner Schuld per 3214 fl. fammt verrechneten Binfen und Rebengebühren per 171 fl. erflarend, beren Richtigfeit anerkannte und fie ale Darlebensichulb ju gablen versprach. Auf Grund biefes Sachverhaltes, aus bem fich ergebe, bag fich ber noch immer unter Curatel flebende B fälschlich für großjährig ausgegeben habe, und auf den Umftand hinweisend, bag bas Minderjährigkeitsband bes B in bem Grundbuchsstande bes ihm gehörigen Saufes nicht angemerkt war, verlangte A bie Bieberherstellung bes vorigen Buftanbes burch Rudgabe ber vertauften Sachen im unverfehrten Buftanbe, eventuell Bablung bes Schabenbetrages. Der Bertreter bes B wenbete ein, bag Die Rlagbehauptungen megen Minberjährigkeit und Bewucherung feines Sohnes nicht geeignet seien, bie Rlaganspritche zu rechtfertigen. - Das Gericht erfter Inftang wies bie Rlage aus folgenden Grunden ab: Die Entscheibung ber Streitsache rubt einzig und allein in ber Auslegung bes §. 248 a. b. G. B.; benn bie §§. 246 und 247 a. b. 3. B., auf welche fich gleichfalls berufen wird, muffen schon bei einem flüchtigen Entgegenhalten ber in Rebe ftebenben Thatfachen als außer aller Beziehung ftebend erfannt werben. Um bei Auslegung bes §. 248 die richtige Grundlage ju gewinnen, ift es bor Allem nothig, festaubalten, bag ber &. 244 tie Regel, bag ein Minberjähriger teine

Berpflichtung auf fich nehmen tonne, flatuirt und bag bie §g. 246, 247 und 248 bie Ausnahme biefer Regel, und baber ftreng ausgulegen find. Der S. 248 a. b. G. B. gerfallt wieder in zwei Theile. von benen ersterer ben Fall behandelt, wenn ber Minderjabrige burch Eingehung eines Geschäftes Jemanben beschäbigt. In biesem Falle tann ber Minberjährige nur burch bas Borfchuten ber Großjährigfeit eine Saftung auf fich laben. Der zweite Abfat umfaft nach ber Textirung und bem natürlichen Begenfate, in welchem er jum erften fleht, einseitige Sandlungen bes Minderjährigen, welche an fich verboten find ober ein Bericulben begründen, alfo folche, bie außer bem Bereiche eines abgeschloffenen Geschäftes liegen. Wenn bem zweiten Abfate eine weniger einschränkenbe Muslegung gegeben murbe, fo würde baburch ber erfte Abfat aufgehoben; benn wenn gefcaftliche Acte bes Minberjährigen in bas Bereich eines baburch gegrundeten Berfculbens gezogen werben tonnen, fo ift bann ber Minberjabrige nicht blos für ben Schaben verantwortlich, wenn er fich für großjährig ausgegeben und der Andere hierüber nicht Erkundigung einholen tonnte, sondern auch bann, wenn bieser sich zu erkundigen in ber Lage war und nicht blos, wenn ber Minberjährige fich für großjährig ausgab, fonbern auch, wenn er ben Abgang ber Sanblungefähigfeit verschwieg, weil in diesen Fällen ein Berschulben bes Minberjährigen Betrachtet man nun die beiben alternativ in ber Rlage porliegt. gestellten Begehren, fo ift es flar, bag fie bochftens aus bem erften Absate bes &. 248 abgeleitet werben können, weil benfelben keine einseitigen Sandlungen bes unter pflegschaftlicher Obsorge Stebenben, sondern mit dem Rlager eingegangene geschäftliche Acte zu Grunde gelegt werben. Es unterftust fonach ber zweite Abfat biefes Baragraphen nicht bie beiben Rlagbegehren. Bas aber ben erften Abfat Diefes Gefeges betrifft, fo ift er in vorliegendem Falle auch nicht anwendbar; benn bas Gefet bat einen folden Bflegebefohlenen in Betracht, welcher biefe Eigenschaft burch sein Alter und burch bas Befet bat, nicht aber einen folden, welchem bie Bermogeneverwaltung burch gerichtlichen Befdlug laut fundgemachten Cbictes entzogen ift; mare bie Entschulbigung mit ber Untenntnig bes Ebictes julaffig, fo wurde ber vom Gefete beabsichtigte Schut in ben meiften Fallen unwirkfam werben. Die Beilage 1 ber Ginrebe weift aber bie erfolgte Beröffentlichung bes Ebictes nach, laut welchem bie väterliche Gewalt über B verlängert murbe. Bei Geschäften, wie bie in Rebe ftebenben, welche ben Stempel bes Bagniffes an ber Stirne tragen, entbehren jene gesehlichen Bestimmungen in ihrer rudfichtslosen Beltung jeben Charafters ber Barte. Aber gang abgefeben bavon hatte bas Borgeben ber Großjährigfeit erft beim letten aller biefer Befchafte, modurch Rleiber im angeblichen Berthe von 214 fl. überlaffen murben, von Seite bes B ftattgefunden. Dazumal hatte Rlager aber bereits bie Berlangerung ber vaterlichen Gewalt über jenen erfahren. Es

ware alfo nach ben eigenen Angaben bes Rlagers baburch fcon alle Borficht angezeigt gewesen; es ist aber teine angewendet worden. Das D. L. G. erkannte auf ben bom Rlager für feine Rlaganführungen angebotenen Beugenbeweis. In ben Entscheibungsgrunden beift es: Es handelt fich vor Allem um die Frage, ob ber noch unter verlangerter Bormundichaft befindliche B hinfictlich ber mit bem Rlager angeblich im Jahre 1864 und 1865 abgeschloffenen, in ber Rlage angeführten Rechtegeschäfte verbindlich und für ben burch Richt= aubaltung ber biebfälligen Bertrage jugefügten Schaben verantwortlich erscheint? In biefer Beziehung tann gwar ber erfte Absat bes bie Saftungepflicht ber Minberjährigen normirenben §. 248 a. b. G. B. im vorliegenden Falle nur per analogiam Anwendung finden, ba fich berfelbe offenbar auf folche Pflegebefohlene bezieht, welche zwar bas 20. Lebensjahr, aber noch nicht bie phyfische Grofiabrigkeit erreicht Singegen fpricht ber zweite Abfat biefes Baragraphen im baben. Allgemeinen von ber Saftungspflicht ber Minberjährigen, bie fich namentlich auf verbotene Sandlungen ber Letteren und ben burch ihr Berichulben verurfacten Schaben bezieht. Ein foldes Berichulben bes B ergibt fich jeboch aus ben Behauptungen ber Rlage, wonach ber Rlager burch bas Berfcweigen bes Mangels ber Eigenberechtigung pon Seite bes B, bann burch beffen weitere, gerabe auf ben Befit ber Bollberechtigung ichliegende Sandlungsweise bes Letteren, namentlich bie Acceptirung bes Bechfels per 3000 fl., bann beffen angebliche Ertlarung, bag er ben Erbtheil feiner Mutter gur Berfallszeit bes obigen Acceptes ober noch früher erheben, und bag er bestimmt in ber Lage fein werbe, fein Accept einzulosen, umfomehr in ben Glauben verfett werben mußte, bag er es bei Contrabirung ber fraglichen Geschäfte mit einem Bollberechtigten zu thun babe, ale B bereits am 23. Mai 1857 24 Jahre alt geworben ift, und baber jur Beit bes erften Gefcaftsabichluffes, im Jahre 1864, bereits im 31. Lebensjahre fich befand. Es tonnte baber mit Sinblid auf Die Bestimmungen ber §§. 248 und 1295 a. b. G. B. berzeit icon mit ber ganglichen Abweifung bes Rlagbegehrens nicht vorgegangen, fondern es mußte vorläufig ber vom Rlager angebotene Zeugenbeweis angelaffen werben, ba fich berfelbe als erheblich und namentlich auf Die Beurtheilung ber Tragweite bes flagerifden Schabenerfatanspruches und die Entscheidung hierüber Ginflug übend barftellt.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas obergerichtliche Beweisurtheil "in ber Erwägung, baß biefer Beweis zur naberen Anftlarung über ben Borgang bei ben abgeschlossenen Geschäften bienen tann".

#### Mr. 2992.

Dissimulation des verabredeten Rauspreises in der über das Rausgeschäft errichteten Notariatskunde.

Entich. v. 12. Februar 1868, Rr. 372 (Best, bes Urtheils bes B. G. Kratan v. 8. Oct. 1866, Rr. 12607, Aband. bes Urth. bes D. L. G. Aratan v. 26. März 1867, Rr. 54). G. S. 1868, S. 303. G. Z. 1868, Rr. 101. Zeitschr. s. b. Rotariat 1869, Rr. 12.

In ber Rlage ber Cheleute A gegen bie Cheleute B murbe angeführt: Die Rlager verlauften ihr Saus ben Beklagten um 1300 fl.; in ber über biefes Rechtsgeschäft am 9. October 1862 errichteten Motariatsurfunde murbe jedoch in ber Absicht, einen Theil ber Uebertragungsgebuhr zu ersparen, ber Raufschilling mit 810 fl. simulirt und ber Empfang besselben bescheinigt; in ber Birklichkeit zahlten bie Chelente B auf Rechnung bes ursprünglich mundlich vereinbarten Rauffdillings von 1300 fl. bei Unterzeichnung bes Bertrages 750 fl., sobann 250 fl. und verpflichteten fich, ben Restbetrag, nämlich 300 fl., am 1. Rovember 1862 ju entrichten. Auf Bablung biefes Reftes ift bas Rlagbegehren gerichtet worben. — Die erfte Inftanz verurtheilte bie Beflagten nach bem Begehren unter ber Bedingung bes flagerifderfeite burch ben (ihnen aufgetragenen) Saupteid erbrachten Beweises, daß bie Summe von 1300 fl. als Raufpreis bes Saufes zwischen ihnen und ben Rlagern vereinbart wurde, und daß fie fich verpflichtet haben, ben Raufschillingereft von 300 fl. am 1. Rovember 1862 ben Cheleuten A zu bezahlen. — Das D. L. G. wies die Rlager mit ihrem Begehren ab, weil die mundliche Berabrebung ber Parteien über den angeblich mahren Raufschilling ber Notariatsurfunde gegenüber burchaus nach §. 887 a. b. G. B. behandelt werden muß; weil biefe Berabrebung, wenn fie wirklich ftattgefunben hat, burch ben fpater geschloffenen Rotariatevertrag aufgehoben murbe ; weil die Borfdriften ber §g. 887 und 916 nicht gleichzeitig angewendet werden konnen, wenn man nicht in einen Biberfpruch verfallen will; weil ferner icon bie Natur ber Rotariatsurfunde felbft bie Anwendbarteit bes §. 916 ausschließt; weil endlich Angesichts ber §g. 2 und 4 ber Rotariats. ordnung vom 21. Mai 1855, R. G. Bl. Rr. 94, von ber Zulaffung bes von den Rlägern aufgetragenen Saupteides, daß irgend eine nachträgliche Berabrebung getroffen worben fei, feine Rebe fein tann.

Der oberste Gerichtshof bestätigte bas erstgerichtliche Urtheil aus folgenden Gründen: Mit Berufung auf den §. 887 a. b. G. B. läßt sich das Begehren der Rläger nicht abweisen. Denn nach ihrer Ansührung und nach dem von ihnen angebotenen Beweis mittelst des Haufthrung und nach dem von ihnen angebotenen Beweis mittelst des Haufthrung und nach dem von ihnen angebotenen Beweis mittelst des Hauftreis von nicht angenommen werden, daß die Paciscenten über den Kaufpreis von 1300 fl. nicht einig geworden, oder daß sie von der Stipulation desselben wieder abgegangen seien, sondern es war dies in dem mündlichen Bertrage ein Bunkt, worüber beide Theile

einig gewesen sind, und ber nur in fraudem aerarii nicht seinem vollen Umfange nach, fonbern nur in beschränfterem Betrage in ber Bertragsnrtunde aufgenommen werben follte, weshalb auch, ba bie Festftellung biefes boberen Raufpreises ein beiberseits vereinbarter Bunkt mar, ber citirte Baragraph bier nicht zur Anwendung fommen tann. Es liegt zwar in biefer Stipulation eine unerlaubte Sandlung, beren Berfolgung und Ahndung auf dem bafür bestimmten Weg stattfinden tann; allein ber Bulaffung bes Baupteibes barüber: bag ber Raufpreis von 1300 fl. verabrebet wurde und bag bie Beflagten bie Bahlung bes Breisrestes auf ben 1. November 1862 versprachen, tann bies nicht im Wege fein, indem fonft bie Rlager eine fo bedeutende Einbufe erleiben und bie Beflagten, bie boch ben eigentlichen Bortheil baraus zogen, ba nur fie als Räufer bie Uebertragungsgebühr trifft, ben boppelten Rugen aus biefem Borgange gieben wurden. Es fann baber Die erftgerichtliche Entscheidung, welche ben Rlagern im Falle ber Berftellung bes ermähnten Gibbeweises bie Rauffdillingereftsumme von 300 fl. querfennt, nur gebilligt merben.

### Mr. 2993.

Hoppothecirung der Regrefforderung des Cessionars: Nichtberechtigung des Hoppothekarschuldners zur Geltendmachung der Einwendung der mangelnden Baluta.

Entich. v. 12. Februar 1868, Rr. 496 (Best. bes das Urth. bes B. G. Ansterlis v. 20. Juni 1867, Rr. 3061, aband. Urth. bes O. L. G. Brünn v. 18. Sept. 1867, Rr. 9811). G. H. 1868, S. 176.

C hatte bem A eine Forderung von 1123 fl. cedirt, ausbrücklich Die Saftung für die Richtigkeit und ben Gingang berfelben übernommen und zur Sicherstellung biefer haftpflicht fein Saus X verpfandet, welches er später bem B verkaufte. Um feine mit bem Betrage von 1123 fl. auf bem Saufe intabulirte Regrefforberung zu realistren, belangte nnn A ben Sanseigenthumer B mit ber Sppothetarklage auf Rablung ber befagten 1123 fl. Der Beflagte wendete bagegen ein, daß fein Auctor C von bem Rlager bie Baluta für bie bemfelben cedirte Forderung nicht erhalten habe. Replicando gab der Rläger ju, daß er nicht die volle Baluta von 1123 fl., sondern nur 950 fl. bem C zugezählt habe, und trug jum Beweis ber Bugahlung bes letteren Betrages bem Beflagten ben referiblen Sanpteid auf. -In erster Instanz murbe ber Rlager mit bem Betrage von 173 fl. unbebingt abgewiesen und ber Betrag von 950 fl. unter ber Bebingung bes Beweises burch ben Haupteib bemfelben zuerfannt. - Das D. L. G. bat bem Rlagbegebren vollftanbig und unbedingt fattgegeben.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bie Entscheidung ber am eiten Inftang. Grunde: Der Beflagte mußte beim Antaufe bes Sanfes X aus bem Grundbuche bie haftung ber Forberung von 1123 fl. erfeben und vermöge g. 443 a. b. G. B. auch miffen, bag er mit bem Sanfe auch bie sachliche Saftung übernimmt. Im Raufvertrage mit C bat ber Beflagte blos gegen biefen bas Recht erworben, ju forbern, bag C bie (ibm versprochene) Loschung ber besagten Sappost bewirke; er ift aber nicht zu Ginwendungen gegen bie perfonlichen Rechte legitimirt, welche ber Rlager gegen C erworben bat und nur ber Lettere bestreiten tann, allein nicht bestritten bat. Der Betlagte tann baber bas Bfandrecht bes Rlagers an bem Saufe X fur Die von C übernommene und nicht angefochtene Bflicht ber Saftung für bie Richtigkeit ber vollen bon C bem Rlager cebirten Forberung weber gang noch jum Theile ablengnen, umsoweniger, als es bem Cebenten C, selbft wenn er nicht ben vollen Betrag von 1123 fl. ale Ceffionevaluta erhielt. freiftanb, fich gegen ben Ceffionar ansbrudlich jur Baftung für bie Richtigleit und ben Gingang ber gangen Forberung verpflichten und ibm für bie volle Saftung eine Sppothet zu bestellen. Gine Unredlichkeit bes Rlagers murbe übrigens beflagterfeits nicht eingewendet und trat in ber Brocegverhandlung nicht bervor. Ift aber ber Betlagte von C bintergangen worben, fo tann bies nicht bem Rlager jum Rachtheile gereichen.

### 9dr. 2994.

Unabhängigkeit bes Beginnes ber Berjährung von ber Kenntniß bes Berechligten.

Entjch. v. 12. Februar 1868, Rr. 832 (Best. bes das Urth. des B. G. Weistirchen v. 80. Juni 1867, Rr. 2807, abund. Urth. des D. L. G. Brünn v. 2. Oct. 1867, Rr. 10046). G. H. 1808, S. 218.

Gegen die im Jahre 1866 angestellte Klage des A wegen Zahlung einer seit dem Jahre 1829 fälligen Forderung wurde vom Beklagten B 1. unter Andietung des Zengendeweises die Zahlung, 2. die Berjährung nach §. 1479 a. d. G. B. eingewendet. — Die erste Instanz erkannte auf den ad 1. angetragenen Zengendeweis. — Das D. L. G. wies den Kläger wegen der eingetretenen Berjährung ab und bemerkte in den Motiven: Das Andringen des Klägers, daß die verstordene M, von der derselbe die Forderung ererbt hat, zeitlebens von dem Bestande der Forderung teine Kenntnis hatte, dadurch der Anfang der Berjährung hinausgeschoben, mithin die Berjährung zur Zeit der Klage noch nicht vollendet war, ist ohne Belang, weil der M die Aussibung des Rechtes objectiv möglich war, nach §. 1478 a. d. G. B. nur diese und nicht die subjective Möglichkeit der Rechtes

austibung in Betracht fommt, folglich bie Unmöglichfeit ber Geltenbmachung, soweit fie nur in ber Person ber M lag, ben Ansang ber

Berjährung nicht hinderte.

Der oberste Gerichtshof bestätigte bas obergerichtliche Urtheil aus bessen Gründen und in Erwägung, daß die Unkenntniß eines Rechtsanspruches im §. 1494 a. b. G. B. nicht als eine Ursache ber hemmung der Berjährung angesehen wird, insbesondere dann nicht, wenn der dreißigjährige Nichtgebrauch des Rechtes eingewendet ist, da nach §. 1479 ebendort durch dreißigjährige Nichtausübung alle Rechte gegen Dritte schon an und für sich erlöschen.

#### Mr. 2995.

Berfahren in Ausziehstreitsachen. Frist zur Appellation bei Rlagen wegen abgelaufener Bestandzeit.

Entich. v. 12. Februar 1868, Rr. 1178 (Aufheb. des Decr. des D. L. G. Brünn v. 31. Dec. 1867, Rr. 14663). G. H. 1868, Rr. 215.

In dem Processe des A gegen B poto. Räumung und Zurückgabe ber vom Beklagten gemietheten Wohnung wurde auf den in der Replik gestellten Antrag des Klägers mit Zustimmung des Gegners für die Fortsetung des Rechtsstreites das im Patent vom 16. November 1858, R. G. Bl. Ar. 213 (Berfahren in Streitigkeiten aus Bestandverträgen), wormirte Berfahren zu Grunde gelegt und vom D. L. G. die nach Berstreichung der dreitägigen Frist (§. 15, lit. d des citirten Patentes) angebrachte Appellationsammeldung und Beschwerbe des A gegen das erstgerichtliche Urtheil als verspätet abgewiesen.

Der oberste Gerichtshof verordnete dem D. L. G. die meritorische Entscheidung. Gründe: A, als Bestandgeber, hat den Bestandnehmer B auf Räumung und Uebergabe der Wohnung wegen abgelausener Bestandzeit belangt. Es liegt also keiner von den Fällen vor, wosür der §. 15 des citirten Patentes die im summarischen Proces allgemein gestende achttägige Frist zur Appellationsanmeldung und Beschwerde auf drei Tage herabsett. Die vor Ablauf des achten Tages a dato der Urtheilszustellung überreichte Beschwerde des A war

fomit rechtzeitig angebracht.

#### Nr. 2996.

Außerordentliche Revision im mündlichen Berfahren: Unterschrift bes Abvocaten.

Entich. v. 12. Februar 1868, Rr. 1874 (Beft. bes bas Decr. bes B. G. Hainburg v. 7. Nov. 1867, Rr. 2699, abanb. Decr. bes O. L. G. Wien v. 14. Jänner 1868, Rr. 624). G. Z. 1868, Rr. 28.

Die a. v. Revisionsbeschwerbe gegen gleichförmige Urtheile, welche ber sachfällige Streittheil schriftlich bei bem Proceggerichte ohne Unterzeichnung eines Rechtsfreundes (beren es am Gerichtssitz nicht gab) überreichte, wurde in erster Instanz ohne Weiteres, vom D. L. G. mit bem Bedeuten zuruchgewiesen, dieselbe entweder mundlich anzubringen oder schriftlich mit der Fertigung eines Abvocaten versehen

au reproduciren.

Der oberfte Gerichtshof beftätigte ben Erlag ber gweiten Inftang aus folgenden Grunden: Wenn auch in ber Juftizministeralberordnung vom 5. Juli 1859, R. S. Bl. Dr. 122, Die Einbringung fcriftlicher Eingaben in ben zum munblichen Streitverfahren bestimmten Fällen ohne Unterschrift eines Abvocaten an folden Orten, an welchen entweber tein ober nur ein berechtigter Abvocat besteht, julaffig ertlart ift, fo bleibt es boch ben Gerichten im Ginne bes Sofber. v. 16. Februar 1792, 3. G. C. Rr. 253, vorbehalten, wenn, wie bier, mit Grund angunehmen ift, bag eine Gingabe von einem Bintelichreiber verfaßt fei, die Partei anzuweisen, ihre Angelegenheit mundlich gu Brotofoll zu bringen ober die Schrift mit der Fertigung eines berechtigten Rechtsfreundes ju überreichen, mas im vorliegenden Falle umfomehr angezeigt erfchien, ale es fich um die Ergreifung eines außerorbentlichen Rechtsmittels handelt, welche nach bem Dofber. vom 15. Februar 1833, 3. G. G. Dr. 2593, eine Abndung aur Rolge haben fann, worüber ber Bartei vom Berichte ober vom befugten Rechtsfreunde bie geeignete Belehrung zu ertheilen ift.

# Mr. 2997.

Execution auf ein im Grundbuch nicht eingetragenes Grundftid.

Entich. v. 18. Februar 1868, Rr. 1542 (Beft. ber gleichförmigen Decr. bes R. G. Stanislan v. 24. Juli 1867, Rr. 10789 und bes D. L. G. Lemberg v. 27. Rov. 1867, Rr. 33888). G. H. 1868, S. 825.

Das Gefuch bes A um executive pfaudweise Befchreibung bes angeblich seinem Schuldner gehörigen, im Grundbuche nicht eingetragenen Grundstudes X wurde in erfter Inftanz abgewiesen, weil

1. nicht festgestellt wurde, daß das Grundstüd teinen Tabularkörper bildet, und 2. der Beweis fehlt, daß der Schuldner dasselbe wirklich besitzt. — Aus dem ad 1 angeführten Grund hat das D. L. G. den erstgerichtlichen Bescheid bestätigt, indem das mit dem Pfändungsgesuche vorgelegte Zengniß des Gemeindeamtes vom Grundbuchsgerichte nicht veristeit ist und daher den Beweis des Nichteingetragenseins der Liegenschaft im Grundbuche nicht liefert.

Der a. o. Revisionsrecurs bes A, worin er sich auf die in einem anderen Falle getroffene principiell entgegengesete Entscheidung der britten Instanz vom 5. März 1867, Rr. 1402 (Sammlung Rr. 2751) berief, wurde vom obersten Gerichtshose verworsen, weil damit die Execution auf ein unbewegliches Gut nach Art der Execution auf bewegliche Sachen geführt werden kann, dargethan sein müßte, daß die Realität keinen Gegenstand des Grundbuches bildet, was aber in dem Executionsgesuche des A nicht dargethan wurde.

#### Mr. 2998.

Errotulirung mährend des Restitutionsprocesses.

Entid. v. 18. Februar 1868, Rr. 1566 (Best. bes Decr. bes L. G. Ling v. 5. Dec. 1867, Rr. 10548, Aband. bes Decr. bes D. L. G. Wien vom 80. Dec. 1867, Rr. 24085). G. Z. 1868, Rr. 36. G. H. 1869, S. 27.

Bährend des Restitutionsprocesses, welchen der in seinem Rechtsstreite gegen B sachsällig gewordene A eingeleitet hatte, begehrte B die Exrotulirung der Acten des ersten Processes, weil er selbe zur Bertheidigung im Restitutionsstreite benöthigte. — Die er ste Instanz ordnete eine Tagsahung zur Exrotulirung an. — Auf den Recurs des A, welcher geltend machte, daß er im Restitutionsproces auf die noch bei Gericht besindlichen Acten des Hauptprocesses sich berufen habe, wo B sie einsehen könne, und er sonst Gesahr lause, daß er später die Acten, worauf er sich berusen, nicht mehr zusammenbringe, hat das D. L. G. das Exrotulirungsgesuch für dermalen abgewiesen, weil zur Zeit der Andringung desselben der Restitutionsproces bereits im Zuge und daher die Exrotulirung der fraglichen Procesacten wegen Zusammenhanges berzeit nicht zu bewilligen war.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte die Entscheidung ber ersten Instanz, weil der Umstand, daß Acten eines beendeten Rechtsstreites zu einem anderen nothig sind, die Zurudhaltung berselben und die Entziehung des anderweitigen Gebrauches berselben nicht zu rechtefertigen vermag, auch der Gegner nicht angehalten werden tann, dieselben bei Gericht einzusehen, um darnach seine Schrift zu verfaffen.

#### Mr. 2999.

Zeugenbeweis: That- oder Rechtsbehauptung?

Entid, v. 19. Februar 1868, Rr. 1397 (Best. des das Artheil des B. G. Krafan v. 31. Dec. 1866, Rr. 17552, aband. Urth. des O. L. G. Arafan v. 29. Angust 1867, Rr. 10440). G. H. 1868, S. 295.

Auf Grund bes von A an eigene Orbre ausgestellten Bechiels wurde ber Acceptant bem Indoffatar jur Bablung condemnirt und bem Letteren gegen ben Berurtheilten bie Mobilienpfanbung bewilligt. bei beren Bornahme bie B, Gattin bes Acceptanten, bem Executionsführer ertlarte, "bag fie fich verpflichtete", entweber ibm ober bem (Bechselaussteller) A bie Forderung ju gablen. In Folge beffen übernahm A wieber ben Wechsel von bem Indoffatar und belangte bie B auf Bahlung unter Anbietung bes Beugenbeweises für ihre Erflarung. - Diefer Beweis murbe vom D. L. G. zugelaffen und ber oberfte Gerichtshof bestätigte bas Urtheil ber zweiten Inftanz aus ben nachstebenben, bie Ausführung ber Revisionsbeschwerbe ber B widerlegenben Gründen. Die Beflagte bestreitet bie Bulaffung bes Beugenbeweifes, weil bas Bort "verpflichten" nicht einen Geschichtsnmftanb, fonbern einen Rechtsbegriff bezeichne, gegen fie teinen Rechtstitel begrunde und ber Rlager an ihrer angeblichen Ertlarung nicht unmittelbar betheiligt gewesen sei, weshalb biefelbe für ihn als britte Berson teine Wirtung Allein alle Diefe Einwendungen find unerheblich: Die baben tonne. Uebernahme ber Schuld gur Bahlung fonnte burch einen anderen Ausbrud als "fich verpflichten" nicht erklart werben und es ift barin allerbinge ein Geschichteumstand, nämlich bie Uebernahme ber Bablung nach §. 1344 a. b. G. B. enthalten; ben Titel ber Forberung gegen Die B aber fpricht ber eben citirte Baragraph aus, und nachbem ber Bechfel bem Rlager A wieber jurudindoffirt worben ift, erscheint berfelbe nicht als britte Berfon, sonbern als unmittelbar betheiligt bei bem Bechselgeschäfte bes Acceptanten, in welches bie Betlagte burch ibre Erflärung eingetreten mare.

# Mr. 3000.

Pfändung von im Besitz eines Dritten besindlichen Sachen: Aushebung berselben ungeachtet des unterbliebenen Recurses gegen den Pfändungsbescheid.

Entigh. v. 19. Februar 1868, Rr. 1507 (Aband. ber gleichförmigen Decr. bes L. G. Brünn v. 16. Angust 1867, Rr. 12597 und bes O. L. G. Brünn v. 27. Rov. 1867, Rr. 18448). G. Z. 1868, Rr. 87.

Auf bas Ginschreiten ber Firma A gegen ihren Schuldner C wurde im Jahre 1867 bie executive Pfandung und Schabung ber in

ber Spodiumfabrit des B befindlichen, angeblich bem Executen C geborigen Fabriteinrichtung, jedoch nur unter Intervention bes Erequenten bewilligt, sobann unter ber Intervention bes Erequenten und bes Erecuten trop bes Brotestes bes B vollzogen und bem B ein Rubrum bes Pfandungsbewilligungsbescheibes zugestellt. Run erhob B bei ber erften Inftanz unter Berufung auf bas hofber. vom 29. Dai 1845, J. S. S. Nr. 889, Befchwerbe gegen ben Bollzug ber Bfanbung, ba ber Amtebiener bei bem obwaltenben Zweifel über ben Besit gegen bie Borfdrift biefes Sofbecretes ohne weitere gerichtliche Inftruction bie Pfandung vollzogen habe. Auch legte er einen Brief bes Erecuten por, in welchem biefer ihm die Spodiumerzeugungs. Compagnie für ben 1. April 1866 tunbigte, fich aber bie Geltenbmachung feiner Befellichaftsanipruche vorbehielt, und bat um Aufhebung ber Bfandung und Bermeisung ber Erequenten auf ben Rechtsweg. - B murbe von beiben Untergerichten abgewiesen. Grunbe ber zweiten Inftang: Das Gericht erfter Inftang bat ber Firma A bie Bfanbung bewilligt und B ben ihm jugestellten Bewilligungebescheib unangefochten ge= laffen, indem er bagegen feinen Recure, fondern lebiglich gegen ben Bfandungsact eine Borftellung überreichte, bie mit bem jest angefochtenen Bescheibe von ber erften Inftang abgewiesen murbe. Es ift bemnach ber Bfanbungsbewilligungsbescheib in Rechtstraft ermachsen. Wenn aber B nichts bagegen einzuwenden hatte, bag bem Gläubiger bes C die Pfandung ber obgleich in seiner, bes B, Spobiumfabrit befindlichen Wertzeuge bewilligt murbe, fo tann er fich auch gegen ben in Gemägheit biefes Bescheibes vollzogenen Pfanbungsact nicht beschweren, sonbern es muß ibm überlaffen werben, feine beim Pfandungevollzuge angemelbeten Eigenthumsanfprüche mittelft ber Erfeindirungstlage zu verfolgen.

Dem biegegen angebrachten Revisionsregurse bat ber oberfte Berichtshof ftattgegeben und ben angefochtenen Executionsact als ungiltig aufgeboben. Grunde: In Erwägung, bag bie Rechtstraft bes Pfanbungsbewilligungsbescheibes ben Beschwerbeführer nicht hinderu tann, gegen bie Bfandung von Begenftanben, bie fich in feinem Befite befinden, Beschwerbe zu führen, ba ihm überhaupt nicht zustand, gegen ben wiber C erfloffenen Executionsbescheib zu recurriren; bag ber vom Beschwerbeführer gegen ben Pfandungsact eingebrachte Brotest, nach hofber. vom 29. Mai 1845, 3. G. S. Nr. 889, nicht als unguläffig ericheint, ba berfelbe ben 3med hat, eine ben Umftanben entsprechenbe Belehrung bes Amtebieners, ober bie Brufung bes Executionsactes ju ermirten; bag nach bem Bortlaute und Sinne bes obigen Bofbecretes bei beweglichen Sachen, Die fich nicht im Befite bes Executen befinden, Die Execution nur bann vorgenommen werben tann, wenn Jener, in beffen Befit fle fich befinden, fich nicht widerfest, ba im Abfat 4 biefes Gefetes birect angeordnet ift, bag im Falle ber Beigerung besjenigen, in beffen

Bests sich die Effecten besinden, die Execution zuzulassen, diesem die Pfändungsbewilligung zwar zuzustellen ist, der Exequent jedoch als Kläger auftreten muß; daß sich die in der Spodiumsabrit des Beschwerdesührers gepfändeten Gegenstände offendar im Bestse des Beschwerdesührers befanden, da der Exequent selbst die Spodiumsabrit als die des Beschwerdesührers bezeichnet; daß die einsache Angabe des Executen, diese Gegenstände seien sein Eigenthum, nicht genügt, den Bests des Beschwerdesührers zu entstästen und daß auch aus dem Rebenumstande, daß nach dem vorgelegten Briefe das Compagniezgeschäft bereits im April 1866 aufgelöst wurde, weit mehr Gründe sür den Bests des Beschwerdesührers als des Executen sich ergeben, somit nicht dem Ersteren, sondern dem Letzteren zusteht, die Rechtsansprüche nach Weisung des Absates 4 obigen Hosdecretes geltend zu machen, erscheint der vorgenommene Pfändungsact dem Gesetzen nicht entsprechend und muß daher ausgehoben werden.

#### Mr. 3001.

Beisetzung bes Handzeichens für den des Schreibens Unkundigen mit dessen Zustimmung durch einen Dritten.

Entsch. v. 20. Februar 1868, Rr. 732 (Best. ber gleichsörmigen Urth. des H. G. Brag v. 13. Rai 1867, Rr. 1583 und 1838 und des O. L. G. Brag v. 14. Oct. 1867, Rr. 24582). G. H. S. 1868, S. 209.

In bem nach ben Regeln bes orbentlichen Berfahrens gesührten Proces bes A gegen seinen Schuldner und gegen die Bals Bürge und Selbstzahlerin poto. 1743 fl. wurde die Lettere von beiden Untergerichten freigesprochen, weil auf die betreffende Urkunde das Kreuzzeichen nicht von der Hand der des Schreibens unkundigen B gesett worden war und der vom Kläger mittelst Delation des Haupteides an die B angebotene Beweis, daß das Handzeichen von einem Dritten mit ihrer Zustimmung für sie beigesetzt worden sei, der Borschrift des §. 886 a. b. G. B. gegenüber als irrelevant angesehen wurde.

Die vom Kläger ergriffene a. v. Revisionsbeschwerbe, worin berfelbe auf ben §. 37 bes Gesetes über ben summarischen Civilproces sich berief, wurde vom oberften Gerichtshofe in der Erwägung verworfen, daß aus der kategorischen Bestimmung des §. 886 a. b. G. B. die Beweislosigkeit der ohne Beodachtung dieser Borschrift errichteten Urkunde gegen den des Schreibens unkundigen oder unfähigen Aussteller mit Rothweudigkeit sich ergibt.

## Mr. 3002.

Subjectiver Umfang der Servitut des Wohnungsrechtes.

Entsch. v. 20. Februar 1868, Rr. 1425 (Best. bes das Urth. bes B. G. Jaromeř v. 23. Oct. 1866, Rr. 5495, aband. Urth. bes D. L. G. Prag v. 27. Angust 1867, Rr. 19283). G. H. 1868, Rr. 167.

Bhatte bem A und ber Braut und nachmaligen Frau besselben und ihren Erben in seinem Hause bestimmte Localien zur unentgeltlichen Wohnung und lebenslänglichem Gebrauch und Genuß einzeräumt. Nach dem Tode seiner kinderlosen Frau verließ A die Wohnung, heiratete nach einigen Jahren wieder, bekam Kinder und nahm sodann mit Klage gegen B die frühere Wohnung in Anspruch zu dem seinem Stande, Gewerbe und dermaligen Hauswesen, wozu seine zweite Frau und Kinder gehören, angemessenne lebenslänglichen Gebrauch. — Die er ste Instanz wies den Kläger ab, weil die Servitut nur der ersten Gattin desselben und ihren Nachkommen zugestanden wurde, nach §. 484 a. b. G. B. Servituten nicht erweitert und im Zweisel ein unentgeltlicher Bertrag nach §. 915 ebendort in der dem Berpssichteten weniger beschwerlichen Weise ausgelegt werden soll.

In Ermagung, dag im Bertrage bas Bohnungerecht bem A und feiner erften Frau für Beibe und ihre Erben ohne Befdrantung besselben auf ihre eheliche Berbindung eingeräumt und die Bestimmung, bag im Falle bes Tobes bes einen Chetheiles bas Bohnungsrecht bes anderen Theiles aufboren foll, nicht getroffen murbe, mithin bas Wohnungsrecht jedem biefer Chegatten auf Die Dauer feines Lebens eingeräumt mar; bag bie angebliche Absicht bes Betlagten, burch Diefe Einraumung nur bie ebeliche Berbindung ber beiben Brautleute begünstigen zu wollen - so bag nach bem Tobe bes Ginen bas Wohnungerecht für ben Anderen megfallen follte - aus bem Bertrage nicht erhellt und, mare fle auch vorhanden gemefen, ohne ausbrudlich jur Bedingung gemacht zu fein, nach &. 901 a. b. G. B. auf bas Recht feinen Ginflug haben fann und, felbft wenn bie Ginraumung bes Bohnungerechtes als ein unentgeltlicher Act bes Beflagten angefeben wirb, nach §. 711 a. b. B. nicht binbend mare; bag bas eingeräumte Bohnungerecht, ale untheilbar (g. 485 a. b. G. B.), in seinem gangen vertragsmäßigen Umfange bem A auch nach bem Tobe feiner erften Frau gufteht und er basfelbe nach ben §8. 505 und 521 a. b. B., feinem Bedürfnig entsprechend und feinem Stande, Gewerbe und Sauswesen angemeffen, ausüben barf, jum Bauswesen aber auch seine zweite Frau und feine Rinder zweiter Che geboren und boch unmöglich verlangt werden fann, daß er die Bobnung für fich allein mit Ausschluß feiner Familie benute - bat ber oberfte Berichtebof tem Rlagbegebren ftattgegeben.

#### Mr. 3003.

Nothwendigkeit der Zustimmung der Vormundschaftsbehörde zu Aenderungen in der Abministration des Mündelvermögens.

Entich. v. 20. Februar 1868, Rr. 1567 (Beft. bes bas Decr. bes B. G. Alsergrund in Wien v. 18. Jänner 1868, Rr. 1197. abund. Decr. bes O. L. G. Wien v. 28. Jänner 1868, Rr. 1876). Gerichtsbote 1868, Rr. 9.

Der Bormund bes A beabsichtigte die bisher von der Mutter bes Bupillen geführte Abministration des dem Letzteren gehörigen Sauses selbst zu übernehmen und auf sein zu diesem Zwede überreichtes Gesuch verständigte das B. G. Alsergrund, in dessen Bezirk das Haus liegt, die Mutter des Mündels und die Miethparteien, daß vom 1. Februar 1868 an der Bormund die Hausverwaltung beforge und das die am besagten Tage fälligen Miethzinse nur zu seinen handen giltig gezahlt werden können.

Anf ben Recurs ber bisherigen Hausverwalterin wurde bas Gesuch bes Bormundes vom D. L. G. abgewiesen und diese Bervordung vom obersten Gerichtshof bestätigt, weil nach Inhalt bes angebrachten Gesuches mit demselben eine Aenderung in der Administration des dem minderjährigen A gehörigen Hauses bezweckt wird, bei deren Durchführung die (vom Gesuchsteller bei Seite gelassene) zur Beurtheilung der Zulässigsteit berusene Bormundschaftsbehörde nicht zu umgeben ist.

# Mr. 3004.

Aufechtung ber vom erstgenannten Streitgenossen stillschweigenb auerkannten Competenz burch andere Genossen.

Entsch. v. 26. Februar 1868, Rr. 982 (Best. bes Urth. bes L. G. Alagenfurt v. 12. Februar 1867, Rr. 611, Aband. bes Urth. des D. L. G. Graz v. 5. Nov. 1867, Rr. 11973). G. H. 1868, S. 177.

Gegen die von A wider B und die Sübbahngesellschaft angestellte Rlage peto. Zahlung von 159.868 fl. wurde von der Letteren die exceptio deelinatoria fori aus dem Grunde erhoben, weil der erstegenannte Beklagte B nicht im Sprengel des angerusenen Gerichtes Rlagensurt seinen Wohnsit habe. Der Rläger verwahrte sich gegen die Legitimation der Sübbahngesellschaft zu dieser vom Erstgenannten nicht vorgebrachten Einwendung; den Beweis dasur, daß B in Rlagensurt domicilirt sei, misslang ihm. — Das D. L. G. hat der in er ster Instanzabgewiesenen Einwendung der Incompetenz stattgegeben, weil der §. 41 J. N., wonach Klagen wider Streitgenoffen bei dem Gerichtsstande des Erstbeklagten anzubringen sind, eine Ausnahme von der allgemeinen Regel statuirt, daß Jeder nur bei seinem ordentlichen

Richter belangt werden kann, weshalb dieser Paragraph mittelst ausbehnender Interpretation auf den Fall, wo der Erstbeklagte das unzuständige Gericht stillschweigend durch Unterlassung der exceptio fork (§§. 2 und 48 J. N.) prorogirt, nicht angewendet und dem Mitsbeklagten die Einwendung, daß der Erstgenannte dem angerusenen Gerichte nicht unterstehe, nicht entzogen werden darf; weil vielmehr nach dem Hospecrete vom 4. September 1801, J. G. S. Nr. 535, angenommen werden muß, daß hier der Erstbeklagte B mit der Incompetenzeinrede der Mitbeklagten einverstanden ist, zumal das citirte Hospecret ganz allgemein lautet, im mündlichen Proces die exceptio fori mit den meritorischen Einwendungen zugleich angebracht werden darf und die vom nachgenannten Streitgenossen allein erhobenen Einwendungen auch für den Erstgenannten gelten, wenn er auch auf die Rlage Rede und Antwort nicht gegeben hat.

Der oberfte Berichtshof bestätigte bie Entscheibung ber erften Grunde: Rach bem Grundfat bes §. 41 3. R., bag mehrere gemeinschaftliche Beklagte basjenige Gericht als zuständig anquerkennen haben, welchem ber Erftgenannte unterfteht, tann nur biefem bie Einwendung, daß der Beklagte für seine Person dem angerufenen Berichte nicht unterftebe, gutommen. Im vorliegenden Falle bat ber Erstgenannte B biefe Einwendung nicht vorgebracht; es muß baber nach ben §§. 2 und 48 3. N. angenommen werben, bag er bas angerufene Gericht in Rlagenfurt als bas zuständige anerkennt, und es tann nach bem für bie Streitgenoffen binfictlich ber Berichtszuftanbigfeit geltenben Grundfate bas Recht, vom Rlager noch ben Beweis ber bom Erftgenannten ichon anerkannten Competenz bes Berichtes zu forbern, ber mitbeklagten Gefellichaft nicht eingeräumt werben. hofbecrete vom 4. September 1801, 3. G. S. Nr. 535, und vom 5. Marz 1847, J. G. S. Nr. 1042, haben hier keine Anwendung; nicht bas erstere, weil barin offenbar nur ber meritorischen Einwenbungen gedacht ift, hier aber auf die Rlage nicht Rebe und Antwort gegeben murbe, und ebensowenig bas lettere, weil bei ber vom Erftgenannten ftillichweigend anerkannten Gerichtegustanbigfeit ein fur ibn gemeinschaftliches Intereffe an ber von ber Mitbeklagten eingewenbeten Incompeteng nicht angenommen werben fann.

# Mr. 3005.

Eigenthum an einer au porteur lautenben Lebensversicherungspolice.

Entid. v. 3. März 1868, Rr. 641 (Beft. ber gleichförmigen Decr. bes B. G. Hernals v. 12. Mai 1867, Rr. 5752, und bes O. L. G. Wien v. 6. Nov. 1867, Rr. 13849). G. H. 1868, S. 230.

Die A, Braut des verstorbenen M, belangte beffen Erben B wegen Anerkennung ihres Eigenthums an einer für die M'sche Ber-Glafer, unger n. Walther Entsch. VI.

laffenschaft bei Gericht beponirten Lebensversicherungspolice, Die auf ben Tob bes M ausgestellt ift und auf ben Ueberbringer lautet. Die Bolice war von M vor seinem Abgang in bas Spital bem C zur Aufbewahrung übergeben und von biefem bem Commiffar ber Aufnahme bes Berlaffenichafteinventars ausgebanbigt worben, welcher fie bei Gericht erlegte. Der von B bestrittene Anspruch ber Rlagerin murbe barauf gegrundet, 1. daß fie ben Berficherungsvertrag gefchloffen habe; 2. bag bie Bolice im Auftrage bes M ihr jugeftellt morben fei; 3. daß M ihr gefagt habe: es fei ber Bertrag beshalb gefchloffen worben, bamit im Fall feines Tobes feine Braut, refp. Frau etwas zu leben habe, ba er mit seinen Geschwiftern nicht gut ftebe; 4. bag M ihr auch ertlart babe, bie Berficherung gefchebe, bamit bas Capital feinerfeits ihr zufalle; 5. bag fie felbft jebesmal bie Bramien bezahlt babe, bis auf bas lettemal, wo M die Bramie bezahlte und fie ihm zu biesem Behufe die Police aushändigte; 6. (replicando) daß M, als fle, bereits im Befite ber Bolice, Beforgniß wegen ber feinerzeitigen Beltendmachung ihres Eigenthums außerte, fie mit ben Borten beruhigt habe: Die Bolice gehöre in jedem Falle ihr und Niemand folle ibrem Gigenthum etwas anhaben fonnen. - Beibe Untergerichte erfannten gegen bas Rlagbegehren wegen bes nicht erbrachten Eigenthumsbeweises ber Rlagerin. Denn ihre Anführung ad 1 (bag fie bas Leben bes M verfichern ließ) ift burch ben Inhalt ber Police und burch bie Ausfage bes Agenten ber Affecuranggefellichaft widerlegt, laut welcher ber Bertrag mit M abgeschloffen murbe; bienach war M ber urfprlingliche Gigenthumer und batte bie Rlagerin beweifen muffen, von ibm bie Bolice auf rechtliche Art übertommen zu haben (§. 423 a. b. G. B.). Dhne Beweis bes Titels für Die Erwerbung biefes berivativen Gigenthums ift ber Umftanb ad 2, daß die Bolice ihr zugestellt murbe, völlig gleichgiltig, weil biefe Buftellung an fich feine Trabition, fonbern bochstens eine hinterlegung beweist. Das ad 3 und 4 angeführte Motiv ber Berficherung ift aus bem nämlichen Grunde belanglos und noch insbesonbere nach ben §8. 572 und 901 a. b. B. nicht maßgebend. Die Bezahlung ber Bramien burch bie Rlagerin ad 5 gabe ibr nicht mehr als ben Anspruch auf ben Rückerfat und vermag ihr Gigenthum an ber Bolice umsoweniger zu beweifen, ale bie erfte und lette Bramie von M felbft gezahlt worden ift. Die ad 6 angeführte Ertlarung bes Berftorbenen ift als beffen Auertennung ihres Gigeuthums eben nur einem wirklichen Gigenthum gegenüber rechtlich bentbar, baber irrelevant; als Schenlung aber (welche bie Rlagerin baraus folgern will) abgesehen von der unftatthaften Abanderung bes Titels durch diese erft in ber Replit vorgebrachte Behauptung - jur Begrandung bes Gigenthums nicht ausreichend, weil bie Rlagerin bie Beobachtung ber jur Biltigfeit einer Schenfung, inter vivos ober mortis causa, erforberten Formlichkeiten nicht bewiesen bat. Da die Bolice au porteur lautet, so wurde fie icon mit ber (erfolgten) Uebergabe an M bemfelben

abgetreten worden sein, selbst wenn er nicht schon früher der Eigenthümer gewesen wäre, und nebst dem Bestitze bedarf es keines weiteren Beweises der Abtretung (§. 1393 a. b. G. B.). Anch würde selbst im Zweisel nach dem §. 374 a. b. G. B. dem Beklagten der Borzug gebühren.

Die a. o. Revisionsbeschwerbe ber A wurde vom obersten Gerichtshose verworsen. Gründe: Es ist, nach der Anssage des Agenten der Versicherungsanstalt, allerdings sehr wahrscheinlich, daß M beim Abschluß des Bertrages die Absicht hatte, daß die Police, resp. die versicherte Summe von 1000 fl. seiner Braut und zukünstigen Frau, der Rlägerin, zukommen sollte. Allein er ließ die Police nicht zu ihren Gunsten, sondern an portour aussertigen, weshalb nach den 38. 371 und 1393 a. d. S. B. seine Verlassenschaft, in deren Besich dessehungsweise in der Inhabung des Depositars C — bei bessehungsweise in der Inhabung des Depositars C — bei bessehungsweise in der Inhabung des Depositars C — bei bessehungsweise in der Inhabung des Depositars C — bei bessehungsweise in der Inhabung des Depositars C — bei bessehungsweise in der Inhabung des Depositars C ich seine Folice war, als Eigenthstmer derselben erscheint; wozu noch kommt, daß sich kein Grund denken läßt, warum M, der sich sich schon krank sühlte, die Police, falls er noch gewillt war, sie der Rlägerin zuzuwenden, nicht ihr, sondern zur Aufbewahrung einem Dritten behändigt hat. Aus diesen und den von den Untergerichten angesührten Gründen wurde die Revisionsbeschwerde abzewiesen.

## Mr. 3006.

Execution des Erkenntnisses auf Ausstellung einer Urkunde: Bestellung eines Curators?

Entich. v. 4. März 1868, Rr. 1925 (Best. des das Decr. des B. G. Andlits v. 16. Sept. 1867, Rr. 4071, aband. Decr. des D. L. G. Prag v. 29. Oct. 1867, Rr. 30464). G. H. 1868, S. 194.

In Bollstredung des Urtheils, wodurch B dem A zur Ausftellung einer grundbuchsmäßigen Quittung condemnirt worden war,
begehrte A die Aufstellung eines Curators für den B zur Ausstellung der von dem Letzteren verweigerten Quittung. — Das in erster
Instanz bewilligte Gesuch wurde vom D. L. G. abgewiesen, weil die Bestellung eines Curators nur in den im a. b. G. B., in der
a. G. D. und den Novellen ausdrücklich bezeichneten Fällen zulässig ist;
nuter den in der G. D. aufgezählten Executionsarten die Execution
mittelst Ausstellung eines Curators nicht vorkömmt; die Ausstellung
und Unterzeichnung einer Quittung nicht eine Arbeit im Sinne des
§. 309 a. G. D. ist, indem die Unterzeichnung einer Urtunde nur
durch den Berpstichteten oder durch seinen Mandatar, keineswegs aber
durch einen vom Gericht bestellten Arbeiter geschehen, und weil gegen
Denjenigen, welcher zur Aussertigung einer Urtunde verurtheilt wurde, bie Execution nur nach §. 310 a. G. D. mittelft Gelbstrafen statt-finden kanu.

Der oberfte Gerichtshof verwarf ben Recurs bes A mit Be-

## Mr. 3007.

Erweiterung ber Frist zur Rechtfertigung bes Berbotes; Nichteinrechnung ber Ferialtage.

Entich. v. 4. März 1868, Rr. 2050 (Best. des das Decr. des S. G. Wien v. 8. Jänner 1868, Rr. 605, aband. Decr. des D. L. G. Wien v. 21. Jänner 1868, Rr. 1878). G. Z. 1868, Rr. 50.

### Mr. 3008.

Berechtigung des Vermiethers zur sofortigen Aushebung des Miethvertrages im Falle der Rückständigkeit des Miethzinses.

Entsch. v. 6. März 1868, Rr. 2283 (Best. bes das Urth. des B. G. Rendan in Wien v. 8. Februar 1868, Rr. 2181, aband. Urth. des D. L. G. Wien v. 26. Februar 1868, Rr. 3424), G. Z. 1868, Rr. 47.

A verlangte mit Rlage vom 3. Februar 1868 bas Erkenntniß: ber Miether B fei foulbig, binnen brei Tagen bie in feinem, bes A. Saufe in einer Borftabt Biens gemiethete Bohnung ju raumen, weil berfelbe mit einem Theil des am 1. November 1867 fällig geworbenen Miethzinfes im Rudftanbe mar (g. 1118 a. b. G. B.). B wendete unter Anderem ein, daß ber §. 1118 a. b. G. B. nur bas Recht enthalte, einen auf bestimmte langere Beit gefchloffenen Bertrag vor Ablauf berfelben aufzuheben, bag aber ber Rlager ihm jebenfalls früher fündigen muffe. - Die erfte Juftang wies die Rlage als verfrüht gurud. Grunbe: Bufolge ber für Bien geltenben Berorbnung bes n. ö. D. L. G. v. 11. October 1865, Rr. 17294 (L. G. Bl. für Rieberöfterreich vom 3. 1866, Rr. 11), tann B felbft in bem Falle, als A ben bestehenben Miethvertrag burch eine im November-(1867) Termine angebrachte Auffündigung aufgehoben hatte, jur gange lichen Rammung ber Bohnung erft am 12. Februar 1868 angehalten werben, und es ift eine von ben Bestimmungen ber Miethordung abweichenbe Berabrebung zwischen ben Barteien auch nicht behauptet worden. Benn man baber felbft annehmen wollte, daß bem Rlager bas im &. 1118 a. b. G. B. bem Bermiether eingeräumte Recht, bie Anfhebung bes Miethvertrages ju forbern, gufteht, weil ber GeMagte am 1. Februar 1868 noch mit einem Theile bes am 1. Rovember 1867 fälligen Miethzinses im Rüdftanbe mar, und wenn man unter ber Aufhebung bes Bertrages im S. 1118 bie Raumung bes Diethobjectes und nicht die Aufhebung bes Bertrages burch Runbigung (§. 1116), als verstanden annehmen wollte, so tonnte bod bas bereits erworbene Recht bes Geflagten, bie Wohnung burch obigen Zeitraum bis 12. Februar zu gebrauchen und biefelbe in bem burch bie Diethordnung vorgezeichneten Zeitpunkte, nämlich am 12. Februar 1868, erft raumen ju muffen, baburch nicht geschmalert werben. Die icon am 3. Februar 1868 eingebrachte Rlage auf Raumung ber gemietheten Bohnung ift also umsomehr verfrüht, als auch am Tage ber Urtheisfcopfung ber in ber Miethorbnung vorgezeichnete Beithuntt ber ganglichen Räumung - ber 12. Februar 1868 - noch nicht eingetreten war. - Das D. L. G. gab bem Rlagbegebren ftatt. Grunbe: Der Geflagte gesteht zu, daß er vom früheren Diethzinse noch einen Theil foulbig mar und auch ben am 1. Februar 1868 fallig geworbenen nicht bezahlt bat. Demnach find alle Erforberniffe bes g. 1118 a. b. 3. B. vorhanden und Rlager berechtigt, die sofortige Aufhebung bes Beftanbvertrages zu forbern. Es tann auch nicht behauptet werben, bag ber Rlager ben Binernaffanb vorerft batte eintlagen follen, ober baß er bas Recht auf Aufhebung bes Miethvertrages nur mittelft einer Auffündung geltend machen tonne, ba bie im g. 1118 a. b. 3. B. geforberte vorläufige Einmahnung zugegebenermaßen auch wirtlich geschehen ift und Rlager zu einer Anffundung in ben gewöhnlichen Terminen nicht erft einer besonderen Berechtigung aus bem 8. 1118 bedarf. B tann fich auch nicht barauf berufen, bag er burd bie Unterlaffung ber Auffündung im Rovembertermine bas Recht auf die Benutung der Wohnung bis 12. Februar 1868 erworben babe, weil eben ber g. 1118 a. b. G. B. bem Beftanbgeber bas Recht einraumt, in bem bafelbft normirten Falle bie frubere Aufbebung bes Bertrages, also bie Aufhebung bes Bertrages noch por Ablauf ber ausbrudlich ober flillschweigend bedungenen Beit, ju forbern. - Der Getlagte ergriff bie Revifionsbeschwerbe und producirte eine Bestätigung bes Rlagers über bie am 19. und 20. Februar 1868 erfolgte Zahlung bes Zinsrückfandes pro November 1867, wonach ihm gewiß bas Recht ber Benutung bis 12. Februar 1868 zustebe.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das obergerichtliche Urtheil aus dessen Gründen und dem weiteren, daß aus der vom Geklagten erst im Revissonszuge geltend gemachten Zahlung des ganzen Zinses sür die Zeit vom 1. November 1867 bis 1. Februar 1868 eine zur Zeit der Klage — 3. Februar 1868 — oder selbst am 12. Februar 1868 schon für den Geklagten bestehende Berechtigung, die Wohnung dis 12. Februar 1868 zu benutzen, um so minder gefolgert werden kann, als das Recht des Klägers zur Bertragsaussehebung schon am 1. Februar 1868 eingetreten war; das die erst in der Revissons-

beschwerbe beigebrachte Quittung nicht berücksichtigt werden darf, übrigens nach berselben die Zahlung des Rücksandes von dem am 1. Rovember 1867 fälligen Zinse erst am 19. und 20. Februar, somit lange nach dem 12. desselben Monates geleistet worden ist.

#### Mr. 3009.

Zwangsveräußerung von Liegenschaften: Borzugsrecht rückständiger Bersonalsteuern?

Entich. v. 10. März 1868, Rr. 2150 (Best. des Decr. des B. G. Laibach v. 23. Oct. 1867, Rr. 17199, Abänd. des Decr. des O. L. G. Graz vom 17. Dec. 1867, Rr. 14458). G. H. 1868, S. 203.

Das Borzugerecht, welches die Finanzprocuratur bei Bertheilung bes Erloses ber executiven Bersteigerung einer Liegenschaft für bie beim Executen von den letten drei Jahren ausstehende Erwerbs- und Eintommenftener in Anspruch nahm, wurde vom oberften Gerichtshofe in ber Erwägung abgefprochen, bag bas Bib. vom 16. Geptember 1825, 3. G. Rr. 2132, bei ber im Executionswege außer bem Concurs vollzogenen Berfteigerung einer Realität bas gefetliche Bfandrecht vor ben Tabulargläubigern nur ben breijährigen Rudftanben von jenen landesfürftlichen Steuern einraumt, Die von ber in Execution gezogenen Realität hatten entrichtet werben follen; bag nach Absat 3 bes citirten Gesetzes auf andere, zwar im allgemeinen Concure privilegirte, allein mit gefetlichem Bfanbrecht an einem Bute nicht verfebene Steueransftande bei Bertheilung bes Raufschillings für bas außer bem Concurs verfteigerte But teine Rudficht genommen werben tann; und bag bie Erwerb- und Gintommensteuer nur Berfonalfteuern find, die nur mit Rudficht auf Die perfonlichen Berhaltniffe und bie Befchäftigung bes Steuerpflichtigen und nicht auf Grund feines Eigenthums- ober Befitrechtes an ber im Erecutionswege vertauften liegenschaft eingehoben merben, welche für berlei perfonliche Steuern gefeslich micht in Baftung fteht.

# Mr. 3010.

Frist zur Appellation im Falle nachträglicher Zustellung ber Urtheilsgründe.

Entig. v. 10. Mirz 1868, Rr. 2191 (Aufbebung bes Detr. des D. L. G. Bien v. 28. Jänner 1868, Rr. 1150). G. 3. 1868, Rr. 42.

Gegen bas im summarifden Berfahren geschöpfte, em 22. December 1867 ohne Mittheilung ber Entscheidungsgrunde bem Geklagten jugestellte Urtheil ber ersten Instanz hatte bieser am 30. December 1867 rechtzeitig die Appellationsammelbung in simplo überreicht und barin den Umstand der nicht erfolgten Zustellung der Gründe gerügt. Mit Bescheid vom 30. December 1867 wurde demselben eine Frist von vier Tagen ab intim. zur zweisachen Ueberreichung der am 30. December 1867 einsach überreichten Appellationsammeldung ertheilt und wurden ihm gleichzeitig mit diesem Bescheide am 4. Jänner 1868 die vermisten Entscheidungsgründe zugestellt. Hierauf überreichte der Geklagte am 6. Jänner 1868 eine von der früheren verschiedene, mit der Appellationsbeschemerbe verbundene Appellationsammeldung, welche von dem D. L. G. als verspätet zurückgewiesen wurde.

Der oberfte Berichtshof bob bie obergerichtliche Burudweisung auf und verordnete, in zweiter Instanz in ber Bauptfache zu enticheiben, und gwar in ber Ermagung, bag bem Recurrenten am 22. December 1867 bas ihn abweisenbe und jum Gerichtstoften= erfane verfallende Urtheil gegen Die Borfdrift bes &. 34 bes Gefetes über das summarische Berfahren ohne die Entscheidungsgründe zu= gestellt murbe, mas auch von ihm in ber erften Appellationsanmelbung bemerkt worden ift und worüber ihm erft nachträglich mit Bescheid vom 30. December 1867 bie Entscheibungsgrunde am 4. Janner 1868 jugeftellt murben, bag alfo bie vom Recurrenten am 6. Januer 1868 in duplo eingebrachte Appellationsanmelrung, obwohl ihm mit bem erwähnten Befcheibe vom 30. December 1867 Die Frift von vier Tagen ab intim. nur zur zweifachen Ueberreichung ber am 30. Dacember 1867 einfach eingebrachten Appellationsammelbung ertheitt worben, und die von ihm am 6. Jänner 1868 in duplo überreichte Schrift eine von ber früheren verschiedene, auch die Appellationsbeschwerbe enthaltenbe Appellationsanmelbung ift, fcon barum nicht als verspätet jurudgewiesen werben tann, weil bem Recurrenten bis 4. Janner 1868 bas Urtheil nicht ordnungsmäßig, nämlich auch mit ben Enticheibungsgründen, jugeftellt worben war.

# Mr. 3011.

Bertheilung des Meistgebotes für eine Liegenschaft: Grundbuchsstand als Norm für die Zuweisung der Klägerrolle bei collidirenden Ansprüchen.

Enisch, v. 10. März 1868, Rr. 2324 (Aband. der gleich förmigen Doct. des L. G. Linz u. 81. Dec. 1867, Rr. 9917, und des O. L. G. Wien bam 28. Jänner 1868, Rr. 1432). G. H. 1868, E. 254.

Bei bem Sancapital bes C wurde zu Gunften bes B erft bas vertragsmäßige Superpfandrecht für einen von B bem C eröffneten Erebit, und fpater bas executive Pfandrecht für die aus ber Benutsmin

bes Credits dem B gegen C entstandenen Wechselsorberungen ad locum des Creditvertrages intabulirt. Zwischen die erste und zweite Einstragung fällt die Intabulation des Gläubigers A. Bei der Berhandlung über die Bertheilung des Erlöses aus der von B für seine Wechselsorderungen nachgesuchten Bersteigerung der Satzost des C bestritt nun A dem B den Altersvorzug des Pfandrechtes und es wurde der Letzter von beiden Untergerichten angewiesen, den Altersvorzug seines Pfandrechtes gegen A mittelst Alage binnen 60 Tagen, bei sonstiger Bornahme der Meistgebotsvertheilung ohne Berücksiche tigung seiner Ansprüche, auszusähren.

Bom obersten Gerichtshose wurde umgekehrt A zur Alagführung gegen B angewiesen, weil das executive Pfandrecht des B für die Bechselforderungen ad locum des Eredits intabulirt ift, daher die Betretung des Alagweges nicht dem B, dessen Priorität der Grundsbuchsftand ausweist, sondern dem A zukommt, welcher trotzem den Altersvorzug des Pfandrechtes des B bestreiten zu können glaubt.

#### Mr. 3012.

Beschränkung ber sibeicommissarischen Substitution auf das ben Pflichttheil übersteigende Vermögen.

Entich. v. 11. März 1868, Rr. 938 (Best. des Urth. der Prätur Jmoschi v. 28. März 1866, Rr. 631, Aband. des Urth. des D. L. G. Zara vom 10. Juli 1867, Rr. 2755). G. H. 1868, S. 291.

M feste fein einziges Rind N gum Erben ein, fubstituirte bemfelben für ben Fall bes Tobes ohne Descendenten ben A. und bebachte feine Chefran B mit bem Fruchtgenuß bes Bermögens bis zu ihrer etwaigen Bieberverehelichung. Die Bormunbschaft bes N trat bie testamentarische Erbicaft an und bie B erklarte, ben ihr jugebachten Fruchtgenuß anzunehmen. Nachdem mit dem Tode bes Borerben N ohne Nachtommen ber Substitutionsfall eingetreten und barauf bie B an zweiter Che geschritten mar, murbe fie bon bem Racherben A auf Anertennung feines Erbrechtes jur gangen Berlaffenschaft bes M und auf Beransgabe berfelben belangt und wenbete bagegen ein, bag bas Erbrecht bes Rlagers nur bie Balfte bes M'ichen Rachlaffes umfaffe und bag bie zweite Balfte ben Bflichttheil bes N als Rotherbe bes Testators barstelle, und ihr als gesetlichen Alleinerbin bes N zugefallen fei. - Das Bericht erfter Inftang befchrantte, biefer Ginwendung gemäß, bas Rlagbegehren auf bie Balfte', wogegen bas D. 2. G. bemfelben vollständig stattgab.

Der oberfie Gerichtshof bestätigte bas erstgerichtliche Urtheil. Grunde: Da nach bem 3. 774 a. b. G. B. jebe Belastung bes Pflichttheils ungiltig ift und, wenn bem Rotherben ein größeres Erb-

theil zugebacht wurde, nur auf die feinen Pflichttheil übersteigende Bortion bezogen merben barf, fo bleibt bie Substitution bes Rlagers auf bie Balfte bes M'ichen Bermogens beschrantt. Der g. 808 a. b. B. G. fo wenig, als eine andere Gefetesftelle, enthält ben Ausfpruch, daß ber testamentarisch eingesette Rotherbe, wenn er bie Erbschaft ans bem Teftamente antritt, für beffen Erfüllung auch mit bem Bflichttheile haftet; er tann vielmehr nach ber beutlichen Bestimmung bes &. 774 bie gange Erbicaft annehmen und gegen jebe Belaftung berfelben, soweit fle fich auch auf ben Pflichttheil bezoge, fich verwahren und alle auf eine folche Belaftung gegründeten Ansprüche aurudweisen. Um biefes Recht geltenb an machen, bedurfte es nicht ber Ungiltigerklarung ober Umftogung bes M'fchen Teftamentes im Sinne ber §§. 601 und 1487 a. b. G. B.; es entfallt nur eine specielle Berfugung besfelben nach bem Haren Ansspruch bes Gefetes und wird bie Substitutionsanordnung bes Erblaffers mit ben Befegen über bas Rotherbenrecht in Ginklang gebracht. Der Rlager konnte baber auf die im g. 1487 normirte Berjährung des Rechtes, bas Testament bes M anzufechten ober ben Bflichttheil ju forbern, fich nicht berufen, ba bie Bormunbicaft bes N bie ben Pflichttheil überfteigenbe Erb. fcaft ex testamento rechtsgiltig angetreten hat und bie Beflagte nur bie Beransgabe ber einen Bermogenshalfte verweigert, bie von ber Subflitution unbelaftet blieb, und ihr, als gefetlichen Alleinerbin bes N, zugefallen ift.

## Mr. 3013.

Executive Feilbietung eines zur Concursmasse gehörigen Hauses: Auspruch des Erstehers auf die vorausbezahlten Miethziuse? Entsch. v. 12. März 1868, Rr. 1614 (Best. des das Urth. des L. C. Wien v. 26. Juni 1867, Rr. 27811, abänd. Urth. des D. L. G. Wien vom 19. Rov. 1867, Rr. 14511). G. Z. 1868, Rr. 44.

A ist der Ersteher eines der Concursmasse B gehörigen Hauses. Rach §. 8 der Feilbietungsbedingnisse sollte der Ersteher mit dem Erstehungstage in den Besth und Genuß des Hauses treten. Gestützt auf diesen Paragraph klagte A die Concursmasse auf Heransgade des voraus zahlbaren und daher von der Concursmasse dereits einzehobenen Miethzinses für die Zeit vom 12. Jünner 1866, als dem Erstehungstage, dis zum 1. Februar 1866, als dem nächsten Zinsetermin. — Die erste Instanz gab diesem Begehren unter analoger Anwendung des §. 519 a. d. G. B. statt. — Das D. L. G. wies das Rlagbegehren zurück aus nachstehenden Gründen: Es ist undestritten, daß nach §. 8 der Feilbietungsbedingnisse der Räger mit dem

12. Janner 1866, ale bem Erstehungstage, in ben Befit bes fraglichen Baufes einzutreten hatte. Durch biefe Befitzeinraumung hat ber Rläger zwar bas Recht erlangt, von biefem Tage an alle Rupungen bes Saufes, bas ift bie Diethginfe, ju beziehen. Allein biefes Recht tann fich nach ber Borichrift bes §. 330 a. b. G. B. nicht auf jene Früchte bes Saufes beziehen, welche icon por bem Erftehungetage fällig maren und welche von ber Concuremaffeverwaltung vor Diefem Tage icon rechtmäßig bezogen wurten. Die Miethzinse vom 12. Janner bis 1. Februar 1866, um welche es fich im gegenwärtigen Broceffe banbelt, besteben aber nach bem Augeständniffe bes Rlagers und nach ber vom Concursmaffevertreter gelegten Rechnung in ben Jacobi- und Michaeliginsen pro 1865 und gehören baber in bie frühere Zeitperiode, welche bis Februar 1866 reicht, woraus folgt, bag bie Concuremaffeverwaltung jur Ginhebung biefer Binfungen nach ben bestehenden Binsvorschriften berechtigt mar, und daß baber ber &. 519 a. b. G. B., nach welchem bie Nugungen nach Dag ber Dauer ber Fruchtniegung ju theilen find, bier feine Anwendung findet. Die Rechtmäßigfeit bes Bezuges ber fraglichen Miethzinfe bon Seite ber Concuremaffeverwaltung tann umfoweniger einem Zweifel unterliegen, als es bem Rlager am Erftehungstage befannt fein mußte, bağ er bei bem Ablaufe bes grüberen Binstermines bis jum 1. Februar 1866 kein Zinserträgniß von dem Hause zu erwarten habe, und auch von dem Rlager felbft nicht behauptet wird, daß in ben Feilbietungsbedingniffen in Diefer Begiebung ein Borbehalt au Gunften bes Erftebere gemacht murbe.

Der oberste Gerichtshof bestätigte bas obergerichtliche Erkenntnis aus folgenden Gründen: Das Rechtsverhältniß zwischen dem Rläger und der geklagten Concursmasse ist nicht jenes zwischen Fruchtnießer und Eigenthümer, sondern zwischen Käuser und Berkäuser, und hienach der Rechtsfall zu beurtheilen. Letterer ist zufolge §. 1061 und 1047 a. b. G. B. nur schuldig, dem Räuser (hier dem Rläger) die Sache in eben dem Zukande, in welchem sie sich dei Schließung des Bertrages befunden hat, der Berabredung gemäß zu übergeben. Nun ist dem Rläger das fragliche Hans am 12. Jänner 1866 verlauft worden. In dieser Zeit war aber mit demselben keine andere Miethnutung verdunden, als die am 1. Februar 1866 fällig werdenden Miethzinse, und es konnten daher unter dem im §. 8 der Licitationsbedingnisse dem Käuser mit dem Tage der Erstehung des Hauses zugesagten Genusse welche die Concursmasse als Eigenthümer des

Saufes am 12. Januer 1866 felbft noch ein Recht hatte.

#### Mr. 3014.

Grundentziehungsstreitigkeiten zwischen ehemaligen Unterthanen und beren Obrigkeit: Unversährbarkeit der Ansprüche der Unterthanen.

Entich, v. 12. März 1868, Rr. 1898 (Abänd. des Urth. des L. G. Arafan v. 17. Dec. 1866, Rr. 18520, Beft. des Urth. des D. L. G. Arafan vom 28. Juli 1867, Rr. 8925). G. Z. 1869, Rr. 86.

M, Besther des herrschaftlichen Gutes zu X, hat im Jahre 1823 eine Austicalwirthschaft des N an sich gezogen und theils weiter verliehen, theils mit den herrschaftlichen Gründen vereint. A, Erbe des N, belangt num den B, Besthnachfolger des M, auf Rückstellung der Gründe. — Die erste Instanz wies das Begehren zurück, weil aus den Erhebungen der Administrativbehörde und aus dem Beschied des Wadowicer Areisamtes vom 26. Juni 1857 hervorgeht, daß N den Rusticalgrund im Jahre 1823 selbst verlassen hat, der verlassene Grund aber sich seit dieser Zeit, somit durch länger als 30 Jahre, im ungestörten Besitze der Herrschaft und anderer Austicalisten bessindet, wonach das Alagrecht des N nach §. 1478 a. b. G. B. umsomehr erloschen ist, als bei der eigentlichen Berjährung auch die gegen den Borsahren eingetretene Berjährungszeit in die Zeit der Berjährung eingerechnet wird und die eigentliche Berjährung selbst ohne guten Glauben stattsinden kann (§. 1493 a. b. G. B.).

Die beiben oberen Inftangen verurtheilten ben B jur Berausgabe ber mit ben berrichaftlichen Grunden vereinigten Grundftlide, bie britte aus folgenden Grunden: "Der vorliegende Streit murbe auf ber Grundlage ausgetragen, bag jur Beit bes bestanbenen Unterthansverhaltniffes bie in bem Befite bes Baters bes Rlagers gewesene Rusticalwirthschaft von der damaligen Grundberrschaft eingezogen wurde. Es hantelt fich baber um einen Streit aus bem bestandenen Unterthansverhältniffe zwischen bem gewesenen Unterthan und ber ebemaligen Grundherrschaft. In biesem Streite ift die Min. Bbg. vom 24. October 1860, R. G. Bl. Nr. 249, maggebend, nach welcher folde Streitigkeiten mit Beachtung ber auf bas bestandene Unterthansverhältnig Bezug habenden Befete und Berorommgen und mit Berudfichtigung ber rechtefraftigen politischen Entscheidungen von ben Gerichten gu entscheiben finb. Inwieserne nun bie fraglichen Gesetz und Berordnungen Ausnahmen von den Bestimmungen bes a. b. G. B. ju Gunften ber gewesenen Unterthanen enthalten, muffen fie nach bem Maren Bortlante ber obbezogenen Dim. Bbg. angemenbet merben und es ift die Behauptung bes B, daß im Falle ber Richtübereinftimmung ber bas Unterthansverhaltnig betreffenben Befege und Berordnungen mit dem a. b. G. B. nur bas lettere makgebend fein follte, ber bezogenen Din. Bgb. wiberfprechenb. Der Belangte bat

eingestanden, daß die Ruftical-Wirthschaft im Befite bes Baters bes Rlagers gewesen ift, und in ber Behauptung, bag bie Berrichaft biefe Birthicaft als Obereigenthamer ber Bauerngrunde übernahm, liegt bas Geständnig, bag biefelbe eine Bauernwirthschaft mar; als folche burfte fle auch, wenn es mahr mare, bag ber Befiger berfelben fle im Jahre 1823 verlaffen hat, nach bem Batent vom 10. Februar 1789, vom 26. Mai 1789 (Biller'iche G. S. Seite 48 und 118), bem Hofbecr. vom 6. Mai 1785, vom 28. Juni 1798 und vom 10. Oct. 1811 von ber Grundberricaft nicht angeeignet und behalten merben. Die Uebernahme biefer Birthichaft für bie Berrichaft bat ber Belangte eingestanden und ba diefelbe nach bem Geständniffe bes Belangten im Jahre 1820 im banerlichen Befite fich befand, baber nach bem Rreisschreiben vom 25. November 1846, 3. 71881, als ein Rufticalgrund anzusehen ift, welcher nach ben obbezogenen Gefeten von ber Berrichaft nicht eingezogen werben burfte; ba ber Belangte einen anberen Titel bes Befiges, anger ber Einziehung bes angeblich verlaffenen Banerngutes, ber jur Erwerbung nicht geeignet ift, nicht geltenb macht; ba ferner ber Umftanb, bag bie Berrichaft einen 36 Jod 1337 Quabratflafter betragenden Theil Diefer Birthichaft in ihrem Befige hat, burd bie gepflogene politifche Erhebung fichergeftellt ift; ba enblich bie Berrichaft geftebt, bag N ber leste Befiger ber fraglichen Wirthschaft gewesen ift, und ber Rlager mit bem Ginantwortungsbecrete nachweift, bag bas Recht zu biefer Birthicaft nach feinem Bater an ihn überging, fo muß ber Belangte gur Rudftellung ber Birthichaft, beziehungsweise bes in feinem Befipe befindlichen Theiles berfelben verurtheilt werben. Der Anfpruch bes gemefenen Unterthans auf bie gesetwidrig von ber Berrichaft angeeiguete Birthschaft fleht bemfelben gegen die Berricaft zu ohne Rudficht, ob bie Berson des Herrschaftsbesitzers sich geandert hat ober nicht — beshalb tann auf bie Einwendung bes Belangten, bag bie Bereinigung biefer Birthicaft nicht burch ibn, fonbern burch feinen Borganger erfolgte und er mit biefem Grunde bas Gut an fic brachte, tein Gewicht gelegt werben. Rach ben Bestimmungen bes Batentes vom 18. April 1784, 3. G. G. Rr. 279, bes Bofbecr. vom 21. Sept. 1797, Rr. 32299, und ber Gubernialverordnung vom 21. April 1826. Rr. 8837, tonnen bie ben gewesenen Unterthanen gegen bie Berrichaft als folde, ohne Rudficht auf bie Berfon bes Befibers zugeftandenen Rechte burch Berjährung nicht erlöschen und es tann fich fonach ber Belangte auf bie Erfthung nicht berufen. Auch die in ber Min. Bbg. vom 28. Inli 1856, R. G. Bi. Rr. 141, enthaltene Frift jur Anmelbung ber Unterthansforberungen findet nach §§. 18 und 25 biefer Borfdrift auf Rlagen wegen Grundentziehung teine Anwendung."

#### Mr. 3015.

Executives Pfandrecht mit der Beschränkung des §. 822 a. b. G. B.

Entid. v. 17. März 1868, Rr. 2384 (Beft. ber gleichförmigen Decr. bes B. G. Mährifch-Reuftabt v. 2. Oct. 1867, Rr. 5175 und bes O. L. G. Brünn v. 11, Dec. 1867, Rr. 18491). G. S. 1868, S. 235.

Nachdem A gegen seinen Schuldner B die Pfandrechtspränotation auf eine demselben erbsweise angefallene Liegenschaft im Sinne und mit der Beschräntung des §. 822 a. b. G. B. erwirkt hatte, wurde ihm für seine durch Urtheil liquidirte Forderung das executive Pfandrecht an der Realität bewilligt, dessen Eintragung juxte der Pränotation vollzogen und sodann auch die executive Schätzung angeordnet und vorgenommen. Sein weiteres Begehren um die Feilbietung wurde aber von beiden Untergerichten abgewiesen, weil — nach den Motiven der zweiten Instanz — der Beschräntung des §. 822 a. b. G. B., mit welcher A die Pränotation erwirkt hat, auch die juxte derselben bewilligte und vollzogene Intabulation des executiven Pfandrechtes unterliegt, unter diesen Umständen aber, da der citirte Paragraph dem Släubiger des Erben nur eine Sicherstellung gewährt, von der exutiven Feilbietung der noch auf den Namen des Erblassers im Grundbuche angeschriebenen Realität keine Rede sein kann.

Den bagegen ergriffenen Recurs, worin A ben §. 6 ber Minifterialverordnung vom 19. September 1860, R. G. Bl. Rr. 212, (wonach bei dem im Grundbuche ersichtlichen executiven Pfandrecht die Execution gegen jeden Besiger fortgesetzt werden kann) und die bereits vollzogene Schätzung geltend machte, hat der oberste, Gerichtshof versworfen. Gründe: Da dem A das executive Pfandrecht nur per juxts der erwirkten Pränotation bewilligt worden ist, so versieht sich die Anfrechthaltung der der Pränotation beigesetzten Clausel des §. 822 a. b. G. B. dis zur ausdrücklichen Aushebung der Clausel von selbst. Der Recurrent wird daher auf die Gründe der obergerichtlichen Eutscheidung mit dem Beisat verwiesen, daß der im §. 6 der Ministerialsverordnung vom 19. September 1860, R. G. Bl. Nr. 212, vorausgesetzte Fall hier nicht vorliegt und aus der Bewilligung und Bornahme der executiven Schätzung der Realität nicht solgt, daß auch die executive

Feilbietung berfelben jedenfalls bewilligt werden muß.

## Mr. 3016.

Unbedingtes Recht des Miteigenthümers, die Feilbietung der gemeinschaftlichen Sache zu fordern; Formulirung des Klagbegehreus.

Entich. v. 18. Mär; 1868, Rr. 1522 (Beft. bes Urth. bes B. G. Hernals v. 22. August 1867, Rr. 13430, Aband. bes Urth. bes D. L. G. Wien v. 17. Dec. 1867, Rr. 19943). G. H. 1868, E. 355.

Der Rlage bes A wiber feine Chefrau B pto. gerichtlicher Feilbietung ber beiben Barteien gemeinschaftlichen zwei Saufer Dr. 461 in Ottafring und Theilung bes Rauffdillings murbe bom oberften Gerichtshofe aus ben folgenben Grunden fattgegeben: Es ift im Proces zugestanden, daß die Baufer sich nicht materiell in zwei Theile absondern laffen. Die Beklagte bat aber bem Rlagbegehren 1. bie Möglichfeit ber Beräußerung bes ibeellen Antheiles bes Rlagers an benselben und 2. Die Döglichfeit ber physischen Theilung burch Buweisung je eines Saufes und Ausgleichung ber Berthe burch Gelb entgegengesest. Ad 1. Diefe Möglichkeit ift zwar in ber Regel porhanden; allein bas Befet zwingt nicht ben Theilnehmer, ber aus ber Gemeinschaft treten will, bavon Gebrauch zu machen, sondern räumt ihm im &. 843 a. b. G. B. unbedingt bas Recht ein, die gerichtliche Feilbietung ber ganzen gemeinschaftlichen Sache und bie Theilung bes Erlöses zu fordern. Ad 2. Diese Art ber Theilung hat ber Rläger abgelehnt und er kann nach §. 841 a. b. G. B. nicht gezwungen werben, bas eine ober bas andere ber Baufer mit einer Gelbaufgabe ober gegen eine folche, beren Bobe erft wieber ju ermitteln mare (und von ber Beklagten nicht einmal annäherungsweise bezeichnet murbe), nach einer feine Bahl umgehenden Bestimmung angunehmen; und wenn im Sinne ber Schlugbestimmung bes g. 841 es auf die richterliche Entscheidung über die Art ber Theilung antommt, fo zeigt fich eben bie gerichtliche Feilbietung als bie geeignetfte Theilungsart, weil babei jeber von ben Genoffen mit ben Gelbmitteln, die ihm ber Berth beiber Saushalften und fein fonftiges Bermögen bieten tonnen, jenes Saus, beffen Alleinbefit er vorzieht. qu erstehen in ber Lage ift und weil burch bie Feilbietung eben auch Der gerechtefte Magftab jur Berthausgleichung beiber Baufer gefunden wird. Der in ben Grfinden bes D. L. G. von Amtswegen hervorgehobene Mangel ber Angabe bes Ausrufspreises und ber übrigen Berfteigerungsbedingniffe in bem Rlagpetit bilbet teinen Grund au beffen Abweisung, weil ber Rlager vorerft bie gerichtliche Entscheibung über bas gegnerischerfeits ibm bestrittene Recht, ben gerichtlichen Bertanf zu verlangen, bervorgerufen hatte und die naberen Ausführungsbestimmungen einer fpateren Entscheidung, und gwar in gewiffer Richtung nicht im Proceg, fonbern im Executionsverfahren vorbehalten bleiben tonnten und begiehungsweife mußten.

#### Mr. 3017.

Pränotationsanspruch bes Notherben zur Sicherstellung bes Pflichttheiles.

Entich. v. 18. März 1868, Rr. 2537 (Beft. bes bas Decr. bes B. G. Sechshans v. 21. Rov. 1867, Rr. 23987, aband. Decr. bes O. L. G. Wien v. 4. Februar 1868, Rr. 2172.) G. Z. 1869, Rr. 15.

# Mr. 3018.

Berhältniß der executiven Feilbietung zu der von einem Anderen erwirkten executiven Sequestration. Zuckervorräthe in einer Zuckerfabrik als sundus instructus?

Entich. v. 18. März 1868, Rr. 2569 (Best. der Decr. des H. G. Brag v. 26. März und 8. April 1867, Rr. 19285 und 21488, Abänd. des Decr. des D. L. G. Brag v. 18. Rov. 1867, Rr. 82922). G. Z. 1869, Rr. 10.

Ein Gefuch bee A um executive Bfanbung u. f. w. ber in ber Buderfabrit bes B befindlichen Budervorrathe und Rohmaterialien ward in ber zweiten Instanz in Folge Recurses bes auf Betreiben eines anberen Glaubigers C bestellten Sequesters in ber Ermagung abgewiesen, bag bie in ber genannten Buderfabrit vorgefunbenen Budervorrathe und Rohmaterialien, insoweit fle jum fundus instructus ber Buderfabrit geboren, nach bem hofvecrete vom 7. April 1826, 3. G. S. Nr. 2178, ber Mobiliarpfandung nicht unterliegen, und bak, insoweit biefe Indervorrathe und Rohmaterialien fich als Rupungen ber Ruderfabrit barftellen, biefelben ber Mobiliarpfanbung aus bem Grunte nicht unterzogen werben fonnen, weil C fcon fruber bie executive Sequestration ber B'ichen Buderfabrit erwirft hatte, gur Beit ber angesuchten und bewilligten Mobiliarpfandung bie gebachte Sequeftration fich in Birtfamteit befand, und baher bemnachft nur ber bestellte Sequester über bie Rupungen biefer Fabrit zu verfügen berechtigt war.

Der oberste Gerichtshof hat die erstrichterliche Pfändungsbewilligung und Bollzugsbescheibe — jedoch unter Abweisung des Begehrens wegen Sperre und Transserirung der Borrathe — aufrecht erhalten, "weil die von einem Gläubiger erwirkte Sequestration der Anzungen einer Sache einem dritten Gläubiger nicht hinderlich sein kann, auf diese Nutzungen gleichsfalls ein Pfandrecht zu erwirken. Da jedoch der bereits sequestrirende Gläubiger durch eine nachfolgende Execution in seinem erwordenen Rechte nicht beirrt werden darf, was bei einer engen Sperre und Transserirung der gepfändeten Zuderporräthe offenbar der Fall wäre, da ferner der Sequester bezüglich ber von ihm sequestrirten Fabrit ordnungsmäßig Rechnung zu legen hat, der Recurrent daher durch die Belassung der gepfändeten Zudervorrathe in der Berwahrung des Sequesters nicht gefährdet erscheint, ist Sperre und Transferirung unzulässig".

#### Mr. 3019.

Mehrmalige Mobiliarpfändung: Vorzug des älteren Pfand= rechtes.

Entich. v. 24. März 1868, Rr. 1115 (Best. des Decr. des L. G. Brünn v. 4. Oct. 1867, Rr. 13444, Abünd. des Decr. des D. L. G. Brünn vom 3. Dec. 1867, Rr. 12914). G. H. 1868, S. 241.

Nachbem auf Ginfdreiten bes A bei feinem Schulbner C bie erecutive Mobilienpfändung vollzogen worben war, wurden bie nämlichen in ber Bohnung bes C gebliebenen Mobilien von feinem Gläubiger B gepfändet und bem B übergeben. Auf den Antrag bes Letteren fam es jur executiven Berfteigerung ber Sachen und bei ber Bertheilung bes Erlofes ergab fich bie Collifion ber Ansprüche beiber Pfandglaubiger. Das Gericht erfter Inftang entschieb gu Gunften bes alteren Bfanbglaubigers A, indem es ihm unter Berweisung bes B auf ben Rechtsweg bas Raufgelb zuwies. Das D. 2. G. entschied im umgekehrten Sinne aus folgenden Grunden: A hat die von ihm gepfändeten Mobilien im Befite bes C gelaffen; find daber ale ein bemselben anvertrautes Ont anzuseben (g. 183 St. G.). Da num B, welchem biefe Sachen gelegentlich feiner Bfanbung als Bandpfand übergeben murben, hiemit bas Bfanbrecht und ben Besit an benfelben von einer Berson erworben bat, ber fie von einem Dritten anvertraut worben waren, so konnte biefer Dritte, A, felbst wenn er ber Eigenthümer ber Sachen ware, sie nach ben 88. 367 und 456 a. b. G. B. nicht mehr gurudforberu und mußte entweber ben reblichen Bfandinhaber B schadlos halten ober bas Bfand fahren laffen. Rach ber Analogie biefer Borfdriften muß also A, ber auch nur Pfandgläubiger ift, bem B tros bes früheren Erwerbes bes Bfanbrechtes nachfteben.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Entscheibung wegen des Altersvorzuges des Pfandrechtes des A und in Erwägung, daß der §. 367 a. b. G. B. hier, wo es sich um die Reihenfolge gerichtlicher Pfandrechte handelt, nicht anwendbar ist, da er von der Bindication des Eigenthums spricht und auch der §. 456 a. b. G. B. nur von einer fremden beweglichen Sache handelt, die ohne Einwilligung ihres Eigenthümers verbfändet wurde.

#### Mr. 3020.

Unzulässigkeit ber Annahme einer nur auf den Nachweis ber Abstammung aus einer ungiltigen Che gestützten Fideicommißerbserklärung.

Entscheidungen v. 24. März 1868: Mr. 1871 (Best. des Decr. des L. G. Wien v. 28. Dec. 1867, Mr. 69060, Aband. des Decr. des D. L. G. Wien v. 14. Jämmer 1868, Mr. 870). Mr. 1872 (Aufbeb. der gleichförmigen Decr. des L. G. Wien v. 7. Jäuner 1868, Mr. 68286 und des D. L. G. Wien v. 4. Februar 1868, Mr. 1846). Mr. 2091 (Aband. der gleichförmigen Decr. des L. G. Wien v. 14. Jäuner 1868, Mr. 1752 und des C. L. G. Wien v. 4. Februar 1868, Mr. 1847). G. Z. 1868, Mr. 33.

Nach bem Tobe bes letten Besitzers ber im Jahre 1668 gestif= teten M'schen Primogenitur- und Majorat-Fibeicommiffe murbe von A, bem Gliebe einer jungeren Linie, ju biefem Fibeicommiffe bie Erbeerflarung eingebracht und angenommen, mit fpaterem Befcheibe bas unmittelbare und nächfte Erbfolgerecht bes A anerfannt und ibm bie Beforgung und Benützung Diefer Fideicommiffe überlaffen. amifchen brachte auch B eine Erbeertlarung ju biefen Fibeicommiffen ein, worin er nachwies, bag er erstgeborener Gohn bes vorverftorbenen einzigen Brubers bes finberlos verstorbenen letten Besitzers M, somit nächster Anwarter fei. Diefe junachst megen eines Formalanftandes jurudgewiesene Erbeerflarung murbe nach Bebebung bes Unftanbes angenommen und, ba biese Erbeertlarung bes B mit jener bes A im Biberfpruche ftanb, nach &. 125 bes Batentes vom 9. August 1854, R. S. Bl. Nr. 208, Tagfanung jur Berhandlung über bie Frage, wer als Rlager aufzutreten habe, angeordnet. B juchte auch um bie Sequestration ber M'ichen Fibeicommiffe an; biefelbe murbe in Bemäßheit bes &. 127 bes citirten Batentes bewilligt und zugleich verfügt, bag es von ber angeordneten Befiteinführung bes A in bie Rideicommigherrschaft X sein Abkommen erhalte. B hatte überdies bereits am 4. Janner gegen ben biefe Befiteinraumung verfügenden Befcheib einen Recurs eingebracht, welchem bas D. L. G. ftattgab, indem es bie fofortige Giftirung ber Befigeinführung bes A in ber Erwägung verfügte, daß zu dem M'ichen Fibeicommiffe außer A auch B fich erbertlärt hat, bes Letteren Erbeerflärung angenommen und bas Berfahren nach §. 125 bes Patentes vom 9. August 1854 eingeleitet wurde; daß baher nach beutlicher Anordnung bes §. 127 bes angeführten Befetes, infolange als biefe Berhandlung und eventuell ber fich ergebende Succeffionsftreit nicht entschieden ift, mit ber Berlaff enschaftsabhandlung und folglich auch mit einem biefer Berhandlung und bem allfälligen Succefftonsftreite prajudicirenden Ausspruche über ben Erbrechtsausweis innegehalten merben muß. Das D. L. G. wies ferner die beiben, von A sowohl gegen die aufrechte Erledigung ber Erbeerflarung bes B ale auch gegen bie Sequeftrationebewilligung ergriffenen Recurse zurück, und zwar ersteren Recurs in der Erwägung, daß nach dem §. 122 des obeitirten Gesets jede in der vorgeschriebenen Form ausgestellte Erbserklärung von dem Gerichte anzunehmen ist, daß Behelse nachgetragen werden können, daß aber im vorliegenden Falle die Erbserklärung des B die vorgeschriebene Form allerdings besitzt und daß über die Frage, ob der geltend gemachte Erbrechtstitel zu Recht bestehe, nicht schon von Amtswegen entschieden werden konnte, und den zweiten Recurs mit Rücksicht auf die Erledigung des ersten Recurses und jene des oben erwähnten Recurses des B gegen die Besitzeinräumung an A und in der Erwägung, daß die angesochtene Berfügung (Sequestration) in der Borschrift des §. 127 des Gesets vom 9. August 1854 gegründet und der Fall, daß der Recurrent die Berwaltung des Nachlasses vom Gerichte bereits erhalten hat, nicht vorhanden ist. A recurrirte nun gegen alle drei

oberlandesgerichtlichen Entscheidungen.

Der oberfte Gerichtshof bat allen Recurfen vollftanbig fatt= gegeben. Die gangliche Burudweifung ber von B eingebrachten Erbserflärung wurde vom oberften Gerichtshofe, wie folgt, begrundet: Rach §. 121 bes Gefeges vom 9. August 1854 ift zur Antretung jeder Erbschaft eine mit den Erfordernissen der §g. 799 und 800 bes a. b. B. B. verfebene Erbserflarung beigubringen. Wenn nun auch davon abgesehen wird, daß die Erbserklärung des B, obwohl fie bie im §. 800 bes a. b. G. B. geforberte Angabe nicht enthält, vom Berichte erfter Inftang als eine bebingte angenommen worben ift, so gebricht es ihr boch an bem Rachweise bes Rechtstitels zur Fibeicommignachfolge, und zwar in einer Art, bag es fich nicht etwa nur um eine im Sinne bes §. 122 bes citirten Batentes geftattete Nachtragung von Bebelfen über bie Erbeberechtigung, fonbern vielmehr barum bandelt, baf bie Grundlage bes Rechtsanipruches, welcher geltend gemacht werben will, erft burch ein nur im Bege bes orbentlichen Rechtsverfahrens erreichbares Ertenntnig geschaffen werben mufte und mithin ber Rechtstitel jur Ribeicommiknachfolge auch erft mittelft eines folden, im Rechtswege erwirften, rechtsfräftigen Ertenntniffes nachgewiesen werben konnte. B bat nämlich seine Erbserklärung zwar auf bas M'iche Fibeicommiginstitut, nach welchem bie Erbfolge secundum ordinum primogeniturae planjugreifen hat, und auf feine Erfigeburt in ber von feinem Bater mit ber N gefchloffenen Che gestütt. Allein es liegt vor und war ber Fibeicommigbeborbe auch ichon bei Erledigung biefer Erbeertlarung vorgelegen, bag eben diese Ehe rechtsfraftig burch Urtheil dreier competenter Gerichtsinstanzen aus bem Grunde, weil jur Beit ihrer Eingehung ber erfte Gemahl ber N noch am Leben und von biefer feiner Gattin nur von Tifch und Bett nach §. 103 a. b. G. B. gefchieben mar, ale im öfterreichischen Staatsgebiete ungiltig erklart worben ift. Da nun nach bem bier maggebenben öfterreichischen Gefete wie nicht minber

nach bem Fibeicommiginftitute bie ebeliche Abstammung aus ber berufenen Familie jur Fibeicommignachfolge erforberlich ift; ba nach öfterreicifdem Gefete Rinber ans einer ungiltigen Che nur unter gewiffen, im Gefete ausbrudlich bezeichneten Borausfetungen als ebeliche anzusehen und, selbst wenn biefe Begunftigung eintritt, von ber Erlangung besjenigen Bermögens, welches burch Familienanordnungen ber ehelichen Abstammung befonbere vorbehalten ift, ausgeschloffen find; ba somit ber Nachweis ber Abstammung bes B aus ber besagten Ehe als ein Ausweis bes Rechtstitels zur Fibeicommignachfolge nicht angenommen werben fann, vielmehr B, was nur im ordentlichen Rechtswege geschehen tonnte, erft ein Ertenntnig barüber erwirten mußte, bag burch bie Ungiltigfeiteerflarung ber Che feiner Eltern fein Rachfolgerecht nicht beeintrachtigt worben fei; ba weiters bie Ribeicommigbeborbe fraft ihres Berufes barüber zu machen bat, bak Niemand gegen ben Willen bes Stifters und gegen bas Befet jum Fibeicommiß gelange, und baber unzweifelhaft als berechtigt angesehen werben mng, eine Erbeerflarung, mittelft welcher bas Recht gur Rachfolge nicht nachgewiesen werben fann, von Amtswegen gurudgumeifen, ba ber §. 122 bes Patentes vom 9. August 1854, nach welchem jebe in ber vorgeschriebenen Form ausgestellte Erbeerklarung zu Bericht anzunehmen ift, auf eine ber Erforberniffe bes §. 121 besselben Befetes und reip, ber inneren Erforberniffe ber §g. 799 und 800 bes a. b. G. B. ermangelnbe Erbeerflarung nicht ausgebehnt werben tann; ba endlich bas im §. 125 bes Gesetzes vom 9. August 1854 vorgezeichnete Berfahren in bem Falle, wo eine Erbeerflarung megen bes mangelnben Rechtstitels zurudgewiesen wird, nicht einzutreten bat, tonnen bie gleichformigen untergerichtlichen Erledigungen als im Befete begruntet nicht erkannt werben. Die oberftgerichtliche Abweisung bes Sequestrationegesuches bes B erfolgte mit Rudfichtnahme auf Die oberftgerichtliche Burudweisung feiner Erbsertlarung, wonach von B bas Begehren um Sequestration nur mehr unter ben Bedingungen ber a. G. D. gestellt werben tounte. Die oberftgerichtliche Aufrechthaltung ber Besitzeinführung bes A grundete sich auf die beiben anderen Recursenticheibungen bes oberften Gerichtshofes.

# Mr. 3021.

Unzulässigieit bes Anspruches ber nur factisch geschiebenen Gattin auf Alimente.

Entich. v. 24. März 1868, Rr. 2750 (Best. bes bas Decr. bes R. G. Rentitichein v. 17. Dec. 1867, Rr. 5496, aband. Decr. bes D. L. G. Brunn v. 21. Januer 1868, Rr. 501). G. H. 1868, S. 282.

Die A, von ihrem Gatten B feit Jahren factisch getrennt, begehrte bei Gericht bie Festsetzung ber bis zur Entscheidung über ihre

Alage wegen Leistung des definitiven Unterhaltes von B ihr provisorisch zu entrichtenden Alimente. Aus der über dieses Gesuch stattgesundenen Berhandlung ergab sich, daß B gelegentlich seiner Uebersetzung die A mit den Kindern in dem früheren Wohnorte zurückgelassen hat. Er setzte ihrem Anspruche auf den provisorischen Unterhalt die Behauptung entgegen, daß das eheliche Zerwürfniß durch ihre Schuld, durch ihr unstitliches Leben herbeigessührt wurde, und erklärte, daß er sich nicht scheiden lassen wolle, sondern ihre Rücksehr in sein Hans verlange. Daß er sie hiezu bereits ausgesordert und die A diese Aufsorderung unbefolgt gelassen hat, erhellt nicht aus der Verhandlung. — Das Gericht er ster Instanz bewilligte das Gesuch der A mit Bestimmung eines monatlich zu zahlenden Alimentationsbetrages. — Vom D. L. G. wurde die A ohne Weiteres abgewiesen.

In Erwägung, daß weber nach den §§. 91 und 93 a. b. G. B. eine Berpflichtung des B zur Leistung eines Unterhaltes an die A besteht, noch diese Berpflichtung aus den §§. 108 und 117 ebendort hervorgeht, da die gesehlichen Ersordernisse hiezu sehlen, und daß die A das Bestehen eines Bertrages auf unbedingte Leistung des Unterhaltes (angeblich 200 st. für das Jahr), worauf sie in dem Revisionsereurse ihren Anspruch gründete, nicht nachgewiesen hat, welcher Bertrag in dem vorliegenden Falle der freiwilligen Trennung ersorderlich wäre, weil dieselbe einen gesehlichen Anspruch der A auf den Unterhalt nicht begründet — hat der oberste Gerichtshof die Entscheidung der zweiten Instanz bestätigt.

# Mr. 3022.

# Telegraphische Recursanmelbung.

Entid. v. 24. März 1868, Rr. 2861 (Aufheb. bes Decr. bes D. L. G. Wien v. 4. Februar 1868, Rr. 2239). G. B. 1868, Rr. 45.

Gegen ben am 19. Jänner bem A zugestellten Bescheib, womit bas Gericht erster Instanz bessen Begehren um Ertheilung eines wechselgerichtlichen Zahlungsauftrages an B abwies, traf bei bem Gerichte am 22. Jänner die telegraphische Recursanmelbung bes A ein, welcher am 23. Jänner 1868 bas diesfällige belegte Einschreiten solgte. — Das D. L. G. wies ben Recurs zurück. Denn, so lautete die Begründung, damit ein Recurs als ordnungsmäßig angemeldet erscheine, muß er von der Partei oder ihrem Bertreter selbst gesertigt und mit den ersorderlichen Beilagen, namentlich der Erledigung, gegen welche er gerichtet ist, versehen sein (Hosber. vom 15. Jänner 1787, Nr. 621, lit. a der 3. G. S.), was bei der am 22. Jänner im telegraphischen Wege ersolgten Eindringung der diesssälligen Recursanmeldung nicht geschah. Die mit Beziehung auf diese telegraphische

Recursanmelbung am 23. Jänner einzelangte belegte Eingabe ist bei dem Umstande, daß der in Beschwerde gezogene erstrichterliche Bescheid dem Bertreter des Recurrenten bereits am 19. Jänner zugestellt worden war, erst nach Ablauf der nach §. 12 lit. d der Justizministerials verordnung vom 25. Jänner 1850, R. G. Bl. Nr. 52, für das Bersahren in Bechselsachen vorgeschriebenen dreitägigen Recursstrist an die erste Instanz gelangt und ist demnach, da die ordnungs-widrige Recursanmelbung nicht als ein rechtzeitig eingebrachter Recurs betrachtet werden kann, im Sine des §. 48 des Hosber. vom 24. October 1845, J. G. S. Nr. 906, dann des §. 3 der Justizministerials verordnung vom 28. August 1860, R. G. Bl. Nr. 205, als offenbar verspätet von Amtswegen zu verwersen. Daher war auch in den Inhalt der Recursanmelbung nicht weiter einzugehen.

Der oberfte Gerichtshof trug jedoch dem D. 2. G. auf, mit der Erledigung der Beschwerde des Klägers in der Hauptsache vorzugehen, weil die Anmeldung des Recurses noch am letten Tage der dazu bestimmten Frist beim &. G. Ried im telegraphischen Wege und am folgenden Tage bereits unter Fertigung des Rechtsfreundes des Klägers die dazu gehörigen Beilagen einlangten, somit ein etwaiger Zweisel, ob die Recursanmeldung vom Kläger herrühre, beseitigt ist.

## Mr. 3023.

Tod eines Miteigenthümers. Umfang ber Nechte bes Separationscurators.

Entich. v. 28. März 1868, Rr. 1012 (Beft. bes das Urth. des L. G. Wien v. 2. April 1867, Rr. 8268, aband. Urth. des O. L. G. Wien v. 17. Juli 1867, Rr. 11242). G. Z. 1868, Rr. 64.

An der Gewähr eines Daujes in Wien stuht die A zur Hälfte als Eigenthümerin geschrieben mit der Beschräntung durch das dem zur anderen Hälfte an die Gewähr geschriebenen M gebührende lebenstängliche Fruchtgenußrecht. Rach dem Tode des M wurde auf Ansuchen der als Berlassenschaftsgläubigerin auftretenden A ein Separationscurator bestellt, welcher in dieser Eigenschaft gemeinschaftlich mit der A die Witwe des Erblassers M, welche dessen hinaus unentzgeltlich weiter den Zeitraum den sechs Wochen hinaus unentzgeltlich weiter benützte, auf Räumung der Wohnung binnen 14 Tagen dei sonstiger Execution belangte. Die Geslagte wendete ein, es stehe ihr als ausgewiesener, gerichtlich anerkannter Erdin des M nach §. 547 a. b. G. B. die Repräsentation der Berkassenschaft ihres verstorbenen Gatten zu, wonach sie, wenn auch der Fruchtgenuß an der einen Haushälfte erloschen sei, doch als Miteigenthümerin die Wohnung benützen und keineswegs zu deren Räumung, höchsens zur

Bablung eines entsprechenben Miethzinfes angehalten werben tonne: fie bestritt weiters die Rlaglegitimation bes Separationscurators, ber nur für bie Sicherheit und Berwaltung bes Berlaffenschaftsvermogens. nicht aber für beffen Bermehrung, die Beranderung ber Bewirthichaftung und Benütung ber Sache ju forgen habe; fie machte geltend, baß bei obwaltenbem Streite über Die allen Theilhabern einer gemeinicaftlichen Sache insgejammt zustehende Benützung und Berwaltung nach §. 833 a. b. G. B. bie Stimmenmehrheit, und bag bei einem Streite über eine wichtige Beranberung bas Los und ein Schiebsmann, und erft in letter Linie ber Richter entscheibe; fie rugte überbies bie Urt ber Ründigung, bie offenbar gur Ungeit geschehen fei und sowohl mit §§. 830, 835 a. b. . B. . als auch mit ber t. Berordnung vom 16. November 1858, R. G. Bl. Rr. 213, und bem biesbezüglichen oberlandesgerichtlichen Erlaffe vom 13. September 1859, 2. S. Bl. für nieberofterreich, 2. Abtheilung Rr. 11, in Biberfpruch ftebe. — Das Gericht erfter Inftang gab bem Rlagbeaehren ftatt mit ber Begrundung, bag mit ben Obliegenheiten bes Separationscurators, welchem die Reprafentation ber Berlaffenschaft und die Bermaltung bes Berlaffenichaftsvermögens gutomme, Die Repräsentation burd ben Erben im Biberfpruch ftebe, bag bie im Bwede ber Separation gelegene Befriedigung ber Glaubiger nicht erreicht werben fonnte, wenn es bem Erben freiftunde, bas Berlaffenschaftevermögen zu benüten und baburch bie Rutungen, welche gleich bem Bermogen felbft ber Sicherftellung und Befriedigung ber Glaubiger gewidmet find, biefem 3mede zu entziehen; Rlagerin verlange nicht die Aufbebung ber Gemeinschaft, sonbern nur, dag die Rugungen bes Baufes nicht zu ihrem und ber fibrigen Gläubiger Schaben ihrer Bestimmung entgegen von ber Geflagten bezogen werben, mas aber geschäbe, wenn ein Theil bes Baufes von berfelben obne Entgelt benütt werbe; es banble fich endlich bier nicht um eine Runbigung, fondern um Räumung einer obne Rechtstitel eingenommenen Wohnung. - Bom D. L. G. wurde bas Rlagbegehren abgewiesen.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas Urtheil ber zweiten Instanz aus folgenden Gründen: Die Geklagte stellt in Rudsicht ber angetretenen Erbschaft nach &. 547 a. b. S. B. den Erben vor und ist in Beziehung auf Dritte mit ihm für eine Person zu halten, sie ist baher auch an dessen betwein bezüglich des erwähnten hauses zur klagenden Miteigenthümerin in das Berhältniß der Gemeinschaft getreten, sone daß durch diesen Personenwechsel in den durch die Gemeinschaft bes Eigenthumes begründeten Rechtsbeziehungen eine Aeuberung einzetzeten ist, und kann deshalb durch die klagende Miteigenthümerin ebensowenig von der durch Bewohnung eines Theiles des Hauses ausgesibten Benützung ihres Antheiles ausgeschlossen werden, als Lettere dem Erblasser gegenüber hiezu berechtigt war, auch wenn ihm der Fruchtgennß nur von seiner Haushälfte zugestanden hätte; denn nach

§. 833 a. b. G. B. fommt ber Befit und die Bermaltung ber gemeinschaftlichen Sache allen Theilhabern insgesammt zu: nach §. 839 a. b. B. B. werben bie gemeinschaftlichen Rupungen nach Berhaltnig ber Antheile bemeffen, und orbentlicherweife find bie Rupungen in natura ju theilen. Rach ben §§. 828, 829 a. b. G. B. aber murbe fich nur ergeben, bag bie in ihrem Rugungsrechte beeintrachtigte Miteigenthumerin (Rlagerin) bie bem Berhaltniffe ber Antheile entfprechenbe Befchrantung ber gegentheiligen Benützung ober für ben Rupentgang eine entsprechenbe Bergfitung forbern tonnte. Sienach nun tann bas hierauf nicht gerichtete Rlagbegehren aus bem Rechtsgrunde bes Miteigenthumes nicht abgeleitet werben. Sieran anbert auch nichts bie eingeleitete Separation bes Berlaffenschaftsvermögens. Denn wenn es auch ber 3med biefer im §. 812 a. b. B. begrundeten Berfugung erforberte, bag nicht blos bas Berlaffenichafts - Stammvermogen bon bem Bermögen ber Erbin getrennt, sonbern bie Bermengung ber Rupungen bes erfteren mit letterem bintangehalten und mithin ber Erbin Die Benützung und Bermaltung Des Berlagvermogens entzogen werbe, fo tann boch ber bestellte Curator ber Erbin gegenüber nur gu jenen Magnahmen berechtigt anerkannt werben, welche jener Zwed wirklich erheischt; bie Fortsetzung ber Benützung einzelner Bohnungs. bestandtheile aber ift mit bem Zwede und ber Durchführung ber Separation teineswegs unvereinbar, ber vielmehr auch durch ein entsprechenbes Entgelt erreicht werben fann. Darum tann bas vom Eurator gestellte Begebren auf Räumung ber Wohnung nicht als im Rechte begründet erfannt werden.

# Nr. 3024.

Berhältniß der Real- zur Personalinstanz: Competenz für Klagen über den Bestand des Pfandrechtes an einem Grundentlastungscapital.

Entich. v. 26. März 1868, Rr. 2254 (Beft. ber gleichförmigen Decr. bes L. G. Czernowis v. 14. Oct. 1867, Rr. 18574 und bes D. L. G. Lemberg v. 11. Dec. 1867, Rr. 42129). G. H. 1868, S. 205.

Bei der Berhandlung über die Zuweisung eines Urbarialentschädigungscapitals war A mit dem Anspruche auf bessen Zuweisung
vom Richter im Recurswege ab- und angewiesen worden, gegen einen Hypothekargläubiger des betreffenden Sutes, welcher das Pfandrecht
auch an dem Entschädigungscapitale geltend machte, auf dem ordentlichen Rechtswege das unbelastete Eigenthum an dem Capitale auszusühren. Er belangte nun denselben bei dessen Personalgericht und
es eutstand, in Folge der Einwendung des Beklagten, die Frage nach
der Gerichtscompetenz, welche in allen Instanzen dahin entschieden

wurde, daß die Rechtssache vor das Realgericht gehöre. Gründe der britten Instanz: Das in Rede stehende Grundentlastungscapital ist noch nicht aus dem Stadium der Zuweisung getreten, weshalb die Streitsache als einen der Realgerichtsbarkeit unterworfenen Gegenstand betreffend, nach den klaren Bestimmungen des Patentes vom 25. September 1850, R. G. Bl. Nr. 374, und des §. 1 des Patentes vom 8. November 1853, N. G. Bl. Nr. 237, vor das Realgericht gehört, zumal das Grundentlastungscapital, wenngleich von Grund und Boden getrennt, noch immer einen Bestandtheil des Gutes in der Richtung bilbet, das es als ein mit dem Gute zur Bestiedigung der Hypothekargländiger dienender Fonds anzusehen ist, weshalb eben der von A belangte Psandgläudiger in der Zuweisungsverhandlung das unbelastete Sigenthum des A an demselben bestritten hat.

## Mr. 3025.

Meistgebotevertheilung: Grundbücherlich unersichtliche Solibarität der Schuld der Miteigenthümer.

Entich. v. 26. März 1868, Rr. 2478 (Best. bes Decr. bes B. G. Repomut v. 19. Sept. 1867, Rr. 2996, Abanb. bes Decr. bes O. L. G. Prag vom 9. Dec. 1867, Rr. 32586). G. Z. 1869, Rr. 15.

A hatte die executive Einverleibung einer Solivarschuld der Eheleute B und C auf deren gemeinsames Gut erwirft, ohne daß der Einverleibungsbescheid der Solivareigenschaft Erwähnung that. — Bei der Meistgebotsvertheilung verwies die erste Instanz je eine Hälfte der Forderungen auf je eine Hälfte des Grundstüdes, wodurch der auf die Hälfte des B verwiesene Theil der Forderung leer ausging. — Die zweite Instanz verwies dagegen die ganze Forderung auf die Haushälfte der C, wo sie zum Nachtheile nachfolgender Gläu-

biger jur Befriedigung gelangt mare.

Der oberste Gerichtshof bestätigte bie Erledigung ber ersten Instanz, "weil bei Bertheilung des Kaufschillings für eine im Executionswege veräußerte Realität vorzugsweise der Tabularstand der Pfandrechte maßgebend ist, nach Ausweis des Grundbuchsauszuges aber eine Solidarverpflichtung der Cheleute und ihres gemeinschaftlichen Besitzstandes für die Forderung des A nicht ersichtlich war und auch nicht bücherlich intabulirt wurde, daher eine Berweifung der auf der Besitzstätzt des B leer ausgehenden Hälfte der Forderung des A und Buweifung der ganzen Forderung sammt Rebengebühren auf den Antheil der C um so minder gerechtsertigt erscheint, da auch der Bahlungsauftrag, auf dessen Brund das Pfandrecht erwirft wurde, eine Solidarverpflichtung der Eheleute für die in Rede stehende Forderung nicht ausdrückt.

#### Mr. 3026.

Berjährung einer Forberung, an der ein Fruchtgenuß bestellt ist. Beweislaft.

Entsch. v. 27. März 1868, Rr. 1842 (Best. bes Urth. bes B. G. Rimburg v. 5. Juli 1867, Nr. 3391, Aband. bes Urth. bes O. L. G. Brag vom 19. Rov. 1867, Nr. 30409). G. Z. 1868, Rr. 45.

Auf ber Realität bes A baftete eine Darlebensforbernna von 2000 fl. seit 8. Juni 1799 für die M. A bat um Edictalvorladung ber allfälligen Eigenthumer ber Forberung, und nachdem fich mabrenb bes Ebictaliermines bie B als folche gemelbet hatte, überreichte er gegen fle im Janner 1866 bie Rlage auf Lojdung ber 2000 fl. als einer langft verjährten Boft. Die B entgegnete, bag bie Forberung ber M blos jum lebenslangen Fruchtgenuffe, ihr felbft aber erft nach beren Ableben bas Eigenthum berfelben eingeantwortet worben sei und widersprach, daß die M schon über 30 Jahre von ber Rlage gurudgerechnet, gestorben und ihr - ber Belangten - Recht auf bie 2000 fl. bereits verjährt fei, ba es für fie erft jur Beit bes Tobes ber M geltend gemacht werden konnte, seit welchem aber, wie ermahnt, noch nicht 30 Jahre verftrichen feien. Der Tobestag berfelben tonnte auch nicht annäherungsweise ermittelt werben; boch berief A sich barauf, bag die Zeit von mehr als 60 Jahren, mabrend welcher Niemand fich megen bes Capitales gemelbet habe, gur Berjährung genfige, ba ein Recht auf felbes auch bei Lebzeiten ber M ausgeübt werben tonute (g. 1478 a. b. G. B.). - Die erfte Inftang gab bem Rlagbegehren statt, indem fle fich vorzüglich auf die lette Argumentation bes Rlagers ftatte. - Das D. E. G. verwarf basfelbe. Grunde: Rach &. 1478 a. b. G. B. ift jur Berjabrung ber Nichtgebranch eines Rechtes, das an sich schon batte ausgeübt werben tonnen, burch 30 Jahre erforberlich, baber bie Berjahrung mit bem Reitpunfte beginnt, ale bas Recht batte geltenb gemacht werben Rlager, welcher ben Ablauf ber Berjahrungszeit behauptet, hatte bemnach ben Beginn der Berjährung nachzuweisen. Nachdem Die M von dem Capitale per 2000 fl. Die Binfen bis zu ihrem Tobe zu genießen berechtigt war und bas Capital felbst erft nach ihrem Tobe nach vierteljähriger Rundigung - laut Grundbuchsausjuges - geforbert werben tonnte, fo maren die Rinder ber M, für welche bas Capital haftet, erft nach bem Ableben ber Letteren in ber Lage, von ihrem Rechte Gebrauch ju machen und mit jenem Todestage tann baber erft die Berjährung ber Forberung bes Capitales zu laufen begonnen haben, nicht aber, wie Rlager vermeint, mit dem Tage ber Entstehung ber Forberung. Der Rlager hatte baber nachzuweisen, wann bie M verstorben ift, was er aber nicht gethan bat.

Der oberfte Berichtshof bestätigte bas erftrichterliche Urtheil. weil fich die Saspost ale verjährt barftellt. Es ftand nämlich nichte entgegen, bag von Demjenigen, bem jeweilig ber Fruchtgenug biefes Capitales gebührte, Die Binfen von dem Spoothetbefiger begehrt murben, und ift somit flar, bag biefes Recht an fich auch ausgeübt werden tonnte, ohne bag es fich weiter barum handeln tann, ob und wann Diefes Recht auf Die jegige Betlagte im Erbrechtswege übergegangen ift. Ift biefes Recht über 30 Jahre nicht ausgenbt worben, fo ift es eben burch Berjährung erloschen (g. 1478 a. b. B. B.). Wenn aber auch angenommen werden wollte, daß mit dem Rechte, die Berginsung des Capitales zu fordern, bas Recht auf bas Capital felbft als noch nicht erloschen betrachtet werben könnte, fo ift boch auch burch nichts erwiesen, bag bas Capital bis zu ber im Jahre 1864 verfügten Ebictallabung jemals aufgefündet ober eingeforbert murbe. Bis babin ift baber auch auf bas Capital felbft tein Recht ausgeubt worben. Benn Rlager nun bas aus ber Berjahrung ihm erwachsene Recht auf Erlöschung und Löschung ber Capitalsforberung selbst geltend macht, so hat er, da die Berjährung eben aus der Unterlassung von Rechtshandlungen fließt, außer bem Zeitpuntte ber erfolgten Einverleibung bes Capitales nichts weiter ju beweifen und bie Geflagte bat jene positiven Thatsachen nachzuweisen, aus welchen fie eine Unterbrechung ober eine hemmung ter Berjahrung ober einen Grund ableiten will, bag überhaupt eine Berjährung nicht anfangen tonnte. Allein einen folden Ausweis bat fie nicht geliefert. Daraus, ihr bieses Capital erst in neuester Zeit eingeantwortet wurde, folgt noch nicht, daß basselbe nicht schon von einem Bormanne ber Geflagten burch Auffunbung und Einflagung geltend gemacht werben tonnte. Wenn fie behauptet, bag biefes Recht auf bas Capital felbft noch nicht einmal feit 30 Jahren an fich ausgeubt werden konnte, weil die M, nach beren Tobe erft basfelbe von bem Spothelbefiter geforbert werben tonnte, noch nicht fo lange tobt ift, fo mare ibr eben ber Beweis obgelegen, bag bie Berjahrung aus bem Grunde, weil bas Recht, bas Capital zu forbern, an fich noch nicht ausgeübt werben tonnte, erft in einem fpateren Beitpuntte angefangen habe, feit welchem ihre Bollendung noch nicht möglich mar. Daburch allein, daß bie M ben lebenslänglichen Fruchtgenuß bes Capitales batte und felbes erft nach ihrem Tobe und nach vierteljähriger Rundigung gahlbar war, ift ein hinderniß gegen die Berjährung noch nicht er-Dies tonnte fich nur aus bem (allfällig fpat eingetretenen) Beitpunfte des Todes der M erproben, welchen eben Derjenige gu beweisen hat, ber aus biesem Zeitpuntte sein Recht ableitet, Die Berjahrung ju bestreiten.

#### Mr. 3027.

Unspruch einer bereits verehelichten Tochter auf Bestellung eines Heiratsgutes?

Entich, v. 27. März 1868, Rr. 2759 (Beft, bes das Decr. bes B. G. Ludit v. 22. Dec. 1867, Rr. 7812, aband. Decr. bes O. L. G. Prag v. 28. Jänner 1862, Rr. 1164). G. H. 1868, S. 210.

Das Gesuch ber A gegen ihren Bater B, mit beffen Zustimmung sie sich verehelicht hatte, ohne von ihm ein heiratsgut zu empfangen, obgleich er angeblich hinreichendes Bermögen besitzt, um Berabfolgung eines heiratsgutes von 500 fl. wurde in erster Instanz mit Beschräntung des Betrages auf 400 fl. bewilligt, vom D. L. G. hingegen auf den Recurs des B abgewiesen, weil die im §. 1220 a. b. G. B. genannten Personen nur dei der Berehelichung ihren Töchtern und Entelinnen ein heiratsgut zu geben verpflichtet seien und nach §. 1221 ebendort der Richter nur auf Berlangen der Brautpersonen ein angemessens heiratsgut zu bestimmen habe, woraus solge, das die A, abgesehen davon, daß sie für sich allein zu einem solchen Begehren nicht legitimirt ist, zur Zeit, da sie bereits verheiratet ist, eine derlei Forderung zu stellen nicht mehr besugt sei.

Die Entscheidung ber zweiten Instanz wurde vom oberften Gerichtshofe in der Erwägung bestätigt, daß die A sich bei ihrer Berehelichung ein Heiratsgut nicht bedungen und wenn sie selbst, jedoch keineswegs ihr Ehemann, jest noch ein solches beanspruchen könnte, gegen den Widerspruch ihres Baters B nicht bewiesen hat, daß dersselbe in der Lage sei, ohne Gefährdung der eigenen Subsissenz ihr

ein Beirategut ju bestellen.

## Mr. 3028.

Berühmung burch Vorbringung eines Alimentationsanspruches vor bem Cherichter.

Entig. v. 31. März 1868, Rr. 2106 (Best. des Urth. des L. G. Wien v. 24. Rai 1867, Rr. 26840, Abänd. des Urth. des O. L. G. Wien vom 30. Oct. 1867, Rr. 15607). G. H. 1868, S. 247.

Da nach eingetretener Scheidung bes A von der B der Anfpruch der Letteren auf den Unterhalt durch Bergleich nicht ausgetragen werden konnte, legte der Richter dem Scheidungsbeflagten A die Leistung der Alimente provisorisch auf, mit gleichzeitiger Berweisung der Parteien auf das ordentliche Bersahren zur befinitiven Entscheidung der Alimentenfrage (§. 63 des Anhanges I zum Patent vom 8. October 1856, R. G. Bl. Rr. 185), ohne dem Begehren des

A stattzugeben, daß der Scheidungsklägerin B zur Anstellung der Rlage auf die Leistung des (desinitiven) Unterhaltes eine bestimmte Frist geset werde. Einige Monate darauf belangte A die B mit der Aufforderungsklage ex logo diskamari, indem er ihren früher erhobenen Auspruch auf Leistung des provisorischen Unterhaltes als Rechtsberühmung qualisticite und das Begehren stellte, daß ihr bei sonstiger Auslage des ewigen Stillschweigens die Aussührung ihres Alimentenanspruches ausgetragen werde. Es handelt sich nun um die Frage,

ob ber Thatbestand ber Berühmung vorliege.

Gegen bie Anficht bes D. L. G. murbe bie Frage vom oberften Gerichtshofe bejaht und bas bem Begehren bes Brovocanten A fattgebende Urtheil ber erften Inftang aus ben folgenden Grunden beftätigt: Dit bem Anspruche auf ben provisorischen Unterhalt bat bie B allerbings implicite fich gerühmt, bag A überhaupt jur Alimentation ihr verpflichtet fei, weil ber Chefrau, gegen die bereits vorlage, bag fie überhaupt teinen Anspruch auf Die Alimente babe, Diefelben auch nicht provisorisch quertannt werden fonnten. Die B tann mit Grund nicht einwenden, nur den Anspruch auf provisorischen Unterhalt und bochftens noch weiter behauptet zu haben, bag ihr fünftig ein Anspruch auf befinitiven Unterhalt entstehen werde: benn bie zeitliche Scheidung mar bereits rechtsfraftig ausgesprochen worben und fie tonnte, wie gefagt, ben Unterhalt auch proviforifc nicht begehren, ohne bamit jugleich bie Behauptung aufzustellen, bag fie als geschiedene Gattin überhaupt ben Alimentenaufpruch habe. Es tann auch nicht gefagt werben, bag burch bie Auflage bes provisorischen Unterhaltes über ben Gegenstand ber Berühmung bereits entschieben worben fei. Denn bas Definitivum murbe babei eben bem orbentlichen Brocefmege vorbehalten. Damit wurde ausgesprochen, daß die B ben Unterhaltsanspruch als Rlagerin auf Diefem letteren Bege auszutragen bat, und wenn fie nun burch Unterlaffung ber Rlaganstellung ben provisorischen Bezug ber ihr in einer bestimmten Gumme ausgesetten Alimente in einen immermabrenden zu verwandeln fucht, fo muß ber A berechtigt fein, fie jur Ausführung ihres Unfpruches burch bie Aufforderung ju zwingen, Die für ihn bas bem Befete wie ber Sachlage entsprechenbe Mittel ift, um jene Entscheidung berbeizuführen, bis zu welcher er fich ber provisorischen Bestimmung bes Unterhaltes fügen muß. Die B tann fic auch nicht auf einen Rechtsbefit berufen, um besbalb von ber Ausführung ihres Anfpruches befreit zu fein, weil fie burch bas Broviforium eben noch nicht in ben Befit bes Rechtes gefest murbe. welches bente in Frage ift und filr beffen Unstragung ber orbentliche Rechtsweg vorbehalten blieb,

#### 9h. 3029.

Einfluß ber Nationalbank auf Feststellung der Feilbietungsbedingnisse bei Executionssiührung eines Dritten auf ein ihr verpfändetes Gut.

Entich. v. 31. März 1868, Rr. 2864 (Beft. bed Deer. bes L. G. Wien v. 24. Dec. 1867, Rr. 66489, Abanb. bes Deer. bes D. L. G. Wien vom 28. Janner 1868, Rr. 1893). G. H. 1868, S. 190. [G. Z. 1868, Rr. 59.

In einer Executionssache hatte bas Gericht erfter Instanz auf Einschreiten ber Direction ber Erften öfterreichischen Sparcaffe um Feilbietung ber verpfanbeten Realität in Sinblid auf §. 32 ber Statuten ber Sypothekarabtheilung ber Nationalbank vom 20. März 1856, R. G. Bl. Nr. 36, mit Rugiebung berfelben als Spothefargläubigerin gur Feststellung ber Feilbietungsbebingniffe Tagfatung angeordnet, wobei ber Bertreter ber priv. öfterr. Nationalbant bie Bebingung gestellt wiffen wollte, bag bei ber britten Feilbietung Diefe Realität nicht unter 4000 fl. hintangegeben werbe, mogegen ber Bertreter ber Sparcaffebirection Bermahrung einlegte. — Das Gericht ftellte fonach bas Feilbietungsgefuch jur Abanderung ber Bedingniffe nach bem Antrage ber Nationalbant gurud. — Das D. L. G. gab bem Recurse ber Sparcaffebirection Folge, wies ben Antrag bes Bertreters ber nationalbant jurud und trug bem Gerichte erfter Inftang auf, bas Feilbietungsgesuch unbeirrt burch ben obigen Antrag ju erledigen, und zwar in ber Ermagung, bag bie Direction ber Erften österreichischen Sparcasse rudfichtlich ihrer Forberung im Bjandrechte ber Nationalbant auf Diefer Realität vorangeht, baber burch bas ber letteren im §. 32 ber citirten Statuten eingeräumte Brivilegium, in ber burch bie bestehenben Befete gesicherten Bereinbringung ihrer Forberung und in ber vollen Anwendung bes &. 336 ber a. G. D. nicht beirrt merben fann.

Der oberste Gerichtshof bestätigte hingegen ben erstrichterlichen Bescheib in der Erwägung, daß die der Nationalbant im §. 32 der eitirten Statuten eingeräumte Berechtigung, auch bei einer von einem anderen Gläubiger angesuchten executiven Beräußerung eines ihr verpfändeten Gutes die Bersteigerungsbedingnisse zu entwersen, auch das Recht der Stellung besonderer Anträge zu den vom Executionssührer entworsenen Bedingnissen in sich saßt und nicht durch Priorität der Banksorderung bedingt ift, sondern auch den vorangehenden Gläubigern gegenüber gilt; daß nach den im eitirten Statutensparagraph ausgesprochenen Zwecken des Privilegiums der österreichischen Nationalbank nicht verwehrt werden kann, eine der Berschleuderung des Gutes und der Gefährdung ihrer Forderung vorbeugende Bedingung auszustellen; daß die Festsetzung eines Minimalpreises für die dritte Bersteigerung und die Relicitation gegen kein Geset verstößt

und weber die vorangehende Forderung der Ersten österreichischen Sparcasse noch jene der jüngeren Pfandgläubiger gefährdet und daß bas Bedenken wesentlicher Beeinträchtigung der Concurrenz Rauflustiger oder gänzlicher Bereitelung des Berkaufes durch die Festsetzung von 4000 fl. als Minimalpreis in hindlick auf den gerichtlichen Schätzungswerth von 7200 fl. nicht genügend begründet ft.

## Mr. 3030.

Gegenseitige Besithftörungeklage. Erwerb bes Rechtsbesites. Beweislaft in Ansehung bes tempus scientiae.

Entsch, v. 31. Marz 1868, Rr. 2884 (Best. bes bas Decr. bes B. G. Rrzedzowice v. 8. Dec. 1867, Rr. 3584, theils aufheb., theils abanb. Decr. bes D. L. G. Krafan v. 30. Dec. 1867, Rr. 3584). G. H. S. 1868, S. 309.

A laufte noch unter ber Berrichaft bes frangofifchen Befetes im Rrafauer Bebiete mittelft notariellen Inftrumentes vom Jahre 1855 von C, Besitzer ber Grundwirthschaft X, bas Recht zur Gewinnung ber unter ber Oberfläche von X vortommenden feuerfeften Thonerbe. Im Jahre 1864 anerkannte B, ber nachmalige Befiger von X, mittelft Urtunde bas von C bem A vertaufte Recht und raumte es ihm von Neuem ein. 3m August 1867 eröffnete A in seinem an X ftogenben Grunbstude einen Schacht und aus bemselben einen 24" in die Unterfläche von X bringenden Bang. Um 1. October 1867 eröffnete B in seiner Grundwirthschaft X einen Schacht gur Bewinnung ber Thonerbe. Diese Operationen gaben bem A und B ben Anlag, fich gegenseitig in possessorio summariissimo zu belangen; am 12. October 1867 überreichte A, am 7. October B Die Rlage. Beibe Alagen waren Gegenstand einer und berfelben Berhandlung, in welcher B gegen die Rlage des A unter Anderem vorbrachte, daß nicht er, fonbern fein Sohn D ben von A incriminirten Schacht eröffnet habe, und zwar auf Grund des von ihm, B, mit D geschloffenen Bertrages, worin er bemfelben bas Recht ber Gewinnung ber Thonerbe in ber Unterfläche von X verlanft habe. - Das Gericht er fter Inftanz entschied, daß A im Befite bes Rechtes fei, unter X noch Thonerde ju graben, und daß B fich jeder weiteren Störung biefes Befitee zu enthalten habe. - Das D. E. G. ertaunte, bag A im Besithe Dieses Rechtes nicht sei und vielmehr ben B im Befite ber Grundwirthschaft X geftort und jede fernere Störung diefes Befites ju unterlaffen babe.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung der zweiten Instanz aus folgenden Gründen: Rach §. 5 des Gesets vom 27. October 1849, R. G. Bl. Rr. 12, tommt es in possessorio

summariissimo lediglich auf Erörterung und Beweis bes letten factifden Befiges und beffen Störung an und bat Derjenige, welcher einen Befit erft erwerben ober ein ftarteres Recht jum Befite geltenb machen will, ben orbentlichen Rechtsweg zu betreten. A bat nun einen factifden Befit feinerfeite nicht erwiefen; benn mit bem notariellen Acte bom Jahre 1855 taufte er bas Recht jur Gewinnung ber Thonerbe in ber Unterfläche von X, ohne es auszuüben. Amar beruft fich A auf die Art. 1604, 1605 und 1607 des Code Napoléon, bie mit ber Eigenthumserwerbung jugleich bie Uebergabe verbinden, fo bag ber factische Besits mit bem Bertragsfoluffe beginne. Allein ber Art. 1607 stimmt mit bem &. 427 a. b. B. Darin überein, bag Sachen, Die nach ihrer Beschaffenheit eine forperliche Uebergabe nicht zulaffen - wohin auch Rechte geboren - burch Beichen, nämlich Urfunden, ju übergeben find; und boch wird Riemand behaupten wollen, bag burch eine folche Urtunde allein, ohne hinzutretende Ausübung bes Rechtes, ein Besitz geschaffen wird, ber als Grundlage ber Berhandlung in possessorio summariissimo bienen könnte, bg biebei bie Bestimmung bes &. 5 bes Befetes vom 27. October 1849, R. G. Bl. Rr. 12, wonach Derjenige, welcher einen Befits erft erwerben will, auf bem orbentlichen Rechtswege auftreten muß, gang illusorisch wurde. hiemit fteht auch im Gintlange ber Art. 2228 Code Napoleon über bie Bebeutung bes Besitzes. Ebensowenig hat A seinen angeblichen Rechtsbesitzerwerb burch ben mit B im Jahre 1864 geschloffenen Bertrag bargetban, welcher ibm nur ben Titel zur Erwerbung bes Rechtes verlieb und bie Befugnig gab, im Falle ber Weigerung bes B gegen benfelben im orbentlichen Rechtswege aufgutreten. Wenn aber A gur weiteren Begrundung feiner Anführung bervorbob, daß er bereits im August 1867 in feinem eigenen Grundftude ben Schacht eröffnet bat und mit einem Bange 24" weit in bie Unterfläche von X gefommen ift, fo muß bagegen erwogen werben, baß B einerseits in ber Deffnung bes Schachtes, Die bem A auf eigenem Grunde frei ftand, feine Beeintrachtigung feines Befites (von X) erbliden tonnte und andererfeite bestritt, von ber Leitung bes Ganges gur Beit, als berfelbe gegraben murbe, Renntnig gehabt ju haben, und behauptete, bag er erft am 20. September fich bavon überzeugt habe, fo daß feine barauf am 7. October angebrachte Rlage nicht verspätet mar, ba ber Beweis, daß er vor mehr als 30 Tagen bavon gurudgerechnet, bereits in Renntnig gewesen sei, von A nicht geliefert worben ift.

## Mr. 3031.

Sequestration der pfandweise beschriebenen invecta et illata. Gefahr der Verschleppung.

Entid. v. 1. April 1868, Rr. 2980 (Beft. bes bas Detr. bes B. G. Groß-Meferitich v. 10. Jänner 1868, Rr. 138, aband. Detr. bes D. L. G. Brunn v. 18. Februar 1868, Rr. 2245). G. H. 1868, S. 385.

Das Gesuch bes Berpächters um Sequestration ber seinem gesetzlichen Pfandrechte unterworfenen und auch bereits psandweise beschriebenen invocts et illata des Pächters war darauf gegründet, daß der Letztere viele von den Pfandsachen schon beseitigt hatte und daher der Berpächter während des noch schwebenden Processes auf seine Rlage pato. Zahlung des rückständigen Pachtschlings für sein Pfandrecht Gesahr lause. Dieses in erster Instanz demilligte Gesuch wurde vom D. L. G. abgewiesen und der oberste Gerichtschof bestätigte die Entschung der zweiten Instanz, weil der im §. 293 a. G. D. vorausgesetzte Sequestrationsfall hier nicht vorliegt und, soferne es sich um die Bersicherung der gepfändeten Sachen handelt, nur die im §. 343 a. G. D. gebotenen Mittel dazu gebraucht werden können.

## Mr. 3032.

Unzuläfsigkeit ber Revindication von Parcellen, welche ber Eigenthümer als Bestandtheile bes seilgebotenen Grundstückes anerkannt hat.

Entich. v. 2. April 1868, Rr. 2348 (Best. bes das Urth. bes B. G. Wildon v. 18. August 1867, Rr. 2762, abaud. Urth. bes O. L. G. Graz v. 12. Rov. 1867, Rr. 12522). G. H. H. 1868, S. 234.

Der Rläger, intabulirter Eigenthümer des Grundbuchskörpers X, forderte mit der Eigenthumsklage die Barcellen a und b von dem Bestiger derselben aus dem Grunde zurück, weil sie Bestandtheile von X seien und in der gegen ihn auf das ihm gehörige Gut Y gessührten Execution irrigerweise als Bestandtheile dieses letzteren Grundbuchskörpers behandelt, resp. geschätzt und mitversteigert wurden, daher der Beslagte, indem er das Gut Y erstand und als Eigenthümer intabulirt wurde, nicht Eigenthümer der Parcellen a und b geworden sei. — Mit Abänderung des Urtheils erster Instanz, womit der Zeugenbeweis des Klägers für die behauptete Zugehörigkeit der redindicirten Parcellen zu X zugelassen wurde, hat das D. L. G. die Klage ohneweiters abgewiesen, weil der Kläger durch seine vorbehaltslose Unterzeichnung der über die executive Schätzung und Feilbietung errichteten Protosole, worin die fraglichen Parcellen als

Bestandtheile bes in Execution gezogenen Grundbuchsobjectes X bezeichnet und beshalb in die Schätzung miteinbezogen und mitverkauft wurden, die Zugehörigkeit berfelben selbst anerkannt und einen hiebei unterlaufenen Irrthum nicht einmal wahrscheinlich gemacht, viel weniger bewiesen hat, zudem ein solcher Irrthum nach §§. 875 und 876 a. b. G. B. dem Rläger gegen den Beklagten, welcher daran keine Schuld trug, ein Rlagrecht gar nicht verliehen haben würde.

Der oberfte Berichtshof bestätigte bas obergerichtliche Urtheil

aus beffen Grunben.

## 92r. 3033.

Unanwendbarkeit des für Bestandstreitsachen vorgezeichneben Berfahrens auf Bestandverträge über bewegliche Sachen.

Entich. v. 8. April 1868, Rr. 3380 (Best. ber gleichförmigen Decr. bes B. G. ber inneren Stadt Wien v. 30. Jänner 1868, Rr. 2938, und bes O. L. G. Wien v. 25. Februar 1868, Rr. 3556). G. H. Wien v. 25. Februar 1868, Rr. 3556). G. H.

Die untergerichtlichen Berordnungen, womit auf die Klage bes A gegen B pto. Zahlung einer Miethgelbschuld von 920 fl. für versmiethete Getreidesade, anstatt bes summarischen Bersahrens, das Bersahren nach §. 16 a. G. D. eingeleitet worden ist, wurden vom obersten Gerichtshose aufrecht erhalten, weil aus der Bestimmung bes §. 1 des Patentes vom 16. Nov. 1858, R. G. Bl. Nr. 213, wonach Streitigkeiten aus Bestandverträgen vor das B. G., in teffen Bezirk das Bestandsobject liegt, gehören, klar hervorgeht, daß unter den in diesem Paragraphe, sowie im Eingange des Patentes erwähnten Bestandverträgen, wosür darin das Bersahren normirt wird, nur Bestandverträge über undewegliche und denselben ausdrücklich gleichgestellte Sachen gemeint sind, weshalb auch die Bestimmung des §. 12 ebendort (Festsehung des summarischen Bersahrens) nur aus Streitigkeiten aus Bestandverträgen über Immobilien bezogen werden kann.

# Nr. 3034.

Umfang bes Ersatsanspruches bes Grundeigenthümers im Falle bes §. 418 a. b. G. B.

Entich. v. 15. April 1868, Rr. 2295 (Beft. bes bas Urth. ber Prätur Bernis v, 14. April 1865, Rr. 185, aband. Urth. bes O. L. G. Zara v. 18. Dec. 1866, Rr. 4693). G. S. 1869, S. 11.

B, ben auf bem Gmunde bes A bona fide und mit beffen Borwiffen einen Bau aufgeführt hatte, wurde von biefem auf Zahlung Glafer, Unger u. Walther Entsch. VI. bes von Experten mit Berudfichtigung bes Gebrauches und ber Berwendung bes Grundes festgustellenden Berthes besfelben und auf ben Erfat bes gleichfalls burch Sachbefund ju ermittelnben Berthes ber Rupung bes Grunbftudes von ben letten brei Jahren belangt. - Das Gericht erfter Inftang hat bem Rlagbegehren vollständig flattgegeben, bas D. L. G. hingegen nur bie Zahlung bes gemeinen Werthes bes Grundftudes bem Rlager jugefprochen und fein Begebren in Betreff ber Rupungen abgewiesen. In ber Revisionsbeschwerbe bestand A barauf, bag bei ber Festsehung bes ihm gebührenben Grundwerthes auf ben Gebrauch und bie Berwenbung bes Grunbftudes Rudficht genommen werden muffe; daß die Ruyungen ein Accessorium bes ibm gebührenden Berthes des Grundftudes barftellen, ber Bauführer nicht burch bie bloge Thatfache ber Bauführung, sonbern erft burch bie Rablung bes Berthes bes fremben Grundes beffen Eigenthumer werbe und bis babin bas Eigenthum baran fammt bem Recht auf bie Rupungen nach ber flaren Faffung bes §. 418 a. b. B. bem bisberigen Eigenthümer verbleibe.

In Erwägung, daß, nachdem der Schlußsatz des §. 418 a. b. G. B. eben auch eine der im Gesethuche sestgeten Arten der Eigenthumserwerdung durch Zuwachs jum Gegenstande hat, wohl nicht bezweiselt werden tann, daß in diesem Falle der redliche Bauführer, dem die vermuthete Zustimmung des Grundeigenthumers zur Seite steht, durch den Act der Bauführung sofort unmittelbar das Eigenthum an dem Grunde mit allen im Gesetze sestgestellten Eigenthumserechten erwirdt und dem disherigen Eigenthumer zu nichts Anderem, als zum Ersat des gemeinen Werthes desselben, also zur Zahlung einer Geldsumme verpflichtet ist, daher dem Letzteren bei verzögerter Zahlung nur der Anspruch auf Berzugszinsen zustehen könnte, der aber hier vom Kläger gar nicht erhoben wurde, hat der oberste Gerichtsbof das Urtheil der zweiten Instanz bestätigt.

# Mr. 3035.

Zurudweisung ber Erbserklärung wegen Mangels eines geseglichen Titels.

Entich. v. 15. April 1868, Rr. 3868 (Beft. des Decr. bes B. G. Waidhofen a. d. Phbs v. 15. Februar 1868, Rr. 3183, Aband. des Decr. bes O. L. G. Wien v. 10. März 1868, Rr. 4592). G. Z. 1868, Rr. 56. G. H. H. 1868, S. 238,

Die A überreichte eine Erbeertlärung zu bem Nachlaffe bes M auf Grundlage bes Gesetzes, ohne nähere Angabe, indem fie sich vorbehielt, ihr Erbrecht später auszuweisen. Sie bat zugleich um Erzhebungen bezüglich einiger Bermögensbestandtheile bes Nachlasses.

Dieje wurden von der Abhandlungsbehörde eingeleitet, dabei aber in Erfahrung gebracht, bag M ber außereheliche Sohn, bie A jeboch bie eheliche Tochter ber N fei. hierauf murbe vom Abhandlungsgerichte bie auf bem Gefete beruhen sollende ErbBerklärung ber A nach §. 754 a. b. G. B. jurudgewiefen. Auf ben Recurs ber A, worin fie anbrachte, daß die N, als fle in Baiern ihren, ber A, Bater heiratete, babei bezüglich bes M eine nach baierifchen Gefeten gulaffige Ginfinbicaft bedungen babe, wofür fie nachträglich (§. 122 bes t. Batentes vom 9. August 1854, R. G. Bl. Rr. 208) Die Belege beibringen werbe, verordnete bie zweite Inftang in ber Erwägung, bag nach §. 122 bes Gefetes vom 9. August 1854 jebe in ber vorgefdriebenen Form ausgestellte Erbeerflarung vom Gerichte anzunehmen ift, jene ber A aber die gesetlichen Erforderniffe hat, auch die Angabe bes Erbrechtstitels enthält und ber Rachweis berfelben nach diefem §. 122 nachträglich beigebracht werben tann, Die Erbeerflarung anznnehmen. Die hiebon verständigte Finangprocuratur ergriff in Bertretung Des Cabucitatefondes ben Revifionerecure, welchem burch Bestätigung ber erfigerichtlichen Berordnung ftattgegeben wurde, weil nach §. 799 a. b. G. B. und S. 122 bes Gefetes v. 9. Auguft 1854 jebe Erbsertlärung ben Titel (für welchen bie Beweise allerbings auch spater beigebracht werben können) bes Erbrechtes, also bie Thatsache, woraus mit Bezug auf bas Gefet bas Erbrecht hergeleitet wirb, enthalten muß - 3. B. Bermandtichaft, Aboption - was in ber Erbeerflarung ber A nicht geschehen ift.

# Mr. 3036.

Behandlung von Simultan = Hopotheken bei der Meistgebots = vertheilung: Einsprache des Besitzers der simultan mit dem Executionsobject haktenden Sache.

Entich. v. 15. April 1868, Rr. 3527 (Best. bes das Decr. bes B. G. Efferding v. 16. Nov. 1867, Rr. 3930, aufbeb. Decr. bes D. L. G. Wien v. 4. Februar 1868, Rr. 2427). G. H. 1869, S. 15.

Bei ber Bertheilung bes Meistgebotes auf eine im Executionswege versteigerte Liegenschaft hatte ber primo loco intabulirte Satzgläubiger A erklärt, für seine Forberung von 2100 fl. nur 1350 fl. von bem Kaufschiling in Anspruch zu nehmen und mit dem Rest von 750 fl. an die Liegenschaft des B sich halten zu wollen, auf der seine Forderung simultan intabulirt war, so daß das Meistgebot auch noch zur Befriedigung des socundo loco eingetragenen Pfandgläubigers C ausgereicht hatte. Dagegen erhob B schriftlichen Einspruch und verlang te die Fesseung einer Tagsahrt zur Ergänzung der Berhandlung über die Bertheilung des Meistgebotes zur Anhörung aller Interessenten,

hn mitein geschlossen. Den erstrichterlichen Bescheib, womit die begehrte Tagsabung angeordnet wurde, hat bas D. L. G. aufgehoben und ben

Einspruch bes B ale gerichtsorbnungemibrig gurudgemiejen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte bie Entscheidung der zweiten Instanz, weil B nicht Pfandgläubiger ber in Execution gezogenen Realität und baher nicht legitimirt ift, bei der in Rede stehenden Liquidation Sprache zu führen.

## Mr. 3037.

Berhältniß der Gerichte zu den Gemeindebehörden: Richterliche Prüfung der Giltigkeit einer Berordnung des Gemeindevorstehers.

Entich. v. 15. April 1868, Rr. 3531 (Aufheb, bes das Decr. bes B. G. Bolosca v. 7. Dec. 1867, Rr. 3989, aufheb. Decr. bes O. L. G. Trieft v. 5. Februar 1868, Rr. 493). G. H. 1968, S. 239.

Das Erkenntnis ber ersten Instanz in possessorio summariissimo auf die Rlage des A gegen B, Gemeinderath der Gemeinde C, pto. Besthstörung durch Riederreißung der Einfriedungsmauer eines Grundstüdes, wurde vom D. L. G. ausgehoben und die Zurücktellung der Rlage wegen Unzuständigkeit der Gerichte verordnet, weil nach den Aussagen der in der Berhandlung verhörten Zeugen die Mauer von den Gemeindehütern im Austrage des B als Gemeinderath und der Borsteher der Rebengemeinden D und E wegen Errichtung der Rauer auf einem Gemeindegrund niedergerissen worden ist und der Berwaltungsbehörde, nicht aber dem Gericht die Entscheidung zusteht: ob die Bersonen, denen der Austrag gegeben wurde, zu dessen Ausssührung ohne Interposition des Bürgermeisters der Hauptgemeinde ermächtigt waren, und daß B den Besehl nicht als Privat, sondern als Gemeinderath ertheilt habe.

In Erwägung, daß nach Art. 7 des Grundgesetzes über die richterliche Gewalt v. 21. Becember 1867, R. G. Bl. Nr. 144, die Gerichte nunmehr über die Giltigkeit auch der von administrativen Behörden erlassenen Berordnungen zu entscheiden haben, und bemnach dem Gericht auch im vorliegenden Falle die Entscheidung darüber zusteht, ob B im Bereine mit anderen Gemeindeorganen jedoch ohne Intervention des Gemeindevorstandes, den Abbruch der vom Rläger errichteten Mauer giltig versügen konnte, — hat der oberste Gerichtshof auf den Recurs des in erster Instanz siegreichen Rlägers die obergerichtliche Berordnung ausgehoben und dem D. L. G. die

Entscheidung in merito aufgetragen.

## Mr. 3038.

Cautio de non amplius turbando: Ungebundenheit der Einklagung der angedrohten Geldstrafe an die dreißigtägige Krist.

Enifc. v. 15. April 1868, Rr. 3789 (Beft. bes Decr. bes B. G. Podgorze v. 10. Angust 1867, Rr. 2875, Aband. des Decr. bes D. L. G. Lemberg v. 18. Rov. 1867, Rr. 15006). G. H. 1868, S. 394. G. B. 1869, Rr. S.

Durch gerichtliches Erkenntniß vom Jahre 1865 wurde A in possessorio summariissimo im Bestige des Fahrweges durch ein Grundstüd des Bestagten B geschützt und dem Letzteren die Störung diese Bestiges mit Androhung der Geldstrase von 15 fl. nutersagt. Nichtsbestoweniger ließ B den Feldweg im Herbst 1866 eggen, im Frühzighr 1867 adern und im Juni 1867 bebauen und untersagte dem A am 26. Juni 1867 das Fahren, worauf A am nächstsogenden Tage gegen B klagend auftrat und das Begehren stellte, daß wegen Störung des Bestiges die Geldstrase von 15 fl. eingezogen und dem B das Berbot weiterer Beststörung bei Geldstrase erneuert werde. — Mit Abänderung des dem Klagbegehren stattgebenden Vecretes der erst en Instanz hat das D. L. G. den A ab- und auf den ordentlichen Rechtsweg gewiesen, weil schon die Einackerung des Grundstückes eine Störung des A in seinem Bestige des Feldweges gewesen ist, gegen welche er in possessorio summariissimo innerhalb 30 Tagen hätte austreten müssen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte aus folgenden Gründen die Entscheidung der ersten Instanz: Als Berletung des (durch das früsdere Erkenntnis) bereits rechtsträftig statuirten Provisoriums wurde außer der Einackerung des Feldweges auch die — von B nicht absteleuguete — Untersagung des Fahrens angegeben; erst durch diese Betwehrung der Durchsahrt ist die Einackerung an sich zur Bestsprenzung geworden und daher für die Prüfung der Rechtzeitigkeit der Alaganstellung nur der Zeitpunkt der Untersagung des Bersahrens nichgebend. Zudem handelt es sich hier eigentlich um die Erecution einer bereits ergangenen und rechtsträftigen Entscheidung in possossitio summarissomo, wo nicht mehr der Zwang des 30tägigen Ter-

mines eintritt.

# Mr. 3039.

Ginfluß ber Streitgenoffenschaft nuf ben Ausfall bes Sides: Ueberschreitung bes Barteibegehiens?

Enisch, v. 16. Auril 1868, Mr. \$229 (Best. des das Decr. des L. G. Wien v. 29. Jänner 1. 6. Stept. 1867, Rt. 31261, podind. Dect. des D. L. G. Wien v. 29. Jänner 1868, St. 1112). G. H. 1868, S. 888.

In ber Rechtsfache bes A und B wiber C pto. Anerkennung bes Miteigenthums ber Rlager ju gleichen Theilen mit C an einer

von den Streittheilen gemeinschaftlich herausgegebenen Karte und Berpflichtung des Beklagten zur Rechnungsablage in bestimmten Zeitabschnitten, über den Betrieb des Unternehmens, wurde die Entscheidening von einem Haupt- und einem Erfüllungseide, welche die Kläger abzuschwören hatten, abhängig gemacht. Beide Side wurden nur don A angetreten und abgelegt, worauf C das Begehren um das Extenutuß stellte, daß die Side, weil beiden Klägern ausgetragen und nur don dem einen abgelegt, sür nicht abgeschworen zu halten seien. — Nach vorgängiger Berhandlung entschied das Gericht erster Instanz nach dem Begehren; das D. L. G. erkannte, daß das Begehren des Cabgewiesen werde und daß die sententionirten Side bezüglich des Afür abgelegt zu halten seien. Dagegen ergriff C den Recurs, worin er die obergerichtliche Entscheidung unter Anderem auch wegen Uebersschreitung des Betits (durch das ausdrückliche Erkenntniß: daß die Side in Betreff des A für abgelegt zu halten seien) ausocht.

Der oberfte Berichtshof bestätigte bie Entscheibung ber zweiten Inftang. Grunde: Nachdem C bas Begehren barauf gerichtet bat, bag bie Eibe, weil beiben Rlagern auferlegt und uur von A abgefdworen, für nicht abgelegt zu halten feien; nachbem es bem Mitflager B gegenüber, welcher bie Gibe nicht einmal angetreten bat, eines Ertenntniffes, bag in Betreff feiner bie Gibe fur nicht abgelegt zu halten feien, nicht mehr bedurfte; nachdem alfo bas Begebren bes C nur ben 3wed haben tonnte, Die Frage jur Entscheidung ju bringen (womit fich vorwiegend auch bie besfalls gepflogene Barteienverhandlung befagt bat), ob und welche Wirtung bie Eibesablegung bes A habe; nachbem endlich bie Bitte bes A um Abweisung bes pon C gestellten Begehrens nicht anders als babin aufgefant werben tonnte, bag es ausgesprochen werbe, bag biefes Begehren ibm, A. gegenüber nicht ftatthabe, weil er bie Gibe abgeschworen bat, fo ift in bem obergerichtlichen Ausspruch weber eine Ueberschreitung bes Gegenftandes ber Entscheidung, noch eine Ueberschreitung ber Brocekbegehren enthalten, und es findet berfelbe auch barin feine Begrunbung, bag nach bem Gegenstande ber Streitfache es fich um Rechtsansprüche handelt, die beiden Rlagern, A und B, bem Betlagten C gegenüber, noch unter ihren bestimmten Antheilen gemeinfam find, mithin im Ginne bes ben Broceg entscheibenben Urtheils aus ber Sachfälligfeit bes Rlagers B wegen unterlaffener Eibesleiftung nicht ohne Beiteres bie Sachfälligfeit bes Rlagers A, ber bie urtheilsmäßige Bedingung bes Sieges in Betreff feines Anfpruches erfullt hat, gefolgert werben tann und bem A gegenüber, ber, mas bas Urtheil ihm auftrug, gethan hat, und ein Dehreres rudfict= lich ber auch feinem Streitgenoffen auferlegten Gibesleiftung nicht thun tonnte, ein Ausspruch nicht gerechtfertigt mare, ber ihm von vornherein bie Möglichfeit entzoge, Die Anjpruche, welche er burch feine Gibesleiftung erfiegt au haben glaubt, in geeigneter Beife gur Geltung zu bringen.

## Mr. 3040.

Einverleibung des Pfandrechtes für die auf den Kaufpreis gewiesene Grundentlastungsschuld vor der Gewähranschreibung des Erstehers der Liegenschaft.

Entich. v. 16. April 1868, Nr. 3839 (Best. der gleichförmigen Decr. des B. E. Manetin v. 29. Sept. 1867, Nr. 3584, nud des O. L. G. Prag v. 17. Dec. 1868, Nr. 88236). G. Z. 1868, Nr. 96.

Die im Executionswege versteigerte Liegenschaft bes X wurde bem B als Meistbieter zugeschlagen, und nebst anderen Forderungen eine Grundentlastungsforderung des Aerars von 623 fl. auf den von B nicht erlegten Kaufschilding gewiesen. In diesem Stadium begehrte die Finanzprocuratur die Intabulation des executiven Pfanderechtes für besagte Forderung dei der dem B noch nicht bücherlich zugeschriebenen Realität. Beide Untergerichte bewilligten das Gesuch; B recurrirte dagegen an die dritte Instanz, indem er anführte, daß er, in Folge der Anweisung der Grundentlastungssorderung auf den Kausschlüng, persönlicher Schuldner derselben geworden sei und daß die Forderung gegen ihn nicht intabulirt werden könne, so lange nicht er, sondern der Execut X als Eigenthümer im Grundsbuche stehe.

Der oberfie Gerichtshof verwarf ben Recurs in Erwägung, daß bie Grundentlastungsschuldigkeit eine Reallast ift, welche immer gegen die Realität geltend gemacht werden kann, und daß, wenn auch Recurrent durch die Anweisung derselben auf den Kaufschilling hiefür Personalschuldner geworden ist, die besagte Realverpslichtung erst mit

ber vollftanbigen Rablung erlischt.

# Mr. 3041.

Pfändung von Sachen in Händen eines Dritten.

Entich. v. 16. April 1868, Rr. 8746 (Beft. bes Decr. bes H. G. Wien v. 4. Februar 1868, Rr. 10247, Aband. bes Decr. bes O. L. G. Wien v. 8. Marz 1868, Rr. 4486). G. H. 1868, S. 262.

Das in erster Instanz bewilligte Gesuch bes A um Entpfanbung ber von B im Executionsversahren gegen seinen Schulbner C gepfändeten Mobilien, die in der Inhabung des A waren, wurde vom D. L. G. abgewiesen, weil A einerseits die Pfandung bei sich ohne Ginsprache vornehmen ließ und andererseits sein Eigenthum an ben Mobilien nicht dargethan hat.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bie erstgerichtliche Entscheidung, weil aus bem Bfanbungsproto toll und ben amtlichen Erhebungen bes

Gerichtes erster Instanz sich ergibt, daß die in Frage stehenden Einrichtungsstücke sich in der Wohnung des A befinden; weil die gepflogenen Erhebungen außer Zweifel stellen, daß A die Pfändung in seiner Wohnung nicht freiwillig, sondern nur, um dem Gerichtsabgeordneten keinen unerlaudten Widerstand entgegenzusehen, zugelassen hat und unter diesen Umständen nach §. 4 des Hofveretes vom 29. Mai 1845, J. G. S. Nr. 889, die Amthanblung des Gerichtsabgeordneten auf die Zustellung des Pfändungsbescheides an A zu beschränken war.

# Mr. 3042.

Berhälfniß ber Gerichte zu ben Berwaltungsbehörben: Regulirung bes Besitzstandes mit Verweisung auf den (otventlichen?) Rechtsweg.

Enifch, v. 17. April 1868, Rr. 888 (Beft. bes bas Becr. bes B. G. Kolin u. 1. Dec. 1866, Rr. 7422, aband. Decr. bes O. R. G. Prag v. 12. März 1867, Rr. 31863). G. H. Holle, E. 219.

Die Rlage ber A wiber ben B wegen Störung im Befite eines Fahrweges burch Aufwerfung eines Grabens wurde vom oberften Berichtshofe aus folgenben Brunben abgewiesen: Der Bellagte bat bie ibm won ber Bermaltungsbehörbe im öffentlichen Intereffe ertheilte und im Inflauzenzuge bestätigte Bewilligung ju jener Röhrenlegung auf ber Begparcelle X und ber besfalls nothigen Ansgrabung bes Erbreiche, welche von ber A eben als Befitftorung bezeichnet wirb, Dargethan, mithin burch feine Sanblung feine Gigenmachtigfeit begangen, und mußte die Rlagerin, ba nur eigenmächtige Störungen ben Anspruch auf richterlichen Befitschut begrunden, abgewiesen merben, jumal rechtsfraftige Eutscheibungen ber Berwaltungsbehörbe mit ber Befittorungeflage nicht angefochten und rudgangig gemacht werben tonnen. Wenn aber ber Riagerin in ber politischen Enticheibung bie Beltenbmachung ihres vermeintlichen Eigenthumsanfpruches auf bie Wegparcelle X vorbehalten worben ift, fo tann barunter mir ber orbentliche Rechteweg, nicht ber Befitftorungeftreit verftanben merben.

## Mr. 3043.

Abschluß bes Kausvertrages und Uebernahme ber gekausten Sachen durch einen vorgeblichen Mandatar: Auspruch bes Eigenthümers solcher hierauf im Executionswege verkausten Sachen auf den Erlös.

Entsch. v. 17. April 1868, Rr. 2107 (Best. bes das Urth. bes H. Wien v. 29. März 1867, Rr. 154694, aband. Urth. bes D. L. G. Wien vom 27. Nov. 1867, Rr. 14941). G. H. 1868, S. 266.

Auf Anstehen mehrerer Gläubiger bes B, Director ber borbestandenen Thiergartengesellschaft zu Wien, murben im Executionsmege bie Einrichtungsftude in ben Localitaten, welche bie Gefellichaft bem B jur Errichtung einer Restauration für feine Rechnung eingeräumt batte, gepfandet, geschätt und versteigert. Run belangte bie ffirma A bie Bfandgläubiger bes B, indem fie bas Begehren ftellte, bag ihr Gigenthum an ben Ginrichtungeftuden, refp. an bem Berfteigerungserlos anerfannt und berfelbe ihr aus ber gerichtlichen Bermahrung ausgefolgt werbe. Bur Begrundung ber Rlage murbe angeführt; 1. es fei von ber Firma A mit B bas Uebereintommen getroffen worben, bag fie bie fraglichen Utenfilien für bie Thiergartengefellicaft ju liefern babe; 2. es feien biefelben von ihr fur bie genannte Befellichaft geliefert und bamit bie Reftaurationslocalitäten ber Befellicaft ausgestattet worben; 3. B fei aber jur Bestellung ber Ginrichtungestude von ber Befellicaft nicht ermächtigt gewesen und habe bas Mandat berfelben nur vorgeschütt, Daraus folge, raf bie Kirma mit ber Ablieferung ber Utenfilien bas Gigenthum berfelben meber auf B, ber ben Bertrag mit ihr nicht in seinem Ramen abschloß, noch auf bie Gefellichaft, bie wegen fehlenber Bevollmächtigung bes B nicht die Rauferin mar, übertragen habe, fonbern bie Eigenthumerin ber Utenfilien geblieben fei, weshalb fie nun auf bas Bretium berfelben Anspruch habe. Die Beklagten leugneten bie ad 1 und 2 angeführten Umftanbe, ju beren Beweis bie Rlagerin ihnen ben Saupteib auftrug, und wendeten außerdem ein, daß fie fich lediglich an B zu halten habe, von ibm, ber fie in Brethum geführt, ben Schabenerfas forbern muffe und bag bie tomifche Rechteregel: protium succedit in leeum rei, worauf fie ben Anfpruch auf Berfteigerungeerlos grunden will, bem öfterreichischen Brivatrecht fremd fei. - Das Gericht erfter Inftanz erkannte gegen bas Alagbegehren. - Das D. L. G. gab ber Rlage ftatt unter bet Bebingung bes burch ben Baupteid erbrachten Beweises ber Anführungen 1 und 2.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas Urtheil ber zweiten Inftanz. Grunde: Die Frage, ob die Firms A zum Alaganipruch berechtigt fei, muß bejaht werden, wenn erwiesen wird, daß die Utenftlien zur Zeit der Feilbietung ihr Eigenihum waren, weil burch den

erecutiven Bertauf von Sachen ber Rlagerin, obschon fte Die Sachen felbst nach &. 367 a. b. B. B. nicht gurudforbern tann, ihr teinesfalls ber Anspruch auf ben an beren Stelle getretenen Erlös verloren ging. Diefer Anfpruch ift nicht eine Entschädigungsforberung, Die eine wiberrechtliche Beschädigung voraussett und nur gegen ben Beicabiger (88. 1294 und 1295 a. b. G. B.) geht, fondern ber unmittelbare Ausfluß bes Eigenthums an ben verkauften Sachen felbst; und sowie ber Eigenthumer einer Sache bie Executionsführung bes Gläubigers eines Dritten auf Diefelbe ju verhindern berechtigt ift, bat er im Falle ber icon bewirften Beräuferung auch bas Recht, ben Executionsführer von bem Erlos auszuschließen, weil weber bem Executen aus ber Berfteigerung ber ihm fremben Sache ein Anspruch auf ben Erlos erwachfen tann, noch bas Recht bes Executionsführers auf ben Erlos ein anderes und ftarteres geworben ift, als fein Recht auf bie gepfandete Sache mar. Wird nun - burch ben Saupteib - bewiesen, daß die Rirma A die Utenfilien bem B nicht für seine Berson, sondern auf seine Bestellung der Thiergartengesellschaft vertauft und geliefert bat, fo ift, ba B jum Abichlug bes Gefchaftes nicht ermächtigt mar, ein für bie Firma verbindlicher Bertrag gar nicht zu Stande getommen und, wenngleich berechtigt, wegen Bablung bes Preifes ober Rudftellung ber Sachen fich an ihn ju halten, ift bie Rlagerin nicht verpflichtet, nur mehr ben B als Contrabenten anzunehmen, umfominder, ba fie die Gegenstände lieferte, ohne bas Raufgelb zu erhalten, biefes alfo bem Räufer creditirte. Auch bei bem Rauf erfolgt bie Erwerbung bes Gigenthums auf Seite bes Raufers erft burch bie Trabition; bis babin verbleibt bas Eigenthum beim Bertaufer. Birb nun ber Beweis ad 1 und 2 bergeftellt, fo find die Utenfilien nicht bem Raufer übergeben worben, ba biefelben weber von B, ber fie empfing, noch von ber Thiergartengefellicaft, für welche er fie in Empfang nahm, getauft worben waren, folglich Eigenthum ber Firma A geblieben.

# Nr. 3044.

Besitsstörung? Pertinenzqualität des Düngers?

Entich. v. 17. April 1868, Rr. 2519 (Best. bes bas Derr. bes B. G. Chernowitz v. 9. Juni 1867, Rr. 4855, abind. Decr. bes O. L. G. Lemberg v. 6. Rov. 1867, Rr. 27141). G. Z. 1868, Rr. 55.

Der Gutsinhaber A belangte seinen Gutspächter B wegen Besitsstörung, weil diefer im letten Jahre ber Pachtzeit ben größten Theil bes vorhandenen Düngers, ber zum fundus instructus bes Gutes gehöre, theils auf ein anderes von ihm, B, gepachtetes Gut gebracht, theils segar verlauft, daher ihn, A, im Besitze eines Zugehörs bes Gutes

gestört babe. B entgegnete, bag er die Felber in einem ber Jahreszeit, wo ber Bacht zu Enbe ging, entsprechend gebüngten Buftanbe übergeben babe, übrigens ber Dunger eine bewegliche Sache, nicht Augehör bes Butes fei, nicht blos von bem jum fundus instructus gehörigen Biebftanbe, fonbern auch von bem außer bemfelben burch ibn beigeftellten Bieb berrühre. - Die erfte Inftang gab bem Rlagbegehren ftatt in Ermagung, bag burch bie Berpachtung ber Eigenthumer fich ber Befitrechte auf bas Bestanbstud nicht begibt, bem Bestandnehmer nur ber Gebrauch und Genug zufteht, er als bloger Inhaber nicht berechtigt ift, ben Grund feiner Gewahrfame eigenmächtig zu verwechseln; bag ber Dunger, weil und fofern er jum orbentlichen Birthichaftsbetriebe erforberlich und icon burch bas Gefes jum fortbauernben Gebrauche ber Sauptsache bestimmt ift, ale Bugebor ber letteren angeseben werben muß; und daß ber Belangte nicht bargethan hat, bag mehr Dunger erzeugt murbe, ale jur Bewirthicaftung bes Gutes nöthig mar. - Die ameite Inftang wies bie Befithftorungetlage gurud. Granbe: 3m vorliegenden Falle handelt es fich nicht um bie Storung eines factifchen Befitftanbes, fonbern um eine Sanblungsweife bes Bachtere bezüglich bes in feinem Bachtbefite ftebenben Gutes, namentlich um die gegen die Regeln der ordentlichen Birthschaftsführung erfolgte Begführung bes Düngers, wodurch bas gepachtete Gut einer Berfolechterung ausgeset wirb. Die gepflogene Berbandlung und Erbebung bat aber unzweifelhaft bargethan, bag fich ber Rlager im factischen Befite bes fraglichen Dungers nicht befanb; Die Frage bingegen, ob und in welchem Dage er als Bugebor ober Bumache gur Substang bes bem Rlager eigenthumlichen Butes gebort, tann nur im orbentlichen Rechtswege ausgetragen und entschieben werben.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung der zweiten Instanz, weil es einzig und allein auf den letten sactischen Besitzsstand und die erfolgte Störung antommt, Kläger aber in dem Besitze des Düngers, als einer beweglichen Sache, sich niemals befand, und die Frage, inwiesern derselbe bennoch als Zugehör des unbeweglichen Gutes anzusehen sei, nach §. 5 der kaif. Bog. v. 27. Oct. 1849, R. G. Bl. Rr. 12, im Besitzstörungsversahren nicht ausgetragen werden kann.

Mr. 3045.

Pfändung der invecta et illata: Entbehrlichkeit der Beibringung des Bestandvertrages.

Entich. v. 17. April 1868, Rr. 8747 (Best. des Decr. des B. G. Frankenmarkt v. 29. Jänner 1868, Rr. 383, Aband. des Decr. des O. L. G. Wien v. 25. Februar 1868, Rr. 3735). G. H. 1868, S. 16.

Das gleichzeitig mit ber Pachtzinstlage überreichte Gesuch bes Berpachters A gegen ben Bachter B um pfandweise Beschreibung der invocta und illata wurde in erster Instanz bewilligt, vom D. L. G. aber aus bem Grunde abgewiesen, weil A weber mit bem Gesuch, noch mit der Rlage die Originalurkande des Pachtvertrages

producire hat.

Der oberste Gerichtshof bestätigte ben erstgerichtlichen Beicheib, weil die Borlage bes Originals bes Bestandvertrages weber durch ein Gesetz als Bedingung der Geltendmachung der im §. 1101 a. b. G. B. dem Bestandgeber eingeräumten Sicherstellung bezeichnet, noch selbstverständlich als eine solche Bedingung anzusehen ift, da es bei der Beschreibung der Fahrnisse nur auf die Constatirung ihres Borbandenseins auf den verpachteten Realitäten antommt und dus Forderungsrecht des Bestandgebers ohnehin in Folge seiner gleichzeitigen Zinstlage auszutragen ist.

#### Mr. 3046.

Beschräntung ber Psaudrechtspränotation auf ein zu einem Familiensideicommiß bestimmtes Gut.

Entsch, v. 21. April 1868, Rr. 3632 (Best. ber gleichsörmigen Decr. bes L. G. Brünn v. 14. Jänner 1868, Rr. 242, und bes O. L. G. Brünn v. 11. Februar 1868, Rr. 1898). G. Z. 1868, Rr. 86.

In ber Landtafel ift bem B bie Berrichaft X als Eigenthum mit ber ausbrudlichen Berpflichtung jugefdrieben, Diefelbe ju einem Familienfibeicommig ju wibmen. Muf biefe Berricaft begehrte nun A für eine Forberung von 6000 fl. an B bie Bfanbrechtspranotation, welche von beiben Untergerichten "mit ber Befchrantung burch bie Berpflichtung ber Bibmung ber Berrfchaft zu einem Familienfibeicommig" bewilligt murbe. Gegen biefen Beifat richtete ber Branotant ben außerorbentlichen Recurs, worin er ausführte, bag ber Eintrag mit ber Befchrantung nur burch bie Getheiltheit bes Gigenthums an ber Liegenschaft X gerechtfertigt mare, biefe aber bermalen noch bas ungetheilte Eigenthum bes Schulbners fei, - bag bie Theilung bes Eigenthums erft mit ber wirklichen Errichtung bes Fibeicommiffes nach vorgängiger Einwilligung ber gefetgebenben Gewalt eintrete, welch' lettere Die vorber erworbenen Rechte britter Berfonen nicht alteriren tonne, und bag bie bier vorliegende Berpflichtung gur Fibeicommigerrichtung nur ben Befiter ber Liegenschaft, feineswegs aber - fo lang die Fibeicommigeigenschaft in ber Landtufel nicht uust gezeichnet ift - Die Tabularglanbiger berühte.

Der oberfte Gerichtshof verwarf ben Recurs in Erwägung, daß B nicht bas unbeschräntte Eigenthum ber Domine K erwötben hat, sondern nur mit der Beschräntung, daß ein Familienstveiemmiß daraus errichtet werbe, an den Besit geschrieben wurde und badurch erentuelle

Rechtsansprüche ber zukunftigen Fibeicommisinteressenten begründet und auf dem Besithblatt ausgezeichnet worden sind; daß die Gläubiger des B gegen ihn ein Pfandrecht an X nur soweit erwerben können, als sein Besitrecht reicht, die eventuellen Rechtsansprüche britter Personen aber davon unberührt bleiben mussen, weil ein Pfandrechtstitel gegen dieselben nicht vorhanden ist, und daher durch die Art der Bewilligung der Pränotation zu wahren gewesen sind.

#### Mr. 3047.

Unzuläffigkeit ber Pfandrechtspränotation auf ein zu einem Familienfideicommiß bestimmtes Grundstück.

Entic, v. 21. April 1868, Rr. 3634 (Aband. ber gleichförmigen Decr. bes L. G. Brünn v. 20. Dec. 1867, Rr. 10525, und bes O. L. G. Brünn v. 11. Februar 1868, Rr. 1072). G. H. 1868, E. 239.

Das von beiben Untergerichten bewilligte Gesuch bes A gegen seinen Schulduer B um Pfandrechtspränotation auf dem Gute des Letteren wurde vom obersten Gerichtshose aus folgenden Gründen abgewiesen: Das Gut ist dem B in der Landtasel nicht unbeschänkt, sondern mit der Berpslichtung, es zu einem Fideicommiß zu widmen, zugeschrieben und kann deshalb dermalen als ein Object der Belastung mit Schulden des B nicht angesehen werden. Der Zwed der beschränkten Eigenthumszuschreibung konnte eben nur sein, die Belastung des Gutes mit Schulden, welche der Fideicommißerrichtung hindernd in den Weg treten würde, hintanzuhalten, und der Tabularrichter durste weder dieses im öffentlichen Buche ersichtliche Berhältniß unbeachtet lassen, noch auf das einseitige Pränotationsgesuch eines Gläubigers hin über die Rechtswirkung absprechen, welche die der Bestanschreibung beigeste Beschränkung in Bezug auf die in der Bestimmung des Gutes zu einem Familiensideicommiß begründeten Rechte dritter Personen hat.

# Mr. 3048.

Auspruch bes für eine Procespartei auf Berlangen bes Gegners bestellten Curators auf Ersatz ber Kosten burch Letteren?

Entig. v. 22. April 1968, Nr. 3563 (Beft. ber gleichfürmigen Derr. bes L. Erappan v. 17. Januer 1868, Nr. 258, nub bes O. L. G. Briling v. 18. Februar 1868, Nr. 1840). G. H. 1868, S. 226.

In bem Broces ber Firma B gegen C pto. Zahlung von 665 fl. wurde ber Choocat A auf Einschreiten ber Klägerin als Curator bes

abwesenden Beklagten ansgestellt und begehrte, nachdem der Proces entschieden und von der Firma in Folge der Ableistung des ihr aufgetragenen Haupteides gewonnen worden war, die Liquidirung seines Deservits und die Ertheilung des Auftrages an die Firma zur Jahlung. — Das letztere Begehren wurde von beiden Untergerichten abgewiesen, weil die Bestellung des Curators für den im Auslande wohenenden Beklagten auf bessen Gesehr und Kosten nach §. 391 a. G. D. erfolgte, und nach diesem Gesehr von Amtswegen auch ohne Einschreiten der Klägerin zu geschehen hatte; nach den §§. 398 und 402 ebendort die Partei zum Ersat der gegnerischen Processosen nur bei der Entscheidung des Rechtsstreites verfällt werden kann und die Ansicht des Gesuchstellers A, daß die Firma B ihm die Kosten der Bertretung des C nur vorschusweise gegen Regresnahme an den Letzteren

ju gablen batte, in teinem Gefete gegrundet ift.

Der a. o. Revisionsrecurs bes A, worin er geltenb machte, bag bie Bestellung bes Curators im Interesse ber Firma B, die sonst nicht zu ihrem Rechte getommen mare, im Sinne bes g. 276 a. b. 3. B. ("wenn die Rechte eines Anderen in ihrem Gange gehemmt würden") geschehen sei, ber Firma somit nach g. 1041 ebenbort bie Berichtigung ber Bertretungstoften vorbehaltlich ihres Regreffes gegen ben Curanben obliege, - bag wenn umgekehrt ber Curator an ben Bertretenen angewiesen wird, die Bestellung, entgegen dem g. 391 a. G. D. auf seine, bes Curators, Roften geschehen sein würde, und bag ber oberfte Berichtshof einen abnlichen Fall im Sinne bes Recurses entschieden habe (Entsch. v. 23. Juli 1867, Rr. 6333, f. Nr. 2828 ber Sammlung), wurde in Erwägung, bag ein Gefet, welches ausbrudlich ben Begner bes Streittheiles, für welchen ber Curator bestellt murbe, jum Erfage ber Roften ber Curatel verpflichtet, nicht besteht, somit in ben untergerichtlichen Entscheidungen eine Richtigkeit ober offenbare Ungerechtigkeit nicht zu erkennen ift, in britter Inftang verworfen.

## Nr. 3049.

## Voraussetzungen ber Besitsftörung.

Entich, v. 22. April 1868, Rr. 8670 (Beft. bes Decr. bes B. G. Senftenberg v. 9. Dec. 1867, Rr. 5989, Abanb. bes Decr. bes D. L. G. Prag vom 22. Janner 1868, Rr. 1943). G. H. 1868, S. 226.

Die Besithstörungsklage bes A wider B wurde in britter Inftanz aus folgenden Gründen abgewiesen: Abgesehen davon, daß die vom Rläger incriminirte Handlung des Beklagten sich beshalb nicht als eine Besithstörung darstellt, weil bei der offenen Erklärung des Letteren, keinerlei Besitzergreifung zu beabsichtigen, eine Beeintrachtigung des Besitzes des Klägers nicht vorhanden ist (§. 2 der kaif.

Berordnung vom 27. October 1848, R. G. Bl. Ar. 12, und §. 339 a. b. G. B.) und daß nicht jede vorsibergehende Berletzung der Eigenthumsrechte sogleich als Besitzftörung aufgesaft werden kann, — wurde die Besitzstörung, welche darin bestanden hätte, daß B aufgeadertes Erdreich auf die Wiese des A werfen und auf der Letzteren in der Absicht sahren ließ, um den Theil der Wiese, auf welchen die aufgeaderte Erdrume geworfen wurde, zu seinem Ader später zuadern zu können, vom Kläger nicht bewiesen, da er selbst zugab, daß der Knecht des B es gethan habe, ohne einen Beweis da für zu erdringen, daß derselbe im Austrage oder mit Genehmigung seines herrn gehandelt habe.

### Mr. 3050.

Ernennung eines "Abhandlungspflegers" im mütterlichen Testament.

Entich. v. 22. April 1868, Rr. 4003 (Best. ber gleichförmigen Decr. bes L. G. Wien v. 4. Februar 1868, Rr. 6241, und bes D. L. G. Wien vom 3. März 1868, Rr. 4153). Zeitschr. f. b. östere. Rotariat 1868, Rr. 28.

Rach bem Tobe ber M, welche in bem Testamente ihre minberjährigen Kinder als Erben eingesetzt und den Rotar A "als Abhandlungspfleger" bestimmt hatte, bevollmächtigte der Bater und gesetzliche Bertreter der Erben zur Abhandlungspflege den Rotar B, welcher
nach der inzwischen vollzogenen Todessallaufnahme, Testamentseröffnung
und der Errichtung des Nachlaßinventars sein Mandat dem Abhandlungsgericht zur Kenntnißnahme vorlegte. Das Gericht gab ihm darauf
ben Bescheid, "daß er mit dem testamentarisch berufenen und als
solchen bestellten Abhandlungspfleger, Rotar A, gemeinschaftlich die
weiteren Borsehrungen zur Abhandlungspflege zu treffen habe." Dagegen ergriff B als Mandatar des Baters der Erben den Recurs,
mit welchem er abgewiesen wurde.

Ebenso verwarf ber oberste Gerichtshof ben a. v. Revisionsrecurs des B mit folgender Motivirung: Rachdem die Erblasserin M
in ihrem Testamente den Notar A als Abhandlungspsleger ausbrücklich bestimmt und nicht blos gewünscht hat, und nach §. 149 a. b.
G. B. auch befugt gewesen wäre, den Bater der von ihr eingesetzten
minderjährigen Erben von der Berwaltung des Erbvermögens ganz
auszuschlichen, sind die untergerichtlichen Entscheidungen vollkommen

im Recht begründet.

## Mr. 3051.

Rangordnung ber Pfandrechte an Depositen.

Entig. v. 29. April 1868, Rr. 3971 (Best. ber gleichförmigen Decr. bes B. G. Landstraße in Wien v. 12. Dec. 1867, Rr. 20594, and bes O. & G. Wien v. 18. März 1868, Rr. 1506). G. Z. 1868, Rr. 78.

Nachdem A beim Handelsgerichte in Wien wider die Berlaffenschaft des M die executive Pfändung des beponirten Nachlasses erwirkt hatte, wurde vom B. G. Landstraße als Abhandlungsinstauz mit Berordnung vom 20. Jänner dem Depositenamte der Bollzug der Pfändung aufgetragen und dieselbe am 31. Jänner in dem Depositenbuche ausgezeichnet. Als aber später A um Erfolglassung einschritt, verlangte B, welcher am 19. Jänner beim Handelsgerichte auch die Pfändung des Nachlasses des M erwirkt hatte, daß der noch deponirte Betrag zwischen A und ihm nach Berhältniß ihrer Forderungen getheilt werde, weil die von ihm erwirkte Pfändung, in Folge Auftrages der Abhandlungsinstanz vom 23. Jänner, zugleich mit jener des A, nämlich auch am 31. Jänner im Depositenbuche eingetragen

worden mar, baber gleiches Recht mit felber genießt.

Allein in allen brei Instanzen wurde bem A bas Borrecht zu-. erkannt und die Erfolglassung des ganzen Depositums an ihn bewilligt. Die Grunde bes oberften Gerichtshofes bafur maren: bag bie Berfügung nicht nur ber Unordnung bes S. 4 ber Din. Bog. vom 2. Juli 1859, R. G. Bl. Rr. 120, nach welcher bei gerichtlich beponirten Bermögenschaften bas einer Bartei burch gerichtliche Bewilligung zugesprochene Recht icon von bem Beitpuntte an, wo bas Besuch um diese gerichtliche Berfügung bei bem Berichte, in beffen Bermahrung sich das Depositum befindet, angebracht worden ift, erworben wird, und nur bann, wenn Gefuche um gerichtliche Berfügung in Ansehung eines Depositums von verschiebenen Bersonen gleichzeitig bei Gericht angebracht worden waren, bas ber Bewilligung entsprechende Recht allen biefen Berfonen unter fich von ber gleichen Zeit an jugutommen bat, fonbern auch ben in Ansehung ber Bfanbung gerichtlicher Depositen überhaupt bestehenden und im g. 5 ber gedachten Min. Bog. im Allgemeinen aufrecht erhaltenen Borfcbriften entspricht, nach welchen fur bie Wirtfamteit einer vom Gerichte zu Gunften ver-Schiedener Barteien angeordneten und vom Depositenamte in Bollang gesetzten Pfandungsvormertung in Ansehung der Frage der Priorität nicht ber Tag ber Buftellung bes Auftrages an bas Depofitenamt, ober ber Tag bes Bollinges von Seite ber letteren, fonbern mur ber Tag bes Einlangens bes betreffenben Befuches beim Berichte, und rudfictlich ber Tag ber gerichtlichen Bewilligung als maßgebend angesehen werben tann, wie fich bies auch baraus ergibt, bag überhaupt in Bezug auf bie Anmertung eines Berbotes, Bfanbrechtes, Ginants wortung u. bgl. bei einem Depositum, nach &. 51 ber Instruction für das Wiener Civilgerichts-Depositenamt (Ministerialverordnung vom 17. Inli 1859, R. G. Bl. Nr. 144) für das Depositenamt nur der von dem zuständigen Gerichte erlassene Anstrag maßgebend ist; daß weiters die Ministerialverordnung vom 9. Mai 1860, R. G. Bl. Nr. 125, speciell nur das Bersahren, welches im Falle eines Berbotes oder einer Executionssährung auf eine Jemandem wider das Aerar oder einen öffentlichen Fonds zustehende Forderung stattzussinden hat, normirt, folglich auf den gegenwärtigen Fall nicht anwendbar ist; daß endlich das Gesuch des Abereits am 20. Jänner bei dem zur Bersügung über das fragliche Depositum competenten Gerichte angebracht und von diesem an demselben Tage bewilligt worden, dagegen das Einschreiten wegen Bormertung der dem B bewilligten executiven Pfändung erst am 23. Jänner an das zur Bersügung mit dem Depositum zuständige Gericht gelangt und von diesem die Bollzugsverordung auch erst am 23. Jänner erlassen worden ist.

### Mr. 3052.

## Exscindirungs ober Oppositionsklage?

Entich. v. 29. April 1868, Rr. 4090 (Anfheb. ber gleichförmigen Derr. bes L. G. Brunn v. 10. Janner 1868, Rr. 142 und bes D. L. G. Brunn v. 10. Murz 1868, Rr. 2988). G. S. 1868, S. 222. G. J. 1868, Rr. 85.

Gegen bie Cheleute B, benen bie executive ficherstellungsweise Bfanbung einer fur Rechnung ihres Schuldners A bei X niebergelegten Gelbsumme burch rechtsfraftige gerichtliche Berordnung bewilligt worden war, trat A mit einer Rlage auf, worin er mit Bezugnahme auf bas noch vor ber Erecution über fein Bermogen eingeleitete Ausgleichsverfahren, in Folge beffen bie von ben Beflagten gepfanbete Baarichaft jur Befriedigung feiner Ausgleichsglaubiger bestimmt fei, das Begehren stellte, bag die Execution auf befagtes Gelb für nichtig ertlart und bas Recht ber Beflagten, baraus ihre Befriedigung zu holen, benselben abgesprochen werbe. — Beibe Untergerichte haben bie Rlager a limine abgewiesen, welche fich nicht als eine Erscindirungeflage im Sinne bes Juftighofdecretes vom 29. Dai 1845, 3. G. S. Nr. 889, barftellte, sonbern unter bie Rorm bes Hofbecr. vom 22. Juni 1836, J. G. S. Nr. 145, falle, wonach bie Rlage, ba fie nicht auf einem bem Urtheile nachgefolgten Erlofdungegrunde beruht, ale ungulaffig von Amtewegen zu verwerfen fei.

Auf ben Recurs bes A wurde vom oberften Gerichtshofe die gesetzliche Erledigung der Klage mit Abstandnahme von dem obigen Abweifungsgrunde in der Erwägung verordnet, daß der Zwed der Klage darauf gerichtet ift, daß die bei X deponirte Geldsumme kein Gegenstand der von den Beklagten erwirkten Execution sei, weil sie unter der Beschränkung des §. 39 des Gesetes über das Ausgleichse versahren vom 17. December 1862, R. G. Bl. Nr. 97, falle; daß tamit die Ausscheidung eines Bermögensobjectes aus der den Betlagten versangenen Executionsmasse aus dem Grunde angestrebt wird, weil dasselbe nicht mehr dem Schuldner A gehört, daß mithin die angebrachte Klage in der That eine Exscindirungsklage und als solche nicht nach dem Gesete vom 22. Juni 1836, sondern nach jenem vom 29. Mai 1845 zu beurtheilen ist, folglich die Zurückweisung derselben von Amtswegen nicht gerechtsertigt erscheint.

#### Mr. 3053.

Active Sachlegitimation: Abtretung ber eingeklagten Forberung während bes Processes.

Entsch, v. 30. April 1868, Rr. 2926 (Best. der gleichförmigen Urth. des L. G. Wien v. 2. Oct. 1866, Rr. 41272 und des D. L. G. Wien v. 11. Dec. 1867, Rr. 19284). G. Z. 1868, Rr. 78.

A belangte am 25. Mai 1864 ben B auf Zahlung einer Forberung von 1650 fl. In ber Duplit brachte jedoch Beklagter eine ihm gerichtlich zugekommene Berständigung bei, daß die fragliche Forberung mit Urkunde vom 9. November 1864 an C abgetreten worden sei, und erhob auf Grund bessen die Einwendung, daß er zur Zahlung an den Kläger, der nicht mehr der Eigenthümer sei, nicht mehr verpflichtet erscheine. Kläger machte tagegen geltend, daß er in der Tession an C sich verpflichtet habe, den anhängigen Rechtseftreit auf seinen Namen und seine Kosten bis zur endgiltigen Ent-

fceibung fortzufegen, mas C auch angenommen habe.

Alle brei Instanzen haben bie Klage abgewiesen. Gründe bes obersten Gerichtshofes: Wenn auch im Allgemeinen bie Berechtigung bes Klagbegehrens nach dem Zeitpunkte der Klage zu beurtheilen ist, kann boch die Berückschigung erst im Laufe des Processes eingetretener, die Sachlage verändernder Thatsachen bei der Urtheilsfällung nur insoweit ausgeschlossen sein, als dies eben aus den Procesnormen sich ergibt, und es hätte in dem Hosdeck. vom 22. Juni 1836, J. G. S. Ar. 145, die Oppositionsklage nicht auf den Fall einer dem Urtheile nachgesolgten Thatsache beschränkt werden können, wenn die Erlöschung des Klagrechtes durch eine zwischen Klage und Urtheil eingetretene Thatsache bei der Urtheilsfällung gar nicht berücksichtigt werden durfte. In so vielsacher Beziehung auch der Zeitpunkt der Klage entsched und maßgebend ist, so ist doch im Urtheile, soweit es sich um eine dem Beklagten auszuerlegende

Leiftung hanbelt, nur auszusprechen, mas er schulbig ift, und so wenig es eines neuen Broceffes bebarf, wenn irgend ein gur Beit ber Rlage bem Rlagbegehren entgegengestanbener Mangel im Laufe ber Berband= lung fich behoben hat, fo wenig tann eine im Laufe bes Proceffes eingetretene und gehörig geltend gemachte Thatfache, wobnrch bie Berechtigung bes Rlagers erlofchen ift, bei ber Urtheilsfällung unbernidfichtigt bleiben, wenn barüber bereits im Broceffe verhandelt worden ift. Im vorliegenden Falle ergibt fich aus ber betreffenden Duplitbeilage und wurde auch vom Rlager in ber Schlufichrift jugegeben, bag ber Rlager bie eingeklagte Forberung nach ber vom Beklagten erftatteten Ginrebe an C abgetreten bat, welcher ben Beflagten bavon gerichtlich verftanbigen ließ. Wenn nun auch ans biefer Berftanbigung ju erfeben ift, bag C bem Rlager bie weitere Durchführung bes wegen ber cebirten Forberung bereits anhängig gewesenen Rechtsftreites überlaffen bat, fo berechtigte bies boch ben Rlager nur, im Intereffe bes C ben Proces fortzuführen und für C bie Bablung zu begehren, was er aber nicht gethan, ba er noch in ber Schlugidrift bas Begebren, ber Beflagte habe ibm die eingeklagten 1650 fl. c. s. c. au bezahlen, aufrecht erhalten bat, mahrend boch in Folge ber Abtretung bie Forberung bem Rlager nicht mehr zusteht, und ber von ber Ceffion verftandigte Schuldner nicht mehr bem Cebenten gablen barf. wenn biefer gur Empfangnahme ber Bahlung vom Cefftonar nicht ansbrudlich bevollmächtigt ift, was im vorliegenben Falle vom Rlager gar nicht behauptet wirb.

#### Mr. 3054.

Unzulässigkeit ber Berweigerung bes Zeuguisses zum ewigen Gebächtniß wegen unmittelbarem Interesse.

Entic. v. 5. Mai 1868, Nr. 4157 (Beft. des das Docr. des B. G. Hang v. 3. März 1868, Nr. 714, ausheb. Decr. des D. L. G. Wien v. 22. März 1868, Nr. 5762). G. Z. 1868, Nr. 67. G. H. 1868, S. 286.

A überreichte wider B ein Gesuch um Abhörung von zwei Zeugen zum ewigen Gedächtnisse. Rach erfolgter Bewilligung desselben begehrte der eine von den zu verhörenden Zeugen, von der Berpflichtung über das Gesuch des A eine Zeugenschaft zum ewigen Gedächtnisse abzulegen, enthoben zu werden. — Die erste Instanz gab seinem Begehren statt, weil es sich vorliegend um einem Paxteiensund nicht um einen Zeugeneid handeln würde. — Das D. L. G. wies das Einschreiten des Zeugen zurück, da die Berpflichtung zur Zeugenschaft eine allgemeine ist, der sich Riemand entschlagen bürse.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bie Entscheidung ber zweiten Imfang, weil bem Zengen ein Recurerecht gegen bie Zulaffung eines

Beugenbeweises nicht zusteht und ber §. 160 a. G. D. Jeben, ber zur Zeugenschaft geforbert wird, zur Ablegung seines Zeugnisses (wenn es sich nicht um einen burch bas Geset ausbrücklich ausgenommenen Gegenstand handelt), verpstichtet, und zwar wie ber Abs. d bes §. 141 ber a. G. D. zeigt, ohne Rücksicht, ob er selbst aus bem Ausgange bes Processes unmittelbar ober mittelbar Schaben ober Ruhen zu erwarten habe ober nicht.

### Mr. 3055.

Antrag auf eibliche Bernehmung der Zeugen eines mündlichen Testamentes: Unzulässigkeit der Ablehnung dieses Antrages, weil ein mündliches Testament nicht vorliege.

Entsch. v. 5. Mai 1868, Rr. 4260 (Best. bes Decr. bes B. G. Haag v. 21. Dec. 1867, Rr. 2745, Aband. bes Decr. bes O. L. G. Wien vom 4. Februar 1868, Rr. 2018). G. H. 1868, S. 413.

Rachdem die Zengen des schriftlichen Testamentes der M im Abhandlungswege auf Einschreiten des darin als Nacherben berusenen B, welcher wegen Mängel der letztwilligen Anordnung dieselbe als Nuncupativtestament aufrecht zu erhalten suchte, verhört worden waren, wurde von dem Intestaterben A die Klage auf Ungiltigkeit des Testamentes als schriftliches Testament und Unwirksamkeit desselben als Nuncupativtestament angestellt und während dieses Processes von B die eidliche Bernehmung der Zeugen im Wege des nicht streitigen Bersahrens begehrt. — Das in erster Instanz bewilligte Gesuch hat das D. L. G. abgewiesen, weil nach §. 66 des Gesetes vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208, nur die eidliche Bernehmung der Zeugen einer mündlichen letztwilligen Anordnung zulässig sei, als welche die setwillige Bersügung der M nicht angesehen werden könne.

In Erwägung, daß das Protofoll der (vor dem Processe statigesundenen) Bengenvernehmung nach §. 65 des citirten Gesetes kundgemacht, dei Gericht als Act der Erhebung eines mündlichen letten Willens im Documentenkasten hinterlegt, hiedon sammtliche Interessenten, namentlich auch der Intestaterbe A verständigt und don keiner Seite dagegen Einspruch erhoben worden ist; daß somit nach §. 66 ebendort allerdings von den Interessenten auch die eidliche Einvernehmung der Zeugen außer dem Wege des Twilprocesses begehrt werden kann; daß B, wenngleich dermalen nicht als Erbe, sondern nur als Erbschaftsanwärter zu betrachten ist, auch als solcher berechtigt erscheint, die Ergänzung des Testamentserhebungsactes im ofsiciösen Wege zur möglichsten Feststellung der Grundlagen seiner Anwartschaft zu verlaugen; daß die Frage, ob durch jenes Zeugenverhör eine

giltige münbliche letwillige Anordnung conftatirt werden könne, hier nicht zu erörtern und zu entscheiden ist; daß durch den begehrten officiösen Act in Gemäßheit des §. 67 des citirten Patentes die processussischen Rechte des A in Betreff der Anfechtung des letzten Billens und die Constatirung von Mängeln desselben nicht beirrt werden, anderentheils aber das Schweben des von ihm eingeleiteten Civilprocesses die Ergänzung des officiösen Actes auch nicht hindern tann, hat der oberste Gerichtshof die Entscheidung der ersten Instanz bestätigt.

#### Mr. 3056.

Unzulässigkeit des Mandatversahrens im Falle des Bersprechens der Zahlung "nach Möglickkeit".

Entsch. v. 5. Mai 1868, Nr. 4330 (Best. des das Decr. des B. G. Brandeis v. 15. Angust 1867, Nr. 4802, ausheb. Decr. des O. L. G. Prag vom 31. Dec. 1867, Nr. 38044). G. Z. 1808, Nr. 88.

Als Raufer einer Liegenschaft hat B in ber Kaufsurkunde sich verpflichtet, ben nicht entrichteten Raufschlungsrest von 2027 fl. "nach Möglichkeit" zu zahlen. Der Berkaufer cebirte schriftlich diese Forberung bem A, welcher unter Borlage beider Urkunden ben B mit der Mandatsklage belangte und in erster Instanz den Befehl zur Zahlung der 2027 fl. in der That erwirkte.

In zweiter und britter Instanz hingegen wurde mit Aufbebung des Zahlungsbesehles die Einleitung des contradictorischen Berfahrens über die Klage angeordnet, weil nach der vorgelegten Urkunde, worin B die Zahlung "nach Möglichkeit" versprach, seine Schuld noch nicht fällig ist und der Zahlungstermin nach §. 904 a. b. G. B. erst vom Richter sestgeseht werden muß, mithin die Urkunde nicht so beschaffen ist, daß auf dieselbe gemäß Ministerialverordnung vom 18. Juli 1859, R. G. Bl. Rr. 130, vom Gerichte sossot des Zahlungspflicht ausgesprochen werden kann.

## Mr. 3057.

Anspruch bes Curators auf Ersatz seiner Expensen durch die Gegenpartei, auf beren Antrag er bestellt ward?

Entig. v. 5. Mai 1868, Rr. 4841 (Best. bes bas Decr. bes L. G. Wien b. 10. Dec. 1867, Rr. 63930, aband. Decr. bes D. L. G. Wien vom 25. Februar 1868, Rr. 1597). G. Z. 1869, Rr. 4.

Die erfte Inftanz hatte ben Rläger, obgleich im Processe bie Roftencompensation ausgesprochen mar, zur Bezahlung ber Roften

verhalten, beren Erfat der auf sein Berlangen der abwesenden Beklagten bestellte Curator in Anspruch nahm. Die beiden höberen

Inftangen gablten ihn hievon los.

Gründe der britten Instanz: Die wider die Beklagte mit dem ordentlichen Wohnste in Wien gerichtete Alage konnte im ordentlichen Wege nicht zugestellt werden, weil die Belangte zur Zeit der Zustellungsversuche von ihrer Wohnung abwesend und nicht zu sinden und ihre Zurückunst unbestimmt war, und dieselbe auch nicht von ihrem jeweiligen Ausenthaltsorte Kunde zurückgelassen oder gegeben, noch einen Bevollmächtigken ernannt hatte. Wenn in einem solchen Falle ein Eurator zu bestellen ist, so geschieht diese Bestellung nach der ausdrücklichen Vorschift des §. 391 a. S. D. auf Gesahr und Unkosten der abwesenden Partei, und die Verpflichtung zu einem diessfälligen Vorschusse kann sich nach der Analogie der im Schlusse des §. 389 a. S. D. enthaltenen Bestimmungen nur auf die Rosten des die gerichtliche Zustellung vertretenden Actes der Lundmachung des Edictes erstreden, aber nicht auch auf Sebühren der Vertretung der Gegenpartei ausdehnen, wosür im Gesehr kein Anhaltspunkt geboten ist.

### Mr. 3058.

Relicitation auf Berlangen anderer Gläubiger außer dem Executionsführer.

Entich. v. 5. Mai 1868, Rr. 4411 (Best. bes das Decr. bes B. G. Smichow v. 5. Juni 1867, Rr. 7212, aband. Decr. bes O. L. G. Brag v. 29. Oct. 1867, Rr. 30617). G. H. S. 1868, S. 277.

Der oberste Gerichtshof entschieb: Das Recht, die Relicitation der executiv seilgebotenen Liegenschaft zu begehren, steht in dem Salle des S. 338 a. G. D. nicht nur dem Executionsstührer, sondern überhaupt jedem Gläubiger zu, in Bezug auf welchen die bedungene Zahlungsfrist nicht beobachtet worden ist, weil das Meistgebot den Fonds zur Befriedigung der Tabulargläubiger nach Maßgabe der rechtsträftigen Meistgebotsvertheilung bildet und jeder zur Zahlung gelangende Tabulargläubiger dieselbe alls ogleich zu sordern berechtigt ist, da nach S. 339 a. G. D. das Gut dem Exsteher nicht früher in das Eigenthum übergeben werden darf, als nachdem er den ganzen Rausschlästling erlegt oder wit den Theilnehmern dieserwegen sich sonst verstanden bat.

## Mr. 3059.

Competenz zur Abhandlung des Nachlasses eines Bergwerkbesitzers.

Entlich. v. 5. Mai 1868, Rr. 4508 (Best. des Decr. des B. G. Ansig v. 16. Februar 1868, Rr. 808, Abänd. des Decr. des O. L. G. Prag v. 10. März 1868, Rr. 6998). G. H. 1868, S. 275.

Die Einsprace eines Erben bes Bergrealitäten-Bestwers M gegen bie Abhandlung ber Berlaffenschaft burch bas B. G. Auffig, in beffen Sprengel M (in Eurnit) ben Bohnfit hatte, murbe von bem B. G. jurudgewiesen, weil für bie Berlaffenschaft eines Bergwertsbefigers eine Ausnahme von ber Regel bes &. 77 ber 3. R. (Competeng bes B. G. bes Wohnstes bes Berftorbenen) nicht festgefest ift, indem bie Borschrift bes §. 78 ebenbort wegen ber barin enthaltenen Berufung auf &. 49, lit. a und b (nicht auch lit. c) ber 3. R. nur bei landund lebentäflichen und jenen Gutern Anwendung hat, Die im Umtreife von Statten mit einem Berichtsbofe erfter Inftang gelegen find. — Das D. L. G. hingegen fprach die Competenz bes R. G. Leitmerit aus; benn - fo bie Motive - ba zu bem Nachlaffe bes in Turnis, b. i. im Begirte bes R. G. Leitmerit verftorbenen M auch Bergreglitäten geboren, worüber Die Bucher beim R. G. Brux geführt werben, fo fteht bie Abhandlung ber Berlaffenschaft nach §. 78 3. R. bem Berichtshofe erfter Inftang gu, in beffen Begirt ber Berftorbene ben Bobnfit batte.

Der oberfte Berichtshof bestätigte bie erftgerichtliche Ent-

fceibung mit Bieberholung ber Grunbe ber erften Inftang.

# Mr. 3060.

Unzulässigkeit ber sofortigen Abweisung bes Gesuches um Zulassung zur Legung von Neuerungen in der Schlußschrift. Entsch v. 5. Mai 1868, Rr. 4551 (Best. des Decr. des H. G. Wien v. 24. Februar 1868, Rr. 17814, Aband. des Decr. des D. L. G. Wien v. 10. Marz 1868, Rr. 4773). G. H. 1869, S. 11.

Das Gesuch bes Klägers um Bewilligung bes Anbringens von Reuerungen in der Schlußschrift, auf welches die erste Instanz Tagsahrt zur Berhandlung angeordnet hatte, wurde vom D. L. G. a limino abgewiesen, weil Neuerungen, die zur Entkräftung der Neuerungen der Duplik dienen sollen, nach §. 57 a. G. D. zulässigsind, ohne daß es erst einer Berhandlung darüber bedarf, Neuerungen aber, die diesen Zwed nicht haben, jedenfalls unzulässig sind und daher eine Berhandlung über das Anbringen solcher Neuerungen als unstatthaft erscheint.

In Erwägung, daß die Bitte des Klägers um die Bewilligung des Anbringens von neuen Umständen und Beweismitteln, die zur Entkräftung der Duplikneuerungen dienen sollen und, behufs dieser Bewilligung, um Anberaumung einer Tagkahrt zur Anhörung des Geguers, als eine offenbar gerichtsordnungswidrige nicht angesehen werden kann, daher auch nicht von Amtswegen zurückzuweisen war, umsoweniger, als der Partei selbst dann, wenn sie nach dem Gesetze der Bewilligung des Anbringens der Neuerungen nicht bedarf, das Ansuchen um die Bewilligung nicht verwehrt werden und das für den Fall des Einspruches des Gegners von ihr begehrte Erkenntniß wesentlich sein Substrat nur in der auf das Begehren gepstogenen Berhandlung sinden kann, hat der oberste Gerichtshof die erstgerichtliche Berordnung bestätigt.

### Mr. 3061.

Formlosigkeit bes schenkungsweisen Erlasses. Giltigkeit bes zwischen ben Eltern eines unehelichen Kindes über die Alimentenzahlung ohne vormundschaftliche Genehmigung geschlossenen Erlasvertrages.

Entich. v. 6. Mai 1868, Rr. 2147 (Beft. bes das Urth. des B. G. Böllermartt v. 10. März 1867, Rr. 1078, aband. Urth. des D. L. G. Graz v. 18. Sept. 1867, Rr. 8648). G. H. 1868, S. 262.

Der oberste Gerichtshof erklärte 1. daß der mündliche Bertrag, in welchem die Mutter eines unehelichen Kindes dem Bater desselben die Zahlung der urtheilsmäßigen Alimente erließ, weder der Zustimmung des Bormundes noch der vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung zu seiner Giltigkeit bedurfte, weil dadurch das Kind in seinem Rechte, vom Bater die Berpstegung zu fordern, nicht beeinträchtigt werden konnte; und 2. daß dieser Erlaß, obgleich eine Schenkung zur Alagbarkeit auch nicht die Errichtung einer Urkunde erheischte, weil der §. 943 a. b. G. B. eine Schenkung voraussetzt, welche durch die Uebergabe der geschenkten Sache realissert wird, bei der Berzichtleistung auf ein Recht aber die Uebergabe wegfällt, weshalb der §. 1444 ebendort die Berbindlichkeit des Schuldners durch die Entsagung des Berechtigten für ausgehoben erklärt, ohne den Berzicht an eine bestimmte Form zu knüpsen.

#### Mr. 3062.

Schenkung auf ben Tobesfall: Erforberniß ber schriftlichen Annahme.

Entsch. v. 6. Mai 1868, Rr. 3477 (Best. des Urth. des B. G. Strigno v. 12. Rov. 1867, Rr. 4602, Aband. des Urth. des D. L. G. Junebrud v. 22. Jänner 1868, Rr. 118). G. Z. 1868, Rr. 74.

A begehrte mit Rlage gegen bie Testamentserben bes M bie Anerkennung einer von M gu feinen Gunften fchriftlich errichteten Immobilienschentung mortis causa und bie Ungiltigerklärung bes spater errichteten Testamentes, soweit basselbe ben Gegenstand ber Schentung Die Beflagten bestritten bie Giltigfeit ber Schenfung aus bem Grunde, weil die Schenfungeurtunde nicht die Annahmeerflarung bes Donatars A enthält, Die ebenfalls in ichriftlicher Form erfolgt und in ber Schentungeurtunde felbft aufgenommen fein muffe, bamit bie Schenfung ale wirtfamer Bertrag angesehen werben tonne (§. 956 a. b. G. B.). Der Rlager behauptete bagegen, bag besfalls bie formlofe Annahme genugt babe, welche von ihm in ber That ftillichweigend (burch foluffige Bandlungen g. 863 a. b. G. B.) bamit erklart worben fei, bag er fich bie Schentungeurtunbe fofort von bem Aussteller M übergeben und balb barauf in bem öffentlichen Buche (Berfachbuche) regiftriren ließ. - Das Gericht erfter Inftang hat ber Einwendung ber Betlagten flattgegeben und bemnach ben Rlager abgewiesen, mogegen bas D. L. G., ben Ausführungen bes Letteren beitretenb, bas Rlagbegehren guließ.

Der oberfte Berichtshof bestätigte bas erftgerichtliche Urtheil in Ermägung, bag ber Schlugfat bes g. 956 a. b. G. B. nach feiner klaren Faffung eben einen ber im §. 883 a. b. G. B. erwähnten im Befete bestimmten Falle enthält, bei welchen bie foriftliche Bertrageform ale Erforbernig ber Giltigfeit und Rechtswirffamkeit bes Bertrages felbst als festgefest erscheint, woraus sich bann in hinblid auf bie Bestimmungen ber §§. 861 und 884 a. b. G. B. von felbst ergibt, bag bei einer Schenfung auf ben Tobesfall, bamit fie als Bertrag gelten und als wirklich abgeschloffen angesehen werben tann, fowohl ber Befchentgeber wie auch ber Befchentnehmer bie fdriftliche Bertrageurfunde unterzeichnen muffen und bie im §. 956 a. b. G. B. ale Erforbernig ber Giltigfeit bes Bertrages festgefeste ausbrudliche Ertlarung ber Annahme feitens bes Beschenften in ber Urtunde felbst enthalten fein muß; bag bemgemäß bei einem Bertrage über eine Schenfung auf ben Tobesfall eine ftillichweigenbe Billenserflarung im Sinne bes S. 863 a. b. G. B. fich als gang unzuläffig barftellt.

### Nr. 3063.

Execution auf die freie Hälfte einer Beamtenpenfion zur Einbringung von Alimenten ber geschiedenen Gattin.

Entich. v. 6. Mai 1868, Rr. 4563 (Best, bes Decr. bes L. G. Brünn v. 3. März 1868, Rr. 1710, Abänd, bes Decr. bes O. L. G. Brünn vom 26. März 1868, Kr. 8708). G. H. 1868, G. 258.

Gegen ben quiescirten t. t. Beamten B, bessen Pension von den Gläubigern zur Hälste bereits in Beschlag genommen ist, begehrte bessen Jattin A, welche durch sein Berschulden von ihm geschieden ist, die executive Einantwortung der anderen Pensionshälste für ihre urtheilsmäßige Alimentensorderung. — Die erste Instanz bewilligte das Gesuch vollständig, das D. L. G. nur für den vierten Theil der Pension, weil B bei Zulassung der Execution auf die ganze zweite Pensionshälste aller Subsistenzmittel beraubt sein würde und weil die A, wenn sie mit ihm vereint leben würde, auf die von den Gläubigern sreigelassen Pensionshälste gemeinschaftlich mit ihrem Ehegatten angewiesen wäre, geschieden aber, nicht besser gestellt werden darf. — B ergriff den a. o. Recurs und die A recurrite gegen die

obergerichtliche Abanderung.

Der oberfte Gerichtshof verwarf ben Recurs bes B aus folgenden Grunden: "Die Sofbecrete vom 16. Janner 1786, Rr. 518, vom 14. März 1788, Rr. 796, und vom 15. Mai 1818, Rr. 1455 ber 3. B. G., wonach bie Benfionen ber Staatsbeamten nur bis gur Sälfte mit Berbot ober Execution belegt werben dürfen, fonnen auf ben gegenwärtigen Fall, wo es sich um die executive Bereinbringung ber urtheilsmäßigen Alimentenforberung ber aus Berfculben bes Gatten geschiebenen Chefrau handelt, nicht in beschränkenber Beife zur Anwendung gebracht werden, ba felbst bie ber Execution gang entzogenen Befoldungen activer Staatsbeamten nach ben Sofbecreten vom 19. April 1799, Rr. 467, vom 14, September 1805, Rr. 748, vom 19. November 1819, Rr. 1626, und vom 30. November 1844, Rr. 850 ber 3. G., ohne Befchrantung auf ein bestimmtes Das ju Gunften ber Unterhaltsanspruche ber Frau und ber Rinber ber Execution unterliegen und biefe Aushebung ber Schranten ber vollen Execution per analogiam auch bei ben Benfionen ber Staatsbeamten Anwendung findet, umsomehr, ale bie letteren boch ber Execution überhaupt nicht entzogen find und die Erecution berfelben nur ben eigentlichen Glaubigern gegenüber beschräntt ift und bas gesethiche Motiv ber Aufhebung bes Berbotes ber Execution ju Gunften ber ermähnten Alimente, bag nämlich ber Chemann und Bater bie im natürlichen und positiven Rechte begründeten Pflichten erfülle, auch bei bem penfionirten Staatsbeamten in vollem Dage eintrifft." Dagegen hat der oberfte Gerichtshof dem Recurfe der A ftattgegeben und die erfigerichtliche Entideibung beftätigt. Grunbe: Die obergerichtliche

Beschränkung ber Executionsbewilligung auf den vierten Theil ber Bension ist gesehlich nicht gerechtsertigt, weil auch die Execution der Gehalte von Staatsbeamten für die in Rede stehenden Alimente nicht auf ein gewisses Maß gesehlich beschränkt, dei Ansmessung der Alimente der A auf die Leistungssähigkeit des B und auf §. 91 a. b. G. B. ohnehin schon Rücksicht genommen worden ist, und die Gattin bei der Realistrung ihrer mit diesen Rücksichten bemessenn Unterhaltsansprüche nicht noch mehr dadurch beschränkt werden kanu, daß eine Benstonshälfte bereits mit Schulden des Chegatten belastet ist.

### Mr. 3064.

Res judicata: Einfluß ber Entscheidung über die Zinsen auf den Streit über die Capitalssorberung.

Entich. v. 7. Mai 1868, Nr. 8231 (Best. des Urth. des B. G. Ebreichsborf v. 6. Mai 1867, Nr. 523, Abänd. des Urth. des O. L. G. Wien nam 27. Rav. 1867, Nr. 21829). G. Z. 1868, Nr. 66. G. H. 1869, S. 14.

Auf dem Saufe der Cheleute Josef und Theresia A haftete zu Gunften bes B ein Darlebenscapital von 5250 fl. sammt Anhang. B flagte gegen beibe Schuldner die Jahreszinsen seit 7. December 1863 ein, und auf die Einwendung der A, nur 4600 fl. empfangen ju haben, murbe ber Bufpruch ber Binfen von ben ftreitigen 650 fl. von einem, dem Josef A barüber, daß ihm auf bem intabulirten Soulbichein vom 7. December 1863 nicht 5250 fl., sonbern nur 4600 fl. jugezählt wurden, aufgetragenen Saupteide abbangig gemacht, ben Josef A auch ablegte. Run traten Josef und Therefia A als Rlager auf und begehrten die Löschung bes Pfanbrechtes für 650 fl. Capital nebst Binfen, indem fie fich auf bas frühere Urtheil beriefen. - Die erfte Inftang bat biefem Begehren ftattgegeben, weil ber Gegenbeweis über die barlebensweise Augablung von blos 4600 fl. auf ben fraglichen Schulbschein durch ben nach bem im früheren Streite ergangenen Urtheile abgelegten Eid erbracht worden sei. — Bom D. L. G. wurde bas Begehren abgewiesen, weil bas frühere Urtheil bafur, bag bie Darlebenereftforberung per 650 fl. nicht zu Recht befteht, teinen Beweis herzustellen geeignet ift, indem bas Motiv, welches einem Ausspruche ju Grunde liegt, ober ein biesfalls und barauf abzielenber abgeführter Beweis nicht and als ein Beweis in einem anberen Broceffe betrachtet werben tann, und ber Beweis im früheren Broceffe, in welchem die Frage wegen der Interessenzahlung zu lösen war, nur für jenen Broceg entscheibend maggebend und von Wirtung ift.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas Urtheil ber erften Inftanz aus folgenden Grunden: Es ift nicht blos ein Motiv zu bem

Urtheile ober ber Rlage, sonbern ergibt fich schon aus jenem Spruche felbft, bag bie Frage, ob eine 4600 fl. überfteigende Darlebensiculb ber jegigen Rlager beftehe, burch ben bort jugelaffenen Saupteib bes jegigen Rlagers Josef A, welchen berfelbe fobin auch abgelegt hat, entschieden wird. Wenn es fich auch in jenem Processe unmittelbar um die Binfen handelte, mar boch in ber Befenheit die Frage, ob bas Darlehenscapital, von welchem bie Zinsen geforbert wurben, 5250 fl. ober nur 4600 fl. betrage, ber Wegenstand ber Enticheibung, und biefe Frage ift nun zwischen ben jegigen Rlagern und bem Be-Magten bereits babin entschieden, daß nur eine Darlebensforderung bes Beklagten per 4600 fl. bestehe, worans fich von felbft ergibt, baß die Sappost per 5250 fl. mit bem Mehrbetrage von 650 fl. indebite hafte und ju lofchen fei. Die Anordnung bes &. 12 a. b. 3. B. steht biefem Erkenntniffe nicht entgegen, weil es sich nicht um einen zwischen anderen Streittheilen entschiedenen Fall ober ein anderes amifchen ben gegenwärtigen Streittheilen festgestelltes Rechtsverbaltnig banbelt, sonbern eben bas auch bier entscheibenbe Rechtsverhaltnif, ob nämlich bem jetigen Beklagten wiber bie jetigen Rlager eine Darlebensforderung von 5250 fl. ober nur von 4600 fl. erwachsen sei, amischen ihnen bereits burch bas frühere Urtheil festgestellt murbe, und weil es also, wenn auch in bem früheren Urtheile nur über bie eine Consequenz bes bort festgestellten Rechtsverhältniffes (bag nämlich nur 4600 fl. ju verziusen seien) ber Spruch erging, boch jur richterlichen Anertennung ber anberen Confequeng (bag nämlich 650 fl. indebite haften) teiner neuerlichen Feststellung bes bereits entschiebenen Rechtsverhaltniffes, nämlich bes Bestandes einer Darlebensforberung von nur 4600 fl. statt ber intabulirten von 5250 fl. mehr bedarf. Da nun auch in ber Formulirung bes Begehrens, bag 650 fl. indebite einverleibt und beshalb ju lofden feien, feine folde Incorrectheit gefunden werben tann, daß bemfelben nicht flattgegeben werben tann, mar bas in biefem Sinne erfloffene erftrichterliche Urtheil zu bestätigen.

## Mr. 3065.

Gegenstand ber condictio ob causam datorum.

Entsch. v. 7. Mai 1808, Rr. 4271 (Best, ber gleichfürmigen Urth, bes B. E. Leitomisch v. 15. Juni 1807, Rr. 2916 and bes O. L. S. Prag v. 19. Rsv. 1867, Rr. 32726). G. Z. 1808, Rr. 84.

Auf die im Jahre 1857 angestellte Klage des A, deffen Che mit der B rudgängig geworden war, wurde die Lettere durch oberstgerichtliches Erkenntnis vom 12. August 1863 zur Zurücktellung einer vom Kläger anto nuptias ihr geschenkten Stute verurtheilt und nach erfolgter Zurücktellung mit einer zweiten Klage auf Herausgabe von zwei Fohlen, welche bie Stute mährend des ersten Processes geworfen hatte, in natura und auf Zahlung der Geldsumme belangt, welche sie beim Berlaufe von zwei anderen, ebenfalls mahrend der obigen Periode

augewachsenen Fohlen ber Stute eingenommen hatte.

Der Rläger wurde in allen brei Inftanzen abgewiesen. Grunde ber brititen Inftang: Durch bie Schenfung murbe B Eigenthumerin bes Pferbes, folglich - nach &. 405 a. b. G. B. - auch bes Rumachfes, b. i. ber Fohlen, welche bas Pferd mabrend ber Daner ibres Befines geworfen bat, und mabrend biefer Beit tonnte fte auch mit bem Bferbe und ben Fohlen frei verfügen (§. 362). pon bem Zeitpunkte ber Schenfung an wirkliche Eigenthumerin und nicht blos redliche Befigerin bes Bferbes und ihr Eigenthum mabrte fo lange, bis A von seinem Rechte jum Wiberruf ber Schentung Gebrauch gemacht hatte. Der Fall bes §. 338 a. b. G. B., in welchem ber rebliche Befiger burch bie jugeftellte Rlage in einen unreblichen verwandelt wird, ift baber bier nicht vorhanden. Denn bie B borte burch bie bloge Buftellung ber Rlage, b. i. feit 15. Auguft 1857, nicht auf, Eigenthumerin bes ihr geschenkten Bferbes zu fein, fonbern blieb es bis jur Rechtstraft bes Urtbeils, welches ben Biberruf ber Schenfung für giltig erflart und fie jur Burudftellung bes Pferbes verpflichtet bat. Es handelt fich bier nicht um einen Streit bes redlichen Befiters als vermeintlicher Eigenthumer mit bem wirklichen Eigenthamer, fonbern um einen Streit awifden ber bisberigen rechtmäßigen Eigenthumerin und Demjenigen, Die ihr in bem Eigenthume nachfolgen foll. Rugungen und Früchte ber geschentten Sache tommen bem Beidentten zu flatten, er mare benn unreblicher Befiger (g. 335), und bies mar bie Betlagte nicht. Gie ift baber nicht verpflichtet, bie in natura vorhandenen zwei Fullen berauszugeben noch ben Berth ber vertauften Thiere ju erfeten.

## Mr. 3066.

# Bertrag contra bonos mores?

Entsch. v. 18. Mai 1868, Rr. 3014 (Best. des Urth. des B. G. der inneren Stadt Wien v. 17. Sept. 1867, Rr. 27698, Abind. des Urth. des D. L. G. Wien v. 4. Dec. 1867, Rr. 20480). G. Z. 1868, Rr. 78.

A belangte ben B auf Zahlung von 400 fl., indem er anführte: er habe von C ben Auftrag erhalten, gegen eine angemeffene Belohnung ihm einen Käufer für fein Haus zu suchen, aus welchem Anlasse ber Geklagte, ber selbes kaufen wollte, zu ihm gekommen sei und, als er von ihm ersuhr, daß er bereits einen annehmbaren Käufer wisse, ihm 400 fl. zu zahlen versprach, wenn er seine Intervention bei biesem Hausverkaufe sallen ließe, und er, B, das Haus kaufen würde.

Er habe nun wirklich fich nicht weiter eingemengt und B bas hans febr billig betommen. Der Getlagte berief fich unter Anderem barauf, bag nach §. 878 a. b. B. B. Bertrage über unerlaubte Sanblungen ungiltig find, die 400 fl. aber bem A für eine nnerlaubte Bandlung versprochen wurben, nämlich für ben Bruch bes von A mit C geschloffenen Bertrages. - Das Gericht erfter Inftang verurtheilte ben B jur Bablung ber 400 fl. unter ber Bebingung, bag A mit bem Sampteibe die Thatfache ber mit B getroffenen Berabredung beweift. Die Grunde, soweit sie die auf 8, 878 a. b. S. B. gestütte Einwendung betrafen, waren im Wesentlichen: Der Rläger A wiberspricht, und ber Bellagte erweiset nicht, bag erfterer ben Auftrag bes C, einen Raufer auszumitteln, auch angenommen habe, und bemaufolge tann auch nicht behauptet werben, bag fein bem Geflagten gegebenes Berfprechen ber Richtin tervention eine im Sinne bes g. 878 a. b. G. B. unerlaubte Leiftung jum Gegenstand hatte. - Das D. L. G. aber berudfichtigte biefe Einwendung und wies ben Rlager ab. Granbe: Es tann wohl teinem Zweifel unterliegen, bag ber Rern bes Bertrages zwifden A und B babin ging, bie von A gegenüber bem C eingegangene Berbindlichfeit ju paralpfiren. Der Rern bes Bertrages ift eine unerlaubte Sandlung, indem A fich verbinden follte, in der fraglichen Berkaufsangelegenheit weiter nichts zu thun, und berfelbe auch wirklich nichts weiter that, mabrent er bem C fich verpflichtet hatte, alle Dube auf Beischaffung eines Räufers auzuwenden, und von biefer geradezu ber früher eingegangenen entgegengeseten Berpflichtung bem C feine Melbung machte, sonbern benfelben im Glauben bes zwischen ihnen bestehenden Bertrageverhaltniffes beließ, baber bier bie Bestimmungen bes &. 878 a. b. G. B. Anwendung finden.

Auf die Revision des Klägers bestätigte der oberste Gerichtshof die erstrichterliche Entscheidung. Gründe: Der erwähnte Bertrag kann nicht als ein im Sinne des S. 878 a. b. G. B. verbotener oder unerlaubter Bertrag angesehen werden, nachdem A, selbst wenn sich bei ihm, wie er angibt, ein Kauflustiger bereits gemeldet hätte, doch nicht verpslichtet war, denselben sogleich dem C, dem er nur überhaupt einen Käuser verschaffen sollte, zuzustühren, sondern den Ersolg der vom Geklagten wegen des Kauses einzuleitenden Schritte abwarten und sich für den Fall, als ihm dadurch das von dem Kaussussissen zu erwartende Honver entgeben sollte, eine Bergütung bedingen kommte.

#### Mr. 3067.

Theilweise Ceffion einer Hopothetarforderung an den britten Theilzahler: Wirkung auf die nachstehenden Hopothetargläubiger.

Entich. v. 14. Mai 1868, Rr. 3361 (Best. bes bas Urth. bes B. G. Agensbrud v. 21. Angust 1867, Rr. 2788, abanb. Urth. bes D. L. G. Wien v. 14. Jänner 1868, Rr. 21097). G. Z. 1868, Rr. 79.

Auf bem im Executionswege verkauften Bause bes X haftete am britten Blate bas Pfanbrecht für eine Forberung bes B und zweier Theilcessionare, C und D, besselben mit 2500 fl., wobei jeboch bas executive Pfanbrecht aus einem zwischen B und X im December 1862 über bas restliche Capital von 1000 fl. geschloffenen Bergleiche ausgezeichnet mar. Aus Anlag ber Meiftgebotsvertheilung trat nun ber vierte Sangläubiger A klagbar gegen B und beffen Ceffionare C und D auf und verlangte bezüglich jenes Betrages bes Meiftgebotes, welcher bie im Bergleiche von 1862 als Reft bezeichneten, baber als folder aus bem Grundbuche erfichtlichen 1000 fl. überftieg, ben Borrang vor ben übrigen bereits getilgten 1500 fl., die B 1865 nicht mehr habe Anderen cediren tonnen. B und feine Ceffionare entgegneten, bag lettere bem X bas Gelb ju ben an B geleisteten Abschlage= gablungen von 1500 fl. gegeben und er ihnen beshalb von ben 2500 fl., welche noch im vollen Betrage auf ber Realitat verfichert find, 1500 fl. abgetreten habe. - Die erfte Inftang gab bem Rlagbegehren ftatt. Grunde: Es ift burch obigen Bergleich erwiefen, bag bie Forberung bes B im December 1862 nur mehr mit 1000 fl. aufrecht bestand, also auch nur mit biefem Betrage aus bem Raufschillinge gur Bahlung gelangen tann, woraus icon bie Sachfälligfeit ber Betlagten fliekt. Die Einwendung berfelben, bag bie Zahlung ber 1500 fl. an X von B mit bem Gelbe ber Ceffionare gefcah und babei zwifchen biefen und B bedungen murbe, daß B ihnen die bezahlte Theilforderung mit Bugeftehung bes Borranges por feinem Refte abzutreten habe, welche Abtretung auch erfolgt und grundbücherlich ausgezeichnet worben ift, tommt nicht zu berücksichtigen, weil zwar X bei ber Bahlung an B wohl erklärte, bag bas Gelb von feinen nunmehrigen Cefftonaren tomme und er ihnen bie biesfälligen Betrage cebiren muffe, aber bie Bablung felbft boch von X gefchah, baber bochftens biefer Berfonalfoulbner ber Ceffionare murbe. Das Uebereinfommen gwijchen X, bann B und ben Ceffionaren C und D ift bochftens bie Berabrebung, tunftig erft einen Bertrag foliegen zu wollen, wobei jeboch bie wefente lichen Stitche, nämlich ber Betrag ber an ben Sphothetargläubiger zu leistenden Rablungen und die bestimmte Berfon bes Rablers nicht angegeben murben, baber nicht giltig (§. 936 a. b. G. B.). Bubem hatte B icon im Jahre 1862 aufgebort, Glaubiger bezüglich ber

1500 fl. zu sein, konnte also 1865 sie nicht rechtswirtsam cebiren. Diese, wie gezeigt, auf einer ungiltigen Berabrebung beruhenden Cessionen konnten baher auch durch ihre Einverleibung keine Rechtskraft erlangen. Zudem war den Cessionaren und jedem Dritten aus dem Grundbuche ersichtlich, daß, ungeachtet die 2500 fl. noch immer nicht gelöscht sind, sie nur mehr im Reste von 1000 fl. zu Recht bestehen, indem die executive Supereinverleibung dieser 1000 fl. auf Grund des Bergleiches erfolgt ist, in welchem sie ausdrücklich als

Reftforberung bezeichnet ericheinen.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas bie Rlage abweisenbe Urtheil ber zweiten Inftang. Grunbe: Aus bem bier vorliegenben Thatbestand folgt nicht, bag die Forberung bezüglich bes Debrbetrages von 1500 fl. als burch Bahlung erloschen angesehen werben mußte, indem binfichtlich biefes Betrages ein anderes Uebereinkommen getroffen worben fein tonnte, mas in ber That baburch geschab, bag B bie 1500 fl. als eine von C und D berrührende Zahlung erhielt, weshalb er auch bas Pfanbrecht bafür ihnen abtrat. Zubem erklärte ber Rlager felbst, gegen bie Richtigkeit ber Forberung bes C und D teinen Einwand zu erheben. Ueberbies hatte nur ber Sppothetarschulbner X, wenn er aus Eigenem bie 1500 fl. bem B gezahlt batte, bie Lofdung biefes Betrages begehren tonnen; mogegen bie nachfolgenben Pfandgläubiger nach §. 469 a. b. B. bie Ceffion einer noch nicht gelöschten Satforberung fich gefallen laffen muffen, mag bieselbe in Folge ausbrudlicher Bedingung ober in Folge ber Bestimmung bes &. 1423 a. b. G. B. gefchehen fein. Der &. 936 endlich ift hier gar nicht am Plate, ba es nicht nur auf eine ausbrudliche frühere Berabrebung gar nicht antommt, fonbern auch, wenn über eine verabrebete Ceffion sobann bie Urfunde ausgestellt wirb, bies teinesfalls einem Dritten Grund ju einer aus g. 936 a. b. S. B. bergeleiteten Einwendung geben tann.

## Mr. 3068.

Berurtheilung des mit der Entschädigungsklage Belangten zum Kostenersatz ungeachtet der Herabsetzung der angesprochenen Summe im Urtheil.

Entich, v. 14. Mai 1868, Rr. 4816 (Best. bes Urth. bes B. G. Bystric v. 28. Rov, 1867, Rr. 4889, Aband. bes Urth. bes O. L. G. Brünn bom 4. März 1868, Rr. 2196). G. Z. 1868, Rr. 87.

### Mr. 3069.

Unterbstebene Einwendung der Berjährung als Grund der Kostencompensation?

Entich. v. 14. Mai 1868, Rr. 4682 (Beft. des Urth. des B. G. Mährische Trüban v. 31. Dec. 1867, Rr. 7159, Aband. des Urth. des D. L. G. Brunn v. 26. März 1868, Rr. 3592). G. Z. 1868, Rr. 88.

#### Mr. 3070.

Legat eines Grundstückes des Erblaffers, welches mit einer nicht gelöschten Hypothekarforderung desselben belastet ist. Erwerb dieser Hypothekarforderung im Vertrauen auf die öffentlichen Bücher?

Entsch, v. 20. Mai 1868, Rr. 3591 (Best. bes das Urth. des B. G. Napagedl v. 30. Oct. 1867, Rr. 4100, aband. Urth. des O. L. G. Brünn v. 81, Dec. 1867, Rr. 14507). G. H. 1868, S. 274.

In dem Testamente ber M wurde bie C jur Universalerbin eingesetzt. Bei ber Inventirung stellte fich heraus, bag auf ber bem Legatar A zugebachten, in ben Rachlag ber M gehörenben, von ihr im Jahre 1839 wegen einer feit 1834 haftenben Forberung von 3911 fl. executiv erstandenen Duble Rr. 53 in X fur bie Erblafferin eben biefe Forberung, welche fie bei Lebzeiten nicht lofchen ließ, noch haftet. Die Universalerbin machte ibr Recht geltenb, und obgleich ber Legatar A bie Richtigkeit ber Forberung aus ber Urfache, weil im Testamente von biefer Forberung feine fpecielle Ermahnung geschah, bestritt, wurde ber C bennoch bie Forberung eingeantwortet und auf Grund ber Einantwortungsurfunde bas unbedingte Eigenthumbrecht bezüglich ber angebeuteten Forberung für die C grundbucherlich ausgezeichnet. Darauf murbe biefelbe von ber C bem B cebirt, welcher bei ber Realinftang ben Grundbuchsauszug erhob, baraus bas Bestehen ber haftung erfah und bie Intabulation bes ihm cebirten Rechtes erwirkte. Dhne gegen eine ber ermähnten Eintragungen Ginfprache erhoben ju haben, belangte nun A ben B auf Lofdung ber Forberung. Er berief fich barauf, bag aus ber in ber Urfunbenfammlung liegenben Ginantwortungeurfunde gu erfeben ift, bag A bie Richtigfeit ber Forberung feinerzeit wiberfprach, bag angenommen werben muffe, bag bie Erblafferin M felbft biefe Forberung als nicht bestehend ansehen mußte, daß die Cedentin C gang gewiß von biefem Sachverhalte Renntnig hatte, u. f. w. B ftutte sein Recht auf ben Buchstaben ber §. 469 und 1446 a. b. G. B. und wies bie Zumuthung gurud, bag er als Ceffionar fich burch perfonliche Ginficht ber Urtunden und burch Inquisition ber C von ber Richtigfeit ber Forberung überzeugen mußte. Der amtlich ausgefertigte Grundbuchertract gelte ibm ale genügendes Document, um bie Natur und Richtigkeit bes cebirten Rechtes zu beurtheilen. Roch muß hervorgehoben werben, bag A aus ben alten Batrimonialacten eine Urfunde ausfindig machte, vermöge welcher für bie Erfteberin ber Duble Rr. 53 in X, b. i. für bie Erblafferin M, ein Betrag per 1883 fl. ad depositum erlegt worben mare, bemnach bie Forberung ber Erblafferin ichon bamals nur 2028 fl. betragen babe. von biefer Urtunde batte nach Anficht bes A ber Ceffionar fich Renntnig verschaffen sollen. Der Nachweis, bag bas Deposit von ber M erhoben wurde, wurde nicht geliefert. B berief fich auf eine Angabl oberftgerichtlicher Entscheidungen (barunter Dr. 611, 618, 1109, 1345, 1395, 1778, 1782, 2021 der gegenwärtigen Sammlung) dafür, bag bem redlichen Ceffionar - und B erbot fich bezüglich bes Beweises ber Redlichkeit seines Gebahrens jum Saupteibe - nicht que gemuthet werben tonne, bei Eingehung von Ceffionen erft bie gange Urfundensammlung ober gar alte irgendwo in einer Registratur vergrabene Acten einsehen zu muffen; es murbe, um mit ben Worten bes oberften Gerichtshofes felbst zu sprechen, "fehr traurig um bas Institut ber öffentlichen Bucher bestellt fein, wenn man ben Cefftonar verpflichten wollte, ftete bie Urfundensammlung und bie Regiftraturen ber verschiedenen Beborben einzuseben." - Das Gericht erfter Inftang entschied, daß ber Theilbetrag von 1883 fl., weil ermiesenermagen ad depositum erlegt, erloschen fei, bagegen ber Reft per 2028 fl. fo lange ju haften babe, bis Rlager nachgewiesen baben wird, daß biefer Betrag gezahlt fei. — Das D. L. G. gab bem Begehren in feinem vollen Umfange fatt.

Bon bem oberften Berichtshofe murbe bas obergerichtliche Urtheil bestätigt aus folgenden Gründen: Es ift zwar richtig, bag nach §. 1446 a. b. B. B. Sypothefarrechte nicht burch Confolida. tion, fontern nur burch Ertabulation aufgehoben werben und bag nach &. 469 a. b. B. ein Sppothetargut fo lange verhaftet bleibt, bis die Schuldurfunde aus ben öffentlichen Buchern geloscht ift. Allein im vorliegenden Rechteftreite treten Umftanbe ein, aus welchen bem Geflagten bie Zweifelhaftigfeit bee Bestanbes ber cebirten Forberung auffallen mußte, baber von bemfelben ein Erwerb im Bertrauen auf die öffentlichen Bucher nicht unbedingt geltend gemacht werben tann. C murbe auf Erund ber Ginantwortungsurfunde als Eigenthumerin ber Forberung per 3911 fl. bucherlich eingetragen. In Diefer Einantwortungsurfunde wurde biefe Forberung ale ftreitig bezeichnet, indem bie Intereffenten biefelbe als illiquid haftend erklärten. Die Forberung per 3911 fl. haftet für M auf ber Duble Rr. 53 ju X. Diefe Mühle wurde von der M im Executionszuge erkauft und dieselbe als Eigenthümerin grundbücherlich eingetragen. Diefes Berhaltnig mar aus ben öffentlichen Buchern zu erfeben. C, von welcher Betlagter

sein Recht ableitete, wurde in Folge bes Testamentes ber M und auf Grund ber Einantwortungsurfunde an ben Besit ber obigen Forberung geschrieben. Auf Grund berfelben Urfunde fam auch Rlager an ben Befit ber Duble. Der C tonnte baber bie Streitigfeit ber Forberung und beren Illiquibitat entgegengefest werben. bem Testament ber M geht nun zweifellos hervor, bag fie felbst bie Forberung, ale nicht mehr bestehend, ale theile burch Bablung, theile burch Bereinigung von Gläubiger und Schulbner in ihrer Berfon erloschen angesehen bat, ba fie im Testamentsabsat 7, worin fie bie Mühle bem A vermachte, benfelben verpflichtete, von ben Tabularlaften nur jene ber 400 fl. Rirchengelber jur Bertretung ju übernehmen. Die C konnte baber bie in Rebe ftebenbe Forberung, als Erbin ber M, gegen A nicht mehr in Anspruch nehmen, ba nach bem im Testament ausgesprochenen Willen ber M biefe Boft als eine Activforberung berfelben nicht mehr bestanden hat. Dies fonnte ber Rlager A gegen bie C geltend machen und ba B ale Rechtenehmer berfelben ericeint und biefes Gefammtrechtsverhaltnig aus bem öffent= lichen Buch und ben bemselben einliegenden Urfunden bei geringer Ausmerksamkeit entnehmen konnte und hiezu sich aufgefordert finden mußte, fo fleht ihm bie Einwendung nicht ju, dag er im Bertrauen auf bie öffentlichen Bucher bie Forberung erworben habe, und bag ibm beshalb nach §§. 1446 und 469 a. b. B. B. bas Erloschensein berfelben nicht entgegengefest werben fonne.

## Nr. 3071.

Zulässigkeit ber Beantwortung einer Bauaufforberungsklage; Rechtskraft bes die letztere zu Gericht annehmenden Bescheides?

Entich. v. 20. Mai 1868, Rr. 5041 (Beft. bes Decr. bes B. G. St. Johann v. 22. Februar 1868, Rr. 442, Aband. bes Decr. bes D. L. G. Wien v. 23. März 1868, Rr. 5834). G. H. 1868, S. 420.

Gegen die Banaufforderungsklage des A wider die Gemeinde B hat, nachdem die erstgerichtliche aufrechte Berbescheidung derselben vom obersten Gerichtshof mit Entscheidung vom 10. October 1867, Rr. 8779 (Sammlung Rr. 2874) bestätigt worden war, die Gemeinde, statt der prodocirten Klage, eine Einrede angebracht, welche in erster Instanz aufrecht erledigt, rosp. dem A zur Replik zugestellt, vom D. L. G. aber auf Grund des §. 73 westg. G. D. alimino zurückgewiesen wurde, weil der oberste Gerichtshof mit seiner eitirten Entscheidung lediglich den erstgerichtlichen Bescheid auf die Ausschrungsklage bestätigt hat, mithin von Seite der Gemeinde B

bje provocirte Rlage zur Ansfährung ihres etwaigen Rechtes — nicht die Beantwortung ber Aufforderung burch Einrede — anzubringen war, und überdies im Falle der Anfforderung bei einem vorzunehmenden Bau der bei der Aufforderung ex lege diffamari nach §. 64 weftg. G. D. zulässige Berühmungsproces ausgeschloffen ift.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Berordnung, weil die oberstgerichtliche Recursentscheidung vom 10. October 1867, Rr. 8779, lediglich ausgesprochen hat, daß die Banaufforderungstlage des A gegen die Gemeinde B nicht von Amtswegen als unstathaft zurückgewiesen werden konnte, und hiebei die Frage nach der gesetzlichen Julässigseit der Beantwortung der Aufforderung durch Einrede, an Stelle der prodocirten Klage, ganz unberührt geblieben ist; weil die Einrede der Unstatthaftigseit der Aufforderung, sofern sie dem Ausgesorderten auf angebliche Besitzechte gegründet wird, bei der Aufforderung wegen einer Bauführung nicht als ausgeschlossen angesehen und über diesen Bunkt jedemfalls erst nach vorgängiger Berhandlung und nicht von Amtswegen schon bei Erledigung der vorgebrachten Einrede entschieden werden kann.

## Mr. 3072.

# Besitstörung?

Entich. v. 27. Mai 1868, Rr. 5330 (Beft. bes Decr. bes B. G. Arzesze wice v. 23. Jänner 1868, Rr. 265, Aband. bes Decr. bes D. L. G. Arafan v. 19. März 1868, Rr. 2401). G. H. 1808, S. 316.

M hatte testamentarifch fein Birthichaftsgut bem erftgeborenen Sohne B, gegen Abfindung bes zweitgeborenen A mit Belb, überlaffen und feiner Chefrau ben lebenslänglichen Fruchtgenug baran jugebacht. Rach feinem Tobe wurde bem Teftament gemäß bas Gut bem - im Militarbienft abwefenden - B eingeantwortet. A nehm basselbe in Besit und B, nach Jahren wieder in die Beimat gurudgetommen, theilte fich mit ibm in ber Bewirthschaftung. Es entstanben zwischen ben Brubern Streitigfeiten, welche folieflich babin führten, dag A gegen B in possessorio summariissimo auftrat, um gerichtlich in feinem angeblichen Befite bee Gutes gefcutt und erhalten zu werben. - Das in erfter Inftang jugelaffene Rlagbegehren murbe vom D. 2. G. in ber Ermagung abgewiesen, bag bie Bewirthichaftung bes Gutes burch ben Rlager ben factifchen Befit besselben im eigenen Namen nicht begrundet, weil die mit dem Fruchtgenuß bedachte Bitwe bes Exstaffere ben Befit ihm nicht übergeben, im Gegentheile A wiber ibren Billen auf gesetwidrige Art Die Benutung ber Liegenichaft erlangt bat; bag feine Benunnng, Mangels biefer Uebergabe, nur als

bie im Namen ber Witwe besorgte Bewirthschaftung angesehen werden kann, zumal A bem B gegenüber ben sactischen Bests bes Gutes nicht erlangt haben konnte, weil dem B durch seine Abwesenheit die Möglichkeit, sich dem Bestseingriff bes A zu widersetzen, benommen war; daß endlich A seit der Rücksehr des B in dem selbständigen Bests bes Gutes sich nicht mehr besand, weil der Letztere auf dem Gute wohnte und mit ihm gemeinschaftlich die Arbeit der Bewirth-

idaftung verrichtete.

Der oberfte Berichtshof bestätigte bie erftgericht liche Entfceibung. Grunde: Durch bie Bengen murbe erwiefen, bag feit bem Tobe bee M ber Rlager bas in Frage ftehenbe Gut befag, bag er alle mit ber Wirthichafteführung verbundenen Sandlungen unternahm. woburch ber Besit ausgeübt wirb. Db er nun bagu berechtigt mar. ob er babei mit Bustimmung feiner von M mit bem Fruchtgenuß bebachten Mutter ober gegen ihren Billen gehandelt habe, ift nicht in possessorio summariissimo ju erörtern, in welchem nur ber lette factische Befit geschützt wirb. Damit, bag B nach feiner Rudtehr gemeinschaftlich mit A die Feldarbeiten verrichtete, ift beffen Mitbefig nicht festgestellt, weil bie Unführung bes Rlagers, bag B mit feiner Arbeit ihm bei ber Wirthschaftsführung blos Aushilfe leiftete, nur ale Gehilfe thatig war, von ben Beugen . . . . beftatigt wurde. Da fomit ber Befity bes Rlagere bewiefen ift und ber Betlagte nicht abgeleugnet bat, eigenmächtig Rartoffel ausgegraben und Betreibe nach vorgängiger Abreigung bes Schloffes ber Scheuerthure ansgebrofchen gu haben, und er nicht berechtigt ift, auf feinen aus ber Erbeeinantwortungeurfunde bergeleiteten Anspruch bin fich mit Uebergebung bes gefetlichen Berfahrens in ben Befit bes Gutes zu feten, fo find bie erwähnten Bandlungen besfelben als eine Störung bes flagerifden Befiges anzusehen.

## Mr. 3073.

Zuerkennung eines eventuellen Anspruches im Urtheile. Entsch. v. 28. Mai 1868, Nr. 8328 (Best. bes Urth. bes L. G. Wien vom 30. Juli 1867, Nr. 39871, Abanb. bes Urth. des D. L. G. Wien v. 31. Dec. 1867, Nr. 19685). G. H. 1869, S. 26.

In der Klage des A gegen B wurde das Erkenntnis begehrt:

1. B fei schuldig zur Herausgabe eines von ihm acceptirten und beim Rotar C verwahrten Wechsels an A einzuwilligen; 2. falls zur Zeit der Rechtstraft des (dem Begehren 1 stattgebenden) Urtheils oder der Aussolgung des Wechsels derselbe versährt sein sollte, sei B schuldig, dem A den Wechsel von 125 fl. zu zahlen. — Das in erster Instanz vollständig zugelassene Begehren wurde vom D. L. G. im 2. Petitspunkte abgewiesen, weil das Urtheil dassenige, was zu- oder abge-

sprochen wird, bestimmt enthalten foll, so bag bie Boraussetzungen ber barauf zu bewilligenden oder zu verweigernden Execution teinem Zweifel unterliegen können, dies aber beim 2. Betit nicht der Fall ift.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Entscheis bung, weil auch das Bestehen eines bestimmten Auspruches, insosern berselbe bereits Rechtswirkungen mit sich bringt, Gegenstand richter-licher Anerkennung sein kann; weil gegen die Zulässigkeit des gestellten Eventualbegehrens vom Beklagten B — unter der Boraussseyung des richterlichen, des ad 1 erhobenen Anspruches — eine Einsprache nicht gemacht worden ist und kein Grund vorlag, diesen Theil der Rlagbitte von Amtswegen auszuschließen.

### Mr. 3074.

Natur und Umfang des Anspruches auf Schabenersat im Falle des Rücktrittes vom Cheverlöbnig.

Entsch, v. 28. Mai 1868, Nr. 5274 (Best. des das Urth. des B. G. Ottensheim v. 27. Rov. 1866, Nr. 1931, aband. Urth des O. L. G. Wien vom 31. Juli 1867, Nr. 6036). G. H. 1868, S. 430.

Die Rlage ber A wieber ben B auf Bahlung einer lebenslänglichen Rente jährlicher 300 fl. ober einer Abfertigungefumme im Betrage von 2000 fl., megen Bruches bes Cheverlobniffes, murbe vom oberften Berichtshofe aus folgenden Brunden abgewiesen: Rach ben in §8. 45 und 46 a. b. G. B. enthaltenen Grundfagen ift bas Begehren ber A nicht gerechtfertigt; benn fowie ihr fein Recht auf Erzwingung ber Chefchliegung juftand noch die Bestimmung bes Berthes, ben man auf bie Erfüllung bes Cheversprechens fegen wollte, im Boraus julaffig mar, fo tann ihr auch jest nicht bas Recht eingeräumt werben (auf welches ihr Begehren binausläuft), fo viel ju forbern, als ihr nach ihrer Schatung baran lag, bag bie Che ju Stande tomme. Mur ber Erfat bes wirklichen - positiven - Schabens, ben fie burch ben Rudtritt bes Beflagten erlitten ju haben bewiese, tonnte ibr gebühren. Richt ohne bamit einen beson= beren bezeichnenden Ginn ju verbinden, tann biefe Beifugung bes Abjectives "wirklich" im §. 46 a. b. G. B. betrachtet werben, bas offenbar einen eigentlichen Schaben im Begenfate von Bewinnesentgang nach §. 1293 andeutet, umsomehr, ale bies eben im Beifte ber Bestimmung bes &. 45 gelegen ift.

#### Mr. 3075.

Unzulässigkeit ber Executionsführung auf ein ber sibeicommissarischen Substitution unterworsenes Grundstück.

Entich, v. 3. Juni 1868, Mr. 5646 (Aband, der gleich förmigen Decr. des L. G. Wien v. 24. März 1868, Mr. 16392 und des D. L. G. Wien vom 21. April 1868, Mr. 7564). G. Z. 1868, Mr. 74.

Gegen B, Eigenthümer eines Hauses, hinsichtlich bessen ihm C siveicommissarisch substituirt ift, hatte A wegen 152 fl. die executive Einverleidung des Psandrechtes auf dem Pause erwirft und begehrte nun die Schätzung. — Bom Gerichte erster Instanz wurde dieselbe bewilligt und vom D. L. G. der dagegen ergriffene Recurs des B verworfen, weil Recurrent als Eigenthümer im Grundbuche erscheint und die hierauf hastenden Substitutionsbeschränkungen der Schätzung nicht hinderlich sind, sondern nur bei Bestimmung der Werthsböhe in Berücksichtigung zu ziehen sein werden. Im a. o. Recurse des B wurde geltend gemacht, daß Recurrent sa bloßer Fruchtnießer sei und nur sein Fruchtgenuß in Execution gezogen werden könne, daß die Liegenschaft selbst weder geschätzt noch seilgeboten werden könne, indem den Werth seines Fruchtgenusses einsache Bauverständige nicht zu schätzen verständen und nach der Anordnung das Haus und nicht das Recht geschätzt werden solle.

Der oberste Gerichtshof anderte beide Erledigungen bahin ab, baß vorläufig eine Tagsatung jur Anhörung der Parteien anzuordnen und nach Bernehmung beider Theile erst zu entscheiden sei, inwiesern die angesuchte executive Schätzung zu bewilligen sei, und zwar in Erwägung, daß dem in den bücherlichen Bestt geschriebenen Fiduciarerben nach §. 613 a. b. G. B. nur das eingeschränkte Eigenthumsrecht mit den Rechten und Pflichten eines Nutznießers zukommt, daß also auch das Pfandrecht für die Forderung des A per 152 st. sich nicht auf die Substanz der dem Recurrenten nur mit dem Substitutionsbande grundbücherlich zugeschriebenen Haushälfte erstrecken kann, durch den angesochtenen landesgerichtlichen, vom D. L. G. aufrecht erhaltenen Bestcheid aber die executive Schätzung des Hauses selbst bewilligt erscheint.

## Mr. 3076.

Anspruch der nicht geschiedenen Gattin auf Alimente? Entsch. v. 5. Juni 1968, Rr. 5251 (Best. des Urth. des B. G. Haslach v. 20. Rav. 1867, Rr. 1647, Aband. des Urth. des O. L. G. Wien v. 5. Februar 1868, Rr. 1439). G. Z. 1868, Rr. 65.

Die A belangte ihren Gatten B auf Leiftung bes Unterhaltes, weil er nicht nur fie öfters geschlagen und geschmäht, sondern auch

bie obermahnten Berlaffenichaftepaffiven in Abzug gebracht werben muffen. Wiber biefe obergerichtliche Entscheidung ergriff bie Finangprocuratur in Bertretung bes Rrantenbausfondes ben Revifionerecure. In biefem Recurfe murbe namentlich ausgeführt, bag auf bem Gute X auch folde Rechte und Forberungen haften, rudfichtlich welcher bie Berlaffenschaft bes M nicht perfonlich, sonbern nur als Besitzer bes belasteten Gutes verpflichtet sei, und welche daber nicht als eigentliche Berlaffenschaftsschulben im Sinne bes citirten Decretes bes n. o. Appellationsgerichtes angesehen werden tonnten; es wurde barauf bingewiesen, bag es in biefem Decrete beißt: "Das in einer anberen Broving gelegene unbewegliche Bermogen unterliegt ber Bemeffung nicht", bag biefer Ausbrud unbewegliches Bermogen ftatt bes Bortes "Realiaten" barum gewählt sei, um anzubeuten, bag biefes unbewegliche Bermögen ale ein ganges im Sinne von Activvermögen, mithin nach Abzug ber barauf laftenben Baffiven aufgefaßt werben muffe. Es wurde ferner Die Confequenz geltend gemacht, Die fich aus ber obergerichtlichen Auffaffung ergeben murbe, bag g. B. von einem in Rieberöfterreich befindlichen reinen Berlaffenschaftsvermögen per 300,000 fl. beshalb gar feine Gebühr zu entrichten fein wurde, weil sich in Böhmen ein Latifundium im Berthe von zwei Dillionen befindet, auf welchem 300.000 fl. bucherlich haften. Schlieglich murbe auf Die Analogie bei ber Bemeffung ber Staatsgebühren von im Auslande liegenben unbeweglichen Gutern bes Erblaffers bingewiesen (§. 57 bes Gebührengesetes vom 9. Februar 1850, R. G. Bl. Rr. 50).

Der oberfte Gerichtshof bat bem Revistonsrecurfe feine Folge ju geben und bie obergerichtliche Berordnung aufrecht zu erhalten befunden mit folgender Begründung: "Infofern bie Finanzprocuratur ju beanständen glaubt, daß nach ber angefochtenen obergerichtlichen Berordnung bei ber bebufe ber Bemeffung ber gefetlichen Gebuhr jum allgemeinen Rrantenbausfonds vorzunehmenden Ermittlung bes reinen M'ichen Berlaffenichaftevermögens auch folche auf bem Gute X haftenben Rechte und Forberungen in Abzug zu bringen feien, rudsichtlich welcher bie Berlaffenschaft nur als Besitzer bes belafteten-Gutes verpflichtet erscheint und welche baber nicht als eigentliche Berlaffenicafteichulben anzusehen seien, wiberlegt fich biefer Befcwerbegrund bamit, bag bas Obergericht ausbrudlich nur ben Abjug ber ausgewiesenen eigentlichen Berlaffenschaftsschulben zugelaffen hat und baß es ber angeordneten neuerlichen Ermittlung bes gebührenpflichtigen reinen Rachlagvermögens vorbehalten bleibt, inwiefern berlei Baftungen als eigentliche Berlaffenschaftsschulben behandelt werden konnen und follen. 3m Uebrigen erscheint aber bie angefochtene obergericht= liche Berordnung auch in dem ihr zu Grunde liegenden Principe als gerechtfertigt; benn nach ber Bestimmung bes & 694 a. b. B. find für bie von Berlaffenschaften jur Unterftupung gemeinnütziger Anstalten und Fonde ju entrichtenben Beitrage überhaupt bie barüber

bestehenden besonderen Borfdriften maggebend, und es tonnen bie Bestimmungen bes Gebührengesetes vom 9. Februar 1850, R. G. Bl. Nr. 50, besonders jene vom & 57 dieses Gesetes auf die Abgaben ber obermahnten Art nicht angewendet werben. Speciell rudfichtlich ber in Frage tommenben gesetlichen Gebuhr zum allgemeinen Rrankenhausfonds erscheint die von bem bestandenen n. ö. Appellations= gerichte am 16. September 1842, Dr. 10701, auf Anfuchen ber n. ö. Landebregierung, alfo ber politifchen Landesftelle, erlaffene Rundmadung makgebend, nach welcher bie gefetliche Bebuhr gum Rrantenhause von sammtlichem beweglichen und im Lande Desterreich unter ber Enns befindlichen unbeweglichen reinen, b. i. von bem nach Abzug ber eigentlichen Berlaffenschaftsschulben erübrigten Berlaffenschaftsvermögen zu bemeffen und zu entrichten ift, und nur bas in einer anderen Broving unbewegliche Bermogen ber fraglichen Gebühr nicht unterliegt. Es ift biernach grundfahlich und auch in Uebereinstimmung mit früher in biefer Rudficht erlaffenen gesetlichen Rormen ausgesprocen, bag biese Bebubr nur von dem reinen Bermögen zu entrichten ift. Bas aber nach einem Erblaffer als reines Berlaffenschaftsvermögen übrig bleibe, ergibt fich nur aus ber Entgegenstellung feiner Activen und feiner fammtlichen Baffiven. Jebe Berlaffenschaftsichulb ohne Unterschied verringert ben Betrag bes reinen Activfondes; ber Umftand, bag eine Schuld speciell auf irgend ein Object bes Berlaffenfcaftevermogens pfanbrechtlich fichergestellt ift, befreit bie Berlaffenschaft nicht von ber Saftung für biefe Schuld mit bem übrigen Berlaffenschaftsvermögen und tann ebensowenig ben Glaubiger verbinbern, seine Befriedigung auch aus einem anderen Objecte bes Berlaffenschaftsvermögens, als aus bem verpfändeten, ju suchen. Und so wie im Falle, wenn für bie von bem Erben bes M als Abzugspoften geltenb gemachten Berlaffenschaftsichulben eine bypothefarifche Sicherstellung nicht ermirft worben mare, feine Berechtigung, biefe Schulben bei Ermittlung bes reinen Nachlaffes jum Bebufe ber Bemeffung ber frommen Bebühren in Abzug zu bringen, nicht im Geringften bezweifelt werben tonnte, fo gilt biefes auch im Falle ber bewirtten bypothetarifden Sicherstellung, weil biefe an ber Ratur und Birtung bes Schulbverhaltniffes nichts andert. Dag enblich bier allerbings ber Berth ber bohmischen Berlaffenschaftsguter nicht im Activftanbe in Anschlag gebracht werden tann, wohl aber beren Belaftung als Bassibum in Abschlag gebracht wird, bat zwar für ben an ber Abgabe betheiligten Fonds eine nachtheilige Folge; allein biefe ergibt fich eben nur aus ber Bericiebenheit ber bezüglich folder Abgaben für bie einzelnen Länder und beziehungeweise Stabte bestehenden besonderen Borfdriften und localen Einrichtungen."

#### Mr. 3078.

Einfluß bes Tobes eines Streitgenossen auf ben Ausfall bes Haupteides.

Entich. v. 9. Juni 1868, Nr. 5750 (Best. des das Decr. des B. G. Gunnsben v. 31. Dec. 1867, Nr. 3647, aband. Decr. des O. L. G. Wien v. 16. April 1868, Nr. 7012). G. Z. 1868, Nr. 65. G. H. 1868, E. 261.

Im Rechtsftreite bes A wiber bie Cheleute Alois und Cleonora B pto. Rablung von 1060 fl. vertrat bie Letgenannte ihren Gatten als beffen Bevollmächtigte. A trug beiben Gatten ben unrudichiebbaren Saupteid über bie Echtheit einer von ihnen ausgestellten Urtunde auf, über ben im Laufe bes Berfahrens Eleonora B fich nur babin außerte, bag fie von ber Unterfertigung biefer Urtunde nichts wiffe. In dem Urtheil murbe beiben Beflagten biefer Saupteid unrudiciebbar aufgetragen und wurden biefelben, falls fie ben Gib nicht leifteten, bem Rläger in solidum jur Bahlung ber 1060 fl. conbemnirt. Der Eib ward nur von ber Eleonora B angetreten und geschworen. Run begehrte A bie Erecution wider Alois B. - Das Gericht ordnete eine Tagfapung jur Berhandlung über bie Frage an, ob nicht auch ber bem vor Buftellung bes Urtheils verftorbenen Alois B aufgetragene Saupteid für abgeschworen zu halten sei und entschied selbe bejahend, in ber Erwägung, bag bas Urtheil bem Alois B wegen feines früheren Ablebens nicht mehr augestellt werben, fomit bezüglich seiner teine rechtswirtsamen Folgen mehr erzeugen tonnte, ba er ben zugelaffenen Baupteib nicht mehr anzutreten vermochte; bag feine Gattin ben ihr aufgetragenen Saupteib abgelegt hat, und, ba fie laut Urtheils mit ihrem Gatten im Richtbeschwörungsfalle folidarifc gur Rahlung verpflichtet ift, ungeachtet bes von ihr eingehaltenen gerichts. ordnungemäßigen Borganges, beziehungeweise bes von ihr abgelegten Daupteibes, falls berfelbe als unerheblich angefeben murbe, wegen ber in Mitte liegenden burch bie Solibarhaftung begrundeten Untheilbarfeit ber Bahlungspflicht bie gange eingeflagte Schuld gablen mußte, auf folde Beife aber einem Bufalle Raum gegeben wurde, ber fich nicht in ihrer Berson, sondern in der ihres Gatten ereignet hat; bag endlich Eleonora B zur Bertretung ihres Gatten ermächtigt war, mithin die von ihr zu Prototoll gegebenen Reben, insbesondere die Duplit, - worin sie ben vom Rläger aufgetragenen irreferiblen Haupteid angenommen bat - berart in Betracht zu nehmen find, als ob fie beren Gatte felbft zu Prototoll gegeben hatte. - Die zweite Instang erklärte ben Eid bes Alois B für nicht abgeschworen, in ber Ermägung, daß bas Berhandlnngsprototoll barüber, ob Alois B ben unrudiciebbaren Saupteib annehme, nichts enthält und eine berartige Erklarung in ber von Alois B feiner Gattin ausgestellten Bollmacht nicht gelegen erachtet werben tann (§. 233 a. G. D. und Hfb. vom 26. April 1792, J. G. S. Nr. 10).

Der oberste Gerichtshof bestätigte biese Entscheidung, weil zwar von Amtswegen auf das Executionsgesuch des A keine Berhandlung einzuleiten, aber, nachdem dieser dagegen keine Beschwerde erhob, doch darüber zu entscheiden war; weil serner weder in der Einrede noch in der Duplik eine Annahme des Haupteides von einem der beiden Geklagten, sondern nur der wiederholte Widerspruch der Echtheit der Unterschriften auf dem Schuldscheine enthalten ist; daß aber auch, ganz abgesehen davon, nach §. 223 a. G. D. ein gerichtlicher Eid nie durch einen Sachverwalter giltig abgelegt werden kann, sondern jederzeit in Person abgeschworen werden muß, und daß dieses umsomehr auch zu gelten hat, wenn die bloße Anerhietung des Eides zufolge §. 233 a. G. D. die Stelle des wirklich abgelegten Eides zu vertreten hat.

### Mr. 3079.

Pactum de contrahendo ober sofortiger Kausabschluß mit hinausgeschobener Erfüllung?

Entich. v. 10. Juni 1868, Mr. 3907 (Best. bes bas Urth. bes B. G. Ausig v. 24. August 1867, Ar. 2820, aband. Urth. bes O. L. G. Prag v. 25. Nov. 1867, Mr. 33358). G. Z. 1868, Mr. 81.

A hatte ber B in einer von beiden unterfertigten, am 20. Juni 1861 ausgestellten Urtunde versprochen, die in berselben bezeichneten Grundftude, wenn er fie bei ber am gleichen Tage ftattfindenden Feilbietung berfelben erfteben wurde, gegen Erfat bes Breifes und ber Roften jederzeit zu überlaffen und bie biesfalls notbige Urtunde auszustellen. Er taufte die Brundstude und ließ fein Eigenthumsrecht barauf einverleiben, Die B aber lieft ihre Rechte aus ber Urfunde auf Diese Grundftude zur Sicherheit berfelben am 10. Dai 1866 pranotiren, weil A bereits Schulden barauf contrabirt batte. Ihrer in bemfelben Jahre angestellten Rlage um Rechtfertigung ber Branotirung feste A vorzüglich bie Einwendung entgegen, daß die Urfunde eigentlich nur bie im §. 936 a. b. G. B. bezeichnete Berabrebung, funftig erft einen Bertrag foliegen zu wollen, enthalte, und bag, nachbem feit ber Erftehung ber Grundflude burch ibn nicht blos ein, sondern mehrere Jahre verfloffen feien, ohne bag bie B auf Bollziehung ber Bufage gedrungen batte - bie fle auch jest noch nicht begehrte - ihr Recht aus biefer Berabrebung erloschen fei. - Die erfte Inftang wies Rlägerin ab. Grunde: Die Erkarung vom 20. Juni 1861 enthält nichts als bas Berfprechen bes Geflagten, Die barin bezeichneten Realitäten ber Rlagerin jeberzeit ins Eigenthum überlaffen und bie bucherliche Urfunde hierüber ausstellen zu wollen, alfo jeberzeit mit ihr einen neuen Rauf abzuschliegen. Ein formlicher Rauf ift aber

hierin noch nicht gelegen, weil bie Barteien babei erft einen etwaigen fünftigen Rauf unzweifelhaft im Auge hatten. Diefe Berabrebung, bei welcher bie wesentlichen Stude bes Raufvertrages, nämlich Baare und Breis, bestimmt worben find, mar allerbings für ben Getlagten, jeboch nicht für immer, sonbern nur für bie im §. 936 a. b. B. normirte Beit von einem Jahre, beginnend von ber Erftebung ber Realitäten, binbenb, und ba biefer Zeitpunkt bei Ueberreichung ber Rlage im November 1866 langft verftrichen mar, fo ift bas Rlagrecht ber B auf Erfüllung biefes Berfprechens erlofden, obwohl bie Rlage nicht ausbrücklich auf biefe Erfüllung, sondern vielmehr auf bie Rechtfertigung ber Branotation gerichtet ift, nachbem bas Bfandrecht als Accessorium ber Forberung gleichfalls erloschen ift. - Die zweite Inftanz erfannte Die Branotation fur gerechtfertigt. Sie fand in der gedachten Erklärung nicht blos die Berabredung, kunftig einen Bertrag ju foliegen, fonbern bie Berpflichtung bes Geflagten fon ericopfend bezeichnet, felbft bezüglich bes Beitpunttes, mann bie

Berechtigung ber Rlagerin beginnt.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas obergerichtliche Urtheil aus folgenden Grunden : Es hat die Rlagerin burch Mitfertigung ber Urfunde fich mit berfelben einverftanben erffart, bas Berfprechen bes Betlagten angenommen und fich verpflichtet, bemfelben ben für bie Grundstüde gezahlten Betrag und Roften ju verguten. Der biesfällige Bertrag ift fein nur erft vorbereitenbes Bactum; benn es find Gegenstand und Breis bestimmt, und nur die Erfüllung ift auf einen späteren Zeitpunkt nach bem Belieben ber Rlagerin verschoben, mas burch bas Bort : "jeberzeit" ausgebrudt, und burch bie Ermagung gerechtfertigt ift, baß fie erft bann auf bie wirkliche Erfullung bringen tann, wenn fle in ber Lage fein wirb, ihren übernommenen Berbinblichfeiten nachzutommen. Es tann von einer Berjährung bes Rlagrechtes um fo minber bie Rebe fein, als ja burch bas Wort "jeberzeit" ber Zeitpunft, wann auf bie Erfüllung gebrungen werben tann, in bas Belieben ber Rlägerin gestellt und somit tein Termin festgesett ift, von welchem anfangend die im §. 936 a. b. B. bestimmte einjährige Berjährungsfrist batte in ben Lauf tommen können. Enblich kann auch barin, daß das Klagbegehren nicht auf die schon bermalige Erfüllung ber Berbindlichkeit, sondern blos auf bas Anerkenntniß ber Rechtfertigung ber Branotation gerichtet ift, ein Bebenten nicht gefunden werben, weil ja, wie oben bemertt, ber Reitpuntt, wann bie wirkliche Erfüllung ber Berbinblichfeit bes Geklagten geforbert werben will, ber Rlagerin vertragemäßig anheimgestellt ift, ihr aber nicht verwehrt werben tann, mittlerweile gegen ben mit ben Grundparcellen in einer ihre Rechte geführbenden Beife gebarenben Geklagten bie unbedingte Sicherstellung biefer Rechte zu erwirken.

### Mr. 3080.

Erlag ber Schulb bei einem anderen als bem erkennenden Gericht nud mit der Bitte um Hemmung der Execution bis zum Ausgang eines Strafprocesses.

Entich. v. 16. Juni 1868, Rr. 6027 (Best. bes bas Decr. bes B. G. Reuftraschits v. 8. Februar 1868, Rr. 634, abanb. Decr. bes D. L. G. Brag v. 31. März 1868, Rr. 17021). G. S. 1868, S. 292.

Nachdem vom Handelsgerichte in Brag bem A für seine urtheilsmäßige Wechselforderung gegen B die executive Sequestration der Wirthschaft des Letteren bewilligt und von dem B. G. Neustraschitz als Realgericht vollzogen worden war, deponirte B den ganzen Schuldbetrag bei dem letteren Gericht mit der Bitte um Sistirung der Execution dis zur Austragung der von ihm gegen A gemachten strafgerichtlichen Anzeige wegen Betruges durch Fälschung des eingeklagten Wechsels. — Das vom Gericht Reustraschitz bewilligte Gesuch wurde

in zweiter Inftang abgewiesen.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung des D. L. G., weil, so wie die Bewilligung, auch die Einstellung der Execution dem Erkenntnißgericht, d. i. dem Prager Handelsgericht, zusteht; weil, hievon abgesehen, B in seinem Sistirungsgesuch nicht dargethan hat, daß die gegen A vorgebrachte Beschuldigung für eine zur Einsleitung der strafgerichtlichen Untersachung hinreichende Anzeigung zu halten ist (Hosbecret vom 6. März 1821, I. G. S. Nr. 1743), und weil der Schuldbetrag von ihm nicht zum Zweck der Ausssolgung an A, sondern gerade in der Absicht deponirt worden ist, um ihn dem A nicht zusommen zu lassen, somit der Erlag als ein dem Urtheil nachgesolgtes und die Erlöschung des gegnerischen Executionsrechtes im Sinne des Hosbecretes vom 22. Juni 1836, J. G. S. Rr. 145, herbeisührendes Factum nicht angesehen werden kann.

## Mr. 3081.

Einfluß der Streitgenoffenschaft auf den Aussall des Haupteides.

Entich. v. 17. Juni 1868, Rr. 6078 (Beft. bes bas Decr. bes B. G. Herdogenburg v. 19. März 1868, Rr. 1119, abanb. Decr. bes D. L. G. Wien v. 15. April 1868, Rr. 6946). G. H. 1868, S. 299.

Die Beklagten B und C waren schuldig erkannt worden, "bem Rläger A 689 fl. zu zahlen, wenn sie ben (rückschiebbar ihnen aufgetragenen) Haupteib (über ben Rlaggrund: Holzlieferungen bes Rlägers) nicht ablegen". Der Eid wurde von Beiben angetreten, aber nur von B abgeschworen, worauf A bie Execution gegen B und C auf die vollen 689 fl. begehrte, die ihm vom oberften Gerichtshof bewilligt wurde, weil in dem vorausgegangenen Urtheil der Fall einer theilsweisen Nichtantretung, Zuruchseidung oder Nichtablegung des zugezgelaffenen Haupteides nicht vorgesehen, vielmehr die Entbindung beider Beklagten von der Zahlung der 689 fl. von deffen Ableistung durch Beide abhängig gemacht ift, was auch in der Gemeinschaftlichkeit des Rechtsgeschäftes (Holztauf beider Beklagten einerseits mit dem Rläger andererseits), aus welchem fle auf die Zahlung belangt wurden, ihre Begründung findet, während die Zulaffung eines im Betreff des Haupteides verschiedenen Benehmens beider Streitgenossen zu dessen Ablegung sowohl auf der einen wie auf der anderen Parteiseite hätte führen können.

### Mr. 3082.

Theilbarkeit ber urtheilsmäßigen Gibesformel.

Entich, v. 18. Juni 1868, Nr. 5854 (Beft. bes das Decr. bes L. G. Wirn v. 21. Februar 1868, Nr. 9971, aband. Decr. des D. L. Wien v. 7. April 1868, Nr. 5967). G. Z. 1868, S. 98.

A ftellte bas Begehren um Geftattung, ben fententionirten, ibm gurudgeschobenen Saupteid binfichtlich jedes einzelnen im Urtheile bezeichneten Gegenftanbes mit ber im Urtheile ausgebrudten Birtung abzulegen. - Das Gericht erfter Inftang wies ibn ab, weil bei Ablegung eines urtheilsmäßigen Gibes über ben Inhalt ber Gibesformel nur bas rechtsfraftige Urtheil maggebend fein und ohne Buftimmung bes Gegners bievon nicht abgegangen werden tann. - Bom D. L. G. murbe hingegen bem Begehren ftattgegeben, weil in bem über bas Eigenthum bes Rlagers an ben gepfandeten Sachen gefällten Urtheil biefelben nicht als eine Befammtheit von Sachen, fonbern nur als einzelne Gegenstände, welche unter fich in feinem Busammenhange fteben, angeführt werben, und es baber fo zu betrachten ift, als mare binfictlich jebes einzelnen Begenftanbes ein abgefonbert für fic geltender Spruch gefällt worben, wonach bagegen, bag ber Rlager ben ihm in Betreff aller Gegenstände gurudgeschobenen Saupteib nur bezüglich einzelner ablege, icon nach bem Inhalte bes Urtheils und der Gidesformel tein Anstand obwaltet und Rlager teiner besonderen Ermächtigung bedarf, ben Gib nur in Ansehung einzelner Gegenflande abzulegen.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheisbung, ba es noch keine Aenderung der im Urtheile normirten Sidesjormel enthält, wenn der Rläger den ihm über den Antauf mehrerer unter
sich in gar keinem rechtlichen Busammenhange stehenden Gegenstände zurudgeschobenen Haupteid nur rudsichtlich einiger dieser Gegenstände
ablegt, weshalb es ihm anch unbenommen bleiben muß, ungeachtet ber Eib rücksichtlich sämmtlicher Gegenstände angetreten murbe, bennoch bei der zur Ablegung des Eides angeordneten Tagsahung den Eid nur rücksichtlich einzelner Gegenstände mit der in der Sidesformel vorkommenden Bezeichnung derselben zu leisten, wodurch auch jeder Zweisel, bezüglich welcher Gegenstände der Sid geleistet worden sei, beseitigt wird.

#### Nr. 3083.

#### Actio Publiciana.

Entich, v. 23. Juni 1868, Rr. 3512 (Beft, bes Urth, bes B. G. Arzeszowice v. 31. August 1867, Rr. 2004, Aband, bes Urth, bes O. L. G. Aratan v. 12. Dec. 1867, Rr. 18353). G. H. 1868, S. 365.

A, als Erbe bes M, belangte ben B, Bestiger ber Grundparcellen Nr. 1032 und 1033, mit ber publicianischen Klage auf beren
herausgabe. Der Beklagte wendete ein, daß M mit dem notariellen
Bertrag, wodurch berselbe von seiner Birthschaft einen Ueberlandgrund "im Flächenmaße von 2 Ioch 1294 Quadratklaster" ihm
verkauste, auch die obigen Parcellen verkaust habe. Der producirte
Bertrag enthält nicht die Angabe der Parcellennummer und der
Grenzen des Kausobjectes; vom Kläger selbst wurde aber zugestanden,
daß der dem B verkauste Ueberlandgrund, anstatt des im Bertrag
bezeichneten Flächenmaßes, nur 2 Ioch 130 Quadratklaster enthält.

In Uebereinstimmung mit ber erften Inftang bat ber oberfte Gerichtshof bas in zweiter Inftanz zugelaffene Rlagbegehren abge-Grunde: Bei ber für ben beflagten Befiger ftreitenben Bermuthung seines rechtlichen Titels (§. 323 a. b. G. B.) oblag bem Rlager ber Beweis bes beklagterfeits abgeleugneten Umftanbes, bag M gur Zeit feines Tobes Eigenthumer ber Barcellen Rr. 1032 und 1033 gewesen ift, umsomehr, ba Alles bafür spricht, bag M Diefelben bem Beklagten verkauft batte. In ber That: ber Rlager felbft geftebt, bag ber bem B verlaufte Ueberlandgrund nur 2 3och 130 Quabrattlafter umfaßte, wogegen nach bem notariellen Instrument bemfelben eine Grunbfläche von 2 3och 1294 Quabratklafter vertauft worben ift, woraus hervorgeht, bag jener Bertrag noch andere Grundftude umfaßte; ber Rlager geftebt ferner, bag bie eingeflagten Barcellen zusammen 1164 Quabrattlafter halten, wonach fie mit bem obigen Ausmaß von 2 Joch 130 Quabratklafter genau die verkaufte Fläche von 2 Joch 1294 Quabratklafter ausmachen, und daß ber Beklagte bei ber Uebernahme bes gefauften Gruntes auch biefe Parcellen in ben Befit übernommen bat. Bei folder Sachlage batte ber Rlager ju beweisen, daß von M bem B, außer bem 2 3och 130 Rlafter haltenben Grundflud, nicht die Barcellen Rr. 1032 und 1033, fonbern andere Barcellen vertauft murben. Da er nun biefen Beweis nicht erbracht hat, so mußte sein Rlagbegehren verworfen werben, indem der einzige Umstand, daß er von Rr. 1032 und 1033 die Steuern entrichtet, für die Lösung der Frage des Besitzrechtes unersheblich ift.

### Mr. 3084.

Verjährung bes Auspruches auf Ergänzung bes Pflichttheiles. Unbestimmtheit bes Rlagbegehrens.

Entich, v. 23. Juni 1808, Rr. 4166 (Beft. ber gleichförmigen Urth. bes A. G. Bloczow v. 20. Angust 1866, Rr. 4865, Best. ber Urth. bes D. & G. Lemberg v. 18. Sept. 1867, Rr. 20979). G. Z. 1869, Rr. 41.

Das Testament der M ward am 19. August 1856 kundgemacht und der durch dasselbe in ihrem Bflichttheil verfürzten A, Tochter der M, welche in Bofen wohnte, erft burch ben Bescheib vom 28. October 1857, jugeftellt am 5. Janner 1858, Die Ginleitung ber Berlaffenichaftsabhandlung sowie mit Bescheib vom 6. October 1858 ber Inhalt bes Teftamentes befannt gegeben. Am 9. August 1863 brachte Die A eine Rlage ein, in welcher fie die Erganzung ihres Bflicht= theiles in bem gangen Betrage begehrte, "welcher fich ans ber gerichtlichen Schätzung ber jum Rachlag geborigen Liegenschaften ergeben wirb". Diefe Rlage murbe von allen brei Inftangen gurudgewiesen. Die erfte Inftang conftatirt bie Berturgung, und bemerkt bann: "Es lag ber Rlagerin ob, ba fie ben ihr gebuhrenben Bflichttheil anspricht, ihr Begehren genau ju bestimmen, wie bies in §. 7 weftg. G. D. vorgeschrieben ift, was übrigens auch nach &. 325 weftg. G. D., wonach bas Urtheil, bem Begehren ber Barteien gemäß, verftanblich und flar abgefaßt werben muß, nothwendig erscheint; die Schöpfung eines solchen Spruches kann aber in Anbetracht, bag bas Begehren ber Rlägerin ungenan und unbestimmt ift, nicht erfolgen; in ber Rlage nämlich ift ber Betrag nicht angegeben, welcher als Pflichttheil angesprochen wird, sondern es wird diesfalls blos auf die erft vorzunehmende Schätzung verwiesen. Es tann alfo icon beshalb, weil bas Rlagbegehren ungenau ift, bemfelben nicht fattgegeben werben, jumal überdies noch die vom Begner gemachte Ginwendung der Berjährung gegründet ift. Rach §. 1487 a. b. G. B. erlischt tas Recht, ben Bflichttheil ober beffen Erganzung zu forbern. binnen brei, in bem fraglichen Falle aber, ba die Rlägerin im Großherzogthume Bosen ihren ordentlichen Wohnsitz hat, in sechs Jahren (§. 1475 a. b. G. B.); ale Anfangspunkt ber Berjährungszeit muß hier ber 19. August 1856, an welchem Tage bas Testament publicirt wurde, angenommen werben, benn bie Rlagerin hat nicht bewiefen, daß der Inhalt desselben ihr erft später befannt geworben fei; Diesen Beweis bilbet nicht ber Bescheid vom 6. October 1858, weil

berfelbe nicht die Döglichkeit ausschließt, daß die Rlägerin in anderer Beife ben Inhalt bes gebachten Teftamentes erfahren hat. Da nun vom 19. August 1856 bie jum Rlagtage mehr ale feche Jahre verftrichen find, so find auch die Rechte ber Rlagerin burch Berjährung erlofchen". Grunde ber zweiten Inftang: Der Befcheib bes Rreisgerichtes Z vom 28. October 1857, womit ber Rlägerin bie Ginleitung ber Berlaffenschaftsabhandlung nach M, sowie das ihr von letterer augebachte Bermachtniß befannt gegeben murbe - ift berfelben am 5. Janner 1858 ju Banden ihres Chegatten gugeftellt worden. Sie hat aber ihre Rlage erst am 9. August 1863, also längst nach Ablauf ber breijährigen Berjährungszeit (§. 1487) angebracht; bie boppelte Berjährungszeit tann ber Rlagerin, wiewohl fie im Auslande ihren ordentlichen Wohnsit hat, nicht zu statten kommen, weil in ben §§. 1487-1492 a. b. G. B. die Falle ber außer= orbentlichen Berjährung bestimmt find (was auch bie Ranbrubrit bes &. 1486 bestätigt). Da nun bas Recht, ben Pflichtheil ober bie Erganzung besselben zu verlangen, binnen ber außerorbentlichen breijährigen Berjährungefrist (g. 1487 a. b. G. B.) erlischt, so tann bie Bestimmung des g. 1475, welcher blos auf die ordentliche Berjährung sich bezieht, zu Gunften ber A nicht in Anwendung gebracht werben, namentlich wenn man bedenkt, baß §. 1475 a. b. G. B. ausbrudlich festfest: "ber Anfenthalt bes Eigenthumers außer ber Broving, in welcher fich die Sache befindet, fleht ber orbentlichen Ersthung insofern entgegen, ale" u. f. w.

5

į

ď

•

ř

Ċ

2

:

٤.

C

:

;

;;

ş.

:3

٥.

:::

**:** 

:

. فر

.

3.

٠. ۽

منز

ز:

:5

Das Urtheil des oberften Gerichtshofes beruhte auf folgenden Grunden: Bas die von bem Geflagten gemachte Ginwendung anbetrifft, daß die Befugnig ber Rlagerin, ben Pflichttheil angusprechen, burch Berjahrung erloschen fei, fo tann in ber Behanptung bes Obergerichtes, daß die Berjahrung im vorliegenden Falle ausschließe lich nach ber allgemeinen Regel bes §. 1487 a. b. 3. vhne Rücksicht auf §. 1475 berechnet werden soll, keine Gesetwidrigkeit gesehen werben; benn aus bem flaren Bortlaute bes g. 1475 ift gu entnehmen, daß die in bemselben enthaltene Bestimmung nur auf die Fälle ber ordentlichen, nicht aber auf die der außerordentlichen in den 88. 1487-1492 a. b. G. B. behandelten Berjährung anwendbar ift; in bem vorliegenden Rechtsstreite unterliegt baber bas flagerifche Bflichttheilsrecht ber Berjährung binnen brei Jahren, welche auch mit Rudficht barauf, bag bie Rlagerin, nachbem fie mit bem ju Banden ihres Gatten am 5. Janner 1858 zugestellten Befcheibe vom 28. Dc= tober 1857 von bem Tod und bem letten Willen ber M verständigt worden ift, erft am 9. August 1863 die Rlage einbrachte, verftrichen find. — Ueberdies ift zu bemerten, daß das Testament ber M am 19. Angust 1856 bei bem Abhandlungsgerichte gehörig kundgemacht murbe, bag biefe Beröffentlichung nach §. 62 bes taif. Batentes vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208, für alle Bethei-

ligten rechtsgiltig ift, man baber annehmen unf, die Rlagerin habe icon an tiefem Tage von ber Eriften und tem Inhalt bes Teftamentes Renntnik erlangt, weshalb and bie Berjahrung bes Bflichtthalsaufpruches von jenem Tage zu laufen begonnen bat; ba nun fett jenem Tage bis jur Ginbringung ber Rlage mehr als feche Jahre verftrichen find, so ift biefes Recht sogar nach ber fur die A gunftigeren Berechnung im Sinne bes &. 1475 a. b. G. B. burch Berjahrung erloschen. — Benn man nebftbem in Erwägung giebt, bag ber Abhandlungerichter weber nach g. 276 a. b. G. B., noch nach bem faif. Batente vom 9. August 1854, R. G. Bl. Rr. 208, verpflichtet war, für die Klägerin einen Curator zu bestellen, ba ihr Aufenthaltsort im Anslande befannt und fie, weil volljährig, alle gerichtlichen Bescheibe anzunehmen befugt war, bag ferner Die Rlagbitte selbft nicht flar und bestimmt gefaßt ift (§. 7 westg. G. D.), indem die Rlagerin ben als Pflichttheil ihr ju gablenden Betrag nicht angegeben bat, fo erscheint die Abweisung ihres Begehrens in jeder hinficht als gegrundet und mit ben Gefeben übereinstimmenb.

## 9dr. 3085.

Berhaltnif ber Gerichte zu ben Berwaltungsbehörben: Competenz zur Entscheidung über Armenversorgungsausprüche.

Sutis, n. 23, Juni 1808, Rr. 6434 (Beft, bes Derr. bes R. G. St. Politen n. 16. März 1868, Rr. 560). G. H. H. 1808, E. 285, G. Z. 1868, Rr. 104.

Die Alage ber A gegen bie Gemeinde B auf Erfat ber bon ibr bestrittenen Roften ber Berpflegung und Rrantheit bes in B beimatsberechtigten verwaisten Kindes C als eines von ber Rlagerin für bie biegn verpflichtete Bellagte gemachten Aufwandes (g. 1042 a. b. G. B.) wurde bon bem Gerichte erfter Inftang wegen Incompeteng a limine abgewiesen, und in Folge ihres Recurfes die Angelegenheit mer Entideitung nach bem Sib. v. 23. Juni 1820, 3. G. S. Rr. 1669, bem oberften Gerichtshof vorgelegt, welcher in Uebereinstimmung mit bem Dintflerium bes Junern bie erfigerichtliche Ablehnung bestätigte. Grante: Das Gericht mußte and Die Frage nach der Berpflichtung ver beklagten Gemeinde jur Berpflegung bes Kindes C entscheiben. Hezze uft es aber nicht bernfen, weil nach bem §. 36 bes Beimatszeieges vom 3. December 1863, R. G. Bl. Rr. 105, Die Berhandlung und Entscheidung in ben bas Beimatbrecht betreffenben Angelegenheiten, außer ben im Gefet ansbrudlich ausgenommenen Füllen — worn aber ber gegenwärtige Fall nicht gebort — ber politifchen Behörde zugewiesen ift; nach g. 39 ebendort felbft die Erfagenfprache einer Gemeinde gegen eine andere Bemeinde wegen

bestrittener Berpstegungstoften auf bem politischen Wege zu entscheiben sind, und nach §. 44 auch ber Arme selbst einen Anspruch auf die Bersorgung gegen die Gemeinde, in welcher er heimatsberechtigt ift, nicht im Rechtswege gestend machen, sondern nur in dem von der Gemeindeordnung festgesetzten Beschwerdezug austragen kann.

### Mr. 3086.

Unzuläffigkeit ber Prorogation von einem Bezirksgericht vor einen Gerichtsbof.

Entich. v. 24. Juni 1868, Rr. 6342 (Beft. ber gleichförmigen Decr. bes A. G. Znaim v. 24. Marz 1868, Rr. 1560 und bes O. L. G. Brun v. 28. April 1868, Rr. 4766). G. H. 1868, S. 1808, G. 320. G. Z. 1868, Rr. 95.

In dem von B der Sparcasse von Znaim über ein Darleben von 800 fl. ausgestellten Schuldschein hatte sich B dem Gerichtsstand der Sparcasse unterworsen. Die Sparcasse nahm als ihren Gerichtsstand das Kr. G. Znaim in Anspruch und belangte bei demselben den für seine Person dem dortigen Bezirksgericht unterstehenden B auf Zurückzahlung des Darlebens. — Die Klage wurde von beiden Untergerichten mit der Motivirung a limine zurückzewiesen, daß nach §. 47, 2. alinea der J. N. für Rechtssachen, die vor ein Bezirksgericht gehören, die Berhandlung vor einem Gerichtshof erster Instanz nicht bedungen werden darf.

Der a. o. Recurs ber Rlägerin, worin fie aussührte, baß im §. 47 3. N. ber §. 55 besselben Geses citirt ift, welcher bie Streitigkeiten über Besitstörungen behandelt und den Bezirksgerichten zuweiset, mithin die Unzuläffigkeit der Bereinbarung auf einen Gerichtshof erfter Inftanz nach §. 47 nur für jene Streitsachen gilt, die ausschließlich vor ein Bezirksgericht gehören — wurde vom oberften Gerichtshof mit hinweisung auf die Begründung der Unter-

gerichte verworfen.

## Mr. 3087.

Befreiung der Bezüge öffentlicher Beamten von der Execution: Diurnisten.

Entig. v. 25. Juni 1868, Rr. 6251 (Best. bes Decr. bes A. G. Reichensberg v. 18. April 1868, Rr. 2878, Aband. des Decr. bes O. L. G. Brag v. 5. Mai 1868, Rr. 13858). G. H. 1868, G. 836.

Das Gesuch bes A gegen ben Diurnisten ber Reichenberger Banbelstammer B um executive Einantwortung einer Portion bes

Dinrunms wurde vom D. L. G. abgewiesen, weil nach bem Patent vom 25. October 1798, 3. G. S. Rr. 436, die Gehalte ber öffentlichen Beamten und in Folge des hospecretes vom 30. Ang. 1805, 3. G. S. Nr. 743, auch die Taggelber der Dinruisten von ber Execution ausgenommen, zu den öffentlichen Beamten aber anch die Bediensteten der Handelstammern, als öffentliche Austalten, zu zählen find.

Der oberfte Gerichtshof bewilligte bas Executionsgefuch mit Berufung auf bas neuere hofb. v. 22. Aug. 1835, 3. S. S. Rr. 80 (Executionsfähiafeit ber Diurnen von Berfonen, Die nicht "wirkliche

Ctaatebeamte" finb).

## Nr. 3088.

Gerichtsstand des Bertrages: Bezeichung des Zahlungsortes in der Factura.

Entich. v. 1. Juli 1868, Rr. 6045 (Best. des das Urih. des B. G. der Alt: und Renstadt Brag v. 22. October 1867, Rr. 50647, aband. Urih. des O. L. G. Brag v. 16. März 1868, Rr. 7606). G. H. 1868, G. 307.

Gegen die beim B. G. Alt- und Nenstadt Prag als Gerichtsstand des Bertrages (§. 43 der Jurisd.-Norm) angebrachte Klage
bes A gegen B pto. Zahlung von 24 fl. für dem Beklagten verkaufte Kleider erhob dieser die exc. fori declinatoria, welche vom obersten Gerichtshof unter der Bedingung des Haupteides des A abgewiesen wurde,
weil, wenn der Kläger mit seinem Eid beschung nichts eingewendet
hat und in der Rechnung enthalten war, daß die Zahlung in Prag
zu leisten sei, die stillschweigende Einwilligung desselben zur Zahlungsleistung in Prag sestgestellt ist.

# Nr. 3089.

Competenz zur Amortistrung einer Lebensversicherungspolice. Berücksichtigung eines erst zur Zeit der Entscheidung in der früheren Instanz wirksam gewordenen Gesetzes.

Entich, v. 1. Juli 1868, Rr. 6618 (Best. bes das Decr. bes A. G. Wiener-Reustadt v. 28. April 1868, Rr. 1507, aufheb. Decr. bes D. L. G. Wien v. 12. Mai 1868, Rr. 8854). G. H. 1868, E. 311.

Das am 25. April 1868 beim Rr. G. Biener-Reuftabt überreichte Gefuch bes A um Amortisation einer ihm in Berluft gerathenen Lebensversicherungspolice ber Erften öfterr. Berficherungsanstalt wurde in erster Inftanz wegen Incompetenz bes angerufenen Gerichtes abgewiesen, weil Policen ber Bersicherungsgesellschaften nicht ben öffent-

lichen Crebitpapieren gleich zu halten find, für welche nach §. 32 Jurisd. Norm die Amortisation beim Gerichtshof (nicht beim Einzelgerichte) anzusuchen ist. — Das D. L. G. hat am 12. Mai 1868, mit Berusung auf das inzwischen — am 8. Mai — im R. G. Bl. unter Rr. 36 erschienene Gesetz vom 3. Mai 1868 über die Zusständigkeit und das Bersahren bei Amortisirung der von Privaten ausgegebenen Werthpapiere, den Bescheid der ersten Instanz ausgehoben und dem Kr. G. ausgetragen, das Gesuch dem A vorläusig zur Angabe jener sactischen Berhältnisse zurückzustellen, woraus zu beurtheilen sein wird, welches Gericht nach der neuen Borschrift des

falls zuständig ift.

Auf ben Recurs bes A, worin er anführte, bag bas Gefet vom 3. Mai 1868, Rr. 36, jur Beit, vor Berftreichung ber 45 Tage seit beffen Aufnahme im R. G. Bl. (§. 8 bes Patentes v. 27. December 1852, R. G. Bl. Nr. 260), noch nicht wirksam und, bavon abgesehen, auf ben vorliegenden Fall überhaupt nicht anzuwenden sei. weil es fich nur auf Werthpapiere beziehe, eine Lebensverficherungs. police aber tein Werthpapier fei - bat ber oberfte Gerichtshof bie Berordnung bes D. L. G. bestätigt, weil die fragliche Police als ein von einem mit Staatsbewilligung errichteten und ber Staatsaufficht unterftebenden Berein ausgegebenes, wenn auch nicht für ben Berfehr bestimmtes, boch jebenfalls einen Berth reprafentirendes Bapier, mitbin als ein Effect bon ber Rategorie, wofür bas Gefet v. 3. Mai 1868, Rr. 36, erlaffen wurde, anzusehen ift; weil zur Zeit (1. Juli), nachbem bas citirte Befet in Birtfamteit getreten ift, für bie Frage ber Auftanbigfeit zu bem Amortisationeverfahren, bas noch nicht eingeleitet worben ift, sonbern erft eingeleitet werben foll, eben nur bas neue Gefet als maggebende Norm betrachtet werben tann und somit, ba nach S. 1 besselben bie Amortisationsverhandlung bem Landesober Rreisgericht zusteht, in beffen Sprengel ber Sit ber Befellichaft, bee Bereines, ber Anftalt ober ihrer Zweigniederlaffung, bie bas Werthpapier felbständig ausgegeben bat, fich befindet, ber obergericht= liche Auftrag zur vorläufigen Angabe biefer für bie Competenz ent= fceibenben factifchen Berhaltniffe fachgemäß mar.

# Nr. 3090.

Execution zur Einbringung von Aerarialforderungen: Erstenntniß der Finanzbehörde über eine Tabakcreditschuld. Entsch. d. 2. Inli 1868, Rr. 6493 (Best. der gleichsörmigen Decr. des B. G. Friedland v. 25. Sept. 1867, Rr. 4888 und des O. L. G. Brag v. 8. Jänner 1868, Rr. 88162). G. H. 1868, S. 255. G. Z. 1868, Rr. 71.

Das Gefuch ber Finangprocuratur in Bertretung bes f. t. Merars gegen B um Intabulation bes executiven Pfanbrechtes beruhte

auf bem Ersaterkenntniß ber Finanzbezirkbirection in Jungbunzlau für eine Tabakcreditschuld bes B von 1399 st. und wurde von beiden Untergerichten, und zwar vom D. L. G. in der Erwägung bewilligt, daß nach Maßgabe des Patentes vom 16. Jänner 1786, J. G. Sr. Kr. 516, die Einräumung des executiven Pfandrechtes durch die von der Finanzbezirkdirection hinausgegebene und mit Rücksicht auf den Tag der Zustellung an B bereits rechtsträftige Abrechnungserledigung gestzlich begründet ist. — Dagegen ergriff B den Recurs, worin er sich auf das Hosbecret vom 18. September 1786, J. G. S. Rr. 577, (lit. a: Unzulässisseit der vom Fiscalamt vor erfolgtem richterlichen Urtheil begehrten Execution) berief und ansührte, daß das im obergerichtlichen Bescheid citirte Patent vom 16. Jänner 1786, Nr. 516, auf den vorliegenden Fall keine Anwendung sinde.

Der oberfte Gerichtshof verwarf ben Recurs, weil bie Berordnung ber Finanzbehörde rechtsträftig geworden ift und von der Finanzbehörde nicht erst im ordentlichen Rechtswege zur Geltung ge-

bracht, baber bie Erecution nicht verweigert werben fann.

## Mr. 3091.

Unzulässigkeit einer alternativ gegen ben Belangten ober bessen (nicht benaunte) Erben gerichteten Rlage.

Entsch. v. 2. Juli 1868, Rr. 6549 (Best. ber gleichförmigen Derr. bes B. G. Geras v. 18. April 1868, Rr. 578 und bes O. L. G. Wien v. 5. Mai 1868, Rr. 8641). G. H. 1868, S. 821.

In Erwägung, daß nach der Einantwortung der Berlaffenschaft ber Erblaffer selbst dann, wenn es sich um eine intabulirte Forderung gegen denselben handelt und er noch als Besitzer der Psandsache im Grundbuche steht, nicht mehr als ein mittelst Rlage versolgbares Rechtssubject erscheint und auch nicht von der Aufstellung eines Curators die Rede sein kann, sondern die Rlage des Gläubigers gegen die in die Rechte und Pstichten des Berstorbenen getretenen Personen zu richten ist, deren Bezeichnung aber dem Rläger, nicht dem Gericht obliegt — hat der oberste Gerichtshof den a. d. Recurs des A gegen die untergerichtlichen Berordnungen verworfen, womit dessen Rlage "gegen M, beziehungsweise dessen und Rechtsnachfolger oder den aufzustellenden Berlassenschaftscurator" wegen Zahlung von 200 st. (nach bereits erfolgter Erbschaftseintanwortung) a limine zurückgeweisen wurde.

## Mr. 3092.

Ausziehstreitsachen: Unterlassung ber Erwähnung ber achtstägigen Einwendungsfrist bei Zustellung der Auffündigung. Entsch. v. 2. Juli 1868, Kr. 6619 (Best. des Decr. des B. G. Urfahr v. 2. Juni 1868, Kr. 3009, Aband. des Decr. des D. L. G. Wien v. 10. Juni 1868, Kr. 11156). G. H. 1868, S. 329.

Nach Berlauf von mehr als acht Tagen, seitbem die von B gerichtlich angebrachte Anftündigung der Miethe einer Hauslocalität dem Gegner A, jedoch ohne Festsetung einer Frist zum Andringen der Einwendungen gegen dieselbe, zugestellt worden war, trat der Lettere gegen B mit einer Alage pto. Erfüllung eines Bestandvertrages auf, der nach seiner Anführung auch die obige Localität umfaste. Darauf begehrte B, wegen eingetretener Nechtstraft seiner Kündigung, die Delogirung des A. — Dieses Gesuch wurde in erster Instanz wegen Anhängigseit des von A gegen B eingeleiteten Streites pto. Zuhaltung des Pachtvertrages abgewiesen. Das D. L. G. bewilligte die Deslogirung.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Entscheibung, weil A — gegen die Borschrift des §. 6 der tais. Bbg. vom 16. November 1858, R. G. Bl. Nr. 213 — von der Anstündigung nicht mit dem Beisat verständigt wurde, daß Einwendungen dagegen nur binnen acht Tagen angebracht werden tonnen, mithin die durch die Rlage des A gegen B erfolgte Bestreitung der Kündigung aller-

bings zu berudfichtigen ift.

## Mr. 3093.

Berpflichtung ber gesetzlichen Erben zur Berständigung der Legatare, ungeachtet der offenbaren Ungiltigkeit des Testamentes.

Eutsch, v. 7. Juli 1868, Rr. 6864 (Best. ber gleichförmigen Derr. des L. G. Wien v. 11. März 1868, Rr. 3833 und des O. L. G. Wien v. 5, Mai 1868, Rr. 8241). G. Z. 1868, Rr. 85. Zeitschr. f. d. österr. Notariat 1869, Rr. 21.

Rach bem Tobe bes M wurde bessen allographes, nur von zwei Zeugen mitgesertigtes Testament publicirt. Die darin eingesetzen gesselichen Erben erkarten sich wegen des erwähnten Formgebrechens nicht als Erben aus dem Testamente, sondern aus dem Gesetze und die Abhandlung wurde auf Grund dieser Erbserklärung gepflogen. Nachdem dieselbe zu Ende war, erließ das Abhandlungsgericht an die Erben die Aufforderung, das Einantwortungsgesuch, in welchem anch die Berständigung der im Testamente vorkommenden Legatare ans

jumeilen fei, kunnen lecht Werden einzuleinzen. Dagegen ergussen bie Impfunchen ben Neunst. welcher jedoch vom D. E. G. aus folgenden Grünnen abgemeilen wurde: Es liegt eine von dem Erklosse unterstürzeitene legiturlige Anerbung vor, deren Geligfen von den Rammenten wegen Abgenzeit der geleglichen Hinnelskeiten bestreiten wert. Werticher aber ein erhiterlicher Anstrend noch nicht erkriften eit; es fürst der Arbeitlungskeiteite nicht zu, über duss Hinnelsweiten von der Arbeitlungskeiteiten nicht zu, über duss Hinnelsweiten von der Arbeitlungskeiteiten nicht übertaffen, über alleichgen Anstrend zu wacheit betrietligten Verfrenen ist übertaffen, über alleichgen Anstrend zu wachen: zu trefen Enter ist es aber vor Alem nerkweitig, das kuntelien von der Eriften der betreifenten lestwelligen Anstrend Leutweiten von der Eriften der der Abantlungskeheite obliegt, dasst zu forgen, das treis geschehe, so kellt sich die angesochtene Verfährung auf gerechtsetung den

Der oberke Gerichthei bestätigte ebenfulls bem erstrichten Beident. Eründe: Rach §. 817 a. b. G. B. und §. 161 bes Erieges vom 9. Ungust 1854, R. G. Bl. Rr. 208, haben bie Erben die Berkändigung der Legature darguthun, und wenn auch babei junächt eine gelige lehtmilige Erflätung berundseiest ift, in bem vorliegenden Falle aber das Lestament, in welchem die Bermächtung bestämmt sind, als und mit allen geseschen Ersverenissen versehen, der Berlässenichaftsbandiung nicht zu Gennte gelegt wurde, laun dach and in diesem Falle die Absorderung des Andwerfest über ber Berkändiung der Legature nicht als dem Geste und der Andwerfest über bes Geseges juniverlaufent angesehen werden, weil dem Legaturen zoch die Reiglichseit verschafft werden muß, wenn sie die Gelingkeit der Bermächtunge bedaupten zu fönnen vermeinten, ihre Ansprücke

tarani zeitent zu machen.

# Nr. 3094.

Auffchiebenber Ginfluß bes Bezehrens um Biebereinschung wegen schlechter Bertreiung auf die Sidesleiftung.

Senfal, n. 7. Juli 1968, Ar. 6604 (Pell. det Derr. det L. G. Wien von L. Man 1966), Ar. 2623, Abiad, det Derr. det L. L. G. Wien von M. Mari 1968, Ar. 9444, G. H. 1968, S. 330.

In der Robeisache best A gegen B war der Klüger burch Urtient der proeinen Instang zu einem Critiskungsbeit pagelassen und der Taginden zur Ablegung best dem ihm angetrebenen Sides anbenamm manden, als B mit Bernstung auf die dem ihm angestellte Massimundstläuge wegen schlechter Bertretung zum Zweile seiner Massimundschiftmerte gegen bas obergerühtliche Urtheil die Erstretung ber Eibestagfahrt bis zur Entscheidung über die Restitution begehrte.

— Das in erster Instanz bewilligte Gesuch wurde vom D. L. G. in der Erwägung abgewiesen, daß die angebrachte Restitutionsklage nach den Hosdecreten vom 25. August 1783, Nr. 179 und 14. November 1785, Nr. 495 der J. G. in keinem Falle die Wirkung hat, den Zug des Berkabrens im Geringsten zu bemmen.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte ben erstgerichtlichen Bescheid, weil es sich um die Wiedereinsetzung wegen einer durch Berschulden bes Rechtsfreundes verstrichenen Fallfrist handelt, bei welcher nach bem Patent vom 1. Juli 1790, J. G. S. Nr. 31, "vor Erledigung bes Einsetzungsgesuches in der Hauptsache nicht weiter versahren werden kann", und die Ableistung eines entscheidenden Parteieneides wohl auch noch zum Bersahren in der Hauptsache gehört.

### Mr. 3095.

Rangordnung der Processosten bei der Meistgebotsvertheilung. Entsch. v. 9. Inli 1868, Rr. 6747 (Best. des Decr. des B. G. Opoduo v. 16. Jünner 1868, Rr. 6574, Aband. des Decr. des D. L. G. Brag vom 27. April 1868, Rr. 11803. G. H. 1868, S. 312.

In der Bertheilung des Meistgebotes für die auf Einschreiten des A executiv versteigerten Liegenschaft seines Schuldners hat das D. L. G. 1. die dem A erwachsenen Schätzungs- und Feilbietungstosten vor allen Gläubigern und 2. die sonstigen Kosten desselben und der Satzläubiger B und C in der Rangordnung des Pfandrechtes ihrer Capitalsforderungen locirt, obgleich sie nicht besonders intabulirt worden waren.

Auf ben Recurs bes jungeren Pfandglaubigers D wurden vom oberften Berichtshofe bie ad 2. ermahnten Roften feiner Satpoft nachgefest, weil bei jeber Meiftgebotsvertheilung ber Grundbuchestand maggebend ift, folglich nur bie mit Pfandrecht im Grundbuch wirklich bebedten Forberungen an Haupt- und Nebengebühren und nur in ber aus bem Grundbuch ersichtlichen Rangordnung auf bas Meiftgebot angewiesen werben burfen, wornach bie Rlage-, Brocegund Pfandrechtseinverleibungstoften - felbft wenn bas erworbene Bfantorecht ein executives ift - ben Anfpruch auf Befriedigung aus bem Meiftgebot mir wenn bafür bas Bfanbrecht mirflich erworben wurde, und nur in ber bafür erworbenen Rangordnung haben, indem bie §§. 447 und 466 a. b. G. B., womit bas D. L. G. feine Ent= scheidung motiviren will, über die grundbücherliche Rangordnung gar feine Bestimmung enthalten und baber bie ben Roften ad 2. ohne weiters zuerkannte gleiche Rangordnung mit bem Capital nicht zu rechtfertigen vermögen.

## Rr. 3096.

Realgerichtestand: Cumulirung von Aufprüchen auf Grundftude, bie in verschiedenen Sprengeln liegen.

Entlá. v. 15. Juli 1988, Kr. 7800 (Belt. des des Derr. des L. C. Wicz v. 5. Mai 1988, Kr. 24720, austich. Derr. des O. L. G. Wicz v. 12. Mai 1988, Kr. 5000). C. H. 1988, C. 317.

Die Alage bes Bertanfers A wider den Kunfer B pto. Ungiftigeerflärung eines über Immobilien geschloffenen Aunsvertrages, Löschung ber grundbücherlichen Eigenthumseintragung des B, Gemähranschreibung des A und herausgabe der Realitäten wurde von L. G. Bien a limine abgewiesen, weil nicht alle betreffenden Liegenschaften seiner Realgerichtsbarkeit, sondern einige davon jener des B. G. hernals unterworfen find (§§. 50 und 52 Inrisd.-Rorm.). Das D. L. G. dersordnete dem L. G. die Berbescheidung der Alage mit Abstandunahme von dem angeführten Abweisungsgrund.

Der Accurs des Bestagten, worin er geltend machte, daß ber Gerichtsstand zusammenhängender Streitsachen bem Realgerichtsstand nicht derogiren könne, wurde vom obersten Gericht in der Erwägung verworsen, daß die Annullirung eines und desselben Aunsvertrages nicht mittelst besonderer Alagen bei den verschiedenen Gerichten begehrt werden lann; daß die anderen Betitspunkte nur als Consequenzen der begehrten Bernichtigung des Laufvertrages sich darstellen, und das angerusene L. G. Wien nicht blos die Personalinstanz des Bestlagten, sondern auch, mit Ansuahme einiger Ackergrundstäde, hinssichtlich der den Gegenstand bes Laufvertrages bildenden Liegenschaften die Realinstanz ist.

# Mr. 3097.

Auspruch des Schuldners nach Tilgung der Schuld auf Ruckstellung des Schuldscheines, eventuell Sicherstellung: Rothwendigkeit der Begründung und Präcifirung des Auspruches auf Sicherstellung.

Eutich, v. 21. Jusi 1808, Rr. 4501 (Aband, ber Urit, bes B. G. Gröbming v. 3. Mai 1808, Rr. 327 und bes O. L. G. Graz v. 11. Dec. 1807, Rr. 12058). G. Z. 1868, Rr. 99.

Die A belangte ben B auf Rüdstellung eines Schulbscheines per 532 fl., eventuell im Falle des Berlustes desselben auf Sichersstellungsleiftung. In er fter Justanz wurde unbedingt, vom D. L. G. bedingt — wenn der Beklagte durch den referiblen Haupteid den Beweis, daß er den Schuldschein schon zurückgestellt habe, nicht herstellen sollte — dem Haupt- und Eventualbegehren stattgegeben.

Der oberfte Berichtsbof bat in Betreff bes Sauptbegehrens bas Urtheil ber zweiten Instanz bestätigt; bagegen bas Eventual. begehren um Sicherftellung mit Abanberung beiber Urtheile unbedingt abgewiesen. Grunde: Die Rlagerin bat nach bem Bugeftanbniffe bes Betlagten ben Schuldbetrag von 532 fl. fammt Rebengebuhren bezahlt. Beklagter bat barüber quittirt und es ift biefer Betrag von ber Realität, worauf berfelbe grundbucherlich verfichert war, auch bereits gelöscht. Rach bem klaren Wortlaute bes g. 1428 a. b. G. B. ift jedoch ber Schuldner berechtigt, nebst ber Quittung auch ben Schuldfcein jurudzuforbern. Da nun ber Betlagte auch jugesteht, einen Soulbicein über die obige Forberung beseffen ju baben, ba ferner bas Recht ber Burudforberung bes Schulbicheines auf einen bestimmten Reitraum und insbesondere auf jenen bei Uebergabe ber Quittung nicht beschränkt ift; ba ferner nicht ber Berechtigte verpflichtet ift, ju beweisen, daß das Forberungsrecht durch Erfüllung der Berbindlichfeit noch nicht erloschen ift, sonbern ber Berpflichtete bie bereits gefchebene Leiftung zu erweisen bat, fo muß bem Rlagbegehren auf Rudftellung bes Schulbicheines, eventuell beffen Amortifirung ftattgegeben werben, wenn ber Beflagte ben von ihm angebotenen Beweis barüber, bag er ben fraglichen Schulbicein bereits gurudgestellt babe, nicht berftellen follte. Da nun ber biesfalls angebotene Reugenbeweis nicht gelungen ift, fo mußte von bem Ergebniffe bes ebenfalls bierüber aufgetragenen Saupteibes ber Urtheilsspruch abhangig gemacht und in Diefer Beziehung bas obergerichtliche Erfenntnig bestätigt merben. Die Rlagerin bat aber auch bas Begehren gestellt, ben Betlagten für foulbig zu ertennen, im eventuellen Falle, wenn ber Soulbicein verloren fein follte, Sicherftellung ju leiften. Wenn nun auch biefes Recht, Sicherstellung zu forbern, im §. 1428 a. b. G. B. principiell enthalten ift, so tann boch ber Urtheilsspruch fich nicht barauf befdranten, bas Borhandenfein einer Berpflichtung im Principe auszufprechen, fonbern es muß immer bie Anwendung ber gefetlichen Berpflichtung auf ben gegebenen Kall möglich sein. Bier bat aber bie Rlagerin nicht ausgesprochen, wofür Sicherftellung und in welcher Bobe biefelbe begehrt wirb, bem biesfälligen Begehren tann alfo icon aus biefem Grunde nicht ftattgegeben werben; es mare bas porliegenbe Urtheil nicht executionsfähig, fonbern ein zweiter Rechtsftreit nothwendig, um bies ju bestimmen. (g. 248 a. G. D. und Bfb. vom 14. Juni 1784, J. G. S. Rr. 306.) Es ftand berfelben frei, bie Rablung von ber Bebingung ber Sicherstellung abhängig ju machen ober ben Schulbbetrag gerichtlich ju hinterlegen. Bat fie bon biefen Befugniffen teinen Gebranch gemacht, fonbern unbebingte Bablung geleiftet, fo tann fie bas Befchehene nicht mehr rudgangig machen und bas Begebene nicht wieber jurudnehmen, jumal bie gebotene Sicherftellung in ihrer Birtung auf ben Betlagten ber zeitweiligen Rud. forbernng einer gezahlten Nichtschuld im Falle eines baaren Gelberlages gleich täme, zu einer solchen Forberung aber die Rlägerin nach 8§. 920 und 1431 a. b. G. B. nicht berechtigt ift. Endlich ist es, nachdem die Schulbforderung auf Grund der ausgestellten Quittung von der Realität X bereits grundbücherlich gelöscht ist, zweifelhaft, ob überhaupt eine Sicherstellung noch nothwendig ist. In dieser Beziehung mußten daher die beiden untergerichtlichen Urtheile abgeandert werden.

### Mr. 3098.

Gefuch eines Zeugen um Zulaffung zur Vervollständigung feiner Ausfage.

Blenar=Entich. v. 21. Juli 1868, Rr. 6954 (Beft. bes Decr. bes H. G. Brag v. 9. April 1868, Rr. 18965, Abanb. bes Decr. bes O. L. G. Prag v. 26. Mai 1868, Rr. 15040). G. H. 1868, S. 288.

Das Gesuch bes in einem Rechtsftreit als Zeuge verhörten A um nochmalige Bernehmung zur Bervollständigung feiner Aussage wurde vom Gericht erster Instanz bewilligt, vom D. L. G. als gerichts-

ordnungswidrig abgewiefen.

Der oberste Gerichtshof hat nach vorgängiger Berathung in plonissimo ben erftgerichtlichen Befcheib beftätigt, "weil ber §. 166 a. B. D. nur bestimmt, in welcher Art bie von einem Zeugen mabrend ber Borlefung feiner Ausfage gemachte Menberung ober Beifat in bas Prototoll aufzunehmen fei; bas hofbecret vom 30. Rov. 1810 (Prop. Goutta'iche Gefessammlung Frang I. Bb. 28, S. 492) aber nur nach bereits geschloffener eiblicher Abborung ber Beugen bie wiederholte Abborung eines Beugen megen angeblich befferen Erinnerns für unftatthaft erklärt, im vorliegenden Falle jedoch der Zeuge A, welcher am 31. December 1867 verhört wurde, schon am 14. Janner 1868, lange bevor bas Berbor mit ben burch Urtheil jugelaffenen Beugen geschloffen mar, Die Gingabe gemacht bat, worin er, mit Berufung auf die mittlerweile aus feinen Geschäftsbuchern gewonnene Ueberzeugung feine abgelegte Beugenausfage anberte, baber ber bom S. G. befchloffenen neuerlichen Bernehmung besselben weber ber g. 166 a. G. D. noch bas ermähnte Bofbecret vom 30. November 1810 entgegenfleht, jumal erft bei Entscheidung bes Rechtsftreites zu ermägen fein wird, welche Beweistraft ber Ausfage biefes Beugen beigumeffen ift.

## Mr. 3099.

Gefuch eines Zeugen um Zulassung zur Vervollständigung feiner Aussage.

Entsch, v. 21. Jufi 1868, Rr. 7104 (Best. bes Decr. bes B. G. St. Völten v. 8. April 1868, Rr. 1329, Abanb. bes Decr. bes D. L. G. Wien v. 19. Mai 1868, Rr. 9199). G. Z. 1868, Rr. 97.

In bem Proceffe des A wider B wurde C über bie von beiben Theilen auf ihn gestellten Weisartikel als Zeuge vernommen. Nach brei Bochen überreichte ber Beflagte ein vom Zeugen mitgefertigtes Gefuch um wiederholte Abhörung, ba bem Beugen Dehreres nun beigefallen fei, mas er früher wegen Nichterinnerns nicht babe anbringen tonnen. Der barüber vernommene Rlager protestirte gegen bie wieberholte Abbörung bes Beugen. — Das Gericht erfter Inftang bat bie wieberholte Bernehmung bes Beugen bewilligt, weil bie Borfchrift bes Hofbecretes vom 30. Nov. 1810 (Krop. Boutta G. S. Frang I. Bb. 28, S. 492) hier nicht anwendbar ift, welches nur ben Fall normirt, daß ein Beuge nach geschloffener Abborung ber Beugen um eine neuerliche Bernehmung bittet, welcher Fall aber hier nicht eintritt, ba bie Beugenvernehmung noch nicht geschloffen erklärt murbe, und sonach auch feinem Streittheile noch ein Recht hieraus erwachsen ift; weil bem Richter nach g. 154 a. G. D. auf Die Kare Urfache bes Biffens zu bringen von Amtewegen obliegt, bemnach auch bie neuerliche Bernehmung bes Beugen mit biefer feine Glaubwurdigfeit conftatirenben Borficht erfolgt; weil im Falle eines biefe Glaubwilrbigfeit in Zweifel giehenden Umftandes bei Entscheidung biefes Broceffes barauf Rudficht zu nehmen fein wirb, bie neuerliche Bernehmung bes Beugen C alfo nur im Intereffe ber Bahrheit und bes Rechtes erfolgt. — Das D. L. G. hat bas Gesuch um nochmalige Bernehmung bes Zeugen abgewiesen, ba nach &. 166 a. G. D. eine Menderung in ber Aussage eines Beugen nur in dem Falle gestattet ift, wenn ber Beuge biefe mabrend ber Berlefung feiner Ausfage verlangt, eine nachträgliche Abanberung ober neuerliche Einvernehmung eines bereits abgehörten Zeugen aber nach bem citirten Hofbecrete vom 30. November 1810 weder auf Anlangen einer ber im Streite befangenen Barteien, noch auf Anlangen bes Beugen felbst stattfinben fann, und ber einzige Ausnahmsfall, bag nämlich bas Beugenverbor auf eine ungefesliche Beife vorgenommen murbe, nach Lage ber Berhandlung hier nicht eintritt. - In bem Revisionsrecurse murbe ein= gewendet, bag im hofbecret vom 30. November 1810 unter ber gefoloffenen Abhörung nicht bie bes einzelnen, fondern aller Beugen zu verfteben und lettere noch nicht erfolgt fei.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte ben Bescheid ber ersten Inftanz in Erwägung, daß in Folge ber Mitsertigung burch ben Zeugen C bas Gesuch um nochmalige Bernehmung als von ihm ausgegangen angesehen werben kann; in Erwägung, baß, so lange bie Beweisanfnahme noch nicht im Sinne des §. 171 a. G. D. und des Juft.Min. Erlasses vom 16. December 1851, R. G. Bl. Rr. 258, geschlossen ist, die Bervollständigung over Berichtigung einer Zengenaussage weber durch den ein solches Berbot nicht enthaltenden §. 166
a. G. D. noch durch das hosdecret vom 30. Asvember 1810, welches
die Annahme von Zusätzen oder Berichtigungen nach geschlossener
Abhörung der Zengen nicht mehr zulässig sindet, geradezn ansgeschlossen erscheint, und in Erwägung, daß durch eine die dahin
ersolgte Zulassung eine Bervollständigung oder Berichtigung einer
Zengenanssage der Erörterung oder Beurtheilung ihrer Beweistraft
nicht vorgegriffen wird.

Mr. 3100.

Rechtliche Natur des Ausgedinges: Unanwendbarkeit des §. 1488 a. b. G. B.

Entich. v. 28. Juli 1868, Rr. 5778 (Beft. bes Urth. bes B. G. Chinmee v. 5. Juni 1867, Rr. 1859, Aband, bes Urth. bes O. L. G. Prag u. 14. Junner 1868, Rr. 29816). G. h. 1868, E. 351.

Gegen die Rlage des A pto. Anerkennung des Rechtes der Bennung von Ausgedingslocalitäten, als: Stall, Schener, Schupfen und Kammer im Borhans und Birthschaftsgebäude des B, sette dieser die Triennalverjährung nach §. 1488 a. b. G. B. entgegen. — Das Gericht erster Instanz verwarf diese Einwendung und erkannte nach dem Rlagbegehren, wogegen das D. L. G., der Einrede statt-

gebend, ben Bellagten absolvirte.

Der oberfte Berichtshof bestätigte bas erftgerichtliche Urtheil. Grunde; Die begehrte Benutung ber oben genannten Localitaten ift ein integrirender Theil des in der Leiftung von Naturalien und Bestattung ber Benupung jener Raume bestebenben, intabulirten Ausgebings, welches fich bie Rlagerin bei Abtretung ber Grundwirthfcaft an ihren Gohn, Auctor bes Beflagten, in bem Befit berfelben, porbehalten bat. Das Ausgebing barf nicht nach ben fur Gervituten geltenden Principien behandelt werben, weil es bavon wefentlich verschieden ift. Denn mabrend durch die Dienftbarteit der Gigenthumer ber bienenben Sache nur ju Dulbung und Unterlaffung, und niemals zu einem Thun verpflichtet ift (§g. 472 u. 482 a. b. G. B.), besteht bas Ausgebing wesentlich in bem Recht auf bestimmte Leiftungen, und baburch, bag es - wie meiftens und auch bier ber Fall ift - auch noch auf alleinige ober Mitbenutung gewiffer Localitaten geht, Die ber Berpflichtete ju geftatten bat, wird bas Ausgebing noch nicht ju einer Servitut, weil bem feine andere Eigenschaft: ber Anspruch auf bestimmte Leistungen, gerabezu entgegensteht. Ebensowenig ist es zulässig, ben auf die Benutung von Localitäten gerichteten Theil der Ausgedingsstipulation davon auszuscheiden und wegen seiner Aehnlichkeit mit einer persönlichen Servitut als solche und nach den Regeln der Dienstbarkeit, also nach anderen Grundsätzen zu behandeln, als welche für das ganze Ausgeding gelten. Es darf daher aus dem Grunde, weil die Klägerin, im Jahre 1861 vom Beklagten aus der Benutung der Ausgedingslocalitäten verdrängt, ihr Recht erst mit der im Jahre 1865 angebrachten Klage geltend gemacht hat, dasselbe nicht mit Anwendung des §. 1488 a. b. G. B. als verjährt betrachtet werden, da es vielmehr nur der 30jährigen Berjährung nach §. 1479 a. b. G. B. unterliegt.

### Mr. 3101.

Nichtzuständigkeit der österreichischen Gerichte zur Entscheidung über das Gesuch einer im Inlande lebenden Ausläuderin um Bewilligung eines abgesonderten Wohnortes wegen beabsichtigter Ansechung der Giltigkeit ihrer Ehe.

Entich. v. 28. Juli 1868, Nr. 7888 (Beft. des Decr. des B. G. Wien v. 6. März 1868, Nr. 55118, Abänd. des Decr. des D. L. G. Wien vom 18. Mai 1868, Nr. 9194). G. H. (5. 1868, S. 307.

Die A, vormals österreichische Staatsangehörige, verehelichte sich im Februar 1867 in Dbeffa mit bem ruffifchen Staatsangehörigen B, tam nach Wien und überreichte beim L. G. baselbst im October 1867 gegen B bas Gefuch um Bewilligung bes abgefonderten Bohn= ortes, worin sie anführte: Sie sei gewillt, die Che wegen ihrer Minderjährigkeit anzusechten, sobalb ihr vom B. G. in Sechshaus, wo ihr Bater 1864 ftarb, ein Bormund bestellt fein wird; allein abgesehen bavon, wolle fie auch bie Trennung ber Ghe verlangen, weil B, bem Trunte ergeben, fie icon in Obeffa verlaffen habe. Dhne Unterhaltsmittel und arztlicher Behandlung bedürftig, sei fle im April 1867 hieher ju Bermanbten getommen und im September ihr Gatte, ber gleichfalls fich nach Bien begab, mit einer Bolizeiperfon bei ihr erschienen, um fie ju zwingen, bei ibm ju wohnen; nur ihr franker Buftand habe fie von ber Auslieferung an ihn gerettet, und um Diefer Befahr zu entgeben, begebre fie mit Berufung auf g. 14 ber 3. R. bie Bewilligung bes abgefonderten Bohnortes. - Auf Diefes Gefuch wurde, junachst jur Aufflarung in Betreff ber Competeng bes angerufenen Berichtes, Berhandlung eingeleitet und fobann basselbe megen Unguftandigfeit in erfter Inftang mit Berufung auf bie zweite Beilage bes hofbecr. vom 23. October 1801, 3. G. G. Nr. 542 (Incompeteng ber öfterreichischen Berichte für Cheftreitigkeiten amifchen

fremben Antömmlingen, wovon tein Theil hierorts ben steten Wohnsits hat) abgewiesen. — Das D. L. G. verordnete die meritorische Entsicheidung in Erwägung, daß für die weder auf Chevernichtung noch auf Chescheidung gerichtete Bitte der A die zweite Beilage des citirten Hospecretes nicht maßgebend ist; daß die Bewilligung des abgesonderten Wohnortes, als ein provisorisches Rechtsschummittel, mit Bedachtnahme auf die §§. 17 und 33 a. b. G. B. selbst Ausländern nicht versagt werden darf, und das L. G. in Wien, da beide Parteien zur Zeit in dessen Jurisdictionsbezirte sich besinden, auch nach den §§. 14 und 46 J. R. als competent erscheint.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte ben erstgerichtlichen Bescheib aus bessen Grunden und weil die Borschrift bes §. 46 3. R. auf ben vorliegenden Fall nicht anwendbar und auch keiner ber Fälle bes

8. 29 ebenbort vorhanden ift.

### Mr. 3102.

Bewilligung bes Kunstbefundes jum ewigen Gedachtniß ohne Bernehmung bes Geguers wegen Dringlichkeit.

Entich. v. 28. Juli 1868, Rr. 7994 (Best. ber gleichförmigen Decr. bes B. G. Drachenburg v. 8. und 22. April 1868, Rr. 1554 und 1782 und bes O. L. G. Graz v. 10. Juni 1868, Rr. 6540). G. H. S. 1868, S. 372.

Der oberste Gerichtshof entschieb, daß die Aufnahme bes Beweises durch Runftverständige, wenn sie wegen Gesahr bei Berzug bringend ift, nach §. 188 a. G. D. und hofbecr. vom 15. Jänner 1787, 3. G. S. Nr. 620 (lit. g), auch ohne vorgängige Bernehmung bes Gegentheiles angeordnet werden kann, welchem unbenommen bleibt, die von dem Richter ernannten Experten zu verwersen und die Ernennung anderer Kunstverständiger anzusuchen.

# Mr. 3103.

Besithftörungeklage: Baffivlegitimation.

Entich, v. 28, Juli 1868, Rr. 7468 (Beft. ber gleichförmigen Decr. bes B. G. Wiener-Renftabt v. 13. Mai 1868, Rr. 3622 und bes D. L. G. Wien v. 25. Juni 1868, Rr. 11448). G. B. 1868, Rr. 89.

Rach bem Tote bes Fabritanten M murbe bie Beforgung feiner Berlaffenschaft seiner Bitwe überlaffen, welche bie Fabritslocalitäten vom 1. Marz 1867 angefangen bem ein gleiches Geschäft betreibenben Fabritanten A vermiethet und ihm auch einige Borrathe und Bertzeuge verlauft hat. Sechs Monate später wurde über ben Rachlaß

bes M ber Concurs eröffnet, B jum Bertreter und Berwalter ber Maffe bestellt und murben in bas Cribainventar wohl obige Localitaten, nicht aber bie Materialien und Betriebsmittel einbezogen. Demungeachtet gestattete B bem A nicht, bei Ablauf bes Diethvertrages bie besagten Materialien und Bertzeuge wegzubringen, sonbern versperrte die Localitäten, worauf A mit einer blos gegen B, "Advocat in X", gerichteten Rlage wegen geftorten Befites auftrat. B machte bagegen borguglich geltenb, bag er nur in feiner Eigenschaft als Bermalter ber Concursmaffe bes M gehandelt babe und A biefe, nicht ibn, batte belangen follen. In ben Motiven bes bem Rlagbegebren stattgebenben erftgerichtlichen Erkenntniffes wurde bie obige Ginwendung bes B in nachftebenber Beife wiberlegt: Der Rlager bat ben Wegner nicht verfehlt, ba bie ben Besit besselben beeinträchtigenbe Sandlung vom Betlagten felbft ausging, für welche ber Lestere bie Berantwortlichkeit ju tragen hat. Der Rläger will teineswegs ein Recht gegen bie Concursmaffe felbft in Anspruch nehmen und biefe tann umfoweniger für biefe Bandlungeweife ihres Bertretere als verantwortlich angesehen werden, als ber Geflagte bie Buftimmung ber Crebitorenausichuffe au felber nicht behauptet bat.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte diese auch in zweiter Instanz aufrecht erhaltene Entscheidung mit Bezugnahme auf die Gründe ber ersten Instanz und in Erwägung, daß in der Annahme, daß es sich hier um den Fall einer Besithförung, nicht um die Bindication eines in der Concursmasse befindlichen Gutes handelt, eine offenbar acten-

wibrige Auffaffung nicht gefunden werben tann.

# Mr. 3104.

Rückwirkende Kraft ber Gesetze: Anspruch auf höhere Berzugszinsen?

Entich. v. 4. August 1868, Rr. 6286 (Best, ber gleichförmigen Urth. des L. G. Linz v. 19. Dec. 1867, Rr. 6785 und bes D. L. G. Wien v. 1. April 1868, Rr. 3933). G. Z. 1868, Rr. 81.

# Mr. 3105.

Sequestration eines gemeinschaftlichen von einem Miteigensthümer verwalteten Hauses auf Begehren bes anderen.

Entich. v. 4. Angust 1868, Rr. 7405 (Best. bes bas Decr. bes L. G. Brag v. 25. Februar 1868, Rr. 1170, aband. Decr. bes D. L. G. Brag v. 19. Mat 1868, Rr. 10118). G. B. 1868, Rr. 80.

Die Miteigenthumer eines Saufes zur Salfte begehrten gegen bie B, Miteigenthumerin bes Saufes zur anderen Salfte, im Jahre 1867

Die Sequestration ber Realität mit bem Anbringen, bag bie B feit vielen Jahren bas gange Sans verwalte, bis Dichaeli 1862 gwar Rechnungen gelegt babe, aus benen fich aber nur Berlufte für bie Cequeftrationswerber ergaben; bag feit fünf Jahren gar feine Rechnung mehr gelegt murbe, bas Saus vermahrloft werbe, fie bereits Die Rlage wegen Aufhebung ber Gemeinschaft bes Eigenthums angebracht haben, die B and aus bem Orte weggezogen fei und fruber ohne ihre Bernehmung und Buftimmung Die Berwaltung bes Baufes einem Dritten, ihrem Rechtsfreunde, übertragen babe, fie baber bezüglich ber ihnen geborigen Balfte bes Baufes gefährbet feien. Die B widersprach die Befährdung, berief fich auf ben schlechten Bauftand bes Baufes, beffen Reparaturen bie Binfungen aufzehren und auf ihr gleiches Miteigenthum, welches felbft zu verwalten und nicht bon einem Sequefter abminiftriren ju laffen, fie berechtigt fei. - Die erfte Inftang wies bas Begehren ab, weil eine Sequeftration weber im Ginne bes &. 292 a. G. D. noch im Ginne bes &. 293 a. G. D. platgreifen tann. Denn bas Eigenthum und ber Befit bes fraglichen Saufes ift nicht ftreitig; eine Gefahr, bag bas Saus Chaben nehmen tonnte, ift in bem einzigen Umftanbe ber Berweigerung einer Rechnungslegung über bie bisherige Berwaltung von Seite ber Bermalterin nicht zu ertennen, indem die Rechnungslegung in anberem Bege angeftrebt werben tann und wenn auch wegen bes anhängigen Broceffes auf Theilung bes gemeinschaftlichen Gigenthumes bie Aufstellung eines Bermalters bes Saufes julaffig ericeint, fo bat nach &. 836 a. b. B. B. bas Gericht erft in bem Falle einzutreten. wenn bie Barteien über bie Bahl eines Berwalters fich nicht einigen tonnen; die vorliegende Berhandlung ift aber nicht in ber Richtung gepflogen worben, bag über bie Berfon bes Bermalters Borfclage von ber Gegenseite erftattet worben maren. - Das D. L. G. bewilligte bie Sequestration. Grunde: Dit ber Rlage auf Aufhebung ber Bemeinschaft bezweden bie Besuchsteller bie Theilung bes Eigenthums, sonach auch bie Ausschließung ber B von ber bisher burch biefelbe allein geführten Berwaltung; fie fprechen bas in ihrem Diteigenthume gegrundete Recht ber vortheilhaften Benutung an, woran fie nach ihren Anführungen burch bie bisberige alleinige Berwaltung bee Banfes burch bie B verhindert worden. Diese hat burch ihren Rechtefreund eingestanben, bie Bermaltung bes Baufes ju führen. abmefent gu fein und gur Berwaltung einen Bevollmächtigten bestellt ju baben, obne fich tiesfalls mit ben Miteigenthumern nach Borfdrift ber §§. 833 und 836 a. b. G. B. über bie Berfon bes gemeinschaftlich ju bestellenten Bermalters einverftanben ober beffen Bestellung burd ben Richter erwirft ju haben. Den Gefuchstellern ift bie Rechnung über bie geführte Bermaltung bes gemeinschaftlichen Daufes bis Michaelt 1862 erft nach burchgeführtem Rechtsftreite gelegt worben. und bat fich aus felber fur fie nicht nur fein Rugen, fonbern ein

zu leistender bedeutender Ersat ergeben. Für die spätere Beriode seit Michaeli 1862 wurde keine Rechung mehr gelegt. Diedurch ist aber die Gefahr der Sequestrationswerber für die nutbringende Berwaltung des Eigenthums durch die Berwaltung der B außer Zweifel gestellt. Bei Bestand aller im §. 293 a. G. D. vorgezeichneten Erfordernisse war somit die Sequestration zu bewilligen.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bie obergerichtliche Entscheibung

aus ben Grunben berfelben.

## Mr. 3106.

Biebereinfetzung gegen eine aus Rechtsunkenntniß verfäumte Frist.

Entig. v. 4. August 1868, Rr. 7840 (Abaub, ber gleichförmigen Urth. bes B. G. Möbling v. 16. März 1868, Rr. 1508 und bes D. L. G. Wien v. 8. Juni 1868, Rr. 9028). G. 3. 1868, Rr. 98.

Das Gesuch bes A um die Wiedereinsetzung gegen den versäumten Anmeldungstermin zur Anmeldung seiner Forderung im Concurse des B wurde von beiden Untergerichten abgewiesen, weil der von A behauptete Rechtsirrthum, daß er die Anmeldung nur deshalb für nicht nothwendig hielt und unterließ, weil seine Forderung grundbücherlich haftet und der Schuldner selbst in dem Güterabtretungsgesuche die fragliche Schuldpost namhast machte, das Bersäumniß des Edictaltermines zur Anmeldung der Forderung nicht entschuldige. In dem dagegen ergriffenen Revisionsrecurse wurde von A angebracht, daß der Grundsat, daß Gesetzunkenntniß nicht entschuldige, nur für das materielle Recht und nicht auch hinsichtlich der processualen Borschriften gelte, daß ein Rechtsirrthum überhaupt jedes Berschulden ausschließe und daß endlich nach §. 372 a. S. D. und Patent vom 1. Juli 1790, J. S. S. Nr. 31, die Wiedereinsetzung auch gegen eine aus Berschulden der Partei versäumte Frist nicht ausgeschlossen sein

Der oberste Gerichtshof bewilligte die Wiedereinsetzung in der Erwägung, daß mit Grund anzunehmen ist, A habe nur aus Unkenntniß des Gesets den Concursanmeldungstermin verstreichen lassen, ohne seine intabulirte Forderung anzumelden, da doch nicht angenommen werden kann, daß er sich, wenn ihm die gesetzlichen Folgen der Nichtanmeldung bekannt gewesen wären, deuselben ausgesetzt haben würde; daß zwar die Gesetzesunkenntniß einer Partei nach dem im §. 2 a. b. G. B. ausgesprochenen Grundsatz den Eintritt der mit irgend einer Rechtshandlung oder Unterlassung gesetzlich verbundenen Rechtssolgen nicht hindert, ebensowenig aber die Bewilligung der Wiedereinsetzung, als des geradezu zum Schutze des materiellen Rechtes gegen die Nachtheile einer unwillkurlichen Bersaumung gegebenen

Rechtsmittels, ausschließt.

### Mr. 3107.

Gelbeaution: Erstreckung bes Pfandrechtes auf die Zinsen? Unterbrechung ber Zinsenverjährung durch Ginstellung in die Rechnung.

Entich. v. 6. August 1868, Rr. 6748 (Best. bes bas Urtheil bes B. G. Bobersam v. 11. Januer 1868, Rr. 11784, abanb. Urth. bes D. L. G. Brag v. 23. März 1868, Rr. 8529). G. Z. 1868, Rr. 85.

Der Rlager A führte an: Ich bin bei B als Birthschaftsverwalter in Dienst getreten und babe ibm 400 fl. als Caution gur Sicherstellung ber mir anvertrauten Inventaregegenstände übergeben. B hat in ber fcbriftlichen Beftätigung bes Cautionsempfanges mir bie fünfpercentige Berginfung ber 400 fl. verfprochen und in ber von ihm mir mitgetheilten Rechnung auch wirklich bie Binfen für 5 Jahre mit 100 fl. in Empfang gestellt. Er verweigert mir nach meinem Dienste austritte bie Rudgabe ber 400 fl. unter bem Bormande von Erfasansprüchen, die noch nicht ausgetragen find; demungeachtet gebühren mir wenigstens einstweilen bie befagten Intereffen per 100 fl., um beren Bablung gebeten wirb. Der Beflagte mendete ein, bag ibm jur Sicherftellung feiner Forberung in noch unbestimmtem Betrage auch bie Rinfen bes Bfanbes, nämlich ber Caution, gebuhren; bag ber Rläger, wenn er auf obige Rechnung fich beruft, auch bie barin ibm jur Laft geschriebenen Betrage gelten laffen muffe, und bag bie Rinfen verjahrt seien. - Die erfte Instanz wies ben Rlager ab aus folgenden Gründen: Rachdem Rläger felbft anerfennt, bag B Erfananfpruche gegen ibn erhebe, ju beren Dedung feine Caution per 400 fl. bestimmt fei, er bieselbe also nicht forbern tonne, so lange bie Erfasanspruche bes B nicht richtig gestellt find; nachbem ferner ber Dienstvertrag die Berpflichtung jum Erlage der Caution per 400 fl. gegen jahrliche fünfpercentige Berginfung mit bem enthalt, bag bavon B im Falle von ben bem Rlager übergebenen Inventarftuden u. f. w. burch beffen Berichulben etwas verloren geben und fehlen follte, entschäbigt werbe, somit fich gemäß §. 457 a. b. G. B. bas Bfandrecht nicht blos auf ben Cautionsbetrag felbft, fonbern auch auf Die Binfen hievon bezieht; nachdem B in der von ihm gelegten Rechnung, wenn auch biefe Rechnung vom Rlager nicht als richtig anerkannt worden ift, Die fammtlichen für Die gange Dienstzeit entfallenen fünfpercentigen Binfen mit 100 fl. bem Rlager wirklich gutfdreibt, fo bat Rlager feinen Grund, vor Austragung ber Erfatansprüche bes B bie Ruchablung bes Cautionsbetrages per 400 fl. ober bes biebon angesprochenen Intereffenbetrages ju forbern. - Das D. L. G. gab bem Rlagbegehren ftatt. Grunbe: Der Geflagte bat im Dienftvertrage gang bestimmt und beutlich bie alljährliche Berainfung ber Caution jugefagt. Bollte nun ber Geflagte fich wegen

seiner Entschädigungsanspruche auch an Die Intereffen ber Caution halten, so würde er obige Bufage ber jahrlichen Berginfung wieder aufheben und baburch bem Bertrage eine Deutung geben, Die einen Biberfpruch im Bertrage felbft begründen wurde und beshalb nach 8. 914 a. b. G. B. nicht zuläffig ift. Die von ihm eingewendete Berjahrung der Intereffen bebebt fich burch beren Ginftellung in feiner Rechnung, woburch offenbar bas Recht bes Rlagers auf felbe anerfannt und bie Berjährung unterbrochen murbe. Geflagter hat zwar eingewendet, bag Rlager auf biefe Rechnung fich nicht berufen dürfe, weil er bie von Ersterem barin gemachten Ersaganspruche nicht anertenne, baber nicht berechtigt fei, einzelne Boften berfelben anguerfennen, andere aber ju verwerfen. Betlagter überfieht aber bier, daß es fich um zwei Rechnungen handelt, nämlich um jene, die bas "Saben" und um jene, Die bas "Soll" bes Rlagers betrifft. Wenn nun Geflagter in bas "haben" bes Rlagers Boften fest, Die biefem gunftig find, fo hat er eigentlich hieburch nichts anderes als ein außergerichtliches Geständnig zu Gunften bes Rlagere abgelegt, von bem er mußte, bag ihm baran gelegen fei, bie Bahrheit zu erfahren. Daburch erscheint aber ber Rlager von bem Rechte nicht praclubirt, Boften, Die ibm ber Betlagte in's "Goll" geftellt bat, ju bemangeln. Es liegt biefe Anschauung in ber Ratur jeber Rechnung, ba eine folde nicht als Banges, fonbern nach ihren einzelnen Anfagen beurtheilt merben muß.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas Ertenntnig bes D. L. G.

aus beffen Grunben.

# Mr. 3108.

Uebergehung bes Kostenpunktes bei Abanberung eines Spruches zweiter Instanz, welcher im Gegensatze zu bem ber ersten bie Ausbebung ber Kosten verfügt.

Entid. v. 6. Anguit 1868, Rr. 7751 (Beft. bes bas Decr. bes B. G. Großengersborf v. 5. März 1868, Rr. 867, aband. Decr. bes O. L. G. Wien v. 28. Mai 1868, Rr. 19087). G. H. 1869, S. 37.

# Mr. 3109.

Rechtliche Natur der Eisenbahustraßen: Unstatthaftigkeit der Jutabulation.

Entich. v. 12. Angust 1868, Rr. 7927 (Aband. ber gleichförmigen Decr. bes L. G. Lemberg v. 25. Jänner 1868, Rr. 8175 und bes O. L. G. Lemberg v. 11. März 1868, Rr. 6313). G. H. 1868, S. 249.

### Mr. 3110.

Unzulässigkeit der executiven Beräußerung eines Ausgedinges. Entsch. v. 13. Angust 1868, Rr. 8062 (Best. des den Beschied des B. C. Tador v. 17. März 1806, Rr. 2000, aband. Decr. des D. L. G. Prog v. 2. Juli 1868, Rr. 16619). G. Z. 1809, Rr. 9.

Ein Gesnch um executive Schätzung eines Ausgedinges wart von ber zweiten Instanz abgewiesen, weil das Ansgedinge in zeite weisen Bezügen besteht, die dem Ausgedingsberechtigten lebenslänglich gebühren, nach §. 320 a. G. D. aber auf dergleichen Bezüge nur die Executionsführung mittelst Sequestration, nicht aber mittelst Schätzung und Feilbietung des Ausgedingsrechtes stattsinden kann, und weil insbesondere das Wohnungsrecht uach §. 507 a. b. G. B. nur eine persönliche Servitut ist, auf keinen Anderen übertragen und daher anch nicht durch Berkauf in Execution gezogen werden kann.

Der oberfte Gerichtshof hat ben Revisionsrecurs abgewiesen, "weil das Ausgedinge die Ratur eines Leibrentenvertrages hat, dem Gläubiger eines Ausgedinges baher zufolge §. 1286 a. b. G. B. nnr freisteht, seine Befriedigung aus dem von seinem Schuldner zu beziehenden Ausgedinge zu suchen, nicht aber das Recht zum Bezuge selbst in Execution zu ziehen, somit hier nur die im §. 320 a. G. D.

vorgefdriebene Erecutionsart Anwendung findet."

## Mr. 3111.

Haftung bes Bertretungsleisters für bie Procefilosten? Entsch. v. 18. Angust 1868, Rr. 8133 (Aband. der gleichförmigen Detr. des B. G. Bölladrud v. 8. Juni 1868, Rr. 2683 und des D. L. G. Wien v. 1. Juli 1868, Rr. 12309). G. Z. 1868, Rr. 84.

In einem Rechtsstreite hatte B bem Kläger Bertretung geleistet. Der Kläger wurde sachsällig und zum Ersate der Kosten an den Beklagten verurtheilt. Dieser begehrte nun zur Einbringung berfelben die Execution wider den Bertretungsleister B als Streitgenoffen. — Die erste und zweite Instanz bewilligten das Gesuch, weil der Bertretungsleister dadurch, daß er die Bertretung wirklich leistete und dem Rechtsstreite beitrat, Streitgenosse des Klägers wurde, daher mit diesem gemeinschaftlich dem Gegner die Gerichtstosten zu ersetzen habe, was auch aus dem §. 59 a. G. D. beutlich hervorgehe.

Der oberfte Gerichtshof wies bas Gefuch zurud, weil ber Bertretungsleifter ben Proceg nicht in eigenem Namen führt und ber

Roftenerfat alfo nur die vertretene Bartei treffen fann.

### Mr. 3112.

Verhältniß der Gerichte zu den Verwaltungsbehörden: Nichtigkeit des in einer Verwaltungssache ergangenen, obgleich der Entscheidung der Verwaltungsbehörde conformen richterlichen Spruches.

Entich. v. 13. August 1868, Rr. 8275 (Best. des das Decr. des B. G. Gföhl v. 25. Februar 1868, Rr. 243, aufheb. Decr. des D. L. G. Wien v. 29. April 1868, Rr. 6223). G. H. 1868, S. 1868, S. 849.

Dem A war durch Berordnungen der Berwaltungsbehörden aufgetragen worden, einen als Weg für das Publicum dienenden Raum, den er abgeschlossen und in einen Küchengarten umgestaltet hatte, in den früheren Stand zu versetzen. Er erfüllte den Auftrag nur zum Theile und die Gemeindevorstehung in B besorgte nach Anweisung der Berwaltungsbehörde die vollftändige Wiederherstellung der Passag. Nun belangte A die Gemeinde B in possessorio summariissimo, und wurde vom Gerichte erster Instanz abgewiesen. Auf seinen Recurs hat das D. L. G. die erstrichterliche Entschung wegen Incompetenz der richterlichen Behörde ausgehoben. Dagegen recurrirte die beklagte Gemeinde.

Der oberste Gerichtshof verwarf ben Recurs (mit Zustimmung bes Ministeriums bes Innern), weil, nachdem die angebliche Beststörung nur die Aussuhrung ber im Administratiowege ergangenen Ertenntnisse war, die darüber erstossen richterliche Entscheidung für keinen Fall, auch nicht wegen des der Beklagten günstigen Inhaltes berselben, aufrecht erhalten werden kann.

# Mr. 3113.

Behandlung ber urtheilsmäßig zugesprochenen, seit mehr als brei Jahren rücktändigen Zinsen bei der Meistgebotsvertheilung. Entsch. v. 19. August 1868, Rr. 8297 (Best. der gleichförmigen Decr. des B. G. Anlin v. 25. Jänner 1868, Rr. 89 und des O. L. G. Wien vom 12. Mai 1868, Rr. 9069). G. H. 1868, G. 348.

Bei ber Bertheilung bes Erlöses einer executiven Hausverssteigerung wurde ber älteste Satzgläubiger A mit dem Capitale und mit den Interessenausständen vor den späteren Pfandgläubigern auf den Kaufschilling angewiesen, weil auch für die Zinsensorderung das (executive) Pfandrecht bei dem Capitalssate intabulirt war. — Dagegen recurrirten die nachfolgenden Psandgläubiger, insofern dem A mehr als dreisährige Interessen vor ihnen zur Zahlung angewiesen wurden.

Der oberste Gerichtshof verwarf ben Recurs, weil bei ber Bertheilung bes Meistgebotes und ber Zuweisung besselben an die Pfandgläubiger nach ihrer bücherlichen Rangordnung der Grundbuchsstand
als maßgebend zu betrachten ist und die Frage der Rechtmäßigkeit
ber rechtskräftig gewordenen Einverleibung des executiven Pfandrechtes
für einen Interessenausstand von mehr als drei Jahren in der Priorität
ber Capitalssappost nicht im Wege der Berhandlung über die Deist=
gebotsvertheilung ausgetragen werden kann.

### Mr. 3114.

Armenrecht: Berweigerung besselben gegenüber bem Giratar bei mangelndem Nachweis der Armuth des Giranten.

Entsch. v. 20. Augnst 1868, Rr. 8218 (Best. ber gleichförmigen Derr. bes A. G. Sambor v. 30. Juni 1867, Rr. 6869 und bes O. L. G. Lemberg v. 8. Jänner 1868, Rr. 40917). G. Z. 1868, Rr. 86.

A, Inhaber eines ihm von C girirten Bechsels, begehrte in seiner gegen ben Bechselschuldner angestellten Klage, zugleich auf Grund des beigebrachten Armuthszeugnisses, die Stempel- und Gebührenbefreiung. Bon beiden Untergerichten abgewiesen, ergriff er den a. o. Revistonsrecurs, welcher von dem obersten Gerichtshose verworfen wurde, weil mit Rücksch auf die vom k. k. Finanzministerium am 31. Juli 1863 kundgemachten Bestimmungen des Tarises zu den Gesehen vom 9. Februar 1850, R. G. Bl. Nr. 50, und 2. August 1850, R. G. Bl. Nr. 329, Post 75, in den untergerichtlichen Entscheidungen zum Grund gelegten Ansicht, daß zur Ertheilung des Armenrechtes an den Recurrenten auch der Umstand erwiesen sein müßte, daß auch B als Giranten des Wechels und Cedenten der Wechselsorberung das Armenrecht zukomme, eine offenbare Ungerechtigskeit nicht wahrzunehmen ist.

# Nr. 3115.

Berbot zur Sicherstellung von Börsendisserenzen: Berweisung der Frage nach deren Magrecht auf den Hauptproceß. Zuständigkeit.

Entig. v. 21. August 1868, Rr. 8488 (Best. bes das Decr. bes H. G. Witt v. 14. Juli 1868, Rr. 64397, aband. Decr. des D. L. G. Witt v. 16. Juli 1868, Rr. 13688). G. Z. 1968, Rr. 84.

Der Sanbelsmann A begehrte beim Sanbelsgerichte gegen ben Borfenagenten B wegen einer Forberung von Differenzen für Borfe-

effecten auf Grund bes notariell beglaubigten Buchauszuges und mit Anbietung bes Erfüllungseibes bas Berbot auf eine Forberung bes B und wurde in erfter Inftang abgewiesen, weil aus bem Conto fich ergibt, daß feine Forberung fich auf ein Differenggeschäft grunbet, welchem nach §. 1271 a. b. G. B. bie gerichtliche Geltenbmachung versagt ift. - Das D. L. G. bewilligte bas Berbot gegen Cantion. weil die gesetlichen Erforderniffe ju felbem ausgewiesen ericheinen, ber Rechtstitel ber Forberung bes Berbotsmeibere aber erft in ber biesfälligen Rechtfertigungeflage ju erweifen und hieraber nicht icon berzeit von Amtewegen zu entscheiben ift. B ergriff ben Revisionerecure, in welchem er bie Incompeteng bes angerufenen Berichtes geltend machte, weil gur Bewilligung bes Berbotes nur jenes Gericht berufen fei, bei welchem ber Begner bes Berbotswerbers auf Bablung ber bezüglichen Forberung geflagt werben mußte, was aber bas Sanbelsgericht nicht fei, ober aber jenes Begirtegericht, in beffen Sprengel ber mit Berbot ju belegenbe Gegenstand fich befinbe.

Der oberfte Gerichtshof verwarf den Recurs, in der Erwägung, daß über die Zuftändigkeit des Handelsgerichtes für das Berbot und über die Giltigkeit der Forderung, welche auf ein in den Handlungs-büchern des A eingetragenes Geschäft sich gründet, nicht von Amts-

wegen abgefprochen werben fann.

### Mr. 3116.

Auslegung des Legates "aller Capitalien".

Eutsch. v. 28. August 1868, Nr. 7093 (Best. des Arth. des B. G. Tolmein v. 10. Nov. 1867, Nr. 211, Abanb. des Urth. des O. L. G. Triest vom 1. April 1868, Nr. 1261). G. H. 1868, S. 345.

A, als Erbe bes M, belangte ben in Tolmein wohnhaften B, Erbe bes N, auf Zahlung bes von N bem M ausgesetzten Gelblegates von 42 fl. Der Beklagte wendete dagegen ein, daß M in seinem Testamente ihm alle seine Capitalien vermacht habe, insosern die Schuldner sich im Bezirke Tolmein aushalten und daß hiedurch er, Beklagter, von seiner Legatsschuld an M befreit worden sei. Es handelte sich also um die Interpretation des im Testamente gebrauchten Wortes "Capitalien" und ob darunter auch bessen Legatssorderung gegen B zu subsumiren sei. — Die erste Instanz bejahte die Frage, weil jede Forsberung eines Geldbetrages mit Rücksicht anf die Wirklichkeit oder Möglichsteit der fruchtbringenden Anlage im gewöhnlichen Sprachgebrauche durch das Wort "Capital" bezeichnet werde und absolvirte demnach den B von der Klage. — Das D. L. G. verurtheilte ihn zur Zahlung der

eingeklagten 42 fl., weil sowohl nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauche als auch nach dem Gesetze unter Capitalien nur ans Dar-

leben entsprungene Forberungen verftanben werben.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bie erstgerichtliche Entscheidung mit Bezugnahme auf die Motivirung berfelben und weil ber Rläger im Sinne bes §. 655 a. b. G. B. nicht bewiesen hat, daß der Testator M nach seiner gewöhnlichen Ausbrudsweise die eingeklagte Legatsforderung von bem zu Gunsten des Beklagten ausgesehten Vermächtniß ausgeschlossen haben wollte.

## Nt. 3117.

Berbot: Bescheinigung ber Forberung.

Entid. v. 1. Sept. 1968, Mr. 8862 (Abund. der Decr. des B. G. Mondice v. 6. Juli 1968, Nr. 868 und des O. L. G. Wien v. 30. Juli 1868, Nr. 14210). G. Z. 1868, Mr. 80.

A begehrte wider seine Gattin B das Berbot auf eine berselben eigenthümlichen Satsorberung von 200 fl., weil sie ihm mehrere Sachen verschleppt und badurch einen Schaben von 500 fl. zugefügt habe. Dem Gesuche lag nur ein Zeugniß der betreffenden Gemeindeworstehung bei, daß ihres Wissens B außer obiger Satsoft kein Viermogen bestige, daher ihr Gatte allerdings der Gesahr des Berlustes seiner Forderung ausgesetzt sei. — Die erste Instanz bewilligte das Vierdot gegen Caution von 20 fl. und auch das D. L. G., jedoch mit Erhöhung des Cautionsbetrages auf 80 fl., in Erwägung, daß nach g. 280 a. G. D. auch bei Ermanglung hinreichender Beweissmittel der angesprochenen Forderung das gerichtliche Berbot zu bewilligen ist, sobald der Verdotwerber genugsame Sicherheit leistet; daß aber der Vetrag der Caution von 20 fl. dem mit Berbot belegten Gegenstande nicht entsprechend ist.

Der oberste Gerichtsbof wies bas Berbotsgesuch ab. Gründe: Der §. 283 a. G. D. räumt nur einem Gläubiger bas Recht ein, das Berbot anzusuchen, woraus schon sich ergibt, daß ber Berbotswerber sich als Gläubiger ausweisen, daher eine Forderung an den Gegner darthun musse. Der §. 284 fordert zur Bewilligung des Berbotes solche Urfunden, die, wenn sie vom Gegner averkannt werden, seine florderung vollstandig beweisen, und der §. 285 gestatut, wenn nicht bintangliche — im Gegenfage zu den vollständigen — also dech jedenfalls Beweismittel für die Forderung beigefracht werden, das Berbots gegen Caution. Es muß also in jedem Falle bie Forderung beigefracht werden, des Berbots bei finer des A nicht der Fall in:

ju fordern habe, tann um fo minder genügen, als die Gerichte angewiesen find, bei Bewilligung von Berbotsgesuchen nicht mit zu großer Leichtigkeit vorzugehen.

### Mr. 3118.

Ausbehnung des im Bestandvertrage vereinbarten Gerichtsstandes auf die Auffündigung des Bertrages: Ueberweisung des über die letztere vor einem nicht zuständigen Gerichte geführten Brocesses an das zuständige zur Aburtheilung.

Entich. v. 12. Sept. 1868, Rr. 9096 (Best. des Urth. des B. G. Sechshaus v. 27. Juli 1868, Rr. 15140, Aband. des Urth. des O. L. G. Wien v. 12. August 1868, Rr. 15468). G. H. 1868, S. 368.

Die von ber Wirthschaftscommission bes Burgerspitales zu Wien beim B. G. Sechshaus als forum rei sitae (§. 1 ber taiferl. Berorbnung vom 16. November 1858, R. G. Bl. Rr. 213) überreichte Auffündigung ber Bacht eines Aders wurde von bem Bachter B bestritten 1. wegen Incompetenz bes Gerichtes ber Auffündigung, weil in dem Bachtvertrage beide Contrabenten das B. G. der inneren Stadt Wien für alle Streitigkeiten aus dem Pachtverhältnisse gewählt haben, 2. aus meritorischen Gründen. — Rach vollständiger Berhandlung ber Streitsache murbe in erfter Inftang bie Runbigung wegen Incompeteng bes angerufenen Gerichtes abgewiesen. - Das D. L. G. betrachtete ben &. 1 ber citirten faiferl. Berordnung ale ein imperatives Befet, burch welches für Streitigkeiten aus bem Beftanb. vertrage bas im &. 47 ber 3. R. bezeichnete Barteienrecht ber freis willigen Unterwerfung unter einen anderen Berichtsftand ausgeschloffen werbe, und verwarf die Incompetenzeinrebe bes B mit bem Auftrage an bas Gericht erfter Inftang (Sechshaus), auf Die Bauptfache einzugeben und ben Proceg meritorisch zu entscheiben.

Der oberste Gerichtshof bestätigte bas erstgerichtliche Urtheil und verordnete zugleich die Uebersendung der Acten des geschlossenn Berssahrens an das B. G. der inneren Stadt Wien zur meritorischen Entscheidung. Gründe: Im Pachtvertrage wurde sestgeset, daß alle Streitigkeiten aus dem Pachtverhältnisse nur bei dem B. G. der inneren Stad Wien zu verhandeln seien. Bei diesem durch Bertrag bestimmten Gerichtsstande war daher auch die Auftündigung zu überreichen und sodann der Proces pto. Giltigkeit derselben durchzususühren. Da nun das letztere bereits bei dem B. G. Sechshaus geschehen ist und der Entsscheidung bes ordnungsgemäß verhandelten Processes burch das competente Gericht nichts im Wege steht und berlei Processe schledung zu Ende gebracht werden sollen, wurde ohne Weiteres die Zusendung der

Acten an bas auftanbige Bericht gur Urtheilsfällung verfügt.

### Mr. 3119.

Unzuläfsigkeit ber executiven Einverleibung ber gegen ben Bormann erwirkten Pränotationsrechtfertigung.

Entsch. v. 15. Sept. 1868, Rr. 9273 (Best. bes das Decr. bes B. G. Schlan v. 14. Februar 1868, Rr. 971, abänd. Decr. bes O. L. G. Prag v. 8. Juni 1868, Rr. 16515). G. Z. 1868, Rr. 881.

### Mr. 3120.

Voraussetzungen bes Rechtes ber Erben, die Vermächtnisse nur gegen Sicherstellung zu berichtigen.

Entich. v. 16. Sept. 1868, Rr. 5035 (Best. ber gleichförmigen Urth. des H. B. Wirg 1867, Rr. 68670, und des D. L. G. Wien v. 18. März 1868, Rr. 1021). G. H. 1868, S. 856.

Gegen bie Rlage bes Legatars A auf Zahlung bes Bermachtniffes murbe bom betlagten Erben B eingewendet, bag er nach §. 692 a. b. B. B. jur Bablung ohne Sicherstellung nicht verpflichtet fei. -Bon beiden Untergerichten wurde mit Abweisung Diefer Einwendung bem Rlagbegehren ftattgegeben und bie a. o. Revistonebeschwerbe bes B in britter Inftang aus folgenben Grunden verworfen: Der Fall bes §. 692 a. b. G. B. ift hier nicht vorhanden, weil nach ber Schätzung ber Berlaffenschaft biefelbe jur Berichtigung ber Legate, Bablung ber Schulben und anderer pflichtmäßigen Muslagen volltommen hinreicht und auf die Möglichteit, daß bei der Beräußerung ber Reglität, in welcher ber Nachlag besteht, weniger ale ihr Schatungs: werth gelöft wird, gegenüber bem Musfpruche ber Sachtundigen über ihren Werth, fein Bebacht genommen werben fann. Auch mare bie großere ober geringere Bahricheinlichfeit biefes Ergebniffes ber Beraußerung nicht Begenftand eines Beweises, ber nur über bestimmte Thatfachen julaffig ift, weshalb auch ber in biefer Richtung vom Beklagten angebotene Beweis burch Sachverftanbige gang irrelevant ift.

# Mr. 3121.

Unzulässigkeit ber Geltendmachung bes Anspruches auf Ersat ber Procestosten burch selbständige Klage.

Entsch. v. 17. Sept. 1868, Rr. 6869 (Best. bes Urth. bes B. G. Zuaim v. 1. März 1868, Rr. 685, Abänd. bes Urth. bes O. L. G. Brünn v. 12. Mai 1868, Rr. 4708). G. H. 1868, S. 1868, S. 360.

Die Rlage bes A, welcher in bem von B gegen ihn pto. Bahlung von 120 fl. geführten Broceffe absolvirt worben mar, wiber B wegen Erfatz ber Kosten bes ersten Processes wurde vom obersten Gerichtshofe abgewiesen. Gründe: Das Erkenntniß über die Processtoften soll ein Theil der Entscheidung des bezüglichen Rechtsftreites selbst fein und daher nur in dieser Entscheidung über die Rosten gessprochen werden. Die Klage des A ist demnach ungegründet, zumal, wenn er der Ansicht war, daß B ihm die Rosten des ersten Processes zu ersehen schuldig sei, es seine Sache gewesen ware, gegen das in jenem Processe gefällte Urtheil der zweiten Instanz, welches den Ersat der Rosten nicht zuerkannte, das Rechtsmittel zu ergreifen.

### Mr. 3122.

Beweis pro vitando perjurio über eine mit dem Gegentheil bes Eidesthema nicht identische Behauptung.

Entich. v. 22. Sept. 1868, Rr. 9488 (Aband, ber gleich förmigen Urth. bes L. G. Wien v. 17. März 1868, Rr. 14605 und bes O. L. G. Wien v. 2. Juli 1868, Rr. 11856). G. Z. 1808, Rr. 89.

Der Bormund bes am 15. August 1865 geborenen unebelichen Rindes A belangte unter Beitritt ber Mutter ben B auf Anertennung seiner Baterschaft zu bemfelben und Alimentationsleiftung, ba B ber Mutter des Rindes im December 1864 fleischlich beigewohnt habe, worüber ihm diefe ben Saupteid auftrug, somit von bem Zeitpuntte ber Beiwohnung bis zur Entbindung ber Mutter nicht weniger als feche und nicht mehr als 10 Monate verftrichen find, baber Gegner zufolge &. 163 a. b. G. B. als Bater bes Rindes anzusehen sei. -Auf die gepflogene Berhandlung, worin der Geflagte jeden vertrauteren Umgang mit ber Mutter bes Rindes in Abrebe ftellte, erflog bas Urtheil, welches feine Sachfälligkeit von bem Saupteibe abhängig machte, bag er ber Mutter im Monate December 1864 nicht fleischlich beigewohnt habe. Er trat biefen Saupteid an, aber bei ber gur Ablegung besfelben angeordneten Tagfatung baten bie Rläger, ibn nicht jum Gibe, fonbern fie zu bem Beweise, bag er ber Mutter in ber Beit, von welcher bis zu ihrer Entbindung nicht weniger als feche und nicht mehr als 10 Monate verfloffen feien (alfo vom 15. October 1864 bis 15. Februar 1865), beigewohnt habe, zuzulaffen, und zwar auf Grund feines gerichtlichen Geständniffes. Er hatte nämlich, nachdem von den Rlägern die Replit icon erstattet mar, die Mutter wegen Erpreffung bem Strafgerichte angezeigt, bort aber felbft gestanden, bag er zwischen bem 20. und 30. Janner 1865 mit ihr zu thun hatte, jedoch aus anderen Grunden bas Rind nicht für bas feinige Die Rlager brachten barüber die Abschrift bes mit ibm am 16. Janner 1868 aufgenommenen Prototolles und ben gegen bie Mutter am 28. besselben Monates erfolgten Ginstellungsbeschluß bei,

in welchem obiges Geftanbnig gleichfalls enthalten war. Der Getlagte protestirte bagegen, indem die Rlager nicht behaupten, bag er einen Meineib abzulegen beabsichtige, und nachbem bon ben Rlagern nicht ber Beweis bes Gegentheiles ber in bem Saupteibe enthaltenen Umftanbe angeboten werbe, von einem Beweise pro vitando perjurio feine Rebe fein, sondern die Rlager bochftens eine Restitution ansuchen konnen. -Die erfte Inftang wies bas Begehren ab, weil basselbe ben 3med habe, burch einen neuen Beweis barzuthun, bag ber Geflagte ber Rlägerin in einem Zeitraume beigewohnt babe, von welchem bis ju ihrer am 15. August 1865 erfolgten Entbindung nicht weniger als feche und nicht mehr als 10 Monate verftrichen find, mabrend im Urtheile ber Eib ihm bahin aufgetragen murbe, bag er ihr im Monate December 1864 nicht beigewohnt babe; mithin ber neue Beweis über einen anderen Beweissatz angeboten, baber nicht julaffig sei und bie beabstotigte neue Beweisführung nur im Bege ber Restitution ftattfinden tonne. - Das D. L. G. bestätigte biefes Urtheil. Grunde: Der S. 231 a. G. D. hat offenbar ben Fall vor Augen, bag einer Brocefpartei im Laufe ber Berhandlung über ben entscheibenben Umftanb tein anderes Beweismittel, als ber Saupteib, ju Gebote ftanb, baf fle aber nach bereits geschöpftem Urtheile neue und verläßlichere Beweismittel ausfindig gemacht bat, woburch fich ber Eib als überfluffig barftellt. In biefem Falle ift es gerechtfertigt, bag auf bie neuen Beweise Bebacht genommen werbe, weil ber Eib blos ein subsidiarisches Beweismittel ift, beffen Wirtsamkeit von ber Gewiffenhaftigfeit bes Schwörenben abhangt. Allein eben weil bas 22. Capitel ber a. G. D. nur von Beweisen, und nicht von ben Beweissaten, b. b. von ben burch ben Eid zu erweisenben Thatsachen banbelt, und weil bie Gerichtsorbnung überall zwischen ben Thatumftanben und ben biefür angebotenen Beweismitteln unterscheibet, ift es flar, daß bie neuen Beweiß- und Gegenbeweismittel, von welchen ber 8. 231 a. G. D. bantelt, genau dieselbe Thatsache jum Gegenstande haben muffen, über melde ber Gib aufgetragen murbe. Da nun burch bas Geftanbnig res B nur die Beiwohnung in ber Zeit vom 20. bis 30. Janner 1865 bargetban werben fann, fo vermag es ben Gib, bag biefelbe im December 1864 nicht flattfand, nicht zu erseten, und fann baber bas Rechtemittel bes &. 231 a. G. D. nicht in Anwendung fommen.

Der oberste Gerichtshof anderte beide Urtheile ab und erkannte, B sei zum Side nicht zuzulassen, sondern es werde den Alagern gestattet, ben Umstand, daß Ersterer der Mutter in dem im §. 163 a. b. G. B. bezeichneten Zeitraume beigewohnt habe, durch die früher erwähnten beiden Urkunden zu beweisen und die neue Alage binnen zwei Monaten einzubringen, widrigens in Gemäßheit des §. 232 a. G. D. der Haupteid von dem Geslagten nicht mehr zu sordern, sondern für abzeichworen zu halten wäre. Gründe: Es wurde schon in der Alage anzeiührt, daß B der Mutter im December 1864, somit

zu einer Zeit beigewohnt habe, von welcher bis zu ber am 15. August 1865 erfolgten Beburt bes Rinbes nicht weniger als feche und nicht mehr als 10 Monate verstrichen find und baburch icon auf biefen Beitraum, ale ben enticheibenben, fich berufen. Diefer Behauptung aufolge faut die Beiwohnung in die Zeit vom 15. October 1864 bis 15. Februar 1865, und jeder Beweis über eine Beiwohnung in biefer Beit genügt, um ben Geflagten nach §. 163 a. b. G. B. ale Bater bes Rinbes ericeinen ju laffen. Run haben bie Rlager über gebachte Beiwohnung ben Saupteib bem Geflagten zwar nur mit Befdrantung auf ben Monat December 1864 aufgetragen; allein fie haben nach Erstattung ber Replit vom 21. October 1866 erft bie Bebelfe vom 16. und 28. Janner 1867 über ein Geftandnig bes Geflagten (8. 163 a. b. G. B.), bag er allerbings in ber Zeit zwischen 20, und 30. Janner 1865 vertrauteren Umgang mit ber Mutter hatte, erlangt. fomit ein Beweismittel für feine Batericaft ju bem Rinbe gefunden. Sie find baber nach bem Bortlaute und bem Beifte bes g. 231 a. S. D. berechtigt, ju verlangen, bag ber Geflagte nicht jum Gibe, sondern fie jum Beweise ber Baterichaft besselben mittelft ber neuen Behelfe zugelaffen werben. Dag biefelben zu bem abgeführten Broceffe gehören, indem badurch gerade fo wie durch den haupteid ber Umftand, bag Geflagter nach &. 163 a. b. B. ale Bater bes Rinbes anaufeben fei, bargethan werben foll, und bag fie, weil erft nach ber Replit entstanden, nicht gefliffentlich verfdwiegen murben, ift flar ; bak fie aber bas gerade Biberfpiel bes Gibesfages enthalten muffen, ift meber im &. 231 a. G. D. noch im Bofbecr. v. 30. October 1788. 3. G. G. Nr. 911, angeordnet, ober im Beifte biefer Befete gelegen, sondern ein ohne gesetliche Begrundung von den Gerichten erfter und zweiter Inftang angenommenes Erforbernig.

# Mr. 3123.

Beweiß zum ewigen Gebächtniß: Unwirksamkeit einer Bereinbarung der Parteien über Bernehmung der Zeugen in ihrer Gegenwart und von einem anderen als dem zuständigen Gerichte.

Entich. v. 22. Sept. 1868, Nr. 9525 (Best. der gleichförmigen Decr. des L. G. Ling v. 16: Juli 1868, Nr. 5141 und des O. L. G. Wien v. 12. Aug. 1868, Nr. 15405). G. Z. 1868, Nr. 92.

Der Inteftaterbe A, welcher in bem Erbrechtsftreit gegen ben Teftamentserben B als Rläger auftreten follte, überreichte bem Berlaffenschaftsgericht bas Gesuch um Bernehmung mehrerer, in anderen Gerichtsbezirten wohnhafter Berfonen als Beugen in perpetuam rei Glafer, Unger u. Balther Entid. VI.

27

momoriam (für bie von ihm behauptete Ungiltigkeit bes Testaments). Bei ber hierüber abgehaltenen Tagfahrt erflärte fich B mit ber gestellten Bitte unter ber Bedingung einverstanden, daß die Bernehmung ber Beugen beim Abhandlungsgerichte felbft, in Gegenwart ber Bertreter beiber Barteien, und nicht über bie von A feinem Gefuche beigelegten Weisartikel und allenfalls einzulegenden Fragestücke, sondern nur über bie Fragen ftattfinbe, bie bon ben Parteienvertretern bei ber Bernehmungstagfahrt gestellt werben würden. Rachbem A biefes Berlangen bes B acceptirt und jur Bergutung ber Rosten ber Reise ber Zeugen zum Abhandlungsgerichte fich bereit erflärt hatte, verordnete bas lettere bie Bernehmung ber Beugen über bie Beisartikel und bie eventuellen Fragestude mittelft ber Gerichtsbehörben, benen bie Beugen unterftehen, mit ber Begrundung, bag bie Bornahme bes Berbors burch bas Berlaffenschaftsgericht felbst nach g. 156 a. G. D. unzulässig fei, und bie von B (resp. von beiben Barteien) beantragte Art der Bernehmung ben Borfchriften ber a. G. D., namentlich bem §. 165 und bem hofbecr. v. 15. Januer 1787, 3. G. G. Rr. 621, geradezu widerftreiten murbe, ba nur bei ber Bereidigung ber Reugen bie Gegenwart ber Zeugen zulässig ift. — Das D. L. G. bestätigte bie erstgerichtliche Berordnung mit Berwerfung bes von A bagegen ergriffenen Recurses, worin er um die Bewilligung ber von B verlangten, in erster Instanz verweigerten Abweichungen in ber Art ber Beugenvernehmungen bat.

Der Revisionsrecurs des A wurde vom obersten Gerichtshof mit Bezugnahme auf die erstgerichtliche Begründung und — in Betreff der verweigerten Bernehmung der Zeugen durch das Abhandlungsgericht selbst — auch deshalb abgewiesen, weil die Zeugen nicht angehalten werden können, behufs ihrer Bernehmung im Interesse Dritter Reisen zu machen, und zudem im vorliegenden Falle der Zeugensührer A den Ersat der Kosten dieser Reisen zwar versprochen,

allein nicht sichergestellt hat.

# Mr. 3124.

Berjährungsfrist für die Geltendmachung der Unechtheit eines Testamentes.

Bleuar=Entsch. v. 23. Sept. 1868, Nr. 4781 (Best. bes das Urth. bes B. G. Blatua v. 27. Sept. 1867, Nr. 4553, abänd. Urth. bes O. L. G. Brag v. 3. Februar 1868, Nr. 340), G. J. 1868, Nr. 86. Zeitschr. s. d. östere. Notariat 1868, Nr. 49. Gazz. d. Trid. 1860, Nr. 2.

Gegen bie im Jahre 1866 angestellte Klage bes A, worin bas Testament bes M als ein unterschobenes bezeichnet, bie Ungiltigkeitserflärung besselben, die Ausbebung ber an den beklagten Testamentseerben B erfolgten Erbschaftseinantwortung und die Eröffnung ber

Intestaterbfolge begehrt wurde, wendete B mit Rücksicht auf den Zeitpunkt der bereits im Jahre 1850 geschehenen Testamentspublication die Alageverjährung nach §. 1487 a. b. B. G. ein. — Auf Grund biefer Einrede wies die erste Instanz den Kläger ab, wogegen das D. L. G. auf den von ihm mittelst der drei auf der Testamentsurkunde unterschriebenen Zeugen angebotenen Beweis erkannte, daß M
am angeblichen Tage der Testamentserrichtung gar nicht testirt, auf der fraglichen Urkunde sich nicht unterschrieben und daß sie eben so

menia biefelbe als Reugen unterschrieben baben.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas obergerichtliche Beiurtheil. Gründe: Die Einwendung ber Berjährung nach §. 1487 a. b. . B. ift nicht geeignet, ben flagerifden Zeugenbeweis auszuschließen, benn biefer Paragraph bezieht fich nur auf eine folche lettwillige Erflarung, welche ber lette Wille eines Berftorbenen wirklich ift, gleichmobl aber wegen innerer ober außerer Bebrechen angejochten werben tann. Gin Auffat aber, welcher als ber lette Bille eines Berftorbenen ausgegeben wird, allein von bemfelben nicht herrührt, sondern ibm unterschoben wird und ein Falsum ift, tann überhaupt in Bezug auf bie Berfon, die als beffen Autor ausgegeben wird, nicht eine lette Billenserflarung biefer Berfon genannt werben; es eriftirt vielmehr in biefem Falle gar feine lette Willenserflarung. Die erhobene Rlage ift in einem folden Falle nicht gegen Dasjenige, mas ber Erblaffer für seinen letten Willen erklärt bat, sondern gegen ein Machwerk gerichtet, welches sein letter Wille nicht ift, und auf bas klagweise Auftreten gegen eine folche Unterschiebung past felbft ber im Befege gebrauchte Ansbrud "umftogen" nicht, infoferne berfelbe feinem Begriffe nach etwas wirklich Borhandenes und Beftebenbes vorausfest, während bier ein umzustokender Bille gar nicht eriftirt. Die Borfchrift bes &. 1487 a. b. G. B. hat baber auf ben Fall, wo bie Fäljchung und Unterschiebung eines letten Willens behauptet wird, feine Anwendung. Betrachtet man übrigens die Normen des a. b. 3. B. über Berjährung und Ersitzung, fo findet man in ben Bestimmungen, wonach jebe Erfitung rechtmäßigen, reblichen und echten Besit voraussett (§. 1460), ber Angabe eines rechtmäßigen Titels nur Derjenige nicht bebarf, ber bie Erfigung auf einen Beitraum von 30 bis 40 Jahren ftust, und felbst in biefem Falle bie ermiefene Unredlichkeit bes Besitzes die Ersitzung ausschließt (g. 1477), unzweifelhafte Anhaltspunkte bafür, daß bie Anfechtung eines gefälschten ober unterschobenen letten Willensactes, ber icon urfprünglich teine Giltigfeit hat und Niemanden einen Rechtsampruch und einen giltigen Titel gewähren fann, nicht an die Mrgere, nur breifahrige Berjahrungszeit des §. 1487 gebunden fein forme, hieffte vielmehr die ordentliche breißigjahrige an gelten habe, wie benn auch nach g. 823 a. b. G. B. Die Erbichaftettage ber Regel nach überhaupt fo lange ftattfindet, als bas Recht nicht verjährt ift.

### Mr. 3125.

Unzulässigkeit unbedingter Berurtheilung zum Ersatze der Kosten des Incidenzstreites über die bedingt bewilligte Legung von Neuerungen.

Entid. v. 29. Sept. 1868, Rr. 8856 (Abund, ber gleichförmigen Decr. bes B. G. Brannan v. 19. März 1868, Rr. 626 und bes O. L. G. Wien v. 10. Juni 1868, Rr. 10826). G. 3. 1808, Rr. 98.

A verlangte witer B bie Bewilligung zur Beibringung neu gefundener Behelfe in der Replik. Nach gepflogener Berhandlung wurde ihm dieselbe in erster und zweiter Instanz gegen den Sid, daß er die Behelfe in der Klage nicht gestissenlich verschwiegen habe, gestattet, jedoch zugleich der Gerichtskostenersat an B auferlegt, weil B in Folge des Legungsgesuches des A Kosten hatte, an welchen er durchaus kein Berschulden trägt, die ihm daher ersetzt werden müssen, zumal A von der auf sein Legungsgesuch angeordneten Tagsatzung ausblieb, dadurch aber und durch unterlassene Beibringung von Behelsen die Opposition des Gegners hervorgerusen hat, welche bei einem anderen Borgange sicher vermieden worden wäre.

Der oberste Gerichtshof änderte die Entscheidungen bahin ab, daß A die Kosten dem B nur dann zu vergüten habe, wenn er obigen Sid nicht ablegen würde. Gründe: Die von den Untergerichten ausgesprochene unbedingte Berfällung des B in den Ersat der Kosten verstößt offenbar gegen das Geset, weil nach §. 48 a. G. D., der Resolution vom 31. October 1785, J. G. S. Rr. 489, lit. y und dem Hosbeck. vom 27. September 1792, J. G. S. Rr. 53, lit. b, bei solchen Incidenzstreitigkeiten die Normen des ordentlichen Civilprocesses anzuwenden und daher im Kostenpunkte die Borschriften des §. 398 a. G. D. zu beobachten sind; weil die erceptionellen Bestimmungen des Patentes vom 1. Juli 1790, J. G. S. Rr. 31, hierauf nicht ausgedehnt werden dürsen; weil dem vom Gegner B gestellten Begehren um unbedingte Abweisung des A keine Folge gegeben wurde und A durch sein Ausbleiben von der Tagsatung dem B keine größeren Rosten verursachte.

### Mr. 3126.

Unzulässigkeit der Execution auf Brandschadenvergütungen. Entsch. v. 30. Sept. 1868, Rr. 9118 (Best. der gleichförmigen Decr. des A. G. Brür v. 6. Mai 1868, Rr. 3550 und des O. L. G. Prag v. 8. Juni 1868, Rr. 16526). G. Z. 1868, Rr. 102.

A begehrte für seine Forberung gegen B bie executive Ginants wortung ber bem B zusallenben 11/og einer erst zu ermittelnben Brand-

fcabenvergutungefumme. - Die erfte Inftang bat bas Begebren abgewiesen, weil bas hofbecr. vom 18. Juli 1828, 3. G. Rr. 2354, ausnahmelos verordnet, bag Brandichabenvergütungsbetrage für Bebanbe nicht in Erecution gezogen werben tonnen und bas beigebrachte Licitationsprotofoll feineswegs barguthun vermag, baß die in Rede ftebenbe Affecurangentschädigung ein freies und verfügbares Bermögen bes Executen geworden fei. — Das D. L. G. bestätigte ben erftrichterlichen Befcheib, weil nach bem citirten Sofbecr. Branbichabenversicherungsbetrage, in jo lange fie fich noch in Banben ber Reueraffecurangefellicaft befinden, weber mit Berbot belegt, noch in Execution gezogen werben tonnen, und vorläufig erft bie Frage. mem ein Anfpruch auf Branbicabenverficherung gebührt, entichieben werden muß. - In dem a. o. Revisionsrecurse murbe bagegen ausgeführt, bag bas hofbecr. v. 18. Juli 1828 auf ben vorliegenben Fall nicht angewendet werden tonne, bag biefes Gefet, indem es bestimmt, bak bie ben Juhabern affecurirter Bebande von ben Reueraffecurangen au leiftenben Brandichabenvergutungen fünftig weber burch gerichtliche Berbote noch burch Executionsführungen u. f. w. ihrem Zwede gur Wieberherftellung ber burch Feuer beschädigten Bebanbe entzogen werben burfen, hiebei voraussete, bag berjenige, ber feine Bebaulich. teiten gegen Reuersgefahr versichert bat, noch Inhaber berfelben und noch in ber Lage fei, Diefelben wieber berftellen zu laffen, wenn fie burch Brand beschädigt worden find, mas jedoch bier nicht ber Fall fei, indem bie Wirthichaft, worauf bie burch ben Brand beschäbigten Gebände ftanben, im Executionsmege veräußert und bem licitatorischen Erfteber berfelben tein Recht auf Die etwa entfallende Affecurangentichabigung wegen ber burch Brand beschädigten Bebaude biefer Birthschaft eingeräumt worden sei; bag B nicht mehr Inhaber ber burch ibn verficerten Bebaube fei und er tiefelben nicht mehr berftellen laffen könne, daß folglich auch auf ibn bas hofbecr. v. 18. Juli 1828 feine Anwendung babe, daß berselbe baber unbeschränfter Gigenthumer bes ihm etwa gebührenden Entschädigungsbetrages geblieben fei, auf ben sonach auch von seinen Gläubigern im Executionswege gegriffen merben burfe.

Der oberfte Gerichtshof verwarf ben a. o. Recurs mit hinweisung auf die Motive ber Untergerichte, "zumal da es in dem Zwede des hofdect. vom Jahre 1828 gelegen ift, daß die Tabulargläubiger der versicherten Realität durch eine anderweitige Berwendung der Brandschadenvergütung nicht geschädigt werden, woraus solgt, daß sie aus dieser Brandschadenvergütung, wenn sie zur herstellung des abgebrannten Gebäudes, das ihnen auch zur hppothet diente, nicht verwendet werden kann, die volle Befriedigung ihrer aus der Realität nicht zur Zahlung gelangten Forderung vor den nicht versicherten Gläubigern des gewesenen Bestigers dieser durch Brand beschädigten Realität zu suchen berechtigt sind; der Recurrent aber nicht nachgewiesen hat, daß seine Forberung per 600 fl. c. s. c. an B auf ber biefem mit 11/00 Antheil gehörig gewesenen Birthschaft verfichert war und bei ber Raufschillingevertheilung gang ober zum Theile leer ausgegangen ift, beziehungsweise, bag alle in ber Rangordnung vorgebenben Tabulargläubiger volle Befriedigung erhalten haben, mithin bie 11/00 ber in Rebe ftehenben Branbschabenvergutung bem Schuldner B jur freien Berfügung jufallen werben".

### Mr. 3127.

Unzulässigkeit ber Execution auf das Erbrecht, und ber executiven Sequestration des Erbautes für Schulden des Erben. Eutich. v. 30. Sept. 1868, Rr. 9566 (Beft. des Deer. des H. G. Prag v. 14. Mai 1868, Rr. 25589, Aband. des Deer. des D. L. G. Prag vom 7. Juli 1868, Rr. 19757). G. Z. 1868, Rr. 89.

A begehrte wiber B bie executive Einverleibung bes Pfandrechtes ad corpus et fruetus feiner Erbrechte auf ein Saus und bie executive Sequestration berfelben, beibes mit ber Befchrantung bes 8. 822 a. b. G. B. - Die erfte Justang bewilligte die Einverleibung, nicht aber auch die gebetene Sequestration wegen Ungulässigfeit berfelben nach bem Hofbecr. v. 3. Juni 1846, J. G. S. Nr. 968 (wonach Berbot, Pfanbung ober Bormertung nach &. 822 a. b. S. B. nur auf einzelne Erbichaftefachen, nicht auf bas Erbrecht im Bangen bewilligt werben tann). - Das D. L. G. ertheilte bem A bas executive Pfanbrecht jur Sicherstellung auch an ben Früchten ber bem B angefallenen Erbrechte auf bas Saus. Grunbe: Da nach &. 822 a. b. G. B. bie Gläubiger eines Erben, ben bei ber Berlaffenschaft portommenden Ansprüchen unnachtheilig, bas biefem angefallene Erbgut ju ihrer Sicherstellung mit Berbot, Pfandung und Bormertung belegen können, und alle biefe Sicherstellungsmagregeln erft von bem Beitpunkte ber Einantwortung wirkfam find, so tann es bem Erequenten, im Falle er vermeint, bag bem Executen icon bergeit ober nach ber Ginantwortung aus ben ihm angefallenen Erbrechten auf bas haue ein Einkommen jumachft, nicht benommen werben, auch biefe Früchte ju feiner Sicherstellung mit Pfandung ju belegen, wenngleich die wirkliche Auszahlung zu seinen Sanden noch nicht erfolgen fann.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte Die erftrichterliche Entscheidung. Grunbe: Die executive Sequestration von Erbrechten ift ungulässig, da einer solchen nach §. 320 a. G. D. nur Früchte ober Gefälle unterzogen werben tonnen. In fo fern aber A in feinem Besuche die executive Sequestration ber Erträgnisse gemeint hat, welche bem B aus bem im Erbrechtswege ihm angefallenen Antheile

bes hauses zukommen, muß sein Gesuch eben auch abgewiesen werben, weil biese Erträgnisse, in so weit sie bei bem Tobe bes Erblassers noch nicht fällig waren, nicht zu bem Nachlasse besselben gehören; weil serner ber §. 822 a. b. G. B. blos gestattet, daß Gläubiger bes Erben das ihm angefallene Erbgut mit Berbot, Pfändung oder Bormerkung belegen können, unter diesen Maßregeln aber, die auch nur als Sicherstellungsmittel dienen, die executive Sequestration nicht genannt ist.

### Mr. 3128.

Execution eines auf Anerkennung des Propinationsrechtes lautenden Urtheils.

Entsch, v. 30. Sept. 1868, Rr. 9641 (Best. des das Decr. des B. G. Bielitz v. 30. April 1868, Rr. 1789, aband. Decr. des D. L. G. Brünn v. 14. Juli 1868, Rr. 8200). G. Z. 1868, S. 98.

Die Guteinhabung A ermirtte wiber B bas Urtheil, bag berfelbe als Besitzer ber Realität X schuldig sei, allen zum Betriebe bes mit bem Besite berselben verbundenen Ausschantes benöthigten Branntwein von der provingtionsberechtigten Berrichaft A bei sonstigem Bonfall zu entnehmen, und bat auf Grund biefes Urtheiles, im Erecutionswege Diefe Berpflichtung im Laftenstande ber Realität Rr. 1 bucherlich auszuzeichnen. - Die erfte Inftang folug biefes Gefuch ab, weil mit bem Urtheile wohl die Berpflichtung bes Geflagten gur Abnahme bes Schantbranntweines von ber Berrichaft A anerfannt, teineswegs aber auch jene zur Geftattung ber grundbucherlichen Auszeichnung ber ermabnten Berpflichtung auf feine Realität ausgesprochen worben ift, und fobin Rlager ben Geflagten gur Gestattung biefer Muszeichnung auf Grund bes Urtheiles im Erecutionswege nicht anhalten tann, um fo weniger, ale bie Erfüllung ber bem Geflagten auferlegten Berpflichtung im Executionswege nach S. 310 a. G. D. nur burch Geldober Leibesftrafen zu erzwingen ift, Das Begebren fobin, abgefeben von ber in bem Ausbrucke: "Auszeichnung" liegenden Unbestimmtbeit, gefetlich unzuläffig erscheint. - Die zweite Inftang bewilligte die Einverleibung.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Berordnung. Grunde: Dadurch, daß B als Eigenthümer der Realität verurtheilt wurde, ist letztere selbst als eine folche erklärt worden, mit welcher die Last verbunden ist. Diese Last muß B auf die Realität dulden, solglich auch gestatten, daß die Realität mit selber behaftet werde. Dies geschieht aber eben nach Weisung des g. 304 a. G. D. burch executive Einverleibung des Urtheiles. Es handelt sich hier nicht blos um eine versönliche Leistung, weil in diesem Kalle B nicht als Eigen-

thumer ber Realität X hatte verurtheilt werden konnen. Bon ber executiven Behaftung ber Realität mit dieser bleibenden Last gänzlich verschieden ist aber die Frage, wie gegen den Bestiger der Realität in einzelnen Fällen der Berletzung des Rechtes des Klägers vorzugehen sein werde, daher die §§. 309 und 310 a. G. D. hier unentsscheidend sind.

## Nr. 3129.

Execution zur Sicherstellung während des anhängigen Processes über Alimente: Activbezüge eines Staatsbeamten als Executionsobject.

Entich. v. 30. Sept. 1868, Rr. 9828 (Best. bes Decr. bes L. G. Wien v. 23. Juni 1868, Rr. 34551, Abanb. bes Decr. bes O. L. G. Wien r. 29. Juli 1868, Ar. 14248). G. Z. 1868, Ar. 90.

Die geschiebene A brachte gegen ihren Gatten B, einen landes= fürftlichen Beamten, an, bag er burch Urtheil erfter Inftanz, mogegen er bie Appellation ergriffen babe, ichulbig ertannt worben fei, ihr monatlich Alimente zu gablen, von benen bereits mehrere Raten rudftanbig feien, baß fie aber, ba er tein Bermogen befite, Sicherstellung für felbe bedurfe, weil er mittlerweile ben gangen Behalt verbrauchen werbe, und ihr, wenn er pensionirt wurde und Gläubiger auf feine Benfion Execution führten, ber Bahlungsfonds entginge. Gie bat baber mit Berufung auf §. 259 a. G. D. und hofbecret vom 19. April 1799, 3. S. S. Nr. 467, um Pfandung feines Gehaltes und Quartiergelbes, sowie ber Salfte ber ihm eventuell jugumenbenben Benfion gur Sicherstellung ber verfallenen und verfallenben Alimentationsraten. — Die erfte Inftang bewilligte biefe Bfanbung gur Sicherstellung auf ben - gangen - Gehalt und Quartiergelb bes Gatten, nicht aber auf bie noch gar nicht vorhandene Benfionshälfte, weil ber Betlagte jufolge feiner eigenen in bem Diesfälligen Rechtsftreite vorgebrachten Behauptung außer feinem Gehalte fein Gintommen bezieht und auch tein sonftiges Bermögen befitt (§. 259 a. G. D. und Bofbecret vom 19. April 1799, Nr. 467). — Die zweite Instanz wies die Bittstellerin ab in ber Erwägung, daß nach &. 259 a. S. D. im Apellationsjuge eine Sicherstellung nur bann bewilligt werben tann, wenn bie Streitsache also beschaffen ift, bag ber in erster Instanz obsiegende Theil bis jum erfolgenden Appellationsurtheile einer Giderftellung beburfte; eine folche Beschaffenheit ber Streitsache, welche eben nur in einer Gelbforberung besteht, nicht vorliege, insbesondere ba ohnehin bie Emolumente eines Beamten von britten Berfonen nicht mit Befolag belegt werden können; daß ferner nach dem Hofdecrete vom 18. April 1785, 3. G. C. 409, eine gerichtliche Bfanbung mabrend bes Appellationszuges nicht stattsinden darf, dieses Geset durch den §. 12 der 3. M. B. vom 18. Juli 1859, R. G. Bl. Nr. 130, nicht aufgehoben wurde und der §. 4 dieser Berordnung hier keine Anwendung hat, weil die Gerichtsordnung ausdrücklich die Pfändung für unzu-

laffig im Appellationeguge erflart.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bie erftrichterliche Entscheidung mit Beschränfung auf die Balfte bes Gehaltes und bes Quartiergelbes. Grunde: Einerfeits läßt fich nicht behaupten, bag bie A einer Sicherstellung gar nicht bedürfe, weil ja ber Behalt von ihrem Gegner verbraucht werben tann, und bei bem Mangel eines anderweitigen Bermögens ober Gintommens besfelben fie im Falle feines Todes u. f. w. Gefahr liefe, auch um die rudständigen Unterhalts. betrage ju fommen; andererfeits erflart die Min. Bbg. vom 18. Juli 1859, Mr. 130, gleich im Eingange, es fei ihr Zwed, bas Berfahren bei ber Execution gur Sicherstellung mahrend eines in ber Bauptfache anbangigen Processes ju regeln; fie gestattet im &. 4 ju biefem Behufe bie Pfandung, ertlart im §. 12, bag §. 4 auch in allen übrigen Fällen Anwendung finde, in welchen - wie bier - burch Die Berichtsordnung mabrend ber Dauer eines anbangigen Broceffes Die Execution zur Sicherstellung als provisorische Borkehrung bis zur Entscheidung der Bauptsache julaffig erklart ift, und bebt badurch bie Bestimmung bes hofbecretes vom 18. April 1785, Nr. 409, auf. Beil bagegen burch Batent v. 25. October 1798, 3. G. S. Nr. 436, bie Einschuldung ber Gehalte ber Beamten gang verboten, bavon zwar ju Bunften bes Unterhaltes für Gattinnen und Rinder im Sofdecrete vom 19. April 1799, Dr. 467, eine Ausnahme gemacht, Diefe aber in ber Berudfichtigung ftrenge auszulegen ift, daß felbst Benfionen nur jur Balfte in Execution gezogen werben burfen (Bofbecret vom 16. Janner 1786, 3. G. S. Nr. 518), und bag bas oben ermahnte Batent jebe gerichtliche Ginschreitung gegen einen Beamten, woburch er feiner Dienstleiftung entzogen wurde - mas in ber Regel burch Borenthaltung aller feiner Bezüge geschehen wirb - unterfagt, fo murbe bie bewilligte sicherstellungsweise Bfandung auf die Balfte bes Gehaltes und Quartiergeldes beschränft.

## Mr. 3130.

Berpfändung einer Lebensversicherungspolizze: Berpflichtung bes Bersicherten zur Zahlung ber Prämienraten.

Entsch. v. 1. Oct. 1868, Nr. 6666 (Best. bes Urth. bes L. G. Wien vom 9. Juli 1867, Nr. 28306 und bes O. L. G. Wien v. 26. Februar 1868, Nr. 22717). G. Z. 1868, Nr. 91.

A brachte wiber B an, er habe im Jahre 1858 ber C eine auf ben Tobesfall bes D lautenbe Berficherungspolizze über ein Ca-

pital von 2000 fl. gegeben, damit fie fich burch Berpfanbung berselben ein Darleben verschaffe; B habe ihr basselbe gegeben und damit nach §g. 459 und 961 a. b. G. B. bie Berpflichtung jur genauen Bermahrung, bann Erhaltung ber Polizze, alfo auch zu ber biegn uothwendigen Berichtigung ber ju gahlenden Bramien auf fich genommen, gubem fpater, als er erfuhr, bag bie Boligge Gigenthum bes A fei, beren Rudftellung gegen Bergutung ber bon ihm fcon im Juni und September 1858 gezahlten zwei Bramienraten, fo wie bie Sorge für bie weiter verfallenben bem A versprochen, jeboch bie Rablungen nicht geleiftet, fo bag, als A im Dai 1860 bie Bolime bon B einlöfte, fie bereits nach fruchtlofem Berlauf ber im Juni 1859 burch bie Zeitung befannt gemachten Mahnung zur Ginzahlung erlofchen war nub ibm bei bem Enbe 1861 erfolgten Tobe bes D, nach Abrechnung bes Betrages ber Bramien, Die noch batten gezahlt werben follen, ein Schabe von 1911 fl. juging. Der Beflagte wenbete ein, bag er mit bem Rlager feinen Bjandvertrag gefchloffen babe, burch einen solchen aber auch nicht zur Zahlung ber Bramien, Die vielmehr bem Rlager als Eigenthumer ber Boligge oblag, verpflichtet gewesen ware; bag er zwar beffen Eigenthum anertaunte und jur Rudftellung ber Boligge gegen Erfat ber zwei Bramienraten fic berbeilief, baburch aber nur in bas Berbaltnif eines Retentions. berechtigten gegen ben Gigenthumer trat und bag ber Rlager felbit bie in ber Zeitung erschienene Dabnung batte befolgen follen. wollte übrigens die Boligge burch Rauf von einem Dritten erhalten haben und stellte die Berpfandung berfelben an ihn, sowie bas Bersprechen ber Sorge für die Zahlung ber Bramien in Abrebe. Rlager machte noch geltent, bag felbft bei bem jugeftanbenen blogen Retentionsrechte bie Borichriften bes Bfanbrechtes angloge Anwendung fänden. — Die erste Justanz sprach die Sachfälligkeit des Geklagten ans, wenn er nicht ben irreferiblen Banpteid ablegen warbe, bag bie C ihm die Bolizze nicht als Pfand gab, und wenn, im Falle er biefes beidworen follte, burd rudichiebbaren haupteib ber Beweis bergeftellt wurde, bag er bem Rlager bas Berfprechen gab, für Eingablung ber Bramien zu forgen. Die Grunbe bafur maren im Befentlichen : Batte ber Geklagte bie Bolizze als Bfanb, fo war er nach SS. 459 und 1369 a. b. G. B. verpflichtet, fie genau zu bewahren, bas ift, fie vor Schaben zu bewahren, bemnach bie Bramien einzugablen, ba fonst die Bolizze entwerthet wird; weshalb ber - oberwähnte irreferible Sampteib entscheibend ift. Entfällt burch Ablegung besfelben bas Bfanbverhaltnig, fo fann boch burch ben zweiten rudichiebbaren Sampteid ein Uebereinkommen zwischen Rlager und Geflagten bargethan werben, welches jeboch fein Pfanbrecht begrundet, weil tem Geflagten nicht ausbrudlich bas Recht jugeftanben wurde, feine Befriedigung wegen der gezahlten Bramien ans der Bolizze zu erlangen, und auch feine Frift bagu bestimmt wurde, baber bie wesentlichen Momente des Pfandvertrages sehlen (§§. 1368 und 447 a. b. G. B.). Er erhielt blos das Retentionsrecht und da ein solcher Bertrag im Gesetze nicht vorgesehen ist, können die Rechte und Pstichten der vertragschließenden Theile sich nur auf eine ansbrückliche Berabredung gründen. Wird selbe durch den rücksiebbaren Haupteid erwiesen, so ist der Geltagte zur Zahlung zu verurtheilen (§§. 1297 und 1298 a. b. G. B.), weil er aus Berschulden seiner Berpflichtung nicht nachgesommen ist, während Kläger, der die Polizze nicht in der Hand hatte, nicht in der Lage war, die Prämienzahlung zu leisten, noch bei obigem Uebereinsommen Anlaß hatte, den Gestagten hieran zu erinnern. — Das D. L. G. beseitigte den unrückschiebbaren ersten Haupteid und behielt nur den zweiten reserblen bei.

Auf bie orbentliche und außerorbentliche Revisionsbeschwerbe bes Rlagers bat ber oberfte Gerichtshof bas Urtheil ber zweiten Instang bestätigt. Grunde: Mag ber Geflagte bie Boligge als Pfand für feine Forberung an die C ober burch Rauf erhalten und fobin bem Rlager, nachdem er erfahren hatte, bag biefer Eigenthumer ber Bolizze fei, beren Rüdftellung jugefagt haben, fo tann er boch nicht als verpflichtet angesehen werben, Die junachft bem Eigenthumer ber Bolizze obliegende Rablung ber Bramien aus Eigenem zu leiften. fonbern bochftens bem ersteren bie Rablung burch Musfolgung ber Boligge ober Bormeisung berfelben bei ber Anstalt zu ermöglichen, zumal Källe eintreten könnnen, wo ungeachtet ber punktlichen Leiftung ber Pramien bie Boligge gang ober theilweise ihre Birffamfeit verliert - wie bie biesfälligen Statuten zeigen - und bann ber Gläubiger nicht nur bem Berlufte feines Pfanbes, fonbern auch ber von ihm bestrittenen Pramien ausgesett mare. Es erscheint baber ber über bie Berpfändung ber Bolizze aufgetragene Saupteid unentscheibend und war bie Revistonsbeschwerbe bes Rlagers, soweit fie gegen bie in zweiter Inftang geschene Befeitigung biefes Gibes gerichtet ift, gurudguweifen. Daraus geht ichon hervor, bag fein Anfpruch nur bann begrundet ericheint, wenn ber Geflagte - wie burch ben in beiben Instangen zugelassenen Saupteib bargethan werben fann fich ausbrudlich zur Berichtigung ber Prämien verpflichtet bat, weil bann bie junachft bem Rlager jutommenbe Sorge für Rablung ber Bramien an ben Geflagten überging und biefer, nicht auch Erfterer, bie in ber Zeitung eingeschaltete Dabnung bagu beachten mußte.

### 些 和机

Amers en Mattelichet auch der mit den Leitze "myenich" sensteuen Zahlben eines inwelchen Kindes.

Finls of Le Mar, Hr. Was Minn, me gleichfürmigen Und. 108 J. S. Mira a M. Dr., Mar, Hr. Willis, ma mis I. L. S. Wien a. 20 Lett 1088, Hr. 7288, S. J. Und. E. 2084.

Die Vinge von Kormunden nehmigeneinner Kunsen Mitheim A. wir von Worde a. im Watter bei experien, gegen B. magen Amerikaansig von Kordenbart und Hauter von der Kannenber und heiter Untersperienen ingeniehen, weit und ihrer Anfricht der num B. gelengmeite Wirschlauf von a. und dem Tanfrichen bei Kunten, mach dem Vinnen von der dem Bedagten dier dem Benfricht in der kinnisten und von ans A. dem Bestagten dier dem Benfricht in der kinnisten dem von ans A. dem Bestagten dier dem Benfricht in der kinnisten dem von ans auf dem Benfricht untersangen kinnisten untersangen dem versagene haupen untersang in.

Les suerfe Gerchtsoof erlanate mit Ananderung ber untergericht ichen unige is auf ben ermannten Dungtent. Grunte: Benn mich burch ben productien Tanifchem nur foriel bemeien wird, big 14. . . . 18 ber Batte . . . etn am . . . auf ben Ramen Bilbeim A getautter Raube son einer Franensperfon, Die fich, wie bie Rlagerin, Weren A nunnte, geboren wurde, fo muß boch hiedurch bie Iventität ber Magee'n mit ber Mintter bes Rintes als genagent bargethan ungeleben werten, ba ja auch fonft bas Butreffen bes Bor- und Bunumens ale eine geningende Bezeichnung ber Berfon angefeben und bie Unmagung eines fremden Ramens ober ber Anfpruche einer gleichnanigen Berfon nicht vermuthet wird. Der Beffagte bat gwar alle Unführungen ber Rlage und barunter auch die Anführung wiberfprocen, bag bie A am . . . . ober überhaupt je einen unehelichen Sobn geboren babe und bag berfelbe am . . . auf ben Ramen Bilbelm A getauft worden fei. Allein fo wenig die Rlagerin zu beweifen bat, baf fle wirtlich Darie A beift, fo wenig tann fie burch ben einfachen Wiberfpruch bes Beflagten gegen Die im Tauficheine enthaltene Mugabe bee Plamens ber Mutter jum Beweis genothigt werben, bag fle bei ber Taufe bes Rindes fich nicht einen falichen Ramen beigelegt habe ober daß fle fich nicht jest fälfchlich für jene Marie A ausgebe, auf beren Rind ber Tauffdein fich bezieht. Es mare alfo mobl offenbar ungerecht, blos barum, weil ber Matritelfchein fich mit ber Ramensangabe ber Mutter begnugte, Die Mutterfchaft ber Rlagerin als noch eines anderen Beweifes bedurftig anzusehen und beshalb bas Rind feiner etwaigen Anfpruche gegen ben Betlagten ohneweiters verluftig werben ju laffen, jumal die Frage ber Ibentität ber Rlagerin mit ber im Tauficheine als Mutter genannten Frauensperson in ber Berbandlung gar nicht erörtert murbe und ber Beflagte bie barauf eingebente Appellationebeschwerbe gegen bas erftgerichtliche Urtheil unbeantwortet gelaffen bat.

## Mr. 3132.

Giltigkeit bes Kaufvertrages über eine Grundparcelle trot vorläufigen Mangels bes politischen Abtrennungsconsenses.

Enifch. v. 6. Oct. 1868, Rr. 8018 (Abaub. ber gleichförmigen Arth. bes B. G. Eggenburg v. 26. Marg 1867, Rr. 588 und bes O. L. G. Wien v. 23. Oct. 1867, Rr. 10889). G. H. 1868, G. 307.

Der oberfte Gerichtshof hat bie untergerichtlichen Urtheile, woburch bie Rlage bes Raufers A wiber ben Bertaufer B pto. Erfüllung bes Raufvertrages wegen Ungiltigfeit bes Bertrages aus bem Brund bes fehlenden Confenfes ber politifden Beborbe jur Abtrennung ber verlauften Parcelle vom Stammgut bes B abgewiesen wurde, abgeanbert und auf bie Beweise burch Bengen und Sachtunbige erfannt, welche von A fur bie Errichtung bes Bertrages, von B fur bie feinerseits eingewendete laoiso ultra dimidium angeboten worden waren. Grunbe: Es mare offenbar ungerecht und auf irriger Befetauslegung berubend, ben Rlager blos barum abzuweisen, weil ber Rauf ber Balbparcelle wegen Mangels ber erforberlichen Abtrennungs. bewilliaung ungiltig fei; benn es handelt fich ja eben barum, bag ber Bellagte fich jur Befeitigung bes entgegenftebenben Binberniffes, nämlich anr Erwirfung bes politifden Trennungsconfenfes verpflichtet haben foll, und fo lange er fich nicht ausweiset, basjenige, mas er zur Erfüllung biefes Bersprechens zu thun vermag, gethan zu haben, kann von ber Unmöglichkeit ber versprochenen Leiftung nicht bie Rebe sein. Hiernach kommt es nur darauf an, ob der vom Rläger angeführte Raufvertrag wirklich zu Stande gekommen sei und ob derselbe andererfeits vom Betlagten mit Grund wegen Berletzung fiber bie Balfte angefochten wurde - worauf eben Die jugelaffenen Beweife zielen.

# Nr. 3133.

# Executivorocef: Urfunde.

Entich. v. 6. Oct. 1868, Rr. 9919 (Beft. bes bas Decr. bes S. G. Wien v. 3. Angust 1868, Rr. 70256, abund. Decr. bes O. L. G. Wien vom 26. Angust 1868, Rr. 16197). G. Z. 1868, Rr. 93.

A belangte ben B um Zahlung von 280 fl. auf Grund eines Briefes besselben, worin bieser sich verpflichtete, seine Schuld an ihn durch die Berichtigung von Schulden bes A an Dritte, worunter auch jene per 280 fl. an C, abzutragen; serner auf Grund einer Alage bes C wieder ihn, A, woraus hervorgehe, daß B ber obenerwähnten Berbindlichleit nicht nachgekommen sei, obgleich er, A, ihm den Streit mit C verkündigt habe; endlich auf Grund der Bestätigung des C,

von A die 280 fl. erhalten zu haben. — In erster Instanz wurde, dem Begehren des Klägers gemäß, nach §. 298 a. G. D. der Executivproceß eingeleitet. — Das D. L. G. hingegen verordnete die Einzleitung des Berfahrens nach Borschrift des §. 16 a. G. D. in Erzwägung, daß der lägerische Ersauspruch nicht in vollem Umfange durch vollen Glauben verdienende Urkunden begründet erscheint.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bie obergerichtliche Berordnung, weil in teiner ber beigebrachten Urfunden die Berpflichtung zur Zahlung ber 280 fl. an ben Rläger selbst unmittelbar ausgesprochen

erfcheint.

## Mr. 3134.

Servitut ober Bestandverhältniß? Unstatthaftigkeit ber Auffündung.

Entich. v. 6. Oct. 1868, Nr. 10072 (Best. des das Arth. des B. G. Hieting v. 30. Juli 1868, Nr. 4843, abilad. Urth. des O. L. G. Wien v. 2. Sept. 1868, Nr. 16565). G. Z. 1868, Nr. 92.

Der Bader A, welcher in bem Saufe Rr. 7 bes B einen Brotladen benutete, ben ibm Diefer jur Raumung nach einem Bierteljahre gefündigt hatte, überreichte Einwendungen gegen die Ründigung, welche fich baranf ftutten, bag am 18. Mai 1803 X bas Saus Rr. 7 verlauft, babei aber die Räufer für fich und feine Erben ober andere Besiter bes Saufes fich verpflichtet habe: "dag er zu Gunften bes Berfaufers und Gewerbenachfolger zu allen Beiten einen Brotlaben in bem Saufe gebulben und ihnen Die baju gleich bezeichnete Localität um einen jährlichen Bestandzins von 30 fl. überlaffen wolle, welches sohin als eine Dienstbarbeit bes Hauses angesehen und bei dem Grundbuche vorgemerkt werden folle"; daß diese Eintragung im Grundbuche bei bem Saufe Dr. 7 vollzogen murbe, bag ein Befitvorfahr bes B schon im Jahre 1853 auf Löschung ber erwähnten Berpflichtung geflagt habe, jedoch in zweiter und britter Inftang fachfällig geworben, also res judicata vorhanden sei, daß übrigens eine Servitut nicht im Wege ber Auftundigung bestritten werben toune; daß endlich basselbe Bäckergeschäft, welches X im Jahre 1803 betrieb, auf seinen, des A Großvater, bann Bater, fobin feine Mutter, und gnlest auf ibn felbft übergegangen, baber er unter ben Gewerbenachfolgern aller Zeiten bes X begriffen sei. B suchte Anfange bas Rechtsverhaltnig als Servitut der Wohnung barguftellen, welche icon mit bem Tobe bes X erloschen sei, ober boch nur auf bie erften gefenlichen Erben übertragen werben tonnte; fpater aber ftutte er fich barauf, bag, wie ber bedungene Bestandzins zeige, ein Bestandvertrag vorliege, ber umfomehr wie jeber andere fundbar fein muffe, als er auf teine bestimmte Beit gefchloffen murbe. - In erfter Inftang murbe bie Auffünbigung aufrecht erhalten. Die Grunde maren im Befentlichen: Schon bei bem Broceffe im Jahre 1853 lag bas volle Gewicht ber Entscheidung auf ber Frage, ob ber Inhaber bes Baderlocales Gewerbenachfolger bes X fei ober nicht, und auch in bem gegenwärtigen Rechtsftreite, welchem bie Einmendung rei judicatae icon beshalb nicht mit Birtung entgegengefest werben fann, weil aubere Streitparteien auftreten und weil bas Erkenntnigbegebren verschieben erscheint, ift die Löfung ber Streitfrage von bemielben Umftanbe abhängig. A ift aber nicht Bewerbenachfolger bes X, benn ihm murbe am 30. October 1860 Die Beglaubigung barüber ausgefertigt, bag er ben Antritt bes freien Bemerbes ber Baderei angemelbet babe, teinesmege aber bas Gemerbe bes X ober feiner Eltern verlieben, und tonnte es auch nicht, ba nach bem taiferl. Batente vom 20. December 1859, R. G. Bl. Rr. 227. 88. 3, 13 und 16 bas Badergewerbe ein freies geworden mar: ein foldes beschränft sein Dasein auf die Berson des Ausübenden und von einem Rachfolger in einem folden Gewerbe ift baber nicht mehr Die Rede; es ift baber die im Bertrage vom 18. Mai 1803 stipulirte Bflicht bes Eigenthumers bes fraglichen Saufes jur Dulbung bes Baderlocales erloschen. - Das D. L. G. erfannte, bag bie Aufffinbigung unstatthaft fei. Grunde: Rachbem A biefelbe gurudgelegt und babei ausbrudlich bestritten bat, bag er mit B einen Bestanbvertrag über bas Gewölbe abgefchloffen habe, fo entsteht bie Frage, ob bier überhaupt ein nach ben §§. 1114 und 1116 a. b. G. B. ber Auffünbigung unterliegender und baburch auflosbarer Bestandvertrag porbanten fei und biefe Frage muß verneinend beantwortet werben, weil B die Eriftenz eines anderen als des Bertrages vom 18. Mai 1803 weber behauptet noch nachgewiesen bat, und insoweit er behauptet, bag bas burch biefen Bertrag begrunbete grundbücherlich einverleibte Servituterecht bereits erlofchen fei ober boch für A feine Beltung babe, Diese Behauptung nur mittelft einer orbentlichen mit bem entsprechenben Begehren versehene Rlage, nicht aber mittelft einer bloffen Auffündigung geltend gemacht werden tonnte.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheidung aus den Gründen berselben, serners weil B nicht bewiesen hat, daß zwischen ihm und A ein aufkündbares Bestandverhältniß obwalte, und weil das Berhältniß, vermöge bessen A den Brotladen benüt, tein

foldes ift.

## Mr. 3135.

Besit des Rechtes zum Betrieb eines bestimmten Erwerbsgeschäftes. — Besitsstörung?

Entid. b. 7. Oct. 1808, Rr. 9065 (Aband. ber gleich förmigen Derr. bes B. G. Alt- und Rentadt Prag v. 15. Mai 1808, Rr. 21978 und bes C. L. G. Prag v. 1. Inni 1808, Rr. 18819). G. S. 1868, S. 200.

Die Allgemeine Gasbeleuchtungs- und Gasbeheizungsgefellschaft in Brag wurde von der Brager Stadtgemeinde in possessorio summariissimo aus dem Grunde belangt, weil die Gefellschaft im October 1867 vor dem hause Rr. 1306 von dem hauptgasrohr an dis zur Grenze jenes hauses in der Länge von 3 Alaster die Gasse aufgraben und das Gaszuleitungsrohr einlegen ließ, ohne von der Gemeinde den vorgeschriebenen Meldzettel erhalten zu haben.

Das von beiben Untergerichten jugelaffene Rlagbegehren murbe in britter Inftang ans folgenden Grunden abgewiesen: Im Bertrag vom Jahre 1844 murbe ber Brestaner Gasbelenchtungsgefellicaft, beren Rachfolgerin bie Beklagte ift, bas Recht eingeräumt, bie Sasbeleuchtung einzuführen und zu beforgen, zu diefem Zwecke die Leitungsröhren einzulegen und bie babei nothigen Aufreigungen bes Stragen: pflafters vorzunehmen, und es ift biefes Recht von ber Beklagten bis berab auf ben Beitpuntt ber angeblichen Befitftorung ununterbrochen ausgeubt worben. Rach Ablanf bes im Bertrage feftgefenten Termines von 20 Jahren wurde berfelbe nicht mehr erneuert. Damit erlosch nach &. 25 bes Bertrages nur die im &. 1 besselben ftipulirte Ausschließlichfeit bes Rechtes ber Betlagten jur Buleitung bes Gafes von Augen, b. i. von ben Gaffen und Platen in die Gebaude und trat die freie Concurrenz ein. Rach ben Bertragsbestimmungen burften ber neu gegründeten Unternehmung bie unter ben Gaffen und Blagen gelegenen Gasbelenchtungeröhren ber Betlagten allerbings nicht hinderlich fein; daß aber ein Fall folder Behinderung eingetreten mare, murbe flagerifderfeite nicht behauptet. Die Beflagte hat nach verftrichener Bertragsbauer ihre Gebanbe und Borrichtungen zur Erzeugung und Zuleitung bes Gafes fortbesteben laffen, verforgt nach wie vor Brivate mit Gas und befindet fich, wie gefagt, in bem ununterbrochenen Befit und Ausstbung bes Rechtes, von Aufen in bie Gebanbe von Brag Gas zu leiten, und bes bamit nothwenbig verbundenen Rechtes, bas Strafenpflafter aufzureigen. Beim Befteben biefes Befigverhaltniffes hat bemnach Die Betlagte burch Die ircriminirte Banblung ben Befit ber Rlagerin nicht geftort. Das Befitverhaltnig erhielt baburch feine Menberung, bag bie Rlagerin ber Beklagten bekannt gab, baß fie nicht in ber Lage fei, vom 16. September 1867 an ber Gasanstalt bie Benutung bes Bemeinbegrundes ju Beleuchtungs- und anderen Zweden ju geftatten, weil eine folche einseitige Berfügung bas burch Bertrag erworbene

Recht bes anderen Contrabenten nicht aufheben tonnte und auch nicht bargethan ift, daß ber Lettere, Die Beklagte, bas Unterfagungsrecht ber Rlagerin anerkannt und bem Berbot fich gefügt babe (§. 313 a. b. G. B.). Das D. L. G. fand die Befitftorung barin, bag bie Aufgrabung bes Gaffengrundes biesmal ohne vorgängige Löfung eines Meldzettels gefcah, nachbem bie Beklagte bisher in folden Fallen immer erft einen Delbzettel gelöft hatte. Allein biefe Unterlaffung hat für bas amifden ben Streittheilen bestehende Brivatrechteverhältniß teine Bebeutung. Denn bie vorgangige Losung bes Melbzettels wurde jur Bermeibung von polizeilichen Uebelftanden und ber Communicationsftörungen und gur Inftanbhaltung bes Stragenpflafters und Uebermachung ber Bieberherstellung aufgegrabener Strafen angeordnet, und für bie Bieberherstellung bes Stragenpflafters bat bie Localpolizeibehörde unter Anwendung der gesetzlichen Zwangsmittel zu forgen; bie unterbliebene Lofung bes Melbzettels tann baber nur im polizeilichen Bege geahnbet werben: bas Recht jum Betrieb bes Erwerbegeschäftes, in beffen Ausübung die Beklagte fich befindet, ift von ber löfung bes Delbzettels nicht abbangig.

## Mr. 3136.

Unwirksamkeit bes den Shegatten zur Alimentirung der Frau verurtheilenden Erkenntnisses für die Zeit nach dem Tode bes Mannes.

Entich. v. 7. Oct. 1868, Rr. 9888 (Aband, ber gleichförmigen Decr. bes L. G. Wien v. 7. Juli 1868, Rr. 37420 und bes D. L. G. Wien v. 12. Angust 1868, Rr. 15508). G. Z. 1868, Rr. 98. G. H. 1868, S. 408.

Die A hatte wider ihren Gatten B ein Urtheil auf Zahlung monatlicher Alimente erwirft. Rach bessehrte sie zur Einbringung der für die Monate Juni und Juli 1868 fälligen Unterhaltsraten die executive Pfändung der Berlassenschaftseffecten, die ihr in erster Instanz bewilligt wurde. — Der dagegen ergriffene Recurs des B'schen Berlassenschaftscurators, welcher geltend machte, daß die auf dem Urtheil beruhende Alimentationspslicht des B mit seinem Tode erlosch, wurde vom D. L. G. abgewiesen, in Erwägung, daß das dem Executionsbegehren zu Grunde liegende Urtheil eine Beschräntung des Alimentationsbezuges auf den Todessall des Berpslichteten nicht enthält und von Amtswegen in eine Beurtheilung, inwieserne durch die Anslösung des Schebandes die Alimentationspslicht geändert wird, nicht einzugehen war.

Der oberfte Gerichtshof anderte bie gleichförmigen Enticheibungen ab und wies bas Executionsgesuch jurud, in Erwägung, bag mit bem Urtheile offenbar nur über ben ber A als Shegattin bes B zustehenben Unterhaltsanspruch erkannt worden ift, und somit in diesem Urtheile ein executionsfähiges Erkenntniß über die davon ganz verschiebenen, ihr als Witwe bes B auf beffen Nachlaß etwa zustehenden Ansprüche nicht gesunden werden kann, worauf bei Erledigung bes Executionsgesuches allerdings einzugehen war.

## Mr. 3137.

Unzulässigkeit ber Anwendung ber Regeln bes Wechselprocesses auf die Berhandlung über die Meistgebotsvertheilung.

Entid. v. 13. Oct. 1868, Rr. 10179 (Aufheb. ber gleichförmigen Derr. bes &. G. Brag v. 2. Juli 1868, Rr. 84937 und bes O. L. G. Brag vom 4. August 1868, Rr. 22871). G. S. 1868, S. 400.

In Bollftredung bes Urtheils auf Zahlung einer Bechselsschuld kam es auf Einschreiten bes Gläubigers A zur gerichtlichen Bersteigerung einer Forderung des Schuldners B, welche C erstand. Das Gericht erließ sodann die Berordnung über die Bertheilung des Meistgebotes, gegen welche C den Appellationsrecurs ergriff, der von beiben Untergerichten als verspätet, weil nicht in der dreitägigen Frist des Ş. 12, lit. d der Justigministerialverordnung vom 25. Jänner 1850, R. G. Bl. Rr. 52 (Bersahren in Bechselsachen), angebracht,

abgewiesen murbe.

Der oberfte Berichtshof caffirte bie untergerichtlichen Decrete mit bem Auftrag an bas D. L. G., ben Appellationerecure gegen bie erftgerichtliche Deiftgebotevertheilung in morito ju erledigen. Grunde: Die Berhandlung wegen Bertheilung bes Meiftgebotes ift nicht die zwischen A und B abgeführte wechselrechtliche Berhandlung, welch' lettere mit ber Durchführung ber Beräußerung bes Pfandobjectes ihr Ende erreicht bat. Die Berhandlung gur Bertheilung bes Meistgebotes wird jugleich mit anderen Interessenten geführt, ohne Rudficht, ob fie aus Wechseln Forberungen ftellen ober nicht. Ins. besondere macht ber Ersteher (Recurrent) C fein Bechselrecht geltend. Auf diese, nach ihrer Natur vom Streitverfahren zwischen bem Bechfelgläubiger und bem Bechfelfculoner gang verfchiedene Berhandlung tonnen fobin auch die Friften bes wechselrechtlichen Berfahrens teine Anwendung haben, sondern es finden, wenn auch die Deift= gebotevertheilung aus einem Wechselproceg bervorgegangen ift, nach §. 26 der eitirten Justizministerialverordnung vom 25. Jänner 1850, Rr. 52, bie Friften ber Gerichtsordnung, also bier bie - vom Recurrenten eingehaltene - 14tägige Recursfrift fatt.

## 9dr. 3138.

Executive Pfändung ohne Nachweis des Nichtausreichens des bereits erworbenen executiven Pfandrechtes.

Entich. v. 18. Oct. 1868, Rr. 10244 (Beft. bes Decr. ber Prätur Sign v. 20. Juni 1868, Rr. 2107, Abanb. des Decr. bes O. L. G. Zara vom 21. Inii 1868, Rr. 8589). G. H. 1868, S. 389.

In ber von A gegen B wegen 430 fl. geführten Execution auf eine Liegenschaft mar bie Schätzung bewilligt worben, deren Bor-nahme aber beshalb unterblieb, weil A ben ihm aufgetragenen Borfcug ber Schätzungekoften nicht leiftete. Run begehrte A bie Bewilligung bes executiven Pfanbrechtes an einem anderen Grundstücke seines Schuldners B, indem er anführte, daß er mit dem Werth der querft in Execution gezogenen Liegenschaft nicht gebect fein wurbe. - Das in erfter Inftang bewilligte Gefuch murbe vom D. L. G. wegen Mangels jedweder Bescheinigung ber Unzulänglichkeit bes

Bfanbes abgewiesen.

In Ermägung, bag, wenn nach bem flaren Bortlaut bes §. 411 weftg. G. D. ber Gläubiger berechtigt ift, zur Realifirung feiner Forberung auf beliebige Bermogensstude bes Schulbners Erecution au führen und ihm besfalls bie freie Bahl felbft bann gugestanden wird, wenn feine Forberung mit einem Unterpfand icon bebedt mare, fein Recht, Die auf bestimmte Gegenstände bereits erwirfte Erecution auf andere Gegenftanbe auszubehnen, wohl nicht bezweifelt werben tann, und bag ber vom vertragemäßigen Bfanb handelnde 8. 458 a. b. G. B. in bem Executioneverfahren feine Anwendung findet, hat ber oberfte Gerichtshof ben erftgerichtlichen Befceib bestätigt.

## Mr. 3139.

Rausvertrag: Irrthum in Ansehung ber vom Käufer zur Bablung übernommenen Sappoften.

Entsch, v. 15. Oct. 1868, Rr. 8758 (Best. des das Urth. des B. G. St. Beit v. 3. März 1868, Rr. 548, abänd. Urth. des O. L. G. Graz v. 12. Mai 1868, Rr. 5750). G. Z. 1868, Rr. 90. Zeitschr. f. d. Rotariat 1868, Rr. 50.

A hatte von B beffen Realität um 8000 fl. gefauft. Im Bertrage wurden Sasposten per 4000 fl. vom Räufer A zur Selbstzahlung übernommen, ber Reft von 4000 fl. von ibm baar berichtigt. Am Schluffe bes Bertrages hieß es, bag beibe Theile ben Tabularbestand eingeseben baben und bag fammtliche Tabularpoften geborig berudfichtigt worden seien. Run trat aber A gegen B flagend auf mit ber Bitte um Ertenntnif, berfelbe fei foulbig, Die Lofdung einer auf ber

Reglität, anker ten ihm überbundenen 4000 fl., noch baftenben Satpost per 400 fl. ju erwirlen, ba unt irrthumlich biefe bei ber Bablungsmobalität nicht berfidfichtigt worben war und er unn 400 fl. über ben bedungenen Rauffdilling gablen muffe. Der Geflagte berief fich auf ten Schluffas bes Bertrages, ben &. 928 a. b. G. B. und auf die angeblich midden ihm und bem Rlager bezüglich bes Raufpreifes babin getroffene Berabrebung, bag er jebenfalls baar 4000 fl. erhalten muffe, mas nicht ber Fall mare, wenn Rlager nicht auch Die fraglichen 400 fl. berichtigen wurde, fanbern er biefes thun mußte, um beren Lofdung ju bewirten. - Die erfte Juftang wies ben Rager ab. Granbe: Der Rlager erfennt felbft unter Broducirung bes Ranjvertrages an, daß beide Theile, somit auch er, Rlager, ben Tabmarbestand eingesehen haben und bag fammtliche Tabularposten gehörig berudfichtigt worben find. Demaufolge entfällt nach §8. 928 und 443 a. b. B. bie Bafiung bes Bellagten fur bie Boft per 400 fl. umsomehr, als aus ben Borten, daß fammtliche Tabularpoften gehörig bernidfichtigt worben find, gefolgert werben muß, bag bei Behandlung bes Raufpreises auf biefe 400 fl. Rudficht genommen worben. Deshalb, und felbft für ben Fall, daß biefe Bertragsftelle undentlich ware (8. 915 a. b. G. B.), fann dem Rlagbegehren nicht ftattgegeben werben. - Das D. E. G. erfannte nach bem Rlagbegehren. Brunbe: Da ber Raufpreis per 8000 fl. außer Zweifel gestellt ift, fo exftreden fich Die Leiftungen bes Raufers, bem Bertaufer gegen. über, nur auf diefe Biffer des Rauffdillings, und indem ber Betlagte in seiner Einrede angeführt hat, daß er die Realität dem Rlager gegen Uebernahme aller intabulirten Schulden und Bahlung bes nach Abzug berfelben verbleibenden Ranficbillingereftes vertauft habe, fo ergibt fich aus feinem eigenen Beftandnig, bag vom Raufreis per 8000 fl. außer ben übernommenen Sapposten per 4000 fl. noch Die Satooft per 400 fl. abzugiehen war, fonach bem Bertaufer nur ein Raufschillingereft von 3600 fl. verblieben mare. Run zeigt fich aber, bag ber Geflagte vom Rlager an Rauffchilling 4000 fl., alfo um 400 fl. mehr erhalten hat, als ihm, wenn ber Raufer auch die fragliche Sappost von 400 fl. übernommen hatte, gebührt haben wurde; baber ift er bemfelben für biefe 400 fl. erfappflichtig. Birb weiter erwogen, daß es fich vorliegend nicht um die Frage handelt, ob der Rlager ale Befiger ber Bfanbfache bem Blanbiger ber 400 fl. gegen-Aber verpflichtet erfcheint, und bag im Sinne bes g. 887 a. b. G. B. zwischen ben hentigen Streittheilen ber fchriftliche Ranfvertrag allein maggebend erscheint, in welchem aber bas Sancevital von 400 fl. nicht als vom Rläger jur Zahlung übernommen aufgeführt ift, so muß ber Bellagte bie Lofdung bemirten und bem Rlager bafür Bemahr leiften, mit beffen Schaben er fonft fich bereichern murbe. Db bei ber Berabredung des Ranfes and bas Capital von 400 fl. jur Sprace getommen, ob es vom Rlager auf Rechnung bes Raufpreifes jur

Jahlung übernommen werben sollte, und ob das Grundbuch von den Barteien damals eingesehen wurde, ist für den gegeuwärtigen Fall irrekevant, weil höchstens ein Irrthum bei der Errichtung des Bertrages unterlaufen wäre, indem das Capital von 400 fl. nicht in Abzug gebracht wurde, hieraus aber dem Beklagten ein Nachtheil nicht erwachsen ist und auch nicht dem Kläger ein Nachtheil entstehen darf.

Ì

Der oberste Gerichtshof bestätigte bas Urtheil bes D. L. G. aus bessen Gründen und in der weiteren Erwägung, daß der bei Errichtung des Kaufvertrages unterlaufene Irrthum nicht in der Berechnung des Kaufschiliugs, welcher nach dem wahren Werth der Sache, nicht nach dem Tabularstand berechnet wird, sondern lediglich in der Untenntnig der Tabularposten seinen Grund hat.

### Mr. 3140.

Unzulässigseit bes Parteieneibes über strafbare Hanblungen. Entig. v. 13. Oct. 1868, Rr. 9117 (Best. ber gleichsörmigen Urth. bes B. G. Bobrta v. 14. Dec. 1866, Rr. 2237, und bes D. L. G. Lemberg v. 21. Dec. 1867, Rr. 40818). G. H. 1868, Rr. 397.

Die Klage bes A gegen B pto. Schabenersat war auf die Unführung gegründet, daß der Betlagte das ihm vom Kläger in Bestand
gegebene Wirthshaus, als er es verließ, devastirt und Materialien
bes Klägers davon getragen und für sich verwendet habe. Zum Beweis dessen trug A dem B den unrücschiebbaren Haupteid auf, welcher
von beiden Untergerichten und auch vom obersten Gerichtshof ausgeschlossen wurde. Gründe der dritten Instanz: Darin, daß die
unteren Instanzen auf den erwähnten Haupteid nicht erkannt und
benselben für unzulässig erklärt haben, liegt keine Gesewidrigkeit, da
ber Eid über eine strasbare Handlung einen unstatthaften Ableinungseid
in sich schließt und daraus, daß nach dem Ho. v. 9. Juli 1845,
3. G. G. Nr. 896, der durch eine strasbare Handlung Beschädigte auch
in dem Fall, wenn die Strasbehörde die Einleitung des Strasversahrens
ablehnt, auf dem Civilrechtswege seine Entschädigung suchen kann, noch
nicht die Zulässigteit des Eides über die strasbare Handlung folgt.

# Mr. 3141.

Auslegung der Berabredung "halbjähriger Auffündigung". Entsch. v. 20. Oct. 1868, Kr. 18548 (Beft. des das Urth. des B. G. Leopoldstadt in Wien v. 17. Sept. 1868, Kr. 17850, abänd. Urth. des O. L. G. Wien v. 1. Oct. 1868, Kr. 18782). G. H. 1868, S. 372. G. J. 1868, Kr. 90.

A flindigte im August 1868 die im Mai 1868 dem B vermiethete Bohnung in seinem Saus in der Wiener Borstadt Leopolb-

## Mr. 3131.

Beweis der Mutterschaft durch den mit dem Beisate "angeblich" versehenen Taufschein eines unehelichen Kindes.

Entich, v. 6. Oct. 1868, Rr. 7648 (Abund. ber gleichförmigen Urth. bes L. G. Wien v. 13, Dec. 1867, Rr. 61659, nub bes O. L. G. Wien v. 29. April 1868, Rr. 7263). G. H. 1868, S. 394.

Die Alage bes Bormundes bes außerehelichen Kindes Wilhelm A und der Marie A, als Mutter des letzteren, gegen B wegen Anerkennung der Baterschaft und Zahlung der Alimente wurde von beiden Untergerichten abgewiesen, weil nach ihrer Ansicht die von B geleugnete Mutterschaft der A durch den Taufschein des Kindes, worin vor dem Ramen desselben das Wort "angeblich" steht, nicht bewiesen, mithin der von der A dem Beklagten über den Beischlaf in der kritischen

Reit aufgetragene Baupteid irrelevant ift.

Der oberfte Gerichtshof erfannte mit Abanderung der untergerichtlichen Urtheile auf ben ermahnten Saupteid. Grunbe: Benn auch burch ben producirten Taufschein nur soviel bewiesen wird, bag am...in ber Bfarre ... ein am... auf ben Ramen Bilbelm A getaufter Anabe von einer Frauensperson, die fich, wie die Rlagerin, Marie A nannte, geboren wurde, so muß boch hiedurch die Identität ber Rlagerin mit ber Mutter bes Rinbes als genügend bargethan angesehen werben, ba ja auch fonft bas Butreffen bes Bor= und Runamens als eine genügende Bezeichnung ber Berfon angesehen und Die Anmagung eines fremden Ramens ober ber Ansprüche einer gleichnamigen Berfon nicht vermutbet wirb. Der Beklagte bat amar alle Anführungen ber Rlage und barunter auch die Anführung widersprocen, daß die A am . . . . oder überhaupt je einen unehelichen Sohn geboren habe und bag berfelbe am . . . auf ben Namen Bilbelm A getauft worben sei. Allein so wenig bie Rlägerin zu beweisen hat, daß fie wirklich Marie A beißt, fo wenig tann fie durch den einfachen Wiberspruch des Beklagten gegen die im Taufscheine enthaltene Angabe bes Ramens ber Mutter jum Beweis genothigt werben, bag fie bei ber Taufe bes Rinbes fich nicht einen falfchen Ramen beigelegt habe ober daß sie fich nicht jest fälschlich für jene Marie A ausgebe, auf beren Rind ber Taufichein fich bezieht. Es ware alfo mobl offenbar ungerecht, blos barum, weil ber Matrikelschein fich mit ber Ramensangabe ber Mutter begnügte, Die Mutterschaft ber Rlägerin als noch eines anderen Beweises bedürftig anzusehen und beshalb bas Rind feiner etwaigen Anspruche gegen ben Beklagten ohneweiters verluftig werben zu laffen, zumal die Frage der Identität ber Rlägerin mit ber im Taufscheine als Mutter genannten Frauensperson in ber Berhandlung gar nicht erörtert wurde und der Beklagte die darauf eingebende Appellationebeschwerbe gegen bas erstgerichtliche Urtheil unbeantwortet gelaffen bat.

## Mr. 3132.

Giltigkeit bes Kaufvertrages über eine Grundparcelle trot vorläufigen Mangels bes politischen Abtrennungsconsenses.

Entich. v. 6. Oct. 1868, Rr. 8018 (Aband, ber gleichförmigen Urth. bes B. G. Eggenburg v. 26. Marz 1867, Rr. 538 und bes O. L. G. Wien v. 23. Oct. 1867, Rr. 10889). G. H. 1868, S. 397.

Der oberfte Gerichtshof hat bie untergerichtlichen Urtheile, woburch die Rlage des Räufers A wiber den Bertaufer B pto. Erfüllung bes Raufvertrages wegen Ungiltigfeit bes Bertrages aus bem Grund bes fehlenden Confenfes ber politifchen Beborbe gur Abtrennung ber vertauften Barcelle vom Stammgut bee B abgewiesen murbe, abgeandert und auf die Beweise burch Zeugen und Sachtundige ertannt, welche von A fur die Errichtung bes Bertrages, von B fur bie feinerseits eingewendete laoiso ultra dimidium angeboten worden waren. Grunde: Es mare offenbar ungerecht und auf irriger Gefetauslegung beruhenb, ben Rlager blos barum abzuweisen, weil ber Rauf ber Balbparcelle wegen Dangels ber erforberlichen Abtrennungs. bewilligung ungiltig fei; benn es handelt fich ja eben barum, bag ber Beklagte fich jur Befeitigung bes entgegenftebenben Sinberniffes, nämlich jur Erwirfung bes politifden Trennungsconfenfes verpflichtet haben foll, und fo lange er fich nicht ausweiset, basjenige, mas er jur Erfüllung biefes Berfprechens zu thun vermag, gethan zu haben, kann von der Unmöglichkeit der versprochenen Leiftung nicht die Rede sein. Hiernach kommt es nur barauf an, ob der vom Rläger angeführte Raufvertrag wirklich ju Stande getommen fei und ob berfelbe anbererfeits vom Beflagten mit Grund wegen Berlepung über bie Balfte angefochten wurde — worauf eben die jugelaffenen Beweife zielen.

# Nr. 3133.

# Executivorocef: Urfunde.

Eutsch, v. 6. Oct. 1868, Rr. 9919 (Best. des das Decr. des S. G. Wien v. 8. August 1868, Rr. 70256, aband. Decr. des O. L. G. Wien vom 26. August 1868, Rr. 16197). G. Z. 1868, Rr. 93.

A belangte ben B um Zahlung von 280 fl. auf Grund eines Briefes besselben, worin biefer sich verpflichtete, seine Schuld an ihn burch die Berichtigung von Schulden bes A an Dritte, worunter auch jene per 280 fl. an C, abzutragen; ferner auf Grund einer Rage bes C wieder ihn, A, woraus hervorgehe, daß B der obenerwähnten Berbindlichkeit nicht nachgekommen sei, obgleich er, A, ihm den Streit mit C verkündigt habe; endlich auf Grund der Bestätigung des C,

von A die 280 fl. erhalten zu haben. — In erster Instanz wurde, dem Begehren des Rlägers gemäß, nach §. 298 a. G. D. der Executivproceß eingeleitet. — Das D. L. G. hingegen verordnete die Einzleitung des Berfahrens nach Borschrift des §. 16 a. G. D. in Erzwägung, daß der Uägerische Ersauspruch nicht in vollem Umfange durch vollen Glauben verdienende Urkunden begründet erscheint.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bie obergerichtliche Berordnung, weil in teiner ber beigebrachten Urfunden die Berpflichtung jur Zahlung ber 280 fl. an ben Rläger felbst unmittelbar ansgesprochen

ericheint.

### Mr. 3134.

Servitut ober Bestandverhältniß? Unstatthaftigkeit ber Auffündung.

Entig. v. 6. Oct. 1868, Nr. 10072 (Beft, des das Urth. des B. G. Hietzing v. 30. Juli 1868, Nr. 4843, abilad. Urth. des O. L. G. Wien v. L. Sept. 1868, Nr. 16565). G. Z. 1868, Nr. 92.

Der Bader A, welcher in bem Saufe Dr. 7 bes B einen Brotlaben benütte, ben ibm biefer jur Raumung nach einem Bierteljahre gekündigt hatte, überreichte Einwendungen gegen die Rimbigung, welche fich barauf ftütten, bag am 18. Mai 1803 X bas Haus Rr. 7 verlauft, babei aber die Räufer für fich und feine Erben ober andere Befiter bes Saufes fich verpflichtet habe: "bag er zu Gunften bes Bertaufere und Gewerbenachfolger zu allen Zeiten einen Brotlaven in bem Baufe gebulben und ihnen bie bagu gleich bezeichnete Localität um einen jährlichen Bestandzine von 30 fl. überlaffen wolle, welches sohin als eine Dienstbarbeit bes Hauses angesehen und bei bem Grundbuche vorgemertt werben folle"; daß biefe Eintragung im Grundbuche bei bem Baufe Dr. 7 vollzogen murbe, bag ein Befitvorfahr bes B schon im Jahre 1853 auf Loschung der ermähnten Berpflichtung geklagt habe, jedoch in zweiter und britter Instanz sachfällig geworden, also res judicata vorhanden sei, daß übrigens eine Servitut nicht im Wege ber Auffandigung bestritten werben toune; daß endlich basselbe Badergefchaft, welches X im Jahre 1803 betrieb, auf feinen, bes A Großvater, bann Bater, fobin feine Mutter, und gulest auf ibn felbft übergegangen, baber er unter ben Bewerbenachfolgern aller Beiten bes X begriffen sei. B suchte Anfange bas Rechteverhaltnig als Servitut der Wohnung barzustellen, welche schon mit dem Tobe des X erloschen sei, ober boch nur auf die erften gefenlichen Erben übertragen werben tonnte; fpater aber ftutte er fich barauf, bag, wie ber bebungene Bestandzins zeige, ein Bestandvertrag vorliege, ber umfomehr wie jeber andere fundbar fein muffe, als er auf teine bestimmte Beit gefchloffen murbe. - In er fter Inftang murbe bie Auffünbigung aufrecht erhalten. Die Grunbe maren im Befentlichen: Schon bei bem Broceffe im Jahre 1853 lag bas volle Bewicht ber Entscheibung auf ber Frage, ob ber Inhaber bes Baderlocales Gewerbenachfolger bes X fei ober nicht, und auch in bem gegenwärtigen Rechtsstreite, welchem die Einwendung rei judicatae icon beshalb nicht mit Wirkung entgegengesett werben fann, weil aubere Streitparteien auftreten und weil bas Erkenntnigbegehren verschieben erscheint, ift bie Löfung ber Streitfrage von bemfelben Umftanbe abhängig. A ift aber nicht Gewerbenachfolger bes X, benn ihm wurde am 30. October 1860 Die Beglaubigung barüber ausgefertigt, bag er ben Antritt bes freien Bemerbes ber Baderei angemelbet babe, teineswege aber bas Gemerbe bes X ober feiner Eltern verlieben, und tonnte es auch nicht, ba nach bem faiferl. Batente vom 20. December 1859, R. G. Bl. Rr. 227. §8. 3, 13 und 16 bas Badergewerbe ein freies geworben mar; ein foldes beschränft fein Dafein auf Die Berfon bes Ausübenden und von einem Rachfolger in einem folchen Gewerbe ift baber nicht mehr Die Rete; es ist baber die im Bertrage vom 18. Mai 1803 stidulirte Bflicht bes Eigenthumers bes fraglichen Saufes jur Dulbung bes Baderlocales erloichen. - Das D. E. G. ertannte, baf bie Auffunbigung unftatthaft fei. Grunde: Rachbem A biefelbe gurudgelegt und babei ausbrudlich bestritten bat, bag er mit B einen Bestandvertrag über bas Bewölbe abgeschloffen habe, fo entfteht die Frage, ob bier überhaupt ein nach ben §§. 1114 und 1116 a. b. G. B. ber Auffunbigung unterliegender und baburch auflosbarer Bestandvertrag vorhanten fei und biefe Frage muß verneinend beantwortet werben, weil B die Eriftenz eines anderen als des Bertrages vom 18. Mai 1803 weder behauptet noch nachgewiesen hat, und insoweit er behauptet, bağ bas burch biefen Bertrag begrundete grundbücherlich einverleibte Servituterecht bereits erlofden fei ober boch fur A feine Beltung babe, biefe Behauptung nur mittelft einer orbentlichen mit bem entfprechenben Begehren verfebene Rlage, nicht aber mittelft einer bloffen Auffündigung geltend gemacht werben tonnte.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Entscheidung aus den Gründen derselben, ferners weil B nicht bewiesen hat, daß zwischen ihm und A ein auffündbares Bestandverhältniß obwalte, und weil das Berhältniß, vermöge dessen A den Brotladen benützt, kein

foldes ift.

### Mr. 3135.

Besit bes Rechtes zum Betrieb eines bestimmten Erwerbs geschäftes. — Besitstörung?

Entich. v. 7. Oct. 1868, Rr. 9035 (Aband. ber gleichfürmigen Decr. bee B. E. Alt- und Rentadt Prag v. 15. Mai 1868, Rr. 21978 und bes O. 2. G. Prag v. 1. Juni 1868, Rr. 18819). G. H. 1868, S. 399.

Die Allgemeine Gasbeleuchtungs- und Gasbeheizungsgesellschaft in Brag wurde von ber Prager Stadtgemeinde in possessorio summariissimo aus dem Grunde belangt, weil die Gesellschaft im October 1867 vor dem Hause Rr. 1306 von dem Hauptgasrohr an bis zur Grenze jenes Hauses in der Länge von 3 Klafter die Gaffe aufgraben und das Gaszuleitungsrohr einlegen ließ, ohne von der Gemeinde den vorgeschriebenen Meldzettel erhalten zu haben.

Das von beiden Untergerichten jugelaffene Rlagbegehren murde in britter Instanz aus folgenden Grunben abgewiesen: Im Bertrag vom Jahre 1844 murbe ber Breslauer Gasbeleuchtungsgefellicaft, beren Nachfolgerin bie Betlagte ift, bas Recht eingeräumt, die Basbeleuchtung einzuführen und ju beforgen, ju biefem Zwede bie Leitungsröhren einzulegen und bie babei nothigen Aufreifungen bes Strafen: pflaftere vorzunehmen, und es ift biefes Recht von ber Beflagten bis berab auf ben Zeitpunkt ber angeblichen Befipftorung ununterbrochen ausgeübt worden. Nach Ablanf bes im Bertrage festgesetzten Termines von 20 Jahren murbe berfelbe nicht mehr erneuert. Damit erlosch nach &. 25 bes Bertrages nur bie im &. 1 besselben ftipulirte Ausschließlichkeit bes Rechtes ber Beklagten gur Buleitung bes Gafes von Augen, b. i. von ben Saffen und Blaten in bie Gebaude und trat bie freie Concurrenz ein. Rach ben Bertragsbestimmungen burften ber neu gegründeten Unternehmung die unter den Gaffen und Blagen gelegenen Gasbeleuchtungeröhren ber Beflagten allerbings nicht hinderlich fein; bag aber ein Fall folder Behinderung eingetreten mare, murbe flagerifderfeits nicht behauptet. Die Beflagte bat nach verftrichener Bertragsbauer ihre Gebanbe und Borrichtungen gur Erzeugung und Buleitung bes Bafes fortbefteben laffen, verforgt nach wie vor Brivate mit Gas und befindet fich, wie gefagt, in dem ununterbrochenen Befit und Ausstbung bes Rechtes, von Augen in bie Gebanbe von Prag Gas zu leiten, und bes bamit nothwendig verbundenen Rechtes, bas Strafenpflafter aufzureigen. Beim Befteben biefes Befitverhältniffes bat bemnach die Beklagte burch Die ircriminirte Handlung ben Besit ber Klägerin nicht gestört. Befitverhaltnig erhielt baburch teine Menberung, daß Die Rlagerin ber Beflagten befannt gab, baß fie nicht in ber Lage fei, vom 16. September 1867 an ber Gasanstalt die Benutung bes Gemeinbegrundes ju Beleuchtungs- und anderen Zweden ju gestatten, weil eine folche einseitige Berfügung bas burch Bertrag erworbene

Recht bes anderen Contrabenten nicht aufheben konnte und auch nicht bargethan ift, bag ber Lestere, Die Beflagte, bas Untersagungerecht ber Rlagerin anerkannt und bem Berbot fich gefügt habe (§. 313 a. b. B.). Das D. L. G. fand bie Befitsftorung barin, baf bie Aufarabung bes Gaffengrundes biesmal ohne vorgängige Lofung eines Meldzettels gefcab, nachbem bie Bellagte bisber in folden Fallen immer erft einen Delbzettel geloft batte. Allein biefe Unterlaffung bat für bas amifchen ben Streittheilen bestehenbe Brivatrechteverbaltnif feine Bebeutung. Denn bie vorgangige Lofung bes Melbzettels murbe jur Bermeibung von volizeilichen Uebelftanben und ber Communicationsftörungen und jur Inftanbhaltung bes Strafenpflafters und Ueberwachung ber Bieberherstellung aufgegrabener Strafen angeordnet, und für bie Bieberberftellung bes Strafenpflafters bat bie Localpolizeibehörde unter Unwendung der gesetlichen Zwangsmittel ju forgen; bie unterbliebene Lofung bes Delbzettels tann baber nur im polizeilichen Wege geahnbet werben: bas Recht jum Betrieb bes Erwerbegeicaftes, in beffen Austibung bie Beklagte fich befindet, ift von ber löfung bes Delbzettels nicht abhängig.

## Mr. 3136.

Unwirksamkeit bes den Chegatten zur Alimentirung der Frau verurtheilenden Erkenntnisses für die Zeit nach dem Tode des Mannes.

Entich. v. 7. Oct. 1868, Rr. 9888 (Abanb. der gleichförmigen Decr. des L. G. Wien v. 7. Init 1868, Rr. 37420 und bes O. L. G. Wien v. 12. Angust 1868, Rr. 15508). G. B. 1868, Rr. 93. G. H. 1868, S. 408.

Die A hatte wider ihren Gatten B ein Urtheil auf Zahlung monatlicher Alimente erwirkt. Rach bessehrte ste zur Einbringung der für die Monate Juni und Juli 1868 fälligen Unterhaltsraten die executive Pfändung der Berlassenschaftseffecten, die ihr in erster Instanz bewilligt wurde. — Der dagegen ergriffene Recurs des B'schen Berlassenschaftscurators, welcher geltend machte, daß die auf dem Urtheil beruhende Alimentationspslicht des B mit seinem Tode erlosch, wurde vom D. L. G. abgewiesen, in Erwägung, daß das dem Executionsbegehren zu Grunde liegende Urtheil eine Beschräntung des Alimentationsbezuges auf den Todessall des Berpflichteten nicht enthält und von Amtswegen in eine Beurtheilung, inwieserne durch die Anslösung des Chebandes die Alimentationspsslicht geändert wird, nicht einzugehen war.

Der oberfte Gerichtshof anberte bie gleichförmigen Enticheibungen ab und wies bas Executionsgesuch gurud, in Erwägung, bag mit bem Urtheile offenbar nur über ben ber A als Chegattin bes B zustehenden Unterhaltsanspruch erkannt worden ist, und somit in diesem Urtheile ein executionssähiges Erkenntniß über die davon ganz verschiedenen, ihr als Witwe des B auf bessen Nachlaß etwa zustehenden Ansprüche nicht gesunden werden kann, worauf bei Erledigung des Executionsgesuches allerdings einzugehen war.

### Mr. 3137.

Ilnzulässigkeit ber Anwendung ber Regeln bes Wechselprocesses auf die Verhandlung über die Meistgebotsvertheilung.

Entich. v. 13. Oct. 1868, Rr. 10179 (Aufheb. ber gleichförmigen Detr. bes &. G. Prag v. 2. Juli 1868, Rr. 34937 und bes O. L. G. Brag vom 4. August 1868, Rr. 22871). G. H. 1868, S. 400.

In Bollftredung bes Urtheils auf Zahlung einer Bechselschuld tam es auf Einschreiten bes Gläubigers A zur gerichtlichen Bersteigerung einer Forberung bes Schuldners B, welche C erstand. Das Gericht erließ sodnn die Berordnung über die Bertheilung bes Meistgebotes, gegen welche C ben Appellationsrecurs ergriff, der von beiben Untergerichten als verspätet, weil nicht in der breitägigen Frist bes §. 12, lit. a der Justigministerialverordnung vom 25. Jänner 1850, R. G. Bl. Nr. 52 (Verfahren in Bechselfachen), angebracht,

abgewiesen murbe.

Der oberfte Gerichtshof caffirte bie untergerichtlichen Decrete mit bem Auftrag an bas D. L. G., ben Appellationerecurs gegen bie erftgerichtliche Deiftgebotevertheilung in merito gu erlebigen. Granbe: Die Berhandlung wegen Bertheilung bes Meistgebotes ift nicht die zwischen A und B abgeführte wechselrechtliche Berhandlung, welch' lettere mit ber Durchführung ber Beräußerung bes Pfandobjectes ihr Ende erreicht hat. Die Berhandlung gur Bertheilung bes Meiftgebotes wird zugleich mit anberen Intereffenten geführt, ohne Rudficht, ob fie aus Bechseln Forberungen ftellen ober nicht. Ins. besondere macht ber Ersteher (Recurrent) C fein Bechselrecht geltend. Auf Diefe, nach ihrer Natur vom Streitverfahren zwischen bem Bechselgläubiger und bem Bechselschuldner gang verschiedene Berhandlung tonnen fobin auch die Friften bes wechselrechtlichen Berfahrens teine Anwendung haben, sondern es finden, wenn auch die Deiftgebotevertheilung aus einem Bechfelproceg hervorgegangen ift, nach 3. 26 der eitirten Justizministerialverordnung vom 25. Jänner 1850, Rr. 52, tie Fristen ber Gerichtsordnung, also bier bie - vom Recurrenten eingehaltene - 14tagige Recursfrift fatt.

### Mr. 3138.

Executive Pfändung ohne Nachweis des Nichtausreichens des bereits erworbenen executiven Pfandrechtes.

Entich. v. 13. Oct. 1868, Rr. 10244 (Best. bes Decr. ber Prätur Sign v. 20. Juni 1868, Rr. 2107, Aband. bes Decr. bes O. L. G. Zara vom 21. Juli 1868, Rr. 3589). G. H. 1868, E. 389.

In der von A gegen B wegen 430 fl. geführten Execution auf eine Liegenschaft war die Schätzung bewilligt worden, deren Bornahme aber deshalb unterblieb, weil A den ihm aufgetragenen Borsschuß der Schätzungskosten nicht leistete. Nun begehrte A die Bewilligung des executiven Pfandrechtes an einem anderen Grundstüde seines Schuldners B, indem er anführte, daß er mit dem Werth der zuerst in Execution gezogenen Liegenschaft nicht gedeckt sein würde.

— Das in erster Instanz bewilligte Gesuch wurde vom D. L. G. wegen Mangels jedweder Bescheinigung der Unzulänglichkeit des Pfandes abgewiesen.

In Erwägung, daß, wenn nach dem klaren Wortlaut des S. 411 weftg. G. D. der Gläubiger berechtigt ift, zur Realisirung seiner Forderung auf beliebige Bermögensstücke des Schuldners Execution zu führen und ihm dessalls die freie Wahl selbst dann zugestanden wird, wenn seine Forderung mit einem Unterpfand schon bedeckt wäre, sein Recht, die auf bestimmte Gegenstände bereits erwirkte Execution auf andere Gegenstände auszudehnen, wohl nicht bezweiselt werden kann, und daß der vom vertragsmäßigen Pfand handelnde §. 458 a. b. G. B. in dem Executionsversahren keine Anwendung sindet, hat der oberste Gerichtshof den erstaerichtlichen Be-

## Mr. 3139.

fcheib beftätigt.

Raufvertrag: Irrthum in Ansehung ber vom Käufer zur Zahlung übernommenen Sapposten.

Entsch. v. 15. Oct. 1868, Rr. 8758 (Best. bes das Urth. bes B. G. St. Beit v. 3. März 1868, Rr. 548, aband. Urth. bes O. L. G. Graz v. 12. Mai 1868, Rr. 5750). G. Z. 1868, Rr. 90. Zeitschr. s. d. Rotariat 1868, Rr. 50.

A hatte von B beffen Realität um 8000 fl. getauft. Im Bertrage wurden Satpoften per 4000 fl. vom Räuser A zur Selbstzahlung übernommen, der Rest von 4000 fl. von ihm baar berichtigt. Am Schlusse bes Bertrages hieß es, daß beide Theile ben Tabularbestand eingesehen haben und daß sammtliche Tabularposten gehörig berückstichtigt worden seien. Nun trat aber A gegen B klagend auf mit der Bitte um Erkenntniß, berselbe sei schuldig, die Löschung einer auf der

Realität, außer ben ihm überbundenen 4000 fl., noch baftenben Saspost per 400 fl. ju ermirten, ba nur irrthumlich biefe bei ber Rablungsmobalität nicht berudfichtigt worden war und er nun 400 fl. über ben bedungenen Raufschilling gablen muffe. Der Geflagte berief sich auf den Schlußfat des Bertrages, den §. 928 a. b. G. B. und auf die angeblich zwijchen ihm und dem Rlager begitglich bes Ranfpreises babin getroffene Berabredung, bag er jebenfalls Saar 4000 fl. erhalten muffe, mas nicht ber Fall mare, wenn Rlager nicht auch bie fraglichen 400 fl. berichtigen wurde, fonbern er biefes thun mußte, um beren Lofdung zu bewirken. — Die erfte Inftenz wies ben Rager ab. Grunde: Der Rlager ertennt felbft unter Broducirung bes Raufvertrages an, daß beide Theile, somit auch er, Rlager, ben Tabularbestand eingesehen haben und daß fammtliche Tabularposten geborig berudfichtigt worben find. Demaufolge entfällt nach §8. 928 und 443 a. b. B. bie Baftung bes Gellagten für bie Boft per 490 fl. umsomehr, als aus ben Worten, daß fämmtliche Tabularpoften gehörig berlidfichtigt worben find, gefolgert werben muß, bag bei Behandlung des Raufpreises auf diese 400 fl. Rücksicht genommen worden. Deshalb, und felbft für ben Fall, bag biefe Bertragsftelle undentlich ware (S. 915 a. b. G. B.), tann bem Rlagbegehren nicht ftattgegeben werben. - Das D. L. G. erfannte nach bem Rlagbegebren. · Gründe: Da ber Rauspreis per 8000 fl. außer Zweifel gestellt ift, jo exfixeden fich bie Leiftungen bes Räufers, bem Bertaufer gegen. über, nur auf diese Biffer bes Rauffdillings, und indem ber Geklagte in seiner Einrede angeführt hat, daß er die Realität dem Rläger gegen Uebernahme aller intabulirten Schulden und Bablung bes nach Abaug berfelben verbleibenben Ranffdillingereftes vertauft habe, fo ergibt fich aus feinem eigenen Geständnig, dag vom Raufreis per 8000 fl. außer ben übernommenen Sappoften per 4000 fl. noch Die Sappost per 400 fl. abzuziehen war, sonach bem Bertaufer nur ein Raufschillingereft von 3600 fl. verblieben mare. Run zeigt fich aber, baf ber Getlagte vom Rlager an Raufschilling 4000 fl., alfo um 400 fl. mehr erhalten bat, als ihm, wenn ber Raufer auch bie fragliche Satpost von 400 fl. übernommen batte, gebührt haben murde; baber ift er bemfelben für biefe 400 fl. erfappflichtig. Birb weiter erwogen, daß es fich vorliegend nicht um die Frage handelt, ob ber Rlager als Befiger ber Bfanblache bem Bläubiger ber 400 fl. gegenüber verpflichtet erfcheint, und bag im Sinne bes g. 887 a. b. G. B. amifchen ben bentigen Streittheilen ber fcriftliche Ranfvertrag allein maßgebend erscheint, in welchem aber bas Satzapital von 400 fl. nicht als vom Rlager jur Zahlung übernommen aufgeführt ift, so muß ber Gellagte bie Lofdung bewirfen und bem Rlager bafür Bewahr leiften, mit beffen Schaben er fonft fich bereichern murbe. Db bei ber Berabredung des Raufes auch bas Capital von 400 fl. jur Sprace getommen, ob es vom Rlager auf Rechnung bes Ramfpreifes jur

Zahlung übernommen werden sollte, und ob das Grundbuch von den Parteien damals eingesehen wurde, ist für den gegenwärtigen Fall irrekevant, weil höchstens ein Irrthum bei der Errichtung des Bertrages unterlaufen wäre, indem das Capital von 400 fl. nicht in Abzug gebracht wurde, hieraus aber dem Beklagten ein Nachtheil nicht erwachsen ist und auch nicht dem Rläger ein Nachtheil entskehen darf.

Der oberste Gerichtshof bestätigte bas Urtheil bes D. L. G. aus bessen Gründen und in der weiteren Erwägung, daß der bei Errichtung des Kaussvertrages unterlausene Irrihum nicht in der Berechnung des Kausschillugs, welcher nach dem wahren Werth der Sache, nicht nach dem Tabularstand berechnet wird, sondern lediglich in der Untenntnis der Tabularposten seinen Grund hat.

### Mr. 3140.

Unzuläfsigkeit bes Parteieneides über strafbare Handlungen. Entich, v. 13. Oct. 1868, Rr. 9117 (Best. der gleichsermigen Urth. des B. G. Bobrta v. 14. Dec. 1866, Rr. 2237, und des D. L. G. Lemberg v. 21. Dec. 1867, Rr. 40818). G. H. 1868, Nr. 397.

Die Klage bes A gegen B pto. Schabenersat war auf die Anführung gegründet, daß der Beklagte das ihm vom Kläger in Bestand gegebene Wirthshaus, als er es verließ, devastirt und Materialien des Klägers davon getragen und für sich verwendet habe. Zum Beweis dessen trug A dem B den unrückschiedbaren Haupteid auf, welcher von beiden Untergerichten und auch vom obersten Gerichtshof ausgeschlossen Untergerichten und auch vom obersten Gerichtshof ausgeschlossen Intangen auf den erwähnten Jaupteid nicht erkannt und denselben für unzulässig erklärt haben, liegt keine Gesemidrigkeit, da der Eid über eine strasbare Handlung einen unstatthaften Ableinungseid in sich schließt und daraus, daß nach dem Ho. v. 9. Juli 1845, 3. G. S. Nr. 896, der durch eine strasbare Handlung Beschädigte auch in dem Fall, wenn die Strasbehörde die Einleitung des Strasversahrens ablehut, auf dem Civilrechtswege seine Entschädigung suchen kann, noch nicht die Zulässigkeit des Eides über die strasbare Handlung folgt.

# Nr. 3141.

Auslegung ber Berabrebung "halbjähriger Auffündigung". Entich v. 20. Oct. 1808, Rr. 19548 (Beft. des das Urth. des B. G. Lespoldsftadt in Wien v. 17. Sept. 1808, Rr. 17850, abind. Urth. des O. L. G. Wien v. 1. Oct. 1868, Rr. 18732). G. H. 1868, E. 372. G. J. 1808, Rr. 90.

A Mindigte im August 1868 bie im Dai 1868 dem B vermiethete Bohnung in seinem Saus in der Biener Borstadt Leopoldstadt auf Februar 1869. B bestritt die Giltigkeit der Aufkündigung, weil er dem A erklärt hatte, die Wohnung nur gegen halbjährige Kündigung zu nehmen, worauf in der That (was auch A im Proces zugestand) halbjährige Kündigung vereindart wurde, und weil demnach, mit Rücksicht auf den in Wien herrschenden Sprachgebrauch, gemäß welchem unter halbjähriger Kündigung nur die Kündigung im Mai und November verstanden werde, A nicht berechtigt gewesen sei, ihm die Wohnung im August auf Februar zu kündigen. A bemerkte dagegen, daß er dem Uebereinkomeum durch seine — halbjährige — Aufkündigung Genüge geleistet habe, und die Kündigungstermine Rai und November nur für die innere Stadt Wien, nicht auch für die Borstädte angeordnet wurden. — In erster Jastanz wurde die Kündigung aufrecht erhalten; das D. L. G. erklärte sie für unwirksam.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung der zweiten Instanz. Gründe: Beide Contrabenten sind übereingekommen, daß zwischen ihnen eine halbjährige Aufkündigungsfrist, also wie sie in der Berordnung des D. L. G. Wien v. 11. October 1865, Nr. 17294 (L. G. Bl. für Niederösterreich vom Jahre 1866, Nr. 11), für die innere Stadt Wien bestimmt ist, stattsinden soll. Deshald ist anzunehmen, daß nach ihrer Willenserklärung die halbjährige Aufkündigung auch nur in den von der citirten Berordnung für die halbjährige Kündigung sestigeseten Zeitpunkten: 1. Mai und 1. November, stattsinden sollte.

# Mr. 3142.

Unzulässigkeit ber Beweissührung pro vitando perjurio in Bestanbstreitsachen.

Entich. v. 27. Oct. 1868, Rr. 10717 (Beft. bes bas Decr. bes B. G. Bochnia v. 26. Juni 1868, Rr. 2513, abanb. Decr. bes O. L. G. Krakan vom 24. Angust 1868, Rr. 12845). G. H. 1868, G. 424.

Rachbem in ber Rechtssache bes Berpächters A gegen ben Pachter B pto. Zurücklellung bes Pachtgutes auf einen Haupteib bes A erstannt worben war, begehrte B bie Bernehmung mehrerer Zeugen als Beweis gegen ben Haupteib und wurde in zweiter Inflanz abgewiesen mit Berufung auf ben auch im Bersahren in Streitigkeiten aus Besstandverträgen (taif. Bbg. v. 16. Nov. 1858, R. G. Bl. Nr. 213) geltenden §. 38 des Gesets über den summarischen Civilproces, welcher Gewissensvertretung und Gegenbeweis nach geschloffener Bershandlung ausschließt.

Auf ben Recurs bes B, worin er ben §. 15, lit. b ber taif. Bbg. v. 16. Nov. 1858, R. G. Bl. Nr. 213 (Bulaffigfeit \_ber

Zeugenvernehmung, die binnen acht Tagen erfolgen kann") für sich anführte, hat der oberste Gerichtshof die Entscheidung des D. L. G. in der Ermägung bestätigt, daß die Zulassung des Zeugenbeweises nach dem citirten §. 15 sich nur auf das Stadium der Berhandlung des Rechtsstreites bezieht und daß auch die Anwendung des darauf solgenden §. 16 (wornach Beweismittel, welche in der Berhandlung nicht ausgeführt werden konnten, "mittelst abgesonderten summarischen Bersahrens angebracht und ausgeführt werden können") nur im Zug der Berhandlung stattsindet, da sonst der Zwed: die Beschleunigung der Streitigkeiten, vereitelt sein würde.

### Nr. 3143.

Unzulässigkeit ber Oppositionsklage, gestützt auf ben Nachweis ber Fälschung ber bem Urtheil zu Grunde liegenden Urkunde.

Bleuar-Entich. v. 3. Nov. 1868, Rr. 8657 (Aband. ber gleich förmigen Urth. bes A. G. Antienberg v. 28. Janner 1868, Rr. 272 und bes O. L. G. Brag v. 28. April 1868, Rr. 12139). Zeitschr. für bas öfterr. Rotariat 1869, Rr. 24.

Als Giratar eines Wechsels per 540 fl. hatte B gegen A als Acceptant bie Rablungsauflage erwirft und nach eingetretener Rechts= fraft berfelben gegen A bie Execution eingeleitet. Run trat ber Lettere gegen B als Rlager auf und beftritt bie Giltigfeit bes Bechfels, ber Rablungsauflage und ber geführten Erecution aus bem Grunde, weil feine auf bem Bechfel vorfommenbe Unterschrift nicht von ibm, fonbern von seinem Bruder C ohne sein Biffen beigefett und C megen biefer Bechfelfalfdung, beziehungemeife megen Berbrechens bes Betruges rechtefraftig verurtheilt worben ift. Wegen B liegt nicht ber geringfte Berbacht einer Mitmiffenschaft vor; von bem Strafgerichte murbe berfelbe ale rechtsmäßiger und redlicher Inhaber bes Bechfels anerkannt, als Beuge beeidet und in ben Urtheilsgrunden angeführt, bag meder ber wechselgerichtliche Rablungsauftrag, noch bie auf Grund besfelben ermirfte Execution für ungiltig erflart werben fonne, weil A gegen ben Bablungsauftrag feine Einwendungen erhoben und B den Bechfel auf rechtmäßige Art an fich gebracht hat, weshalb A nach §. 362 St. B. D. mit feinen Erfaganfprüchen auf ben Rechteweg gewiefen murbe. — Beibe Untergerichte haben bem Rlagbegebren ftattgegeben, bas D. L. G. aus bem Grunde, weil eine ohne Einwirfung bes Rlagers von britten Personen gesette Handlung für benselben ohne Rechts. wirfung bleibe und weil bei bem Umftanbe, bag A bie betrügerische Falfchung erft nach beren Feststellung burch bas Strafgericht mit Erfolg einwenden tonnte, in bem Strafurtheil eine ber Rahlungsauflage nach gefolgte Thatfache liege, burch welche A im Ginne bee

Hib. vom 22. Juni 1836, 3. G. G. Rr. 145, jur Rlage auf Bebebung bes Bahlungsauftrages und ber Execution berechtigt worden fei.

Der oberfte Gerichtshof bat bas Rlagbegehren abgewiesen und zwar in Erwägung, bag bem gegenwartigen Rager A gegen ben Beflagten B tein Rechtstitel eines Schabenerfages zusteht; bag ber lette und jest einzig maggebende Grund ber Rechtswirtsamkeit ber ermabnten Bablungsauflage barin besteht, bag A fein Rechtsmittel bagegen ergriff, fich bamit zufriedenstellte und biefelbe in Rechtstraft erwachsen ließ, und biefe Rechtstraft burch teine fpatere Thatfache behoben erscheint, wobei die Beschaffenbeit ber Urfunde und fonftiger Belege ber Rlage, worüber bas Bahlungeertenntnig erflog, fein enticheibendes Moment mehr bildet; daß die Falfdung der Unterfdrift tes A auf bem Wechsel bemselben jebenfalls gur Beit ber an ibu erfolgten Buftellung ber Rlage bes B und bes hierüber erfloffenen Bablungsauftrages befannt mar und befannt fein mußte, und baber biefer Umftand rudfichtlich bes biebei junachft betheiligten A fich nicht als ein fpateres, bem Urtheile nachgefolgtes Factum barftellt, megen beffen nach bem Bib. v. 22. Juni 1836, Rr. 145, die rechtsfraftig ermirften Grecutionsacte behoben werben fonnen; und daß verspätete Einwendungen gegen einen wechselgerichtlichen Bablungsauftrag nach §. 7 ber J. M. B. vom 25. Jänner 1850, R. G. Bl. Nr. 52, unzuläffig find, als eine folde fich aber bie Beltendmachung ber Unechtheit bes Acceptes barftellt, welche A allerbings als Einwendung rechtzeizig ananbringen in ber Lage war, und welche nunmehr nach Berlauf von zwei Jahren feine Berudfichtigung verbient, jumal bie Entidulbigung ber Befetesunkenntnik nicht beachtet merben tann.

# Nr. 3144.

Beginn ber Berjährung ber Gewährleistungsklage. Berabredung einer längeren Garantiefrift.

Entsch, v. 3. Rov. 1868, Rr. 10106 (Aband, der Urth. des B. G. Jungbunglan v. 29. Dec. 1867, Rr. 10257 und des O. L. G. Brag v. 14. April 1868, Rr. 10695). G. H. 1868, S. 412.

Der oberfte Gerichtshof entschied in einem Broces um Gemährleistung für Mängel von verkauften beweglichen Sachen, daß die Frist von 6 Monaten, innerhalb welcher nach §. 933 a. b. G. B., die Gemährleistung bei sonstiger Ertöschung des Rechtes zu sordern ift, mit dem Zeitpunkte der Uebergabe der Sachen anfängt. Der §. 933 a. b. G. B. geht offenbar von der Ansicht aus, daß bei beweglichen Sachen die Frist von 6 Monaten, dei Immobilien jene von drei Jahren genügt, um die vorhandenen Mängel wahrzunehmen und die

baraus erwachsenden Ansprüche mittelft Klage geltend zu machen, und beshalb will das Geset alle späteren Rechtssührungen aus dem besagten Titel ausgeschlossen wissen. Dem wäre es aber ganz entgegen, wenn man die Frist zur Sewährleistungsklage erst von dem Zeitpunkte an berechnen würde, wo der Empfänger der Sache durch den Gebrauch derselben von ihren Mängeln Kenntniß erlangt, weil es dann in seinem Belieben läge, die Haftung des Uebergebers willkürlich auf Jahre dadurch zu verlängern, daß er die Sache jahrelang nicht in Gebrauch nimmt und solchergestalt unterläßt, sich Kenntniß von einem Mangel zu verschaffen, der erst durch die Benutzung der Sache wahrenehmbar wird, was offenbar der Absicht des Gesetzes zuwider liese. Andererseits aber enthält diese (oberstigerichtliche) Auslegung des §. 938 keine Gesahr sür den Empfänger, da es ihm bei Schließung des Bertrages freisteht, eine längere Hastungszeit, wenn er sie für nöthig hält, sich auszubedingen.

### Mr. 3145.

Schuldanerkennung: Unwiderruflichkeit bes Berzichtes auf die eingetretene Berjährung.

Entich. v. 3. Rov. 1868, Rr. 10201 (Beft. bes das Urth. des H. G. Wien v. 24. Juli 1868, Rr. 62938, aband. Urth. des O. L. G. Wien bom 10. Sept. 1868, Rr. 15876). G. Z. 1869, Rr. 24.

Die mit einer Bechselflage Belangte anerkannte bei ber erften Tagsatzung die Schuld und bat um Zahlungsfristen; der Bertreter bes Rlägers verlangt bie Berlegung ber Tagfapung, um hierüber Inftruction einholen gu tonnen. Bei ber zweiten Tagfapung wenbete Die Beflagte die Berjährung ein und Die erfte Inftang gab Diefer Einrebe fatt. - Die beiben boberen Gerichte verurtheilten Die Betlagte, ber oberfte Gerichtshof aus folgenden Gründen: Nach dem im §. 1502 a. b. G. B. ausgesprochenen Grundsate, welcher, ba die allgemeine Bechselordnung feine hiebon abweichenbe Bestimmung enthält, auch in Unsehung ber wechselrechtlichen Berbindlichkeiten als gektend angenommen werben muß, tann ber Berjährung nur im voraus nicht entfagt werben. Dies schließt aber nicht in fich, bag Derjenige, welcher als Wechselverpflichteter aus einem bereits verjährten Bechsel belangt wird, auf die Einwendung ber Berjährung nicht verzichten könne, vielmehr ergibt fich bas Gegentheil schon baraus, bag (in ber Regel) auf die Berjahrung, ohne Ginmendung ber Parteien, von Amtemegen lein Bedacht zu nehmen ift. Im vorliegenden Falle bat die Gellagte, ungeachtet, wegen eingetretener Berjahrung bes Rlagwechfels, nicht Die Bahlungsauflage erlaffen, fonbern bas wechselrechtliche Berfahren eingeleitet worben ift, gleichwohl bei ber erften Tagfagung ben ein-

geflagten Betrag bem Rlager foulbig ju fein ausbrudlich erflart und nur einen Bergleich auf ratenweise Abzahlung beantragt, ohne jedoch ibre Rablungeverbindlichfeit von ber Annahme biefes Bergleicheantrages abhängig, ober fonft für ben Fall ber Richtaunahme irgend einen Borbehalt in Bezug auf Die eingetretene Berjahrung bes Bechfels zu machen. hierin muß ein Bergicht ber Geklagten auf Die Einwendung ber Berjahrung erfannt und die mechfelmäßige Berbind= lichkeit aus bem Rlagwechsel als von ihr für noch fortan bestehenb anerfannt angesehen werben, und tommt bienach bie Bestimmung bes Art. 80 B. D. über bie Unterbrechung ber Berjährung nicht mehr in Frage. In Folge biefes von ber Betlagten abgelegten Schuldgeftanbniffes tann aber auch auf die von ihrem Bertreter erft bei ber ameiten Tagfatung erhobene Einwendung ber Berjährung tein Bedacht genommen werben, ba auch eine Rechtseinwendung in einer fpateren Procegrebe nicht mehr geltend gemacht werden tann, wenn hierauf icon von vornberein verzichtet worden ift.

### Mr. 3146.

# Novation durch Wechselausstellung?

Entich. v. 5. Rov. 1868, Rr. 6584 (Best. des Urth. des B. G. Zmst vom 4. April 1868, Rr. 1016, Aband. des Urth. des D. L. G. Zunsbrud vom 13. Mai 1868, Rr. 1555). G. Z. 1868, Rr. 101. Zeitschr. f. d. Rotariat 1869, Rr. 12.

Die B verpfandete bem Bertanfer A für ben Raufschilling bie ertaufte Liegenschaft und ftellte fpater bem A fur ben Betrag bes Raufschillings einen Bechsel aus, ben fie zur Berfallszeit nicht einlöfte. Als fie in ben Concurs verfiel, melbete A feine Forberung an und beanspruchte bie Anerkennung ber Liquiditat bes Pfanbrechtes. Der Concursmaffevertreter machte geltenb, bag burch bie Convertis rung ber Raufschillingeforberung in eine Bechfelforberung eine Rovation im Sinne bes &. 1378 a. b. G. B. eingetreten und bas urfprüngliche Pfanbrecht ale erloschen zu betrachten fei, ferner bag burch bas gegebene Accept Bahlung geleistet wurde und baher mit ber Bauptverbindlichkeit auch ber Bfandvertrag ale ein Accefforium erloschen sei. — Das Gericht erfter Inftanz erkannte nach bem Rlagbegehren, welches in zweiter Inftang aus ben nachftebenben Grunden abgewiesen wurde: Es fann wohl feinem Zweifel unterliegen, bag burch die Uebereinfunft, nach welcher eine gemeine, wiewohl mit einem Pfanbrecht verfebene Forberung zu einer Bechfelforberung umgewan. belt wird, ber ursprüngliche Rechtsgrund geanbert worden, mas nach ben 88. 1376 und 1377 a. b. G. B. eine Novation genannt wird und bie Folge bat, bag bie frühere Rechtsverbindlichteit aufbort und

gleichzeitig bie neue ihren Anfang nimmt. Den Barteien ift jedoch nach &. 1378 a. b. G. B. geftattet, bie mit ber vorigen Sauptverbinblichfeit verfnupften Rechte auf bas neue Rechtsverhaltnig burch ein befonderes Einverftandnig ju übertragen. Ein foldes befonderes Einverftandnig ift aber nicht nachgewiesen. Burbe fich auch erweisen, bak die Bechselschuldnerin, als fie vom Rläger auf Rablung gebrangt wurde, erflart habe, er folle fich beruhigen, er habe ja für feine Forberung auch eine Spothet, fo mare biefes nicht genugenb, um bie Borfchrift bes §. 1378 für erfüllt halten zu tonnen. Allerbings fann eine Bechfelforberung mit Sppothet verfichert werben, jeboch bagu wird eben ein besonderes Einverftandnig erforbert, mas aber bier nie ftatthatte, ba burch bie Umanberung ber Schuld in eine Bechfelverpflichtung ein gang neues Rechteverhaltnig geschaffen wirb, burch die Ausstellung des Bechsels die Bahlung im Sinne bes 8. 1414 a. b. G. B. erfolgt, bamit jebes frühere Rechtsverhaltnig erlifcht, somit auch bas Pfanbrecht, wenn nicht eben burch ein befonberes Einverftanbnig basselbe aufrecht erhalten wird, mas bier nicht gescheben ift.

Der oberste Gerichtshof bestätigte bas Urtheil ber ersten Instanz in Erwägung, daß es unbestritten ist, daß die Kaufschillingsforderung aufrecht besteht und pfandrechtlich versichert worden ist; daß über diese Forderung der Bechsel in Frage ausgestellt worden ist, der zur Berfalzeit nicht eingelöst wurde; daß die Zahlungsverpslichtung der B durch die Acceptation des bezüglich der Kausschillingsschuld ausgestellten Bechsels zwar hinsichtlich der schnelleren Einbringlichkeit befestigt, aber daß hiedurch weber die Person des Gläubigers, noch jene des Schuldners, noch auch der Rechtsgrund und Hauptgegenstand der Forderung geändert oder vernichtet worden ist, da der Rechtsgrund immer der Bertauf der Biese und der Hauptgegenstand die Zahlung des Kauspreises geblieben ist, somit eine Novation im Sinne der §§. 1376 und 1379 a. b. G. B. diessals nicht

vorliegt.

# Nr. 3147.

Schriftliches oder mündliches Testament? Verhältniß bes Urtheiles zum Klagbegehren.

Entich. v. 5. Rov. 1868, Rr. 7590 (Best. ber Urth. des B. G. Freustadt v. 18, Dec. 1867, Rr. 1518 und des O. L. G. Wien v. 15. April 1868, Rr. 6519). G. Z. 1869, Rr. 24.

Auf die Rlage des Bormundes der A um Ungiltigerklärung des schriftlichen Teftamentes des M und Gintritt der gesetzlichen Erbfolge ward von beiden unteren Instanzen entschieden, daß das Testament

zwar nicht als schriftliches Testament, wohl aber als Auffat eines munblich errichteten Testamentes giltig sei und beshalb die gesetliche

Erbfolge nicht ftattzufinden habe.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte biefe Enticheibung aus folgenden Grunden: Der Rlager verlangt bas Erfenntnig, bag bas von M am 24. October 1865 errichtete schriftliche Testament ungiltig fei und die gesetliche Erbfolge in beffen Nachlaß ftattfinde. Da nun Die Beklagten bie Ungiltigkeit biefes Testamentes, foweit es als fdriftliches gelten foll, felbft anerkennen, fo handelt es fich nur barum: 1. Db ber Richter bei bem Beftanbe bes obigen Rlagbegebrens in Die Frage eingehen barf, ob bie im Auffate enthaltenen Anordnungen bes Erblaffers nicht etwa als eine mit ben gefetlichen Formlichteiten versehene lettwillige munbliche Anordnung bes Erblaffers gu betrachten und 2. ob letteres auch wirtlich ber Fall fei. - Bu 1. Rachbem ber Rlager felbft, bem es offenbar nur um bie Befeitigung ber von bem Erblaffer angeordneten Bermachtniffe zu thun ift, ba fein Dunbel fowohl nach ber lettwilligen Erflarung ihres Baters, als auch in Gemägheit ber gefetlichen Erbfolge, Die einzige Erbin besselben ift, als Rlager wiber bie Legatare auftritt, ftatt beren Ginfcreiten zur Uebertommung ihrer Bermächtniffe abzuwarten, nachdem ferner bas hofbecret bom 14. Februar 1846, 3. G. S. Rr. 933, zwar verbietet, mit bem Ausspruche, bag ein schriftliches Teffament als foldes ungiltig fei, ben Borbehalt zu verbinden, basfelbe burch einen zweiten Proces als munbliches geltenb zu machen, baburch aber zu erkennen gibt, daß in einem und bemfelben Broceffe über ben Rechtsbestand eines Testamentes, sei es nun als schriftliches ober als munbliches, entichieben werben foll, fo tann barin, bag beibe unteren Berichte biefes gethan haben, eine offenbare Ungerechtigfeit nicht erblickt werben. — Bu 2. wird vor Allem bemerkt, bag es nach den Aussagen der Beugen febr zweifelhaft bleibt, ob der Erblaffer in ber That ein fdriftliches Teftament habe machen wollen. Er ließ zwar, wie Zeuge T angibt, ben 8 zum Schreiben bes Testamentes bolen und bieg benfelben auch bie einzelnen Anordnungen auffcreiben, verlangte aber feineswegs, daß ber fobin von 8 ohne feine specielle Aufforderung jufammengestellte ichriftliche Auffas ihm vorgelesen ober von Beugen gefertigt werbe, und mußte erft jur Beisebung seines eigenen Ramens burch Ueberrebung bewogen werben. Seine bon ben Beugen bestätigte lettwillige Erklärung hat, wie fcon das Gericht erfter Inftang zeigte, alle Erforberniffe, welche bie §§. 585 u. 586 a. b. G. B. für ein minbliches Teftament porfcreiben, und ericheint bemnach ber Ausspruch ber unteren Gerichte, bag bas Testament vom 24. October 1865 als mundliches giltig fei, gerechtfertigt.

## Mr. 3148.

Anerkennung einer verjährten Bechselschulb.

Entig. v. 5. Nov. 1868, Nr. 7901 (Ablind. des das Urip. des L. G. Wien v. 20. Oct. 1867, Nr. 37761, ablind. Urip. des D. L. G. Wien v. 7. April 1868, Nr. 2948). G. Z. 1869, Nr. 6. G. H. 1869, Nr. 297.

Im Inhre 1866 flagte A gegen bie B einen im Jahre 1841 auf fie gezogenen, von ihr acceptirten Bechfel ein, inbem er geltenb machte, fle habe im Jahre 1865, ale er bie Schuld einmahnte, Diefelbe anerkannt. — Die erfte Inftang ging auf ben Beweis über biefe Thatfache so wie über die Echtheit der Unterschrift der B ein, die ameite wies bas Rlagbegebren ab. In ber Begrundung bemertte bieselbe: "Bubem bestimmt bie Berordnung vom 12. April 1850, R. G. Bl. Nr. 141, bag bie neue Wechfelordnung auch für alle Rechtshandlungen gilt, welche in Bezug auf vor bem 1. Dai 1850 ausgestellte Bechiel nach biefem Tage vorlommen. Gine Rechtsbandlung in Beziehung auf Bechfel ift aber auch die Unterlaffung bes rechtzeitigen Anspruches auf Die Forberung aus bem Bechfel. Der Rlagmechiel mar baber zusolge Art. 77 ber 28. D. vom Jahre 1850 mit 1. Dai 1853 verjährt, ba bis babin bie Getlagte nicht belangt wurde (Art. 80 B. D.). Aus ber vom Rlager behaupteten Anertennung und Bablungezusicherung ber Beflagten folgt für felbe feine Berbindlichkeit jur Bablungeleiftung, weil Die Bechselverbindlichkeit bereits aufgehoben mar, und folche Berbindlichkeiten weber übernommen noch befräftigt werben tonnen (g. 1351 a. b. G. B.); es ware eben nur bie Anerkennung einer Richtschuld gewesen, welche teine Berbindlichkeit zu einer Leiftung nach fich gieht. Es ift baber weber ber Eid über bie Anertennung ber Schuld, noch jener über bie Echtheit bes Acceptes entscheibenb, und war bem Rlagbegehren um fo minder eine Folge ju geben, als ber Rlager einen anderen Forberungstitel gar nicht angibt."

Der oberste Gerichtshof hat die Zahlungspflicht der Geflagten nur von dem Haupteide abhängig gemacht, daß sie dem Rläger gegenüber die Schuld anerkannte, Zahlung versprach und nur um Zufristung ersuchte. Gründe: Der Wechsel hat das Wechselrecht durch Berjährung verloren und wird vom Rläger auch nur als Schuldschein geltend gemacht. Als solcher ist er blos ein Beweissmittel für eine Forderung, deren Rechtsgrund aber in selber bezeichnet sein muß. Im vorliegenden Bechsel sehlt er jedoch, da die Worte: "Werth verstanden" benselben nicht erkennen lassen. Demnach entsbehrt obiger Wechsel auch als Schuldschein jeder Beweiskraft, da er als Schuldschein nicht mehr die Wechselverbindlichkeit, sondern jene darzurhun hätte, welche der Acceptation zu Grunde lag. Es kommt bewnach auf die Echtheit der Fertigung der Geklagten nicht an. Hat jedoch dieselbe gegen den Uebernehmer der Forderung, wie er — ber

Rläger — behauptet, die Schuld aus bem Wechsel für richtig anerkannt, beren Berichtigung ihm versprochen und nur um Stundung gebeten, so muß sie allerdings in Gemäßheit des §. 1396 a. b. G. B. ben Wechsel einlösen, weil sie nicht beweiset, daß ihre Anerkennung auf einem Irrthume beruhe, die eingetretene Berjährung des Wechselrechtes aber ihr bekannt war, und, wenn sie bemungeachtet eine Nichtschuld dem Kläger zu bezahlen versprach, sich dieser Zahlung nicht entschlagen kann, da sie selbe, wenn sie bereits geleistet worden ware, auch nicht zurücksordern dürfte.

## Mr. 3149.

Berechtigung zur gerichtlichen Hinterlegung ber Schuld. Entsch. v. 5. Nov. 1868, Rr. 7962 (Ablind. der Urth. des B. G. Aigen v. 11. April 1868, Rr. 450 und des O. L. G. Wien v. 11. Juni 1868, Kr. 9027). G. H. 1869, S. 102.

D cebirte seine Forberung von 60 fl. gegen B bem A; barauf versprach B brieflich bem A die Zahlung; zwischen beiden Ereignissen liegt die gerichtliche Bewilligung des von C (Gläubiger des D) begehrten Berbots auf die Forberung des D gegen B, welch' Letterem der Berbotsbescheid nach seinem brieflichen Zahlungsverssprechen an A zugestellt wurde. Nun belangte der Cessionar A den Cessios B auf die Zahlung der 60 fl., welche dieser wegen des Berbotes dem A verweigert hatte. — Das Gericht erster Instanz erkannte gegen das Begehren, das D. L. G. nach demselben.

Der oberste Gerichtshof verurtheilte den B zum gerichtlichen Erlag ber 60 fl. Gründe: Mit der vor dem Zahlungsversprechen bes B an A erfolgten Berbotsbewilligung ist ein Umstand eingetreten, welcher den Cessus B von der Barzahlung seiner Schuld zu handen des Cessus A befreit, da ihm nunmehr nicht zugemuthet werden kann, zu prüsen, ob A oder C, dem das Berbot bewilligt wurde, das stärkere Recht auf die Forderung habe; und es ist der im §. 1425 a. b. G. B. vorgesehene Fall des gerichtlichen Erlages der Schuld vorhanden, wozu sich B in der Einrede erboten hat.

# Mr. 3150.

Behandlung von Servituten bei der executiven Beräußerung der Liegenschaft.

Entsch. v. 5. Rav. 1868, Rr. 9372 (Best. des das Urth. des B. G. Rattenberg v. 15. April 1868, Rr. 771, aband. Urth. des O. L. G. Janebrud v. 26. Juni 1868, Rr. 1912). G. H. 1869, S. 384. G. J. 1870, Rr. 63.

In bem Cbict ber executiven Feilbietung ber Liegenschaft bes C bieß es Abfan 1, bag bie Realität so veräußert wirb, wie fie ber Execut

besitt, und im Absat 4, bag ber Raufer Servituten nur insoweit gu übernehmen bat, als fie von bem Erecuten und ben Bfandgläubigern anerfannt werben. Der Bfanbgläubiger B erftanb bas Gut und verweigerte bei ber nach bem Hofbecret vom 19. Rovember 1839, 3. S. S. Nr. 388 (Erecutionsordnung für Tirol), §g. 4 und 5, ftattgefundenen Tagfahrt bie Anerkennung ber von A angemelbeten Wegfervitut an ber Liegenschaft. Dies führte zur confessorischen Rlage bes A, gegen welche B fich auf bie oben ermabnten Abfate bes Berfteigerungsebictes und auf bie actenmäßig festgestellte Prioritat ber Berfachung feines Pfanbrechtes vor jener ber Gervitut berief. -Dem in erfter Inftang abgewiesenen Rlagbegebren bat bas D. L. G. aus folgenden Grunden ftattgegeben: Es handelt fich bier nicht um eine Spothefarforberung, fonbern um eine orbnungegemäß bestellte Servitut, Die nicht, wie andere Laften ber Realität, Gegenstand ber Liquidirung und Graduirung im Sinne bes citirten Bofdecretes fein tann, sonbern auf bem Grundftud fo lange haftet, bis fie bucherlich gelofcht ift. Die Richtigkeit biefer Anficht bestätigt auch bas Bofbecret vom 19. Juli 1792, 3. G. G. Rr. 33, welches - zwar vom Betlagten B bafur angerufen, bag bas Alter bes Bjanbrechtes entfcheibe - boch bas gerabe Begentheil ausspricht und fagt, bag, fo wie von ber Claffificirung eines Bebentrechtes teine Frage fein tann, auch alle anderen Grundbienstbarfeiten amar gur Anmelbung bei ber Eriba aber ju feiner Claffification geeignet und, wenn ihr Beftanb rechtlich anerkannt worben, nur in ben Grundinventarien und Schätzungen anzumerten und bie bazu Berechtigten unbeirrt babei gu erhalten find. Der Rlager ift nun wirklich nach biefer Borfdrift vorgegangen, indem er die ihm vom Executen, als berfelbe noch unbeforantter Gigenthumer mar, an ber Liegenschaft eingeräumte Gervitut im Bartialconcurs anmelbete. Die Ginwendungen bes Betlagten vermogen nicht, ben Bestand und die Wirkfamkeit bes Gervituterechtes in Frage ju ftellen, und mas insbesondere ben von ihm angerufenen Abfan 4 bee Feilbietungsedictes anbetrifft, fo tann berfelbe in Berbindung mit Abfat 1 nur den Sinn haben, bag, wenn ber Erecut und die Bfandgläubiger die Servitut ale richtig anerkennen, es keiner separaten Berhandlung noch eines Urtheiles über bie Richtigkeit bedürfe.

"Mit Bezugnahme auf die erschöpfenden Gründe des D. L. G. und in der Erwägung, daß es sich im vorliegenden Falle um kein mehreren Personen dienstbares Grundstüd handelt und daher der z. 486 a. b. G. B. hier gar keine Anwendung sinden kann", hat der oberste Gerichtshof das Urtheil der zweiten Instanz bestätigt.

## Mr. 3151.

Meistgebotsvertheilung: Berweisung einer nicht liquiden Forderung auf einen abgesonderten Proces.

Entich, v. 10. Rav. 1868, Rr. 9913 (Best. bes bas Decr. bes B. G. Greifenburg v. 6. Februar 1868, Rr. 1361, abanb. Decr. bes D. L. G. Graz v. 27. Mai 1868, Rr. 6225). G. 3. 1869, Rr. 1.

Bei ber aus Anlag ber Feilbietung einer Realität angeordneten Tagfatung gur Liquibirung ber Forberungen ber Sppothetargläubiger und Zuweisung bes Meiftgebotes an felbe, melbete A auf Grund eines feit bem Jahre 1846 pfantweise einverleibten Soulbfceines und einer supereinverleibten Ceffion an ihn, eine Forberung von 300 fl. an. Der Schuldner, jugleich Erecut, B, bestritt beren Liquiditat, weil er bem A 300 ft. gur Beforgung eines anderen Befchaftes gegeben, Diefer aber felbe gerabe gur Einlofung ber nun augemelbeten Forberung für fich felbft verwenbet habe, mas jeboch A in Abrede stellte, ba er aus bem fraglichen Geschäfte felbft vielmehr noch zu forbern babe. - Die erfte Inftang wies bem A bie 300 fl. aus bem Erlofe ber Realität ju, weil nach Angabe bes B felbst bie 300 fl. nicht als Zahlung bes Capitales fammt Binfen gegeben murben, fonbern ben Wegenftand einer befonberen Berrechnung bilden, umsomehr, als A aus bem obigen anberen Geschäfte setbst noch ein Guthaben anspricht. - Die zweite Inftang bat bei bem Umftande, ale nach bem Boranftebenben die Liquiditat ber angemel= beten Forderung immer zweifelhaft erscheint, verordnet, daß die 300 fl. ausgeschieden, einstweilen, bis jur Austragung ber Sache auf bem Rechtswege, gerichtlich beponirt werben, und bag ber Erecut B mur Geltendmachung feiner Unfpruche auf Die 300 fl. binnen feche Bochen nach Rechtstraft ber obergerichtlichen Berordnung als Rlager wiber A bei fonftigem Berlufte feiner vermeintlichen Anspruche aufzutreten babe.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung der zweiten Instanz. Gründe: A gründet seine Forderung nur auf einen psandweise einverleibten Schuldschein und die an ihn ausgestellte Cession; er hat aber weder ein gegen den Schuldner B erwirktes Erstenntniß oder einen mit selbem geschlossenn gerichtlichen Bergleich, wodurch die Richtigkeit seiner Forderung bei dem Widerspruche des Schuldners erwiesen würde, für sich und muß selbe erst im ordentlichen Rechtswege gegen Letzteren darthun, da im Wege der Zuweisung eines Meistgebotes über die noch nicht sestgekelte, sondern vom Schuldner bestrittene Liquibität der angemeldeten Forderungen nicht

entichieben werben fann.

## Mr. 3152.

Aenderung des Klagrechtes. Beweiskraft des Schuldscheines: nachträgliche Beisetzung der Unterschrift der Zeugen in Abwesenheit des Schuldners.

Enisch, v. 10. Nov. 1868, Nr. 10473 (Best. bes bas Urth. bes B. G. Landed v. 27. Mai 1868, Nr. 1891, aband. Urth. des O. L. G. Junsbrud v. 23. Juli 1868, Nr. 2455). G. Z. 1869, Nr. 7.

A flagte feinen Bater B auf Bahlung eines Darlebens; Die Rlage war gestützt auf einen von B und zwei Zeugen unterschriebenen Schulbichein. B bestritt ben Empfang eines Darlebens und ben Umftand, daß er vor ben Beugen ben Schulbichein unterfertigt, ober fie um beffen Unterschrift ersucht habe. A gab zu, bag er felbst bie Beugen fpater um die Beifetung ihrer Ramen angegangen babe, auch nicht alle 300 fl. aus einem Darleben, sonbern aus verschiebenen Befchaften entftanben feien. - Die erfte Inftang verurtheilte ben B jur Bahlung, weil er bie fragliche Urtunde unterfertigt habe und nirgenbe vorgeschrieben ift, bag ber Aussteller einer Brivaturfunbe felbe, bamit fie Giltigkeit habe, in Gegenwart von zwei Zeugen unterfdreiben muffe. — Das Obergericht wies ben Rlager ab. Grunbe: Die ermahnte Urfunde tann jum Beweise eines Darlebens nicht geltend gemacht werben, ba fie nicht nach Aufforberung bes Schulbners, fonbern in beffen Abwesenheit von bem Gläubiger ben Beugen gur Mitfertigung vorgelegt wurde. Es erhellt übrigens aus ber Berhandlung, bag in felber nur jum Scheine ein Darleben als Rechtstitel aufgeführt wurde, und bie berfelben ju Grunde gelegten Rechtsanspruche bes Rlagers find geklagterfeits wiberfprochen, und auch, abgesehen von ber unstatthaften Aenderung des Rlagrechtes in der Schlußrede, keine ftichhältigen Beweise bafür angeboten.

Der oberste Gerichtshof bestätigte bas obergerichtliche Erkenntniß in ber Erwägung, baß ein Darleben eingeklagt und als Beweis dafür ein Schulbbrief, welcher benselben Forberungstitel enthält, beigebracht wurde; baß ber Rläger selbst gesteht, ber Geklagte habe ben Schulbbrief nicht eigenhändig geschrieben und die Zeugen ihre Fertigungen nur auf einseitiges Ansuchen bes Rlägers beigeset; daß der Schuldbrief dem Widerspruche des Geklagten gegenüber nach §. 182 westgal. G. D. einen Beweis herzustellen nicht geeignet ist und der Rläger in der Schluftrede selbst den in der Rlage gektend gemachten Titel als nicht

bestebend angibt.

### Mr. 3153.

Unzuläfsigkeit ber Executionsführung bes Cefsionars auf Grund eines für ben Cebenten ergangenen Urtheils.

Entich. v. 10. Nov. 1868, Rr. 10742 (Ausbeb. ber Deer. des B. G. Mariabilf in Wien v. 11. Angust 1868, Rr. 12567, und des O. L. G. Wien v. 26. Angust 1868, Rr. 16194). G. H. 1869, G. 127.

Dem rechtsfräftigen Urtheile, wodurch B bem C zur Zahlung von 15 fl. conbemnirt worden war, indossirte C bie Cesson der Forderung an A, welcher nun unter Borlage dieses Documentes die Execution gegen B begehrte. — Das in erster Instanz abzewiesene Gesuch

wurde vom D. 2. . bewilligt.

Auf ben Recurs bes B hat ber oberste Gerichtshof "in Erwägung, baß A bie in seinem Executionsgesuch gegen B geltend gemachten Rechte, soweit sie ihm persönlich zustehen, aus einer Privaturkunde, nämlich aus der Cession ableitet, auf beren Grund er wohl, nach §. 298 a. G. D., zu einer Executionsklage, allein nicht zur unmittelbaren Executionssührung im Sinne des §. 301 ebendort berechtigt ist", mit Abänderung der untergerichtlichen Berordnungen dem Gerichte erster Instanz die Berbescheidung des Gesuches des A als Executionsslage nach §. 298 a. G. D. und Hofder. v. 7. Mai 1839, J. G. S. Nr. 358, ausgetragen.

# 9dr. 3154.

Ungiltigkeit der in Abwesenheit des Executionsführers und Executen (und nach Tilgung der Schuld) vorgenommenen Feilbietung.

Entich. v. 10. Nov. 1868, Rr. 11019 (Best. bes Decr. bes B. G. Kornensburg v. 12. August 1868, Rr. 6073, Aband. bes Decr. bes O. L. G. Wien v. 17. Sept. 1868, Rr. 17897). G. B. 1869, Rr. 51.

Am 7. August 1868 sollte auf Executionssährung bes A wirer B eine inzwischen von letterem auf C übergegangene Satpost zum zweiten Male feilgeboten werben. Beibe unmittelbar Betheiligte blieben aus; ba jedoch die Einschaltung bes Edictes in der "Wiener Zeitung" zu constatiren war und die verschiebenen Kauflustigen die Bornahme der Feilbietung begehrten, schritt das Gericht hiezu mit dem im Protosolle ausdrücklich bemerkten Borbehalte, daß die Rauflustigen für die aus der Ausbedung des Actes erwachsenden Kosten haften sollten. Als nun am 8. August ein Löschungsgesuch des Schuldners der Satpost, gestütt auf eine am 30. Juni 1868 ausgestellte Duittung, einlangte, hob die erste Instanz den Feilbietungsact

auf. — Die zweite Instanz hat, in Erwägung, daß bei der gehörig erfolgten Kundmachung der Feilbietung, bei der Anwesenheit von Kaufelustigen und, da von Seite des Executionsführers eine Abstehung rechtzeitig nicht einlangte, diese executive Feilbietung als gesehmäßig vorgenommen erscheint, und daß ein Gericht im streitigen Berschren nicht berechtigt ist, die von ihm vorgenommenen Acte selbst aufzubeben, dem Gerichte erster Instanz ausgetragen, die vom Ersteher begehrte executive Einantwortung der Sappost und zugleich den gericht-

lichen Erlag bes Meiftgebotes zu verfügen.

Der oberfte Berichtshof bestätigte ben erftgerichtlichen Beicheib. Grunbe: Da mit Rudficht auf ben Umftand, bag von Seite bes Executionsführers ober im Namen besfelben jum zweiten Licitationstermine vom 7. August 1868 bie mit bem Befcheibe vom 24. Juli 1868 vorgeschriebene Borlage bes Ausweises über bie Ebictstund= machung nicht erfolgt und überhaupt Riemand erfchienen mar, bie Feisbietung auf Andringen ber Laufluftigen und mit bem Borbehalte ber Aufbebung berfelben, und mit ber von den Licitanten abgegebenen Erklärung, im Falle einer folchen Aufhebung für bie Roften zu haften, vorgenommen worden ift, fo ftanb bem Gerichte, ba aus ber Eingabe bom 8. August 1868 flar wurde, bag in bem berührten Benehmen bes Executionsführers wirklich ein felbftverftanbliches Abstehen von ber weiteren Execution lag, auch ju, ben unter Bustimmung ber Licitanten nur bedingnigweise ertheilten licitatorifden Bufdlag für unwirffam zu erklaren, und es ftellt fich bemnach ber angefochtene erftrichterliche Beideib als gerechtfertigt bar.

# Mr. 3155.

Abgrenzung des streitigen Berfahrens vom nicht streitigen: Einsprache des Berkänsers gegen Superpränotationen zu Lasten des Käusers.

Entich. v. 10. Nov. 1868, Rr. 11037 (Best. bes Decr. bes L. G. Wien v. 19. Juni 1868, Rr. 32871, und bes O. L. G. Wien v. 5. August 1868, Rr. 14643). G. Z. 1869, Rr. 6.

Die B hatte ein haus erstanden und zwar die Pranotation ihres Sigenthumsrechtes nicht aber die Sinantwortung erwirkt. Sie schloß mit den Cheleuten A Bunktationen ab, vermöge deren sie diesen das Haus weiter verlanfte, ihnen gestattete, ihr Kaufrocht pranotiren zu lassen, und sich verpsichtete, ihnen nach erlangter Sinantwortung die Intabulation gegen gleichzeitige pfandrechtliche Sicherstellung des Laufpreises zu gewähren. Am 22. Mai 1868 baten die Eheleute A unter Borlage aller Urfunden um die Einverleibung sowohl ihres

Eigenthumsrechtes als auch des Pfandrechtes der B. Inzwischen hatte aber ein Gläubiger der Impetranten auf der Pranotation ihres Kaufrechtes die Einverleibung des Pfandrechtes für seine Forderung per 5000 fl. erwirkt und B recurrirte gegen die Bewilligung des Gesuches der A, weil sie nunmehr mit ihrer Kauspreissorderung in die zweite Priorität gerathe.

Beibe höheren Inftanzen wiesen ben Recurs ab, weil bie Angelegenheit nur im orbentlichen Rechtswege ausgetragen werben tonne.

### Mr. 3156.

Bereinbarung auf schriftliches Verfahren "mit Borbehalt ber Rechtswohlthaten bes summarischen Verfahrens": Unzulässigkeit ber a. o. Revision.

Entig. v. 10. Rov. 1868, Rr. 11094 (Beft. des Decr. des D. L. G. Prag v. 21. Sept. 1868, Rr. 29594). G. H. 1868, S. 424.

In bem nach ben Borfdriften bes fummarifden Berfahrens eingeleiteten Proces bes A gegen B pto. Zahlung von 10 fl. trafen Die Parteien bas Uebereinkommen, bag bas fchriftliche Berfahren "mit Borbehalt ber Rechtswohlthaten bes Summarverfahrens" ftattfinden foll. B wurde in erfter und zweiter Inftang fachfällig und ergriff bie a. o. Revisionsbeschwerbe, welche vom oberften Gerichtshofe aus folgenden Grunden als ungulaffig abgewiesen murbe. Bu ben Rechtswohlthaten bes summarifchen Berfahrens, welches von ben Parteien nach jeder Richtung mit ber alleinigen Abweichung, daß fie Sasfcriften wechselten, beobachtet wurde, gehört auch die Rorm bes &. 51 bes Gefeges über ben summarischen Civilproceg, welche bas überhaupt nur bei offenbarer Acten- und Gesetwidrigkeit gestattete Rechtsmittel ber a. o. Reviftonebefcwerbe gang ausschließt, um ben Parteien jebe Bergögerung bes Austrages ber fummarifc verhanbelten Streitfache unmöglich ju machen; und es ift nicht anzunehmen, bag bie Barteien, indem fie bas obenermabnte Uebereinkommen trafen, nicht auch biefe Rechtswohlthat bes fummarischen Berfahrens fich vorbehalten wollten.

# Nr. 3157.

Bollstreckung bes auf Rechnungsablage lautenben Urtheils wiber bie Erben.

Enisch, v. 11, Nov. 1868, Rr. 11078 (Best. der Detr. des H. G. Wien v. 19. Juni 1868, Rr. 55808, und des O. L. G. Wien v. 9. Sept. 1868, Rr. 17207). G. H. 1869, S. 41.

M und N waren bem A rechtsfraftig zur Ablage ber Rechnung und Bilang über ben mit Betheiligung bes A betriebenen Bolghanbel

verurtheilt worden und sind darauf gestorben. Auf das Executionsgesuch des A hat nun das Gericht erster Instanz den Erben von M und N, beziehungsweise nach dem ebenfalls schon eingetretenen Tode des Erben des N seinem Erben die Ablage der Rechnung bei sonstiger Geldstrafe aufgetragen und wurde dieser Erlaß in zweiter Instanz mit Erweiterung der Frist und Herabsetung des Betrages der angebrohten Strase bestätigt. Dagegen ergriffen die Executen den a. o. Recurs, worin sie behaupteten, daß hier nicht die Executionsart des J. 310 a. G. D., sondern jene des J. 309 ebendort Anwendung sinde, weil die Rechnung auch von einem Oritten gelegt werden tönne; wenn die Rechnung nur von den ursprünglichen Gesellschaftern M und N versaßt werden könnte, so sei der Austrag an deren Erben unzulässig, im anderen Falle aber könne die Rechnung so gut wie von einem Oritten versaßt werden.

Der oberfte Gerichtshof verwarf ben Recurs, weil bie zu legende Rechnung offenbar nur mittelst jener Behelfe, die blos ben zur Rechnungsablage verurtheilten Geschäftstheilnehmern ober ihren Erben und Rechtsnachfolgern zu Gebote stehen, verfaßt werden kann, folglich keineswegs ebensogut von einem Dritten zu Stande zu bringen ist, in dem vorliegenden Falle also die Execution ganz ordnungsgemäß

nach §. 310 a. G. D. bewilligt wurde.

# Mr. 3158.

Fibeicommissarische Substitution: Unzulässigkeit der Executionsführung auf die dem instituirten Erben zustehenden Rechte. Entsch. v. 11. Nov. 1868, Nr. 11236 (Best. des Decr. des L. G. Wien v. 17. Juli 1868, Nr. 16392, Aband. des Decr. des D. L. G. Wien vom 9. Sept. 1868, Nr. 17489). G. Z. 1869, Nr. 28.

A bat um executive Schätzung ber bem B gehörigen Halfte eines Hauses, und als geltend gemacht wurde, daß auf dem Hause eine stoeicommissarische Substitution zu Gunsten des Nachbars B hafte, modificirte er sein Executionsbegehren dahin, "es sei die executive Schätzung der dem Gegner auf die fragliche Haushälfte zustehenden Rechte mit Rücksicht auf die Substitution zu bewilligen und seien hiezu Rechtsverständige beizuziehen."

Die erste und britte Instanz wiesen dieses Gesuch ab, lettere in Erwägung, daß nach §. 613 a. b. G. B. das durch eine sideicommissarische Substitution eingeschränkte Eigenthumsrecht des einzesetzen Erben ihm mit Ausschluß jeder Berfügung über die Substanz nur die Rechte eines Fruchtnießers gibt, daß durch §. 507 a. b. G. B. die Uebertragung des Rechtes eines Fruchtnießers auf einen

Anderen ausgeschloffen ift, und bag baber einem auf die Rechte eines Fruchtnießers eingeschränkten Eigenthume gegenüber weber die executive Schähung des Gegenstandes ber Fruchtnießung noch jene des Fruchtgenuffes als ein zulässiges Executionsmittel fich barftellt.

### Mr. 3159.

Berurtheilung zur Herausgabe einer angeblich werthlosen und in Verlust gerathenen Urkunde.

Entich, v. 12. Nov. 1868, Rr. 8788 (Beft, bes das Urth. des B. G. Renden in Wien v. 28, Mai 1868, Rr. 7966, aband. Urth. des O. L. G. Wien v. 2. Juli 1868, Rr. 12044). G. H. 1869, S. 208.

Die Klage bes A wiber B wegen Zurückftellung einer Ceffions, urkunde per 100 fl., welche der Kläger dem Bellagten zur Eincaffirung der darin von C dem Kläger cedirten Forderung an D übergeben hatte, wurde in erster Instanz unbedingt, von dem D. L. G. aber nur für den Fall abgewiesen, als der Beklagte durch den von ihm deferirten Haupteid die seinerseits eingewendete, dom Mäger abgeleugnete Thatsache der bereits geschehenen Zurückstellung des Documentes beweisen würde.

Der oberfte Gerichtshof beftätigte bas Urtheil ber ameiten Instang mit folgenden Bemerfungen in ben Motiven: Bei ber Enticheibung biefes Broceffes tommt es nicht barauf an, ob bie Ceffionsurtunde mit allen für ihre Beweistraft nothigen Formlichleiten verfeben mar, ob und welchen Werth fie für ben Rlager habe (welcher im Broceffe beren Werthlofigteit behauptet batte, weil fie vom Cebenten C nur mit Rrengzeichen ohne Beugen unterfertigt gewesen fei); genug an bem, bag bie Urfunde bem Beflagten, wie er felbft geftanb, übergeben und von ihm zur Bermahrung übernommen murbe. Der von ihm im Revisionszuge angeführte Beichwerbegrund, bag er nach fo vielen Jahren außer Stande fei, die ihm abhanden gefomment Urtumbe herbeizuschaffen, mithin bom D. L. G. (fitte ben Rall bes nicht erbrachten Beweifes burch ben Saupteib) ihm eine unmögliche Leiftung aufgetragen murbe, tann, abgesehen bavon, bag er biefen Umftand in ber Berhandlung felbft nicht vorgebracht bat, auch beebalb nicht in Betracht tommen, weil die Erörterung ber Frage: ob bit Burudftellung ber Urfunde möglich ober nicht, ohnehin Gegenstand ber eventuellen Executioneführung fein wirb.

### Mr. 3160.

Ungiltigkeit eines munblichen Testamentes wegen Mangels ber übereinstimmenben Aussagen ber brei Zeugen.

Entich. v. 12. Rov. 1868, Rr. 9676 (Beft. der gleichförmigen Urth. bes B. G. der Alt- und Renftadt Brag v. 16. März 1867, Rt. 55975 und bes D. L. G. Brag v. 14. Jäuner 1868, Rr. 85997). G. H. H. S. L.

Die Rlage bes A gegen B pto. Giltigkeit bes Runcupativ= teftamentes bes M murbe von allen brei Inftangen abgewiesen. Grunde ber britten Inftang: Der Beflagte leugnete, bag M Aberhaupt und inebefonbere, bag er in gleichzeitiger Gegenwart von drei Reugen teftirt habe. Diefe Regation erscheint insofern bestätigt, als von ben brei Beugen, C, D und E, vor benen M nach ter Anführung ber Rlägerin feinen letten Willen munblich erklart haben foll, und welche fammtlich bereits im Ginne bes g. 586 a. b. G. B. bei Gericht eidlich vernommen worden sind, der Zeuge E laut Protokoll Einrebebeilage Rr. 1 mit Bernfung auf feinen Gib angab, zu M als Testamentezenge gerufen worben und bort mit ben Beugen C und D gleichzeitig gegenwärtig gemefen ju fein, wo fodann C und D und bie Rlagerin mit M barüber gesprochen hatten, mas Giner und ber Undere von teffen Ungehörigen erhalten foll, bag aber er felbit auf biefes Gerebe nicht geachtet, nichts bavon im Gebachtniffe behalten habe und nichts bavon miffe, bag M in ber That munblich teftirt habe und welchen Inhaltes beffen Berfugung gemefen fei. Durch biefes Protofoll und bas bamit übereinstimmenbe Geftanbnig ber Rlagerin felbst ist jebenfalls vollständig bewiesen, daß alle brei Bengen, in beren Gegenwart M munblich teftirt haben foll, barüber nach §. 586 a. b. G. B. bereits gerichtlich und eiblich vernommen worben find, bag aber ber Beuge E bie Errichtung bes Teftamentes überhaupt und inebesondere beffen angeblichen Inhalt nicht zu bestätigen vermochte; bag bemnach bie Rlagerin, es mogen bie beiben anberen Beugen wie immer ausgesagt haben oder nach dem von ihr über die Weisartikel Rlagbeilage lit. A angebotenen Beweis auszusagen im Stande sein, bem im &. 586 a. b. B. normirten Erforderniffe ber Rechte. fraftigfeit eines munblichen letten Billens, bestebend in ber burch bie übereinstimmende Ausfage aller brei Beugen erfolgenden Bestätigung bes letten Billens, ju entsprechen nicht vermag, indem bie im citirten Baragraphe für ben einzigen Fall: wenn einer ber Beugen nicht mehr vernommen werben konnte, gestattete Ausnahme, wonach zu Diesem Rechtsfräftigfeitsbeweise bie Ausfage ber beiben übrigen Beugen genugt, bier gar nicht mehr eintreten tann, weil eben alle brei Beugen wirflich eiblich vernommen worden find. Die Abweifung bes auf Anertemung ber Rechtsträftigfeit ber von M angeblich am . . . . in gleichzeitiger Wegenwart ber brei Bengen C, D und E munblich errichteten lettwilligen Anordnung und auf Ausschließung ber gefetlichen Erbfolge gestellten Rlagbegehrens ift baber in ber Sache und im Befete begrundet.

### Nr. 3161.

Actio negatoria: Erwerb im Bertrauen auf das öffentliche Buch?

Entich. v. 12. Nav. 1868, Rr. 10833 (Beft. des Urth. des B. G. Oswiccim v. 15. Dec. 1867, Rr. 2178, Aband. des Urth. des O. L. G. Aralan v. 7. Mai 1868, Rr. 6308). G. H. 1869, S. 66.

Gegen bie negatorifche Rlage bes A, intabulirter Eigenthumer bes grundbücherlich nicht belafteten Gutes X, wider B wegen angemaßten Bebrauches von mehreren baju gehörigen Adergrund. ftuden und auf Berausgabe berfelben producirte ber Betlagte ben Bertrag, mit welchem er bem D, Auctor bes flagerischen Bormannes C, bas Gut X verlauft und babei ben lebenslänglichen Rusgenug von ben fraglichen Medern fich vorbehalten hatte und erbot fich, burch Beugen zu beweisen, bag D beim Bertaufe bes Gutes an C biefem und ebenfo C, ale er es bem Rlager verlaufte, bem Letteren bom Bestande ber Servitut Mittheilung gemacht bat. - Auf Diefen Beweis ertannte bas Bericht erfter Inftang, mogegen bas D. L. G. bem Rlagbegehren fofort ftattgab, weil ber im producirten Bertrage vorbehaltene Diegbrauch grundbucherlich nicht ausgezeichnet ift, baber nur gegen ben Contrabenten, nicht gegen ben Rlager geltenb gemacht werben tann und somit ber angebotene Beweis, bag letterer bavon Renntnig batte. irrelevant ift.

Der oberste Gerichtshof bestätigte bas Urtheil ber ersten Instanz. Gründe: Die streitige Dienstbarkeit, zwar nicht intabulirt, war nach ber Anführung bes B so geartet, daß sie für Jedermann, insbesondere aber für die nächsten Angehörigen des Käusers D, nämlich C und A, auf welche das Gut nachher überging, seit einer Reihe von Jahren erkennbar gewesen ist. Bon dem durch den Beklagten angebotenen Zeugenbeweis darf daher nicht Umgang genommen werden, weil daraus erhellen wird, ob die Angabe des Klägers, das Gut im Bertranen auf die öffentlichen Bücher erworben zu haben, auf Wahrheit beruhe und er sohin im guten Glauben gewesen sei.

# Mr. 3162.

Donatio mortis causa: Berhältniß der Realinstanz zur Abbandlungsbebörde.

Entich. v. 17. Rov. 1868, Rr. 11227 (Aband. ber gleichförmigen Derr. bes R. G. Olmith v. 3. Inli 1868, Rr. 4046 und bes O. L. G. Brunn v. 15. Sept. 1868, Rr. 10434). G. 3. 1868, Rr. 103.

A hatte seinem Sohne M 4000 fl. auf ben Todessau geschentt und auf Grund ber Schenkung wurde für dieselbe bas Pfandrecht

auf die Realität des A einverleibt. Rach bem Tode des M hat bie Abhandlungsbehörde auf Anlangen bes A bewilligt, daß die auf beffen Realität pfandweise versicherten 4000 fl. grunbbücherlich geloscht werben, und ersuchte bie Realinstanz um beren Bornahme, welche jedoch von berfelben abgelehnt murbe, weil fie bie Schentungeurfunde nicht als Bermächtnig, sonbern als einen Bertrag anfah, Die Löschung ber intabulirten Forberung baber, nachdem es fich um ein Bertrags. recht handelt, welches gemäß &. 918 a. b. 3. B. auf die Erben übergebt, nur auf Grund einer Erflarung bes Berechtigten ober ber Rechtsnachfolger besfelben, ober aber auf Grund eines gerichtlichen Ertenntniffes erfolgen fann. - Das D. E. G. bestätigte Diefe Ent= fceibung aus folgenden Grunden: Wenn auch ber Tabularrichter nicht berufen ift, die Rechtmäßigfeit einer Amtshandlung bes Ertenntnigrichters zu beurtheilen, fo ift es boch feine Bflicht, ju prufen, ob jene Urfunde, auf beren Grunde eine Grundbuchshandlung vorgenommen werben foll, auch mirklich geeignet fei, die Erwerbung ober Erlöschung bes Rechtes, welches bie Grundbuchshandlung jur Folge haben foll, ju bewirken. Da nun über die Erlofdung des dem M aus ber Schenfungeurfunde ermachfenen und grundbucherlich fichergestellten Rechtes feine andere Urfunde vorliegt, ale ber Rathichlag bee Abhandlunge. gerichtes, in welchem ausgesprochen ift, bag fich bie Schentung als eine Schenfung auf ben Tobesfall bes Wefchenigebers berausstellt, und fomit burch bas frühere erfolgte Ableben bes Beichenfnehmers nach §. 956 a. b. 3. B. wirtungelos geworben fei; ba weiter Die Beurtheilung und Entscheidung, welche Rechtewirtung ein vom Erblaffer geschloffener Schenkungevertrag babe, nicht bem Abhandlungerichter austeht, und ber lettere noch weniger competent ift, bie grundbucher= liche Lofdung eines Bertragerechtes ju bewilligen, indem Die Bewilligung einer bucherlichen Gintragung bemfelben nur in bem einzigen im &. 177 bes Batentes vom 9. August 1854, R. G. Bl. Nr. 208, vorgesehenen, hier nicht eintretenben Falle gufteht; ba endlich auf Grund einer von einem incompetenten Richter erlaffenen Erledigung eine grundbücherliche Amtebandlung nicht vorgenommen werden fann, und ber Tabularrichter nicht berechtigt ift, eine von einem offenbar unzuftandigen Richter angesuchte bucherliche Eintragung zu vollziehen, mußte ber erftgerichtliche Bescheid bestätigt werben.

Der oberfte Gerichtshof verordnete jedoch den Bollzug der Löschung, weil, nachdem die hiezu competente Abhandlungsbehörde ausgesprochen hat, daß gegen die Löschung der erwähnten Forderung tein Anstand obwaltet, die Realbehörde auf Grund dieser Erklärung auch die Löschung zu vollziehen hatte, ohne sich in eine Beurtheilung darüber einzulaffen, ob die von der Abhandlungsbehörde gefällte Ent-

scheibung richtig mar ober nicht.

### Mr. 3163.

Ungiltigerklärung ber executiven Feilbietung wegen voransgegangener Tilgung ber Schulb und wegen Bornahme burch einen Kanzleibeamten.

Entich. v. 17. Nov. 1868, Rr. 11280 (Best. des das Decr. des B. G. Seelswitz v. 20. Inii 1868, Rr. 5590, aufheb. Decr. des D. L. G. Brünn v. 10. Sept. 1868, Rr. 10289). G. Z. 1868, Rr. 103.

Einen Tag vor bem britten Termine ber executiven Feilbietung ber Realität bes A bezahlte bieser in ber Kanzlei bes zufällig abwesenben Bertreters bes Executionssührers seine Schuld an den Kanzleibirector besselben, welcher ihm nicht nur eine Quittung und Erflärung, daß es von der auf ben folgenden Tag anderaumten Feilbietung abzutommen habe, ausstellte, sondern auch die Schulddocumente und die Originalvollmacht des Executionssührers auf seinen Bertreter behändigte. Mit diesen Urfunden versehen, begab am Licitationstage Assichtung betrauten Kanzlisten um Ablassung von derselben. Der Feilbietung betrauten Kanzlisten um Ablassung von derselben. Der Feilbietung, bei welcher B die Realität erstand. Dagegen brachte A die Nullitätebeschwerde ein, und zwar auch beshalb, weil die Feilbietung nur von einem Kanzlisten, nicht von einem geprüften Richter und einem Schreiber (§. 331 a. G. D.) abgehalten wurde.

Das D. L. G. und auf ben Recurs bes B auch ber oberste Gerichtshof haben bie Feilbietung aufgehoben. Gründe ber britten Instanz: Nach S. 331 a. G. D. soll die öffentliche Bersteigerung eines umbeweglichen Gutes in Gegenwart einer Gerichtsperson und eines Schreibers vorgenommen werden, was auch auf dem Lande entweder rom Bezirsrichter ober bessen, was auch auf dem Lande entweder rom Bezirsrichter ober bessen zur Ausübung des Richteramtes befähigten Stellvertreter mit Zuziehung eines beeideten Schriftshrers zu geschehen hat, wie aus der Bergleichung der SS. 188 und 247 des Patentes vom 3. Mai 1853, R. G. Bl. Nr. 81, unzweiselhaft hervorgeht. Es mußte demnach die Feilbietung annullirt werden, und zwar umsomehr, als dieselbe, wie aus der Rücktellung des Schuldsscheines an den Executen und aus der Einhändigung der Originalvollmacht des Exequenten an denselben mit Bestimmtheit hervorging, gegen den Willen des Exequenten und zu einer Zeit vorgenommen wurde, in welcher die exequirte Forderung wirklich bereits bezahlt war.

# Mr. 3164.

Execution zur Sicherstellung: Unzulässigkeit ber Berbindung von Pfändung und Sequestration.

Entsch, v. 17. Rav. 1868, Rr. 11285 (Best. bes bas Decr. bes H. G. Prag v. 28. Juli 1868, Nr. 28777, abanb. Decr. bes O. L. G. Prag v. 25. August 1868, Rr. 25928). G. H. H. 259.

Das in erster Instanz bewilligte Gesuch bes A gegen seinen Bechselschuldner B um sicherftellungsweise Execution burch Ginver-leibung bes Pfandrechtes an der Liegenschaft des B und durch Sequestration derselben wurde vom D. L. G. in Betreff der Sequestration abgewiesen.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte die Entscheidung ber gweiten Inftang. Granbe: Aus bem Zwede ber ficherstellungsweisen Grecution ergibt fich ber Grundfat, daß - fobald ber Gläubiger die verlangte Sicherstellung burch ein ibm bewilligtes Executionsmittel gefunden haben fann - er ein weiteres ju begehren nur bann berechtigt ift. wenn er nachweift, daß bas ihm bewilligte Executionsmittel gur Sicherftellung feiner Forberung nicht hinreicht, indem fonft bie Unwendung ber ficherftellungsweisen Executionsmittel gur Beration und ungerechtfertigten Befdrantung bes Schuldners in ber freien Berfügung mit feinem Bermögen migbraucht werben tonnte. Diefer Grundfas hat auch in ben §§. 3 und 5 ber Justizministerialverordnung vom 18. Juli 1859, Rr. 132, und in ben §§. 4 und 6 ber Juftigministerialverordnung vom 18. Juli 1859, R. G. Bl. Nr. 130, feinen flaren Ausbrud gefunden, ba in ben erfteitirten brei Befetsftellen bei Aufgablung ber Acten ber ficherstellungsweisen Execution in erfter Linie immer nur von Pfanbung und Schapung ober, nicht und Sequestration die Rebe ift und inebesondere ber gulett bezogene Baragraph in dem Falle, wenn die Execution in größerem Umfange, als jur Sicherfiellung ber Forberung und Rebengebubren nothig, bewilligt ober vorgenommen murbe, ben Schuldner berechtigt, Die Beidranfung berfelben ju verlangen.

# Nr. 3165.

Nichtberücksichtigung ber von einem geistlichen Gerichte in Chesachen von der Wiederherstellung der staatlichen Chegerichte ausgesprochenen Delegation.

Entig. v. 17. Nov. 1868, Nr. 11319 (Best. bes das Decr. bes L. G. Brünn v. 22. Sept. 1868, Nr. 7404, ababb. Decr. des O. L. G. Brünn v. S. Oct. 1868, Nr. 12186). G. Z. 1869, Nr. 8. Gerichtsbete 1869, Nr. 1.

Grunde ber britten Inftang: Rach Art. III bes Gefetes vom 25. Mai 1868, R. G. Bl. Rr. 47, ift bie Gerichtsbarteit in

Chefachen ber Ratholiten, sowie ber übrigen driftlichen und nichtdriftlichen Confessionen nunmehr ausschließlich burch Diejenigen weltlichen Gerichte auszuüben, Die vor bem 1. Janner 1857, mit welchem Die geiftlichen Chegerichte in Wirkfamteit traten, nach ben Jurisdictionsnormen vom 22. December 1851 und 20. Rovember 1852 biegu berufen maren. Gemäß §. 14 ad a ber für Dabren geltenben 3. R. vom 20. November 1852, R. G. Bl. Nr. 251, waren die nicht ein= verständlichen Scheidungen von Tifch und Bett ber Entscheidung ber Berichtshofe erfter Inftang porbehalten, in beren Sprengel ber Geklagte zur Zeit ber Anbringung ber Rlage feinen orbentlichen Bobufis batte. In bem von ber A wider ihren Gatten B anbangig gemachten Chefcheibungsproceffe aber hatte ber Getlagte gur Beit ber wiber ibn am 13. Mai 1862 angebrachten Rlage in Brunn feinen orbentlichen Wohnsit und eben barum batte biefe Rlage, wenn zu jener Zeit nicht schon die geistlichen Chegerichte activirt gewesen wären, bei dem L. G. in Brünn angebracht, in Berhandlung genommen und in erster Instanz über felbe enticieben werben muffen. hieraus folgt, bag nach Art IV, 8. 4 bes Gefetes vom 25. Mai 1868, Rr. 47, bann nach ben §§. 24 und 25 der Ministerialverordnung v. 1. Juli 1868, R. G. Bl. Rr. 80, eben nur bas Brünner L. G. berufen erscheint, die über biese Chescheibungsangelegenheit bis nun bei ben competent gewesenen geift. lichen Chegerichten anhängige, noch immer in erfter Inftang fowebente Berhandlung fortzuführen und zu biefem Ende wegen Uebernahme Der nöthigen Berhandlungsacten sich an bas betreffenbe Orbinariat ju wenden, jumal auf diese klaren gesethlichen Jurisdictionsbestimmungen weber ber Umftanb, bag ber Geflagte B im Buge biefes bereits anbangigen Chefcheidungsproceffes feinen orbentlichen Bohnfit geandert, namlich nach Bien verlegt hat, noch bie vom erzbischöflichen Metropolitangerichte zu Olmus als bestandenem geiftlichen Chegerichte zweiter Instanz unterm 7. Mai 1868 verfügte Delegation bes Diocefangerichtes ju Olmus anstatt jenes ju Brunn als geiftliches Chegericht erfter Inftang gur weiteren Berhandlung in Diefer Chefdeibungefache irgend einen beirrenden oder modificirenden Ginflug üben tann.

# Mr. 3166.

Execution zur Sicherstellung: Unzuläffigkeit sofortiger Zurudsweisung eines neuerlichen ohne Nachweis ungenügender Deckung eingebrachten Executionsgesuches.

Entig. v. 17. Nov. 1868, Nr. 11390 (Beft. bes das Decr. des L. G. Wien v. 7. August 1808, Nr. 48714, abänd. Decr. des O. L. G. Wien v. 16. Sept. 1868, Nr. 17623). G. H. H. 1869, S. 59.

Rachdem im Executionsproceffe bes A gegen B in Folge ber vom Beklagten begehrten Erftredung ber Tagfahrt bem Rlager jur

Sicherstellung die Pfandung und Schatzung ber Mobilien bewilligt und vollzogen worden war, begehrte A, wegen nicht hinreichender Sicherstellung durch den Werth der Mobilien, weiters die Pfandung einer Forderung des Beklagten bei C, welche vom Gericht erfter Inftanz wegen des erft zu erbringenden Beweifes der ungenügenden

Dedung bes A verweigert murbe.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte ben abanbernben Befcheib bes D. L. G., welcher ber ersten Instanz die Erledigung ber Bitte bes A mit Abstandnahme von bem ermähnten Abweisungsgrund auftrug, weil A die sicherstellungsweise Pfandung ber Forberung bes B auch gleich. zeitig mit feinem fruberen - bewilligten - Begebren um ficberftellungsweise Pfandung und Schatung des Mobiliarvermogens angufuchen berechtigt gemefen mare; weil in feinem Befuch um Bfanbung ber Forberung biefelbe auch nur als ein wegen nicht erreichter Dedung (burch bie Mobilienerecution) gur Sicherftellung eingubeziehenbes Bermogensobject namhaft gemacht wurde, baber bie Bewilligung biefer Pfändung auch nicht als vom Ergebnig der Mobilienpfändung abbangig angesehen werden tonnte, und weil übrigens bem B nach g. 6 ber Just.-Minist.-Berordn. v. 18. Juli 1859, R. G. Bl. Nr. 130, ohnehin vorbehalten bleibt, die Beschränfung ber Execution gu begebren, wenn er nachweifen tann, bag biefelbe im größeren Umfang als nothig jur vollständigen Sicherstellung ber eingeflagten Forberung nebst Binfen bewilligt und vorgenommen worben ift.

# Mr. 3167.

Zahlung der Schuld eines Dritten. Vertretungsleiftung durch den befriedigten Gläubiger.

Entsch. v. 18. Rov. 1868, Rr. 8872 (Best, des das Urth. des L. G. Salzburg v. 6. Mai 1868, Rr. 1872, aband. Urth. des O. L. G. Wien v. 23. Juli 1868, Kr. 9862). G. H. 1869, S. 2.

Dem C, welcher bem A Hölger zur Ablieferung an B übergeben hatte, verweigerte B die Zahlung des festgesetten Preises von 587 fl., weil C sich nicht mit dem Empfangschein des B ausweisen tonnte. Darauf belangte C den A, welcher den Empfangschein des B haben sollte, auf die Zahlung; A versprach ihm in dem zu Stande getommenen Bergleich die Zahlung, wenn er innerhalb einer bestimmten Frist den Empfangschein nicht beibringen würde, und leistete dieselbe nach verstrichener Frist dem C, der sodann dei Gericht dem A die zu Prototoll gebrachte Erklärung abgab, daß er die 587 fl. von ihm und nicht von B erhalten und daß nunmehr A diese Summe von B zu sordern habe. Auf diesen Sachverhalt gründete sich die

Klage, womit nun A von B die Zahlung der 587 fl. begehrte. Der Beklagte B leugnete den Empfang resp. die an ihn ersolgte Ablieferung der Hölzer, die Entstehung der Forderung des C und deren Uebergang an den Kläger. Nachdem C zur Replik sich dem Kläger als Bertretungsleister beigesellt hatte, bestritt B in der Duplik dessen Sintritt als eine unzulässige Neuerung und aus dem Grunde, weil C dem Kläger nicht regreßpssichtig ist; auch rügte er die Berspätung des Sintrittes. — In erster Instanz wurde der Kläger abgewiesen, weil er die 587 fl. dem C als Ersat dassür gezahlt habe, daß er ihm zur Begründung des Zahlungsanspruches gegen B den ersorderlichen Behelf (Empfangschein) nicht verschaffen konnte, mithin sein aus dem Titel der Intercession nach §§. 1358 und 1423 a. b. G. B. gesstelltes Begehren nicht begründet sei. — Das D. L. G. erkannte auf den Zeugendeweis, den Kläger über die Ablieserung der Hölzer an

ben Betlagten angeboten bat.

In Ermägung, bag über bie Berechtigung bes Rlagers, von B bie 587 fl. zu fordern, nach bem von Ersterem beigebrachten Berichts: prototoll (worin C bie von A ihm geleistete Bahlung bestätigte und ertlärte, baf nun biefer bie 587 fl. von B ju forbern habe) und vermöge bes Eintrittes bes C im Brocef als Bertretungsleifter bes Rlagers tein Ameifel obwalten tann; daß ber &. 49 westg. G. D. nur bie Beit ber Streitverfundung zwischen bem Bertretungewerber und bem Bertretungeleifter regelt, teineswege aber ben freiwilligen spateren Eintritt bes Letteren ausschließt, beffen Bulaffigfeit in bem Hofbecret vom 8. Februar 1809, 3. G. C. Mr. 882, flar aus-gesprochen ift; baß ebensowenig bie Zulässigleit ber Bertretungsleiftung Desjenigen, von welchem nach ben §§. 1358 und 1423 a. b. G. B. die Abtretung seiner Anspruche und Behelfe gefordert werden durfte, im Sinne bee citirten §. 49 weftg. G. D. bestritten werben fann; baf ber Beitritt bes C als Bertretungsleifter bes Rlagers um fo minder eine unguläffige Reuerung begründete, als damit teineswegs bie Behauptung einer neuen Thatfache in ben Proces eingeführt wurde, ba ber Rlager in ber Rlagschrift geltend gemacht hat, bag C mit ber Einklagung ber 587 fl. einverftanden ift, - bat ber oberfte Gerichtehof bas Beiurtheil ber zweiten Instanz bestätigt.

# Mr. 3168.

Wirksamkeit bes von einem Militärstrafgerichte gegen einen Minderjährigen gefällten Erkenntnisses über die privatrechtlichen Ansprüche.

Entig. v. 19. Nav. 1868, Nr. 9195 (Best. des Urth, des L. G. Wien vom 10. Dec. 1867, Nr. 60958, Aband. des Urth. des O. L. G. Wien vom 28. Mai 1868, Nr. 7254). G. Z. 1869, Nr. 29.

Der minderjährige B mard friegerechtlich des Militarverbrechens ber Berwirfung ber Achtung Anderer schuldig befunden und verurtheilt, bem A 770 fl. für Roft, Bohnung und gegebenes Darleben zu erfetzen. A erwirkte bie Pranotation biefes Urtheils und klagte auf

Gerechtfertigt : Erflarung.

Die zweite Instanz wies bas Begehren jurud, Die beiben anderen Inftangen gaben ibm fatt. - Grunde ber zweiten Inftang: Die vorliegende Rlage ift gegen ben Bormund bes minberjährigen B gerichtet und ftrebt offenbar bie Rablung bes ausgesprodenen Betrages aus bem ber vormunbicaftlichen Obforge unterliegenben Bupillarvermögen bes Münbels bes Getlagten an, mas icon baraus hervorgeht, bag bie Gerechtfertigthaltung ber Pfanbrechts= pranotation jugleich begebrt murbe, Bur Begrundung bes Rlagbegehrens beruft fich Rlager lediglich auf den Auszug aus bem friege. rechtlichen Urtheile, aus welchem nichts weiter zu entnehmen ift, als bag ber 22jahrige Unterlieutenant B für verpflichtet erkannt wurde, bem Rläger 770 fl. ju erfeten; basfelbe gibt ben Titel, worauf biefe Erfatpflicht fich grunbet, nicht an. Der Titel liegt aber. wie Rläger replicando jugesteht, nicht etwa in einer strafbaren handlung, fonbern in einer bem Mundel bes Geflagten angeblich gewährten Bohnung, Roft und gegebenen Darleben. Da nach §. 244 a. b. G. B. ein Minberjähriger nicht berechtigt ift, ohne Genehmhaltung ber Bormunbicaft eine Berpflichtung auf fich ju nehmen; ba weiter nach §. 243 ebenbort ber Minberjährige weber als Rlager noch als Getlagter por Gericht erscheinen barf, und im Falle feines Erscheinens feine biesfälligen Aeugerungen in Bezug auf fein Bermögen wirkungslos finb; ba weber aus bem Urtheilsauszuge bervorgebt noch vom Rlager behauptet murbe, baf ber Minberjabrige bei jener Berhandlung, welche bem friegsrechtlichen Erfenntniffe borangegangen ift, burch feinen Bormund vertreten murbe, bemnach bie allfälligen Erklarungen tiefes Dunbels in Abficht auf fein Bupillarvermögen bei biefem rein civilrechtlichen Anspruche bes Rlagers wir : kungelos fint : ba endlich biefes Urtheil nicht gegen ben Bormund als Bertreter bes Minberjährigen gerichtet ift, auch nicht behauptet warb, daß dasselbe ihm zugestellt murbe: so geht es nicht an, durch das triegerechtliche Urtheil ben Anspruch bes Rlagere auf Erfat bee Betrages per 770 fl. in ber Art für ermiesen zu halten, daß die Bormunbicaft bie Rablung aus beffen Bupillarvermogen ju leiften batte, fondern es lag bem Rlager ob, in anderem Bege feinen Anfpruch wider ben gesehlichen Bertreter bes Minderjährigen zu erweisen, mas berselbe aber nicht gethan hat. Gegen ben Minberjabrigen mag bas Urtheil verpflichtend sein, soweit er fich als Minderjabriger nach §. 246 a. b. G. B. felbst verpflichten tonnte; aber fein Pupillarvermögen ift feiner Disposition entrudt, und es tann ber gesetliche Sout bes Baifenvermögens baburch nicht vereitelt merben, bag ber Minberjahrige burch Erklärung vor Bericht fich ohne Bustimmung ber Bormundschaft feines Bermogens entaugert.

Grunbe ber britten Inftang: Der Berpflichtung, in ber Rlage die Thatsache, aus welcher er feinen Anspruch ableitet, ausauführen, und im Wibersprechungsfalle auch ju beweisen, ift Rlager icon burd Anführung und Beibringung bes friegerechtlichen Urtheils nachgetommen, wodurch ihm vom Militarftrafgerichte ein Erfaganfpruch per 770 fl. wider ben minderjährigen B querfannt wurde. Es ift nicht Sache bes Civilrichters, Die Rechtmäßigkeit biefes Erfenntniffes, beffen von competenter boberer Inftang erfolgte Abanderung ober Aufhebung in biesem Brocesse gar nicht behauptet und noch viel weniger bewiesen murbe, ju prufen, und bei bem Beftanbe besfelben muß angenommen werben, bak ber Erfaganfpruch bes Ragers wiber ben Minberjabrigen por bem Strafgerichte geborig erwiesen murbe unt bag biefes über bie Brivatanspruche bes Rlagers ju ertennen berufen mar. Auf bie 88. 243 und 244 a. b. G. B. fann fic ber geflagte Bormund nicht berufen, weil fich bie Unfabigleit eines Minberjahrigen, vor Gericht als Bellagter ju ericheinen, nicht auf Straffalle erftredt, und weil bas vorliegende Rlagbegehren auch nicht auf ein von bem Minberjährigen ohne Buftimmung bes Bormunbes gemachtes Bahlungsverfprechen, fonbern auf feine gerichtliche Berurtheilung jur Erfatleiftung geftust ericeint, welche Berurtheilung nur auf bem Bufammenhange ber Ersappflicht mit einer ftrafbaren Banblung beruben fann. ber Minberjährige bie Schulb, wegen welcher er jum Erfate von 770 fl. verurtheilt murbe, für Roft, Logis und Darleben contrabirte, folieft ten Anfpruch aus einer ftrafbaren Sanblung bes Berurtheilten teineswegs aus, indem eben in ber Art ber Schuldcontrabirung auf Seite bes nach eigener Anführung bes Geflagten wegen bes Militarverbrechens ber Bermirfung bes Anspruches auf die Achtung Anderer verurtheilten Minderjahrigen eine ftrafbare Sandlung gefunden werben fonnte. Der zweite Cat bes &. 248 a. b. G. B. enthalt bie bentliche Bestimmung, bag auch Minberjährige in Sinfict auf verbotene Sanblungen mit ihrem Bermogen verantwortlich find, und es erfceint biese Berbindlichfeit weber im Gefete noch in bem Urtheile ber Rlage auf bas ber freien Berfügung bes Minberjahrigen unterliegenbe Bermogen beschränft, baber bas unter ber Bermaltung bes Bormunbes ftebenbe Bermögen nicht ausgeschloffen fein tann, und es auch nicht barauf antommt, ob ber Bormund icon bei ber Strafverbandlung fich über ben Anfpruch bes Erfagmerbers ju aukern Gelegenbeit batte und ob bas ftrafgerichtliche Erfagertenntnig ibm jugeftellt murbe, ba bie Birfung ber Strafurtheile auch in privatrechtlicher Beziehung, nicht burch eine Intervention bes Bormundes eines Straffalligen ober bie Ruftellung bes Strafurtheils an ihn bedingt ift, und wenn wirflich Die Berurtheilung bes Minberjabrigen auf feinem Geftanbniffe beruht, bas por bem Strafgerichte abgelegte Beständnig eines Minberjährigen au feiner Beweistraft nicht blos in ftrafrechtlicher Begiebung, fonbern auch hinfichtlich ber privatrechtlichen Folgen einer Buftimmung bes Bormundes nicht bedarf.

### Nr. 3169.

Actio negatoria: Unwirksamkeit ber Ersitzung gegen ben Singular-Successor.

Entsch, v. 19. Nov. 1868, Rr. 10341 (Best, des Urth. des B. G. Zičin v. 29. Mürz 1868, Rr. 147, Abünd. des Urth. des D. L. G. Brag v. 7. Juli 1868, Rr. 15001). G. H. 1868, E. 421.

A, grundbücherlicher Eigenthumer einer ihm von C verkauften Liegenschaft, belangte ben B mit der negatorischen Rlage wegen Freiheit seines Grundstückes von der im öffentlichen Buche nicht ausgezeichneten Servitut des Fahrweges. Dagegen wendete der Beklagte die Erwerbung der Dienstbarkeit durch mehr als 30 jährige Ausübung derzselben ein (§§. 1498 und 1470 a. b. G. B.). — Das Gericht erster Instanz erkannte nach dem Rlagbegehren, das D. L. G. gegen dasselbe.

Der oberste Gerichtshof bestätigte bas Urtheil ber ersten Inftanz. Gründe: Das aus Erstsung oder Berjährung erworbene Recht kann Demjenigen, welcher noch vor bessen Intabulation eine Sache oder ein Recht im Bertrauen auf die öffentlichen Bücher an sich gebracht hat, zu keinem Nachtheile gereichen, §. 1500 a. b. G. B. Da nun A die Liegenschaft, bei welcher die Servitut des Fahrweges nicht eingetragen ist, im Bertrauen auf die öffentlichen Bücher erworben hat, und auch nicht vorliegt, daß er bei Uebernahme der Realität von dem factischen Bestand der Dienstdarkeit Kenntniß haben oder mit Anwendung der ersorberlichen Ausmerksamkeit sich verschaffen konnte, mithin die gegen seinen Tabularauctor von B begonnene und auch vollendete Erstsung gegen A nicht sortgesetzt noch geltend gemacht werden kann (§. 1500), so mußte das erstgerichtliche Urtheil bestätigt werden.

### Mr. 3170.

Legitimation zur Procefführung burch die Bollmacht eines vor Einbringung der Klage Berstorbenen: Beitritt der Repräfentanten des angeblichen Klägers im Laufe des Processes.

Eutsch, v. 25. Rov. 1868, Rr. 8584 (Best, des das Urth. des H. G. Wien v. 1. Mai 1868, Rr. 120625, ausheb. Decr. des D. L. G. Wien v. 15. Juli 1868, Rr. 10823). G. Z. 1869, Rr. 5.

A ftarb am 5. August 1865; im November 1866 ward über seinen Rachlaß ber Concurs eröffnet. Am 24. Juni 1865 hatte er jedoch einem Abvocaten Bollmacht und Information zu einer Rlage gegen B ertheilt und biese Klage war einfach auf seinen Namen am 19. April 1866 eingebracht worden. Der Beklagte machte ben Mangel

ber Legitimation zur Procefführung geltenb, worauf in ber Replif bie oben angeführte Information und zulett noch die Bollmacht bes Concursmaffeverwalters beigebracht marb. - Die erfte Inftang berudfichtigte bie Einrebe nicht. Sie bemerfte: Der flagerische Bertreter bat zwar ben vor Ueberreichung ber Rlage exfolgten Tob bes A zugeftanben; allein ba fpater ber Berwalter ber in Concurs veriallenen Berlaffenschaft bes A bem Proceffe bei-, beziehungsweise in benfelben als Rlager eintrat, so erscheint ber gerfigte Mangel ber Legitimation beseitigt. Auf ben Broteft bee Beflagten gegen Diefen Beitritt tonnte feine Rudficht genommen werben. - Auf Die Rullitatsbeschwerbe bes B bob bas D. L. G. bas Urtheil fammt ber Berbandlung einschlieflich ber Rlage auf. Gründe: Da A am 5. August 1865 gestorben mar, tonnte bie Rlage vom 19. April 1866 nur von beffen Erben eingebracht werben, indem bie Concurberöffnung über feine Berlaffenfcaft erft im November 1866 erfolgt ift. Da nun A felbst als Rlager im Rubrum ber Rlage erfcheint, beffen Bollmacht aber nach &. 1022 a. b. B. bereits erloschen mar, eine Bollmacht ber Erben aber nicht vorliegt, fo erscheint die Ginmendung ber mangelnben Rlage legitimation begrundet. Bas nun die weiter behauptete Convalidirung ber Rlage burch Beitritt ber Concursmaffe bes A betrifft, fo muß bervorgehoben werben, daß vom Bertreter bes Rlagers ein Begebren für die Concursmaffe nicht gestellt murbe, und bag bie Actieninrotulirung mit Bezug auf bas ursprüngliche Rlagbegehren erfolgte. Die bei Ergangung ber Berhandlung aufgestellte Behauptung, bag nur aus Irrthum bie factischen Berbaltniffe nicht angegeben murben. tann feineswegs genügen, um jur nachträglichen Inrotulirung für einen nicht benannten Rläger fdreiten zu burfen und ben Gintritt ber Concuremaffe ale Rlagerin ju begrunden, ba bieburch die Stellung ber Parteien eine wefentlich verschiedene wird, und inebesondere ber Geflagte an der Beweisführung burch ben Saupteid, welche er fich ausbrudlich vorbehalten hat, gehindert erfcheint, indem biefe Beweisführung Desjenigen ermangelt, welchem ber Eib aufgetragen merben follte.

Der oberste Gerichtshof bestätigte das obergerichtliche Rullitätserkenntniß aus den darin angeführten Gründen und weil in der Klage schon der mehr als acht Monate früher erfolgte Tod des A ordnungswidig verschwiegen, und badurch deren unbeanständete An-

nahme bewirft worden mar.

#### Mr. 3171.

# Unerlaubte Berabrebung bei einer Feilbietung?

Eutsch, v. 25. Nov. 1968, Nr. 19628 (Best. des das Urth. des B. G. Chrudim v. 9. März 1868, Nr. 1527, abänd. Urth. des Q. L. G. Brag v. 8. Juni 1868, Nr. 16830). G. H. 1869, S. 59.

Die Rlage bes A gegen B pto. Bahlung von 260 fl. war auf folgenben Sachverhalt begrundet: Rach ben Bebingniffen ber auf executives Anfleben bes A ausgeschriebenen Feilbietung einer Liegenschaft tonnte berfelbe bie Rauflustigen vom Erlage bes Babiums befreien. Bei ber britten Berfteigerung entband nun A ben Mitbietenben B vom Babium und ber Lettere erftand bie Liegenschaft. Wie aber A auführte und burch Delation bes Saupteibes an B beweisen wollte, geschah bie Befreiung vom Erlag bes Babiums gegen bas Berfprechen bes B, bag er bie Sappost bes A per 260 fl., fur bie bas Deiftgebot nicht hingereicht haben wurde, bemfelben auszahlen werbe. Gegen die Rlage machte B die Einwendung, bag ihm von A bas Babium unentgeltlich nachgelaffen wurde und bag im anberen Falle nach §. 878 a. b. G. B. und Hfb. vom 6. Juni 1838, J. G. S. Mr. 277, ungiltig fei. - Der letteren Einwendung flattgebend, verwarf bas Gericht erfter Inftang bas Rlagbegebren, mogegen bas D. L. G. auf ben obigen Baupteib erkannte und bei erbrachtem Beweis ben B jur Bablung ber 260 fl. verurtheilte.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas Urtheil ber zweiten Inftang. Grunde: Bird mit bem fententionirten Saupteid bas Uebereinkommen ber Parteien festgestellt, fo ift ber Rlaganspruch vollkommen gerechtfertigt, weil basselbe nicht im Sinne bes §. 878 a. b. G. B. und bes Sfb. v. 6. Juni 1838, Rr. 277, ju ben verbotenen, refp. ungiltigen Bertragen gebort. Denn es enthalt burchaus feine ber öffentlichen Berfteigerung ber Liegenschaft nachtheilige Berabredung; insbesondere mar bas Uebereintommen nicht babin gerichtet, ben B vom Besuch ber Berfteigerung als Mithieter ober vom Mitbieten abzuhalten und ihn zum Mitbieten nur bis zu einer bestimmten Bobe, refp. nach einem gegebenen Magftab ju vermögen, mas alles bem Intereffe bes executionsführenden A wie jenem ber übrigen Tabulargläubiger widerftrebt hatte; gang im Gegentheile hatte es ben 3med, auch bem bas Gelb jum Babiumserlag eben nicht besitzenben B bie Theilnahme an ber Licitation ohne jedwede Beschränfung bes Mitbietungsrechtes zu ermöglichen, also durch ihn die Concurrenz zu vermehren und ein möglichft gunftiges Ergebnig ber Reilbietung ber-

beiguführen.

### Mr. 3172.

. Berpflichtung des von der Tagfahrt ausgebliebenen Beklagten zum Erfat der Kosten, ungeachtet die Tagfahrt nur auf Berlangen des Klägers verlegt ward.

Entich. v. 25. Rov. 1868, Rr. 11546 (Best. des Decr. des B. G. Schwanensstadt v. 21. August 1868, Rr. 2440, Aband. des Decr. des D. L. G. Wien v. 1. Oct. 1868, Rr. 18963). G. Z. 1869, Rr. 17.

Der Kläger A bat auf Ausbleiben des Geklagten B von einer zur Abgabe der Duplik erstreckten Tagsatung um Berlegung derselben und Zuspruch der Kosten der vereitelten Tagsatung, welche Kosten die erste Instanz ihm auch zuerkannte. Auf den Recurs des Bzählte die zweite Instanz ihn von diesem Ersate los. Gründe: Der Kläger hat bei der Tagsatung selbst anerkannt, daß weder der Geklagte ersschienen ist noch ein Begehren desselben um Erstreckung der Tagsatung vorgelegen sei. Hat nun der Kläger dennoch die Tagsatungserstreckung begehrt, so muß er selbst die diesfälligen Kosten tragen und kann nach §. 29 a. G. D. der Geklagte nicht angehalten werden, die Kosten zu ersetzen, da seinerseits ein Erstreckungsbegehren nicht vorlag und Kläger selbst freiwillig, somit in seinem Interesse — wie anzunehmen ist — die Erstreckung veranlaßt hat.

Auf ben Revisionsrecurs des A, der geltend machte, daß die Erstredung doch nur dem Geklagten zugute kam, welcher hatte contumacirt werden können, hat der oberste Gerichtshof den erstrichterlichen Bescheid bestätigt. Grunde: Daß die Erstredung der durch das nicht entschuldigte Ausbleiben des Geklagten vereitelten Tagsatung zunächst nur ein Bortheil für den Geklagten war, den ihm Kläger zur Bermeidung mehrerer Weitläusigkeiten gegen Ersat der Erstredungstoften zugestanden, ergibt sich aus dem Tagsatungsprotokolle und aus der Natur der Sache; und da der Geklagte sich auch die Erstredung gefallen ließ, somit den ihm bedingnismeise dargebotenen Bortheil acceptirte, war seine Beschwerde gegen die Auferlegung des zur Be-

bingung gemachten Roftenersates nicht gerechtfertigt.

# Mr. 3173.

Behandlung eines Fristgesuches, welches einen Tag nach bem am letten Tage ber Frist eingelaufenen Inrotulirungsgesuche einlangt.

Entich. v. 25. Nov. 1868, Rr. 11547 (Beft, ber Decr. des H. Wicz v. 31. Angust 1868, Rr. 79256 und 79442, Aband. des Decr. des D. L. G. Wien v. 30. Sept. 1868, Rr. 18761). G. Z. 1869, Rr. 23. G. H. 1869, E. 189.

#### Mr. 3174.

Anfang der Frist zum Gesuch um Restitution gegen eine versäumte Frist im Falle des Recurses gegen die die Folgen der Versäumniß aussprechende Verfügung.

Entich. v. 25. Rov. 1868, Rr. 11673 (Beft. der Decr. des H. G. Wien v. 4. August 1868, Rr. 4177, und des D. L. G. Wien v. 15. October 1868, Rr. 19307). G. Z. 1869, Rr. 5.

A überreichte ein Wiebereinsetungsgesuch wiber B am 14, Janner 1868. Letterer rugte in ben Erinnerungen gegen basselbe auch beffen verspätete Einbringung, ba A ben Bescheit, womit wegen nicht erstatteter Sapschrift wider ibn die Inrotulirung der Acten bewilligt worben war, schon am 30. November 1867 erhalten, und bamit auch Die Renntnig bes Berfaumniffes erlangt hatte, also binnen 14 Tagen banach die Restitution hatte begehren follen. A entgegnete, bag er gegen bie Bewilligung ber Inrotulirung ben Recurs ergriffen, unb nachbem ibm beffen Abweifung jugeftellt worben, innerhalb 14 Tagen bas vorliegende Gefuch, alfo in gefehlicher Beit eingebracht habe, weil er früher, nämlich vor Erledigung bes Recurfes, bas Berfaumnig nicht als ju Recht bestehend angesehen tonnte. - Die erfte und ameite Inftang wiesen bas Gesuch ale verspätet gurud, weil felbes nach bem flaren Wortlaute bes Batentes vom 1. Juli 1790, 3. S. C. Nr. 31, und ber Resolution vom 31. October 1785, 3. G. G. Nr. 489, lit. bh. binnen 14 Tagen von jenem Tage eingebracht werden muß, wo ber Bartei ober ihrem Rechtsfreunde die Berabfaumung ber Fallfrift befannt geworben ift, mas im vorliegenden Falle am 30. November 1867 gefchab.

Der oberfte Gerichtshof hat den außerordentlichen Revisionsrecurs des A verworfen. Gründe: A ist bereits durch Zustellung der Inrotulirungsbewilligung ausmerksam gemacht worden, daß er eine Frist versäumte, und hatte also damals schon Beranlassung, zur Beseitigung der Folgen das Ersorderliche einzuleiten. Es kann somit in ben untergerichtlichen Entscheidungen eine offenbare Ungerechtigkeit nicht

erblidt werben.

# Mr. 3175.

Begründung des Gerichtsstandes durch zugefügte Beschädigung. Entsch. v. 1. Dec. 1868, Nr. 10643 (Best. des Urth. des B. G. Belwarn v. 8. Dec. 1867, Nr. 4611, Aband. des Urth. des D. L. G. Brag vom 1. Juli 1868, Nr. 18675). G. H. 1869, S. 30.

Die Rlage bes A gegen bie Firma einer chemischen Productenfabrit pto. Erfat bes bem Rläger an den Zwetschlenbaumen seines Grundstüdes durch bie Ausbunftungen, namentlich ber Salgfaure, im Betrieb ber Fabrik zugefügten Schabens wurde bei bem B. G., in bessen Sprengel bas Grundstud bes Klägers gelegen ift (§. 45 ber J. R.), nicht beim ordentlichen Gerichtsftand ber Firma angestellt, welche das gegen die exceptio fori vordrachte, indem sie die Anwendbarkeit bes

citirten Baragraphen bestritt.

Der oberfte Gerichtshof verwarf die Einrede. Grunde: Der §. 45 ber 3. R. unterscheibet nicht zwischen mittelbar ober mmittels bar burch Menfchen ober Thiere zugefügte Befchabigungen; und bag bie mittelbar burch Menfchen augefügte Befchabigung in fein Bereich falle, tann icon beehalb nicht bezweifelt werben, weil ber Baragraph eben auch von Befdabigungen burch Thiere fpricht, wegen welcher nicht die Thiere, sondern nur ihre Besitzer auf Erfat belangt werden tonnen, in Bezug auf die Letteren aber die Beschädigung sich nur als eine von ihnen mittelbar jugefügte, von ihnen verschuldete bar-Die beflagte Fabrit tann bie angebliche Beichabigung ber Zwetfchtenbaume nur burch ihren Betrieb berbeigeführt haben; es ift baber bie Beschädigung burch Menschen wenigstens mittelbar augefügt worden, obgleich es übrigens nicht schwer ware, hier selbst eine unmittelbare Schabengufugung ju beduciren. Die Anficht ber beflagten Firma, bag ber g. 45 nur burch ftrafbare Sandlungen verurfacte Beschädigungen vor Augen habe, ift ganz ungegründet, weil ber Baragraph (nach feinen Schlugworten) gerabe nur jeme Angelegenheiten in seinen Bereich gezogen wiffen will, die nicht in ben Birtungstreis ber Strafgerichte geboren.

# Mr. 3176.

Begründung des Gerichtsstandes durch zugefügte Beschädigung. Entich, v. 1. Dec. 1868, Rr. 10644 (Best. des Urth. des B. G. Welward v. 7. Dec. 1867, Rr. 4612, Aband. des Urth. des D. L. G. Prag vom 1. Juli 1868, Kr. 18677). G. Z. 1868, Kr. 20. Gerichtsbote 1868, Kr. 31.

Sachverhalt und Entscheidungen, wie bei ber vorstehenben Rr.

# Mr. 3177.

Unzulässigkeit der Jutabulation gegen den Nacherben an Stelle einer gegen den Borerben erwirkten, ungerechtfertigt gebliebenen Pränotation.

Entsch, v. 1. Dec. 1868, Rr. 11407 (Best. ber Decrete bes L. G. Lemberg v. 14. Rov. 1867, Rr. 56428 und bes O. L. G. Lemberg v. 29. April 1868, Rr. 2378). Zeitschr. f. d. Rotariat 1869, Rr. 16.

N war, als Testamentserbe bes M, als Eigenthumer ber Sater X mit bem Beisage intabulirt, bag ihm für ben Fall feines Tobes

obne mannliche Nachtommenschaft laut Testament bes Erblaffers feine Bruber als Rachfolger in ben besagten Gutern substituirt find. Auf Grund eines gegen N erwirften Bechfelgablungsauftrages begehrte ber Gläubiger A gegen benfelben bie executive Intabulation bes Bfanbrechtes an ben Gutern X. Statt ber Intabulation murbe ibm nur die Branotation bewilligt, weil bem Schuldner beffen Bruder als Erben mit grundbucherlicher Anmertung substituirt seien, weshalb er felbft die bewilligte Branotation auch gegen die Racherben ju rechtfertigen haben werbe. N ftarb mit hinterlaffung eines Sohnes B, welcher ibn beerbte und, ba bie von M angeordnete fibeicommiffarische Substitution nach g. 615 a. b. G. B. biemit erloschen mar, als unbeschränfter Eigenthitmer ber Guter X intabulirt murbe. Run begehrte A, mit Bezugnahme auf Die porbin ermabnte Branotaion (beren Rechtfertigung feinerfeits unterblieben war) gegen B bie erecutive Intabulation bes Bfanbrechtes an ben Gatern X fur feine besagte Bechselforberung. Sein Gesuch wurde in allen Inftangen abgewiesen. Grunde ber britten Inftang: Es ift zwar bie gegen ben Fibuciar-Erben N erfloffene wechselrechtliche Bablungsauflage im Lastenstande ber Guter X ju Bunften bes A pranotirt worben, allein burch biefe Branotation tonnte bas bedingte Bfanbrecht an Diefen Butern nur insoweit erworben werden, als den Fiduciar-Erben und Schuldner felbst Rechte bierauf guftanden, welche aber nur in bem Rechte ber Rugniegung bestanden. Es lägt fich baber baraus, baß jest ber Racherbe B, Sohn bes Fibuciar-Erben, als unbeschränkter Eigenthumer ber Guter X intabulirt ift, nicht ber Schluß gieben, bag bem A nunmehr bas Recht juftebe, gegen ben Racherben B, gegen ben tein Ertenntnig vorliegt, Die executive Intabulation obiger Bablungsauflage ju begehren. Diefes Begehren tann aber auch nicht aus bem Befichtspuntte als begrundet angefeben werben, bag ber gegenwärtige Eigenthumer, ale Erbe feines Baters, für beffen Schulden einzufteben habe und feine Intabulirung ale unbeschräntter Eigenthumer ber Guter X in Folge bes Erbseinantwortungsbecretes nach feinem Bater N vollzogen murbe, weil die Guter X bemfelben boch eigentlich nur in Folge bes Testamentes bes M, nicht aber aus bem Rachlaffe feines Baters N aufielen, ju welchem er in biefer Begiebung, ebenso wie bie anberen fubstituirt gewesenen Erben, als eine britte Berfon angufeben ift, jumal in bem Ginantwortungebecrete nach feinem Bater N Die Rechte Diefes Letteren nur in Uebereinftimmung mit bem Erbeinantwortungsbecrete nach M betrachtet werben tonnten.

#### Mr. 3178.

Einfluß eines neuen Gesetzes auf die Bollstreckung eines vorher ergangenen Erkenntnisses und auf die Behandlung des Rechtsmittels gegen einen vorher ergangenen Executionsbescheid.

Entich. v. 1. Dec. 1868, Rr. 11674 (Best. ber gleichförmigen Decr. des B. G. Schwanenstadt v. 26. Sept. 1868, Rr. 301 und bes D. L. G. Wien v. 28. Oct. 1868, Rr. 20507). G. Z. 1869, Rr. 2.

A hatte das Erkenntniß erwirkt, B fei schuldig, die Bewilligung ber Berwaltungsbehörde zur Abtrennung eines Theiles seines Grundes zu erwirken. Am 20. September 1867 bat er um Execution dieses rechtskräftigen Urtheils, und diesem Gesuch entsprechend erließ die erste Instanz am 26. September an B unter Androhung einer Geldstrase den erforderlichen Austrag. A berief sich in einem Recurse auf das inzwischen publicirte Landeszeses vom 26. September 1868, L. G. Bl. für Oberösterreich Nr. 15, welches die Theilung des Grundes von der Bewilligung der Berwaltungsbehörden ganz unabhängig mache.

Die beiden höheren Instanzen bestätigten ben Executionsbescheib, bie britte beshalb, weil bie in Beschwerbe gezogene richterliche Berfügung ben zur Zeit ber Erlaffung berfelben bestehenben Gefenen ganz entsprechenb ift und bem B nur vorbehalten bleibt, im geeigneten Bege

die Aufbebung ber Execution anzustreben.

### Mr. 3179.

Einfluß bes Tobes bes Delaten auf ben Ausfall bes Haupteides: Würdigung der in der Information abgegebenen Erklärung.

Entich. v. 1. Der. 1868, Rr. 11749 (Best. ber gleichförmigen Derr. des B. G. Bödlabrud v. 28. Juli 1868, Rr. 3017 und des O. L. G. Wien vom 15. Oct. 1868, Rr. 18640). G. Z. 1868, Rr. 104.

Der Bormund und die Mutter bes A hatten wider B das Erkenntniß erwirkt, daß er Baterpflichten an A zu erfüllen habe, wenn durch den ihm aufgetragenen haupteid bewiesen wird, daß er am 14. August 1865 der Mitklägerin beigewohnt habe. Er trat diesen Eid am 17. April 1868 an, die zur Ablegung desselben angeordnete Tagsatzung wurde auf Begehren der Kläger A zweimal erstreckt, und dann vom Bertreter des B auf Grund des Nachweises, daß derselbe am 12. Mai 1868 gestorben ist, jedoch in den am 4. December 1866 und 16. Juni

1867 ertheilten Informationen fich jur Ablegung bes Eibes erboten hatte, die Bitte gestellt, ben Gib fur abgelegt ju halten. In ber ersten Information hatte B - bem ber Saupteib auch barüber aufgetragen worben, bag er am 14. August gegen bie A Bewalt angewendet habe - erflart, ben Eid, bag er feine Gewalt brauchte, anzunehmen, in ber zweiten fagte er: "Ich fann mich nicht erinnern, bag ich ber Rlägerin am 14. August 1865 überhaupt fleischlich beiwohnte; ich erflare bemnach, ben mir aufgetragenen Gib mit bestem Gewiffen ablegen ju tonnen." Da aber B in ber Information boch gestand, daß er ber A mabrend ihrer Dienstzeit öfter beigewohnt babe, protestiren die Rlager gegen bas Begehren, jumal biefes Geständnig ein Beweismittel fur bie ben B verpflichtenbe Banblung fei, welches fie früher nicht miffen und finden tonnten, baber fie gur Führung biefes Beweises zuzulaffen feien und ber Gib bes B teinesfalls mehr plaggreife. (§. 231 a. G. D.) - Die erfte Inftang ertannte, bag ber Eib ale von B abgelegt ju betrachten fei, auf Grund ber zweiten Information (g. 233 a. G. D. und hofdecret vom 5. März 1795, 3. S. S. Mr. 222), bann weil ber angebotene Begenbeweis fic nicht als folder gegen ben Beweisfat bes Gibes berausstelle, bemnach auf felben nicht erfannt werben tonne. - Die zweite Inftang beftotigte biefe Entscheibung aus beren Grunten, und weil bie zweite Ertlarung bes B bestimmt lautet, ein Beweis aber, bag Beklagter bie A fonft fleifchlich gebrauchte, bier nicht von Belang erscheint, ba ber Eid eben nur ben 14. Muguft 1865 jum Gegenstande bat.

Der oberfte Gerichtshof verwarf die außerordentliche Revisions-

beschwerbe ber Rlager aus ben obergerichtlichen Gründen.

# Mr. 3180.

Boraussehungen ber Zeugenvernehmung zum ewigen Gebachtniß.

Entid. v. 2. Dec. 1868, Rr. 7378 (Aband. ber gleichförmigen Decr. bes B. G. Renmartt v. 21. Sept. 1867, Rr. 2809, und bes D. L. G. Aratan v. 27. Februar 1868, Rr. 993). G. S. 1869, S. 147.

A gründete sein während des Processes mit B überreichtes Gesuch um Zeugenvernehmung zum ewigen Gedächtniß auf die darin
geäußerte Besorgniß des Sterbens der Zeugen vor ausgetragenem
Proces. In der hierüber stattgesundenen Berhandlung machte B gegen
die Bernehmung von einigen der Zeugen die Einwendung, daß dieselben — was A selbst zugab — noch junge und gesunde Leute seien.
Darauf hin wurde von beiden Untergerichten die Bernehmung dieser
letzteren Personen verweigert, vom obersten Gerichtshose hingegen des

halb bewilligt, weil die von A in seinem Gesuch ausgesprochene Besorgniß durch den Einwand des B keineswegs entkräftet erscheint, somit kein gesetzlicher Grund (§. 251 westg. G. O.) vorlag, die Abhörung der Zeugen zu verweigern.

#### Nr. 3181.

Berpflichtung des unehelichen Baters zur Aufbefferung ber Berpflegung des im Findelhause befindlichen Kindes.

Entich, v. 2. Dec. 1868, Nr. 9617 (Best. des das Urth. des B. G. Sechsbans v. 31. März 1868, Nr. 26024, aband. Urth. des O. L. G. Wien v. 2. Juli 1868, Nr. 11783). G. H. 1869, S. 380.

Das D. L. G. hat bem in erster Inftang jur Zeit abgewiesenen Rlaganspruch ber Bormundschaft bes im t. t. Findelhaus untergebrachten unehelichen Rindes A gegen beffen Bater B um Zahlung von Alimenten jum Theil ftattgegeben und ben B jur Bablung von 3 fl. per Monat jur Anfbefferung ber für A von ber Findelanstalt geleis fteten Berpflegung verurtheilt. Grunbe: Der Beflagte fann, fo lange bas Rind in ber Anstalt verforgt ift, allerbings nicht jur Leiftung ber vollen Alimente angehalten werben, weil die Berpflegung nur einmal geforbert werben tann. Andererseits ift aber nicht einzuseben, warum er nicht verpflichtet werden soll, zur Ausbesserung der Berpflegung in ber Anftalt jenen Beitrag ju leiften, ber erforderlich ift, um bem Rinbe im Finbelbaufe jene Berpflegung ju verichaffen, Die es außerhalb beefelben erhalten batte, ba boch bas Rind ben Anspruch auf eine bem Bermögen Des Baters entsprechenbe Berpflegung bat, die ibm burch die befanntermagen febr targe Berforgung in ber Anstalt nicht ju Theil wird. Bebufe Diefer Aufbefferung wird übrigens ber monatliche Beitrag von 3 fl. für genügend erachtet.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas obergerichtliche Urtheil

aus beffen Grunben.

# Nr. 3182.

Gegenbeweis gegen die Vermuthung der unehelichen Baters schaft durch den Nachweis der Reife?

Entig. v. 2. Dec. 1968, Nr. 10645 (Best. des das Urth. des B. G. Saaz v. 4. Mai 1868, Nr. 4078, abstab. Urth. des O. L. G. Prag v. 14. Juli 1868, Nr. 20618). G. Z. 1869, Nr. 19.

Auf Anerkennung ber Baterichaft bes am 5. December 1960 geborenen A belangt, gab B zu, ber Mutter bes A am 23. April

1860 und später noch beigewohnt zu haben, bot aber ben Beweis burch Sachverständige darüber an, daß das Kind, welches, wenn von ihm erzeugt, höchstens 7 Monate 12 Tage nach der Zengung geboren worden wäre, volltommen reif zur Welt gekommen sei. Der Beweis ward am 14. Februar 1868 ausgenommen und die Sachverständigen erklärten, daß der (damals 7 Jahre, 2 Monate und 8 Tage alte) A "seinem Alter entsprechend groß, jedoch schwächlich gehaut, in allen Organen volltommen entwicket, sowit keine Anzeichen vorhanden seien, daß er ein in der ersten Hälfte des achten Monates, oder noch frühzeitiger, geborenes Kind ist, daß vielmehr, eben weil das Gegentheil durch keinen Umstand unterstützt wird, angenommen werden muß, daß er zur Zeit seiner Geburt volltommen reif und ausgetragen war". Die erste Instanz wies hierauf das Klagbegehren zurückt. Das D. L. G. entschied zu Gunsten der Kläger.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas Urtheil ber zweiten Inftang, weil ber abgegebene Sachverständigenbefund, wodurch eigent = lich erwiesen werben foll, bag bas Rind nicht in Folge ber Beimohnung bes B, wenn biefelbe am 23. April 1860 und bann in ber Beit bis 8. Juni 1860 geschehen ift, sondern in Folge der Beimobnung eines anderen Mannes erzeugt murbe, nach bem Bortlaute bes 8. 163 a. b. G. B., wodurch ein folder Gegenbeweis ausgeschloffen ift, nicht entscheibend ift; weil felbft, wenn bem Befunde ber Sachverständigen eine entscheibende Birfung an fich beigelegt werden konnte, bie Untersuchung bes Rindes und ber Befund erft am 14. Februar 1868, alfo über 7 Jahre nach ber Beburt bes Rinbes erfolgten und ber Befund nur babin lautet, bag feine Angeichen vorhanden find, bag A ein in ber erften Salfte bes achten Monates ober noch frabzeitiger geborenes Rind fei, sonbern ba bas Begentheil burch teinen anderen Umftand unterftust wird, angenommen werden muffe, daß A jur Beit feiner Geburt volltommen reif und ausgetragen mar, fonach selbst durch diesen Befinnd ber Beweis, daß er außer ber obigen Zeit ber Beiwohnung erzeugt murbe, nicht bergeftellt mare.

# Mr. 3183.

Berhältniß des Causalgerichtsstandes zum Nachlaßgerichte.

Entich. v. 2. Dec. 1868, Rr. 11740 (Best. bes Decr. bes B. G. Iglan v. 31. Angust 1868, Rr. 9629, Aband. des Decr. des D. L. G. Brunn vom 30. Sept. 1868, Rr. 11538). G. B. 1869, Rr. 12.

Die handlungsfirma A klagte bei bem Bezirkegerichte als Abhandlungsinstanz wider die Berlaffenschaft bes B auf Zahlung einer Buchschuld. — Die erste Infianz erklärte sich incompetent, die zweite entschied im entgegengesetzten Sinne, weil daburch, daß die Berlaffenschaft bes Beklagten bei bem Bezirksgerichte anhängig ift, im Sinne bes §. 37 ber Jurisdictionsnorm die Zuständigkeit besselben auch für die zur Handelsgerichtsbarkeit gehörigen Rlagen begründet wird, indem diese Bestimmung ausnahmslos lautet und durch das Handelsgesethich §. 41 Einf.-Ges. nicht aufgehoben, sondern vielmehr durch den §. 43 des Einf.-Ges. zum Handelsgesetze die Competenz der Abhandlungsbehörde aufrecht erhalten worden ist.

Der oberste Gerichtshof bestätigte ben Bescheid ber ersten Instanz, weil ber §. 37 ber I. R. nur die Competenz des Gerichtes in jenen Fällen normirt, wo das Gericht als Personalinstanz des Beklagten einzuschreiten hätte, durch diesen Paragraph aber jene Streitsachen, welche nach dem Gesetze einem Causalgerichte zugewiesen wurden, diesem nicht entzogen und dem Berlassenschte Zugewiesen wurden, diesem nicht entzogen und dem Berlassenschte 3. 8. ber I. R. hervorgeht.

Nr. 3184.

Actio negatoria: Ersitzung ber Servitut. Erwerb im Bertrauen auf bas öffentliche Buch?

Entsch. v. 3. Dec. 1868, Ar. 9587 (Best. bes das Urth. des B. G. Leitomisch v. 27. Mai 1867, Ar. 2575, abund. Urth. des Q. L. G. Prag v. 11. Dec. 1867, Ar. 35027). G. H. 1869, S. 31.

A, seit 1862 in Folge Rauses Eigenthumer einer im Grundbuch mit keiner Servitut belasteten Liegenschaft, belangte in temselben Jahre ben B mit ber negatorischen Rlage wegen angemaßter Benutzung eines zur Liegenschaft gehörenben Feldweges; B vertheidigte sich mit ber Erstzung ber Dienstbarkeit durch mehr als 30jährige Ausübung und bot dafür einen Zeugenbeweis an, bessen Aufnahme stattfand. Das Gericht erster Inftanz erkannte nach dem Rlagbegehren, das

D. L. G. gegen basselbe.

Der oberste Gerichtshof bestätigte bas Urtheil ber zweiten Instanz. Gründe: Rach dem ausgenommenen Beweis haben die Bestitzvorsahren des B und er selbst seit mehr als 30 Jahren die Riggerische Wegparcelle zu allen Wirthschaftssuhren auf ihr sogenanntes Zuseld benutzt, und es kommt nicht vor, daß ihnen jemals eine Berweigerung dieser Benutzung von den Bestitzern der nunmehr dem A gehörigen Wirthschaft ware entgegengesetzt worden, wie denn auch A selbst nicht geltend macht, daß er die Wirthschaft ohne Kenntniß dieses Sachverhaltes im Bertrauen auf die öffentlichen Bücher an sich gesbracht habe. War aber A in der Kenntniß der von den Zeugen bestätigten Sachlage, so mußte er einsehen, daß B in langjährigem Bestitz des Fahrrechtes sich bestindet, gegen welchen Bestitz er keine

folde Thatfachen nachgemiefen bat, aus benen Unechtheit ober Unreblichkeit besselben gefolgert werben fonnte. Da nun biefer Befit auch bie Bermuthung bes rechtmäßigen Titels für fich bat, fo ftellt fich bas Fahren bes B über ben fraglichen Weg nicht als eine Anmagung bar. Der Umftand, bag am Gingange bes Beges ein fogenanntes Falter angebracht mar und B und beffen Borbefiger in ben Fällen, wo basselbe versperrt angetroffen wurde, ben Besiter ber Liegenschaft um ben Schluffel ersuchten, lagt ein bloges Brecarium noch nicht erkennen, weil nach ben Zeugenaussagen bas Falter nur zeitweise, um bas Bieh von ben Felbern abzuhalten, gesperrt murbe, aus ben Beugenaussagen nicht ju entnehmen ift, bag bie Berfperrung ben Amed gehabt habe, den B und bessen Borbesiger vom Befahren bes Beges auszuschließen, und auch nicht vorliegt, daß die Ausfolgung bes Schluffels ober bie Deffnung bes Falters, um welche, wenn es versperrt mar, natürlicherweise ber Befiger angegangen werben mußte, jemals verweigert murbe.

### Mr. 3185.

Abgrenzung des streitigen Versahrens vom nicht streitigen: Frist zum Recurs gegen die Bemessung der Gebühr für die bei einer Wechselexecution zugezogenen Schäpleute.

Entsch, v. 9. Dec. 1868, Rr. 11922 (Aufheb. bes Decr. bes D. & G. Wien v. 4. Rov. 1868, Rr. 21484). G. 3. 1869, Rr. 20.

In der Executionssache bes A wider B wegen Zahlung eines Bechselbetrages hatte das Handelsgericht die Bestimmung der Gebühr für Schätzleute ausgesprochen und deren Berichtigung dem A als Executionsführer ausgetragen. Er überreichte am sechsten Tage nach Zustellung der bezüglichen Berordnung den Recurs gegen das ihm viel zu hoch scheinende Ausmaß, das Handelsgericht legte densselben dem Obergerichte vor, welches den Recurs, als verspätet, abwies.

Dem Revisionsrecurs des A, welcher hervorhob, daß diese Gebührenbestimmung mit der eigentlichen Wechselsache nichts zu thun habe, vielmehr officiöser Natur und nach dem Patente vom 9. Angust 1854, R. S. Bl. Nr. 208, zu behandeln sei, hat der oberste Gerichtshof stattgegeben und dem D. L. G. die meritorische Erledigung des Recurses aufgetragen, weil es bei demselben sich nicht um eine Angelegenheit zwischen Wechselssändiger und Wechselschuldner handelt, daher die Borschriften des Wechselversahrens nicht in Anwendung kommen.

#### Mr. 3186.

Haftung des in britte Hand übergegangenen Grundstüdes für Uebertragungsgebühren.

Entich. v. 9. Dec. 1868, Ar. 11958 (Beft. bes Decr. bes L. G. Prag v. 7. Juli 1868, Ar. 16185, Abanb. bes Decr. bes D. L. G. Prag bem 23. Sept. 1868, Ar. 28514). G. H. 1869, S. 63.

B, Ersteher einer im Executionswege versteigerten Realitat Des C ift als Eigenthumer intabulirt. Die Finanzbehörbe hatte an C ben Auftrag zur Zahlung ber Uebertragungsgebühr von 165 fl., Die er als früherer Räufer ber Realität schuldig geworben, erlaffen und war biefer Auftrag bemfelben am 12. September 1866 jugeftellt worben, so daß die Morazinsen davon nach der bestehenden Borschrift (30 Tage) vom 12. October 1866 an liefen. Bu ber im Janner 1867 ftattgefundenen Bertheilung bes Meiftgebotes bes B auf die Liegenschaft wurde von Seite ber Finangbeborbe bie befagte Uebertragungsgebühr nicht angemelbet, bagegen bem neuen Gigenthumer B ber Bablunges auftrag ertheilt und am 19. Mai 1868 jugestellt. Auf Grund Diefes Sachverhaltes begehrte bie Finangprocuratur gegen B Die executive Intabulation bes Bfanbrechtes an ber Liegenschaft in ber Rangordnung des §. 72 des Gebührengesepes vom 9. Februar 1850, R. G. Bl. Dr. 50, für bie Dauptforberung von 165 fl. und bie Bergugeginfen feit 12. October 1866. — Das in erster Instanz vollständig bewilligte Gesuch wurde vom D. L. G. zum Theil abgewiesen, indem es in Betreff ber Moraginsen Die Intabulation nur fur Die Binfen feit 18. Juni 1868 (30 Tage nach Bustellung bes ernenerten Bab: lungsanftrages an ben bermaligen Gigenthumer B) bewilligte.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Entscheidung, weil nach dem Grundsase des §. 72 des citirten Gebührengesest das Pfandrecht für die Uebertragungsgebühr an der Sache schon nach dem Gesete haftet und dasselbe sich auch auf die Berzugszinsen, als Nebengebühr, erstreckt, die der zur Uebertragungsgebühr zunächst verpstichtete Erwerber der Realität zu zahlen unterlassen hat, und es sohin in Betreff dieser Hastung, die für die Morazinsen seit 12. October 1866 eingetreten ist, nicht darauf ankommen kann, wann der Bahlungsauftrag auch einem späteren Erwerber der Realität zugestellt wurde; wie denn auch dieser zweite, an B ergangene Bahlungsauftrag die Festseung eines neuen Zahlungstermines nicht entnehmen läßt.

#### Mr. 3187.

Mündliches Berfahren: Mündliche Abweisung bes bei ber Berhandlung vorgebrachten Gesuches um Bertagung ber Fortsepung derselben und sofortige Urtheilsfällung zur Hauptsache? Entich. v. 9. Dec. 1808, Rr. 12168 (Aband. bes Decr. bes D. R. G. Grag

v. 4. Rev. 1868, Nr. 18683). G. S. 1869, S. 46.

In ber Rechtssache bes A wiber B murbe bei ber Berhandlungstagfahrt vom Gewalthaber bes Rlagers bie Erftredung für bie Replit begehrt, von Seite bes Beflagten bagegen protestirt und fobann vom Gerichte bas Berjahren gefchloffen und bas Procegurtheil gefällt, gegen welches ber Rlager bie Rullitatebeschwerbe ergriff. Das D. 2. G. gab ber Beschwerbe ftatt, indem es bas Urtheil caffierte und bem Gerichte auftrug, über bas Erstredungsgesuch bes Rlägers salvo rocursu ju enticheiben und barauf bes Beiteren gefehlich Amt ju handeln. Bugleich verfällte bas Obergericht ben Nichter erfter Inftang in ben Erfat ber nachweisbar ben Barteien verurfachten Roften.

Diefe lettere Berordnung murbe vom oberften Gerichtshof in Folge Recurfes bes Berichtes aufgehoben, weil die, menngleich unrichtige Auffaffung und Auslegung bes §. 32 a. G. D. nicht einer ben Richter zu einer Erfapleiftung verpflichteten Rachläffigfeit ober einem folden Berfeben gleichgestellt werben tann; übrigens an bem unregelmäßigen Borgang ber Rläger großen Theiles felbst Schulb tragt, indem er jur Berhandlungstagfahrt einen nicht informirten, nicht geeigneten Manbatar erfcheinen ließ, welcher, anftatt gegen bie ibm betannt gegebene Abmeisung bes Erftredungsbegehrens feine Beschwerbe ju Protofoll ju geben ober aber jur Erftattung ber Replit fich ber Leitung bes Richters zu unterziehen, ans ber Amtelanglei fich ent= fernte, und auch ber Rlager vom 8. Juli - bem Tage ber Berhand : lung - bis jur Urtheilsfällung - 31. Juli - Beit genug gehabt hatte, um gegen ben auf bas Erftredungegefuch, wenn auch nur munblich ertheilten abweisenben Bescheib bie Beschwerbe angubringen.

# Mr. 3188.

Executive Feilbietung von Liegenschaften: Nichtberechtigung des Erstehers zum Abzug der Sinkommensteuer von der Berzinsung bes Raufpreises.

Entich. v. 9, Dec. 1808, Rr. 12029 (Beft, bes Decr, bes R. G. Stauislan v. 17. Februar 1808, Rr. 2842, Aband. bes Decr. des D. L. G. Lemberg v. 27. Marz 1808, Rr. 8283). G. Z. 1809, Rr. 19.

A hatte eine im Executionswege verfteigerte Realität erftanden und nach ben Bedingniffen ben Reft bes Deiftgebotes nebft 5%

Binfen zu beponiren. Indem er nun biefen Betrag, jedoch nach Abjug ber Einkommenfteuer von ben Binfen erlegte, begehrte er bie Lofdung ber intabulirten Raufgelbesichulb. - Diefes Befuch murbe in erfter Inftang abgewiesen, weil ber Abgug ber Gintommenftener von ben Binfen in den Licitationsbedingungen, die bezüglich ber Rechte und Bflichten bes A als Meiftbieter einzig und allein maggebend find, in benen aber von einem folden Abzugerechte besfelben feine Ermahnung gefchieht, feine Begrundung findet, berfelbe baber in Bejug auf ben Raufschillingeerlag fammt Binfen ben Diesfälligen Licitationsbedingungen noch nicht vollständig nachgetommen ift. (Bofber. v. 22. April 1803, Nr. 1139, Weffeln I. Bb., Nr. 1250.) - Das D. L. G. gab bem Begehren bes A statt. Gründe: Bei ber laut §. 6 bes taif. Batentes v. 10. October 1849, R. G. Bl. Mr. 412, und Art. V des Finanggesets vom 19. December 1862, R. G. Bl. Rr. 101, bestehenden Berechtigung ber Schuldner jum Abzuge ber Eintommenftener von den Binfen der bppothetarifc angelegten Capitalien, und bei dem Umstande, als eine Ausnahme von dieser gesetzlichen Bestimmung nur burch ein besonderes Uebereinfommen als bestehend angenommen werben fonnte, foldes aber weber aus bem Inhalte ber Licitationsbedingniffe, noch aus bem von A ausgestellten Schulbichein über ben Reft bes Deiftgebotes zu entnehmen ift, tann in diesem Falle bas von A geltend gemachte Abzugerecht nicht bezweifelt werben.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche abweisliche Entscheidung, da nach den Licitationsbedingungen der Ersteher der seilgebotenen Realitäten vom Tage des erlangten physischen Bestiges derselben die fünspercentigen Berzugszinsen von dem noch nicht eingezahlten Rauspreise zu entrichten verpflichtet ift, ein Abzug aus dem Titel der Steuern bei diesen Zinsen ihm nicht zugestanden wurde, daburch aber, daß dieser Resttausschilling auf den verkauften Realitäten sichergestellt worden ist, in der Berpflichtung desselben zur Zahlung der ganzen fünspercentigen Zinsen von dem Restlausschillinge teine Aenderung eingetreten ist und nur die Feilbietungsbedingnisse

für benfelben maggebend finb.

# Nr. 3189.

Execution zur Einbringung von Aerarialerfatanfprüchen.

Entich. v. 10. Dec. 1808, Rr. 12178 (Abanb. ber gleichförmigen Decr. bes B. G. Weizenfirchen v. 7. Oct. 1808, Rr. 239, und bes D. L. G. Bien v. 28. Oct. 1868, Rr. 20890). G. S. 1809, G. 218.

Das Gesuch ber Finangprocuratur gegen B, ber burch obergerichtlich bestätigtes Urtheil ber ersten Inftanz wegen Berbrechens in

ben Erfatz der Rosten des Strafversahrens verfällt worden war, um Intabulation des executiven Pfandrechtes auf der Liegenschaft des B für die besagte Ersatzforderung des Fiscus war mit dem Ersuchschreiben des Strafgerichtes um hereindringung der Rosten und mit dem oberlandesgerichtlichen Bestätigungsurtheil instruirt, vessen summarische Fassung nicht ergab, daß B in erster Instanz in der That auch zur Zahlung der Procestosten verurtheilt wurde. Wegen dieser Lüde wurde die Intabulation von beiden Untergerichten

abgeichlagen.

In Erwägung, daß felbst nach Hospecret vom 18. September 1786, lie o, 3. G. Kr. 577, zur Erwirfung einer Sicherstellung des k. k. Nerars das Fiscalamt lediglich durch die Borlage der an selbes ergangenen Aufforderung der hiezu berusenen Behörde sich zu legitimiren hat, welche hier von der Finanzprocuratur mit dem Ersuchschenden des hiezu nach §. 144 der Instruction der Gerichtschehörden in strafgerichtlichen Angelegenheiten vom 16. Juni 1854, R. G. Bl. Rr. 165, berusenen Strafgerichts erster Instanz im Original beigebracht wurde; daß in demselben die ersolgte rechtsträftige Berurtheilung des B zum Procestostenersat ausbrücklich bestätigt ist, mithin blos darin, daß die Finanzprocuratur nehst dem Ersuchschen nur das obergerichtliche Ersenntniß, in welchem die Berurtheilung zur Zahlung der Kosten nicht ausgedrückt ist, vorgelegt hat, ein Grund zur Berweigerung der Sicherstellung des Fiscus nicht gefunden werden kann, hat der oberste Gerichtshof das Intabulationsgesuch bewilligt.

# Mr. 3190.

Berühmung durch Anführung einer Forderung unter den Berlaffenschaftsactiven?

Entsch. v. 11. Dec. 1868, Rr. 8778 (Best. bes bas Urth. bes B. G. Amstetten v. 31. Dec. 1867, Rr. 3892, aband. Urth. bes D. L. G. Wien v. 18. Mai 1868, Rr. 9080). G. Z. 1869, Kr. 22. G. H. 1869, S. 74.

A brachte wider die B eine Aufforderungstlage ein und gab an, er sei der B und ihrem Gatten aus dem der Klage angescholossenen Kausvertrage vom Jahre 1849 einen Rest des Kauspreises von 5000 fl. schuldig geblieben, welchen jedoch sie und ihr — seither im Jahre 1861 verstorbener — Gatte ihm erlassen hätten, was er durch Zeugen und Haupteid beweisen könne. Nun habe aber sie diese Forderung in die im Jahre 1862 gepslogene Abhandlung der Berslassenst ihres Gatten einbeziehen und die Letztern betreffende Hälfte sich einantworten lassen, worin eine Berühmung liege, daß ihr diese Forderung zustehe. Die Geklagte berief sich aus ihren aus dem Kausvertrage und der Einantwortung hervorgehenden Bestig und

barauf, bag A, wenn er bie Erlofdung ber Forberung behaupte, biesfalls als Rlager auftreten muffe, sowie, bag bie pflichtmäßige Angabe ber Forberung bei ber Berlaffenschaftsabhanblung noch feine Berühmung fei. Die erfter Instanz erkannte, bag bie B ihr Recht barzuthun habe. — Grunde: Die B batte fich allerdings gerühmt, baß obige Forberung, beren Erlofdung A behauptet, ihr gebuhre, wonach gemäß §. 66 a. G. D. bem A bas Recht zusteht, fie aufauforbern, Diefelbe auszuführen. Die Getlagte beruft fich gwar auf bas hofbecret vom 15. Janner 1787, 3. G. S. Mr. 621, bag fie fich im Befite ber Forberung befinde, baber ju einem nachweise nicht aufgeforbert werben tonne. Allein aus ber Faffung bes Abfates co biefes hofbecretes geht hervor, bag hier Forberungen nicht gemeint find. Wenn man aber auch einen Befit bon Forberungen jugibt, so könnte man einen solchen ber B bezüglich obiger Forderungen nicht zugestehen, indem bei bem Biderspruche des A feine Umftande geltend gemacht werben, woburch fich ber Befit berfelben manifestirt batte. Das Hojbecret vom 28. December 1791, 3. G. S. Rr. 234, bezieht fich auf ben Fall, wenn eine Berühmung nicht ftattfindet und Urfunden nichtig und fraftlos erflart werben follen, und fann baber auf ben vorliegenden Fall nicht angewendet werden. — Die zweite Instanz wies ben Rlager aus folgenden Grunden ab: Es gebort bie Beurtheilung ber Frage über bie Erlofdung bes gerühmten Rechtes gar nicht in ben vorliegenden Rechtsftreit. Nicht jede Angabe eines Rechtes von Seite bes Berechtigten tann icon eine Berühmnng genannt werben. Bielmehr erregt Derjenige, von bem man fagt, er rühme fich einer Befugnif, Die Borftellung, bag er fich etwas anmaße, daß er nicht berechtigte Anspruche fundgebe. Dies tann jeboch von der Person nicht gesagt werden, beren Gegner selbst anführt, bag ihr ein — wenngleich noch nicht ausgetragenes — Recht aus einer von ihm felbst gelegten, mit aller Form Rechtens ausgestellten Urfunde verschrieben ift, wie hier ber B felbst und als Rechtsnach : folgerin ihres Gatten, fo zwar, bag fie fich im Befige biefes Rechtes befindet (hofbecr. bom 15. Janner 1787, Rr. 621). An ber Sand biefer Urfunde ift fie nach bem Abhandlunges und Gebührengefete nicht nur berechtigt, sonbern verpflichtet, Diefe Activforderung bei ber Berlaffenschaftsabhandlung anzugeben. Bon einer Anmagung fann also feine Rede fein.

Der oberfte Gerichtshof hat bas obergerichtliche Urtheil aus beffen Grunden und in ber Ermagung bestätigt, daß die Getlagte auf Grund des fic als Schuldichein barftellenden Raufvertrages und ber Einantwortung bes Rachlaffes ihres Gatten fo lange als Befiterin ber barauf fich grunbenden Forberung betrachtet werben muß, baber in teren Darthuung nicht aufgeforbert werben tann, als nicht bie Erlöschung ber Forderung bargethan ift, wozu aber ber Aufforberungsproceg fich nicht eignet.

#### Mr. 3191.

Dritte Feilbietung einer Liegenschaft: Behandlung eines in ben Feilbietungsbedingnissen bezeichneten Minimalbetrages als Ausrufspreis.

Entig. v. 11. Dec. 1868, Rr. 10949 (Best. des Decr. des K. G. Tarnow v. 29. August 1867, Rr. 11646, Aband. des Decr. des O. L. G. Arafan v. 26. März 1868, Rr. 2733). G. Z. 1869, Rr. 23.

Bei ber britten zwangsweisen Feilbietung einer auf 60.000 fl. geschätzten Liegenschaft marb biefelbe um 38.000 fl. beshalb ausgeboten, weil in ben Feilbietungsbedingniffen bestimmt wat, daß fie amar unter bem Schatungewerthe, nicht aber unter jenem Betrage werbe verlauft werben. - Auf Berlangen einiger Gläubiger bob die zweite Instanz die Feilbietung auf in Erwägung, daß in dem Abfate 2 ber Licitationsbedingniffe ber Schatungswerth von 60.000 fl. ale Ausrufspreis mit bem Beifugen festgesett murbe, bag, wenn tein Rauflustiger ein boberes ober wenigstens gleiches Angebot machen follte, bie Realität auch unter bem Schapungewerthe, jeboch nicht unter 38.000 fl., vertauft werben murbe, bag baber bas fragliche Gut um ben obigen Schätzungswerth ausgerufen und erft bei mangelnbem boberen ober gleichem Angebote Die Raufluftigen zu einem geringeren Angebote aufgefordert, nicht aber - wie es thatsachlich jum Abbruche eines fonft möglichen höheren Angebotes geschehen ift - ber obige Minimalbetrag von 38.000 fl. ale Raufpreis batte ausgerufen werben follen, ungeachtet bie Feilbietungsbedingniffe vor Beginn ber Licitation ben Raufluftigen fundgemacht murben.

Der oberste Gerichtshof bestätigte ben die Feilbietung genehmigenden Bescheid ber ersten Instanz. Gründe: Da den Kauflussigen die Feilbietungsbedingnisse vorgelesen worden sind, aus welchen sie ersehen haben, daß selbst bei der Annahme eines Ausrusspreises von 60.000 st., wenn derselbe nicht angeboten werden sollte, ein Angebot von 38.000 st. angenommen werden würde, daß daher ohne Rücksicht auf den Ausrusspreis die Andietung von 38.000 st. genüge, und da, wenn sich Kaussusspreis die Andietung von 38.000 st. genüge, und da, wenn sich Kaussusspreis die Andietung von 38.000 st. genüge, und da, wenn sich Kaussusspreis gewesen wären, dieselben in der Lage waren, durch Steigerung der gemachten Andote den Kauspreis zu erhöhen, in Abgang solcher Kaussusspreis aber doch bei der Feilbietung auf den Anstrugen des Preises von 38.000 st. daher auf das Ergebnis der Feilbietung in keiner Beziehung einen nachtheiligen Einfluß haben konnte, so ist kein Grund vorhanden, die Feilbietung auszuheben.

#### Mr. 3192.

Behandlung der Zinsen bei Bertheilung des Kauspreises einer zwangsweise veräußerten Liegenschaft: Berechnung der dreijährigen Frist.

Entig. v. 15. Dec. 1868, Rr. 12170 (Aband, der gleichförmigen Decr. bes L. G. Brag v. 11. Februar 1868, Rr. 26726 und des D. L. G. Brag v. 7. Sept. 1868, Rr. 25788). Gerichtsbate 1869, Rr. 81. G. B. 1860, Rr. 22

Bei ber Tagfatung zur Liquidirung ber Sathforderungen einer am 18. October 1866 im Erecutionswege veräußerten Realitat melbete A eine folche Forberung fammt Intereffen feit 1. Dai 1863 an, gegen welche Zinsen sowohl ber Erecut ale ber bem A in ber bucherlichen Rangordnung nachgehende Gläubiger protestirten, ba fie bem A nur Binfen feit bem 25. April 1864, nämlich für brei Jahre von ber am 25. April 1867 geschenen Anmelbung gurudgerechnet, gugestehen wollten. - Die erfte und zweite Inftang wiesen ben A auch nur mit diesen seit 25. April 1864 zu berechnenden Binsen auf den Raufschilling an, und zwar die erste Instanz, weil der Execut die Berjährung ber für langere Beit rudftanbigen Binfen eingewendet und A beren Unterbrechung nicht bargethan habe; die zweite Inftanz bemertte überbies, bag bie brei Jahre von bem Tage gurudgerechnet werben muffen, an welchem Intereffen begehrt worden find, b. i. wo ber Gläubiger sie angemelbet und angesprochen hat, zumal burch die Feilbietung eine hemmung ober Unterbrechung ber Berjahrung nicht eingetreten fein tonnte. Gine Analogie aus g. 18 ber a. C. D. in Betreff bes Tages, von bem an ber breifahrige Bineracftand gu berechnen ist, findet hier nicht Platz, da diese Bestimmung eine Ausnahmsbestimmung für ben Concursproceg ift. Ebensowenig ift es mit bem g. 1480 a. b. G. B. vereinbar, die brei Jahre nicht vom Tage des Anspruches, sondern von jenem Tage an zurudzurechnen, an welchem bie letten halbjährigen Intereffen fällig waren.

Der oberste Gerichtshof änderte biese Entscheidungen bahin ab, baß die Binsen von bem bem A zugewiesenen Capitale für die Beit vom 18. October 1866 (Feilbietungstag) brei Jahre zurud auf ben Kausschilling zu verweisen seien, und zwar in Erwägung, daß mit dem Tage der erfolgten executiven Beräußerung einer Hpothet der Gläubiger gegen den früheren Bestiger die Binsen des versicherten Capitales nicht mehr geltend machen kann; daß die Berechnung der dreijährigen Berjährungszeit der aus der Hpothet zu zahlenden Zinsen von dem Tage der Beräußerung der Hpothet zu berechnen ist, weil auf diesen Tag der Rechtsanspruch an die Hpothet, resp. den erzielten Kausschilling, in Betreff Capitals und Binsen sixt ist, und an diesem Tage ein neuer Schuldner der Zinsen eintritt; daß die Bahlung des Capitals und der Zinsen als am Tage der geschehenen Beräußerung

geideben anzuseben ift.

### Mr. 3193.

Provisorische Sequestration wegen Streitigkeit bes Besitzes ober wegen brobenber Gefahr?

Entsch, v. 15. Dec. 1868, Rr. 12388 (Best. bes das Decr. des B. G. Stehr v. 24. Angust 1868, Rr. 5711, ausbeb. Decr. des O. L. G. Wien v. 30. Sept. 1868, Rr. 18475). G. Z. 1869, Rr. 24.

Die Cheleute A klagten auf Ungiltigerklärung des Bertrages, womit fie ben Cheleuten B ihr Bauerngut verlauft hatten, und verlangten die Sequestration bes Gutes bis jum Austrage biefes Proceffes, weil bie Beklagten forftwibrig 150 junge Baume gefällt batten. — Die erfte Inftang wies biefes Befuch aus folgenden Gründen ab: Durch ben angebotenen Beweis über bie Holgschlägerung tonne noch nicht nachgewiesen werben, daß biese jum Schaben bes Gutes fei, eine aubere Gefahr für Schaben bes Gutes fei aber nicht behauptet worben. Es fei ferner von ben Sequestrationswerbern feine Sicherheit, noch viel weniger binlängliche Sicherheit für ben bem Beklagten allenfalls erwachsenden Schaben angeboten worden, wie ber g. 293 a. G. D. ausbrudlich vorschreibt; biefe Cantion sei auch nicht einmal im Laufe ber Berhandlung, trop ber Aufforderung ber Beflagten, angeboten worben, baber auch bas Gericht nicht in ber Lage fei, eine binlangliche Sicherheit gemabrenbe Caution ju bestimmen, abgesehen bavon, bag bie Sicherheit, wie icon gezeigt, nach g. 293 a. G. D. vom Sequestrationswerber bargeboten werben muß. 3m Recurfe bagegen bemertten bie Cheleute A insbesonbers, bag bas Bericht nur ben §. 293 a. G. D. im Auge hatte, während fle ihr Begehren auch auf ben g. 292 flutten. - In zweiter Inftang murben Die Beweife burch Bengen über bie Bolgfällung und burch Sachverftanbige barüber, raß felbe nur ichlagbare Baume jum Gegenstanbe batte, zugelaffen, weil por Allem die Erhebung des Umftandes nothwendig erscheint, ob und in wie fern burch bie behauptete Bolgichlagerung bas But, respective beffen Erträgnig, gefährbet ift.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die obergerichtliche Berordnung. Gründe: Es ist von beiden Theilen zugegeben, daß die Beklagten sich im Besitze des Gutes besinden, und dieser Besitz ist nicht ein blos thatsächlicher, sondern ein rechtlicher, weil er sich auf den bereits vor drei Jahren geschloffenen Kausvertrag gründet. Benngleich daher die Kläger diesen Besitz gegen Obigen streitig machen, so sind sie doch nicht besugt, die Sequestration des Gutes nach §. 292 a. G. D. zu verlangen, eben weil die Geklagten ihr Recht zum Besitze erwiesen haben. Es kann also nur der §. 293 a. G. D. zur Anwendung kommen, wo aber die Kläger zuvörderst eine Gesahr, daß dem Gute Schaden droht, darthun, und dann hinlängliche Sicherheit für den der geklagten Bartei etwa erwachsenden Schaden andieten

muffen. Bu letterer haben sie sich, weungleich nur im Algemeinen, am Schlusse ihrer Replik allerbings erboten, und die Geklagten haben auch keine bestimmte Caution verlangt, baber selbe seinerzeit vom Gerichte zu bestimmen sein wird und der eben erwähnte Mangel der Biffer berselben ber Bewilligung der Sequestration nicht im Beze steht. Das erste Exforderniß, Gefahr eines Schadens, kann aber aus ben in zweiter Instanz zugelassenen Beweisen sich ergeben.

#### Mr. 3194.

Auslegung eines Bertrages auf Nichtcreditirung.

Entig. v. 16. Dec. 1868, Rr. 9781 (Beft. des das Urth. des B. G. Alfergrund in Wien v. 6. Juni 1868, Rr. 8424, aband. Urth. des D. L. G. Wien v. 13. Angust 1868, Rr. 13597). G. H. 1869, S. 18.

Biele Bäder von Wien — barunter A und B — haben schriftlich bas Uebereinkommen getroffen, wonach Jeder von ihnen, ber einem Bictualienhändler Brod auf Borg verkauft, ohne daß sich der Lettere ausweiset, dem Bäder, der ihm bisher borgte, volle Zahlung geleistet zu haben, verpstichtet ist, diesem Gläubiger (in der selbstverständlichen Boraussetzung, daß derselbe zu den Bertragsgenossen gehört) die ganze Schuld des Bictualienhändlers zu zahlen. Auf Grund dieses Uebereinkommens belangte nun A den B um Zahlung von 287 fl., die der Bictualienhändler C dem A schuldig geblieben war, als er seine Kundschaft dem A entzog und dem B zuwendete. — Nach Aufnahme eines Zeugenbeweises verurtheilte die erste Instanz den B nach dem Klagbegehren unter der Bedingung, daß A mit dem Erstüllungseid die eingeklagte Summe als seinen Ausstand dei C beschwöre; wogegen das D. L. G. den Kläger ohne Weiteres abwies.

Der oberste Gerichtshof bestätigte bas Urtheil ber zweit en Instanz. Gründe: Das Uebereinkommen ber Bäder hat offenbar ben Zwed, zu verhüten, daß ein Bictualien- (Zwischen-) Handler, ber einem Bäder schulbig geblieben ist, sich der Zahlung ohne Störung seines Gewerbebetriebes dadurch entziehe, daß er nun bei einem Bäder mittelst Credits seinen Bedarf deckt. Diebei ist aber eine längere Creditgebung von Seine des zweiten Bäders und nicht ein vereinzeltes Borggeschäft auf einen Tag oder Stunden gemeint. Run haben die abgehörten Zeugen, nämlich C selbst, dessen Ehefrau und Tochter, ausgesagt, daß das Gebäd, welches C bisweilen bei dem Beslagten kaufte, entweder sofort oder im Lause des Tages gezahlt wurde; und C hat insbesondere, mit Bestätigung seiner Frau, noch angesührt, daß der Beslagte ausdrücklich erklärte, ihm nicht zu creditiren, sein Einschreibuch und

teinen Brobtarif ibm auszufolgen. Es tann baber nicht gefagt werben, bag ber Beklagte bem C im Sinne bes Baderübereinstommens creditirt habe.

### Mr. 3195.

Hemmung ber Execution auf Grund ber Oppositionsklage: Zeugenverhörprotokolle als vollkommen beweisende Urkunde.

Eutsch, v. 16. Der. 1868, Rr. 12268 (Best. des Decr. des B. G. Stein v. 17. Sept. 1868, Rr. 5429, Aband. des Decr. des D. L. G. Graz vom 21. Oct. 1868, Rr. 18045). G. H. 1869, S. 1869, S. 193.

Das mit der Rlage pto. Erlöschung des Executionsrechtes bes B durch nachgefolgte Zahlung der Schuld gleichzeitig angebrachte Gesuch des Rlägers A um Suspension der bereits ausgeschriebenen dritten executiven Feildietung seiner Liegenschaft gründete sich auf die von A producirten Protosolarangaben der zum ewigen Gedächtniß bei Gericht verhörten Zeugen, aus denen sich die inzwischen an B geleistete Zahlung ergab. B protestirte gegen die Suspension, worauf das Gericht erster Instanz das Gesuch des A abwies. Das D. L. G. hingegen bewilligte dasselbe.

Der oberfie Gerichtshof bestätigte ben erstgerichtlichen Bescheib in Ermägung, baß jum ewigen Gebachtniß protofollarisch ausgenommene Zeugenaussagen nicht vollfommen beweisenbe Urfunden im Sinne bes Hofvecretes vom 22. Juni 1836, 3. G. S.

Mr. 145, sind.

#### Mr. 3196.

Rüchwirkende Kraft der Gesete: Todeberklärung zum Zwecke der Wiederverehelichung.

Entich. v. 22. Dec. 1868, Rr. 6426 (Aniheb. der gleichförmigen Urth. des L. G. Arafan v. 28. Jänner 1868, Rr. 20962, und des D. L. G. Arafan v. 21. April 1868, Rr. 6538). G. H. 1869, S. 289.

In der Rechtsfache ber A wider ihren verschollenen Spegatten B wegen Todeserklärung jum Zwede der Wiederverehelichung hatten

beide Untergerichte bem Begehren ber A ftattgegeben.

In Erwägung jedoch, daß die Berhandlung auf Grund des kaiserl. Patentes vom 8. October 1856, R. G. Bl. Ur. 185, Anhang I (Chegeset für Katholiken), durchgeführt wurde und deshalb die Bestellung eines Bertheidigers des Chekandes unterblieben ist; daß die Bestimmungen des citirten Patentes durch die Art. III und IV

bes Gefetes vom 25. Mai 1868, R. G. Bl. Rr. 47, außer Wirksamkeit getreten sind, und daher die vorliegende (bem obersten Gerichtshofe nach dem Gesete von Amtswegen vorgelegte), noch nicht rechtskräftig entschiedene Angelegenheit in Bezug auf ihre weitere Behandlung auf den Standpunkt der gegenwärtigen Legislation zurückgeführt werden muß, nach welcher (§. 114 a. b. G. B.) bei der Berhandlung über die Todeserklärung behufs der Wiederverehelichung ein Bertheidiger des Ehebandes zu bestellen und (Hospecret vom 23. August 1819, I. G. G. Ar. 1595) dessen Aeußerung über das gestellte Begehren und die darauf gepflogenen Erhebungen einzuholen ist, hat der oberste Gerichtshof mit Aushebung der untergerichtlichen Erkenntnisse die Ausstellung eines desonsor matrimonii, die Ergänzung der Berhandlung mit demselben und die Fällung eines neuen Erkenntnisses ausgetragen.

#### Mr. 3197.

Abgrenzung bes Wirfungstreises ber Gerichte von bem ber Berwaltungsbehörden: Gegen einen Beamten gefälltes administratives Ersatzenutniß.

Entig. v. 22. Dec. 1868, Rr. 7567 (Beft. bes bas Decr. bes L. G. Lemberg v. 80. Rov. 1867, Rr. 65411, anfheb. Decr. bes D. L. G. Lemberg v. 81. März 1868, Rr. 7139). G. B. 1869, Rr. 12. G. H. 1869, S. 54.

Der Bosterpeditor A machte fich ber Uebertretung gegen öffentliche Anftalten nach &. 316 St. G. foulbig, murbe im Disciplinarwege des Dienstes entlassen und von der Administrativbehörde zu einem Erfape von 212 fl. bei Execution verurtheilt. A glaubte jedoch an biefes Erkenntnig nicht gebunden zu fein und überreichte wiber bie t. f. Finanzprocuratur in Bertretung bes f. f. Boftarars eine Rlage bei Gericht, burch welche er die Beklagte aufforderte, den Erfatanfpruch nachzuweisen. - Das Gericht erfter Inftang hat Die Rlage angenommen und aufrecht verbeichieben. Bom D. 2. G. murbe ber erftrichterliche Befcheid behoben und verordnet, bag die Aufforberungsflage, ale unzuftanbig bei Gericht überreicht, zurüdgestellt werbe, weil im Sinne bes &. 92 ber mit Erlag bes Banbelsminifteriums vom 16. Dec. 1852, Nr. 2649 (Berordnungsblatt für die Berwaltungsaweige Mr. 100 von 1852), fundgemachten Dienstordnung, welcher fich ber Rlager im g. 1 bes mit ber Finangprocuratur im Ramen bes Merars gefchloffenen Bertrages vom 24. Juli 1858 unterworfen hat, ber mit der vorliegenden Rlage gestellte Anspruch nicht auf den gerichtlichen Beg gehört. In bem Revistonerecurse murbe bagegen ausgeführt, daß die Bestimmungen bes g. 92 ber Dienftordnung vom

Jahre 1852 hier auf ben Recurrenten feine Anwendung finden, da ber §. 61 festjete, daß die Rechtsverhältniffe der gegen einen Dienstevertrag aufgenommenen Beamten und Diener zunächst nach diesem

Bertrage zu beurtheilen finb.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bie Entscheidung ber zweiten Instanz, weil ber Recurrent aus Anlag ber gegen ihn durchgeführten Disciplinaruntersuchung und fobin erfolgten Entlaffung von bem Boften eines Bofterpebitors im abministrativen Wege jum Erfate ber Diesfalls aufgelaufenen Roften bei Erecution verurtheilt murbe; weil zufolge §. 103 ber citirten Dienstordnung vom 16. December 1852, Dr. 2649, Die Disciplinarvorschriften auch auf Die mittelft Bertragen aufgenommenen Pofterpeditoren im Falle eines Dienstesvergebens ibre Anwendung finden; weil nach ben Borfdriften ber 88. 92, 93, 94 und 95 ber Dienstordnung Forberungen ber Staatsvermaltungen an Boftbebienstete lediglich im abministrativen Bege auszutragen und bie Gerichtsbehörden verpflichtet find, auf Grundlage folder adminiftrativer Erfenntniffe die Erecution zu bewilligen; weil ber Abfat 15 bes mit bem Recurrenten abgefcoloffenen Dienftvertrages Die richterliche Competenz in bem vorliegenden Falle nicht begrunden tann, jumal es fich bier nicht um einen Anspruch aus bem Bertrage, sonbern um einen Erfaganfpruch aus ber gegen ben Recurrenten aus Anlag eines Dienstvergebens burchgeführten Disciplinaruntersuchung handelt, fonach die Administrativbeborbe allein, mit Ausschlug bes Richters, bas endgiltige und executionsfähige Ertenntnig ju fallen bat.

# Mr. 3198.

Collision des gesetzlichen Pfandrechtes des Bermiethers mit dem nach Wegbringung der Sachen aus den vermietheten Räumen erworbenen gerichtlichen Pfandrecht.

Entich. v. 22. Dec. 1868, Nr. 12616 (Beft. des Decr. des H. G. Wien vom 22. Sept. 1868, Nr. 55343, Abünd. des Decr. des O. E. G. Wien vom 28. Oct. 1868, Nr. 20518). G. Z. 1869, Nr. 25. G. H. 1869, S. 107.

B hatte wider seinen Bechselschuldner die executive Feilbietung bes beweglichen Bermögens besselben erwirkt, welche am 14. Februar 1868 vorgenommen wurde, und bei deren Schusse A, als Bestandgeber des Schuldners, zur Geltendmachung seines gesetlichen Pfandrechtes an den Executionsobjecten eine rückftändige Miethzinssorderung von 80 fl. anmeldete, auch, als B um Exfolglassung des Erlöses zur Berichtigung seiner Bechselsorderung einschritt, das Borrecht darauf für seine Miethzinssorderung in Anspruch nahm, indem er am 19. Februar 1868 die Klage auf Zahlung berselben und das Gesuch um

pfandweise Beschreibung ber in ber Bohnung bes Schuldners befindlichen Ginrichtungsgegenstände und Rabrniffe eingebracht babe. - Die erft e Inftanz berücksichtigte seinen Anspruch nicht, weil bas gesetliche Bfanbrecht an ben illatis et invectis allerdings auf Die Einbringung berfelben gurudwirft, jeboch nur bann, wenn biefelben gur Beit ber Einbringung ber Binstlage noch in ber Bohnung vorhanden find, biefe Rlage aber erft am 19, Februar 1868 überreicht murbe, mabrend die Effecten bereits am 14. Februar feilgebozen, somit am Tage ber Einbringung ber Binetlage icon executiv veraugert maren, und weil die Anmelrung bes Rinsanfpruches bei ber Reilbietungscommiffion Die Ueberreichung ber Binetlage nicht erfeten tann. - Die zweite Inftang bewilligte bie Erfolglaffinng aus folgenden Grunden: Beit ber Feilbietung - 14. Februar 1868 - batte unbestrittenermaßen A eine Miethzinsforderung von 80 fl. und für felbe bas Bfandrecht bes 8. 1101 a.b. G. B. an den in der Wohnung des Schuldners am 14. Febrnar 1868 befindlichen und veräußerten Fahrniffen, welches er bei ber Feilbietung anmelbete. Durch lettere ift biefes Bfanbrecht nicht erloschen, sondern ift ohne Beiteres auf ben Erlos übergegangen. Bur Bahrung besselben bedurfte es nicht ber Rlage auf Bahlung bes Miethzinses, ba weber ber Miether noch beffen Bechfelgläubiger B ben Bestand ber Forberung bestreiten, noch bedurfte er ber pfand: weisen Beschreibung ber Fahrniffe, ba biefe nur bagu bient, um feftzustellen, welche Fahrniffe in ber Bohnung fich befinden, im gegenmartigen Falle aber burch bas Feilbietungsprotofoll bargethan ift, welche Fahrniffe in ber Wohnung vorhanden maren und veräußert murben, sowie mas ber Erlos berfelben gemefen fei. Wenn nun A bas Bfandrecht bes &. 1101 a. b. G. B. an bem Erloje bat, fo fragt es fich weiter, welcher Rang bemfelben gebuhrt? - Das Bfandrecht des g. 1101 a. b. G. B. hatte A mit dem Zeitpunfte ber Ginbringung ber Fahrniffe in die Bohnnng für die jeweilig fällig werbenben Miethzinse erworben, ohne daß es hiezu einer Rlage auf Bablung bes Miethzinses ober einer pfandweisen Befchreibung bedurfte, nur mußten die Sachen, ale A fein Bfandrecht auf biefelben jur Ausübung brachte, noch in ber Wohnung vorhanden fein. Run bat A fein gefehliches Bfanbrecht eben bei ber Feilbietung ber vorhanbenen Sachen burch bie Anmelbung feines Anspruches auf ben Erlös ausgeübt, sein Pfandrecht geht fonach jenem bes B, ber es erft nach Einbringung ber Sachen in die Wohnung am 27. December 1867 erlangt bat, vor.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte die er ft richterliche Entscheidung. Grunde: Rach §. 451 a. b. G. B. war zur Erwerbung des Pfanderechtes als eines dinglichen Rechtes erforderlich, daß der Gläubiger mit einem Titel versehen sei — welchen der Bestandgeber allerdings durch den §. 1101 a. b. G. B. besitzt — und daß er die verpfandete Sache, wenn sie beweglich ist, in Berwahrung nehme, wozu bei

Bestandgebern nach &. 1101 a. b. G. B., &. 342 a. G. D. und Bofbecret v. 5. November 1819, 3. G. Rr. 1621, einerseits bie gerichtliche Befdreibung ber Fahrniffe genügt, welche aber anbererfeits jur wirklichen Erwerbung bes Bfanbrechtes bort, mo feine forperliche ober symbolische Uebergabe stattfindet, auch unerläglich ift, bem A jeboch im vorliegenden Falle mangelt. Dem ftebt bas Sofdecret vom 10. April 1837, 3. G. G. Rr. 189, nicht entgegen, welches fagt, bag bas im &. 1101 a. b. B. B. ermabnte Bfanbrecht icon burch bie Einbringung ber Fahrniffe in die Wohnung begründet werde, baber von biefem Zeitpunkte an wirtsam auch gegen jene Gläubiger bes Miethmannes geltenb gemacht werben tonne, welche an ben Begenständen ein Bfandrecht erwerben, ebe noch von bem Bermiether Die Bineflage überreicht ober Die Beschreibung ber Fahrniffe angefucht murbe. Denn biefes Sofbecret handelt nicht bavon, mie bas Bfandrecht erworben wird, sondern raumt nur dem auf gesehmäßige Beife, also burch Beschreibung in Folge ber Zinotlage, erlangten, ben Borrang vor anderen icon früher erworbenen ein. Da A nur einen Titel jum Bfanbrechte hatte und die bloße Anmelbung ber Binsforberung bei ber Feilbietung Die Rlage und Beschreibung ber Fahrniffe nicht erfett, fo tann feine Ginfprache gegen bie von B begehrte Erfolglaffung nicht berüchfichtigt werben.

#### Mr. 3199.

# Bergleich ober Schenfung?

Entich. v. 30. Dec. 1868, Rr. 11751 (Best. bes bas Urth. bes B. G. Landfrase in Wien v. 27. Juni 1868, Rr. 8724, abanb. Urth. bes O. L. G. Wien v. 1. Oct. 1868, Rr. 17888). G. H. 1869, S. 51.

Die Klage ber A gegen B auf Zahlung von 500 fl. enthielt folgende Anführungen: In Folge des in der kritischen Zeit mit ihr vollzogenen Beischlafes (Haupteid) sei B Bater des von der Klägerin außer der Sche geborenen Kindes und habe ihr versprochen, daß er für das Kind ein Capital von 800 fl. anlegen und (Haupteid) ihr selbst für die ersittene Entehrung 500 fl. zahlen werde, wenn sie einen Anderen heiratet. Unter Borlage des Tausscheines des Kindes und ihres Trauscheines begehrte nun die A die Zahlung der ihr verssprochenen 500 fl. — Bom Gericht erster Instanz wurde auf die obigen zwei Haupteide erkannt und für den Fall der dadurch erbrachten Beweise dem Klagbegehren stattgegeben, wogegen das D. L. G. die Klägerin sofort abwies.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas Urtheil ber zweiten Inftanz. Grunde: Rach §. 1328 a. b. G. B. hatte bie A por Leistung bes angeblichen Bersprechens ber Zahlung von 500 fl. als Entschädigung für die Entehrung ein Alagrecht barauf gegen B nicht gehabt, woraus mit Rüdfichtnahme auf die §§. 938, 940, 941 a. b. G. B. folgt, daß jenes Bersprechen nur als eine Schentung angesehen werden tann. Die Auffassung, wonach die A ihren Anspruch als in einem Bergleich, mithin in einem zweiseitig verbindlichen Bertrag begründet darzustellen sucht, vermag hieran nichts zu ändern; benn auch ein von B etwa in der Meinung, der A für die Entehrung zu Schabenersat verpslichtet zu sein, geschlossener Bergleich würde seiner eigentlichen rechtlichen Natur nach nichts anderes als eine Schentung gewesen sein, weil damit der A ein Recht unentgeltlich eingeräumt worden wäre, worauf sie keinen Anspruch hatte. Es liegt also nach der Ansührung der Rägerin selbst nur ein mündliches Schentungsversprechen vor, woraus ihr nach §. 943 a. b. G. B. ein Rlagrecht nicht erwuchs.

# Nachtrag.

#### Mr. 3200.

Bechselseitiges Testament ober Erbvertrag?

Entich. vom 24. Mai 1860, Nr. 4018 (Beft, des Urtheils des L. G. Wien v. 15. Juli 1859, Nr. 28724, Aband. des Urth. des D. L. G. Wien vom 10. Jänner 1860, Nr. 11791). G. Z. 1869, Nr. 60.

3m Art. 5 der von B und der M errichteten Chepacten beift es: "Ift bas wechselseitige Uebereinkommen getroffen, festgefest und bestimmt worden, daß der überlebende Theil Universalerbe fein foll." Daran ift ebenbort die Beschränfung angefügt, "baß, falls aus ber Che Rinder vorhanden sein sollten, Diesen der gesetliche Pflichttheil ausgeschieben werben foll". Nach bem Tobe ber M, bie aus ber Che mit B feche Rinder gurudließ, entstand ein Erbrechteconflict zwischen biefen Descendenten, Die ein Biertel der Berlaffenschaft als gefetliche Erben und außerbem ihre Bflichtibeile in Anspruch nahmen, und bem überlebenden B, welcher auf Grund der Chepacten den ganzen Rachlag mit alleinigem Borbehalt bes Pflichttheiles ber Rinber beanspruchte. Bom Abhandlungegerichte jur Uebernahme ber Rlagerrolle angewiefen, traten bie feche Descendenten gegen B klagend auf uud trugen bas Erkenntnig an : daß ber vorermähnte Beiratevertrag bezüglich ber im Art. 5 über ben fünftigen nachlag bes B und ber M enthaltenen Berfügungen ein Erbvertrag im Sinne und mit ben Birfungen ber 88. 1249 und 1254 a. b. G. B. fei, daß die von den Rlagern abgegebene bedingte Erbeerflarung aus bem Gefete jum vierten Theil ber M'schen Berlassenschaft und zu bem außer biesem Biertel ihnen gebührenden Pflichttheil ju Recht bestehe und ihnen nebft bem gegnerischerseits nicht bestrittenen Pflichttheil noch ein reines Biertheil Des Nachlaffes, worauf weder ber ihnen gebührende Pflichttheil noch eine andere Schuld ber Berlaffenschaft haften barf, zugefallen fei, daß Die von B auf Grund bes Beiratevertrages überreichte Erbeerklarung jum ganzen Nachlag, mit alleinigem Borbehalt bes Bflichttheiles ber Rlager bezüglich bes nach g. 1253 a. b. G. B. ber letten freiwilligen Anordnung vorbehaltenen und in beren Ermangelung ben gefetlichen Erben aufallenden Ginen reinen Biertheiles ber Berlaffenschaft, worauf

weber ber Pflichttheil noch eine andere Schuld haften barf, nicht zu Recht bestehe und somit bem Beklagten auf biesen vierten Theil kein Erbrecht zukomme. — Die erste Instanz erkannte nach bem Rag-

begehren, bas D. 2. G. gegen basselbe.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas erstgerichtliche Urtheil. Gründe: Der (oben angeführte) Bortlaut bes Art. o ber Chepacten läkt deutlich entnehmen, daß die Brautleute B und M fich ben funftigen Nachlag, refp. für ben Fall bes Borbanbenfeins von Rinbern, einen Theil besselben wechselseitig versprochen und bas Bersprechen wechselseitig angenommen haben, ba ja fonft, nach bem gewöhnlichen Sprachgebrauche, von einem "getroffenen, festgefesten und bestimmten Uebereintommen" feine Rede fein fonnte. Es muß baber Diefe Bestimmung bes Heiratsvertrages nach &. 1249 a. b. G. B. als ein Erbvertrag anerkannt werden, ba er auch mit allen Erforberniffen eines schriftlichen Testamentes verseben ift. Der Umftanb, bag im Art. 5 feine Bergichtleiftung auf ben Wiberruf vortommt, ift gang unerheblich, weil die Begebung bes einseitigen Wiberrufes nach 8. 1254 a. b. G. B. wohl bie Consequeng bes geschloffenen Erbvertrages ift, bas Befet aber nicht vorschreibt, bag eine folche Bergichtleiftung, wie bei Schentungen auf ben Tobesfall (g. 956), so auch bei Erbverträgen in der Bertragsurfunde selbst enthalten sein muffe. Enthalten nun die Chepacten einen Erbvertrag, fo blieb ber M beffenungeachtet fraft bes Gefetes (§. 1253) ein reiner Biertheil ihres Nachlaffes, worauf weber ber Jemanben gebührenbe Pflichttheil noch eine andere Sould haften barf, gur freien lettwilligen Berfügung vorbehalten. Sie hat aber über biefes Biertel nicht lettwillig verfügt; benn bie im Art. 5 bes erwähnten Bertrages vortommenbe Bestimmung, bag, falls aus ber Che Rinder vorhanden fein wurden, benfelben ber gefetliche Bflichttheil ausgeschieben merben foll, enthält nichts Anderes als eine Beschränfung bes im Erbvertrag von beiben Contrabenten einander zugedachten Nachlaffes für jenen Fall, keinesfalls aber eine Berfügung barüber, mas mit biefem gesetlich ihrer freien Berfügung vorbehaltenen Biertheil des Rachlaffes ju gefchen habe. Diefer Biertheil fällt baber nach bem flaren Bortlaut bes Gefepes (g. 1253) nicht bem Betlagten als Bertragserben, obicon im Bertrage Die ganze Berlaffenichaft versprochen murbe, sondern ben gesetlichen Erben ber M. d. i. ihren Rindern, ben Rlagern, gu, Die auch nicht angehalten werben konnen, fich biefen Bortheil auf ben ihnen gebührenden Pflichttheil anrechnen zu laffen, weil nach §. 787 a. b. G. B. nur Dasjenige, mas die Notherben burch Legate ober andere Berfügungen bes Erblaffers aus ber Berlaffenichaft erhalten, bei ber Bflichttheilsbestimmung in Rechnung ju bringen ift, mabrend ibnen bier bas fragliche Biertel aus bem Befete gebührt.

#### Mr. 3201.

Unzulässigfeit des Mandatsprocesses bei der Hppothekarklage. Entsch. v. 5. Juni 1860, Nr. 6262 (Best. der Decr. des L. G. Triest vom 29. Februar 1860, Nr. 1800, und des D. L. G. Triest v. 4. April 1860, Nr. 1284). G. Z. 1869, Nr. 65.

A belangte die B wegen Zahlung von Zinfen seiner bei einem Hause der B intabulirten Forderung und begehrte die Einleitung des Mandatsprocesses, resp. die Erlassung des Zahlungsauftrages.

Bon beiden Untergerichten murbe biefes Begehren abgewiesen und ber bagegen ergriffene a. o. Recure bes Rlagere vom oberften Berichtshofe in ber Ermägung verworfen, daß burch bie Berordnung bes Juft. Minift. v. 18. Juli 1859, R. G. Bl. Rr. 130, Die mit ber taiferl. Berordnung v. 21. Mai 1855, R. G. Bl. Nr. 95, gegebenen Normen über das Berfahren zur Einbringung der burch notarielle Urtunden bewiesenen Forderungen nun auch auf andere im 8. 1 jenes Erlaffes näher bezeichnete Falle ausgebehnt murben; bag aber sowohl bas eine wie bas andere ber citirten Befete nach ihrem Wortverstand und bem zwischen ihnen bestehenden innigen Ausammenhange nur bann Anwendung finden tann, wenn es fich um eine auf Erfüllung einer perfonlichen Berbindlichkeit gerichtete Rlage handelt und zugleich alle Thatfachen, Die dem Begehren in ber Sauptfache und in ben Nebengebühren zu Grunde liegen, entweder burch notarielle Acte oder durch die im §. 1 der Berordnung vom 18. Juli 1859, Mr. 130, bezeichneten Urtunden bewiesen find; daß jedoch A in feiner Rlage für bas Bestehen einer perfonlichen Berbindlichkeit bes B teine Beweisurkunde beigebracht hat, mithin die sein Begehren um Einleitung des Mandatsproceffes abweisenden Entscheidungen ber Untergerichte bem Bortlaut und Ginn ber ermabnten Befete volltommen entiprechen.

#### Mr. 3202.

Einfluß bes Zwangscurses auf Gelbschulden.

Entich. v. 24. April 1861, Rr. 2832 (Best. bes bas Urth. bes L. G. Wien v. 17. Oct. 1860, Rr. 46587, aband. Urth. bes O. L. G. Wien v. 15. Jänner 1861, Rr. 18144). G. Z. 1869, Rr. 66.

Auf Grund des Schuldscheines vom 20. Jänner 1841, worin B sich verpflichtete, das von A empfangene Darleben von 10.000 fl. "in Conventionssilbermanze, und zwar in effectiven Silberzwanzigern mit Ausschluß allen wie immer Namen habenden Papiergeldes" zurückzuzahlen, wurde er im Jahre 1860 von A auf Zahlung von

10.000 fl. C. DR. ober 10.500 fl. ö. 2B. in effectiven Gilbergwanzigern mit Ausschluß jeben Bapiergelbes belangt und wendete ein: 1. daß nach bem Gefete vom 2. Juni 1848, 3. G. G. Rr. 1157, ber Rläger bie Bahlung in Papiergelb nach bem Rennwerthe annehmen muffe und, bavon abgefeben, 2. bag bas Darleben ibm nicht in effectiver Silbermange angegablt worden fei, und erbot fich, biefen letteren negativen Umftanb burch ben rudichiebbaren Baupteib ju beweisen, welcher ibm vom Rlager gurudgefcoben murbe. - Die erfte Instanz entschied, bag B bie Bablung im Falle ber Abschwörung bes Eibes nur in Bantvaluta ju leiften habe. Grunbe: Ad 1. Bas bie Minift. Berordn. vom 2. Juni 1848, J. G. S. Nr. 1157, anbetrifft, so hat allerdings bas faiferl. Patent vom 7. Februar 1856, R. G. Bl. Rr. 21, verfügt, daß es in Ansehung ber vor beffen Rundmachung eingegangenen Berbindlichkeiten bei ber citirten Din. Bbg. bis jur ganglichen Aufhebung bes Zwangecurfes fein Berbleiben baben foll. Diefe Aufhebung ift aber mit ber taiferl. Berordnung vom 26. December 1858, R. G. Bl. Rr. 244, feither erfolgt, indem es im Schluffate berfelben ausbrudlich beißt: "Dagegen treten v. 2. Janner 1859 an die Bestimmungen bes Batentes v. 2. Juni 1848 in Betreff ber auf Conventionsmunge lautenben Roten ber öfterr. Nationalbant außer Rraft." Da fomit bas Gefen, welches allein jur Beit ber eingegangenen Berpflichtung bes Beklagten jur Burudzahlung bes Darlebens in effectiver Silbermunge mit Ausschluß jeben Bapiergelbes benfelben von ber Burndgablung in flingenber Dunge batte befreien tonnen, nicht mehr befteht, fo batte ber Beflagte jur Bablung bes bem Darleben von 10,000 fl. C. DR. entfprechenben Betrages von 10.500 fl. ö. 2B., und zwar in Gilber verurtheilt werben muffen. Allein berfelbe machte bagegen ad 2 bie Ginwendung, bag ibm bas Darleben nicht in effectiver Gilbermunge gegeben wurde und trug hieraber bem Rläger ben Haupteid auf. Da nach &. 987 a. b. G. B. ber Darleiber fich die Rahlung in ber "besonderen, von ihm gegebenen Mungforte" bebingen tann, fo wird es bier barauf antommen, ob bem B bas Darleben in effectiver Gilbermunge auch zugezählt murbe ober nicht, und mar baber auf ben barüber angebotenen, bem Betlagten gurudgefcobenen Gib gu ertennen. - Das D. L. G. entichied unbedingt, daß ber Beflagte Die Bahlung, fatt in Silbermunge, nur in Banknoten gu leiften habe.

Der oberste Gerichtshof bestätigte bas Urtheil ber zweiten Inkanz und erklärt in den Motiven, daß bei allen Zahlungen aus Berträgen, die vor dem Batente vom 7. Februar 1856, R. G. Bl. Rr. 21, geschlossen wurden, die Banknoten statt Silber angenommen werden müssen, und daß daran der oben citirte Schlussatz der kaiferl. Berordnung vom 26. December 1858, Rr. 244, umsoweniger etwas geändert habe, als nach §. 4 der kaiferl. Berordnung vom 30. August 1858, Rr. 131, Jedermann die neuen Banknoten öfterreichischer

Währung in vollem Rennwerthe annehmen muß und ber nach §. 5 bes Patentes vom 27. April 1858, Rr. 63, die vor dem 1. Ropvember entstandenen Verpflichtungen in der neuen österreichischen Währung zu erfüllen vorschreibt.

#### Nr. 3203.

Rechtliche Wirkung des vorbehaltslosen Antrittes des hinter-

Entich, v. 15. April 1862, Rr. 2427 (Beit. des Decr. des H. G. Trieft v. 24. Dec. 1861, Rr. 9182, Aband. des Decr. des O. L. G. Trieft vom 6. Februar 1862, Rr. 321). G. Z. 1869, Rr. 65.

In dem Testamente bes M wurden A und B als Erben eingesett und ben Notherben C, D und E marb ber Pflichttheil binterlaffen. A und B haben die Erbschaft unbedingt angetreten und C, D und E bei Gericht die Erklärung abgegeben, daß fie die Berlaffenicaft auf Grund bes letten Willens in Bezug auf ben ihnen hinterlaffenen Pflichttheil ohne Borbehalt antreten ("di adire puramente e liberamente il lascito del. . . . in base alla di lui ultima volontà per la porzione legittima da lui a loro favore disposta"). 3m Buge ber Berlaffenschaftsabhandlung begehrte nun ein Erbschaftsglänbiger für seine durch Urtheil liquidirte Forderung gegen sammtliche vorermahnte Erbeintereffenten bie Bjandung ihrer Mobilien, und inebesondere noch gegen C bie executive Eintragung bes Bfandrechtes auf beffen Liegenschaften. - Die erft e Inftang, welche bie Bflichttheils= berechtigten C, D und E, ungeachtet ihrer oben angeführten Erb= antrittertlärungen, nicht als vorbehaltelofe Erben qualificirte, gab bem Gefuche nur bem A und B gegenüber ftatt. Der Gläubiger ließ es bei ber Abweisung seines Begehrens, soweit es gegen C, D und E auf Mobiliarpfändung gerichtet mar, bewenden, und recurrirte nur gegen bie Berweigerung ber wiber ben C angesuchten Immobilienexecution, bie ihm vom D. L. G. bewilligt murbe.

In Erwägung, daß nach dem Hofder. vom 31. Jänner 1844, 3. S. S. Rr. 781, den Notherben tein Anspruch auf verhältnißsmäßige Antheile an den einzelnen Berlaffenschaftschen, sondern nur auf den nach gerichtlicher Schätzung berechneten Werth ihrer Erbtheile zusieht; daß nach §. 774 a. b. S. B. dem Notherben der Pflichttheil frei von jeder Belastung zusommen muß, somit auch nicht er, sondern nur die unbedingt erklärten Haupterben für die Schulden des Erblaffers zu haften haben; daß demnach der dem C an dem Nachlasse des M gebührende Pflichttheil, sowohl den Haupterben wie den Verlassenschaftsgläubigern gegenüber vielmehr als das Legat einer bestimmten, dermalen noch nicht ausgemittelten Gelbsumme erscheint;

baß in Folge bes unbedingten Erbantrittes ber Haupterben A und B vom Abhandlungsgerichte mit Decret vom ...... nur diesen der einstweilige Besty und die Berwaltung des Rachlasses eingeräumt wurde, und nur sie als Repräsentanten des Erblasses Mangesehen werden können; daß solglich der gleichzeitig von C, D und E erklärte unbedingte Antritt des ihnen von M hinterlassenen Pslichttheiles keinen anderen Sinn haben kounte als jenen, daß sie sich mit diesem Pslichttheile begnügen, nicht auf Errichtung des Inventars dringen, sondern der eidesktättigen Angabe des Rachlasses von Seite der Haupterben A und B Bertrauen schesten wollen, weshalb sie denn auch mit Decret der Abhandlungsbehörde vom ..... angewiesen wurden, diesen Berlassenschaftsausweis gemeinschaftlich mit den Haupterben zu überreichen, hat der oberste Gerichtshof auf den Recurs des C den die Immobiliarpsändung gegen denselben verweigernden Bescheid der ersten Instanz bestätigt.

#### Mr. 3204.

Sicherstellung des Nutgenusses des überlebenden Chegatten nach & 812 a. b. G. B.

Entig. v. 6. Mai 1862, Rr. 2811 (Aband. ber gleichförmigen Derr. bes L. G. Benedig v. 20. Jänner 1862, Rr. 25718 und bes D. L. G. Benedig v. 22. Februar 1862, Rr. 3577). G. B. 1869, Rr. 69.

Das von beiden Untergerichten abgewiesene Gesuch, worin A, als ber nach bem Gefete jum Rutgenug eines Biertels ber ohne Testament mit Rinbern verftorbenen M berufene Chegatte berfelben im Sinne bes &. 812 a. b. G. B. bie Separation bes Rachlaffes vom Bermogen ber Erben begehrte, murbe vom oberften Berichtshofe aus folgenden Gründen bewilligt: Wenngleich im g. 812 a. b. G. B. nur bom Erbichaftegläubiger, Legatar und Rotherben bie Rebe ift, fo ergibt fich boch aus bem Beifte besfelben, bag bas Befet bie barin bezeichneten Sicherstellungsmittel allen Personen einzuräumen beabsichtigte, die gegen die Berlaffenschaft einen Anspruch haben; und als ein gefetlicher Anspruch gegen ben Nachlag erscheint jebenfalls and bas in Rebe flebenbe Fruchtgenufrecht, wie immer man feine juriftische Natur auffassen mag. — Daß Derjenige, welchem ein Fruchtgenuß an bem Nachlaffe burch letten Willen zugebacht worben ift, bie Sicherftellung im Sinne bes §. 812 forbern tonne, fteht außer Zweifel, weil der auf solche Art Honorirte nach &. 480 im Zusammenhange mit &. 535 a. b. G. B. ein mahrer Legatar ift: bann aber laft fic nicht einsehen, weshalb biefes Sicherstellungsmittel Demjenigen, welcher ben Fruchtgenuß an ber Berlaffenschaft ex lege erworben bat. porenthalten werden foll, ba boch in beiben Fällen bas ficheraustellenbe

Recht ein und basselbe ift, und in gleicher Weise ber aus ber Bermengung mit bem Bermögen bes Erben brobenben Gefahr ausgesetzt sein kann.

#### Mr. 3205.

Unzulässigkeit bes Manbatsprocesses bei ber Hopothekarklage. Entsch. v. 7. Mai 1862, Rr. 2920 (Best. des das Decr. des L. G. Mantina v. 14. Dec. 1861, Rr. 8340, aband. Decr. des D. L. G. Benedig vom 11. Februar 1862, Rr. 2868). G. Z. 1869, Rr. 65.

Entscheidung und Motive stimmen mit der unter Rr. 3201 biefer Sammlung mitgetheilten Entsch. vom 5. Juni 1860, Rr. 6262 überein.

#### Mr. 3206.

Unzulässigkeit neuer Executionen nach ber Feilbietung bes
Grundstlicks.

Entich. v. 9. Sept. 1862, Nr. 5750 (Best. der Decr. des B. G. Karolinenthal v. 26. Dec. 1861, Nr. 20712 und des D. L. G. Prag v. 20. Mai 1862, Nr. 8887). G. Z. 1869, Nr. 68.

# Mr. 3207.

Bollftredbarkeit im Auslande (in Preußen) gefällter Schiedssprüche.

Entig. v. 11. Sept. 1862, Ar. 6040 (Best. des Decr. des H. G. Prag v. 15. Mai 1862, Ar. 15898, Aband. des Decr. des O. L. G. Prag vom 30. Juni 1862, Ar. 12212). G. H. 1868, Ar. 2.

In einem schriftlichen Kausvertrage hatten sich die contrahirenden Handelsleute A in Breslau und B in Brag für die aus dem Geschäfte etwa entstehenden Streitigkeiten der Breslauer Börsencommission als Schiedsgericht unterworsen, bei welcher denn auch der Berkaufer A den Käuser B wegen Nichterfüllung des Bertrages aus Schadenersatz belangte und das seiner Forderung stattgebende Erkenntniß erwirkte. Mit Borlage desselben begehrte A beim Handelsgerichte in Brag im Executionswege die Pfändung der Mobilien des Letteren. — Dieses in erster Instanz bewilligte Gesuch wurde von dem D. L. G. abgewiesen, weil die Execution gegen einen österreichischen Staatsbürger auf Grund eines im Königreiche Preußen geschöpften schiedsrichterlichen

Erkenntnisses begehrt wird, ber Executionsführer aber ben ihm nach g. 33 a. b. G. B. obliegenden Beweis nicht geliefert hat, daß ben hierländigen Staatsbürgern auch in Preußen gegen einen bortigen Unterthan die Execution auf Grund ber in Desterreich geschöpften schiebs-richterlichen Erkenntnisse ertheilt werde".

Der oberfte Berichtshof bestätigte bie erftgerichtliche Enticheidung. Grunde: Buvorberft ift mit Rudficht auf Die Borfdrift ber Refolution vom 31. October 1785, 3. G. G. Rr. 489, lit. qq, unzweifelhaft, baß nicht bas Schiedegericht, fonbern bas ordentliche Bericht bes Sachfälligen Die Execution ju ertheilen bat, weil bie Barteien in dem von ihnen geschloffenen Bertrag nur dem Urtheile des darin bestimmten Schiedegerichtes und nicht auch fur bie Execution biefem Schiedegerichte fich unterworfen baben. Das orbentliche Gericht bes B. als welches bier bas S. G. Brag erscheint, bat aber nach &. 33 a. b. B. feinen Grund, feine Amtshandlung ju verfagen, weil bas hofbecr. vom 4. August 1840, 3. G. S. Nr. 460, Die Bollftredung ber Urtheile ber preußischen Gerichte gang allgemein gulaßt, wenn nicht Bebenten gegen bie Competeng eintreten. Golde Bebenten treten aber bier nicht ein, weil auch nach öfterreichischem Befete ein ichieberichterliches rechtefraftiges Urtheil vollftredbar ift und ber Beweis vorliegt, daß B bem Schiedespruche ber Breslauer Borfencommiffion fich unterworfen bat. Da ferner bas geborig legalifirte Original bes Schiedsspruches und ber bemfelben bezüglich bes Schuldbetrages ergangenben Calculation vorliegt, und burch bie legalifirte Erflarung ber Breslauer Sanbelstammer auch Die Rechtsfraft bes Landum nachgewiesen ift, so unterliegt bie Bewilligung ber angesuchten Erecution feinem gefetlichen Unftande.

# Mr. 3208.

# Sequestration bes Streitobjectes: Gefahr?

Entich. v. 21. Oct. 1862, Rr. 7104 (Aband. ber gleichförmigen Derr. bes B. G. Arzeszowice v. 12. Janner 1862, Rr. 1982 und bes D. L. G. Arakan v. 29. Inli 1862, Rr. 9602). G. H. 1868, S. 247.

In Erwägung, daß das Gesuch der Gutsberrschaft A nm Bewilligung der Sequestration der auf dem Grundstüde des B vorstindigen seuersesten Thonerde sich lediglich darauf stütt, daß die A gegen B die Klage pto. Anerkennung des Rechtes zur Aufsuchung und Ausbeutung der seuersesten Thonerde auf dem besagten Grundstüde angestellt hat und daß ihr durch die Ausbeutung der Erde von Seite des B während des Processes eine Gesahr droht; daß aber nach zu Geguestration nur die Gesahr der Beräußerung oder Beschädigung des Sequestrationsobjectes durch den

Beklagten berechtigt, mithin die Gefahr auf die Substanz und den Mißdrauch der Sache, nicht etwa blos auf die aus dem ordnungs-mäßigen Gebrauche derfelben entstehenden Rutzungen sich beziehen muß; und daß im vorliegenden Kalle B durch die gewöhnliche ordentliche Ausbeute der Thonerbe auf eigenem Grunde und Boden nur von seinem Eigenthumsrechte einen gesetzmäßigen Gebrauch macht — hat der oberste Gerichtschof das von beiden Untergerichten bewissigte Gesuch der A um Sequestration der Thonerde auf dem Grundstüde des Babgewiesen.

#### Nr. 3209.

Bestandstreitigkeit: Beweislast hinsichtlich der Dauer der Miethe. Entsch. v. 30. Dec. 1862, Rr. 8839 (Best. des das Urth. des B. G. Biala v. 17. Sept. 1862, Rr. 3968, aband. Urth. des D. L. G. Krakan vom 28. Oct. 1862, Rr. 14063). G. H. 1868, S. 380.

A kündigte dem B die angeblich auf unbestimmte Zeit geschlossene Hausmiethe drei Monate vor Ablauf des ersten Jahres (§. 2, lit. e der kaiserl. Berordnung v. 16. November 1858, R. G. Bi. Nr. 213). B bestritt die Aufkündigung mit der Anführung, daß die Wiethe auf drei Jahre geschlossen wurde. Beide Parteien deserirten einander den Haupteid zum Beweis ihrer widerstreitenden Angaben über die Miethzeit, und es handelte sich im Processe nur um die Frage der Beweislast.

— Das Gericht erster Instanz war der Ansicht, daß die Ansührung des A (Unbestimmtheit der Miethzeit) zu beweisen sei und erkannte auf den von ihm deserirten Haupteid; das D. L. G., der entgegengeseten Ueberzeugung solgend, erkannte auf den von B ausgetragenen Eid.

Der oberste Gerichtshof bestätigte bas Urtheil ber zweiten Instanz. Gründe: Der Ansicht bes D. L. G., wonach dem B der Beweis seiner Ansührung obliegt, muß beigepslichtet werden. Denn im §. 4 der taiserl. Berordnung vom 16. November 1858, Nr. 213, wird von dem Ausstündiger nur die Angabe des Gegenstandes und des Rechtegrundes der Kündigung, nicht aber auch der Beweis des letzteren gesordert und die dagegen anzubringenden Einwendungen sind nach §. 12 ebendort als Klage zu behandeln. Hieraus ergibt sich, daß die Ausstündigung die Qualität einer Aussorderung hat und daß dem Gegner (Ausgesorderten), wie jedem anderen Kläger obliegt, sein Recht, Bestandrecht, zu beweisen. Die Wälzung des Beweises vom Gegentheile auf A würde sowohl gegen den Grundsat des §. 170 westg. G. D., wonach das angesührte Factum von Demjenigen, der es ansührt, hier von B, der die dreisährige Miethe behanptet, bewiesen werden nuß, als auch gegen die durch §. 362 a. b. G. B. geschützte

Freiheit bes Berfügungsrechtes bes Eigenthumers A verstoßen, wogegen ber Miether B sich burch ben Besitz ber Miethsache nub bie hieburch erfolgte Einschränkung bes Eigenthumers nicht schigen kann, weil biese Einschränkung sich auch nur soweit erftreden kann, als sie eben bewiesen ift.

#### Mr. 3210.

Rückwirkenbe Rraft ber Erbfolgegesetze.

Entich. v. 11. Februar 1863, Nr. 957 (Best. des Urth. des B. G. Arzeszewicz v. 8. Mai 1862, Nr. 574, Aband. des Urth. des D. L. G. Arakan vom 10. Nov. 1862, Nr. 12202). G. H. 1868, S. 190.

Nachbem ber in einem untheilbaren Bauerngute bestehenbe Rachlag bes im Jahre 1846 ohne Testament verftorbenen M seinen vier Rindern mit Decret vom Jahre 1861 zu gleichen Antheilen eingeantwortet morben mar, belangte A ale lebernehmer ber Erbrechte von zwei Descenbenten, Die Miterben B und C mit bem Rlagbegehren, bag bie Bauernwirthschaft öffentlich ju versteigern und bas Meiftgebot unter ben Erbberechtigten nach Maggabe ihrer Portionen zu vertheilen fei. - Die erfte Inftang erfannte nach bem Rlagbegehren. Das D. E. G. war mit Rudfichtnahme auf die erft 1861 geschehene Ginantwortung ber Ansicht, daß die Ministerialverordnung vom 2. November 1855 (Dr. 1, R. G. Bl. 1856), anzuwenden fei, welche bie in Galigien giltigen Borfdriften ber Erbfolge in Bauerngutern auf bas Großberzogthum Rrafau ausgebehnt und verordnet hat, bag biefelben vom 29. September 1855, als bem Tage, an welchem bas a. b. G. B. in gesetzliche Rraft getreten ift, in Wirksamkeit zu treten haben (Butheilung bes Bauerngutes an den ältesten Sohn mit der Berpflichtung, bie Miterben zu befriedigen). Demnach erkannte bas D. L. G., ohne fich an bas Rlagebegehren zu halten, bag bie von M hinterlaffene Bauernwirthschaft sein ältefter Sohn (ber erftbeflagte) B, gegen Ausgablung ber im Ginantwortungsbecrete ben übrigen Erben jugewiefenen Erbtheile, und zwar an ben Rlager als Rechtsnehmer von zwei Erben und an ben mitbetlagten C nach vorgangiger gerichtlicher Schapung gu übernehmen habe. - Begen Diefes Urtheil ergriff A Die Richtigfeitsund Revifionsbeschwerbe.

Der oberste Gerichtshof hielt die Richtigkeitsbeschwerde für nicht gegründet, weil durch den, allerdings gegen die Rorm des §. 325 westgal. G. D. abgesaßten Spruch der zweiten Instanz implicite und in dessen Motiven ausdrücklich das Klagbegehren um licitatorische Beräußerung des Gutes und Bertheilung des Kaufschillings unter den Erben abgewiesen worden ist. In merito bestätigte der oberste Gerichtshof das Urtheil der ersten Instanz. Gründe: Da M noch unter der Herrschaft des französischen Gesetze im Krasauer Gebiete

gestorben ift, so sind für die Erbsolge die Bestimmungen jenes Gesetzes maßgebend (Art. 815, 826, 827 des Code Napoléon) und benselben entsprechend erfolgte auch im Jahre 1861 die gerichtliche Einantwortung der Bauernwirthschaft, und zwar nicht an B allein, mit der Berpstichtung zur Absertigung der übrigen Descendenten, sondern an alle Rachfolger des M zu gleichen Theilen. Die vom D. L. G. angerusene Ministerialverordnung vom 2. November 1855 kann nach ihrer ausdrücklichen Fassung nur auf die künstigen, nicht auf vorangegangene Todessälle angewendet werden. Da somit alle Erben des M gemeinschaftliche Theilhaber der Bauernwirthschaft sind, so steht Jedem von ihnen nach §. 830 a. b. G. B. das Recht zu, die Aussehung der Gemeinschaft durch den licitatorischen Berkauf dersselben herbeizusühren.

#### Mr. 3211.

Meistgebotsvertheilung: Anfangspunkt für die Berechnung des breifährigen Zinsenrückstandes.

Entich. v. 18. März 1863, Kr. 1644 (Best. des Decr. des B. G. Tolmein v. 28. Mai 1862, Kr. 1816, Aband. des Decr. des O. L. G. Triest vom 17. Sept. 1862, Kr. 2760). G. Z. 1869, Kr. 64.

Bei ber Bertheilung bes Erlöses ber executiven Feilbietung einer Liegenschaft wurde die Priorität eines Satzapitals in erster Instanz ben breifährigen Zinsen vom Tage des kundgemachten Berfteigerungsedictes ab, in zweiter Instanz hingegen nur ben breifährigen Zinsen vom Tage ber Berhandlung über die Meistgebots-

vertheilung eingeräumt.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die erstgerichtliche Entsscheidung und bemerkte in den Motiven: Es war unrichtig, bei der fraglichen Berechnung als Anfangspunkt den Tag des Liquidirungsprotokolles zu Grunde zu legen, und im Sinne der §§. 5 und 18 Concursordnung, §. 437 a. G. D. und §. 450 a. b. G. B. vielsmehr der Tag der Kundmachung des Feilbietungsedictes zur Richtschung zu nehmen, an welchem Tage eben — wie deim Concurs — die im Zuge befindliche Execution bekannt wurde und die Wirkung eintrat, daß gerichtliche Schritte anderer Pfandgläubiger theils unzu-lässig, theils überstüffig gewesen wären.

#### Nr. 3212.

Exceptio rei judicatae im Samptprocesse.

Entich, v. 23. Februar 1864, Rr. 1004 (Best, bes das Urth. ber Pratur Triest v. 8. Janner 1863, Rr. 2574, abund. Urth. bes D. L. G. Barn v. 80. Juli 1863, Rr. 2479). G. Z. 1869, Rr. 66.

In dem mundlich verhandelten Processe des A gegen B puncto Uebergabe eines Grundftudes brachte ber Beklagte in ber Duplit bie exc. rei judicatae bor. Mit Berufung auf ben §. 35 weftgal. G. D., wonach diese Einrebe im Prajudicialmege mittelft besonderen Gefuches anzubringen und eine besondere Berhandlung barüber gu pflegen gewefen mare, ließ bas Bericht erfter Instanz biefelbe unberudfichtigt und erkannte in merito auf einen Beugenbeweis. - In Erwagung, baß gemäß §. 35 westg. G. D. die Partei nur befugt, nicht verpflichtet ift, die exc. rei judicatae mit besonderem Gesuche vor ihrer Einrede anzubringen, mithin bie Nichteinleitung eines folden abgefonberten Berfahrens bas nach S. 6 ebenbort ber Bartei zustebenbe Recht, jene Einwendung entgegenzuseten, nicht zerftort; bag in bem vorliegenden Falle, wo ber Rlager felbst erft in ber Replit ben Rechtsgrund feines Rlaganspruches (Bertrag vom 4. Februar 1850) allegirt hat, bem Beklagten die Borschützung der exc. rei judicatae vor der Duplik gar nicht möglich mar, ba er erft burch bie Brobucirung ber Bertrags. urtunde von Seite bes Gegners in Die Lage gefest murbe, fesistellen zu können, daß es fich hier um ben nämlichen Bertrag wie in bem früheren Processe handelt; daß somit die in der Duplit erhobene Ginwendung ale mit procegrechtlicher Wirkung und rechtzeitig vorgebracht anzusehen ift, weil einerseits bas verspätete Anbringen berfelben burch eine Unterlaffung bes Rlagers verschulbet murbe und andererfeits im munblichen Broceffe bem Richter bie Berpflichtung obliegt, bafür ju forgen, daß bie Parteien burch Formmängel in ihrer Bertheidigung nicht verfürzt werben, hat sich bas D. L. G. auf die Untersuchung ber vorgeschützten exc. rei judicatae eingelaffen, und ba es biefelbe als begründet erfannte, bas Rlagbegebren abgewiesen.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bie Entscheibung ber zweiten

Instang mit Berufung auf die Motive berfelben,

# Nr. 3213.

Execution zur Sicherstellung: Sequestration ber Früchte bes bem Executionsführer bereits verpfändeten Gutes.

Entich. v. 5. Juli 1864, Rr. 4830 (Best. der gleichförmigen Decr. des L. G. Brünn v. 4. März 1864, Rr. 1524 und des O. L. G. Brünn vom 12. April 1864, Rr. 3394). G. Z. 1868, Rr. 54.

Auf Grund eines Zahlungsbefehles murbe nach §. 4 ber 3. DR. B. vom 18. Juli 1859, R. G. Bl. Rr. 130, bie Execution jur Sicher-

stellung mittelst Sequestration ber Früchte und Pachtertrage bes bem Rlager bereits verpfandeten Landquies bes Schuldners von beiben Untergerichten bewilligt und ber bagegen ergriffene Revisionsrecurs vom oberften Berichtshof aus folgenden Grunden abgewiesen: Der 8. 4 ber Justizministerialverordnung vom 18. Juli 1859, Nr. 130, gestattet bie Execution jur Sicherstellung burch Pfanbung und Schätzung ober burch Sequestration ber gepfanbeten Sachen mit bem Beifate, bag biefe Executionsarten gleichzeitig julaffig feien. Es fann alfo, wenn erft in Folge bes Bablungsbefehles die Forberung auf einer Liegenschaft intabulirt wird, die lettere zugleich auch fequeftrirt werben und zwar ohne Rudficht barauf, ob burch die Intabulation die Forberung hinreichend sichergestellt ist ober nicht, weil bas Gefet in biefer Richtung feinen Unterschied macht. Sienach icheint es, bag auch in bem Falle, wo die Intabulation icon früher erwirkt worden war, die Sequestration ber Pjandsache ohne Rudficht auf die Bulänglichkeit bes Pfandes bewilligt werben konne und bag die lette Bestimmung des citirten Paragraphes, wonach in dem Falle eines icon bestellten Bfandes bie Execution jur Sicherstellung nur bei Unjulanglichfeit berfelben gulaffig ift, nur auf die Erecution mittelft Pfanbung und Schatung bezogen werben burfe, weil fonft ber Baragraph in fich einen Biberfpruch enthalten murbe. Diefe Auslegung ftebt auch im Einflang mit bem §. 458 a. b. G. B., wonach Die Ungulänglichfeit bes bereits bestellten Pfanbes nur bann vorliegen muß, wenn es fich um die Bestellung eines neuen Pfandes handelt - ein Fall, der nicht eintritt, wenn die bereits verpfändete Sache sequeftrirt werden foll, weil mit ber Sequestration tein neues Pfand entftebt, sondern nur das ad corpus et fructus der Bfandsache bereits bestebenbe Pfanbrecht auch auf Die lettere wirtsam gemacht wird.

# Nr. 3214.

Actio pigneraticia directa: Auspruch auf Rüchstellung ber Pfandschufe gegen Zahlung ber Pfandschulb.

Eutsch. v. 4. August 1864, Rr. 5635 (Best. bes bas Urth. bes B. G. Stanislan v. 23. Sept. 1868, Rr. 5440, aband. Urth. bes O. L. G. Lemberg v. 17. Februar 1864, Rr. 82682). Gerichtsbote 1868, Rr. 19.

In der Klage des A wider B auf Zurüchftellung eines dem Letteren verpfändeten Pferdes gegen Zahlung der bezüglichen Schuld von 30 fl. wurde angeführt, daß der Kläger dem Beklagten die Zahlung der 30 fl., um das Pferd zurückzubekommen, vorlängst anzeboten, der Lettere aber die Hexausgabe der Pfandsache ohne Grund verweigert habe. Diese Umstände stellte der Beklagte in Abrede. — Das Gericht erster Instanz verwarf das Klagbegehren aus solgenden

Grunden: Rach &. 1369 a. b. G. B. ist ber Pfandnehmer nicht foulbig, bas hauptpfand gurudzuftellen, ebe er bom Bfanbgeber befriedigt wurde. Da nun A feine Schuld bem B nicht gurudgezahlt und ben Betrag berselben auch nicht gemäß g. 1425 a. b. G. B., aus bem Grunde ber verweigerten Annahme, bei Gericht niebergelegt hat, so tann er die Berausgabe bes verpfandeten Pferbes von B nicht forbern. — Das D. L. G. erkannte nach bem Rlagbegebren. Grunde: Wenn es auch feine volle Richtigfeit hat, bag ber Pfandnehmer bas Bfand nur gegen Bablung ber Schuld gurudguftellen verpflichtet ift, fo ift es andererfeits nicht minder richtig, bag nach &. 469 a. b. G. B. ber Pfandgeber jur Tilgung ber Schuld nur gegen bem verbunden ift, daß ihm die Pfandfache zugleich zurudgeftellt wird. Der Rlager A war baber nach bem Gefete volltommen berechtigt, bie Restitution bes Pfandes gegen Bahlung seiner Schuld gu forbern und darauf ift eben sein Rlagbegebren gestellt. Der unterlaffene Erlag bes Schuldbetrages bei Gericht vermag bas angefochtene Urtheil ber ersten Inftang nicht zu rechtfertigen, ba nach §. 1052 a. b. G. B. bie erklarte Bereitwilligleit gur Erfüllung biefer Berbindlichkeit vollständig genügt.

Der oberste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung der zweiten Instanz und bemerkte in seinen Motiven: Die Einwendung des B, daß er zur Restitution des Pfandes vor Empfang der durch dasselbe versicherten Darlehenssumme nach §. 1369 a. b. G. B. nicht verpstichtet war, ist durch §. 469 entstäftet, wonach der Pfandgeber zur Zahlung seiner Schuld nur gegen gleichzeitigen Empfang des Pfandes verbunden ist. Beide gesehlichen Bestimmungen können neben einander bestehen und sie sind in dem obergerichtlichen, vom Kläger selbst beantragten Erkenntnisse vermittelt, welches den Beslagten zur herausgabe der Pfandsache nur gegen Zahlung des Forderungs-

betrages verurtheilt.

# Mr. 3215.

Abgrenzung des Wirfungöfreises der Gerichte und der Bermaltungsbehörden: Entgeltliche Einräumung der Benutzung eines Kirchenbesitzes.

Entsch. v. 15. Sept. 1864, Rr. 7053 (Best. bes das Urth. bes B. G. Mahrenberg v. 18. Juni 1864, Rr. 1488, answeb. Decr. des O. L. G. Graz v. 27. Juli 1864, Rr. 6818). G. Z. 1869, Rr. 70.

Auf die Klage des A wider B, Dechant der Pfarrfirche zu X, wurde von der ersten Instanz in contumaciam des Letteren dem Klagbegehren gemäß erkannt, daß B schuldig sei, dem A gegenüber den am 21. Juli 1862 mündlich geschloffenen Bertrag, wodurch er

bemfelben bas Benutungerecht ber von feinem Schwiegervater innegehabten Rirchenstühle im Oratorium ber Bfarrfirche ju X um ben Breis von 10 fl. verfauft bat, juguhalten und bem A bas Benupungsrecht ber Rirchenftuble einzuräumen. - In Folge ber Appellation bes Beklagten hat das D. L. G. aus den nachstehenden Gründen das erftgerichtliche Urtheil nebft bem vorausgegangenen Berfahren aufgehoben und ben A mit seinem Begehren vom Civilrechtsweg an bie firchliche Beborbe gewiesen. Die Benugung von Rirchenftühlen während bes Gottesbienftes ift fein Gegenftand gemeinrechtlichen Bertebres. Benn von Rirchenvorstehern auch gegen Entgelb bie ausschliegliche Benntung einzelnen Berfonen überlaffen wirb, fo entfteht baraus noch fein privatrechtliches Berhaltniß zwischen bem Rirchenvorfteber und ben einzelnen Berfonen, weil jede Ueberlaffung ftete nach ben boberen Rudfichten ber Rirchendisciplin beurtheilt werden und daber aus beren Gründen widerrufbar fein muß. Deshalb tann über bie Frage: ob Jemand ein Brivatrecht, also ein im Executionsweg burchführbares Recht habe, von dem betreffenden Pfarrer Die Ginraumung eines Rirdenftuhles zur ausschließlichen Benutung mahrent bes Gottesbienstes zu verlangen, von bem Civilrichter nicht verhandelt und von ihm barüber nicht entschieben werben. Berhandlung und Entscheibung barüber fteht nur ben Behörben gu, Die über Rirchendisciplin und Rirchenverwaltung zu entscheiben haben. Da sonach bie Rlage bes A gegen ben Dechant B pto. Ueberlaffung von Rirchenftublen nicht batte angenommen und barüber nicht verhandelt werden follen, ba nach §. 1 ber 3. R. ber Richter in ben Fällen offenbarer Unzuftandigfeit bie Parteien von Amtswegen gurudweisen muß und nach bem Sofber. vom 28. October 1815, Rr. 1187 und 5. October 1816, Rr. 1285 ber 3. G. S. bie gerichtliche Berhanblung und Entscheidung über einen nicht auf ben Rechtsweg gehörenben Gegenstand eine Rullität begründet, so wurde nach §§. 264 und 265 a. G. D. u. s. w.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bie Berordnung ber zweiten Inftang aus beren Grunben.

# Nr. 3216.

Zulässigkeit des Beweises der Simulirtheit eines schriftlich geschlossen Bertrages.

Entsch, v. 28. Dec. 1864, Nr. 9541 (Best. des Urth. des L. G. Krasan v. 9. Juni 1864, Nr. 6235, Aband. des Urth. des O. L. G. Arasan v. 18. Sept. 1864, Nr. 10735). G. H. 1868, S. 312.

Die Rlage ber Erben bes A wiber beffen Bitme B pto. Ungiltige feit bes foriftlich gefoloffenen Bertaufes einer Liegenschaft bes A an bie Beklagte und Löfdung ber Eintragung ihres Eigenthums, war

auf bie Simulation bes Raufvertrages gegrundet, welche bie Rlager burch ben mittelft Beugen angebotenen Beweis ber von A und B getroffenen Berabredung bes Scheintaufes, um Die Liegenschaft ber Belaftung burch Gläubiger bes A ju entziehen, barthun wollten. Diefe in erfter Inftang zugelaffene Beweisführung murbe vom D. L. G.

mit Berufung auf §. 887 a. b. . B. ausgeschloffen.

Der oberfte Gerichtshof bestätigte bas Interlocut ber erften Inftang. Grunde: Der Scheinvertrag felbft tann bie Beträftigung, baß er nur jum Schein gefchloffen murbe, nicht enthalten; er fest vielmehr voraus, bag bas eigentliche Beschäft, welches er verhullen foll, auf einer besonderen Berabredung beruht. Es ist daber felbst. verständlich die Anwendung bes §. 887 a. b. G. B. ausgeschloffen.

#### Mr. 3217.

Abschluß eines Kaufvertrages unter bem Borbehalte ber Erlangung einer gewiffen Concession.

Entich. v. 7. Juni 1865, Rr. 4538 (Best. der gleichförmigen Urth. des L. G. Wien v. 2. Angust 1864, Rr. 36147 und des O. L. G. Wien v. 22. März 1865, Rr. 1666). G. H. 1868, S. 245.

Den ifraelitischen Bolgbandlern A, welche im Marg 1859 von B ein haus in ber Leopoldstadt ju Wien nebst Gartengrund gefauft hatten, behandigte B über bas mundlich geschloffene Beschäft ein vom 9. Marg 1859 batirtes Schreiben folgenden Juhaltes: " Sie haben mir beute als Angabe auf ben Ihnen fur 19.500 fl. vertauften Bartengrund sammt Saus ben Betrag von 100 fl. mit bem Borbehalt eingehandigt, bag Sie die Conceffion jur Aufftellung von Breunhölzern erlangen, und werden wir nach Erlangung berfelben ben bies. fälligen Bertrag unferer mundlichen Besprechung gemäß burch herrn Dr. N in gegenseitigem Ginverftanbniffe anfertigen laffen; im Falle der Nichterlangung der Concession habe ich die Angabe zu retourniren und ift ber Bertauf ungiltig." Auf ihr erftes Ginfchreiten murbe ben Räufern die Conceffion verfagt, worauf fie ben B um Rudftellung des Angeldes belangten, jedoch, da er fich beffen weigerte, von ber Rlage gurudtraten. Ihr wiederholtes Gefuch um Die Conceffion batte Erfolg, und nun belangten fie, im Jahre 1862, ben B auf Erfüllung bes Raufes, refp. auf Berausgabe ber Liegenschaft, Ausstellung der Intabulationsbewilligung und Errichtung ter Kaufsurtunde. In Folge ber bagegen vorgebrachten Einwendungen B banbelte es fich um bie zwei Fragen: 1. Db ber in obigem Schreiben bes Beflagten ermahnte Borbebalt als eine verneinenbe Resolutiv-Bedingung, wie B behauptete, ober ale eine lediglich ju Bunften ber Ranfer aufgenommene

Bestimmung, von ber fie fomit beliebig Abstand nehmen konnten. aufanfaffen fei. 2. Db ber Bettagte ans bem Grunde, weil bie Rlager im Jahre 1859 noch nicht besitzfähig waren, berechtigt fei, ben Bertrag anzufechten. - Beibe Untergerichte haben bie Rlage abgewiesen; Die erfte Instanz beantwortete beide Fragen zu Gunften Des Beflagten, mabrent bas D. 2. . ohne fich mit ber zweiten Frage zu befaffen, bie Abweifung ber Rlager lediglich auf die im gleichen Sinne lau-

tenbe Enticheibung ber erften Frage grunbete.

Begen biefe Urtheile ergriffen bie Rlager bie a. o. Revisionebefdmerbe, welche vom oberften Gerichtshofe aus ben nachstehenden Grunden verworfen murbe: Abgefeben bavon, bag bie Rlager nach ben zur Zeit bes Uebereintommens vom 9. Marg 1859 bestanbenen Befeben bie Liegenschaft bes Beklagten gar nicht erwerben tonnten, baben fie burch bie Unftellung ihrer erften Rlage gegen B felbft anertannt, bag es von dem verabrebeten Rauf, weil beffen Biltigfeit von ber Erlangung ber Concession jur Aufstellung von Brennhölgern abbangig und ben Rlagern bie Concession abgeschlagen worben mar, abgetommen fei. Gie tonnen baber nicht willfürlich nunmehr wieber bie Giltigkeit bes Raufes behaupten. Mag auch jene Bedingung gunachst in ihrem Interesse gesetzt worden sein, so lag es boch auch jebenfalls in jenem bes Bertaufers, daß bie Frage ber Giltigfeit bes Bertrages nicht auf unbestimmte Beit in Schwebe bleibe; und in ber That ericeint auch am Schluffe bes Schreibens bes Beklagten für ben Fall, bag bie Rlager bie Concession nicht erlangen - mas fofort von ihnen zur Entscheidung gebracht werden fonnte und mußte, - bie Ungiltigkeit bes Geschäftes überhaupt, nicht blos bas Rudtritterecht ber Rläger ausgesprochen. Immerhin war mit bem burch Die Burudforberung ber Angabe (in ber erften Rlage) erflärten Rudtritt ber Rlager vom Bertrag ber Beflagte jeber weiteren Berbind. lichkeit enthoben und in die rechtliche Lage verfest, mit feinem Saus und Gartengrund anberweitig zu verfügen, wonach ber Umftanb, bag es nach ein baar Jahren ben Rlagern bennoch gelang, auf ernemertes Ginfchreiten eine abnliche Conceffion ju erhalten, ihnen nicht bas Recht geben tann, nunmehr die Raufsabrede vom 9. März 1859, als eine nicht ungiltig geworbene, für fich anzurufen.

# Mr. 3218.

Anticipative theilweise Erfüllung eines Bertrages, bessen Errichtung in schriftlicher Form verabredet wurde.

Entid. v. 20. Sept. 1865, Rr. 6926 (Beft. bes bas Urth. bes B. G. Boinies b. 27. April 1865, Rr. 967, aband. Urth. des D. L. G. Aratan v. 21. Juni 1865, 9tr. 8117). G. S. 1867, €. 856.

Die A hatte mit B mundlich bas Uebereinkommen auf Bachtung ihres Meierhofes burch ben Letteren getroffen; es murbe biebei fo-

wohl das Pachtobject wie der Pachtschilling bestimmt, jedoch ausbrücklich die Errichtung eines schriftlichen Bertrages verabredet. In der Boraussetzung, daß der schriftliche Bertrag zu Stande kommen werde, nahm die A von B den ersten Pachtschilling und die Pachtscantion in Empfang und ihr Gatte übergab in ihrer Abwesenheit dem B einen Theil der gepachteten Liegenschaft. Da die Bertragsurkunde in der von den Parteien gleichsalls sestgesten Frist nicht errichtet worden war, belangte die A den B auf Zurücksellung der ihm übergebenen Grundstäde; B berief sich zu seiner Bertheibigung auf obige Thatsachen, die nach seiner Meinung den wirklichen Pachtvertrag ohne die Urkunde begründet haben.

Der oberste Gerichtshof erkannte nach dem Rlagbegehren. Gründe: Rach &. 884 a. b. G. B. ist der Bertrag nicht als geschlossen anzusehen; die Annahme des Pachtzinses und der Caution geschah aber von Seite der Rlägerin nur in der Boraussehung, daß der Bertrag in der stipulirten Weise, schristlich, zu Stande kommen werde. Auch leugnete sie, ihren Segatten zur Uebergabe der Pachtgründe bevollmächtigt zu haben; es oblag daher dem B der von ihm nicht gesührte Beweis dieser Bevollmächtigung umsomehr, da die Rlägerin selbst mit ihm den Pachtvertrag um den Meierhof verahredete und dadurch zu erkennen gab, daß ihr Gatte dieses Object ihres Bermögens nicht zu verwalten hatte.

# Mr. 3219.

Unzuläfsigkeit des dem Deferenten zurückgeschobenen Haupteides zum Beweis von Thatsachen, welche ein von ihm geführter Zeuge in Abrede gestellt hat.

Enisch, v. 16. Jünner 1866, Mr. 10971 (Best, des das Urth. des H. E. Bien v. 10. Oct. 1865, Mr. 113499, abund. Urth. des O. L. G. Bien v. 22. Nov. 1865, Mr. 18966). G. J. 1868, Mr. 70. Gazz. dei Trib. 1868, Mr. 37 und 38.

A hatte auf Grund eines von ben Brübern X an ihn girirten Bechsels gegen ben Acceptanten B die Zahlungsauflage von 1500 fl. erwirkt. B wendete ein, daß er den Bechsel nur aus Gefälligkeit, ohne eine Baluta erhalten zu haben, für die Firma "Brüder X" acceptirt, und diese Firma sich verpslichtet habe, selbst den Bechsel einzulösen, und daß der Bechsel dem A von den Brüdern X nur zum Scheine, mit dem Auftrage, ihn einzuklagen, girirt worden, daher A nur Bevollmächtigter derfelben, er, B, aber befugt sei, seine Einwendungen wider die Brüder X auch ihm entgegenzuseten. Ueber diese Umflände erbot sich B zum Beweis durch die zwei Mitglieder der

Firma "Brüber X" als Zengen und trug auch ben Haupteid auf. Bon ben beiben Zeugen wußte ber Eine nichts Erhebliches auszusagen, wogegen ber Andere bestimmt in Abrede stellte, daß der vorliegende über eine Buchschuld ausgestellte Wechsel ein Gefälligkeitswechsel sei, sowie daß derselbe blos zum Scheine an A girirt wurde, indem dieser vielmehr im Escomptewege ihn an sich gebracht habe. — Die erste Instanz erkannte nun anf den dem Beklagten zurückgeschobenen Haupteid. Das D. L. G. hielt die Zahlungsauflage unbedingt aufrecht.

Der oberste Gerichtshof bestätigte bas obergerichtliche Urtheil. Gründe: Durch die Aussage des vom Kläger selbst geführten Zeugen, welcher erklärte, daß der fragliche Wechsel nicht aus Gefälligkeit, sondern über eine Buchschuld des Geklagten acceptirt und im Wege des Escompte an den Kläger übertragen wurde, wurde schon das Gegentheil dessen eiblich bestätigt, was Geklagter durch den von ihm ausgetragenen und ihm zurückgeschobenen Haupteid darthun will, und es geht nicht an, den Geklagten noch zu einem Haupteide zuzulaffen, der mit dem obigen Zeugen, zu dessen Zeugenschaft er den Ersüllungseid angeboten hatte, in offendarem Conslict stünde, und den er, wenn der genannte Zeuge als Bormann dem heutigen Kläger Bertretung geleistet hätte, ebendemselben auszutragen gehabt hätte, und welchen dieser als Zeuge nun wirklich abgelegt hat.

# Nr. 3220.

Unzuläfsigkeit des Mandatsprocesses bei Hppothekarklagen und bei Klagen auf Grund nur pränotirter Urkunden.

Entich, v. 80. Jänner 1866, Rr. 760 (Beft. ber gleichförmigen Decr. des L. G. Wien v. 10. Oct. 1865, Rr. 66548 und des O. L. G. Wien vom 28. Nov. 1865, Rr. 10689). G. Z. 1868, Rr. 75.

A brachte in seiner Rlage wider B und C an, er habe die Pränotirung des Pfandrechtes für einen von D acceptirten Wechsel auf dessen Hausantheil und sodann gegen denselben die Zahlungsauflage erwirkt. Mittlerweile sei der Hausantheil auf die Beklagten übergegangen, jedoch keine Zahlung erfolgt, weshalb er ditte, diesen Beiden die Zahlung der gegen D ihm zuerkannten Summe bei sonstiger Execution des mit Pränotirung behafteten Realitätenantheiles aufzutragen. — Die erste Instanz verbeschied diese "Mandatsklage" um die Einrede und verweigerte den Zahlungsauftrag wegen Mangel eines Rechtstitels, und weil der Wechsel nur pränotirt, nicht einversleibt ist. Dagegen recurrirte A, da seine Klage auf öffentliche Urkunden (Ministerialverordnung v. 18. Juli 1859, R. G. Bl. Rr. 130, S. 1, lit. a), nämlich den Pränotirungs- und den wechselgerichtlichen

Bahlungsbescheib fich fluge, ber Rechtstitel in ber Bechselforberung liege, und, nachbem bas Begehren bes Bahlungsauftrages burch lit. a bes obigen &. 1 icon begrundet fei, es auf lit. e besfelben, welche Stelle freilich einverleibte Urfunden erfordert, nicht antomme, fomit bie Branotirung bes Wechfels gleichgiltig fei. Minbeftens batte bod eine Tagfatung nach &. 298 a. G. D. angeordnet werben follen. -Die zweite Inftang wies ben Recurs ab in ber Erwägung, bag nach &. 2 ber taiferl. Berordnung v. 21. Mai 1855, R. S. Bl. Rr. 95 (über Rlagen auf Notariatsurtunden) ber Zahlungsauftrag bamals nicht zu erlaffen ift, wenn, wie bier, die Berfon des Getlagten nicht mehr biejenige ift, welche in ber Berpflichtungenrfunde als Schulbner erscheint, sondern nur durch Rechtsverhältniffe, die aus der Urkunde nicht zu erfeben find, an Die Stelle bes urfprunglichen Berpflichteten getreten ift, biefe Thatfachen aber nicht burch öffentliche Urfunben erwiesen werben, und daß eben ber Mangel solcher Urkunden auch bas Berfahren nach &. 298 a. G. D. nicht rechtfertigt. Im außerorbentlichen Revisionsrecurse brachte nun Rlager an, baf bie faiferl. Berordnung vom 21. Mai 1855 nicht anwendbar sei, weil er fich nicht auf felbe, sonbern auf ben Ministerial-Erlag vom 18. Juli 1859, R. G. Bl. Rr. 130, berufen babe; daß feine Rlage alle mefentlichen Umftanbe burch öffentliche in originali beigebrachte Urfunden, namentlich ben Grundbuchsauszug barthue, Die wechselgerichtliche Bablungsauflage rechtsfraftig fei und er nur burch bie Dinifterialverordnung vom 19. September 1860, R. G. Bl. Nr. 212 (weil feine Bechfelflage gegen D im Grundbuch nicht angemerkt mar) zu einer Rlage wider B und C genöthigt fei. Die Berweigerung bes Berfahrens nach &. 298 a. G. D. fei noch weniger gerechtfertigt als jene bes Zahlungsauftrages.

Der oberste Gerichtshof gab diesem Mccurse teine Folge, weil einerseits nur eine pranotirte, keine einverleibte Urkunde vorliegt und amdererseits anch aus ben beigebrachten öffentlichen Urkunden nicht ummittelbar gegen die nun Belaugten sich ein Beweis ihrer Berbindlichteit ergibt, mithin weber in der Berweigerung der Zahlungsauflage, noch in der Einleitung des schriftlichen Bersahrens eine offenbare Geset

widrigfeit erblidt merben tann.

# Nr. 3221.

Außergerichtliches Geständniß bes in fremdem Namen Proces

Enisch, v. 27. März 1866, Rr. 1782 (Abanb. ber Urif. bes B. G. Baben v. 30. Wiez 1865, Rr. 4715 und bes O. L. G. Wien v. 25. Oct. 1865, Rr. 17754). G. Z. 1868, Rr. 67.

A belangte ben B, als gesethlichen Bertreter feines Sohnes, wegen Löschung eines fur 350 fl. einverleibten Pfanbrechtes von ber

Realität Nr. 96, die er von den Cheleuten C, welche ibm Bertretung leisteten — mit Bertrag vom 20. September 1862 gefauft hatte. Er begrundete fein Begehren bamit, bag die C von der Realität bem B jun. ein Grundstud mittelft Bertrag vom 15. December 1861 um 350 fl. unter ber Bebingung ber erfolgenben politischen Abtrennungsbewilligung überlaffen hatten, welche 350 fl. als im Bertrage bezahlt angegeben, bem B jurudgebühren, wenn bie Trennung nicht bewilligt murbe; bag zu beren Sicherstellung bas Pfanbrecht auf bie Realität einverleibt wurde, die 350 fl. in der That aber gar nicht berichtigt worden seien. Er bot ben Zeugenbeweis barüber an, bag B, Bater, bei Abichlug bes Raufvertrages vom 20. September 1862 jugegen war und bem Notar, ber bie Berhandlungen leitete, auf beffen Frage, inwieferne bie gebachte Forberung seines Sohues zu Recht bestehe, erwiberte, er, B, habe bas Pfanbrecht für biefe 350 fl., welche nie bezahlt worden seien, nur pro forma ermirft und werbe biefe Sappoft lofden laffen, mas er aber später verweigert habe. Zugleich trug er ihm ben im Rudichiebungsfalle von ben Cheleuten C abzulegenben Saupteib auf, bag die 350 fl. weber baar noch in anderer Weise bezahlt worben seien. B entgegnete, bag fein wiberfprochenes Geftanbnig feinen Beweis machen tonne, ba es außergerichtlich abgegeben murbe, bag basselbe ein Aufgeben ber Rechte bes Minberjährigen enthalte, wozu eine curatorifche Genehmigung erforberlich fei, und bag ibm, ber in frembem Namen Proces führe, ber Haupteib nur über eigene Sandlungen, baber nicht über bie von feinem Gobne geleistete Bablung aufgetragen werben fonne; endlich, bag Rlager vorerft bie Annullirung bes von bem Minderjährigen mit ben Cheleuten C geschloffenen Raufvertrages Rach bem geführten Beugenum bas Grundstüd erwirten muffe. beweise über bas außergerichtliche Geständnif, ben bie erfte Juftang für vollständig bergestellt hielt, weshalb fie bas mit allen Erforderniffen bes S. 110 a. G. D. versebene Geständnig als maggebend betrachtete, gab felbe bem Rlagbegehren ftatt. — Das D. L. G. wies ben Rlager ab. Grunde: Wenn man auch die obige Erklarung bes B, Baters, als erwiesen annehmen wollte, so konnte auf Grund berfelben noch nicht bie Ungiltigfeit ber Raufschillingsforberung bes Minberjährigen und bes gur Sicherftellung berfelben erwirften Bfanbrechtes ausgesprocen werben, ba es fich babei um bas Aufgeben erheblicher Rechte bes Minberjährigen gehanbelt hat, auf welche bet Bater ohne obercuratorifde Benehmigung nicht verzichten fonnte. Ebensowenig vermag bie Behauptung bes Rlagers, bag ber fragliche Rauffdilling niemals bezahlt worden fei und baber die im Raufvertrage vom 15. December 1861 enthaltene Bestätigung auf einem Irrthume beruhe, bas Rlagbegehren zu rechtfertigen, ba ber bem Betlagten, welcher nicht im eig enen Ramen, sonbern als Bertreter feines minderjährigen Sohnes Proces führt, nicht allein über eigene, sondern auch über frembe handlungen aufgetragene Saupteid fic als unzuläffig barftellt. Uebrigens

ist viefer Hampteid auch unentscheidend, weil das Pfandrecht zu Gunften bes Minderjährigen im Ranfvertrage vom 15. December 1861, in welchem die Bestätigung des empfangenen Kanfschillings enthalten ift, gegrundet erscheint, diefes Pfandrecht baher so lange ausrecht besteht, als nicht die Ausbedung des Bertrages selbst bewirft wurde, worauf aber in gegenwärtiger Rlage ein Begehren nicht gestellt worden ift.

Der oberfte Gerichtshof bat bem Rlagbegebren für ben fall flatigegeben, als ber Rlager ben Grfüllungseib über bas oben angeführte anfergerichtliche Geftanbnig bes B ablegen murbe, ans folgenden Grunden: Aus biefem Geftandniffe murbe bervorgeben, bag bas fragliche Pfanbrecht ohne Rechtsgrund haftet, weil ber Gohn bes B nicht befret ift, ben Betrag von 350 ff. jurudzubegehren, wenn er ibn gar nicht gezahlt bat. Diefes Geständniß ift aber beshalb, weil es nicht von bem Minberjährigen felbst abgelegt wurde, nicht beweislos, ba ber g. 110 a. G. D. teineswegs, wie Geflagter meint, erforbert, bag es von ber Partei felbft abgelegt werbe, vielmehr biefer Paragraph fich blos bes Ansbrudes "Befenners" bebient, und nicht abzusehen ift, warum ein folches mit ben Erforberniffen bes g. 110 verfebenes, fomit gewiß ernftlich gemachtes Geftandnig eines Bevollmachtigten ober gefetlichen Bertreters nicht ebenfo beweisfraftig fein foll, ein gerichtliches eben berfelben Berfonen. Mus bem Borftebenben folgt auch, bag co fich hier nicht um bie Giltigfeit bes gangen Raufvertrages vom 15: December 1861 gwiften ben Cheleuten C und bem minberjahrigen Bi: fonbern nur um eine einzelne Bestimmung besfelben hambelt, ba biefer Bertrag, wenn auch bie 350 fl. nicht gezahlt murben, ju Recht befteben, ja noch immer erfüllt werben fann, wenn ber Eigentbumer ber Reutisat Rr. 96, guftimmt, bie Grundtrennung bewilligt und die Bahlung ber 350 geleiftet wird; daß alfo Rlager nicht nothig batte, Den Rechtsbeftand bes Bertrages, ber auch gwifden ben Cheleuten C und bem minberjährigen B noch immer Birtung behalten tann, ju beftreiten.

# Nr. 3222.

Form für die Errichtung einer ehelichen Gütergemeinschaft auf den Todesfall.

Eiffch. v. 25, April 1866, Rn. 2179 (Beft. bes bas Urth. bes B. G. Oberbrey u. 80. Juli 2865, Rn. 1214, abanh. Urth. bes D. L. G. Braun vom 5. Dec. 1865, Rn. 12610). Gerichtsbote 1868, Rr. 16.

Rach bem Tode bes M, ber seine erste Frau N überlebt hatte, wurde von seiner überlebenden Bitme und feiner Tochtet zweiter Che, ale seinen Erben; mittelft Rlage gegen die Erben der N die Gilligkeit deit doit M-mit ber N geschloffenen Gütergemeinschaft unter Anderem-

ans dem Grunte bestritten, weil die tarüber errichtete Urkunde nur von zwei Zengen unterfertigt worden war, da sie boch vermöge ber Bestimmung des g. 1234 a. b. G. B., wonach die Gittergemeinschaft unter Spegatten in der Regel nur auf den Lodessall verstanden wird, zu ihrer Giltigkeit mit den Erforderniffen eines Erbvertrages, daher mit der Unterschrift von brei Zengen hatte versehen sein mussen.

Der oberste Gerichtshof verwarf die Anfechtungsklage und bemerkte gegen ben angefährten Bestreitungsgrund: Die von zwei Beitigen untersetzigte Urkunde genügt, um den Beweis des Abschlusses bes Gitergemeinschaftsvertrages hemustellen, und die Unterzeichnung durch einen dritten Beugen war hiezu nicht ersorverlich. Denn, wenn auch die von M mit der N geschlossene Gitergemeinschaft nach §. 1234 a. b. G. B. nur auf ben Todessall zu verstehen war, so wurde hiedurch der über vieselbe abgeschlossene Bertrag noch nicht zu einem Erdvertrag, weshalb die für Erbverträge erlassenen Borschriften auf die in Frage stehenden Ehepacten keine Anwendung sinden.

#### Mr. 3223.

Ausstellung eines Prämienscheines in Wechselform. Bereicherungsklage im Falle der Präjudicirung des Wechsels? Entsch. v. 17. Mat 1866, At. 4822 (Sen. des Uris. des H. G. Prag v.
11. Gept. 1865, Rr. 3134, Abdub. des Uris. des O. L. G. Prag v.
30. Det. 1865, Rr. 31507). G. H. 1868, E. 141.

Die von ber Affecuranggefellschaft A gegen B nach Art. 83 28. D. angestellte Bereicherungeliage pto. Buhlung won 266 fl. war barauf gegrunbet, bag B fein Saus bei A gegen Feuersgefahr verfichert, Die Relice in Empfang genommen bat, allein bie Affecurangpramie von 266 fl., für welche er ber Befelfchaft ben burd Broteftverfaumnig prainbicirten Bechfel ausgestellt batte, ju gablett: fich weigert. Der Bellagte berief fich in feinet Bettheibigung unter Anberem auf ben g. 6 ber Berficherungeftatuten;" ibonach bie Giltigfbit. ber Berficherung aufbort, wenn ber Berficherte ben Ptamienschein (ber bier in Bechfelform ausgestellt wurde) micht längftens am Berfallstage einlöft. - Dem in erft er anftam abgewiesenen Rlagbegebren hat bas D. 2. G. ftattgegebert weil B burd ben mit. A gefchibffenen Benficherungevertrag gur Adhlung bes Bramienbetrages, an beffen Stelle. Dit an bewielben Tage anbibate Bechfelfuntene trates verpflichtet wurde, mithin, wenn er, von der wechbelmäßigen Berkindlichtein bittch die Prajuvioitung vos Wechfels befreit; Die Bablung ber Bramie bemeigern bunfte, mit bem Betrage Berfetben jum Rachtheile ber Rlagerin, welcher in bem Berlufte ihrne Forberting aus bein Berficherungsgefdafter beftante, fic berrichett F 8 1 7 1 milibe:

Der oberste Gerichtshof bestätigte das erstgerichtliche Urtheil. Gründe: Einen Schaben, der bei der Bereicherungsklage in Betracht kommt, würde die Klägerin nur dann leiden, wenn sie trot der unterbliebenen rechtzeitigen Zahlung der Wechselsumme dem Beklagten zum Ersat eines in dem Zeitraume, wosür die Prämie anticipatim zu zahlen war, entstandenen Brandschadens verpslichtet geblieben wäre und auch nur in diesem Falle könnte gesagt werden, daß der Beklagte — durch die Bewahrung seines Anspruches auf den besagten Ersat — zum Schaden der Klägerin sich bereichern würde. Allein die Letztere hat nicht einmal behauptet, daß ihre Haftung für etwaigen Brandschaden dem Beklagten gegenüber noch fortbestehe, und so, wie der Beklagte den §. 6 der Bersicherungsstatuten citirt, hört die Giltigkeit der Bersicherung auf und wird die Police daher werthlos, wenn der Bersicherte einen Prämienschein, der hier in Bechselsorm ausgestellt wurde, nicht spätestens am Bersallstage einlöst.

### Mr. 3224.

Stillschweigenbe Unterwerfung unter ben Cansalgerichtsstand. Entsch. v. 25. Sept. 1866, Rr. 8606 (Best. des das Decr. des A. G. Bozen v. 19. Juli 1866, Rr. 2008, aufheb. Decr. des D. L. G. Junsbrud v. 14. August 1866, Rt. 2371). G. Z. 1869, Rr. 27.

Der Eisenbahnbau-Subunternehmer A flagte bie Gifenbahnban-Besellschaft B aus bem Titel bes Raufvertrages auf Die Bablung bes Raufpreises einer Maschine von 1061 fl. nebst 6% Zinsen seit 1. April 1865 beim R. G. Bozen als Hanbelssenat. Die geklagte Gesellschaft machte bagegen bie Incompetenzeinwendung nicht nach Borschrift bes Gesetzes abgesondert geltend, sondern erwähnte blos jum Schluffe ber Ginrebe, bag bie Ansprüche von 6% Binfen nach §. 995 a. b. B. B. beshalb unstatthaft erfcheinen, weil die geflagte, jum Bau einer Gifenbabn gebilbete Gefellichaft teine Sanbelsgefellicaft, fonbern eine gemeinrechtliche Erwerbegefellschaft und ber Rauf einer zum Bau erforberlichen Maschine kein Handelsgeschäft im Sinne bes Gesetzes sei. — Nach vollständig abgeführtem Processe bat bas R. G. Bozen als Hanbelsfenat feine Unzuständigkeit ausgesprochen und ben Rläger mit seiner Rlage an bas für gemeine Rechts= angelegenheiten zuftändige Gericht verwiesen, in ber Erwägung, bag ber Begenstand ber Rlage bie Forberung bes Raufpreifes eines Rranich mit Bestandtheilen gur Berwendung beim Gifenbahnbau, nicht aber zur Beiterveräußerung besselben betrifft, bag baber ber Gegenstand ber Rlage tein handelsgeschäft im Sinne bes Art. 271 S. G. ift; bag bie geflagte Gefellicaft nicht jum 3mede bes Betriebes von Sanbelsgeschäften, sonbern ber Erbauung ber Gifenbahn gebilbet

wurde, folglich nicht als eine Hanbelsgesellschaft, fonbern als eine gemeinrechtliche Erwerbegesellschaft anzusehen ift; bag bemnach bie Canfalgerichtsbarteit bes Rreisgerichtes als Banbelsgericht nach &. 38, 1, 2 bes Ginführungsgefetes jum Sanbelsgefete und S. 57 3. R. nicht begrundet erscheint; bag, wenn auch bie Einwendung bes nicht gehörigen Gerichtsflandes nicht nach Borfdrift bes Bofber. v. 7. November 1820, 3. G. S. Rr. 1714, abgefonbert geltend gemacht wurde, boch nicht einmal eine ansbrückliche Prorogation bes Forums in Gegenständen ber Causalgerichtsbarteit julaffig ift. (§. 47 3. R.) Diefe Entscheidung hob bie zwei te Inftanz auf mit ber Begrundung: "baß ber Geflagte bei ber erften Tagfanung weber bie Einwendung ber Incompetenz felbft angebracht, noch um bie Erftredung zum Behufe ber Ausführung biefer Einwendung angesucht; daß nach ber klaren Borfdrift bes &. 2, Hofber. vom 7. November 1820, Dr. 1714, Die geflagte Befellichaft mit biefer Einwendung nicht mehr zu hören war; bag ber Anwentbarfeit biefes Dofbecretes meber ber §. 47 noch §. 48 J. N. im Wege ftebt, ba von einer freiwilligen Prorogirung gar teine Rebe ift und es fich um teine im g. 48 3. R. ermahnten Streitsachen banbelt".

Der oberste Gerichtshof bestätigte biese Entscheidung, "benn — so lauten die Beweggründe — nach §. 48 J. N. ist die Berhandlung über eine von einem unzuständigen Richter angenommene Klage sortzuseten, wenn sich gleich in der Folge zeigen sollte, daß das Gericht zur Annahme der Klage nicht berusen war, ausgenommen die Berbandlung betraf die Ungistigseit oder Trennung der Ehe, oder Gegenstände, die zur Militärgerichtsbarkeit oder zur Berwaltungsbehörde gehören, und nach dem citirten Hostor. vom 7. November 1820 muß die Einwendung des ungehörigen Gerichtsstandes bei der ersten über die Klage anderaumten Tagsahung angebracht werden, sonst ist sie nicht mehr zu beachten; diese Rechtzeitigkeit der Einwendung aber wurde von der geklagten Partei nicht beachtet, daher der Beschluß des D. L. G. gerechtsertigt erscheint".

# Mr. 3225.

Entschädigungsklage für Ueberlassung einer Erfindung. Unbestimmtheit des Bersprechens der Berschaffung "einer sorgenfreien und glücklichen Zukunft".

Entig. v. 21. Nov. 1886, Nr. 10228 (Beft, des Urth. des L. G. Brag vom 24. April 1886, Nr. 6118, Abänd. des Urth. des O. L. G. Brag vom 31. Juli 1886, Nr. 18825). G. H. 1888, S. 20.

Rach ber Rlage bes A gegen B überließ ber Erftere bie Ehre feiner Erfindung eines neuen, fog. Spatenpfluges bem B, welcher

bafür ihm 1. ben Erfas aller auf Die Exfindung verwendeten, von A ju berechnenden Roften und auferbem 2. für ben fall; bag, er, Beflagter, mit biefem Pfluge reuffirt und eine ober mehrere Ordensandzeichnungen erlangt, versprochen babe, ibm eine forgenfreie und gludliche Butunft ju verschaffen, Ad 1 berechnete ber Rlager Die Roften ber Berfiellung ber Duftenpflige, ber Aushellung feines Erfindung an mehreren Orten, ber Anfertigung ber Mobelle und ber praftifden Berfuche, fobann ben Berth feiner Bemubungen bei ber Anfertigung, Berbefferung und Ausstattung ber Pflüge, jufammen mit 9840 fl.; ad 2 nahm er eine lebenelangliche Rente von 200 fl. monatlich in Anspruch. - In erfter Inftang werbe ber ad 1 geforderte Betrag bem Rlager gegen feinen Schapungeeid quertannt und bie ad 2 eingeflagte Forberung abgewiefen. - In Folge ber von beiben Theilen ergriffenen Appellation bat bas D. E. G. ad 1 ben Betrag auf 7840 fl. herabgefest und bem Rlager unter ber Bedingung bes burch Saupteib erbrachten Bemeifes ber Bufage bes Bellagten, alle von dem Ersteren ju berechnenden Roften ju bezohlen, und des flagerifchen Schatungeeibes, ad 2 bem Rtager eine lebenslangliche Rente von monatlichen 150 fl. bei Berftellung bes Beweifes, burch Saupteid, über bas oben angeführte Beriprechen ber Bericaffung einer forgenfreien und gludlichen Butunft gnertannt. - Gegen biefe Entscheidung ergriff B ad 1 bie außerordentliche, ad 2 die orbentliche Revisionsbeschwerbe.

Bom oberften Gerichtshofe wurde bie erftere verworfen und ber letteren burch Bestätigung bes Urtheils ber erften Inflang Folge gegeben, Granbe: Die Behauptung bes Beichmerbeführers, bag bie Ueberlaffung ber Chre ber Erfindung nach & 878 a. b. G. B. fein giltiges Rechtsgeschäft sei und bag bem Rlager für biefelbe, ba fie feinen Belbanfwand feinerfeits bebingte, eine Bergutung nicht mgefprocen werben tonne, entbebrt ber rechtlichen Begrundung, weil es weber unmöglich noch burch ein Gafen verhoten ift, bag ber Erfinder einem Anberen gestatte, bie Erfindung als feine Erfindung ju berlantbaren und nutbar ju machen; weil, felbft wenn ber Erftere bie materiellen Bortheile ber Erfindung fich vorbehielt, boch auch bie aberlaffene Chre ber Erfindung bem Unternehmer Bortheile bringen tann, die für ihn ein Berthabject bilben; weil diese mit der Chre und bem Aufe ber Erfindung verbundenen mittelbaren Bortheile auch für ten Erfinder einen Berth haben und baber im Falle ber Ueberlaffung berfelben an einen Anderen einen Anfpruch auf Bergutung begründen, da ber Aufwand von Mabe und Zeit jum Erfinnen, Arafen und enblichen Safthalten eines neuen aber verheffenten Comfirmetionsprincipes fich megentlich non bem Arbeite- mit animand untetfcheibet, welchen bie Berftellung eines einzelnen Berfes nach ber erfundenen Methobe erforbert, mithin burch bie Begahlung bes Materials und ber Roften ber Berftellung nicht auch icon bie

Mühe der Erfindung verlohnt ift. Demnach war die a. a. Boschwerde Des Bellagten zu verwerfen. Dagegen ift feine orbentliche Remffondbefdwerbe gegrundet. Wenn ber Betlagte bem Rager bas Berfprechen, worauf ber in zweiter Inftang zugeleffene Bampteib lautet, in ber That gemacht hat, so fragt es fich vor Alkem, ob eer bamit bem Rlager - was biefer eben begehrt - eine lebenslängliche Mente Derfprachen babe, und diefe Frage muß entschieden verneint merben. Dag auch ber Rlager unter ber Inquefichtftellung einer forgenfreien und gludlichen Butunft gunachft eine Belbleiftung bes Bellagten verftanden und erwartet baben, die ihn der Mühen und Sorge um feine Existeng überheben warbe, fo muß gur richtigen Auslegung bes Berfprechens and Dasjenige berudfichtigt merben, mas ber Bellagte bemit beabsichtigt haben tann. Der Rtäger gibt fich als ein Mannivon bervorragenden Babigkeiten und Renntuiffen in feinem fache ju erlennen; er betreibt fortan fein Befcaft als Dafdinenfabritant und bat fic Die Erzeugung nach feinen Erfindungen und ben eventuellen Bortheil borbehalten, ja nach feiner eigenen Anführung feither wieder eine neue, Die frühere übertreffende Erfindung gemacht. Ginem folchen Manne gegenüber, ausgeräftet mit ber gu einem wenn nicht fcwminghaften, Doch Die Subfifteng gemährenben Gefchaftebetriebe nothigen Begabung. muß die Bedingung ber sorgenfreien und glucklichen Butunft nicht nothwendig in der numittelbaren Buwendung eines Gelbespitales ober gar einer lebenswierigen Rente erfannt werben. Goll baber Die Berpflichtung bes Bellagten zu einer folden Leiftung ausgesmochen werben fonnen, fo mußte fein Berfprechen ausbrudlich barauf gelautet haben, umfomehr ba einem Gewerbsmanne eine forgenfreie Butunft auch buich Betfcaffung von Arbeit, fei es unmittelbar ober mittelbar bnet Anempfehlung ober Aubringung von Aunden, burde Eröffnung won Quellen portheilhaften Daterialbezuges, ja felbft burch Gemahrung von Credit und auf mancherlei andere Art in Ausficht geftellt und perichafft werben fann. Dem Beripvochen bes Betlagten fehlt ibaber Die erforderliche Beftimmtheit ber verfprochenen Leiftung und faun Davaus beffen Berpflichtung gur Bablung einer Lebensrente nicht abgeleitet werben.

# Rr. 3226.

Unzulässigieit richterlicher Prlifung ber von ber Partei bereits beglichenen Expensuote bes Abvocaten.

Die A suchte um gerichtliche Mäßigung ber in ber beiliegenden Expensennote aufgerechneten, von ihr bereits vollständig bezahlten

Enifc. v. 11. Bet. 1866, Rr. 10866 (Abind. ber glofch formingen Dett. bes L. G. Brunn v. 14. und 28. Sept. 1806, Rr. 16065, und 18110 and bes D. L. G. Brunn v. 28. Oct. 1866, Rr. 16552), G. B. 1868, Rr. 88.

Bertretungetoften an, ba ihr biefelben ju boch angefest erschienen. Bierüber murbe von ber erften Juftang ber betreffenbe Bertreter Dr. B aufgeforbert, binnen 8 Tagen Die erforberlichen Beilagen gur bei Bericht gurudbehaltenen Expensennote vorzulegen, wibrigens gur Roftenmäßigung auf Grund ber Amtsacten geschritten wurde. Diefes Gefuch fammt Erledigung murbe von Dr. B mit ber Begrundung gurudgelegt, bag bas Begehren und ber barüber erfloffene Auftrag unftatthaft fei, da einerfeits in der unbeanständeten Zahlung eine Anertennung ber Bertretungetoften liege, baber eine nachträgliche Dagigung ungefetlich sei und andererseits, wenn eine nachträgliche Mäftigung überbaupt julaffig mare, bem Bertreter freigeftellt bleiben muffe, ein neues Roftenverzeichnig, mit ben nöthigen Beilagen instruirt, vorzulegen. - Die erfte Inftang wies biefe Gingabe gurud und wieberholte ben früheren Auftrag, ba — so bie Begründung — nach g. 425 a. G. D. bem Richter bas Recht gufteht, bie von einer Bartei ihrem Abvocaten ju entrichtenben Gebühren auf Berlangen ber Bartei ju ermäßigen, ein solder Rall bier vorliegt, ohne daß die Frage, ob biese Bebühren etwa schon vollständig ober nur jum Theile bezahlt wurden, dieser richterlichen Amtspflicht beirrend entgegensteben tann, und es and nicht angebe, jur Grundlage biefer Moberirung ein von bem Rechtsfreunde neu zu verfaffendes Roftenverzeichniß zu nehmen, ba bier nicht ber Rechtsfreund, soubern bie Bartei um die gerichtliche Dafigung eines bestimmten ibr übergebenen Roftenverzeichniffes. eingeschritten ift. - Den gegen biefen Befcheib ergriffenen Recurs bat bas D. L. G. unter Berufung auf bie erftrichterlichen Grunbe und in ber weiteren Erwägung verworfen, baf einer jeben von einem Abvocaten vertretenen Bartei nach Hofver, vom 4. October 1833, J. G. S. Rr. 2633, bas Recht zusteht, bie ihr bon bem Abvocaten aufgerechneten Bertretungstoften ber richterlichen Abjuftirung felbft in bem Falle, wenn Re bereits gezahlt find, ju unterziehen, indem die Frage, ob die geleiftete Bablung für eine Anerkennung ber Richtigkeit ber Bobe biefer Gebühren zu halten sei, nur im contradictorischen Bege zu entscheiden ift: in Erwägung, bag bem Richter jum Bebufe biefer Abjuftirung biefelben Behelfe vorliegen muffen, auf Grund beren ber Bertretungsgebührenanspruch gestellt wurde, wobei die Frage, ob ber Abpocat berechtigt fei, mit Rudficht auf bie geanberten Umftanbe ein neues Roftenverzeichnig einzubringen, gar nicht zur Sprache tommen tann.

Bon bem oberften Gerichtshofe hingegen wurde die Gefachftellerin mit ihrem Abjustirungsbegehren abgewiesen; benn, so lautet die oberstigerichtliche Motivirung, der g. 425 a. G. D. verordnet in seinem zweiten Theile, daß der Richter die Bertretungsgebühren nur denn mäßigen soll, wenn die Partei solche Mäßigung verlangt; diefer Hall ist aber dann offenbar nicht vorhanden, wenn eine Partei die Mäßigung solcher Expensen verlangt, die sie schon vor mehreren Monaten ganz bezahlt hat. Denn in einer solchen Bezahlung liegt die Amer-

tennung der Expensen als liquid in vollem Betrage, weil eben die Partei vor deren Absustirung zur Bezahlung derselben nach dem Hofder. v. 4. October 1833, J. G. S. Nr. 2633, in keiner Weise gezwungen war. Dieses Hosbecret hat die Anordnung des §. 425 a. G. O. nicht abgeändert und insbesondere nicht auch auf den Fall bereits bezahlter Expensen ausgedehnt; es sett vielmehr nach seinem ganzen Inhalte solche Expensen voraus, welche von der Partei, wenigstens dem Betrage nach, nicht erkannt sind; eine entgegengesetzte Ansicht würde dem Wortlaute und der klaren Absicht des §. 425 a. G. O. widerstreiten, welche blos dahin geht, die Parteien vor einem Zwange zur Zahlung übermäßiger Gebühren der Advocaten zu schützen, welche Absicht aber bei bereits gezahlten Gebühren gänzlich hinwegfällt.

# Berzeichniß

ber einschlägigen und der eitirten Befegesfiellen.

# Allgemeines bürgerliches Gefetbuch.

Kundm.=Pat. Nr. 91,	88. 98r. 17 3101	§§.
713, 1694		
<b>§</b> §. Nr.	19 1523	
1 2859	20 91	104 8
2 585, 587, 833,	21 419, 491, 1832	1058, 867, 889
1386, 2398, 3106	22 .423, 1498, 2823	
4 1320		107 8, 609, 1954,
5 40, 78, 389,	33 .547, 3101, 3207	2101
481, 565, 694,		
764, 1079, 1194,	37 .82, 1320, 1511	1702, 1910,
1694, 1780, 1783,	44 1910	
1850, 1986, 2701,	45773, 1704,	109 1356, 1987,
2887, 3104		2101, 2105
6 251, 311, 507,	46 3074	114 3196
628, 671, 676,	58 524	115 525, 1356,
1412, 1425, 1832,	91 290, 390, 867,	
1864, 2132, 2798	889, 1119, 1639,	
7 408, 578, 575,	1712, 1779,	1702, 1842, 1910, <b>2</b> 806,
867, 904, 917,	1896, 1931,	1910, 2806,
973, 1145, 1374,	2148, 2606,	3021
1 <b>443</b> , 1703, 1879	2635, 2646,	120 524
10 1154, 2402		121 524
12 180, 412, 679,	<b>3021, 3063</b>	123 1356
931, 978, 1003,	92 609, 1363,	
1024, 1071, 1245,	1931, 2635,	
1252, 1620, 1643,		134 1356
2412, 2580, 2709,		
3064		138 1926,1981,2881
0003	2000, 0021, 0010	100 1080/1001/8001

§ <b>4.</b>	98x.	<del>\$\$</del> .	Nr.	§§.	Nr. 2497, 2991,
95. 189 .307, 646. 141 1119, 142 881, 1119, 2007, 2 143 147 2132, 148	2636	851, 1029	, 1089,		2497, 2991, 3168 , 989, 2545
141 1119.	2619	1092	1248,	١.	3168
142881. 1	1050.	1375,	1426,	252	989, 2545
1119. 1	130.	1534,	1889,	254	1142, 2010
2007. 2	2146.	2054	2262,	256	2318
	2492	2619,	2785,	264	613
143	2636	<b>29</b> 51	, 3181	265	1824
147 2132.	2545	168 <b>. 3</b> 26	, 1571	266	531
148	2132	171  . 6, 1534	, 2268,	267	531
149 . 269,788, 2					1554, 1651
	<b>30</b> 50   :	178	575	278	.491, 575, 982
150 .129, 788,	2182	174 989	<b>2937</b>		423
151	2132   :	175	1028	275	2506
152 423,	550,	1.76	685	276	1105, 1554,
1 <b>6</b> 76, 2	2132, 🗀	<b>181</b> 1539,	, 2627		2038, 2465, 3048, 3084 929, 2042
1676, 2 2937, 1	2963   :	198	1742		3048, 3084
FUD	1676	197	2818	277	929, 2042
155	2619	209	2318	2/8	2042
156	615	213	2833	282	466, 613,
158 554,	557,	218	1571		1445, 1804,
1651, 1	l <b>92</b> 6,   2	219	773		1445, 1804, 2318
1981, 2	2727, [3	2 <b>2</b> 1	2636	201	.400,0(0,1104,
		228 618,	1804,		1421, 3109 578
159 <b>1</b> 651, 1	l981,	•	2318	288	
<b>28</b> 35, 1	<b>28</b> 81   2	283 . 361, 36	2, 871,	292	771, 2582
161	2723	466, 55	0, 682,	295	.009,1848,1462
1636, 138,	<b>3</b> 26,	866, 960	, 1139,	294	771, 2582 559,1848,1462 96, 392, 711, 1178, 1343, 1496, 2534 587, 1064, 1201, 1496
420, 634,	852,	1445,	1706,		1118, 1343,
875, 10 <del>2</del> 9, 1	136,	1804,	2666,	റ്റമ	1400, 2004 547 1084
1278, 1	426,	. 2881,	<b>2988</b> ,	290	1901, 1004,
1899, 2	2157,	284	3008	600	1496, 2534
<b>23</b> (0, 2	abou. D	20 <del>4</del>	1100	400	.711,817,1178,
<b>272</b> 3, 2	2897,	236 .509, 613	0.2992	401	1242 1497
8122,	2162	208 , , ,	2 1:02.	300	1343, 1427
164 2723,	2 (29	<b>258</b>	804	200	547, 1719,
165	100	2 <b>81</b>		300	9406
166 6, 46,	779	2 <b>43</b> 1676	9100	301	2496 .59, 1716, 2894
520, / <b>50</b> ,	.1 (0, 17	2 <b>44</b> 10, 2991	2160	303	1496
10 <b>29,</b> 1 1 <b>426,</b> 1	280,			907	323, 330, 683
.റെറ്റെ ദ	2000	246 .10,1426	2160	208	220 495
1 <b>2202,</b> 2	0705	247 . 10, 1426	9001		1344 1579
(, 2014,.)	200	ρπί ΙΝ, 1440 ΒΑΩ 11Ω1	1292	200	1344; 1579 511, 1797, 2569, 2665
цри 0, 40,	779	,	9108		2569 2665
D11, 133,	110,	1010,	<i>4</i> 100,	l	

§§. Nt.	88.	98r.	§8. 98t.
310 2665	335	293, 1628,	361 363, 1245
311 573 604		2374, 3065	1369 573 897
311 573, 604 312 1867, 1897	338	293 1580	1412 1634
2050, 2090	1	1698 1984	2057 2309
313 . 101, 208, 257	<b>'</b> ]	1628, 1984, 2933, <b>3</b> 065	1412, 1634, 2057, 2309, 3065, 3209 364573, 1421,
200 201 245	330	26, 300, 925,	264 572 1491
405 1044 1102	1000	1146 1592	2057, 2823
495, 1044, 1193	' [	1140, 1020,	365573, 1421,
1000, 1001,	' <b> </b>	1005, 1001,	1040 0449
2000, 2001,	·	1146, 1523, 1535, 1867, 1905, 2000, 2057, 2204, 2580, 2722, 2971, 3049	1948, 2443
2090, 2107,	1	2001, 2204,	366511, 1629, 1645, 1917
2118, 2267	·	2580, 2722,	1045, 1917
20 12, 2 120	' 1		
2748, 2893	340	.348,713, 1535,	936, 1028, 1047,
2969, 3135	· [	1626, 2057,	1417, 2010,
3184	:	2475	2389, 2549,
315 1085, 2534	341	713, 1535	<b>2867, 2</b> 917,
316 2912	342	713, 1535	1417, 2010, 2389, 2549, 2867, 2917, 2939, 3019, 3043
317 756	343	1535	3043
1645	345	26, 106, 257,	1417, 2549
320 511, 556		916, 1193,	3691400, 1496,
320 511, 556 3211008, 1797, 2678	1	1503, 1997.	1759, 3032
2678		2267, 2364.	371373, 760,
322 .484, 556, 2867	1	2485	1047, 1400.
323 14, 110, 188,			0 = 40 0000
208, 294, 306,	020	1997, 2057.	372 . 268, 402, 412.
	1	2874 2475	2549, 3005 372 . 268, 402, 412, 728, 935, 1620, 1645, 1759, 2549, 2917, 3083
511, 795, 9 <b>3</b> 5, 958, 1026,	347	106, 1026	1645, 1759
1044, 1620,	02.	2848	2549, 2917
1917, 2118,	248	346, 723	3083
<b>2332</b> , 2366,	251	200 405 787	373268, 373,
2877, 2917,	331	705 9009	1845 9374
2011, 2311,	259	795, 2002 2569	1 <b>645, 2374,</b> <b>254</b> 9, <b>29</b> 17
204 14 000 705	254	700 016	374165, 2917,
050 071 1044	304	1044 1147	2005
900, 911; 10 <del>14</del> ,		1099, 1191,	975 946
2001, 2011		1194, 1094,	010
320313, 120,		1917, 2118,	990 eee 750 1014
1028, 2374	1 .	2212, 2247,	380 .000, 759, 1014
528 67U, 1026	1	2748	3005 375 346 378 686, 1574 380 .666, 759, 1014 384 1662 390 1745
1417	355	1495	580 1745
029 100. 2141	1 201		031 101. 1/10
330 . 165, 587, 720,	358	116, 288	392 1716, 1745
2141, 2299	360	116, 238,	395 356
3013	i I	1662	396 356

§§.		Nr.	i 66.	Nr.	\ <b>§§</b> .	Nr.
88. 404	156	1406	425	153, 901,	38.	9595 9669
405		, 1470 2065	400	1006 1106	1	2535, 2663,
407	1014	1001	l	1096, 1186, 1406, 1845,	1	2678, 2681, 2953, 3095,
401	1014,	1061,	1	2808, 2979	1	
			120	2000, 2019 1567 9406	140	3130
400	007	1001	490	1567, 2406	440	
410	287	1001	400	. 195, 258, 355,	Ì	1820, 1961,
410	287,	1021,	1	439, 502, 869,	440	2582, 2853
411		1873	1	871, 1122,	449	. 184, 236, 666,
	•••••		ł	1249, 1532,	ł	901, 939, 1049,
412	710	1001		1582, 1661, 1707, 1810,	l	1051, 1162,
410	713,	1021,	İ	100, 1010,	l	1388, 1406,
410	713, 1194	, 2007		1840, 2208,	ł	1570, 1577,
410	'	770		2222, 2241,	l	1586, 1778, 2247, 2366,
420	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	772		1707, 1810, 1840, 2208, 2222, 2247, 2413, 2570, 2988	1	2241, 2300,
	•••••			<b>=0</b> .50	Ì	2389, 2477,
			408	243, 439, 775,	ł	2505, 2512,
424	538	004		802, 1279,		2010
420	711	, <b>024</b> ,	}	1002, 1001,	400	236, 901,
	1001,	1801,		2247, 2413,	421	1961, 3211
400	7	2762	440	2489, 2577	401	. 168, 494, 587,
420	7		440	556, 758, 1869, 2338,	l	901, 936, 941,
407	100 445	1400		1009, 2008,	ĺ	1028, 1110,
4Z (	.163, 445		440	2374, 2480509, 679,	l	1312, 1406, 1845, 2119,
		1620, 2800,	444	049 057 1005	ł	2139, 2299,
	2011,	3030		843, 857, 1085,	ŀ	2100, 2200,
400	445,		1	1 <b>3</b> 95, 2389, 2550		2366, 2593, 2604, 2650,
920		2010	442	168, 241, 593,	}	2004, 2000, 3198
490	. 503, 538		230	595, 672, 780,	459	973, 1123,
720	651, 1222		•	850, 941, 988,	402	1312, 1496
<b>420</b>				1193, 1241,	453	Q9 1Q5 921
421	<b>43</b> 9, <b>6</b> 89	824		1390, 1845,	100	92, 195, 231, 237, 249, 260,
ZUI	1008	1629,		1960, 2810		283, 339, 355,
	1661,	1759		1960, 2810, 2905, 2953,		439, 468, 568,
	1801,			2993, 3139	•	569, 572, 629,
		2988	444	1186, 1550		639, 716, 753,
432	941,	1008.	445	1186, 1254,		775, 802, 871,
	1845.	2312.		1406, 2988		901, 939, 963,
	2598.	2604.	447	. 413, 438, 574,		1034, 1049,
		2808		605, 648, 918,		1112, 1113.
433		336		1017, 1028, 1082, 1496, 1566, 1898, 1961, 2385,		1116, 1122,
434	336,	2119,		1082, 1496,		1175, 1204,
	2139,	2245,		1566, 1898,		1235, 1236,
	•	2656		1961, 2385.		1249, 1299,
			•	. ,		•

<b>e</b> c	Nr.	<b>§</b> §.		Mr.	ı <b>8</b> §.		<b>%</b> ₹.
<b>§§</b> .	1324, 1344,	45A	1778,			1109,	
	1346, 1387,	TUT		2389			2829
	1388 1406.	455	318.48			1017	
	1388, 1406, 1424, 1437,	7	16. 1097	. 1564.	469	. 258, 31	8, 593,
	1446, 1512,	•	2225	, 2584,		611, 618	, 1017,
	1530, 1532,	l		2837	1	1051.	1109.
	1570, 1577,	456	. 373, 40	2, 498,	l	1345, 1778,	1659,
	1578, 1579,	9	136, 1028	3, 1417,		1778,	1782,
	1582, 1586,	ĺ	1803	, <b>23</b> 89,	ļ	1803,	2021,
	1624, 1649,		2867	, 2939,	1		
	1674, 1681, 1696, 1710,			3019		2107, 2389, 2899	2688,
	1696, 1710,	457	96, 24	1, 246,		<b>4</b> 022,	ZOLV,
	1714, 1780,	l	330, 39 576, 58	2,574,		2837 3067	29 <del>1</del> 0,
	1783, 1810,	l	976; 98	1170	i i	5 <b>0</b> 01,	3214
	1845, 1855,		800, 995	), 11(8, 1 140e	470		
	1861, 1863,	l	1455	0619	471	732	<b>000</b> 0
	1868, 1885,	ĺ	<i>443</i> 3	, 2010, 0 2107	479	244	795
	1892, 1899, 1916, 1934,	450	94K Q6	9, 3101 2 1150	712	1098	1329
	2033, 2133,	200	1388	1578	l	1000	3100
	2153, 2158,		1863	1898.	474	150,	1322.
	2177, 2187,		1863 1907	2375.		,	2212
	2207, 2215,		8138	8. 3213	475	*****	
	2222, 2224,	459	271	2894	476	235.	1779.
	<b>22</b> 31, 2247.	ľ	•	3130	i.	<b>25</b> 87,	2748.
	2273, 2320, 2875, 2379, 2405, 2410,	461	. 271, 43	38, 605,	1		2893
•	2875, 2379,	′	1324	, 1566,	477	2212	<b>275</b> 8
	2405, 2410,	ľ	1783	, 1898,	479		1098
	2413. 2422.	ľ.	190	1. Z003	200	. IUI, DU	1,000,
	2436, 2450, 24 <b>63</b> , 2464,	462	305	; 2159,	ŀ	1009	1044,
	24 <b>63</b> , 2464,			2297	-	1040,	. 1991,
	2411, 2494,	405	4/11/7	. 377	481		<del>-</del>
	2509, 2530,	404	1017,				, 244, , 1546
	2532, 2538, 2544, 2570,	40E	007	2381	400	28 ini	1000
			74, 24	1 000	202	. \$5, 101	3100
	2579, 2581, 2602, 2621,		488, 43			1098	
	2640, 2658,	ļ	605, 80			628,	1147.
	2659, 2661,	l	91A. 998	1109	177.	1888,	1546.
	2662, 2690,	1	918, 995 13 <b>2</b> 4	1560	ŀ	1684	2212
	2692, 2763,		1566	1780.		2286	2717,
	2793, 2808,	١.	1783	, <b>2</b> 510,	<b> </b> .	9945	, 3002
	3046, 3047,		2535	, 2953,	485	2286, <b>994</b> 5 1 <b>36</b> 9,	<b>29</b> 88,
	3155		•	3095	· '		3002
		-					

00 M	1 00	11.00	<b>00</b>
§§. Nr.	§§. Nr.	88.	Nr.
486 3150		564251	
487 1098	1236, 2327,		1806
488 897	2371, 2445	565 93, 14	8, 218.
504 628, 1012,	533 39, 247, 1037	306, 42	8. 478.
2855		562, 982	1143
5051012, 2945,			), 2371
3002			
506 .628, 916, 2945,	2028, 2327, 2371, 3204 536 151 154 207	567	
	2011, 0204	500 41	
5071460, 1890,	1000 1101, 101, 201,		
2855, 3110,	565, 1236, 2473	569 41	
3158		570	
508 2855	2121, 2473	671	. 2632
509 . 464, 661, 788,	538 .270, 335, 1498	5721229	, 2734,
870, 1670, 2571	539 270, 2815		3005
510 1710 9919	540 1EE 047	577	. 161
2571	541 151	578 . 335, 5	63, 793
511 1670	548 480 9593	579 93, 11	8. 281
512 561	545 69 1498 9593	306 42	8 478
519 161	547 49 904 994	569 97	0 000
510 40 <del>1</del>	401 C10 001	1092	1100
510 40±	401, 010, 001,	1000	100,
0191200, 2141,	816, 845, 907,	1220	, 1201,
3013	1025, 1236,	1021	, 1341,
520464, 1211,	1367, 1442,	1004	1, 2097
2213	1566, 2360,	580 . 306, 47	8, 549,
521 .628, 916, 1012,	2445, 2518,	1083	, 1188,
1306, 3002	2642, 2699,	1261	, 1327 <sub>,</sub>
522 916	3023	188	3, 2322
523 14, 174, 208,	548 816, 907.	<b>  581 . 306, 54</b>	9, 968.
213, 224, 244,	1566, 2445	1083	. 1261.
383, 897, 916,	549 71	1083 1827	. 1888
2571 511	550 269 816 830		2322
1062, 1147,	550 . 269, 816, 830, 2121	582	. 563
1322, 1546,	551 151, 335	584 4	4 367
1588, 1594,		585 44, 14	12, QUI
1795 1770	5521143, 1498,		1600
1725, 1779,	1600, 2371	1604	1, 1000,
1894, 1917,	553 . 310, 311, 350, 1143, 2371	1004	, 1627,
1997, 2748,	1143, 2371	2522	. 2371,
2758, 2877,	1000 741	2104	4, 3147
2893, 2969,	556 820	086218	3, 367,
3002, 3161,	559741, 1806,	1261	, 1600,
3169, 3184	2884	1627 2724	, 2371,
5 <del>26</del> 1051, 1322,	560820, 1283,	2734	, 2884,
2837	1403	3147	i, 3160°
531 1639, 1767	560820, 1283, 1403 562820	588	. 1600

§§.		Mr.	66.			Mr.	§§.		<b>%</b> τ.
597	3 36 3 36	7, 718	65	5 . 162	2. 25	1, 292	699	327, 4	11, 689,
598	3 36	7. 718			. 82	0. 965		861, 104	
	93, 11	8, 563	.	1	<b>180</b> .	1317			3, 1877,
	793, 1188	. 1261	.	Ī	341	1412			9, 2666
	,	3012		ī	830.	1856.	700	.327, 48	
602	1838	. 2500		2	049.	2423.	703	3 62	. 1373.
				2 2	2666	. 3116		362 204	9. 2579
604	154	. 2473	656	3	. 10'	7. 292	704	2049	2579.
608	. 154, 18	6. 423.	657		107.	2423	'		
	2473	, 2855	660	)		263	705		. 2049
609	•••••	2473	662		570	0, 967	709	1978	
610	78, 116	3. 140.	665			2461	1		2722
	15	4, 186	666			1317	711		. 3002
611				•••••			713	. 183, 23	9. 335.
612	78	. 423.	668			3116		535, 242	
		1498	671			13	716	. 72, 14	7. 161.
613	62, 110		672			307		183. 23	296.
	238, 42	3. 788.	674			162		183, 23	2428
		1994,	677	• • • • •	• • •	162	717		296
		2855,	681	••••		1498	719		. 335
	3075	. 3158	682		741.	2164	720		1347
614	154	. 946.	683			493	721	335	. 1240
	1412,	1662.	684		<b>269</b> .	. 682.	722		44
		2102	ı	19	) <b>5</b> 2	1 290	794	1955	9493
615	788,	2473.		1	942.	2049	726		486
		3177	685		369	879.	727	. 306, 79	3,1403
616		2473	l	11	90.	1191.	732	306, 79	292
			1	12	253,	1318.	733		565
	78, 423			2	<b>3</b> 57.	2704	734		565
	423,		· UOO	11	<b>5</b> U.	1121.	100		100
				- · ·	,	2071	736		2884
629	.116, 140,	, 2 <b>3</b> 8,	687	1	<b>42</b> ,	1190.	738	16	0, 741
		423				1101	754	1453,	
631		357	689		269,	700			2025
633	• • • • • • •	357		12	283,	1403	757		2445
684		357	690			2274	759	1910	2646
641	357,	2546	692	12	11,	1639.	760	1403,	2164,
647	1327,								
648		13	694	• • • • •		3077	762	. 151, 583	3, 799,
649		13	696	.128,4	111,	1043,	_	1043,	1453,
650	• • • • • • •	269		18	301,	1877			1497
651		1806	697	14	25,	2200	763	.151,799	. 1553,
652	423,	682,	698	.128, 2	203,	327,		, -	1974
	423,	1830		14	125,	2200	764	151,	1511
								•	

86. Nr.	66.	Nr.	§§.	Nr.
765 .583,799,2175,	800 2929.	2954.	816	1156, 2076, 2965, 3050 486, 879, 1253, 2269, 2307, 3093 62, 1001, 1236, 1577, 2954 816, 1114, 1115, 2064
2268, 2473		3020		2965, 3050
767 151, 2175	801 1863.	1921.	817	486, 879,
768 947	2030	2929		1253, 2269,
770 155, 947	802 5. 118	3. 146.		2307, 3093
772 2075	907, 944,	1114.	819	62, 1001,
773 2075	1115	. 1998.		1236, 1577,
774 786, 1043,	2310	2503.		2954
1339, 1511,	2684	i. 2929	821	816, 1114,
2268, 2473,	2684 804 2503	2684		1115, 2064, 2121, 2418
2986, 3012,	806 118	. 2883		<b>2121, 2418</b>
3203	807319,	2503,	822	339, 432, 532,
775 1339		<b>2684</b>		667, 739, 1236,
776 207, 2075	808 .118,486	5, 1339,		1333, 1488,
777 207	1453	3, 3012		1567, 1576,
778 .207, 904, 1974	810 464	1011,		1584, 1695,
779 2075	1211,	1236,		1791, 1807,
780 151, 2075	1434,	1921,	}	1808, 1810,
783583, 1338,	2022	2076,		1820, 1863,
1339		2642		1891, 1929,
784 27, 1576	811 . 48, 22	1, 319,		2030, 2032,
786 583, 688	461, 1442	, 1919,		2047, 2191,
7871339, 1994,	1975	, 2022,		2246, 2406,
<b>2</b> 986, 3200		2074		2536, 2578,
788 . 151, 292, 661,	812 . 146, 45	<b>5, 486</b> ,		2590, 2637,
1043, 2986	617, 66	5, 879,		2659, 2673,
790 27, 151, 292,	1236,	1338,		2707, 3015,
661, 1058, 1352	1531,	1557,		3127
3203 775	1605,	1739,	823	334, 703,
2986	1921,	1999,		1055, 1403,
792 2986	2022	, 2184,	204	1920, 3124
798 107, 1058	2221	, 2224,	824	2933
795 1910, 2646	2274	, 2310,	827	2904
796889, 1910,	2337	, 2 <del>454</del> ,	828	1045 0101
2606, 2646	2743	, 3017,		1240, 2121,
797186, 1001,	3023	3, 3204	000	0U20
1236, 1859,	813957,	1190,	829	.209, 200, 011,
2500, 2887,	1191,	1442,		2025, 2000,
2954, 2987	1472,	1620,		2023, 2060, 2121, 2988, 3023
799 . 218, 247, 703,	2510	), Z ( 98	090	190 362 977
786, 1037, 2503,	014 14/2	1440	030	200, 200, 311,
2684, 2929,	010 944,	9994	၂၀၁၈	3023, 3210 520 123, 749, 866,
2904, 3020,	1020	0700	004	193 749 866
<b>505</b> 5	2010	, 4198	000	120, 130, 000,

§§. Rr.	<del>§§</del> .	98r. <sub> </sub>	§§.	Rr.
877,2502,3028		1475, 1693,		2045, 2579,
3105	: 1	1700 1700		2855
<b>834</b> 123, 363, 877		1779 1940	220	1978
<b>835</b> 877, 2806	1	1953 1978	881	. 163, 404, 567,
3028		1703, 1729, 1779, 1940, 1953, 1978, 2061, 2113, 2280, 2288, 2531, 2584, 2674, 2704, 2800, 2953, 2963, 2978	001	1060, 1073.
836 . 749, 877, 923		2280, 2288,		1060, 1073, 119 <b>3</b> , 1 <b>22</b> 7,
2806, 3105		2531, 2584.		1477
837 2502, 2964		2674, 2704,	882	1233, 1477
889479, 1082	,	<b>2800</b> , <b>2953</b> ,	883	219. 445.
3023	, ,	2963, 2978,		1631, 1812,
<b>841</b> 164, 363	,	3062	1	2006, 3062
1145, 3010	864	2711, 2829	884	. 152, 165, 219,
842 2200		6 . 10, 8 <b>73, 1039</b> ,		336, 2970,
<b>843</b> . 180, 363, 520	, I	1466, 2963		3062, 3218
649, 1145	,   866	358, 810,	885	.152, 336, 1073
1640, 3016		1386		1188, 2150,
844 337	869	1273, 1291, 1273, 1291, 1444, 1453, 1541, 2361 118, 585, 707,		3001
<b>847</b> 1891		1273, 1291,	881	11, 178, 48Z,
<b>850</b> 1827, 2563	?	1444, 1403,	ĺ	100, 910,
<b>851</b> 1827	076	1041, 2001	l	1104, 1211,
852 182° 858 182°	7 071	110 505 707	]	9015 9155
<b>854</b> 1873	1011	1244, 1453, 1541, 2361 1541, 2361 1541, 2361 1541, 2361 1499, 1138, 1499, 2643 2643 2643		2010, 2100, 9941 9945
859 . 309, 509, 783	'{	1400 9643		9800 9758
1008	879	118 1138		2070, 2130, 2070, 2992
861 . 194, <b>3</b> 93, 423		2643		3139, 3216
9 <b>3</b> 0, 1229	. 87 <i>:</i>	3 118	888	241, 479
1273, 1693	874	118	889	241, 1449,
<b>254</b> 8, 2968	87	5 118, 2984,		2418, 2616
3069	}	3032	890	320
862 . 194, 393, 533	, 876	3118, 1134,	891	. 391, 708, 914,
930, 1039	,	1217, 1499, 3032	1	1086, 1405,
251/	3	3032		1863
<b>863</b> 60, 63, 103	,   87	1 1386	892	479, 598
157, 288, 335	,   878	3 51, 149, 392,		
401, 458, 481	•	810, 832, 859,		391, 593,
492, 579, 759	,	882, 1060, 1103,	005	1754, 1866
784, 809, 873	•	1400, 1477,	897	128, 411,
752, 1035 1106 1990		1000, 1718,		1979
1100, 1228	<u>'                                     </u>	1920, 1919,	909	1919 192
1270, 1200 1272 1200	'	2000, <u>240</u> 0, 9867 9955	000	149 585 1990
1210, 1302	'	882, 1060, 1103, 1455, 1477, 1585, 1718, 1928, 1979, 2398, 2480, 2667, 2855, 2915, 3066, \$171, 3225	901	1972 2009
1408 1457	'	\$171 3925	1	3005
1200, 1201	, 1	GIII, UEEU	1	5500

§§. Nr.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
902 . 658, 678, 852,	1	1469, 1519,	**	1391, 1619,
924, 1133,	i	1540, 1563,	ŀ	1902, 1908,
1374, 1461,		1583, 1596,		2272, 2669,
1491, 2157		1629, 1635,		2799, 2855,
903 386		1665, 1670,		2876, 2946,
904 . 166, 297, 303,		1693, 1699,	Ì	2983
861, 1141,		1823, 18 <b>2</b> 5,	വൈ	1, 423, 1141,
1190, 1191,	İ	1832, 1864,	320	2438, 2825,
1 <b>46</b> 9, 1509,	1	1956, 1965,	ļ	3097
1661, 1767,		2020, 2025,	ഹാ	. 125, 475, 599,
2227, 2924,		2043, 2063,	744	737, 856, 882,
<b>30</b> 56		2200, 2537,		1148, 1413,
905922, 1222,		2547, 2759,		1514, 1597,
1320		2809, 2924,		1968, 2051,
906 107, 2516		2984, 3107,	1	2536
908 76, 152, 276,		3194, 3225	092	. 125, 431, 475,
312, 384, 840,	045	12, 127, 497,	320	1138, 1413,
997, 1045,	1010	676, 813, 878,		2051, 2538
1509, 1744,		1060, 1091,		
1825, 2056,	l	1231, 1318,	026	537, 2564
2155, 2 <b>63</b> 0,		1453, 1757,	098	89, 302, 595,
2712, 2728		1864, 1865,		737, 850, 941,
909 82, 840, 984,		2025, 2126,		1390, 3139
1065, 1539,			aga	1390
1825		3189 3225	920	1390, 1496
910 840		68, 104, 166,	031	558, 881,
911 288		201, 232, 295,	001	1164, 1390,
912 76, 128		776, 799, 827,		2051
914 . 12, 27, 33, 67,		1162, 1295,	932	125, 302, 537,
68, 120, 143,		1497, 1507,		707, 737, 1148,
251, 349, 411,	1	1878, 1908,		1413, 1514,
415, 458, 492,		2185, 2992,		1761, 2051,
510, 530, 628,		3216		2855
671, 676, 699,	917		933	. 171, 475, 640,
777, 783, 789,	918	.113, 294, 2702,		737, 1148,
813, 891, 916,		2703, 3162		1164, 1390,
932, 934, 1039,	919	.1, 68, 137, 149,		1514, 1597,
1060, 1073,		276, 809, 380,		1668, 1761,
1077, 1091,		384, 394, 421,		1968, 2431,
1096, 1101,		384, 394, 421, 527, 550, 700,		3144
1106, 1172,		810, 832, 840,	934	125, 412,
1222, 1246,		920, 984, 987,		1268, 1497,
1264, 1265,		1133, 1176,	1	1992, 2361,
1301, 1454,		1204, 1357,		2915
<b>-,</b>	•	====, ====,	1	

§§. Nr.	§§.	§§.
935 1413, 2361	964 1949. 2672.	1008145, 221,
936 . 328, 336, 410,	2784, 2800,	655, 789, 848,
523, 783, 1073,		
1455, 1908,		1350, 1445,
3067, 3079	967 215	1549, 1593,
937 1444, 2361		1596, 1706,
938 763, 1072,		1770 1989
1273, 1549,	970 2531, 2672, 2800, 2926	1779, 1882, 1955, 2046,
1631, 2353,		2437, 2601,
2711, 3199	978 1	2846
940 3199		1009 124, 145,
941 763, 3199	983 104, 1608,	162 520 655
942 1497	1714, 2119,	784, 805, 1060,
943 . 165, 335, 445,		1301, 1384,
519, 753, 1362,	084 407 534	1596, 1645,
1539, 1631,	984497, 534, 1608	1955, 2108,
1812, 2066,	9851094, 1172,	2238
2 <b>8</b> 53, 2711,	1609	1010 2108
2769, 3061,	007 1277 2909	1011 647
2109, 3001, 3199	000 207 1070	1011 026
		1012 784, 1301 1013 1273
946335, 423,	2149	
1671	991104, 295,	1014 2502
947 1497	1094	
948 1072, 1497	993 534, 2015	789, 1351, 1779, 2108,
949 1497	994 .40, 170, 1079,	1779, 2108,
950 1497	1251, 1318,	2109
951 . 282, 583, 799,		1017 . 81, 381, 538,
991, 1474,	9951, 170, 328,	784, 1108,
1497, 1660,	378, 534, 653,	1295, 1351, 1645, 2010,
2268	920, 1251,	1645, 2010,
952 2268	1286, 1318,	2238
953 1507	1518, 2357,	1019163, 423,
956 . 72, 165, 265,	2871, 3224	
335, 404, 583,	996 .40, 523, 953,	
723, 753, 1671,	2015	1176
1699, 1931,	998 . 104, 284, 497,	1022 <b>747</b> , <b>23</b> 18, 3170
2400, 2428, 1987, 3062,	1286	
	1001 . 53, 61, 325,	1024 410, 785, 1533
3162, 3200 957 2800, 2926	1011, 1923,	1026 400
958114, 819,	9722 900K	1026 400 1027124, 381,
920/	1004 . 1919, 2040	252 9245
050 1608 990 <i>4</i>	1004 1919, 2040	1028 221
061 1600, 2074 061 1600 2120	1007 1882	1090 194 221
ant 1000, 2120	1001 1882	1043144, 301,

§§. 977.	§§.	§§.
805, 853, 1208,	1893, 2979,	**
2238	3214	
	1053 7, 68, 82,	2427, 2628,
1030400, 853,	651, 824, 859,	2671
2846	1060 1106	1091 .316,361,526,
1032 1351	1497, 1575,	
1034 2053	1908	
1035 305, 2116		
1037 2852	10541060, 1291, 2143, 2667	
1040 1210, 2852		2823
1041330, 542,	1056700, 1872,	1094 386, 643
552, 1773,	2402 1058 68	1095 .111,452,983,
3048		
1042 . 71, 212, 226,	1060 2143	1116, 1579 1096 156, 176,
330, 338, 552,	1061559, 1060,	
646, 733, 822,	1381, 1575,	1036, 1448,
851, 1089,	2056, 3013	1535, 1843,
1214, 1375,	1062170, 380,	2303, 2903
1393, 1580,	421, 676, 824,	1098 .410,643,922,
1617, 1712,	920, 1291,	1036, 1157, 1201, 1306
1750, 1773,	1541, 1575,	11002299, 2671,
1775, 1887,	1902, 2361,	2985
1889, 1961,	2630, 2712,	1101 .4,23, 37,236,
2003, 2054,	1063 .170,509,653,	285, 413, 498,
2210, 2265,	920, 1106,	541, 732, 936,
2373, 2395,	2630	
2537, 2636,	1064559, 1496,	1151, 1153,
2735, 2741,	1683	1419, 1496,
2747, 2756,	1066 .475,527,559,	1737, 1788,
2976, 3085	1060, 1322,	2047, 2079,
1043 330, 542	1661	2331, 2387,
1045 7, 934	1068 2438	2679, 2755,
1047392, 527,	1069 2438	2787, 2805,
559, 824, 1060,	1070 988, 1694,	2909, 2925,
1322, 2056,	2384, 2438	2985, 3045,
3013	1072 1366	3198
1048 1322, 1683	1073 1366, 2438	
1049 1496	1074 1366	1128, 2299
1050 559	1078 1366	
1051 559	1084 1116	1104 176, 714,
1052380, 421,	1089 471	2242
689, 824, 920,	1090 .386,643,996,	
1036, 1291,		
1541, 1661,		
1011, 1001,		

§§. %r.	§§. Nt.	§§. 9t.
1112 1501, 2369		122667, 132,
1457 1501	2402 1153 . 1, 475, 1792,	1227 59, 67, 992,
1504, 1753	2170	1151, 1395,
1114323, 783,		1540, 1583,
1457, 1501,	1155604, 898,	1631, 1664,
1587, 1753,	1329, 1433,	2077, 2919
1953, 3134	2819	1228 59, 120,
1115 .185,323,783,	<b>I</b>	1631, 2077
1501	1156920, 1073, 1378, 2720	1229 .76, 107, 293,
1116 .185,386,783,		992, 1145,
974, 987, 1168,	1158 475	1540, 1631,
1258, 1344,	1160 1176, 1329	2077, 2216,
1420, 1461,	116352, 767,	2500, 2919
1501, 3008,	1792	123067, <b>265</b> ,
3134	1166 1	1145, 2020,
11171, 1535,	1174 51, 1273	2104
	1175 934, 1329	1231661, 1743,
2303, 2504 1118 1, 137, 410,	1178 2411	2619
260 1140	1190 647	1233 694, 764
868, 1148, 1535, 1591,	1198 2421, 2964	
1902, 1909,	1199 2421, 2502	1540, 1635,
2525, 3008	1201 221, 410	2138, 3222
•	1203 1230, 1885	
1119 1535 1120 .323,345,384,	1204 1230, 1312,	1236 1175, 2335,
	1885	2362
774, 1168,	1206 2964	
1258, 1429, 1579, 2936	1210 1	2522
1121111, 720,	1214 221	
756, 774, 983,	1217331, 370,	1151, 1 <b>47</b> 7, 1779
1241, 1344,	1931 1218370, 943,	1239 390, 1779,
1575	992, 1352,	2362
1122 137	1583, 2077	1240 390
1126 1661	1219 77, 1664	1242 1931
1128 2490	1220107, 1743,	1243 1639
1193 624	2077, 2619,	1245 2216
1135 805	2636, 3027	1247 692, 1704
1137 137	1221307, 1743,	1248311, 1662,
1140 2490	2077, 3027	2627
1151 .475, 767, 996	1222 1743, 2077	1249311, 445,
1152 . 52, 122, 192,		1058, 1083,
492, 607, 809,	1224 2077	1945, 1002,
1408, 1919,	1225 370, 2077	1931, 2428,

§§. Ar.	§§.	§§.
2500, 2627,		
<b>32</b> 00		2057, 2541,
	1294 . 25, 784, 798,	2629, 2933
1252 1037	833 1133	1306542, 948,
1253311, 1037,	1944, 1949,	2933
1199, 1208,		1311542, 1269,
2627, 3200	2855, 2933,	1580, 2189,
1254311, 1037,	2947, 3043	2876, 2946
2428, 2627,		
3200		1315 .519,863,2746
1260 1834, 2216	920, 1133,	1316215, 381,
1262410, 2770,	1269, 1378,	2679 2800
		2672, 2800 1320 2189
1264 1, 845, 867,	1384, 1386, 1389, 1619, 1744, 2106, 2374, 2606, 2669, 2820, 2855, 3043	1323 . 84, 309, 384,
889 1145	1744 2106	668, 912, 1378,
1383, 1910	2374, 2606	1386 1389
1987, 2138,	2669, 2820	1619, 2086
2397, 2646.	2855, 3043	2278, 2374
2397, 2646, 2677	11296 542 798 048	I 9660 9976
1265 1145	1269, 2189,	1324315, 680, 1919, 2855,
1266 845, 1145	2784	1919, 2855.
126768, 799.	1297 .315.613.798.	2933
2855	1297 .315,613,798, 1269, 1384,	1325680, 2471,
1268 1		2653, 2719,
1270 . 68. 82. 328.	9746 2120	ี
1060, 1212	1298 . 1, 163, 288,	1328 25, 56, 652,
1271 68 94 262	381, 920, 997,	680, 773, 8 <b>46</b> ,
328, 445, 1078,	1045, 1084,	875, 1836,
1212, 1301,	1114, 1115,	2065, 2471,
1871, 2738,	1201, 1619,	2716, 2927,
2759, 2973,	1744, 2056,	3199
328, 445, 1078, 1212, 1301, 1871, 2738, 2759, 2973, 3114 12721078, 2732,	2116, 2672,	1328 25, 56, 652, 680, 773, 846, 875, 1836, 2065, 2471, 2716, 2927, 3199 1330 25, 56, 652, 680, 2471
1272 1078, 2738,		
4913	2000, 3130	1331 25
<b>1275</b> 68		1332 668
1278 1236, 1734,	1792, 2034,	1333 . 1, 117, 170,
2121, 2855	2116	284, 293, 378,
1282 1236, 1734	1300 1792	514, 920, 1190,
1284 799, 1033,	1302 1616	1191, 1286,
1497		1318, 1337,
1286 799, 3110	1384, 1389,	<b>2567, 2948,</b>
1288 94	2116, 2820	3104
1295 226, 384,	1305235, 345,	1554653, 920,
1000, 1386,	573, 948, 1245,	1190, 1191,

§§.	Nr.	§§.		98r.	§§. 9t.
00-	1 <b>443</b> , 1 <b>4</b> 81,		391.	2457	1386 497
	2567 2704	1366		2457	
	2567, 2704, 2742, 2933,	1367		2457	1388 36, 38, 2814
	2948	1368	482,	570.	1389 1987
1335	389, 1443	1000 .		3130	1390 2009
	1, 76, 128,	1369	482,	648.	1392 . 61, 349, 529,
1000	137, 523, 534,	1000	1186.	2828.	570, 696, 1328,
	1374, 1539,		1186, 2894,	3130.	1413, 2119,
	2081, 2173,			3214	2139
	2651		271,523		1393 320, 373,
1338	25		1094,		696, 736, 800,
	25, 1162		1834,	2015	938 <b>, 3</b> 00 <b>5</b>
1341		1372	· • • • • •		1394 320, 509,
1343	2829				529, 618, 800,
1344	570, 1101,	1374	. 1074,	2626	843, 938, 1328,
	2457, 2999	1375	349,	1209	1395, 1653,
1345	2769, 2953	1376	104,	142,	1395, 1653, 1782, 2652,
1346	143, 658,	4	27, 909,	1209.	2763 2955
	186 <b>6, 24</b> 57		1280, 1405, 1714, 1986, 2839.	1311,	1395320, 421,
	143	•	1405,	1611,	856, 983, 1109,
1351	. 8, 614, 2389,		1714,	1866,	1237, 1328,
	3148		1986,	2608,	1395, 1782,
1352	1693, 1866		2839,		1915, 2389,
<b>13</b> 53	446, 751,			3146	2517, 2955,
	1405, 1866	1377 .	104, 169	, 349,	2991
	1405		<b>4</b> 97, 867	, 909,	1396421, 529,
1355	1313, 1450,		1209, 1311,	1280,	614, 618, 857,
	1482		1311,	1866,	1118, 1328,
1356	1209, 1313,		1900,	<b>2000</b> ,	1782, 1851,
	1450, 1866,		2919,	3140	1915, 1976,
40	2009	1378	909,		1995, 2021,
1357	1209, 1246,		1714,	1866,	2202, 2389.
1050	1405, 1482		1986,		1995, 2021, 2202, 2389, 2517, 2551,
1308	338, 646,	1970	1000	3146	2953, 2955,
		1379 .	.1209,	1800,	3148
	1117, 1402,		1986,	200 <del>4</del> ,	1397 19, 60, 127,
	1566, 1866,	1990	2919,		166, 189, 231,
	2211, 2381,	1990 .	. <b>497,65</b> 5		320, 421, 510,
1222	3167 751, 1313,		1827,	2009 2009	797, 1413,
1909	1405, 1866,	1201		1260	1668, 1866,
	2009, 2457				1968, 2460
1964	391, 1405,	1995	1/100	1700	1398 175, 320,
1904	2457	1900	. 1477,	1987	
	2401	l,		1301	910, 1008,

§§. Nr.	§§.	§§. <b>Rr.</b>
1000 0491	1504 1509	1444 401 445
9460	1667 1739	1269 2061
139960, 1968,	1755 1760	1445 148
9480	1769 1952	1446 1051 9927
1400 567, 2176	1364, 1595, 1667, 1738, 1755, 1760, 1762, 1853, 1971, 1993, 2041, 2159, 2225, 2584, 2708, 2712, 3080, 3149,	2070
1400 501, 2110	19(1, 1995,	1147 504 1996
1401 . 96, 567, 747,	2041, 2109,	1447304, 1360,
1221, 1105, 9119, 917 <i>6</i>	9709 9719	2028
2115, 2116,	2100, 2112,	1450 1, 2011
2409 1400 <i>C</i> 0 747 1007	5080, 5149,	1401100, 540,
1704 .00,121,1441,	0014	1491, 1805 1452 91, 1193
1915, 2176, 2 <b>674</b> , <b>295</b> 3,	1426 2828	1402 91, 1195
2674, 2953,		
2966	2541, 2708,	1641 1456 488
1403 1533, 2953	3097	1456 488
1404 61, 2953	1431141, 414,	1457 91, 488
1406 60	431, 585, 720,	1459 208, 795,
1407 60, 2460	814, 1129,	2748
1408 166, 2548	1148, 1282,	1460 . 91, 101, 935,
1409 2953	1887, 2398,	1459208, 795, 2748 1460 . 91, 101, 935, 1027, 1193, 1821, 3124
1412618, 983,	2643, 3097	1821, 3124
1395, 1659,	1432121, 328,	1401 . 91,.441, 010,
1778, 2409,	<b>44</b> 5, 759, 794,	994
2792	1518, 1704,	1462 91, 441, 843
1413 2669	2667, 2795 1434 720, 2106	1463 . 91, 184, 670,
1414 1118, 1514,	1434 720, 2106	883, 1162 146491, 184,
2400, 3146	1435328, 814,	146491, 184,
1415 103	1141, 1509, 1887, 2051.	1193 1 <b>465</b> 91
1416 103, 2250,	1887, 2051,	1465 91
2704	2242, 2759 1438291, 309,	1467184, 994,
1418 517	1438291, 309,	1162, 1821, 2383
1420 1222, 2159	1 000, 110, 001,	2000
1421 2106	1035, 1087,	1469 184, 883
1422 1102, 1117,	1262, 1525,	1470224, 244,
1659, 2159,	1939, 2264	303, 670, 1098, 1779, 1997, 3169
2211	1439176, 264,	1098, 1779,
1423822, 1061,	699, 765, 770,	1997, 3169 1471 1098, 1779 1472 . 91, 484, 579.
1102, 2211,	828, 857,	1471 1098, 1779
3067, 3167	1035, 1087,	1472 . 91, 484, 579,
1424 983, 2108,	1262, 1525,	885, 962,
2541, 2846	2264	1415, 1759
1425 . 23, 318, 592,	699, 765, 770, 828, 857, 1035, 1087, 1262, 1525, 2264 1440 857, 2894	1475 3084
011, 012, 030,	LATE UUI	LARIE COLLUCT MARK
1006, 1069,	1443421, 1051, 1395, 2196	257, 441, 488,
1186, 1223,	1395, 2196	1546, 2039,

98r. | §§.

98z.

Nr. | §§.

§§.

22	22.	1 99.
9374 9383	2126, 2205,	1779, 2587,
	0700 0795	2014
2587, 3124	2720, 2735,	3014
1478169, 184,	0102	***** . ***, ****, ****, ****,
226, 257, 416,	1481 . 46, 157, 441,	818, 1684,
565, 640, 670,		
200, 0±0, 010,	9110	2010, 2101,
088, 818, 842,	2110	2994
904, 1009,	2110 1483 258, 1013	1495 565
1055, 1085,	1485 759, 962,	1496 565
1089, 1098,	1055	1497 . 46, 169, 240,
1148 1164	1487118, 130,	488, 497, 565,
1355, 2167,	416, 486, 563,	070 7EO 049
2431, 2994,		ROM OUT OUR
		911, 1003, 1037, 1039, 1471, 1614, 1726, 1779, 1805, 2126, 2205, 2685,
3014, 3026,	1051, 1200,	1007 1000,
3144	1355, 1684,	1037, 1039,
1479383, 843,	1761, 1883,	1471, 1614,
1013, 1055,		1726, 1779,
1085 1234	3084, 3124	1805 2126
9054 9110	3084, 3124 1488488, 795,	9905 9695
2004, 2110,	1900 900, 100,	2200, 2000,
2167, 2756,	1003, 1009,	
2904, 2994,	1471, 3084,	1498 244, 556,
3100	3100	759, 2085,
1480 46, 79, 142,		2167, 2587,
291, 341, 497,	728 800 061	2962, 3169
201, 041, <del>1</del> 01,	1014 1520	2962, 3169 1499 169, 258,
544, 659, 673,	1214, 1959,	1499 109, 206,
688, 733, 767,	1668, 1726,	759, 2167,
818, 900, 911,	1761, 1889,	2178
688, 733, 767, 818, 900, 911, 954, 959, 962,	1668, 1726, 1761, 1889, 1968, 2054,	1500 174, 196,
966. 1039.	<b>244</b> 8. 2685.	213, 224, 618.
1089, 1184,	2756, 3084 1490 3084	843, 971, 1486, 17 <b>25</b> ,
1192, 1214.	1490 3084	1486, 1725,
1234 1405	1491 3084	1779, 1995, 2904, 2962,
1005 1919	1409 2094	2004 2069
1000, 1010,	1492 3084 1493196, 224,	2304, 2302,
1831, 1889,	1493 196, 224,	0103
2026, 2054,	2 <b>44</b> , 268, 670,	1501 900, 2178
2098, 2110.	1725, 1 <b>75</b> 9,	1502 759. 3145
	fifch-italienifces Civilgefe	
	- · · · · <del>-</del> · ·	•
Art. Nr.		
<b>2</b> 368	513 368	1098 1511
3 1511	815 8210	1335 917
<b>208</b> 2148	826 3210	1399 694. 764.
301 2148	827 3210	2701
384 694 764	896 423	

	— 560					
07t 00	) Wet.	90	Ket.			
1604 303						
1605 303	0 1978		2250 885			
1607 303						
1738 78	3 2228	3080	2277 959	)		
Riiraerlides	Befesbuch für Oftga	lizion n	am Sahre 1797.			
		-				
II. Cheil,	578	• • • • •	ykr. 2175			
Allgemeines	Handelsgesethuch v	om 17.	December 1862.			
Einf Gefet	Art.	Nr.	Art. Nr.			
§§. Nr.	34	2222	2711986, 2803,			
19 222	2 37 1850,	2834	000			
21 2215, 222	40	2199	273 2496			
38 1900 1986	47	2978	273 2496 307 2549	í		
2496, 2803	82	2402	319 2516			
322	123	2100	376 2010			
41 2483, 318	120	9100	310 2010	,		
43 318	2 100	2130				
40 J10	<b>'</b> !					
	Codice di Comi	nercio	·•			
Set. Nr.	Mrt.	Nr.	Art. Nr.			
			306 1724	L		
93 102	3 277	1150	627 612			
106 49	970	1150	628 612, 1251			
168 21		1109	020 012, 1201	•		
100 21	) <sub> </sub>					
<b>B</b> ed	selocduung vom 1.	Deisbei	: 1763.			
Art			Mr.			
	75,	479				
70	,	712,	1404			
Bechfelordunng vom 25. Jänner 1850, R. G. Bl. Rr. 51.						
	nam va. Onnuer 10	-				
EinfBot.	Art.	Nr.	Art. Nr.			
§. Nt.	7	794	14 797			
5 47	<sup>2</sup>   9 343	<b>, 93</b> 8	16 1713	,		
Bedjel- ordung			17 343	j		
Art. Nr.			21 2795	,		
	2621.	2795	23 792, 2483	;		
4 794, 279	5 13 .348, 1512.	2621	23 792, 2483 25 279, 778			
	-		==,,			

Art. 97			Art. Rr.
26 26	21 48		83829, 1280,
29568, 157	0, 51		1311, 1313,
2158, 26	61 75	414, 2795	1481, 1674,
36 414, 792, 9	38 76	414, 2795	1481, 1674, 2142, 2379,
39 29	68 77	48, 1313, 3148	2448, 2453,
41 1570, 266		2379	
27	91 80	48, 797, 829,	32 <b>23</b>   92 1374
43 11	24	3145, 3148	95 124
45 23	79 81	.797. 1209, 1413	
		, ,	
Jurisdictionsnorn	t vom 2	0. November 1852,	R. G. Bl. Nr. 251.
EinfBdg.	<b>6</b> 5.	Nr.	§§. 97r.
Art. N	r.	1839, 1927,	\$\$. 9tr. 41 605, 913, 3004 42 2, 227, 387, 446, 503, 578.
7 110	<b>39</b>	2496, 2802	42 2, 227, 387.
8 11	<sup>39</sup> 16	1900, 2414.	446, 503, 578,
12 14	30   - "	2533	579, 641, 658
Jurisbictions- norm	17	1969	762, 766, 777
eo on	. 110	1238	839, 847, 922,
1382, 63	1. 20	1612, 1650	942, 1077,
675, 71	3. 23	2856	446, 503, 578, 579, 641, 658, 762, 766, 777, 839, 847, 922, 942, 1077, 1222, 1260, 1302, 1359, 1371, 1430, 1519, 1562, 1563, 1748, 2043, 2255,
1748, 223		343	1302, 1359,
2318, 285	9. 27	2533, 2574,	1371, 1430,
32:	15	2603	1519, 1562,
2387, 241	4. 28	2694	1563, 1748.
300	14 29	1358, 1430.	2043, 2255.
3 13	16	1545, 1719,	2344 2414
5 7	3	1724, 2694,	2458, 2474, 2487, 2516,
6 1650, 25	6	3101	2487, 2516,
9 279		1900, 2900	2566, 2644.
10 2721, 294		2541, 2802,	2566, 2644, 2764, 2840, 2856, 2088
111392, 150			<b>2856, 3088</b>
279	21 33 .	3089 890	45 3175, 3176
12 280	2 34 .	890, 1470,	46 . 541, 547, 15 <b>45</b> .
13 267, 343, 63	3,	1542, 1581,	2802, 3101 47605, 1519,
658, 101	0.1	1839	47605, 1519,
1999 192	Q   27	1197 1199	2202 2 <i>474</i>
1746, 177	6,	1228, 1542,	2293, 2474, 3086, 3118,
1900, 209	9,	1719, 1857,	3224
2293, 242	4,	1900, 2377,	48 379, 382, 658,
272	1	2414, 2474,	713, 1470,
141797, 280	2,	<b>24</b> 87, 2600,	2041, 2206,
3101, 316	5	2803, 3183	<b>2293, 2668,</b>
15280, 52	6, 40.	633, 660	3086, 3118, 3224 48 379, 382, 658, 713, 1470, 2041, 2206, 2293, 2668, 3004, 3224

§§. Nr.	<b>68</b> .	9Rt.	§§. %r.
49 220, 353, 418,	56 1194	1197	2105 2631
	110	1000	0701 0000
426, 605, 754,	119	5, 1226,	2121, 2000,
2631, 2721,	139	4, 1857 !	§§. 9r. 2195, 2631, 2721, 2808, 2943 72 1290, 1423
2808 2923	57 57	99 343	72 1290 1428
2000, 2020,	047 54	7 1055	70 1050 1740
3009	347, 34	1, 1011,	13 1650, 1746
50 . 353, 418, 1502,	1124	4, 1133.	77 . 220, 426, 1612,
2923 3096	241	1 2483	2802 3059
E1 1900 1470	940	c 2004	70 990 967 496
511592, 1470,	249	6, 3224	18 220, 201, 420,
1502, 2928	581358	3 <b>,</b> 1724,	3059
52 922, 1015.	248	7. 2694.	81 136, 1719
1999 1476	200	2 2122	99 9997
426, 605, 754, 2631, 2721, 2808, 2923, 3059 50 . 353, 418, 1502, 2923, 3096 511392, 1470, 1502, 2923 52922, 1015, 1228, 1476, 1903, 2099,	200	9, 9109	3059 81 136, 1719 82 2887 83 . 507, 682, 1139, 1752, 2802,
1903, 2099,	59	. 99	83 . 507, 682, 1139,
<b>2696</b> , <b>2923</b> ,	60 99. 38	2, 1124,	1752, 2802,
3096		1394	2838 2858
2696, 2923, 3096 53	ac	967	00 754
00	00	201	30 104
54 2617			
55 2802	69 1107	. 1 <b>392.</b> l	
• • • • • • • • • • • • • • • • • • • •	,	,,	
Inrisdictionsnorm für da	s lombvenez. S	donigreich i	vom 20. Rovember 1852,
	99. G. Bl. 9	r. 252.	
			•
Einf.=Bdg.	§§.	Nr.	કુકુ. જીત.
Art. Nr.	30	254	1128, 1857,
Mrt. 98r. 5 868, 1169	40 100 9	54 692	§§. 9r. 1128, 1857, 2802 56 612, 1900 72 919
6 926, 1169	40 100, 20	D <del>1</del> , 000,	2002
Surisbictions.	820	o, 1228,	56 612, 1900
		2099	72 919
§§. Nr.	53	254	73 919
12 868, 919	E4	954	70 126
12 808, 919	04	. 204	16
13 254, 2099	$55 \dots 254$	, 1127,	78 .507, 682, 1139
15 868	1		•
20 111111111111111111111111111111111111			
'	ı	. '	
Jurisdictionsnorm vom	20. Rovember	1852 für	Dalmatien, R. G. Bi.
	Nr. 26	l.	
§§•	Nr.   §§	2	Nr.
29	2694 5	5 17	724, <b>2</b> 694
30 17	19, 1724, 74	1	1719
33 11.	2694		2.20
	2034		
	•		
Wilitär. Turikhietiankuas	m nam 22	ember 191	11 00 <i>0</i> 2 921 93+ 944
Militär-Jurisdictionsnor			•
<b>§§.</b>	Nr.   88	•	Nr.
<b>§§.</b>	Nr.   88	•	Nr.
<b>§§.</b>	98r.   §§ 44, 1250, 7	11	Ят. 44. 1198.
<b>§§.</b>	98r.   §§ 44, 1250, 7	11	Ят. 44. 1198.
<b>§§.</b>	98r.   §§ 44, 1250, 7	11	Nr.

# Allgemeine Gerichtsorbung.

§§.	Nr.	§§.	Mr.	85.	Nt.
1	. 761, 864, 1105,		1255, 1296, 1507, 1735, 1741, 1947,	56	2311
	2197	1	1507, 1735,	57	2311, 2861,
8	76, 806, 910,		1741, 1947,		2974, 3060
	979 1029	1	92∩4	58	. 736, 831, 2009,
	2974	22	921	ļ.	<b>2368</b> , 3167
4	352, 385, 520,	28		59	721, 736, 856,
	622, 1263,		1473		1056, 1734, 2009, 3111 417,890, 1087
	2233, 2515,		466		2009, 3111
_	2589	29	131, 865, 382,	62	. 221, 000, 1001,
5	466, 1300		564, 726, 910,		2697
6	193, 466		1132, 1325, 1407, 2236,	64	1676, 1835,
7	88, 244, 466,		1407, 2236,		2598
_	<b>673</b> , 726, 886	i	2291, 2348,	66	144, 294, 374,
8	209, 442, 466,		3172	1	448, 501, 511,
_	1177, 3084			l	594, 702, 884,
9	209, 466, 761,	32		1	927, 981, 1021,
40	2058	33		ł	1120, 1009,
10	244		1224, 1842		1088, 1780,
11	466, 1132,	30	726, 1644	i	100, 1849,
10	1300, 2609	37			1940, 2004,
	216, 1473		1277	ł	4000, 4110, 9901 9966
19	202, 2562	39		l	9202 9274
14	. 551, 781, 1456, 2489, 2760	40	712 1121	1	1126, 1559, 1683, 1730, 1756, 1849, 1948, 2004, 2065, 2118, 2201, 2366, 2823, 2874, 2902, 3028,
15	812, 1032,		101, 1101,		2502, 5020, 3190
10	2348		9107 9922		1849, 2201
16	214, 440, 654,		2151, 2233, 2256, 2675	68	. 870, 958, 1559,
10	812, 1213,		713, 1181, 1213, 1217, 2197, 2233, 2356, 2675, 2708, 2736	00	2332, 2874,
	1224, 1342,	41	1589		2952, 3071
	1487, 1644,	42	673	69	870, 1559
	1677, 1875,		<b>906</b> , <b>20</b> 58,	70	. 205, 548, 1559,
	1876, 2348,				1756
	2358, 2394,	48	2974 3125	71	548, 864, 980,
	2403, <del>2</del> 470,	49	104. 209. 457.		1559, 2594,
	2866, 2873,		716, 761, 888, 2304, <b>23</b> 16,		2952
	2941, 3033,		<b>2304</b> , <b>23</b> 16,	72	81, 110, 205,
	9199				<b>34</b> 8, <b>37</b> 4, 713,
19	365	<b>52</b>	2236		958, 981, 1561,
· <b>2</b> 0	2052, 2261,	53	244, 2311,		<b>22</b> 77. 2332.
	2282, 2470,	_	2974		2367, 2874, 2952
	2573	<b>54</b>	1524, 2811,		2952
21	. 209, 834, 1010,		2974 2311, 2974	73	1991
	1111, 1161,	55	2311, 2974	83	699

ae M-	1 00	on		m
§§. 97r.	§§.	Nr.	§§.	Nr.
100 88, 159, 204,	120	250, 440	188	3102
702, 1032,	121	192, 1041,	191	376
1379, 2350,		1424	195	192, 1247
2446		698, 1646		1135
101 1032		698		1135
102 204, 2760		1646		1247
104 . 139, 141, 163,	130	917, 1161,	199	1247
181, <b>3</b> 06 <b>, 4</b> 66,	ł	1729	200	2564
920, 979, 991,	133	132, 790,	203	6, 182, 190,
1060, 1074,		2429, 2791,		217, 371, 554, 704, 763, 1076,
1084, 1497,	ļ	2844		704, 763, 1076,
1833, 1883,	134	. 132, 306, 750, 790, 979, 1608, 2518, 2664,		1230, 1397,
1893, 28 <del>44</del> ,		790, 979, 1608,		1613, 1815,
2854, 3209	ļ	<b>2518, 2664,</b>		1879, 2072,
105 .828, 920, 2854		2791		2183, 2278217, 1056,
106 301, 2854	135	28	204	217, 1056,
107 86, 618, 2854	137	306, 701,		21 <b>22</b>
109 816, 2854			205	. 128, 217, 545,
110 6, 163, 335,	140	1070, 2714 182, 2183		821, 849, 1056,
<b>42</b> 0, 1088,	141	. 133, 179, 306,		1397, 1445,
1278, 2660,	1	577, 638, 1722,		9199 9914
2854, 2928,		2714, 2899,	206	50, 83, 515,
3221		3054		528, 801, 874,
111648, 737,	142	376, 577,		1076, 1151,
1136, 1690,		1070, 2714,		1613, 181 <b>9</b>
2278, 2643,		2990	207	50, 83, 182,
2719, 2723	144	2714		217 402 515
112537, 737,		109, 972,		<b>528</b> , 709, 801.
1136, 1298,		1075, 2430		874, 1076, 1151, 1298, 1613, 1729, 1815, 1975, 2072, 2360, 2370, 2664,
1690, 2643,		2989		1151, 1298,
2723		2008		1613, 1 <b>729</b> ,
<b>113 58</b> , <b>325</b> , <b>539</b> ,		2008		1815, 1975,
1551, 1923,	154	420, 3099		2072, 2360,
1951, 2011,	155	3123		2370, 2664,
2215, 2405		3054		<b>2968, 2982</b>
114 3, 53, 230,	166	476, 3098,	208	. 114, 395, 400,
539, 618, 1111,		3099		763, 110 <del>4</del> ,
1608, 1923,		. 31, 972, 3099		1131, 1700,
1966, 2011,		337, 2665		2488, 2501,
3152	178	337		2897
115 793	179	876, 1722,	209	. 627, 684, 949,
116 1111, 2150		<b>2767</b> , 3180		2147, 2591
119 2, 250, 440,	181	31, 2989	210	80, 119, 489,
839, 871, 910	187	2690		684, 2193, 2513

§§. Nr.	§§.	Nr.	§§.	98 r.
211684, 1215,		2657, 3084,		2765, 2930,
1256, 2513	i	3097, 3210	j	3115, 3117
212 6, 301, 626,	250	1751 1988	284	409, 1121,
638, 896, 1041	252	58, 420, 1526	-0-	1140, 1847.
1067, 1070,	253	58	ĺ	1140, 1847, 2765, 2930,
1151 1278	254	2774		3117
2880, 2899	255	740	285	1121, 1140,
213 6, 1297	256	740	-00	1689, 1847,
	257	2390	ŀ	2382, 2491,
215 550		627, 2785		2614, 3115,
216 1407	259	923, 1364,	ļ	3117
217287, 467,		1586, 2153,	287	529, 2130
1485, 2288		2435, 2710,	290	483, 547,
218 467, 1815		1586, 2153, 2435, 2710, 2752, 2957,		3007
219 5, 50, 480,		2977, 3129	292	47, 248, 397,
1852	260	2977, 3129 399, 1526,	1	4004 4000
220 .5, 50, 480, 703		2390, 2957		1001, 1026, 1326, 1434,
223 1214, 3078	262	1666, 2014		1628, 1655,
<b>224 24</b> , 313, 340,	264	1913, 2931,		1628, 1655, 1739, 1762,
949, 2147				1853, 2209,
<b>225</b> 1004	265	3215 522, 1913,		2710, 2848,
231429, 892,		2008, 2055,		1853, 2209, 2710, 2848, 2933, 3105,
2125, 2934,		2008, 2055, 2355, 3215		3193
<b>3122, 3179</b>	267	551, 1666,	293	. 248, 397, 645,
232 3122		2541		1001, 1026,
233 63, 119, 790,	270	. 445, 691, 700,		13 <b>2</b> 6, 1434,
821, 848, 1274,		955, 1411, 1611		1326, 1434, 1500, 1628, 1638, 1655,
13 <b>54,</b> 1543,		1611		1638, 1 <b>655</b> ,
1648, 1869,	271	2693		1749, 1898,
1952, 2062,	272	906		1984, 2263,
2068, 2613,	273	757, 1162,		1638, 1655, 1749, 1898, 1984, 2263, 2524, 2848, 2933, 3031, 3105, 3193,
2744, 3078,		1411		2933, 3031,
3179	274	757, 1162,		3105, 3193,
234 603, 1203		2799	~~~	3208
235 603, 1203		1786, 2276	296	43, 574, 746,
236 476, 1203		2276		805, 1195, 1243, 1484,
237 1203		2276		1243, 1484,
241 131		750		2933
248 76, 104, 406,	283	580, 887,	297	746, 1470,
442, 504, 592, 677, 761, 835,		1121, 1140, 1545, 1603, 1689, 1739, 1847, 2154, 2614, 2726,	000	2446, 2933
677, 761, 835,		1545, 1603,	298	. 279, 299, 440,
893, 1066,		1689, 1739,		496, 539, 791,
1149, 1373,		1847, 2154,		1011, 1018, 1059, 1232,
1640, 1734,		2614, 2726,		1059, 1232,

§§. N1	.   §§.	Nr.	§§.	Nr.
1 <b>23</b> 9, 12 <b>4</b>	L,   311	729, 907,	331	2234, 2317,
1267, 128	7,	1305, 2160,	l	3163
13 <b>33</b> , 134	2,	2751, 31 <b>3</b> 8	332	1451
1478, 1548	3, 312	1305, 2160, 2751, 3138 815, 978,	333	571, 2865
1646, 1692	},	1123	336	571, 2607
1754, 1764	l,   318	1123	337	2096
1901, 1918	3,	1328, 1621,	l	1241, 1289,
1922, 1928	3,	<b>2280</b> , <b>2386</b> ,		1941, 1945,
1951, 2011	,	2517, 2551,		1967, 2091,
2047, 2052		1328, 1621, 2280, 2386, 2517, 2551, 2960 		2096, 2203,
. 2081, 2249	, 315	2280		2776, 2830,
<b>23</b> 51, 2358	, 316	610, 1621,		2852, 3058,
<b>2394, 24</b> 08	,	2280, 2517,		3206
2434, 2554	,	2551	339	806, 837,
2000, 2000t	, , , , , ,	010, 2200,	l	1179, 1241,
<b>2710, 2778</b>	,	2960	}	1898, 2280,
2780, 2789	, 318	610, 2280,		1179, 1241, 1698, 2280, 2514, 2 <b>622</b>
2794, 2866	,	2960	340	90. 465. 494.
<b>29</b> 38, 2941	, 319	19, 610, 872, 1621, 1898, 2280, 2960		663, 1418,
3133, 3153		1621, 1898,		1718, 2751
322	)	2280, 2960	341	494, 1719
300158, 1146	, 320	. 351, 465, 574,	342	. 200, 494, 973,
255	<b>?</b> ]	1195, 1328,		1110, 1718,
301 2594, 315	3	1418, 1460,		2087, 2232,
303 264	4	1488, 1544,	0.40	3198
304901, 1431	!	1890, 1898,	343	285, 2154
301 2594, 3153 303 2644 304901, 1431 2647, 3123 305360, 513 1642, 2623 306360, 513	5	2161, 2331,	347	1961, 2514,
305 360, 513	!	2078, 2604,	040	2622, 3031
1642, 2623	)	2018, 2958,	348	73, 198, 474,
306360, 513	, and	3110, 3127 1328, 1418,		872, 1074,
IUTE, IIUI	,   041	1020, 1310,		1000, 1010,
2486, 2628	200	2386, 2618	940	1852, 1925 687, 1305,
<b>308</b> 832, 2486	) 5ZZ	.438, 494, 800,	<b>349</b>	0005 0760
<b>309</b> 255, 360, 695	909	2773   1733, 1961,	951	2035, 2768
952, 1270	,   525	1(00, 1901,	201	100 770
1580, 3006	204	1061 0779	960	108, 778
3128, 3157	207	1961, 2773	900 920	778
<b>310</b> . 100, 255, 360	990	241 1499	<b>30</b> Z	. 222, 656, 727,
1970, 1232	,   <i>52</i> 8	9006 9127		1220, 1200,
12(U, 1042 0247 0710	'	9720 9229		1000, 1402, 1469 1974
20%1, 2110 2008 2100	'	341, 1422, 2096, 2137, 2739, 2863, 2865 2865		1022 1044
2000, 3120 215	220	2000	262	1990, 19 <del>92</del> 797
Oli)	000   000		<b>5</b> 00	141

§§. Nr.	§§.	§§. Rr.
364 727	383 158	402693, 717,
365 1790	385 112, 405	3048
	907 112, 200	
368 444	387 2330	405 . 085, 111, 880,
370 1220, 1292	389 190 <b>4</b> , 3057	1275
372 . 131, 229, 275,	3911904, 3048,	1275 405 768, 1218
442, 454, 625,	1 9057	1400 409 11900
662, 823, 975,	3057 395 1473	1293 1467
1906 1940	200 204 279 504	1526 1791
1206, 1349,	000, 000, 017,	1000, 1121,
1472, 1784,	009, 093, 717,	1909, 2501,
1844, 1972,	895, 977, 998,	2426, 2482,
2291, 2612,	1022, 1042,	1293, 1467, 1536, 1721, 1959, 2351, 2426, 2482, 2553
2842, 3106	1294, 1307,	407 2351
373 . 275, 625, 904.	895, 977, 998, 1022, 1042, 1294, 1307, 1385, 1517, 1524, 1841, 1912, 2620, 2851, 2918, 3048, 3068, 3069, 3125	408 403. 1467.
1983 2291	1594 1841	1721 2240
274 909 075	1019 9690	9251
1104 1496	1912, 2020,	410 9744
1104, 1430,	2001, 2910,	412 2144
1822, 2278	3048, 3068,	414 2/44
375 1206	3069, 3125	415 1959
376 3007	1000 1020, 2000	THE BUILD
<b>377</b> 516	400 98, 407, 584,	4251221, 2198,
378 1374 1772	619, 710, 857	2576 3226
2007	1146 1102	427 916 017
9001	1705 0404	1070 0000
379 1772, 3007	1705, 2424,	1879, 2328,
380 1374	2493, 3108	2908, 3211
<b>382 158</b> , <b>1374</b>	400 98, 407, 584, 619, 710, 857, 1146, 1193, 1705, 2424, 2493, 3108	1
·		
•	Illoomoine Cananalantuu	•
•	Allgemeine Concursordun	·8•
§§. Nr.	188. Nr.	§§. 981.
	13 500, 774	
9 979 900 9004	14 .105, 1117, 1506	00 206 500 1051
0 .212, 277, 2004 5 1001 2011	15 1117	26 .550, 500, 1001
6 75, 108, 168,	16 396 17 888	1740, 1826
199, 342, 724,	17 888	30 .92, 2016, 2592
1099, 1216,	18 223, 258, 415,	34 592, 1955
1881	2908, 3192,	35 635
7 138, 342, 391,	3211	35 635 36 1955
709 794 709	19 120, 370, 888,	38 592, 681
964 006 1000	1409 1505	00 002, 001
004, 920, 1009,	1400, 1000	39 592, 616 41 . 396, 765, 1506,
1934	21 888, 1483	41 . 396, 765, 1506,
10 435	<b>  22 88</b> 8	1880
11 781	.   <b>23</b> . 888	42 814, 1880
12 92, 888, 1023,	.1	, ====
1875, 1876		
20.0, 2010	•	

	Befigalizifde Gerichtsordung.					
<b>§</b> §.		88.	Nr.	§§.	Nr.	
1	222, 290, 596,	21	2055, 2261,	59	2713	
	761, 864, 1105,	1	2282, 2325,	61	144, 294, 374,	
	1238, 1292,	1	0579 I		448, 501, 511,	
	2197, 27 <b>6</b> Ó	23	1473		594, 702, 884,	
3	76, 306, 910,	25	131 214 365		927, 981, 1021,	
	979, 1029,	l	382 564 726		1126, 1559,	
	2974		910, 1132,		1633, 1730,	
4	352, 385, 520,	1	1325, 1407,		1756, 1849,	
	622, 1263,		2236, 2291,		1948, 2004,	
	2233, 2515,		910, 1132, 1325, 1407, 2236, 2291, 2348, 3172		1756, 1849, 1948, 2004, 2065, 2118,	
	2589	27	2092		2201, 2366,	
5	193, 466, 921,	28	2092, 3187		2823, 2874.	
	1300	29	508		2902, 3028,	
6	. 9, 88, 466, 673,	31	1224		3190	
	<b>726, 886</b>	32	.726, 1181, 1644	62	511	
7	. 209, 244, 442,	33	.654, 1213, 2356	63	1849, 2201	
	<b>44</b> 6, 1177,		1589	64	. 870, 958, 1559,	
	3084	35	9, 229, 375,		2332, 2874,	
8	104, 209, 457,		761, 886, 1181, 2067, 3212		2952, 3071	
	716, 761, 834,	ŀ	2067, 3212	65	870, 1559	
	888, 1010,	39	.306, 2038, 2974	66	. 205, 548, 1559,	
	1086, 1111,	40	2974, 3125		1756	
	1161, 1255,		2236	67	548, 864, 980,	
	1296, 1507,	44	244, 2311,		1559, 2594,	
	1735, 1741,		2974		2952	
	1872, 19 <b>4</b> 7,	45	1524, 2311,	72	81, 110, 713,	
	2027, 2142,		2974		981, 1561, 2277, 2332, 2367, 2874	
	2304, 2316,	46	2311, 2974		2277, 2332,	
_	2871		2311, 2861			
9	209, 466, 761,	48	2311, 2974,		110, 205, 348,	
40	2058		3060		374, 958, 1561,	
	244	49	. 736, 831, 2009,		2874, 2952,	
11	. 466, 921, 1132,		2368, 3167		3071	
40	1300, 2609	50	721, 736, 856,	80	272, 299, 2004	
12	216, 1473		1056, 1734, 2009, 3111	83	1991, 3211	
14	202, 2562		2009, 3111	84	342, 391, 699,	
10	. 551, 781, 1456,	52	890, 1087, 2697		708, 792, 864,	
40	2489					
16	812, 2348	53	2697		1727, 1826,	
17	. 654, 812, 1213,			00	1835, 1934	
••		57	1676, 1835,	88	49,75,92,108,	
ZU	214, 365, 440,	=0	2598 2713		168, 199, 342, 547, 689, 724,	
	2291	28	2713		547, 689, 724,	

85\*

şş. Nr.	§§. %r.	§§.
1099, 1125,	702, 1032, 1379,	188 2, 250, 440,
1216, 1881	1542, 2350,	839, 871, 910
89 1099		189 250, 440
91 592, 1955		
92 635		191 192, 1041,
98 138	170 . 139. 141. 163.	1424
104 724	181, <b>30</b> 6, <b>46</b> 6,	193 698, 1646
105 1835		196 698
106 435, 1727	1060, 1074,	197 1646
109 781, 1197	1084, 1497,	201 225, 2541
111888, 1875,	1833, 1883,	<b>202 254</b> 1
1010	1893, 28 <del>44</del> ,	203 2541
114 .92, 500, 1023	1893, 2844, 2854, 3209	204 917, 1161,
116 765, 1087,	171 .323, 920, 2804	1729 207 132, 790,
1197	172 301, 2854	207132, 790,
117 1937	173 86, 618, 2854	2429, 2791, 2844
118 681	175 816, 2854	
119 774	176 6, 163, 335,	208 .132, 306, 750,
122 105, 1117,	420, 1088, 1278,	790, 979, 1604,
1506 124 1117	2660, 2854, 2928, 3221	2516, 2664, 2791 209 28
	178 . 193, 297, 309,	900 90
126 888 127 . 223, 258, 415,	1946 1026	211 306, 701,
9008 3109	1246, 1936, 2172 179 648, 737,	1070, 2714
2900, 3132, 3911	179 648 737	212 1844
129 .120, 370, 888,	1136 1690	213 1844
1483, 1505	1136, 1690, 2278, 2643,	214 182, 2183
131 888, 1483		916 122 170 206
132 888	180 . 537, 630, 737,	577. 638. 1722.
183 888	1136, 1298,	2714, 2899.
135 1197, 1740	1690, 4643,	577, 638, 1722, 2714, 2899, 3054
136 92, 396, 500,	2723	217 376, 577.
1051, 2592	181 . 53, 325, 539,	1070, 2714, 2990
137 2016	1551, 1923,	2990
145 444, 1625	1951, 2011,	219 2714
146765, 858,	<b>2215, 2405</b>	220 109, 972,
1022	1551, 1923, 1951, 2011, 2215, 2405 182 3, 53, 230,	1075, 2430
147 592, 681	539, 618, 630,	221216, 623,
149 592, 616	1111, 1608,	18 <b>44</b> , 28 <b>4</b> 3,
156 1506, 1880	1923, 1966,	2847
157396, 765,	539, 618, 630, 1111, 1608, 1923, 1966, 2011, 3152 183 42, 53, 630	222 2989
150 014 1000	100 42, 00, 680	225 210
	184 798	
100 . 00, 100, 204,	185 1111, 2150	440 ZUU0

.

§§. Nt.	§§.	Nr.	§§. Nr.
226 420, 3099		217, 402, 515,	306 3122
<b>227</b> 3123		<b>52</b> 8, 709, 750,	307 63, 119, 790,
2323054		801, 874, 1076,	821, 848, 1274,
238476, 3098,		1151, 1298,	1354 1543
3099		1613, 1729,	1648 1869
<b>243</b> 31, 972,		1815, 1975,	1354, 1543, 1648, 1869, 1952, 2062,
3099		2072, 2360,	2068, 2613,
<b>248</b> 337, 2665		2370, 2664,	2744, 3078,
		2968, 2982	3179
250 337 251876, 1722,	991		309 603, 1203
0727 9100	201	. 114, 395, 400,	
2767, 3180		763, 1104,	310 603, 1203
253 31, 173, 664		1131, 1700,	311 476, 1203
254 .31, 664, 2989		2488, 2501,	312 1203
<b>2</b> 59 2690	000	2897	
<b>26</b> 0 952, 3102	282	. 627, 684, 949,	318 862
263 376	000	2147, 2591	325 76, 104, 406,
267 192, 1247	283	80, 119, 489,	442, 504, 592,
268 1135	i	684, 2193,	677, 835, 893,
269 1135	004	2513	1066, 1149,
270 1247	284	684, 1215,	1373, 1640,
<b>2</b> 71 1247		1256, 2513	1734, 2657,
272 2564	286	684, 1215, 1256, 2513 6, 301, 626,	677, 835, 893, 1066, 1149, 1373, 1640, 1734, 2657, 3084, 3097,
<b>275</b> 6, 182, 190,	ł	638. 896. 1041.	0210
217, 371, 554,	1	1067, 1070, 1151, 1278,	326 77, 113, 176,
704, 763, 1076,		1151, 1278,	423, 1471
<b>123</b> 0, 1397,		<b>2880, 2899</b>	327 1751, 1988
1613, 1815,	287	6, 1297	329 .58, 420, 1526
1879, 2072,	288	55, 394, 550	<b>330 740</b>
2183, 2278	289	550	331 627, 2785
276217, 1056,		1407	332 58, 740
21 <b>22</b>		. 287, 467, 1485,	333 2390
277 . 182, 217, 545,		2288 467, 1815	335 740
821, 849, 1056,	292	467, 1815	338 740
1397, 1 <b>44</b> 5,	293	5, 50, 480,	339 923, 1364,
2068, 2183,	İ	1852	1586, 2153,
2814	294	5, 50, 480,	2 <b>435</b> , 2710,
278 . 42, 473, 1297,		703	2752, 2957,
1613, 1957,	297	1214, 3078	2977, 3129
2511	298	24, 313, 340,	340 399, 1526,
279 50, 83, 515,		949, 2147	2390, 2957 342 1666, 2014
<b>52</b> 8, 801, 874,	299	2004	342 1666, 2014
1076, 1151,	305	429, 892,	344 1913, 3215
1613, 1819		2125, 2934,	345 2931 346522, 1247,
280 50, 83, 182,		3122, 3179	346522, 1247,

§§.	Nr.	§§.	Nr.	86.	<b>%</b> r.
22.	1913, 2008,	90.	2848, 2933,		3133, 3153,
	1910, 2000, 9055, 2015		3105, 3193		3220
349	2055, 3215 2539	900	•	398	279, 539,
	. 445, 691, 700,	308	. 248, 397, 645,	000	1692, 1901,
อบฮ	959, 1411,		1001, 1026,		1918, 2351,
	1611		1326, 1434,		2434, 2639,
260	2693		1500, 1628,		2655
	906		1638, 1655,	400	158, 1146,
369	. 691, 700, 757,		100, 1140,		1559
002	1162, 1411		1739, 1749, 1898, 1984, 2263, 2524,	401	2594, 3153
262	757, 1162,	]	2200, 2024, 9949, 9092	403	2647
000	2799		2848, <b>2933</b> , 3031, 3105,	404	901, 1431,
364	1411, 2355,				2147, 3128
001	2799	000	3193, 3208	405	2147, 3128 360, 513,
365	1411	389	1860		1642, 2625
	1786, 2276	392	43, 574, 746,	406	360, 513,
367	2276	İ	805, 1195,		1642, 1761,
368	2276	ľ	1243, 1484,		2486, 2625
	3007		2933	408	832, 2486
374	580, 887,	393	746, 1470,		. 255, 360, 695,
•••	1121, 1140,	i	2446, 2933		952, 1270,
	1545, 1603,	394	96, 576, 587		1580, 3006,
	1689, 1739,	396	791, 1232,		3128, 3157
	1847, 2154,	l	1267, 1478,	410	. 100, 255, 360,
	2614, 2726,		1548, 1754,		695. 12 <b>32</b> .
	2765, 2930,		1793, 1827,		1270, 1642,
	3115, 3117		1793, 1827, 2047, 2052, 2249, 2710,		1270, 1642, 2647, 2710,
376	409, 1121,		2249, 2710,		<b>3006, 3</b> 128,
	1140, 1689,	1	2775		3107
	1847, 2765,	397	. 299, 440, 496,	411	729, 907,
	2930, 3117		1011, 1018,		1305, 2160,
377	1121, 1140,		1059, 1239,		2751, 3138 815, 973,
	1689, 1847,	Ì	1244, 1287,	412	815, 973,
	238 <b>2</b> , <b>24</b> 91,		1646, 1692,		1123
	2614, 3115,		1764, 1901, 1918, 1922,		815
	3117		1918 <i>,</i> 19 <b>22</b> ,	415	425, 610,
	529, 2130		1923, 1951, 2011, 2081,		1328, 1621, 2280, 2386,
384	483, 547		2011, 2081,		2280, 2386,
<b>3</b> 87	47, 248, 397,	l	2501, 2508,	i .	2517, 2551,
	1001, 1026,		2394, 2403,	440	2960 2280
	1326, 1434,		2434, 2554,	416	2280
	1628, 1655,	ļ	2780 2789	417	610. 1621.
	1762, 1853,		2794, 2866, 2938, 2941,		<b>228</b> 0, 2511,
	<b>22</b> 09, 2710,		2938, 2941,		2551

§§. 98r.	§§.	Rr.	§§.	Nr.
418610, 2280,	"	1967, 2091,		1472, 1784, 1972, 2291,
2960	ĺ	2096, 2203,	l	1972, 2291.
419 2280, 2960		2776, 2830,		2612, 2842,
420 . 19, 610, 872,		2852, 3058,	1	3106
1621, 1898,		3206	490	. 275, 625, 904,
2280 2960	452	806, 837,		
421663, 836,	302	1170 1941	401	1983, 2291 298, 975,
1123, 1152,		1808 9980	301	1104 1436
1310		1179, 1241, 1898, 2280, 2514, 2622	1	1104, 1436, 1822, 2278,
422 351, 465, 574	453	90 465 494	l	2291
1310 422 . 351, 465, 574, 800, 1195, 1328, 1460.	1	663 1418	493	1206, 2284
1328, 1460,		1718, 2751	200	2291, 2346
1488, 1544,	454	1718, 2751 494, 1718	494	2291, 2346
1890, 1898,	455	900 404 079	105	2291, 2346
2161, 2331,		1110, 1718, 2087, 2232	496	1360, 2346
2386, 2604,				2682, 3007
2618, 2958,	456	285, 2154,	500	516
3110, 3127		3031, 3198	502	158, 1374
<b>423</b> 96	460	1961, 2514,	503	158
424 2618	i	2622	505	112, 405
425 1328, 1418	461	. 73, 198, 474,	508	2330
426438, 494,	l	872, 1074,	510	1904, 3057
426438, 494, 2392, 2773 4281733, 1961,	1	1305, 1852,	512	1904, 3048,
4281733, 1961,		1925	ا ـ ا	3057
2773	462	867, 1305,	517	1473
429 1961, 2733		1310, 2035, 2768	520	
432 1451				80, 1559
435 2001	465	20, 198, 1284	024	1142, 1370
436341, 1422,	472	108, 778	525	158, 949,
2096, 2137,	476	778	507	1731
2109, 2800,	480	. 222, 656, 727,	500	2219
2865		1220, 1285,	roo	1726
<b>437</b> 197 <b>438</b> 305, 2683		1308, 1452,	023	. 304, 372, 584,
439 2865		1400, 1814,	İ	905 077 000
4402234, 2317,	401	1930, 19 <del>44</del> 797	İ	1099 1049
2162	489	797	l	1994 1907
441 571, 2865	488	1790	l	1385 1517
446 571, 2607	486	444	1	1594 1841
449 377	488	1308, 1462, 1463, 1874, 1938, 1944 		1912, 2620
450 2096	489	. 131, 229, 275	l	2851, 2918.
451314, 544,		442, 454, 625	1	3048, 3068.
1241 1289		662, 823, 975	ĺ	3069, 3125
1941, 1945		1206, 1349	531	705
====, ===,	ı	,,		

§§.	Mr.	§§.		Mr.	§§.	•	Mt.
<b>532</b> 1528	<b>2</b> 850	539	403,	1099,	556		2576
533 . 98, 407	584.		1293,	1467.	557		2576
619. 71	Ó. 857.		1536.	1721.	558	1221.	2198.
1146	1193.		1959.	2240.		2576.	3226
1705	2424.	Ì	2351.	2426.	561		2278
533 . 98, 407 619, 71 1146, 1705, 2493	. 3108		2482	2553	575	216.	917.
535698 536698	3. 717.	540		2351		1879.	2328.
	3048	544		2744	ļ	2908,	3211
536 693	3. 717.	546		2744	583		1731
895	. 1275	547		1959	587		456
<b>538</b> 768	. 1218					•	
		•			•		
Ger	ihtsorbi	inug f	ür das low	bvenez.	. Röni	igreic.	
· <b>66.</b>	Mr.	88.		Nr.	88.		9Rt.
79		109	•••••	2541	449		2035
116		102	• • • • • •	2541	ART	• • • • • • • • •	727
127							727
148	1506	410	• • • • • • •	836	460	• • • • • • •	727
191							121
191	20 <del>1</del> 1	410	• • • • • • •	2002	l	•	
Gefet über das ! Handels- und E	ewerb#1	ente b	om 17. Dec	ember 18	3 <b>62</b> , 9	ł. <b>G.</b> 181. 9	dr. 97.
Sandels- und C	ewerb#1	ente b	om 17. Dec	ember 18	3 <b>62</b> , 9	ł. <b>G.</b> 181. 9	dr. 97.
Sandels- und E	gewerbél Nr. 1746	ente b 8§. 20 .	om 17. Dec	98r. 1955	9 <b>62, 9</b>   §§.   33 .	ł. <b>G.</b> Bi. 9	8r. 97. 98r. 1866
Sandels- und E	gewerbél Nr. 1746	ente b 8§. 20 .	om 17. Dec	98r. 1955	9 <b>62, 9</b>   §§.   33 .	ł. <b>G.</b> Bi. 9	8r. 97. 98r. 1866
\$4	Rr. 1746 1937	ente b 88. 20 . 27 .	om 17. Dec	98r. 1955 1796	\$62, 9 \$§. 33 . 35 .	R. <b>G.</b> B1. 9	%r. 98r. 1866 2009
Sandels- und E	Rr. 1746 1937	ente b 88. 20 . 27 .	om 17. Dec	98r. 1955 1796	\$62, 9 \$§. 33 . 35 .	R. <b>G.</b> B1. 9	%r. 98r. 1866 2009
\$4	98r. 1746 1937 1796	8§. 20 . 27 . 31 .	om 17. Dec	98r. 1955 1796 1475	\$\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\	1. <b>6.</b> 191. 9	97. 97. 1866 2009 3052
Sandels- und C §§.  2	9ewerb#1 98r. 1746 1937 1796 den jum	8§. 20 . 27 . 31 . marifd	om 17. Dec	98r. 1955 1796 1475 20ces vi	\$62, \$ \$§. 33 . 35 . 39 .	1. G. B1. K	9r. 1866 2009 3052 845,
\$4	9ewerb#1 9rr. 1746 1937 1796 den jum	8§. 20 . 27 . 31 . marifd	om 17. Dec	906.	\$62, § § § . 33 . 35 . 39 .	1866,	9r. 1866 2009 3052 845,
\$4	Rr. 1746 1937 1796 den jum Rr.	ente v   §§.   20 .   27 .   31 .   marifo   3.   §§.	om 17. Dec	98r. 1955 1796 1475 2006. 98r. 2556	\$62, 9 \$§. 33 . 35 . 39 . 9m 24 \$§.	1. G. B1. K	97. 981. 1866 2009 3052 845, 981. 469
\$4	Rr. 1746 1937 1796 den jum Rr.	ente v   §§.   20 .   27 .   31 .   marifo   3.   §§.	om 17. Dec	98r. 1955 1796 1475 2006. 98r. 2556	\$62, 9 \$§. 33 . 35 . 39 . 9m 24 \$§.	1. G. B1. K	97. 981. 1866 2009 3052 845, 981. 469
\$4	Rr. 1746 1937 1796 den jum Rr.	ente v   §§.   20 .   27 .   31 .   marifo   3.   §§.	om 17. Dec	98r. 1955 1796 1475 2006. 98r. 2556	\$62, 9 \$§. 33 . 35 . 39 . 9m 24 \$§.	1. G. B1. K	97. 981. 1866 2009 3052 845, 981. 469
\$4	Rr. 1746 1937 1796 den jum Rr.	ente v   §§.   20 .   27 .   31 .   marifo   3.   §§.	om 17. Dec	98r. 1955 1796 1475 2006. 98r. 2556	\$62, 9 \$§. 33 . 35 . 39 . 9m 24 \$§.	1. G. B1. K	97. 981. 1866 2009 3052 845, 981. 469
\$4	Rr. 1746 1937 1796 den jum Rr.	ente v   §§.   20 .   27 .   31 .   marifo   3.   §§.	om 17. Dec	98r. 1955 1796 1475 2006. 98r. 2556	\$62, 9 \$§. 33 . 35 . 39 . 9m 24 \$§.	1. G. B1. K	97. 981. 1866 2009 3052 845, 981. 469
\$4	Rr. 1746 1937 1796 den jum Rr.	ente v   §§.   20 .   27 .   31 .   marifo   3.   §§.	om 17. Dec	98r. 1955 1796 1475 2006. 98r. 2556	\$62, 9 \$§. 33 . 35 . 39 . 9m 24 \$§.	1. G. B1. K	97. 981. 1866 2009 3052 845, 981. 469
\$6. 204, 1492 2	Rr. 1746 1937 1796 Den jum Rr. 2074 1, 748 0, 662, 1911	88. 20 . 27 . 31 . marife 3. \$8. 17 . 18 . 23 .	hen Civily G. S. Rr. 1255, 121, 1296, 2142,	97r. 1955 1796 1475 1475 1407 12556 1407 1720 1255, 1720, 2370,	\$62, 9 \$9. 33. 35. 39. 39. 35. 39.	1. G. Bl. 9.  1866,  1. October 1  715, 1365, 2878,	9r. 1866 2009 3052 845, 9r. 469 , 545, 1354, 2958, 2968
\$6. 204, 1492 2	Rr. 1746 1937 1796 Den jum Rr. 2074 1, 748 0, 662, 1911	88. 20 . 27 . 31 . marife 3. \$8. 17 . 18 . 23 .	hen Civily G. S. Rr. 1255, 121, 1296, 2142,	97r. 1955 1796 1475 1475 1407 12556 1407 1720 1255, 1720, 2370,	\$62, 9 \$9. 33. 35. 39. 39. 35. 39.	1. G. Bl. 9.  1866,  1. October 1  715, 1365, 2878,	9r. 1866 2009 3052 845, 9r. 469 , 545, 1354, 2958, 2968
\$6. 204, 1492 2	Rr. 1746 1937 1796 Den jum Rr. 2074 1, 748 0, 662, 1911	88. 20 . 27 . 31 . marife 3. \$8. 17 . 18 . 23 .	hen Civily G. S. Rr. 1255, 121, 1296, 2142,	97r. 1955 1796 1475 1475 1407 12556 1407 1720 1255, 1720, 2370,	\$62, 9 \$9. 33. 35. 39. 39. 35. 39.	1. G. Bl. 9.  1866,  1. October 1  715, 1365, 2878,	9r. 1866 2009 3052 845, 9r. 469 , 545, 1354, 2958, 2968
\$6. 204, 1492 2	Rr. 1746 1937 1796 Den jum Rr. 2074 1, 748 0, 662, 1911	88. 20 . 27 . 31 . marife 3. \$8. 17 . 18 . 23 .	hen Civily G. S. Rr. 1255, 121, 1296, 2142,	97r. 1955 1796 1475 1475 1407 12556 1407 1720 1255, 1720, 2370,	\$62, 9 \$9. 33. 35. 39. 39. 35. 39.	1. G. Bl. 9.  1866,  1. October 1  715, 1365, 2878,	9r. 1866 2009 3052 845, 9r. 469 , 545, 1354, 2958, 2968
\$4	Rr. 1746 1937 1796 Den jum Rr. 2074 1, 748 0, 662, 1911	88. 20 . 27 . 31 . marife 3. \$8. 17 . 18 . 23 .	hen Civily G. S. Rr. 1255, 121, 1296, 2142,	97r. 1955 1796 1475 1475 1407 12556 1407 1720 1255, 1720, 2370,	\$62, 9 \$9. 33. 35. 39. 39. 35. 39.	1. G. Bl. 9.  1866,  1. October 1  715, 1365, 2878,	9r. 1866 2009 3052 845, 9r. 469 , 545, 1354, 2958, 2968

39	46 . 387, 642, 2142 2572 47 2142 48 447, 1768 2399, 2981 3022 49 . 252, 2572, 2573	., 50		
vom 31.	März 1850, R. G. Bl.	yer. 126.		
<b>§§</b> •	Nr.   §§.	Nr.		
1 lit. c	868 48			
6 27	868 51 2142	2142		
Gelet über bas Berfabre	n in possessorio sum	mariissimo vam 27. Oc-		
	er 1849, R. G. Bl. Rr.			
Mr26, 81,	1897, 1905	, 2372, 2443,		
106, 139, 206,	1914, 1930	2449, 2475,		
235, 242, 253,	1982, 2000	2478, 2485.		
<b>256</b> , 266, 289,	2002, 2005	2499, 2534,		
300, 495, 505,	2029, 2037	2542, 2555,		
555, 597, 600,	2050, 2086	2557, 2569,		
601, 604, 608,	2090, 2107	2683, 2689,		
642, 644, 686,	2124, 2127	2709, 2715,		
732, 735, 756,	21 <b>4</b> 5, 2163	2722, 2761,		
819, 925, 956,	2190, 2204	2778, 2817,		
969, 985, 990,	2217, 2218	, 2862, 2868,		
1020, 10 <b>3</b> 0,	<b>2220, 222</b> 3)	2886, 2889,		
1040, 1146,	2237, 2251	, 2892, 2912,		
1187, 1503,	2257, 2258	, 2913, 2971,		
1523, 1535,	2267, 2272	, 3030, 3037,		
1565, 1626,	2282, 2289	, 3038, 3042,		
1675, 1723,	2301, 2309	3044, 3049,		
1771, 1818,	2326, 2336	3072, 3103,		
1829, 1867,	2341, 2364	2449, 2445, 2478, 2485, 2499, 2534, 2542, 2556, 2557, 2569, 2683, 2689, 2709, 2715, 2722, 2761, 2778, 2817, 2862, 2868, 2886, 2889, 2892, 2912, 2913, 2971, 3030, 3037, 3038, 3042, 3044, 3049, 3072, 3103, 3112, 3135		
Gefet über bas Berfahren in Wechselsachen vom 25. Jänner 1850, R. G. Bl. Rr. 52.				
§§. 92r.		§§. 98r.		
7 2772, 3143	12 1410 1492	22 99 212 547		
8 1558. 2655	1875, 1876	1423 1544		
2798	2370, 2898	1617, 1924		
9 1875. 1876	3022, 3137	261410. 2655.		
11 2528	16 279	1423, 1544, 1617, 1924 261410, 2655, 3137		

# Gefch über das Berfahren anger Streitfachen vom 9. August 1854, R. G. Bl. Rr. 208.

EinfBat.	§§.	Nr.	§§. <b>%</b> r.
EinfBat. Absatz Nr.	108	220	1451211, 1236
5 1113	3   111	2503, 2684	1253, 1752
Ø¢ ¢;-;;.	115	1669	1253, 1752 2454, 2858
2 .164, 188, 1494	, 116		146 1236, 1752
2192, <b>23</b> 18	, 120	1403	147 1236, 1752
280		3020	148 1752
7 280	3   122	247, 546,	154 2184
91906, 2519		1031, 1747,	157 <b>2274, 23</b> 07
<b>254</b> 1, <b>28</b> 1	5	2327, 2797,	158 1530
11 1906, 251	9	<b>2929, 302</b> 0,	157 2274, 2307 158 1530 1591530, 2028
16 231	3	<b>3030</b>	2030
18 254	l   123	1031	2030 160 1255
19 1107, 171	7   125	247, 350,	161879, 1253
22 .136,1511,171	9	1208, 1747,	2269, 2307 2743, 3093
23 54	7	2042, 2214,	2743, 3093
24 188		2327, 3020	164 <b>2274</b> , <b>23</b> 0
<b>26</b> 220, 288	7   126	. 247, 306, 350,	166 1236
29 298	7	979, 1208,	175 2763
43 275	)	1663, 1747,	175 2763 177 1236, 2610 3163 178 1000, 1236
52 182	<u> </u>	1838, 1883,	3162
62 308	£	1895, 2042,	1781000, 1236
661401, 2884		2214, 2 <del>44</del> 0	. 1208
	127	1001, 1401,	III. Hauptstüd. 881
67 2884, 305		1434, 1999, 2140, 2209, 2469, 2848,	§§.
75 188, 166	?	2140, 2209,	187 682, 1139
79 227	Ł j	2469, 2848,	189 361, 866
92 .220,2104,219	<del>)</del>	3020	193 18 <b>2</b> 4
95 120		1403, 1747,	
97 165		2192 547	208 1824
98 219			226 2887
102 210		188	267 1205, 2023
104 165	143	1211	

#### Gefchäftsordung vom 3. Mai 1853, R. G. Bl. Rr. 81.

§§.		Nr.	§§.		Nr.
52	1824,	2959	200	• • • • • •	2536
172	•••••	2858	246		1016
185		752	247	2234,	2317,
188		3163	l	2818.	3163

Jurisbictionsnorm für Un	ngarn vom 16. Februar	1853, R. G. Bi. Nr. 30.
§§.	Nr.   §§.	Nr.
42		922
		922
20 111111		
Jurisdictionsnorm für Sie	ebenbürgen vom 3. Juli	1853, N. G. Bl. Nr. 129.
<b>§.</b>		Nr.
54		1198
Provisorisc	he Civilprocehorbunug	ür Ungarn.
§§. 98r.	§§. Nr.	§§.
2 234, 262	241 114	438 621
	242 .114, 219, 1131	447 1513
6 2348	259 114	544 1396
11 234	262 1879	550 405
15 375, 1181	<b>264</b> 45	558 1051
25 1164	268 1131	560 258
47 286, 375	270 1151	564 1961, 2354
66 405	280 114	580 1904
117 132	339 405	
118 1188	353 975	604 2541
122 211	367 904	605 2541
127 228	397 2321	606 2541
145 553	407 1121	607 2541
235 1151	408 1121	608 2541
238 190		
1		•
<b>Brovijori</b> j	fce Concursorbunng fü	r Uugaru.
§§. Nr.   9	§§. Nr.	§§.
	72 913	
	76 913	
	86 913	1
	87 913	
	88 913	
70 913	90 913	185 198
010	00 010	100 100
Civilprocefordung für	ir das Rönigreich Italie	n vom 17. Juni 1896.
Art.		Nr.
1012		404
1012	• • • • • • • • • • • • • • • • • • • •	

_ 000			
. Ernenerte Lanbesorbnung bes Röni	greichs Bähmen vom 10. Mai 1627.		
O. Nr.	1 D. 97r.		
401194	15. 9h.  461194		
<del>-</del>	om 19. September 1602,		
Tit. XI, Buch	V, Mr. 1694		
	ifchen Reichstages.		
Reichstag von 1715 Art. 20	Rr. 1969, 2574, 2603		
Reichstag von 1792 Art. 17	Nr. 1969		
Reichstag von 1840 Art. 16, §.	. 57 Nr. 221		
Reichstag von 1840 Art. 22	Nr. 2574, 2603		
. •	·		
	Conferenz vom Jahre 1861.		
	Art. Nr.		
<b>2574, 2603</b> <sup>1</sup>	30 1969		
	31 1969		
	•		
Strafgeset vom	27. Mai 1852.		
EinfPat.	§§. Nt.		
Art. Nr.	<b>335</b> 1690, 1726		
6 743	341 1726		
132 773	485 2829		
183 3019	4861944, 2398,		
214 1 <b>4</b> 9	2915		
240 2829	496 2653, 2935		
241 2829			
316 3197	8 <del>4</del> 6		
• '	•		
<b>Strafprocefordung</b>	vom 29. Juli 1803.		
<b>§§.</b>	Nr.   §§.		
132 2521 349			
214 2045 352	791 361 1203		
319 2393 354	791 362 1690, 3143		
319 2393 354 332 lit. d 589 355 1	372, 1673 364 2305		
346 2045   356	1673   392 1698		
<b>347</b> 2252 357	1673 431 2838		

# Strafgefet vom 3. September 1803.

II. Theil §. 398..... 961

# Einzelne Befete.

Sahr	Nr.	f Jahr Rr.
1553 Bergorbg. für bie n. ö.		1766 Hoffanglei-Berord. v.
Lande v. 1. Mai Cod.		27. Jänner an bie Lan-
Austr. I. Thl. S. 162		beshauptmanufchaft in
91		<b>R</b> rain 91
1575 Krainerische Bergord.		- A. h. Entschließung v.
vom 23. Febr	488	22. Februar 91
1580 Bergordg, für Ibria.	91	1767 Steierische Walborbg.
1586 Gefet bes Senats ber		v. 26. Juni 91, 488
Republit Benedig v.		1771 Waldorbg. für Krain
7. October	1946	v. 13. Nov91, 488
1660 Manbat für den Ram=		1779 Hofbecret v. 5. Nov. 640
mergutsbezirk Ibria v.	400	1780 Landtafelpatent f. Gas
10. April	<b>48</b> 8	lizien vom 4. März,
1674 Berordg. v. 2. Oct.		Biller'sche Sammlung Rr. 2 1458, 2650
Cod. Austr. I. Theil, S. 336	78	1781 Jän. 26. 3. <b>3</b> . <b>5</b> .
1679 R. Berordnung vom	10	9r. 4 620
20. März	488	1782 April 5. 3. G. S.
1710 Hofrescript v. 14. No-	=00	Mr. 40438, 936, 1057
bember	452	— April 9. I. G. S.
1750 Patent vom 30. Mai	-02	Nr. 41 1224, 1636
(Stola = Taxorbnung)		— Juni 20. J. G. S.
Sammlung ber Ber-		Mr. 54 871
ordnungen v. 1740 bis		— Juni 20. J. G. S.
1780 I. Bb. Nr. 98.	180 <b>2</b>	Mr. 55 949
- Hofrescr. v. 18. Ang.	452	— Sept. 30. 3. G. S.
1751 Bbg. v. 24. Sept.	1194	Nr. 87 1526
1753 Patent vom 2. Juni		— Dat. 18. 3. G. S.
Suppl. Cod. Austr.		Mr. 93 323
V. Theil S. 767	1353	— Mod. 22. I. G. S.
- Judenordnung vom		m. 102 973
22. Sept. Suppl. Cod.	000	— Dec. 23. J. G. S. 420
Austr. V. Thl. S. 802	833	2001 200 11111111 == 1
1754 Militärjustiznorm v.	907	1783 Jäner 15. Politische
25. Juni 1758 R. ö. Landtafelpatent	367	(S. Sofef II. 3. Bb. Nr. 31 1353
v. 24. Rov. Suppl.		Nr. 31 1353 — Mai 28. I. G. S.
Cod. Austr. V. Thi.		98r. 139 1473
©. 1282	258	Mr. 139 1473 — Aug. 25. J. G. S.
1763 Berordg. v. 22. Jänn.	200	25. 3. 9. 9. 9. 9r. 179.779, 1277, 3094
Suppl. Cod. Austr.		— Det. 6. 3. G. S.
vi. Thi. S. 371	78	Mr. 197551, 814, 1016,
, , , , , , , , , , , , , , , , , , , ,	- 1	

Jahr	<b>N</b> r.	3ahr Rr.	•
	1473, 1526, 2760, 2835,	1785 April 18. J. G. S.	
	2881	Nr. 4091364, 2435	ó.
1783	Nov. 24. J. G. S.	2977, 312	ģ
	Mr. 213 571	— April 20. Prop. G. S.	•
	Febr. 20. Bolitifche	Josef II. 8. Bb.	
1102	6. S. Josef II. 4. 86.	©. 61 62	n
	Mr. 113 1298, 2729	— Mai 4. 3. G. S.	
	April 18. J. G. S.	9r. 420 1277, 221	Ω
_	Mr. 279 3014	2365, 282	
		2000, 202 m.: e 901	
_	Mai 10. 3. S. S.	— Mai 6 301	4
	Mr. 285654, 1213,	— Mai 9. 3. S. S.	^
	1644	Mr. 42698, 584, 619	
	Juni 14. J. G. S.	710, 2424, 310	K
	Mr. 306627, 1149,	— Mai 13. I. S. S. S.	_
	1277, 1281, 1349, 1526,	Nr. 431 73	6
	1772, 2774, 3097, 3173	— 3ան 30. 3. <b>છ</b> . <b>હ</b> .	
_	Juli 15. J. G. S.	%r. 448 276	6
	Mr. 31763, 119,	— Sept. 9. J. G. S.	
	790, 1543, 2062	Mr. 464 244	16
_	Sept. 11. J. G. S.	- Sept. 23. J. G. S.	
	Mr. 335812, 833,	Mr. 469 46	6
	862, 1277, 1452, 1463,	— Det. 6. 3. 3. 5.	
	862, 1277, 1452, 1463, 1526, 1772, 2348, 2981	%r. 477179, 229, 97	5,
_	Sept. 11. 3. G. S.	1104, 284	12
	Mr. 336303, 411,	— Dct. 31. 3. 5. €.	
	888, 1224, 1880, 2261,	Nr. 489 252, 341, 35	2.
	2573	420, 437, 442, 704, 88	8.
	Sept. 27. 3. S. S.	1016, 1137, 1243, 127	7.
	Mr. 341 2767	1897, 1524, 1913, 220	<b>5</b> .
	Dct. 4. 3. G. S.	2283, 2284, 2317, 234	
	Mr. 347 1388	2640, 2760, 2774, 283	5.
_	Nov. 8. J. G. S.	2881, 2982, 3125, 317	4.
	Mr. 361.1398, 1452, 1463	320	
	Nov. 19. 3. G. S.	— Nov. 14. 3. 6. 6.	•
	Mr. 367 1099	9r. 495779, 177	7
1795	State 1 Owner Ch &	309	
1100	Febr. 1. <b>A</b> rop. G. S.	1	7 %
	Josef II. 8. Band	— Dec. 12. 3. S. S.	ıΛ
	©. 637 1745	9tr. 502250, 44	rV
_	Febr. 10. J. G. S.	— Dec. 29. 3. 8. S.	
	Mr. 387303, 729	Mr. 5091190, 119	
_	April 7. 3. G. S.	177	13
	Mr. 405 2749	1786 Jän. 13. J. G. S.	
-	April 8. J. G. S.	9h. 515 1032, 238	U,
	Mr. 406, 420, 1016, 1526	300	σί

Jahr	98r. <sub> </sub>	Jahr	Nr.
1786	Jän. 16. J. G. S.	1787 März 5. J. G. S.	
	Mr. 5162083, 2439,	Nr. 641348, 374,	713,
	3090		2277
-	Jän. 16. J. G. S.	April 3. J. G. S.	
	Mr. 5182911, 3063,	Mr. 658	2782
	3129	— Juli 17. I. G. S.	
_	Febr. 28. Pol. G. S.	Mr. 6971758,	2814
	Josef II. 6. Band	— Sept. 13. 3. G. S.	0040
	Mr. 140 345	Mr. 7191844,	2040
_	Mai 19. J. G. S.	— Det. 16. J. G. S.	2729
	Nr. 550437, 466, 1016   Juli 15. J. G. S.	Mr. 733	4149
_	Mr. 565 1553	Mr. 74554, 518,	744
_	Sept. 18. 3. G. S.	1216,	1358
	Mr. 577645, 665,	1788 Jän. 28. J. G. S.	1000
	1628, 1973, 2047, 2243,	Nr. 744	2470
	2263, 2586, 2673, 2875,	— Febr. 14. 3. G. S.	22.0
	2916, 3090, 3189	Mr. 782	1070
_	Dec. 18. 3. G. S.	— Febr. 27. Bol. G. S.	
	Mr. 603 744	Josef II. 8. Band	
1787	Jän. 15. 3. G. S.	Mr. 137	1173
	Mr. 619 2152	— März 14. J. G. S.	
	Jän. 15. J. G. S. Mr. 620 333, 761,	Mr. 796	3063
	823, 888, 980, 1010,	— April 8. J. G. S.	
	1224, 1741, 2407, 2526,	Mr. 805	1397
	2594, 3102	— Juni 16. J. G. S.	510
	Jän. 15. J. G. S.	Mr. 844	516
	Mr. 6219, 187, 341,	— Juli 22. J. G. S.	1700
	375. 420. 466. 488. 602. I	Mr. 860	1798
	627, 761, 806, 870, 888,	— Det. 30. 3. 3. 5.	909
	627, 761, 806, 870, 888, 914, 958, 981, 1024, 1032, 1117, 1181, 1241,	Mr. 911429, 625, 2125, 2934,	3199
	1032, 1117, 1181, 1241,		0122
	1298, 1345, 1349, 1422,	1789 Jän. 15. J. G. S. Nr. 954 1358,	9020
	1487, 1620, 1622, 1730, 1748, 1853, 1875, 1876,	— Febr. 10. Piller'sche	2000
	1082 9112 9107 9907	S. S. Nr. 13	3014
	1963, 2118, 2197, 2297, 2451, 2561, 2785, 2823,	— März 12. I. G. S.	0012
	2865, 3022, 3123, 3190	Mr. 986	1274
	Jän. 15. J. G. S.	— Mai 7. (Jubenords	
	Mr. 623 1436	nung) Piller'sche G.	
_	März 1. J. G. S.	S. Nr. 44	1686
	Mr. 63642, 53, 104,	— Mai 26. Piller'sche	
	630, 920, 2300	G. S. Nr. 51	3014

Jahr	Nr.	Jahr	Mr.
1789	Funi 4. J. G. S. Mr. 10151676, 2441	1791 März 8. J. G. S. Ar. 1 <b>23</b>	
	Mr. 10151676, 2441	Nr. 123	2857
	Imi 25. I. G. S.	— April 5. 3. G. S.	
	Rr. 1026 1303, 1691,		2130
	2197, 2308	— April 5. 3. G. S.	<b>600</b>
_	Juli 13. J. G. S.	Mr. 135	698
	9tr. 1033 681	— Mai 26. G. S. Leo-	
	Juli 23. J. G. S. S. Rr. 1038 625, 662	pold II. 2. Bd. I. Thl. Nr. 73	1985
_	Sept. 7. 3. G. S.	— Sept. 29. 3. G. S.	1000
	Rr. 1047 1042		1399
	Dct. 6. 3. G. S.	— Nov. 4. J. G. S.	
	98r. 1055 2607	%т. 216	778
-	Det. 20. 3. S. S.	- Dec. 16. 3. G. S.	
	Mr. 1059 1348	<b>Mr.</b> 227	480
	Nov. 30. 3. G. S.	— Dec. 29. 3. S. S.	
4=00	Mr. 1081289, 362		3190
1790	Febr. 25 1353	1792 Febr. 16. 3. G. S.	2000
_	April 9. 3. G. S.	90r. 253	2996
	90r. 12 864	— April 26. J. G. S. S. Rr. 10 1543, 2	069
	April 15. J. G. S. S. Rr. 14		3078
	1772, 2774, 3007	— Mai 18. J. G. S.	0010
_	Mai 18. J. G. S.	9a. 16	2179
	Mr. 23592, 616,	Nr. 16	
	1955, 2323	Nr. 22	1418
_	Juni 24. J. G. S.	— Juli 19. J. G. S.	
•	Mr. 30 1042	9tt. 33 3	3150
-	Juli 1. 3. G. S.	— Juli 27. I. G. S.	404
	Mr. 31172, 179, 229,	9hr. 36654, 1	181,
	779, 975, 1104, 1315, 1360, 1524, 1672, 1765,	1213, 1677, 2529, 3	2010
	1777 0014 0206 0640	— August 2. I. G. S.	DA7A
	1777, 2014, 2306, 2640, 2842, 2882, 2934, 3094,	Nr. 38 1969, 2 — August 31. I. G. S.	3717
	3106, 3125, 3174	Mr. 43 1057, 2	006.
	Dat. 12. 3. G. S.	2323, 2330, 2	
	Mr. 6396, 574, 576,	- Miethordnung f. Lem=	
	2618, 2958	berg v. 21. September.	
	Dat. 12. 3. 3. 5.	(Siehe J. G. S. Bd.	
	Mr. 65438, 1011	pon 1812 bis 1817	46-
_	Det. 29. 3. S. S.	Mr. 1024)	185
	Mr. 72331, 986	— Sept. 27. 3. G. S.	<b>EQ</b> 4
	Dec. 27. J. G. S.	9hr. 53352, 1	
	Nr. 99 1358	1646, 2233, 3	120

1792 Sept. 27. I. G. S. S. S. S. S. S. S. S. S. S. S. S. S.	4
Nr. 54 1117 Nr. 2132577, 265	4
Oct 10 9 M & _ 9tabu 12 9 M &	
— 2d. 13. 3. 9. 9.   — val. 13. 3. 9. 9.	
Mr. 63 657   Mr. 217829, 86	4,
1793 März 27. J. G. S.   951, 1099, 1153, 164	6,
Nr. 95 377	6
— Strafnormale derhof. — März 5. 3. G.	
tammer für Wings u.   98x. 22263, 119	
Bergwesen v. 1. Juni 790, 848, 1274, 206	
Nr. 5061 für den 317	9
Rammergutsbezirk — Mai 21. Weffely	
I. Bb. Nr. 1342 5	4,
August 23. J. G. S. S. S. 198, 656, 744, 1009 Rr. 118 303, 729 1155, 1182, 1220, 1289	2,
Mr. 118 303, 729 1155, 1182, 1220, 1280	5,
— Sept.16. Rrop. G.S. 1308, 1609, 1743, 1874	
Franz II. 3. Band 198	9
©. 233 2197 — Juni 5. J. G. E.	_
1794 März 20. 3. G. S. Rr. 234 1844, 284	3
Nr. 164195, 249, — Juni 18. J. G. S.	_
871, 1595, 2222 9r. 236 127	7
— März 20. 3. G. S. — Juni 25. 3. G. S.	
Mr. 165 2468 Mr. 237755, 135	3
— April 22. J. G. S. S. — Juli 3. J. G. S.	
9r. 171134, 153, 9r. 240399, 152	4
168, 195, 339, 439, 943, — Nov. 30. J. G. S.	
1166, 1254, 1582, 1687, 9r. 26720, 359 1707, 1783, 1816, 2082, 581, 1284, 1396, 139	
1707, 1783, 1816, 2082, 581, 1284, 1396, 139	y
2231, 2275, 2648, 2692   1796 Jän. 11. J. G. S. — Juli 3. J. G. S. — Mr. 276 35	U.
— Juli 3. J. G. S. Mr. 276 35 Nr. 182 797 — April 8. J. G. S.	J
- Juli 4. J. G. S. S. S. St. 289581, 239	2
Mr. 183.1057,2006,2323 — Sept. 16. J. G. S.	U
— Sept. 11. 3. G. S	2
Mr. 193 2599 — Dat. 21. 3. G. E.	U
— Sept. 29. 3. G. S. Mr. 316 216	9
Nr. 1951029, 1095, — Nov. 18. 3. S. S.	_
1758, 2501	)
— Dat. 17. 3. 6. 6. 264	
Nr. 198 1144   1797 Juli 21. 3. G. S.	
Mr. 198 1144   1797 Juli 21. J. G. S. — Oct. 23. J. G. S. Mr. 360355, 1122	
9a. 199602, 870, 1424, 2153, 2690, 269	$\overset{\prime }{2}$
1051, 1241, 2596, 2650 — Juli 28 265	
— Дес. 15. 3. G. S. — Hofbecr. v. 21. Sept.	_
Nr. 207 657 Nr. 32299 3014	4
Glafer, Unger u. Balther Entid. VI.	-

Sebr	99r. j	3afre	Nr.
- •	Dat. 27. 3. 6. 6.	1803 Aug. 24. J. S. S.	
	Nr. 385.1152, 1328, 1553	Rr. 622	1117
1798	Febr. 13. 3. 6. 6.	— Dat. 14. 3. 6. 6.	~
	9cr. 401 1340	Mr. 629	24 <b>4</b> 1
	Juni 28 3014	— Dec. 2. 3. <b>5</b> . <b>5</b> .	1070
	Aug. 31. J. G. S.	92r. 640 743, 1	IOG
	Mr. 430920, 2183 Sept 1. 3. G. S.	1804 Jun. 20. J. G. S.	4 400
	Mr. 432 . 418, 882, 1480		1480
-	Da. 25. 3. G. S.	— Febr. 14. J. G. S. Nr. 652 437,	2860
	Dr. 4361736, 2468,	— März 22. G. S. fitt	2000
	3087, 3129	bas Rönigreich Italien	
	Dec. 7. 3. G. S.	I. W. Mr. 25	885
	Mr. 442 1042	- Juni 14. Rr. 9609	91,
	Dec. 24. 3. S. S.		<b>488</b>
	Mr. 446901, 1166,	— Juli 12. Pol. G. S.	
1700	1167, 1586, 1687, 2808 März 2. 3. <b>6</b> . <b>5</b> .	Franz II. 21. Band	
1100	Nr. 459 2749	Mr. 75	713
	Mbril 19. 3. 45. S.	— Ang. 28. 3. S. S.	194
	Mr. 467 2468,	Mr. 681	134
	<b>3063</b> , 3129	— Sept. 14. 3. 5. 5.	430
	Ang. 23. 3. G. S.	98x. 683	4500
4000	Mr. 474 980	1805 Febr. 25. J. G. S. Nr. 71115 <b>52</b> ,	9111
1800	Juli 25. J. G. S.	- Märg 9. 3. 6. 6.	2111
	Mr. 50531, 664 Oct. 31. 3. G. S.	Nr. 719	2135
-	Rr. 512 2524	- Juni 21. 3. G. S.	
1901	Juli 24. J. G. S.	Nr. 734	<b>286</b> 0
	Mr. 533698, 1646	— Aug. 30. 3. <b>G</b> . S.	
	Sept. 4. J. <b>G</b> . S.	Mr. 743	3087
	Mr. 535 3004	- Sept. 14. J. S. S.	0009
	Dat. 23. 3. <b>G</b> . S.	Mr. 7482468,	3003
	9tr. 542 3101	- Sept. 21. G. S. für bas Rönigreich Italien	
	Dec. 19. 3. <b>G</b> . S. Rr. <b>545</b> 179, 229, 975,	II. Th. Nr. 122	1912
	1104, 1436, 2718, 1842	- Bofdecret ber oberften	
1809	Det. 15. 3. 8. S.	Juftigftelle v. 27. Det.	
	Mr. 579664, 2989	Nr. 376291	488
	Rov. 26. J. <b>G</b> . S.	1806 War, 14. 3. S. S.	
	Nr. 584 1117	%r. 7581846,	2019
1809	April 22. Nr. 1139	— April 15. G. S. far	
	Wessell I. Band	das Königr. Italien	400
	9Rr. 1250 3188	II. Thl. Mr. 57	423

Jahr		Mr.	Jahr . Rr.
1806	Dct. 24. J. 6. 6.		1811 Oct. 10. G. S. für
	Mr. 789483, 665,	2875	das Rönigreich Italien
1807	Dct. 24. 3. G. S.		II. Thi. Nr. 243 1048
	Nr. 822	814	— Da. 10 3014
	Dct. 31. G. S. fitr		— Nov. 9. 3. G. S.
	bas Rönigr. Italien		Nr. 961 289
	II. Thi. Mr. 231	18	1812 Jän. 10. 3. G. S.
	Det. 31. 4. S. ft.		1 92r. 968 408
	bas Rönigr. Italien		— Febr. 8. 3. G. S.
	III. Thi. Nr. 233	<b>4</b> 0,	Nr. 971 355
	1251,		— März 13. J. G. S.
_	Nov. 14. J. G. S.		Mr. 978 1955
	Mr. 827	1081	— Juli 22. J. <b>G</b> . S.
1808	Da. 7. 3. 6. 6.		Nr. 997 1511
	Mr. 864	831	— Nov. 19. J. G. S.
	Dct. 8. 3. 3. 6.		Nr. 1015 1439, 1455,
		2088	1522
	Hofderr. v. 29. Nov.		— Dec. 5. 3. <b>G</b> . S.
	Nr. 38084	2857	Nr. 1017 1814
1909	Febr. 8. 3. G. S.		- Dec. 31. Pol. G. S.
	Nr. 882.890, 1056, 2	2401	Franz I. 39. Band
-	März 1. J. G. S.		Nr. 77396, 674, 1623
	Mr. 886378, 653,	765	1813 Jän. 16. J. G. S.
_	Mary 23. J. G. S.		Nr. 1024 185
	Mr. 887	270	— März 13. Pol. G. S.
1810	Mai 1. Pol. G. S.		Franz I. 40. Band
	Franz I. 34. Band		Mr. 27 2820
		1070	— März 21. Pol. G. S.
_	Juli 20. 3. 5. €.		Franz I. 40. Band
	Mr. 9062330, 2	2425	nr. 28 408
_	Nov. 30. <b>A</b> rop.=		— Juni 18. J. G. S.
	Coutta G.S. Franz I.		Nr. 1054 2818
	28. S. 492 2		— Dat. 9. 3. G. S.
1011	3098, 8	3099	%r. 1071 915
1911	Mary 16. J. G. S.	1400	— Dct. 21. Pol. G.
		2420	Franz I. 41. Band
	April 27. G. S. für	ŀ	Mr. 49. 1298, 2723, 2729
	bas Königreich Italien	799	1814 Mai 6. J. G. S.
		722,   1854	Nr. 1085574, 1243 — Juli 16. J. G. S.
		1004	9r. 10941205, 2683
_	April 28. I. G. S. S. Nr. 944	323	— Laibacher Gubernials
	Sept. 21. 3. G. S.	020	verordnung.v. 10. Oct.
_	Rr. 959	25.00	Nr. 10983 488
	mi. 000	1000	MI. 10000

Jahr	Nr.	Jahr	<b>%τ.</b>
	Nov. 16. J. G. S.	1817 Juni 22. Benez. Prov.	
1014	Mr. 1111 78	G. S. 11. Thi.	
	Dec. 1. Pol. G. S.	Nr. 86 863,	28 <b>2</b> 0
_	Franz I. 42. Band	— Juni 25. I. G. S.	
	Mr. 95379, 713, 1038,		1199
	1421, 2218	- Sept. 5. Beneg. Brob.	
	•	G. S. II. Thi. Nr. 100	1518
	Rreisschreiben bes gali- gifchen Guberniums v.	- Gept. 27. Beneg. Prov.	
	30. Dec. Piller'sche	G.S. II.Thl. Nr. 102	863
	S. S. Mr. 25 180	— Dct. 18. 3. G. S.	
-015	0. 0. 2		1452
1819	Hofbecret v. 16. Fe-	— Dec. 12. J. G. S.	
	bruar 180	Nr. 1394 694,	764
	April 20. J. G. S. S. Rr. 1143 2148	— Dec. 19. J. G. S.	
	Mr. 1143 2148   Dct. 13. 3. S. S.		1144
_	Mr. 1180 1358	- Jubenstatut f. Rrafau	1495
	Dat. 18. 3. S. S.	1818 Jän. 17. J. 🗗 S.	
_	Mr. 1181 537	Nr. 1405	516
	Det. 28. 3. G. S.	_ Jän. 24. J. G. S.	
_	Rr. 1187713, 1522,	Nr. 1410	1740
	2668, 3215	— März 7. 3. G. S.	4 457
	Dec. 22. J. <b>G</b> . S.	Mr. 1429	1457
		- Mai 11. Benez. Prov.	0000
	Mr. 1197602, 1345, 2001	G.S. II. Thi. Mr. 146	2220
4047	•	— Mai 15. J. G. S.	2062
1816	8 Galizische Gubernials	Mr. 1455 1736,	3000
	verordnung v.7. März 180	— Juni 20. J. G. S.	9004
<del></del>	März 16. Lombard.	Mr. 1468	2004
	Prov. G. S. I. Bb.	— Aug. 1. 3. S. S.	892
	I. Thl. Nr. 36 2688 April 18. Benez. Prov.	Mr. 1481	034
_	G. S. I. Thi. Nr. 59	— Aug. 29. 3. S. S. Nr. 1488184	266
	885, 1226	512, 518, 1027,	1.430
		1465, 1707, 1794,	1811
_	- Galizische Gubernial-	1821, 1870, 1935,	
	verordnung vom 26. April 180	1995, 2082, 2151,	
	26. April 180 - Laibacher Gubernial-	2313, 2415, 2498,	2860.
_	verordn. v. 31. August	2010, 2210, 2100,	2980
	Rr. 927591, 488	- Sept. 4. 3. G. S.	
	- Det. 5. J. G. E.	Nr. 1494	551
	97r 1285 713 1522 3215	— Nov. 20. 3. G. S.	
_	- A. h. Entschl vom	Nr. 1519 184,	1773
	7. Oct 456	- Dec. 4	1411
_	- Det. 23 833	1819 Febr. 26. 3. G. S.	
		1 0::::=:: -: -: -:	

Sahr	Nr.	Jahr Nr.
	Mr. 1548453, 824,	
	869, 1008, 1163, 1584,	<b>743</b> , 1203, 1440, 1538, 1708, 1869, 2171, 2181,
	1820, 2246	2292, 2419, 2455, 2466,
1010		<b>2726</b> , <b>2786</b> , <b>2795</b> , <b>2838</b> ,
1919	April 26. 3. G. S.	3080
	Mr. 1556 1042	1821 April 12. Prov. G.S.
_	Mai 1. Pol. S. S.	
	Franz I. 47. Band	für Nieder-Desterreich
	©. 550 620	3. Bb. Nr. 119 345
_	©. 550 620 Juni 4. J. G. E.	— Juni 22. I. G. S.
	Mr. 1576 184	Mr. 1770 2533
	Aug. 23. J. S. S.	1822 April 26 1516
	Mr. 15958, 2101,	— Juli 12. J. G. S.
	2105, 2111, 3196	Mr. 1880 1190, 1191,
	Aug. 27. 3. G. S.	1793
	Rr. 1600 618	— Aug. 17. J. G. S.
	Det. 8. 3. G. S.	Nr. 1888 326
	Mr. 1611 1857	- A. h. genehmigter Dr-
	Mr. 1011 1651	ganifationsplan bes
	Nov. 5. J. G. S.	t. t. Thierarmei-In-
	Mr. 1621541, 2331,	ftitute in Wien 993
	2387, 2679, 2755, 2909,	1823 Juni 17. J. G. S.
•	2925, 3198	Mr. 1948 326
	Nov. 5. J. G. S.	— Nov. 1. Lomb. Brov.
	Mr. 1623 170	G. S. 2. Bd. I. Thl.
	Rov. 19. J. G. S.	
	Nr. 1626 2468, 3063	Mr. 21697, 965
1820	Jän. 22. J. G. S.	— Nov. 13. Mährisch-
1020	Rr. 1645 1095	ichles. Prov. G. S.
	Febr. 19 2729	5. 8b. Nr. 144 452
	April 21. J. G. S.	1824 April 28. Lomb. Prov.
	Rr. 1659 2627	<b>G</b> . <b>E</b> . 1. <b>B</b> b. 1. <b>Th</b> l.
		Nr. 18 (Pränotation) 92,
	April 27 2729	572, 1034, 1127, 1649,
	Inni 23. I. G. S.	1916
	Mr. 1669 332, 713,	— Juli 4. 3. G. S.
	1468, 1522, 2439, 2442,	Nr. 2012250, 378,
	2475, 2555, 2557, 3085	541, 582, 689, 950, 1220,
_	Sept. 4. 3. G. S.	1285, 1955, 2046
	Mr. 1697 2489	. — Statuten ber mit ber
	Nov. 7. 3. G. S.	Erften öfterr. Spar-
	Nr. 17141052, 2433,	caffe vereinigten allge-
	3224	meinen Berforgunge-
1821	Jan. 15 2401	anstalt v. 4. Oct 324
	Mary 6. 3. G. S.	1825 Janner 13. Weffely
	98r. 174321, 69, 603,	I. 8b. Nr. 336 1277
	**** I 1 TU EI, UV, UUU,	1 20, 201, 000 1211

Jahr	Nr.	Jahr	Mr.
1825	Hoftecr. v. 2. Marz	1830 April 16. 3. 5. 5.	
	Nr. 8197 2857	7(t. 2200	2577
	Juni 22. Lomb. Brob.	— Aug. 12	2729
	G. S. 2. Bd. I. Thl.	1831 BoffriegerCirculare	
	Mr. 3626, 2233, 2709	p. 11. Oct. Mr. 1468	973
	Aug. 19. 3. S. S.	1832 Febr. 10. 3. S. S.	
	<b>%r.</b> 2126 500	Nr. 2548	2243
	Sept. 16. 3. G. S.	— März 24. I. G. S.	
	Nr. 2132.582, 870, 2024	98r. 25571169,	1521.
1826	April 7. 3. G. S.	stt. 20041100,	1701
	Mr. 2178785, 1496,	— Sept. 12. 3. S. S.	2.02
	3018	%r. 2575	1793
	April 13. Benez. Prov.		1.00
	S. S. I. Thl. Nr. 46. 236,	1833 Febr. 15. J. G. S.	1679
	2079, 2755, 2787	9r. 25931524,	
	Hofbecr. v. 21. Aprif	1725, 1889, 2860,	2000
	Nr. 8837 3014	— März 8. I. G. S.	1398
	Dec. 5. Prov. G. C.	Mr. 2601	1990
	für Dber-Defterreich	— April 16. J. G. S.	700
	9. 99b. 92r. 1 986	98r. 2608752	, 102
1827	Mai 23. Wagner'iche	— Mai 10. J. G. S. Mr. 2610	1974
	Beitfchr. 1827, 3. 20.	— Mai 11. I. S. S.	1012
	<b>©. 317 278</b>	Mr. 2612 2038.	<b>2018</b>
	Jufi 20. 3. G. G.	2323,	2772
	<b>9</b> cr. 2294 833	- Soffrieger. Girculare	211-
	Aug. 11. J. G. S.	v. 14. Mai C Nr. 631	1981
	Mr. 2300 2596, 2865	- Dat. 4. 3. S. S.	1000
_	Sept. 14. 3. G. S.	Nr. 2633308,	1792.
	Mr. 2306 892	1940, 2576,	3226
_	Dec. 24. Brov. S. S.	1834 Jän. 20. 3. G. S.	
	für Rieber Defterreich	- M 0400	574
4000	10. 8b. 92r. 62 2746	1	0.1
1828	Juli 18. J. G. S.	1835 Juni 9. 3. S. S.	9205
	Mr. 23542777, 2885	98t. 291203,	
	3126		
	Juli 28. Prov. G. S.	Nr. 39 1926, — Juni 22. I. G. S.	1001
	für Böhmen 10. Bb. Rr. 141 35%		769.
		854, 1497, 1711,	
	Ang. 1. I. G. S. S. S. Rr. 2357 1924		
1990	Det. 28. J. G. S.	— Juni 27. Pol. G. S.	
1020	Mr. 2437 989		
1830	Kebr. 4. J. G. S.	%r. 97; 3. <b>G</b> . <b>E</b> .	
1000	Mr. 2449 1480	%r. 442723,	2729
	ATTO METALON LEGI	1 200 200 100	

Salt	9fr.	Jahr Rr.
1835 Juli	i 1. 3. G. S.	1168, 1266, 1429, 1587,
Mr.	i 1. 3. 8. S. 511814, 1886	1753
Aug.	. 22 <b>.</b> 3. <b>8</b> . <b>6</b> .	1838 Febr. 14. 3. G. S.
Mr.	80 3087	Rr. 256 271
— Дct.	. 12. J. <b>G</b> . S.	— März 10. Prob. G. S.
Nr.	90 1415	f. Oberöfterr. 20. Bb.
— Dec.	. 7. J. <b>S</b> . S.	%r. 23 1427
Nr.	100 833	— April 3. J. G. S.
	. 23. Bol. G. S.	— April 3. 3. S. S. S. Mr. 262
	vinand I. 63. Bb.	Juni 6. 3. <b>4. 4.</b>
_	185 408	Nr. 27751, 228, 1585,
	. <b>4</b> . 3. <b>8</b> . <b>5</b> .	1812, 1979, 3171
	1132210, 2243	- Juni 12. 3. G. E.
	. 22. Benez. Prov.	Mr. 280 736
	5. 27. Bb. I. Thi.	— Juni 30. J. S. S.
Mr.	24 1169	Mr. 282 1421
— Jun	i 22. 3. <b>3</b> . <b>5</b> .	— Juli 17. Benez. Prov. G. S. II. Thl. Nr. 33 1048
<b>ย</b> ส.	145.719, 743, 1203,	— Nov. 13. 3. G. G.
122	0, 1289, 1308, 1423, 3, 1525, 1599, 1621,	9tr. 306 405
101	0,1020, 1000, 1021, 0 1666 1600 1707	1839 April 10. 3. S. S.
100	8, 1666, 1688, 1787, 2, 2205, 2281, 2378,	Mr. 355 528, 1831
945	2,2200,2201,2010, 0 940K 950A 9799	Mai 7. I. G. S.
230. 973	2, 2495, 2584, 2722, 7, 2795, 2921, 2944,	%r. 35834, 70, 214,
205	2, 3053, 3080, 3143,	440, 496, 539, 841, 1011,
000	3195	1018, 1059, 1239, 1244,
1027 ma		1287, 1342, 1692, 1764,
1001 2000	n 10. 3. <b>S</b> . <b>S</b> . 182 271	1901, 1918, 1922, 1951,
Str.	102	<b>204</b> 7, 2228, 2351, 2358,
supri	ii 10. 3. <b>5</b> . S.	2394, 2403, 2434, 2554,
ytt. 115	189.732, 936, 1046,	<b>2626</b> , <b>2655</b> , <b>2780</b> , 2789,
975	3, 2079, 2387, 2679, 5, 2787, 2909, 2985,	2794, 2866, 2938, 2941,
210	3198	3153
Hoth	trieger. = Rescript	— Juni 24. J. G. S.
n. 1	4. April 1353	Mr. 366 541
	120. Brod. G.S.	— Aug. 31 632
	tirol und Borerl-	Nov. 19. 3. S. S.
	24. 9b. Nr. 43. 686	98r. 388 1051, 1184,
•		1773, 1961, 2354, 2463, 2852, 3150
· — Jun	i 17. Lomb. Prov. 3.   L. Bb. I. Thl.	
	33 (Bestandver=	— Nov. 26. J. G. S. S. S. 312
	ständigung) .11,	Rr. 394 2312 1840 März 10. 3. S. S.
135	, 201, 868, 924, 1053,	9r. 415 437
, ou	201, 000, VEZ, 1000,	1 W. 310 301

Jahr Rr.	Jahr Nr.
1840 März 12. Nr. 7551 2277	1842 Nov. 8. I. G. S.
— Mai 4. J. G. S.	Nr. 6541421, 2588
Mr. 4301628, 2263	— Nov. 24 1353
— Aug. 4. J. G. S.	— Nov. 26. J. <b>G.</b> S.
Nr. 460.1358,2179,3207	Mr. 657 2859
— Dct. 21. 3. <b>წ</b> . <b>წ</b> .	1843 Jän. 24. J. G. S.
Mr. 470 271	Mr. 674 2860
1841 Jan. 22 665	- Febr. 3 1353
— Jan. 25. J. G. S.	— Febr. 17 665
9hr. 496 1901	- Febr. 17. Nr. 4526
— Mār; 25. Nr. 8303. 2277	Pol. G. S. Ferdi-
— März 27. I. S. S.	nand I. 71. 8b. S. 7 2439
Nr. 518.182, 704, 1774,	— Mai 8. Erlaß bes
2642	Wiener Appellations=
— Mai 4. I. S. S. S. Nr. 531 .889, 1702, 1842,	gerichts 2533 — Juni 22. Nr. 19357 2439
1910, 1990, 2397, 2606,	— Dat. 23. 3. 6. 6.
2646, 2947	9r. 756 2083
— Juli 13. J. G. S.	1844 Jän. 24. J. G. S.
Nr. 548 1430	Mr. 778 2486, 2849
— Aug. 10 665	— Jän. 31. I. G. S.
— Aug. 16. J. G. S.	Nr. 781432, 688, 786,
Mr. 555 2083	1576, 2371, 3203
— Nov. 3. Galiz. Prov.	— Sept. 18. J. G. S.
G. S. Mr. 216 858	Nr. 830 .623, 1844, 1980,
1842 Jän. 18. J. G. S.	2843
Nr. 592 1, 514, 2324	— Sept. 26. Pol. G. S.
— Febr. 17. Prov. G.	Ferdinand I. 72. Bb.
S. f. Böhmen. 24. Bb.	$\mathfrak{R}$ r. 123 681
Mr. 40 422	— Dat. 13. 3. G. S.
— April 21. Prov. G.S.	9r. 840 1418
für Böhmen 24. Bd. Nr. 123 422	— Nov. 30. 3. S. S.
Nr. 123 422   — April 26. J. G. S.	Nr. 8502468, 3063 1845 Jän. 15. J. G. S.
- april 20. 3. 9. 9. Nr. 61042, 217, 521,	98r. 859 73, 687, 1074
790, 928, 1613, 2511,	— Febr. 13. J. G. S.
2879, <b>2967</b>	Mr. 8681844, 2843
- Softangleibecret vom	— April 4. Lomb.=Benez.
7. Juli 1430	Prov. G. S. 1. <b>Bd.</b>
- Sept. 16. Rr. 10701,	I. Thi. Nr. 10 687
Erlag b. Bien. Appel-	— April 14. J. G. S.
lationegerichte. 2533, 3077	Nr. 883 1358
— Sept. 26. Э. S. S.	— Mai 29. J. G. S.
Mr. 642 1672	Mr. 888 1498

Jahr	Nr.	Jahr	Nr.
1845	Mai 29. J. G. S.	1847 Febr. 18. 3. G. S.	0400
	Mr. 889200, 679,	Mr. 1036	3109
	719, 1160, 1165, 1219,	— März 5. J. G. S.	2004
	1321, 1423, 1513, 1601, 1620, 1763, 1766, 1800,	Nr. 1042.317, 508, — März 7. J. G. S.	JUUZ
	1828, 2013, 2044, 2166,	Mr. 1044	1421
	2254, 2271, 2287, 2297,	— März 27. I. G. S	i.
	2328, 2412, 2495, 2522,	Mr. 1051	688
	2596, 2617, 2 <b>62</b> 3, 2737,	— April 11. Brov. G. S.	
	<b>2740</b> , 2749, 2779, 2920, 3000, 3041, 3052	für Tirol und Borarls berg 34. Bd. Nr. 36	1008
	•	- April 15. 3. S. S.	1000
	Inli 9. I. S. S. S. Mr. 896 2859, 3140	Nr. 1057	91
	Juli 31. Lomb. Benez.	— Mai 6. I. G. S.	
	Brov. G. S. 2. Bb.	Mr. 10631057,	
	I. Thi. Nr. 23 423	1040 000-: 01 0 68 65	2330
-	Det. 24. 3. 3. 5. 5.	1848 Mai 21. J. G. S. Nr. 1152	1647
1040	Mr. 907 2243	— Mai 22. I. G. S.	1011
1040	Febr. 14. J. G. S. Nr. 933 3147	Mr. 1153	1647
	Febr. 18. J. G. S.	— Juni 2. I. G. S.	
	Mr. 935315. 395.	Mr. 1157945,	1320,
	1189, 2122, 2552	1323, 1377, 1432, 1590, 1592, 1647,	1492, 9250
` —	März 27. J. G. S.	1090, 1092, 1041, 2769,	3202
	Mr. 948 1625	— Sept. 7. 3. G. S.	0202
-	März 27. J. S. S. S.	Nr. 1180 357	, 559,
	Mr. 951366, 1465,	1158, 1173, 1194,	1873
•	1707, 1794, 1811, 1870, 1935, 1995, 2082, 2195,	1849 Febr. 2. L. G. Bl.	1.400
	2275, 2284, 2313	für Böhmen Nr. 22. — März 4. R. G. BL	1400
; —	April 29. J. G. S.	Mr. 151	1686
	Rr. 957 2306	— März 4. R. G. Bl	
. —	Mai 14. J. G. S.	Nr. 152891,	1158,
	Mr. 962 1991	1770,	1878
	Mai 20. Pr. G. S. für Nieder-Desterreich	— März 7. R. G. Bl. Nr. 154	345
	28. Bb. Nr. 97 2746	— März 17. R. G. Bi	
` <b>-</b>	Inni 3. I. G. S.	Mr. 170 289.	1003,
	Mr. 968432, 1488,	1615, 1675, 1950,	2229,
	1791, 1820, 2406, 2578,		2442
1	3127	— Juni 26. A. G. Bl.	713
_	Rov. 25. Prov. G. S. f. Galizien Nr. 127. 3014	Nr. 295 — Juni 27. L. G. Bl.	119
	1. Suigien 211. 121. 0014	- Jun 21. c. w. Ot.	

Jahr	Nr.	3abr	Rt.
	für Böhmen Rr. 119. 1773,		1680, 2088, 2208, 2231,
	1194, 1770, 1873	1	2405, 2610, 2940
1849	Aug. 15. R. G. Bl.	1851	April 11. R. G. Bl.
	Mr. 361 1458		Nr. 84357, 1051
_	Ang. 16. R. G. BL.		April 11. R. G. Bl.
	<b>%r.</b> 364 1930		Mr. 85.30, 167, 434, 1854
_	Det. 10. R. G. BL.		Mai 12. R. G. Bl.
	%r. 412903, 3188		Mr. 128 1795
_	Dat. 29. <b>%. 6. 21.</b>	_	3. 20. 3. v. 24. Inii
1050	9hr. 439396, 903		Mr. 67721679, 1680
1990	Febr. 9. R. G. Bl.		Ming. 12. 92. 55. 56.
	%. 50494, 595, 941,		90r. 184 2956
	1335, 1459, 1464, 1933,		Sept. 23. R. G. Bl. Nr. 219 1795
	2028, 2137, 2750, 2804, 2810, 2987, 3077, 3114,		Nov. 16. R. G. Bl.
	3186		b. J. 1852, Mr. 1 948
_	März 11. R. S. Bt.		Dec. 16. R. G. Bl.
	%r. 82 1335		Mr. 258 3099
_	März 23. R. G. Bl.	1852	Jan. 12. R. G. BL
	Mr. 120 882, 1455,		Nr. 42 681
	1 <b>4</b> 80	_	Febr. 17. Dr. 17431
	April 12. R. G. Bl.		I. G. S. Franz Jof. L.
	Rr. 141 3148		(Hie'sche Sammlung)
_	Mai 3. R. G. Bl.		9kr. 1048 712
	Mr. 181 595, 941, 1335,	_	April 24. R. G. Vl.
	1459, 1464, 1555, 2804,		9tr. 97 488
	2807, 2810	_	997ai 12. 98. 59. 591.
_	Inni 18. N. G. Bl.		Mr. 11222, 1450,
	Mr. 237 387, 1790		1784
	Inni 28. R. G. BL Nr. 255 306, 979		Ang. 15. R. S. St. Nr. 184 102, 1389,
	Juni 30. R. S. VI.		1756
	9hr. 317 559		Sept. 1. R. G. BL.
	Ang. 2. R. G. Bí.		%. 176 2031
	Mr. 329 3114	_	Det. 29. R 11.
	Sept. 25. R. G. BL.		Mr. 219 2940
	Mr. 374 3024		Dec. 3. R. G. Bl.
	Nov. 16. N. G. Bl.		Mr. 250488, 1527,
	Mr. 448 1824		2029
	Dec. 20, 82, 65, 231.		Dec. 13. R. G. Di.
40=:	1851, Nr. 12408		Mr. 256. 595, 738, 941,
1851	Marz 16. R. S. Bl.		1335, 1464, 2845
	Mr. 67 153, 260,		Dec. 15. 8. 6. 81.
	588, 1437, 1508, 1679,		Mr. 257 345

Salv	Mr.	) Sahr	90ar
1852 Dec. 16. Berordn. Bl.		1854 Juli 17. 31. 5. 31.	
bes Banbeleminift.			1520
Mr. 100	3197	— Sept. 14. 97. S. 91.	
- Dec. 27. R. G. B1.		Nr. 238 506, 1	948.
	3089	2629, 2	<b>285</b> 9
— Dec. 27. L. G. BL	,,,,,	- Sept. 28. R. G. Bl.	
für Rieberöfterreich			2549
Nr. 473	345	— Dat. 2. R. G. BL	
1853 Jän. 10. R. G. Bi.	010	Nr. 253	2802
	2000	1855 Jan. 25. R. G. St.	
Nr. 10	2802		1427
Nr. 10.713, 1824, 2	912	- Febr. 16. R. G. BL	
2439, 2			1547
•	TIO	— März 17. R. G. Bl.	
— Febr. 8. N. G. BL Nr. 25	1427		1824
— Febr. 8. R. G. Bl.	1421	— März 31. R. G. Bl.	1710
%c. 1101221, 2	568		1746
— Inli 5. R. G. Bl.	2000	— April 19. R. G. Bl.	2007
Mr. 13091,	488	98r. 752798, 2	400 I
- Juli 18. R. G. Bl.		— Mai 21. R. G. Bl. Nr. 94195, 712,	729
Nr. 132	258	825, 1083, 1698, 1	
- Inli 31. R. G. Bl.		1846, 2034, 2506, 2	
	1353	2825.	
— Det. 2. R. G. Bl.		- Mai 21. R. G. Bl.	
Mr. 190 422, 452,	833,	Nr. 95 460, 734,	825.
1	1 <b>6</b> 86	1297, 1490, 1492, 1	
Det. 3. R. G. Bl.		1 <b>64</b> 6, 17 <b>7</b> 2, 1781, 1	785,
Nr. 193	<b>252</b>	1907, 1962, 2319, 2 2380, 2417, 2457, 2	363,
- Rov. 8. R. G. Bl.		2380, 2417, 2457, 2	583,
Nr. 237 1458, 3	024	<b>26</b> 76, <b>26</b> 82, 27 <b>73</b> , 2	792,
— Statuten ber п. ö.		2826, 2841, 2907, 3	
Escompte-Gefelichaft		3205, 8	3220
v. 16. Dec	<b>34</b> 3	— Jmi 19. N. G. BL	1950
1854 April 15. L. G. Bl.	1	Mr. 106547, 1	1909
für Dahren II. Abthl.		— Kug. 18. Kt. S. Ht. Kr. 144	1427
	522	Aug. 18. R. G. Bl.	146
— Mai 23. R. G. BL		Nr. 195 (Concorbat).	270.
Nr. 14691, 488, 1	187	474, 520, 675, 722, 1	
— Inni 16. R. G. BL			1884
	3189	— Det. 21. R. G. 39.	
- Juli 11. R. G. Bl.		Nr. 185	858
Mr. 200	380	— Nov. 2. <b>R. G. B</b> f.	

Jahr		Mr.	Jahr		Mr.
	v. J. 1856, Nr. 1	1427,	1857	Juni 8. R. G. L	
	2782,	<b>32</b> 10		Mr. 1147	<b>52</b> , 782
	Nov. 6. R. G. Bl.	1005		Sept. 19. 3. 3.	
	Mr. 186	1007		%r. 169 164	
	Dec. 15. N. G. Bl.	490		Dat. 10. 98. 69. 281	
	Mr. 222258			Mr. 190 Oct. 29. M. S. A	2179
1956	2082,	2201	_	Mr. 211	
1000	Febr. 7. R. G. Bl. Rr. 21945,	1323		Justiz - Minist Erl	1 <del>72</del> 1
	1432, 1492, 1592,			v. 29. Oct. Mr. 222	24 1748
	2359,			Dec. 2. R. G.	
_	Juftig -MinErlag v.			Mr. 234	
	9. Februar mit Schrei-			Dec. 29. 3. M.	8.
	ben b. Fürfterzbifcofs			Mr. 22464	
	von Wien a. b. papft-		1858	Febr. 16. R. G. 9	91 <b>.</b>
	lichen Nuntius vom			Mr. 26	
	18. August 1855	474	_	April 27. R. G. A	
	März 20. R. G. Bl.			Mr. 6394	5, 1647,
	Mr. 36.1392, 1432,	3029		2061, 2129, 235	9, 3202
_	April 6. R. G. Bl.	1997	_	Juni 30. R. G. S	DL.
	Nr. 50 Mai 3. N. G. Bl.	1337		Nr. 100 Juli 21. N. G. L	882
_	Mr. 69	1159	_	Mr. 105 118	DI. 4 1994
_	Inli 28. R. G. Bl.	1100		1805, 20	
	Rr. 141	3014	_	Aug. 30. R. G. 1	
	Dct. 8. 98. 39. 391.	0011		Mr. 131.945, 16	
	Nr. 185.881, 1063	2007		Juftig = Minift.=Er	
	Dct. 8. R. G. Bl.		:	v. 6. Oct. Mr. 195	64 1050
	Nr. 185 Anhang I.		_	Nov. 2. R. G.	Bí.
	(Chegeset für Ratho.			Mr. 199	
	liten)845, 881,	1050,	_	Nov. 16. R. G.	
	1063, 1107, 1702, 1990, 3028, 1076,	1842,	l	Mr. 2138	80, 1095,
	1990, 3028, 1076,	3180	l	1295, 1457, 150	1, 1610,
_	Det. 8. 98. 39. 281.	1	ł	1848, 1983, 201 2117, 2251, 247	0, 2114,
	Nr. 185. Anhang II. (Anweisung für die		l	2525, 2696, 278	8, 2450, 8 9700
	geiftlichen Chegerichte	845	1	<b>2995</b> , 3023, 303	3 2009
	1107, 1119, 1702,	2105.		3118, 31	12 3209
	,, 2102,	3076	_	Dec. 17. R. G.	Bí.
1857	3an. 24. R. G. Bl		1	Mr. 234	
٠.	Mr. 1011647	2061	-	Dec. 26. R. G.	<b>B</b> L.
_	Mär 14. L. G. Bl.			Mr. 24494	
	für Tirol II. Abtheil.				47, 3202
	Mr. 6	2932	1859	) März 12. R. S.	<b>છ</b> િં.

Jahr-	<b>Nr.</b>	Jahr Nx.
	Nr. 461171, 2611,	1860 Mai 7. R. G. Bl.
	2833, 2931	Mr. 120 2585, 2870
1859	April 29. R. G. Bl.	— Mai 9. R. G. Bĺ.
•	Mr. 69	Nr. 1251368, 2762,
	Mai 18. R. S. BL	3051
	Mr. 90 1746, 1866	— Mai 13. R. S. Ví.
	Inli 2. R. G. Bl.	Mr. 123 1424
	Mr. 1201368, 2558,	— Juli 7. R. G. Bl.
	3051	Mr. 172 . 2218, 2475, 2864
	Inli 5. R. G. Bl. Nr. 122 2996	— Aug. 28. R. G. Bl. Nr. 2051768, 1906,
	Juli 11. R. S. Bl.	2399, 3022
	Mr. 144 3051	— Sept. 19. R. S. Bi.
_	Juli 18. R. G. Bl.	Mr. 2121324, 1508,
	Mr. 1301080, 1297,	1549 1560 1707 1790
	1490, 1492, 1556, 1646,	1783, 1845, 1870, 1964
	1781, 1877, 1907, 1932,	2032, 2082, 2275, 2313,
	1942, 1962, 1963, 1964,	2570, 2699, 2813, 2956,
	2225, 2319, 2380, 2417,	2032, 2082, 2275, 2313, 2570, 2699, 2813, 2956, 2980, 3015, 3119, 3220
	2435, 2447, 2583, 2626,	— Dat. 20. M. G. Bl.
	2655, 2682, 2706, 2752,	Nr. 226 2474
	2775, 2792, 2826, 2841,	— Det. 24. R. G. Bl.
	2895, 2907, 2957, 2977,	Mr. 249 3014
	3056, 3129, 3164, 3166,	— Dec. 27. R. G. Bl.
	3201, 3205, 3213, 3220	Nr. 2781632, 2041
_	Inli 18. R. G. Bl. Rr. 131 1080	1861 Juftiz-Minift Erlaß v. 26. Febr. Nr. 1823. 1511
	Mr. 131 1080 Juli 18. R. G. Bl.	— März 26. R. G. Bl.
	Rr. 132 3164	Mr. 39 1632, 2041
_	Sept. 13. L. G. BL.	- Juber-Eurialbeschlusse
	für Nieberöfterreich	vom 23. Juli 2474
	II. Abthl. Nr. 11 1157	— Aug. 30 2270
	Dec. 20. R. G. Bl.	1862 J. M. B. v. 15. März
	Mr. 2272230, 2369,	Mr. 865 2562
	2667, 2819, 313 <del>4</del>	- Dec. 13. R. G. Bl.
_	Dec. 27. R. G. Bl.	Mr. 89 2610, 2807
	Nr. 236 1335, 1464,	- Dec. 19. R. S. Bl.
4000	2810, 3119	Mr. 101 3188
1860	Jän. 30. R. G. Bl.	1863 Dec. 3. N. S. Bl.
	Mr. 28 1468	Mr. 105 3085
_	Febr. 18. R. G. Bl.	1864 Juni 1. R. G. Bl.
	Mr. 441495, 2005	Mr. 49 2757
	März 24. R. G. Bl.	— A. h. Entschließung v. 26. Juni 1948
	Mr. 80 2218	20. Juni 1340

Jahr Nr.	Jahr	Mt.
1865 Sept. 20. St. G. St.	1867 Dec. 21. R. G. 21.	
Nr. 89 2859		1037
— Det. 11. E. G. E.	1868 Mai 3. <b>N. G. H</b> .	
für Rieberösterreich	Mr. 36 3	089
v. I. 1866, Nr. 11. 2671,		
3008, 3141		196
1866 Dec. 14. R. G. Bl.	— Juli 1. R. G. Bl.	
Mr. 160 3104		165
— Dec. 20. <b>A.</b> S. X.	— Sept. 26. 2. 9. 18.	
v. J. 1967, Nr. 6 2859	für Ober - Desterreich	
	Mr. 15 3	178

# Syftematisches Register.

# I. Civilrecht.

# Allgemeines Privatrecht.

## I. Allgemeine Lehren.

- I. Gewohnheitsrecht. 1. Unzuläffigkeit ber Berufung auf Gewohnheit für einen bestimmten Zahlungsort Nr. 1154. 2. Derogatorisches Gewohnheitsrecht? Nr. 1946. 3. Loszählung bes Richters vom Ersate überfülfigerweise aufgelaufener Kosten aus Allassicht auf ben Gerichtsgebrauch Nr. 2891.
- M. Zettliche Collision der Gesetze. 1. Ueber ben Umfang der Rechtsund Handlungsfähigkeit Nr. 368, 1886. 2. Ueber die Todeserklärung Kr. 8196. 3. Ueber den Anfangspunkt der Berjährung Kr. 18. 4. Ueber die actio hypothocaria Nr. 1780, 1788. 5. Ueber das erlaubte Zinsenmaß Rr. 40, 1079, 3104. 6. Ueber die Zinsenanschwellung ultra alterum tantum Nr. 389. 7. Ueber den Rüdlauf Rr. 1694. 8. Aufhebung der Bacht einer Gewerbegerechtigkeit durch die Gewerbefreiheit Rr. 2869. 9. Collision der Gesetz über eheliche Gütergemeinschaft Rr. 694, 764. 10. Ueber den Anfall einer Erbschaft Nr. 565, 3210. 11. Ueber die sideicommissarische Gubstitution Rr. 78. 12. Fortbestand der die Befriedigung von Bauernmiterben erleichternden Bestimmungen nach Aufbedung des Unterthänigkeitsverbandes Nr. 2782.
- III. Dertliche Collision ber Gefebe. 1. Einfluß bes Ortes bes Bertragsabschluffes auf die Baluta Nr. 1820. 2. Anwendung des Zwangscurses auf Rechtsgeschäfte von Ausländern in Desterreich Nr. 1647.
  3. Großjährigkeit der vor zurückgelegtem 24. Jahre an einen Oesterreicher verheirateten Ungarin Nr. 2259. 4. Bertragsmäßige Feststung
  ausländischen Rechtes als Norm der ehelichen Gitterverhältniffe
  Nr. 2148. 5. Einfluß des Domicilwechsels auf das eheliche Gitterrecht

- Rr. 2701. 6. Berechtigung bes unehelichen Kindes einer Ausländerin zur Anstellung ber im Geburtsland berselben unzulässigen Paternitätstage Rr. 133. 7. Anwendung bes öfterreichischen Erbrechtes auf eine in Oesterreich liegende Immobilien betreffende letzwillige Berfügung Rr. 1511. 8. Rachlaß eines in Oesterreich begüterten Ausländers Rr. 1719. (Orbentlicher Bohnsty bes Erblassers in Weien als Boraussehung der Berpssichtung zur Entrichtung gesehlicher Legate Rr. 2538.)
- IV. Tobeserflärung, 1. 3m Falle naber Tobesgefahr. Nr. 929. 2. 3um 3wede ber Wieberverehelichung Nr. 8196. 3. Delation einer Erbschaft an einen Berschollenen: Prasumtion bes Lebens Nr. 2042.
- V. Auswanderung. Beitpunkt bes Eintritts ber rechtlichen Folgen ber unbefugten Auswanderung Rr. 152.
- VI. handlungsfähigleit. 1. Eines Minberjährigen Rr. 10, 878, 1426, 2106, 2497, 3168. 2. Der Militärpersonen vom Feldwebel abwärts Rr. 755, 1353. 3. Borgeben ber Eigenberechtigung seitens eines unter verlängerter Bormunbschaft stehenben Bollichrigen bei Abschliß von Rechtsgeschäften Rr. 2991.
- VII. Sachen. 1. Res publicae: öffentlicher Fluß Rr. 1194. 2. Rechtliche Ratur eines Kirchenstuhles Nr. 771, 3215. 3. Rechtliche Ratur ber Eisenbahnstraßen. Berlust bes privatrechtlichen Charatters und ber Eigenschaft eines Grundbuchsobjectes Nr. 2588, 3109. 4. Entschähigungsauspruch wegen einer burch eine Eisenbahnanlage herbeigesührten Beränderung eines öffentlichen Weges Nr. 2629. 5. Pertinenzen: a) Zubehör eines Hauses Nr. 2584. b) Pertinenzqualität von Maschinen? Nr. 817, 1178, 2100. c) eines Getreidevorrathes? Nr. 1496. d) ber Zudervorräthe in einer Zudersabrit? Nr. 3018. e) bes Düngers Nr. 3044. s) eines Gefäßes Nr. 1148. g) Einmauerung zur Probe Nr. 711. h) Auszeichnung der Pertinenzqualität im Grundbuch Nr. 588, 1848, 1462. i) Unzulässigseit derselben in Betreff von Maschinen Nr. 2100. 6. Unzulässigseit der materiellen Häusertheilung Nr. 1427.
- VIII. Realrechte. 1. Rabicirtes Gewerbe Rr. 1188. Beftanbvertrag über ein foldes Rr. 2790. 2. Rechtliche Ratur eines Grundentlaftungs-Capitals Rr. 357, 559.
  - IX. Alagverjährung. 1. Beginn ber Berjährung Rr. 818, 842, 2481, (Kenutniß bes Berechtigten 2994), 3084, 3144. 2. Berechnung ber Berjährungsfristen nach bem Kalenber Rr. 1491. 3. hemmung ber Berjährung: Anslegung bes §. 1494 Rr. 1684, 1818, 2167, 2685.
    4. Unterbrechung ber Berjährung: a) burch Anerkennung Rr. 673, 1405, 1614, 2126, 3107 (Zinsen in die Rechnung eingestellt). b) burch Anmelbung bei bem Concursgerichte Rr. 829. c) burch Einseitung eines abministrativen Rechnungsprocesses Rr. 885. d) burch außergerichtsiche Einmahnung Rr. 894. e) burch Zustellung ber Alage an ben Rachlascurator Rr. 48. f) burch Einwerleibung ber Einantwortungs-

urfunde? Rr. 2904. g) Durch Borbehalt neuer Rlage im Urtheil? Rr. 1471. h) Durch Borbehalt einer Erfattlage im Strafurtbeil Rr. 961. i) Berjährung einzelner Renten mabrent bes fiber bas Bezugerecht in feiner Gefammtheit geführten Proceffes Dr. 2026. 5. Geborige Fortfetung ber Rlage als Bebingung ber Unterbrechung Dr. 169, 905, 1726. 6. Perfonen, unter welchen bie Unterbrechung wirft Rr. 169, 240, 911, 1085, 1416. 7. Theilgablung nach vollenbeter Berjährung Rr. 759. 8. Anerfennung einer verjährten Bechfelfculb Dr. 8148. 9. Unwiberruflichfeit bes Bergichtes auf bie eingetretene Berjährung Rr. 3145. 10. Anwendung ber fürzeren Berjährungefrift gegen ben Fiscus Rr. 962. 11. Gingelne Falle: a) Binfenverjahrung Dr. 2769. b) Berjährung im Urtheil gugesprochener Binfen Rr. 1806. c) Berjährung im Urtheil querfannter Alimentationergten Dr. 2205. d) jabrlicher Renten Rr. 2720. o) bes Anfpruches auf eventuelle Abgaben Rr. 2098. f) einer Forberung, an ber ein Fruchtgenuß beftellt ift Rr. 8026. g) einer Spothetarforberung (Geltenbmachung burd Lofdungetlage ober Ginrebe) Dr. 2167, 2178. h) ber Bermogensubertragungegebühr Rr. 2804, 2807. i) ber Bereicherungeffage auf Grund von Art. 88 ber Bechfelorbnung Rr. 2448. k) bes Anfpruches auf Erganjung bes Bflichttheiles Rr. 3084. 1. Berjabrungefrift für bie Geltenbmachung ber Unechtheit eines Teftamentes Dr. 8124. 12. Unverjährbarteit ber burd Grunbentziebung begrünbeten Ansbruche ebemaliger Unterthanen gegen bie Obrigfeit Rr. 8014.

X. Rechtstraft des Urtheils. 1. Subjectiver Umfang der Rechtstraft Rr. 180, 412, 679, 1245, 1252, 2709, 3026, 3153. 2. Umfang der Rechtstraft des Urtheiles in einem Regatorienstreit Rr. 2085. 3. Rechtstraft der Entscheidungsgründe Rr. 309, 477, 761, 931, 3064. 4. Berhältniß der Entscheidungsgründe zum Urtheil Rr. 406. 5. Rechtstraft des eine actio confessoria adweisenden Urtheiles in einem späteren Besitzstreit Rr. 2912. 6. Löschung des Pfandrechtes wegen rechtsträftiger Adweisung der Forderungstlage Rr. 2193. 7. Rechtstraft trotz Fälschung der dem Urtheile zu Grunde liegenden Urtunden Rr. 3148. 8. Exceptio rei judicatae Rr. 808, 931, 979, 1008, 1024, 2633, 2675. (Gestendmachung derselben in der Einrede oder Duplik Rr. 2451, 3212.) 9. Exceptio rei in judicium deductae Rr. 1872.

### II. Sachenrecht.

## A. Sefit.

- I. Erwerb nub Berluft. 1. Befit an ben reellen Theilen eines Grundfudes Rr. 2037. 2. Befit an einem verlaffenen Bafferbett? Rr. 742.
  - 3. Befitergreifung mit Ginwilligung bes bisberigen Befiters Rr. 2168.
- 4. Erwerb bes Rechtsbefithes Rr. 8080; burch richterliche Buer- Blafer, linger u. Balther Entfo. VI. 87

- tennung Rr. 505; burch stillschweigenbe Dulbung ber Bestacte? Rr. 2778. 5. Erforbernisse bes Rechtsbesites Rr. 1588, 2050, 2090. 6. Besit bes Wohnungsrechtes? Rr. 2107. 7. bes Rechtes zum Betrieb eines Erwerbsgeschäftes Rr. 3135. 8. Rechtsbesitz einer Gemeinbe Rr. 1675. 9. Intabulation eines zuerkannten Fischereibesitzrechtes Rr. 1431. 10. Besitzentsetzung burch Berhinderung bes Holzschlagens in einem Walb Rr. 644. 11. Fortbauer des Rechtsbesitzes ohne Fortsetzung der Rechtsbesitzes Ar. 795.
- II. Befitsstörung. 1. Boraussetzungen Rr. 608, 985, 1867, 2168, 2204, 2251, 2257, 2258, 2809, 2326, 2341, 2372, 2449, 2542, 8044, 3049, 3185. 2. Fälle und Arten Rr. 206, 253, 266, 600, 1040, 1585, 1626, 1771, 1897, 1905, 1914, 2301, 2778, 8072; 2478 (Besitz persönlicher Rechte), 2534 (Zubehör), 2569 (Urfunben), 2715 und 2886 (neuer Fall ber Störung ober Erneuerung des durch Urtheil untersagten Eingrisses?), 2722 (Störung durch Execution des im Possessiuntsbesitz durch bloses Berbot der Ausstdung derselben?). 3. Störung des Besitzstelbertreters Rr. 925, 2569. 4. Störung durch Besitzstelbertreter Rr. 1829, 2000.
- III. Befithlage. 1. Sout bes letten factifden Befitftanbes Rr. 106, 685, 756, 1146, 2217, 2971, 2. Sout bes geftorten Rechtsbefines Rr. 300. 2267, 2801. 3. Boffefforifche ober petitorifche Rlage? Rr. 2127. 4. Berhandlung in possessorio summariissimo über unbefugte Ausbehnung einer Servitut? Rr. 2817. 5. Boffefforifche Rlage auf Errichtung eines Grundginfes Rr. 1316. 6. Baffivlegitimation Rr. 26, 81, 289, 526, 1818, 1829, 2000, 2190, 2282, 2862, 3108. 7. Gegenfeitige Befit. ftörungeflage Rr. 3080. 8. Befitftörungeflage bes Befanbnebmers gegen ben Beftanbgeber Rr. 956, 969, 990, 1523, 1585, 1723, 2006. 9. Des Bachtere ber gemeinschaftlichen Sache gegen Miteigenthamer, welche am Bertragsichluß nicht theilgenommen batten Rr. 2862, 10. Poffefforifder Sout bes Bachtere gegen ben Dritten, an welchen ber Berpachter ben Befit ber Bachtfache verloren bat Rr. 2709. 11. Des Berpachtere gegen ben Bachter Rr. 1146. 12. Des Sequefters gegen eine ber Streitparteien Rr. 819. 18. Befitfibrungstlage gegen ben gerichtlich immittirten Deiftbieter Rr. 2485, 2499, 2688, 2689. 14. Beripatete Anbringung ber Rlage Rr. 2145, 2336. 15. Berechnung bes tempus scientiae Rr. 2892. 16. 3m Falle wieberholter Störung Rr. 2722, 2889. 17. Berechnung ber Rlagefrift im Ralle ber Stell. vertretung im Befit Rr. 601, 1771, 2002. 18. Beweislaft in Anfebung bes tempus scientiae ber Befitftorung Rr. 139, 1771, 2289, 3030. 19. Exceptio vitiosae possessionis Nr. 2364. 20. Unterfagung fünftiger Befitftorungen Rr. 242, 1982. 21. Ungulaffigleit ber Befitforungeflage: a) gegen ben auf eigenem Grund banbelnben Rachber. Rr. 285. b) gegen ben vertragswibrig eintretenben Aftermiether Rr. 1080. c) wegen Arbeitsverweigerung vor Ablauf ber Dienftzeit

Rr. 495. d) im Falle einer Dienstentlassung Rr. 604. o) im Falle polizeilicher Gewaltausstbung ber Gemeinde Ar. 785, 2555, 2557. f) des Precariften Ar. 2223. g) bessen, der nie im ruhigen factischen Besitze war Ar. 2237. h) des Rachlasverwalters gegen einen der Miterben Ar. 256. i) gegen den gerichtlich Immittirten Ar. 1503, 2124. k) Im Falle der Zerkörung eines Hauses durch den angeblichen Miteigenthstmer Ar. 2086. 1) wegen Berletzung von Societätsrechten Ar. 2220. 22. Ungulässigkeit der Intabulation eines Erkenntnisses in possessorio summariissimo Ar. 1814. 23. Intabulation auf Grund eines in einem Besichsterungsproces geschlossenen Bergleiches Ar. 1886. 24. Cautio de non amplius turbando: Ungebundenheit der Einklagung der augedrohten Gelbstrase an die breisigtägige Frist Ar. 8088.

#### B. Eigenthum.

- I. Eigenthumsfähigleit. 1. Befibiabigfeit ber Juben Rr. 422, 452, 1495, 3217. 2. Berfahren bei Depossessinning turtifder Unterthanen Rr. 408. 3. Berbot bes Bestes von zwei bestifteten Birthschaften Rr. 1185.
- II. Beschräufungen bes Eigenthums. 1. Der Beräußerungsbesugniß. Letwilliges, intabulirtes Beräußerungs- und Einschuldungsverbot Rr. 116, 140, 288, 946, 2821. 2. Der Theilungsbesugniß: a) partielle Beräußerung eines gesetzlich untheilbaren Grundstüdes Rr. 392, 1455, 1480. b) Bertrag über die nach erlangter adminikrativer Genehmigung vorzunehmende Abtrennung einzelner Bestandtheile eines Grundbuchsobjectes. (Einstuß der Intabulation dieses Bertrages im Lastenstande auf die Rechte nachsolgender Gläubiger.) Rr. 2678. c) Untheilbarkeit der Bauerngüter Rr. 388. d) Theilbarkeit von Häusern Rr. 1427. 3. Nachbarrecht: a) Berpflichtung zur Bergitterung eines Fensters Rr. 897. b) Collision der Rechte von Grundnachbarn Rr. 2057. 4. Dinglicher Rücsall des Eigenthums Rr. 1000.
- III. Miteigenthum, f. Obligationenrecht B.
- IV. Originärer Eigenthumserwerb. 1. Zuwachs: a) Insula in flumine nata Nr. 1014. b) Sand, burch Ueberschwemmung auf bem Bachtgut abgelagert Nr. 156. c) Alveus derelictus. Zuweisung besselben an die durch den neuen Wasserlauf Beschädigten Nr. 287. d) Umsang des Ersatzanspruches des Grundeigenthümers im Falle des §. 418 a. d. G. B. Nr. 8034. 2. Finden: a) Amspruch des Finders gestohlener Sachen auf den Finderlohn Nr. 356. d) Bemessung des Finderlohnes von gesundenen Staatsobligationen Nr. 171. c) Geldsund Nr. 1716. d) Fund eines Bersatzettels Nr. 1745. 3. Beweis der mala sides im Falle der §§. 367 und 456 a. d. G. B. Nr. 1417. 4. Anwendung des §. 367 a. d. G. B. auf Compons Nr. 1417. 5. Erstigung: a) Besit als Ersordernis der Erstigung Nr. 935, 1416. d) Erstigung des Eigenthums oder Ausstöhung einer Forstjervitut? Nr. 2118. c) Unersitz-

- barteit von Refervatwölbern Rr. 91. d) Unersitharteit eines gesetwiderig getheilten Bauerngutes Rr. 881, 1641. o) Unstatthaftigseit der Tabularersitung im Falle bedingter Einverleibung Rr. 994. f) Ersitung des physischen Besitzers gegen den Tabularbesitzer Rr. 484. g) Erstigung ober Berjährung der Bindicationsklage Rr. 670.
- V. Derivativer Eigenthumserwerb. 1. An Sachen in gerichtlicher Berwahrung Nr. 7. 2. An Frachtgütern Nr. 163. 8. Symbolische Trasbition burch Uebergabe ber Berkaussurtunbe Nr. 2547. 4. Erwerb an übersandten Sachen Nr. 651. 5. Uebernahme ber durch einen vorgeblichen Mandatar gelausten Sachen durch benselben? Nr. 3043.
  6. Constitutum possossorium Nr. 1620. 7. Mehrmaliger Berkauf berselben Sache Nr. 556, 1869, 2480. 8. Berechtigung zur Erwirfung der Intabulation Nr. 458, 689, 824, 1008, 1163, 2874. 9. Einverleibung im Falle vorhergegangener außerbücherliche Uebertragungen Nr. 1254, 2812. 10. Ersorbernisse der Pränotation des Ersehers einer Liegenschaft Nr. 869. 11. Justificationsklage vor Bezahlung des befristeten Kausschläusg Nr. 1661. 12. Einstüg der Justification auf mittlerweile erwirkte Intabulationen Nr. 1840. 18. Erwerd im Bertrauen auf das öffentliche Buch? Nr. 8161.
- VI. Gigenthumeligge. 1. Rei vindicatio: a) Binbication eines Sparcaffebuches Rr. 878. b) einer Erbichaftsfache Rr. 268. c) von baarem Belbe Rr. 760, 1400. d) bon Inhaberpapieren Rr. 2549, 8006. e) von Sachen (beziehungsweife bes aus ihrer erecutiven Berfteigerung erzielten Erlbfes), die ein vorgeblicher Manbatar gelauft und übernommen bat Rr. 8048. f) reeller Theile eines Grunbftides Rr. 1811. 2286. g) Ungulaffigfeit ber Revindication bon Barcellen, welche ber Gigenthumer als Beftanbtbeile bes feilgebotenen Grunbftudes anertaunt bat Rr. 3082. h) Bindication bes bucherlichen Gigenthumers gegen ben außerblicherlichen Rr. 1550. i) bes Raufere nach Aufbebung bes Bertrages wegen übermäßiger Berletung Rr. 412. k) Nominatio auctoris Rr. 846. 1) biicherliche Anmertung ber Streitigfeit Rr. 366, 1489, 1465, 1707, 1811, 1870, 1985, 2082, 2275, 2284, 2818, 2415. 2. Actio publiciana Rr. 935, 3083 (Binbication einer burch polizeiliches Einschreiten aus bem Befite bes Rlagers in ben bes Bellagten übergegangenen Sache Rr. 2917). 8. Aufforberung ber "unbefaunten Eigenthumer" jur Geltenbmachung ibres Rechtes bebufs ber 3ntabulation bes Sachbesites [Rr. 1105. 4. Exceptio rei venditae et traditae feitens bes außerbucherlichen Gigenthumers gegen ben bucherlichen Gigenthitmer Rr. 2388.

#### C. Dienftbarkeiten.

L. Eniftehung. 1. Abgesonberte Berangerung zweier Grundftide, wovon bas eine bem anderen thatfachlich biente Rr. 150, 1822. 2. Beftellung einer Servitut an einem im Miteigenthum befinblichen Grundftle

- Dr. 2986. 3. Erfitsung : a) Unerfitbarteit von Gervituten an Refervats walbern Rr. 488. b) Erfitzung einer Beggerechtigleit zu Gunften bes Bublicums Rr. 101. c) ju Gunften einer Gemeinbe? Rr. 2212. d) Fortfetung und Beenbigung ber Erfitung einer Servitut gegen ben grunbbücherlichen Singularfucceffor Rr. 2962. o) Erfitung ber Servitus aquae hauriendae Rr. 1546. f) Erfitung ber Servitus altius non tollendi Mr. 1779. g) Servitus luminum? Mr. 2587, 2748, 2898. b) Erfitung einer Servitut trot vorausgegangenem Precarium Rr. 257. i) Außerorbentliche Erfitzung Rr. 2089. k) Anwenbbarteit bes §. 1500 a. b. G. B. bei Beggerechtigfeiten Dr. 174, 1486, 1725, (2962), 3169, 3184, 1) Unanwenbbarteit bes §. 1500 a. b. 3. B. bei offenbaren Servituten Rr. 213, 214, 971. m) Richtberficffichtigung bes \$. 1500 a. b. G. B. von Amtswegen Rr. 196. 4. Eintragung in bie öffentlichen Bucher: a) Art ber Gintragung einer Servitut gur Begrunbung bes binglichen Rechtes Rr. 134. b) Einverleibung ber vertragemäßigen Befdrantung einer Servitut auf bem berrichenben Bute Rr. 821. c) Berbucherung einer an einem im Miteigenthum ftebenben Grunbfilde bestellten Servitut auf ben Quoten Rr. 2988.
- II. Erlöschung. 1. Durch Richtgebrauch? Rr. 1003. 2. Unanwenbbarteit bes §. 1488 a. b. G. B. auf bas Ausgebinge Rr. 3100. 3. Erlöschung vermachter Servituten Rr. 1009. 4. Löschung einer Servitut ohne Einwilligung ber Hopothetargläubiger bes herrschenben Grundstüdes Rr. 2174.
- III. Inhalt. 1. Servitut ober Bestanbrecht? Rr. 2696. 2. Ungulässigleit ber Einschränkung einer burch gerichtlichen Bergleich regulirten Servitut Rr. 2286.
- Edus. 1. Actio confessoria Rr. 244, 1588, 2813, 2748, 2912.
   Actio negatoria Rr. 14, 208, 916, 971, 1044, 1062, 1147, 1546, 1594, 1684, 1725, 1894, 1917, 1997, 2085, 2260, 2758, 2877, 2969, 3161, 3169, 8184.
  - V. Einzelne Dienstbarfeiten. 1. Beggerechtigkeiten: a) Beggerechtigkeit au Gunften bes Bublicums Rr. 101. b) Umfang ber Servitus itinoris Mr. 2212. c) Erwerb ber Servitus viae Mr. 2758. d) Recht, einen anberen Fahrweg anzuweisen; Berjahrung biefes Rechtes Rr. 883. e) Erecutive Beräuferung bes bienenben Grunbstudes Dr. 8150. 2. Servitus cloacae: Berpflichtung ber Dulbung ber Reinigung bes Abjugecanale Nr. 85. 3. Erwerb ber Servitus ne luminibus officiatur Mr. 2587, 2748. 4. Servitus altius non tollendi: Erecutive Beräußerung bes bienenben Grunbftildes Rr. 2865. 5. Fruchtnießung: a) Umfang Rr. 1670. b) Berbachtung bes bienenben Grunbftides burd ben Kruchtnießer Dr. 1268. c) Bertheilung ber Miethzinse nach Maß ber Dauer ber Fruchtnießung Rr. 2141. d) executive Berangerung bes bienenben Grunbftildes Rr. 870. o) Boraussetzungen ber Löschung Rr. 1493. 6. Wohnungerecht: a) Umfang Rr. 628, 916, 1012, 1306, 2945, 8002. b) executive Beräußerung bes Saufes Rr. 1241, 2123. c) Ungulaffigleit ber erecutiven Reilbietung bes Bohnungerechtes felbft

Mr. 2136. d) Collifion mit einem alteren Pfanbrechte Rr. 938. o) Beftanbverhältniß, Bohnungerecht ober anbere Servitut? Unftatthaftigleit ber Auffündung Nr. 3134.

#### D. Emphyteuse, Erbpacht und Superficies.

- I. Emphyteuse. 1. Berpflichtung bes Obereigenthumers jur Bahlung ber auf ben Canon entsallenden Einkommensteuer Rr. 33. 2. Fortbestand bes Psandrechtes beim Ruckfall bes Grundes Rr. 1960. 3. Ungiltigkeit ber Beräußerung bes Ruhungseigenthumes gegen bas vertragsmäßige Berbot bes Obereigenthumers Rr. 2490.
- II. Erhpacht. 1. Erbpachtvertrag mit cassatiorischer Clausel Rr. 187. 2. Nachlaß bes Erbpachtzinses Rr. 624. 8. Pachtvertrag mit Berabrebung über Umwanblung in Erbpacht Rr. 2686.
- III. Superfloies. Bobengine ober Miethzins? Rr. 1428.

#### E. Neallaften.

- L Angemeines. 1. Fortbestand ber Reallasten Rr. 1769. 2. Reallast ober Servitut? Rr. 1098. 3. Reallast ober Pfandschuld? Rr. 648, 891.

  4. Jährliche Leistung als Entgelt für die Einräumung einer Realsservitut Rr. 126. 5. Eintragung in der Rubrit des Besitztandes Rr. 672. 6. Borgang dei Eintragung einer durch Urtheil sessgestellten Reallast Rr. 1837. 7. Ersthung Rr. 1193. 8. Beweislast dei der actio consessoria Rr. 1189.
- II. Ansgebing. 1. Rechtliche Ratur Nr. 1035, 3100. 2. Wohnungsrecht als Ausgebing. Subjectiver Umfang besselben Nr. 2945. 3. Anspruch auf Sicherstellung bes Ausgebinges auf einer anberen Realität Rr. 1888.

  4. Persönliche Pastung bes Bestellers Nr. 550. 5. Tob eines ber beiben Auszugsberechtigten Rr. 479, 1449, 2256, 2809. 6. Fälligkeit eines vermachten theilbaren Ausgebinges Nr. 177. 7. Einstlagung bes Ausgebinges wider einen der Miteigenthümer Nr. 2020. 8. Besugnist des Berechtigten, auf ben Geldwerth ber rückfändigen Leistungen zu klagen Nr. 2669. 9. Executive Beräußerung der besafteten Realität Nr. 341, 1090, 1241, 2592, 2638, 2695. 10. Executive Schätzung eines Ausgedinges Nr. 2161. 11. Unzulässigkeit der executiven Feilbietung Nr. 1460, 3110. 12. Unanwendbarkeit des §. 1488 a. 6. G. B. Rr. 3100.
- 111. Behentrecht. Expropriation bes zehentpflichtigen Grunbftlides Rr. 450.
- IV. Banurecht. Rr. 1865, 2006, 2069.
- V. Meffenftiftung. Berpflichtung bes Befitzers eines mit einer folden belafteten Grundftudes jur Bahlung ohne Nachweis ber Perfolvirung ber Meffen Rr. 2788,

#### F. Pfandrecht.

- I. Borandfehung. 1. Rechtliche Natur bes burch Pfanbrecht sicherzustellenden Anspruches Nr. 2820. 2. Accessorischer Charakter bes Pfanbrechtes Nr. 2389. 8. Pfanbbestellung für künftige Forberungen Nr. 168, 1406, 2089 (Crebithphothet), 2188 (Unzulässigeit einseitiger Abtretung berselben). 4. Pfanbbestellung zur Sicherstellung einer Heiratscaution Nr. 2077. 5. Für noch unbestimmte Ansprüche Nr. 2404. 6. Pfanbbestellung für die genaue Ersüllung eines Bertrages Nr. 415. 7. Sppothetar- ober Personalschuld? Nr. 2510.
- II. Gegenftand. 1. Ungulaffigfeit eines Pfanbrechtes an einer Realfervitut Dr. 2540. 2. Ungulaffigfeit ber Bestellung einer Sphothet an einer fibeicommiffarifden Substitution Rr. 2863. 8. Berpfanbung einer gemeinschaftlichen Sache für eine getheilte Soulb Rr. 2162. 4. Beiterverpfanbung einer in ber Innehabung bes Berpfanbere belaffenen Sache Mr. 2867. 5. Berbfanbung eines Baarenlagers Mr. 1312. 6. Bfanbrecht an einem Rirchenftuhl Rr. 771. 7. Berpfanbung ber Civilfruchte Dr. 246, 576, 587, 800. 8. Berpfanbung einer Lebensverficherungspoligte Dr. 8130. 9. Berpfündung auf fremben Ramen lautenber Obligationen Rr. 1028. 10. Bfanbrecht an gerichtlichen Depofiten Rr. 758, 973, 1368, 2558, 2762, 3061. 11. Bfanbrecht an einem Grunbentlaftungecapital Rr. 1520, 12. Caution in baarem Belbe Rr. 271, 1017, 2108, 2894, 8107. 18. Forberung ale Caution Dr. 2404. 14. Afterpfanbrecht Dr. 318, 716, 1097, 2924. 15. Afterpfanbrecht als Grund ber Richtzahlung einer Pfanbidulb? Rr. 2584. 16. Bulaffigfeit von Ginmenbungen gegen ben Beftanb ber Sphothetarforberung gegenüber bem gutgläubigen Afterpfanbgläubiger Dr. 2389.
- III. Umfang. 1. In Ansehung ber Civilfrüchte Nr. 96, 576, 587, 800, 3107 (Zinsen ber Geldcaution). 2. Berpfändung einer gemeinschaftlichen Sache für eine Theilschuld Nr. 259, 2162. 3. Pignoris causa indivisa Nr. 241, 995, 1082. 4. Ungiltigkeit ber ohne Zustimmung der Hypothekargläubiger erfolgten Abtrennung Nr. 1537. 5. Haftung ber Pfandsache für die Zinsen Nr. 1583, 2914. 6. Für das Capital Nr. 2077. 7. Für die Pränotationskoften? Nr. 2754. 8. Nichtberechtigung des Hypothekarschuldners zum Einkommensteuerabzug für die seiner Besteuerbung vorausgehende Zeit Nr. 2891.
- 1V. Entstehung burch Brivatwillen. 1. Berpfändung einer Sache vor erlangtem Dispositionsrecht über bieselbe Rr. 436. 2. Berpfändung im eigenen und im Bollmachtsnamen Rr. 2691. 3. Berpfändung ober Ceffion? Rr. 349. 4. Bebingte Einräumung bes Pfanbrechtes Rr. 1606.
- V. Erfitung. Nr. 883, 1027.
- VI. Gefehliches Pfandrecht. 1. Des Bermiethers: a) Gegenstand Nr. 37, 1151, 2805. b) Erwerbung Nr. 286, 2679, 2756. c) Umfang und Dauer Nr. 413, 782, 1788, 2387, 2755, 2925. d. Geltenbmachung im

Concurs Rr. 4, 541. 2. Des Berpächters Rr. 498, 2331. 3. Des Berficherers an bem versicherten Schiff Rr. 909. 4. Für Steuern und Gebühren Rr. 595, 780, 941, 1335, 2804, 2807, 2810, 3186.

VII. Pignus judiciale. 1. Unanwenbbarteit bes §. 456 a. b. G. B. Rr. 402, 2254, 3041. 2. Pfändung der Forderung an eine öffentliche Caffe Rr. 1123. 3. Zeitpunkt der Bollendung des Pfändungsactes Rr. 1110, 2232. 4. Executive Pfändung ohne Rachweis des Richtausreichens des bereits erwordenen executiven Pfandrechtes. Rr. 3138. 5. Umfang des executiven Pfandrechtes Rr. 2754.

VIII. Branstation und Intabulation. 1. Bulaffigfeit ber Branstation; a) einer icon verficherten Forberung Rr. 716, 1150, 1578, 2081. b) einer ftreitigen Forberung Rr. 1649. c) einer bebingten Forberung Dr. 2582. d) eines Anspruches auf Leiftungen in faciondo Rr. 2544. e) eines Regreganspruches Dr. 2692. f) eines Anspruches causa data causa non secuta Rr. 1868. g) ohne Rudficht auf Gefahr Rr. 1582. h) auf Grund eines Grundbuchsausjuges Dr. 260. i) eines fdriftlichen Beripredens ber Bormerfung Dr. 1049. k) amtlicher Ausfertigung eines von ber Beborbe geschloffenen Bertrages Dr. 1170. 1) eines notariell beglaubigten Contocorrents Rr. 195, 355. m) eines Ginrebeprotofolles Rr. 572. n) eines Brocegverbanblungsprotofolles Rr. 1899. o) ber Befdeinigung einer Erfatforberung wegen einer ftrafbaren Sanblung Rr. 2494. p) einer allgemein lautenben Empfangsbeftätigung Rr. 1846. q) eines Oblatoriums Rr. 1885. r) eines Banbelsbuchauszuges trot mangelnber Beftätigung ber orbentlichen Buchführung Dr. 249, 1122, 2222. s) ungeachtet ber Buchführer in Concurs verfiel und trot mangelnber Unterfdrift bes Buchführers Rr. 2436. t) eines in bianco girirten Bechfels Rr. 1512, 2621, 2661. u) eines in Abidrift vorgelegten Bechfels Rr. 2281. v) eines nach Mittheilung bes Untersuchungerichters gefälschten Bechfels Rr. 2645. w) einer Duittung fiber eine für ben Branotaten geleiftete Bablung Rr. 2405. x) trot ingwijden angemertter Dispositionsbeschräntung Rr. 502. y) trot eines intabulirten Ginfdulbungeverbotes Rr. 1810, 2410. z) Richt erecutive Ginverleibung auf Grund eines Schiedefpruches Rr. 2808. aa) Branotation ber Lofdung einer mit Superpfanbrechten belafteten Sphothetarforberung ohne Rachweis ber Buftimmung ber Superfatgläubiger Rr. 2151. bb) Befdrantung ber Branotation auf ein zu einem Kamilienfibeicommiß bestimmtes Gut Dr. 3046. 2. Ungulaffigteit ber Pranotation: a) nicht existirenber Anjpruche Rr. 1034, 1387. b) eventueller Ansprüche Rr. 231, 283, 468, 568, 629, 1113, 1204, 1887, 1570, 1577, 1586, 1710, 1861, 1916, 2033, 2158, 2187, 2207, 2820. 2385 (ebeliches Giterrecht). 2422, 2477 (Regreganfpriche), 2450, 2538, 8017 Bflichttheilbanfpruch). c) einer icon berficherten Forberung Rr. 246, 983. d) eines Banbelsbuchauszuges wegen mangelnber Beftätigung ber orbentlichen Buchführung Dr. 871. o) einer einzelnen Rechnungspoft Rr. 2509. f) eines Buchauszuges über escomp-

tirte Bechfel Rr. 2188. g) eines Sanbelsconto nach Ablauf ber in §. 120 a. G. D. bestimmten Frift Rr. 249, (2215), 2379. b) einer fpater fällig werbenben Forberung auf einer fruber fälligen Gegenforberung Rr. 1873. i) eines verjährten Bechfels Rr. 1674, 2879, 2458. k) bes Anfpruches auf Bergugszinfen einer Bechfelfdulb Rr. 1892. 1) Babrend ber Berbanblung über bie Giltigfeit ber Intabulation Dr. 1681. m) auf eine ftreitige Sappoft Dr. 1624. n) eines bedingten Enburtheils Rr. 2163, 2602. o) auf ein grundbucherlich verfichertes fibeicommiffarifces Substitutionerecht Dr. 2579. p) auf ein ju einem Familienfibeicommiß bestimmtes Grunbftud Rr. 8047. Alimentationsansprüchen auf Grund bes lebiglich bas Berichulben bes Branotaten conftatirenben Scheibungeertenntniffes Dr. 2662. r) eines Erfataniprudes auf Grund bes bie Beidabigung conftatirenben Brotofolles über ben Runftbefund Rr. 2690. 3. Rechtfertigung ber Branotation: a) vor Fälligfeit ber Forberung Rr. 2247. b) einer ungewiffen Forberung Dr. 1249. c) ohne besonderes Juftificirungs. ertenntniß Mr. 439, 1687, 1934, 2177. d) burch blogen Rachweis bes Forberungsbestandes Dr. 2876. e) Entbehrlichfeit berfelben im Falle einer Rablungenbernahme Dr. 567. f) Beraugerung ber Bfanbfache vor ber Rechtfertigung Rr. 1824, 1845, 2570. g) Beraußerung ber Bfanbface nach ber Rechtfertigung Rr. 1112. 4. Intabulation: a) Giltigfeit ber einem wiberrechtlich Eingetragenen eingeräumten Spootbel Rr. 1803. b) Bfanbrechtseinverleibung trot eines intabulirten Beräußerunges und Einschuldungeverbotes Rr. 2160. c) Intabulation auf Grund bes g. 822 a. b. G. B. Rr. 2408. d) Intabulation eines Urtheils bezüglich fünftiger Leiftungen Dr. 901, 1166. e) eines pranotirten Urtheils Dr. 1167. f) Ungulaffigfeit ber Intabulation gegen ben Racherben an Stelle einer gegen ben Borerben ermirften, ungerechtfertigt gebliebenen Branotation Dr. 8177. g) ber Einverleibung bes Bfanbrechtes bei einer fruher eingeraumten Crebithppothet nach erfolgter executiver Beräugerung bes Grundftudes Rr. 2089. h) Gefuch um Intabulation eines Dritten behufs eigener Supereinverleibung Rr. 1678, 1680. i) Eintragung einer mit bem Gelbe bes Manbanten erworbenen Forberung auf ben Namen bes Manbatars Dr. 1821. k) Jutabulation bes Bfanbrechtes fur bie auf ben Raufpreis gewiesene Grunbentlaftungsiculb vor ber Gemabranichreibung bes Erftebers ber Liegenicaft Dr. 3040, 1) Ginflug ber Intabulation eines Bortrages über bie borjunehmenbe Abtrennung einzelner Beftanbtheile eines Grunbbuchsobjectes auf bie Rechte nachfolgenber Gläubiger Rr. 2678. m) Grundbucherliche Uebertragung bes für nachträglich zu liquibirende Forberungen einverleibten Bfanbrechtes Rr. 2505, 2612. n) Ungulaffigfeit einer eine seitigen Abtretung einer Crebithppothet Dr. 2188. o) Erwerb einer Spothet (Afterhypothet) im Bertrauen auf die öffentlichen Bucher 2196, 2940. p) Ermerb einer Spothet mala fide Rr. 2550, (8070).

- IX. Simultauhphotheten. 1. Behanblung berfelben bei ber executiven Raufschillings-Bertheilung Rr. 602, 887, 1200, 1845, 2565, 3086; (Einfünglofigfeit ber Zuweisung bes Erlöses aus ber einen Spoothet auf bie andere Spothet) Rr. 2113. 2. Berudfichtigung ber zwar in ber Schuldurtunde, aber nicht im Grundbuch ersichtlich gemachten Solidarität ber Haftung Rr. 2601. 3. Regreganspruch im Falle ber Tilgung Rr. 593.
- X. Rangordunng ber Bfandrechte. 1. Gerichtliche Bfanbrechte Rr. 200, 758, 978, 1368, 2087, 2558, 2762, 3019, 8051. 2. Des gefetichen Pfanbrechtes bes Bestanbgebers Rr. 286, 936, 1046, 1158, 2079, 2679, 2787 (verschiebener Bermiether), 2909, 2925, 2985, 3198 (Collifion mit bem nach Wegbringung ber Sachen aus ben vermietheten Raumen erworbenen gerichtlichen Bfanbrecht). 3. Des gefetichen Bfanbrechtes für Steuern und Gebühren Rr. 674, 811, 1550, 1770. 4. Des Bfanb. rechtes bes Bieberberftellers eines abgebrannten Saufes Rr. 330. 5. Des Pfanbrechtes im Falle ber erft in britter Inftang bewilligten Ginverleibung Rr. 1122, (2860). 6. Des Pfanbrechtes im Ralle ber Beiterverpfändung einer in ber Innehabung bes Berpfanbers belaffenen Sache Rr. 2867. 7. Des Pfanbrechtes für bie Executionstoften Rr. 552, 918, 1336, 1750, 1773, 1961, 2265, 2354, 2378, 2385, 2395, 2681, 3095. 8. Für Binfen Dr. 258, 1184, 1458, 2681. 9. Rangorbnung ber Eintragung von Mobificationen einer bereits grumbbilderlich fichergeftellten Berbflichtung, burch welche bie gaft vergrößert wirb Rr. 2956. 10. Birfung ber theilmeifen Ceffion einer Sphothetarforberung an einen britten Theilgabler auf bie nachftebenben Dopothefargläubiger Dr. 8067.
- XI. Pfandliage. 1. Gegen ben britten Besther ohne Belangung bes Bersonalschuldners Rr. 433. 2. Gegen ben Erwerber ber vor ber Bränotationsrechtsertigung veräußerten Pfandsache Rr. 1324. 3. Gegen ben Erben vor der Einantwortung Rr. 2699. 4. Gegen ben Erben auf Grund eines grundbücherlich sichergestellten Erebitvertrages Rr. 2702, 2703. 5. Richtberechtigung bes hypothelarschuldners zur Geltendmachung ber Einwendung ber mangelnden Baluta Rr. 2993. 6. Execution gegen den britten Besther auf Grund bes Urtheis gegen den Bersonalschuldner Rr. 1071, 1780, 1783. 7. Zahlungsaustrag "bei Executionsvermeidung". Bestimmung des Objectes Rr. 2849. 8. Einsstuß eines nicht intabutirten Wiedersausrechtes auf spätere hypothelen Rr. 2438. 9. Anspruch auf gerichtliche hinterlegung im Falle von Superintabulationen Rr. 1998. 10. Berjährung Rr. 842, 843, 1013 1085, 1405.
- XII. Realisitung bes Bfandrechts. 1. Mitbietungsrecht bes britten Befibers bei ber executiven Feilbietung Rr. 377. 2. Unbestreitbarkeit einer hypothekarisch versicherten Forderung durch einen anderen Spoethekargläubiger Rt. 1051, 2012. 3. Einfluß ber Concurseröffnung auf die Bertheilung des Meistgebotes Nr. 582. 4. Behandlung einer auf verschiedenen

ibealen Theilen bes feilgebotenen Grunbftudes in verschiebener Reibung fichergestellten Forberung Dr. 2781. 5. Stellung bes auf einem einzelnen Objecte fichergeftellten Bfanbglaubigere bei erecutiver Beraußerung einer aus mehreren Grundbuchsobjecten beftebenben Befammts fache Dr. 2663. 6. Ungulaffigfeit ber Befriedigung bes Spothefarglantigere aus ber für bas abgebrannte Baus von ber Berficherungs. anftalt geleifteten Entichabigung Dr. 2777, (2885), (3126). 7. Bebanblung bes in ben Sanben bes Erftebere gebliebenen Ranficillings Rr. 544. 8. Berionliche Saftung bes Erftebere für bie überwiefenen Schulben Rr. 806, 2280, 5248. 9. Saftung bes Erftebere für rudftanbige Befitveranderungsgebühren Dr. 1459, 2810, 3186. 10. Berpflichtung bes befriedigten Spothelargläubigers gur Abtretung feines Anfpruches gegen ben Berfonaliculbner Dr. 1102. 11. Baftung ber Bfanbgläubiger im Ralle ber Eviction ber verlauften Bfanbfache Rr. 481. 12. Berech. tigung jum Abzuge von einer Caution Dr. 2103, 2894. 13. Brivilegium ber Sparcaffen Rr. 681. 14. Executionsprivililegium ber Nationalbant Mr. 2482, 3029. 15. Der Bobencrebitanftalt Mr. 2767.

XIII. Löschung der Hypotheken. 1. Auf Berlangen britter Personen Nr. 89.

2. Rach Ablauf von drei Jahren Nr. 184, 2498. 3. Wegen rechtsträftiger Abweisung der Klage auf Zahlung der versicherten Forderung Nr. 2193. 4. Pränotation der Löschung einer mit Superpsandrechten belasteten Hypothekarsorderung ohne Nachweis der Zustimmung der Supersatzsäubiger Nr. 2151, 2648. 5. Unzusässigkeit der Eintragung eines bedingten Löschungsconsenses Nr. 485. 6. Unzusässigkeit der Löschung auf Grund der Schuldhinterlegung Nr. 1564. 7. Einwilligung des Cedenten in die Löschung Nr. 1109. 8. Löschung der Pränotation Nr. 2464. Erlöschung des im Hypothekenbuche nicht gesischten Pfandrechtes durch Zahlung der Schuld nach dem Spsteme des italienischen Hypothekarwesens Nr. 2688. 10. Amortistrung einer Sabbost Nr. 2891.

# III. Obligationeurecht.

## A. Bbligationen überhaupt.

I. Sesammischuldverhältnisse. 1. Auf Grund gemeinschaftlich ertheilter Abvocatenvollmacht Rr. 1959, 2017. 2. Beitritt zur Schuld "als präsumtive Erben" Rr. 2319. 3. Klage gegen den einen Correalschuldner trotz ersolgter Belangung des anderen Rr. 1086. 4. Bezahlung der ganzen Schuld durch einige von sämmtlichen verurtheilten Solidarschuldnern Rr. 1754. 5. Solidarsche Schuldanerkennung seitens der Cess Rr. 2202. 6. Behandlung einer Correalschuld im Concurs Rr. 391. 7. Behandlung einer im Grundbuch als solider nicht ersichtlich gemachten Solidarschuld der Miteigenthümer bei der Meistgebotsvertheilung Rr. 3025.

- II. Gelbichulben. Rr. 697, 945, 1079, 1820, 1828, 1877, 1482, 1492, 1590, 1592, 1688, 1647, 2061, 2149 (Berpflichtung jur Zahlung bes vollen Rennwerthes in Metallgelb nach Einziehung bes Papiergelbes), 3202 (Einfluß bes Zwangscurfes), 2359, 2769 (Berückfichtigung bes Zwangscurfes von Amtswegen).
- III. Binfen. 1. Natur von Binfen, welche bem "Capital zugeschlagen" sind Rr. 818. 2. Berzugs- ober Bertragszinsen? Rr. 2871. 3. Ipso juro Berpflichtung zur Bahlung ber Urtheilszinsen Rr. 2948. 4. Fortlaufen ber Binfen trot mora accipiondi Rr. 2979. 5. Anspruch auf böhere Berzugszinsen bei geänberter höhe bes Binssußes? Rr. 3104. 6. Binsenverjährung Rr. 2769. 7. Berjährung capitalisitter Binsen Rr. 497. 8. Berjährung urtheilsmäßiger Binsen Rr. 1805. 9. Sobe bes im Legate nicht bestimmten Binssußes Rr. 1818. 10. Einsub ber Einverleibung auf die höhe vertragsmäßiger Binsen Rr. 1251. 11. Binswucher Rr. 523, 958, 1518. 12. Burückforberung bezahlter ungesehlicher Binsen Rr. 1251, 1518.

#### IV. Berträge.

- 1. Bertragefähigfeit Dr. 1103, 1386, 1466, 1475, (2497).
- 2. Abschließung: a) Annahme eines Bersprechens. Beweis berselben Nr. 393, 2458. b) Annahme eines Antrages ober Gegenantrag? Nr. 930. c) Abschluß unter bem Borbehalt ber Erlangung einer gewissen Concession Nr. 3217. d) Berechnung ber Frist bei Annahme eines Bersprechens mittelst Post Nr. 194. o) Frist zur Annahme bes einer juristischen Person gemachten Bersprechens Nr. 1039. s) Erstärung ber Annahme an einen Agenten bes Offerenten Nr. 1108. g) Abschließung mit einem vorgeblichen Manbatar Nr. 3043. h) Stillschweigenbe Einwilligung Nr. 1475, 1978, 2288, 2391, 2476. i) Weichließung eines Geschäftes mit sich selbst Nr. 1106. k) Pactum de contrahando Nr. 783, 1539, 1908, 3079. l) Neuerliche Abschließung nach bem Aldgängigwerben eines nogotium claudicans Nr. 2968.
- 3. Form: a) Münblicher Bertrag mit der Berabredung schriftlicher Absassung Rr. 152. b) Münblicher Kausvertrag mit der Berabredung, an einem bestimmten Tage darüber eine Urkunde auszusertigen Rr. 836. c) Auslegung des §. 886 a. b. G. B. Rr. 2150. d) Beisehung des Handzeichens für den des Schreibens Unkundigen mit dessen Bustimmung durch einen Dritten Rr. 8001. o) Anticipation iheilweiser Erfüllung eines Bertrages, bessen Errichtung in schriftlicher Form verabredet wurde Rr. 8218. s) Beweislast rücksichtich der Bedeutung der Berabredung, daß über den Bertrag eine Urkunde errichtet werde Rr. 219. g) Punctation mit Bestimmung eines Termines staten Abschlich bes Hauptvertrages Rr. 113. h) Punctation eines Cessionsvertrages Rr. 1078. i) Berücksichung mündlicher vom Inhalt der Bertragsurkunde abweichender Berabredungen? Rr. 11, 1454, 1878, 2245, (2992, 2300), k) näher bestimmender Berabredungen Rr. 2158.

- Nr. 2970. m) Berichtigung einer von ber munblichen Berabrebung abweichenben Bertragsurfunde Nr. 1184. n) Zulässtglicht des Beweises ber Simulirtheit eines schriftlich geschlossenn Bertrages Nr. 8216. o) Nachträgliche Beisetzung ber Unterschrift ber Zeugen in Abwesenheit bes Schulbners Nr. 3152. p) Förmlichkeiten bei Aufnahme eines Notariatsactes mit einem Tanbstummen Nr. 2506.
- 4. Billensinhalt: Pactum turpe Ar. 1928, 1979, 2045, 2398 (Civilrechtliche Giltigleit eines vom Strafrichter als ftrafbare Begünftigung eines einzelnen Gläubigers burch ben seiner Zahlungsunfähigfeit sich bewußten Schuldner erflärten Bertrages), (2855, 2915), 3066, (8225).
- 5. Willensmängel: a) Simulation Nr. 776, 827, 1416, 1507, 1878, 2185, 2245 und 2992 (Buldffigfeit der Einrede der Simulation gegen eine Notariatsurfunde), 3216. b) Mangel der Willenseinigung Nr. 1273, 2963.
- 6. Billensbeschränfung: a) Zur Bebingung gemachter Beweggrund Rr. 149. b) Beweislast bezüglich einer Suspensivbebingung Rr. 193, (2200, 2296, 3194). c) Resolutivbewegung Rr. 2759.
- 7. Willensanslegung Nr. 170, 580, 559, 655, 676, 813, 982, 984, 1060, 1091, 1096, 1194, 1281, 1246, 1264, 1265, 1301, 1862, 1408, 1698, 1828, 1864, 2020, 2025, 2200, 2227, 2262, 2296, 2819, 2869, 2888, 2390, 2587, 2717, 2759, 2855, 2924, 2966, 2984, 3141, 3194, 3225.
- 8. Berpflichtungsgrund (causa): a) Ausstellung eines Schulbscheines fiber eine Spielschuld Rr. 1078. b) Eines Wechsels fiber eine Spielschuld. Exceptionsweise Geltenbmachung ber causa promittendi Rr. 2978. c) Ausstellung eines Darlehensscheines fiber eine anberweitige Schuld Rr. 1161, 1255, 1447, 3152. d) Gemeinrechtliche Mage auf Grund eines unförmlichen Wechsels Rr. 1111. e) Cautio indiscreta Rr. 1966, 2011. f) Anerkennung als Berpflichtungsgrund Rr. 2905, 3148.
- 9. Angelb, Reugelb und Conventionalstrafe: a) Angelb Nr. 76, 276, 812, 840, 997, 1045, 1509, 1744, 2056, (2876), 3217; Angelb ober Anzahlung? Nr. 2155, 2728. b) Reugelb Nr. 984, 1065, 1589, 1825. c) Conventionalstrafe Nr. 584, 1639, 2651.
  - 10. Saftung für culpa Rr. 1269, 1949, 2820.
- 11. Gewährleiftung: a) wegen phyfischer Mängel: α) Anspruch barauf Rr. 302, 587, 707, 787, 2888, 2564. β) Berjährung besselben Rr. 171, 475, 640, 1148, 1597, 8144 (Beginn ber Berjährung. Berabrebung einer längeren Garantiefrift). γ) Untergang bei ben vertauschten Sachen während bes Processes Rr. 1761. b) wegen rechtlicher Mängel: α) Anspruch auf Edictionsleistung Rr. 481, 558, 810, 850, 1188, 1164. β) Berjährung besselben Rr. 1164.
- 12. Berletung fiber bie Balfte: a) Birtung berfelben Rr. 125.

Anspruches aus berfelben Rr. 416, 1268. d) Bergicht auf Geltenbmachung berfelben? Rr. 2361. e) Beweis berfelben Rr. 302.

- 18. Berträge zu Gunsten Dritter Nr. 324, 404, 493, 721, 747, 988, 1193, 1693, 2890, 2915 (zu Gunsten einer im Teftamente erst zu bestimmenben Berson), 2181 (gemeinsame Rlage bes Bertretenen und bes Bertreters gegen ben anberen Contrabenten), 2548 (Ros inter alios acta).
- V. Saftung für Andere. Rr. 215, 868, (cf. 2820), 1171, 1242. Haftung bes Kaffeehausbesitzers für die Sachen, welche seinem Marqueur zur Ausbewahrung übergeben worden sind? Rr. 2581, 2672, 2800, 2926. Grenzen ber Haftung einer Gesellschaft für das Berschulden ihrer Beamten Rr. 2746.
- VI. Erfüllung. 1. Beit und Ort Rr. 297, 861, 1154, 1857, 1374, 1878, 1965, 2227, 2481. 2. Unmöglichteit Rr. 882, 1283, 1688, 1978, 2480 (Beitpunkt für die Berechnung im Falle späterer Unmöglichkeit der im Urtheile auferlegten Leiftung Rr. 2876), 2915. 3. Rechtliche Folgen der Richterfüllung eines Bertrages Rr. 894, 527, 550, 1556, 1619, 2946, 2988 (Unstatthaftigkeit der Erfahlage an Stelle der Mage auf Erfüllung). 4. Exceptio non adimploti contractus Rr. 421, 599, 1291, 1541, 1712, 2979. 5. Erfüllungsversprechen Rr. 861, 1089, 1078, 1101, 1405, 1590, 2126, 2458, 2769. 6. Einsluß der anticipativen theilweisen Erfüllung eines Bertrages, dessen schriftliche Errichtung verabredet wurde Rr. 3218.
- VII. Berzug. 1. Subjective Boraussetungen Rr. 358. 2. Berzögerte Zuruch ftellung entlehnter Staatsobligationen Rr. 514. 3. Berzugszinsen von Zinsrückfänden? Rr. 284. 4. Bon Naturalleistungen? Rr. 2324. 5. Bon noch nicht gerichtlich bestimmten Alimentationsgeldern Rr. 2567. 6. Berzugszinsen von einem Heiratsgute vom Tage der ausgelösten Che an? Rr. 293. 7. Berzugszinsen von einem durch Schuld des Käusers noch nicht bestimmten Kausschling? Rr. 117. 8. Eintritt der Mora des Bermächtnisschuldners mit dem Zahlungstage des Legates Rr. 2357, 2704. 9. Eintritt der Mora im Falle einer bedingten Zahlungszeit Rr. 2742. 10. Ipso juro Berpstichtung zur Zahlung von Urtheilszünsen Rr. 2948. 11. Recht auf Berzugszinsen gegen die Concursmasse Pr. 378, 653. 12. Anspruch auf höhere Berzugszinsen vermöge räckwirtender Kraft eines neuen Gesetes? Rr. 3104. (13. Berzugs- oder Bertragszinsen? Rr. 2871. 14. Fortlausen der Zinsen troh mora accipiendi Rr. 2979.)
- VIII. Ceffion. 1. Cession an Zahlungsftatt ober jum Incasso? Rr. 166, 1118. 2. Cession ober Berpfändung? Rr. 349. 8. Cession einer eingeklagten Forderung mabrend bes Processes Rr. 8058. 4. Cession einer mit Berbot belegten Forderung Nr. 529. 5. Cession einer executiv eingeantworteten Forderung Rr. 872. 6. Cession einer Forderung nach quittirter Tigung berselben Rr. 2955. 7. Cession einer schon getilgten Opholbesatsorberung Rr. 611, 618, 1109, 1895, 1659, 1778,

1782, 2021, 3070. 8. Ceffion einer über brei Sabre einverleibten Forberung Rr. 1995. 9. Ceffion einer Bechfelforberung Rr. 938. 10. Ceffion bes aus borbehaltenem Biebertauferecht erwachsenen Unfbruches Dr. 2384. 11. Ceffion bes Restitutionsanfpruches bes fibeicommiffarifden Substituten por Eintritt bes Substitutionsfalles. Umfang berfelben Rr. 2855. 12. Unterfcbied zwifden Inboffament und Ceffion Dr. 797. 18. Gemeinrechtliche Wirfung bes Inboffaments Dr. 1481, 14. Mebriache Ceffion berfelben Korberung Dr. 1287. 15. Berbotslegung auf eine cebirte Forberung vor Benadrichtigung bes Ceffus Dr. 2176. 16. Cebitiren ber Ceffionsvaluta ober Darleiben? Dr. 104. 17. Solibarifde Schulbanertennung feitens ber Ceffi Rr. 2202. 18. Anerfennung einer fingirten Schulb gegenüber bem Ceffionar Rr. 614. 19. Unterfertigung ber Ceffionsurlunbe burch ben Ceffus Rr. 1729. 20. Exceptio non adimpleti contractus gegen ben Anspruch bes Ceffionars Rr. 421. 21. Compensation mit Forberungen gegen ben Cebenten Dr. 828, 857. 22. Umfang ber Rechte bes Ceffionars Dr. 2258. (Ungulässigfeit ber Erecutionsführung bes Ceffionars auf Grund eines für ben Cebenten ergangenen Urtheils Rr. 3158.) 28. Bernrtheilung bes Ceffus jur herichtlichen Sinterlegung ber Schulb Dr. 677, 8149. 24. Saftung bes Cebenten Rr. 19, 175, 189, 820, 510, 1196, 1413, 1482, 1668, 1968, 2431, (2960). 25. Sphothecirung ber Regreß. forberung bes Ceffionars Dr. 2998.

- IX. Schnibibernahme. Rr. 1469, 1703, 1916, 1971, 2176, 2249, 2252, 2460, (2510), 2548, 2708, 2747, 2915, 2953 (perfönliche haftung bes Uebernehmers einer hopothetarschulb), 2966 (birecter Anspruch bes Gläubigers gegen ben Uebernehmer), 3139 (Irrihum in Ansehung ber vom Käufer zur Zahlung übernommenen Sapposten).
- X. Bablung. 1. Boraussetungen ber Wirtsamfeit eines Bablungsanerbietens Dr. 1593. 2. Stillichweigenbe Ginwilligung in bie Abtragung einer bestimmten Schulbpoft Rr. 108, 2250. 3. Bablung eines bon ber Baifencaffe elocirten Capitale an ben ingwijchen großjährig geworbenen Bupillen Rr. 1402. 4. Bablung au fich felbft? Rr. 2560. 5. Erffarung bes leberbringers einer Bablung über bie Berfon bes Schulbners Rr. 2109. 6. Beweislaft in Anfebung ber Bollftanbigfeit ber Rablung Rr. 1187. 7. Bebeutung ber Formel "Salbirt" Rr. 2978. 8. Ueberlaffung an Bablungeftatt ober Schentung auf ben Tobesfall? Dr. 2400. 9. Geben eines Bechfels an Bablungefiatt Dr. 1514. 10. Berpflichtung gur Ausstellung einer Quittung Dr. 1664. 11. Anipruch bee Schulbners nach Tilgung ber Schulb auf Rudftellung bes Soulbideines, eventuell Siderftellung Rr. 3079 (Nothwenbigteit ber Begrundung und Pracifirung biefes letteren Anfpruches Rr. 3097). 12. Anfpruch auf Erfat ber für einen Anberen gezahlten Schulb Rr. 822, 1102, 2211, 2747, 2798 (Regreß bes megen ber Staatsgebühr für frühere Uebertragungen eines Grundfludes in Anfpruch genommenen Befigers gegen feine Bormanner), 3167. 13. Beneficium

competentiae Rr. 444. 14. Gerichtliche hinterlegung Rr. 1667, 1788, 1760, 1762, 1858, 1971; hinterlegung burch einen Dritten Rr. 2159, 2381, 2708, (3080). Berechtigung jur hinterlegung Rr. 3149. 15. Afterpfandrecht als Grund der Richtzahlung einer Pfandschuld? Rr. 2584.

- XI. Repation. Nr. 909, 1209, 1311, 1866, 2608, 2634, 2839, 2919, 2932, 2973, 3146.
- AIL Compensation. Bertragemäßige Compensation Rr. 393. 2. Rage mit Abzug der Gegenforderung Rr. 1297. 3. Ungulässigkeit der Berüdfichtigung der Compensation von Amtswegen Rr. 2378. 4. der Compensation von Forderungen für die aus einem sequestrieten Geschäft verkauften Waaren mit Forderungen an den Executen Rr. 2168.

  5. der Compensation mit einer illiquiden Forderung Rr. 264, 1525, (Beweis der Gegenforderung durch Zeugen Rr. 2264). 6. Compensation mit Forderungen gegen den Cedenten Rr. 828, 857. 7. Compensation im Concurs Nr. 765, 1087, 1262, 1826, 1939. 8. Compensation im Ausgleichsversahren Nr. 1973. 9. Ordnung, in welcher bei mehreren Forderungen zu compensation Rr. 291. 10. Zeitpunkt der Tilgung der Forderung durch Compensation Rr. 770. 11. Compensation mit einer bereits ausgerechneten Gegensorderung Nr. 2236. 12. Berzicht auf die Compensation Nr. 699.
- XIII. Schulderlaß. 1. Bollwirfjamteit bes munblichen schenkungsweisen Erlaffes Rr. 445, 1862, 8061. 2. Richteinhaltung ber Bebingungen bes Schulberlaffes Rr. 411. 3. Erklärung bes Gläubigere, bas er nichts mehr zu forbern habe Rr. 1161. 4. Stillschweigender Berzicht Rr. 2976.

## B. Gingelne Schuldverhaltniffe.

#### I. Gefääftsobligationen.

- 1. Darleiben. a) Darleiben zum Theile in Gelb, zum Theile in Brivatsorberungen hingegeben Rr. 295. b) Berwandlung eines Kaufvertrages in ein Darleiben? Rr. 170. c) Umwandlung einer Borauszahlung in ein Darleiben Nr. 1714. d) Darleiben ober Creditiren ber Cessionsvaluta? Rr. 104. o) Darleiben ober Depositum? Rr. 1608. f) Berabredung eines Kausgeschäftes bei einem verzinslichen Darleiben Rr. 528. g) Unzulässigieit des Berzichtes auf das im §. 991 a. b. G. B. eingeränmte Recht Rr. 1094. d) Umfang der Haftung des Darleibensschubenes einer Pfandleihanstalt Rr. 2381. i) Quorela und Excoptio non numeratae pocuniae Rr. 58, 680, 1971. k) Wucher im Capital? Rr. 2015. l) Abschluß einer Anseihe. Klagerecht des Darleibers im Interesse der Inhaber der Partialobligationen? Rr. 2409.
- 2. Bermahrun gevertrag. a) Umfang ber Bflicht bes Bermahrers Rr. 114, 2784 (haftung bes Bermahrers für bas ihm entwenbete Depofitum?). b) Depositum irregulare Rr. 1608.

- 3. Schentung svertrag. a) Schentung ober Bergleich? Rr. 519, 1812, 3199. b) Schentung ober entgeltlicher Bertrag? Rr. 1072, 2711. c) Schentungs- ober Dotalversprechen? Rr. 1681, (2353). d) Rage ohne Production ber Schentungsurtunde Rr. 763. e) Formlofigfeit bes schentungsweisen Erlasses Rr. 3061. f) Schentung in fraudem creditorum Rr. 1507.
- 4. Beidafteführung. a) Umfang einer Bollmacht Rr. 789. 970, 1350, 1549, 1596, 2010, 2108, 2437, 2846, 2978. b) Auelegung einer Bollmacht Dr. 665, 1172, 2691. e) Ueberfcreitung ber Bollmacht Nr. 858, 784, 809, 1351. d) Borgefcutte Bollmacht Nr. 3048. e) Rlagrecht bes Manbatare gegen ben Dritten Rr. 538, 1728. f) Berechtigung bes Manbanten zur proceffuglischen Intervention Rr. 2182. g) Anfpruch bes Manbanten auf eine mit feinem Gelbe ermorbene. auf ben Manbatar geschriebene Forberung Dr. 1645, 1821. h) Gelbfthaftung aus einem in frembem Ramen gefchloffenen Bertrag Dr. 1295, 2238. i) Saftung bes Rotars für ben burch bie unterlaffene Brotefterhebung berbeigeführten Berluft bes Regrefrechtes bes Bechfelinbabers Dr. 2791. k) Theilung bes Schabens amifchen Manbant und Manbatar im Falle beiberseitigen Berschuldens Rr. 1384. 1) Erlöschung ber Bollmacht burch ben Tob bes Manbanten Rr. 3170, m) Affignation Mr. 60, 61, 1533, 1915, 2176, 2674, (2548). n) Negotiorum gestio Mr. 226, 1393, 1617, 1775, 2003, 2116.
- 5. Raufvertrag: a) Raufvertrag ober pactum de contrahenda emtione? Rr. 1908, 3079. b) Raufvertrag ober Glüdevertrag? Mr. 2738. c) Bestimmtheit bes Ranfobjectes Rr. 1291. d) Bertauf einer Grunbfüdeparcelle ohne Berftudlungsbewilligung Rr. 859, 882, 3182. e) Mehrmaliger Bertauf berfelben Sache Rr. 888, 556, 1369, 2112. f) Bertauf einer Theaterloge Nr. 2143. g) Bestellung einer Mafcbine Rr. 475. b) Branumeration auf ein Bert in Lieferungen Rr. 12, 1361. i) Abichluß eines Raufvertrages unter bem Borbehalt ber Erlangung einer gemiffen Concession Rr. 8217. k) Beraugerung von Baaren bei beiben Contrabenten befannter Ueberschuldung bes Bertäufers Dr. 2915. 1) Ungiltigfeit bes idriftlichen Raufvertrages wegen mangelnber Angabe ber Bobe bes quittirten Raufpreifes Rr. 2148. m) Stillichmeigenbe Einwilligung in ben geforberten Raufpreis? Dr. 2288. n) Annahme von Baaren ohne vorausgegangene Festftellung bes Breifes Rr. 2476. 0) Rauf eines Gewerbes um einen höheren als ben Rormalpreis Dr. 2667. p) Irrthum in Ansehung ber bom Raufer jur Bablung übernommenen Sappoften Dr. 8189. 9) Diffimulation bes verabrebeten Raufpreifes in ber über bas Raufgefchaft errichteten Rotariateurtunbe Rr. 2992. r) Simulation eines Raufvertrages Rr. 776. s) Bertauf auf Borg? Mr. 1106, 2680. t) Uebergang ber Rechte und Berbinblichfeiten aus einem grundbucherlich fichergeftellten Crebitvertrage auf bie Erben Dr. 2702, 2703. u) Beriprechen ber Bablung nach Berbrauch ber Baare Rr. 1823. v) Baftpflicht bes Bertaufere Rr. 1381,

1890. w) Erfatanfpruch bes Lieferanten bei Abbeftellung einer fibertragenen Lieferung Rr. 2946. x) Berpflichtung bes Bertaufers jur Berfchaffung bes phyfifchen Befiges Rr. 1629. y) Berabrebung einer langeren, ale ber im &. 938 a. b. G. B. feftgefeten Garantiefrift Rr. 3144. z) Berpflichtung bes Raufers jur Bezahlung bes Capitalwerthes ber von ihm auf Rechnung bes Raufschillings mit einem capitalifirten Berthe jur Babfung fibernommenen wiebertebrenben Leiftungen nach Beenbigung berfelben Rr. 2966, an) Burfidjenbung ber Baare unter falfder Abreffe Rr. 1088, bb) Bermanblung eines Raufvertrages in ein Darfeiben? Rr. 170, cc) Bereiterffarung bes Raufers in ber Rlage gur Bablung bes Raufpreifes Rr. 380. dd) Borlauferecht an Onnften bes Miteigenthumere Rr. 1866, oo) Biebertauferect Rr. 988, 1228, 2384. ff) Ginfluß eines nicht intabulirten Bieberlaufsrechtes auf fpatere Sopotheten Rr. 2488. gg) Deffentliche Reilbietungen: α) unerfaubte Berabrebungen Rr. 51, 228, 1585, 1812, 8171. β) Baftung bei Abgang eines ber erftanbenen Grunbftilde Rr. 471. 7) Berfauf eines Grundfildes nach angegebenem Rachenmag mit ber Erfidrung, bafür nicht zu baften Rr. 2888. 8) Caffatorifde Claufel. Reficitation Nr. 2208.

6. Beftanbvertrag: a) Mieth. ober Bachtvertrag? Rr. 316. b) Bermiethung eines Rirdenbefibes? Rr. 3215. 1616, **279**0, 28**6**5. c) Beithacht ober Erbpacht? Rr. 1501. d) Bachtvertrag mit Berabrebung fiber Umwandlung in Erspacht Rr. 2686. e) Gervitut ober Beftanbrecht? Rr. 2696, 3184 (Unffinbbarteit). ?) Auslegung Rr. 2537. g) Berbachtung an einen Miteigenthamer Rr. 1987, (2660). h) Berbachtung an einen Miterben Rr. 1271. i) Berbachtung burch einen Miteigenthamer Rr. 1477, 1858. k) Berpachtung burch beu Fruchtnießer Rr. 1258. 1) Zeitubichnitt, filt welchen ber Miethins als feftgefetzt anzuseben ift Rr. 2984. m) Rechtliche Ratur ber Ernenerung bes Beftundvertrages Rr. 788. n) Daner eines fillfdweigenb erneuerten Beffanbvertrages Rr. 186, 1753. 0) Stillichweigende Ernenerung? Rr. 1958. p) Borandzahlnng bes Methainfes Rr. 864. g) Berednung ber Brift gur Bablung bon Miethginfen nach bem burch bas berfiche Recht firirten Rinbigungstermin Rr. 2185. r) Bablung bes Miethzinfes an ben Executen Rr. 988. a) Richterfaltung bes Diethvertrages burch ben Bermiether Rr. 384, t) Bergogerung bes Ginguges bes Miethers Rr. 1488. u) Berpflichtung bes Berpachters jur Berftelling ber burd ein Efementavereigniß verwäfteten Sache? Rr. 1848. v) Sunbablagerung auf bent verhachteten Grunbftliche burch Ueberfowenmung Rr. 106. w) Bieberwegnahme ber vom Bachter gepflangten Banne Rr. 772. x) Einfammlung von Relichten nach Menf ber Bachtzeit Rr. 1901. y) Erlag am Bachnins Rr. 176, 714. s) Auflöfung eines Beftanbvertrages burch bie Abminiftrattobeborbe Re. 908. se) Aufbebnng ber Bacht einer Gewerbegerechtigfeit burd bie Gewerbefreiheit? Dr. 2869. aa) Berfprechen bes Boftanbgebere nicht ju ffinbigen Dr. 386, 1844, 1420, 1444, 1504, 2628 (Bufage bet Bermiethers an ben Aftermiether), 2671 (Bufage "falls bie Miether ihren Berpflichtungen pfinftlich nachtommen"). bb) Berechtigung jur Runbigung im Kalle ber Sequestration ber Beftanbiache Per. 1610. co) Minbigungstermin bei Bermiethungen "auf's Jahr" Rr. 1168, 1587. dd) Aufklindigung einer auf unbestimmte Beit vermietheten Bohnung im Salle foaterer Beranberung bes "Jahresginfes" Rr. 2114. eo) Auslegung ber Berabrebung "balbjähriger Auffündigung" Dr. 3141. ff) Rünbigungstermin im Falle ftillichweigenber Erneuerung Rr. 1058. gg) Berechnung ber Runbigungstermine Rr. 924, 1461. hh) Auffündigung vor der vorhergesehenen Umwandlung bes Bachtverpatenifies in Erbpacht Mr. 2686. ii) Berfpatete Auftanbigung Mr. 974. kk) Berfrühte Auffündigung Rr. 1457. 11) Unterloffene Auffündigung eines "wiberruflichen" Bestandvertrages Dr. 987. mm) Rauf bricht Miethe Rr. 1429. nn) Eintritt bes neuen Eigenthilmers in bas Bestandverhaltnig Dr. 328. 00) Einwilligung bes Miethers in ben Berlauf ber Beftanbiache Dr. 458. pp) Borausjehungen ber Berechtigung bes Berpachters jur Aufhebung bes Bachtvertrages Rr. 2908. qq) Bertragemäßige Berechtigung bes Beftanbgebers gur Aufhebung bes Beftanbverbaltniffes Dr. 288, 401, 1789, 2479, 2560. rr) Ginidrantenbe Auslegung ber coffatorifden Claufel Dr. 2178. se) Aufhebung bes Beftanbvertrages wegen Binsrudftanbes Rr. 1591, 1902, 1909, 8008. tt) Radtritt vom Miethvertrage einer Bohnung wegen Benfipung einer anberen Bohnung ju unfittlichen Zweden? Rr. 2808. uu) Unbrauchbarteit ber gemietheten Bohnung Rr. 2504. vv) Rlage auf Burücftellung nech Ablauf ber Bechtzeit Dr. 1288. ww) Einflug bes Concurfes auf bas Beftanbverbaltnig Rr. 111, 864, 410, 649, 774, 1198. 1785. xx) Ginfing ber Berhachtung ber gangen Sache auf eine fribere Berhachtung eines Theiles berfelben Ru 2986. yy) Afterbeftanb Rr. 648, 1086, 1157, 1788, 2051, 2560 (Beitere Bennisthung an einen Dritten, ber jugleich Sansabminiftrator ift Rr. 2986. Branotation ber Rechte bes Beftanbnehmers Rn. 1116, 1579.

7. Lohnvertrag: a) Lohn- over Gefellschaftsvertrag? Rr. 1829.
b) Bauübernahme gegen Bauschulsetrag Rr. 1887. c) Stillschweigender Lohnvertrag Rr. 493. a) Anspring auf Reminneration für Einleitung fremder Rechtsgeschäfte Rr. 607. c) Lohn für Bermitung des Abschulses eines Gesellschaftsvertrages Rr. 2040. s) Ausbedung der Bermithung der Entgektichter geseinkehert Dienste durch einzegeinstehende Bermuthungen Rr. 122. g) Stüllscheigende Einwilligung in die Unentgeltsickeit Kr. 1408. h) Bersprechen "fürplicher" Beschnung Rr. 492. 3) Festikung ärzutigen Hunorurs Kr. 1818. k) Verfährung des Entgelts für Dienstleistungen Rr. 79, 767, 1681. 1) Vertähung der Beitragsdaner mach der Kalenderzeit Kr. 678. m) Kültritt von einem Lohnvertrag wegen mangelhaster Leistung Rr. 2170. n) Entlastung eines

- Schaffners vor Ablauf ber Dienstzeit Rr. 1176. o) Umfang ber im §. 1155 a. b. G. B. normirten Entschäbigungspflicht Rr. 898, 2819.
- 8. Gefellschaft. a) Berpflichtung jur Rechnungslegung Rr. 2421, (2427). b) Unstatthaftigseit ber Alage auf Rechnungslegung seitens bes Erben bes geschäftssührenben Gesellschafters gegen ben überlebenben Gesellschafter Rr. 2964. c) haftung ber Mitglieber nach ührem Anstritte Rr. 32, 126. d) Berurtheilung bes nach Auflösung ber Gesellschaft von einem Socius auf Zahlung belangten Gesellschaftsschulbners zur gerichtlichen Deposition ber gangen Schulb Rr. 2194.
- 9. Gemeinschaft; a) Begriff ber "orbentlichen" Berwaltung Rr. 123, 866, 2862. b) Beftanbnahme burch einen ber Miteigenthumer Rr. 123, 1257, 1271. c) Bestellung einer Gervitut an einem im Miteigenthum befindlichen Grunbftfid Rr. 2988. d) Berpflichtung eines Gemeinschafters jur Berginfung ber gangen Summe Rr. 1093. e) Beftellung eines Bermalters burch ben Richter Rr. 749, 877. 1) Juriftifde Ratur ber Rachbarichaften in Rarnten Rr. 2862, g) Recht bes Miteigenthilmers auf Reilbietung ber gangen Realität Rr. 180, 363, 3016. b) Recht auf Reilbietung eines ehemaligen Rirchengutes Rr. 520. i) Theilung ju "gleichen Theilen" Rr. 838. k) Unguläffigfeit einer zu toffipieligen Theilung Rr. 649. 1) Richterliche Beftimmung bes Termines für Rechnungslegung bei Berwaltung ber gemeinschaftlichen Sache burd einen Miteigenthamer Rr. 2502. m) Geltenbmachung bes Umfanges bes gemeinschaftlichen Bermögens burch Ginrebe Rr. 2355. n) Erb eines Mitrigenthamers Rr. 3023. o) Gatergemeinichaft unter Benern Rt. 2411.
- 10. Cempremiß Rr. 36, 691, 700, 757, 1007, 1611, 2063, 2693.
- 11. Anertennung evertrag. Rr. 1743, 1885, 1920, 1940, 1956, 2066, 2126, 2202, 2633, 2691, 2733, 2836, 2871, 3145, 3148. (Schulbanertennung ober außergerichtliches Geftändniß Rr. 2643.)
  - 12. Bergleich. Rr. 1499, 1549, 2286.
- 13. Leibrenten bertrag. a) Mit caffetorifder Claufel Rr. 1, 128. b) Boransfehnugen seiner Giltigleit Rr. 1083. c) Berfprocen ber Berfchaffung "einer forgensreien und gläcklichen Zutunft"? Rr. 3235. d) Ansechung burch bie Pflichtibeilsberechtigten Rr. 799. e) Berjährung ber Leibrenten Rr. 959.
- 14. Spiel und Bette: a) Bedingungen der Giltigleit einer Wette Ar. 1212. b) Selbverständliche Berpflichtung des Bettenden zur Bornahme der Afrigfeit, um deren Erfolg gewettet ift Ar. 2766. c; Schuldschein, über eine Spielschuld ausgestellt Ar. 1978. d) Bestiel über eine Spielschuld ausgestellt Ar. 2973. (e) Gindvertrag oder Lausvertrag? Ar. 2738.)
  - 15. Bürgichaft Rr. 143, 446, 751, 1313, 1866, 2009, 2200.
- 16. Pfanbvertrag: a, Actio pigneraticia directa, Bebingte Berurtheilung bes Pfanbnehmers zur Rudftellung ber Pfanbiache gegen

Tilgung ber Pfanbiculb Rr. 2822, 3214. b) Unentgeltliche Zurudgabe bes Pfanbes im Sinne bes §. 485 St. G. B. Nr. 2829.

- 17. Innominatcontract: a) Ueberlaffung einer Erfindung Rr. 8225. b) Gestattung von Gipsgewinnung gegen ein proportionales Entgelt Rr. 2427. c) Zweiseitige Uebereinfunft auf Zahlung einer bestimmten Summe für den Fall eines Gewinnes in ber Lotterie Rr. 2711.
- II. Delicisobligationen. 1, Berführung Rr. 25, 56, 652, 680, 778, 1836, 2927; 2471 (Anibrud ber Berführten auf Somerzengelb und Entfoabigung für Ehrenfranfung?), 2716 (Umfang bes Entichabigungsanspruches), 2901 (Anspruch auf Somerzengelb megen Rothzüchtigung). 2. Saftung eines Mimberjährigen für ein Darleben aus bem Titel foulbbafter Befdabigung Dr. 2497. 8. Borgeben ber Gigenberechtigung feitens eines unter verlangerter Bormunbicaft ftebenben Bolliabrigen bei Abichluß von Rechtsgeschäften Rr. 2991. 4. Beschäbigung eines haufes burch Tieferlegung ber Strafe Rr. 578. 5. Berminberung ber Triebfraft eines Baches burch einen Gifenbahnbau Rr. 1421. (6. Entfcabigungsanfpruch wegen einer burch eine Gifenbahnanluge berbeigeführten Beranberung eines öffentlichen Beges Rr. 2629.) 7. Beichabigung burd unbefugten Betrieb eines Gewerbes Rr. 798. 8. Ableis tung eines Bafferlaufes Dr. 1242. 9. Ungerechtfertigte Beidlagnabme wegen angeblichen Brivilegiumseingriffes Dr. 1389. 10. Erfat bes lucrum cossans bei einer burch Rörberverletung bemirften Erwerbsunfäbigfeit Dr. 84, 2568. 11. Schmerzengelb im Ralle injuribler Migbanblung Dr. 2685. 12. Ungulaffigfeit bes Aufprudes auf Somerzengelb bei Mighanblungen, die feine Berletung bewirften Dr. 2985. 18. Boraussekungen ber actio de pauperie Rr. 2189. 14. Haftung für Bilbicaben Rr. 345. 15. Saftung filtr einen burd Gifenbahnen verurfacten Schaben Dr. 948, 1948. 16. Gegenftanb ber Erfatleiftung für Abnfigung einer Sache Rr. 668. 17. Außergerichtliche Schatung bes Schabens Dr. 1807. 18. Berjährung ber Entschädigungeflage im Ralle bes &. 1816 a. b. G. B. Mr. 215. 19. Berjahrungefrift für bie Rlage auf giffermäßige Reftftellung bes vom Strafricter quertannten Schabenerjates Rr. 1726.

#### III. Variae causarum figurae.

1. Condictio indebiti: a) Zurüdsorberung bes zu Ehren eines Anberen Gezahlten Rr. 127. b) Des auf Grund eines gerichtlichen Bergleiches Gezahlten Rr. 720. c) Fm Falle ber Herabsetung bes Frachtsates nach Abschluß bes Frachtvertrages Rr. 1141. d) Auf Grund bes Nichtbestandes einzelner Schuldposten Rr. 1282. e) Nach Einlösung eines Wechsels mit salschem Indospament Rr. 414. 1) Im Falle ber Einlösung eines unförmlichen Wechsels Rr. 794. g) Anf Grund eines strafrechtlichen Ertenntnisses Rr. 1129. h) Rücksorberung eines indebite ausgestellten Schuldscheines Rr. 2241. i) Zahlung einer

Schuld, von der der Zahlende weiß, daß sie nicht zu Recht besteht Rr. 2667. k) Beweislast in Anschung des Fredhums Rr. 141.

- 2. Condictio ob causam datorum Rr. 328, 2242, 3065.
- 3. Condictie ex injusta causa Rr. 1251, 1518,
- 4. Condictio sine causa Rr. 1273, 2106.
- 5. Bereicherung (In rem versio): a) Forberung eines Aoften betrages für herstellungen an öffentlichem Out wegen bes baburch auch einem Privaten verschafften Ausens Rr. 1210. b) Auspruch auf einen Aauspreis mach Berjährung bes zu seinem Begleichung acceptirten Bechsels Rr. 1280. a) Bereicherungstlage aus einem verjöhrten Bechsel 1481, 1648, 8448. d) Aus einem präjubleirten, in Wechselsorm ansgestellten Prämienschein? Rr. 8228. a) Ersahnspruch bes Personalichnibnens, ber bie von dem executiven Causer Thermonumenen Sahvolten ben hippothelangländigern bezahlt Rr. 2747. 1) Auspruch auf Ersah bes durch Ausnahme eines Erfranken verwesachten Schadens Rr. 542.
- 6. Berbinblichteit jur Urfundenebition. Rioge auf abfdriftliche Mittheilung einer Urfunde Rr. 387.
- 7. Berbinblichkeit zum Unterhalte einer Perfou: a) Abnährungsnertrag Rr. 309. b) Forberung von Alimenten pro practerito Rr. 46, 336, 517, 733, 851, 1089, 1214, 1332, 1375, 1414, 1682, 1842, 1889, 2064, 2785, 2741. e) Berjährung Rr. 733, 1089, 1192, 1214, 1294, 2110, 2206, 2725, 2756. d) Erlöschung ver Alimentationsplicht bunch ben Tob bes Berpflichteten Rr. 3136. e) Berpflegung ber Schnesker burch ben Bruber. Ausschlich ber Forberung auf Aliderstatung wegen ber camsa piotatis Rr. 2976.
- 8. Berbflichtung jur Beerbigung. Begrubniffoften, gegen bie Erben fintt gegen ben Befteller eingellagt Rr. 71.

## IV. Familienrecht.

I. Sperecht. 1. Berhaltulg ber weltlichen Gerichte zu ben geistlichen Thegerichten Nr. 1197, 1119, 2007. 2. Infländigfeit zur Bornachme ber Bergleichsversuche vor der Ehescheidung Nr. 2854. 3. Berhältniß der öfterr. Gerichte zu auswärts geschloffenen Khen Nr. 1063, 3101. 4. Umpulässigseit der Bestellung eines desensor matrimonii in einem Streit über die Birksamleit und Bollstreckarkeit einer im Ausland gesofgten gerichtlichen Ehetrennung Nr. 2111. 6. Schließung einer Tivilehe im Auslande Nr. 2148. 6. Unverdindlichseit eines für den Fall des Rücktrittes vom Cheverlöbniß gemachten Bersprechens Nr. 1704. 7. Natur und Umsang des Anspruches auf Schadenersah im Falle des Rücktrittes vom Cheverlöbniß Nr. 3074. 8. Berechtigung des Chemanues zur Benützung der Wohnung seiner Frau Nr. 1868. 9. Bemilligung eines abgesonderten Wohnortes sür Katim Nr. 1954. 10. Berpsichtung des unbesugt Ausgewanderten zur Alimentirung der zurückgebliebenen

Gattin Rr. 609. 11. Epilepfie als Grund unfreiwilliger Chescheibung Rr. 2105. 12. Anspruch ber geschiebenen Gattin auf Alimentation Rr. 367, 389, 1332, 1383, 1910. 18. Alimentationsanspruch ber sattisch getrennt lebenben Gattin Rr. 1712, 2148. 14. Unaberwindliche Abneigung als Chetrennungsgrund Rr. 525, 2283. 15. Unmidssigkeit ber Chetrennungslage einer stölischen Gattin Rr. 1856. 16. Wiederverehelichung einer nicht schwangeren Witwe vor Ablauf von sechs Monaten Rr. 524. 17. Todeserklärung zum Zwecke der Wiederverehelichung Rr. 3196.

IL Cheliches Guterrecht. 1. Beriprechen ber Ettern, bas Beiratsgut ju ergangen, falls bas Bermögen ber Brant nicht ausreichte Dr. 77. 2. Rleiber, Bafche und Einrichtung als Beirnesgut Dr. 59. 8. Bugebrachtes Bermogen als Beirategut Rr. 870, 4. Ausftattung ber Braut als Theil bes Beiratsgutes? Dr. 661. 5. Schenhungs- aber Dotalversprechen? Rr. 1681. 6. Minblides Beribrechen eines Seiratsautes Rr. 2853. 7. Auslegung eines Chepoctes Rr. 2500. 8. Form ber in einem folden enthaltenen Berfügungen auf ben Tabesfall über einzelne Sachen Rr. 2000. 9. Empfangsbeftätigung über Dotalfachen unter Angabe ihres Schätzungspreifes Rr. 59, 120. 10. Legitimation bes Chemannes jur Ginflagung bes Beiratsautes Rr. 999. 11. Anfpruch ber Chegattin auf Sicherftellung bes Beiratsgutes Rr. 2216. 12. Bergugsginfen bom Beiratsgut vom Tage ber aufgetoften Che an? Rr. 298. 18. Bestellung einer Biberlage ober Schentung auf ben Tobesfall? Dr. 265. 14. Bestellung von Beirgtsgut und Biberlage bei gleichzeitiger Gütergemeinicheft Rr. 67, 1540. 15. Berfprechen einer giffermäßig bestimmten Auskattung Rr. 1748. 16. Ginflug bes Anstrittes aus bem Militarverbande auf Die bestellte Beiratscantion Dr. 2270. 17. Form für bie Errichtung einer ehelichen Gittergemeinschaft auf ben Tobesfall Rr. 3222. 18. Fortbeftanb ber in alteren Gefeben gegranbeten Gatergemeinschaft Dr. 694, 764. 19. Bertragsmäßige Reftenung bes auslänbischen Rechtes als Rorm für bie Regelung ber ebelichen Bermögensverhältniffe Rr. 2148, 20. Einfluß bes Domicitwechsels auf bas cheliche Gaterrecht Rr. 2701. 21. Unguläffigleit ber Brauotation ber ehelichen Glitergemeinschaft ohne Ginwilligung bes Gatten Rr. 1175, 2886, 22. Einwilligung jur Intabulation eines Bertrages über allgemeine Gitergemeinichaft Rr. 1685. 28. Beginn bes Anfpendes auf bie Rutnungen ber Gutsbalfte im Ralle ebelicher Gutergemeinschaft Rr. 2862, 24. Behandlung ber Anfpriiche ber in Gittergemeinschaft lebenben Gattin beim Concurs über bas Bermogen bes Gatten Rr. 2770, 2771. 25. Aufbebung ber Gutergemeinichaft im Falle beiberfeits verichulbeter Cheicheibung Rr. 2188. 26. Praegumptio Muclana Rr. 2192, 2954. 27. Bermuthung bes Gigenthumes ber Gatten an ben von ihrem Manne embfangenen Schundfechen Rr. 692. 28. Umfang bes Bermaltungs. und Bertretungsrechtes bes Chemannes Rr. 1477, 1779, 2068. 29. Ungiltigfeit ber bei außergerichtlicher Scheibung

getroffenen vermögenerechtlichen Berabrebungen Rr. 8. 30. Ginfluß ber Scheibung auf bie Chepacten Dr. 845, 1145, 1454, 2138, 2677. 31. Aufbruch auf Alimente trot Aufbebung ber Chepacten wegen verioulbeter Scheidung Dr. 1383, 2947. 89. Unftatthaftigleit bes Anfpruches ber burch ihr Berichulben geschiebenen Chefran auf ben nothwendigen Unterhalt Dr. 2646. 83. Alimentation ber Gattin im Falle ber Scheibung aus beiberfeitigem Berfdulben Rr. 1842. 34. Borausfetungen biefes Anfpruches Rr. 2897. 35. Anfpruch ber ane ibrem Berfdulben gefdiebenen Gattin mabrend ber Daner bes Alimentations. proceffes? Dr. 2606. 36. Berpflichtung bes ohne gerichtliche Scheibung abgesonbert lebenben Gatten gur Alimentirung feiner Rran Rr. 1896, 2635, 3021, 3076. 37. Berbflichtung bes burch fein Berichulben geschiebenen Chegatten jur Leiftung ber Alimentation neben ber Rud. ftellung bes Beiratsgutes Dr. 2677. 38. Bergugszinfen bon noch nicht gerichtlich bestimmten Alimentationsgelbern Rr. 2567. 89. Ginfluglofigfeit einer fpateren gerichtlichen Scheibung auf ben bei ber früheren einverftanblichen Scheidung gefchloffenen Bergleich Rr. 1987. 40. Erlöschung ber urtheilsmäßig anertannten Berpflichtung bes Chegatten gur Alimentirung ber Frau burch ben Tob bes erfteren Dr. 3136. 41. Anfpruch ber Bitme auf fechemochentliche Berpflegung Rr. 1639. III. Eltern- und Lindesrecht. 1. Rothwendigleit bes gerichtlichen Scheltens einer Frühgeburt Dr. 615. 2. Beweistaft in Anfebung bes tempus scientiae ber Geburt bes Rinbes Rr. 554. 8. Legitimation bes curator furiosi jur Beftreitung ber ebelichen Geburt Rr. 1651. 4. Ungulaffiafeit ber Delation bes Saupteibes au bie Mutter bei Beftreitung ber ebelichen Beburt Rr. 557. 5. Rraftlofigfeit bes Geftanbniffes ber Chefran Rr. 2745. 6. Beftreitung ber ehelichen Geburt burch bie Mutter Rr. 1926, 2885, (2881). 7. Beftreitung ber ebelichen Geburt per exceptionem Rr. 1981. 8. Beftreitung ber ebelichen Geburt auf Grund ber Reife bes Rinbes Rr. 2727. 9. Competeng ber weltlichen Gerichte in Betreff ber Ergiebung ber Rinber geschiebener Gatten Rr. 1050. 10. Berfabren binfictlich ber Buweifung ber Rinber nach erfolgter Cheideibung Rr. 2146. 11. Unguläffigfeit eines biesfälligen Rechtsftreites Rr. 2492. 12. Berechtigung bes Baters ju Rlagen im Ramen bes Rinbes ohne vormunbicaftsgerichtliche Ermächtigung Rr. 550. 13. Mala fides bes Baters als gefehlichen Stellvertreters feines Rinbes Rr. 2550. 14. Alimentation eines ohne Buftimmung bes Baters bei einem Dritten lebenben Rinbes Rr. 646. 15. Anspruch einer bereits verebelichten Tochter auf Beftellung eines Beiratsgutes? Rr. 8027. 16. Aufpruch bes Rinbes ale Racherben bee Baters auf Alimentirung aus bem Subftitutionevermögen Rr. 788. 17. Alimentationepflicht ber Großeltern Rr. 2686, 18. Recht ber Baters in Betreff bes ihm an bem Bermogen ber Rinder eingeraumten Fruchtgenuffes Rr. 129. 19. Analoge Anwenbung auf ben Fall eines ber Mutter eingeraumten Fruchtgenuffes Rr. 2132. 20. Bertheilung einer Concretalpenfion amifchen Bitwe und Kinder Nr. 566. 21. Suspension ber väterlichen Gewalt wegen eigenmächtiger Auswanderung Nr. 685. 22. Emancipation burch Gestattung der Bewirthschaftung eines Bauerngutes Nr. 989. 23. Emancipatio saxonica Nr. 2987.

- IV. Unebeliche Rinder. 1. Beweis ber Mutterschaft Rr. 1186, 1298, 3181. 2. Beweis bes außerebelichen Beischlafes burch Indicien Rr. 183. 8. Außergerichtliches Beftanbnig ber Baterichaft Rr. 1278. 4. Anertennung berfelben bor Seelforger und Beugen, bewiefen burch ben Tauffchein Mr. 2723. 5. Paternitate- und Alimentationellage Mr. 326 338, 517, 733, 851, 852, 1029, 1089, 1214, 1248, 1375, 1414, 1534, 2110, 2294, 2295, 2660, 2735. 6. Berechnung bes im §. 163 a. b. 3. B. ftatuirten Beitraumes Rr. 2157. 7. Unabhangigfeit bes Ausfpruches über bie Baterichaft von ber Buertennung ber Alimente Rr. 2785. 8. Berpflichtung bes Baters jur Alimentation mabrenb ber Berpflegung bes Rinbes im Finbelbaufe Dr. 2951, 3181. 9. Exceptio plurium concumbentium Rr. 875, 1092, 2876. 10. Unzulässigleit bes Begenbeweises gegen bie gefetliche Bermuthung ber außerebelichen Batericaft burd bas außergerichtliche Gestänbnig ber Mutter fiber ben Beitpuntt ber Beimohnung und bie Beschaffenheit bes Rinbes Dr. 2660. 11. Durch ben Nachweis ber Reife Rr. 3182. 12. Reihenfolge in ber Berpflichtung jur Alimentation Rr. 773. 18. Unftatthaftigfeit bes Regrefansbruches ber alimentirenben Mutter gegen ben unebelichen Bater Rr. 2735. 14. Dauer ber Alimentationspflicht bes nnebelichen Baters Rr. 2262. 15. Giltigfeit bes amifchen ben Eltern eines unebelicen Rinbes über bie Alimentengablung obne vormunbicaftliche Benehmigung gefoloffenen Erlagvertrages Rr. 8061. 16. Berforgunge. pflicht bes unehelichen Baters Rr. 188, 307, 1832, 2054, 2462, 2619. 17. Berfligungerecht über bie Erziehung Rr. 1671. 18. Uebernahme eines Finbelfindes in unentgeltliche Bflege Rr. 2741.
  - V. Bormundicaft. 1. Beftellnng eines Curators für einen gur Gelbftbeforgung feiner Angelegenheiten Unfähigen Dr. 491. 2. Bestellung eines curator absentis Rr. 1554, 2165, 2248. 8. Rechtliche Stellung bes Bormunbes: a) Abichließung eines Diethvertrages auf langere Dauer ohne obervormunbicaftliche Genehmigung Rr. 861. b) Aufnahme eines Darlebens obne obervormunbicaftliche Genehmigung Rr. 1706. c) Befugniß bes Curators jur Anertennung eines Bermachtniffes, beffen Bebingung vereitelt ift, ohne obervormunbicaftliche Genehmigung Rr. 2666. d) Rothwendigleit ber Buftimmung ber Bormunbicaftebeborbe au Aenberungen in ber Abminification bes Manbelvermögens Rr. 3008. e) Legitimation in Betreff bes Saupteibes Rr. 871, 960, 2528. f) Legitimation ju Rlagen von Bichtigleit ohne Ermachtigung ber Oberpormunbschaft? Rr. 2881. g) Legitimation bes curator furiosi jur Beftreitung ber ehelichen Geburt Rr. 1661. h) Anfpruch auf Berglitung für ben Minbel beforgter Arbeiten? Rr. 581. i) Anfpruch bee Bormunbes auf Erfat einer Anslage nach Ablegung ber Rechnung?

Mr. 2186. k) Berantwortlichteit wegen vernachtlisten Interesse Bstegebesohlenen Mr. 618. 1) Enthebung wegen Interessenonstictes Mr. 1742. m) Berpflichtung zur Sicherstellung von Pupillarsorberungen Mr. 509. 4. Nichthaftung bes Fiscus für Berschen des Richters bei der Aulage von Baisengelbern Mr. 1171. 5. Berantwortlichkeit der Curatelbehörde für zu spikt entbeckte Unterschlagungen Mr. 1924. 6. Berantwortlichkeit der Obervormundschaft und Auspruch auf Aussehung des schäbigenden Actes Mr. 2838.

### V. Erbrecht.

#### A. Erbfolge im eigentlichen Binne.

- I. Erbfähigkeit. 1. Erbunfähigkeit ber Mitglieber eines geistlichen Orbens Rr. 270. 2. Einfluß ber einem Mönch ertheilten Dispenfation auf bessen Erbrecht Rr. 2815. 3. Beleibigung bes Erblassers als Erbunwürbigkeitsgrund Rr. 155. 4. Beschaffenheit bes im §. 548 a. 5. G. B. erwähnten Geständnisses bes Ehebruches Rr. 430. 5. Zeitpunkt, in welchem der Beweis des Ehebruches geführt sein muß Rr. 2528.
- II. Geschliche Erbsage. 1. Erbrecht ber Descenbenten, beren Eitern burch lettwillige Anordnung von ber geschlichen Erbsasse ausgeschlossen find Rr. 160. 2. Rechtliche Ratur bes nach §. 767 a. b. G. B. dem Chegatten zustehnden geschlichen Erbrechtes Rr. 2445. 3. Erbsolge in Bauerngütern Rr. 2690. 4. Rückwirkende Kraft ber Erbsalgegesche Rr. 3210.
- III. Teftamentariide Erbfalge. 1. Teftirfabigleit: a) Rabigleit eines Curanben Dr. 419. b) Eines Großjährigen im Falle verlängerter Bormunbichaft Rr. 575. 2. Form ber Teftamente: a) Schriftliches Teftament: a) Er-Marung bes Erblaffers, bag bie allographe Urtunbe feinen letten Billen enthalte Rr. 281, 428, 478, 562, 982, 1827. 6) Berlehung ber im g. 579 a. 5. G. B. vorgefcriebenen Alembichbeiten Dr. 93, 118, 568, 798, 1188, 1261, 1827, 1604, 1838, 2007, 7) Beriebung ber im 8. 581 a. b. G. B. vorgefdriebenen Rounlichteiten Rr. 549, 1261, 1888. 6) Magrabbes Teftament eines Taubftummen Rr. 1225. b) Minblide Teffamente: a) Erforbernif ber Rogation ber Bengen? Rr. 2371. 6) Beabfichtigtes fdriftliches Teftament (ober Cobicill) als miinblides aufrecht erhalten Dr. 44, 1800, 1627, 2822, 2784, 3147. 7) Aufrechterhaltung eines manblichen Teftamentes, obgleich ber Erbe laffer nicht alle Anordnungen ausgesprochen bat Rr. 148. 4) Dinbliches Teftament? Rr. 1148. e) Richtlbereinftimmung ber Ausfagen ber Teftamentezeugen Rr. 585, 8160. c) Privilegirtes Teftament jut Beit ber Cholera errichtet Rr. 867, 718. 8. 3mbalt bes Teftamentes: a) Art ber Erbeinfetung Rr. 218, 310, 1529. b) Erbeinfetung ber

"nachften Bermanbten" Dr. 741. c) Erbeinfetung ber "Bfutefreunbe" im Teftamente eines nuebelid Geborenen Rr. 2164. d) Erbeinfetung ber \_Erben" Pr. 2884. o) Erbeinfetung ans einem beftimmten Rreis auszuwählenber Berfonen Dr. 1806. f) Erbeiufebnng einer erft au errichtenben Stiftung Rr. 1055. g) Erbeinfehmig einer Stiftung ober unbestimmter Berfonen? Rr. 1647. h) Erbeinfehung unter Bebingungen: a) Unerlandte Suspenfiv-Bebingung Rr. 1425. β) Bebingung ber Richtverebelichung? Dr. 487. 7) Der Bitwerfchaft Dr. 327, 1618. i) Erbeinfetung aub mode Rr. 2269. k) Substitutionen: a) Gemeine ober fibeicommiffarifde Gubftiention? Rr. 154. 6) Erbeinfetjung mit fibeicomuniflerifder Gubftitution ober Legat bes Fruchtgenuffes? Rr. 186. y) Ribeicommiffarifde Subftitution? Dr. 2102. 8) Buvillarinbftitution Rr. 2478. s) Fideicommissum ejus quod supererit Rr. 2022. () Beforantung ber fibeicommifferifden Gubfitution auf bas ben Bflichttheil therfleigenbe Bermogen Rr. 8012. 7) Berechmung ber Grabe nach 8. 612 a. b. 6. 8. 9tr. 78. 4) Berfingerung von Sachen, bie gu einer wit bem Gubftitutionsbanbe behafteten Erbichaft geboren Rr. 62. s) Erecutive Reilbietung folder Sachen Rr. 2726, 3075, 8158. 1) Ernemmma einer Ernieberin Rr. 1180. m) Ernennung eines Curators Rr. 1804. n) Berbot ber Teftamentsbeftreitung Rr. 1847. 0) Berauferungs- und Einfchulbungsverbot Rr. 116, 140, 288, 946, 1881. p) Ungiktigkeit bes Teftamentes wegen Irrthumes im Beweggrund Rr. 2784. 4. Bechfelseitiges Teftament ober Erbvertrag? Rr. 811, 1662, 2627, 3200. 5. Auslegung bes Teftamentes Rr. 251, 1489, 2164. 6. Teftament mit berogatorifder Claufel Rr. 147, 161, 188, 289, 2428. 7. Aufbebung bes Teftamentes: a) Berriffenes Teftament Rr. 115. b) Durchtrichene Anordnung Rr. 1940. c) Biberruf eines Teftamentes 98r. 296.

- IV. Erbertrag. 1. Errichtung vor bem Rotar Rr. 1984. 2. Richtgenehmigung eines Erbvertrages burch das Bormunbschaftsgericht Rr. 1190. 3. Erbvertrag ober wechselseitiges Lestament? Rr. 811, 1662, 2627, 8200. 4. Erbvertrag ober eheliche Gittergemeinschaft auf den Lodesfall? Rr. 3223. 5. Auslegung eines Erbvertrages Rr. 1453. 6. Erbeinsehung Dritter in einem Erbvertrag Rr. 1888. 7. Berjährungsfrift für die Aussehung eines Erbvertrages Pr. 1067.
  - V. Erwerd der Erbichaft. 1. Antritt ber Erbichaft: a) Rechtliche Folgen ber verweigerten Erbserkärung Rr. 1902, 1408. b) Collifion ber Erbserkärungen Rr. 66, 115, 247, 1208, 1008, 1719, 1747, 1888, 1895, 2140, 2102, 2214, 2827, 2440, 2469. e) Rachnägliche Abanberung ber Erbserklärung Rr. 2888. d) Erbserklärung auf Grund ber Erbeinfehmig unter der Bedingung bes Witwerftandes Rr. 827. 2. Ablehnung der Erbichaft Rr. 360. 8. Anwachfungsrecht Rr. 920. 4. Berlaffenfchaftsabhandlung; a) Ermittlung des Rachlaffes Rr. 2109. d) Einbeziehung in den Handen Dritter befindlicher Rachlaffesen Rr. 1656. c) Einbeziehung der Widerlage Rr. 2104. d) Anfledung eines eurator

hereditatis jacentis Rr. 1919. e) Burfidweisung ber Erflarung wegen Mangels eines gesetlichen Titels Dr. 3085. f) Berechtigung bes Berlaffenichaftsgerichtes jur Brufung bes Erbrechtes nach bereits angenommener Erbeerflarung Rr. 546, 2815. g) Berpflichtung bes Berlaffenschaftsgerichtes jur Annahme ber auf ein Teftament gegrunbeten Erbeerflärung trot Bebenten gegen beffen Giltigfeit Dr. 1081. h) Berpflichtung ber gefetlichen Erben jur Berftanbigung ber legatare ungeachtet ber offenbaren Ungiltigfeit bes Teftamentes Rr. 8098. i) Sequeftration ber Berlaffenichaft wegen wiberftreitenber Erbanfprfiche Dr. 1001, 1434, 2140. k) Bestimmung bes Sequefters und bes Ortes ber Sequeftration Dr. 2469. 1) Biberftreit bes im Abhanblungewege fefigeftellten Inhaltes eines munblichen Teftamentes mit bem fbateren im Procegwege ermittelten Rr. 2884. m) Biberfpruch zwifden ber Einantwortungeurtunde und ber lettwilligen Ertlärung Rr. 89. n) Berhaltniß ber Ginantwortungeurfunde jum Ginantwortungegefuch Rr. 191. o) Bebentung bes Einantwortungsbecretes Rr. 1869. p) Auslegung und Behandlung einer im Ginantwortungegefuch übernommenen Berpflichtung bes Erben Rr. 191. q) Einantwortung jure crediti Rr. 1734. r) Begfall ber Abbanblungspflege bei einer ben gefammten Rachlag ericopfenben Schenlung auf ben Tobesfall Rr. 2987. a) Aufbebung einer Berlaffenschaftsabhandlung Dr. 986, 1669. t) Biebereinverleibung ohne Bermittlung bes Abhanblungsgerichtes Rr. 1000. 5. Teftamentsvollzieher Rr. 879, 1156, 2076, 2965. 6. Teftamentgrifche Beftellung eines "Abhanblungspflegers" Dr. 2274. 7. 3m mutterlichen Teftamente Nr. 3050.

VI. Rechtliche Stellung bes Erben. 1. Bor ber Ginantwortung: a) Beftellung eines Rachlageurators trot erfolgter Erbeerflarung Dr. 48, 461. b) Bertretung bes Rachlaffes burch bie Erbeerflarten Rr. 816, 1367. c) Richtberechtigung ber Erben, vor ber Einantwortung Forberungen bes Erblaffers für fich einzullagen Dr. 2500, d) Berfangenfcaft bes Dachlaffes für Erbichafteglaubiger und Legatare Rr. 1236, e) Bormertung auf ein angefallenes Erbgut Dr. 389, 482, 582, 667, 789, 1299, 1338, 1567, 1576, 1584, 1695, 1807, 1808, 1820, 1891, 2082, 2246, 2578, 2590, 2687, 2659, 2707, 3015, (8197). f) Sphothefarflage gegen ben Erben ver ber Einantwortung Rr. 2699. 2. Beneficium separationis Nr. 617, 1581, 1557, 1605, 1789, 1921, 1999, 2221, 8028; (Gemabrungefrift Rr. 2184; Gefahr als Borausjehung Rr. 2887, 2454; Unterfcieb bes Separationerechtes von bem Rechte auf Sicherftellung eines Legates Rr. 2748; Sicherftellung bes Rubgennffes bes fiberlebenben Chegatten Rr. 8204). 8. Beneficium inventarii Mr. 146, 319, 907, 944, 957, 1114, 1115, 1449, 1625, 1998, 2064, 2121, 2224, 2810, 2642 (Concurseröffnung). 4. Stellung ber sine beneficio antretenben Erben Rr. 1868, 2030. 5. Uebergang ber Rechte und Berbinblichkeiten aus einem grunbblicherlich fichergeftellten Crebitvertrage auf bie Erben Dr. 2702, 2708.

- VII. Rechteverbaltniß der Miterben. 1. Theilung ber Erbicaft: a) Stillidweigende Einwilligung in bie Theilung Rr. 157. b) Bertheilung bes Rachlaffes burch ben Erblaffer bei feinen Lebzeiten Rr. 441. c) Bei Borhanbensein eines Bauerngutes Dr. 986, 1985. d) Fortbestand ber bie Befriedigung ber Miterben erleichternben Bestimmungen nach Aufhebung bes Unterthanigfeiteverbanbes Dr. 2782. e) Beraußerung gemeinschaftlicher nachlagftude burch einzelne Erben Dr. 2059. f) Rlage gegen mehrere Miterben auf Entlaftung und Ausfolgung von Obligationen Rr. 2121. 2. Collationeverbindlichfeit: a) Rumenbung unter ber Berbflichtung ber Ginrechnung in ben Erbibeil Rr. 27. b) Erflärung bes Erblaffers, bag einer ber gefetlichen Erben eine Belbfumme in ben Nachlag ichulbig fei Dr. 292. c) Umfang ber Collationspflicht Dr. 107. d) Berjonen, unter benen bie Anrechnung ftattfinbet Dr. 1068. 3. Sicherftellung: a) burch Sequeftration ber in ben Sanben anderer Erben befindlichen nachlaggiter Rr. 2209. b) Sicherftellung ber Erbportion gegenüber bem Diterben, bem ber Fruchtgenuß an bem gangen, aus vertretbaren Sachen befiebenben Rachlag eingeräumt murbe Rr. 2213.
- VIII. Rechtsvethältniß bes Bor- und Nacherben. 1. Anslegung ber Anordnung, daß ber Borerbe von dem Racherben in der "Gebahrung" mit dem Nachlaß nicht beschränkt werde Nr. 1412. 2. Ungulässigkeit der Intabulation gegen den Racherben an Stelle einer gegen den Borerben erwirkten, ungerechtsertigt gebliebenen Pränotation Nr. 3177. 3. Berpflichtung des sibeicommissarischen Erben zur neuerlichen Entrichtung der frommen Gebühren Nr. 2961.
  - IX. Beräußerung der Erbicaft Rr. 989, 2637.
  - X. Sont bes Erbrechte. 1. Rullitatequerel nach erfolgter Erbeerflarung auf Grund bes angefochtenen Teftamentes Dr. 118. 2. Erbrechtellage nach einverftanblich erfolgter Gingntwortung Dr. 1920. 8. Hereditatis petitio partiaria Dr. 2954. 4. Beginn ber Berichrung bes Rechtes gur Anfechtung eines Teftamentes Rr. 904. 5. Berjahrung ber Erb. icafteflage Dr. 565, 1055. 6. Berjährungefrift für bie Geltenbmachung ber Unechtheit eines Teftamentes Rr. 8124. 7. Unverjährbarfeit ber Einwendung ber Ungiltigfeit einer lettwilligen Anordmung Rr. 180, 486, 568. 8. Beweis bes Erbrechts: a) Beweislaft in Anfebung ber Echtheit und Giltigleit eines Teftamentes Rr. 806, 798, 979, 2214. b) Beweis ber Echtheit und Giltigfeit eines Teftamentes Dr. 274, 701, 968, 1827. 9. Legitimation bes eventuellen gefetlichen Erben gur Rlage auf Ungiltigerflärung eines vom Erblaffer gefoloffenen Bertrages Rr. 384. 10. Rlage eines Miterben ohne vorausgegangene Berlaffenicafteabhanblung Rr. 186. 11. Legitimation bes Erben eines Theilerben por Antritt ber Erbicaft bes Theilerben? Rr. 2964.

#### B. Bermachtniffe.

- I. Allgemeines. 1. Borausvermachtniß: a) Borausvermachtniß ober hineinvermächtniß? Rr. 18. b) Bralegat? Rr. 967. 2. Bermachtniß an Gunften einer erft auszumablenben Berfon Rr. 967. 8. Bermachtniß gul Gunften eines Berichollenen Rr. 1043. 4. Bu Gunften eines befauntermaßen Berflorbenen Rr. 2682. 5. Bermachtnig unter Auflage ju Gunften einer Familie Dr. 16. 6. Bebingung ober Auftrag? Dr. 2666. 7. Bermachtniß aus bem bereinstigen Rachlag bes Erben Nr. 2450. 8. Umfang ber Rechte bes Ribuciars bei einer fibeicommiffarifden Subflitution Rr. 2571. 9. Aufbebung eines Cobicills burd Errichtung eines basselbe nicht beftätigenben Testamentes? Rr. 835. 10. Ademtio legati ? Rr. 2428. 11. Biberruf eines gemeinschaftlichen Bermächtniffes binfictlich einiger Legatare Rr. 796. 12. Auslegung eines Legates Rr. 561, 1180, 1817, 1498, 1830, 2049, 3116. 13. Auwachfungerecht Rr. 796, 1288. 14. Bertragemäßiger Bergicht auf ein Legat Dr. 885. 15. Anerfennung eines Bermachtniffes, beffen Bebingung vereitelt if Rr. 2666, 16. Ungulaffigfeit ber vom Teftator nachgesehenen Sicherftellung eines Legates Dr. 569, 1680. 17. Aufprud bes Legatars auf Gicherftellung Rr. 879, 2942. 18. Ungetäffigfeit ber Rorberung einer beftimmten Art ber Gicherftellung Re. 2748, 19. Hatenfchieb bes Separationerechtes von bem Rechte auf Sicherftellung; bes Legates Rr. 2748. 30. Borandfehung bes Bechtes ber Erben, Die Bermachaniffe mir gegen Gicherftellung je berichtigen Rr. 3120. 21. Gintritt ber Mora bes Bermideniffdunbuece mit bem Rablungstage bes Legates Rr. 2857, 2704. 22. Berpflichtung jur Berginfung frommer Bermachtniffe felt bem Lobestage bes Erblaffers Rr. 1190. 28. Rinsfuß bei einem bie Sobe betfelben nicht angebenben Bermachtnif Rr. 1318. 24. Unanfaffigleit bes Abanes ber Einfommenftener Rr. 80, 484. 25. Ungulaffigleit ber Bfanbung, bereits ausgefolgter Bermächtnifgegenftänbe burch bie Erbichafteglanbiger Rr. 1258. 26. Berhältnift bes Gubleggters jum Legetar und bem Erben Rr. 269. 27. Sicherfiellungerecht ber Gläubiger bos Legature Rr. 1807, 1808, 1820, 2191.
- 21. Einzelne Bermächinisse. 1. Legar einer Gulbsumme ohne Bepehhung ber Wehrung Rr. 966. 2. Legat stänntlinfer im Bohnstand bes Erilastes bestuden Br. 168, 1842, 1806. 3. Legat "aller Capitalien" Rr. 2826. 4. Aufantintentuessen bes Legates einer Sache mit der Anertennung des dem Legatas am einer gleichtet Gaste mit des Anertennung des dem Legatas am einer gleichtet Gaste mit einen Eigenstumes Rr. 266. 5. Bermäckniss einer berpflacheten Gaste Rr. 1666. 6. Legat eines Etundställe des Erblasser, welches mit einer nicht gestschten Hopostelarsvederung derseiben belastet ist Kr. 2070. 7. Legat besus 3. Moondung der dem Erblasser anvertrauten Gnunne im Sinne des erhaltenen Austrages Rr. 493. 8. Legat

bes Fruchtgeunssele? Ar. 186. 9. Necht bes Fruchtnießers einer Ber-lassenhichaft auf Berwalkung berselben Ar. 464, 1211. 10. Stillschweigenbe Einschungs einer Servitut am ber vermachten Sache Ar. 2071.
11. Hälligkeit eines vermachten theilbaren Ausgebings Ar. 177. 12. Legatum dediti? Ar. 369, 1851, 2010, 2461. 13. Legat bes Heiratsgutes Ar. 879. 14. Legat einer jährlichen Rennteration? Ar. 97.
15. Legat einer Anordnung einer jährlichen Rennmeration? Ar. 97.
15. Legat einer Rente mit dem Zusate, daß der Legatum auf den Todessall darüber versägen bürfe Ar. 218. 16. Legat einer Jahresrente mit dem Berdste ihrer Berässserung Ar. 203. 17. Bedingtes Rentenlegat Ar. 2942. 18. Berjährung vermachter Renten Ar. 142, 966. 19. Berjährung vermachter jährlicher Beiträge auf Messen Ar. 954.
20. Letztwillige Anordnung von Wessen: Austrag oder Bermächtniß? Ar. 2028, (2788). 21. Lestamentarische Bestellung eines "Abhandlungspsiegers" Ar. 2274. (Gesetzliche Legate Ar. 2583.)

#### C. Ichenkung auf den Codesfall.

1. Schenkung inter vivos ober mortis causa? Rr. 885, 1671.
2. Schenkung mortis causa ober Ueberlassung an Zahlungsstatt? Rr. 2400.
3. Schenkung mortis causa ober Wiberlage? Rr. 265.
4. Bitwenversorgung ober Schenkung auf ben Tobessall? Rr. 1981.
5. Donatio mortis causa: Bertrag ober Legat? Rr. 72, 165, 1981, 3162.
6. Erforberniß ber schristlichen Annahme Rr. 8062.
7. Schenkung bes ganzen Bermögens von Tobeswegen unter Honoritung britter Personen Rr. 428.
8. Wegsall der Abhandlungspstege bei einer ben gesammten Nachlaß erschäpfenden Schenkung auf den Tobessall Rr. 2987.
9. Schenkung auf den Tobessall zu Eunsten Dritter? Rr. 1699.

## D. Erbfolge gegen eine lette Willensordnung.

1. Anspruch auf ben Pflichttheil trot vorhergegangener Erbserflärung Rr. 1458. 2. Berzicht auf ben Pflichttheil; Wirsamkeit besselben für bie Nachkommen Nr. 151. 3. Wirsung bes Berzichtes eines von mehreren Notherben Rr. 2175. 4. Einrechnung in ben Pflichttheil Rr. 27, 1994, 2144, 2986. 5. Jugiehung ber Notherben bei ber Schähung ber Berlaffenschaft Nr. 1205. 6. Hinterlaffung bes Pflichttheiles in Gestaft eines Erbstheiles Rr. 780. 7. Nechtliche Wirfung bes vordehallschen Antichtes bes hinterlaffenen Pflichtheiles Rr. 3208. 8. Ungiltigkeit ber Enterbung wegen "Beleibigung. Un. 406. 9. Pränotationsamspruch bes Notherben zur Sicherstellung bes Pflichtheiles Rr. 3017. 10. Berpflichtung bes im Besich ber Berlaffenschaft besindlichen Legatars zur Sicherstellung bes Pflichttheiles Rr. 1888. 11. Berzichtung bes Anspruches auf Ergänzung bes Pflichttheiles Rr. 3084.

Interessen Nr. 688. 13. Berletzung bes Pflichttheiles burch Belastung mit einer sibeicommissarsichen Substitution Nr. 1889, 2184, 8012.

14. Berletzung bes Pflichttheiles burch übermäßige Schenkung: a) Berechnung bes reinen Nachlasses Nr. 1660. b) Berechnung bes Pflichttheiles Nr. 282. c) Berechnung bes Pflichttheiles im Falle einer nicht übermäßigen Schenkung Nr. 583, 1474. d) Berletzung burch successive Schenkungen Nr. 2268. e) Berjährungsfrist für die Ansechtung einer übermäßigen Schenkung Nr. 1355. f) Streitanmerkung Nr. 2415. g) Beweislast Nr. 991. 15. Ansechtung eines Leidenmerkung des Pflichttheiles durch Gutsabtretung mit Altentheil Nr. 1497. 17. Geburt von Kindern nach Errichtung eines Testamentes, worin die vorhandenen Kinder auf den Pflichttheil gesetzt sind Nr. 207. 18. Entkrästung des Testamentes durch Adoption Nr. 1974. 19. Auslegung des H. 779 a. d. G. Br. 2075.

### E. Samilienfideicommif.

1. Unterschied zwischen Familiensibeicommiß und sibeicommissarischer Zubstitution Nr. 78. 2. Anertennung der Stiftung eines Fibeicommisses Nr. 1569. 3. Bormertung der Fibeicommisseigenschaft vor erwirkter landessürstlicher Bewilligung Nr. 1809. 4. Unzulässigseit der Annahme einer nur auf den Nachweis der Abstammung aus einer ungiltigen Spe gestützten Fibeicommisserklärung Nr. 3020. 5. Uebergabe eines Fibeicommisses dei Lebzeiten des Bestigers an den Nachsolger Nr. 2887. 6. Behandlung der Grundentlastungscapitalien bei Familiensibeicommisgitern Nr. 357. 7. Unzulässigseit (bezw. Beschräntung) der Psandrechtpränotation auf ein zu einem Familiensibeicommiß bestimmtes Gut Nr. 3046, 3047. 8. Haftung des Alobialerben für eine persönliche, zu Gunsten des Fibeicommisses Contrahtrte Schuld des Fibeicommisches bestigers Nr. 2084, 2546. 9. Berständigung des Fibeicommiscurators allein von der executiven Feilbietung der sur das Gelbstdeicommiscurators allein von der executiven Feilbietung der sur das Gelbstdeicommiscurators allein von Ber Executiven Feilbietung der für das Gelbstdeicommiscurators allein kannakannte Realität Nr. 1057.

### F. Erblofer Nachlaß.

1. Berjährungsfrift für Forberungen bes Fiscus aus einem als erblos eingezogenen Nachlaß Rr. 1415. 2. Cabucitätsrecht bes Fiscus Rr. 2478, (8035).

## B. Sandels- und Seerecht.

- I. Procuriften, Sandlungsbevollmächtigte und Sandlungsgehilfen. 1. Saftung bes Principals für die Haublung eines Bevollmächtigten Nr. 41.
  2. Umfang der ertheilten Bollmacht, eingehende Bechsel zu giriren Nr. 145.
  3. Umfang der Bollmacht des Abminifirators einer Fabrif Nr. 124.
  4. Umfang der Berechtigung eines Buchhalters Nr. 858. 5. Umfang der Bollmacht des Commis eines Spediteurs Nr. 381.
  6. Klage gegen den Procuriften nach dem Tode des Principals Nr. 221.
- II. Sanbelsmäller, Bermutheter Umfang ihrer Bollmacht Rr. 400. 2. Anfpruch auf die Mällergebühr Rr. 1087, 1438. 8. Bemeffung berfelben Rr. 2402. 4. Berfprechen einer jährlichen Mällergebühr Rr. 2720.
- III. Banbelegefellichaften, fiche Obligationenrecht.
- 1V. handelsgeschäfte im Allgemeinen. 1. Zinsen vom Salvo eines Contocorrente vom Tage bes Rechnungsabschlusses Rr. 451. 2. Laufenbe Rechnung Rr. 470. 8. Raufmännisches Retentionsrecht; Einfluß ber Concurseröffnung auf basselbe Rr. 472. 4. Retentionsrecht bes Schiffssührers vom Frachtgut Rr. 1724. 5. Empfangsbestätigung unter Handelsleuten Rr. 825. 6. Haftung ber Erben aus ber Fortsührung ber Handlung Rr. 287. 7. Uebergabe einer Handlung an einen Dritten zum ausschließlichen Betrieb für gemeinschaftliche Rechnung Rr. 563.

  8. Haftung bes Unternehmers einer Handlung für ältere Schulben Rr. 1285. 9. Acceptation, resp. Indosstrung eines Bechsels behuss Eilgung einer Handelsschulb Rr. 210, 250. 10. Beschaffenheit einer Bollmacht zur Eingehung von Bechselverbindlichkeiten Rr. 1882.
- V. Gefcafte in Borfepapieren. 1. Rechtliche Ratur bes Differenzgeschäftes Rr. 68. 2. Differenz- ober Lieferungsgeschäft? Rr. 781. 8. Uneinklagbarteit von Forberungen aus einem Differenzgeschäfte Rr. 1871, 3115.
  4. Prämiengeschäft Rr. 328. 5. Lieferungsgeschäft außerhalb ber Borfe Rr. 380.
- VI. Commiffion. 1. Berfauf an fich felbft Rr. 344. 2. Berhaltniß bes Commiffionars jum Committenten Rr. 82.
- VII. Spedition. 1. Berhältniß bes Spediteurs jum Deftinatar Rr. 163, 499. 2. Bergütung ber Speditionstoften Rr. 163. 3. Umfang ber Berbinblichleit bes Spediteurs Rr. 381. 4. Haftung bes Spediteurs für die Berfpätung ber Sendung Rr. 315, 1574.
- VIII. Affecurang. 1. Berficherung einer fremben Sache Rr. 94. 2. Unterlaffene Ausfolgung ber Berficherungspolice Rr. 194. 3. Einverftänbliche Zurudbatirung einer Berficherungspolice Rr. 277. 4. Berfchweigung einer nicht lebensgefährlichen Krantheit bei einer Lebensversicherung Rr. 2972. 5. Eigenthum an einer au portour lautenben Lebensversicherungspolice Glofer, Unger u. Balther Entich. VI.

Rr. 8005. 6. Berpflichtung bes Berficherten jur Zahlung ber Prämienraten im Falle ber Berpfandung einer Lebeusversicherungspolice Rr. 8180. 7. Ausstellung eines Prämienscheines in Wechselform. Bereicherungstlage im Falle ber Präjubicirung biefes Wechsels? Rr. 8228. 8. Bergögerung ber Ablieferung einer Seefracht burch Kriegsgefahr Rr. 1159.

# II. Civilproceß.

# Civilgerichtliches Berfahren überhaupt.

#### A. Berhältniß ber Civilgerichte ju anberen Beforben :

I. Bu ben Bermalt ungebehörben: 1. Staatliche Bermaltungebeborben im engeren Sinne und Gemeindebehörben: Procegnullitat wegen Gingriffs in bie Competeng ber Abminiftration 332, 713, 1038, 2229, 3112. Streitigfeiten amifchen ber Gemeinbe und bem Gemeinbefteuereinnehmer 2290. Rlage einer Gemeinbe gegen ihren Burgermeifter auf Rechnungslegung 2489. Competeng ber Abminiftrativbeborbe gur Enticheibung über einen Erfaganipruch gegen Gemeinbevertreter 2442. Berichtliche Ginbringung und Siderftellung von Gemeinbeumlagen 2243. Berfahren bei ber Incompetengerflarung von Amtewegen 1468. Beweisfraft von Acten ber Bermaltungebehörben 18, 287, (480), 620, 1572. 1641, 1759. Beweistraft bes auf Grund einer Anordnung ber Berwaltungsbeborbe in bas Geburtsbuch aufgenommenen Bermertes ber legitimatio per subsequens matrimonium 2729. Beurtheilung von privatrechtlichen Rechtsgeschäften burch bie Abminiftrativbeborben? 18, 754, 908, 1330, (2041). Einfluß ber Rovation einer Lieblobneforberung auf die Competeng 2982. Baufachen (insbefondere auch Baffer- und Mühlbauten) 848, 849, 713, 1038, 1561, 2218, 2475. Brunnen 2557. Bafferguffuß ju Dublen 2864. Feuergefährlichteit eines Baues 2277. Gemeinbepolizei? 2443, 2555. Richterliche Brilfung ber Giltigfeit einer Berordnung bes Gemeindevorftebere 3037. Regulirung bes Befitftanbes mit Bermeisung auf ben (orbentlichen?) Rechtemeg 3042. Armenverforgungeanfpruche 3085. Erflarung einer Sache ale offent. liches But 548, 1330. Cultusfachen 596, 665, 1802. Entgeltliche Ginraumung ber Benutung eines Rirdenfites 3215. Forftfachen 1627, 2029. Rataftralfachen 1572, 1641, 1759. Reintegrirung einer Rufticalwirthichaft 1522. Grundentlaftung 1878. Auf Grund und Boben haftenbe Leiftungen für Bfarrer und Schule 2868. Aufbebung ber bie Competeng ber Berichte verneinenben und in biefem Buntte nicht jur Befdwerbe gezogenen Entideibung betreffent bie Theilung gemeinfcaftlicher Gitter burch bie Rechtsmittelinftang 2996. Erbgins 1795.

Ersahansprüche wegen Gewerbsstörung 2280. Berletzung ber Postintereffen burch Stellwagenfahrten 2408. Rage einer Eisenbahngesellschaft gegen eine anbere auf Richtigerklärung ber Concession wegen Berletzung eines ber ersteren ertheilten Privilegiums 2859. Beschäbigung burch Eisenbahnanlagen 1948. Berantwortlickeit von Beamten 681, 632 (revolutionäre Regierung), 785, 2019. Gegen einen Beamten gefälltes abministratives Ersahertenutuis 2884, 8197.

- 2. Bergbeborben 1187.
- 8. Finangbeboren: Ungufaffigfeit ber Executionsffibrung auf Staatsvermögen 424. Borrecht bes Aerars in Bezug auf provisorische Sicherftellung 488, 645, 1628, 1978, 1984, 2047, 2586, 2678, 2875, 2916. Execution auf Grund von Gebührenausträgen der Finangbehörben 788, 2810, 8186. Berantwortlichteit der Post 786. Leibamt 1745. Gerichtliche Berwahrung einer Baare, deren Einsuhr verboten ift 1048. Mauthgebühren 1054. Ersat für ungiltige Steuerexecutions-Acte 1226. Giltigkeit einer an die Staatscasse geleisteten Zahlung 2041. Gefällsgerichte 21.
- II. Bu firchlichen Beborben und Gerichten: 474, 675, 722, 881, 1050, 1107, 1119, 1819, 1702, 1798, 1884, 2007, 2854, 8165.
- III. Bu ben Militargerichten: 1144, 1198, 1250, 1290, 1376, 1470, 1903, 2631, 3168.
- IV. Bu ben Strafgerichten: Ginftellung bes Civilverfahrens bis nach erfolgter Enticheibung bes Strafrichters 2171, 2181. Borausfetungen biefer Siftirung 2292, 2466. Einfing bes Ausspruches bes Straf. gerichtes auf ben Civilproces 69, 398, 846, 928, 1129, 1609, 2305. Birtfamleit bes von einem Militarftrafgerichte gegen einen Minberjabrigen gefällten Ertenntniffes über privatrechtliche Anfpruche 8168. Abichließung eines Bergleiches vor bem Strafricter 791. Roften ber Bertretung bes Beichabigten im Strafproceg 589. Anfpruch auf Bablung einer vom Strafgerichte liquibirten Bertheibigungsgebühr 2252. Strafanzeige nach ergangenem Urtheile bes Civilrichters 608, 1208, 1440, 2419, 2455, 2786 (Betrugeanzeige), 748 (Bucher), hemmung ber Execution auf Berlangen bes Strafgerichtes 2888. Strafanzeige gegen einen Beugen 1708. Erecution auf Grund eines Strafurtbeils 2721, (B189). Ginfluglofigfeit bes ftrafgerichtlichen Ertenntuiffes auf bas amifden britten Berfouen beftebenbe Rechteverhaltnig 2944. - (Saupteib über ftrafbare Sanblungen 1162.)
- B. Gegenseitige Abgrenzung des ftreitigen und nicht ftreitigen Berfahrens:
  136 (Erbschaftstlage ohne Berlassenschandlung), 164, 290 (Aliamentationsanspruch der Chegattin), 350 (Collifion zwischen Legataren und Erben), 455, 546, 1747, 2797 (Prüfung des Erbrechtes), 879 (Sicherheit des Legates), 2269 (Berweisung des Streites über die juriftische Ratur des Wobus auf den Rechtsweg), 1031, 1186 (Löschung einer auf dem executiv veräußerten Gute haftenden Sahpoß), 8155 (Ein-

(prace des Berläusers gegen Superpränotationen zu Lasten des Räusers), 2872 (Correctur offenbar unrichtiger Einträge in den öffentlichen Büchern), 1202, (754, 1830), 1401 (officiöse Becidigung der Zengen des mündlichen Testamentes ungeachtet des anhängigen Erbrechtsstreites), 2600 (Rage auf Ablegung des Manischationseides sider den Bestand einer Berlassenschaft), 1494 (Substitutionsstreitigseiten), 1716 (Ausprüche des Finders), 1738 (rechtliche Wirfungen der Hinterlegung), 1859 (in dritter Hand besindlicher Nachlaß), 1929 (Wirfung des Bordehaltes nach §. 822 a. d. G. B.), 2023 (Schähung einer gemeinschaftlichen Sache), 2806 (Ausstellung eines Berwalters einer gemeinschaftlichen Sache), 2446 (Bemängelung einer Sequestrationsrechnung), 8185 (Frist zum Recurs gegen die Bemessung der Gebühr für die bei einer Wechselererecution zugezogenen Schäbleute).

# Berfahren in Streitsachen.

#### A. Competens.

- I, Mugemeines. Competengabgrengung gegenüber auslanbifden Gerichten 547, 1063, 1480, 1719, 1724, 2694, 2697, 2698, 2801, 3101; gegenüber ungarifden Gerichten 1790, 2474, 2574, 2608; - gegenüber croatifcen 1396. Umfang ber Confulargerichtsbarteit im Drient 2821. Buftanbigleit jur Sequestration bes Bermögens eines Ausgewanderten 1169. Debrface Competeng besfelben Gerichtes 99. Ginftellung bes Berfahrens von Amtewegen bei offenbarer Incompeteng 882. Ueberweisung bes über bie Anftunbigung eines Bachtvertrages vor einem nicht anftanbigen Berichte geführten Broceffes an bas juftanbige Bericht jur Aburtheilung 3118. Abweisung ber Rlage a limine wegen Incombeteng 1748. Prorogation bes forum rei sitae 987. Ungulaffigfeit ber Brorogation von einem Begirtsgerichte vor einen Gerichtshof 3086. Stillichweigenbe Unterwerfung 1062. Anfechtung ber vom erften Streitgenoffen fillichweigenb anertannten Combeteng burch anbere Genoffen 3004. Berbaltniß bes requirirten Gerichtes jum requirirenben 1470, 2070, 2508. Biberruf ber Delegirung eines Berichtes 1502. Separatentideibung über bie Competeng im fummarifden Berfahren 976. Frift jur Incompetenzeinwendung bei vergebene verfuchter Bereinbarung auf munbliches Berfahren 654.
- 11. Einfinf der Connertiat und Alagencumulation auf die Buftandigleit. Bahlrecht des Rlägers im Falle der passiven Streitgenossenschaft 22, 1450. Berbindung der Alagen auf Ausbedung eines Erdpachtes, Rüdgabe des Gutes und Zahlung des Zinstudstandes 254. Connertiat einer Bestandstreitsache mit einer anderen Processach 526, 660 (Alage auf Richtigkeit des über eine Bestandstreitsache geschlossen Compro-

misses). Cumulirung von Ansprüchen auf Grundstüde, die in verschiebenen Sprengeln liegen 8096. Gleichzeitige Belangung des Personalund Hppothelarschuldners 605. Rage auf Bertretungsleistung 638. Rage gegen den Bürgen 658. Fortdauer der Zuständigkeit nach Ausscheiden eines Streitgenossen 762. Widerklage gegen den Bertretungsleifter 890. Passive Streitgenossenschaft mit einem Cridatar 913, mit dem Militärärar 1250. Alage auf Ausbeung eines Executionsactes gegen einen der Militärgerichtsbarkeit unterstehenden Executionsführer 1290.

- III. Berfonalgerichteftanb. 1. Allgemeiner. Beweislaft binfictlich bes Domicile 1510. Befdrantung ber Buftanbigfeit binfictlich ungarifder Lanbesangehöriger 1969. Aufenthaltsort 1288. Gerichteftanb ber bei einer öfterreichifden Diffion im Auslande Angeftellten 2574, 2608. Richtberudfichtigung ber von einem geiftlichen Berichte in Chefachen por ber Bieberherftellung ber ftaatlichen Chegerichte ausgesprochenen Delegation 8165. Buftanbigfeit ber Bersonalinftang bei ber actio negatoria 2099. Rlage gegen ben britten Befiger ju pfanbenber Sachen auf Bestattung ber Execution 2617. Bestanbftreitfachen 280, 526, 660. 868, 922. Rlagen auf Ungiltigerflarung einer Darlebensauffünbigung 1776. Competeng für Ansprüche bes Acceptanten gegen ben Ausfteller 2488. Buftanbigfeit jur Bewilligung bes erften Grabes ber auf eine Liegenschaft auf Grund eines Strafurtheils geführten Erecution 2721. Rlagen auf Bugestehung von Rechtswohlthaten 1790. Gerichtsftanb bes Fruchtnießere eines lanbtaflichen Gutes 1797. Berichteftanb bes Fiecus 2856. - Stäbtifch-belegirtes Begirtegericht: Bewerthung bes Streitgegenftanbes 1927. Rechnungeliagen 1839.
  - 2. Befonberer Berichteftanb. a) Berichteftanb bee Bertrages: α) Begrunbung besfelben: Burgicaftleiftung 446, 658, Benehmigung ber Berfenbungeart 503. Zweiseitiger Bertrag 578. Entbehrlichfeit ichriftlicher Annahme ber Bufage ber Erfüllung an einem bestimmten Orte 2516. Annahme einer ben Bablungeort bestimmenben Factura 579, 1260, 1302, 1563, 2255, 2764, 2840, 3088. Wohnort ber Perfonen, welchen ein Alimentationebeitrag ju gablen ift 641. Ratur ber Leiftung 762. Berfprechen, bie Sache "bort auszugleichen" 766, 942, 2644. Bestimmung bes Preifes "loco X." 777; "franco loco X." 2566. Berfprechen ber "Ginfenbung" 847, 1222, 1371, 2048, 2458, 2488, 2856 (Ginfenbung an ben eventuellen Ceffionar). Beauf. tragung mit Börfegeichaften 1077. Berabrebung ber Bufenbung gegen Nachnahme 1359. Rlagen aus einem beiberfeits erfullten Bertrage 1748. Ausbehnung bes im Bestanbvertrage vereinbarten Gerichtestanbes auf Auffunbigung bes Bertrages 3118. Bereinbarung eines bestimmten Berichtftanbes blos ju Gunften eines Contrabenten 1519. Befonbere Boraussehungen bei baierifchen Unterthanen 1480. 6) Beweis ber ben Berichteftanb bes Bertrages begrunbenben Thatfachen: Beweisthema 227. Begfall bes Erforberniffes einer mit ber

Rlage beigebrachten Urtunbe 387. Beweis burch bas hanblungsbuch 2, 889; burch ben Eib 286, 1802, 1562, 1563, 2844; Berufung auf Gewohnheit 1154. Zwischen ben Barteien bestehenbe Gepflogenheit? 2488. 7) Berhältniß bieses Gerichtsstanbes zum Berlassenschaftsgericht 2474. 3) Zuständigkeit des fitr alle aus einem Bertrageverhältniß erwachsenden Streitigkeiten bestellten Gerichtes für Aufforderungsklagen wegen Berühmung 2900. b) Andere Arten des besonderen Gerichtsstandes: Geführte Berwaltung 1542, 1581, 1889. Berbot 1545. Erbrechtsstreit nach einem in Desterreich begüterten Ausländer 1719. Wiberklage 2697. Amortisation von Privaturtunden 2802. Zugefägte Beschäbigung 8175, 3176.

- IV. Abgrenzung bes Realgerichtsflandes. Rlage auf Theilung einer im Miteigenthum eines Cribatars flebenben Realität 199. Binbication von Grunbftliden, welche ber Beflagte als Beftanbtheile eines ibm geborigen lanbtaflichen Butes befitt 858 (Cumulirung f. oben unter II.). Rlage auf Erfüllung eines Raufvertrages fiber eine Liegenschaft 1476, 2923. Rlage über ben Beftand bes Bfanbrechtes an einem Grunbentlaftungs. capital 3024. Rlage auf Erfillung eines Bestandvertrages 922. Rlage auf Lofdung bes Bfanbrechtes wegen Ablanfes ber Frift 688; wegen Erlöschung ber Forberung: a) burd Berjahrung 826, b) burd Combenfation 1015. Rlage jur Geltenbmachung einen mit einer Spootbef bebedten Forberung 1198. Anbringung bes Befuches um Pranotation eines nicht rechtsfräftigen Bablungsbefehles 2752. Branotationerechtfertigung 1124, 1127, 1228, 1894, 1857. Buftanbigfeit bes Erfenntniß. gerichtes jur Brufung ber Reilbietungebebingniffe 1392. Competens jur Lofdung einer Streitanmertung 2195. Berbaltnif gur Abbanblungebeborbe 8162.
- V. Caufalgerichteftanb. Abgrenzung ber Buftanbigteit bes Danbelsgerichtes: Stillschweigenbe Unterwerfung 3224. Amortistrung einer Lebensversicherungspolice 3089. Streitigkeiten aus Bechselgeschäften
  ber n. ö. Escomptegesclichaft 343; über Subscriptionen auf bas
  Rationalantehen 347. Rlagen aus Theaterengagements 612. Rlage
  wegen verspäteter Lieferung von Actien 1133. Einklagung eines prajubicirten Bechsels 1124. Rechtsertigung ber Pranotation eines Bechsels
  1124, 1394. Rlagen aus Handelsgeschäften wiber ben Rachlaß bes
  Hanbelsmannes 1900, 2414, 2803. Berhaltniß zum Berlaffenschaftsgericht 2487, 3183. Jum Gerichtsftanb ber Streitigkeiten aus Bestandverträgen 2496. Berggerichte: Störung im Beste von Bergbauobjecten 1187.

### B. Procefigefet.

Berufung auf die Gepflogenheit 2969. Rudwirtung von Proceggefeben Aberhaupt 2887. Rudwirtung eines nenen Gefebes aber Beweistraft 211. Berudfichtigung eines erft jur Zeit ber Enticheibung in ber fruberen Infang

wirfjam geworbenen Gefetes 3089. Einfluß eines neuen Gefetes auf bie Bollfredung eines vorher ergangenen Erfenntnisses und auf die Behanblung bes Rechtsmittels gegen einen vorher ergangenen Erecutionsbescheib 8178; — (auf das Berfahren behus ber Tobeserklärung jum Zwede der Wiederverehelichung 8196). Rückwirkung processusischer und die Competenz berilhrender Bestimmungen des Handelsgesethuches 1850, 1986. Einfluß der Bollfredung des Personalarrestes in Croatien auf die Arrestvornahme im Sprengel des f. f. obersten Gerichtshoses in Wien 1896. Unzulässseit einer Abweichung von den Regeln des Kerreichischen Processesehes, ungeachtet der Rechtsstreit nach fremdem Rechte zu entschein ist 1404. Dertliche Grenzen der Gesetze über das Bonesieium cossionis 1790.

#### C. Verhandlungsmarime.

Nothwendigfeit eines ausbrudlichen Anjudens um Ginleitung bes Erecutivproceffes 70. Auferlegung bes Schatungs: und Erfüllungseibes, wenn nur ein Erbieten jum Saupteite vorliegt 55, 801. Bulaffung eines ohne nabere Bezeichnung angebotenen Gibes als Erfüllungseib 469. Ungulaffigfeit ber Burlidweifung eines Ausbleibens-Rechtfertigungegefuches von Amtewegen 508. Ungutaffigfeit ber fofortigen Abweifung bes Gefuches um Bulaffung gur Legung von Reuerungen in ter Schlufichrift 3060. Manblide Abweisung bes bei ber Berbanblung vorgebrachten Gefuches um Bertagung ber Kortfetung berfelben und fofortige Urtheilefallung jur Bauptface? 3187. Rothwenbigfeit ber Bernehmung bes Erecuten vor ber Berbangung von Belbftrafen 621, 695. Berudfichtigung eines von ber Partei nicht angeführten aber gerichtsbefannten Umftanbes 914, 2855. Berudfichtigung bewilligter Rriften bon Amiswegen 2464. Berudfichtigung bes 3mangecurfes von Amiswegen 2859, 2769. Unzufäffigfeit ber Berudfichtigung ber Compensation von Amtemegen 2378. Grengen ber Brufung ber Legitimation jur Sache 992, 2835. Burudweifung eines gerichtlichen Erlages von Amtewegen 1006. Bulaffigfeit ber Bereinbarung gemeinsamer Berhandlung über mehrere Rlagen 1268. Abweifung eines wieberholten Friftgesuches von Amtewegen 1277. Unguläffigfeit ber Bemahrung einer Frifterftredung ultra petitum 2589. Amtliche Erhebungen binfictlich ber paffiven Sachlegitimation im Befitprocef 1829, 2282. Briffung ber Anwendbarteit ber gemabiten Brocegart 1848. Bernichtung einer unvollftanbigen Berhandlung 1918. Amtlide Berudfichtigung ber Frift gur Borrechtsflage 2016, - ber Ungiltigfeit ber Berabrebung eines Bertbeibigerbonorars 2045. Abanberung ber Enticheibung erfter Inftang lebiglich im Roftenpuntte ohne ausbriidlich hierauf gerichtetes Begehren 2467, 2472. Berantwortlichfeit bee Richters für gefetwibrige Enticheibungen, welche ber Betheiligte nicht angefochten bat 2981. (Abweifung ber Rlage a limine f. unten G. III. Abweidung bes Urtheils von bem Rlagbegebren f. unten L.)

#### D. Barteien und Stellvertreter derfelben.

I. Legitimation gur Sache. Grenzen ber richterlichen Bflicht, fie zu prufen 992, 2836. (Bgl. fiberhaupt noch oben, namentlich Befit- und Eigenthumetlage.)

1. Active Legitimation. Richtberechtigung eines großjährig Geworbenen, bie Rullitätserffarung ber gegen ibn als Minberjabrigen erfolgten gerichtlichen Schritte ju verlangen 2441, (2545). Actio confessoria 244. Rlage auf Anertennung bes Erbrechtes ohne vorans. gegangene Berlaffenicafteabhanblung 186, (384). Rlage bes Erben eines Theilerben gegen bie Miterben por Antritt ber Erbicaft bes verstorbenen Theilerben 2954. Rlage auf Theilung unbeweglicher Erb. guter bor ber Gemabranichreibung ber Erben 862. Rlage bes eventuellen gefetlichen Erben auf Ungiltigerflarung eines vom Erblaffer gefchloffenen Bertrages 384. Antrag auf Bernehmung von Teftamentszeugen jum emigen Gebachtniß ohne vorausgegangene Erbeerflarung 577. Rlage ber Gemeinbe auf Alimentation einer sonft ber Armenverforgung anbeimfallenben Berfon 636. Rlage bes Inteftaterben vor Antretung ber Erbichaft auf Ablegung bes Manifestationseibes 703. Richtberechtigung ber Erben, bor ber Ginantwortung Forberungen bes Erblaffers für fich einzuklagen 2500. Rlage eines Dritten gegen ben Uebernehmer einer Soulb 721, 747, 2966. Gemeinsame Rlage bes Bertretenen und bes Bertreters gegen ben anberen Contrabenten 2131. Rlage bes Abreffaten wiber bie Boftverwaltung wegen unrichtiger Beftellung einer Gelbfenbung 786. Richtberechtigung bee Darleibere, auf Erlegung ber an bie Inhaber ber Bartialobligationen ju entrichtenben Betrage ju flagen 2409. Rlage ber Mutter eines unebelichen Rinbes auf Bergütung ber bereits gemahrten Alimentation 46, 338, 851, 1089, 1214, 1414, 1889, 2064, 2735, (2741). Beftreitung ber ehelichen Geburt eines pofibumen, mehrere Sabre alten Rinbes burch bie Mutter (1926), 2835. Ginflagung bes Beiratsgutes burch ben Chegatten 992. Rlage bes Miteigenthumers gegen ben Erben eines anberen Miteigenthumers auf Erwirtung ber Intabulation feines ererbten Rechtes 1008. ftreitung einer Sppothet burch einen Sppothetargläubiger 1051. Richtberechtigung bes Sphothetariculbners jur Geltenbmachung ber Einwenbung ber mangelnben Baluta 2993. Unftatthaftigfeit ber Rlage auf Rechnungslegung feitens bes Erben bes gefcafteführenben Befell. icaftere gegen ben fiberlebenben Befellicafter 2964. Legitimation bes Rechnungslegers im Rechnungsproces 1879. (Legitimation bes Berfonalfoulbnere jum Begehren ber Lofdung einer Branotation 1279. Gefuch tes Sppothetarbefigere um lofdung einer nicht gerechtfertigten Superpranotation 2413.) Legitimation bes Rlagers im Befitftorungsproces 2971. Befitftorungetlage wiber einen Miteigenthumer (Miterben) 256, 266, 2862. Befigftorungeflage bes Beftanbnehmers gegen ben Beftanbgeber 956, 969, 990, 1528, 1585, 2862; bes Beftanbgebers gegen ben Beftanbnehmer 1146, 1728. Rlage bes Berpachters wegen Störung bes Befites bes Bacters 956. (Befitfibrungellage bes Sequefters gegen einen ber Sequeftranten 819. Unftatthaftigleit ber Befitftorungeflage feitens bes Brecariften 2228. Legitimation bes Aufgeforberten 2867. Des neuen Bachters jur Rlage gegen ben früheren Bachter auf Berausgabe bes Bachtgegenftanbes 2078. Des Ceffionars jur Lofdungeflage gegen einen bem Cebenten gegenüber jur Lofdungsbewilligung verbflichteten Dritten 2253. Abtretung ber eingeflagten Forberung mabrent bes Broceffes 8053. (Procefftellung Desjenigen, welcher eine privilegirte Forberung für Rechnung bes Cribatars getilgt bat 1117.) Beftreitung einer Forberung burd einen nachftebenben Bfanbglanbiger 2012. Rlage bes eincaffierenben Bevollmächtigten auf Erfat für eine faliche Bant. note 1728. Ungulaffigfeit ber Ergreifung von Rechtsmitteln burch einen ber Substituten im Intereffe ber Anberen 2726. Legitimation bes Bertretungeleifters jur Ginlegung von Rechtsmitteln für bie Bertretenen Richtberechtigung, ber Rotariatetammer jum Recurfe gegen richterliche Enticheibungen in fpeciellen Angelegenheiten 2870. Recurs ber Kinangbrocuratur (Cabucitatsfonds) gegen bie Annahme einer bes gefetlichen Titels ermangelnben Erbeerflarung 8086.

- 2. Baffive Legitimation, Saftung ber Gemeinbe für ben vollen Betrag einer Darlebeneichulb trot ber feither eingetretenen Berminberung bes Umfanges ihres Bebietes 2098. Ragerecht bes Glanbigers auf Burudftellung ber feinem Schulbner anvertrauten Schulbiceine gegen beffen Erben 2666. Leichenfoften, gegen bie Erben fatt gegen ben Besteller eingeflagt 71. Actio confessoria 244. Befitftbrungeflage 26, 81, 289, 586, 819, 956, 969, 990, 1146, 1818, 1829, 2000, 2190, 2282, 2862, 8108. Borrechteflage 888. Binbications-Rlage gegen bie "unbefannten Gigenthumer" einer Sade 1105. Rlage auf Liquibhaltung bes Afterpfanbrechtes an einem Cribagute 1097. Rlage wegen Ausbehnung bes Bohnungerechtes auf Unberechtigte 1012. Aufforberungeflage gegen ben Befiter 110, 1021; gegen ben Manbatar 594; gegen ben Erecution auf eine Forberung Subrenben 927. Erfcinbirungeflage 1620, 2058. Rlage gur Geltenbmachung bes gefetlichen Bfanbrechtes wiber einen anberen Pfanbglaubiger 1787. Bulaffigfeit von Ginwendungen gegen ben Beftanb ber Spothefarforberung gegenüber bem gutgläubigen Afterpfanbgläubiger 2889. Alimentationellage wiber bie Concuremaffe bes unebelichen Baters 1958, 1996. Gintlagung ber Ausgebinge wiber einen ber Miteigenthumer ber belafteten Realität 2020. (Abweifung ber Rlage wegen unterbliebener Belangung einzelner an ber Sache Betheiligter 2815.)
- 11. Legitimation jur Brocefführung. Borgang bei Abforberung berfelben 2289. Proceffualische Folgen ber Mangelhaftigkeit ber Bertretungsvollmacht 289. Legitimation bes Bormundes 826, 362, 2881. Borausjehungen ber Bestellung eines Curator absentis 1554, 2018, 2165.

Legitimation beefelben zur Rlagbeantwortung vor ber Cbictalvorlabung 2772. Beftellung eines Curatore ftatt ber Buftellung an ben gerichtlich angezeigten Bevollmächtigten 1715. Bestellung eines Curator ad actum für eine bereits angetretene Berlaffenicaft 48, 461. Umfang ber Rechte bes Separationscurators 3028. Legitimation bes Curator furiosi jur Beftreitung ber ebelichen Geburt 1651. Berechtigung eines jur Bebantigung ber Rlage bestellten Enrators jur Erfattung von Einwenbungen 2465. Legitimation jur Brocefführung gwifden zwei Bemeinbefractionen 1615. Einfluß ber Curatelverbangung auf eine früher ausgestellte Brocegvollmacht 2598. Legitimation jur Brocefiführung burch bie Bollmacht eines vor Ginbringung ber Rlage Berftorbenen. Beitritt feiner Reprafentanten im laufe bes Broceffes 3170. Rlage gegen ben Brocuranten nach bem Tobe bes Principals 221. Berechtigung bes Baters jur Einftagung von Forberungen feiner Rinder obne obervormunbicaftliche Genehmigung 550. Tob eines gemeinschaftlich mit einem Anberen Bevollmachtigten 647. Legitimation bes Sequeftere jur Befitftorungeflage gegen ben Sequeftranten 819. Legitimation tes Teftamentserecutors jur Gintreibung ber Berlaffenicaftsforberungen 1156. Borgang bei Beltenbmachung ber Rullitat von Brocefibanblungen wiber Minberjabrige 1676. (Brocefftbrungen ber Concursmaffe und bes Cribatars f. Materielles Concursrecht I. 1. u. 2.)

- III. Streitnensfienschaft. Einfluß auf bie Competeng 22, 606, 762, 913, 1250, 1450, 3004 (Anfechtung ber vom erftbenannten Streitgenoffen ftillichmeigend anerkannten Competeng burch anbere Genoffen). Appellation eines unter Debreren in contumaciam verurtheilten Streit. genoffen 817. Rechtfertigung bes Ausbleibens von einer Tagfatung. bei welcher mit einem Streitgenoffen verbanbelt murbe 591. Ginflug ber Streitgenoffenschaft auf bie Auftragung und Ablegung von Giben 598, 706, 816, 830, 1025, 1215, 1230, 1334, 1654, 1959, 2017, 2080, 2829, 2518, 2670, 2906, 8039, 3078, 8081. Berbaltnig ber Streitgenoffen zu einander und jum gemeinschaftlichen Bertreter 780. Umfang ber Saftung für Broceftoften 745, 1959, 2017, 2616, 2687. Baffive Streitgenoffenschaft mit bem Eribatar 918. Entlaffung eines mitbeflagten Solibarfdulbners aus bem Streite 914. Gegenseitiges Berbaltnig zweier mit berfelben Aufforberungeflage Belangten 980. Caffirung bes gangen Urtheils auf Betreiben einzelner Streitgenoffen 1272. Streitgenoffe ale Beuge 1722. Unanwenbbarteit ber Beftimmungen über Rlagen wiber Debrere auf Reftitutionegefuche 1784.
- IV. Bertreiungeleiftung. Competenz für die Alage auf Bertreiungeleiftung 633. Boraussehungen der Bertretungsleiftung 856, 1608, 1976, 2009. Abeitation der Erben in dem Proces gegen den Racklasemator 2870. Berechtigung des Mandanten zur processussischen Intervention 2182. Freiwillige Streitübernahme im Laufe des Processes 2868. Bertretungsleister des Delaten 709, 1056; des Deferenten 1161. Eidesablegung

burch ben Bertretungsleifter 2560. Tob besfelben vor ber Eibesablegung 2618. Rlage bes Gläubigers gegen ben Uebernehmer ber Schulb unter Bertretungsleiftung bes Schulbners 721. Anspruch bes Giranten auf Bertretungsleiftung burch einen ber Bormanner 797. Bertretungsleiftung burch ben befriedigten Gläubiger, an ben ber Rläger die Schuld des Beklagten bezahlt hat 3167. Förmlichleiten beim Begehren ber Bertretung 831. Biberflage gegen den Bertretungsleifter 890. Gegenseitiges Berhältniß des Bertretungsleifters und des Bertretenen 1340, 1947. Ungiltigkeit des den Bertretungsleifter mit Umgehung des Bertretenen condemnirenden Urtheils 1734. Rechtsmittel vom Bertretungsleifter für den Bertretenen eingelegt 2781. Haftung des Bertretungsleifters für den Bertretenen eingelegt 2781. Haftung des Bertretungsleifters für den Bertretenen eingelegt 2781. Haftung des Bertretungsleifters für den Brocestoften? 3111.

V. Beränderung der Personen während des Processes. Beräußerung des dienenden Grundstiese während der Berhandlung über die actio confessoria 244. Abtretung der eingeklagten Forderung während des Processes 8068. Einfluß des Sodes einer Procespartei auf den Eid 68, 301, 715, 790, 821, 848, 1274, 1354, 2860, 2613, 2642, 2744, 2880, 3179.

#### VI. Gegenseitiges Berhaltniß ber Barteien.

1. Roftenerfas. Saftung ber Bartei für bie Entichabigung bes auf ihr Berlangen bem Begner bestellten Curators? 52, 304, 1221, 1904, 1919, 2828, 8048, 3057. Borausjegungen ber Aufhebung ber Broceftoften: 98 (Befeitigung einer Ueberfchreitung bes Rlagebegehrens in boberer Inftang), 372 und 1385 (Ginichrantung bes Rlagbegehrens), 2918 und 3068 (Nichtaujbebung ber Roften ungeachtet ber Berabjetung bee bom Rlager in Anfpruch genommenen Betrages), 407 (Abanderung ber bebingten Berurtheilung in eine unbedingte und umgetehrt), 669 (erwiefene Unechtheit ber auf ben Rlager aus britter Sand übergegangenen Urfunbe), 710 (Menberung ber Gibesformel in ameiter Inftang, 857 (Compensation), 977 (Pluris petitio in einem alternativen Begehren), 1294 (Sachfälligfeit bes flagenben Concuremaffeverwalters), 1517 (theilweife Sachfälligfeit bes Obfiegers), 2281 (Berichweigen einer bereits erfolgten Abichlagszahlung in bem Arreftgefuch), 1917 und 2620 (Unterliegen bes Rlagers megen Berjahrung), 8069 (Unterbliebene Ginmenbung ber Berjährung). - Priorität ber Broceg., Urtheile. und Erecutionstoften 918. Rangordnung ber Erecutions- und Liquidirungefoften bei ber Raufbreisvertheilung 552. 1886. 2854. Rangorbnung ber Roften ber Relicitation 2852. Befdrantung ber Baftung ber Sphothet auf bie Realexecutionetoften 2595. Anspruch ber bei Ausbleiben bes Gegners bie Erftredung ber Tagjatung begehrenden Bartei auf Roftenerfat 564, 3172. Sofortige Berurtheilung in ben Roftenerfat megen verschuldeter Bereitlung ber Lagfatung 2802. Ausjetung ber Enticheibung über bie Broceftoften erfter Inftang bis gum Ansgang bes in ber zweiten angeorbneten Beweisverfabrens 584. Uebergebung bes Roftenpunftes bei Abanberung eines Spruches zweiter Inftang, welcher im Gegenfat ju bem ber erften bie Aufhebung ber Roften verfügt 8108. Gefuch um Mäßigung ber bereits begabiten Brocefifoften, gegen ben Abvocaten bes Gegners gerichtet 590, 2198. Unguläffigfeit ber Beltenbmachung bes Anfpruches auf Roftenerfat burch felbftanbige Rlage 3121. Roften bes Gibesverfahrens 693, 717, 895, 1004, 1275, 1841, 2847, 2851. Roften bes Berfahrens wegen Bulaffung ber Beweisführung pro vitando perjurio 892. Berlegung ber Tagfatung, weil Brobuct erft bei biefer bie Originalurtunben forbert 698. Berlegung ber Tagfatung megen Erweiterung bes Rlagbegebrene 2407. Umfang ber Baftung von Streitgenoffen für Broceftoften 745, 2616, 2687, Baftung bes Bertretungsleiftere 3111. Reisetoften bes Abvocaten 768, 2472. Anspruch auf Bagengebühr innerhalb bes Berichtsfiges 2484. Anfpruch ber Rationalbant auf Erfat ber Liquibirungetoften im Concurse 858. Roften ber Beigiebung eines Abvocaten im fummarifden Berfahren 998, 1911, (2597). 3m Befitfförungeproceg 2913, Aniprud auf Erfat ber burd ein bon ber Concuremaffe im Liquibirungsproceg ergriffenes Rechts. mittel verurfachten Roften 1022. Berurtbeilung ber flagenben Concursmaffe 1042. Roften ber Entfendung eines Bevollmachtigten gur Bornahme ber Execution 1218. Anspruch auf Erfat ber auf außergerichtliche Abichatung erlittenen Schabens verwenbeten Roften 1307. Roftenerfat im Reftitutionsproceg ob noviter reperta 2346; wegen verftridener Frift 2882. Unbebingte Roftenerfatpflicht bes megen folechter Bertretung Reftitution Begebrenben 1815. Roften ber Berbanblung wegen Ausbleibens - Rechtfertigung bem Gegner bes Ausgebliebenen auferlegt 1860. Roften ber Execution jur Sicherftellung 2472. Roften einer ungegrundeten Sequeftration 1441. Roften ber Erfolglaffung einer beponirten Gelbfumme 1478; - bes Incibengftreites über Reuerungen 1524, 3125; - einer gerechtfertigten Pranotation 1568, 2754. Entfceibung über Roften beim Mildtritt von ber Rlage 1528. Oberrichterlide Berurtheilung bes in erfter Inftang Obfiegenben in bie Roften erfter Inftang 1705. Einfluß ber Aufhebung ber Enticheibung einer Inftang 2424. Abanbernng ber Entscheibung erfter Inftang lediglich im Roftenpuntte ohne ausbrudliches bierauf gerichtetes Begebren 2467, 2472. Ungulaffigfeit ber reformatio in pejus beguglich ber Roften 2493, 2812. Berfällung bes erften Richters in ben Roftenerfat wegen unrichtiger Gefetesanwenbung? 3187.

- 2. Rlagscaution 408, 1099, 1165, 1293, 1586, 1721, 2044, 2240 (Giltigleit bes Berfahrens trop unterlassener Auferlegung berfelben), 2851, 2426, 2482 (am Gerichtsorte protofollirte aufrechte Firma), 2553, 2896.
- 3. Gemeinschaftlichfeit ber Beweismittel 1883, 2768.
  VII. Barteien-Bertreter. Rothmenbigfeit ber Beigiehung (Unterschrift) eines Abvocaten 551, 781, 951, 1456, 1913, 1980, 2489, 2996. Bertretungs-

befugniß ber Rotare 597, 712, 940, 1698 (Brocef aus einem Bechfelproteft), 2922; - ber Abvocatursconcipienten 1485; - ber öffentlichen Agenten 752, 782. Bertretung bes Beflagten burch einen biegu nicht Befugten bei einer Tagjatung nach §. 16 a. G. D. 2470. Unwirtfamteit ber im Urtheile erfolgten Roftenbestimmung gegenüber bem Abvocaten bes Obfiegere 308. Gefuch um Mäßigung ber Broceftoften gegen ben Abvocaten bes Gegners gerichtet 590. Ungulaffigfeit ber Branotation von Forberungen bes Abvocaten gegen ben Clienten auf Grund ber Bertretungsvollmacht 629, 1118. Anfpruch bes Abvocaten auf Siderftellung ber Roften ber Erbenfenbestimmung? 2548, Borlage einer von ber vorber ber Bartei ausgefolgten abmeidenben Erbenfennote 2576. Ungulaffigfeit bes Manbatebroceffes jur Ginbringung ber ohne Anhörung bes Gegnere bestimmten Gebühren 1982. Anertennung ber Expensenforberung 1940. Ungulaffigleit gerichtlicher Beftimmung bereits agnoscirter Erpenfen 2624. Ungulaffigfeit richterlicher Brilfung ber von ber Bartei bereits beglichenen Erbenenote 8226. Berluft bes Defervits 1792. Erfatlage gegen ben Rechtsfreund wegen ichlechter Bertretung 2278. Unmittelbare Saftung bes Abvocaten für bie Gebfihr für Einschaltung ber in Sachen seines Clienten erlaffenen Ebicte 2780. Stellung bes gemeinschaftlichen Bertreters von Streitgenoffen 730, 745, 1959, 2017.

VIII. Armenrecht. Boraussetzungen bes Kosenvorschusses 2568. Anspruch bes Armenvertreters auf ben seinem Clienten zugesprochenen Schabenersatz 705. Bersprechen ber Armenpartei, ihre Bertreter zu honoriren 1757. Berpflichtung bes zum Armenrecht Zugelassenen zur Alagscaution 1298. Cautionsleistung als Bedingung ber hemmung der Execution burch eine Exscindirungsstage 2044. Armenrecht verwendet zum Nachweis der Gesahr als Boraussetzung eines Berbotes 2614. Berweigerung des Armenrechtes gegenüber dem Giratar bei mangelndem Nachweis der Armuth des Giranten 3114.

# E. Aeuffere form der Eingaben. Buftellung. Friften. Tagfabungen.

- I. Sprache ber Eingaben 202, 2562. Ueberreichung ber Appellationsbefchwerben in duplo (im summarischen Berfahren) 187. Zelegramm 1963, 2898, 3022. Erforberniß ber Unterschrift eines Rechtsfreundes 551, 781 (bei Concursanmelbungsgesuchen), 951, 1456, 1980; 2489 (bei Gesuchen um Erweiterung ber Pranotationsrechtsertigungsfrift).
- II. Zuftellung. Berspätung ber Zuftellung ber Klage 817. Freiger Zuftellungsvermert 2700. Auftrag jur Guternamhaftmachung 112. Bersfändigung ber Sabgläubiger von ber Feilbietung 197, 305, 1057, 2828, 2880, 2840, 2425, (2725). Zuftellung an ben Bormund bes im Grundbuch als minderjährig Bezeichneten 2680. Auffündigung eines Befandvertrages 1266, 2018. Rachträgliche Zuftellung ber Beilagen

einer Sahschrift 1478. Bustellung an den Buchhalter oder nicht protofollirten Gesellschafter 1761. Zustellung der gerichtlichen, das Aerar betreffenden Mieth- und Pachtausstündigungen an die Finanzprocuratur 2788. Affigirung an die Wohnungsthür des im sremden Namen Broceh Führenden 1988. Wirtung der Zustellung an den Curator absontis 2038. Berweigerung der Annahme wegen Unsenntis der Sprache 2070. Rechtsfrast des Executionsbescheides ungeachtet mangelhafter Zustellung des die Grundlage der Execution bildenden Spruches 2836. (Rachweis der Zustellung der Rlage als Bedingung der Bollftreckarkeit des Contumacialurtheiles 560.)

III. Kriften. Ginrechnung ber Rerialtage: 1. in Die Urtheilsfrift 158; 2. in bie Frift jur Rechtfertigung einer Befdlagnabme wegen Bribilegium-Eingriffes 102; 8. im Berfahren vor Sanbelsgerichten 456, 1781; 4. in bie Frift ju Ginwenbungen gegen ben Rablungsbefehl 1772, 2682. Richteinrechnung ber Ferialtage in bie Frift jur Abbellationsbeschwerbe 2774; in bie erweiterte Frift jur Rechtfertigung bes Berbetes 3007. Richtberlidfichtigung jubifder Feiertage bei Berechnung ber Recursfrift 1768. Friftberechnung bei Ginbringung ber Eingabe burch bie Boft 58, 463, 915. Abweisung eines wieberholten Friftgesuches von Amtswegen 1277. Berechnung ber Frift im Falle ber Abweifung eines wieberholten Friftgefuches 2219, 2865, 2827. Berbinbung ber Abweifung bes Frifigefuches mit ber Anordnung ber Tagfabrt gur Acteninrotulirung 2827. Frifigefuch, eingelangt einen Tag nech bem am letten Tage ber Frift eingelaufenen Inrotulitungsgefuche 3178. Ber-Spatete Eintragung bee Einlangens einer Brocefichrift 2244. Frift. verfaumnig burd Berfculben eines Rangleibeamten bes Broceggerichtes 2899. Einfluß eines irrigen Buftellungsvermertes auf ben Lauf ber Rrift? 2700. Rolgen ber Ueberfdreitung ber Brift jur Liquibirungs-Mage 864. (Frift jur Rlage auf Ansicheibung aus bem Cribeinventar 1197.)

Frift zur Incompetenzeinwendung 456, 654, 1218, 1677; im mindlichen Berfahren 2529; für die Erhebung der exceptio rei judicatas 2675; zur Einrede bei vergebens versuchter Bereinbarung auf mindliches Berfahren 1224; Einstuß des Zeitpunktes der Berfändigung von dem Erlage der actorischen Caution auf die Frist zur Einrede? 2896. Einredefristerweiterung mit Andsicht auf den Zeitpunkt der Recognoscirungstagfahrt 2832; dei Zustellung der Mage an einem Curator statt an den gerichtsbekannten Bewallung der Mage an einem Eurator statt an den gerichtsbekannten Bewallung der Mage an einem Eurator statt an den gerichtsbekannten Bewallung der Magen wegen abgredung auf das ordentliche Berfahren statt des summarischen 748; — bei der entgegengesehten Berabredung 447; dei Magen wegen abgelaufener Bestandzeit 2995; zur Andringung einer mindlichen Appellationsanmeldung 1016. Appellationsfrist im Falle nachtrügsicher Zusstüng der Urtheilsgründe 3010. Recursfrist dei Zustellung an Mehrere 29. Frist zum Beweisantritt 109, 313, 340, 627, 949, 972, 1075.

Frift jur Biebereinsetzung wegen folechter Bertretung 179, 975, 1104. Anfangepuntt biefer Krift 2718. Anfang ber Frift jum Gefuch um Restitution gegen eine verfaumte Frift im Falle bes Recurfes gegen bie bie Folgen ber Berfaumnig aussprechenbe Berfflaung 8174. Berechnung ber reftituirten Frift jur Appellationsanmelbung 1142. Berfpatete Einbringung ber Appellationebeichmerbe? 2842. Frift jum Rlageruderlage im Salle ber Biebereinsebung jur Erftattung ber Ginrebe 1181. Frift jur Bemangelung einer Rechnung 1082. Frift jur Befitftörungeflage 189, 601, 2893; im Salle wieberholter Störung 2722. Anfang berfelben bei Störung burch eigenmächtigen Solgichlag 2889. Appellations. und Revifionsfrift im fummgrifden Berfahren 447, 468; im Berfahren in Ausziehftreitigfeiten 2525. Berlangerung ber Frift für Einwenbungen im Manbatsprocef 784, 1490, 1982, 2380, 2826. Berlangerung ber Frift jur Erbrechtetlage 2507. Frift jur Ginfprache gegen eine Auffündigung 1266. Frift jum Recurs gegen bie im Bege ber wechselgerichtlichen Execution erfolgte Meiftbotvertheilung 1410, 3187; gegen bie Bemeffung ber Bebuhr fur bie bei einer Bechfelerecution jugezogenen Schähleute 3185. Friftgefuche im Grecutions. proceg 1764. Anwenbbarteit ber hanbelegerichtlichen Friften auf Erscinbirungsproceffe 1686. Erftredbarteit einer bom Richter im Erecutionemege gefetten Frift 1765. Ungulaffigfeit ber Bemabrung einer Frifterftredung ultra potitum 2539. Berfprechen, "bis" ju einem gemiffen Tage nicht Execution ju führen 2717. (Recurefrift in Grundbuchefachen, f. Berfahren außer Streitfachen F.)

IV. Tagjahung mit einem Jfraeliten auf einen Sabbath anberaumt 516, 2352. Gesuch um Anordnung einer Tagjahung zur Appellationsanmeldung 1016. Tagjahung mit dem Beifahe, daß der Ausbleibende sür zustimmend zu erachten sei 1438. Erstredung der Tagsahrt wegen Strafhaft des Beklagten 2092; wegen Erweiterung des Alagbegehrens 2407. (Rosten der Berlegung, s. oben D. VI. 1.) Unzulässigkeit der Entscheidung in der Hauptsache vor Rechtskraft der Entscheidung über die Erstredung der Tagsahung 2014. Mündliche Abweisung des bei der Berhandlung vorgebrachten Gesuches um Bertagung der Fortsehung berselben und sofortige Urtheilssällung zur Hauptsache? 3187.

## F. Gegenseitiges Berhaltnif verschiedener Procefarten.

Berhältniß bes münblichen Berfahrens jum schriftlichen: 1. Friften bei vergebens versuchter Bereinbarung bes münblichen Berfahrens a) zur Incompetenzeinwendung 654, 1212; b) zur Einrede 1224. 2. Mündliche Appellationsammeldung im schriftlichen Bersahren 740. 3. Mündliches Berfahren bei den Gerichtshöfen auf dem Lande 812, 2848. 4. Tapsahung nach §. 16 a. G. D. hatt des begehrten Executivprocesses 1842. 5. Concumacirung des von einer Tagsahung nach §. 16 a. G. D. Wegbleibenden 1644.

Berhältniß bes orbentlichen Berfahrens: 1. 3um Executivproceß 70, 1842 (Anordnung einer Tagjatung nach §. 16 a. G. O., wenn ber Executivproceß unzulässig gesunden wird); 2. 3um Mandatsproceß 460; 3. 3um summarischen Bersahren: Aufrechthaltung des ordnungswidrig eingeleiteten summarischen Bersahrens 121, 252, 365. Unzulässigietit des Jurudzreifens auf einzelne Regeln des summarischen Bersahrens nach Bereinbarung auf das ordentliche 545. Frist zur Appellation nach Ueberleitung des summarischen Bersahrens in das ordentliche 748. Uebereinsommen auf schriftliches Bersahren "mit Beibehaltung der Rormen ("der Rechtswohlthaten") des summarischen Bersahrens 2314, 3156. Stillschweigend vereindarte Andlehr zum schristlichen Bersahren im Appellationszuge nach Annahme des summarischen Bersahrens sin besehandlung in erster Instanz 2981. 4. Jum Bersahren in Ausziehstreitsachen 2117.

Berhältniß bes summarischen Berfahrens: 1. jum Executivproces 841; 2. jum Rechnungsproces 204; 3. jum Concursliquibirungsproces 1573. Berhältniß bes Rechnungsprocesses jum Aufforberungsproces 702. Unzuläffigleit bes Berfahrens in Bestanbstreitsachen bei Ragen aus einem gemischten Bertrage 880. Frist jum Recurs gegen Acte wechselrechtlicher Execution (Meistgebotvertheilung) 1410.

### G. Alage.

- L. Befentlicher Inhalt ber Alagen. Mangelnbe ober ungenügende Subfantiirung des Raganspruches (Aenderung des Raggrundes) 76, 104, 228, 262, 264, 910, 1010, 1111, 1161, 1229, 1255, 1280, 1296, 1419, 1428, 1447, 3152. Bestimmung der Zeit der Beiwohnung in der Paternitäteklage 1029, 2157. Unbestimmtes Alagbegehren (898), 1177, 3084, 3097 (Nothwendigleit der Begründung und Präcistrung des Auspruches auf Sicherstellung); Unklarheit des Alagbegehrens 2261; alternatives Alagbegehren, 977, 1881. Schreibsehler im Ragbegehren 851. Unzulässigtet der Berichtigung eines Fehlers in der Geschichtserzählung aus den Beilagen 1507. Formulirung des Begehrens in einer Theilungsklage 3016. (Bgl. Aber das Berhältniß des Urtheils zur Alage L. III.; über Abweichungen der Partei vom Alagbegehren J.)
- II. Alagenhänfung: Borausfetungen 2233; subjective Riagenhäufung 22, 284, 605, 622, 762, 913, 914, 980, 1250, 2515; objective 159, 284, 254, 352, 885, 526, (981), 2871, 2589. Bereinbarung gemeinsamer Berhanblung über mehrere Riagen 1263. Unwirtsamteit folder Bereinbarung 2591.
- III. Annahme ber Alage und Zurfidweisung a limins judicii. Birtung ber rechtsträftig gewordenen Annahme ber Alage 882, 2760, 3071. Abweisung von Amtswegen: 1. Alage auf Zugestehung ber Rechtswohlthaten: a) nach Eröffnung bes Concurses 222; b) nach ber Beenbigung besselben 1292, (1220). 2. Alage, wo bas Geset bas Magrecht versagt 262. 3. Bestreitung ber ebelichen Geburt eines posthumen,

mebrere Jabre alten Rinbes burch bie Mutter 2885. 4. Berfeblen ber Berfon bes Geflagten 289. 5. Richtung ber Rlage alternativ gegen ben Belangten ober beffen (nicht benannte) Erben 8091. 6. Cumulirung bes Begebrens um Genehmhaltung einer Rechnung und Liquibhaltung ber baraus abgeleiteten Forberung 159. (Beifung ad separandum vgl. G. II. objective Rlagenhäufung.) 7. Borläufige Berweifung eines Bafferbauftreites an bie Abminiftrativbeborbe 879. 8. Gerichtefprache 202, 2562. 9. Unterfdrift bee Rechtefreundes 551, 951, (2489), 2996). 10. Rlage jur Anfechtung einer Cribarepartition 814. 11. Rlage auf Ungiltigerflarung eines Executionsactes 1599, 1666. 12. Mangel bes Ermerbsteuerscheines 1623. 12. Mangel ber Ermächtigung ber Obervormunbicaft 2881. 18. Ginfbruch gegen bie Auffündigung eines Darlebens 1691, 2197. 14. Unguläffigfeit ber Burudtegung einer gerichtlichen Manbatefunbigung 2308. 15. Mangel einer Berfihmung bei ber Aufforderung ex lege diffamari 1756. 16. Bauaufforberungeflage, bie ber Sache nach auf einer provocatio ex lege diffamari beruht 2874. (Rechtetraft bes biefelbe ju Bericht annehmenben Befcheibes? 8071.) 17. Ungulaffigfeit ber Abmeifung einer geborig inftruirten Befitftorungsflage a limine 2272. 18. Reftitutionegefuch nach erfolgter Auferlegung bes emigen Stillichmeigens 1784. 19. Rlage auf Richtigertlarung eines Urtheils 1787. (Incompeteng vergleiche Civilgerichtliches Berfahren überhaupt A und Berfahren in Streitsachen A.) Bestimmung einer Frift jur Biebereinbringung ber verbefferten Rlage 284.

IV. Wirkungen der Alaganstellung. Unterbrechung der Berjährung 48, 169, 670. Gehörige Fortsetzung als Bedingung der Unterbrechung der Berjährung 905. Berantwortlichkeit des auf unentgeltliche herausgabe eines Grundstüdes Belangten für die später ersolgte Belastung 666. Zulässigleit der Sequestration der ftreitigen Sache 1826. Anmerkung der Streitigkeit 1100, 2082, 2275, 2284, 2813, 2415.

# H. Contumacia und Streiteinlaffung. Klageruckerlag und Einwendungen.

I. Contumacirung bes von einer Tagjatung nach §. 16 a. G. D. Begbleibenben 1644. Contumacirung mehrerer Streitgenoffen 317. Berweigerung ber Antwort auf die Rlage 854. Erklärung des Bellagten, daß er keine Einwendung zu machen habe, mahrend die Rlage durch beren Beilagen widerlegt ist 466. Theilweise Submission (538), 1066. Antrag auf Abweisung der Rlage, weil Beklagter das Recht des Rlägers anerkenne 1288. (Unterlassung des Widerspruches s. K. II. 1. Geständniß.) — Wirkungen der Contumacirung 726; processualische Folgen 2286; — insbesondere bei Entschädigungsklagen 1407. (Wegbleiben von einer Tagsatung zur Meistbotsvertheilung 1488.) Zurückweisung der gegen den Contumax gerichteten Rlage wegen mangelnder Substantiirung des Rlagbegehrens 910, — wegen der Ungiltigkeit des

gestend gemachten Rechtsgeschäftes 2045. Nachweis ber Zuftellung ber Rlage als Boraussetzung ber Bollfrechbarteit bes Contumacialerkenntniffes 560. — Ausbleibens-Rechtfertigung: Unzulässigseit
ber Burlidweisung bes Gesuches von Amtswegen 508. Rechtfertigung
bes Ausbleibens von ber Eibestagsatzung 24. Rechtfertigungsgesuch
eines einzelnen Streitgenoffen, während mit einem anderen verhandelt
wurde 591. Eutscheidung über die Kosten ber Rechtfertigungsverhandlung 1860.

II. Unanläffigfeit bes Rlageruderlages wegen Streitbangigfeit 9, 886. Beltenbmachung eines gerichtlichen Bergleiches burch Rlageruderlag 1487. Frift jum Rlagerfiderlag bei Biebereinfebung gur Erftattung ber Ginrebe 1181. Bestimmung einer neuen Frift gur Ginrebe nach Abmeifung bes Rlageruderlages 1589. Beigerung bes Beflagten, im munblichen Berfahren Rebe und Antwort zu geben, weil ihm bie Tagiahungsanorbnung zu ipät zufam 2578. Exceptio litis pendentis 9, 417, 448, 886, 1217, 2708. Exceptio rei judicatae 229, 761, 807, 808, 854, 931, 978, 1008, 1024, 1181, 2067; Geltenbmachung berfelben in ber Einrebe, nicht burd Rlageruderlag 2461; Borbringung in ber Duplit bes Sauptprocesses 8212. Exceptio rei in judicium deductae 1643, 1872. Ungulaffigfeit ber Berbinbung ber exceptio rei judicatae mit ber Berhandlung fiber bie hauptfache \$75. Geltenb. machung bes Umfanges bes gemeinschaftlichen Bermogens burch Ginrebe 2855. Unguläffigfeit ber Berbindung von einander miberfprechenben Bertheibigungen 2056. Confession eines Mitgliedes bes Commissionsgerichtes als Berborrescenggrund? 2969. Exceptio fori (vergleiche A. Competeng) 456, 976, 2786. Berbinbung ber exceptio fori mit ber Streiteinlassung 2599. Bergicht auf bie exceptio fori burch Einlassung auf bie hauptfache? 2866. Frift jur exceptio fori bei vergebens beantragtem mündlichen Berfahren 654, 1218, 1677.

## I. Berfchiedene Bwifchenfalle des Proceffes. Hullitat.

Abstehen von ber Alage 457, 1528, 1872, 2850 (Kostenersat): 2516 (mit Borbehalt nener Anbringung bei einem anberen Gerichte). Theilweiser Müchritt von ber Streiteinlassung 1885. Aenberung bes Alagegrundes 1507. Unzulässige Alagänberung? 2304, 2871. Umänberung ber Personals in eine Spothefartlage 1741. Aenberung bes Alagbegehrens 1785, 1947, 1976, 2027, 2345 (im summarischen Bersahren), 2407. Zulässigsteit eines Alagenachtrages im mündlichen Bersahren 2816; — im schristlichen Bersahren 2526. Ergänzung ber Alage in ber Rechtsmittelinstanz im summarischen Bersahren 2556. Biberrus eines in ber Rechtsmittelinstanz im summarischen Bersahren 2556. Biberrus eines in ber Rechtsmittelinstanz im summarischen Bersahren 2556. Biberrus eines in ber Begehrens einer Schulbslage auf Rechtsertigung ber Pränotation 834. Beränderung bes Sachverhaltes nach Anstellung der Riage 209, 1574, 1761 (Untergang der Streitsache), 2545 (Berzicht auf die Geltendmachung der Minderschrigkeit durch Fortsetzung des Bersahrens nach

erlangter Großjährigfeit). Annahme eines in ber Ginrebe gemachten Anerbietens in ber Replit 588. Beranberungen in ben Berfonen mabrenb bes Broceffes 63, 244, 801, 715, 821, 848, 1274, 1854, 8058. Entlaffung eines mitbeflagten Golibariculbners aus bem Streite 914. - Erneuerung ober Reaffumirung ber Rlage? 85. Siftirung ber Berbanblung bis jur Beftellung ber Rlagscaution 408. Reuerungen 244, 806, 1524, 2058, 3167. Reuerungen in ber Solugidrift, welche nicht jur Entfraftung von Reuerungen in ber Duplit bienen 2811, 2974. Ungulaffigfeit einer befonberen Berhandlung über bie Legung von Reuerungen in ber Schlufichrift 2861. Ungulaffigfeit ber fofortigen Abweifung bes Gefuches um Bulaffung gur Legung bon Renerungen in ber Schluffdrift 3060. Roftenerfat 8125. Inrotulirung: Berbinbung ber Abweifung bes Frifigefuches mit ber Anordnung ber Tagfahrt gur Inrotulirung 2827. Erffarung bes Beflagten, bag er bas ibm jugeftellte Eremplar ber Rlage verloren babe 862. Benutyung ber Sabidriften unb ibrer Beilagen gur Inftruirung eines Incibengftreites 2960. Errotulirung 1081; mabrend bes Restitutionsprocesses 2998. Refciffion bes Actenrotulus 362, 886. Anführungen ber Barteien nach gefchloffenem Berfahren 914. Befuch um Restitution amifchen bem Schluß bes Berfahrens und bem Urtheil 131, 779, 823, 2612. Russität: 121, 252, 289, 305, 317, 862, 365, 382, 406, 500, 516, 548, 690, 720, 885, 912, 1088, 1061, 1247, 1272, 1295, 1676, 1784, 1787, 1844, 1918, 1958, 1969, 2008, 2279, 2298, 2817, 2840, 2441, 2607, 2786, 2760, 2811, 3112, 3164, 3168, 3170, 3187, 3215.

#### K. Seweis.

#### I. Beweis überhanpt.

- 1. Befdeinigung 19, 1545, 1789, 1786, 2767, 2980, 8117. 90torietat 867. Gerichtebefannter Thatumftanb 914. Gemeinfcaftlichfeit ber Beweismittel 1888, 2768. Rechtstraft bes Beweisurtheils 1833, 2055. Bergleich auf ein Beweismittel 1709, 1720. Begenbeweis: Berbaltniß jum Sauptbeweis 178. Gegenbeweis pro vitando perjurio 892, 2125; Aber eine mit bem Gegentheil bes Gibesthemas nicht ibentifche Behauptung 3129. Ungufäffigfeit ber Beweisffihrung pro vitando perjurio in Bestanbstreitfachen 8142. Gegenbeweis jur Abwendung bes quertannten Schatzungseibes 429. (Bgl. fibrigens unten 4. Gegenfeitiges Berbaltnif verschiebener Beweisarten und Beweisführungen.) - Beweisführung burd Acte ber Abminiftrativbehörben 18, 287, (480), 620, 1572, 1641, 1759, (2729); - burch ftrafgerichtliche Enticheibungen 928, 1129, 1620, 2719 (Ungulaffigteit bes Gegenbeweifes). Beweis jum ewigen Gebachtniß 81, 178, 888, 577, 664, 876, 1595, 1722, 2520, 2767, 2989, 3128. Beweisantretungefriften 109, 313, (1672), 840, 627, 949, 972, 1075, 2147, 2180, 2847.
- 2. Beweisthema. That- ober Rechtsbehauptung? 2999. Regative 306, 469, 554, 769, 1497. Uneinbringlichkeit einer Forberung 19. Thatfacen, wodurch das forum contractus begründet wird 2, 227, 286,

387, 839, 1802, 1563, 1563, 2844. Mutterschaft 826, 1186, 1298. Uneheliche Baterschaft 6, 183, 684, 1278, 2660, 2897. Ibentität gepfändeter oder in eine Concursmasse einbezogener Gegenstände 172, 200. Beobachtung der Testamentsstruckeiten 281, 806, 577. Herrschen der Cholera zur Zeit der Testamentserrichtung 867. Echtheit eines Testamentes 274, 806. Mala sides 878, 1417. Berletzung über die Hälfte 302. Annahme eines Bersprechens 393. Zustandesommen eines zweiseitig abgeschlossennen Bertrages 481. Handlungsfähigkeit 1083. Echtheit einer Urfunde 28, 274, 806, 521, 750, 790, 1027, 1365 (mehr als drei Jahre nach der Berbücherung), 2664. Simulirtheit eines schriftlich geschlossennen Bertrages 8216. Unredlichteit des Besitzes im Falle der §§. 367 und 456 a. b. G. B. 1417. Gefahr als Boransssehung des Berbotes 1545; Rachweis derselben durch das dem Arrestaten bewilligte Armenrecht 2614.

8. Beweislaft. Ungiltigfeit vertragsmäßiger Uebernahme berfelben 1898. Beweislaft in Bezug auf: Exceptio rei non sic, sed aliter gestae 1986, Noviter reperta 469. Forum domicilii 1510. Theilmeife Ungiltigfeit einer wiber Debrere vollftredten Bfanbung 1991. Guternambaftmachung 73, 1074. Befanntwerben ber Befitftorung 189, 1771, 2289, 3080. Befanntwerben ber Geburt bes angeblich außerebelichen Rinbes 554. Daner ber Alimentationspflicht gegenüber einem unehelichen Rinbe 2262. Actio negatoria 14, 208, 916, 971, 1044, 1062, 1147, 1594, 1725, 1894, 1917, 1997, 2877. Reallaft 1189. Bertauf auf Borg 2630. Unverschulbeter Brrthum 2296. In Anfebung ber Richtigfeit ber Sould bei Rudforberung bes von einem Minberjährigen Gezahlten 2106. Irrthum als Boraussetzung ber condictio indebiti 141. Suspenfivbebingung 198. Berabrebung ber Errichtung einer Urlunbe 219. Gegenftanb eines allgemein lautenben Ausgleiches 482. einer Urfunde 182. Exceptio non numeratae pecuniae 680. Bahlung ber Girovaluta 920. Anfechtung einer Schentung wegen Berletung bes Bflichttheiles 991. Berfculben bei einer unrichtig abreffirten Retoursenbung 1088, Brrthumlich angenommene ungenügenbe Bablung 1187. Unpfinttliche Zahlung als Bebingung bes Terminsverluftes 1556. Beridulben an ber Richterfillung eines gegen Angelb gefchloffenen Bertrages 2056. Dauer ber Miethe 8209. Beitpacht ober Erbpacht? 1501. Gegenforberung, welche ber Glaubiger abjurednen verbflichtet ift 1297. Berluft bes Regregrechtes bes Bechselinhabers burch bie vom Rotar unterlaffene Brotefterhebung 2791. Echtheit eines Teftamentes 306, 798, 979, 1604. Beobachtung ber Förmlichkeiten eines foriftlichen Teftamentes 1888. Phyfifche Lefefabigfeit bes Erblaffers 1827. Insufficieng bes bedingt angetretenen Radlaffes 1998. (Bermuthung ber Entgeltlichfeit geleifteter Dienfte 122. Bermuthung bes Gigenthumes ber Gattin an von ihrem Gatten empfangenen Schmudfachen 692.) Berjährung 8026. Beweislaft binfichtlich bes orbnungsmäßigen Borganges bes Strafgerichtes bei Liquibirung ber Bertheibigungsgebuhr 2262. Grunbbuceftanb als Rorm ffir bie Zuweisung ber Rlagerrolle bei collibirenben Anspruchen auf ben Meiftbot 3011.

4. Begenfeitiges Berbaltnig verfdiebener Beweisarten und Beweisführungen. Beugenbeweis fiber bas Borbanbenfein einer Beiftesverwirrung 384. Ueber ben Ginn einer Bertrageurtunbe 2241. Biberlegung eines Runftbefundes burch Indicien 28. Gegenbeweis gegen bas Beugnif von Sachverftanbigen fiber eine außergerichtliche Befchau 2564. Biberlegung bes Gewerbebuches burch Sach. verftanbige 192. Biberlegung eines Urfunbenbeweifes burch Saubteib 42, 45, 53, 521, 680, 750, (790), 1865. Supplirung besielben burch Saupteib 768, 1161. Ungulaffigfeit ber Rechtfertigung einer auf Grund einer unechten Urfunde ermirften Branotation burch andere Beweis. mittel 2668. Subfibiare Ratur bes Saupteibes 2982. Ausschließung bes haupteibes burch bas Resultat eines abgeführten Beugenbeweifes 11, 2747. Brobuction neuer Bengen fatt ber Ablegung bes Erfüllungeeibes 625. Erfüllungseib jur Erganjung einer burch einen bebenflichen Beugen und Indicien bergeftellten balben Brobe 626. Unguläffigfeit bes Gegenbeweifes gur Abwendung bes fententionirten Shapungseibes 429. Ungulaffigleit bes Begenbeweifes gegen bie gefeb. liche Bermuthung ber außerebelichen Batericaft burch bas außergerichtliche Beftanbnig ber Mutter über ben Beitpunft ber Beiwohnung und bie Befdaffenheit bes Rinbes 2660; burd ben Radmeis ber Reife 8182. Gib über bie Unechtheit eines bie Erbietung jum Gibe enthals tenben Soriftfides 790. Auferlegung bes Soatungs. und Erfüllungs. eibes, wo nur ein Erbieten jum Saupteibe vorliegt 55, 301. Saupteib und Erfüllungseib in bemfelben Urtbeile fententionirt 178. Berbaltniß bes Erfallungeeibes jum Saubteibe 1151. Anbietung eines Gibes ohne nabere Bezeichnung 469. Berftellung eines Beweises burch bie beglaubigte Abichrift einer Urfunde und burch Indicien 917.

#### II. Gingelne Beweisarten.

1. Geftänbniß. Außergerichtliches Geftänbniß 1088, 1278, 1551, 2660. Gestänbniß bes im fremben Ramen Proceß Führenben 3221. Schulbanerkennung ober außergerichtliches Gestänbniß? 2648. Erstärung vor ber Nachlaßabhanblungsbehörde 2928. Entbehrlichkeit besonberen Beweisanerbietens über die gesehlichen Boraussetzungen desselben 420. Stillschweigendes gerichtliches Geständniß 317, 354, 921, 1132, 1300. Wirkung der im ordentlichen Bersahren abgegebenen Erstärung des Delaten, daß er den Eid nicht ablegen könne 2609. Unterlassen des Widerspruches gegen eine durch die Klagebeilagen widerlegte Behauptung 466. Bergleichsproposition als Geständniß? 1899, (8145). Schuldgeständniß bei nicht dargethaner causa debendi 896. Geständniß des Ehebruches 480. Ehebruch als Eheschulungszrund, durch Geständniß erwiesen 2101. Rraftlosigkeit des Geständnisses der Ehefrau zum Beweise der Unehelichseit des Kindes 2745. Dualisseites

Geftanbniß 198, 309. Untheilbarfeit besfelben 2172. Biberruf eines in ber Replit gemachten Beftanbniffes in ber Schlufrebe 2459.

- 2. Urfunben.
- a) Rückwirkung eines neuen Gesetes über Beweistraft von Urfunden? 211. Beweistraft von zwischen Dritten errichteten Urkunden 1059, 1227. Bestreitung der Echtheit einer Urkunde durch Dritte 132. (Ansechtung einer zwischen Dritten errichteten Urkunde wegen Simussation 1809, 2416.) Beweis und Gegendeweis über Schteit von Urkunden 28, 274, 306, 521, 750, 790 und 2429 (Han-schtietenvergleichung), 1027, 1865, 2844, 2878. Rage auf Aussolgung einer Abschrift 387. Haupteid über den Inhalt einer verlorenen Urkunde 763, 1161. Begehren der Originalien erst bei der Tagsatung 698. Herstellung des Beweises durch eine beglaubigte Abschrift und durch Indicien 917. Benützung einer erst im Laufe des Processes ausgestellten Urkunde zur Begründung des schon früher erhobenen Anspruches 2871. (Urkunden, auf Grund deren das Berbot ohne Cautionsbestellung bewilligt wird 409. Aussehung der Processesen bei erwiesener Unechtheit der der Lage zu Grunde liegenden Urkunde 669.)
- b) Deffentliche Urfunden. Strasurtheil 928, 1129, 1690. Acte ber Berwaltungsbehörben (namentlich auch Katastrasacten) 18, 287, 620, 1572, 1641, 1759. Beweistrast bes auf Grund einer Anordnung der Berwaltungsbehörben in das Geburtsbuch ausgenommenen Bermertes der logitimatio per subsequens matrimonium 2729. Dominicalacten 2824. Beweis der Handlungssähigteit bei Ausstellung der dom Rotar legalisirten Urfunde 1033. Umsang der Beweistrast eines Tausscheines 1136, 1298. Beweistrast besselben hinsichtlich der Anerkennung der außerehellichen Baterschaft 2728. Beweis der Mutterschaft durch den mit dem Beisat "angeblich" versehenen Tausscheines 1131. Zeugenverhörprototolle als vollfommen deweisende Urfunden? 3195. Boraussehungen der Beweistrast eines Grundbuchseintrages 1759.
- c) Gewerbs. und hanbelsbücher. Gewerbsbuch 192, 1041, 1424. handlungsbuch 250. handlungsbuch als Beweis ber Berabredung eines bestimmten Zahlungsortes 2, 839. Beijatlofe Unterfertigung bes Buchauszuges burch ben Schuldner 440. Borlage ber handelsbücher in einem wegen eines gemeinrechtlichen Anspruches und nicht vor bem handelsgerichte geführten Processe 2834. (Pranotation auf Grund eines Buchauszuges 249, 355, 871, 1121, (2133, 2215, 2222, 2379, 2436.) Berbot auf Grund besselben 409.)
- d) Anbere Brivaturtunben. Schulbverschreibung, von bem einen Solibarschulbner eigenhanbig geschrieben und unterschrieben, vom anberen ohne Beiziehung von Beugen unterschrieben 3. Beisatisse Unterschrift 58. Rachträgliche Beisetung ber Unterschrift ber Beugen in Abwesenheit bes Schulbnere 8152. Schulbverschreibung auf Grund

gepflogener Abrechnung 280. Schulbschein ohne causa debendi (211), 228, 1966; mit salscher causa 1229, 1447. Gelbempfangsbeftätigung ohne Angabe bes Rechtsgrundes 325, 329. Empfangsbeftätigung des Ehemannes 58, 120, 182. Urfunde über einen zweiseitig abgeschloffenen Bertrag, nur von einem Contrabenten unterschrieben 481. Beweistraft einer Quittung einem Mitschuldner gegenüber 1409, — eines Depositenscheines 1608, — eines präjudicirten Bechsels 1674. Beweis des Inhaltes einer amortisirten Urfunde 1729.

- 3. Kunftbefund und Augenschein. Anordnung bes Kunftbefundes wegen Dringlicheit durch Bescheid 838; ohne Bernehmung bes Gegners 3102. (Beweis bee Geisteszustandes durch Zeugen 334.) Staatsbeamte als Sachverständige in Processen des Fiscus 376. Runftbefund über die Reise eines Kindes auf Grund der unbeschworenen Aussage der Hebamme 2727. Husschwiede als Sachverständige bei Krankheiten der Pferde 993. Benennung der Sachverständigen 1185. Entscheidung des Obmannes 1185. Gegendeweis gegen das Zeugnis der Sachverständigen über eine außergerichtliche Beschau 2564. Kunstbefund, in Abwesenheit der Parteien außenommen 1247. Gutachten ohne Autopsie 2105. Schätzung wegen Expropriation 506. Beräußerung eines Grundsüdes vor Aussistenung der zum Zwecke der Ermittlung des Bermögensstandes angeordneten Schätzung 2226. (Außergerichtliche Abschätzung angerichteten Schadens 1807.) Kunstdesund im Executionsversahren 952, 1304.
- 4. Beugenbeweis. Bergleich auf Beugenansfagen 1709, 1720. Streitgenoffe als Beuge 1722. Ausfagen ber Beugen eines fdriftlichen Teftamentes über bie burd ihre Unterschrift beftätigten Thatfachen 281, 306. That- ober Rechtsbehauptung? 2999. Bebentlichfeit: Rechtsireund im Broceg um Biebereinsetzung wegen ichlechter Bertretung 179. Ungulaffigteit ber Beugenvernehmung bes als Berichtecommiffar fungirenben Rotars 2712. Staatsbeamte in Broceffen bes Riscus 376. Beugniß von Beamten über bienftliche Bahrnehmungen (in polizeilichen Ausgleicheverhandlungen) 2857. Teftamentezeugen als Bermanbte Des Beugenführere 577. Unbebentlichteit bes Beugen, ber mit beiben Parteien verwandt ift 2990. Buchhalter bes Beugenführers 1070. -Richtberechtigung bes Beugenführers jur Geltendmachung ber Berwerflichfeit bes Beugen 638. Einfluß ber vom Producten nicht geltenb gemachten Bermerflichfeit bes Beugen 2899. Erfeten ber Ausjage eines Beugen burd bas Brotofoll über eine frühere Bernehmung besfelben Bulaffung anderer Beugen ftatt eines Berftorbenen 628, 1844, 2843, 2847. (Stellung bes biesfälligen Antrages nach Ablauf ber Beweisantretungsfrift). Berudfichtigung bes Ramens jugelaffener Beugen 1980, 2156. Gegenbeweis burch biefelben Beugen 769. Beugenbeweis burch ben Bertretungeleifter bes Gegnere 2838. Richtigfeit bes Beugenverhöres wegen unterbliebener Stellung allgemeiner Fragen 2008. Beit: punft ber Ausfolgung von Abidriften ber Beugenausfagen 81. Ungu-

laffiateit ber Ergangung einer Beugenausfage nach gefchloffenem Beweisverfahren 476. Bulaffigleit ber Aufhebung eines nach ergangenem Beiurtheil gefällten Enburtbeiles bebufs Ergangung bes Berfahrens 2325. (Biebereinfetjung wegen nen aufgefunbener Beugen 625.) Ergangung ber Aussagen eines bebenflichen Beugen burch Indicien und Erfüllungeeib 626. Berftellung bes erften balben Beweises burch zwei bebenfliche Bengen 2414. Benfitung bes Ergebniffes bes in einem früheren Broces aufgenommenen Beugenbeweifes 2282. Biberfprechenbe Beugenansfagen 688. Divergeng ber Ausfagen fiber ein munbliches Teftament 585. Unantaffigfeit ber Ablebnung bes Antrages auf eibliche Bernehmung ber Beugen eines munblichen Teftamentes, weil ein manbliches Teftament nicht vorliege 3055. (Erflärung eines Teftamentegeugen, bag feine Unterfdrift unecht fei 701.) - Bengenbeweis jum emigen Gebachtniß: Borquefegungen besfelben 876, 2767 (Befdeinigung ber Gefahr), 3180. Unguläffigfeit ber Berweigerung bes Beugniffes wegen unmittelbarem Intereffe 3064. Unwirtfamteit einer Bereinbarung ber Barteien fiber Bernehmung ber Beugen in ihrer Gegenwart und von einem anberen als bem juftanbigen Gerichte 3123. Unjutaffigfeit wieberholter Bernehmung besfelben Beugen 173; nadträglicher Bernehmung fiber besonbere Frageftlide 2989. Bitte bes Beugen um Bulaffung jur Berichtigung (Bervollftanbigung) feiner Ausfage 2520, 3098, 8099. Bemeisaufnahme mabrend bes Recursjuges 2989. Abbörung von Teftamentszeugen 577. Runbmachung ber Ausjagen 664. Beugenverhörprotofolle als vollfommen beweifenbe Urtunben? 8195. - (Ausschließung bes Saupteibes burd bas Refultat bes Beugenbeweifes 11, 2747, 8219. Beugenbeweis über ben Geiftesjuftand 884; fiber ben Sinn einer Bertrageurfunde 2241. Beweis ber Gegenforberung burch Beugen bei ber Compensation 2264.)

5. Gib. Anbietung eines Gibes ohne nabere Bezeichnung 469. Formulirung bes Gibes im Urtheil 114. Endurtheil unter gleichzeitiger, burd einen Gib bebingter Enticheibung fiber bie Buffanbigfeit 286. Bednung ber Gibesantretungsfrift 2147. Unguläffigfeit ber Erweiterung biefer Frift 2591. Aufschiebenber Ginflug bes Begehrens um Biebereinsetzung wegen folechter Bertretung auf bie Gibesleiftung 3094. Berfpatete Antretung 840. Anfuchen um Berlegung ber Gibestagfatung 80, 119 (megen Bericollenbeit beffen, ber ben Gib ablegen foll), 489. Rechtfertigung bes Ausbleibens von ber Gibestagfatung 24. Eibesantritt trot erfolgter Betrugsanzeige 608. Bulaffung bes wegen Meineib in Untersuchung Bezogenen jur Gibesablegung in einem anderen Broceffe 2621. Dbergerichtliche Menberung ber Gibesformel (Einfluß auf ben Roftenpuntt) 710. Einfluß ber a. o. Revifion auf bie Eibesfrift 1678. Ginflug ber Streitgenoffenschaft auf Auftragung und Ablegung bes Eibes 598, 706, 816, 830, 1025, 1215, 1230 unb 2816 (Societatsfirma), 1384, 1654, 2086, 2080, 2829, 2418, 2513, 2670, 2906, 3089, 3078, 3081. Ginfing bes Tobes einer Brocefpartei barauf 68, 301, 715, 790 (Schätzungeeib), 821, 848, 1274, 1854, 1548, 1648, 1869 (Berbinberung ber Gibesleiftung burd Anzeige beim Strafgericht 1952, 2062, 2068, 2860, (2642), 2613 (Tob bes Bertretungsleiftere bes Deferenten vor ber Gibesablegung), 2744, 2880 (Erfüllungseib), 3179 (Burbigung ber in ter Information abgegebenen Erffarung). Richterliches Ertenntnig bierüber 1516. Abweidung von ber im Urtheil festgestellten Gibesformel 598, 657, 807, 1019, 1095, (1104), 1181, 1891, 1700, 1758, 1819, 1970, 2601, 2814. Einseitige Menberung berfelben 2732. Theilbarfeit ber Gibesformel? 1104, 1815. 1817, 2144, 3082. Ablegung eines Gibes im Anslande 803. Mobalitaten ber Gibesablegung, im Schiebsfpruch feftgeftellt 1411. Anhaltung bes Deferenten jur Beibringung ber bei ber Ablegung bes Saubteibes burd ben Delaten vorzuzeigenben Gegenftanbe 2949. Bulaffifeit ber Rechtfertigung bes Ausbleibens von ber Gibestagfatung 24. Bieberbolte Abichwörung eines aus Berfeben unvollftanbig abgelegten Gibes 2706. Roften bes Gibesverfahrens 698, 717, 896, 1004, 1275, 1841, 2847, 2851. Roften bee Berfahrens megen Bulaffung ber Bemeisführung pro vitando perjurio 892. (Gegenseitiges Berbaltnig verfciebener Gibe f. oben I. 4.)

a) Saupteib. Formulirung 527, 2552, 2897, 2929. Bulaffigleit bes haupteibes gegen ben Inhalt einer Urfunbe 2800. Ungulaffigfeit bes Saupteibes über Rechtsverhaltniffe 315, 395, 1189, 2122; - über ftrafbare Sanblungen 1162, 2305, 8140; - fiber burch ben Ausgang bes Beugenbeweises wiberlegte Behauptungen 11, 2747, 3219; - über abftractes Biffen 564; - Aber Thatfachen, welchen bie Bebauptungen bes Deferenten wiberfprechen 920; - Aber Gegenftanbe facwiffen. fcaftlicher Beurtheilung 1815. Saupteib über außerebeliche Beimobnung 6; - über bie ebeliche, ber Mutter aufgetragen 557. Allgemeinbeit und Unbestimmtheit ber Gibesformel 650, 768, inebefonbere im Baternitatsproceg 1029. Saupteib über einen Incidenzpunkt nach einer fur bie hauptfache entscheibenben Formel 1802, 1860. Ungulaffigkeit ber Bereinigung von Saupteiben über Thatfachen, beren eine bie Erheblichleit ber anberen bebingt 849. Saupteid fiber bie bas forum contractus begründende Thatfache 227, 1802, 2488. Haupteib jum Nachweis ber exceptio non numeratae pecuniae 42, (58).

Renntniß ber zu beschwörenden Thatsachen 88, 114, 217, 402, 515, 528, 801, 874, 1076, 1151, 1269, 1298, 1618, 1728, 1774, 1815, 1957, 2058, 2377, 2528, 2878, 2967, 2968, 2982. Bedeutung der Formel "meines Wiffens und Erinnerns" 801, 874, 1076, 1819, 2080. Austragung des Haupteides an einen Irrfinnigen 182, 704, 1897; — an einen Unmündigen 2188; — an einen Minderjährigen 2295; — an den am Proces nicht theilnehmenden Cedenten 190; — an eine noch nicht angetretene Erbschaft 1445, 1975, 2657, 2664; — an den Erben des Cridars 2642; — an den Curator des Gestagten siber die Echtbeit des Acceptes 2528, 2878, 2967; — an die Finanzprocuratur

2072. Bertretungsleifter bes Deferenten 1161, 2559 (Tob besfelben vor der Eidesablegung 2618); bes Delaten 709, 1056. Ungenügende Bezeichnung bes Delaten 920. Irreferibler hampteib 478, 521, 928, 1297, 1302, 1568, 1618, 2877, 2511, 2528, 2879, 2967.

Berzicht des Delaten auf die Bestreitung der burch hampteid zu erprobenden Thatsache 86. Wirtung der im ordentlichen Bersahren abgegebenen Erstsatung des Delaten, daß er den Eid nicht ablegen könne 2609. Wirdigung der in der Information abgegebenen Erstätung des Delaten, den Eid ablegen zu können, nach dessen Tode 3179. Legitimation des Bormundes zur Auftragung des haupteides im Paternitätsproces 371. Legitimation des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Concursmasse-Bertreters zur Eidesdelation 1879; — des Conc

- b) Erfüllung seib (vgl. oben I. 4.). Boraussetungen bes Erfüllungseibes 896. Erfüllungseib jur Ergänzung bes Beweises aber Berabrebung eines bestimmten Zahlungsortes 2, 286. Erfüllungseib jur Ergänzung ber burch Indicien hergestellten halben Brobe 326, 469, 626. Unzulässigteit bes Erfüllungseibes bei widersprechenden Bengenaussagen 688. Erfüllungseib fiber einen vom Zeugen nicht augegebenen Thatumftand 1067. Biebereinsetung bes zum Erfüllungseib Zugelassen zur Borführung neuer Zeugen 625. Unzulässigteit ber Ablegung bes von einem seither verstorbenen Streitgenossen angebotenen Erfüllungseibes burch einen anbereu 2880.
- c) Schätungseib 55, 287, 429, 467, 790, 1407, 1421, 1485, 1815, 2128 (Befchwörung bes von ber Partei begehrten flatt des vom Richter ermäßigten Betrages), 2169 (Unjuläffigfeit bes Schähungseibes jum Radweis einer Mehrforberung), 2476.
- d) Manifestation beib 5, 480, 2444; auf Berlangen eines Intestaterben, ber bie Erbichaft noch nicht angetreten hat 708. Beisat bes Biffens und Erinnerns 50. Gericht, bei welchem bie Rlage auf Ablegung bes Manifestation beibes betreffs einer Berlaffenschaft anzubringen ift 2600.
- 6. Indicieu. (6), 28, 122, 183, 274, 325, 378, 469, (478), 493, 585, 554, 626, 634, 776, 917, 968, 1067, 1091, 1186, 1161, 1596, 1613, 1729, 2294, 2660.
- L. Michterliche Entscheidung (Artheil, Bescheid, Schiedespruch).
  - I. Unjulaffigfeit ber Entscheibung burch Bescheib Aber Einwenbung mabreub ber Execution 84, 1114, 1116, 1658, 1688. Manbliche

Abweisung bes bei ber Berhanbling vorgebrachten Gesuches um Bertagung ber Fortsetung berfelben und sofortige Urtheilsfällung jur hauptsache? \$187. Entscheibung über ein Wiebereinsetungsgesuch burch Urtheil flatt burch Bescheib 2640. Anordnung bes Aunstbefundes burch Bescheib 338. Ausftellung eines Duplicates von einer Berfügung, beren Concept verloren ift 1479.

- II. Anhalt bee Urtheile. Anslegung eines Urtbeile 3136. Brajubicial. tenntnig 191. Alternatives Ertenutnig 86, 1881. Richtigfeit bes im orbentlichen Berfahren ergangenen, Die Ginrebe ber Richtzuftanbigfeit verwerfenben und augleich in ber Sauptfache entscheibenben Urtheils erfter Inftang, fowie bes abanbernben Urtheils zweiter Inftang 2786; - Richtigfeit bes Urtheils wegen Unvollftanbigfeit 406; - wegen ber Entscheibung über bas Recht felbft, mabrend nur eine Beantwortung ber Aufforderung vorliegt 548; - wegen Berbindung einer befinitiven Entscheibung mit einer Beweisanorbnung 690; - wegen Conbemnation bes Bertretungsleiftere mit Uebergebung bes Bertretenen 1784, Unaulaffigfeit ber Reftftellung von Reilbietungsbedingniffen in einem bie Reilbietung ber gemeinschaftlichen Sache verfigenben Urtheil 1640. Raffung bes Urtbeile bei theilmeifer Anerfennung bes Rlaganipruches burd ben Beflagten 1066. (Berurtheilung bes Beflagten trot ber bon ihm erflarten Bereitwilligfeit, bem Rlagbegehren gu entfprechen 1288.) - Unterschied ber Urtheilsformeln "nicht foulbig" und "bas Begehren bat nicht ftatt" 1149. Boraussehungen ber Abweisung ber Rlage "gur Beit" 2657. Abweifung jur Beit wegen Streithangigfeit 1217. Berweifung ber Liquibirung ber Rebengebuhren auf einen im Grecutioneverfabren aufaunehmenben Runftbefund 1804. Berurtbeilung au einer Leiftung, welche bereits unmöglich geworben ift 504. Berurtheilung jur Berausgabe einer angeblich werthlofen und in Berluft gerathenen Urfunde 3169. Berurtheilung unter ber Bedingung einer ingwifden unmöglich geworbenen Gegenleiftung 1288. Buertennung eines von einer noch unerfallten Guspenfivbebingung abbangigen Rechtes 1878. Bebingte Berurtheilung bes Pfanbnehmers jur Rudftellung ber Pfanbfache gegen Tilgung ber Bfanbichulb 2822. Buertennung eines eventuellen Anfpruches im Urtheil 8078. Richtberech. tigung bes in contumaciam ertennenben Richters jur Makigung bes Erfaganfpruches ober Auferlegung bes Schatungseibes 1407. Borbehalt einer neuen Rlage im Urtheil 118 (Bb. I. S. 186), 1471 (Einfluß auf bie Berjabrung), 2067 (Rillichmeigenber Borbebalt): Borbehalt einer neuen Entschädigungstlage wegen forberlicher Berletjung für ben Sall bes Berbortretens einer Erwerbsuntuchtigfeit 2568. Borbehalt ber Liquibirung bes Pflichttheils in einem Radverfabren 2871. Borbebalt ju Gunften bes Beliagten 176. (Ausspruch über Gerichtstoften f. D. VI. 1.)
- UI. Berhältnif bes Urtheils jur Rlage. Berurtheilung aus einem in ber Rlage nicht geltenb gemachten Rechtsgrunbe 76, 104, 264, 1010, 1111,

1161, 1229, 1255, 1280, 1296, 1419, 1428, 1447, 1453, 1507, (1608). Abweisung ber Rlage wegen Unftatthaftigfeit bes ben Ort ber Leiftung betreffenben Theiles Des Betite 2481; - megen unterbliebener Belangung einzelner in ber Sache Betheiligter 2815. Beranberung bes Sachverhaltes nach Anftellung ber Rlage 209, 1574. (Behandlung bes Eventualpetite 522.) Abweidung vom Rlagbegebren 1785, 1741. Ueberichreitung bes Rlagbegebrene 98, (3039). Berurtheilung jum Erlag bei Bericht, mabrent bas Rlagbegebren auf Bablung lautet 592, 677, 716, 2194, 2708, 8149. Behandlung eines Erecutionsgefuches als Erecutionellage 3158. Arbitrare Buertennung einer Remuneration ftatt ber begehrten nach Brocenten bestimmten Dallergebahr 607. Ausbehnung bes Begehrens einer Soulbliage auf Branotationsrechtfertigung 884. Berurtheilung gur Bablung eines unbestimmten Betrages trot ber Ginflagung einer bestimmten Summe 835. Juftificirung einer Eigenthume-Pranotation mit bem bom Bellagten nicht begehrten Beifat, bag bas Pfanbrecht für ben Raufpreis ju ingroffiren fei 1661. Berichtigung eines Schreibfehlers im Rlagbegebren 851. Inbivibualifirung bes im Rlagbegebren ju unbestimmt bezeichneten Streitobjectes 891. Aufrechthaltung einer ale fdriftliches Teftament angefochtenen Urfunde als Auffat eines munblichen Teftamentes 3147.

IV. Rechtsfraft bes Urtheils 229, 477. Subjectiver Umfang ber Rechts. fraft 16, 136, 244, 317, 679 (Birtfamteit bes gegen bie Gemeinbe ergangenen Urtheils wiber bie Gemeinbeglieber), 1245, 1252, 1845 (Buftificirung ber Branotation nach Beraugerung ber Bfanbface), 2709, 3026, 3153. (Subjectiver Umfang ber Rullitat eines Urtheils 1272.) Rechtstraft bes binfichtlich ber hauptfache bebingten Enburtheils bei theilweiser Appellation 900. (Ueber bie Formeln "nicht foulbig" und "bas Begehren habe nicht ftatt" und Borbehalte f. oben II.) Bulaffigfeit ber Aufbebung eines nach ergangenem Beiurtheil gefällten Enburtheils behufe Ergangung bee Berfahrens 2825. Ungulaffigfeit ber Oppositionellage, gestütt auf ben Rachweis ber Falfdung ber bem Urtheil ju Grunbe liegenben Urfunbe 3143. Rechtsfraft bes eine actio confessoria abweisenben Urtheils in einem fpateren Befitesftreit 2912. Umfang ber Rechtstraft in einem Regatorienftreit 2086. Löfdung bes Bfanbrechtes wegen rechtstraftiger Abweifung ber Forberungettage 2198. Rechtstraft bes im Liquibirungsproceg ergebenben Ertenntniffes 303, 729, 808. Rechtsfraft ber bie Biebereinsetung ablebnenben Enticheibung 1822. Rechtsfraft bes Beweisurtheils 1888, 2055. Declarative Rraft bes Urtheils über eine Reallaft 1887. Rechtstraft ber Entideibungsgrunbe 309, 477, 606, 761, 931, (2193), 3064 (Ginfing ber Enticheibung über bie Binfen auf ben Streit über bie Capitalsforberung). Berbaltnig ber Entscheibungsgrunde jum Urtheil 406. (Auslegung eines Urtheils 696, 8136. Berichtigung besfelben 1891; - Schreibfehler in einem rechtsfraftig geworbenen Urtheil 2094; - vgl. übrigens Abweichung von ber im Urtheil feftgefetten Gibesformel K. II. 5.)

V. Schiebsibrud. Rechnungeverftog in bem Schiebsibruch 36. Unrichtige thatfacliche Borausfehungen 88. Ueberfcreitung ber im Compromiß gefetten Frift 691, 700. Compromif unter ber Bebingung ber Benehmigung bes Schiebsipruches burch bie Curatelbeborbe; Beenbigung ber Curatel vor Abgabe bes Schiebsfpruches 757. Tob eines ber Schieberichter bbb. Rlage gegen Die Schiebemanner auf wieberholte Babl eines Obmannes 2698. Ungulaffigfeit bes gegen einen Schiebsrichter nach Bernichtung feines Spruches gerichteten Begehrens auf Schöbfung eines neuen 2799. Compromiß im Bege gerichtlichen Bergleiches ju Stanbe gebracht: Benennung anberer ale ber vereinbarten Schieberichter im Intimationebefdeib 902. Schiebefbruch, obne Unborung ber Parteien ergangen 906. Schieberichterliche Gewalt bei Bürbigung munblicher Bugeftanbniffe ber Barteien 955. Giltigfeit ber Berabrebung, für bie Enticheibung fünftiger Streitigfeiten von Fall ju fall ein Schiebsgericht ju bestellen 1007. Auferlegung eines außergerichtlich unter besonderen Modalitäten abzulegenden Gibes (Rabbinatseib) 1411. Compromiß über eine burch rechtsfraftiges Urtheil enticiedene Sache 1611. Beltenbmachung ber Compromigclaufel eines Befellicafisvertrages nad Auflöjung ber Befellicaft 2063.

### M. Rechtsmittel.

I. Appellation und Revifion. Stellung ber Rechtsmittelinftang ju einem bas Rlagbegebren aus formellen Grunden abmeijenden Urtheile 2760. Entbehrlichteit ber Appellationsanmeldung, wenn Appellationsbeschwerben überreicht find 420. Ueberreichung ber Appellationsanmelbung und Appellationsbeschwerben in simplo (im fummarifden Berfahren) 187. Münbliche Appellationsanmelbung im fdriftlichen Berfahren 740. Rrift jur Appellationsammelbung bei vereinbarter Ueberleitung bes fumma. rifden Berfahrens in bas orbentliche 748. Stillichmeigenb vereinbarte Rudtehr jum fdriftlichen Berfahren im Appellationeguge nach Annahme bes jummarifden Berfahrens für bie Berhandlung in erfter Inftang 2981. Frift jur Appellation im Falle nachträglicher Buftellung ber Urtheilsgrunde 8910. Babrung ber Appellationsfrift burd ein Gefud um Anberaumung einer Tagfatung jur Appellationsanmelbung 1016. 1526. Berechnung ber restituirten Frift jur Appellationsanmelbung 1142. Appellationefrift bei Gintlagung eines Beftanbginfes 1295 (2525); bei Rlagen wegen abgelaufener Beftanbzeit 2995. Richteinrechnung ber Ferien in die banbelegerichtliche Appellationsfrift 1781. Berfpatete Einbringung ter Appellationebeschwerbe? 2842. Appellation eines unter Mehreren in contumaciam Berurtheilten 817. (Bernichtung bes gangen wiber Debrere ergangenen Urtheils auf Betreiben Gingelner berfelben 1272; Ungulaffigfeit ber Ergreifung von Rechtsmitteln burd einen ber Substituten im Intereffe ber Anderen 2725.) Ginfluß

ber Appellation und Revifion auf ben Bemeisantritt 109, 318, 627. 972, 1075, 1180, 2758. Einfluß ber Strafangeige gegen einen Beugen auf bas Berfabren in boberer Inftang 1708. Fortsetung ber Abbellation ungeachtet vorausgegangener Abftebungserffarung 1840. Berpflichtung ber boberen Inftang, über bas Eventualbegebren fofort felbft gu enticheiben, wenn fie bas Brincipalbegebren jurfidmeift 522. Reformatio in pejus: Appellation bes Producten gegen Bulaffung bes Beugenbemeises 1711. Reformatio in pejus bezüglich bes Ausspruches über bie Broceftoften 2812. Berficfichtigung einer nach bem unterrichterlichen Urtheil eingetretenen Thatfache 1584. Ausfetzung ber Enticheibung über bie Brocefloften erfter Inftang bis jum Ausgang bes in zweiter Juftang angeordneten Beweisberfahrens 584. Enticheibung fiber bie Brocefitoften bei Umwandlung einer bedingten Berurtheilung in eine unbebingte und umgelehrt 619, 1807, - bei Abanberung ber Gibesformel in zweiter Inftang 710. Berechtigung ber Bartei, eine in ben Granben ber bivergirenben Erfenntniffe gleichmäßig abgelehnte Einrebe im Bege ber orbentlichen Revifion geltenb zu machen 606. Stellung ber Rechtsmittelinftang ju einem lebiglich fiber bie exceptio fori ergangenen Urtheil erfter Inftang, mabrent ber Geflagte fic auch auf bas Meritum bes Streites eingelaffen bat 2599. Entideibung in merito, mabrend bie untere Inftang nur fiber bie exceptio rei judicatae entichieb 854, - über bie Ungulaffigfeit ber gewählten Procegart 1535. Oberrichterliche Berurtheilung bes in erfter Inftang Obflegenben in bie Roften ber erften Inftang 1705. Ungulaffigfeit ber Rebifion hinfictlich eines ber Appellation nicht unterzogenen Rebenpunttes bei Umwanblung bes in erfter Inftang über ben Bauptpunkt gefällten bebingten Erfenntniffes in ein unbebingtes 900.

Außerorbentliche Revision. Unguläffigfeit einer Tagfatung gur Aufnahme berfelben 899. Ginfluß berfelben auf bie Frift gum Gibesantritt 313. Bertagung ber Gibesleiftung 1672. Aufrechthaltung ber untergerichtlichen Urtheile aus einem abweichenben Grunbe 1889. Bernichtung einer obne Bugiebung eines Abvocaten geführten Berhandlung megen Unvollftanbigfeit 1918. Rothwenbigfeit ber Unterfdrift bes Abvocaten bei Ueberreichung ber schriftlichen außerorbentlichen Revifionsbeschwerbe im munblichen Berfahren 2996. Außerorbentliche Revifion im Manbatsproceg 1492, 1877 - im fummarifden Berfahren 1602, - im Salle ber Bereinbarung auf fdriftliches Berfahren "mit Borbehalt ber Rechtswohlthaten bes fummarifden Berfahrens : 8156. II. Recuts. Richtberfidfichtigung bes feitber geanberten Sachberhaltes burch bie Recnreinstang 49. (Ginfing eines neuen Gefetes 8178.) Bulaffigfeit eines besonderen Recurses wegen Incompeteng im fummarifden Berfahren 387. Unguluffigfeit bes Recurfes gegen bie bom Oberlanbesgerichte in Befitftreitfachen angeordnete Ergangung ber Berhandlung 642, 1020; - gegen bie bie Reftitution gegen Berfaumniß ber Eibestagfahrt gewährenbe Enticheibung zweiter Inftang 2306; -

gegen bie Caffirung bes erftrichterlichen Ertenntniffes im Befitzesproces 2868. Anfechtung eines Urtheiles burch Recurs 2640. Berfpätung bes Recurfes auf ber Boft 915. Restitution jum Revisionsrecurs 1849. Richtberudsichtigung jubifcher Feiertage bei ber Recursfrift 1768. Telegraphische Recursanmelbung 1963, 2898, 3022.

- III. Rullitätsbefcmerbe (vgl. I. Rullitäten) 516, 835, 1272, 1295, 1787, 2044.
- 1V. Anfechtung eines Schiebsspruches (vgl. L. V.). Bestreitung bes Schiebsspruches (nach Ablauf ber gesetzlichen Frift) wegen Simulation 1162. Demmung ber Execution burch bie Rlage wegen Richtigleit bes Schiebsspruches 1281, Execution jur Sicherstellung während ber Berhandlung über bie Anfechtung bes Schiebsspruches 1364.
  - V. Biebereinsetung in ben vorigen Stand. Berhältnis ber Biebereinsetung wegen einer verstrichenen Fallfrist zu ber wegen schlechter Bertretung 1777, 1822 und 2842, zu ber ob novitor roporta 1206. Biebereinsetung gegen eine versammte Frist oder gegen ein rechtsträftiges Urtheil? 2291. Suspensivessect 1777. Rechtstraft ber die Biebereinsetung versagenden Entschiedung 2842. Unzulässigseit der Streitanmertung im Falle einer Restitutionstlage 2284. Umfang der Birtung der Restitution gegen ein Contumacialurtheil 2266. Exrotulirung während des Restitutionsprocesses 2998. Rosen 1315, 2846, 2882.
    - 1. Biebereinsetzung wegen einer verstrichenen Frist 131, 172, 298, 1142, 1181, (1206), 1256, 1849, 1472, 1972, 1988, 2806, 2640, 3106 (Bersaunniß aus Rechtsunkenntniß), 3174. Wiebereinsetzung zur Rechtfertigung einer Pranotation 1582, (Lischung einer Pranotation ohne Rücksich auf bas nach abgesaufener Frist eingebrachte Restitutionsgesuch 2577, 2654), zur Aufforderungsklage 1784, gegen das Bersaumniß einer vereinbarten Frist 1777.
    - 2. Ob noviter reperta. Angesucht vor bem Urtheil 181, 779, 828, 2612. Erheblichkeit ber Beweismittel als Erforberniß der Restitution 275. Neuheit der Beweismittel 1206. Specificirte Augabe der noviter reperta 442. Beweissaft 469. Widereinsetzung, bewilligt gegen ein Urtheil, wodurch auf den vom Restitutionswerber beferirten Haupteid erfannt wird 454. Biedereinsetzung, dem jum Ersüllungseide Jugelassenen bewilligt 625. Berjährung des Rechtes des Restitutionswerbers 904.
    - 3. Begen mangelhafter Bertretung 179, 229, 298, 899, 975, 1104, 1815, 1486, 1777, 2480 (Friftversaumniß burch Berfeben bes Abvocaten), 2718 (Anfangspunkt ber Frift jum Ansuchen um Biebereinsetung), 2984 (Untersassung ber heranziehung eines Bertretungsleifters), 3094 (Einfluß bes Restitutionsbegehrens auf die Eibesleiftung). Ersatlage gegen ben Rechtsfreund 2278.

### N. Erecution.

(Executivorocef f. Q. III.)

#### I. Erecution überhaupt.

1. Grunblage ber Erecution. Rechtsfraft bes Urtbeils (f. L. IV.). Unwirtsamteit bes ben Ebegatten jur Alimentirung ber Rran verurtheilenben Ertenntniffes fur bie Beit nach bem Tobe bes Mannes 8136. Ginfluß eines neuen Befetes auf bie Bollftredung vorbergegangener Erfenntniffe 3178. Execution ausländifder Urtbeile 406, 1562, 2179, 2228; auslänbijder Schiebsfprfiche 3207. Racmeis ber Buftellung ber Rlage ale Borausfetjung ber Bollftredbarteit eines Contumacials ertenntniffes 560. Bollftredbarteit bes burch einen Gib bebingten Urtheils 1516; - bes ber Ergangung burch anbere Urfunben beburftigen 1607; - bes einem (vereitelten) Compromig unterworfenen 1611; bes absolutorifden Urtheils miber ben Rlager 1685. Berechnung ber vierzehntägigen Urtheilsfrift 158. Entbebrlichteit ber gerichtlichen Bfanbung bei bereits erworbenem Pfanbrecht 2392. Erecution gur Ginbringung von Merarialerfaganfpruchen 3189. Grecutive Ginbringung rudftanbiger Bermogenenbertragungegebubren gegen ben fpateren Erwerber bes Gutes 2810, 8186. Erecution auf Grund von Bablungsbefehlen ber Finangbehörben 788, 8090 (Tabafcrebitfdulb); - auf Grund eines Abminiftrativ-Ertenntniffes gegen einen Beamten 2334; - auf Grund eines Strafurtheils 2721; - eines militarftrafgericht. liden Urtheils 2631, 3168. Bollftredbarteit eines por bem Strafricter abgefchloffenen Bergleiches 791; - eines über eine Grengberichtigung gefchloffenen Bergleiches 1827; - eines mit einem Schulbfibernehmer gefcloffenen gerichtlichen Bergleiches 2249; - eines ju Protofoll erflärten Berfprechens 1232; - eines Urtbeiles in einem Regatorienftreit 2260; - eines burch eine Gegenleiftung bebingten Urtheils bei eingetretener Unmöglichkeit ber Gegenleiftung 1283; - eines feine Rrift bestimmenben Urtheils fiber fünftige Leiftungen 1967; - ber Rechnungserlebigung ber Diocefanbuchaltung 1793. (Ungulaffigfeit ber Einforantung einer burch gerichtlichen Bergleich regulirten Gerbitut 2286.) Rolgen ber Richteinbaltung ber in einem gerichtlichen Bergleich bei Terminsverluft feftgesetten Bablungezeit 2584. Unguläffigfeit ber Grecution bes Solibarionlbnere gegen einen Mitverurtheilten 1754 Ungutaffigfeit fofortiger Grecutionsausfahrung gegen britte einem gerichtlichen Bergleiche beitretenbe Berionen 2401. Unanfaffinfeit ber executiven Cinverleibung ber gegen ben Bormann ermirften Brantotionerechtfertigung 3119. Unjulaffigleit ber Executioneführung bes Ceffionars auf Grund eines für ben Cebenten ergengenen Urtheils 3153. Rertführung ber Erecution burch ben Ceffienar 1653, 2652. Angabe und Brufung bes Refultates vorausgegangener Ercentionsschritte 1848. Executive Pfändung ohne Rachweis bes Richtausreichens bes bereits erworbenen gerichtlichen Pfandrechtes 3188. Entbehrlichkeit ber Beibringung bes Bestandvertrages bei ber Pfändung ber invocta ot illata 3045.

- 2. Object ber Execution. Bestimmung besfelben im Ralle eines Bablungsauftrages "bei Erecutionsvermeibung" 2849. Ungulaffigfeit ber unmittelbaren Execution auf Staatsvermogen 494. Unguläffigfeit ber executiven Reilbietung eines Bobnungerechtes 2186. Execution auf Beamtengehalte 1786, 2468, 3068, 3129; - auf bie Beguge ber Diurniften 8087: - auf Benfionen von Sparcaffenbeamten 2911: auf bas Eintommen eines Lottocollectanten 1418; - auf bas Entgelt für Dienftleiftungen 1861; - auf ein ohne Buftimmung ber Bfanbglaubiger abgetrenntes Grunbftid 1587; - auf eine aus mehreren Grunbbucheobjecten beftebenbe Gefammtfache 2663; - auf bebentliches beim Strafgericht vermahrtes Gut 1872, 1678; auf ben Rruchtgenuß bes Baters an bem feinen Rinbern gugewandten Bermögen 129; auf ein Ausgebinge 1460, 2161, 8110; - auf ein gur Giderftellung einer Rente einverleibtes Capital 2887; - auf Branbichabenevergütungen 2777, 2885, 3126; - auf ein Cribagut für ben Kall, bag es gur freien Berfügung bes Cribatars jurudlebre 1216. Executive Pfanbung bon Sachen in Banben eines Dritten 8041; - Bfanbung bon Dbjecten, welche ber Raufer in Gewahrfam bes Erecuten belaffen bat 2989; - executive Feilbietung einer als Caution für noch unbestimmte Ansprüche bestellten Forberung ju Bunften anberer Gläubiger 2404; - Bermeifung ber Anfbruche bes Erbauers eines Saufes auf bem in Execution gezogenen Grunde auf abgefonderten Broceft 2888; - Erecution auf bas Erbrecht 3127; - Execution eines Gläubigers bes Erben auf Erbichaftsfachen bor ber Ginantwortung 582, 789, 1888, 1367, 2080; - Executivintabulation auf Grund bes &. 822 a. b. 6. B. 2406, 3015; - auf Substitutionsvermögen por Eintritt bes Subflitutionsfalles 791, 2725; - Ungulaffigfeit ber Erecutionsführung auf ein ber fibeicommiffarifchen Substitution unterworfenes Grunbftud 8075, 8158; (Entbehrlichteit ber Berftanbigung von fibeicommiffarifden Substituten 2725); - Einfluß eines intabulirten Beraugerungs. und Einschuldungsverbotes auf die Tauglichfeit bes Objectes 2160, 2821. Execution auf bereits an Dritte übergegangene Erbichaftsfachen 1258; auf Objecte, bie einer von Anberen erwirtten executiven Sequeftration unterliegen 3018.
- 8. hemmung ber Execution. Begen entbedter Minberjährigkeit bes Executen 2718. Im Zuge befindliche Behandlung ber Gläubiger 108; Auswanderungsverhandlung 1701. Erlag ber eingeklagten Summe 1069. Erlag durch einen Dritten 2159. Erlag unter Borbehalt 2726. Nichtberechtigung bes die Schuldsumme erlegenden hppothekarschuldners zum Einkommenstenerabzug für die seiner Besitzerwerbung vorausgehende Zeit 2391. Erlag dei einem anderen als dem ex-

tennenben Gericht und mit ber Bitte um Semmung ber Grecution bis jum Ausgang eines Strafproceffes 8080. Bablung 1289, Siftirung ber Reilbietung mabrend ber Berbandlung fiber bie Refitution jur Appellation 2976. Rlage wegen Richtigfeit bes Schiebsipruches 1281. Radweis, daß bie im Urtheil augesprochene Korberung nur theilweise ju Recht beftebe 2462. Anzeigen Dritter über bie ber Execution entgegenftebenben hinberniffe 1803, 1518, 2287. Recurs bes Fruchtnießers gegen bie executive Berangerung bes Fruchtniegungeobjectes 2416. hemmung ber Execution auf Ansuchen bes Executen gegen Caution? 2495. Strafanzeigen 743, 1203, 1440, 1588, 2419, 2455, 2786, 2838. Disciplinaruntersuchung Aber bie Intervention eines Rotars bei bem ber Mage ju Grunde liegenden Rechtsgefchafte 2781. Roch nicht erfolgte Ausmittlung bes reinen, unter Borbebalt bes Inventare angetretenen Rachlaffes 957, 1114, 1115, 1442, (2080). Executives Bfanbrecht mit ber Beidrantung bes §. 822 a. b. G. B. 3015. Dritten Berjonen brobenber unwieberbringlicher Schabe 1321, 1513, 2297, 2779. Erfcinbirungeflage 172, 719, 1151, 1809, 1821, 1690, 1763, 2044, 2058, 2740 (Boransfehungen ber Cautionspflicht) 2749. Unguläffigfeit ber hemmung wegen einer nur in Ausficht geftellten Erscindirungsflage 2271. Oppofitionsflage 1423, 1621, 1676, 2328, 2724, 2737, 3195. Beind um Siftirung ber Erecution 2452.

4. Bericiebene Bwifdenfalle und Streitigfeiten im Laufe bes Ereentionsverfahrens. Ganglider Untergang bes urtheilsmagig ju reparirenben Gegenftanbes 1580. Mittlerweile eingetretene Intereffenverjährung 15. Berichweigen einer Abichlagegablung 17, 2281. Berichweigen eines vorausgegangenen Grecutionsidrittes 1348. Form ber Berhandlung über bie behauptete Erlofdung bes Erccutionerechtes 2921. Bebebung eines ungiltigen Erecutioneactes 1766. Umudeffiafeit ber Rlage auf Ungiltigerflarung eines folden 1599, 1666, 2152. Redesfraft bes Executionsbeideibes ungeachtet mangelhafter Buftellung bes bie Grundlage ber Erecution bilbenben Spruches 2836, Ungutaffigfeit ber Revindication von Parcellen, welche ber Eigenthfimer als Beftanbtheile bes feilgebotenen Grundftfices anerfannt bat 3032. Anfechtung burd Oppofitionetlage 1621, 2880. Ungufaffigfeit berfelben jur Beftreitung bes Terminsverluftes 2584. Exfcinbirungs- ober Oppofitions. flage? 3052. Oppositionellage geftitht auf ben Rachweis ber im Sauptbroceft gar nicht behandteten Unechtbeit (Ralfcung) einer Urfunde 2795, 3148. Geltenbmachung von Einreben im Oppofitionsproceft gegen ben erequirenben Ansfteller-Giratar 2724. Aufhebung einer Erecutioneverffigung burch bas Obergericht wegen offenbarer Ungerechtigfeit ber ju vollftredenben Entscheibung 2710. Richtigfeit eines gerichtlichen Bergleiches wegen ber beim Abichluß und ber Intimirung besfelben vom Gerichte begangenen Formfehler 2818. Anslegung bet Berfprechens "bis" zu einem gewiffen Tage nicht Erecution an führen 2717. Ungulaffigfeit ber Enticheibung burd Beideib über Ginwenbungen gegen bie Execution 34, 1114, 1115, 1658, 1688. Unguläffigkeit ber Berwandlung ber Jahlungserecution in Sicherstellungserecution 1558. Bestreitung ber Giltigkeit eines Executionsactes im Wege ber Einrebe 427. Runstbefund über eine burch Urtheil auferlegte Arbeit 592. Runstbefund zur Liquidirung von Nebengebühren 1304. Roften ber Entsendung eines Bevollmächtigten bes Executionsstührers 1218. Borsbehalt eventueller Wiederausnahme eines Executionsmittels 1276. Rechtsmittel gegen die Beigerung des zur Bornahme eines Executionsactes requirirten Militärgerichtes 1876. Competenzabgrenzung zwischen bem requirirenden und requirirten Gerichte 1470.

II. Erecntion auf unbewegliche Sachen. Gintragung bee Erecuten in bie öffentlichen Bucher als Borausjepung ber Erecution 2115. Erecution auf eine in bie öffentlichen Bucher nicht eingetragene Realität 494, 2605, 2761, 2997; - auf Erbgut f. I. 2; - auf eine ohne Buftimmung ber Bfandglaubiger parcellirte Liegenschaft 1587; - auf ein bem Erecuten mit Borbebalt obrigfeitlicher Genehmigung verfauftes But 1718; - auf ben ibeellen Theil eines Saufes, worauf ein Gewerbe rabicirt ift 1796; - auf bas gange Sans megen ber Soulb eines Gemeinschafters 1796, (2137). Intabulation eines Urtheils beguglich fünftiger Leiftungen 901, 1166; - eines in possessorio summariissimo ergangenen Urtheils 1814. Einverleibung eines Rifchereibefitrechtes 1481. Execution wiber ben Sppothetarfculbner ohne porausgegangene Belangung besfelben 74, 438, 1071, 1824, 1508, 1548, 1560, 1780, 1788, (1845). Execution miber ben Erfteber eines feilgebotenen Grunbftudes 278, 586, 1064, 2813. Executionsacte nach bereite erfolgter executiver Reilbietung 283, 536, 725, 999, 1064, 1112, 1174, 1422, 1941. Execution auf Die Früchte einer bereits verfteigerten Realität 536, 1064, 2575. Unjulaffigfeit neuer Erecutionen nach ber Reilbietung bes Grundftudes 8206. (Bgl. IV. Sequeftration.)

Reilbietung. 1. Borbebingungen. In einer anberen Erecutionsfache vorgenommene Schatung 1788. Mehrfache Bewilligung ber executiven Feilbietung besselben Grundstildes 2340. (Executive Reilbietung eines im Befipe eines Chepaares befindlichen untheilbaren Bauerngutes ju Gunften ber Glaubiger eines Chegatten 2187.) Reilbietungsbebingniffe 95, 1179, 1392, 2001. Abanberung berfelben auf Berlangen bes Erecuten 2120, 2279. Richtberudfichtigung von erft im Recurfe vorgefclagenen Feilbietungsbedingungen 2910. Sicherftellung punttlicher Bablung ber Binfen ber Satzcapitalien, nicht bom Erecutionsführer jur Aufnahme beantragt? 2910. Runbmachung 1461. Berftanbigung ber Spothefarglaubiger 197, 806, 1067. Art und Beife ber Berffanbigung ber Gläubiger und bes Erecuten 2880. Borlaufige Bernehmung berfelben über Die Mobalitäten und Bedingungen ber Reilbietung 2896. Berftanbigung eines auslandifden Sppothefarglaubigere burd Aufftellung eines Curatore 2828. Buftellung an ben gemefenen Bormund eines im Grundbuche ale minberjährig Bezeich-

neten 2680. Entbehrlichleit ber Berftanbigung von fibeicommiffarifden Subftituten 2725. Giltigleit ber Reilbietung trot Richtverftanbigung eines bei ber Reilbietungstagfahrt jeboch erschienenen Bfanbglanbigers 2425. Rullitat ber Reilbietung wegen ungenfigenber Berftanbigung ber Satglaubiger - geltenb gemacht von einem geborig Berftanbigten 2840. — Erecutionsprivilegium ber Rationalbant 2482; — bei Erecutioneffibrung eines Dritten auf ein ihr verpfanbetes Gut 3029. Brivilegium ber Bobencrebitanftalt 2757. 2. Borgang bei ber Reil bietung. Giltigfeit einer Feilbietung trot Berletung von Formporidriften 2234, 2317, 2607. (Unerlaubte Berabrebungen 1585, 1812.) Sphothetarionibner ale Ditbieter 377. Erecutionsführer ale Erfieber 2607. Beilbietungscantion, von einem ber Execution fic aufdliekenben Sphothelargläubiger geforbert 540, 865. Befreiung bes Executionsführers vom Erlage ber Caution? 2910. Behandlung bes in ben Feilbietungsbebingniffen bezeichneten Minimalbetrages als Ausrufspreis bei ber britten Reilbietung 3191. Ungulaffigleit ber Ginftellung einer bereits begonnenen Reilbietung 571. Anfpruch ber Lauflufligen auf Erfet wegen Erftredung ber Reilbietungstagfahrt 1259. Berantwortlichfeit bes unbefugt Mitbietenben 883. Richtigerflarung einer Feilbietung wegen Abhaltung von Mitbietenben 912, (3171); - wegen nachträglicher Menberung ber Reilbietungsbebingniffe ohne Ginverftanbnig ber Sabglaubiger 2279; - wegen Sintangabe ber Realität an ben Executions. führer bei ber erften Reilbietung? 2607; - wegen vorausgegangener Tilgung ber Sould und wegen Bornahme burch einen Rangleibeamten Ungiltigfeit ber Feilbietung eines gemeinfcaftlichen Ontes gegenüber einem ber Miteigenthumer 2811; - Ungiltigfeit ber in Abwesenheit bes Erecutioneffihrere und Erecuten und nach Tilanna ber Schulb vorgenommenen Reilbietung 8154. Rechtwerhaltnig bei Richtigerflarung ber Feilbietung 720, 1061 (Lilgung einer Sabboft burd ben Erfteber). 3. Stellung bes Erftebere: Bebanblung ber aus bem Grundbuch ju erfebenben Abichlagszahlungen und Combenfationsanfpruche bei ber executiven Feilbietung einer Sphothelarforberung 2622. Erwerb einer Sphothelarforberung im Bertranen auf bas öffentliche Bud 2940. Ansbrud bes Erfebers auf ben Gintommenfteuerabjug von ben Intereffen bes Raufpreifes 167, 3188, Saftung ber Gläubiger gegenüber bem Erfteber für ben Abgang an ben verlauften Realitäten 431, 471. Behandlung bes in Sanben bes Erftebers gebliebenen Raufpreises 544. Einrechnung von als Cantion erlegten Bapieren in ben Raufpreis 1068. Berfouliche Saftung bes Erftebers für bie übernommenen Berbflichtungen 560, 806, 2280, 2548; gegenüber bem bie Sphothelarglaubiger befriedigenben Berfonalfculbner 2747; - Saftung bes Grunbftlides für bie Uebertragungegebabren 2810, 3186; - Ginverleibung bes Bfanbrechtes fitr bie auf ben Raufpreis gewiesene Grunbentlaftungeschuld vor ber Gewährenichreibung bes Erftebers ber Liegenicaft 3040. Erforberniffe ber Branotation bes

Gigentbumerechtes bes Erftebere 869. Ginantwortung an ibn 1120. Unguläffigfeit ber gerichtlichen Ginführung tes intabulirten Erftebers in bas von einem Dritten befeffene Grunbftud 2580. Beitpuntt bes Gigenthumsüberganges auf ben Erfteber 1179. Bablung bes Dieth. ginfes an ben Grecuten nach ber Reilbietung 988. Anfpruch bes Erftebere auf bie vorausbezahlten Diethzinfe? 8018. Befuch bes Erftebers um Lofdung einer Satpoft 1186. Behandlung von Servituten bei ber executiven Reilbietung bes bienenben Grunbftudes 2865, 8150. Rlage gegen ben Erfteber auf Ungiltigertlarung ber Feilbietung 1666. Befitftorungeflage gegen ben burch Irrthum bes Gerichtes in ben Befit eines Grunbftudes gefetten Deiftbieter 2485, 2499. Branotationegefuch wiber ben noch an ber Bewähr flebenben Grecuten 1696. Ungulaffigleit neuer Grecutionen nach ber Reilbietung bes Grunbftudes 3206. Anfpruch bes Erftebers auf Abrechnung ber Gebühren und Gebührenrudftanbe 1469, 1988; - bes Grunbentlaftungscapitale 1988. Einfluß bes Concurses über ben Executen auf Die ftattgefundene Zwangsveräußerung 1801, 2024. Relicitation: 261, 314, 1945, 1967, 2091, 2096 (2203), 2830 (Relicitation, ermirft wiber ben Curator ad actum bes verftorbenen, burd Erben vertretenen Erftebers und Aufrechterhaltung gegenüber ber Concuremaffe besfelben. Bergicht bes Glaubigers auf bas Recht, bie Relicitation ju begehren). Unfprnch bes Executen auf bas gange bei ber erften Reilbietung erzielte Deiftgebot 2776. Anfpruch bee Erftebere auf ben Debrettrag einer mit feiner Buftimmung vorgenommenen wieberholten Feilbietung 1799. Relicitation auf Berlangen anderer Gläubiger außer bem Grecutioneffibrer 8058. Rangorbnung ber Roften ber Relicitation 2852.

4. Meifigebotvertheilung. Meifigebotvertheilung trot mittlermeile erfolgter Concurseröffnung 582, 1801, 2024. Folgen bes Musbleibens von ber Tagfatung 1438. Einwendung gegen bie Meiftbotvertheilung 57. Bestreitung ber Forberung burch nachftebenbe Gläubiger 2012. Bermeisung einer nicht liquiben Forberung auf einen abgefonberten . Broceg 8151. Ginfprucherecht ber anberen Bfandgläubiger 2615. theiligung ber Superfanglaubiger an ber Berhandlung 2420. Bebanb. lung eines für eine noch nicht liquide Forberung bestellten Afterbfanb. rechtes 2615. Collifion amifden eingetragenen und nicht eingetragenen Bfanbalaubigern und Berfahren bei Mustragung biefer Anfpruche 2605. Grundbucheftanb als Rorm für bie Buweifung ber Rlagerrolle bei collibirenden Anspruchen 8011. Dichteinhaltung ber gur Borrechts-Mage bestimmten Frift 2016. Recursfrift bei ber Meiftgebotvertheilung in Rolge einer wechselrechtlichen Erecution 1410, 8187. Anfpruch bes Pjandgläubigere auf vollständige Befriedigung aus einem ibeellen Theil bes Pfanbes 241, 259, 1082. Behandlung einer auf verfchiebenen ibeglen Ebeilen bes feilgebotenen Grunbftudes in vericiebener Reibung fichergestellten Forberung 2781. Bebanblung bes Ausgebinges 841, 1090, 2592, 2638, 2695, 2868; - eines jur Sicherftellung einer

Rente einverleibten Capitales 2887. Rang ber Binfen 258, 322, 1184, 1458, 2681, 2908 (Entideibung von Amtewegen), 3118 (urtheilemäßig angefprochene, feit mehr ale brei Jahren rudftanbige Binfen), 3192, 3211 (Berechnung ber breifahrigen Frift), 2650 (nicht intabulirte nicht gerichtlich jugefprocene Binfen), 2914 (Beitpunft, bis ju welchem bem Pfanbglaubiger bie Binfen gebuhren). Rang ber Executions- unb Liquibirungsauslagen 64 /Roften einer vorausgegangenen executiven Sequeftration), 552, 918, 1836, 1778, 1961. Abgrengung ber Borgugerecht geniegenben Executionefoften 2265, 2854, 2878, 2885, 2396, 2468, 2681, 3095. Beidrantung ber Saftung ber Spothet auf bie Realexecutionstoften 2595. Anfpruch bes Bfanbglaubigers auf Erfat ber Bermaltungegebiler für ben ibm ex deposito judiciali auszufolgenben Betrag 2585. Rangorbnung ber Roften ber Relicitation 2852. (Salzburgifdes Spothetenmefen 2681). Simultanbopotheten 602, 837, 1200, 1845, 2565; 2601 unb 8025 (Berficfichtigung ber gwar in ber Soulburfunbe, aber nicht im Grunbbuch erfichtlich gemachten Golibaritat ber Saftung', 2789, 3086 (Ginfprache bee Befiters ber fimultan mit bem Erecutionsobjecte haftenben Sache). Steuern unb Bffentliche Abgaben 674, 811, 1555. Borgugerecht rudftanbiger Berfonalfteuern? 8009, Rudftanbige Bermögenefibertragungegebuhren 2804, 2807 (Berechnung ber Frift für bie fachliche Saftung). Intereffen von Gebabrenrudftanben 1887. Einfommenfteuerabzug von ben Binfen einer auf ben Raufpreis verwiefenen Befigveranberungegebilbr 908. Grunbentlaftungsraten 1555, 1770. Gemeinbeumlagen und Schulfoften 2210. Dienftbotenlöhne 2796. Raufrecht 1575, 1782. Bannrechte 2006. Befriftetes Rutungerecht 1622. Frudtgenuß 728, 870. Bewirthicaftunge- und Bohnungerecht 1241. Mit einem alteren Bfanbrecht collibirenbes Bohnungerecht 938. Buweifung von Grunbentlaftunge - Obligationen 1458. Muferblicherliche Abtrennung von Beftanttheilen bes feilgebotenen Gutes 1782.

III. Execution auf Rechte und andere bewegliche Sachen (mit Ausschliß ber executiven Sequestration). Collision von Pfandgläubigern 200, 236, 1183 und 1787 (gesetzliches Pfandrecht bes Bestandgebers), 1382, 1558, 2087 (gleichzeitige Bornahme zu verschiedenen Zeiten bewilligter Pfändungen), 2596, 8019; insbesondere bei gerichtlichen Depositen 758, 973, 1868, 2299, 2623 und 9051; 2980 (Streitanmerkung im Depositenbuch?); und bei Forderungen an öffentliche Cassen 1128. Unzulässigseit der Transserirung gepfändeter Sachen in die Bohnung des Executionssährers 2154. Unzulässigseit der Transserirung wiederholt gepfändeter Effecten ohne Instimmung der früheren Pfandgläubiger 285. Sequestration der pfandweise beschriedenen invocta et illata. Gefahr der Berschlepung? 8031. (Rage auf Ausscheldung undeweglicher, in eine Mobilarexecution eindezogener Sachen 719. Exsembirungsstage 172, 719, 1151, 1809, 1821, 1621, 2122, 2547. Exsembirungs- oder Oppositionstlage? 8052)

Unguläffigfeit ber Bewilligung ber Mobilarerecution obne Beftimmung bes Ortes, wo biefelbe an vollgieben fei 2948. Pfanbungsvornahme in ber fraberen Bohming bes Erecuten 1160; - in einer gemeinschaftliden Bohnung 2412; - an einem unrichtigen Objecte 2998; - Bfanbung von Gaden in Banben eines Dritten 8041, (2254). Sofortige Aufbebung ber Bfanbung von im Befty Dritter befinblichen Geden 518, 1219, 1687, 1766, 1800, 1928, 2013, 2166, 2254, 2522, (2617). Aufhebung ber Pfanbung, ungeachtet bes unterbliebenen Recuries gegen ben Bfunbungsbeideib 3000. Amtliche Erbebung bes Umftanbes, ob bie gepfanbeten Gachen fich im Befite bes Erecuten befinben 2920. (Anfpruch bes Eigenthamers ber burch einen vorgebiiden Manbatar gelauften und übernommenen Sachen auf ben im Bege erecutiven Bertaufes berfetben ergielten Eriss 8043.) Beithunft ber Bollenbung bes Bfaubungsactes 1110, 2282. Beitpunft unb Borausfehungen bes Ueberganges einer erecutiv eingeantworteten Forberung auf ben Erecutionsführer 2517. Unterlaffung ber Anmertung ber erecutiven Ginantwortung auf ber Soulburtunbe 2551. Bornahme ber Reilbietung in Abmefenbeit bes Ereentionsführers 1680. Befreiung bes erften Bfanbalaubigers vom Erlage bes Raufgelbes bei ber Reilbietung 2514. Rang ber Grecutionetoffen 1750. Gebilbren bes Rotars als Gerichtscommiffar bei einer erecutiven Mobilarfeilbietung 2585. Amtliche Deifigebotvertheilung 2878.

Ereentioneobjecte (vgl. oben I. 2.): Ducaten 2129; - Staateobligationen; wegen welcher bie Amortifirung eingeleitet ift 2849; -Rirchenftubl 771; - Raufrecht 90, 2598; - Beftanbrecht 2582; erecutive Schatzung eines Ausgebinges 2161; - Bribatforberungen 425, 1328, 2517; 2180 (mit Berbot belegte Forberung executiv einaeantwortet). 2456 (Anfuden um executive Bfanbung und "Erfolglaffung" einer Forberung), 2404 (executive Feilbietung einer als Caution für noch unbeftimmte Ansprüche beftellten Forberung ju Gunften anberer Glaubiger), 2386 (executive Pfanbung von Diethzinfen eines fequefirirten Saufes?), 2960 (Saftung bee Executen für feine executiv eingeantwortete Forberung); - weifelbafte Forberungen 610, 836; - Gegenforberung bes Executen 459, 668, 1152; - Proceftoftenvergutung, welche bem jum Armentechte Bugelaffenen gebubrt 705; erft zu erwerbenber gobn 815, 1851. (Einfing ber Ceffion einer erecutiv eingeantworteten Forberung auf bie Behanblung bes Erecuten 872. Epecution auf eine bereits cebirte Forberung 1287. Execution auf bas einem Bericollenen für ben Rall ber Rüdlehr ausgefette Bermachtniß 1048. Ereeutive Erfolglaffung von Berlaffenfchaftegelbern 2028. Borausfehungen ber Beilbietung einer Rente 1810. Unguläffigleit ber Ginraumung eines Pfanbrechtes an einer Realfervitnt 2540; ber pfandweifen Beidreibung ber bangenben Früchte 2881; - ber erecutiven Ginantwortung ber Civilfructe einer auch Anberen berpfanbeten Liegenschaft 2618, (2958); - ber erecutiven Bfanbung einer Zentiderit als felder 2758; — ber Feilbietung einer bem Executionsführer bereits eingenumorteten Forberung 1621, 2768.

- IV. Executive Seanekration. Berbaltnig ber executiven Bianbung zu ber von einem anderen ermirften epecutiven Gegneftration 3018. Ungelaifigleit ber Berbindung von Bianbung und Gequeftration 3164. Goquefreation ber Früchte bes bem Executionsfährer bereits verpfanbeten Ontes 3213. Cequefration von Berfonalgemerben 351, 465. Coqueftration bes Einsommens eines Lottocollectanten 1418. Segneftration eines bem Schuldner nicht jugefdriebenen Grundftudes 2508, 2604. Sequefixation bes bereits verfteigerten Grunbftudes 586, 1064. Co quefration eines Grunbftudes in Folge ereentiber Ginantwortung ber Früchte 576, 587, 800. (Unguläffigfeit ber ereentiben Ginantwortung ber verfallenben Miethzinfe eines haufes 2958; - ber Civilfracte einer auch Anberen verpfanbeten Liegenschaft 2618.) Gequeftration eines vom Chulbner felbft bewohnten Banfes? 1484. Gegneftration angefallenen Erbautes im Intereffe ber Glaubiger bes Erben 1488, 3127. Competen; jur Berhandlung fiber bie im Requifitiondwege vorzunebmenbe Cequeftration 1470. Einwendungen gegen ben vorgeichlagenen Sequefter 1248, 2848. Berechtigung bes Sequefters jur Auflojung von Beftandvertragen 45, 805, 1195. Einfing ber Sequefication auf bie Compensation 2168. Anspruch ber nachfolgenben Glaubiger auf Bahlung ber Binfen 574. Behandlung ber Sequeftrationstoften bei ber Raufpreisvertheilung 64. Betheiligung bes executiven Sequefters bei ber Befigeinführung bes Erftebers einer feilgebotenen Sache 1502. Bemangelung ber Segneftrationerechnung 2446. (Enticabigungellage gegen ben Sequefter 746.)
  - V. Eculbhaft. Schuldhaft gegen Beiftliche 474. Rambaftmaduna ber Guter: Buftellung bes Auftrages 112. Beweislaft 73, 1074. Namhaftmachung einer mit Befchlag belegten Benfion 637; - einer bereits wiederholt erfolglos feilgebotenen Sache 1925; - einer Leibrente 2086. (Bermeifung auf eine bem Glanbiger zuftebenbe Subothefarflage 1806.) Einwirfung ber Guterabtretung, ber Berhandlung über bie Rechtswohlthaten und bes Concurfes auf bie Schulbhaft 54, 198, 278, 656, 744, 1002, 1155, 1182, 1220, 1285, 1808, 1609, 1852, 1874, 1989. Alimentation epflicht (und Birfungen ber Richterflillung) 855, 860, 1207, 1898, 1462, 1468, 1598, 1657. Bitte bes Berhafteten um einen Ausgang jum Gebrauch einer Eur 581, 687, (1896). Auffdiebung bes Arreftvollzugs megen Schwangericaft 2898. Wirfung ber Unterbrechung ber Saft 1284, 1896, 1899. Berechnung ber Daner eines Superarreftes 359. Entlaffung unter Borbehalt ber Bieberaufnahme 1276. Fortbauer bes Arreftes nach freiwillig angefignbener Entlaffung 20. Unterbrechung ber Schulbhaft burd Unterfudungehaft 1862. Arreftvornahme in Croatien 1896.
- VI. Andere Executionsarten. Auferlegung einer Gelbstrafe 100, 621, 695, 1982, 2647. Execution bes Ertenntniffes auf Reconungelegung 2350;

eines gleichen Erfenntniffes wiber bie Erben 8157. Cautio de non amplius turbando. Ungebunbenheit ber Ginflagung ber angebrobten Gelbftrafe an bie breißigtägige Frift 3088. Bollftrectung bes richterlichen Auftrages jur Rudtehr in Die eheliche Gemeinschaft 2869. Erecution bes Ertenntniffes auf Uebergabe eines Rinbes 881; - auf Berausgabe einer beftimmten beweglichen Gache 1642; - auf Anertennung bes Bropinationerechtes 3128. Erecution im Ralle ber Berurtheilung ad faciendum 255, 2260 (im Regatorienftreit). Durchfegung bes Anibruches auf Ginraumung einer Bohnung in einem bestimmten Saufe 2647. Erecution bes Befitfiorungsertenntniffes gegenüber einer anberen form ber Befitftorung 2886. Runftbefund über eine burd Urtheil aufgetragene Arbeit 952. Erecution ber Berpflichtung gur Uebergabe von Bechfelaccepten 860, 2625; - jur Uebertragung einer Obligation burch Ceffion 696; - jur Ausstellung einer Urfunbe 1270, 8006 (Beftellung eines Curators?). - Anhaltung jur Entfernung einer Concubine 1282. Nachtlage behufs Umwandlung einer unmöglich geworbenen Sachleifung in eine Gelbleiftung 1761, 2486. für bie Berechnung bes Intereffe in foldem Ralle 2876.

### O. Proviforifche Sicherftellungemittel.

- 1. Brobiforifde Sequeftration. Borausfegungen berfelben 47, 248, 397, 928, 1026, 1326 und 2524 (Erforbernig vorausgebenber Rlageanbringung), 1500, 1628, 1860 (Fluchtverbacht), 1898, 2626 unb 3208 (Gefahr?), 2848, 8198 (megen Streitigfeit bes Befites ober megen brobenber Befahr?). Sequeftration einer Berlaffenschaft megen miberftreitenber Erbaufprfiche 1001, 1434, 2140. Berechtigung bes Miterben, bie Sequeftration ber in Sanben anberer Erben befindlichen Rachlagguter zu verlaugen 2209. Sequestration eines gemeinschaftlichen von einem Miteigenthumer vermalteten Saufes auf Begebren bes anberen 8105. Sequeftration ju Gunften bes Aerars 645, 1628, 2268; - ju beffen Rachtheil 1984. Bestimmung bes Sequefters und bes Sequeftrationsortes 2469. Befitftörungeflage bes Sequeftere gegen eine Sequeftrationspartei 819. Berichtliche Bestimmung ber bem Sequefter gebührenben Guttobnung in nichtftreitigem Berfahren 2881. Saftung ber Sache für bie Roften einer angeordneten Sequeftration 1441. Sequestration mabrend eines Beftanbbroceffes: Befit ber ftreitigen Sache 1655. Sequeftration ber pfandweife befchriebenen invocta et illata. Gefahr ber Berichleppung? 3081. Anfpruch bes Bellagten auf Alimentation aus bem Ertrag ber fequefirirten Sache 1749. Unjulaffigfeit ber Bestellung eines Sequesters wegen befürchteter Empfange. verweigerung feitens bes Berechtigten 1766. Sequeftration ber verlauften Sache auf Berlangen bes Bertaufere 1762. Erfat bes burch eine Sequeftration augefügten Schabene 2983.
- U. Beidlagnabme wegen Gingriffe in ein Brivilegium 102.

- III. Berbat. Competeng 1545, 8115. Urfunblicher Radweis (Befdeinigung) ber Forberung 1847, 8117. Entbehrlichfeit ber Beideinianna bei Leiftung ber Caution 2491. Urfnuben, auf Grund beren bas Berbot obne Cantionsbestellung bewilligt wirb 409. Unguläffigfeit bes Rachweises ber Forberung burch Bengen 2980. Rothwenbigfeit ber Rechtfertigung eines erwirften Berbotes 488. Erweiterung ber Frift jur Redtfertigung 3007. Ungulaffigfeit ber Ceffion einer mit Berbot belegten Rorberung 599. Berbotslegung auf eine cebirte Rorberung 2176. Einfluß bes Berbotes auf bie Bablung bei fpaterer executiver Einantwortung 2130. Berbot auf Branbichabenevergatung für ein bereits in Execution gezogenes Gut? 2885, Unftattbaftigfeit bes Berbotes auf Forberungen an ben Berbotsmerber 2765. Gigenthumsanfprud eines Dritten auf die mit Berbot belegten Saden 2049. Anfechtung ber Berechtigung Desjenigen, wiber welchen bas Berbot erwirft murbe. burd Rlage wider ben Bablungspflichtigen 2889. Berbot auf Rorberungen eines ausländischen Eribatars 547, 1858. Gefahr als Boranssehung bes Berbotes 580 (Borbandenfein eines Solibariculbners als Grund ber Berweigerung), 1121, 1140, 1545, 1608 (beabfichtigte leberfieblung nach Ungarn), 1689, 2882, 2614, 2980 (burch bas bem Arreftaten bewilligte Armeurecht); - Berbot jum Amede ber Gicherftellung von Gemeindeumlagen 2248; - von Borfebifferengen 8116. Berbot auf eine auf ben Ueberbringer lautenbe Bolige 887.
- IV. Berhaftung. Bescheinigung ber Gefahr 1786. Ungulaffigfeit bes proviforischen Arreftes jur Sicherung eines Dienftverhaltniffes 2276. Entichabigungellage wegen eines angeblich rechtswibrig erwirften Bechselarreftes 2281.
  - V. Erecution aur Siderftellung. Ercention jur Siderftellung ber bereits burd Pfanbrecht gebedten Forberung insbefonbere auch burd Sequeftration ber verpfanbeten Liegenschaft) 2081, 2863, 2639, 2655, 2706, 2841, 2895, 3166, 8218. Ungnfäffigfeit ber Berbinbung von Pfanbung und Sequeftration 8164. Abwendung berfelben (ber pfandweifen Beidreibung ber invocta et illata) burd Erlag bagren Gelbes 28, 279. Blandung bes Radlaffes eines Bfarvers jur Sicherftellung ber Erfab anfprache ber Rirchen- und Armencaffe 660. Execution gur Sicherftellung bon Aerarialforberungen 1978, 2047, 2668, 2678, 2875, 2916. Greention jur Sicherfiellung auf Grund einer Urfunde, beren Echtheit bestritten ift 589; - beren Original fehlt 1646; - ungeochtet ber unterbliebenen Buftellung einer Abichrift ter Urfunde an ben Beflagten 9484; - mabrent bes anbaugigen Proceffes aber Alimente 8129; im Manbatebrocef 1781, 2688, 2778, 2841, 2895, 2907; - mahrenb bes fummarifden Broceffes, wenn bie Rlage auf einer vollen Glauben verbienenben Urfunde beruht 841; - auf Grund eines burch Apellation angegriffenen Urtheils 1948, 2485, 2967, 2977; - mabrent ber Berbanblung über bie Richtigleit bes Schiebelpruches 1964; - gegen einen Radleft mabrent bes Buges ber Glaubigerconvocation 2796.

(Beibringung ber Originalurtunbe als Boraussehung ber Sicher-ftellungserecution im Executioproces 2988.) Ansuchen um Execution jur Sicherstellung, während ber Betlagte seine Berbinblichkeit zu erfüllen unternimmt 1287. Unzulässigkeit ber Berwanblung ber Jahlungserecution in Sicherstellungserecution 1568. Koften 2472.

# P. Gaterabtretung. Nechtswohlthaten. Behandlung der Glaubiger.

Einfluß ber Giterabtretung auf die Schulbhaft f. N. V. Aussichtliche Competenz der Concursinstanz 1790. Berhältniß des über die Rechtewohlthaten entscheidenden Richters zum Erkenntniß über die enlpose Crida 1944. Rlage auf Jugestehnung der Rechtswohlthaten nach erfolgter Concurseröffnung 222; — nach Beendigung der Concursverhandlung 1220, 1292. Contrabiren neuer Schulden nach der Güterabtretung 1718. Berzicht wuf den eventuellen Auspruch auf Rechtswohlthaten 1988. Beneficium compotontiae 444, 727. Rlageführung mährend einer im Zuge bestühlichen Bestundlung der Gläubiger 778. Executionsssührung mährend berseiben 108.

# Q. Befondere Procefarten.

- I. Anfforderungsproces. Berhältnis jum Rechnungsproces 709. Aufforderung wegen eines Baues oder wegen Berühmung? 2874. Bereinigung der Banaufforderung mit dem Aufforderungsproces wegen Berühmung 981. Processusische Stellung zweier mit derselben Anfforderungstlage Belangten 980. Urtheilsmäßige Frist zur aufgeforderten Aloge: Erstrochbarteit biefer 1659; Unerprecharteit berfelben 2594. Wiedereinsetzung gegen beren Bersaumung 1972.
  - 1. Aufforbernug wegen Berühmung. Competeng bes Gerichteftanbes bes Bertrages 2900. Ungulaffigfeit ber Abmeifung ber Riage a limine 1766, 1840. Borausfetung ber Berfihmung 2201, 2828. Falle ber Berühmung: Aufführung einer Baffivpoft im Contocorrente 144; - einer Activboft im Bermogeneverzeichniß bes Cribers 2004: - Anführung einer Forberung unter ben Berlaffenfcaftbactiben? 8190; - Aufnahme einer Bestimmung in einem amiiden bem Aufforberer und bem Aufgeforberten gefchloffenen Bergleich? 2902; Bulaffigfeit ber Aufforberungetlage gegen bas Boffarar megen Rednungebemangelung 2088. Berweigerung ber Devinculirung einer Caution 294. Un ben Gemeinbevorftanb gerichtete Bitte um Gleichftellung mit anberen Gemeinbeblirgern binfichtlich bes Balbgenuffes 448. Einbeziehung von Sachen in ein Berlaffenichafteinventar 501. Erflärung bes Bachters, bag bie Beftanbfache fein Gigenthum fei 511. Executionegefuch 884. Erwirtung ber executiven Ginantwortung einer Forberung an ben Aufforberer 927. Unterfagung einer Baumpflangung auf bem Befittbum bes Anfgeforberten 1021. Erwirfung ber Anmertung ber Lebeneigenichaft 1126. Aufforberungeflage gegen ben

Maubatar, welcher für feinen Manbanten ein Recht in Anspruch nimmt 594. Behauptung ber Baterschaft 1,780, 1849, 2065. Borbringung eines Alimentationsanspruches vor bem Eherichter 3028. Unjulässigleit ber Aufforberungstlage gegen ben Faustpfandglänbiger 2866.

- 2. Aufforderung bei einem Bane. Aufforderungstlage gegen ben Besitzer 110, (1021). Sachlegitimation des Aufgeforderten 2367. Beantwortung der Aufforderungstlage 110, 205, 374, 548, 958, 1688, 2382, 2587, 3071 (Rechtstraft des die Klage zu Gericht annehmenden Bescheides?). Richtigkeit des Urtheils über das Recht selbst, wenn nur eine Beantwortung der Aufforderung vorliegt 548. Unverbindlichteit einer den Borschriften der a. G. D. widersprechenden Abministratisversung 1561. Borgang dei Auferlegung des ewigen Stillschweigens 2962.
- II. Rechnungsproces. Berhältniß jum summarischen Proces 204; jum Aufforberungsproces 702. Freiwillige Einbringung ber Bemängelung 88. Einrebe statt ber Bemängelung (Bestreitung ber Berechtigung bes Rechnungslegers) 1379. Einrebe statt ber Erläuterung 88. Berbindung ber Klage auf Liquibhaltung ber sich ergebenden Forberung mit ber auf Genehmigung ber Rechnung 159. Erstreckbarteit ber vereinbarten Frist zur Bemängelung ber Rechnung 1082. Incompetenz bes städtischelegirten Bezirksgerichtes für die Aufforderungsstage 1889. Folgen ber Berlehung ber über Rechnungsbemängelungen ertheilten Borschriften 2760.
- III. Erecutivoroceg. Grundlage bes Erecutivoroceffes 2866. Rothwenbigfeit ausbrücklichen Anjudens um Ginleitung besfelben 70. Behanblung eines Erecutionegefuches ale Erecutioneflage 8153. Ungulaffigfeit ber Tagfatungsanordnung nach §. 16 a. G. D., wenn ber Ginleitung bes Crecutipprocesses nicht ftattgegeben wird 1842. Anwendbarteit bes Executivproceffes bei Forberungen, bie nicht auf Gelb geben? 496, 1018. Executivillage auf Grund: 1. eines im nicht ftreitigen Berfahren aufgenommenen Brotofolles 214; 2. eines im Concursverfahren vom Soulbner mitgefertigten Anmelbungsprotofolles 2894; 3. eines vom Schulbner unterschriebenen Buchauszuges 440; 4. einer bon einem Dritten für ben Beflagten ausgestellten Urfunbe 1842; 5. eines Inbaberpapiers 2554; 6. eines friegsgerichtlichen Urtheiles 2780. 3umere Erfordernifie ber Urfunde; 1011, 1923 und 2011 (cantio indiscreta), 1239, 1244, 1692, 1922, 2368 (Ginleitung bes Crecutiaproceffes tros eines im Soulbicein gemachten Borbebaltes eventueller Abrediung), 2789 (Darlebenticulbicein, ber ben Rechtstitel nicht burch bas Bort Darleben bezeichnet), 3133. Urfunbliche Sachlegitimation und Salligfeit ber Forberung ale Borausfepung bes Epecutivproceffes 1951. Ungelaifigleit bes Executivoroceffes obne urfunblichen Rachweis, bas Maer feine Berbflichtung erfallt babe 9403. Ungulaffigfeit bes Grecutivprocesses auf Grund einer blos mit dem Familiennamen des Souldwere unterfdriebenen Urfunde 2794. Giuttagung ber Conventional-

strafe, ohne urtunblichen Nachweis ber Nichterfüllung bes Bertrages 2081. Anwendbarteit bes Executivprocesses zur Einbringung einer zur Beit der Alage noch nicht fälligen Forderung 2941. Bersprechen der Bahlung "nach Möglichteit" 1918. Bescheinigung der höhe der Forderung 1901. Regrestlage eines späteren Cessionars gegen den ersten Cebenten 1059. Behandlung von Friftgesuchen 1764. (Execution zur Sicherstellung s. O. V.)

- IV. Enmmarifches Berfahren. (Berbaltniß zu anberen Brocegarten f. F.) Bewerthung bes Streitgegenftanbes 1697, 2074. Aufrechthaltung bes orbnungsmibrig eingeleiteten fummarifden Berfahrens 121, 252, 365. Beanftanbung einer Rechnung im Bege summarifden Berfahrens 204. Rotar als Barteienvertreter im summarifden Berfahren 712. Abvocaturconcipient besgl. 1435. Roften ber Beigiebung eines Abvocaten 998, 1911. Beitpunft gur Einwendung ber Incompeteng 1052, 2298, 2488. Separatenticeibung über bie Buftanbigfeit 976. Bebingte Enticheibung barüber, verbunden mit ber Entscheibung über bie Sauptfache 286. Unaufäffigleit bes bem Curator irreferibel (referibel) aufgetragenen Eibes über ein ibm frembes Factum 2967, 2968. Saupteib über bie Echtheit ber Unterschrift eines Abmefenben, beffen Curator aufgetragen 521, 1865, 2377, 2528. Burildiciebung eines folden Gibes burch ben Curator 2878. Ablehnung bes irreferibel aufgetragenen Gibes 1957. Diffestion einer von einem Dritten ausgestellten Urtunbe 2518. Aenberung bes Rlagegrundes 1255, 1296. Menberung bes Rlagebegebrens 2845, Frift jur Appellation im Ralle ber Bereinbarung auf fummarifches Berfahren 447; (im Falle ber Ueberleitung bes fummarifchen Berfahrens in bas orbentliche 748). Uebereinfommen auf fcriftliches Berfahren "mit Beibebaltung ber Rormen bes fummarifden Berfahrens" 2314. Appellations. Anmelbung und Befdwerben in simplo überreicht 187. Gelbftftanbiger Recurs wegen Unguftanbigfeit bes Richters 387. Revifionsfrift 468. Beranlaffung ber Ergangung ber Rlage in ber Rechtsmittelinftang 2556. Bulaffigfeit ber Richtigfeits. beschwerbe gegen bie bom Obergericht verfügte Ergangung bee Berfabrens 2149. Ungulaffigleit abgefonberter Beichwerbe gegen Anordnung ber Ergangung bes Berfahrens 2572. Ungulaffigfeit ber Rullitate. beschwerbe gegen zwei gleichlautenbe Urtheile 1602. Bieberaufnahme wegen neuer Bebelfe 662. Erecution jur Sicherftellung auf Grund einer vollen Glauben verbienenben Urfunde mabrend bes fummarifchen Berfahrens 841; - auf Grund bes burch Appellation angegriffenen und vernichteten Urtheils 1943.
- V. Mandatsverfahren. Mandatsverfahren ad praestandum factum 2792. Innere Exforderniffe der Urfunde 1877, 1942, 2819. Mandatsverfahren auf Grund eines bei Gericht liegenden Protofolles 2792. Entbehrlichkeit des Grundbuchsextractes, wenn die intabulirte Urfunde eine notariell beglaubigte ift 2417. Richtberlichkeitigung der formellen Mängel der Urfunde im Endurtheil 460, 825, 1297. Gefuch um Ber-

langerung ber Frift für bie Ginwenbungen 784, 1490, 1962, 2880. 2826. Unguläffigleit ber aufrechten Erlebigung ber burd unabwenbbare Sinberniffe verfpateten Ginwenbungen 2676, Richteinrechnung ber Ferialtage in biefe Frift 1772, 2682. Angerorbentliche Revifion 1492, 1877. Borausjehungen ber Erecution jur Sicherftellung 1781. Bfanbung und Sequeftration bes bem Executioneführer bereits verpfanbeten Butes 2841, 2896. Beitpunft, in welchem bie Erecution jur Sicherftellung beginnen tann 2007. Bewilligung ber erecutiven Reilbietung auf Grund ber jur Giderfiellung vorgenommenen Pfanbung und Schähung 2778. Belangung einer Concuremaffe auf Fortbezahlung bes Beftandzinfes 1785. Manbatsproceg wiber ben noch nicht als Gigenthilmer eingetragenen Erben bes Pfanbidulbners 2775. Danbate. verfahren trot bee Borbandenfeins von Afterbybotheten 2225. Unjuläffigleit bes Manbatsproceffes bei ber Spothelarflage 8201, 3205; - und bei Ragen auf Grund nur pranotirter Urtunben 8226. Unjulaffigfeit ber Ausbehnung bes Manbatsproceffes auf ben gleichzeitig mit bem Berfonaliculbner belangten Sphothefariculbner 1907. Uninlaffigfeit bes Manbateverfabrene gegen ben Burgen auf Grund einer obne fein Buthun ju Stande gebrachten Ceffion 2467. Ungufaffigfeit bes Manbatsproceffes jur Einbringung ber ohne Bugiehung bes Begners bestimmten Abvocatengebühren 1982. Ungulaffigseit bes Manbatsverfahrens im Ralle offenbarer Berjahrung bes Rlageanfpruds 2447: - im Falle bes Berfprechens ber Bahlung "nach Möglichteit" 3056. Unguläffigfeit ber fofortigen Execution jur Ginbringung jener Betrage, auf welche bie vorgebrachten Ginmenbungen feinen Bezug baben 2683. VL Berfahren in Anggieb = Streitigfeiten. Berbaltnig bes orbentlichen Berfahrens jum Berfahren in Ausgiehftreitfachen 2117. Brufung ber Anwenbbarteit bes Berfahrens von Amtewegen 1848. Unanwenbbarteit auf Beftanbvertrage über bewegliche Sachen 3033. Außergerichtliche Auffündigung 185. Berfahren bei Buftellung ber Auffundigungen 1266, 2018. Buftellung ber Aufflindigung an einen Curator fatt an Berfonen, welchen die Beforgung ber Wohnung obliegt 2479. Buftellung ber gerichtlichen, bas Merar betreffenben Auffundigungen an bie Ringnaprocuratur 2788. Gerichtliche Berftanbigung von ber Buradlegung ber Auffündigung 490. Ueberweifung bes über bie Auffündigung bes Bertrages vor einem nicht juftanbigen Gericht geführten Proceffes au bas auftanbige jur Aburtheilung 3118. Connexitat ber Beftanbareitfache mit einer anberen Streitfache 526, 660, 880. Rlage auf Aufbebung bes Beftandvertrages vor ber bebungenen Beit 868. Beweistaft binfictlich ber Dauer ber Miethe 8209. Ueberlaffung einer Bobuung als Entgelt für Dienftleiftungen 996, 1848. Frift jur Ginfprache gegen bie Auftunbigung 1266. Unterlaffung ber Ermahnung ber achtiagigen Ginwendungefrift bei Buftellung ber Auffündigung 3092. Menbernng ber Auffündigung nach erfolgter Burtidlegung 1068. Exceptio rei judicatae 854. Einwendung ber Simulation bes Beftanbvertrages 201. Appellationsfrift bei Einklagung bes Beftandginfes 1295; — bei Rlagen wegen abgelaufener Bestandgeit 2995. Berspätung ber Revisions-anmelbung 2525. Unguläffigfeit ber Biebereinsehung gum Eibesantritt 1988. Unguläffigfeit ber Beweisssührung pro vitando porjurio 3142.

VII. Befitfireltigleiten. (Bgl. Sadenrecht A. III.) Competenz bei Störung im Besit von Bergbau-Objecten 1187. Unzulässigsteit ver Abweisung einer gehörig inftruirten Besitstrungstlage a limino 2272. Berpflichtung bes Gerichtes, von Amtswegen für die Richtigstellung der passiven Sachlegitimation zu sorgen 2282. Berftreichen der Frist durch ein Compromis und bessen Bereitlung 565. Unzulässigleit der Reviston gegen die vom Oberlandesgerichte versügte Ergänzung der Berbandlung 1020. Unzulässigleit des Recurses gegen die Cassirung des erstrichterlichen Erkenntnisses 2868. Entbehrlichkeit der Unterschrift eines Advocaten auf Restitutionsgesuchen 1980. Kosten der Beiziehung eines Advocaten 2918. Unzulässigleit der Intabulation des Erkenntnisses 1814. Eigenthümliche Natur des Bergleiches 1886, 2002. Borgang dei Berhängung von Gelbstrasen wegen neuerlicher Besitzstrung 1982. Execution des Besitzbrungserkenntnisses gegenüber einer anderen Form der Besitzung 2886, (2715).

VIII. Sanbelegerichtliches Berfahren 456, 1636, 1781, 2808.

# Concurs.

# A. Materielles Concursrecht.

### I. Wirtungen ber Concurderöffnung :

- 1. Aufhören bes Berfügungsrechtes bes Gemeinschulbners. Beräußerung in fraudem creditorum 188, 964. Berhältniß bes Cribatars zur Maffeverwoltung 785. Procefführung gegen bie Person bes Cribatars 724, 518 (Löschung eines Pfanbrechtes), 547 und 1858 (Berbot auf Forberungen eines ausländischen Cribatars), 950 (Forberungen, welche nach ber Concurseröffnung entftanben, 1216 (ebentuelle Executionsführung auf ein Cribagut).
- 2. Competenz, Procefighrung, Berjährung. Ueberantwortung anhängiger Procesiaden an die Concursbebörde 342. Abgrenzung ber Competenz der Concursbebörde 199, 518, (547), 582, 913, 950, 1216, 1650, 1746, 1790. Riagen wider die Berwaltung des Concursvermögens 199, (410), 435, 1197, 1727, 1785, 1881. Concursmasse als Riägerin 719, 1042, 1099, 1165, 1428, 1955, 2046. Procestostenersat von der Concursmasse begebrt 858, 1022, 1042, 1294. Berurtheilung des Gegners einer Concursmasse zur Entrichtung der für die Bertretung der Concursmasse aufgelaufenen Rosten 304. Riagscaution von der Concursmasse begehrt 1099, 1165, 1467. Einfluß der

Concurseröffnung auf ein rechtsträftiges Urtheil 449. Unterbrechung ber Berjährung burch Anmelbung ber Forberung 829. Executive Eintreibung einer Schulb ber Concursmaffe 1506.

- 8. Bfanbe, Retentione. unb Rudforberungerechte unb Separaterecution: Raufmannifches Retentionerecht 75, 472. Borrecht ber Bechfelpfanbgläubiger 87, 99, 1428, 1544, 1617 (Erfatanfpruch ber Daffe gegen ben Glaubiger), 1924. Anmelbung bes Bfanbrechtes an einem Cribagute ohne vorausgegangene Rlage wiber ben Perfonaliculbner 488. Einfluß ber Concurseröffnung auf bie Frift jur Branotationerechtfertigung 1984. Pfanbung am Tage ber Concurseröffnung 1991. Gefetliches Bfanbrecht bes Beftanbgebers 4, 541, 1126. Recht ber Sparcaffe auf unmittelbare Beraugerung verpfanbeter Berthpapiere 681. (Rlage ber Concursmaffe auf Ausscheibung unbeweglicher in bie Mobilarerecution einbezogener Sachen 719, 1428). Einfluß ber Concurseröffnung auf bie vorher erfolgte executive Ginantwortung einer noch nicht fälligen Diethzinsforberung 2299. Bertheilung bes Erlofes einer von ber Concurseröffnung vorgenommenen Feilbietung 582, 1801, 2024. Executive Anweisung, welche bewilligt, aber noch nicht berfect mar 1916. Unwirtsamteit berfelben in Betreff ber nach ber Concurseröffnung verfallenben Renten 2095. Relicitation. aufrecht erhalten gegenüber ber fpater erfolgten Concurderöffnung 2880. Binbication von baarem Gelbe 760; von Dedungswechfeln, respective bafür eingegangenem Gelbe 1400. Afterpfanb an einem Eribagut 1097. Unguläffigfeit ber Geltenbmachung ber Lebenqualität contra concursum 1835.
- 4. Berfchiebene anbere Anfpriche von Concursglanbigern: Paternitätstlage 1958, 1996. Bebingte Forberungen 926. Bergugszinsen 878, 658. Einstagung bes boppelten Angelbes 997, 1045. Correalschulb, gleichzeitige Geltenbmachung ber Bechjelsorberung und bes Regreßrechtes 391, 708, 792. Compensation 765, 1087, 1262, 1826, (1937), 1939. Einfluß ber Concurseröffnung auf vorher geschlossen Rechtsgeschäfte: Bestandverträge 111, 364, 410, 435, 774, 1785, 1881. Borausbezahlung bes Bestandzinses 364, 1128. Leibrentenvertrag mit cassatischer Clausel 128. Rausvertrag, worin bie Einverleibung bes Eigenthumsrechtes bes Cribatars nur gegen gleichzeitige Einverleibung bes Pfandrechtes sin Kauspreis eingeräumt wird 689. Erwirfung ber Relicitation wider die Concursmasse bes Erstehers 261. Zur Bewirfung eines Ausgleiches von einem Dritten sibernommene Berbinblichseiten 878. Assignation 1583, 1915.
- II. Rangordnung ber Ansprüche. (Ansprüche auf Befriedigung außer bem Concurse f. oben I. 3.) Collision zwischen Pfandschulden ber Masse und bes Gemeinschuldners 1506. Personalsteuern 396. Lohnforderungen ber Fabrilsarbeiter (von einem Dritten für Rechnung des Eridatars bezahlt) 1117. Zinsen eines nicht unausgesetzt eingeklagten Pfandcapitals 228. Ansprüche ber in Gatergemeinschaft lebenden Gattin beim Con-

t

1

5

? ij

5

7

5

1. 1.

2

ï

:

3

curs iber bas Bermögen bes Gatten 2770, 2771. Unbebedter Refi eines pfandrechtlich sichergestellten Heiratsgutes 888. Mit einem alteren Pfandrechte collibirendes Wohnungsrecht 938. Umfang bes Borrechtes ber Psiegebefohlenen 1488, 1505.

III. Rechtliche Berhältniffe des Gemeinschuldners. (S. auch oben I. 1.)
Rechtswohlthaten und insbesondere Befreiung vom Schuldenarrest 54,
198, 273, 656, 744, 1002, 1155, 1182, 1285, 1808. Rechtstraft und
Bollstreckbarteit des im Liquidirungsproces ergehenden Erkenntnisses
308, 729, 808. Competenz für die Berhandlung über Rechtswohlthaten 1790. Richtigkeit des ohne Zuziehung des Eridars geführten
Paternitätsprocesses 1958, 1996.

# B. Berfahren im Concurfe.

- I. Competenz. Concursinftang für ben als Berschwenber unter Curatel Gestellten 1650, für bas im osmanischen Reiche befindliche Bermögen öfterreichischer Unterthanen 1746.
- II. Concurderöffunng. Mehrheit von Gläubigern als Bedingung berfelben 462. Unguläffigfeit berfelben auf die bloße Annahme einer gefellschaftlichen Berbindung mit einem Cridatar 272; auf Grund noch nicht fälliger Bechfel 299.
- III. Berfongle. Babl bes befinitiven Concursmaffevertreters 685.
- IV. Criba-Indeutar. Gegenstände, welche in dasselbe einzubeziehen find 188, 582, 964, 1801, 2024. (Rlage auf Ansscheidung 172. Frift hiefür 1197.)
- V. Feftstellnug und Realifirung der Aufpriche. Berhaltnig bes Liquibirungsproceffes jum fummarifden Berfahren 1578; - jum Bedfelproceg 1875 und 1876. Birtung ber Richteinhaltung ber Krift gur Anmelbung 864, (1197). Biebereinsetung jur Geltenbmachung ber Lebenqualität nach bem Claffificationsurtheile? 1740. Erforberniß ber Unterschrift eines Rechtsfreundes auf bem Anmelbungsgefuche 781. (Unterbrechung ber Berjährung burch bas Anmelbungegefuch? 829.) Behandlung bereits anhängiger Proceffe 842; - eines vor bem Concurfe ergangenen rechtstraftigen Urtheils 449. Legitimirung bes Maffevertreters jur Gibesbelation 1879. Liquibirung surtheil: Bulaffigfeit ber Entideibung über ben Beftanb bes Pfanbrechtes 92. Nichtigfeit biefer Enticheibung 500. Enticheibung über ben Beftand eines Brivilegiums 1028. (Executionsfähigkeit nach aufgehobenem Concurse 808, 729. Rechtstraft bes ben Anspruch als nicht liquib erflärenben Urtbeils 808.) Borrechtstlage gur Erlangung einer in ber Liquibirungs. flage nicht begehrten Claffe 888. Perfonen, wiber welche fie ju richten ift 888. Cribarepartition, Ungulaffigfeit ber Anfechtung berfelben burch Rlage 814. Zuweisung ber für bie Concursmaffe aufgelaufenen Roften ju Laften jener Claffe, welcher fie ju Gute tamen Glafer, Unger u. Balther Entid. VI. 42

- 105. Loften ber im Concursmege erfolgten Beräuserung wechseichtlich gepfänbetes Sachen 212. Nachtrag jur Cribarepartition 1880,
- VI. Berwaltung und Realifirung des Bermögens. Berbältung bes Gemeinschulners jur Bermögensverwaltung 785. Berechtigung der Mehrheit ber Gläubiger, von ber Realifirung einer Eridaforderung Umgang zu nehmen 65. Abgesonberte Beräußerung bes fundus instructus 785. Unzulässigleit bes Barbehaltes nachträglicher Genehmigung bei ber britten Feilbietung 616.
- VII. Anffiebung bes Concurfes in Folge eines Ausgleiches 411.

# C. Ausgleichaverfahren.

Bertragsfähigkeit bes Gemeinschuldners 1475. Beräußerungen von Waaren bei beiden Contrahenten bekannten Ueberschuldung, der Berkügers. Uebernahme einer Dotalschuld des Letzteren 2915. Berhältniß des exequirenden Pfandskläubigers zu den auf Reskiftung, der Bergleichsmasse gerichteten Acten 1796. Berantwortlichkeit des als Leiter des Ausgleichsversahvens bestellten Rotars 1846. Stellung der Gläubiger, welche sich am zu Stande gekommenen Ausgleiche, nicht betheisigten 1855. Einsluß des Ausgleiches auf Bürgschaften 1866, 2009. Campensation 1987.

# Berfahren außer Streitsachen.

- A. Allgemeines. Richtberlichichtigung der Freinkage bei Berechnung der Frift zur Borftellung 1906. Einfluß der Recursfrift auf die Rechtstraft 2519. Feift zum Recurs gegen die Bemeffung des Geblihr für die bei einen Wechselerauntion zugezogenen Schähleute 3186.
- B. Berlaffenichatteablung. Buffanbiglait ber öfterreichifden Gerichte jur Abhandlung, bes Nachlaffes eines Auslanders 136, 188, 1719. Buftandigfeit pur Abhanblung eines Rachlaffes, in welchem fich befinden: 1. Realitäten 919; 2. Montanentitäten 267, 8059; 3. Leben 220, 426. Competeng jur Abhandlung bes Rachlaffes ber Rinber einer Bittve 1612. Competeng in Enfebung bes Gefuches ber Bormunbichaft eines minberjährigen Erban um Uebertragung ber Berwaltung bes Rachlaffes Berhältnig bes Berlaffenichaftsgerichtes ju bem besonberen Berfonal- und jum Caufalgerichtsftanbe 2414, 8188; - jur Realinftang 8162. Buffanbigleit ber Sanbelsgerichte für Rlagen aus Sanbelsaefdatten miber eine Berlaffenfchaft 2808. Richtintervention ber Mbbanblungebehörbe bei bem vertragemäßigen Mudfall ber gefchentten Sache nach bem Tobe bes Befchenften 1000. Begfall ber Abbanblungspflege bei einer ben gefammten Rachlag ericopfenben Schentung auf ben Tobesfall 2987. Ermittlung bes Rachlaffes 2199. Einbeziehung von Gegenftanben, welche fich in ber Bohnung befinben, bie ber Erblaffer mit einem Dritten theilte 501; - von Sachen, Die

fich in boitter Dand befinden 2006; - ber Biberlane 2004, Berbaltnift ju Berfonen, welche mit bem Berftorbenen in Berrechnung fanben 1717. Berudfichtigung bes Fideicommissum eins, quod supererit beim Tobe bes Fibuciars 2022. Bugiehung ber Rotherben bei ber Sodtung 1206. Collifion bon Erberffarungen 88, 115, 247, 1208, 1668, 1838, 1895, 2140, 2192, 2214, 2327, 2440, 2469. Rachträgliche Abanberung ber Erbbertiftrung 2883. Enticheibung über Befit und Berwaltung ber Erbidaft 1211. Cequeftration berfelben 1001, 1484; Bestimmung bes Sequefters unb Soqueftretionsortes 2489. Gerichtliche Beftimmung ber bom Sequeffer gebührenben Entlohnung 2831.) Einficht ber Legitimationeurfunden burch andere Erbeprätenbenten 1868. Umfang ber ber Abhanblungsbeborbe gutonnnenben Brufung von Erbberflärungen 2797. Ungutaffigfeit ber Annahme einer nur auf ben Rachweis ber Abftammung ans einer ungittigen Che geftüten Ribeicommigerbeertlarung 8020. Buritdweifung ber Erbeerflörung wegen Mangels eines gefetlichen Titele 3085. Ungulfiffigfeit ber Berweisung auf ben Rechtemeg ohne officible Brilfung 1747. Bieberhofte Briffung ber bereits angenommenen Gebeetfirung 546. 2815. Officible Briffung ber Bikigleit ber lettwilligen Ausrhnung 1081. Bereibigung bes Teftamentszengen 1401. Ungutoffigfeit ber Ablehnung bes Antrages auf eibliche Bernehnung ber Beugen eines munblichen Teftamentes, weil ein munbliches Teftament nicht borliege 8056. Collifion von Erben unt Legutaren 350. Berpflichtung ber gefetlichen Erben gur Berftanbigung ber Legatare, angeachtet ber offenbaren Ungiltigleit bes Teftamentes 8008. Sicherftellung ber Rechte ber legatare 879, 2942. Ungutaffigfeit ber Forberung einer beftimmten Urt ber Siderfiellung 2743. Radweis ber Berfanbigung ber Legatare 2907. Birtungefreis bes Teftamentverecutore 879, 1166, (2269). Teftamentarifche Beftellung eines "Abhandlungepflegere" 2274; - im mütterlichen Teftament 8050; - Berechtigung bes Teftumentergeontors jur Abhanblungspflege trot ber biegu erfolgten Bevollmachtigung eines Anberen feitens bes Erben 2965. Berfahren im Falle vergeblicher Aufforberung einzelner Erben, fich itber bie Annahme ber Gebichaft au erffaren 1202, 1408. Pfanbung jur Sicherftellung gegen einen Rachlag, wahrend bes Buges ber Blanbiger-Convocation bewilligt 2798. Ungulaffigleit ber Biebereinfebung gegen ben in ber Glunbiger-Convocation anberaumten Termin 1472. Brocefführung und Execution wiber ben Beneficiarerben vor Ausmittlung bes reinen Nachlaffes 146, 957, 1114, 1115, 1442. Gebührenbemeffung: Abjug ber Baffiben 1767, 3077. Sicherftelling ber Berlaffenicaftegebubren 2760. Gefetliche Legate 2583. Testamentsansweis über bie Erfallung ber Auflage 2269. Berbaltnif ber Ginantwortungenrtunbe gum Teftament 89; - jum Ginantwortungegefuch 191. Einantwortung jure crediti 1784. Bebeutung bes Sinantwortungebecretes 1859. Anfechtung einer rechtefraftigen Einantwortung 456. Enfbebung berfelben wegen Richtbeigiebung

- muthmaßlicher Erben 1669. Roften ber Berlaffenschaftsinventur 2503, 2684.
- C. Bormundidaft und Enratel. Abgrengung bes Birtungefreifes bes Gerichtshofes erfter Inftang und bes Begirlegerichtes 507, 682, 1139. Berbaltnig ber Curatelbeborbe ju bem in Ungarn befindlichen unbeweglichen Bermögen bes Curanben 2766. Befugnig bes Bormunbes, Miethvertrage auf langere Beit ohne Genehmigung bes Gerichtes abgufoliegen 861. Rothwenbigfeit ber Buftimmung ber Bormunbicaftebeborbe zu Aenberungen in ber Abminiftration bes Minbelvermogens 3008. Giltigfeit bes zwifden ben Aeltern eines unehelichen Rinbes über bie Alimentengahlung ohne vormunbicaftliche Genehmigung gefoloffenen Erlagvertrages 8061. Buftanbigfeit ber Abhandlungsbeborbe jur Genehmigung ber Beräugerung von Minberjabrig en gugefallenen Radlagftuden 1752. Competeng bes Gerichtshofes erfter Inftang biegu 2868. Competenzabgrenzung zwischen bem Bater und bem teftamentarifd bestimmten Curator 1804. Legitimation jur Brocefführung: Bater 550; Bormund 326, 862, 2881. Entbehrlichteit ber Ermächtigung jur Annahme ober Rudichiebung eines Saupteibes 960. Bermeigerung ber Genehmigung eines Erbvertrages 1199. Borbehalt ber Genehmigung eines Schiebsgerichtes burch bie Curatelbeborbe: Beenbigung ber Curatel vor bem Spruche 757. Bertheilung einer Concretalpenfion amifchen ber Bitwe und ben Rinbern 566. Bezahlung eines von ber Baifencaffe elocirten Capitals an ben eigenberechtigt geworbenen Gläubiger 1402. Berbangung ber Curatel wegen Unfabigfeit gur Beforgung ber eigenen Angelegenheiten 419, 491. Enthebung von ber Bormunbicaft wegen Intereffenconflictes 1742. Berantwortlichfeit ber Obervormunbicaft 1824. Ungulaffigfeit bes in ber Synbicatebeschwerbe gestellten Begehrens auf Ungiltigerlärung einer richterlichen Berffigung 2888.
- D. Fibeicommiffachen 357, 1809, 2887, 8020.
- E. Depositensachen 1100, 1402, 1964, 2586.
- F. Grundbuchslachen. Tompetenzabgrenzung zwischen Realinstanz und Grundbuchsbehörbe 418; zwischen Realinstanz und Abhandlungsbehörbe 3162; Competenz zur Löschung einer Streitanmerkung 2195. Umfang ber bem Grundbuchsrichter obliegenden Prüfung 567, 569, 753, 1314, 1331, 2645, 2825 (Unzulässigkeit der Bürdigung der gegen eine bereits einverleibte Notariatsurkunde geltend gemachten Nichtigkeitsgründe durch die Tabularbehörde), 2845 (Unzulässigkeit der Prüfung der Rechtstraft des wegen einer Bermögensübertragungsgebühr ergangenen Auftrages durch die Grundbuchsbehörde), 3162. Eröffnung eines Grundbuchsfolium für eine nicht eingetragene Liegenschaft 1572. Wesentlicher Inhalt des Grundbuchsgesuches 2088. Zahl der Gesinchseremplare beim Ausuchen um Bewilligung von Grundbuchsacten, die von verschiedenen Gerichten vorzunehmen sind 2610. Grundbuchsgesuch ohne Originalurkunde 1816. Anerkennung einer Sahserberung, im

Grundbuch ausgezeichnet 2905. Dieberholte Bewilligung einer fcon einmal gelofchten Branotation ohne neuerliche Beibringung ber Original. urfunbe 2580. Grundbuchegefuche von nicht unmittelbar an bem Acte Betbeiligten 458, 824, 1163, 1279, 1679, 1680, 1687. Aufbebung eines rechtsfräftigen Intabulationsbescheibes von Amtewegen 158. Caffirung einer Lofdungebewilligung bei Biebereintragung ber gelöschten Satforberung im officiofen Bege 2872. Unterbleiben einer buderlichen Eintragung aus Berfeben bes Grundbuchsamtes 2888. LBichung eines Bertrages auf Grund bes ihn vernichtenben Ausfpruches ber Abminiftrativbeborbe 1380. Lofdung eines burd Salfoung erwirften Gintrages 1808. Rechtsfraft von Befcheiben, womit bie Sicherftellung von Gebuhren abgewiesen wird 1464. Berpflichtung ber Rechtsmittelinftang, in morito gu entideiben, fatt ber unteren Inftang lebiglich bas Abgeben von ihren Abweifungsgrunden aufzutragen 2586. Ungulaffigteit bes Recurfes gegen eine erfolgte Intabulation auf Grund von Thatfachen, welche aus ber Urtunbe nicht erfichtlich finb 2527. Außerorbentlicher Recurs gegen bie gleichförmige unterrichterliche Abweifung eines Gefuches um Intabulation. Allawirlende Rraft ber aufrechten Erlebigung besfelben 2860. Recurs frift 487, 871, 1122. Ungulaffigfeit ber Biebereinsetzung gegen bas Berfaumniß ber Recurefrift 512. Borausfetzung ber Berantwortlichteit bes Grunbbuchebeamten (Sunbicatebeidmerbe) 2611.

Einzelne Grunbbuchsacte: Berbucherung einer an einem im Mietheigenthum befindlichen Grunbftud bestellten Gervitut auf ben Quoten 2988. Ungulaffigfeit ber Berbuchung einer Erflarung, worin bie Lofdung einer Sappoft nach Lofdung bes Superfages bewilligt wird 486. Ungulaffigleit ber Intabulation gegen ben Racherben an Stelle einer gegen ben Borerben erwirften ungerechtfertigt gebliebenen Branotation 8177. Intabulation einer Urfunde, in welcher bie Beugen fich nicht "als Beugen" unterschrieben 2656. Erforberniffe ber Intabulationefabigleit einer Ceffioneurtunde 2119, 2189. Erlofden einer grundbucherlichen Superhaftung mit ter Saubthaftung 775. Behandlung eines Raufvertrages, welcher bie Ginverleibung nur gegen gleichzeitige Einverleibung bes Bfanbrechtes jugeftebt 689. Intabulationeclaufel mit bem Beifat "feiner Beit" 1096. Einverleibung eines burch außerbucherliche Uebertragungen vermittelten Gigenthumsüberganges 1264, 2812. Depoffestionirung wirklicher Unterthanen 408. Anmerkung ber Streitigfeit 366, 1100, 1439, 1465, 1508, 1707, 1811, 1870, 1985, 2082, 2275, 2284, 2318, 2415, 2699. Eintrag von Erflärungen fiber bie Bertinengqualität 588, 817, 1848, 1462, 2100. Ungulaffigfeit ber Anmertung ber Bfanbung eines nicht intabulirten Raufrechtes im Grundbuch 2598. Ertabulation eines ale öffentliches Gut erflarten Grunbftudes 754, 2588. Eintragung bes Grundginfes in bie Befityftanbrubrit 672. Intabulation auf Grund von Ertenntniffen und Bergleichen in Befitftorungsfachen? 1814, 1886. Gintragung eines bebingt

eingenfimmten Rechtes 1606; - einer burd Metfeil beftelben Reallaft 1887; - eines nur bon einem Miteigenthumer eingeraumten Rechtes 1858. Erwirtung ber Lofdung ber auf einer fefigebotenen Realität haftenben Sappoften 1186. Ungefoffigleit ber Lofdung bes Bfanbrechtes auf ben blogen Beweis ber Binterlegung ber Schutb 1564. Branotation (val. Bfanbrecht VIII.). Formale Borausfetungen berfelben 2208. Borausfebung ber Branstation eines Buchantmare 2215. Rachweis bes Erbanfalles ale Borauefetung ber Branotation von Forberungen gegen ben Erben auf bie Erbichafterealitäten 2650. Berfahren bei lofdung einer nicht juftificirten Branotation 248, 2418, 2641. Juftification ohne befonberes Ertenntnig 489, 1167, 1984. Bechtfertigung einer Brunotation burch Anertennung 2177; - burch ben blogen Rachweis bes Forberungebeftunbes 2876. Entbebelichteit ber Branotationsrechtfertigung im Ralle ber Schulblibernahme 567. Rechtfertigung ber Branotation eines bebingten Erfenntniffes 1687. Giuffing ber Recht. fertigung auf inzwifden eingetretene Menberungen im Grunbbucheftanbe 1849. Rechtfertigung ber Pranotation burch ein nach Beraugerung ber Pfanbfache gegen ben früheren Befiter erwirftes Urtheil 2570. Rothwenbigleit ber Unterschrift eines Abworaten in einem Gefuche um Erweiterung ber Frift gur Pranotationerechtfertigung 2489. Roften einer gerechtfertigten Branotation 1568, 2754. Unmidiffiafeit ber Recht. fertigung einer auf Grund einer unechten Urfunde erwirften Pranotation burd andere Beweismittel 2658. Ungulaffigfeit (bezw. Befdrantung) ber Bfanbrechtepranotation auf ein gu einem Familienfibeicommiß bestimmtes But 3046, 3047. Lifdung ber Branotation ungeachtet ber Einbringung ber (formell mangelbaften) Rechtfertigungsflage 802. Bufammentreffen bee lofdungegefuches mit ber Rechtfertigungeflage 1825. Bermeigerung ber lofdung einer nicht gerechtfertigten Brano. tation aus Rudficht auf bie Rechte Dritter 1678. Biebereinfegung gur Rechtfertigung einer gelöfchten Branotation 1582. Umgulaffigfeit bes Anfichubes ber Enticheibung über bie Poldung einer Branotation bis jum Austrage bes Gefuches um Reftitution gegen bie Berfaumnig ber Rechtfertigungefrift 2577, 2654. Berweifung ber Gimmenbung gegen Beftand und Umfang ber Schuld auf ben Juftificirungsproceg 2581. Berechnung ber erweiterten Frift jur Rechtfectigung ber Branotation 1870. Gemährung einer Juftificirungefrift nach Abweifung einer Rechtfertigungeflage 2278. Berpflichtung bes Gerichtes, Die jur Juftificirung ber Branotation bewilligte Frift bon Amtswegen ju bernichfichtigen 2464. Suberpranotation einer fpater fälligen Forberung auf einer früber fälligen 1378.

G. Amortifation. Competenz zur Amortifation einer Lebensverficherungspolizze 3089. Richtzuftändigkeit der flädtisch-belegirten Bezirksgerichte für Berhandlungen über Amortifation von Privaturkunden 2802. Amortifation von auf den Inhaber lautenden Privatpapieren 2541. Unzulässiglieit der Amortisation einer Carta diamaa 225. Amortifation verpfändeter Obligationen, welche ber Pfanbschuldner weiter verpfändet 1515. Mangel eines Beweises für den Besitz des Amortisationswerbers 2541. Execution auf eine Staatsobligation, wegen welcher die Amortisation eingeleitet ist 2849. Einlösung fälliger Coupons und Talons während des Amortisationstermines 2541. Ansechtung des Amortisationsersenntnisses durch Alage 2541. Rosen der wiederholten Antündigung der Amortisation einer Satzost 2891.

H. Legalifirung. Anertennung ber Cotheit bei Biberfpruch gegen bie Richtigleit bes Inhaltes ber Urtunbe 1798.



•

.

.

